【表紙】

【提出書類】	有価証券報告書の訂正報告書
【根拠条文】	金融商品取引法第24条の２第１項
【提出先】	関東財務局長
【提出日】	2026年６月26日
【事業年度】	2025年度（自　2025年１月１日　至　2025年12月31日）
【会社名】	ドイツ銀行 （Deutsche Bank Aktiengesellschaft）
【代表者の役職氏名】	チーフ・エグゼクティブ・オフィサー （Chief Executive Officer） クリスティアン・ゼーヴィング （Christian Sewing） チーフ・ファイナンシャル・オフィサー （Chief Financial Officer） ラジャ・アクラム （Raja Akram）
【本店の所在の場所】	ドイツ連邦共和国　60325　フランクフルト・アム・マイン　タウヌスアンラーゲ12 （Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, Federal Republic of Germany）
【代理人の氏名又は名称】	弁護士　　黒田　康之
【代理人の住所又は所在地】	東京都千代田区大手町１丁目１番１号 大手町パークビルディング アンダーソン・毛利・友常法律事務所外国法共同事業
【電話番号】	03（6775）1000
【事務連絡者氏名】	弁護士　　黒田　康之 同　　佐々木　公樹 同　　角　　勇輝 同　　大島　考雄 同　　川崎　薫
【連絡場所】	東京都千代田区大手町１丁目１番１号 大手町パークビルディング アンダーソン・毛利・友常法律事務所外国法共同事業
【電話番号】	03（6775）1828
【縦覧に供する場所】	該当なし。

1【有価証券報告書の訂正報告書の提出理由】

2026年６月26日に提出致しました2025年度（自　2025年１月１日　至　2025年12月31日）有価証券報告書につき、提出システム上のデータ容量制限により含めることができなかった書類を提出するため、本有価証券報告書の訂正報告書を提出するものであります。

2【訂正事項】

第一部　企業情報
第６　経理の状況
１　財務書類
財務書類中のドイツ語原文

3【訂正箇所】

次へ

Die Geschäftsentwicklung

Die nachfolgenden Erläuterungen zur Geschäftsentwicklung sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und den zugehörigen Anhangangaben gelesen werden. Dieser Abschnitt „Die Geschäftsentwicklung" enthält qualitative und quantitative Angaben zu den Segmentergebnissen und Angaben auf Unternehmensebene zu den Ertragskomponenten der Deutschen Bank gemäß dem International Financial Reporting Standard (IFRS) 8 „Segmentberichterstattung". Weitere Angaben zu den Geschäftsbereichen gemäß IFRS 8 sind in der Anhangangabe 04 – „Segmentberichterstattung" des Konzernabschlusses enthalten. Zukunftsgerichtete Angaben sind im Abschnitt „Ausblick" dieses Berichts enthalten. Die Formulierungsgrundsätze und die ihnen zugrunde liegenden numerischen Bereiche, die zur Beschreibung von Trends im diesem Abschnitt "Die Geschäftsentwicklung" verwendet werden, unterscheiden sich von denen im Abschnitt "Ausblick", für die die Bank künftig neue Formulierungsgrundsätze und ihnen zugeordnete numerischen Bereiche verwendet.

Überblick

Die nachfolgenden Aussagen beruhen auf den zum Zeitpunkt der Erstellung verfügbaren Prognosen und Annahmen und unterliegen daher Unsicherheiten. Die tatsächliche Entwicklung kann hiervon abweichen.

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (in %)[1]	2025[2]	2024[3]	Haupttreiber
Weltwirtschaft	**3,4**	**3,4**	Im Jahr 2025 setzte die Weltwirtschaft ihren stabilen Wachstumskurs fort; Fortschritte in den Handelsverhandlungen zwischen den USA und ihren wichtigsten Handelspartnern sowie gezielte Zollsenkungen trugen zu einem deutlichen Rückgang der Unsicherheit in der Handelspolitik bei; Gleichzeitig unterstützte der nachlassende Inflationsdruck den privaten Konsum und verschaffte den Zentralbanken Spielraum für weitere Zinssenkungen
Davon: Industrieländer	1,8	1,7	Industrieländer profitierten von den ausgehandelten Handelskompromissen, die dazu beitrugen, die allgemeine politische Unsicherheit zu verringern; Obwohl die BIP-Wachstumsraten zwischen den Ländern variierten, ging die Inflation in den meisten Märkten zurück; in diesem Umfeld setzten mehrere Zentralbanken ihre Zinssenkungen von zuvor restriktiven Niveaus fort
Davon: Schwellenländer	4,5	4,5	Schwellenländer zeigten eine stärker als erwartete Widerstandsfähigkeit gegenüber negativen Wachstums- und Handelsschocks, die aus den US-Zollmaßnahmen resultierten; Die Kombination aus gedämpfter Inflation und einer Abschwächung der Stärke des US-Dollars verschaffte mehreren Zentralbanken zusätzlichen Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik; Darüber hinaus boten verbesserte externe fiskalische Impulse und niedrigere Energiepreise weitere Unterstützung für die gesamtwirtschaftliche Aktivität
Eurozone	**1,5**	**0,8**	Trotz anhaltender externer Gegenwinde im Handel verzeichnete die Eurozone weiterhin ein robustes Wirtschaftswachstum, gestützt durch eine widerstandsfähige Binnennachfrage, dennoch unterschieden sich die BIP-Wachstumsraten zwischen den Regionen; Die Inflation bewegte sich weiter in Richtung des 2%-Ziels der EZB, sodass die EZB in der zweiten Jahreshälfte ihren Einlagenzins auf einem neutralen Niveau unverändert lassen konnte
Davon: Deutschland	0,2	-0,5	Die deutsche Wirtschaft sah sich weiterhin Wettbewerbsnachteilen im Außenhandel gegenüber; Während der expansive fiskalpolitische Kurs zunächst einige positive Impulse setzte, blieb die Binnennachfrage verhalten; Die rückläufige Inflation unterstützte den privaten Konsum; Dennoch blieb die Gesamtstimmung schwach; die Abkühlung des zuvor robusten Arbeitsmarkts hat sich verlangsamt
USA	**2,2**	**2,8**	In den USA dämpfte der Government Shutdown die wirtschaftliche Aktivität in der zweiten Jahreshälfte; Dennoch leisteten Investitionen, insbesondere in KI-bezogene Technologien, einen wichtigen Beitrag zum Wachstum; Senkungen der Zölle auf Lebensmittelimporte trugen zur Entspannung des Inflationsdrucks bei; Angesichts zunehmender Risiken am Arbeitsmarkt setzte die Federal Reserve ihre Zinssenkungen fort, obwohl die Inflation weiterhin über dem Ziel lag
Japan	**1,2**	**-0,2**	Die Auswirkungen der US-Zollmaßnahmen auf die japanische Wirtschaft blieben begrenzt, und die Unternehmensstimmung blieb weiterhin robust; Ein Anstieg der realen Arbeitnehmerentgelte unterstützte die Erholung des privaten Konsums; Die Inflation blieb jedoch erhöht, was vor allem auf steigende Lebensmittelpreise zurückzuführen war, vor diesem Hintergrund setzte die Bank of Japan ihre geldpolitische Straffung fort
Asien[4]	**5,5**	**5,2**	Das BIP-Wachstum in den asiatischen Volkswirtschaften wurde in erster Linie durch die starke wirtschaftliche Dynamik in Indien getragen und durch zusätzliche Impulse aus China ergänzt; Die Inflation ging in mehreren Volkswirtschaften deutlich zurück, was den privaten Konsum stützte und verschiedenen Zentralbanken zusätzlichen Spielraum für weitere Senkungen der Leitzinsen verschaffte
Davon: China	5,0	5,0	China erreichte sein offizielles Wachstumsziel, auch wenn sich die Dynamik im Jahresverlauf abschwächte, was vor allem auf politische Maßnahmen zur Eindämmung von Überkapazitäten und übermäßiger Konkurrenz zurückzuführen war; Die Bemühungen der Regierung, den Absatz langlebiger Konsumgüter anzukurbeln, verloren im Zeitverlauf ebenfalls an Wirksamkeit

[1] Jährliches reales BIP-Wachstum (in % im Vergleich zum Vorjahr). Quellen: nationale Behörden, sofern nicht anders angegeben
[2] Quelle: Deutsche Bank Research
[3] Einige Wirtschaftsdaten für 2024 wurden von den Statistikämtern überarbeitet. Daher können diese Daten von den zuvor veröffentlichten abweichen
[4] Beinhaltet China, Hongkong, Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Taiwan, Thailand und Vietnam; ohne Japan

Umfeld Bankenbranche

31.12.2025

Wachstum im Jahresvergleich (in %)	Kredite an Unternehmen	Kredite an Haushalte	Einlagen von Unternehmen	Einlagen von Haushalten	Haupttreiber
Eurozone	2,0	2,6	3,2	3,0	Gestützt durch niedrigere Zinsen und eine stärkere wirtschaftliche Dynamik gewann die Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen im Jahresverlauf spürbar an Dynamik, wobei die Kredite an Haushalte stärker zulegten als jene an Unternehmen; Gleichwohl überstiegen die Wachstumsraten bislang nicht die Inflation in nennenswertem Umfang; Demgegenüber hielten die Einlagen von Haushalten und Unternehmen ihren Schwung über das gesamte Jahr 2025 hinweg weitgehend aufrecht und wuchsen weiterhin mit robustem Tempo
Davon: Deutschland	0,7	1,9	2,4	2,8	Die Dynamik bei Krediten im privaten Sektor hat sich im Laufe des Jahres 2025 verbessert, wobei die Kreditvergabe an Haushalte stärker zulegte als jene an Unternehmen, begünstigt durch Rückenwind durch Zinsen im Baufinanzierungsgeschäft; Die verhaltene Kreditvergabe an Unternehmen dürfte auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein, die die Investitionsneigung beeinflussten, von handelspolitischer Unsicherheit über Sorgen hinsichtlich der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands bis hin zu Transformationsherausforderungen; Zumindest stieg die Kreditnachfrage in den jüngsten Quartalen, wie aus der Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken (Bank Lending Survey) hervorgeht; Das Wachstum der Einlagen von Unternehmen und Haushalten blieb höher als das Kreditwachstum, auch wenn es nach dem starken Anstieg im Jahr 2024 etwas an Dynamik verloren hat
USA[1]	3,3	2,8	4,2[1]	4,2[1]	Die Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte gewann im Jahresverlauf weiter an Schwung; Gleichwohl liegt das Ausweitungstempo inzwischen lediglich im Einklang mit der Inflation, das heißt, der private Sektor baut seine Verschuldung nicht weiter ab; Das Einlagenwachstum insgesamt beschleunigte sich deutlich, gestützt durch weiterhin erhöhte Zinsniveaus
China	9,0	0,5	3,7	9,7	Die Kreditvergabe an Unternehmen hielt im Jahr 2025 ein robustes Tempo bei, das jedoch das niedrigste seit der Zeit vor der Pandemie darstellt; Demgegenüber kam die Kreditvergabe an Haushalte zum Stillstand und erreichte den schwächsten Stand seit Beginn der verfügbaren Zeitreihe (nahezu zwei Jahrzehnte); Auf der Einlagenseite florierte das Geschäft mit Haushalten weiter, während es sich bei Unternehmen nach einem leichten Rückgang im Vorjahr moderat erholte

[1] U.S.-Einlagen gesamt, da keine Aufschlüsselung nach Sektoren vorliegt

Der globale Gebührenpool im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte erhöhte sich im Jahr 2025 um 12% auf 92 Mrd. € und erreichte damit den zweithöchsten Wert in den internen Aufzeichnungen der Bank, nach 2021. Dies stellte das zweite Jahr in Folge mit zweistelligem Wachstum dar, nachdem der Markt in den Jahren 2022 und 2023 rückläufig gewesen war; der Gebührenpool lag 2025 damit 43% über dem Niveau von 2023. Das Geschäft mit Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) war der wichtigste Wachstumstreiber und erreichte einen Gebührenpool von 37 Mrd. €, der nur geringfügig unter dem Höchststand von 2021 lag und 5,3 Mrd. € zum gesamten Anstieg von 9,7 Mrd. € beigetragen hat. Bei M&A stieg die Aktivität bei großvolumigen Transaktionen über 10 Mrd. € deutlich an, wobei sich die veröffentlichten Volumina mehr als verdoppelten. Die Gebührenpools im Equity-Capital-Markets-Geschäft, im Leveraged-Debt-Capital-Markets-Geschäft sowie im Debt-Capital-Markets-Geschäft erhöhten sich ebenfalls und verzeichneten Zuwächse von 16%, 7% bzw. 8%. Zusammen trugen sie die verbleibenden 4,4 Mrd. € zur Gesamterhöhung bei. Regional verlagerte sich der globale Gebührenpool aus den Regionen Europa, Naher Osten und Afrika (Europe, Middle East and Africa, EMEA), die ein Wachstum von 3% verzeichneten, hin zu den USA und zur Region Asien und Pazifik (Asia-Pacific, APAC), welche Zuwächse von 14% bzw. 16% verzeichneten. Die Region Vereinigtes Königreich und Irland blieb hinter der globalen Entwicklung zurück und verzeichnete einen Rückgang des Gebührenpools um 2%. Die Aktivität der globalen Sponsoren erhöhte sich um 6%, während die Unternehmensaktivität mit einem Anstieg von 14% deutlich stärker zulegte. Der Anstieg der angekündigten Sponsor-M&A-Transaktionen um 46% weist allerdings darauf hin, dass sich das Marktumfeld für Private-Equity-Aktivitäten mit Blick auf 2026 spürbar verbessert. Im Bereich festverzinslicher Wertpapiere blieben die Ertragspools im Jahr 2025 auf erhöhtem Niveau, und nach Einschätzung der Deutschen Bank erhöhten sie sich gegenüber dem Vorjahr weiter. Die Aktivität im Devisenhandel dürfte über alle zehn weltweit am häufigsten gehandelten Währungen hinweg gestiegen sein, gestützt durch erhöhte Volatilität im ersten Halbjahr sowie ein breiteres Wachstum der Derivategeschäfte. Die Erträge im Zinsgeschäft nahmen deutlich zu und spiegelten eine starke Kundennachfrage und ein günstigeres Marktumfeld wider. Auch die Erträge im Handel mit Schwellenländern verbesserten sich im Jahresvergleich. Im Kredithandel entsprach das Ergebnis im Wesentlichen dem Niveau des Vorjahres; gleichzeitig kam es zu einer deutlichen Erholung in der zweiten Jahreshälfte nach der Marktreaktion auf die U.S.-Zollpolitik im zweiten Quartal. Im Finanzierungsgeschäft blieb die Kundennachfrage robust und stützte die Erwartung eines Ertragspools oberhalb des Vorjahresniveaus.

Ergebnis der Deutschen Bank

Der Gewinn nach Steuern der Deutschen Bank lag im Geschäftsjahr 2025 bei 7,1 Mrd. €, nach 3,5 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024. Diese Ergebnisentwicklung gegenüber dem Vorjahr spiegelte das starke operative Ergebnis im Geschäftsjahr 2025 sowie das Ausbleiben der im Geschäftsjahr 2024 erfassten Aufwendungen für bestimmte Rechtsstreitigkeiten wider. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 1,7 Mrd. €, 7% geringer als 1,8 Mrd. € im Jahr 2024, oder 36 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens.

Im Jahr 2025 nahm die Bank Kapitalausschüttungen für 2024 in Höhe von 2,3 Mrd. € vor, ein Anstieg von ungefähr 50% gegenüber 2024. Diese umfassten die Dividende von 0,68 € je Aktie, insgesamt 1,3 Mrd. €, sowie Aktienrückkäufe von 1,0 Mrd. €. Für 2026 beabsichtigt die Deutsche Bank, der Hauptversammlung im Mai 2026 eine Dividende für das Geschäftsjahr 2025 von 1,00 € je Aktie (insgesamt rund 1,9 Mrd. €) vorzuschlagen. Zudem liegen die üblichen Ermächtigungen für weitere Aktienrückkäufe von bis zu 1,0 Mrd. € in Bezug auf 2025 vor. Zusammengenommen würden diese Maßnahmen die kumulierten Ausschüttungen an Aktionäre um weitere 2,9 Mrd. € erhöhen und Ausschüttungen in Bezug auf 2025 darstellen, die mit der Verpflichtung zu einer Ausschüttungsquote von 50% für 2025 im Einklang stehen. Kumulierte Ausschüttungen in Bezug auf die Geschäftsjahre 2021 bis 2025, zahlbar im Zeitraum 2022–2026, belaufen sich damit auf 8,5 Mrd. € und übertreffen das ursprüngliche Ziel von 8 Mrd. €.

Der Vorsteuergewinn belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 9,7 Mrd. € und lag damit 84% über dem Vorjahresergebnis von 5,3 Mrd. €. Die Erträge stiegen um 7% auf 32,1 Mrd. €. Die zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 10% auf 20,7 Mrd. € und beinhalteten nichtoperative Kosten von 0,4 Mrd. € nach 2,6 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024. Die bereinigten Kosten, welche die nichtoperativen Kosten unberücksichtigt lassen, sanken um 1% auf 20,3 Mrd. €. Die Aufwand-Ertrag-Relation sank im Geschäftsjahr auf 64%, verglichen mit 76% im Geschäftsjahr 2024. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) betrug 9,3% im Vergleich zu 4,2% im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) belief sich auf 10,3% im Geschäftsjahr 2025 im Vergleich zu 4,7% im Geschäftsjahr 2024. Die Entwicklung beider Quoten gegenüber dem Vorjahr spiegelte das starke operative Ergebnis im Geschäftsjahr 2025 sowie den Rückgang von Aufwendungen für Restrukturierung und Abfindungen sowie das Aufwendungen für bestimmte Rechtsstreitigkeiten in 2024.

Konzernfinanzkennzahlen

Finanzziele	Finanz- und Kapitalziele 2025	Status zum Ende 2025	Status zum Ende 2024
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[1]	Über 10%	10,3%	4,7%
Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Erträge von 2021[2]	5,5% bis 6,5%	6,0%	5,8%
Aufwand-Ertrag-Relation[3]	Unter 65%[4]	64,4%	76,3%
Kapitalziele			
Harte Kernkapitalquote[5]	13,5% bis 14,0%[6]	14,2%	13,8%
Ausschüttungsquote[7]	50%[8]	47%[9]	86%

[1] Basierend auf dem den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis nach AT1-Kupons; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft)" Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten
[2] Zeitraum von zwölf Monaten bis zum Ende der jeweiligen Berichtsperiode im Vergleich zum Gesamtjahr 2021
[3] Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und zinsunabhängigen Erträgen
[4] Zielquote zum 31. Dezember 2025
[5] Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht in diesem Bericht enthalten
[6] Zielquote unter Beibehaltung eines Puffers von 200 Basispunkten über dem erwarteten Schwellenwert der Bank für den ausschüttungsfähigen Höchstbetrag (Maximum Distributable Amount, MDA)
[7] Ordentliche Ausschüttungen in Form von Dividenden auf Stammaktien und Aktienrückkäufen im Verhältnis zum den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis; dargestellt im Geschäftsjahr, auf das sich die Ausschüttungen beziehen. Ab dem vierten Quartal 2025 wird die Ausschüttungsquote unter dem jeweiligen Geschäftsjahr ausgewiesen, auf das sich die Ausschüttungen beziehen. Dies stellt lediglich eine Änderung der Darstellung dar und hat keine Auswirkungen auf die zugrunde liegende Berechnung
[8] Für das Geschäftsjahr 2025
[9] Erwartete Ausschüttungen im Jahr 2026 in Bezug auf das Geschäftsjahr 2025, einschließlich der vorgeschlagenen Dividende von 1,00 € je Aktie und eines Aktienrückkaufs in Höhe von 1,0 Mrd. €, für den die Bank die üblichen Genehmigungen erhalten hat, bezogen auf den den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Gewinn des Geschäftsjahres 2025

Die Erträge stiegen im Geschäftsjahr 2025 gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 32,1 Mrd. €. Der Provisionsüberschuss stieg um 5% auf 10,9 Mrd. €, während sich der Zinsüberschuss in den Kernsegmenten des Bankbuchs mit 13,7 Mrd. € als robust erwies und um 2% zulegte, was auf höhere Einlagenvolumina zurückzuführen war. Die Bank verzeichnete seit 2021 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Erträge von 6,0% zum Ende des Geschäftsjahres 2025, in der Mitte der Zielspanne von 5,5% bis 6,5% für den Zeitraum von 2021 bis 2025.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2025 1,7 Mrd. € oder 36 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens und lag damit 7% unter dem Vorjahreswert von 1,8 Mrd. € oder 38 Basispunkten des durchschnittlichen Kreditvolumens im Geschäftsjahr 2024, trotz anhaltend erhöhter makroökonomischer und geopolitischer Unsicherheiten sowie fortbestehender Herausforderungen im Bereich Gewerbeimmobilien.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 20,7 Mrd. €, ein Rückgang um 10% im Vergleich zum Vorjahr. Diese Entwicklung spiegelte im Wesentlichen einen Rückgang der nichtoperativen Kosten um 86% auf 0,4 Mrd. € wider, gegenüber 2,6 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024, was im Wesentlichen auf das Ausbleiben von Aufwendungen für bestimmte Rechtsstreitigkeiten sowie geringere Restrukturierungs- und Abfindungsaufwendungen zurückzuführen war. Die bereinigten Kosten beliefen sich auf 20,3 Mrd. €, ein Rückgang von 1% im Vergleich zum Vorjahr. Höhere variable Personalaufwendungen, die die Geschäftsentwicklung der Bank widerspiegeln, wurden durch Kostensenkungen in den Bereichen IT, externe Dienstleistungen und anderen Aufwandspositionen ausgeglichen.

Der Ertragsteueraufwand belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 2,6 Mrd. €, nach 1,8 Mrd. € im Vorjahr. Der effektive Steuersatz lag im Geschäftsjahr 2025 bei 27% und resultierte im Wesentlichen aus dem positiven Effekt der deutschen Steuerreform und der geografischen Verteilung der Erträge. Die effektive Steuerquote von 34% im Geschäftsjahr 2024 wurde hauptsächlich durch steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Die harte Kernkapitalquote lag zum Ende des Geschäftsjahres 2025 bei 14,2%, leicht über der Zielquote der Bank von 13,5% bis 14,0%, und über dem Wert von 13,8% am Ende des Vorjahres. Organische Kapitalbildung aus gestiegener Profitabilität konnte die kombinierten Effekte aus höheren Kapitalausschüttungen und Kuponzahlungen, regulatorischen Auswirkungen sowie dem Geschäftswachstum im Jahresverlauf ausgleichen.

Bereinigte Kosten, nichtoperative Kosten, Zinsüberschuss in den Kernsegmenten des Bankbuchs und die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Die Definitionen und Überleitungen dieser finanziellen Messgrößen sind im Kapitel „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Geschäftsberichts zu finden. Mit Wirkung ab dem ersten Quartal 2026 wird die Deutsche Bank die separate Berichterstattung von bereinigten Kosten und nichtoperativen Kosten einstellen.

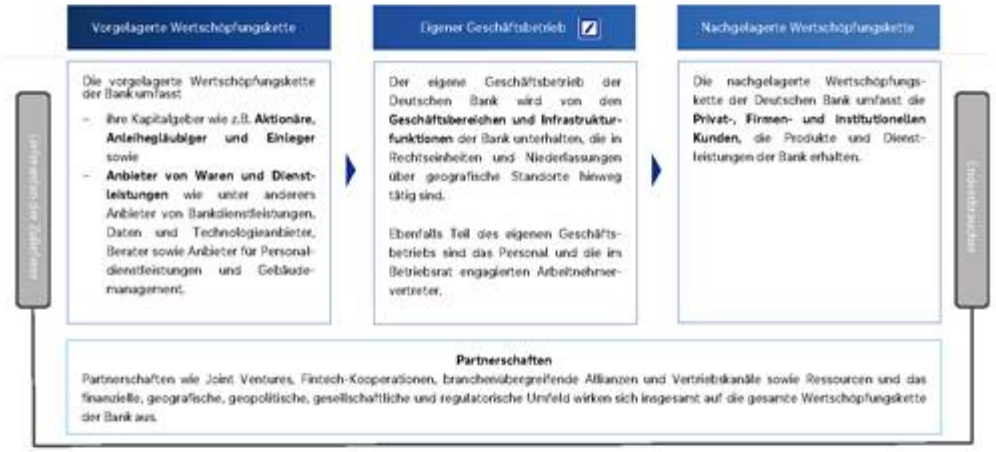
Der Deutsche Bank-Konzern

Deutsche Bank: Organisation

Die Deutsche Bank mit Hauptsitz in Frankfurt am Main ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Bilanzsumme von 1.435 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 zu den größten Finanzdienstleistern weltweit. Zu diesem Datum hatte die Bank 89.879 Mitarbeiter (gerechnet auf Basis von internen Vollzeitkräften), die in 55 Ländern mit 1.179 Niederlassungen, davon 64% in Deutschland, tätig waren.

Wertschöpfungskette der Deutschen Bank

Das Geschäftsmodell der Deutschen Bank berücksichtigt Auswirkungen, Risiken und Chancen in Sachen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environmental, Social und Governance – ESG) entlang ihrer Wertschöpfungskette. Die folgende Abbildung stellt die Wertschöpfungskette der Deutschen Bank dar und beschreibt ihre einzelnen Bestandteile.



Immaterielle Ressourcen

Die wichtigsten immateriellen Ressourcen für das Geschäftsmodell der Deutschen Bank aus wirtschaftlicher Sicht sind ihre Kundenbeziehungen und ihre Belegschaft. Andere wichtige immaterielle Ressourcen sind der Markenname, die Daten und die Software der Bank. Sofern nach IFRS erforderlich, werden immaterielle Ressourcen in der Bilanz erfasst und im konsolidierten Konzernabschluss erläutert.

Auswirkungen, Risiken und Chancen für die wesentlichen Themen der Bank mit Blick auf die Nachhaltigkeit werden in der „Nachhaltigkeitserklärung" dargelegt.

Organisationsstruktur der Deutschen Bank

Zum 31. Dezember 2025 setzte sich der Deutsche Bank-Konzern aus den folgenden Geschäftsbereichen zusammen:

- Unternehmensbank (Corporate Bank)
- Investmentbank (Investment Bank)
- Privatkundenbank (Private Bank)
- Asset Management
- Corporate & Other

Die Deutsche Bank hat eine nach Ländern und Regionen untergliederte Managementstruktur, die eine konsistente Implementierung globaler Strategien unterstützt.

Die Bank unterhält Geschäftsbeziehungen mit bestehenden und potenziellen Kunden in den meisten Ländern der Welt. Diese Geschäftsaktivitäten werden abgewickelt über

- Tochtergesellschaften und Niederlassungen
- Repräsentanzen
- einen oder mehrere Repräsentanten zur Betreuung der Kunden

Investitionen und Veräußerungen von Vermögen der Geschäftsbereiche sind im jeweiligen Abschnitt zu den Geschäftsbereichen enthalten.

Führungsstruktur

Der Vorstand hat den Konzern als Matrix-Organisation, bestehend aus Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen, die in Rechtseinheiten und über geografische Standorte hinweg agieren, strukturiert.

Der Vorstand leitet das Unternehmen nach dem Gesetz, der Unternehmenssatzung und seiner Geschäftsordnung mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung im Interesse des Unternehmens. Dabei berücksichtigt er die Belange der Aktionäre, der Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder). Der Vorstand leitet den Deutsche Bank-Konzern nach einheitlichen Richtlinien und übt eine allgemeine Kontrolle über alle Konzerngesellschaften und Niederlassungen aus.

Der Vorstand entscheidet in allen durch Gesetz und Satzung vorgesehenen Fällen und sorgt für die Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen und interner Richtlinien (Compliance). Hierbei trifft er die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass entsprechende interne Richtlinien entwickelt und implementiert werden. Die Aufgaben des Vorstands umfassen die strategische Steuerung und Ausrichtung der Bank, Zuteilung der Ressourcen, Rechnungslegung und Finanzberichterstattung, das Kontroll- und Risikomanagement sowie die Kontrolle und ordnungsgemäße Geschäftsorganisation des Konzerns. Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte der Bank in gemeinschaftlicher Verantwortung.

Die Zuweisung funktionaler Zuständigkeiten an die einzelnen Vorstandsmitglieder ist im Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand verankert, der den Rahmen für die Delegation von Verantwortungen an die Führungsebenen unterhalb des Vorstands vorgibt. Der Vorstand befürwortet die individuelle Verantwortung der einzelnen Führungskräfte gegenüber der Sozialisierung von Entscheidungen in Ausschüssen. Gleichzeitig erkennt der Vorstand die Bedeutung umfassender und solider Informationen über alle Geschäftsbereiche hinweg an, um gut informierte Entscheidungen treffen zu können. In der gesamten Bank sind Governance-Foren eingerichtet, um die erforderlichen Informationen zur Unterstützung der verantwortlichen Personen in ihrem Entscheidungsfindungsprozess bereitzustellen.

Unternehmensbank

Überblick über den Geschäftsbereich

Der Schwerpunkt der Unternehmensbank liegt vor allem auf der Betreuung von Unternehmenskunden, einschließlich des deutschen Mittelstands, größeren und kleineren Firmen- und Geschäftskunden in Deutschland sowie multinationalen Gesellschaften. Des Weiteren stellt die Unternehmensbank Finanzinstituten bestimmte Leistungen im Transaktionsbankgeschäft zur Verfügung. Die Unternehmensbank berichtet ihre Erträge basierend auf den drei Bereichen: Corporate Treasury Services, Institutional Client Services und Business Banking.

Seit dem 1. Januar 2023 wurden keine signifikanten Investitionen oder Veräußerungen getätigt.

Produkte und Dienstleistungen

Die Unternehmensbank ist ein globaler Anbieter von Cash-Management, Unternehmens- und Handelsfinanzierungen, Trust- und Wertpapierdienstleistungen und Risikomanagementlösungen. Die Cash-Management-Leistungen umfassen integrierte Lösungen für den Zahlungsverkehr und das Devisengeschäft. Das Angebot in der Handels- und Unternehmensfinanzierung reicht vom Akkreditiv- und Garantiegeschäft bis hin zu strukturierten Handelsfinanzierungen und Unternehmenskrediten. Die Trust- und Wertpapierdienstleistungen beinhalten Depository Receipts, Corporate-Trust-Mandate, Dokumentenverwahrung sowie Wertpapierdienstleistungen. Die Unternehmensbank richtet sich an die Finanzabteilungen von Unternehmens- und Firmenkunden sowie Finanzinstituten in Deutschland und weltweit. Entsprechend werden dank der ganzheitlichen Expertise und des globalen Netzwerks integrierte Lösungen bereitgestellt.

Neben dem Produktangebot der Unternehmensbank erhalten Kunden durch die Coverage-Teams zudem Zugang zur Expertise der Investmentbank.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Kundenbetreuung der Unternehmensbank konzentriert sich auf internationale mittelständische und große Unternehmen und ist in drei Einheiten gegliedert: Global Coverage, MidCorps Coverage und Risk Management Solutions. Im Bereich Coverage betreuen Generalisten mit einem Multi-Produkt-Ansatz multinationale Unternehmen sowohl auf Hauptsitz-Ebene als auch in den Tochtergesellschaften über zentrale, regionale und lokale Teams. MidCorps Coverage umfasst ebenfalls Multi-Produkt-Generalisten, jedoch mit besonderem Fokus auf mittelständische Unternehmen. Risk Management Solutions setzt sich aus Produktspezialisten für Devisengeschäfte (Foreign Exchange), Schwellenländer (Emerging Markets) und Zinsprodukte (Rates) zusammen. Diese Einheit wird regional in Asien-Pazifik, Nahost/Afrika, Nord- und Südamerika sowie Europa gesteuert, um eine enge Anbindung an Kunden sicherzustellen.

Unternehmenskunden werden über alle drei Kundensegmente der Unternehmensbank betreut. Corporate Treasury Services betreut mittelständische und große Unternehmen über die Marken Deutsche Bank und Postbank und bietet Unternehmens-Treasurern das vollständige Leistungsportfolio in den Bereichen Cash-Management, Handels- und Unternehmensfinanzierung sowie Risikomanagement. Institutional Client Services umfasst Cash-Management-Lösungen für institutionelle Kunden sowie Trust- und Wertpapierdienstleistungen. Business Banking richtet sich an kleine Unternehmen und Selbstständige und bietet eine weitgehend standardisierte Produktpalette sowie ausgewählte kontextbezogene Partnerangebote (etwa im Bereich Buchhaltungslösungen).

Investmentbank

Überblick über den Geschäftsbereich

In der Investmentbank sind das Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (Fixed Income & Currencies (FIC) und der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte (im vierten Quartal 2025 umbenannt von "Emissions- und Beratungsgeschäft") sowie Research und Sonstige gebündelt. Die Investmentbank konzentriert sich auf seine traditionellen Stärken in diesen Märkten und bündelt dabei Expertise im Großkundengeschäft in den Bereichen Risikomanagement, Sales & Trading, Investmentbankgeschäft und Infrastruktur. Dies ermöglicht es der Investmentbank, Ressourcen und Kapital entsprechend des Kunden- und Produktumfangs auszurichten, um die strategischen Ziele der Bank wirksam zu unterstützen.

Im April 2023 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine Vereinbarung über ein Barangebot zur Übernahme der Numis Corporation Plc („Numis") erzielt hat. Am 13. Oktober 2023 schloss die Deutsche Bank die Transaktion ab und erwarb 100% der Anteile an Numis zu einem Barkaufpreis von 397 Mio. GBP. Im Rahmen der Kaufpreisallokation wurde ein Geschäfts- oder Firmenwert von 233 Mio. € identifiziert. Dieser wurde der Investmentbank als zahlungsmittelgenerierender Einheit (ZGE) zugeordnet. Aufgrund der Bewertung der ZGE in der Investmentbank wurde der Geschäfts- oder Firmenwert als wertgemindert eingestuft und im vierten Quartal 2023 vollständig abgeschrieben.

Seit dem 1. Januar 2023 wurden keine signifikanten Veräußerungen getätigt.

Produkte und Dienstleistungen

Das Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (Fixed Income & Currencies) gliedert sich in zwei Teilbereiche: Das Segment „Fixed Income & Currencies: Finanzierung" bietet umfassende, maßgeschneiderte Finanzierungslösungen über Branchen und Anlageklassen hinweg. Der Bereich „Fixed Income & Currencies: Handelsgeschäft" (im vierten Quartal 2025 umbenannt von „Fixed Income & Currencies: Ex-Financing") vereint institutionellen Vertrieb, Handel und Strukturierungserfahrung in den Bereichen Währungsgeschäft (Foreign Exchange), Zinsgeschäft (Rates), Schwellenländer (Emerging Markets) und Kreditprodukte (Credit Trading). Das FIC-Geschäft ist global tätig und stellt Unternehmens- und institutionellen Kunden Liquidität, Market-Making-Dienstleistungen und spezialisierte Risikomanagementlösungen über eine breite Palette von Zins- und Währungsprodukten bereit. Durch den Einsatz moderner Technologie und kontinuierliche Weiterentwicklung der Transaktionsprozesse treibt die Deutsche Bank die Automatisierung und Elektronisierung voran, um Kunden- und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte ist verantwortlich für das Fusionen- und Übernahmen-Geschäft der Bank, sowie für die Kapitalmarktaktivitäten im Fremd- und Eigenkapitalbereich. Die IBCM-Franchise umfasst regional und sektoral ausgerichtete Produkt- und Betreuungsteams, die ihre langjährigen, hochrangigen Kundenbeziehungen nutzen, um den Kunden der Bank in Zusammenarbeit mit dem Fixed-Income- & Currencies-Geschäft sowie weiteren Divisionen der Bank ein breites Spektrum an Beratungs- und Finanzprodukten sowie -dienstleistungen bereitzustellen.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Betreuung der Kunden der Investmentbank erfolgt im Wesentlichen durch drei eng zusammenarbeitende Einheiten: die Institutional Client Group, die das Vertriebsteam für Schuldtitel umfasst; das Investment-Banking-Coverage innerhalb von Investment Banking & Capital Markets; sowie Risk Management Solutions in der Unternehmensbank, das Kapitalmarkt- und Treasury-Lösungen abdeckt. Die enge Abstimmung dieser Teams schafft zusätzliche Synergien und ermöglicht ein erweitertes Cross-Selling von Produkten und Lösungen an die Kunden.

Privatkundenbank

Überblick über den Geschäftsbereich

Die Privatkundenbank betreut Privat- und Private-Kunden, vermögende Privatpersonen, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Familien. In ausgewählten internationalen Märkten richtet sich das Geschäft zudem an Firmenkunden. Die Privatkundenbank ist entlang der Kundensegmente Wealth Management (im vierten Quartal 2025 umbenannt aus „Wealth Management & Private Banking") und Personal Banking organisiert.

Dieser kundenorientierte Ansatz spiegelt das Ziel wider, Kunden innerhalb der Privatkundenbank gezielter und effizienter zu betreuen. Das Wealth Management bündelt die Betreuung von Private-Banking-, High-Net-Worth- und Ultra-High-Net-Worth-Kunden sowie von Geschäftskunden in ausgewählten internationalen Märkten. Das Kundensegment Personal Banking betreut Privat- und vermögende Kunden sowie Firmenkunden in Italien und Spanien, d. h. alle Small-Business- und kleineren Firmenkunden, die nicht dem Wealth-Management-Segment zugeordnet sind.

Seit dem 1. Januar 2023 wurden keine signifikanten Investitionen oder Veräußerungen getätigt.

Produkte und Dienstleistungen

Das Produktangebot der Privatkundenbank umfasst Zahlungs- und Kontodienstleistungen, Kredit- und Einlagenprodukte sowie Anlageberatung. Darüber hinaus beinhaltet das Angebot Produkte, die unseren Kunden den Zugang zu nachhaltigen Finanzierungen sowie ESG-konformen Anlagelösungen ermöglichen. Diese basieren auf definierten Klassifizierungs- und Due-Diligence-Methodiken, einschließlich festgelegter ESG-Strategien, Bewertungen und Ausschlusskriterien.

Personal Banking Deutschland verfolgt einen differenzierten, kundenorientierten Ansatz mit zwei starken und sich ergänzenden Marken: Deutsche Bank und Postbank. Die Marke Deutsche Bank bietet Privatkunden ein breites Spektrum an Bank- und Finanzdienstleistungen, einschließlich individueller Beratungslösungen. Die Marke Postbank konzentriert sich auf Standardprodukte und das tägliche Bankgeschäft, unterstützt durch leistungsfähige Direktbankangebote. In Kooperation mit der Deutschen Post DHL AG werden in ausgewählten Postbank-Filialen zudem Post- und Paketdienstleistungen angeboten. In den internationalen Märkten Italien, Spanien und Indien versorgt die Bank ihre Privatkunden mit täglichen Bankdienstleistungen sowie Anlageberatungslösungen.

Das Wealth Management bietet weltweit Private-Banking-, High-Net-Worth- und Ultra-High-Net-Worth-Kunden maßgeschneiderte und anspruchsvolle Dienstleistungen in der Vermögensplanung, -verwaltung und -anlage, einschließlich der Finanzierung privater und geschäftlicher Vorhaben sowie der Betreuung institutioneller und unternehmerischer Bedürfnisse.

Vertriebskanäle und Marketing

Die Privatkundenbank verfolgt einen Omnikanal-Ansatz, der Kunden flexible Zugangsmöglichkeiten zu Produkten und Dienstleistungen bietet.

Zu den Vertriebskanälen zählen die Filialnetze, unterstützt durch Beratungs- und Kundenservice-Center, Selbstbedienungseinrichtungen sowie digitale Angebote wie Online- und Mobile-Banking. Darüber hinaus arbeitet die Privatkundenbank mit selbstständigen Finanzberatern sowie weiteren Vertriebs- und Kooperationspartnern zusammen, darunter Business-to-Business-to-Consumer-Partner in Deutschland. Für Wealth-Management-Kunden setzt die Privatkundenbank auf ein spezialisiertes Betreuungsmodell mit Relationship- und Investment-Managern, unterstützt von Client Service Executives, die die Kunden bei Vermögensverwaltungs- und Beratungsleistungen sowie beim Zugang zu einer breiten, anbieterübergreifenden Produktpalette begleiten. In Deutschland bietet die Deutsche Oppenheim Family Office AG Family-Office-Dienstleistungen, diskretionäre Fonds und Beratungslösungen an.

Der Ausbau digitaler Fähigkeiten bleibt ein zentraler Schwerpunkt, da das Kundenverhalten sich weiter in Richtung digitaler Kanäle verlagert. Die Privatkundenbank wird ihr Omnikanal-Modell kontinuierlich weiterentwickeln, um Kunden einen möglichst einfachen und flexiblen Zugang zu Produkten und Dienstleistungen zu ermöglichen.

Asset Management

Überblick über den Geschäftsbereich

Der unter der Marke DWS firmierende Geschäftsbereich Asset Management verwaltete zum 31. Dezember 2025 ein Vermögen von 1.085 Mrd. €. Die DWS verfolgt das Ziel, zu den führenden Vermögensverwaltern zu zählen. Sie betreut weltweit eine diversifizierte Kundenbasis aus privaten und institutionellen Anlegern und verfügt über eine starke Präsenz in Deutschland, dem Heimatmarkt der Bank. Zu den Kunden zählen große staatliche Institutionen, Unternehmen, Stiftungen sowie private Anleger. Als regulierter Vermögensverwalter agiert die DWS als Treuhänderin für ihre Kundschaft und ist sich der gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Handelns bewusst. Verantwortungsbewusstes Investieren ist seit Jahrzehnten ein wesentlicher Bestandteil der Tradition, und die DWS verpflichtet sich, im besten Interesse seiner Kunden zu handeln und zu investieren.

Der Deutsche Bank Konzern hält weiterhin 79,5% der Anteile an der DWS; Asset Management zählt unverändert zu den Kerngeschäften des Konzerns. Die Aktien der DWS sind an der Frankfurter Wertpapierbörse notiert.

Seit dem 1. Januar 2023 wurden keine signifikanten Investitionen oder Veräußerungen getätigt.

Produkte und Dienstleistungen

Die DWS bietet privaten und institutionellen Anlegerinnen und Anlegern Zugang zu Anlagelösungen in allen wesentlichen Anlageklassen, in den Bereichen Aktiv, Passiv einschließlich der Xtrackers-Produktpalette sowie bei alternativen Anlageprodukten. Darüber hinaus stellt die DWS maßgeschneiderte Lösungsstrategien bereit, die auf spezifische Kundenbedürfnisse ausgerichtet sind und nicht allein durch klassische Anlageklassen abgedeckt werden können.

Vertriebskanäle und Marketing

Das Produktangebot der DWS wird über eine einzige globale Investmentplattform gesteuert und über ein weltweites Vertriebsnetz in den Regionen Europa, Naher Osten und Afrika (EMEA), Nord- und Südamerika sowie Asien-Pazifik (APAC) vertrieben. Darüber hinaus nutzt die DWS Vertriebsnetze Dritter, einschließlich weiterer Geschäftsbereiche des Deutsche-Bank-Konzerns.

Infrastruktur

Die Infrastrukturfunktionen üben Kontroll- und Dienstleistungstätigkeiten für die Geschäftsbereiche aus. Diese beinhalten Aufgaben in Bezug auf die konzernweite und unternehmensbereichsübergreifende Ressourcenplanung, -steuerung und -kontrolle sowie Aufgaben in Bezug auf das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement.

Die Infrastrukturfunktionen sind in die folgenden Verantwortungsbereiche untergliedert, die mit bestimmten Vorstandsmitgliedern der Bank verknüpft sind:

- Chief Executive Office
- Chief Financial Office
- Chief Risk Office
- Chief Operating Office
- Compliance & Anti-Financial Crime
- Chief Technology, Data and Innovation

Infrastruktur umfasst auch die Abteilung Kommunikation und Soziale Verantwortung, das Chief Sustainability Office, die Interne Revision, Global Procurement, Global Real Estate, die Personalabteilung und Investor Relations.

Signifikante Investitionsausgaben und Veräußerungen

Informationen zu signifikanten Investitionen und Veräußerungen der einzelnen Unternehmensbereiche in den letzten drei Geschäftsjahren sind in den vorangehenden Erläuterungen zu den Unternehmensbereichen berücksichtigt.

Seit dem 1. Januar 2023 hat der Konzern keine öffentlichen Übernahmeangebote für Aktien der Deutschen Bank durch Dritte erhalten.

Geschäftsergebnisse

Konzernergebnisse

Die folgenden Erläuterungen und Analysen sollten in Verbindung mit dem Konzernabschluss gelesen werden.

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Zinsüberschuss	15.691	15.065	15.602	2.626	20	-536	-4
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.707	1.830	1.505	-123	-7	325	22
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**13.985**	**11.235**	**12.097**	**2.749**	**24**	**-861**	**-7**
Provisionsüberschuss	10.891	10.372	9.206	519	5	1.166	13
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	5.160	5.987	4.947	-826	-14	1.040	21
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	49	48	-0	1	2	49	N/A
Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten	9	-11	-96	20	N/A	85	-89
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-6	12	-38	-18	N/A	49	N/A
Sonstige Erträge (Verluste)	300	619	1.259	-319	-52	-640	-51
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	**16.404**	**17.027**	**15.277**	**-623**	**-4**	**1.750**	**11**
Memo: Summe Erträge insgesamt	**32.096**	**30.092**	**28.879**	**2.003**	**7**	**1.214**	**4**
Personalaufwand	11.813	11.731	11.131	82	1	601	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	8.860	11.243	10.112	-2.383	-21	1.131	11
Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	233	0	N/A	-233	N/A
Restrukturierungsaufwand	-15	-3	220	-12	N/A	-223	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**20.658**	**22.971**	**21.695**	**-2.313**	**-10**	**1.276**	**6**
Ergebnis vor Steuern	**9.731**	**5.291**	**5.678**	**4.439**	**84**	**-387**	**-7**
Ertragsteueraufwand	**2.592**	**1.786**	**787**	**805**	**45**	**1.000**	**127**
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	**7.139**	**3.505**	**4.892**	**3.634**	**104**	**-1.387**	**-28**
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	208	139	119	69	50	19	16
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	6.931	3.366	4.772	3.565	106	-1.406	-29
Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	809	668	560	141	21	108	19
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis	6.122	2.698	4.212	3.424	127	-1.514	-36

N/A – nicht aussagekräftig

Zinsüberschuss

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	44.458	49.358	44.074	-4.900	-10	5.284	12
Summe der Zinsaufwendungen	28.767	36.292	30.472	-7.526	-21	5.820	19
Zinsüberschuss	**15.691**	**13.065**	**13.602**	**2.626**	**20**	**-536**	**-4**
Verzinsliche Vermögenswerte im Jahresdurchschnitt[1]	1.035.966	996.118	970.924	39.848	4	25.194	3
Verzinsliche Verbindlichkeiten im Jahresdurchschnitt[1]	848.836	797.143	735.576	51.693	6	61.567	8
Zinsertragssatz[2]	4,29%	4,95%	4,52%	-0,66 Ppkt	-13	0,43 Ppkt	10
Zinsaufwandssatz[3]	3,38%	4,54%	4,12%	-1,16 Ppkt	-26	0,42 Ppkt	10
Zinsspanne[4]	0,90%	0,40%	0,40%	0,50 Ppkt	125	0,00 Ppkt	0
Nettozinsmarge[5]	1,51%	1,31%	1,40%	0,20 Ppkt	15	-0,09 Ppkt	-6

Ppkt = Prozentpunkte
[1] Durchschnittssalden für das Jahr, berechnet auf der Grundlage der Monatsendsalden
[2] Bruttozinsertrag als durchschnittlicher Zinssatz auf durchschnittlich verzinsliche Vermögenswerte
[3] Gezahlter Bruttozinssatz als durchschnittlicher Zinssatz für durchschnittliche verzinsliche Verbindlichkeiten
[4] Zinsspanne als die Differenz zwischen dem durchschnittlich erzielten Zinssatz auf die verzinslichen Vermögenswerte im Jahresdurchschnitt und dem durchschnittlich gezahlten Zinssatz auf die verzinslichen Passiva im Jahresdurchschnitt
[5] Nettozinsmarge als Nettozinsertrag in Prozent der durchschnittlichen zinstragenden Vermögenswerte

2025

Der Zinsüberschuss belief sich im Jahr 2025 auf 15,7 Mrd. € und lag damit 2,6 Mrd. € oder 20% über dem Vorjahreswert. Niedrigere Zinserträge aus Vermögenswerten, die hauptsächlich auf das niedrigere Zinsumfeld zurückzuführen waren, wurden durch geringere Zinsaufwendungen für Einlagen mehr als ausgeglichen und zusätzlich durch positive Sicherungseffekte unterstützt. Der Zinsüberschuss enthielt im Jahr 2025 keine Zinsaufwendungen im Rahmen des Programms für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte III (Targeted Longer-Term Refinancing Operations III, TLTRO III-Programm)", während im Jahr 2024 Zinsaufwendungen in Höhe von 144 Mio. € aus diesem Programm enthalten waren. Insgesamt lag die Nettozinsmarge der Bank im Jahr 2025 bei 1,5% und damit um 20 Basispunkte über dem Vorjahreswert.

2024

Der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2024 betrug 13,1 Mrd. €. und lag damit 536 Mio. € unter dem Vorjahreswert. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf eine weitere Normalisierung des Zinsumfelds und den Wegfall der Verzinsung der Mindestreserve zurückzuführen. Der Zinsüberschuss im Jahr 2024 beinhaltete Zinsaufwendungen von 144 Mio. € aus dem Programm für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte III (Targeted Longer-Term Refinancing Operations III, TLTRO III-Programm) im Vergleich zu Zinsaufwendungen von 741 Mio. € im Vorjahr. Insgesamt lag die Nettozinsmarge im Jahr 2024 bei 1,3% oder neun Basispunkte niedriger als 2023.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Handelsergebnis	5.335	5.894	4.878	-559	-9	1.016	21
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerten	160	-65	217	225	N/A	-282	N/A
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	-334	158	-148	-492	N/A	306	N/A
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen insgesamt	**5.160**	**5.987**	**4.947**	**-826**	**-14**	**1.040**	**21**

N/A – Nicht aussagekräftig

2025

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 5,2 Mrd. € verglichen zu 6,0 Mrd. € im Vorjahr. Das entspricht einer Abnahme von 826 Mio. € (14%). Der Rückgang war in erster Linie auf negative Effekte aus Zinsabsicherungen im Bereich Corporate & Other sowie auf Veränderungen bei der Marktbewertung von Derivaten in der Investmentbank zurückzuführen. Darüber hinaus trugen Veränderungen bei Bewertungsanpassungen auf garantierte Fonds in Asset Management, denen ein entsprechender gegenläufiger Effekt in den sonstigen Erträgen gegenüberstand, zu dem Rückgang bei. Diese Effekte wurden teilweise durch höhere Mark-to-Market-Effekte aus Sicherungsaktivitäten in der Unternehmensbank und der Privatkundenbank kompensiert.

2024

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 6,0 Mrd. € verglichen mit 4,9 Mrd. € im Vorjahr. Das entspricht einer Zunahme von 1,0 Mrd. € beziehungsweise 21%. Dieser Anstieg war in erster Linie auf höhere Zinsabsicherungsgeschäfte im Bereich Corporate & Other zurückzuführen. Asset Management profitierte von positiven Bewertungsanpassungen hauptsächlich bei Garantien mit einem korrespondierenden gegenläufigen Effekt in den sonstigen Erträgen. Diese positiven Ergebnisse wurden teilweise durch die Veränderungen bei der Marktbewertung von Derivaten in der Investmentbank ausgeglichen.

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

Die Handels- und Risikomanagementgeschäfte der Bank beinhalten wesentliche Aktivitäten mit Zinsinstrumenten und damit verbundenen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzinstrumenten (beispielsweise Kupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Erträge aus Handelsaktivitäten der Bank werden in Abhängigkeit von unterschiedlichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, entweder im Zinsüberschuss oder im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen erfasst.

Um diese Entwicklung mit Blick auf die Geschäftstätigkeit des Konzerns besser analysieren zu können, wird in der folgenden Tabelle der Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen nach Unternehmensbereichen untergliedert.

in Mio. €				Veränderung 2025 gegenüber 2024		Veränderung 2024 gegenüber 2023	
(sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	15.691	13.065	13.602	2.626	20	-536	-4
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	5.160	5.987	4.947	-826	-14	1.040	21
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen insgesamt	**20.852**	**19.052**	**18.549**	**1.800**	**9**	**504**	**3**
Aufgliederung nach Geschäftsbereich:[1]							
Unternehmensbank	4.669	4.946	5.193	-277	-6	-247	-5
Investmentbank	9.308	8.368	7.976	939	11	393	5
Privatkundenbank	6.470	5.998	6.377	472	8	-379	-6
Asset Management	180	269	-11	-89	-33	280	N/A
Corporate & Other	225	-529	-986	755	N/A	457	-46
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen insgesamt	**20.852**	**19.052**	**18.549**	**1.800**	**9**	**504**	**3**

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Diese Aufgliederung stellt den Zinsüberschuss und das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen dar. Die Erläuterung der Segmenterträge insgesamt nach Produkten ist in der Anhangangabe 04 „Segmentberichterstattung" in diesem Bericht enthalten.

2025

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 20,9 Mrd. € gegenüber 19,1 Mrd. € im Jahr 2024, was einem Anstieg um 1,8 Mrd. € oder 9% entsprach. Der Anstieg war hauptsächlich auf den höheren Zinsüberschuss zurückzuführen. Die Investmentbank verzeichnete einen Anstieg von 939 Mio. €, der in erster Linie auf Volumenwachstum in Verbindung mit höheren Zinserträgen im Kreditgeschäft im Bereich Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen, insbesondere im Devisenhandel und Handel mit Schwellenländern, zurückzuführen war. In der Privatkundenbank stieg die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen um 472 Mio. €, hauptsächlich infolge höherer Einlagenvolumina sowie gestiegener Mark-to-Market-Effekte aus Sicherungsaktivitäten, denen ein teilweise gegenläufiger Effekt in den sonstigen Erträgen gegenüberstand. Im Asset Management ging die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen um 89 Mio. € zurück, was im Wesentlichen auf Bewertungsanpassungen, vor allem bei garantierten Fonds, zurückzuführen war, mit einem gegenläufigen Effekt in den sonstigen Erträgen. In der Unternehmensbank verringerte sich die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen um 277 Mio. €, da positive Effekte aus Zinsabsicherungen, dem Geschäftswachstum sowie günstigen Veränderungen bei der Marktbewertung von Derivaten durch eine Normalisierung der Margen und Wechselkurseffekte mehr als ausgeglichen wurden. Die positive Gesamtentwicklung wurde durch Corporate & Other mit einem Anstieg der Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen von rund 755 Mio. € auf 255 Mio. € unterstützt, der im Wesentlichen auf positive Effekte aus Zinsabsicherungen zurückzuführen war.

2024

Die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 19,1 Mrd. € gegenüber 18,5 Mrd. € im Jahr 2023, was einem Anstieg um 0,5 Mrd. € oder 3% entsprach. Der Anstieg war hauptsächlich auf das höhere Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen zurückzuführen. Die Investmentbank verzeichnete einen Anstieg von 0,4 Mrd. € hauptsächlich bedingt durch das positive Ergebnis aus Derivaten, dem etwas geringere Gewinne aus Marktwertanpassungen von Derivaten bei FIC-Handelsgeschäft gegenüberstanden. Das Asset Management steuerte 0,3 Mrd. € zu dem besseren Ergebnis bei. Darin spiegelt sich hauptsächlich eine positive Veränderung des beizulegenden Zeitwerts von Garantien wider, die durch die Sonstigen Erträge teilweise ausgeglichen wurde. In der Privatkundenbank sank die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mrd. €. Der Rückgang ergab sich hauptsächlich aus höheren Refinanzierungskosten und Absicherungsgeschäften, die teilweise durch das Wachstum der Einlagen und Kredite aufgehoben wurden. In der Unternehmensbank sank die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insbesondere infolge der geringeren Zinserträge und höheren Finanzierungskosten um 0,2 Mrd. €. Die positive Gesamtentwicklung wurde durch Corporate & Other mit einem Anstieg von rund 0,5 Mrd. € unterstützt, zu dem vor allem ein positiver Effekt aus Zinsabsicherungen beitrug.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

2025

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2025 1,7 Mrd. €, gegenüber 1,8 Mrd. € im Jahr 2024 und 36 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens und entsprach damit 36 Basispunkten des durchschnittlichen Kreditvolumens, im Einklang mit den Richtlinien, die sich die Bank nach dem dritten Quartal gegeben hatte. Der Rückgang war in erster Linie auf geringere Zuführungen zur Risikovorsorge für leistungsgestörte Kredite (Stufe 3) zurückzuführen, trotz anhaltend hoher Risikovorsorge im Bereich Gewerbeimmobilien. Dies wurde teilweise durch eine höhere Risikovorsorgen in der Stufe 1 und Stufe 2 infolge modellbedingter Effekte ausgeglichen. Insgesamt blieb die Portfolioqualität stabil.

2024

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2024 1,8 Mrd. €, ein Anstieg von 1,5 Mrd. € im Geschäftsjahr 2023, oder 38 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens und bewegte sich damit innerhalb der Erwartungen, die die Bank nach dem dritten Quartal 2024 kommuniziert hatte. Dies war auf spezifische Herausforderungen zurückzuführen, darunter ein zyklisch höheres Niveau an Risikovorsorge im Bereich Gewerbeimmobilien, gewisse größere Unternehmensereignisse sowie Übergangseffekte aus der Postbank-Integration, die weiter abklingen. Trotz der herausfordernden makroökonomischen Bedingungen und des schwierigen Zinsumfelds entwickelten sich die Kreditportfolios insgesamt wie erwartet.

Die Abschnitte „Segmentergebnisse" und „Risikobericht" enthalten weitere Informationen zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Übrige zinsunabhängige Erträge

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Provisionsüberschuss[1]	**10.891**	10.372	9.206	519	5	1.166	13
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	**49**	48	0	1	2	49	N/A
Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten	**9**	-11	-96	20	N/A	85	-89
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	**-6**	12	-38	-18	N/A	49	N/A
Sonstige Erträge (Verluste)	**300**	619	1.259	-319	-52	-640	-51
Übrige zinsunabhängige Erträge	**11.244**	11.040	10.330	204	2	710	7
[1] beinhaltet:							
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften:							
Provisionen aus Verwaltungstätigkeiten	**518**	517	280	1	0	37	13
Provisionen aus Vermögensverwaltung	**4.451**	4.022	3.700	430	11	322	9
Provisionen aus sonstigen Wertpapier-geschäften	**494**	435	441	61	14	-8	-2
Insgesamt	**5.264**	4.772	4.421	492	10	351	8
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts:							
Provisionen aus Emissions- und Beratungsgeschäft	**1.771**	1.669	1.105	102	6	564	51
Provisionen aus Maklergeschäften	**455**	455	366	-1	0	89	24
Insgesamt	**2.226**	2.124	1.471	102	5	653	44
Provisionsüberschuss und Gebühren für sonstige Dienstleistungen:	**3.402**	3.476	3.314	-74	-2	162	5
Provisionsüberschuss insgesamt	**10.891**	10.372	9.206	519	5	1.166	13

N/A – Nicht aussagefähig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

Provisionsüberschuss

2025

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich im Geschäftsjahr 2025 gegenüber dem Geschäftsjahr 2024 um 519 Mio. € oder 5% auf 10,9 Mrd. €. Der Anstieg war hauptsächlich auf höhere erfolgsabhängige Vergütungen sowie höhere Verwaltungsgebühren infolge eines höheren durchschnittlichen verwalteten Vermögens zurückzuführen, begünstigt durch positive Aktienmärkte und Nettomittelzuflüsse im Asset Management. Darüber hinaus leisteten ein starker Beitrag aus den Geschäftsbereichen Trade Finance & Lending, Institutional Cash Management sowie Trust and Agency Services in der Unternehmensbank einen wesentlichen Beitrag zu der Entwicklung. Zusätzlich trugen höhere Provisions- und Gebührenerträge aus dem Private-Credit-Kreditgeschäft sowie aus bilanziellen Finanzierungen in der Investmentbank zum Anstieg bei. Auch höhere Anlageerträge, insbesondere aus diskretionären Portfoliomandaten in der Privatkundenbank, wirkten unterstützend, wurden jedoch teilweise durch höhere Kosten im Karten- und Zahlungsverkehr kompensiert.

2024

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich im Geschäftsjahr 2024 gegenüber dem Geschäftsjahr 2023 um 1,2 Mrd. € oder 13% auf 10,4 Mrd. €. Der Anstieg war hauptsächlich auf höhere Gebühreneinnahmen im Emissions- und Beratungsgeschäft in der Investmentbank sowie auf ein besonders gutes Ergebnis im Bereich Trade Finance in der Unternehmensbank zurückzuführen. Ein weiterer Grund für die Zunahme waren höhere Verwaltungsgebühren in Asset Management durch den Anstieg im verwalteten Vermögen.

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten

2025

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 49 Mio. € sowie auf 48 Mio. € im Geschäftsjahr 2024. Grund hierfür war in erster Linie der Verkauf von Anleihen und Wertpapieren aus der strategischen Liquiditätsreserve.

2024

Das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 48 Mio. € sowie auf -0 Mio. € im Geschäftsjahr 2023. Grund hierfür war in erster Linie der Verkauf von Anleihen und Wertpapieren aus der strategischen Liquiditätsreserve.

Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten

2025

Das Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 9 Mio. €, nach -11 Mio. € im Vorjahr. Die Entwicklung ist im Wesentlichen auf die Ausbuchung von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Krediten zurückzuführen.

2024

Das Ergebnis aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf -11 Mio. €, nach -96 Mio. € im Vorjahr. Das Ergebnis in beiden Perioden ist auf Verkäufe im Hold-to-Collect-Portfolio zurückzuführen.

Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen

2025

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf -6 Mio. € gegenüber 12 Mio. € im Geschäftsjahr 2024. Dies entspricht einem Rückgang um -18 Mio. €., der hauptsächlich auf Verluste im Zusammenhang mit der Dekonsolidierung eines Investments zurückzuführen ist. Teilweise kompensiert wurde dies durch Nettoertrag aus den Investitionen aufgrund höherer Bewertungseffekte.

2024

Das Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen erhöhte sich von -38 Mio. € im Geschäftsjahr 2023 auf 12 Mio. €, im Geschäftsjahr 2024. Dieser Anstieg um 49 Mio. € ergab sich hauptsächlich aus einem Bewertungszuschlag der zugrunde liegenden Kredite bei der Harvest Fund Management Company Limited.

Sonstige Erträge (Verluste)

2025

Die Sonstigen Erträge betrugen 300 Mio. € im Geschäftsjahr 2025 gegenüber 619 Mio. € im Jahr 2024. Der Rückgang war vorwiegend auf Marktbewegungen im Bestand der Sicherungsgeschäfte zurückzuführen, nachdem im Vorjahr Gewinne aus diesen Geschäften erzielt worden waren, die teilweise durch Bewertungsanpassungen auf garantierte Fonds im Asset Management kompensiert wurden.

2024

Die Sonstigen Erträge betrugen 619 Mio. € im Geschäftsjahr 2024 gegenüber 1,3 Mrd. € im Jahr 2023. Der Rückgang war vorwiegend auf die Marktbewegungen im Bestand der Sicherungsgeschäfte zurückzuführen, während im Vorjahr Gewinne aus diesen Geschäften erzielt wurden.

Zinsunabhängige Aufwendungen

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Personalaufwand	11.813	11.731	11.131	82	1	601	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand[1]	8.860	11.243	10.112	-2.383	-21	1.131	11
Wertminderung auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	233	0	N/A	-233	N/A
Restrukturierungsaufwand	-15	-3	220	-12	N/A	-223	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	**20.658**	**22.971**	**21.695**	**-2.313**	**-10**	**1.276**	**6**
N/A - nicht aussagefähig							
[1] beinhaltet:							
Informationstechnologie	3.504	3.610	3.755	-106	-3	-145	-4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.463	1.624	1.478	-161	-10	147	10
Regulatorische Aufwendungen, Steuern & Versicherung[2]	862	1.028	1.399	-165	-16	-371	-27
Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	671	763	899	-92	-12	-136	-15
Bankdienstleistungen und ausgelagerte Funktionen	891	964	964	-73	-8	1	0
Marktdaten und Research Dienstleistungen	410	400	374	11	3	26	7
Aufwendungen für Reisen	152	153	143	0	0	10	7
Marketingaufwendungen	195	149	203	46	31	-54	-26
Sonstige Aufwendungen[3]	710	2.552	899	-1.842	-72	1.654	184
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	**8.860**	**11.243**	**10.112**	**-2.383**	**-21**	**1.131**	**11**

[1] Darin enthalten ist die Bankenabgabe von 148 Mio. € im Geschäftsjahr 2025, 172 Mio. € im Geschäftsjahr 2024 und 528 Mio. € im Geschäftsjahr 2023.
[2] Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 179 Mio. € im Geschäftsjahr 2025, 2.035 Mio. € im Geschäftsjahr 2024 und 311 Mio. € im Geschäftsjahr 2023. Für weitere Informationen zu Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten siehe Anhangangabe 27 „Rückstellungen" in diesem Bericht.

Personalaufwand

2025

Die Aufwendungen für Vergütungen und Sozialleistungen stiegen im Jahr 2025 gegenüber 2024 um 82 Mio. € bzw. 1% auf 11,8 Mrd. € (2024: 11,7 Mrd. €). Der Anstieg war hauptsächlich auf höhere leistungsabhängige Vergütungen zurückzuführen und wurde teilweise durch geringere Abfindungskosten ausgeglichen.

2024

Der Personalaufwand stieg von 11,1 Mrd. € im Geschäftsjahr 2023 um 601 Mio. € oder 5% auf 11,7 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024. Maßgeblich für den Anstieg waren eine höhere erfolgsabhängige Vergütung, Gehaltssteigerungen und ein höherer Personalbestand nach gezielten Investitionen der Bank im Rahmen der „Globale Hausbank"-Strategie, sowie höhere Abfindungszahlungen.

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

2025

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand ging im Jahr 2025 gegenüber 2024 um 2,4 Mrd. € oder 21% von 11,2 Mrd. € auf 8,9 Mrd. € zurück. Der Rückgang war hauptsächlich auf den Wegfall der im Jahr 2024 erfassten Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dem Postbank-Übernahmeverfahren und den polnischen Fremdwährungshypothekendarlehen sowie auf die Auflösung des RusChemAlliance-Erstattungsanspruchs zurückzuführen, die das Vorjahr belastet hatten. Zusätzlich wurde der Rückgang durch niedrigere Bankenabgaben sowie geringere Aufwendungen für Informationstechnologie unterstützt, die vor allem auf niedrigere Kosten für externe Dienstleister und IT-Plattformen zurückzuführen waren.

2024

Der Sachaufwand und sonstige Aufwand erhöhte sich um 1,1 Mrd. € oder 11% auf 11,2 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zu 10,1 Mrd. € in 2023. Grund hierfür war der Anstieg der sonstigen Aufwendungen, hauptsächlich durch höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Übernahme der Postbank AG und für polnische Fremdwährungshypothekendarlehen sowie die Auflösung des Aktivpostens aus einem Erstattungsanspruch im Zusammenhang mit dem RusChemAlliance-Verfahren. Dies wurde teilweise durch geringere Bankenabgaben von 355 Mio. € im Geschäftsjahr 2024 sowie geringere Aufwendungen für Dienstleistungen uns Informationstechnologie, insbesondere aufgrund geringerer Kosten für Dienstleister und IT-Plattformen, ausgeglichen.

Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

2025
Weder im Jahr 2025 noch im Jahr 2024 wurden Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert oder auf andere immaterielle Vermögenswerte erfasst.

2024
Die Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte beliefen sich im Geschäftsjahr 2024 auf 0 Mio. €, gegenüber 233 Mio. € im Vorjahr. Letzte war im Zusammenhang mit der Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwertes von Numis in der Investmentbank entstanden.

Restrukturierungsaufwand

2025
Restrukturierungsaktivitäten führten im Jahr 2025 zu einer Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 15 Mio. € gegenüber einer Auflösung von 3 Mio. € im Geschäftsjahr 2024. Die Entwicklung in beiden Berichtsperioden war im Wesentlichen auf die Umsetzung strategischer Initiativen in der Privatkundenbank zurückzuführen.

2024
Der Restrukturierungsaufwand belief sich auf eine Auflösung von 3 Mio. € im Geschäftsjahr 2024, nach Aufwendungen in Höhe von 220 Mio. € im Geschäftsjahr 2023. Ursächlich für diese Entwicklung war in beiden Perioden Restrukturierungsaufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung strategischer Initiativen in der Privatkundenbank.

Ertragsteueraufwand

2025
Der Ertragsteueraufwand lag bei 2,6 Mrd. € im Geschäftsjahr 2025 gegenüber einem Steueraufwand von 1,8 Mrd. € im Vorjahr. Die effektive Steuerquote für das Geschäftsjahr 2025 lag bei 27% und resultierte im Wesentlichen aus dem positiven Effekt der Deutschen Steuerreform und der geografischen Verteilung der Erträge.

2024
Der Ertragsteueraufwand lag bei 1,8 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024 gegenüber einem Steueraufwand von 787 Mio. € im Vorjahr. Die effektive Steuerquote im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 34% wurde durch zum Teil steuerlich nicht abzugsfähige Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten beeinflusst.

Ergebnis nach Steuern

2025
Das Ergebnis nach Steuern lag im Geschäftsjahr 2025 bei 7,1 Mrd. €, nach 3,5 Mrd. € im Vorjahr. Der Anstieg des Ergebnisses nach Steuern geht in erster Linie auf die starke operative Entwicklung im Geschäftsjahr 2025 sowie das Ausbleiben einzelner Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, die das Ergebnis im Jahr 2024 belastet hatten, zurück.

2024
Das Ergebnis nach Steuern lag im Geschäftsjahr 2024 bei 3,5 Mrd. €, nach 4,9 Mrd. € im Vorjahr. Der Rückgang des Ergebnisses nach Steuern geht in erster Linie auf den bereits erwähnten Anstieg der Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und den höheren Ertragsteueraufwand im Vergleich zu 2023 zurück.

Segmentergebnisse

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse der Geschäftsbereiche dargestellt. Informationen zu den folgenden Sachverhalten sind in der Anhangangabe 04 „Segmentberichterstattung" des Konzernabschlusses enthalten:

- Änderungen des Formats der Segmentberichterstattung und
- Das Rahmenwerk der Managementberichtssysteme der Bank

Die Segmentberichterstattung der Deutschen Bank folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrundeliegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Diese stellt die Grundlage für die Bewertung der finanziellen Performance der Segmente dar und wird zur Zuteilung von Ressourcen an die Segmente herangezogen. Grundlage für die Segmentierung ist die am 31. Dezember 2025 gültige Konzernstruktur. Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Unternehmens-bank	Investment-bank	Privat-kunden-bank	Asset Management	Corporate & Other	Konzern insgesamt
Erträge[1]	7.400	11.541	9.665	3.077	413	32.096
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	194	827	578	-2	108	1.707
Zinsunabhängige Aufwendungen						
Personalaufwand	1.632	2.894	2.795	952	3.541	11.813
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.971	3.782	3.958	871	-2.721	8.860
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	-0	-0	-15	0	-0	-15
insgesamt	4.603	6.675	6.738	1.823	819	20.658
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	16	0	272	-289	0
Ergebnis vor Steuern	2.603	4.022	2.348	985	-226	9.731
Aktiva in (Mrd. €)[2]	323	756	316	11	49	1.435
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)	120	115	247	0	-3	479
Vermögenswerten	14	6	65	20	1.938	2.042
Einlagen (in Mrd. €)	329	28	329	0	5	692
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mrd. €)	12	24	15	5[3]	10	66
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)	72	136	92	16	31	347
davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[4]	11	18	15	5	14	63
Verschuldungsposition (in Mrd. €)	358	602	326	10	32	1.327
ungerechnet)	27.320	20.592	35.443	5.425	1.099	89.879
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)[5,6]	14,1%	10,8%	10,1%	12,9%	N/A	9,3%
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[5,6]	15,3%	11,2%	10,5%	29,1%	N/A	10,3%
Aufwand-Ertrag-Relation[7]	62,2%	57,8%	69,7%	59,3%	N/A	64,4%
[1] beinhaltet:						
Zinsüberschuss	4.567	4.681	6.169	24	249	15.691
Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	4	-69	4	52	3	-6
[2] beinhaltet:						
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	101	264	102	455	5	924

N/A – Nicht aussagekräftig
[3] Ab dem vierten Quartal 2025 wurde der Rahmen für die Eigenkapitalallokation aktualisiert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten
[5] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten
[6] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, diese belief sich für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2025 auf 27%; für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind; zum 31. Dezember 2025 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten
[7] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	2024 Konzern insgesamt
Erträge[1]	**7.506**	**10.557**	**9.386**	**2.649**	**-6**	**30.092**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**347**	**549**	**851**	**-1**	**83**	**1.830**
Zinsunabhängige Aufwendungen						
Personalaufwand	1.611	2.690	2.938	919	3.574	11.731
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.448	3.970	4.395	904	-1.474	11.243
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	-1	-0	-3	0	0	-3
insgesamt	**5.058**	**6.660**	**7.331**	**1.825**	**2.100**	**22.971**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	**5**	**0**	**194**	**-199**	**0**
Ergebnis vor Steuern	**2.101**	**3.344**	**1.204**	**632**	**-1.989**	**5.291**
Aktiva in (Mrd. €)[2]	280	756	324	11	17	1.387
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)	117	110	257	0	0	485
Vermögenswerten	12	3	160	30	1.886	2.091
Einlagen (in Mrd. €)	313	22	320	0	11	666
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mrd. €)	12	24	14	5	10	65
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)	78	130	97	18	34	357
davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3]	11	15	14	5	13	58
Verschuldungsposition (in Mrd. €)	339	593	336	10	38	1.316
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	26.280	20.065	37.059	5.166	1.183	89.753
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)[4,5]	11,9%	9,1%	5,1%	8,0%	N/A	4,2%
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[4,5]	12,7%	9,4%	5,1%	18,0%	N/A	4,7%
Aufwand-Ertrag-Relation[6]	67,4%	63,1%	78,1%	68,8%	N/A	76,3%
[1] beinhaltet:						
Zinsüberschuss	4.987	3.372	5.786	25	-1.104	13.065
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-1	-46	21	36	2	12
[2] beinhaltet:						
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	90	379	102	451	6	1.028

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[3] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[5] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, diese belief sich für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2024 auf 34%; für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind; zum 31. Dezember 2024 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.
[6] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	2023 Konzern insgesamt
Erträge[1]	**7.718**	**9.160**	**9.571**	**2.383**	**47**	**28.879**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**266**	**431**	**783**	**-1**	**26**	**1.505**
Zinsunabhängige Aufwendungen						
Personalaufwand	1.559	2.534	2.808	891	3.358	11.151
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.088	4.082	4.718	934	-2.710	10.112
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	233	0	0	0	233
Restrukturierungsaufwand	-4	-5	228	0	-1	220
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**4.623**	**6.846**	**7.755**	**1.825**	**647**	**21.695**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	**3**	**0**	**163**	**-166**	**0**
Ergebnis vor Steuern	**2.828**	**1.880**	**1.032**	**396**	**-459**	**5.678**
Aktiva in (Mrd. €)[2]	264	658	331	10	49	1.312
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)	117	101	261	0	0	479
Zugänge zu langfristigen Vermögenswerten	13	89	90	73	1.853	2.118
Einlagen (in Mrd. €)	289	18	308	0	7	622
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mrd. €)	11	25	14	5	10	65
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)	69	140	86	15	40	350
davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3]	6	22	8	3	19	57
Verschuldungsposition (in Mrd. €)	307	546	339	10	39	1.240
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	25.356	19.899	38.465	4.961	1.449	90.130
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)[4,5]	17,1%	4,9%	4,5%	5,2%	N/A	6,7%
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[4,5]	18,5%	5,1%	4,8%	12,2%	N/A	7,4%
Aufwand-Ertrag-Relation[6]	59,9%	74,7%	81,0%	76,6%	N/A	75,1%
[1] beinhaltet:						
Zinsüberschuss	5.241	2.887	6.156	-124	-557	13.602
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-6	-70	-5	42	2	-38
[2] beinhaltet:						
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	91	413	84	420	5	1.013

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[3] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[5] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt; diese belief sich für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2023 auf 14%; für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind; zum 31. Dezember 2023 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.
[6] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

Unternehmensbank

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge							
Corporate Treasury Services[1]	4.220	4.197	4.381	23	1	-184	-4
Institutional Client Services	1.917	1.956	1.895	-39	-2	62	3
Business Banking[1]	1.263	1.352	1.442	-90	-7	-90	-6
Erträge insgesamt	**7.400**	**7.506**	**7.718**	**-106**	**-1**	**-212**	**-3**
davon:							
Zinsüberschuss[2]	4.567	4.987	5.241	-419	-8	-254	-5
Provisionsüberschuss[2]	2.704	2.577	2.460	127	5	118	5
Sonstige Erträge[2]	129	-58	18	186	N/A	-75	N/M
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**194**	**347**	**266**	**-153**	**-44**	**81**	**30**
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	1.632	1.611	1.559	21	1	72	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.971	3.448	3.088	-477	-14	359	12
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-0	-1	-4	1	N/A	4	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	**4.603**	**5.058**	**4.623**	**-455**	**-9**	**435**	**9**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	**0**	**0**	**0**	**N/A**	**0**	**N/A**
Ergebnis vor Steuern	**2.603**	**2.101**	**2.828**	**502**	**24**	**-728**	**-26**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	8.420	7.959	7.670	461	6	289	4
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	8.181	8.171	8.017	10	0	154	2
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	10.719	10.150	9.669	569	6	481	5
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	27.320	26.280	25.356	1.040	4	924	4
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[3,4]	323	280	264	44	16	16	6
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[3]	72	78	69	-6	-8	9	13
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3,5]	11	11	6	0	1	5	94
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[3]	358	339	307	18	5	33	11
Einlagen (in Mrd. €)[3]	329	313	289	17	5	23	8
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)[3]	120	117	117	3	2	-0	0
Aufwand-Ertrag-Relation[6]	62,2%	67,4%	59,9%	-5,2Ppkt	N/A	7,5Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[7,8]	14,1%	11,9%	17,1%	2,2Ppkt	N/A	-5,2Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[7,8]	15,3%	12,7%	18,5%	2,6Ppkt	N/A	-5,8Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Ab dem ersten Quartal 2025 werden bestimmte kleinere, weniger komplexe Kunden, die bisher unter Corporate Treasury Services geführt wurden, unter Geschäftskunden (Business Banking) ausgewiesen. Die Umgliederung folgt einer Überprüfung und Neuausrichtung der Kundenbetreuung, um den Kunden die effektivste Betreuung innerhalb der Unternehmensbank zu bieten. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[2] Ab dem ersten Quartal 2025 hat sich die Darstellung bestimmter Ertragsbeteiligungen zwischen der Unternehmensbank und der Investmentbank geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[3] Zum Jahresende.
[4] Die Vermögenswerte der Geschäftsbereiche werden konsolidiert dargestellt, das heißt, Salden zwischen den Geschäftsbereichen sind nicht enthalten.
[5] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[6] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.
[7] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[8] Für die Geschäftsbereiche werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Geschäftsbereichen zuzuordnen sind; für die Jahre 2025, 2024 und 2023 ergab sich demnach für die Geschäftsbereichen eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.

2025

Der Vorsteuergewinn belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 2,6 Mrd. €, ein Anstieg um 24% gegenüber 2024. Diese Entwicklung wurde im Wesentlichen durch niedrigere zinsunabhängige Aufwendungen und eine geringere Risikovorsorge im Kreditgeschäft getrieben, teilweise ausgeglichen durch niedrigere Erträge. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) lag bei 14,1%, nach 11,9% im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) betrug 15,3%, gegenüber 12,7% im Vorjahr. Die Aufwand-Ertrag-Relation verbesserte sich auf 62%, nach 67% im Jahr 2024.

Die Erträge beliefen sich auf 7,4 Mrd. €, ein Rückgang um 1% gegenüber dem Vorjahr, da positive Effekte aus Zinsabsicherungen, höheren Geschäftsvolumina sowie einem Wachstum des Provisionsüberschusses mehr als durch die Normalisierung der Margen und Wechselkursbewegungen ausgeglichen wurden. Die Erträge in Corporate Treasury Services beliefen sich auf 4,2 Mrd. €, ein Anstieg um 1% gegenüber dem Vorjahr, da positive Effekte aus Zinsabsicherungen, höheren Einlagenvolumina und einem Wachstum des Provisionsüberschusses durch niedrigere Einlagenmargen kompensiert wurden. Die Erträge im Institutional Client Services-Geschäft gingen um 2% auf 1,9 Mrd. € zurück, hauptsächlich aufgrund geringerer Einlagenvolumina im Institutional Cash Management. Die Erträge im Business Banking beliefen sich auf 1,3 Mrd. €, ein Rückgang um 7% gegenüber dem Vorjahr, getrieben durch die Normalisierung der Einlagenmargen, teilweise ausgeglichen durch Wachstum des Provisionsüberschusses.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2025 auf 194 Mio. € bzw. 17 Basispunkte der durchschnittlichen Kredite, nach 347 Mio. € im Vorjahr. Der Rückgang war im Wesentlichen auf niedrigere Risikovorsorge für Kredite der Stufe 3 sowie auf einen moderateren Rückgang in den Stufen 1 und 2 zurückzuführen, was hauptsächlich Modellauflösungen widerspiegelt.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 4,6 Mrd. €, ein Rückgang um 9% gegenüber dem Vorjahr, getrieben durch niedrigere nichtoperative Aufwendungen. Die bereinigten Kosten lagen unverändert zum Vorjahr bei 4,6 Mrd. €.

2024

Der Vorsteuergewinn belief sich im Geschäftsjahr 2024 auf 2,1 Mrd. €, ein Rückgang um 26% gegenüber 2023. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf höhere zinsunabhängige Aufwendungen zurückzuführen. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) lag bei 11,9%, nach 17,1% im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) betrug 12,7%, gegenüber 18,5% im Vorjahr. Die Aufwand-Ertrag-Relation stieg auf 67%, nach 60% im Jahr 2023.

Die Erträge beliefen sich auf 7,5 Mrd. €, ein Rückgang um 3% gegenüber dem Vorjahr. Die Normalisierung der Einlagenmargen wurde dabei weitgehend durch höhere Einlagenvolumina sowie ein Wachstum des Provisionsüberschusses kompensiert. Die Erträge in Corporate Treasury Services lagen bei 4,2 Mrd. €, ein Rückgang um 4% gegenüber dem Vorjahr, getrieben durch niedrigere Einlagenmargen, die jedoch größtenteils durch höhere Einlagenvolumina und ein Wachstum des Provisionsüberschusses ausgeglichen wurden. Die Erträge im Institutional Client Services-Geschäft stiegen um 3% auf 2,0 Mrd. €, getragen von Wachstum in Securities Services sowie Trust and Agency Services. Die Erträge im Business Banking beliefen sich auf 1,4 Mrd. €, ein Rückgang um 6% gegenüber dem Vorjahr, bedingt durch die Normalisierung der Einlagenmargen.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2024 auf 347 Mio. € bzw. 30 Basispunkte der durchschnittlichen Kredite, nach 266 Mio. € im Vorjahr. Der Anstieg war im Wesentlichen auf einzelne größere Kreditereignisse im Firmenkundengeschäft zurückzuführen.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 5,1 Mrd. €, ein Anstieg um 9% gegenüber dem Vorjahr, getrieben durch einen Rechtsfall. Die bereinigten Kosten stiegen um 2% auf 4,6 Mrd. €, was insbesondere höhere interne Servicekostenumlagen sowie Investitionen in den Kundenbereich widerspiegelt.

Investmentbank

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge							
Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (FIC)	9.610	8.518	7.897	1.092	13	621	8
FIC-Finanzierungsgeschäft	3.561	3.185	2.909	377	12	275	9
FIC-Handelsgeschäft[1]	6.050	5.335	4.989	715	13	346	7
Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte[2]	1.861	1.990	1.238	-129	-6	752	61
Debt-Emissionsgeschäft	1.100	1.274	837	-174	-14	437	52
Equity-Emissionsgeschäft	225	186	102	39	21	85	82
Beratung	536	531	299	5	1	232	77
Research und Sonstige[3]	70	49	24	20	41	25	102
Erträge insgesamt[4]	**11.541**	**10.557**	**9.160**	**984**	**9**	**1.398**	**15**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**827**	**549**	**431**	**278**	**51**	**119**	**28**
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	2.894	2.690	2.534	204	8	156	6
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.782	3.970	4.082	-188	-5	-112	-3
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	233	0	N/A	-233	N/A
Restrukturierungsaufwand	-0	-0	-3	-0	38	3	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	**6.675**	**6.660**	**6.846**	**15**	**0**	**-186**	**-3**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**16**	**5**	**3**	**12**	**N/A**	**2**	**52**
Ergebnis vor Steuern	**4.022**	**3.344**	**1.880**	**679**	**20**	**1.463**	**78**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	5.037	4.888	4.856	149	3	32	1
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	3.151	3.168	3.146	-17	-1	22	1
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	12.404	12.009	11.898	395	3	111	1
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	20.592	20.065	19.899	527	3	166	1
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[5,6]	736	756	658	-20	-3	98	15
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[5]	136	130	140	7	5	-9.707	-7
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[5,7]	18	15	22	3	21	-7	-32
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[5]	602	593	546	10	2	46	8
Einlagen (in Mrd. €)[5]	28	22	18	6	26	4	23
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)[5]	115	110	101	5	5	9	9
Aufwand-Ertrag-Relation[8]	57,8%	63,1%	74,7%	-5,2Ppkt	N/A	-11,7Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[9,10]	10,8%	9,1%	4,9%	1,7Ppkt	N/A	4,2Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[9,10]	11,2%	9,4%	5,1%	1,8Ppkt	N/A	4,3Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

[1] Ab dem vierten Quartal 2025, wurde "FIC ohne Finanzierungsgeschäft" in "Fixed Income & Currencies Handelsgeschäft" (FIC-Markets) umbenannt.
[2] Ab dem vierten Quartal 2025, wurde "Emissionsgeschäft und Beratung" in "Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte" umbenannt.
[3] Historisch wurden bestimmte Refinanzierungskosten, die der Investmentbank zugerechnet, aber nicht direkt spezifischen Bilanzpositionen zugeordnet werden konnten, innerhalb von „Research und Sonstiges" ausgewiesen. Ab dem dritten Quartal 2025 werden diese Kosten auf der Grundlage eines vereinbarten Allokationsschlüssels den zugrunde liegenden Geschäftsbereichen zugewiesen, um die laufende Verfeinerung der Berichterstattung auf Geschäftsbereichsebene zu unterstützen. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung im laufenden Jahr angepasst.
[4] Ab dem ersten Quartal 2025 hat sich die Darstellung bestimmter Ertragsbeteiligungen zwischen der Unternehmensbank und der Investmentbank geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[5] Zum Jahresende.
[6] Die Vermögenswerte der Geschäftsbereiche werden konsolidiert dargestellt, das heißt, Salden zwischen den Geschäftsbereichen sind nicht enthalten.
[7] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[8] Aufwand-Ertrag-Relation definiert als der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.
[9] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[10] Für die Geschäftsbereiche werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Geschäftsbereichen zuzuordnen sind; für die Jahre 2025, 2024 und 2023 ergab sich demnach für die Geschäftsbereichen eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.

2025

Der Vorsteuergewinn stieg im Berichtsjahr 2025 um 20% auf 4,0 Mrd. €. Die Entwicklung spiegelte ein Ertragswachstum von 1,1 Mrd. € wider, das im Wesentlichen durch Zuwächse im Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (Fixed Income & Currencies, FIC) getragen wurde, während die Erträge im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte leicht niedriger ausfielen. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) stieg im Vergleich zum Vorjahr von 9,1% auf 10,8%, während die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) von 9,4% auf 11,2% zunahm. Die Aufwand-Ertrag-Relation verbesserte sich auf 58%, nach 63% im Jahr 2024.

Die Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 9% auf 11,5 Mrd. €, getragen durch eine starke Entwicklung im Bereich FIC. Die Erträge im Bereich FIC-Handelsgeschäft beliefen sich auf 6,0 Mrd. €, ein Anstieg um 13% gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg resultierte aus einer starken Entwicklung über nahezu alle Produkte hinweg, insbesondere im Zinsgeschäft (Rates) und im Devisenhandel (Foreign Exchange), begünstigt durch erhöhte Kundenaktivität und ein solides Risikomanagement in volatilen Märkten. Die Erträge im FIC-Finanzierungsgeschäft stiegen um 12% auf 3,6 Mrd. €, zurückzuführen auf gezielte Bilanzinvestitionen. Die Erträge im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte gingen um 6% auf 1,9 Mrd. € zurück, bedingt durch das Anleiheemissionsgeschäft, welches einen Verlust aus einem spezifischen Kredit im Bereich Leveraged Debt Capital Markets im ersten Quartal 2025 enthielt. Die Erträge aus dem Aktienemissionsgeschäft und dem Beratungsgeschäft verbesserten sich hingegen im Jahresvergleich.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2025 auf 827 Mio. € bzw. 74 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert. Der Anstieg spiegelte höhere Risikovorsorge in den Stufen 1 und 2 wider; Stufe 3 stieg in geringerem Umfang, wobei beide Entwicklungen durch höhere Risikovorsorge im Zusammenhang mit gewerblichen Immobilienfinanzierungen beeinflusst waren.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen sowie die bereinigten Kosten lagen mit 6,7 Mrd. € bzw. 6,6 Mrd. € im Wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahres. Kosten für strategische Wachstumsinitiativen und Inflation wurden dabei weitgehend durch niedrigere nichtoperative Aufwendungen sowie geringere Infrastrukturumlagen kompensiert.

2024

Der Vorsteuergewinn stieg im Berichtsjahr 2024 um 78% auf 3,3 Mrd. €, mit Zuwächsen sowohl im Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (FIC) als auch im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte (IBCM). Zudem entfiel eine im Geschäftsjahr 2023 erfasste Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert, die sich nicht wiederholte. Der Vorsteuergewinn wurde jedoch teilweise durch eine höhere Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2024 aufgezehrt. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) stieg im Vergleich zum Vorjahr von 4,9% auf 9,1%, während die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) von 5,1% auf 9,4% zulegte. Die Aufwand-Ertrag-Relation verbesserte sich von 75% im Jahr 2023 auf 63%.

Die Erträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 15% auf 10,6 Mrd. €, was auf Marktanteilsgewinne in einem wachsenden Ertragspool im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte sowie auf eine starke Entwicklung in FIC zurückzuführen war. Die Erträge im Bereich FIC-Handelsgeschäft beliefen sich auf 5,3 Mrd. €, ein Anstieg um 7% gegenüber dem Vorjahr, getragen durch Stärke im Kreditgeschäft (Credit Trading) und ein insgesamt höheres Kundenengagement. Die Erträge im Finanzierungsgeschäft (FIC Financing) stiegen um 9% auf 3,2 Mrd. €, was sowohl auf höhere Nettozinserträge als auch auf höhere Provisions- und Gebühreneinnahmen zurückzuführen ist. Die Erträge im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte legten 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 61% auf 2,0 Mrd. € zu, was in erster Linie auf einen Marktanteilsanstieg um rund 50 Basispunkte in Verbindung mit einem wachsenden branchenweiten Gebührenaufkommen im Jahresverlauf zurückzuführen ist (Quelle: Dealogic).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im Jahr 2024 auf 549 Mio. € bzw. 52 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens und lag damit deutlich über dem Vorjahreswert. Ausschlaggebend hierfür war eine höhere Risikovorsorge für leistungsgestörte Kredite der Stufe 3, insbesondere im Bereich gewerblicher Immobilienfinanzierungen.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen verringerten sich im Berichtsjahr 2024 gegenüber dem Vorjahr um 3% auf 6,7 Mrd. €. Hauptgrund hierfür war eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert im Jahr 2023, die sich nicht wiederholte. Die bereinigten Kosten beliefen sich auf 6,4 Mrd. € und lagen damit im Wesentlichen auf Vorjahresniveau, da der ganzjährige Effekt strategischer Investitionen aus der zweiten Jahreshälfte 2023 sowie ungünstige Wechselkursentwicklungen weitgehend durch eine Reduktion der Bankabgaben kompensiert wurden.

Privatkundenbank

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge:							
Personal Banking[1]	5.284	5.253	5.442	31	1	-190	-3
Wealth Management[1,2]	4.381	4.133	4.128	248	6	5	0
Erträge insgesamt	**9.665**	**9.386**	**9.571**	**279**	**3**	**-185**	**-2**
davon:							
Zinsüberschuss	6.169	5.786	6.156	383	7	-370	-6
Provisionsüberschuss	2.999	2.956	2.852	43	1	104	4
Sonstige Erträge	497	643	563	-146	-23	80	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**578**	**851**	**783**	**-273**	**-32**	**68**	**9**
Zinsunabhängige Aufwendungen:							
Personalaufwand	2.795	2.938	2.808	-143	-5	130	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.958	4.395	4.718	-438	-10	-323	-7
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-15	-5	228	-12	N/A	-231	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**6.738**	**7.331**	**7.755**	**-593**	**-8**	**-424**	**-5**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	**0**	**0**	**0**	**45**	**-0**	**-45**
Ergebnis vor Steuern	**2.348**	**1.204**	**1.032**	**1.144**	**95**	**172**	**17**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	15.840	17.053	18.483	-1.213	-7	-1.430	-8
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	7.497	7.842	7.780	-345	-4	62	1
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	12.106	12.164	12.202	-58	N/A	-38	0
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet[3]	35.443	37.059	38.465	-1.616	-4	-1.406	-4
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[3,4]	316	324	331	-8	-2	-7	-2
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[3]	92	97	86	-5	-5	11	13
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3,5]	15	14	8	0	2	7	89
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[3]	326	336	339	-10	-3	-2	-1
Einlagen (in Mrd. €)[2]	329	320	308	9	3	13	4
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)[3]	247	257	261	-11	-4	-4	-1
Verwaltetes Vermögen (in Mrd. €)[2,6]	685	634	579	51	8	55	9
Nettomittelzu-/-abflüsse (in Mrd. €)	27	29	23	-2	-7	6	26
Aufwand-Ertrag-Relation[7]	69,7%	78,1%	81,0%	-8,4Ppkt	N/A	-2,9Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[8,9]	10,1%	5,1%	4,5%	5,1Ppkt	N/A	0,5Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[8,9]	10,5%	5,1%	4,8%	5,4Ppkt	N/A	0,3Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Ein Teil der europäischen Personal Banking Kunden wurde zum ersten Quartal 2025 zu Wealth Management überführt. Diese Veränderungen stellt Anpassungen in der Kundenklassifizierung der Privatkundenbank dar und dient dazu die Konzernrechnungslegung an die zugrundeliegende Geschäftsstruktur anzugleichen. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[2] Ab dem vierten Quartal 2025, wurde "Wealth Management & Private Banking" in "Wealth Management" umbenannt.
[3] Zum Jahresende.
[4] Die Vermögenswerte der Geschäftsbereiche werden konsolidiert dargestellt, das heißt, Salden zwischen den Geschäftsbereichen sind nicht enthalten.
[5] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[6] Der Konzern definiert verwaltetes Vermögen als (i) im Namen von Kunden zu Anlagezwecken gehaltenes Vermögen und/oder (ii) als von der Bank verwaltete oder auf beratender Basis verwaltete Vermögenswerte der Kunden; die Bank hält verwaltetes Vermögen auf diskretionärer beziehungsweise Beratungsbasis oder als Einlagen; Einlagen gelten als verwaltetes Vermögen, wenn sie Anlagezwecken dienen; im Personal Banking umfasst dies Termin- und Spareinlagen; im Wealth Management (exkl. Business Banking) wird davon ausgegangen, dass alle Kundengelder primär zu Anlagezwecken bei der Bank gehalten werden und daher als verwaltetes Vermögen definiert werden. In Fällen, in denen die Privatkundenbank Anlageprodukte vertreibt, die als verwaltete Vermögenswerte qualifizieren und von der DWS verwaltet werden, werden diese als verwaltete Vermögenswerte für die Privatkundenbank und für Asset Management (DWS) berichtet, da es sich um zwei verschiedene, unabhängige Dienstleistungen für die verwalteten Vermögenswerte handelt.
[7] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.
[8] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[9] Für die Geschäftsbereiche werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Geschäftsbereichen zuzuordnen sind; für die Jahre 2025, 2024 und 2023 ergab sich demnach für die Geschäftsbereiche eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.

2025

Die Privatkundenbank verzeichnete im Jahr 2025 einen Vorsteuergewinn von 2,3 Mrd. €, ein Anstieg um 1,1 Mrd. € oder 95% gegenüber dem Vorjahr, was hauptsächlich geringere zinsunabhängige Aufwendungen sowie eine deutlich niedrigere Kreditrisikovorsorge widerspiegelt. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) stieg auf 10,1% im Vergleich zu 5,1% im Vorjahr, wohingegen die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) auf 10,5% anstieg. Die Aufwand-Ertrag-Relation lag bei 70% und verbesserte sich damit gegenüber 78% im Vorjahr.

Die Erträge beliefen sich in 2025 auf 9,7 Mrd. €, ein Anstieg von 3% gegenüber dem Vorjahr. Höhere Erträge aus Einlagen- und Anlageprodukten wurden teilweise durch niedrigere Erträge aus anderen Bankdienstleistungen ausgeglichen während die Erträge im Kreditgeschäft weitgehend unverändert blieben.

Die Erträge im Personal Banking blieben im Jahr 2025 im Jahresvergleich nahezu unverändert bei 5,3 Mrd. € und spiegeln höhere Erträge aus Einlagen- und Anlageprodukten wider. Diese Entwicklung wurde durch leicht niedrigere Erträge aus dem Kreditgeschäft, im Einklang mit der strategischen Entscheidung, sich auf Produkte mit positivem Wertbeitrag zu konzentrieren, sowie durch niedrigere Erträge aus anderen Bankdienstleistungen im Jahr 2025 ausgeglichen.

Im Wealth Management stiegen die Erträge gegenüber dem Vorjahr um 6% auf 4,4 Mrd. € im Jahr 2025 was höhere Anlageprodukterträge sowie höhere Einlagenerträge widerspiegelt. Die Einlagenerträge des Vorjahres enthielten bestimmte Kosten für Absicherungsgeschäfte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag bei 578 Mio. € und entsprach damit 23 Basispunkten des durchschnittlichen Kreditvolumens verglichen mit 33 Basispunkten im Vorjahr. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf Modell-aktualisierungen im aktuellen Jahr zurückzuführen, während das Vorjahr von erhöhten temporären Effekten aus der Postbank-Integration beeinflusst war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen mit 6,7 Mrd. € um 8% unter dem Vorjahreswert. Die bereinigten Kosten gingen um 5% auf 6,6 Mrd. € zurück, und die nichtoperativen Kosten waren deutlich niedriger. Einsparungen aus Transformationsinitiativen, einschließlich Personalreduzierungen und der Schließung von 126 Filialen im Jahr 2025, sowie deutlich niedrigere Kosten für die Einlagensicherung, wurden teilweise durch Inflationseffekte ausgeglichen.

Das verwaltete Vermögen betrug zum Jahresende 2025 auf 685 Mrd. €, 51 Mrd. € mehr als im Vorjahr, einschließlich 27 Mrd. € Nettomittelzuflüsse und 30 Mrd. € positiver Marktentwicklungen, teilweise ausgeglichen durch 16 Mrd. € negative Wechselkursbewegungen.

2024

Die Privatkundenbank verzeichnete im Jahr 2024 einen Vorsteuergewinn von 1,2 Mrd. €, ein Anstieg von 172 Mio. € oder 17% gegenüber dem Vorjahr. Grund hierfür waren leicht gesunkene zinsunabhängige Aufwendungen. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) stieg auf 5,1% im Vergleich zu 4,5% im Vorjahr, wohingegen sich die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) von 4,8% auf 5,1% verbesserte. Die Aufwand-Ertrag-Relation lag bei 78% und verbesserte sich damit gegenüber 81% im Vorjahr.

Die Erträge von 9,4 Mrd. €, sanken gegenüber dem Vorjahr um 2%. Der Zinsüberschuss ging in einem Umfeld sich normalisierender Zinsen um 6% zurück, was zum Teil entsprechend der Strategie der Privatkundenbank, die zinsunabhängigen Erträge zu steigern, durch Wachstum bei Anlageprodukten kompensiert wurde.

Die Erträge im Personal Banking sanken im Jahr 2024 um 3% auf 5,3 Mrd. €. Anhaltend hohe Refinanzierungskosten, unter anderem durch den Wegfall der Verzinsung der Mindestreserve und höhere konzernneutrale, zentrale Treasury Allokationen an den Geschäftsbereich konnten durch höhere Erträge im Einlagengeschäft teilweise ausgeglichen werden.

Im Wealth Management blieben die Erträge von 4,1 Mrd. € im vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert. Die höheren Erträge aus Anlageprodukten sowie leicht höheren Erträge im Kreditgeschäft wurden durch geringere Erträge im Einlagengeschäft ausgeglichen, die Kosten für bestimmte Absicherungsgeschäfte beinhalteten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag bei 783 Mio. im Vergleich zu 851 Mio. € oder 33 Basispunkten des durchschnittlichen Kreditvolumens. Im Vorjahr hatte die Risikovorsorge 30 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens betragen. Der Anstieg spiegelt vor allem die weiterhin hohen temporären Effekte aus der Postbank-Integration wider. Insgesamt blieb die Qualität der Portfolios im Segment sehr solide.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen mit 7,3 Mrd. € um 5% unter dem Vorjahreswert. Dieser Rückgang war hauptsächlich auf deutlich geringere Restrukturierungskosten zurückzuführen. Zudem waren im Vorjahr Rückstellungen für einzelne Rechtsstreitigkeiten enthalten, die sich im Berichtsjahr nicht wiederholten. Die bereinigten Kosten gingen um 4% auf 7,0 Mrd. € zurück. Normalisierte Investitionsausgaben und Einsparungen aus Transformationsprogrammen einschließlich der Reduzierung der Belegschaft und der Schließung von 125 Filialen im Jahr 2024, sowie geringere aufsichtsrechtliche Kosten wurden durch Inflationseffekte teilweise aufgezehrt.

Das verwaltete Vermögen stieg im Vergleich zum Vorjahr um 55 Mrd. € auf 634 Mrd. €. Der Anstieg reflektiert hauptsächlich Nettomittelzuflüsse von 29 Mrd. € und positive Marktentwicklungen in Höhe von 20 Mrd. € sowie positive Wechselkurseffekte von 9 Mrd. €.

Asset Management

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge							
Managementgebühren	2.597	2.479	2.314	119	5	164	7
Erfolgsabhängige und transaktionsbezogene Erträge	318	148	128	170	115	20	16
Sonstige	162	23	-59	139	N/A	82	N/A
Erträge insgesamt	**3.077**	**2.649**	**2.383**	**427**	**16**	**267**	**11**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**-2**	**-1**	**-1**	**-1**	**172**	**0**	**-25**
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	952	919	891	33	4	28	3
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	871	904	934	-34	-4	-29	-3
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**1.823**	**1.823**	**1.825**	**-0**	**0**	**-1**	**0**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**272**	**194**	**163**	**78**	**40**	**32**	**20**
Ergebnis vor Steuern	**983**	**632**	**396**	**350**	**55**	**236**	**60**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	2.103	2.065	2.044	38	2	21	1
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	2.732	2.510	2.343	222	9	167	7
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	590	591	574	-1	0	17	3
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	5.425	5.166	4.961	259	5	205	4
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[1,2]	11	11	10	0	2	0	2
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[1]	16	18	15	-3	-16	3	22
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[1,3]	5	5	3	1	13	1	35
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[1]	10	10	10	0	1	0	4
Verwaltetes Vermögen (in Mrd. €)[2,4]	1.085	1.012	896	73	7	115	13
Nettomittelzu-/-abflüsse (in Mrd. €)	51	26	28	25	98	-3	-9
Aufwand-Ertrag-Relation[5]	59,3%	68,8%	76,6%	-9,6Ppkt	N/A	-7,8Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[6,7]	12,9%	8,0%	5,2%	4,9Ppkt	N/A	2,9Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[6,7]	29,1%[8]	18,0%	12,2%	11,0Ppkt	N/A	5,8Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Zum Jahresende
[2] Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[3] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Verwaltetes Vermögen (AuM) bezeichnet Vermögenswerte, (i) die das Segment auf diskretionärer oder nicht-diskretionärer Beratungsbasis verwaltet; einschließlich der Fälle, in denen es die Verwaltungsgesellschaft ist und das Portfoliomanagement an Dritte ausgelagert wird; und (ii) die von einem Dritten gehalten oder verwaltet werden und zu denen das Segment auf Vertragsbasis laufend Beratung einschließlich regelmäßiger oder periodischer Bewertung, Überwachung und/oder Überprüfung leistet. Das verwaltete Vermögen umfasst sowohl kollektive Kapitalanlagen (einschließlich Publikumsfonds und börsengehandelter Fonds) als auch separate Kundenmandate. Das verwaltete Vermögen wird zum aktuellen Marktwert auf der Grundlage der lokalen aufsichtsrechtlichen Vorschriften für Vermögensverwalter zu jedem Bilanzstichtag bewertet, die von den nach IFRS geltenden Regeln für den beizulegenden Zeitwert abweichen können. Messbare Werte sind für die meisten Einzelhandelsprodukte täglich verfügbar, können aber für einige Produkte nur monatlich, vierteljährlich oder sogar jährlich aktualisiert werden. Während das verwaltete Vermögen nicht die nach der Equity-Methode bilanzierten Investitionen des Segments umfasst, beinhaltet es das Startkapital und jedes zugesagte Kapital, auf das das Segment Verwaltungsgebühren erhält. In Fällen, in denen die Privatkundenbank Anlageprodukte vertreibt, die als verwaltete Vermögenswerte qualifizieren und von der DWS verwaltet werden, werden diese als verwaltete Vermögenswerte für die Privatkundenbank und für Asset Management (DWS) berichtet, da es sich um zwei verschiedene, unabhängige Dienstleistungen für die verwalteten Vermögenswerte handelt.
[5] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.
[6] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[7] Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind; für die Jahre 2025, 2024 und 2023 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft) Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.
[8] Ab dem vierten Quartal 2025 wurde der Rahmen für die Eigenkapitalallokation aktualisiert. Weitere Informationen finden sich in Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.

2025

Der Vorsteuergewinn stieg gegenüber dem Vorjahr um 55% auf 983 Mio. €. Der Anstieg war vor allem auf höhere Erträge und stabile zinsunabhängige Aufwendungen zurückzuführen. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) betrug 12,9% gegenüber 8,0% im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) betrug 29,1% gegenüber 18,0% im Vorjahr. Die Aufwand-Ertrag-Relation verbesserte sich von 69% im Jahr 2024 auf 59%.

Die Erträge lagen im Vergleich zum Vorjahr bei 3,1 Mrd. €, ein Anstieg von 16% gegenüber dem Vorjahr. Die Managementgebühren stiegen um 5% auf 2,6 Mrd. €, getragen von einem höheren durchschnittlichen verwalteten Vermögen, überwiegend in passiven Produkten. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge stiegen um 115% auf 318 Mio. €, maßgeblich getrieben durch höherer erfolgsabhängige Erträge aus dem Bereich der Alternativen Investments, insbesondere aus Infrastruktur. Die sonstigen Erträge legten um 139 Mio. € auf 162 Mio. € zu, bedingt durch günstige Bewertungen garantierter Produkte sowie höhere Investmenterträge.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Jahr 2025 auf 1,8 Mrd. € und waren damit im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr, da höhere Aufwendungen für Vergütungen und Sozialleistungen durch niedrigere allgemeine Verwaltungsaufwendungen, bedingt durch geringere Transformationsaufwendungen, mehr als ausgeglichen wurden. Die bereinigten Kosten stiegen um 1% auf 1,8 Mrd. €, hauptsächlich infolge höherer Abfindungskosten und Kosten für Rechtsstreitigkeiten, die dem Vorjahr zuzuordnen sind.

Das verwaltete Vermögen erhöhte sich im Jahr 2025 um 73 Mrd. € bzw. 7% auf 1.085 Mrd. €, getrieben durch positive Marktentwicklungen und Nettozuflüsse, teilweise ausgeglichen durch negative Wechselkurseffekte.

Die Nettomittelzuflüsse/-abflüsse entsprachen einem Nettomittelzufluss von 51 Mrd. €, vor allem getrieben durch Zuflüsse in passive Produkte, Geldmarktprodukte, Systematic & Quantitative Investments (SQI) sowie Alternatives, teilweise ausgeglichen durch Abflüsse bei Aktien, Advisory Services und Multi-Asset-Produkten.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung des verwalteten Vermögens im Geschäftsjahr 2025 nach Produktklassen zusammen mit den entsprechenden Managementgebührenmargen dar:

in Mrd. €	Aktiv Aktien	Aktiv Renten	Multi Asset	Aktiv SQI	Passiv	Alternativen	Aktiv Geldmarkt	Beratungsleistungen	Verwaltetes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2024	**111**	**213**	**54**	**77**	**335**	**110**	**93**	**18**	**1.012**
Zuflüsse	13	36	6	15	137	14	770	4	995
Abflüsse	-16	-36	-8	-11	-104	-12	-750	-7	-944
Nettomittelaufkommen	-3	0	-2	4	33	2	20	-3	51
Währungsentwicklung	-2	-13	-1	-1	-24	-7	-8	-0	-55
Wertentwicklung	11	6	2	2	52	3	1	-0	77
Sonstiges	-0	3	-0	-2	-0	-0	-0	1	0
Bestand zum 31. Dezember 2025	**117**	**209**	**54**	**80**	**395**	**108**	**106**	**16**	**1.085**
Managementgebühr - Marge (Basispunkte)	69	11	40	33	16	46	6	4	25

Ab 2025 wird ‚Advisory Services' als eigene Asset-Klasse dargestellt. Die Vergleichsperioden wurden an die Darstellung der aktuellen Struktur angepasst.

2024

Der Vorsteuergewinn stieg gegenüber dem Vorjahr um 60% auf 632 Mio. €. Der Anstieg war vor allem auf höhere Erträge und stabile zinsunabhängige Aufwendungen zurückzuführen. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) betrug 8,0% gegenüber 5,2% im Vorjahr. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) lag bei 18,0%, nach 12,2% im Vorjahr. Die Aufwand-Ertrag-Relation verbesserte sich von 77% im Jahr 2023 auf 69%.

Die Erträge beliefen sich 2024 auf 2,6 Mrd. €, ein Anstieg um 11% gegenüber 2023. Die Managementgebühren stiegen um 7% auf 2,5 Mrd. €, getragen durch aktive und passive Anlageprodukte aufgrund eines höheren durchschnittlichen verwalteten Vermögens. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge erhöhten sich um 16% auf 148 Mio. €, vorwiegend aufgrund einer wesentlichen erfolgsabhängigen Gebühr im Multi-Asset-Bereich. Die sonstigen Erträge stiegen um 82 Mio. € auf 23 Mio. €, getrieben durch geringere Treasury-Refinanzierungsaufwendungen, teilweise kompensiert durch ungünstige Marktwertentwicklungen von Garantien.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Jahr 2024 auf 1,8 Mrd. € und waren damit im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die bereinigten Kosten stiegen um 1%, was hauptsächlich auf höhere Vergütungs- und Personalaufwendungen zurückzuführen war. Dies spiegelte variable Vergütung sowie eine steigende Mitarbeiterzahl wider, ebenso wie höhere Kosten für Bankdienstleistungen aufgrund eines Anstiegs des verwalteten Vermögens. Dies wurde teilweise durch geringere IT-Kosten und reduzierte Beratungsaufwendungen infolge eines angepassten Ansatzes zur Plattformtransformation ausgeglichen. Die nichtoperativen Kosten gingen deutlich zurück, insbesondere aufgrund geringerer Kosten für Rechtsstreitigkeiten und Abfindungszahlungen im Vergleich zu 2023.

Die Nettomittelzuflüsse beliefen sich auf 26 Mrd. €, vorwiegend in passiven Produkten, Systematic & Quantitative Investments (SQI) sowie Geldmarktprodukten. Dies wurde teilweise durch Nettomittelabflüsse in Multi-Asset-, Aktien-, Alternatives- und Anleiheprodukten kompensiert. ESG-Produkte verzeichneten im Jahr 2024 Nettomittelzuflüsse von 6 Mrd. €, insbesondere in Xtrackers.

Das verwaltete Vermögen stieg im Geschäftsjahr 2024 um 115 Mrd. €, oder 13%, auf 1.012 Mrd. €. Wesentliche Treiber waren positive Marktentwicklungen, Nettomittelzuflüsse und Wechselkurseffekte.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung des verwalteten Vermögens im Geschäftsjahr 2024 nach Produktklassen zusammen mit den entsprechenden Managementgebührenmargen dar:

in Mrd. €	Aktiv Aktien	Aktiv Renten	Multi Asset	Aktiv SQI	Passiv	Alternativen	Aktiv Geldmarkt	Beratungsleistungen	Verwaltetes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2023	**103**	**202**	**56**	**66**	**246**	**109**	**85**	**28**	**896**
Zuflüsse	13	42	5	14	124	10	717	4	928
Abflüsse	-18	-43	-7	-12	-82	-13	-715	-13	-903
Nettomittelaufkommen	-5	-1	-2	2	42	-3	2	-9	26
Währungsentwicklung	1	6	0	0	11	3	4	0	26
Wertentwicklung	13	6	3	5	35	1	1	0	64
Sonstiges	0	0	-4	3	1	-0	0	0	0
Bestand zum 31. Dezember 2024	**111**	**213**	**54**	**77**	**335**	**110**	**93**	**18**	**1.012**
Managementgebühr - Marge (Basispunkte)	71	11	39	33	16	46	6	3	26

Ab 2025 wird „Advisory Services" als eigene Asset-Klasse dargestellt. Die Vergleichsperioden wurden an die Darstellung der aktuellen Struktur angepasst.

Corporate & Other

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge	**413**	**-6**	**47**	**419**	**N/A**	**-54**	**N/A**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**108**	**85**	**26**	**26**	**31**	**57**	**N/A**
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	3.541	3.574	3.358	-33	-1	216	6
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	-2.721	-1.474	-2.710	-1.247	85	1.236	-46
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-0	0	-1	-0	N/A	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**819**	**2.100**	**647**	**-1.280**	**-61**	**1.453**	**N/A**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**-289**	**-199**	**-166**	**-89**	**45**	**-33**	**20**
Ergebnis vor Steuern	**-226**	**-1.989**	**-459**	**1.763**	**-89**	**-1.530**	**N/M**
Mitarbeiter gesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	36.918	36.097	35.792	821	2	305	1
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[1]	31	34	40	-3	-7	-6	-15
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[1]	32	38	39	-6	-16	-1	-3

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Per Jahresende

2025

Corporate & Other verzeichnete für das Gesamtjahr einen Verlust vor Steuern in Höhe von 226 Mio. €, hauptsächlich durch Aufwendungen im Zusammenhang mit Aktivitäten für Anteilseigner sowie weitere zentral gehaltene Posten, einschließlich Effekten aus Refinanzierung und Liquidität. Diese Effekte wurden teilweise durch Erträge im Zusammenhang mit Unterschieden in der Bewertung oder im Zeitverlauf ausgeglichen. Dem stand ein Vorsteuerverlust in Höhe von 2,0 Mrd. € im Vorjahr gegenüber.

Die Erträge im Gesamtjahr betrugen 413 Mio. €, verglichen mit negativen 6 Mio. € im Vorjahr. Erträge im Zusammenhang mit Unterschieden in der Bewertung oder im Zeitverlauf beliefen sich im Geschäftsjahr auf positive 874 Mio. €, verglichen mit positiven Erträgen von 600 Mio. € im Vorjahr, wobei die Veränderung gegenüber dem Vorjahr hauptsächlich durch Zins- und Wechselkursbewegungen getrieben war. Die Erträge aus Refinanzierung und Liquidität lagen im Geschäftsjahr 2025 bei negativen 139 Mio. €, verglichen mit negativen 102 Mio. € im Vorjahr.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Gesamtjahr auf 819 Mio. €, verglichen mit 2,1 Mrd. € im Vorjahr, das vor allem durch Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten, einschließlich der Postbank-Übernahmeklage sowie polnischer Fremdwährungshypothekendarlehen, belastet war. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit Aktivitäten für Anteilseigner beliefen sich im Gesamtjahr auf 638 Mio. €, nach 648 Mio. € im Vorjahr.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in Corporate & Other nach Abzug vom Vorsteuerergebnis der Geschäftsbereiche rückgängig gemacht. Diese beliefen sich im Gesamtjahr auf 289 Mio. €, gegenüber 199 Mio. € im Vorjahr, getrieben durch höhere Ergebnisse der DWS.

2024

Corporate & Other verzeichnete für das Gesamtjahr einen Verlust vor Steuern in Höhe von 2,0 Mrd. €, vor allem bedingt durch Kosten für Altfälle an Rechtsstreitigkeiten, einschließlich des Rechtsstreits im Zusammenhang mit der Übernahme der Postbank AG sowie polnischen Fremdwährungshypothekendarlehen. Dem stand ein Vorsteuerverlust in Höhe von 459 Mio. € im Vorjahr gegenüber.

Die Erträge im Gesamtjahr betrugen negative 6 Mio. €, verglichen mit positiven 47 Mio. € im Vorjahr. Erträge im Zusammenhang mit Unterschieden in der Bewertung oder im Zeitverlauf beliefen sich im Berichtsjahr auf positive 600 Mio. €, verglichen mit positiven 792 Mio. € im Vorjahr; die Veränderung war im Wesentlichen durch Marktbewegungen getrieben. Die Erträge aus Refinanzierung und Liquidität beliefen sich im Geschäftsjahr 2024 auf negative 102 Mio. €, verglichen mit negativen 242 Mio. € im Vorjahr.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich im Gesamtjahr auf 2,1 Mrd. €, getrieben durch die oben genannten Altfälle an Rechtsstreitigkeiten, gegenüber 647 Mio. € im Vorjahr. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit Aktivitäten für Anteilseigner beliefen sich im Gesamtjahr 2024 auf 648 Mio. €, nach 582 Mio. € im Vorjahr.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden vom Gewinn vor Steuern der Geschäftsbereiche abgezogen und im Bereich Corporate & Other ausgeglichen. Diese standen hauptsächlich im Zusammenhang mit der DWS und beliefen sich im Gesamtjahr 2024 auf positive 199 Mio. €, verglichen mit positiven 166 Mio. € im Vorjahr.

Vermögenslage

Aktiva

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserven, Zentralbankeinlagen und Einlagen bei Kreditinstituten	171.621	153.654	17.967	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und aus Wertpapierleihen	37.515	40.846	-3.332	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	519.635	545.849	-26.215	-5
Darin: Handelsaktiva	153.811	139.772	14.039	10
Darin: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	241.328	291.754	-50.425	-17
Darin: Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	124.495	114.324	10.171	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	43.644	42.090	1.555	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	472.620	478.921	-6.300	0
Übrige Aktiva	190.033	125.817	64.216	51
Darin: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	105.424	60.690	44.734	0
Summe der Aktiva	**1.435.067**	**1.387.177**	**47.889**	**3**

Passiva

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Einlagen	691.828	666.261	25.567	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	4.179	3.742	437	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	384.179	412.395	-28.216	-7
Darin: Handelspassiva	42.879	43.498	-619	-1
Darin: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	225.775	276.395	-50.619	-18
Darin: Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	115.055	92.047	23.007	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	18.204	9.895	8.309	0
Langfristige Verbindlichkeiten	114.754	114.899	-145	0
Übrige Passiva	141.720	100.553	41.167	41
Darin: Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	107.256	63.755	43.501	68
Summe der Verbindlichkeiten	**1.354.863**	**1.307.745**	**47.118**	**0**
Eigenkapital insgesamt	80.203	79.432	771	0
Summe der Passiva	**1.435.067**	**1.387.177**	**47.889**	**3**

Entwicklung der Aktiva und Passiva

Zum 31. Dezember 2025 ist die Bilanzsumme von 1,4 Bio. € im Vergleich zum Jahresende 2024 leicht gestiegen.

Barreserven, Zentralbankeinlagen und Einlagen bei Kreditinstituten stiegen um 18,0 Mrd. €, hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg der Einlagen um 25,6 Mrd. € aufgrund von Wachstum im Corporate Cash Management der Unternehmensbank sowie höheren Zuflüssen innerhalb der Privatkundenbank in Folge von Kundengewinnungs-Programmen.

Handelsaktiva erhöhten sich um 14,0 Mrd. €, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs der Anleihepositionen im Schuldverschreibungs-Portfolio der Bank in Folge höherer Kundennachfrage und Positionierung der Handelsbereiche, sowie einem Anstieg in Edelmetallbeständen während des Jahres.

Positive sowie negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten verringern um 50,4 Mrd. € bzw. 50,6 Mrd. €, hauptsächlich getrieben durch eine höhere Volatilität von Wechselkursprodukten, einem schwächeren U.S.-Dollar gegenüber dem Euro sowie Neugeschäften, die mit wesentlich geringeren Marktwerten verbucht wurden.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte stiegen um 10,2 Mrd. €, aufgrund höherer Volumina von Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) als Teil der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerte, hauptsächlich bedingt durch gestiegene Handelsaktivitäten.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten fielen um 6,3 Mrd. €, im Wesentlichen bedingt durch einen erheblichen Effekt aus Wechselkursveränderungen sowie strategische Reduzierungen im Hypothekenportfolio der Privatkundenbank, die zum Teil durch Wachstum im Bereich Fixed Income & Currencies der Investmentbank ausgeglichen wurden.

Übrige Aktiva stiegen um 64,2 Mrd. €, hauptsächlich bedingt durch den Anstieg der Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung um 44,7 Mrd. €. Dies war vor allem auf höhere Forderungen aus Wertpapierkassageschäften zurückzuführen, infolge gestiegener Kundennachfrage unter den vorherrschenden Marktbedingungen. Dieser Trend spiegelte sich ebenfalls in einem Anstieg der Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung um 43,5 Mrd. € wider, welcher maßgeblich zum Anstieg der übrigen Verbindlichkeiten um 41,2 Mrd. € geführt hat. Der Anstieg der übrigen Aktiva umfasste auch eine Erhöhung der Schuldverschreibungen mit Halteabsicht um 18,6 Mrd. €, im Einklang mit der Initiative der Bank zu einem Anleihekaufprogramm zur Erweiterung des Portfolios in europäischen Staatsanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen stiegen um 23,0 Mrd. €, hauptsächlich bedingt durch höhere Positionen in zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) in Folge einer gestiegenen besicherten Finanzierung des Handelsbestandes und Kundennachfrage sowie einem Anstieg der langfristigen Verbindlichkeiten aufgrund von Neuemissionen aus dem Bereich FIC in der Investmentbank.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen stiegen um 8,3 Mrd. €, überwiegend aufgrund neu emittierter Commercial Paper während des Jahres.

Die Gesamtveränderung der Bilanzsumme beinhaltete eine Verringerung in Höhe von 69,3 Mrd. € aus Wechselkurs-veränderungen, überwiegend bedingt durch eine Abwertung des U.S.-Dollars gegenüber dem Euro. Die aus Wechselkursveränderungen resultierenden Effekte sind auch in den Veränderungen je Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt erläutert werden.

Liquidität

Die gesamten hochwertigen liquiden Vermögenswerte (High Quality Liquid Assets, HQLA), wie in der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 definiert und von Verordnung (EU) 2018/1620 geändert, stiegen zum 31. Dezember 2025 auf 260 Mrd. € gegenüber 226 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Der Anstieg der HQLA war in erster Linie auf erhöhte Einlagen zurückzuführen. Die Mindestliquiditätsquote (LCR) betrug zum Ende des vierten Quartals 2025 144%, damit lag die Gruppe mit 80 Mrd. € über der regulatorischen Mindestanforderung im Vergleich zu 131% zum Ende des vierten Quartals 2024, einem Überschuss von 53 Mrd. € über der regulatorischen Mindestanforderung.

Eigenkapital

Das Eigenkapital betrug zum 31. Dezember 2025 80,2 Mrd. € gegenüber 79,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2024 und erhöhte sich damit um 771 Mio. €. Diese Veränderung wurde durch eine Reihe von Faktoren verursacht, darunter das für den Zeitraum ausgewiesene den Deutsche Bank-Aktionären und zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Konzernergebnis von 6,9 Mrd. €, die Emission von zusätzlichen Eigenkapitalinstrumenten (Additional Tier 1 (AT1)-Kapitalinstrumente), die nach IFRS als Eigenkapital behandelt werden, in Höhe von 2,5 Mrd. €, im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigenen Aktien in Höhe von 472 Mio. € sowie Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen in Höhe von 161 Mio. €.

Negative Effekte ergaben sich aus den unrealisierten Nettoverlusten aus der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung nach Steuern in Höhe von 2,9 Mrd. €, im Wesentlichen aus Effekten der Währungsumrechnung nach Steuern in Höhe von negativen 3,2 Mrd. €, hauptsächlich resultierend aus der Abwertung des U.S.-Dollars gegenüber dem Euro. Diese wurden teilweise ausgeglichen durch positive Effekte aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Steuern in Höhe von 418 Mio. €. Weitere wesentliche Faktoren waren die Rücknahme von zusätzlichen Eigenkapitalinstrumenten (AT1-Kapitalinstrumente) in Höhe von 2,4 Mrd. €, der Kauf eigener Aktien in Höhe von 1,6 Mrd. €, Dividendenzahlungen an Deutsche Bank-Aktionäre in Höhe von 1,3 Mrd. €, Kuponzahlungen auf zusätzliche Eigenkapitalbestandteile in Höhe von 761 Mio. € sowie Effekte aus der Neubewertung von Leistungszusagen (Defined Benefit Plans) nach Steuern in Höhe von negativen 119 Mio. €.

Am 3. Januar 2025 hat die Deutsche Bank AG 46,4 Mio. Stammaktien eingezogen und damit ihr Aktienrückkaufprogramm 2024 abgeschlossen. Die Einziehung verringerte den Nennwert der Stammaktien um 119 Mio. €. Die eingezogenen Stammaktien wurden zuvor als eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten von 675 Mio. € gehalten. Der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennwert der Aktien reduzierte die Kapitalrücklage um 556 Mio. €. Die Aktien waren bereits zum 31. Dezember 2024 vom Eigenkapital abgezogen, sodass die Einziehung keinen Effekt auf das Eigenkapital im Geschäftsjahr 2025 hatte.

Am 19. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank AG 37,7 Mio. Stammaktien eingezogen und damit ihre beiden Aktienrückkaufprogramme 2025 abgeschlossen. Die Einziehung verringerte den Nennwert der Stammaktien um 96 Mio. €. Die eingezogenen Stammaktien wurden zuvor als eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten von 1,0 Mrd. € gehalten. Der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennwert der Aktien reduzierte die Kapitalrücklage um 903 Mio. €.

Das erste vom Vorstand der Deutschen Bank AG in einer Höhe von bis zu 750 Mio. € beschlossene Aktienrückkaufprogramm 2025 startete am 1. April 2025 und endete am 12. September 2025. In diesem Zeitraum wurden 29,3 Mio. Stammaktien zurückgekauft. Der Aktienrückkauf reduzierte das Eigenkapital um 750 Mio. €.

Das zweite vom Vorstand der Deutschen Bank AG in einer Höhe von bis zu 250 Mio. € beschlossene Aktienrückkaufprogramm 2025 startete am 17. September 2025 und endete am 20. Oktober 2025. In diesem Zeitraum wurden 8,4 Mio. Stammaktien zurückgekauft. Der Aktienrückkauf reduzierte das Eigenkapital um 250 Mio. €.

Eigenmittel

Das Harte Kernkapital gemäß CRR/CRD der Deutschen Bank sank zum 31. Dezember 2025 um 0,2 Mrd. € auf 49,3 Mrd. € im Vergleich zu 49,5 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Die risikogewichteten Aktiva (RWA) sanken um 10,3 Mrd. € auf 347,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 im Vergleich zu 357,4 Mrd. € am 31. Dezember 2024. Die Harte Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2025 stieg auf 14,2%, im Vergleich zu 13,8% am 31. Dezember 2024 (zusätzliche Informationen sind im Kapitel „Risiko- und Kapitalperformance" enthalten).

Das Kernkapital der Bank betrug zum 31. Dezember 2025 60,8 Mrd. €, bestehend aus Hartem Kernkapital in Höhe von 49,3 Mrd. € und Zusätzlichem Kernkapital in Höhe von 11,5 Mrd. €. Das Kernkapital war im Wesentlichen unverändert verglichen zum Jahresende 2024. Die Kernkapitalquote zum 31. Dezember 2025 stieg auf 17,5%, im Vergleich zu 17,0% am 31. Dezember 2024.

Das Gesamtkapital zum 31. Dezember 2025 betrug 67,8 Mrd. € im Vergleich zu 68,5 Mrd. € zum Jahresende 2024. Die Reduktion des Gesamtkapitals um 0,7 Mrd. € seit Jahresende 2024 war hauptsächlich auf den Rückgang des Ergänzungskapitals zurückzuführen. Die Gesamtkapitalquote zum 31. Dezember 2025 erhöhte sich auf 19,5% im Vergleich zu 19,2% zum 31. Dezember 2024.

Liquiditäts- und Kapitalmanagement

Erläuterungen zum Liquiditätsrisikomanagement der Bank sind im Risikobericht enthalten.

Bonitätseinstufung

Die Bonität der Deutschen Bank AG wird von Moody's Deutschland GmbH („Moody's"), S&P Global Ratings UK Limited ("S&P"), Fitch Ratings, eine Niederlassung der Fitch Ratings Ireland Limited („Fitch") und DBRS Ratings GmbH („Morningstar DBRS", zusammen mit Moody's, S&P und Fitch „die Ratingagenturen") bewertet.

Moody's, Fitch und Morningstar DBRS sind in der Europäischen Union angesiedelt und wurden im Einklang mit der Regulierung (EC) No 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Europarates vom 16. September 2009 als Kreditratingagenturen („CRA Regulierung") registriert beziehungsweise zertifiziert. Bei S&P werden die Bonitätseinstufungen im Einklang mit Artikel 4(3) der CRA Regulierung von ihrer Niederlassung in Irland zugelassen (S&P Global Ratings Europe Limited).

Entwicklung der Bonitätseinstufungen

Die Ratingagenturen würdigten die kontinuierlichen Fortschritte der Bank im Laufe des Jahres 2025, insbesondere in Hinsicht auf Geschäftswachstum, Kostenmanagement und Profitabilität, welche durch das Erreichen der Eigenkapitalrendite nach Steuern von 10% charakterisiert wurde. Dies spiegelte sich in einer positiven Änderung des Ausblicks von S&P sowie in der Hochstufung durch Morningstar DBRS wider. Fitch hat außerdem das kurzfristige Emittentenrating der Deutschen Bank um eine Stufe angehoben.

Am 2. Juni 2025 stufte Fitch das kurzfristige Emittentenrating der Deutschen Bank von F2 auf F1 hoch und bestätigte die übrigen Ratings sowie den stabilen Ausblick. Fitch hob die global aufgestellten Aktivitäten sowie das diversifizierte Geschäftsmodell hervor und erwartet demzufolge, dass die weitere Umsetzung der Strategie die Profitabilität weiter verbessern wird. Zudem sieht Fitch die Deutsche Bank als angemessen kapitalisiert an, insbesondere angesichts der hohen regulatorischen Kapital- und Verschuldungsanforderungen.

Am 25. Juni 2025 hob Morningstar DBRS die Bonitätseinstufung der Deutschen Bank um eine Stufe an. Die Ratings der Bank für langfristige Einlagen und bevorzugte, nicht nachrangige Schuldtitel sowie das Emittentenrating wurden von A auf A (high) angehoben. Darüber hinaus wurden die Ratings für nicht bevorzugte, nicht nachrangige Schuldtitel von A (low) auf A angehoben sowie das 'Critical Obligations Rating' auf AA von AA (low) angehoben. Das kurzfristige 'Critical Obligations Rating' wurde von R-1 (middle) auf R-1 (high) erhöht, während alle übrigen kurzfristigen Ratings von R-1 (low) auf R-1 (middle) angehoben wurden. Der Ausblick für alle Ratings wurde von positiv auf stabil geändert. Morningstar DBRS hob die Fortschritte hervor, die die Bank bei der Umsetzung ihrer strategischen Transformation und bei der Erreichung ihrer mittelfristigen Profitabilitätsziele gemacht hat, wodurch sie nun von einem Geschäftsmodell profitiert, das vorhersehbarere Ertragsströme ermöglicht.

Am 4. Dezember 2025 änderte S&P den Ausblick für das langfristige Emittentenrating der Deutschen Bank von stabil auf positiv. Die Anpassung des Ausblicks durch S&P spiegelt die gute Ausgangsposition wider, das Franchise der Bank sowie die Erträge und Widerstandsfähigkeit weiter zu stärken. Die neuen Ziele für 2028 werden von S&P als ambitioniert, aber erreichbar angesehen, sofern die Markt- und Wirtschaftsbedingungen unterstützend bleiben. Sie erwarten ein ausgewogenes Geschäfts- und Ertragswachstum sowie ein weiterhin diszipliniertes Management der Kosten und Risikoübernahme; dies sollte auch durch eine positive operativen Gewinnentwicklung demonstriert werden.

Mögliche Auswirkungen einer Bonitätsherabstufung

Die Deutsche Bank berechnet sowohl die vertraglichen als auch die hypothetischen potentiellen Auswirkungen einer Bonitätsherabstufung durch die Ratingagenturen (Moody's, Standard & Poor's und Fitch) um eine Stufe beziehungsweise um zwei Stufen auf ihre Liquiditätsposition und bezieht dieses Ergebnis in ihren täglichen Liquiditätsstresstest sowie in die Berechnung ihrer Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio) mit ein. Die LCR-Ergebnisse und die Ergebnisse des Liquiditätsstresstests nach Szenario werden separat ausgewiesen.

Bei den vertraglichen Verpflichtungen belaufen sich die hypothetischen Auswirkungen auf die gestressten Liquiditätsabflüsse von Derivaten aufgrund einer einstufigen Herabstufung über die drei Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch auf rund 0,2 Mrd. €, was hauptsächlich auf erhöhte Finanzierungs- und/oder Margenanforderungen für vertragliche Derivate zurückzuführen ist. Die hypothetischen Auswirkungen einer zweistufigen Herabstufung belaufen sich auf rund 0,2 Mrd. €, was hauptsächlich auf erhöhte vertragliche Derivatefinanzierungen und/oder Margenanforderungen zurückzuführen ist.

Die obige Analyse nimmt eine gleichzeitige Bonitätsherabstufung durch die drei Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's und Fitch an, in deren Folge die Refinanzierungskapazität der Bank in Höhe der genannten Beträge reduziert werden würde. Diese auf den vertraglichen Verpflichtungen basierende Analyse wird in das idiosynkratische Liquiditätsstresstestszenario der Bank eingefügt.

Die tatsächliche Auswirkung einer Bonitätsherabstufung auf das Rating der Deutschen Bank ist unvorhersehbar und kann von den oben genannten Refinanzierungs- und Liquiditätsauswirkungen abweichen.

Ausgewählte Ratingkategorien

	Counterparty Risk	Bevorzugte, nicht nachrangige Schuldtitel/ Einlagen[1]	Nicht bevorzugte, nicht nachrangige Schuldtitel[2]	Kurzfristrating
Moody's Investors Service, New York	A1(cr)	A1	Baa1	P-1
Standard & Poor's, New York		A	BBB	A-1
Fitch Ratings, New York	A (dcr)	A	A-	F1
Morningstar DBRS, Toronto	AA	A (high)	A	R-1 (middle)

[1] Definiert als ‚senior unsecured' Rating bei Moody's, ‚senior unsecured' bei Standard & Poor's, ‚senior preferred debt rating' bei Fitch und ‚senior debt rating' bei Morningstar DBRS. Alle Agenturen vergeben separate Ratings für Einlagen und bevorzugte nachrangige Schuldtitel, jedoch mit der gleichen Bonitätsbewertung.
[2] Definiert als ‚junior senior debt rating' bei Moody's, ‚senior subordinated debt' bei Standard & Poor's, ‚senior non-preferred debt' bei Fitch und Morningstar DBRS.

Jede Bonitätseinstufung verdeutlicht die Einschätzung der Ratingagentur lediglich zum Zeitpunkt, zu dem der Deutschen Bank die Bonitätseinstufung mitgeteilt wurde. Die Ratingagenturen können ihre Bonitätseinstufungen jederzeit ändern, wenn sie der Meinung sind, dass die Umstände dies rechtfertigen. Diese langfristigen Bonitätseinstufungen dienen nicht als Empfehlung zum Kauf, Halten oder Verkauf der Wertpapiere der Deutschen Bank.

Vertragliche Verpflichtungen

Noch nicht fällige Barleistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2025

Vertragliche Verpflichtungen		Zahlungsfälligkeit nach Periode			
in Mio. €	Insgesamt	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Verpflichtungen aus langfristigen Verbindlichkeiten[1]	129.864	26.576	40.011	29.800	33.477
Hybride Kapitalinstrumente[1,2]	299	299	0	0	0
Langfristige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Verpflichtungen[3]	27.356	3.310	5.149	7.656	11.240
Zukünftige Zahlungsmittelabflüsse, die bei der Bewertung der Leasingverbindlichkeiten unberücksichtigt geblieben sind[4]	4.750	8	148	259	4.355
Leasingverbindlichkeiten[1]	5.145	699	907	907	2.632
Kaufverpflichtungen	3.737	617	1.420	992	708
Langfristige Einlagen[1]	26.629	0	11.817	3.036	11.777
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	223	96	27	42	57
Insgesamt	**198.003**	**31.605**	**59.478**	**42.672**	**64.247**

[1] Beinhaltet Zinszahlungen.
[2] Vertraglicher Zahlungstermin oder erster Kündigungstermin.
[3] Beinhaltet im Wesentlichen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte langfristige Verbindlichkeiten und langfristige Einlagen.
[4] Hierzu verweisen wir auf die Anhangangabe 22 "Leasingverhältnisse".

Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen umfassen zukünftige Zahlungen, unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement. Einige der unter „Kaufverpflichtungen" ausgewiesenen Beträge stellen vertragliche Mindestzahlungen dar, tatsächlich anfallende künftige Zahlungen könnten höher ausfallen. In den langfristigen Einlagen sind Einlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr nicht enthalten. Unter bestimmten Bedingungen können zukünftige Zahlungen aus einigen langfristigen zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verpflichtungen früher fällig werden. Weitere Informationen finden sich in den folgenden Erläuterungen (Anhangangaben) des Konzernabschlusses: Anhangangabe 05 „Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen", Anhangangabe 22 „Leasingverhältnisse", Anhangangabe 26 „Einlagen" und Anhangangabe 30 „Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente".

Ausblick

Das folgende Kapitel gibt einen Überblick zum Ausblick für den Konzern und die Geschäftsbereiche der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2026. Der Ausblick für die Weltwirtschaft und die Bankenbranche im folgenden Abschnitt spiegelt die allgemeinen Erwartungen von Deutsche Bank Research hinsichtlich der zukünftigen wirtschaftlichen und branchenspezifischen Entwicklungen wider. Wirtschaftliche Annahmen, die der Konzern in den bankinternen Modellen verwendet hat, sind in den jeweiligen Abschnitten gesondert dargestellt.

Die in diesem Ausblick verwendeten Formulierungsregeln zur Beschreibung von Trends sowie die zugrunde liegenden überarbeiteten numerischen Bandbreiten sind unter „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Formulierungsregeln für Trendbeschreibungen" auf Seite 791 dieses Berichts erläutert.

Die Weltwirtschaft

Ausblick für die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (in %)[1]	2026[2]	2025	Haupttreiber
Weltwirtschaft			Das globale Wachstum dürfte sich abschwächen, da sich das Wachstumsmomentum in den Schwellenländern voraussichtlich verlangsamt; gleichzeitig sollten eine abnehmende rückläufige handelspolitische Unsicherheit, Investitionen im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz sowie eine Ausweitung fiskalpolitischer Impulse in Europa das BIP-Wachstum in den Industrieländern unterstützen
BIP	**3,3**	3,4	
Inflation	**3,3**	3,4	
Davon:			
Industrieländer			Industrieländer dürften von der eingesetzten Entspannung globaler Handelskonflikte profitieren; zudem könnte die rückläufige Inflation mehreren Zentralbanken den Weg für weitere Zinssenkungen ebnen; während einige Länder fiskalisch konsolidieren, wird die deutsche Finanzpolitik expansiv sein
BIP	1,9	1,8	
Inflation	2,2	2,6	
Schwellenländer			Das Wachstum dürfte insgesamt nachlassen, da sich in Asien das Wachstum voraussichtlich abschwächt, während Europa mit einer leichten Beschleunigung des BIP-Wachstums rechnet; die Inflation in Europa und Lateinamerika dürfte zurückgehen, in Asien hingegen anziehen; rückläufige Inflation sowie ein schwächerer US-Dollar sollten den Zentralbanken Spielraum für Zinssenkungen eröffnen
BIP	4,2	4,5	
Inflation	4,0	3,9	
Eurozone			Die staatlichen Ausgaben der deutschen Regierung für Verteidigung und Infrastruktur dürften die Wirtschaft der Eurozone stützen; ein moderater Jahresauftakt dürfte jedoch das durchschnittliche Wachstum im Jahresverlauf dämpfen; die Gesamtinflation wird voraussichtlich unter das Ziel der EZB von 2% fallen; die EZB dürfte ihre Leitzinsen im Jahr 2026 unverändert belassen
BIP	**1,1**	**1,5**	
Inflation	**1,7**	**2,1**	
Davon: Deutschland			Angetrieben durch eine expansive Fiskalpolitik sollte die deutsche Wirtschaft voraussichtlich deutlich an Fahrt gewinnen; die staatlichen Ausgaben dürften zudem einen Crowding-in-Effekt auf private Investitionen auslösen; allerdings dürften Exporteure weiterhin Gegenwind durch höhere Handelsbarrieren und stärkeren Wettbewerb verspüren; die Abkühlung am Arbeitsmarkt dürfte enden, sobald die wirtschaftliche Dynamik zunimmt; der private Konsum dürfte an Schwung gewinnen
BIP	1,5	0,2	
Inflation	2,0	2,2	
USA			Die Wachstumsdynamik dürfte sich beschleunigen, getragen von unterstützenden Finanzierungsbedingungen, steuerlichen Entlastungen und geringerer handelspolitischer Unsicherheit; darüber hinaus werden KI-bezogene Investitionen voraussichtlich zusätzlichen Auftrieb verleihen; der Arbeitsmarkt dürfte sich stabilisieren; trotz anhaltend hoher Inflation wird erwartet, dass die Federal Reserve die Leitzinsen schrittweise auf ein neutrales Niveau senkt, unter Berücksichtigung der Risiken für den Arbeitsmarkt
BIP	**2,9**	**2,2**	
Inflation	**2,7**	**2,7**	
Japan			Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2026 ein moderates Wachstum beibehalten; während die Auswirkungen der US-Zollpolitik auf Japan voraussichtlich begrenzt bleiben, dürften steigende Löhne und eine nachlassende Inflation den privaten Konsum unterstützen; die Fiskalpolitik könnte expansiver ausgerichtet werden; die Bank of Japan dürfte eine weitere Zinserhöhung vornehmen
BIP	**0,9**	**1,2**	
Inflation	**1,9**	**3,2**	
Asien[3]			Trotz einer erwarteten Abschwächung in China und Indien dürfte das Wachstum in der Region insgesamt robust bleiben; nachlassende Handelsspannungen sollten die wirtschaftliche Aktivität weiterhin unterstützen; eine niedrigere Inflation sowie ein schwächerer US-Dollar dürften den Zentralbanken zusätzlichen Spielraum für eine Lockerung der Geldpolitik eröffnen
BIP	**4,9**	**5,5**	
Inflation	**2,2**	**0,9**	
Davon: China			Das BIP-Wachstum dürfte sich etwas verlangsamen, da Maßnahmen zur Eindämmung von Überinvestition und ruinösem Wettbewerb Überkapazitäten sowie Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen dämpfen sollten; gleichwohl wird erwartet, dass die Fiskal- und Geldpolitik weiterhin unterstützend ausgerichtet bleiben; die langsame Erholung des Immobilienmarktes stellt weiterhin einen Belastungsfaktor für den privaten Konsum dar; die Inflation dürfte wieder anziehen
BIP	4,5	5,0	
Inflation	1,5	0,1	

[1] Jährliches reales BIP-Wachstum (in % im Vergleich zum Vorjahr). Quellen: nationale Behörden, sofern nicht anders angegeben
[2] Quelle: Deutsche Bank Research
[3] Beinhaltet China, Hongkong, Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Sri Lanka, Südkorea, Thailand und Vietnam; ohne Japan

Es bestehen eine Reihe von Risiken für den globalen wirtschaftlichen Ausblick der Bank. Aus handelspolitischer Sicht könnten sich Spannungen erneut verschärfen, insbesondere entlang strategisch wichtiger Lieferketten, vor allem zwischen China und den USA. Geopolitische Risiken bleiben in verschiedenen Regionen erhöht, etwa in der Ukraine, in Asien sowie im Nahen Osten einschließlich der kürzlich von den USA angeführte Militärintervention im Iran, oder Lateinamerika. Bewertungen an den Finanzmärkten im Zusammenhang mit dem Fortschritt von KI und der dafür notwendigen Infrastruktur könnten potenziell Quellen erhöhter Marktvolatilität darstellen. Darüber hinaus könnten hohe staatliche Schuldenquoten, zusammen mit zweifelhaften Konsolidierungsmaßnahmen, zu Schwankungen von Anleiherenditen führen.

Die Bankenbranche

Die globale Bankenbranche dürfte sich im Jahr 2026 weiterhin in einem insgesamt vorteilhaften Umfeld bewegen. Das weltweite Wirtschaftswachstum dürfte in etwa auf dem Niveau von 2025 liegen, sich jedoch regional unterschiedlich entwickeln. In den USA werden Zinssätze voraussichtlich sinken, während sie im Euroraum unverändert bleiben dürften; insgesamt sollten die Rahmenbedingungen damit weiter unterstützend für das Nettozinsergebnis der Banken wirken. Die Erträge aus Gebühren und Provisionen im Investmentbanking und Asset Management könnten von einem konstruktiven Kapitalmarktumfeld mit moderater Volatilität profitieren, zumal die wirtschaftspolitische Unsicherheit von dem 2025 erhöhten Niveau abnehmen dürfte. Die Vermögensqualität sollte weitgehend stabil bleiben, sodass die Ertragskraft insgesamt hoch bleiben dürfte. Dies sollte es Banken ermöglichen, erneut substanzielle Kapitalrückführungen an Aktionäre vorzunehmen. Vor dem Hintergrund robuster Gewinne und höherer Aktienmarktbewertungen dürfte die Aktivität im Bereich Fusionen und Übernahmen im Bankensektor in ausgewählten Märkten anhalten, insbesondere unter kleineren und mittelgroßen Instituten. Gleichzeitig birgt die fortschreitende geopolitische Fragmentierung, auch zwischen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, Abwärtsrisiken für den internationalen Handel, das Wirtschaftswachstum und die Finanzmärkte, während sie zugleich die Nachfrage nach Absicherungs- und Beratungsleistungen der Banken erhöhen dürfte. Die zunehmende Einführung und Nutzung künstlicher Intelligenz erfordert eine kontinuierliche Beobachtung potenziell entstehender Auswirkungen, auch mit Blick auf Finanzstabilitätsrisiken.

Europäische Banken dürften von einer moderat steigenden Kreditnachfrage profitieren – sowohl seitens der Unternehmen im Zuge einer sich aufhellenden konjunkturellen Lage als auch seitens der privaten Haushalte, für die niedrigere Zinssätze das Hypothekengeschäft stützen könnten. Die stark steigenden Verteidigungsausgaben vieler Regierungen könnten sich ebenfalls positiv auswirken; der Effekt dürfte in Deutschland aufgrund einer umfassenderen fiskalischen Expansion besonders ausgeprägt sein. Gleichzeitig gewinnt die Schaffung fairer regulatorischer Wettbewerbsbedingungen gegenüber U.S.-Instituten weiter an Bedeutung, da die aufsichtsrechtlichen Anforderungen in Europa voraussichtlich weiter steigen. Fortschritte bei der europäischen Spar- und Investitionsunion könnten die Kapitalmarktintegration und -leistung verbessern. Ein nachhaltiges Ende des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine würde zusätzliches Aufwärtspotenzial für Wirtschaft, Finanzmärkte und damit auch für die Bankenbranche eröffnen.

U.S.-Banken dürften von einer steigenden Kreditnachfrage, einem geringeren Risikoaufwand sowie niedrigeren nicht realisierten Verlusten auf Anleihebeständen profitieren, sofern das Wirtschaftswachstum leicht zunimmt und die Zinssätze wie erwartet fallen. Große US-Banken könnten darüber hinaus von einer leichten Reduktion der Kapitalanforderungen profitieren, was ihre Wettbewerbsposition im Corporate- und Investmentbanking global stärken dürfte. Gleichzeitig könnte der Wettbewerb durch Finanzdienstleister außerhalb des Bankensektors an Intensität gewinnen.

Banken in China dürften weiterhin auf Grund des gedämpften Wirtschaftswachstums und der deflationären Tendenzen unter Druck stehen, wenngleich diese Belastungen im Jahr 2026 etwas nachlassen könnten. Die Zinssätze dürften niedrig bleiben und so die Nettozinsmargen begrenzen. Japanische Banken dürften sich in einem gemischten Umfeld bewegen: Während eine verlangsamte wirtschaftliche Expansion das Ertragswachstum dämpfen könnte, sollten steigende Zinssätze unterstützend wirken. Die signifikante US-Positionierung könnte zusätzliche positive Effekte entfalten, sollte sich das Wachstum in den USA beschleunigen und das regulatorische Umfeld gelockert werden.

In Europa dürften regulatorische Diskussionen aus dem Jahr 2025 auch im Jahr 2026 fortgeführt werden. Dazu zählen der digitale Euro, die weiterführenden Anforderungen des „Omnibus"-Vereinfachungspakets, die Vertiefung der europäischen Kapitalmärkte, Open Finance (FIDA) sowie die Überprüfung des Rahmens für Zahlungsdienstleistungen. Zudem wird die Europäische Kommission 2026 einen Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit europäischer Banken vorlegen, der als Grundlage für weitere gesetzgeberische Anpassungen der europäischen Aufsichtsregeln dienen dürfte.

In den USA dürfte sich die Aufmerksamkeit vor allem auf die Finalisierung mehrerer regulatorischer Änderungen durch die Aufsichtsbehörden richten, einschließlich des finalen Basel-III-Pakets.

Der Deutsche Bank-Konzern

Der Strategie- und Finanzplan der Deutschen Bank legte den Schwerpunkt auf die Positionierung der Deutschen Bank als Globale Hausbank, basierend auf einer starken europäischen Grundlage und einem breit aufgestellten internationalen Netzwerk. Die Strategie beschrieb die Finanz- und Kapitalziele der Bank für das Jahr 2025 und war auf deren Erreichung ausgerichtet. Sie beruhte auf drei zentralen Säulen: Risikomanagement, Nachhaltigkeit und Technologie, deren Bedeutung vor dem Hintergrund anhaltender geopolitischer und makroökonomischer Unsicherheiten weiter gestiegen ist. Bis Ende 2025 hatte die Bank ihre wesentlichen Finanz- und Kapitalziele erreicht oder übertroffen und damit eine solide Basis geschaffen, um die Globale Hausbank weiter zu skalieren.

Auf dem Investorentag im November 2025 kündigte die Deutsche Bank die nächste Phase ihrer Strategie sowie die Finanz-und Kapitalziele für 2028 an. Nachdem die Bank ihre Profitabilität und ihr Fundament gestärkt hat, will sie nun Wertschöpfung durch fokussiertes Wachstum, strikte Kapitaldisziplin und ein skalierbares Betriebsmodell beschleunigen. Für das Jahr 2028 strebt die Bank eine Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) von über 13% sowie eine Aufwand-Ertrag-Relation von unter 60% an. Die Deutsche Bank strebt zudem eine harte Kernkapitalquote in einer Bandbreite von 13,5% bis 14,0% an und plant, dabei einen Mindestpuffer von 200 Basispunkten über der maximal ausschüttungsfähigen Schwelle der Bank einzuhalten. Zudem will die Deutsche Bank ihre Ausschüttungsquote ab 2026 von bislang 50% auf 60% erhöhen. Darüber hinaus behält die Bank sich vor, überschüssiges Kapital einzusetzen oder an Aktionäre auszuschütten, sofern die harte Kernkapitalquote nachhaltig über 14% liegt.

Die wichtigsten Finanzkennzahlen der Deutschen Bank sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt:

Wichtigste Leistungsindikatoren

Finanzziele	31.12.2025	Finanz- und Kapitalziele 2025	Finanz- und Kapitalziele 2028
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[1]	10,3%	über 10,0%	über 13,0%
Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Erträge von 2021[2]	6,0%	5,5% bis 6,5%	N/A
Aufwand-Ertrag-Relation[3]	64%	unter 65%	unter 60%
Kapitalziele			
Harte Kernkapitalquote[4]	14,2%	zwischen 13,5% und 14,0%[5]	zwischen 13,5% und 14,0%[5]
Ausschüttungsquote[6]	47%[7]	50%[8]	60%[9]

[1] Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis nach AT1-Kupon; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten
[2] Zeitraum von zwölf Monaten bis zum Ende der jeweiligen Berichtsperiode im Vergleich zum Gesamtjahr 2021
[3] Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen
[4] Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht in diesem Bericht enthalten
[5] Zielquote unter Beibehaltung eines Puffers von 200 Basispunkten über dem erwarteten Schwellenwert der Bank für den ausschüttungsfähigen Höchstbetrag (Maximum Distributable Amount, (MDA)
[6] Ordentliche Ausschüttungen in Form von Dividenden auf Stammaktien und Aktienrückkäufen im Verhältnis zum den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnis; dargestellt im Geschäftsjahr, auf das sich die Ausschüttungen beziehen
[7] Erwartete Ausschüttungen im Jahr 2026 für das Geschäftsjahr 2025, einschließlich der vorgeschlagenen Dividende von 1,00 € je Aktie sowie eines Aktienrückkaufs in Höhe von 1,0 Mrd. €, für den die Bank die üblichen Genehmigungen erhalten hat, bezogen auf den den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Gewinn des Geschäftsjahres 2025
[8] Ordentliche Ausschüttungen in Bezug auf das Geschäftsjahr 2025
[9] Ordentliche Ausschüttungen in Bezug auf das Geschäftsjahr 2026 und die Folgejahre

Die Erträge der Deutschen Bank dürften im Geschäftsjahr 2026 im Vergleich zum Vorjahr leicht höher ausfallen. Im Jahr 2026 werden die Erträge auf Konzernebene voraussichtlich bei rund 33 Mrd. € liegen, getragen von der Robustheit und dem Wachstumspotenzial der Geschäftsbereiche der Bank sowie der anhaltenden Geschäftsdynamik. Das Wachstum dürfte sowohl aus dem Zinsüberschuss als auch aus den Zinsunabhängigen Erträgen resultieren, was den diversifizierten Geschäftsmix der Bank widerspiegelt. In der Unternehmensbank dürften die Erträge für 2026 leicht höher ausfallen, wobei das Wachstum hier im Jahresverlauf zunehmen sollte. In der Investmentbank wird für 2026 mit leicht höheren Erträgen gerechnet, getragen von einem Ertragsanstieg im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte (Investment Banking & Capital Markets, IBCM) gemäß der übergeordneten Wachstumsstrategie sowie im Wesentlichen unveränderten Erträgen im Bereich FIC-Handelsgeschäft. Die Privatkundenbank wird voraussichtlich weiterhin wachsen; für das Gesamtjahr 2026 werden höhere Erträge erwartet. Auch das Asset Management dürfte leicht höhere Erträge verzeichnen.

Die Deutsche Bank steuert ihre Kostenbasis weiterhin konsequent auf das Ziel einer Aufwand-Ertrag-Relation von unter 60% bis 2028 zu und verfolgt ihre Initiativen mit hoher Kostendisziplin. Für 2026 werden leicht höhere zinsunabhängige Aufwendungen von21 Mrd. € erwartet und damit auch leicht höher gegenüber 2025, getrieben durch rund 900 Mio. € von insgesamt bis 2028 geplanten 1,5 Mrd. € an zusätzlichen Investitionen. Diese Investitionen zielen darauf ab, Automatisierung und Digitalisierung zu beschleunigen, die Wealth-Management-Plattform durch gezielte Einstellungen auszubauen, die Kundenbasis der Unternehmensbank zu stärken und den Bereich IBCM in relevanten Branchen und Regionen zu erweitern. Diese Investitionen sollten teilweise mit strukturellen Effizienzmaßnahmen kompensiert werden, durch die bis 2028 mindestens 2 Mrd. € an operativen Effizienzen gehoben werden sollen, getrieben durch Prozessoptimierungen, Verbesserungen der IT-Architektur und Transformationsmaßnahmen in den Infrastruktur-funktionen. Die Bank erwartet für 2026 eine Aufwand-Ertrag-Relation von unter 65%.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft dürfte im Jahr 2026 leicht niedriger ausfallen als im Vorjahr, unterstützt durch die weiterhin robuste Vermögensqualität. Die Bank rechnet mit einer teilweisen Normalisierung der Risikovorsorge, da der Gegenwind aus 2025 abklingen sollte. Trotz fortbestehender wirtschaftlicher und geopolitischer Unsicherheiten wird erwartet, dass sich die Vermögensqualität solide entwickelt und die Risikovorsorge moderat zurückgeht, getrieben durch eine Verbesserung der Risikovorsorge im Bereich Gewerbeimmobilien (CRE) sowie eine Normalisierung anderer Kreditportfolios. Die Deutsche Bank hält weiterhin an strengen Kreditvergabestandards und einem engen Risikomanagement-Rahmen fest. Weitere Einzelheiten zur Ermittlung der erwarteten Kreditverluste sind dem Abschnitt „Konzernlagebericht: Risikobericht" zu entnehmen.

Die Harte Kernkapitalquote (CET1) wird bis zum Jahresende 2026 leicht niedriger als im Vorjahr erwartet. Auf Nettobasis dürften die risikogewichteten Aktiva (RWA) höher ausfallen, getragen von einem Geschäftswachstum, bei dem Kapital effizient eingesetzt wird. Die Deutsche Bank strebt weiterhin eine harte Kernkapitalquote zwischen 13,5% und 14,0% an und beabsichtigt, einen Puffer von mindestens 200 Basispunkten über dem erwarteten Schwellenwert für den Maximum Distributable Amount (MDA) aufrechtzuerhalten.

Für das Geschäftsjahr 2026 und die Folgejahre strebt die Bank eine Ausschüttungsquote von 60% des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Gewinns an, die durch eine Kombination aus Bardividende und Aktienrückkäufen erreicht werden soll. Bei der Dividende je Aktie strebt die Deutsche Bank ab dem Geschäftsjahr 2026 ein moderates, aber kontinuierliches Wachstum an, im Vergleich zur jährlichen Erhöhung von 50% in den vergangenen vier Jahren. Darüber hinaus sieht die Bank Spielraum, überschüssiges Kapital einzusetzen und auszuschütten, sofern die harte Kernkapitalquote nachhaltig über 14% liegt. Diese Ausschüttungen an die Aktionäre unterliegen Unternehmensentscheidungen, der Genehmigung durch die Aktionäre und den Anforderungen des deutschen Gesellschaftsrechts und im Falle von Aktienrückkäufen der Genehmigung der Aufsichtsbehörden.

Für das Geschäftsjahr 2025 beabsichtigt der Vorstand, der Hauptversammlung eine Dividende von 1,00 € pro Aktie vorzuschlagen, was eine Erhöhung der Dividend pro Aktie um rund 50% im vierten Jahr in Folge entspricht. Darüber hinaus erhielt die Bank die üblichen Genehmigungen für einen Aktienrückkauf in Höhe von 1,0 Mrd. € für das Geschäftsjahr 2025. Dieser Aktienrückkauf würde zusammen mit der erwarteten Dividende zu Ausschüttungen in Höhe von 2.9 Mrd. € für das Geschäftsjahr 2025 führen, was der angestrebten Ausschüttungsquote von 50% für 2025 entspricht und die Ausschüttungen für das Geschäftsjahr 2025 abschließt.

Aufgrund der Natur ihres Geschäfts ist die Deutsche Bank in Deutschland sowie in mehreren anderen Jurisdiktionen, darunter den USA und dem Vereinigten Königreich, in Gerichts-, Schieds- und Regulierungsverfahren sowie in behördliche Untersuchungen eingebunden. Diese Sachverhalte sind mit erheblichen Unsicherheiten verbunden. Auch wenn die Bank eine Reihe relevanter Rechtsfälle beigelegt und bei anderen Fortschritte erzielt hat, könnten neue regulatorische Verfahren oder gegen die Bank anhängige Rechtsstreitigkeiten zu erheblichen Kosten führen, sofern sie sich nachteilig entwickeln. Für 2026 erwartet die Deutsche Bank, vorbehaltlich der hohen Unsicherheiten bei der Prognose von Rechtskosten, deutlich höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten als im Jahr 2025. Weitere Informationen hierzu sind im Abschnitt „Rückstellungen" dieses Berichts enthalten.

Die Risiken und Chancen für den Ausblick der Deutschen Bank werden im Abschnitt „Risiken und Chancen" dieses Berichts näher beschrieben.

Die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen. Die Definitionen dieser Kennzahlen und die Überleitung der finanziellen Messgrößen auf die zugrunde liegenden IFRS-Messgrößen sind im Kapitel „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" in diesem Bericht zu finden. Alle nachstehenden Prognosen basieren auf den Wechselkursen vom 31. Januar 2026. Ab dem ersten Quartal 2026 wird die Deutsche Bank die separate Berichterstattung über bereinigte Kosten und nichtoperative Kosten einstellen.

Geschäftsbereiche der Deutschen Bank

Unternehmensbank

Die Unternehmensbank rechnet auch im Jahr 2026 mit weiteren Fortschritten bei ihren Initiativen sowie mit höheren Geschäftsvolumina, welche die Ertragsentwicklung unterstützen sollten. Die Erträge dürften im Vergleich zum Vorjahr leicht höher ausfallen, getragen von einem höheren Provisionsüberschuss aus gezielten Wachstumsinitiativen und einem moderaten Anstieg des Zinsüberschusses.

Im Bereich Corporate Treasury Services sollten die Erträge gegenüber 2025 leicht höher ausfallen, gestützt durch einen höheren Provisionsüberschuss im Corporate Cash Management und der Handelsfinanzierung. Die Erträge im Geschäft mit institutionellen Kunden (Institutional Client Services) dürften im Wesentlichen unverändert bleiben, da das Wachstum im Bereich Corporate Trust teilweise durch die verbleibenden Auswirkungen der Normalisierung des Zinsüberschusses in Institutional Cash Management ausgeglichen werden dürfte. Im Bereich Geschäftskunden (Business Banking) wird mit leicht höheren Erträgen gerechnet, was auf höhere Einlagenvolumina und einen höheren Provisionsüberschuss zurückzuführen sein dürfte.

Für das Geschäftsjahr 2026 wird erwartet, dass die Risikovorsorge im Kreditgeschäft gegenüber dem Vorjahr deutlich höher ausfallen wird, was auf ein normalisiertes Niveau der leistungsgestörten Kredite (Stufe 3) nach einem niedrigen Niveau im Vorjahr zurückzuführen ist.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen dürften leicht steigen, vor allem aufgrund von Investitionen in Wachstumsinitiativen.

Die risikogewichteten Aktiva in der Unternehmensbank dürften im Geschäftsjahr 2026 leicht höher ausfallen, da das Kreditwachstum nur teilweise durch Optimierungsmaßnahmen für wenig rentable Geschäfte kompensiert wird.

Investmentbank

Die Erträge der Investmentbank sollten 2026 im Vergleich zum Vorjahr leicht höher ausfallen. Der Bereich rechnet damit, dass sowohl frühere als auch geplante Investitionen im Rahmen der kommunizierten Strategie im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte das Ertragswachstum unterstützen werden, während das Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (Fixed Income & Currencies, FIC) die außergewöhnlich starke Dynamik des Jahres 2025 im Handels- und Finanzierungsgeschäft fortsetzen dürfte.

Die Erträge im FIC-Geschäft werden voraussichtlich im Wesentlichen unverändert bleiben im Vergleich zu einem sehr starken Jahr 2025. Das Zinsgeschäft sollte auf der Dynamik des Vorjahres aufbauen, unterstützt durch selektives Wachstum durch gezielte Investitionen im Einklang mit der Kundennachfrage und den sich bietenden Marktchancen. Im Devisenhandel wird geplant, die technologische Weiterentwicklung im Kassahandel voranzutreiben und das Angebot im Edelmetallgeschäft nach einem starken Jahr 2025 weiter auszubauen. Der Handel mit Schwellenländern wird seine lokalen Kompetenzen in den Regionen weiter stärken, auf global entwickelte Kundenlösungen aufbauen und sein Produktangebot selektiv erweitern. Im Kredithandel ist geplant, die kundenbezogenen Flow-Geschäfte, insbesondere in den USA, weiterzuentwickeln. Im Finanzierungsgeschäft strebt die Investmentbank an, an die sehr starke Entwicklung des Vorjahres anzuknüpfen und ihre Position als eine der führenden Adressen weltweit zu behaupten. Zusätzliche gezielte Bilanzinvestitionen dürften helfen, potenziellen Druck auf Kreditspreads zu kompensieren.

Im Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte dürften die Erträge im Geschäftsjahr 2026 erheblich höher ausfallen als im Vorjahr. Dies wird durch frühere und geplante Investitionen unterstützt und zusätzlich gestärkt durch die personelle Neuaufstellung im Jahr 2025. Im Beratungsgeschäft ist beabsichtigt, auf der Dynamik der vergangenen zwei starken Jahre aufzubauen und gezielt in Branchen und Länder zu investieren, in denen das Geschäft bislang unterrepräsentiert war. Das Aktienemissionsgeschäft will weiterhin ein wettbewerbsfähiges, produktübergreifendes Angebot bereitstellen, während Investitionen in die Vertriebs- und Platzierungskapazitäten im Aktienbereich die Ertragsentwicklung stärken und die Wirtschaftlichkeit von Primärtransaktionen verbessern sollen. Im Anleiheemissionsgeschäft dürfte der Geschäftsbereich Leveraged Debt Capital Markets von dem Ausbleiben einzelner Kreditverluste im ersten Halbjahr 2025 profitieren. Das Geschäft mit Anleihen guter Bonität wird zudem darauf abzielen, seine starke Performance aus dem Vorjahr fortzusetzen und von den genannten zielgerichteten Investitionen zu profitieren.

Für das Geschäftsjahr 2026 wird erwartet, dass die Risikovorsorge im Kreditgeschäft gegenüber 2025 deutlich niedriger ausfallen wird. Diese Entwicklung ergibt sich aus einem erwarteten Rückgang der leistungsgestörten Kredite (Stufe 3), einschließlich des Bereichs der gewerblichen Immobilien, sowie geringere Belastungen bei Krediten, die weiterhin bedient werden (Stufe 1 und 2), da die Auswirkungen aus Modelländerungen und -kalibrierungen voraussichtlich geringer ausfallen sollten.

Für das Geschäftsjahr 2026 wird erwartet, dass die zinsunabhängigen Aufwendungen leicht höher ausfallen im Vergleich zum Vorjahr. Kosten im Zusammenhang mit strategischen Wachstumsinitiativen, Technologieinvestitionen und erwarteten höheren Rechtsaufwendungen dürften dabei durch niedrigere Bankenabgaben und breiter angelegte Effizienzmaßnahmen teilweise ausgeglichen werden.

Die risikogewichteten Aktiva in der Investmentbank dürften im Jahr 2026 gegenüber 2025 deutlich höher ausfallen, hauptsächlich aufgrund eines Anstiegs der Kreditrisiko-RWA zur Unterstützung des Ertragswachstums.

Privatkundenbank

Im Geschäftsjahr 2026 dürften die Erträge der Privatkundenbank gegenüber 2025 höher ausfallen. Dies wird vor allem durch deutlich höhere Erträge aus Einlagen- und Anlageprodukten getragen, unterstützt durch anhaltende Nettomittelzuflüsse in das verwaltete Vermögen. Die Erträge aus dem Kreditgeschäft dürften leicht sinken.

Im Personal Banking sollten die Erträge durch höhere Erträge aus Einlagen- und Anlageprodukten im Vergleich zum Vorjahr steigen. Die Erträge aus dem Kreditgeschäft dürften im Einklang mit der Strategie der Privatkundenbank leicht sinken.

Im Wealth Management werden im Vergleich zu 2025 höhere Erträge erwartet. Diese Entwicklung geht auf steigende Erträge aus Anlageprodukten zurück, die durch anhaltendes Geschäftswachstum und gezielte Personalinitiativen unterstützt werden. Die Erträge aus dem Einlagengeschäft sollten leicht steigen, während die Erträge im Kreditgeschäft leicht sinken dürften.

Die Privatkundenbank geht für 2026 von anhaltenden Nettozuflüssen in das verwaltete Vermögen aus. Die entsprechenden Volumina dürften zum Jahresende 2026 höher sein als zum Jahresende 2025 Die Gesamtentwicklung der Volumina hängt jedoch weiterhin in hohem Maße von Marktparametern wie Aktienindizes und Wechselkursen ab.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft dürfte 2026 deutlich höher ausfallen als im Vorjahr, das von positiven Effekten aus Modellaktualisierungen profitierte und ein niedriges Niveau verzeichnete.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen werden im Vergleich zu 2025 leicht höher erwartet, bedingt durch Investitionen in das Geschäftswachstum sowie in Transformationsinitiativen und Effizienzprogramme.

Die risikogewichteten Aktiva werden gegenüber 2025 im Wesentlichen unverändert erwartet. Dies reflektiert insbesondere die nahezu unveränderten risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko.

Asset Management

Der Geschäftsbereich Asset Management besteht im Wesentlichen aus den konsolidierten Ergebnissen der DWS Group GmbH & Co. KGaA, an der die Deutsche Bank AG eine Mehrheitsbeteiligung hält.

Die Erträge im Asset Management dürften 2026 leicht über dem Niveau von 2025 liegen. Dabei dürften die Managementgebühren höher ausfallen, was auf das höhere durchschnittliche Volumen des verwalteten Vermögens zurückzuführen ist. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge sollten deutlich geringer ausfallen.

Aufgrund der weiterhin strikten Kostendisziplin geht der Bereich davon aus, dass die zinsunabhängigen Aufwendungen im Vergleich zu 2025 im Wesentlichen unverändert bleiben werden.

Das verwaltete Vermögen wird zum Jahresende 2026 höher erwartet als zum Jahresende 2025, getragen von Nettomittelzuflüssen und unterstützt durch ein konstruktives Marktumfeld.

Die risikogewichteten Aktiva sollten im Jahr 2026 deutlich höher sein als im Vorjahr. Treiber hierfür sind Fonds mit Mindestwertzusagen sowie organisches und anorganisches Geschäftswachstum, insbesondere aus Co-Investments und strategischen Projekten.

Corporate & Other

Corporate & Other wird im Jahr 2026 voraussichtlich einen Vorsteuerverlust von rund 0,2 Mrd. € pro Quartal ausweisen. Dieser ist getrieben durch Aufwendungen im Zusammenhang mit Aktivitäten für Anteilseigner, bestimmte Finanzierungs- und Liquiditätseffekte, die Umkehrung von Anteilen nicht beherrschender Gesellschafter, die in den Geschäftssegmenten ausgewiesen werden, hauptsächlich aus DWS, sowie durch Bewertungs- und zeitliche Abgrenzungsunterschiede.

Risiken und Chancen

Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf zukünftige Trends oder Ereignisse, die zu Abwärtsrisiken (Risiken) oder Aufwärtspotenzialen (Chancen) gegenüber den im „Ausblick" erläuterten Erwartungen der Deutschen Bank führen können. Im Jahr 2025 blieb das globale operative Umfeld aufgrund anhaltender geopolitischer Unsicherheiten und sich ändernder geldpolitischer Erwartungen volatil. Geopolitische Risiken beziehen sich vornehmlich auf politische Ankündigungen und andere Maßnahmen der U.S.-Regierung, die diesbezügliche weltweite Reaktion und die damit verbundenen Auswirkungen auf die U.S.-amerikanische und die globale Wirtschaft. Obwohl in Europa mit einer Belebung des Wachstums gerechnet wird, bleibt der wirtschaftliche und politische Ausblick aufgrund der Auswirkung von Handelszöllen, Konjunkturprogrammen, und dem Wettbewerb mit China sowie der breiteren politischen Reaktion auf diesen globalen Wirtschaftsdruck jedoch ungewiss.

Obwohl die Deutsche Bank kontinuierlich plant und sich an veränderte Situationen anpasst, besteht für die Bank das Risiko, dass eine erhebliche Verschlechterung des globalen makroökonomischen Umfelds, eine nachteilige Änderung des Vertrauens in den Bankensektor und/oder des Kundenverhaltens, sowie verstärkter Wettbewerb, Inflation oder unvorhergesehene Kosten die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen könnten, ihre strategischen Ziele zu erreichen. Dies kann für die Bank zu unerwarteten Verlusten, einschließlich Wertminderungen und Rückstellungen, zu einer geringeren als der geplanten Rentabilität oder einer Erosion des Kapitals, der Liquidität und der Finanzlage führen, was sich wiederum negativ auf die Geschäftsergebnisse und den Aktienkurs auswirken könnte.

Chancen können entstehen, wenn die makroökonomischen Bedingungen besser als die aktuelle Prognose sind, was zu höheren Erträgen führt und die Fähigkeit der Bank verbessert, ihre für das Jahr 2028 gesetzten finanziellen Ziele und Kapitalziele zu erreichen. Potenziell höhere Inflationsniveaus und Zinsen sowie Marktvolatilität könnten zu höheren Erträgen im Handelsgeschäft, einem höheren Zinsüberschuss und höheren Kreditmargen führen. Außerdem könnte die Deutsche Bank davon profitieren, Kunden dabei zu helfen, in diesen Finanzmärkten zu navigieren. Eine Verringerung der Komplexität der regulatorischen Rahmenbedingungen in den verschiedenen Jurisdiktionen könnte auch Möglichkeiten schaffen, Erträge zu generieren. Ein kontinuierlicher Fokus auf die digitale Transformation der Bank und die Nutzung von KI könnten die Widerstandsfähigkeit der Bank erhöhen und sie in die Lage versetzen, Wachstumschancen zu nutzen, wenn sich das operative Umfeld schneller als derzeit erwartet verbessern sollte. Schließlich könnte eine fokussierte beschleunigte Wertschöpfung mit Hilfe der drei strategischen Hebel der Deutschen Bank weitere Chancen schaffen, wenn diese in einem größeren Umfang oder unter günstigeren Bedingungen als derzeit erwartet umgesetzt werden.

Risiken

Makroökonomische Bedingungen und Marktbedingungen

Das makroökonomische Umfeld und das Marktumfeld im Jahr 2025 waren durch anhaltende Unsicherheit, uneinheitliche politische Auffassungen und erhöhte Volatilität gekennzeichnet, die zusammen das Risikoumfeld der Bank und ihrer Interessengruppen prägten. Dazu gehörten eine deutliche Verschärfung der Spannungen im globalen Handel, insbesondere in der ersten Jahreshälfte nachdem die U.S.-Regierung umfassende "reziproke" Zölle, mit noch höheren Strafzöllen gegenüber China, ankündigte, anhaltende Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands in der Ukraine sowie erhebliche Währungskursschwankungen aufgrund uneinheitlicher Geldpolitik der Zentralbanken. In Europa führten die Unsicherheit in Bezug auf die politische Stabilität und die Haushaltslage in einigen größeren Volkswirtschaften dazu, dass Kreditratings von Staatsanleihen herabgestuft wurden und Anleiherenditen unter Druck gerieten. Dies könnte sich negativ auf die Wirtschaft und letztlich die Kreditwürdigkeit europäischer Kunden auswirken. Obwohl erwartet wird, dass die U.S.-Wirtschaft im Jahr 2026 wächst, wird kurzfristig eine weiterhin erhöhte Inflation und ein langsameres Arbeitskräftewachstum, welche zu einer Entwertung oder Volatilität des U.S.-Dollars führen können, erwartet, was sich negativ auf die Erträge und Geschäftsergebnisse der Bank auswirken könnte.

Die Wirtschaft in Deutschland stagnierte, und auch in ganz Europa war das Wachstum im Jahr 2025 schwach, da die Aktivität auf den Märkten und die Stimmung durch den eskalierenden Handelskonflikt mit den Vereinigten Staaten und den verstärkten Wettbewerb mit China, insbesondere im Automobilsektor, beeinträchtigt wurden. Externe Herausforderungen werden auch für das Jahr 2026 erwartet. Der Inflationsdruck aufgrund einer gelockerten Fiskalpolitik und einer sich verschärfenden Situation auf dem Arbeitsmarkt könnten zu Inflationsrisiken führen und damit den Druck auf die EZB verstärken, die Zinsen zu erhöhen. Diese Risiken könnten sich negativ auf die europäische Wirtschaft auswirken und das Kreditwachstum der Deutschen Bank sowie ihre Fähigkeit, ihre strategischen Ziele zu erreichen, beeinträchtigen.

Aktien von Technologieunternehmen mit großer Marktkapitalisierung schürten Bedenken über eine potenzielle KI-gesteuerte Blase. Der Goldwert erreichte Rekordhöhen, da Anleger inmitten anhaltender Unsicherheit nach sicheren Märkten suchten. Demgegenüber schwankten die langfristigen Anleiherenditen als Reaktion auf die sich ändernden steuerlichen und politischen Gegebenheiten. Volatile, stark sinkende oder durch Marktkorrekturen beeinflusste Preise von Vermögenswerten und Renditen von Anleihen könnten die Profitabilität der Bank negativ beeinflussen und zu finanziellen Verlusten führen.

Ein wesentliches Risiko für mögliche Erhöhungen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft birgt das gewerbliche Immobilienportfolio (CRE), für das Refinanzierungen herausfordernd und die Stabilisierung der Preise, insbesondere in den USA, unsicher sind. Obwohl Marktindikatoren auf sich stabilisierende Preise für Gewerbeimmobilien hindeuten, bleibt ein erhebliches Wertminderungsrisiko, differenziert nach Immobilientypen und Regionen (z. B. Büroflächen an der U.S.-Westküste), welches dazu führen könnte, dass die Deutsche Bank eine höher als erwartete Risikovorsorge im Kreditgeschäft verbuchen muss.

Private Credit, die Kreditvergabe von nicht dem Banksektor angehörigen Finanzinstituten (NBFI) an Unternehmen, und andere Aktivitäten von NBFI standen weiterhin aufgrund von höheren Zinsen, Refinanzierungsrisiken und gedämpfter Investorenstimmung unter Druck. Die Ausfälle einer begrenzten Anzahl von Subprime-Kreditgebern in den USA lenkt den Fokus der Anleger stärker auf Risiken im Zusammenhang mit Private Credit Geschäften und führten zu umfassenderen Bedenken hinsichtlich von Zeichnungsstandards und Betrugsrisiken. Obwohl die Deutsche Bank keinen signifikanten Risiken im Zusammenhang mit NBFI ausgesetzt ist, könnte die Bank möglichen indirekten Kreditrisiken aus mit diesen Instituten verbundenen Portfolios und Gegenparteien ausgesetzt sein.

Insgesamt könnten die genannten Risiken, für sich allein betrachtet oder in Kombination mit anderen Risikofaktoren, wie einer möglichen Eskalation geopolitischer Risiken (siehe unten), zu einer verschlechterten Portfolioqualität der Deutschen Bank und höher als erwarteten Kreditausfällen führen. Des Weiteren könnte dies höhere Kapitalkosten und Liquiditätsbedarf nach sich ziehen, wenn Kunden Kreditlinien in Anspruch nehmen. Eine höhere Volatilität an den Finanzmärkten könnte zu erhöhten Nachschussforderungen für Sicherheiten, höheren risikogewichteten Aktiva (RWA) für Marktrisiken sowie erhöhten Bewertungsanpassungen führen. Negative Auswirkungen auf das Nachfrageverhalten von Investoren könnten zudem die Fähigkeit der Bank, Risiken aus Kapitalmarktverpflichtungen zu platzieren und zu reduzieren, beeinträchtigen. Des Weiteren könnte dies zu Verlusten führen sowie die Preisfindung und Absicherungsgeschäfte erschweren und verteuern. Darüber hinaus könnte eine erhöhte Volatilität an den Kapitalmärkten in einem herausfordernden makroökonomischen Umfeld zu steigenden inhärenten Risiken in mehreren operationellen Risikoarten führen, wie Risiken bei der Transaktionsverarbeitung sowie interner und externer Betrugsrisiken. Diese erhöht auch das Risiko idiosynkratischer Ausfälle von Gegenparteien, sowohl direkt als auch indirekt, beispielsweise aufgrund von Deckungslücken bei durch Wertpapiere besicherten Finanzierungsgeschäften.

Sollten sich mehrere Abwärtsrisiken, wie erneute Handelsspannungen, finanzpolitische Instabilität oder ungeordnete Marktkorrekturen, gleichzeitig materialisieren, könnten diese Risiken wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Finanzergebnisse der Deutschen Bank haben und auf ihre Fähigkeit, ihre Finanz- und Kapitalziele für das Jahr 2028 zu erreichen.

Geopolitische Ereignisse

Geopolitische Entwicklungen stellen weiterhin ein komplexes und sich veränderndes Risikoumfeld dar, welches das operative Umfeld der Deutschen Bank, die Marktentwicklung und die Erreichung ihrer finanziellen Ziele für das Jahr 2028 beeinflussen kann.

Im Nahen Osten könnten die von den USA angeführte Militärintervention im Iran und iranische Vergeltungsmaßnahmen gegen Ziele in der Region zu einer längeren Phase der Unsicherheit führen. Ein wesentliches Risiko besteht in möglicherweise anhaltend hohen Öl- und Gaspreisen, falls die Lieferungen durch die Straße von Hormus über einen längeren Zeitraum eingeschränkt werden. Die Deutsche Bank hat nur begrenzte direkte Risikopositionen im Nahen Osten. Eine umfassendere geopolitische Destabilisierung könnte sich jedoch negativ auf die Kunden der Bank auswirken und die Finanzergebnisse (einschließlich erhöhter Risikovorsorge im Kreditgeschäft) sowie das operative Geschäft der Deutschen Bank beeinträchtigen.

Die jüngsten Ereignisse in Venezuela, die zur Festnahme von Präsident Nicolás Maduro durch die USA führten, sind Ausdruck einer erheblichen geopolitische Eskalation, welche regionale Unsicherheit, Sanktionen, Marktvolatilität und das grenzüberschreitende politische Risiko erhöhen könnte. Zusätzlich haben aufkommende territoriale Ansprüche, wie die der U.S.-Regierung bezüglich Grönland, Unsicherheit in die transatlantische Partnerschaft gebracht, was potenzielle Auswirkungen auf die europäische Zusammenarbeit bei Sicherheitsfragen haben kann. Sollte es weitere auf andere Regionen ausgerichtete Maßnahmen geben, könnten diese marktübergreifende Implikationen haben, einschließlich Druck auf Staatsanleihen und/oder Marktverwerfungen. Diese Risiken könnten wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftsergebnisse der Deutschen Bank haben.

Die Beziehungen zwischen den USA und China bleiben ein zentraler Risikofaktor für die Bank. Ungeachtet jüngster bilateraler Abkommen zwischen den USA und China zur Reduzierung von Handelsbarrieren und Vergeltungsmaßnahmen besteht die Gefahr einer weiteren wirtschaftlichen Polarisierung und des Aufkommens eigenständiger, von den USA und China geführter Handelsblöcke. Dazu beitragen können zunehmende Spannungen zwischen den USA und China bezüglich anhaltender grenzüberschreitender Investitionsbeschränkungen und Streitigkeiten über potenzielle Zölle, Sanktionen, Exportkontrollen, den Handel mit seltenen Erden und kritischen Technologien, den Status von Hongkong und Menschenrechte. Das Risiko von Vergeltungsmaßnahmen und einer breiteren Fragmentierung des Welthandels kann steigen, mit potenziellen negativen Auswirkungen auf die grenzüberschreitenden Aktivitäten und Kunden der Bank.

Die Europäische Union ergriff Maßnahmen zum Schutz heimischer Industrien, indem sie drastische Kürzungen der Stahlimportquoten vorschlug und die Zölle außerhalb der Quoten auf 50% erhöhte. Diese Maßnahmen erhöhten das Risiko von den Handel betreffenden Vergeltungsmaßnahmen und verschärften die globalen Handelsspannungen weiter, was zu negativen Auswirkungen auf das Kreditportfolio der Bank führen kann. Sanktionsregeln wurden komplexer und weitreichender, wobei sich die Sanktionen in der späteren Jahreshälfte 2025 intensivierten. Zum Beispiel verabschiedete die EU ihr 19. Sanktionspaket gegen Russland, das ein schrittweises Importverbot von russischem Flüssiggas, strengere Kontrollen für Banken und Krypto-Börsen sowie erweiterte Sekundärsanktionen gegen Unternehmen in Drittstaaten beinhaltet, was das operationelle Risiko und das Compliance-Risiko der Bank erhöht.

Russlands Krieg in der Ukraine wurde fortgeführt, wobei die russischen Angriffe sich intensivierten und die westliche Unterstützung der Ukraine Anzeichen von Ermüdung und Fragmentierung zeigte. Hoffnungen auf einen Waffenstillstand blieben vergeblich, und das Risiko einer anhaltenden Instabilität beeinträchtigte das globale Investorenvertrauen und erhöhte die Marktvolatilität. In Russland ermöglichten im Schnellverfahren verabschiedete Gesetze den Verkauf ausländischer Staatsvermögen und führten zu Bedenken hinsichtlich einer potenziellen Enteignung ausländischer Unternehmen, was das Risiko nachteiliger regulatorischer oder staatlicher Maßnahmen erhöhte und die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank in Russland negativ beeinflussen und zu finanziellen Verlusten führen könnte.

Im Nahen Osten war das Jahr sowohl von Eskalationen als auch von fragilen Fortschritten geprägt. Der Israel-Hamas-Konflikt sowie erhöhte geopolitische Spannungen in der Region führten zu einem verstärkten Eingreifen der USA. Obwohl im Oktober 2025 ein Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas erzielt wurde, bleibt ein erhöhtes Risiko neuer Feindseligkeiten und Lieferkettenunterbrechungen. Die Spannungen zwischen den USA und dem Iran blieben, getragen von anhaltenden Streitigkeiten über das iranische Atomprogramm und Menschenrechtsverletzungen, hoch, was die geopolitischen Spannungen aufrechterhält.

Hybride und Cyberkriegsführung und operationelle Risiken entwickelten sich zu bedeutenden Themen. Unterseekabel wurden zu Angriffszielen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure, was Echtzeitdienste wie Handelsaktivitäten, Zahlungen und die Erbringung von Dienstleistungen bedrohte. Lieferanten der Bank waren möglichen Zugriffsproblemen bei regionalen Ausfällen ausgesetzt, was Reputations-, Regulierungs- und Finanzrisiken erhöhte.

Insgesamt war die geopolitische Landschaft im Jahr 2025 durch anhaltende Unsicherheit, sich verändernde Risiken und das Potenzial für rasche Eskalationen gekennzeichnet. Das Zusammenspiel von Handelspolitik, Sanktionen, regionalen Konflikten und operativen Bedrohungen schuf ein herausforderndes Umfeld für die Geschäftstätigkeit der Bank sowie verfügbare Ressourcen und könnte sich möglicherweise auf das Geschäftsmodell auswirken. Die Deutsche Bank erwartet, dass diese Unsicherheit im Jahr 2026 anhalten wird, was sich negativ auf die Geschäftsergebnisse der Bank auswirken könnte und ihre Fähigkeit, ihre finanziellen Ziele im Jahr 2028 zu erreichen, verringern könnte.

Strategie

Im November 2025 kündigte die Deutsche Bank die nächste Phase ihrer Strategie „Ausbau der Globalen Hausbank" an. Die Bank gab ihre finanziellen Ziele für den Zeitraum bis zum Jahr 2028 bekannt und betonte, dass in dieser nächsten Phase der Fokus des Managements auf einer beschleunigten Wertschöpfung mit Hilfe des Ausbaus der Globalen Hausbank liegt. Obwohl die Deutsche Bank kontinuierlich plant und sich an veränderte Situationen anpasst, besteht für sie das Risiko, dass eine erhebliche Verschlechterung des globalen makroökonomischen Umfelds, ein Rückgang des Vertrauens im Bankensektor und/oder ein geändertes Kundenverhalten, sowie ein verstärkter Wettbewerb, ein Anstieg der Inflation oder unvorhergesehene Kosten dazu führen könnten, dass die Bank ihre finanziellen Ziele bis zum Ende des Jahres 2028 nicht erreicht. Darüber hinaus könnten der Deutschen Bank unerwartete Verluste entstehen, zum Beispiel in Folge von Wertminderungen und Rückstellungen, einer geringer als geplanten Rentabilität oder einer Erosion der Kapital- oder Liquiditätsbasis der Bank oder der allgemeinen Finanzlage, was zu einer wesentlichen negativen Auswirkung auf die Geschäftsergebnisse und den Aktienkurs der Deutschen Bank führen könnte. Dies schließt auch das Risiko ein, dass die Deutsche Bank nicht wie gewünscht Dividendenzahlungen und Aktienrückkäufe vornehmen kann, weil diese von der Bankenaufsicht und den Aktionären genehmigt werden müssen und den Anforderungen des deutschen Gesellschaftsrechts entsprechen müssen. In diesen Situationen müsste der Konzern Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass er seine Mindestkapital- oder Liquiditätsziele erreicht. Diese Maßnahmen können sich nachteilig auf das Geschäft, die Geschäftsergebnisse, die strategischen Pläne oder die Erreichung der finanziellen Ziele und Kapitalziele der Bank auswirken.

Die Deutsche Bank agiert in allen Geschäftsbereichen in einem sehr wettbewerbsintensiven Marktumfeld. Die Fähigkeit, Kapital gewinnbringend einzusetzen und die richtigen Investitionen zu finanzieren, ist ein wichtiger Erfolgsfaktor. Die Bank überwacht Wettbewerbsentwicklungen kontinuierlich und reagiert entsprechend auf diese, um ihre Marktposition zu schützen und Wachstumschancen zu nutzen. Wettbewerber in diesem Kontext sind große internationale Banken, kleine lokale Banken, neu in den deutschen Markt eintretende Banken, sowie neu in den Bankenmarkt eintretende Nichtbanken, zum Beispiel „Digital First"-Unternehmen und Fintechs. Sollten bedeutende Wettbewerber fusionieren oder übernommen werden, könnte dies Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Chancen der Deutschen Bank haben, falls sie zukünftig nicht organisch wachsen wollte.

Die Deutsche Bank hat das Ziel, eine starke Kapitalposition mit einer Harten Kernkapitalquote im operativen Bereich von 13,5% bis 14,0% aufrechtzuerhalten, mit nicht weniger als 200 Basispunkten Abstand zum Schwellenwert für den ausschüttungsfähigen Höchstbetrag (MDA, Maximum Distributable Amount). Die Entwicklung der Kapitalquote des Konzerns spiegelt unter anderem die Leistung der operativen Geschäftsfelder der Bank, die Realisierung der damit verbundenen Vorteile aus Transformationsinitiativen, wie zum Beispiel Front-to-Back-Optimierungen und KI-Anpassungsprogramme, die Kosten im Zusammenhang mit potenziellen Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Maßnahmen, das Wachstum der Bilanzinanspruchnahme der Geschäftsbereiche, Änderungen in den Berechnungen der Steuer- und Pensionen der Bank, sonstige Ergebnisauswirkungen sowie Änderungen in der Regulierung und den regulatorischen technischen Standards für die CRR3 Regeln getroffenen Annahmen über den Output-Floor wider.

Der Konzern schließt im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit Verträge und Vorverträge ab. Wenn diese vorläufig oder an Bedingungen geknüpft sind, ist die Bank dem Risiko ausgesetzt, dass die Vereinbarung gar nicht oder zu anderen als den vereinbarten Regeln abgeschlossen wird, wodurch die mit der Vereinbarung verbundenen Vorteile nicht eintreten.

Die Finanzergebnisse der Bank könnten negativ beeinflusst werden, wenn erwartete Vorteile aus Fusionen und Übernahmen, Joint Ventures, strategischen Partnerschaften, beabsichtigten Kosteneinsparungen und anderen Investitionen nicht eintreten. Gleichzeitig würde ein etwaiger Integrationsprozess erhebliche Zeit und Ressourcen erfordern, und die Bank könnte möglicherweise nicht in der Lage sein, den Prozess erfolgreich zu steuern.

All dies könnte erhebliche Auswirkungen auf die Harte Kernkapitalquote der Bank sowie die Erreichung ihrer finanziellen Ziele haben. Es ist daher möglich, dass die Bank bestimmte Kapitalziele nicht erreicht, beispielsweise eine Harte Kernkapitalquote von 13,5% bis 14,0% mit 200 Basispunkten Abstand zum maximal ausschüttungsfähigen Betrag als Untergrenze; eine Gesamtausschüttungsquote von 60% ab dem Jahr 2026 und die Ausschüttung von überschüssigem Kapital, wenn die Harte Kernkapitalquote nachhaltig über 14% liegt.

Darüber hinaus könnten die folgenden Risiken die strategischen Ziele der Bank und ihre Fähigkeit, ihre finanziellen Ziele und Kapitalziele für das Jahr 2028 zu erreichen, beeinträchtigen.

Das Basisszenario für den Finanz- und Kapitalplan der Deutschen Bank beinhaltet Schätzungen zum Ertragswachstum, die von einer Reihe von Faktoren abhängen, darunter makroökonomische Entwicklungen, den Umfang der Im Markt zu erzielenden Gebühren und des Anteils der Bank. Wenn es in einem dieser Bereiche zu einer Stagnation oder einem Rückgang kommt, könnte dies die Fähigkeit der Bank, wachsende Erträge zu erzielen, erheblich beeinträchtigen. Dieses Basisszenario beinhaltet auch Annahmen bezüglich der Fähigkeit der Bank, Kosten in der Zukunft zu steuern.

Darüber hinaus beruht das Basisszenario der Bank auf den aktuell vom Markt angenommenen Terminzinssatzkurven, Inflationsniveaus und Wechselkursen. Sollten sich diese gegenüber den Erwartungen der Bank anders entwickeln oder schwanken, könnte dies negative Auswirkungen auf die Erträge und Kosten der Deutschen Bank haben.

Reputationsrisiken oder negative Markteinschätzungen bezüglich der Deutschen Bank könnten sich auf Kundenzahlen, Einlagen oder Kapitalabflüsse auswirken.

Liquidität und Refinanzierung

Die Deutsche Bank hat einen kontinuierlichen Liquiditätsbedarf zur Finanzierung ihrer Geschäftsaktivitäten. Die Liquidität der Bank kann beeinträchtigt werden, wenn die Bank keinen Zugang zu besicherten und/oder nicht besicherten Anleihemärkten hat, keinen Zugang zu Mittel von Tochtergesellschaften hat, Liquidität nicht optimal an die Geschäftsfelder verteilen kann oder Vermögenswerte nicht verkaufen kann oder wenn sie unvorhergesehene Abflüsse von Barmitteln oder Einlagen erfährt. Diese Situationen können aufgrund von Störungen auf den Finanzmärkten entstehen, zum Beispiel infolge von begrenzter Liquidität, Ausfällen von Gegenparteien, Nichterfüllung oder anderen nachteiligen Entwicklungen für Finanzinstitute. Solche nachteiligen Entwicklungen können Ausdruck der Zurückhaltung von Gegenparteien oder des Marktes sein, die Bank zu finanzieren, weil sie Mittelabflüsse (einschließlich Abflüssen von Einlagen) vermuten, die auf Rechtsstreitigkeiten sowie regulatorische und andere Belange zurückzuführen sind. Bei diesen Sachverhalten kann es sich um tatsächliche oder mutmaßliche Schwächen in den Geschäftsfeldern, im Geschäftsmodell oder in der Strategie handeln ebenso wie in Bezug auf die Widerstandsfähigkeit der Bank, negativen Wirtschafts- und Marktbedingungen zu begegnen. Sollten solche Situationen eintreten, könnten interne Schätzungen der verfügbaren Liquidität der Bank über die Dauer eines Stressszenarios negativ beeinflusst werden.

Darüber hinaus könnten sich diese Wahrnehmungen noch weiter auswirken die Kosten des Zugangs der Deutschen Bank zu den Kapitalmärkten zu erhöhen und somit die Refinanzierungskurve der Bank negativ zu beeinflussen und die Finanzierungsaufschläge zu erhöhen. Solche Situationen könnten die Fähigkeit der Bank beeinträchtigen, Aktiva zu refinanzieren, Geschäftsaktivitäten zu ermöglichen oder bestimmte Kapitalniveaus aufrechtzuerhalten. Infolgedessen kann die Bank gezwungen sein, Vermögenswerte zu ungünstigen Preisen zu verkaufen oder Geschäftsaktivitäten, einschließlich der Kreditvergabe, zu reduzieren.

Das Liquiditätsrisiko könnte auch dadurch entstehen, dass der Wert und die Marktgängigkeit hochliquider Vermögenswerte (HQLA) sinkt, was die während eines Stressereignisses zur Deckung von Zahlungsmittelabflüssen zur Verfügung stehenden Erlöse beeinflusst. Weitere Wertabschläge über die bereits für Vermögenswerte erfassten Wertminderungen hinaus könnten anfallen. Darüber hinaus könnten Wertpapiere ihre Eignung als Sicherheit für Zentralbankfazilitäten verlieren, sowie ihre Nutzbarkeit auf dem Markt für Wertpapierleihen und dem Markt für groß angelegten Finanzierungen einbüßen.

Zusätzliche Liquiditätsrisiken aufgrund negativer Entwicklungen im Finanzsektor insgesamt können auch aus dem Abzug von jenen Einlagen entstehen, die nicht durch Einlagensicherungssysteme gesichert sind, oder infolgedessen in andere Anlageprodukte verlagert werden. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit oder Stress auf den Märkten ermöglicht das digitale Banking Einlegern, Gelder digital und schnell an andere Marktteilnehmer zu übertragen, was zu schnelleren und größeren Einlagenabflüssen führt. Dieses Risiko kann durch die Einführung der europäischen Verordnung zu Echtzeitüberweisungen noch verschärft werden, was zu beschleunigten Abflüssen außerhalb der üblichen Geschäftszeiten sowie zu einem erhöhten Bedarf an untertägiger Liquidität führen könnte. Darüber hinaus könnten höhere Zinsen den Preiswettbewerb zwischen den Banken um Privatkundeneinlagen fördern, was die Refinanzierungskosten der Deutschen Bank erhöht und den Umfang der der Bank zur Verfügung stehenden Einlagen von Privatkunden, die eine der Hauptrefinanzierungsquellen der Bank sind, weiter unter Druck setzt.

Unsichere makroökonomische Entwicklungen könnten die Fähigkeit der Deutschen Bank, Devisengeschäfte abzuwickeln, negativ beeinflussen. Ursachen hierfür könnten die Volatilität auf den Devisenmärkten sein sowie Bedenken der Gegenparteien, dass die Bank vereinbarte Transaktionsbedingungen nicht erfüllen könnte, und diese daher versuchen, ihre Risikopositionen zu begrenzen. Darüber hinaus könnte die Abschaffung der Notfall-Devisen-Swap-Fazilitäten der Zentralbanken zu einer Ausweitung der Risikoaufschläge an den Devisenmärkten, erhöhten Finanzierungskosten in Fremdwährung und einer Verringerung der USD-Liquidität auf dem Markt führen. Zusätzlich könnte ein zunehmendes Ungleichgewicht in Fremdwährungspositionen in der Bilanz der Bank zu erhöhten Abflüssen von Sicherheiten führen, wenn der Euro, die Berichtswährung der Deutschen Bank, gegenüber anderen Hauptwährungen erheblich an Wert verliert, und auch zu Schwierigkeiten bei der Deckung von Liquiditätsbedarf in verschiedenen Währungen führen.

Als Bereiche mit neu entstehenden Risiken werden digitale Zahlungen und Blockchain angesehen, welche die Tiefe und Volatilität der Marktliquidität und der Refinanzierung beeinflussen können und sich vorübergehend auf die Refinanzierungskosten auswirken können und somit die Rentabilität negativ beeinträchtigen können.

Aufsichtsrechtliche Reformen, Prüfungen und Untersuchungen

Die regulatorischen Reformen, die als Reaktion auf die während der letzten Finanzkrise identifizierten Schwächen erlassen und vorgeschlagen wurden, zusammen mit erhöhter regulatorischer Kontrolle und gestiegenen Ermessensspielräumen, werden der Bank erhebliche Kosten auferlegen, große Unsicherheit schaffen und die Geschäftspläne des Konzerns sowie seine Fähigkeit, die strategischen Pläne der Bank mittelfristig umzusetzen, nachteilig beeinflussen. Diese Änderungen, welche von der Bank die Aufrechterhaltung erhöhten Kapitals erfordern, können das Geschäftsmodell, die Finanzlage und die Geschäftsergebnisse der Bank sowie das Wettbewerbsumfeld im Allgemeinen erheblich beeinflussen. Generell könnte dies im Hinblick auf das Vereinigte Königreich auftreten. Da das Vereinigte Königreich nicht Teil der Europäischen Union ist, kann es bei der zukünftigen Ausrichtung seines Aufsichts- und Regulierungsrahmens agiler sein. Die Deutsche Bank wird von Verbesserungen des britischen Rahmenwerkes nicht profitieren, da sie im Vereinigten Königreich als Filiale der Deutschen Bank AG operiert.

Aufsichtsbehörden können auch Kapitalzuschläge oder regulatorische Anpassungen verhängen, zum Beispiel als Ergebnis des jährlichen aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP), der von der EZB durchgeführt wird. Solche Anpassungen dienen dazu zusätzliche Risiken abzudecken, die durch Mängel im Kontrollumfeld des Konzerns, zum Beispiel bei der Behandlung spezifischer Portfolios, Produkte oder Transaktionen, entstehen. Gemäß dem SREP 2025 wurde die Deutsche Bank von der EZB über ihre Entscheidung bezüglich der ab dem 1. Januar 2026 zu haltenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen informiert, wonach die Säule-2-Anforderung der Deutschen Bank 2,85% beträgt. Eine Verringerung um fünf Basispunkte im Vergleich zur Säule-2-Anforderung des Vorjahres. Die SREP-Entscheidung der EZB enthält auch eine Säule-2-Anforderung für die Verschuldungsquote. Diese ist mit einer Höhe von 10 Basispunkten unverändert gegenüber der SREP-Entscheidung des Vorjahres und ist ab dem 1. Januar 2026 wirksam. Ferner enthält die Entscheidung Schlussfolgerungen, die die EZB aus den von der EBA oder der EZB durchgeführten regulatorischen Stresstests zieht. Am 1. August 2025 veröffentlichten die EBA und die EZB die Ergebnisse des EU-weiten Stresstests 2025. Die EZB bewertet die Leistung jeder Bank aus qualitativer Sicht, um die Entscheidung über die Höhe der Säule-2-Anforderung zu treffen, und mithilfe eines quantitativen Ergebnisses, das ein Aspekt bei der Bewertung der Höhe der Säule-2-Prognose ist, zu beeinflussen. Die EZB hat diese Befugnisse bereits bei ihren SREP-Entscheidungen in der Vergangenheit genutzt und kann dies weiterhin tun, um Erkenntnisse aus Vor-Ort-Inspektionen zu adressieren. In extremen Fällen kann die EZB sogar bestimmte Aktivitäten verbieten oder die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb in bestimmten Jurisdiktionen entziehen sowie Geldbußen verhängen oder Kapitalzuschläge festsetzen, wenn die in den Richtlinien niedergelegten Vorschriften nicht eingehalten werden.

Regulierungsbehörden weltweit können auch Kapitalzuschläge verhängen, um makroökonomischen Risiken durch den Einsatz makroprudenzieller Instrumente zu begegnen. Dazu gehören die Erhöhungen des Puffers für das Harte Kernkapital, die konzernweit, oder auf nationale Aktivitäten beschränkt oder für spezifische Risikopositionen, zum Beispiel Hypotheken, gelten könnten. Die Nutzung dieser Instrumente wird durch den geltenden makroprudenziellen Rahmen in der EU oder einer anderen dafür zuständigen Jurisdiktion geregelt und wird typischerweise von nationalen makroprudenziellen Behörden, wie der BaFin, oft auf der Grundlage einer entsprechenden Analyse makroökonomischer Risiken entschieden. Darüber hinaus könnten die Aufsichtsbehörden Interpretationen in Bezug auf bereits veröffentlichte Leitlinien anpassen und von Finanzinstituten verlangen, die neuen Interpretationen rückwirkend anzuwenden, was sich negativ auf die Bank auswirken könnte.

Es wird erwartet, dass mehrere zukünftige Änderungen an makroprudenziellen Instrumenten das Geschäft der Deutschen Bank beeinflussen werden. Die Europäische Kommission hatte eine Überprüfung des makroprudenziellen Regimes in der EU bereits für die Jahre 2022-2023 angekündigt, die nicht innerhalb dieses vorgesehenen Zeitrahmens stattfand. Die Europäische Kommission wird sich 2026 im Rahmen der Konsultation zur Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors in der Europäischen Union mit diesen Themen weiter befassen, und es besteht immer die Möglichkeit eines Gesetzgebungsvorschlags. Solche Reformen könnten hinsichtlich der Geschäfte der Bank mit verschiedenen Arten von Gegenparteien, einschließlich Nichtbanken-Finanzintermediären, zu einer Erhöhung ihres Kapitalbedarfs, einschließlich der Kapitalpuffer, zu zusätzlichen Kapitalanforderungen für Verbriefungen, zu einer Erhöhung der risikogewichteten Aktiva oder anderer regulatorischer Anforderungen führen.

Im Juli 2024 wurden die EU-Aufsichtsregeln (die Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie – CRR3 und CRD4) im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die Reform dieser Regeln setzt die finalen Basel-III-Reformen des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, BCBS, um. Diese neuen Regeln ändern die Art und Weise, wie EU-Banken ihre risikogewichteten Aktiva berechnen werden. Der größte Teil der Reformen gilt seit Januar 2025, mit Ausnahme der Regeln für das Marktrisiko, die den grundlegenden Ansatz zur Überprüfung des Handelsbuchs, FRTB, umsetzen, der von der Europäischen Kommission in Form eines delegierten Rechtsakts auf Januar 2027 verschoben wurde. Im November 2025 startete die Europäische Kommission eine Konsultation darüber, wie FRTB ab dem Januar 2027 angewendet wird, um Bedenken hinsichtlich der Kalibrierung und der Nichtumsetzung der Regeln in mehreren wichtigen Jurisdiktionen Rechnung zu tragen. Der Output-Floor, der die auf Basis interner Modelle berechneten RWA auf 72,5% der nach dem Standardansatz berechneten RWA begrenzt, wird im Januar 2030 vollständig angewendet werden. Die finalen Basel-III-Regeln werden die risikogewichteten Aktiva der Bank und die damit verbundenen Kapitalanforderungen erhöhen. Die neuen Regeln werden in den wichtigen Jurisdiktionen zu unterschiedlichen Zeiten umgesetzt. Anfang 2024 konsultierte die EBA zu Änderungen an ihrem RTS, Regulatory Technical Standard (technische Regulierungsstandard) für die vorsichtige Bewertung. Dieser Standard legt die Anforderungen fest, die in der EU tätige Institute für die Bewertung ihrer zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zu aufsichtsrechtlichen Zwecken anwenden müssen. Die EBA ist dabei die eingegangenen Kommentare abzuarbeiten, was je nachdem, zu welcher abschließenden Schlussfolgerung sie gelangt, zu einer Erhöhung der Anforderungen an das Harte Kernkapital der Bank führen, kann.

Im April 2023 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Gesetzesvorschlag zur Reform des Rahmenwerks für das Krisenmanagement und die Einlagensicherung mit Änderungen für alle relevanten Richtlinien und Verordnungen, wie der Sanierungs- und Abwicklungsrichtlinie für Banken, der Verordnung über einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus und der Einlagensicherungsrichtline. Ziel des Gesetzesvorhabens ist es, unter anderem das Krisenmanagement und die Abwicklung kleiner und mittelgroßer EU-Banken, die derzeit einem gewissen nationalen Ermessen unterliegen, weiter zu harmonisieren und zu regulieren. Der Gesetzesvorschlag der Kommission enthält mehrere Änderungen, welche die Deutsche Bank und ihre Kunden beeinflussen könnten, wie eine Änderung in der Reihenfolge, in der die Forderungen aller Einleger im Insolvenzfall befriedigt werden, einschließlich der Einleger, die nicht durch Einlagensicherungssysteme geschützt sind. Die Vorschläge sehen auch eine erweiterte Möglichkeit für die Aufsicht vor, die Mittel nationaler Einlagensicherungssysteme für die Abwicklung einer Bank zu nutzen und somit auch Zugang zum Einheitlichen Abwicklungsfonds zu erhalten. Dieser Legislativvorschlag der Europäischen Kommission folgte dem regulären EU-Mitentscheidungsverfahren unter Einbeziehung der 27 EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments. Die beiden gesetzgebenden Parteien erzielten eine Einigung, und die formelle Finalisierung der überarbeiteten Richtlinien und Verordnungen sowie die Veröffentlichung im Amtsblatt der EU wird wahrscheinlich im Jahr 2026 erfolgen.

Das Gesetzgebungsverfahren für die Anlagestrategie für Kleinanleger, ein Vorschlag der Europäischen Kommission vom 24. Mai 2023, der den aktuellen gesetzlichen Rahmen enthält und die Rechte der Verbraucher und ihr Vertrauen stärken soll, läuft noch, wobei das Parlament und der Rat ihre jeweiligen Positionen finalisiert haben. Eine politische Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat wurde Ende des Jahres 2025 erzielt, wobei geringfügige Details noch im Jahr 2026 ausgearbeitet werden müssen.

Die überarbeitete Richtlinie und Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente, MiFID II/R, trat im März 2024 in Kraft. Weitere fachliche Arbeiten der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) und der Europäischen Kommission zu Transparenzanforderungen und dem konsolidierten Datenticker (Consolidated Tape) haben 2024 begonnen und werden in 2026 fortsetzt.

Im Juni 2023 veröffentlichte die Europäische Kommission zwei Legislativpakete, eines zur Einführung eines digitalen Euros, das andere über den Zugang zu Finanzdaten und Zahlungen. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten diskutieren nun beide Pakete wo beide Texte noch geprüft werden.

Im Jahr 2025 war das regulatorische Umfeld für ESG und nachhaltige Finanzierungen in der EU auf Vereinfachung und Reduzierung der Meldeerfordernisse ausgelegt. Die ESG-Omnibus-Initiative wurde verabschiedet, was dazu führen wird, dass weniger Unternehmen den Anforderungen der Nachhaltigkeitsberichterstattungsrichtlinie (CSRD) und der Richtlinie zur nachhaltigkeitsbezogenen Sorgfaltspflicht (CSDDD) unterliegen werden. Gleichzeitig wurde der delegierte Rechtsakt zur Offenlegung nach der Taxonomie-Verordnung überarbeitet, was zu reduzierten Berichtsanforderungen führt. Demgegenüber werden die Europäischen Nachhaltigkeitsberichterstattungsstandards (European Sustainability Reporting Standards, ESRS) weiterhin überarbeitet. Im Zuge der Überprüfung der Offenlegungsverordnung für nachhaltige Finanzierungen hat die Europäische Kommission mit einem Vorschlag unterbreitet. Mit einer Verabschiedung wird im Laufe des Jahres 2026 gerechnet. Die Anwendung der Entwaldungsverordnung wurde auf den 30. Dezember 2026 und für kleine Unternehmen auf Mitte 2027 verschoben.

In Großbritannien wurden die Anforderungen des Übergangsplans für Unternehmen weiter verschärft. Das Nachhaltigkeitsberichtswesen der FCA, einschließlich der Anti-Greenwashing-Regel und der Anlageklassifizierung, wurde weiter ausgebaut. Die nationalen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung werden derzeit an die globalen Standards des International Sustainability Standards Board (ISSB) angeglichen; die Anwendung ist ab 2026 freiwillig. Die Pläne zur Einführung einer eigenen britischen grünen Taxonomie wurden eingestellt.

Die aufsichtsrechtlichen Erwartungen an Banken im Hinblick auf die Steuerung von Klima- und Umweltrisiken steigen in der EU, Großbritannien und im asiatisch-pazifischen Raum kontinuierlich an, wobei die EZB auch naturbezogene Risiken besonders hervorhebt.

Aufsichtsbehörden können auch andere Kapitalzuschläge verhängen, wie zum Beispiel die Erhöhung makroprudenzieller Kapitalpuffer, einschließlich des antizyklischen Kapitalpuffers und des Systemischen Risikopuffers.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sowohl das regulatorische als auch das legislative Umfeld dynamisch bleiben und die Erträge und Kosten der Deutschen Bank beeinflussen können, zum Beispiel die Kosten zur Sicherstellung der laufenden und zukünftigen Einhaltung der Vorschriften. Zusätzlich könnte die Aussicht auf eine Lockerung der regulatorischen Bedingungen in bestimmten nicht-europäischen Regionen einen Wettbewerbsnachteil für die Bank darstellen.

Interne Kontrollumgebung

Die Geschäftsbereiche der Deutschen Bank erfordern effektive Kontrollen zur Verarbeitung und Überwachung einer Vielzahl komplexer, hochvolumiger Transaktionen in verschiedenen Märkten, die von der Stärke der Richtlinien, der Kontrolltestprotokolle, der IT-Systeme und den Fähigkeiten der Mitarbeiter der Bank abhängt. Wenn diese Systeme nicht alle für ein umfassendes Risikomanagement und die regulatorische Berichterstattung kritischen Risiken identifizieren, überwachen, aggregieren, messen, mindern und berichten, könnten die Geschäftsergebnisse und die regulatorische Position der Deutschen Bank negativ beeinflusst werden.

Obwohl Verbesserungen erzielt wurden, erreichen bestimmte Elemente der Kontrollumgebung der Bank und der unterstützenden Infrastruktur noch nicht den angestrebten Zustand, bedingt durch die in einigen Bereichen weiterhin bestehende veraltete Technologie, Datenfragmentierungen und manuelle Prozesse. Diese Bedingungen können die Rechtzeitigkeit und Qualität der internen und regulatorischen Berichterstattung beeinträchtigen und eine konsistente Risikoaggregation über Geschäftsbereiche und Rechtseinheiten hinweg beeinträchtigen. Die Bank setzt über mehrere Jahre erstreckende Initiativen um, um die Datenarchitektur zu vereinfachen, die Data Governance zu stärken und die Kontrollen zu automatisieren. Jedoch stellen die strukturelle Komplexität, die Abhängigkeit von Endbenutzer-Tools und eine uneinheitliche Systemintegration weiterhin operationelle Risiken dar. Die Materialisierung dieser Risiken könnte zu Störungen der zentralen Prozesse, Verzögerungen bei der Implementierung strategischer Veränderungsprogramme und einer reduzierten operationellen Resilienz gegenüber Herausforderungen im externen operativen Umfeld führen, was sich aus der Kunden- oder Aufsichtsperspektive oder unter dem Aspekt des Reputationsrisikos negativ auf die Bank auswirken könnte.

Die Aufrechterhaltung von Spezialistenwissen in allen Kontrolldisziplinen, wie Informationstechnologie und -sicherheit, Finanzkriminalität und Data Governance, bleibt eine Herausforderung, und die zunehmende Abhängigkeit von Drittanbietern und Cloud-Service-Anbietern erfordert es, weitere Aspekte der Überwachung und Resilienz zu berücksichtigen. Wenn es nicht gelingt, Mitarbeiter in Schlüsselpositionen zu halten oder durch die Interaktion mit Drittanbieter entstehenden Risiken effektiv zu steuern, kann dies die Fähigkeit der Bank beeinträchtigen, solide Kontrollen aufrechtzuerhalten oder regulatorische Feststellungen zu beheben.

Die Hauptaufsichtsbehörden der Bank, wie BaFin, EZB, UK Prudential Regulation Authority und Federal Reserve Board, zusammen mit dem Vorstand der Deutschen Bank und der Konzernrevision überprüfen die internen Kontrollen und die diesbezügliche Infrastruktur weiterhin genau. Im Rahmen dieser Beurteilungen wurden Verbesserungspotenziale in Bereichen wie Finanzkriminalität, Informationssicherheit, IT-Resilienz, Transaktionsverarbeitung und Datenmanagement identifiziert. Während die Behebung der identifizierten Schwächen im Gange ist, bleibt aufgrund der Breite der damit verbundenen Programme und ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten das Risiko einer erfolgreichen Durchführung erhöht, bis die Verbesserungsmaßnahmen abschließend umgesetzt und validiert sind und über einen längeren Zeitraum effektiv funktionieren.

Um diese Risiken zu managen, investiert die Bank in die Modernisierung und Resilienz ihrer Technologie, einschließlich der Cloud-Einführung und fortschrittliche Ansätze der Datenanalyse zur Verbesserung der Überwachung von Risiken und der Prüfung der Effektivität von Kontrollen. Es kann jedoch nicht zugesichert werden, dass diese Maßnahmen erfolgreich integriert oder Risiken erfolgreich behoben werden. Während diese Maßnahmen eine verbesserte Überwachung unterstützen können, können sie neue Risiken wie Datenqualität, KI-Governance und Cyber-Resilienz bedingen, die dann ebenfalls solide Kontrollen und absichernde Maßnahmen erfordern.

Technologie, Daten und Innovation

Die Digitalisierung und die Geschwindigkeit der Innovation in Bereichen wie künstliche Intelligenz (KI) können Markteintrittschancen für neue Wettbewerber wie branchenfremde Akteure, globale Technologieunternehmen und Finanztechnologieunternehmen eröffnen. Darüber hinaus könnten Wettbewerber ihre Geschäftsmodelle weiterentwickeln, um mit weitgehenden digitalen Angeboten in die Kernmärkte der Bank einzutreten. Daher erwartet die Bank, dass ihre Geschäftsfelder einen erhöhten Bedarf an Investitionen in digitale Produkte, KI und Prozessressourcen haben werden. Sollten diese Investitionen nicht getätigt werden oder sollte die Deutsche Bank aus anderen Gründen nicht in der Lage sein, im Vergleich zu diesen neuen Marktteilnehmern wettbewerbsfähig zu sein, besteht das Risiko, dass die Bank Marktanteile verlieren könnte, was sich wesentlich nachteilig auf ihre Finanzergebnisse auswirken könnte.

Durch ihre strategische Partnerschaft mit Google Cloud migriert die Deutsche Bank Teile ihrer Anwendungen in die Public Cloud, mit dem Ziel, die Flexibilität und Widerstandsfähigkeit ihrer IT zu verbessern. Die Einführung von Public-Cloud-Diensten bleibt ein Bereich von erheblichem regulatorischem Interesse, und die Bank muss geltende Standards für Datenschutz und -sicherheit einhalten, um Kunden- und Bankdaten zu schützen. Gelingt dies nicht, kann dies das Vertrauen der Kunden beeinträchtigen, finanzielle Verluste verursachen und zudem aufsichtsrechtliche Sanktionen, Gerichtsverfahren und Entschädigungsansprüche nach sich ziehen.

KI hat das Potenzial, eine transformative Technologie für die Bank zu sein, während sie gleichzeitig neue Herausforderungen wie Halluzinationen oder Voreingenommenheit (Bias) mit sich bringt und daher die Validierung von Genauigkeit und Erklärbarkeit sowie den Schutz und die Souveränität von Daten erfordert. Das Aufkommen von KI-Agenten hat das Potenzial, autonome Entscheidungsfindung innerhalb von Prozessen zu ermöglichen, was die Wahrscheinlichkeit unentdeckter Fehler erhöht. Die Deutsche Bank hat das KI-Risiko in ihr Kontrollrahmenwerk aufgenommen, unterstützt durch ein KI-Aufsichtsforum, das die bankweite Überwachung, Risikobewertung und Übereinstimmung mit den strategischen Zielen sicherstellt. Die Bank hat auch KI- und Datenethikprinzipien definiert, um verantwortungsvolle Innovation zu gewährleisten. Zusätzlich werden die von der KI erzeugten Ergebnisse einer gründlichen Beurteilung unterzogen, indem sie mit den Ergebnissen anderer Systeme und vertrauenswürdiger Richtwerte verglichen werden. Zudem sind Menschen in das Entwerfen von Systemen, der Feinabstimmung von Modellen und die Entscheidungsfindung eingebunden. Trotz des Risiko- und Kontrollrahmenwerks der Bank könnten mit der Entwicklung dieser Technologien zusätzliche Risiken für die Bank entstehen. Beispielsweise könnten autonome KI-Agenten definierte Ziele verzerren oder außer Kraft setzen oder in einer Weise optimieren, die regulatorische, ethische oder operationelle Schutzmaßnahmen untergraben, weil sie Geschwindigkeit oder Leistungsmetriken gegenüber Compliance-Verpflichtungen, Fairness-Standards oder kritischen Qualitätskontrollen, priorisieren. Wenn die Bank diese aufkommenden Risiken nicht adressiert, kann sie mit Compliance-Problemen, operationellen Ineffizienzen und potenziellen Verlusten sowie Reputationsrisiken konfrontiert sein, die das Vertrauen des Marktes in die Fähigkeit der Deutschen Bank zur verantwortungsvollen Nutzung von KI schwächen könnten.

Die Deutsche Bank bewertet und überwacht Sicherheitsbedrohungen kontinuierlich, um ihren Betrieb sowie die Vertraulichkeit, die Integrität und die Verfügbarkeit von Informationen, wie die Daten von Kunden, Geschäftspartnern und Mitarbeitern, zu schützen. Dies umfasst die Identifizierung und Reaktion auf Vorfälle entlang der Lieferkette der Bank, einschließlich direkter und indirekter Lieferanten. Dies umfasst auch die Infrastruktur der Deutschen Bank sowie externe Abhängigkeiten, wie die Stromversorgung, die Markt- und Börseninfrastruktur und andere Dienste. Ein Versäumnis diese Aspekte zu schützen könnte zu einer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der Bank, zu Reputationsschäden sowie zu finanziellen Verlusten führen.

Die Deutsche Bank überprüft Bedrohungen aktiv, die das Potenzial haben, Sicherheitslücken auszunutzen. Diese umfassen Aktivitäten nationalstaatlicher Akteure und neu auftretende Risiken, wie sie durch technologische Fortschritte in KI und Quantencomputing entstehen. Die Bank beobachtet auch weiterhin gängige Angriffsszenarien, einschließlich Ransomware und Denial-of-Service. Risikominderungsstrategien und -kontrollen werden kontinuierlich angepasst, um der globalen Bedrohungslage zu begegnen. Obwohl die Deutsche Bank Versicherungen für solche Cybereereignisse abgeschlossen hat, kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass eine solche Deckung ausreicht, um alle Verluste oder Haftungen aus einem Cybereereignis abzudecken. Weitere Details und Informationen sind im Kapitel „Informationssicherheit" im Risikobericht enthalten.

Datenmanagementrisiken können entstehen, wenn es Schwächen in den Prozessen zur Datenerhebung, -speicherung, -verarbeitung, -governance und -nutzung gibt. Dies kann sich negativ auf die finanziellen, reputationsbezogenen oder regulatorischen Ergebnisse der Bank oder ihrer Interessengruppen auswirken. Die Fähigkeit der Bank, fundierte Entscheidungen zu treffen, Dienstleistungen zu personalisieren, Innovationen voranzubringen und KI in großem Maßstab einzusetzen, hängt von vertrauenswürdigen, zugänglichen und gut verwalteten Daten im gesamten Unternehmen ab. Die Bank hat eine unternehmensweite Datenmanagementfunktion etabliert und konzentriert sich nun auf die Implementierung eines robusten Datenmanagementrahmens. Der Rahmen unterstützt die Aufrechterhaltung der regulatorischen Compliance und stellt sicher, dass die Daten weiterhin genau, vollständig und aktuell sind und den Anforderungen der konzernweiten Richtlinien entsprechen. Verbleibende Datenmanagementrisiken umfassen potenzielle Lücken bei der Datenqualität, bei der Systemintegration sowie die Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften, die bestehen bleiben können, bis der Übergang auf das neue Rahmenwerk vollständig abgeschlossen ist. Aufsichtsbehörden sind aktiv an der Überwachung des Fortschritts der Bank in diesem Bereich beteiligt.

Die Deutsche Bank betreibt ihr Geschäft in einem stark regulierten Umfeld, das sich kontinuierlich weiterentwickelt und es erfordert, dass sich ihr technologisches Umfeld an diese regulatorischen Änderungen anpasst und mit ihnen im Einklang bleibt. Jüngste Änderungen in den Vorschriften, wie zum Beispiel im Digital Operational Resilience Act, DORA, können zusätzliche Aufgaben nach sich ziehen und eine Neupriorisierung bestimmter Aufgaben erfordern. Geschieht dies nicht, birgt dies das Risiko der Nichteinhaltung neuer Vorschriften, was zu Geldstrafen, Rechtsstreitigkeiten und anderen Durchsetzungsmaßnahmen sowie zu Reputationsschäden führen könnte.

Wesentliche technologische Transformationen in den Geschäfts- und Infrastrukturbereichen der Bank werden mithilfe spezieller Initiativen umgesetzt. Diese Initiativen sind darauf ausgerichtet, IT- und Geschäftskosten zu senken, Kontrollen zu verbessern und das Ertragswachstum voranzutreiben, indem den Kunden neue Funktionalitäten angeboten werden oder Maßnahmen für einen Zuwachs an Kunden ergriffen werden. Es bestehen jedoch Risiken bei der Umsetzung dieser Programme, wie zum Beispiel Mitarbeiter- oder Finanzierungsengpässe, Abhängigkeiten von anderen Programmen und Ergebnissen, verlängerte Implementierungszeitpläne oder negative Auswirkungen von Veränderungen auf das Kontrollumfeld sowie Funktionalitätsprobleme innerhalb aktualisierter Anwendungen oder deren zugrunde liegenden Technologien. Eine unzureichende und nicht rechtzeitig erfolgende Umsetzung solch großer technologischer Transformationen könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf das Geschäft und die Geschäftsergebnisse der Deutschen Bank haben.

Rechtsstreitigkeiten und steuerliche Untersuchungen

Die Deutsche Bank unterliegt einer Reihe von Verfahren zur Durchsetzung rechtlicher und regulatorischer Vorgaben und steuerlichen Untersuchungen. Der Ausgang dieser Verfahren ist schwer vorherzusagen und kann die geplanten Geschäftsergebnisse, die Finanzlage und den Ruf der Bank erheblich und nachteilig beeinflussen. Wenn diese Angelegenheiten zu Bedingungen beigelegt werden, die für die Bank nachteiliger als erwartet sind, sei es hinsichtlich der Kosten oder weil sie mit Änderungen für die Geschäftsfelder oder für die Tätigkeiten der Deutschen Bank verbunden sind, oder wenn die damit verbundenen negativen Wahrnehmungen bezüglich des Geschäfts und der Aussichten der Bank und der damit verbundenen geschäftlichen Auswirkungen zunehmen, kann die Deutsche Bank ihre strategischen Ziele möglicherweise nicht erreichen oder muss diese Ziele ändern.

Allgemein betrachtet operiert die Bank in einem stark regulierten und prozessfreudigen Umfeld, das die Bank Haftungs- und anderen Kosten aussetzen kann, deren Beträge erheblich sein können und schwer zu schätzen sind, und die mit rechtlichen und regulatorischen Sanktionen sowie mit Reputationsschäden verbunden sein können. Die Bank pflegt weiterhin einen regelmäßigen Dialog mit ihren Aufsichtsbehörden, die von der Bank erwarten, dass sie Kontrollverbesserungen schneller und in besserer Qualität liefert. Die Deutsche Bank versteht diese Kritik und ist entschlossen, diese Erwartungen zu erfüllen.

Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen in den USA und anderswo können (i) die Komplexität und Kosten der Einhaltung sich ändernder Gesetze und Regeln erhöhen, (ii) potenzielle Gesetzeskonflikte verschärfen, da mehrere regulatorische Regime in verschiedenen Jurisdiktionen stärker voneinander abweichen können, und (iii) rechtliche Risiken erhöhen, da bestehende Gesetze neu ausgelegt werden, wie zum Beispiel die neue Auslegung des traditionellen Kartellrechts im Kontext von mehrere Parteien betreffenden ESG-Initiativen. Sollte eines der Gerichtsverfahren zu Ungunsten der Bank entschieden werden oder sollten Untersuchungen ergeben, dass die Bank gegen geltendes Recht verstoßen hat, könnte die Bank erheblichen Schadenersatzforderungen, Geldbußen, Geschäftseinschränkungen, Abhilfemaßnahmen, strafrechtlicher Verfolgung oder anderen wesentlichen nachteiligen Auswirkungen auf ihre Finanzlage, Reputationsrisiken und potenziellem Geschäftsverlusten aufgrund großer Aufmerksamkeit in den Medien ausgesetzt sein. Schuldeingeständnisse oder Verurteilungen der Bank oder ihrer Tochtergesellschaften in Strafverfahren oder regulatorische Anordnungen oder Vollstreckungsbescheide. Vergleiche oder Vereinbarungen, denen die Bank oder ihre Tochtergesellschaften unterliegen, können Konsequenzen haben, die sich nachteilig auf bestimmte ihrer Geschäftsfelder auswirken.

Risikomanagement Richtlinien, Verfahren und Methoden

Die Deutsche Bank hat erhebliche Ressourcen in die Entwicklung ihrer Risikomanagementrichtlinien, -verfahren und -methoden investiert, einschließlich solcher für Markt-, Kredit-, Liquiditäts-, operationelle sowie Reputations- und Modellrisiken. Die Bank ist jedoch möglicherweise nicht in allen wirtschaftlichen oder Marktsituationen oder im Hinblick auf alle Arten von Risiken, einschließlich Risiken, die die Bank nicht identifiziert oder antizipiert, vollständig effektiv bei der Minderung ihrer Risikopositionen. Wenn die Deutsche Bank Modelle zur Berechnung risikogewichteter Aktiva für regulatorische Zwecke verwendet, können potenzielle Mängel auch dazu führen, dass Aufsichtsbehörden eine Neukalibrierung von Inputparametern oder eine vollständige Überprüfung des Modells anordnen.

Einige der quantitativen Instrumente und Metriken der Bank zur Risikosteuerung basieren auf der Verwendung von beobachtetem historischem Marktverhalten. Die Bank wendet statistische und andere Instrumente auf diese Beobachtungen an, um Quantifizierungen ihrer Risikopositionen zu erhalten. In einer Finanzkrise können die Finanzmärkte extreme Volatilitätsniveaus, schnelle Richtungsänderungen der Preise, und den Zusammenbruch historisch beobachteter Korrelationen, das Ausmaß, in dem sich Preise synchron bewegen, über Anlageklassen hinweg, verstärkt durch extrem begrenzte Liquidität, erfahren. In einem so volatilen Marktumfeld können die Risikomanagement-instrumente und -metriken der Bank wichtige Risikopositionen möglicherweise nicht vorhersagen. Darüber hinaus berücksichtigt das quantitative Modell der Deutschen Bank nicht alle Risiken und trifft zahlreiche Annahmen bezüglich des Gesamtumfelds, die sich möglicherweise nicht durch Ereignisse bestätigen. Infolgedessen sind Risikopositionen aus Faktoren entstanden und könnten weiterhin entstehen, welche die Bank in ihren Modellen nicht antizipiert oder korrekt bewertet hat. Dies hat die Fähigkeit der Bank, ihre Risiken zu steuern, insbesondere angesichts geopolitischer Entwicklungen, deren viele Ergebnisse derzeit unvorhersehbar sind, eingeschränkt und könnte sie weiterhin einschränken. Die Verluste der Bank waren daher und könnten in Zukunft erheblich größer sein, als historische Maßnahmen anzeigen, was ihre Betriebsergebnisse, Finanzlage oder Kapitalposition wesentlich und nachteilig beeinflussen könnte.

Darüber hinaus könnte sich der qualitative Ansatz der Bank zur Steuerung jener Risiken, die von den quantitativen Methoden nicht berücksichtigt werden, ebenfalls als unzureichend erweisen und die Bank erheblichen unerwarteten Verlusten aussetzen. Auch wenn bestehende oder potenzielle Kunden oder Gegenparteien der Ansicht sind, dass ihr Risikomanagement unzureichend ist, könnten sie ihre Geschäfte anderswohin verlagern oder versuchen, ihre Transaktionen mit der Deutschen Bank zu begrenzen. Dies könnte dem Ruf der Bank sowie ihren Einnahmen und Gewinnen schaden.

Operationelles Risiko

Die Deutsche Bank ist operationellen Risiken ausgesetzt, die sich aus unbeabsichtigten oder vorsätzlichen Fehlern bei der Ausführung, Bestätigung oder Abwicklung von Transaktionen oder aus Transaktionen ergeben, die nicht ordnungsgemäß erfasst, bewertet oder verbucht werden. Ein Beispiel für dieses Risiko betrifft Derivatekontrakte, die nicht immer rechtzeitig mit den Gegenparteien bestätigt werden. Solange die Transaktion unbestätigt bleibt, ist die Bank einem erhöhten Kredit- und operationellen Risiko ausgesetzt und könnte im Falle eines Ausfalls größere Schwierigkeiten haben, den Vertrag durchzusetzen.

Darüber hinaus sind die Geschäftsbereiche der Deutschen Bank in hohem Maße davon abhängig, täglich eine große Anzahl von Transaktionen manuell oder über ihre Systeme in zahlreichen und vielfältigen Märkten in vielen Währungen zu verarbeiten. Einige der Transaktionen sind zunehmend komplex geworden. Zudem stützt sich das Management stark auf seine Finanz-, Buchhaltungs- und andere Datenverarbeitungssysteme, die manuelle Verarbeitungskomponenten umfassen. Wenn einer dieser Prozesse oder Systeme nicht ordnungsgemäß funktioniert, deaktiviert wird oder vorsätzlichem oder unbeabsichtigtem menschlichem Versagen unterliegt, könnte die Bank finanzielle Verluste, eine Unterbrechung ihrer Geschäfte, Haftung gegenüber Kunden, regulatorische Interventionen oder Reputationsschäden erleiden.

Die Bank ist auch darauf angewiesen, dass ihre Mitarbeiter ihre Geschäfte in Übereinstimmung mit geltenden Gesetzen, Vorschriften und allgemein anerkannten Geschäftsstandards führen. Wenn die Mitarbeiter der Bank ihre Geschäfte nicht auf diese Weise führen, kann die Bank wesentlichen Verlusten ausgesetzt sein. Wenn das Fehlverhalten eines Mitarbeiters zudem betrügerische Absichten widerspiegelt, könnte die Bank auch Reputationsschäden erleiden. Die Bank kategorisiert diese Risiken als Conduct Risk, ein Begriff, der die Risiken beschreibt, die mit dem Verhalten von Mitarbeitern und Vertretern, einschließlich Dritten, verbunden sind und Kunden, Auftraggebern oder die Integrität der Märkte schädigen könnten, wie zum Beispiel der Verkauf von Produkten, die für einen bestimmten Kunden nicht geeignet sind, Betrug, unerlaubter Handel und die Nichteinhaltung geltender Vorschriften, Gesetze und interner Richtlinien. Insbesondere U.S.-Regulierungsbehörden konzentrieren sich zunehmend auf Conduct Risk, und eine solche erhöhte regulatorische Prüfung und Erwartungen könnten zu Untersuchungen und anderen Anfragen sowie zu Sanierungsanforderungen, weiteren regulatorischen oder anderen Durchsetzungsverfahren, Zivilprozessen und höheren Compliance- und anderen Risiken und Kosten führen.

Die Bank ist verpflichtet, Gesetze und andere Vorschriften in Bezug auf Finanz- und Handelssanktionen und Embargos der EU, der Deutschen Bundesbank, des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und anderer Behörden, wie des Office of Foreign Assets Control (OFAC) des U.S. Treasury Department und des Office of Financial Sanctions Implementation (OFSI) des UK Treasury Department, zu überwachen, zu bewerten und einzuhalten. Sanktionen unterliegen schnellen Änderungen, und es ist auch möglich, dass neue direkte oder indirekte Sekundärsanktionen oder ähnliche restriktive Maßnahmen von den Vereinigten Staaten oder anderen Jurisdiktionen ohne Vorwarnung infolge geopolitischer Entwicklungen verhängt werden könnten. Sollte die Bank diese Sanktionen nicht zeitnah und in jeder Hinsicht einhalten, könnte die Bank rechtlichen Sanktionen oder anderen nachteiligen Maßnahmen ausgesetzt sein und ihr Ruf könnte leiden.

Die Bank ist insbesondere dem Risiko von Verlustereignissen ausgesetzt, die aus der Instabilität, Fehlfunktion oder dem Ausfall ihres IT-Systems und ihrer IT-Infrastruktur sowie aus Brüchen in IT-Systemen und der Infrastruktur (einschließlich Cyberangriffen) resultieren. Solche Verluste könnten die Fähigkeit der Bank, Geschäftsprozesse durchzuführen, wesentlich beeinträchtigen und beispielsweise aus der fehlerhaften oder verzögerten Ausführung von Prozessen infolge von Systemausfällen, beeinträchtigten Diensten in Systemen und IT-Anwendungen oder der Nichtzugänglichkeit ihrer IT-Systeme entstehen. Eine Verzögerung bei der Abwicklung einer Transaktion könnte beispielsweise zu einem operationellen Verlust führen, wenn sich die Marktbedingungen während des Zeitraums nach dem Fehler verschlechtern. IT-bedingte Fehler können auch zur missbräuchlichen Handhabung vertraulicher Informationen, Schäden an den Computersystemen der Bank, finanziellen Verlusten, zusätzlichen Kosten für die Reparatur von Systemen, Reputationsschäden, Kundenunzufriedenheit oder potenziellen regulatorischen oder rechtlichen Risiken (einschließlich gemäß Datenschutzgesetzen wie der DSGVO) führen. Darüber hinaus liegt ein erhöhter Fokus und wachsende Erwartungen an das Datenmanagement und die Risiken, die durch schlechte Datenmanagementstandards und Datenqualität sowie die potenziellen Auswirkungen auf Schlüsselkontroll-, Entscheidungsfindungs- und Berichtsprozesse entstehen.

Globale Industrien wickeln ihre Geschäfte weiterhin in Heimbüroarbeit und abseits der primären Bürostandorte ab, was die Geschäftspraktiken im Vergleich zu historischen Trends verändert hat. Die Belastung der Technologieinfrastruktur der Bank und das Risiko von Cyberangriffen könnten zu Technologieausfällen, Sicherheitsverletzungen, unbefugtem Zugriff, Verlust oder Zerstörung von Daten oder der Nichtverfügbarkeit von Diensten sowie zu einer erhöhten Wahrscheinlichkeit von Verhaltensverstößen führen.

Das Betriebsunterbrechungsrisiko ist das Risiko, Verluste aufgrund der Unterbrechung normaler Geschäftsaktivitäten zu erleiden. Die Bank ist an vielen geografischen Standorten tätig und häufig dem Eintritt von Ereignissen ausgesetzt, die außerhalb ihrer Kontrolle liegen. Trotz der von der Bank getroffenen Notfallpläne kann ihre Fähigkeit, Geschäfte an diesen Standorten zu tätigen, durch eine Störung der Infrastruktur, die das Geschäft der Bank unterstützt, nachteilig beeinflusst werden, sei es beispielsweise infolge von Ereignissen, die Drittanbieter der Bank oder die Gemeinschaft oder öffentliche Infrastruktur, in der die Bank tätig ist, betreffen. Eine beliebige Anzahl von Ereignissen könnte eine solche Störung verursachen, einschließlich vorsätzlicher Handlungen wie Kriegsakte oder andere militärische Aktionen, Sabotage, terroristische Aktivitäten, Bombendrohungen, Streiks, Unruhen und Angriffe auf das Personal der Bank; Naturkatastrophen wie Wirbelstürme, Schneestürme, Überschwemmungen, Seuchenpandemien (wie die COVID-19-Pandemie) und Erdbeben; oder andere unvorhergesehene Zwischenfälle wie Unfälle, Brände, Explosionen, Versorgungsunterbrechungen und politische Unruhen. Jede solche Störung könnte eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf das Geschäft und die Finanzlage der Bank haben.

Als globale Bank ist die Deutsche Bank häufig Gegenstand von Nachrichtenmeldungen. Die Deutsche Bank führt ihren Mediendialog über offizielle Teams. Mitglieder der Medien treten jedoch manchmal außerhalb dieser Kanäle an Mitarbeiter der Deutschen Bank heran, und interne Informationen der Deutschen Bank, einschließlich vertraulicher Angelegenheiten, wurden externen Nachrichtenmedien zugänglich gemacht, was zur Veröffentlichung vertraulicher Informationen führen kann. Leaks an die Medien können schwerwiegende Folgen für die Deutsche Bank haben, insbesondere wenn sie ungenaue Aussagen, Gerüchte, Spekulationen oder unautorisierte Meinungen beinhalten. Dies kann zu finanziellen Konsequenzen wie dem Verlust von Vertrauen oder Geschäften mit Kunden führen und den Kurs der Aktien oder anderer Kapitalinstrumente der Bank durch Untergrabung des Anlegervertrauens beeinflussen. Die Fähigkeit der Bank, sich gegen diese Risiken zu schützen, ist begrenzt.

Compliance und Bekämpfung von Finanzkriminalität

Im September 2018 forderte die BaFin die Deutsche Bank auf, interne Sicherungsmaßnahmen zu implementieren und allgemeine Sorgfaltspflichten zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung einzuhalten. Im Februar 2019 erweiterte die BaFin die Anordnung in Bezug auf die Überprüfung der konzernweiten Risikomanagementprozesse im Korrespondenzbankgeschäft und deren erforderliche Anpassung. Im April 2021 erweiterte die BaFin ihre Anordnung weiter und forderte zusätzliche interne Sicherungsmaßnahmen und die nachhaltige Einhaltung von Sorgfaltspflichten, einschließlich derer für Korrespondenzbeziehungen. Die Anordnung vom April 2021 wurde nachträglich erweitert, um Verbesserungen der Transaktionsüberwachungssysteme der Bank einzuschließen. Im Jahr 2023 erließ die BaFin eine zusätzliche Anordnung, in der sie die Deutsche Bank anwies, spezifische Verbesserungen an Datenverarbeitungssystemen für die Transaktionsüberwachung umzusetzen, und warnte vor möglichen finanziellen Strafen im Falle der Nichterfüllung. Zur Überwachung der Umsetzung der angeordneten Maßnahmen bestellte die BaFin 2018 einen Sonderbeauftragten, dessen Mandat nach jeder Anordnungserweiterung verlängert wurde, um die kontinuierliche Überwachung und Fortschrittsbewertung sicherzustellen. Dieses Mandat endete am 30. Oktober 2024. Die Bank kooperiert weiterhin uneingeschränkt mit der BaFin und bleibt bestrebt, die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung der verbleibenden Maßnahmen innerhalb der Fristen bereitzustellen.

Im Juli 2023 schlossen die Deutsche Bank, die Deutsche Bank AG New York Branch, die DB USA Corporation, die Deutsche Bank Trust Company Americas und die DWS USA Corporation eine förmliche Anordnung und eine schriftliche Vereinbarung mit dem Federal Reserve Board ab, betreffend die Einhaltung früherer Anordnungen und Vereinbarungen bezüglich Sanktionen und Embargos sowie der Geldwäsche-Compliance, und Korrekturvereinbarungen und -pflichten im Zusammenhang mit Risikomanagementthemen. Die förmliche Anordnung von 2023 behauptet eine unzureichende und verzögerte Umsetzung der nach den früheren förmlichen Anordnungen, die die Bank 2015 und 2017 mit dem Federal Reserve Board getroffen hatte, erforderlichen Verpflichtungen zur Verbesserung der Sanktions- und Embargo- sowie AML-Kontrollen. Die förmliche Anordnung von 2023 sieht ferner vor, dass die wesentliche Nichtbehebung der darin beschriebenen unsicheren und ungesunden Praktiken oder Verstöße zusätzliche und eskalierte formelle Maßnahmen durch das Federal Reserve Board gegen die Deutsche Bank erfordern kann, einschließlich zusätzlicher Strafen oder zusätzlicher bestätigter Korrekturmaßnahmen. Sollte die Bank die von dem Federal Reserve Board geforderten Verpflichtungen zur Verbesserung der Sanktions- und Embargo- sowie AML-Kontrollen nicht fristgerecht erfüllen können, könnten die Schäden erheblich sein und die Auswirkungen auf die Ertragslage, die Finanzlage und die Reputation der Bank wären wesentlich.

Sollte die Deutsche Bank ihre Infrastruktur und ihr Kontrollumfeld nicht zur Zufriedenheit des Federal Reserve Board verbessern können, könnten die Ertragslage, die Finanzlage und die Reputation der Bank wesentlich und nachteilig beeinträchtigt werden. Regulatoren können Geldbußen verhängen oder von der Bank verlangen, ihr Engagement in bestimmten Arten von Produkten oder Geschäften oder Beziehungen zu Gegenparteien oder Regionen zu reduzieren oder diese einzustellen. Die Bank kann in Zukunft auch zusätzlichen Gerichtsverfahren, Untersuchungen oder regulatorischen Maßnahmen ausgesetzt sein, einschließlich in anderen Gerichtsbarkeiten mit wesentlichen Auswirkungen auf das Geschäft und die Profitabilität der Bank. Dies könnte, abhängig vom Umfang der daraus resultierenden Anforderungen, die Reputation der Bank und ihre Fähigkeit, unter ihrem derzeitigen Geschäftsmodell profitabel zu wirtschaften, erheblich beeinträchtigen.

Die Deutsche Bank ist in Verfahren mit Regulierungs- und Strafverfolgungsbehörden bezüglich ihrer Anti-Finanzkriminalität-Kontrollen in den letzten Jahren involviert, sowohl generell als auch in Verbindung mit spezifischen Kunden, Gegenparteien oder Vorfällen, einschließlich in den Vereinigten Staaten und Deutschland. Zu den Bereichen, die Gegenstand dieser Untersuchungen sind, gehören die Prozesse zur Kundenaufnahme und Know-Your-Client, die Transaktionsüberwachungssysteme und -verfahren, die Prozesse bezüglich der Entscheidung, eine Verdachtsmeldung einzureichen oder nicht einzureichen, Eskalationsverfahren und andere damit zusammenhängende Prozesse und Verfahren. Sollten Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften festgestellt werden, können daraus resultierende rechtliche und regulatorische Sanktionen die Ertragslage, die Finanzlage und die Reputation der Bank wesentlich und nachteilig beeinflussen.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft führt derzeit Ermittlungen im Zusammenhang mit Vorwürfen im Bereich der Bekämpfung von Finanzkriminalität durch, insbesondere hinsichtlich der verspäteten Einreichung von Verdachtsmeldungen. Im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen wurden die Büros der Deutschen Bank von der Frankfurter Staatsanwaltschaft durchsucht.

Operationelle Resilienz

Da die Bank ihre Technologielandschaft weiter modernisiert und die Abhängigkeit von cloudbasierten und datenintensiven Plattformen zunimmt, bleibt die operationelle Resilienz eine Priorität für das obere Management. Die wachsende Abhängigkeit von einer kleinen Anzahl globaler Cloud- und Rechenzentrumsanbieter, von denen viele in den Vereinigten Staaten konzentriert sind, erhöht das Konzentrations- und Systemrisiko, wie bei jüngsten marktweiten Ausfällen zu beobachten war. Angesichts des Umfangs, der Spezialisierung und der Integration solcher Anbieter ist die Bank möglicherweise nicht in der Lage ohne erhebliche Kosten alternative Anbieter ohne Weiteres einzusetzen, die Sanierungsrechte der Bank geltend zu machen oder kritische Dienste zu migrieren. Geopolitische, regulatorische oder politische Entwicklungen könnten die Servicekontinuität oder den Datenzugriff zusätzlich beeinträchtigen.

Obwohl diese Plattformen erhebliche Skalierbarkeits- und Effizienzvorteile bieten, könnten Störungen durch Anbieter-Ausfälle, Rechenzentrums-Vorfälle, Infrastrukturbeschränkungen oder geopolitische Ereignisse die Fähigkeit der Bank zur Bereitstellung kritischer Dienste beeinträchtigen. Die steigende Nachfrage nach Rechenleistung, einschließlich Analyse- und KI-Diensten, erhöht auch den Druck auf die zugrundeliegende Strom- und Netzwerkinfrastruktur.

Das beschleunigte Tempo des technologischen Fortschritts erhöht das Cyberrisiko, da Bedrohungsakteure zunehmend raffinierte und häufigere Angriffe nutzen. Geopolitische Spannungen befeuern weiterhin hartnäckige Cyberaktivitäten, ein Trend, der sich voraussichtlich verstärken wird, da KI sowohl die Fähigkeiten als auch den Umfang erweitert. Die hybride Kriegsführung welche Cyberoperationen, Desinformation und gezielte Störungen kritischer digitaler Infrastrukturen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure kombiniert, erhöht das operationelle und systemische Risiko weiter. Diese konvergierenden Taktiken verwischen die Grenzen zwischen physischem und digitalem Konflikt und erhöhen die Wahrscheinlichkeit von Multi-Vektor-Störungen, die die Technologieumgebung der Bank beeinträchtigen und die Servicekontinuität gefährden könnten.

Risiko durch Drittparteien

Finanzinstitute verlassen sich bei einer Reihe von Dienstleistungen auf Dritt- und Dienstleister innerhalb des Konzerns, von denen einige ihre kritischen Operationen unterstützen. Diese Abhängigkeiten sind in den letzten Jahren im Rahmen des zunehmenden Trends zur Digitalisierung des Finanzdienstleistungssektors gewachsen, was mehrere Vorteile mit sich bringen kann, einschließlich Flexibilität, Innovation und verbesserter operativer Widerstandsfähigkeit. Wenn jedoch nicht ordnungsgemäß gesteuert, können Störungen bei Dienstleistern Risiken für kritische Dienstleistungen, die von Finanzinstituten erbracht werden, und in einigen Fällen die Finanzstabilität darstellen.

Der regulatorische Rahmen für das Management von Drittparteienrisiken entwickelt sich ständig weiter und wird zunehmend komplex, da die Aufsichtsbehörden verschiedene Ziele verfolgen. Es gibt zwei Hauptbereiche, auf die man sich konzentriert: (i) wie Finanzinstitute ihre Drittparteienrisiken identifizieren und verwalten und (ii) wie systemische Risiken angegangen werden, die durch die Konzentration von Dienstleistungen kritischer Drittparteien und Subunternehmer entstehen.

Die Deutsche Bank verfügt über einen etablierten Ansatz für das Drittparteienrisikomanagement, von einer klaren Richtlinie und einem Verfahren bis hin zu einem zentralisierten Risikoprozess, den Geschäftsfelder bei der Zusammenarbeit mit Drittparteien anwenden. Um der zunehmenden regulatorischen Nachfrage gerecht zu werden, verbessert die Deutsche Bank kontinuierlich ihr Kontrollumfeld. Im Jahr 2025 führte die Bank einen Sicherungsrahmen ein, um zusätzliche Transparenz über die Kontrollumfelder von Drittparteien zu gewinnen, und passte sich weiterhin an, um Vorschriften wie den Digital Operational Resilience Act, DORA, einzuhalten, und integriert den Einsatz von KI in den Risikobewertungsprozess, um sowohl die Effizienz als auch die Risikoeinblicke zu verbessern.

Bei der Nutzung von Drittdienstleistern bleibt die Bank vollumfänglich verantwortlich und für die Einhaltung aller regulatorischen Verpflichtungen rechenschaftspflichtig Dies umfasst auch die Fähigkeit, die Auslagerung kritischer oder wichtiger Funktionen zu überwachen. Die Bank kann dem Risiko erheblicher Verluste oder Reputationsschäden ausgesetzt sein, wenn Drittparteien die vereinbarten Dienstleistungen nicht mit der Bank und/oder in Übereinstimmung mit regulatorischen Anforderungen erbringen.

Ähnlich wie Cyberbedrohungen für die Deutsche Bank könnte ein erfolgreicher Cyberangriff auf einen Drittanbieter erhebliche negative Auswirkungen auf die Bank haben, die zur Offenlegung oder zum Missbrauch von Kunden- sowie geschäftsinternen Informationen, zur Beschädigung oder zum Verlust des Zugangs zu Informationstechnologiesystemen, zu finanziellen Verlusten, zusätzlichen Kosten, Meldepflichten bei Datenschutzverletzungen, Reputationsschäden, Kundenunzufriedenheit und potenziellen regulatorischen Strafen oder Rechtsstreitigkeiten führen könnten.

Digitale Vermögenswerte

Die kontinuierliche Weiterentwicklung digitaler Vermögenswerte und ihre potenzielle Anwendbarkeit in Zahlungs- und Treasury-Prozessen sowie für andere Arten von Finanzdienstleistungen bergen operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken und Finanzrisiken. Zum Beispiel ist die Bank Risiken ausgesetzt, die sich aus Verschiebungen in der globalen Zahlungslandschaft ergeben, einschließlich der zunehmenden Nutzung regulierter Formen von tokenisiertem Geld wie Stablecoins, die sowohl von Banken als auch von Nichtbanken ausgegeben werden, sowie der Einführung von digitalen Zentralbankwährungen (Central Bank Digital Currencies, CBDCs) für private und institutionelle Anwendungsfälle. Das Wachstum und die Akzeptanz dieser Instrumente könnten ferner Elemente des traditionellen Produktangebots der Bank, wie Handel, Zahlungsverkehr, Verwahrung und Clearing, verdrängen, mit entsprechenden Auswirkungen auf das Geschäftsmodell und die Einlagenbasis der Deutschen Bank und einer potenziellen Erhöhung der operationellen und Liquiditätsrisikolandschaft der Deutschen Bank. Darüber hinaus könnten neue Wettbewerber tokenisierte Anlageprodukte und -Dienstleistungen einführen, die die Bank nicht anbietet, was zu Einnahmen- oder Kundenverlusten führen kann.

Pensionsverpflichtungen

Die Deutsche Bank übernimmt eine Reihe von Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses für ihre Mitarbeiter, einschließlich von Leistungszusagen. Weitere Einzelheiten zu den Mitarbeiterversorgungsplänen der Deutschen Bank finden Sie in Note 33 – „Leistungen an Arbeitnehmer" im Konzernabschluss.

Die Bank entwickelt und pflegt Leitlinien für das Rahmenwerk und Risikomanagement, einschließlich Finanzierung, Vermögensallokation und Festlegung versicherungsmathematischer Annahmen. In diesem Zusammenhang bedeutet Risikomanagement die Steuerung und Kontrolle von Risiken für die Bank im Zusammenhang mit Marktentwicklungen, zum Beispiel Zinsen, Kreditspreads, Preisinflation, Vermögensinvestitionen, regulatorischen oder gesetzlichen Anforderungen sowie die Überwachung demografischer Veränderungen, zum Beispiel Langlebigkeit. Soweit Pensionspläne gegenfinanziert sind, mindern die gehaltenen Vermögenswerte einige der Haftungsrisiken, bedingen aber Anlagerisiken. In den wichtigsten Ländern mit Pensionsverpflichtungen beziehen sich die größten Risikopositionen der Bank aus Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf potenzielle Änderungen von Kreditspreads, Zinsen, Preisinflation, Langlebigkeitsrisiken und Liquiditätsrisiken, obwohl diese durch die gewählte Anlagestrategie teilweise gemindert wurden. Insgesamt versucht die Bank, die Auswirkungen von Pensionen auf ihre Finanzlage durch Marktbewegungen zu minimieren, wobei ein Ausgleich zwischen den Kompromissen bei der Finanzierung von Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses, dem regulatorischen Kapital und den Beschränkungen aus lokalen Finanzierungs- oder Rechnungslegungsanforderungen angestrebt wird.

Das Anlageziel der Bank bei der Finanzierung der Pläne und ihrer Verpflichtungen in Bezug darauf besteht darin, die Bank vor nachteiligen Auswirkungen ihrer Leistungszusagen auf wichtige Finanzkennzahlen zu schützen. Die Bank versucht, die Planvermögen eng an die Marktrisikofaktoren der Pensionsverpflichtungen in Bezug auf Zinsen, Kreditspreads und Inflation zu allozieren, und somit spiegeln die Planvermögen im Wesentlichen das zugrunde liegende Risikoprofil und die Währung der Pensionsverpflichtungen wider.

Sollten sich die Faktoren, die die Pensionsverpflichtungen der Bank beeinflussen, in einer für die Bank nachteiligen Weise entwickeln, oder sollten sich ihre Annahmen bezüglich wichtiger Variablen als falsch erweisen, oder sollte die Finanzierung der Pensionsverpflichtungen diese Verpflichtungen nicht ausreichend absichern, könnte die Bank verpflichtet sein, zusätzliche Beiträge zu leisten oder versicherungsmathematischen oder buchhalterischen Verlusten in Bezug auf ihre Pensionspläne ausgesetzt sein.

In Deutschland ist der Konzern Mitglied des BVV Versicherungsvereins des Bankgewerbes a.G. (BVV) einem leistungsorientierten Mehrfacharbeitgeberplan, zusammen mit anderen Finanzinstituten. In Übereinstimmung mit der Branchenpraxis bilanziert der Konzern ihn als beitragsorientierten Plan, da unzureichende Informationen verfügbar sind, um Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den derzeitigen und ehemaligen Mitarbeitern des Konzerns zu identifizieren, hauptsächlich weil der BVV Planvermögen weder vollständig den Begünstigten noch den Mitgliedsunternehmen zuordnet. Der Konzern könnte einem erheblichen finanziellen Risiko ausgesetzt sein, sollten Restrisiken im Zusammenhang mit diesem leistungsorientierten Mehrfacharbeitgeberplan eintreten oder sich Annahmen, welche der Leistungsverpflichtung zugrunde liegen, als unrealistisch erweisen.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Der Geschäfts- oder Firmenwert entsteht beim Erwerb von Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen und stellt den Überschuss des Gesamtbetrags der Anschaffungskosten und etwaiger nicht beherrschender Anteile am erworbenen Unternehmen über den beizulegenden Zeitwert der identifizierbaren Nettovermögenswerte dar, die zum Zeitpunkt des Erwerbs erworben wurden. Der Geschäfts- oder Firmenwert aus dem Erwerb von Tochterunternehmen wird aktiviert und jährlich oder häufiger auf Wertminderung überprüft, wenn Anzeichen dafür vorliegen, dass eine Wertminderung eingetreten sein könnte. Immaterielle Vermögenswerte werden separat vom Geschäfts- oder Firmenwert angesetzt, wenn sie trennbar sind oder aus vertraglichen oder anderen rechtlichen Ansprüchen entstehen und ihr beizulegender Zeitwert verlässlich bestimmt werden kann. Diese Vermögenswerte werden auf Wertminderung getestet und ihre Nutzungsdauer wird mindestens jährlich bestätigt. Die Bestimmung des erzielbaren Betrags bei der Wertminderungsprüfung von nichtfinanziellen Vermögenswerten erfordert Schätzungen, die auf notierten Marktpreisen, Preisen vergleichbarer Unternehmen, Barwerten oder anderen Bewertungstechniken oder einer Kombination davon basieren, was das Management dazu zwingt, subjektive Einschätzungen und Annahmen zu treffen. Diese Schätzungen und Annahmen könnten zu signifikanten Unterschieden zu den ausgewiesenen Beträgen führen, wenn sich die zugrunde liegenden Umstände ändern würden. Wertminderungen von Goodwill und anderen immateriellen Vermögenswerten hatten und können in Zukunft wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Profitabilität und die Betriebsergebnisse der Bank haben.

Latente Steueransprüche

Die Bank erfasst latente Steueransprüche für zukünftige Steuerfolgen, die auf temporäre Differenzen zwischen den bilanziellen Buchwerten bestehender Vermögenswerte und Schulden und ihren jeweiligen Steuerbemessungsgrundlagen, ungenutzten steuerlichen Verlustvorträgen und ungenutzten Steuergutschriften zurückzuführen sind. Soweit es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ausreichend steuerpflichtige Gewinne zur Verfügung stehen werden, um die Nutzung aller oder eines Teils der latenten Steueransprüche zu ermöglichen, muss die Bank die Buchwerte reduzieren. Jedes Quartal bewertet die Bank ihre Schätzung in Bezug auf latente Steueransprüche neu, die sich von Periode zu Periode ändern kann und eine erhebliche Einschätzung des Managements erfordert. Darüber hinaus werden latente Steueransprüche auf der Grundlage von Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Periode gelten werden, in welcher der Vermögenswert realisiert wird, basierend auf den Steuersätzen und Steuergesetzen, die am Bilanzstichtag erlassen oder im Wesentlichen erlassen wurden. Reduzierungen des Betrags latenter Steueransprüche aus einer Schätzungsänderung oder einer Änderung des Steuersatzes hatten und können in Zukunft wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Rentabilität, das Eigenkapital und die Finanzlage der Bank haben.

Umwelt, Soziales und Governance

Die Auswirkungen steigender globaler Temperaturen, der Naturzerstörung und der damit verbundenen politischen, technologischen und verhaltensbezogenen Veränderungen, die erforderlich sind, um die globale Erwärmung auf nicht mehr als 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, haben zu neuen Quellen finanzieller und nichtfinanzieller Risiken geführt. Dazu gehören die Auswirkungen von extremen Wetterereignissen, physische Risiken und Transitionsrisiken, da kohlenstoffintensive Sektoren mit höheren Kosten, potenziell reduzierter Nachfrage und eingeschränktem Zugang zu Finanzierungen konfrontiert sind. Ein schnelleres als derzeit erwartetes Auftreten von Transitions- und/oder physischen Klima- und Naturrisiken kann zu erhöhten Kredit- und Marktverlusten sowie operativen Störungen aufgrund von Auswirkungen auf Lieferanten und die eigenen Tätigkeiten der Bank führen.

Die Häufigkeit und Schwere von extremen Wetterereignissen hat zugenommen. Zukünftige extreme Wetterereignisse könnten zu höheren Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Sachschäden, steigenden Versicherungskosten und operationellen Resilienzrisiken führen. Extreme Wetterereignisse können auch Erträge generierende Fähigkeiten und Kosten der Deutschen Bank beeinflussen und zu Wertminderungen nichtfinanzieller Vermögenswerte führen.

Finanzinstitute sehen sich mit einer verstärkten Prüfung in Klima- und ESG-bezogenen Fragen durch Regierungen, Regulierungsbehörden, Aktionäre und andere Gremien (einschließlich Nichtregierungsorganisationen) konfrontiert. Banken müssen ein zunehmend komplexes und heterogenes politisches Umfeld navigieren, wobei U.S.-geführte Herausforderungen bei ihren kollaborativen Bemühungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu Anschuldigungen rechtswidriger Praktiken und Kartellrechtsverstößen führen, mit dem Potenzial für Beschränkungen des Zugangs zu bestimmten Kunden und potenziellen Rechtsstreitigkeiten. Die Net-Zero-Banking Alliance hat als Reaktion auf diese Bedenken den Austritt von U.S.-amerikanischen und kanadischen sowie anschließend von europäischen Wettbewerbern erlebt. Im Gegensatz dazu erwarten viele Organisationen und Einzelpersonen von Banken, dass sie den Übergang zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft unterstützen, naturbezogene Risiken wie Biodiversitäts- und Lebensraumverlust begrenzen und Menschenrechte schützen. Das Aufkommen erheblich divergierender (und manchmal widersprüchlicher) ESG-Regulierungs- und/oder Offenlegungsstandards über Jurisdiktionen hinweg könnte zu höheren Compliance-Kosten und dem Risiko führen, Anforderungen nicht zu erfüllen. Bemerkenswert ist die Vernetzung zwischen Transition, anderen Umwelt- und sozialen Risiken, wobei die Unterstützung der Transition zu einer erhöhten Nachfrage nach Transitionsmineralien führen könnte, die durch Bergbau gewonnen werden.

Der "IEA World Energy Outlook (WEO) 2025" zeigt, dass der NZE2050-Pfad nun ein längeres Überschreiten des 1,5-°C-Ziels beinhaltet, wobei die Erwärmung um 2050 bei etwa 1,65°C ihren Höhepunkt erreicht und erst 2100 durch Kohlenstoffentfernung auf 1,5°C zurückkehrt. Dies spiegelt eine globale Wirtschaft wider, die sich langsamer umstellt, was das Transitionsrisiko kurzfristig reduziert, aber das Risiko eines ungeordneten Übergangs langfristig erhöht. Darüber hinaus schafft dies eine Spannung zwischen den aktualisierten, weniger ehrgeizigen IEA NZE-Dekarbonisierungspfaden und den bestehenden freiwilligen Dekarbonisierungsverpflichtungen, die auf frühere WEO-Berichte kalibriert wurden. Die Deutsche Bank betrachtet ihre Netto-Null-Ziele als eines der wichtigsten Klimarisikomanagement-Tools, und die Bank beabsichtigt die Ziele regelmäßig im Einklang mit den neuesten wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritten zu überprüfen und gegebenenfalls ihre Ziele angesichts rechtlicher oder regulatorischer Änderungen anzupassen. Sollten die überarbeiteten Zwischenziele weniger ambitioniert sein, erhöht sich das Risiko, dass Dritte Greenwashing-Vorwürfe erheben, unter anderem durch Zivilklagen, behördliche Untersuchungen oder Vollstreckungsmaßnahmen.

In den Vereinigten Staaten erlassen Gesetzgeber und staatliche Regulierungsbehörden potenziell widersprüchliche Gesetze und Zertifizierungsanforderungen bezüglich ESG-Angelegenheiten, was ein polarisiertes politisches Klima innerhalb der USA widerspiegelt. Dies kann zu dem Risiko eines Geschäftsverlusts oder Lizenzentzugs führen, wenn die Bank die Zertifizierung nicht vornehmen kann, während es von der Bank erfordert, Positionen zu analysieren und auszugleichen.

Bestimmte Gerichtsbarkeiten haben begonnen, Anti-ESG-Maßnahmen zu entwickeln, einschließlich der Anforderung an Finanzinstitute, die mit ihnen Geschäfte tätigen möchten, die Nichteinhaltung von Aspekten der Transitionsagenda zu zertifizieren. Die Nichteinhaltung dieser Anforderungen kann zur Beendigung bestehender Geschäftsbeziehungen und zur Unfähigkeit führen, neue Geschäfte mit diesen Gerichtsbarkeiten zu tätigen, während die Einhaltung zu Reputationsrisiken und potenziellen Klagen führen kann. Der Umfang und die Durchsetzbarkeit solcher Anforderungen sowie ihre Anwendung auf die Bank bleiben ungewiss.

Die Deutsche Bank wird von einer Reihe von ESG-Ratinganbietern bewertet, wobei die Ratings zunehmend als Kriterien zur Bestimmung der Eignung für nachhaltige Investitionen und zur Bewertung des Managements von ESG-Risiken und -Chancen herangezogen werden. Sollten sich die Ratings der Bank erheblich verschlechtern, könnte dies negative Reputationsauswirkungen haben.

Daten, Methodologien und Industriestandards zur Messung und Bewertung von Klima- und anderen Umweltrisiken entwickeln sich noch oder sind in bestimmten Fällen noch nicht verfügbar. Dies, kombiniert mit einem Mangel an umfassenden und konsistenten Klima- und anderen Umweltrisikoveröffentlichungen ihrer Kunden, bedeutet, dass die Bank, im Einklang mit der breiteren Industrie, stark auf Proxy-Schätzungen und/oder proprietäre Ansätze zur Risikobewertung und -modellierung sowie für die Klima- und Umweltrisikomanagement-Offenlegungen der Bank angewiesen ist. Der hohe Grad an Unsicherheit, den dies schafft, erhöht das Risiko, dass Dritte behaupten könnten, die nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegungen der Bank stellen Greenwashing dar. Zusätzlich zu den Reputationsrisiken, die mit solchen Anschuldigungen verbunden sind, können zuständige Aufsichtsbehörden und Strafverfolgungsbehörden Ermittlungen aufgrund solcher Anschuldigungen einleiten.

Die Deutsche Bank ist bestrebt, ihre Geschäftsaktivitäten und Tätigkeiten nachhaltig zu führen, einschließlich der Ausrichtung der Portfolios auf Netto-Null-Emissionen bis 2050. Die Bank entwickelt und implementiert weiterhin ihren Ansatz zur Bewertung und Steuerung von Umweltrisiken, um die Integration umweltbezogener Faktoren in alle Geschäftsaktivitäten zu fördern. Dies umfasst die Fähigkeit, Risiken zu identifizieren, zu überwachen und zu steuern sowie regelmäßige Szenarioanalysen und Stresstests durchzuführen. Sich schnell ändernden regulatorischen sowie Anforderungen von Interessengruppen, kombiniert mit einem erheblichen Fokus der Interessengruppen, können die Geschäftsfelder der Deutschen Bank nachteilig beeinflussen, wenn sie solche Anforderungen nicht annimmt oder ihre Pläne nicht angemessen umsetzt.

Die Deutsche Bank hat kürzlich ihr Ziel für nachhaltige Finanzierungs- und Investitionsvolumen auf 900 Mrd. € an nachhaltigen und Transformationsfinanzierungen für den Zeitraum von 2020 bis Ende 2030 aktualisiert, nachdem sie 2025 ihr Ziel von 500 Mrd. € fast erreicht hatte. Die Deutsche Bank könnte erheblichem Gegenwind bei der Erreichung dieses Zieles ausgesetzt sein, einschließlich Marktwettbewerb, sich entwickelnder regulatorischer Anforderungen und der Knappheit "grüner" und "sozialer" Vermögenswerte für eine konforme Finanzierung. Wenn Ambitionen oder Ziele nicht erreicht werden, könnte dies unter anderem die Erträge und den Ruf der Bank beeinträchtigen, während die Knappheit "grüner" und "sozialer" Vermögenswerte die Fähigkeit der Deutschen Bank, konforme Finanzierungen zu emittieren, die qualifiziert sind, reduzieren könnte. Eine sich langsamer entwickelnde Wirtschaft kann zu erheblichen Abweichungen von den auf Netto-Null ausgerichteten Emissionspfaden der Bank in Richtung ihrer Ziele führen. Dies würde das Transitionsrisiko kurz- bis mittelfristig reduzieren, es jedoch langfristig erheblich erhöhen. Die Bank betrachtet ihre Netto-Null-Ziele weiterhin als eines der wichtigsten Klimarisikomanagement-Tools.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Chancen

Makroökonomische und Marktbedingungen

Sollten sich die Wirtschaftsbedingungen, wie zum Beispiel das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, die Arbeitslosenquote, das Zinsumfeld und die Wettbewerbsbedingungen in der Finanzdienstleistungsbranche über die derzeit prognostizierten Niveaus hinaus verbessern, könnte dies zu höheren Einnahmen führen. Diese Auswirkungen können nur teilweise zusätzliche Kosten gegenüberstehen, wodurch die Fähigkeit des Konzerns, seine finanziellen Ziele zu erreichen, verbessert wird. Gleichzeitig könnten mögliche höhere Inflation, Zinsen und Marktvolatilität eine Reihe von Chancen bieten, wie zum Beispiel höhere Erträge im Handelsgeschäft, da Privat-, Firmen- und institutionelle Kunden ihre Portfolios neu positionieren, höhere Nettozinserträge sowie höhere Margen bei der Kreditvergabe über die Bilanz des Konzerns.

Insbesondere könnten sich Chancen ergeben, Kunden zu unterstützen, wenn sich das makroökonomische Umfeld im Heimatmarkt Deutschland der Deutschen Bank infolge der erfolgreichen Umsetzung finanzpolitischer Impulse und der Reform der Schuldenbremse durch die Bundesregierung, die voraussichtlich nach 2026 eintreten, verbessert.

Ein erheblicher Teil der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz des Konzerns besteht aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, wobei Änderungen des beizulegenden Zeitwerts in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden. Wenn sich die Marktbedingungen verbessern oder die Zinsen sinken, könnte dies zu einer Erhöhung des beizulegenden Zeitwerts bestimmter Finanzinstrumente führen. Infolge solcher Änderungen kann der Konzern zusätzliche Gewinne erzielen.

Geopolitik

Während das steigende geopolitische Risiko Unsicherheit schafft, welche die globalen Wachstumsaussichten untergräbt und zu einer erhöhten Fragmentierung des Geschäftsumfelds führt, könnte die Deutsche Bank davon profitieren, Kunden bei der Risikominderung ihrer Lieferketten und der Neuausrichtung ihrer globalen Präsenz zu unterstützen, sollte sich die Fragmentierung der internationalen Handelsordnung beschleunigen. Sollte das geopolitische Risiko unerwartet nachlassen, könnten sich die Aussichten für das globale Wachstum über die Annahmen der Bank hinaus verbessern, mit positiven Auswirkungen auf die Erträge und Risikokennzahlen.

Strategie

Die Strategie der Deutschen Bank, „Ausbau der Globalen Hausbank", beschreibt den Ansatz der Bank zur Beschleunigung der Wertschöpfung in einer Weise, die mit dem Kundenfranchise und der Risikobereitschaft der Bank im Einklang steht. So könnte die nächste Phase der Strategie der Bank weitere Chancen eröffnen, wenn sie in größerem Umfang oder unter günstigeren Bedingungen als erwartet umgesetzt wird. Dies umfasst potenzielle Vorteile aus besseren als geplanten makroökonomischen, Markt- und geopolitischen Bedingungen oder vorteilhaften Änderungen im Wettbewerbsumfeld.

Wenn Tempo und Umfang der steuerlichen Anreize und Strukturreformen Deutschlands die erwartete Wachstumsrate der Bank übertreffen, könnte die Deutsche Bank von solchen Investitionen profitieren und ihr Kreditwachstum stärker als derzeit erwartet beschleunigen. Diese Beschleunigung der Staatsausgaben könnte auch die Produktivität in der Gesamtwirtschaft steigern und zusätzliche Umsatzwachstumschancen in allen vier Geschäftsbereichen schaffen. Darüber hinaus zielt die Spar- und Investitionsunion darauf ab, Haushaltseinsparungen in produktive Investitionen zu lenken, die Kapitalmärkte zu stärken und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa zu steigern. Dies könnte den Geschäftsbereichen die Möglichkeit eröffnen, höhere als erwartete Provisionserträge zu erzielen und potenziell Kapitalflüsse und Kapitalrotation zu erleichtern.

Technologie und KI sind weitere Bereiche, die der Deutschen Bank Möglichkeiten für eine niedrigere Kostenbasis bieten könnten. Die Bank hat ihre erwarteten Kosteneinsparungen aus der Implementierung von KI- und Technologielösungen modelliert, aber es gibt Spielraum, die geplanten Vorteile zu übertreffen und die Kostenbasis der Bank weiter zu senken sowie die operative Effizienz noch stärker zu steigern.

Insgesamt hat die Deutsche Bank die Möglichkeit, sich auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu konzentrieren und gleichzeitig widerstandsfähig zu bleiben, um Marktanteile zu gewinnen und Rückenwind zu erzeugen, um das finanzielle Ziel der Bank eine Nachsteuerrendite auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital von mehr als 13% zu übertreffen.

Digitale Vermögenswerte

Die Technologie des dezentralen Transaktionsregisters („Distributed Ledger Technology", DLT) als neue Basistechnologie ermöglicht effizientere und automatisiertere Prozesse über das gesamte Spektrum der Bankinfrastruktur und Finanzdienstleistungen hinweg. Dies schafft Möglichkeiten für Banken, innovative Produkte zu entwickeln, das Serviceangebot zu erweitern und sich aufstrebende Marktsegmente zu erschließen. Basierend auf diesen technologischen Fähigkeiten und im Zuge der Weiterentwicklung der Regulierung integrieren Banken zunehmend neue tokenisierte Anlageklassen, wie die Emission von tokenisierten Wertpapieren (z. B. Anleihen) und die Verwahrung digitaler Vermögenswerte in ihr Produktangebot. Darüber hinaus hat sich die Landschaft des tokenisierten Geldes in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt, wobei Zentralbanken, Finanzinstitute und Akteure des Privatsektors neue Formen von programmierbarem und tokenisiertem Geld erforschen. Diese Transformation wird durch drei parallele Entwicklungen vorangetrieben: (i) die Entstehung von tokenisierten Einlagen, die von Geschäftsbanken ausgegeben werden, (ii) der Aufstieg regulierter Stablecoins als Abwicklungsinstrumente, (iii) laufende Bemühungen um digitale Zentralbankwährungen (CBDCs). Diese Entwicklungen bieten strategisch wichtige Möglichkeiten, die das Potenzial haben, die Abwicklungsgeschwindigkeit zu erhöhen, Risiken zu reduzieren und den Betrieb rund um die Uhr zu unterstützen.

Regulatorische Veränderungen

Es wird in allen wichtigen Rechtsordnungen, in denen die Deutsche Bank tätig ist, zunehmend anerkannt, dass der breitere Regulierungsrahmen komplex ist und der Grad der Komplexität überdacht werden sollte. Die USA haben ihren Stresstestrahmen und ihren Ansatz für global systemrelevante Banken (G-SIBs) überprüft und die Implementierung des Basel III-Rahmens neu bewertet. Dies hat zu niedrigeren Kapitalanforderungen für Banken in den USA im Vergleich zu europäischen Wettbewerbern geführt. Ebenso untersucht die Bank of England im Vereinigten Königreich den breiteren makroprudenziellen Rahmen und analysiert, wie sich dies auf die Kreditvergabekapazität von Banken auswirkt. Europa begegnet der Komplexität auch durch die Reduzierung der Anzahl ausstehender regulatorischer technischer Standards, eine Überarbeitung des makroprudenziellen Rahmens und Überarbeitungen der Implementierung des Fundamental Review of the Trading Book-Rahmens. Der Bericht der Europäischen Kommission zur Wettbewerbsfähigkeit der EU-Banken wird sich weiterhin mit Fragen befassen, die mit Kapital, Liquiditätsbefreiungen, der Umsetzung von Übergangsregelungen und dem Potenzial, Vorschläge zur Finalisierung der Bankenunion vorzulegen, verbunden sind. Alle diese Maßnahmen sollten einen Binnenmarkt für europäische Banken schaffen und eine gewisse Kapitalentlastung ermöglichen. Dies könnte der Deutschen Bank die Möglichkeit geben, grenzüberschreitende Geschäftsaktivitäten mit weniger Hürden auszubauen und die Möglichkeit schaffen, höhere Einnahmen zu erzielen.

Darüber hinaus können regulatorische Änderungen Banken dazu anregen, bessere Produkte oder Dienstleistungen anzubieten, die Chancen für eine Differenzierung am Markt bieten können. Zum Beispiel, da sich die Berichtsstandards für nachhaltige Finanzierungen weiterentwickeln und verbessern, kann sich der Markt so entwickeln, dass er Nachhaltigkeitsinitiativen breiter aufnimmt. Wenn Kunden und der Markt nachhaltigkeitsbezogene Initiativen annehmen, hat der Konzern möglicherweise die Möglichkeit, die Bank weiter zu differenzieren, indem er die den Kunden angebotenen Dienstleistungen verbessert.

Technologie, Daten und Innovation

Digitale Innovation bietet der Deutschen Bank weiterhin vielfältige Möglichkeiten zur Ertragsgenerierung und zur Realisierung von Effizienzgewinnen. Insbesondere KI ist eine zentrale Säule der Strategie der Deutschen Bank „Ausbau der Global Hausbank" und wird als transformative Chance für die gesamte Bank betrachtet. Die Strategie betrachtet KI nicht als Experiment, sondern als grundlegenden Treiber zur Erzielung von Kosteneffizienzen, zur Generierung neuer Erträge, zur Verbesserung des Kundenerlebnisses und zur Zukunftsfähigkeit des Geschäftsmodells. Wie während des Investor Deep Dive im November 2025 dargelegt, setzt die Bank KI bereits umfassend ein und hat die bewusste Entscheidung getroffen, weiter zu investieren, in der Überzeugung, dass die wahren finanziellen Vorteile die aktuellen Pläne deutlich übertreffen könnten.

Im Jahr 2025 startete die Bank ihren ersten kundenorientierten KI-Chatbot, Paula, für Postbank-Kunden in Deutschland. Sie hat zudem die gemeinsamen KI-Dienste für die automatisierte Dokumenten- und E-Mail-Verarbeitung in mehreren Geschäfts- und Infrastrukturbereichen skaliert. Die ersten KI-Agenten automatisieren bereits Teile von Kernprozessen der Bank, und eine maßgeschneiderte KI-Entwicklerplattform wurde geschaffen, um die schnelle und sichere Entwicklung neuer KI-Lösungen zu ermöglichen. Um interne Fähigkeiten zu entwickeln und eine Innovationskultur zu fördern, hat die Bank produktivitätssteigernde generative KI-Tools an etwa die Hälfte ihrer Mitarbeiter ausgerollt. Zudem wurden alle Softwareentwickler mit Coding-Assistenten ausgestattet, um die Anwendungsentwicklung zu beschleunigen.

Darüber hinaus strebt die Bank eine weitere Vereinfachung und Modernisierung ihrer Technologielandschaft an. Dies umfasst die Stilllegung von Altanwendungen und die Einführung moderner Plattformen, die den Geschäftsfeldern der Bank dienen, wie beispielsweise eine neue Plattform für Trade Finance und Lending in der Unternehmensbank. In diesem Zusammenhang verfolgt die Deutsche Bank aktiv ihre Cloud-Strategie unter Nutzung ihrer strategischen Partnerschaft mit Google Cloud. Im Jahr 2025 wurde eine neue Cloud-basierte Online- und Mobile-Banking-Plattform, die ursprünglich 2023 für Postbank-Kunden eingeführt wurde, erfolgreich für alle Privatkundenmarken der Bank in Deutschland eingeführt. Um spezifische Geschäftsanforderungen sowie regulatorische Bedenken, einschließlich der Datenresidenz, zu berücksichtigen, wurde die Cloud-Strategie der Bank zu einem Hybrid-Cloud-Ansatz aktualisiert, der nun sowohl Public Cloud- als auch On-Premise-Lösungen in einer separaten Private Cloud-Umgebung abdeckt. Dieser Ansatz bietet verbesserte Flexibilität und Innovationsfähigkeiten, wodurch sich die Bank schnell an sich entwickelnde Geschäfts- und Kundenbedürfnisse anpassen kann, während gleichzeitig Verbesserungen in Stabilität, Effizienz und Sicherheit realisiert werden.

Die Deutsche Bank bewertet und verfolgt aktiv Entwicklungen im Bereich der digitalen Vermögenswerte, wo die zugrunde liegende Technologie günstigere, schnellere und effizientere Finanztransaktionen unterstützen kann. Die Bank konzentriert ihre Bemühungen auf Bereiche wie die Verwahrung digitaler Vermögenswerte, die Tokenisierung von Vermögenswerten wie Unternehmensanleihen und die Tokenisierung von Geld, wobei die Bank aktiv zu Diskussionen über Zentralbank-Digitalwährung-Lösungen (CBDC) weltweit beiträgt, zusätzlich zu anderen Formen von tokenisiertem Geld wie Stablecoins und tokenisierten Einlagen. Dies umfasst auch das Engagement in Brancheninitiativen wie Project Agora, geführt von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, den Bemühungen der EZB im Bereich des Wholesale CBDC und der Blockchain-basierten Shared Ledger von Swift.

Während die Expansion digitaler Vermögenswerte erhebliche Chancen bietet, verfolgt die Bank einen vorsichtigen und selektiven Ansatz innerhalb der regulatorischen und Risikobereitschaftsrahmen.

Umwelt, Soziales und Governance

Die Net-Zero-Banking-Alliance, NZBA, hat sich von einer auf Mitgliedschaften beruhenden Allianz zu einem Zielsetzungsrahmen gewandelt, den viele schnell als einen breiteren Rückzug aus der Klimaführung im Bankensektor darstellten. Das anhaltende Engagement der Deutschen Bank für Netto-Null bis 2050 erhöht die Glaubwürdigkeit der globalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bank. Dies wiederum kann erhöhte Möglichkeiten schaffen, Kunden bei ihrem Übergang zu Netto-Null durch die Bereitstellung nachhaltiger Finanzierungen und Transitionskompetenzen zu unterstützen, was sowohl Ertragschancen als auch eine verbesserte Wahrnehmung durch die Interessengruppen zur Folge haben kann.

Einzelpersonen und Institutionen, einschließlich Kunden und Nicht-Kunden der Bank, betrachten ESG-bezogene Chancen zunehmend als wichtig für langfristige Renditen, und die Bank glaubt, dass dies ein entscheidendes Differenzierungsmerkmal werden könnte. In diesem Zusammenhang wächst die Einbeziehung von ESG-Faktoren in die Investitionsprozesse oder Entscheidungsprozesse für die Vergabe von Geschäftsmandaten über alle Geschäftsbereiche hinweg. Daher plant die Deutsche Bank, Finanzprodukte oder Investitionsmöglichkeiten zu entwickeln und anzubieten, die sowohl der Bank als auch ihren Kunden helfen können, gemeinsame ESG-Ziele zu erreichen und die ganzheitliche ESG-Strategie der Deutschen Bank voranzutreiben. Im weiteren Sinne glaubt die Bank, dass die Förderung von ESG-Aktivitäten sowohl zusätzliche Ertragschancen als auch ein verbessertes Markenimage und eine verbesserte Wahrnehmung durch Interessengruppen zur Folge haben kann.

次へ

Solide Kapital- und Risikokennzahlen

Resilienz

- Harte Kernkapitalquote von 14,2%, leicht oberhalb der operativen Zielspanne von 13,5% bis 14,0%; Ausdruck einer soliden Kapitalbasis, gestützt durch organische Kapitalbildung und umsichtiges Kapitalmanagement



Verschuldungsquote im Wesentlichen unverändert

- Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote stieg im Jahresvergleich um 11 Mrd. Euro auf 1.327 Mrd. Euro an, was hauptsächlich auf bilanzwirksame Risikopositionen im Einklang mit dem Bilanzwachstum sowie höhere Volumina bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften zurückzuführen ist; die Effekte wurden weitgehend durch organische Kapitalgenerierung ausgeglichen und zu einer im Wesentlichen unveränderten Verschuldungsquote im Vergleich zum Jahresende 2024 führte



Gesteigerte Kapitaleffizienz

- Die RWA gingen um ~3% zurück, was hauptsächlich durch Kreditrisiko-RWA und Kreditbewertungsanpassungen, teilweise kompensiert durch RWA für operationelle Risiken und Marktrisiken getrieben war
- Das Volumen von Kapitaleffizienzmaßnahmen in RWA-Äquivalenten erreichte eine Höhe von ~31 Mrd. € und übertraf den Zielwert für das Jahr 2025 in Höhe von 25 – 30 Mrd. € leicht



Kreditrisikovorsorge stabilisiert sich

- Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft sank im Vergleich zu 2024 um 7%. Diese wurde durch niedrigere Stufe-3 Vorsorge bei der Unternehmensbank sowie der Privatkundenbank unterstützt durch Modelländerungen getrieben und teilweise durch höhere Kreditverlustvorsorge in der Investmentbank (hauptsächlich für Gewerbeimmobilien) kompensiert
- Die Auswirkungen makroökonomischer und geopolitischer Risiken auf unser Kreditportfolio werden genau beobachtet; die wichtigsten Qualitätsindikatoren sind weitgehend stabil, ohne dass sich die Qualität der zugrunde liegenden Vermögenswerte abgesehen von Gewerbeimmobilien strukturell verschlechtert



Solide Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis

- Die Liquiditätsdeckungsquote legte zum Jahresende auf 144% zu, verglichen mit 131% zum Vorjahr, was einem Puffer von 80 Mrd. € entspricht
- Die strukturelle Liquiditätsquote sank im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 119%. Damit liegt sie innerhalb der Zielspanne der Bank von 115% bis 120%. Dies entspricht einem Puffer von 104 Mrd. Euro gegenüber den aufsichtsrechtlichen Anforderungen



Einführung

Angaben gemäß IFRS 7

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt-, und sonstigen Risiken auf Basis des „International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7) Financial Instruments: Disclosures". Er berücksichtigt auch die zugrundeliegenden Klassifizierungs-, Bewertungs- und Wertminderungsanforderungen nach IFRS 9, wobei weitere Einzelheiten im Abschnitt "Kreditrisikomanagement und Qualität von Vermögenswerten", im Abschnitt „Qualität von Vermögenswerten", im Abschnitt „Kreditrisikominderung" und in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen" dargestellt werden. Die Informationen, die zum Konzernabschluss gehören und über Referenzierungen in diesen einbezogen werden, sind in diesem Risikobericht durch eine hellgraue Schattierung gekennzeichnet.

Seit dem 30. Juni 2020 wendet der Konzern die Übergangsvorschriften in Bezug auf IFRS 9 an, wie das in der derzeitig gültigen CRR/CRD für alle Harten Kernkapitalgrößen vorgesehen ist.

Veröffentlichungen gemäß Säule 3 des Kapitalregelwerks nach Basel III

Veröffentlichungsanforderungen der Deutschen Bank gemäß Säule 3 des Kapitalregelwerks nach Basel III, die innerhalb der Europäischen Union durch die „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute" (Capital Requirements Regulation oder „CRR"), einschließlich der Reformen, die durch die "Verordnung (EU) 2024/1623 (CRR3), die seit dem 1. Januar 2025 anzuwenden sind, und unterstützend durch die entsprechenden EBA-Technical Standards oder die Säule-3 relevante Richtlinie eingeführt wurden, sind im Säule 3-Bericht des Konzerns publiziert, der auf der Homepage der Deutschen Bank verfügbar ist.

Angaben nach Änderungen der Eigenkapitalverordnung

Die Regulation (EU) 2024/1623 (CRR3), gültig ab dem 1. Januar 2025 implementiert basierend auf Basel III ein Paket globaler Reformen und ändert die Art und Weise, wie Banken ihre RWA berechnen. Dazu gehören unter anderem eine bis 2030 schrittweise eingeführte Eigenmitteluntergrenze, die eine Mindestgröße der RWA festlegt, die letztlich 72,5% der nach dem Standardansatz berechneten RWA betragen wird, Änderungen an standardisierten und auf internen Ratings basierenden Ansätzen zur Bestimmung des Kreditrisikos, Änderungen an der kreditbezogenen Bewertungsanpassung (CVA), eine Überarbeitung der Ansätze für operationelle Risiken und Reformen des Marktrisikorahmens gemäß dem „Fundamental Review of the Trading Book" (FRTB, ab dem 1. Januar 2027 anwendbar). Die Umsetzung der Änderungen der CRR wirkt sich unter anderem auf die risikogewichteten Aktiva und das regulatorische Eigenkapital der Deutschen Bank aus.

Risiko und Kapital – Übersicht

Wichtige Risikokennzahlen

Der folgende Abschnitt enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und sonstigen Risiken und ihrer Entwicklung im Jahr 2025 unter Berücksichtigung der Reformen, die durch die Regulation (EU) 2024/1623 (CRR3), gültig ab dem 1. Januar 2025 umgesetzt werden. Angaben gemäß Säule 3 des Basel-III-Eigenkapitalrahmenwerks, die in der Europäischen Union durch die Eigenkapitalverordnung (CRR) umgesetzt und durch die Technischen Durchführungsstandards der EBA oder die EBA-Leitlinie unterstützt werden, sind im gesonderten Säule 3 Bericht des Konzerns veröffentlicht.

Die folgenden ausgewählten Risikokennzahlen und die zugehörigen Metriken sind Bestandteil des ganzheitlichen Risikomanagements der Deutschen Bank über alle Risikoarten. Die Harte Kernkapitalquote (Common Equity Tier 1 Ratio, CET1-Ratio), die Ökonomische Kapitaladäquanzquote (Economic Capital Adequacy Ratio, ECA-Ratio), die Verschuldungsquote (Leverage Ratio), die Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit (Total Loss Absorbing Capacity, TLAC), Mindestanforderungen an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (Minimum Requirements for Own Funds and Eligible Liabilities, MREL), die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR), die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR) und die Netto-Liquiditätsposition unter Stress (Stressed Net Liquidity Position, sNLP) sind übergeordnete Metriken und integraler Bestandteil der strategischen Planung, des Risikoappetit-Rahmenwerks, des Stresstests sowie der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, die der Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt.

Harte Kernkapitalquote[1]		**Risikogewichtete Aktiva**[1]	
31.12.2025	14,2%	31.12.2025	347,1 Mrd. €
31.12.2024	13,8%	31.12.2024	357,4 Mrd. €

Ökonomische Kapitaladäquanzquote		**Ökonomischer Kapitalbedarf**	
31.12.2025	194%	31.12.2025	26,1 Mrd. €
31.12.2024	199%	31.12.2024	24,2 Mrd. €

Verschuldungsquote[1]		**Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote**[1]	
31.12.2025	4,6%	31.12.2025	1.327 Mrd. €
31.12.2024	4,6%	31.12.2024	1.316 Mrd. €

Gesamtverlustabsorptionsfähigkeit		**Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten**	
31.12.2025 (nach risikogewichteter Aktiva)	33,1%	31.12.2025	37,7%
31.12.2025 (nach Risikoposition der Verschuldungsquote)	8,7%	31.12.2024	37,5%
31.12.2024 (nach risikogewichteter Aktiva)	33,2%		
31.12.2024 (nach Risikoposition der Verschuldungsquote)	9,0%		

Mindestliquiditätsquote		**Strukturelle Liquiditätsquote**	
31.12.2025	144%	31.12.2025	119%
31.12.2024	131%	31.12.2024	121%

Netto-Liquiditätsposition unter Stress	
31.12.2025	94,1 Mrd. €
31.12.2024	56,3 Mrd. €

[1] Beginnend mit dem dritten Quartal 2024 bis zur Einstellung im vierten Quartal 2025, wandte die Deutsche Bank die vorübergehende Behandlung von zeitwertbilanzierten, im sonstigen Ergebnis nicht realisierten Gewinnen und Verlusten nach Artikel 468 CRR an; für die aufgeführten Vergleichswerte per 31. Dezember 2024 hätte bei Nichtanwendung dieser Regel die Harte Kernkapitalquote 13,5% mit einem entsprechenden Harten Kernkapital von 48,4 Mrd. € und RWA von 358,6 Mrd. € betragen, außerdem wäre die Verschuldungsquote 4,6% mit einem entsprechendem Kernkapital von 59,8 Mrd. € und einer Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote von 1.315 Mrd. € gewesen.

Die Deutsche Bank bewertet die potenziellen Auswirkungen von Risiken auf ihre Bilanz und Rentabilität regelmäßig durch Portfolioüberprüfungen und Stresstests. Stresstests dienen auch dazu, die Widerstandsfähigkeit der strategischen Pläne der Deutschen Bank zu testen. Die Ergebnisse dieser Tests zeigen, dass die derzeit verfügbaren Kapital- und Liquiditätsreserven in Verbindung mit den verfügbaren Maßnahmen zur Risikoreduzierung ausreichen, um Phasen potenzieller Belastungen zu bewältigen.

Der Konzern kommt zu dem Schluss, dass die Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, wie oben oder in den folgenden Abschnitten beschrieben, einschließlich möglicher Auswirkungen auf ihre Geschäftsstrategie, ein wahres und faires Bild ihres Risikoprofils liefern.

Weitere Details finden sich in den Kapiteln „Risikoprofil", „Risikoappetit und Risikokapazität", „Risiko- und Kapitalplan", „Stresstests", „Sanierungs- und Abwicklungsplanung", „Risiko- und Kapitalmanagement", „Kapital, Verschuldungsquote, TLAC und MREL", „Mindestliquiditätsquote", und „Stresstests und Szenarioanalysen".

Risikoprofil

Die Vielfalt der Geschäftsaktivitäten der Deutschen Bank führt dazu, dass die Geschäftsbereiche verschiedenste Risiken eingehen. Der Konzern misst daher auch die den jeweiligen Geschäftsmodellen innewohnenden wesentlichen Risiken (Kredit-, Markt-, operationelle und strategische Risiken) mit Hilfe der Kenngröße des ökonomischen Kapitalbedarfs. Diese gibt das Risikoprofil jedes Unternehmensbereichs wider und berücksichtigt risikoartenübergreifende Diversifikationseffekte auf Konzernebene.

Das Risikoprofil der Unternehmensbank wird geprägt von den im Corporate Treasury Services (dies inkludiert Trade Finance, Lending und Corporate Cash Management), Strategic Corporate Lending und Business Banking angebotenen Produkten und Dienstleistungen. Der ökonomische Kapitalbedarf setzt sich hauptsächlich aus dem Kreditrisiko zusammen.

Das Risikoprofil der Investmentbank ist geprägt von Finanzierungs- und Handelstätigkeiten, die mit allen Arten von Risiken verbunden sind. Kreditrisiken in der Investmentbank verteilen sich auf eine Vielzahl von Geschäftsfeldern, wobei der Großteil der Kreditrisiken aus Geschäften mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen sowie dem Geschäftsfeld Leveraged Debt Capital Markets entsteht. Das Marktrisiko ergibt sich hauptsächlich aus Handels- und Market-Making-Aktivitäten.

Das Risikoprofil der Privatkundenbank spiegelt Kreditrisiken aus dem Geschäft mit deutschen und internationalen Privat- und Geschäftskunden als auch mit Kunden im Wealth Management wider, sowie Marktrisiken aus Nichthandelspositionen, hauptsächlich aus der Modellierung von Kundeneinlagen.

Asset Management investiert, in seiner Funktion als treuhänderischer Vermögensverwalter, Vermögen im Namen seiner Kunden, daher sind die wesentlichen Risikotreiber operationelle Risiken. Der ökonomische Kapitalbedarf für Marktrisiken resultiert im Wesentlichen aus dem Marktrisiko aus Nichthandelspositionen im Zusammenhang mit Garantieprodukten und Co-Investments in den Fonds.

Das Risikoprofil von Corporate & Other beinhaltet eine Reihe von Risikotreibern inklusive diejenigen, die Treasury, bestimmte Posten der Konzernzentrale und Altbestände betreffen. Der ökonomische Kapitalbedarf beinhaltet hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelspositionen, die sich aus Zinsrisiken in Treasury, strukturellen Währungsrisiken und aktienbasierter Vergütung ergeben, Kreditrisiken aus Investitionen in Treasury, sowie strategische Risiken, die sich aus dem Steuerrisiko und Kapitalanforderungen im Zusammenhang mit Software-Aktiva ergeben sowie operationelle Risiken aus Altbeständen.

Die folgende Tabelle zeigt die Gesamtrisikopositionen der Deutschen Bank, gemessen am ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für die angegebenen Stichtage. Bei der Ermittlung der ökonomischen Gesamtrisikoposition der Deutschen Bank werden Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten berücksichtigt.

Risikoprofil der Geschäftsbereiche der Deutschen Bank auf Basis des ökonomischen Kapitals

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Unternehmens-bank	Investment-bank	Privatkunden-bank	Asset Management	Corporate & Other	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	3.720	4.650	2.255	45	2.725	13.395	51
Marktrisiko	507	2.004	789	316	6.354	9.970	38
Operationelles Risiko	821	1.390	1.187	393	1.168	4.960	19
Strategisches Risiko	0	0	0	0	1.980	1.980	8
Diversifikationseffekte[1]	-780	-1.339	-863	-238	-1.013	-4.234	-16
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	**4.269**	**6.706**	**3.368**	**516**	**11.213**	**26.071**	**100**
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in %	16	26	13	2	43	100	N/A

[1] Diversifikationseffekt zwischen Kredit-, Markt-, operationellen und strategischem Risiko

31.12.2024

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Unternehmens-bank	Investment-bank	Privatkunden-bank	Asset Management	Corporate & Other	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	3.455	4.512	2.164	46	2.329	12.507	52
Marktrisiko	1.040	2.086	1.561	504	3.676	8.667	36
Operationelles Risiko	863	1.182	1.155	376	1.069	4.645	19
Strategisches Risiko	0	0	0	0	1.936	1.936	8
Diversifikationseffekte[1]	-715	-1.007	-803	-190	-814	-3.530	-15
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	**4.643**	**6.772**	**4.077**	**536**	**8.196**	**24.225**	**100**
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt in %	19	28	17	2	34	100	N/A

[1] Diversifikationseffekt zwischen Kredit-, Markt-, operationellen und strategischem Risiko

Zum 31. Dezember 2025 betrug der ökonomische Kapitalbedarf der Deutschen Bank 26,1 Mrd. €, was einem Anstieg um 1,8 Mrd. € oder 8% gegenüber dem Bedarf von 24,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024 entspricht. Das Marktrisiko stieg um 1,3 Mrd. € an, hauptsächlich aufgrund der Migration des ökonomischen Kapitalmodells für das strukturelle Währungsrisiko, einschließlich der Anwendung verlängerter Liquiditätshorizonte, sowie der Umstellung des Marktrisikomodells von einer Monte-Carlo-Simulation auf eine historische Simulation. Das Kreditrisiko erhöhte sich um 0,9 Mrd. €, bedingt durch ein höheres Transferrisiko infolge gestiegener Risikopositionswerte innerhalb der Investmentbank, der Unternehmensbank und Corporate & Other sowie durch ein höheres Kontrahentenrisiko aufgrund von Anstiegen in Treasury und gestiegener Risikopositionswerte gegenüber Staaten. Die operationellen Risiken erhöhten sich um 0,3 Mrd. €, was hauptsächlich auf eine Modelländerung der vorausschauenden qualitativen Anpassungskomponente sowie einer Vereinfachung des fortgeschrittenen Messansatzes zurückzuführen ist. Diese Anstiege wurden teilweise durch einen höheren Diversifikationseffekt in Höhe von 0,7 Mrd. € infolge veränderter Risikoprofilstruktur und Anpassungen im Marktrisikomodell kompensiert.

Risikoschwerpunkte

Die jüngsten Entwicklungen und die wesentlichen Unsicherheiten im Jahr 2025 sind Teil der laufenden Aktivitäten der Bank im Bereich des Kreditrisikomanagements und des Governance-Rahmens. Zu diesen Tätigkeiten gehören unter anderem regelmäßige Überprüfungen zu neu entstehenden Risiken (unter anderem makroökonomische Entwicklungen und geopolitische Konflikte) sowie tiefgreifende Portfolioanalysen, tägliches Risikomanagement auf der Ebene einzelner Kreditnehmer und regelmäßige Modellvalidierungen. Zu den Portfolios, die 2025 für eine verstärkte Überwachung und gesonderte Bewertungen der Abwärtsrisiken innerhalb des Konzerns identifiziert wurden, gehörten Gewerbeimmobilien (Commercial Real Estate, CRE), Kunden, die durch U.S.-Zölle gefährdet sind, und Sektoren, die als anfällig für Klimarisiken – sowohl Übergangs- als auch physische Risiken - gelten.

Darüber hinaus beobachtet die Bank die sich entwickelnden Markttrends, die sich derzeit auf den Technologiesektor und die Aktivitäten von Finanz-, Versicherungs- und Nichtbanken-Finanzinstituten (NBFI) beziehen, insbesondere im Bereich der privaten Kreditvergabe, und die an Bedeutung zunehmen.

Gewerbeimmobilien sehen sich weiterhin Gegenwind ausgesetzt, was auf höhere Zinssätze, eine geringere Marktliquidität in Verbindung mit verschärften Kreditvergabebedingungen und strukturelle Veränderungen im Bürosektor zurückzuführen ist. Der Marktstress war in den USA stärker ausgeprägt, da die Immobilienpreisindizes einen deutlicheren Rückgang der CRE-Vermögenswerte von den früheren Höchstständen im Vergleich zu Europa und APAC anzeigen. Vor allem im Bürobereich ist die Marktschwäche in den USA am deutlichsten, insbesondere an der U.S.-Westküste, was sich in einer verhaltenen Vermietungsaktivität und höheren Leerstandsquoten im Vergleich zu Europa widerspiegelt.

Obwohl die Zollpolitik der U.S.-Regierung immer noch unvorhersehbar ist, hat sich das makroökonomische Umfeld seit den Marktverwerfungen infolge der Ankündigung von umfassenden Einfuhrzöllen durch die U.S.-Regierung vom 2. April verbessert. Während seit den ersten Ankündigungen der U.S.-Regierung zu Einfuhrzöllen ein längerer Zeitraum vergangen ist, haben sich die Unsicherheiten hinsichtlich potenziell gefährdeter Kunden verringert. Die Bank geht davon aus, dass alle Risikofaktoren, die sich auf die erwarteten Kreditverluste (Expected Credit Loss, ECL) auswirken, durch Standard-Risikomanagementverfahren erfasst werden, z. B. durch Ratingherabstufungen und Einbeziehung in die Beobachtungsliste. Daher wurden zum 31. Dezember 2025 keine Overlays zu U.S.-Einfuhrzöllen gebucht. Obwohl die Entwicklungen bei den Zöllen weiterhin genau beobachtet werden, werden diese nicht als eigenständiges zentrales Risikothema betrachtet, sondern vielmehr in die breitere Portfoliodynamik integriert.

Der Klimawandel und physische Risiken stellen wachsende Risiken für die sektoralen und regionalen Portfolios der Bank dar. Das Management von Klimarisiken - sowohl von Übergangs- als auch physischen Risiken - ist ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements und der Nachhaltigkeitsstrategie der Deutschen Bank. Die Wesentlichkeits-bewertungen für das Jahr 2025 und die Ergebnisse des Klimastresstests kommen zu dem Schluss, dass die potenziellen Auswirkungen auf das Kreditrisiko kurzfristig begrenzt sind.

Weitere Details sind im Abschnitt „Fokusthemen in 2025" dargestellt.

Extern entwickelnde Schwerpunkte

Neue Risikoschwerpunkte, die extern eine starke Beachtung finden, umfassen (i) die rasche Expansion, den Mangel an Transparenz und potenzielle miteinander verbundene Risiken im Zusammenhang mit privaten Darlehen (Private Credit) und einem größeren Engagement von Nichtbanken-Finanzinstituten (NBFI) und (ii) zunehmende Bedenken hinsichtlich der Bewertungen des Technologiesektors und der Nachhaltigkeit der aktuellen Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) und ihrer möglichen Auswirkungen auf die Geschäftsmodelle und das Kreditrisiko von Kunden.

Nichtbanken-Finanzinstitute und Private Credit

Zu fortgeführten Anschaffungskosten verbuchte Darlehen an Private Credit, die im Allgemeinen als NBFI-Darlehen kategorisiert sind, unterliegen aufgrund der jüngsten Ausfallereignisse am Markt einer verstärkten Prüfung. Private Credit Darlehen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten verbucht sind, belaufen sich auf 25,9 Mrd. € (2024: 24,5 Mrd. €). Etwa 73% dieses Engagements entfallen auf Multi-Asset-Lender-Fazilitäten (ABS), die durch hoch diversifizierte mittelständische Unternehmenskredite in den USA und der EU besichert sind, und zwar branchenübergreifend mit konservativen Beleihungsgrenzen von ~65% und fast ausschließlich mit Investment Grade-Rating. Der Rest ist diversifiziert über einzelne und Multi-Asset-Kreditgeber Net Asset Value (NAV)-Finanzierung, Single Asset Financing, Non-Bank-CRE-Kredite, Business Development Companies (BDC) und Zeichnungsfinanzierung.

Die Bank wendet konservative Standards auf ihre Private-Credit-Engagements an, einschließlich der Bewertung der Sponsor- und Anlegerqualität und anderer struktureller Merkmale. Die Beleihungsgrenzen sind an das Gesamtrisikoprofil der zugrunde liegenden Risikoposition gebunden. Die Portfolios werden im Rahmen eines speziellen Risikoappetitrahmens mit regelmäßigen Stresstests und aktiver Überwachung der ordnungsgemäßen Bedienung, des Werts der Sicherheiten und der zugrunde liegenden Diversifizierung gesteuert.

Die oben genannten Engagements sind im Wesentlichen Bestandteil der Darlehen der Deutschen Bank, die zu fortgeführten Anschaffungskosten verbucht sind, die unter den Branchenschlüssel (NACE-Codes) des Sektors Finanz- und Versicherungswirtschaft mit einem Gesamtbetrag von 129,8 Mrd. € ausgewiesen werden, während 2,5 Mrd. € auf andere NACE-Kategorien verteilt sind. Die Branchenschlüssel (NACE-Codes) des Sektors Finanz- und Versicherungstätigkeiten umfassen eine Vielzahl von Risikopositionen, darunter Unternehmen, Banken, Vermögensverwaltung, Versicherungen und Clearingschuldner.

Technologiesektor

Die Darlehen im Technologiesektor belaufen sich auf 15,8 Mrd. € (2024: 11,7 Mrd. €), die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden. Davon entfallen 7,3 Mrd. € (2024: 5,7 Mrd. €) auf die Finanzierung von Rechenzentren und weitere 3,2 Mrd. € (2024: 2,7 Mrd. €) auf Unternehmen, die sich auf Software für eine Vielzahl von Kunden konzentrieren, während der Rest hauptsächlich auf Hersteller von Halbleitern und Hardware entfällt. Das Portfolio konzentriert sich auf große, diversifizierte Branchenführer, vor allem in den USA. Die Risikopositionen von Unternehmen sind zu 60% als Investment Grade eingestuft, wobei der Appetit auf kleinere Kunden mit niedrigerem Rating begrenzt ist. Fast 100% der Darlehen werden ordnungsgemäß bedient, während nur 5% als Kredite der zweiten Stufe bewertet werden. Darlehen für Rechenzentren sind in erster Linie projektfinanzierungsbezogen und konzentrieren sich auf Einrichtungen, die von langfristigen Mietverträgen mit globalen „Hyperscalern" mit Investment-Grade-Einstufung profitieren.

Eine spezifische Risikobereitschaft wird sowohl für die gesamte Technologiebranche als auch für das Rechenzentrumsportfolio festgelegt. Die Risikobereitschaft der Portfolios und die Kreditvergabestandards werden regelmäßig überprüft. Es gibt auch technologiebezogene zur Übernahme vorgesehene Risikopositionen, die zur Ausschüttung herausgegeben werden, die breit diversifiziert sind, zusätzlichen Beschränkungen unterliegen, überwacht werden und der portfoliobasierten Absicherung unterliegen.

Das Technologierisiko der Bank wird unter mehreren Aktivitätenschlüsseln (NACE-Codes) ausgewiesen, die die Art des zugrunde liegenden Risikos widerspiegeln, das hauptsächlich unter Finanz- und Versicherungsunternehmen (6,2 Mrd. €), Information und Kommunikation (4,5 Mrd. €), verarbeitendes Gewerbe (3,0 Mrd. €) und Immobilienwirtschaft (0,9 Mrd. €) ausgewiesen wird.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Risiko- und Kapitalrahmenwerk

Grundsätze des Risikomanagements

Das Geschäftsmodell der Deutschen Bank beinhaltet von Natur aus das Eingehen von Risiken. Risiken können finanzieller oder operativer Natur sein und bilanzielle und außerbilanzielle Risiken umfassen. Das Ziel der Deutschen Bank ist die Schaffung nachhaltiger Werte im Interesse des Unternehmens unter Berücksichtigung der Aktionäre, Mitarbeiter und anderer unternehmensbezogener Interessengruppen. Das Risikomanagement-Rahmenwerk trägt dazu bei, indem es geplante und tatsächliche Risikobereitschaft mit dem vom Vorstand zum Ausdruck gebrachten Risikoappetit in Einklang bringt und gleichzeitig mit dem verfügbaren Kapital und der Liquidität im Einklang steht.

Der Rahmen für das Risikomanagement der Deutschen Bank besteht aus verschiedenen Komponenten, zu denen auch die etablierten internen Kontrollmechanismen gehören. Für jede Komponente wurden Grundsätze und Standards festgelegt:

- Risiko-Governance-Strukturen gewährleisten die Überwachung des Risikoprofils der Bank im Hinblick auf den Risikoappetit
  - Die Organisationsstrukturen folgen dem Modell der „Drei Verteidigungslinien" („Three Lines of Defense", 3LoD) mit einer klaren Definition von Rollen und Verantwortlichkeiten für alle Risikoarten
  - Zur „ersten Verteidigungslinie" („1. LoD") gehören alle Funktionen in der Bank, deren Aktivitäten Risiken generieren, seien es finanzielle oder operationelle, und die die Risiken verantworten. Die erste Verteidigungslinie steuert diese Risiken innerhalb des definierten Risikoappetits, legt eine angemessene Risikosteuerung fest und hält sich an die von der „zweiten Verteidigungslinie" („2. LoD") definierten Risikomanagement-Rahmenwerke
  - Die 2. LoD umfasst alle Positionen in der Bank, die ein Risikomanagement-Rahmenwerk für eine bestimmte Risikoart definieren. Die 2. LoD bewertet und hinterfragt unabhängig die Umsetzung des Risikomanagement-Rahmenwerks und die Einhaltung des Risikoappetits und berät die 1. LoD bei der Identifizierung, Bewertung und Steuerung von Risiken
  - Die „dritte Verteidigungslinie" („3. LoD") ist die Konzernrevision (Group Audit). Sie verantwortet die unabhängige und objektive Gewährleistung der Angemessenheit des Designs, der operativen Effektivität und der Effizienz des Risikomanagementsystems und der internen Kontrollen
- Der vom Vorstand genehmigte Risikoappetit muss in allen Dimensionen des Konzerns kaskadiert und befolgt werden, mit entsprechenden Konsequenzen im Falle eines Verstoßes
- Risiken müssen identifiziert und bewertet werden
- Risiken müssen aktiv gemanagt werden, auch durch eine angemessene Risikominderung und wirksame interne Kontrollsysteme
- Risiken müssen anhand genauer, vollständiger und zeitnaher Daten unter Verwendung genehmigter Modelle gemessen und gemeldet werden
- Es müssen regelmäßig Stresstests als Vorbereitung auf ungünstige Entwicklungen durchgeführt und eine angemessene Krisenreaktionsplanung festgelegt werden

Der Konzern fördert eine starke Risikokultur, in der jeder Mitarbeiter die Risiken, die sich aus seinem Handeln ergeben könnten, vollständig verstehen und ganzheitlich betrachten, die Konsequenzen verstehen und sie entsprechend des Risikoappetits der Bank managen muss. Die Bank erwartet von Mitarbeitern, dass sie Verhaltensweisen zeigen, die in Übereinstimmung mit dem Verhaltenskodex der Bank eine starke Risikokultur fördern. Um dies zu unterstützen, verlangen die Richtlinien der Bank eine Berücksichtigung des eingegangenen Risikos (auch gegen den Risikoappetit) in Leistungsbeurteilungs- und Vergütungsprozessen. Diese Erwartung wird weiterhin durch Kommunikationskampagnen und obligatorische Schulungen aller Deutsche Bank-Mitarbeiter verstärkt. Darüber hinaus kommunizieren Vorstände und Führungskräfte häufig die Bedeutung einer starken Risikokultur, um einen einheitlichen Ton von der Unternehmensspitze aus zu setzen.

Das Risikomanagement- und interne Kontrollsystem der Deutschen Bank wird im Säule 3-Bericht der Deutschen Bank ausführlicher beschrieben. Das Risikomanagement- und interne Kontrollsystem deckt auch nachhaltigkeitsbezogene Ziele ab.

Der Vorstand ist der Auffassung, dass ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet wurde, welches in seiner Gesamtheit für das Geschäftsmodell und Risikoprofil der Bank angemessen und wirksam ist.

Risiko-Governance

Die globalen Aktivitäten der Deutschen Bank werden von den zuständigen Behörden in jedem der Länder, in denen sie tätig ist, reguliert und überwacht. Diese Aufsicht konzentriert sich auf Lizenzierung, Eigenkapitalausstattung, Liquidität, Risikokonzentration, Führung des Geschäfts sowie organisatorische Anforderungen und Meldepflichten. Die Europäische Zentralbank (EZB) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden der EU-Staaten, die dem Einheitlichen Aufsichtsmechanismus beigetreten sind, fungieren über das Gemeinsame Aufsichtsteam als primäre Aufsichtsbehörden der Deutschen Bank, um die Einhaltung des deutschen Kreditwesengesetzes und anderer geltender Gesetze und Vorschriften zu überwachen.

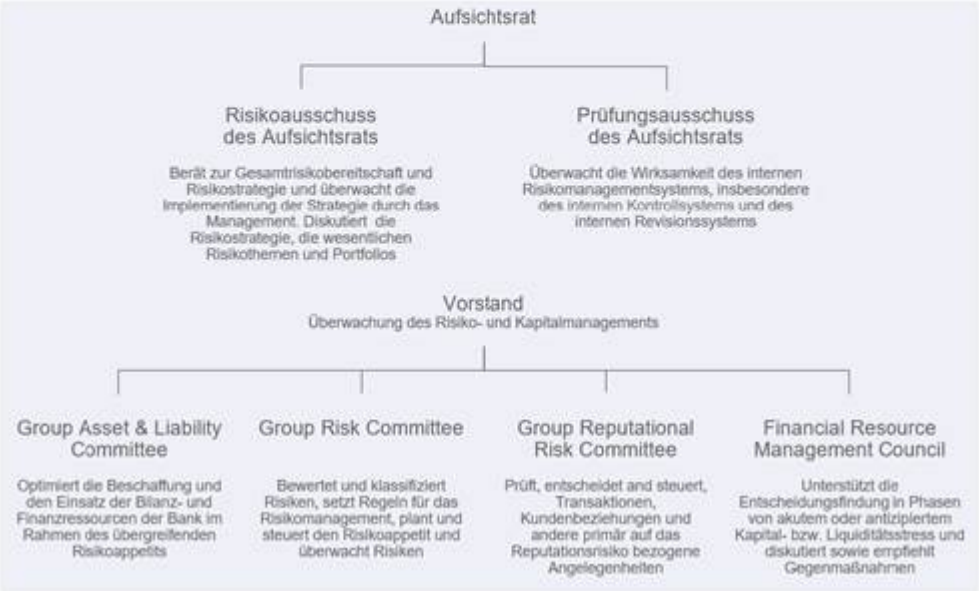
Mehrere Managementebenen stellen eine durchgängige Risiko-Governance sicher:

Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank wird regelmäßig über die Risikolage, das Risikomanagement und Risikocontrolling, Fragen des Reputationsrisikos und wesentliche Rechtsfälle unterrichtet; er hat verschiedene Ausschüsse gebildet, die sich mit spezifischen Themen befassen (eine detaillierte Beschreibung dieser Ausschüsse findet sich im „Bericht des Aufsichtsrats", sowie im Kapital „Aufsichtsrat" in der „Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f, 315d HGB")

- In den Sitzungen des Risikoausschusses berichtet der Vorstand über aktuelle und zukunftsorientierte Risikopositionen, Risikoportfolien, die Risikobereitschaft und -strategie sowie über Angelegenheiten, die für die Bewertung und Überwachung der Risikosituation der Deutschen Bank AG relevant sind, einschließlich wesentlicher Rechts- und Reputationsrisiken; er berichtet ferner über die Kredite, die nach Gesetz oder Satzung eines Aufsichtsratsbeschlusses bedürfen; der Risikoausschuss überwacht, dass der Vorstand Prozesse vorhält, welche die Einhaltung der geltenden Richtlinien zum Risikomanagement seitens der Deutsche Bank AG einschließlich Rechts- und Reputationsrisiken unterstützen; der Risikoausschuss berät Fragen des Gesamtrisikoappetits, der Gesamtrisikoposition und der Risikostrategie und hält den Aufsichtsrat über seine Aktivitäten unterrichtet
- Der Prüfungsausschuss, neben weiteren Aufgaben, unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, insbesondere des internen Kontrollsystems einschließlich des Compliance Management Systems und Fragen zur Nachhaltigkeit und der Internen Revision, sowie der Behebung festgestellter Mängel durch den Vorstand

Der Vorstand verantwortet das Management des Deutsche Bank-Konzerns in Übereinstimmung mit Gesetzen, der Satzung und seiner Geschäftsordnung mit dem Ziel einer nachhaltigen Wertschöpfung im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, der Arbeitnehmer und anderer gesellschaftsbezogener Interessensgruppen; der Vorstand muss eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation gewährleisten; hierzu gehören ein angemessenes und wirksames Risikomanagement sowie die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und interner Richtlinien; der Vorstand hat das Group Risk Committee als das zentrale Forum für die Überprüfung und Entscheidung wesentlicher risiko- und kapitalbezogener Themen geschaffen; das Group Risk Committee wird nachfolgend detaillierter beschrieben.

Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Die folgenden Komittees sind von zentraler Bedeutung für das Risikomanagement in der Deutschen Bank:

- Das Group Risk Committee hat verschiedene Pflichten und dedizierte Rechte, inklusive der Genehmigung neuer oder geänderter wesentlicher Risiko- und Kapitalmodelle, der Überprüfung des Risikoinventars, übergeordneter Risikoportfolios, der Entwicklung von Risikoengagements und der Ergebnisse konzernweiter interner und aufsichtlicher Stresstests, und der Genehmigung der vom Group Asset & Liability Committee empfohlenen Ressourcenlimite für den Gesamtkapitalbedarf, das Leverage-Exposure und den ökonomischen Kapitalbedarf; außerdem überprüft und empfiehlt das Group Risk Committee Themen, die vom Vorstand zu genehmigen sind, wie zum Beispiel zentrale Risikomanagementprinzipien, den Risikoappetit im Konzern, den Konzernsanierungsplan und den „Contingency Funding Plan", übergreifende Parameter zum Risikoappetit, sowie Sanierungs- und Eskalationsindikatoren; das Group Risk Committee unterstützt den Vorstand während konzernweiter Risiko- und Kapitalplanungsprozesse
- Das Group Reputational Risk Committee ist dafür verantwortlich, alle Transaktionen, Kundenbeziehungen oder andere primäre Reputationsrisiken zu überprüfen, zu entscheiden und zu verwalten, die in Übereinstimmung mit den zugrunde liegenden Richtlinien und Rahmenwerken für Reputationsrisiken eskaliert wurden, einschließlich der regionalen Reputationsrisikokomitees
- Der Financial Resource Management Council ist ein ad-hoc Steuerungsgremium unter dem Vorsitz des Finanzvorstands und des Risikovorstands mit delegierter Befugnis des Vorstands, das das Finanzkrisenmanagement der Bank überwacht; der Financial Resource Management Council bietet ein einziges Forum, um die Umsetzung sowohl des Notfallplans für Liquiditätsengpässe (Contingency Funding Plan) als auch des Konzernsanierungsplans (Group Recovery Plan) zu überwachen; das Gremium empfiehlt zu ergreifende Maßnahmen in einer Zeit des erwarteten oder tatsächlichen Kapital- oder Liquiditätsstresses; insbesondere hat es die Aufgabe, die Kapital- und Liquiditätsposition der Bank im Vorgriff auf ein Stressszenario zu analysieren, Vorschläge für kapital- und liquiditätsbezogene Angelegenheiten zu empfehlen, und die Ausführung von Entscheidungen zu überwachen
- Das Group Asset & Liability Committee wurde vom Vorstand mit der Maßgabe eingerichtet, die Beschaffung und den Einsatz der Bilanz- und Finanzressourcen der Bank im Rahmen des vom Vorstand festgelegten übergreifenden Risikoappetits zu optimieren

Der Risikovorstand der Deutschen Bank hat die konzernweite, unternehmensbereichsübergreifende Verantwortung für die Einrichtung eines Risikomanagementrahmens mit angemessener Identifizierung, Messung, Überwachung, Minderung und Berichterstattung von Liquiditäts-, Kredit-, Markt-, Unternehmens-, Modell- und operationellen Risiken. Für bestimmte Risiken werden die Rahmen von anderen Infrastrukturfunktionen gemäß dem Geschäftsverteilungsplan festgelegt.

Der Risikovorstand trägt direkte Managementverantwortung für das Chief Risk Office. Risikomanagement- und Kontrollpflichten sind im Wesentlichen spezialisierten Risikomanagementeinheiten zugewiesen, die folgende Schwerpunkte haben:

- Spezielle Risikoarten
- Risiken in bestimmten Geschäftsbereichen
- Risiken in bestimmten Regionen

Diese spezialisierten Risikomanagementeinheiten gehen grundsätzlich folgenden Kernaufgaben nach:

- Überprüfung der Konsistenz des vom Vorstand festgelegten Risikoappetits, der auf die Unternehmensbereiche und deren Geschäftseinheiten angewandt wird
- Festlegung und Implementierung von Risiko- und Kapitalmanagementgrundsätzen, -verfahren und -methoden, die für die verschiedenen Geschäftsaktivitäten der Unternehmensbereiche angemessen sind
- Einführung und Genehmigung von Risikolimiten
- Regelmäßige Überprüfung der Portfolios, um sicherzustellen, dass sich die Risiken innerhalb annehmbarer Parameter bewegen
- Entwicklung und Einführung geeigneter Risiko- und Kapitalmanagementinfrastrukturen und -systeme für die jeweiligen Unternehmensbereiche

Die Finanz- und Risikofunktionen sind unabhängig voneinander und von den Geschäftsbereichen tätig und tragen die gemeinsame Verantwortung für die Quantifizierung und Überprüfung der von der Bank übernommenen Risiken.

Identifizierung und Bewertung des Risikos

Die Risiken, denen der Geschäfts- und Infrastrukturbetrieb der Deutschen Bank ausgesetzt ist, werden regelmäßig identifiziert, auch unter gestressten Bedingungen. Der Prozess berücksichtigt Beiträge der ersten Verteidigungslinie, sowie der zweiten Verteidigungslinie, wo die Wesentlichkeit der identifizierten Risiken im Hinblick auf ihre Schwere und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet wird. Die Bewertung der laufenden Risiken wird ergänzt durch die vorausschauende Betrachtung aufkommender Risiken. Dieser Prozess der Risikoidentifikation und -bewertung führt zu dem Risikoinventar, das die wesentlichen Risiken des Konzerns erfasst und, wo relevant der Geschäftsbereiche, Tochtergesellschaften und Filialen.

Regelmäßige Aktualisierungen des Risikoinventars werden dem Group Risk Committee und der Geschäftsleitung zur Überprüfung und kritischen Würdigung vorgelegt und fließen anschließend in die wichtigsten Risikomanagement-prozesse ein. Dazu gehört die Entwicklung von Stressszenarien, die auf das Risikoprofil der Deutschen Bank zugeschnitten sind und in die Festlegung und Überwachung des Risikoappetits einfließen. Die Risiken im Risikoinventar werden außerdem den Risikoarten in der Risikoarten-Taxonomie zugeordnet.

Risikoappetit und Risikokapazität

Der Risikoappetit drückt die Gesamthöhe und die Arten von Risiken aus, die die Deutsche Bank bereit ist einzugehen, um ihrer strategischen Ziele zu erreichen. Er wird anhand von quantitativen Messgrößen und qualitativen Aussagen festgelegt. Die Risikokapazität ist definiert als das maximale Risikoniveau, das die Deutsche Bank hinsichtlich ihrer Kapital- und Liquiditätsbasis, Risikomanagement- und Steuerungsfähigkeiten sowie regulatorischer Anforderungen eingehen kann.

Der Risikoappetit ist ein integraler Bestandteil der Prozesse zur Entwicklung des Risikoplans und der Strategie, sodass sichergestellt ist, dass Risiko-, Kapital- und Performanceziele, auch unter Berücksichtigung von Risikokapazität, Risikorendite und Risikoappetit für finanzielle und nicht-finanzielle Risiken, abgestimmt sind. Zudem wird getestet, ob der Risikoplan auch unter Marktstresssituationen im Einklang mit dem Risikoappetit und der Risikokapazität ist. Der Top-down ermittelte Risikoappetit dient als Limit für die Risikobereitschaft bei der Bottom-up-Planung durch die Geschäftsbereiche.

Der Vorstand überprüft und genehmigt den Risikoappetit und die Risikokapazität jährlich oder – bei unerwarteten Änderungen des Risikoumfelds – auch in kürzeren Abständen, um sicherzustellen, dass diese der Konzernstrategie, dem Geschäftsumfeld, den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie den Anforderungen der Interessengruppen entsprechen.

Um den Risikoappetit und die Risikokapazität zu bestimmen, werden auf Konzernebene unterschiedliche zukunftsgerichtete Limite und Schwellenwerte festgelegt, und Eskalationsmechanismen zur Ergreifung erforderlicher Maßnahmen definiert. Risikokennzahlen werden gewählt, welche die wesentlichen Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, und die Finanzlage insgesamt reflektieren. Zudem wird das Governance-Rahmenwerk für das Risiko- und Sanierungsmanagement mit dem Rahmenwerk für den Risikoappetit verbunden.

Berichte, die das Risikoprofil der Deutschen Bank mit dem Risikoappetit und der Risikostrategie vergleichen, sowie ihre Überwachung hiervon, werden regelmäßig dem Vorstand präsentiert. Für den Fall, dass die Risikoappetitschwelle überschritten wird, kommt eine vordefinierte Eskalationsmatrix zur Anwendung, sodass diese Verstöße den entsprechenden Ausschüssen gemeldet werden.

Systeme zur Messung und Berichterstattung von Risiken

Übersicht

Die Systeme zur Messung von Risiken der Deutschen Bank unterstützen das aufsichtsrechtliche Meldewesen, externe Veröffentlichungen und die interne Managementberichterstattung über alle Risikoarten hinweg. Die Risiko-Infrastruktur umfasst die relevanten Konzerngesellschaften sowie Unternehmensbereiche und bildet die Grundlage für die regelmäßige sowie Ad-hoc-Berichterstattung zu Risikopositionen, Kapitaladäquanz und Limit-, Schwellenwert- oder Zielgrößeninanspruchnahmen an die zuständigen Funktionen. Etablierte Einheiten innerhalb der CFO- und CRO-Abteilung übernehmen die Verantwortung für die Messung, Analyse und Berichterstattung. Dabei stellen sie die erforderliche Qualität und Integrität der risikobezogenen Daten sicher und berücksichtigen soweit erforderlich die Grundsätze für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung gemäß der Verordnung Nr. 239 des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht ("BCBS 239"). Die Risikomanagementsysteme des Konzerns werden nach einem risikobasierten Prüfungsansatz durch die Konzernrevision überprüft.

Die Risikoberichterstattung stellt einen integralen Bestandteil der ganzheitlichen Risikosteuerung dar und ist dem Aufbau der Organisation angepasst, um konsistente Informationen zum Konzern, wesentlichen Konzerngesellschaften sowie aufgeschlüsselt nach Risikoarten, Unternehmensbereichen und wesentlichen Geschäftsbereichen bereitzustellen.

Die folgenden Grundsätze kommen bei der Risikoberichterstattung und Überwachung zur Anwendung:

- Die Deutsche Bank überwacht eingegangene Risiken unter Berücksichtigung des Risikoappetits auf verschiedenen Ebenen der Organisation, zum Beispiel auf Konzernebene, auf Unternehmensbereichsebene, auf Ebene der wesentlichen Geschäftsbereiche und Konzerngesellschaften, beziehungsweise in Abhängigkeit von Risikoart, Assetklasse, Portfolio und Geschäftspartner
- Die Risikoberichterstattung muss akkurat, klar, nützlich und vollständig sein und validierte Risikodaten in gut verständlicher Art und Weise vermitteln, um sicherzustellen, dass das finanzielle und nicht finanzielle Risikoprofil der Bank gut verständlich ist
- Hochrangige Risikomanagement-Komitees, wie zum Beispiel das Group Risk Committee, als auch der Vorstand, die für das Risiko- und Kapitalprofil verantwortlich sind, erhalten regelmäßig, und sofern notwendig, ad-hoc Berichte
- Spezialisierte Teams innerhalb der Deutschen Bank steuern proaktiv wesentliche finanzielle und nicht finanzielle Risiken und müssen sicherstellen, dass die erforderlichen Managementinformationen vorhanden sind, um Risiken proaktiv zu erkennen und zu kontrollieren und um zu hohe Konzentrationen innerhalb eines bestimmten Risikotyps und Risikotyp-übergreifend zu vermeiden („cross risk"-Perspektive)

Durch die Anwendung der oben genannten Grundsätze erreicht die Deutsche Bank eine gemeinsame Grundlage für alle Risikoberichte, die darauf abzielt, gesonderte Berichterstattungsmaßnahmen zu minimieren, um sicherzustellen, dass die Deutsche Bank konsistente Informationen bereitstellt, die sich nur in Bezug auf Granularität und Zielgruppenfokussierung unterscheiden.

Wichtige Risikokennzahlen

Die Bank identifiziert eine große Anzahl von Kennzahlen innerhalb ihrer Risikosysteme, die das aufsichtsrechtliche Berichtswesen und externe Offenlegungen sowie das interne Management-Reporting über unterschiedliche Risiken hinweg und für wesentliche Risikoarten unterstützen. Die Deutsche Bank bezeichnet die wichtigste Untergruppe dieser Kennzahlen als Wichtige Risikokennzahlen ("Key Risk Metrics"), für die die Bank einen Appetit, ein Limit, einen Schwellenwert oder eine Zielgröße auf Konzernebene vorgibt und/oder die routinemäßig der Geschäftsleitung zur Diskussion oder Entscheidungsfindung vorgelegt werden. Zu den identifizierten wichtigen Risikokennzahlen gehören Kapitaladäquanz- und Liquiditätskennzahlen; weitere Details befinden sich im Abschnitt „Wichtige Risikokennzahlen" am Anfang des Risikoberichts.

Wichtige Risikoberichte

Während eine große Anzahl von Berichten in der gesamten Bank Verwendung findet, bezeichnet die Deutsche Bank die wichtigste Untergruppe von diesen als wichtige Risikoberichte („Key Risk Reports"). Diese leisten einen kritischen Beitrag dazu, das Risikomanagement-Rahmenwerk der Deutschen Bank durch die Bereitstellung von Risikoinformationen an das obere Management zu unterstützen, und ermöglichen zuständigen Gremien, die Risiken der Bank wirksam zu überwachen, zu steuern und zu kontrollieren. Um sicherzustellen, dass die Key Risk Reports den Bedürfnissen der Empfänger entsprechen, überprüfen die berichterstellenden Funktionen regelmäßig, ob die Key Risk Reports klar und nützlich sind.

Die wesentlichen Berichte zur Steuerung des Risiko- und Kapitalprofils, mit denen die zentralen Governance-Gremien der Deutschen Bank über das konzernweite Risikoprofil informiert werden, sind folgende:

- Der monatliche Risiko- und Kapitalprofilbericht ist ein übergreifender Risikobericht und gibt einen umfassenden Überblick über das Risikoprofil der Deutschen Bank; er wird dem Enterprise Risk Committee, dem Group Risk Committee, dem Vorstand und anschließend dem Risikoausschuss des Aufsichtsrats vorgestellt; der Risiko- und Kapitalprofilbericht behandelt risikotypspezifische und geschäftsorientierte Übersichten und übergreifende Risikothemen; darüber hinaus enthält der Risiko- und Kapitalprofilbericht Informationen zu wichtigen Kennzahlen, die den Risikoappetit auf Konzernebene behandeln, und andere wichtigen risikotypspezifische Messgrößen sowie Informationen zu aktuellen Themen in der Risikoentwicklung; diese heben besonders interessante Entwicklungen hervor und informieren über entsprechende Risikomanagementstrategien
- Der wöchentliche Risikobericht (WRR) ist ein wöchentliches Update, das sich mit hoch aktuellen Themen aus den wichtigsten Risikobereichen befasst und jeden Freitag den Mitgliedern des Enterprise Risk Committee, des Group Risk Committee und des Vorstands und anschließend den Mitgliedern des Risikoausschusses des Aufsichtsrats zur Verfügung gestellt wird; der wöchentliche Risikobericht zeichnet sich durch den Ad-hoc-Charakter seiner Kommentare sowie durch die Themenabdeckung aus und konzentriert sich auf die eher volatilen Risikokennzahlen
- Die Deutsche Bank führt konzernweit verschiedene makroökonomische Stresstests durch; ein monatliches Risikoappetit-Szenario dient der Ermittlung und regelmäßigen Überprüfung ihres Risikoappetits für Stressverluste; darüber hinaus gibt es thematische Szenarien (in der Regel einmal pro Quartal); diese werden dem Enterprise Risk Committee zur Diskussion vorgelegt und im Bedarfsfall an das Group Risk Committee eskaliert; die gestressten Kennzahlen werden mit den Schwellenwerten für den Risikoappetit des Konzerns verglichen

Während die oben genannten Berichte auf Konzernebene zur ganzheitlichen Überwachung und Überprüfung des Risikoprofils der Deutschen Bank verwendet werden, gibt es weitere, ergänzende Standard- und Ad-hoc-Managementberichte, unter anderem für Risikotypen oder Fokus-Portfolios, die zur Überwachung und Steuerung des Risikoprofils genutzt werden.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Strategie- und Kapitalplan

Die Deutsche Bank führt jährlich einen integrierten strategischen Planungsprozess durch, der die Entwicklung der zukünftigen strategischen Ausrichtung des Konzerns und der darunterliegenden individuellen Geschäftsbereiche widerspiegelt. Der strategische Plan zielt unter anderem darauf ab, eine ganzheitliche Perspektive zu entwickeln, die Kapital, Refinanzierung und Risiko unter Renditegesichtspunkten berücksichtigt. Dieser Prozess übersetzt die langfristigen strategischen Ziele der Bank in messbare kurz- und mittelfristige Finanzziele und Ambitionen und erlaubt eine unterjährige Überprüfung der Zielerreichung und deren Steuerung. Dabei sollen Wachstumsmöglichkeiten identifiziert werden, die eine nachhaltige Ertragsentwicklung unter Berücksichtigung der damit verbundenen Risiken ermöglichen und die eine entsprechende Allokation des verfügbaren Kapitals erlauben. Risikospezifische Portfoliostrategien ergänzen diesen Rahmen und erlauben eine weiterführende Umsetzung der Risikostrategie auf Portfolioebene, die Besonderheiten der Risikoarten sowie Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Der strategische Planungsprozess umfasst zwei Phasen: eine Zielfestsetzung durch die Leitungsebene, sowie eine detaillierte Substanzierung durch die Geschäftsbereiche.

In der ersten Phase – der Zielfestsetzung durch die Leitungsebene – werden die Kernziele für die Gewinn- und Verlustrechnung (inklusive Erträgen und Kosten), Rendite auf das materielle Eigenkapital, Aufwand-Ertrag-Relation, Kapitalangebots- und Kapitalbedarfsentwicklung sowie Refinanzierung und Liquidität für den Konzern wie auch die Hauptgeschäftsbereiche definiert und diskutiert. Der makroökonomische Ausblick, sowie die Erwartungen bezüglich des aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks sind die Basis für die Zielfestsetzung. Die Ziele und Ambitionen für den Konzen und die einzelnen Geschäftseinheiten werden vom Vorstand kritisch geprüft und genehmigt.

In der zweiten Phase werden die gesetzten Ziele über detaillierte Pläne der Geschäftseinheiten substantiiert. Dies umfasst einen monatlichen operativen Plan für das erste Planjahr; die Jahre zwei bis drei werden in Quartalen geplant, und die Jahre vier und fünf werden als Jahrespläne ausformuliert. Die vorgeschlagenen Detailpläne werden von Finance und Risk einer kritischen Prüfung unterzogen und mit jedem Geschäftsbereichsleiter einzeln erörtert. Dabei werden die Besonderheiten des Geschäftsbereichs berücksichtigt und konkrete Ziele vereinbart, die alle darauf ausgerichtet sind, die Strategie der Bank zu unterstützen. Die Detailpläne enthalten Ziele für wichtige Gesellschaften, um die lokale Risiko- und Kapitalausstattung zu prüfen. Stresstests ergänzen den strategischen Plan, um auch gestresste Marktbedingungen zu würdigen.

Der resultierende Strategie- und Kapitalplan wird dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt und anschließend dem Aufsichtsrat präsentiert.

Der Strategie- und Kapitalplan ist darauf ausgerichtet die Strategie des Konzerns, das heißt beschleunigtes Wachstum durch die Skalierung der Globalen Hausbank, sowie die langfristigen Ambitionen der Bank zu unterstützen, der europäische Champion im Banking zu werden. Der Strategie- und Kapitalplan stellt insgesamt sicher, dass die Bank:

- Ein ausgewogenes risikoadjustiertes Ergebnis in allen Geschäftsbereichen und -einheiten erreicht
- Hohe Risikomanagementstandards mit speziellem Fokus auf Risikokonzentrationen hält
- Aufsichtsrechtliche Anforderungen einhält
- Eine starke Kapital- und Liquiditätsposition sicherstellt
- Mit einer stabilen Refinanzierungs- und Liquiditätsstrategie die Geschäftsplanung innerhalb der Liquiditäts-risikotoleranz sowie der aufsichtsrechtlichen Vorgaben unterstützt

Der Strategie- und Kapitalplanungsprozess ermöglicht der Deutschen Bank damit die:

- Festlegung ertrags- und risikobezogener Kapitaladäquanzziele unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung und der Geschäftspläne
- Bewertung der Kapitaladäquanz mit Blick auf interne und externe Anforderungen (d. h. in Bezug auf das ökonomische Kapital und das aufsichtsrechtliche Eigenkapital)
- Durchführung angemessener Stresstests zur Ermittlung der Auswirkungen auf Kapitalbedarf, Kapitalangebot und Liquiditätsposition

Alle extern kommunizierten finanziellen Ziele werden in entsprechenden Leitungsgremien laufend überwacht. Bei Absehbarkeit der Verfehlung eines Zieles werden mögliche Alternativstrategien diskutiert, um auf dem Weg zur Erreichung der Ziele zu bleiben. Änderungen des Strategie- und Kapitalplans müssen vom Vorstand genehmigt werden. Die Erfüllung der extern kommunizierten Solvabilitätsziele stellt sicher, dass die Bank auch jene solvabilitätsbezogenen Anforderungen erfüllt, die ihre Herkunftslandaufsichtsbehörde für den Konzern im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process; SREP) kommuniziert hat.

Stresstests

Die Deutsche Bank hat ein Stresstest-Rahmenwerk implementiert, um den internen und externen Anforderungen zu genügen. Die Stresstests umfassen sowohl die Bewertung weltweiter makroökonomischer Abschwünge als auch gezieltere Stresstests, die Risiken zu den Themen Klima- und Cyberrisiken bewerten. Interne Stresstests basieren auf intern entwickelten Modellen und werden in verschiedenen Risikomanagementprozessen (risikoartenspezifisch als auch risikoartenübergreifend) verwendet. Sie sind damit ein integraler Bestandteil des Risikomanagement-Rahmenwerks und vervollständigen traditionelle Risikomaße. Das risikoartenübergreifende Stresstest Rahmenwerk, der gruppenweite Stresstest (GWST), unterstützt eine Reihe von Gesamtbanksteuerungsprozessen wie den strategischen Planungsprozess, den ICAAP, das Rahmenwerk zur Setzung von Risikoappetit, sowie die Allokation von materiellem Eigenkapital auf die Geschäftsbereiche. Die Bank führt einen für die Kapitalplanung relevanten Stresstest durch, um die Umsetzbarkeit des Kapitalplans bei ungünstigen Marktgegebenheiten zu bewerten und einen klaren Zusammenhang zwischen Risikotoleranz, Geschäftsstrategie, Kapitalplan und Stresstests aufzuzeigen. Die regulatorischen Stresstests, z. B. der EBA-Stresstest und der U.S.-basierte CCAR (Comprehensive Capital Analysis and Review) Stresstest, folgen streng den von den jeweiligen Regulatoren publizierten Methodenanforderungen.

Die Deutsche Bank führt regelmäßig interne Stresstests durch, um die Auswirkungen von erheblichen Konjunkturabschwüngen sowie adverser bankspezifischer Ereignisse auf das eigene Risikoprofil und die Finanzlage zu bewerten. Das Stresstest-Rahmenwerk umfasst regelmäßige sensitivitätsbasierte und szenariobasierte Ansätze und adressiert verschiedene Schweregrade und unterschiedliche räumliche Ausdehnung. In den Stresstests werden alle wesentlichen Risikoarten erfasst. Die Aktivitäten umfassen portfolio- und länderspezifische Stresstests, aufsichtsrechtliche Anforderungen wie jährliche Reverse-Stresstests und zusätzlich von Regulatoren auf Konzern- oder Tochtergesellschaftslevel angeforderte Stresstests. Alle Methoden werden vom Deutsche-Bank-internen Validierungsteam (Model Risk Management) regelmäßig geprüft, um sicherzustellen, dass die Auswirkungen eines gegebenen Szenarios korrekt erfasst werden. Außerdem wird das konzernweite Stresstest-Rahmenwerk regelmäßig von der internen Revision der Deutschen Bank überprüft.

In der ersten Phase der internen risikoartenübergreifenden Stresstests (GWST) definiert Enterprise and Treasury Risk Management (ETRM) Risk Research in Zusammenarbeit mit Experten aus dem Marktbereich ein makroökonomisches Krisenszenario. ETRM Risk Strategy pflegt ein Risikoradar, das wichtige Risikotrends und aufkommende Risikothemen abbildet, einschließlich politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen, die für die Gestaltung dieser Krisenszenarien relevant sind. Anhand von quantitativen Modellen und Expertenschätzungen werden ökonomische Parameter wie Wechselkurse, Zinsen, BIP-Wachstum oder Arbeitslosenquoten entsprechend festgelegt und definieren das Narrativ, unter dem die Kapitalposition der Bank untersucht wird. Die Beschreibung des Szenarios wird von Experten in den jeweiligen Risikoeinheiten in spezifische Risikoparameter übersetzt. Im Rahmen der internen Stresstestmodelle werden die folgenden Messgrößen unter Stress ermittelt: Risikogewichtete Aktiva, Ökonomisches Kapital pro Risikotyp und die Auswirkung auf die Erträge und Verluste der Bank. Diese Ergebnisse werden auf Konzernebene aggregiert und wesentliche Größen wie die Kernkapitalquote, die Gesamtkapitalquote, die interne Kapitaladäquanzquote, die Verschuldungsquote sowie die Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten (MREL) unter Stress hergeleitet. Ebenso werden Stresseffekte für die Liquiditäts-Deckungsquote (LCR) sowie andere Liquiditätsindikatoren ermittelt. Der Zeithorizont der internen Stresstests beträgt zwischen einem und fünf Jahren, je nach Anwendungsfall bzw. Szenario. Die Stress-Ergebnisse werden in der Stress Working Group (SWG) diskutiert und reviewt. Nach Vergleich mit der festgelegten Risikotoleranz wird bei Bedarf eine spezifische Risikominderungsstrategie entwickelt und angewandt, um den Schweregrad der Stresstestergebnisse zu reduzieren, wenn bestimmte Grenzwerte überschritten werden. Darüber hinaus werden Stresstestergebnisse in der Sanierungsplanung berücksichtigt. Dies ist in einer existenziellen Krisensituation für die Sanierungsfähigkeit der Bank unerlässlich. Das Ergebnis wird dem Senior Management und schließlich dem Vorstand vorgestellt, um Bewusstsein auf höchster Ebene zu schaffen. Es gibt einen wesentlichen Einblick in geschäftsbereichspezifische Schwachstellen und trägt zur Gesamtbewertung des Risikoprofils der Bank bei.

Die im Jahr 2025 durchgeführten konzernweiten Stresstests zeigten, dass die Bank zusammen mit den verfügbaren Risikominderungsmaßnahmen gemäß dem Sanierungsplan ausreichend kapitalisiert bleibt, um den intern festgelegten Stress-Exit-Level zu erreichen.

Neben den oben genannten Stresstests wird üblicherweise jährlich ein risikoartenübergreifender Reverse-Stresstest auf Basis des GWST-Rahmenwerks durchgeführt, um das Geschäftsmodell auf Nachhaltigkeit zu überprüfen. Der Stresstest basiert auf hypothetischen makroökonomischen Szenarien und idiosynkratischen Ereignissen, die von den individuellen Risikoabteilungen als relevant erachtet werden und ernsthafte Auswirkungen auf die Ergebnisse der Bank haben können. Vergleicht man die resultierenden hypothetischen Szenarien, die zum maximal verkraftbaren Verlust führen, mit dem derzeitigen makroökonomischen Umfeld, ist der Eintritt des Szenarios als sehr unwahrscheinlich zu bewerten. Daher sieht die Bank die Geschäftskontinuität als nicht gefährdet.

Im Geschäftsjahr 2025 hat die Bank zwei unterschiedliche adverse makroökonomische Szenarien im Rahmen der Strategischen Planung angewandt. Dabei wurde einerseits ein schweres "EU-led global recession" Szenario eingesetzt, welches durch ein weiteres Hochzins-Szenario ("Severe Trade War") ergänzt wurde. Darüber hinaus wurden weitere Szenarien entwickelt, um den erhöhten geopolitischen Unsicherheiten Rechnung zu tragen (z. B. "U.S. crisis of confidence" Szenario).

Zusätzlich zu dem GWST, welcher alle materiellen Risikoarten und die wesentlichen Ertragsmetriken umfasst, sind gemäß den regulatorischen Anforderungen für alle relevanten Risikoarten individuelle Stresstestprogramme implementiert. Weitere Informationen zu den jeweiligen Stresstestprogrammen finden sich in den Abschnitten, welche die Methoden in den Risikoarten beschreiben.

Im Jahr 2025 hat die Deutsche Bank am regelmäßig wiederkehrenden EBA-Stresstest teilgenommen, der die Widerstandsfähigkeit europäischer Banken prüft. Das Ergebnis des Stresstests beeinflusst die Säule-2-Empfehlung (P2G) zur Kernkapital- sowie Verschuldungsquote und bildet die Grundlage für die Säule-2-Anforderung (P2R). Im Vergleich zu früheren vergleichbaren Stresstests konnte Deutsche Bank die Stressanfälligkeit der Kernkapitalquote unter dem adversen Szenario verringern, was auf eine verbesserte Profitabilität zurückzuführen ist.

Die Tochtergesellschaft der Deutschen Bank in den USA, DB USA Corporation, hat im Jahr 2025 auch an einem regulatorischen Stresstest, dem U.S.-basierten CCAR-Stresstest, der gemäß des U.S. Dodd-Frank Act durchgeführt wurde, teilgenommen. Der CCAR-Stresstest geht mit einer Veröffentlichung der Kapitalquoten unter Stress für DB USA Corporation und DWS USA Corporation durch die Federal Reserve Bank (FRB) einher. Die Ergebnisse zeigten, dass beide Entitäten auch unter einem hypothetischen, schwerwiegenden Stressszenario ausreichend kapitalisiert bleiben.

Die Deutsche Bank hat im Jahr 2025 auch einen Klimastresstest durchgeführt, der transitorische wie auch physische Risiken über kurze, mittlere sowie langzeitige Horizonte einschließt. Der Stresstest umfasste Portfolios aus verschiedenen Risikoarten, die im Hinblick auf das Klimarisiko als wesentlich erachtet wurden. Die Resultate werden in relevante Bankprozesse wie beispielsweise die Geschäftsplanung, Risikoappetit und ICAAP integriert.

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

In der EU zielen die Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-VO) sowie die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) darauf ab, die Wahrscheinlichkeit einer weiteren Finanzkrise zu verringern, die Widerstandsfähigkeit von Instituten in Stresssituationen zu erhöhen und schließlich die langfristige Stabilität der Finanzsysteme zu unterstützen, ohne den Steuerzahler potenziellen Verlusten auszusetzen.

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen der SRM-VO und der BRRD, die im Wesentlichen durch das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (SAG) in Deutschland umgesetzt wurde, hält die Bank ein Rahmenwerk für die Sanierungs- und Abwicklungsplanung, vor welches darauf ausgerichtet ist, die Auswirkungen unerwünschter Ereignisse auf den Konzern koordiniert und rechtzeitig zu identifizieren und zu bewältigen.

Die Bank erstellt und pflegt einen Konzern-Sanierungsplan, der Maßnahmen beschreibt, welche die finanzielle Situation der Bank nach einer signifikanten Verschlechterung wieder verbessern. Der Konzern-Sanierungsplan wird jährlich aktualisiert und durch den Vorstand der Deutschen Bank genehmigt.

Im Gegensatz dazu wird der Konzernabwicklungsplan von den Abwicklungsbehörden und nicht von der Bank selbst erstellt. Die Deutsche Bank arbeitet eng mit dem Einheitlichen Abwicklungsausschuss (Single Resolution Board, SRB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zusammen und unterstützt diese bei der Entwicklung des Gruppenabwicklungsplans für die Deutschen Bank gemäß eines Single Point of Entry Open Bank Bail-in als die bevorzugte Abwicklungsstrategie. Unter einer Single Point of Entry Open Bank Bail-in Strategie würde die Konzernmuttergesellschaft (Deutsche Bank AG) über eine Herabschreibung oder Umwandlung von Kapitalinstrumenten (hartes Kernkapital, zusätzliches Kernkapital, Ergänzungskapital) und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten rekapitalisiert, um den gesamten Konzern zu stabilisieren. Innerhalb eines Monats nach der Anwendung eines Bail-in ist ein Institut gemäß BRRD (wie im SAG umgesetzt) verpflichtet, einen Reorganisationsplan vorzulegen, welcher die Ursachen für die Bestandsgefährdung adressiert und die langfristige Überlebensfähigkeit der Bank wiederherstellt. Um die operative Kontinuität der Bank für die Abwicklungsplanung weiter zu verbessern, hat die Deutsche Bank im Vorfeld zusätzliche Vorbereitungen weitestgehend abgeschlossen wie z. B. die Aufnahme von Klauseln zur Aussetzung von Beendigungsrechten in Finanzverträgen mit Kunden, welche nicht dem EU-Recht unterliegen und die Aufnahme von Kontinuitätsbestimmungen in wichtigen Dienstleistungsverträgen. Finanz- und Dienstleistungsverträge welche EU-Recht unterliegen sind bereits durch gesetzliche Bestimmungen, die eine Beendigung allein aufgrund einer Abwicklungsmaßnahme verhindern, abgedeckt. Die Deutsche Bank testet regelmäßig die Fähigkeiten und Prozesse, die zur Umsetzung der bevorzugten Abwicklungsstrategie notwendig sind. Darüber hinaus analysiert die Bank in enger Abstimmung mit dem SRB und der BaFin die Kombination weiterer Abwicklungstools als Variante zur bevorzugten Abwicklungsstrategie. Dies beinhaltet die Möglichkeit der Kombination des Bail-in mit den Mechanismen der Unternehmensveräußerung ("Sale of Business"), der Übertragung auf eine Vermögensverwaltungsgesellschaft ("Asset Management Vehicle"), und der Übertragung auf ein Brückeninstitut ("Bridge Bank").

In den USA ist die Deutsche Bank gemäß Titel I des Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act (der Dodd-Frank Act) in seiner aktuellen Fassung verpflichtet, entweder einen vollständigen oder eine gezielte Aktualisierung des Abwicklungsplans („U.S. Resolution Plan") zu erstellen und bei dem Federal Reserve Board (FRB) und der Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) einzureichen. Der U.S. Resolution Plan muss nachweisen, dass die Deutsche Bank AG in der Lage ist, eine Strategie für die geordnete Abwicklung ihrer benannten wichtigsten Geschäfte und operativen Tätigkeiten in den USA auszuführen und umzusetzen. Für ausländische Unternehmen, die diesen Anforderungen an die Abwicklungsplanung unterliegen wie die Deutsche Bank AG, bezieht sich der U.S. Resolution Plan nur auf Tochtergesellschaften, Niederlassungen, Geschäftsstellen und Geschäftsaktivitäten, die insgesamt in den USA angesiedelt sind oder in weiten Teilen dort betrieben werden. Der U.S.-Abwicklungsplan der Deutschen Bank beschreibt die Strategie für die wichtigsten Geschäfte und operativen Tätigkeiten der Bank in den USA und schreibt vor, dass die DB USA Corporation, eine der zwischengeschalteten Holdinggesellschaften der Bank, ihren wichtigsten U.S.-Tochtergesellschaften die notwendige Liquiditäts- und Kapitalunterstützung gewähren und deren Abwicklung als Teilverkauf oder solventer Auflösung außerhalb der anwendbaren Abwicklungsverfahren sicherstellen würde (Single Point of Entry Strategie). Die Deutsche Bank hat ihren letzten vollständigen U.S.-Abwicklungsplan fristgerecht zum 1. Oktober 2025 eingereicht. Die nächste Einreichung eines gezielten U.S.-Abwicklungsplans ist bis zum 1. Juli 2028 fällig.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Steuerung der Risikoarten

Kapitalrisikomanagement

Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP

Der Prozess zur Sicherstellung der angemessenen Abdeckung der Risiken mit Kapital, Internal Capital Adequacy Assessment Process („ICAAP"), des Deutsche Bank Konzerns besteht aus den folgenden Komponenten, die sicherstellen, dass die Deutsche Bank ausreichend Kapital vorhält zur Deckung der Risiken, denen die Bank auf kontinuierlicher Basis ausgesetzt ist:

- Identifikation und Bewertung des Risikos: Der Risikoidentifikationsprozess bildet die Grundlage des ICAAP und ermittelt das Risikoinventar für den Konzern; alle identifizierten Risiken werden auf ihre Wesentlichkeit bewertet; weitere Informationen finden Sie im Abschnitt „Identifikation und Bewertung des Risikos"
- Kapitalbedarf/Risikobewertung: Risikobewertungsmodelle werden angewendet zur Quantifizierung des regulatorischen und ökonomischen Kapitalbedarfs, der erforderlich ist, um alle wesentlichen Risiken abzudecken, ausgenommen solche, die nicht angemessen durch Kapital abgesichert werden können, wie z. B. Liquiditätsrisiko; weitere Informationen finden sich in den Abschnitten „Risikoprofil" und „Kapital, Verschuldungsquote, TLAC und MREL"
- Kapitalangebot: Die Quantifizierung des Kapitalangebotes bezieht sich auf die Definition der verfügbaren Kapitalressourcen zur Abdeckung unerwarteter Verluste; weitere Informationen finden sich in den Abschnitten „Kapital, Verschuldungsquote, TLAC und MREL" und „Ökonomische Kapitaladäquanz"
- Risikoappetit: Die Deutsche Bank hat eine Reihe von qualitativen Aussagen, quantitativen Messgrößen, und Schwellenwerten festgelegt, die das Risiko festlegen, das die Deutsche Bank für das Erreichen ihrer strategischen Ziele bereit ist zu tragen; Schwellenwert Verletzungen unterliegen einem speziellen Governance-Rahmen, der Managementmaßnahmen auslöst, um die Kapitaladäquanz abzusichern; weitere Informationen finden sich in den Abschnitten „Risikoappetit und Risikokapazität" und „Kapitalrisikolimits"
- Kapitalplanung: Die Risikoappetit-Schwellenwerte für Kapitaladäquanzkennzahlen stellen Grenzen dar, die im strategischen Plan der Bank eingehalten werden müssen, um die Kapitaladäquanz auf einer vorausschauenden Basis zu sichern; weitere Informationen finden sich im Abschnitt „Strategie- und Kapitalplan"
- Stresstests: Kapitalplanzahlen werden in verschiedenen Stresstestszenarien bewertet, um die Widerstandsfähigkeit und Risikotragfähigkeit der Bank zu belegen; die regulatorischen und ökonomischen Kapitaladäquanzkennzahlen unterliegen zudem während des gesamten Jahres regelmäßigen Stresstests, um die Kapitalposition der Deutschen Bank in hypothetischen Stressszenarien laufend zu überprüfen und Schwachstellen unter Stress zu identifizieren; weitere Informationen finden sich im Abschnitt „Stresstests"
- Kapitaladäquanzbewertung: Obwohl die Kapitaladäquanz während des gesamten Jahres kontinuierlich überwacht wird, schließt der ICAAP mit einer speziellen jährlichen Beurteilung der Risikotragfähigkeit ab; die Bewertung besteht aus einer Erklärung des Vorstands zur Angemessenheit der Kapitalausstattung (Capital Adequacy Statement – CAS), die mit spezifischen Schlussfolgerungen und Managementmaßnahmen verknüpft ist, welche ergriffen werden müssen, um die Kapitaladäquanz vorausschauend sicherzustellen

Im Rahmen des ICAAP unterscheidet die Bank zwischen einer normativen und einer ökonomischen internen Perspektive. Die normative interne Perspektive bezieht sich auf den internen Prozess, in dessen Rahmen in einer Mehrjahresbetrachtung die Fähigkeit beurteilt wird, die laufende Einhaltung aller kapitalbezogenen gesetzlichen Verpflichtungen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen abzusichern. Die ökonomische interne Perspektive bezieht sich auf den internen Prozess zur Sicherstellung der Kapitaladäquanz unter Verwendung von internen, ökonomischen Risikobewertungsmodellen und der internen, ökonomischen Definition des Kapitalangebots. Beide Perspektiven haben zum Ziel, die dauerhafte Fortführung der Unternehmenstätigkeit des Konzerns abzusichern, sowohl unter einem Basisszenario als auch einem adversen Szenario.

Kapitalrisikorahmenwerk

Kapitalrisiko ist definiert als das Risiko, dass die Bank über eine unzureichende Höhe oder Zusammensetzung der Kapitalausstattung verfügt, um ihre laufenden und geplanten Geschäftsaktivitäten und die damit verbundenen Risiken unter normalen und Stress-Bedingungen zu unterstützen.

Der Kapitalrisikorahmen der Bank besteht aus mehreren Elementen, die sicherstellen sollen, dass die Bank kontinuierlich eine angemessene Kapitalausstattung zur Deckung der eingegangenen Risiken aufrechterhält. Das Rahmenwerk ist eng in den bankweiten strategischen Planungsprozess integriert und eng mit dem internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess verknüpft (siehe Abschnitt "Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess" für weitere Details). Treasury und die Geschäftsbereiche sind die wichtigsten Risikomanager für die damit verbundenen Risiken und stellen die 1. LoD dar. Enterprise & Treasury Risk Management fungiert als 2. LoD für das Kapitalrisiko.

Enterprise & Treasury Risk Management legt das Rahmenwerk für das Kapitalrisiko fest, bewertet das Kapitalrisikoprofil und sorgt für eine unabhängige Überprüfung. Dazu gehört auch die Festlegung von Limits für den Risikoappetit bei den wichtigsten Kapitalkennzahlen. Die Limits bilden auch die Grenzen für den Kapitalplan und sind vollständig in die regelmäßige Bewertung des Kapitalrisikos unter Stressszenarien integriert.

Die Treasury-Abteilung der Deutschen Bank steuert die Solvabilität, die Kapitaladäquanz, die Verschuldungsquote und die Abwicklungskapazität auf Konzernebene und auf lokaler Ebene in jeder Region, je nach Notwendigkeit. Treasury entwickelt den Kapitalplan, der vom Vorstand genehmigt wird. Treasury steuert, direkt oder durch das Group Asset and Liability Committee, unter anderem, die Emission sowie den Rückkauf von Aktien und Kapitalinstrumenten, die Absicherung von Kapitalquoten gegenüber Devisenkursschwankungen, die Allokation von Eigenkapital sowie die regionale Kapitalplanung.

Treasury steuert die Emission und den Rückkauf von Kapitalinstrumenten, das heißt von Tier-1-Kernkapital, zusätzlichen Tier 1-Kapital sowie die Tier-2-Kapital sowie von TLAC/MREL anrechenbaren Schuldtiteln. Treasury beobachtet den Markt für Passiv-Management-Geschäfte fortlaufend.

Treasury steuert ebenso die Sensitivität der harten Kernkapitalquote (CET1) der Bank in Bezug auf Schwankungen von Währungskursen gegenüber dem Euro. Zu diesem Zweck bestimmt Treasury, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt geeignete Absicherungsstrategien und schließt entsprechende Absicherungsgeschäfte innerhalb des vom Vorstand genehmigten Risikoappetits ab. Dabei wird in ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen investiertes Kapital in Fremdwährung entweder vollständig, teilweise oder nicht gegen Währungskursschwankungen abgesichert. Dabei berücksichtigt die Treasury-Abteilung durch Wechselkursänderungen ausgelöste Wertänderungseffekte auf Kapital, Kapitalabzugsposten und risikogewichteten Aktiva in Fremdwährung sowie die verbundenen Absicherungskosten und die Auswirkungen auf Risikoaktiva aus Marktrisiken.

Kapitalrisikolimits

Die Kapitalrisikobereitschaft wird durch Limits für alle relevanten Kennzahlen der Kapitaladäquanz operationalisiert. Überschreitungen dieser Limits unterliegen einem dedizierten Eskalationsprozess, der bis hin zu Maßnahmen gemäß dem Sanierungsplan der Deutschen Bank reicht.

Für die wesentlichen Kapitalquoten werden Limits festgelegt und vom Vorstand im Rahmen des jährlichen Strategie- und Kapitalplans der Deutschen Bank mindestens einmal jährlich überprüft, darunter für die CET1-Quote, die Tier-1-Quote, die Gesamtkapitalquote, MREL und die ECA-Quote. Im Rahmen eines regelmäßigen vierteljährlichen Prozesses genehmigt das Group Risk Committee bereichsspezifische Limits für den Gesamtkapitalbedarf, die Verschuldungsposition und den ökonomische Kapitalbedarf.

Die aufsichtsbehördlichen Kapitalanforderungen ergeben sich grundsätzlich entweder auf Basis der Tier-1-Kernkapitalquote oder der Verschuldungsquote, abhängig davon, welche Anforderung mehr einschränkend wirkt. Für die interne Kapitalallokation erfolgt die Zuteilung auf Basis des kumulierten Beitrags jedes Segments zur Tier-1-Kernkapitalquote des Konzerns, zu seiner Verschuldungsquote und zu seinem Kapitalverlust unter Stressbedingungen. Die Beiträge zu jeder dieser drei Kennzahlen werden zur Berücksichtigung ihrer relativen Bedeutung und des Grades der Einschränkung für den Konzern gewichtet. Die Beiträge zur Tier-1-Kernkapitalquote und zur Verschuldungsquote werden anhand von risikogewichteten Aktiva (RWA) und der Verschuldungsposition (Leverage Ratio Exposure; LRE). Der Kapitalverlust des Konzerns unter Stressbedingungen ist eine Messgröße für das ökonomische Risiko in einem bestimmten Stressszenario. Der Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte werden direkt den Segmenten des Konzerns zugeordnet, um eine Ermittlung des allokierten materiellen Eigenkapitals und der jeweiligen Renditen zu ermöglichen.

Die meisten Tochtergesellschaften und eine Reihe der Niederlassungen der Bank unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Gruppe berücksichtigt die Bank diese gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen in vollem Umfang. Alle wesentlichen Kapitalanforderungen von Niederlassungen und Tochtergesellschaften auf der ganzen Welt werden dem Group Investment Committee vorgelegt und von diesem vor der Ausführung genehmigt.

Unternehmensrisikomanagement

Die Abteilung Enterprise and Treasury Risk Management (ETRM) vermittelt eine ganzheitliche Sicht auf das Risikoprofil der Bank über Risikotypen, Geschäftsbereiche und Regionen. Zu den wichtigsten Aufgaben zählen:

- Festlegung der bankweiten Risikomanagementrichtlinien, einschließlich der Risikomanagementstandards
- Festlegung und Überwachung des bankweiten Risikoappetits sowie Allokation auf die Geschäftsbereiche und Gesellschaften
- Bereitstellung von Erkenntnissen durch Analyse von neu auftretenden Risiken und Trends, zukunftsorientierter Stresstests, Portfoliokonzentrationen, Deep-dive Analysen und Ad-hoc-Berichterstattungen
- Entwicklung und Management des Klimarisikomanagementrahmenwerks
- Bereitstellung von Risikoberichten und -analysen für wichtige Interessengruppen, einschließlich Führungskräften und Aufsichtsbehörden
- Risikokontrollfunktion für Kreditrisiko inklusive Risikorahmenwerk, Risikobereitschaft, Reporting und Portfolio-Analysen sowie Modellüberwachung

Strategisches Risiko

Strategisches Risiko ist das Risiko eines Ertragsausfalls (unter Ausschluss anderer wesentlicher Risiken) aufgrund fehlerhafter Geschäftspläne (gegebenenfalls resultierend aus fehlerhaften Annahmen), ineffektiver Planausführung oder mangelnder Reaktionsfähigkeit auf wesentliche Planabweichungen. Strategische Risiken ergeben sich aus der Abhängigkeit der Bank vom makroökonomischen Umfeld, von Veränderungen in der Wettbewerbslandschaft sowie regulatorischen und technologischen Entwicklungen. Darüber hinaus kann es aufgrund von Fehlern bei der strategischen Positionierung, einer mangelhaften Ausführung der geplanten Strategie und/oder Versagens bei der wirksamen Adressierung von Unterschreitungen der Planziele entstehen.

Der strategische Plan wird jährlich entwickelt und dem Vorstand zur Diskussion und Genehmigung vorgelegt. Der endgültige Plan wird dem Aufsichtsrat vorgelegt. Der Plan wird in einem iterativen Prozess auf seine Annahmen, Glaubwürdigkeit und Integrität hin überprüft. Im Laufe des Jahres wird die Umsetzung der Geschäftsstrategien regelmäßig überwacht, um den Fortschritt bei der Erreichung der strategischen Ziele zu bewerten. Eine ausführlichere Beschreibung dieses Prozesses findet sich im Abschnitt „Strategie- und Kapitalplan".

Das strategische Risiko wird mit Hilfe eines speziellen Risikomodells gemessen, das die potenziellen Verluste quantifiziert, die durch unerwartete Vorsteuer-Gewinneinbußen entstehen, die unter extremen, aber plausiblen Marktbedingungen über einen Zeitraum von 12 Monaten nicht durch Kostensenkungen ausgeglichen werden können. Der strategische Risikoappetit für die Gruppe wird über geeignete Kennzahlen festgelegt.

ETRM ist die unabhängige Risikokontroll-Funktion für Strategische Risiken. Ein Rahmenwerk wurde im Einklang mit den Kontrollstandards der ETRM-Funktion implementiert, welche von der ETRM-Funktion festgelegt wurden. Das Rahmenwerk beinhaltet die Festsetzung des Risikoappetites und der Einhaltung des Monitorings.

Portfolio-Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen beschreiben Häufungen gleicher oder ähnlicher Risikotreiber innerhalb spezifischer Risikoarten (d. h. Intra-Risikokonzentrationen in Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, strategische und operationelle Risiken) sowie in unterschiedlichen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diese treten innerhalb von Kontrahenten, Geschäftsbereichen, Regionen/Ländern, Branchen und Produkten auf. Das Management und die regelmäßige Überwachung von Risikokonzentrationen werden durch einen quantitativen und qualitativen Ansatz erreicht und im Folgenden dargestellt:

- Intra-Risikokonzentrationen werden durch die jeweiligen Risikofunktionen (Unternehmens-, Kredit-, Markt-, Liquiditäts- sowie operationelles Risikomanagement) beurteilt, überwacht und gemindert; dies wird durch die Festlegung von Limits auf verschiedenen Ebenen und/oder das Management entsprechend für jede Risikoart umgesetzt
- Inter-Risikokonzentrationen werden über quantitative Top-down Stresstests und qualitative Bottom-up Bewertungen gesteuert, mit denen Risikothemen unabhängig von der Risikoart ermittelt und bewertet werden; mit der Berechnung der Effekte der Diversifizierung nach Risikoarten wird sichergestellt, dass die Werte des ökonomischen Kapitals der einzelnen Risikoarten auf ökonomisch sinnvolle Weise aggregiert werden

Das Group Risk Committee (GRC) ist das höchste Gremium für die Überwachung der Konzentrationsrisiken.

Umwelt, soziale und Governance-Risiken (ESG-Risiken)

Die Auswirkungen steigender globaler Durchschnittstemperaturen sowie das verstärkte Augenmerk auf den Klimawandel und den Übergang zu einer Netto-Null-Wirtschaft durch Gesellschaft, Regulatoren und den Bankensektor haben zur Entstehung neuer und zunehmender Quellen finanzieller und nichtfinanzieller Risiken geführt. Dazu gehören physische Risiken, die sich aus der zunehmenden Häufigkeit und Schwere von Extremwetterereignissen ergeben, sowie Übergangsrisiken, da kohlenstoffintensive Sektoren voraussichtlich mit höheren Steuern, einer geringeren Nachfrage und einem eingeschränkten Zugang zu Finanzmitteln konfrontiert sein werden. Diese Risiken können sich auf die Deutsche Bank über ein breites Spektrum finanzieller und nichtfinanzieller Risikoarten auswirken. Finanzinstitute sehen sich auch einer verstärkten Beobachtung hinsichtlich Klima- und allgemeineren ESG-bezogenen Fragen durch Regierungen, Regulierungsbehörden, Aktionäre und andere Einrichtungen ausgesetzt, was zu Reputationsrisiken führt, wenn der Konzern nicht – neben anderen Themen – als Unterstützer des Übergangs zu einer kohlenstoffärmeren Wirtschaft, der biologischen Vielfalt und der Menschenrechte wahrgenommen wird.

Die Risikostrategie der Deutschen Bank versteht ESG als ein Thema, das ein breites Spektrum von Fragen im Zusammenhang mit ökologischen, sozialen oder Faktoren bezüglich der Unternehmensführung abbildet und welches mehrere Szenarien oder Risiken betrifft. Es muss sichergestellt werden, dass alle nicht-finanziellen ESG-bezogenen Risiken ermittelt und angemessen bewertet werden, um potenzielle Auswirkungen aufgrund von ESG-Faktoren einzubeziehen. Die Bank muss auch sicherstellen, dass die Kontrollen wirksam sind und etwaige Mängel umgehend eskaliert und behoben werden. Die Deutsche Bank überprüft und verbessert im Einklang mit den regulatorischen Leitlinien regelmäßig ihre Rahmenwerke für das Management von ESG-Risiken, um sicherzustellen, dass ESG-Risiken aktiv gemanagt und Greenwashing-Risiken gemindert werden. Einschränkungen in Bezug auf Daten, Methoden und Industriestandards zur Messung und Bewertung von Klima- und anderen Umweltrisiken führen unverändert zu einem höheren Grad an Unsicherheit in Bezug auf klimabezogene Offenlegungen. ESG-feindliche Maßnahmen, die bereits in einigen Rechtsordnungen eingeführt wurden, werden nun verstärkt und weiter gefasst, was zum Verlust bestehender Geschäfte und zur Unfähigkeit innerhalb dieser Rechtsordnungen neue Geschäfte zu tätigen führen kann, während die Einhaltung der Vorschriften zu Reputationsrisiken führen kann.

Das Management von Risiken aus Umweltfaktoren beruht in erster Linie auf den Netto-Null-Dekarbonisierungszielen der Deutschen Bank für acht Sektoren: Öl und Gas (Erkundung und Förderung), Energieerzeugung, Automobile (PKW), Stahl, Kohlebergbau, Zement, Schifffahrt und Zivile Luftfahrt. Die Wege zur Erreichung dieser Ziele sind in den Rahmen des Risikomanagements der Bank integriert. Umweltrisiken werden einer jährlichen Bewertung der Wesentlichkeit von Klima- und Umweltrisiken unterzogen und durch interne Stresstests über Geschäftsfelder, Portfolios und Risikoarten (Kredit, Markt, Liquidität, Reputation und operationelle Risiken) hinweg bewertet. Sie werden mit Hilfe von speziellen Berichten, die in leitenden Risikoausschüssen diskutiert werden, überwacht und mit Hilfe von Schwellenwerten für die Risikobereitschaft, Anforderungen von Richtlinien, Ausschlusskriterien (Rahmenwerk für die Umwelt- und Sozialpolitik) und Portfolio-Frühwarnindikatoren (EWI) gesteuert. Klima- und Umweltrisiken fließen durch verstärkte Sorgfaltspflichten in den Kreditgenehmigungsprozess für Firmenkunden ein. Neue Kreditanträge von Unternehmenskunden in kohlenstoffintensiven Sektoren sowie in Sektoren, die anfällig für klima- und physikalische Risiken (oder „andere ökologische" Risiken) sind, und die über fest definierte Laufzeiten und Rating-basierte Schwellenwerte hinausgehen, erfordern eine spezielle Risikobewertung durch den Vertrieb und eine Überprüfung durch das Kreditrisikomanagement. Insgesamt sind diese Risiken durch CO_2-Budgets, die den Geschäftsbereichen der Bank aufgrund ihrer Dekarbonisierungsziele zugewiesen werden, in das Geschäftsmodell und die Finanzplanung der Bank integriert und durch die Einbeziehung von Umweltrisiken in den internen Kapitaladäquanzbewertungsprozess (ICAAP) eingebettet.

Der Konzernnachhaltigkeitsausschuss fungiert als wichtigstes Governance- und Entscheidungsgremium für nachhaltigkeitsrelevante Themen in der gesamten Deutschen Bank. Dazu gehört die Bewertung der wesentlichen Auswirkungen sowie der Risiken und Chancen für die Bank. Der Ausschuss legt auch die Netto-Null-Ziele für die Bank fest.

Der Vorstand hat nachhaltigkeitsbezogene Entscheidungen an diesen Ausschuss delegiert, der vom Chief Executive Officer und dem Chief Sustainability Officer (stellvertretender Vorsitzender) geleitet wird. Der Vorstand erhält monatliche Aktualisierungen zu finanzierten Emissionen und der Netto-Null-Anpassung.

Das vom Vorstand eingesetzte Group Risk Committee unter Vorsitz des Chief Risk Officer hat den Auftrag, verschiedene Risiko- und Kapitalangelegenheiten zu überwachen. Dazu gehört auch die Verantwortung für die Entwicklung des Klimarisikorahmens der Bank. Der Ausschuss genehmigt die Klima- und Umweltrisikobereitschaft der Bank, einschließlich der Bereitschaft, von linearen Netto-Null-Dekarbonisierungspfaden abzuweichen. Eine Reihe weiterer Ausschüsse des Konzernrisikoausschusses sind für die Entwicklung und das Management spezifischer Elemente von Klima- und Umweltrisiken zuständig.

Das Net Zero Forum erhält zusätzlich zu den Quartalsberichten monatliche Flash-Berichte zu Schlüsselkennzahlen (d. h. Messung der Übereinstimmung mit den Dekarbonisierungszielen und des Verbrauchs von Divisional Carbon Budgets).

Kreditrisikomanagement

Rahmenwerk für die Steuerung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko entsteht bei Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner (im Folgenden einheitlich „Geschäftspartner" genannt) ergeben, einschließlich Forderungen, die zum Weiterverkauf vorgesehen sind. Es erfasst das Verlustrisiko, das sich aus der Verschlechterung der Kreditwürdigkeit einer Gegenpartei oder aus der Nichterfüllung der Bedingungen eines Vertrags mit der Deutschen Bank oder der Nichterfüllung sonstiger Vereinbarungen ergibt.

Basierend auf der Risikotyp-Taxonomie unterscheidet die Deutsche Bank im Kreditrisiko vier wesentliche Kategorien: Ausfallrisiko/Risiko einer Verschlechterung der Kreditqualität, Transaktions-/Zahlungsausgleichsrisiko, Risiken im Zusammenhang mit der Risikominderung und Kreditkonzentrationsrisiko. Dies wird ergänzt um eine jährliche Risikoidentifizierungs- und Wesentlichkeitsanalyse.

- Das Ausfallrisiko/Risiko einer Verschlechterung der Kreditqualität, als wichtigstes Element des Kreditrisikos, ist das Risiko, dass Geschäftspartner vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen oder eine materielle Verschlechterung der Kreditqualität erleiden, die die Wahrscheinlichkeit eines Ausfalls erhöht
- Risiko der Transaktion/Abwicklung ist das Risiko, das aus einer bestehenden, bedingten oder potenziellen künftigen positiven Risikoposition entsteht
- Das Risiko im Zusammenhang mit der Risikominderung ist das Risiko erhöhter Verluste falls Maßnahmen, die zur Risikominderung ergriffen wurden, nicht die erwartete Risikoverringerung bewirken
- Das Kreditkonzentrationsrisiko ist das Risiko, dass eine negative Entwicklung auf Seiten eines einzelnen Kreditnehmers/eines Landes/einer Branche/eines Produktes zu einer überproportionalen Verschlechterung des Risikoprofils der Kreditforderungen gegenüber diesem Kunden/diesem Land/dieser Branche/dieses Produktes führt.

Die Deutsche Bank steuert ihr Kreditrisiko anhand der nachstehend beschriebenen Grundsätze:

- Kreditrisiko wird nur akzeptiert:
  - für angenommene Kunden
  - nach Abschluss einer angemessenen Due Diligence unter Zuständigkeit der jeweiligen Origination-Teams als 1. LoD
  - Neue Produkte und Änderungen bestehender Produkte werden innerhalb der Product Lifecycle Policy des Deutsche Bank Konzerns bewertet
  - wenn ein Rating in Übereinstimmung mit den vereinbarten und genehmigten Prozessen vergeben worden ist
  - wenn alle kreditrelevanten Engagements in den relevanten Risikosystemen korrekt abgebildet sind
  - wenn Pläne für eine geordnete Beendigung der Risikopositionen berücksichtigt worden sind
- Das Kreditrisiko wird innerhalb der geltenden Risikobereitschaftsgrenzen übernommen, die für Geschäftsbereiche, Länder, Branchen, Umweltrisiken usw. festgelegt sind
- Die Gewinn- und Verlustrechnung-Verantwortung für Kreditrisikopositionen liegt in dem Unternehmensbereich, der für die jeweilige GuV zuständig ist
- Das Risiko muss kontinuierlich über die 1. LoD und CRM/"Markfolge" sowie der 2. LoD hinweg gesteuert und überwacht werden
- Die Kreditstandards werden in allen Einheiten konsequent angewandt, um ein günstiges Risikoprofil in Übereinstimmung mit der Risikobereitschaft zu erhalten
- Sicherheiten oder andere risikomindernde, absichernde oder Ratings übertragende Instrumente, die eine alternative Rückzahlungsquelle darstellen können, ersetzen nicht die Underwritingstandards, und während des Kreditverfahrens muss eine gründliche Bewertung der Fähigkeit einer Gegenpartei zum Schuldendienst durchgeführt werden
- Die Deutsche Bank strebt eine angemessene Sicherung, Garantie oder Absicherung des vollständigen Kassenrisikos und Risikopositionen mit längerer Laufzeit an. Dieser Ansatz umfasst in der Regel keine kurzfristigen Transaktionen mit geringerem Risiko und Fazilitäten zur Unterstützung spezifischer Handelsfinanzierungen oder anderer Produkte mit geringerem Risiko, wenn die Marge eine angemessene Deckung der Verluste ermöglicht
- Die Deutsche Bank misst und konsolidiert weltweit alle Forderungen und Fazilitäten an denselben Schuldner
- Die Deutsche Bank hat im Rahmen des Kreditrisikomanagements - gegebenenfalls - spezialisierte Teams zur Ableitung interner Kundenratings, zur Analyse und Genehmigung von Transaktionen oder zur Abdeckung von Workout-Kunden gebildet. Für Zwecke der Transaktionszulassung werden Risikomanagementteams an den jeweiligen Produkten oder spezifischen Risiken ausgerichtet, um eine angemessene Expertise sicherzustellen
- Bei Bedarf hat die Deutsche Bank Verfahren zur Verwaltung von Kreditrisikopositionen auf einer Rechtseinheit oder regionalen Ebene eingerichtet

Um die Anforderungen des Artikels 190 CRR zu erfüllen, hat die Deutsche Bank die verschiedenen Kontrollanforderungen für die Kreditprozesse an die für die Durchführung dieser Kontrollen am besten geeigneten Einheiten/Verantwortlichen vergeben.

Klima- und Umweltrisiken werden in die verschiedenen Phasen des Kreditlebenszyklus integriert, einschließlich Transaktionsgenehmigung/Kunden-Onboarding, Risikoklassifizierung und Kreditratings, Portfolioanalyse und -überwachung sowie Sicherheitenbewertung.

Messung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird anhand von Rating, regulatorischer und interner Kapitalnachfrage und anderen wichtigen Komponenten wie Kreditlimiten, wie nachstehend erwähnt, gemessen.

Das Rating ist ein wesentlicher Bestandteil des Underwriting- und Kreditprozesses der Bank und bildet u. a. einen Eckpfeiler für die Bestimmung des Kreditlimits auf der Ebene des jeweiligen Geschäftspartners, für Kreditentscheidungen und die Festsetzung der Transaktionspreise sowie für die Ermittlung der regulatorischen Kapitalnachfrage nach Kreditrisiken. Jede Gegenpartei muss bewertet werden, und jedes Rating muss mindestens einmal jährlich überprüft werden, unterstützt durch eine laufende Überwachung der Gegenparteien. Ein Rating ist eine Voraussetzung für jedes festgesetzte/genehmigte Kreditlimit. Für jedes Rating ist der geeignete Ratingansatz anzuwenden und das abgeleitete Rating in den entsprechenden Systemen festzulegen. Spezifische Ratingansätze wurden festgelegt, um den jeweiligen Merkmalen der Forderungsklassen, einschließlich spezifischer Produkttypen, Zentralstaaten und Zentralbanken, Institute, Unternehmen und Einzelhandel, bestmöglich Rechnung zu tragen.

Geschäftspartner aus den nicht auf Privatkunden bezogenen Portfolios der Bank werden von der unabhängigen Kreditrisikomanagementfunktion der Deutschen Bank teilweise mit automatisierten oder halbautomatischen Bewertungssystemen bewertet. Angesichts der weitgehend homogenen Beschaffenheit des Privatkundenportfolios werden die Kreditwürdigkeit und die Ratings der Gegenpartei durch den Einsatz eines automatisierten Entscheidungsmechanismus abgeleitet. Länderrisikobezogene Ratings werden von ETRM (Enterprise and Treasury Risk Management) bereitgestellt.

Die Bonitätseinstufungsanalyse der Deutschen Bank basiert auf einer Kombination von qualitativen und quantitativen Einflussfaktoren. Bei der Beurteilung von Kunden werden hausinterne Bewertungsmethoden und die 21-stufige Bewertungsskala zur Ermittlung der Bonität der Geschäftspartner angewendet.

Alle Veränderungen in Bonitätseinstufungsmethoden und die Neueinführung müssen vor ihrer erstmaligen Verwendung bei Kreditentscheidungen und Kapitalberechnungen beziehungsweise im Fall wesentlicher Änderungen zunächst von dem Regulatory Credit Risk Model Committee (RCRMC) unter Vorsitz des Leiters des Kreditrisikomanagements genehmigt werden. Daneben ist für alle wesentlichen Modelländerungen und für neue Modelle die Genehmigung der Modellrisikofunktion notwendig. Vorschläge mit erheblichen Veränderungen werden dem Group Risk Committee zur Genehmigung empfohlen. Weitergehend ist gegebenenfalls auch eine regulatorische Genehmigung erforderlich. Die Validierung der angewandten Modelle wird unabhängig von der Modellentwicklung durch die Funktion Modellrisiko durchgeführt. Die Ergebnisse der regelmäßigen Validierungsprozesse, wie sie in internen Richtlinien festgelegt sind, werden dem RCRMC zur Kenntnis vorgelegt, auch wenn die Validierungsergebnisse nicht zu einer Änderung führen.

Die Deutsche Bank misst risikogewichtete Vermögenswerte, um die regulatorische Kapitalnachfrage für das Kreditrisiko mithilfe von "Fortgeschrittenenansatz", "Basisansatz" und "Standardansatz" zu ermitteln, wobei der "Fortgeschrittenenansatz" und der "Basisansatz" von der Regulierungsbehörde der Bank genehmigt werden.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Der fortgeschrittene „Internal Ratings Based Approach (IRBA)" stellt den differenziertesten Ansatz innerhalb des aufsichtsrechtlichen Regelwerks für das Kreditrisiko dar, der es der Deutschen Bank ermöglicht, ihre internen Bonitätseinstufungsverfahren zu nutzen. Diese Modelle sind bereits seit Langem bewährte Schlüsselkomponenten im internen Risikomess- und Risikosteuerungsprozess zur Unterstützung des Kreditgenehmigungsprozesses, zur Berechnung des Ökonomischen Kapitals und des erwarteten Verlusts und zur internen Überwachung und Berichterstattung von Kreditrisiken. Zu den relevanten Parametern zählen die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, auch „PD"), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, auch „LGD"), und die Fälligkeit (Maturity, auch „M"), welche das aufsichtsrechtliche Risikogewicht und den Konversionsfaktor (Credit Conversion Factor, auch „CCF") als Bestandteile des Risikopositionswerts (Exposure at Default, auch „EAD") beeinflussen. Für die Risikopositionen aus Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäften der Deutschen Bank wird der Risikopositionswert im Wesentlichen auf Basis der Internal Model Method („IMM") im Einklang mit der CRR bestimmt. Für die meisten internen Bonitätseinstufungsverfahren der Bank steht für die Einschätzung dieser Parameter eine Datenhistorie von mehr als sieben Jahren zur Verfügung. Die internen Bonitätseinstufungsverfahren der Deutschen Bank stellen eher zeitpunktbezogene („point-in-time") als zyklusbezogene („through-the-cycle") Bonitätseinstufungen bereit, aber im Einklang mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen werden sie auf der Grundlage langfristiger Durchschnittswerte der beobachteten Ausfallraten kalibriert.

Der IRB-Basis-Ansatz steht im aufsichtsrechtlichen Regelwerk für Kreditrisiken zur Verfügung und erlaubt den Instituten die Verwendung ihrer internen Bonitätseinstufungsverfahren bei Berücksichtigung vordefinierter aufsichtsrechtlicher Werte für alle weiteren Risikoparameter. Die auf internen Abschätzungen basierenden Parameter umfassen die Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), während die Verlustquote bei Ausfall (LGD) und der Konversionsfaktor (CCF) im aufsichtsrechtlichen Regelwerk definiert sind. Der IRBA-Basis-Ansatz wird seit Einführung der CRR3 für einige Forderungsklassen sowie für einige Risikopositionen aus der ehemaligen Postbank obligatorisch angewandt.

Die Deutsche Bank wendet für eine Teilmenge ihrer Kreditrisikopositionen den Standardansatz an. Der Standardansatz misst das Kreditrisiko entweder gemäß festgelegten Risikogewichten, die aufsichtsrechtlich definiert sind, oder durch die Anwendung externer Bonitätseinstufungen. Die Deutsche Bank ordnet bestimmte Risikopositionen dauerhaft dem Standardansatz zu. Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen oder Zentralbanken machen den Großteil der Risikopositionen im Standardansatz aus und erhalten überwiegend ein Risikogewicht von 0%. Staatliche Forderungen, die zuvor dem IRBA unterlagen, werden seit 2025 gemäß Art. 494d CRR nach dem Standardansatz behandelt. Für interne Zwecke werden sie jedoch im Rahmen einer internen Kreditbewertung angemessen erfasst und in die Prozesse für die Risikosteuerung und das Ökonomische Kapital integriert.

Neben dem oben beschriebenen aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarf für das Kreditrisiko bestimmt die Deutsche Bank auch den internen Kapitalbedarf über ein ökonomisches Kapitalmodell.

Die Deutsche Bank berechnet das Ökonomische Kapital für das Ausfall-, Länder- und Abwicklungsrisiko als Komponenten des Kreditrisikos. Übereinstimmend mit dem Rahmenwerk der Bank für das Ökonomische Kapital soll das berechnete Ökonomische Kapital für Kreditrisiken mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9% extreme aggregierte unerwartete Verluste innerhalb eines Jahres abdecken. Das ökonomische Kapital der Deutschen Bank für Kreditrisiken wird bestimmt aus der Verlustverteilung eines Portfolios, die mithilfe einer Monte-Carlo-Simulation von korrelierten Bonitätsveränderungen ermittelt wird. Die Verlustverteilung wird in zwei Schritten modelliert. Zunächst werden individuelle Kreditengagements aufgrund von Parametern für Ausfallwahrscheinlichkeit, „Exposure-at-Default"(Engagementhöhe bei Ausfall) und „Loss-given Default" (Verlustquote), bestimmt. In einem zweiten Schritt wird die Wahrscheinlichkeit eines gemeinsamen Ausfalls mithilfe ökonomischer Faktoren modelliert, die den geografischen Regionen und Branchen entsprechen. Unter Verwendung eines eigenentwickelten Modells, das Bonitätsveränderungen, Laufzeiteffekte als auch die Volatilität der Verlustquote berücksichtigt, wird dann eine Simulation der Portfolioverluste durchgeführt. Effekte durch negativ korrelierte („Wrong-Way") Derivaterisiken (das heißt, das derivatebezogene Kreditrisikoengagement ist im Ausfall höher als in einem Szenario ohne Ausfall) werden modelliert durch die Anwendung eines bankeigenen Alpha-Faktors bei der Ermittlung des „Exposure-at-Default" für Derivate- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte gemäß CRR. Erwartete Verluste und Ökonomisches Kapital aus dieser Verlustverteilung werden bis auf Transaktionsebene zugewiesen, um eine Steuerung auf Transaktions-, Kunden- und Geschäftsebene zu ermöglichen.

Neben dem Rating als Schlüsselkomponente für die Verwaltung des Kreditportfolios der Bank, einschließlich der Einzelgenehmigung und der Festlegung von Risikoappetit, legt die Deutsche Bank Kreditlimite für alle Kreditrisikopositionen fest. Die Kreditlimite entsprechen dem maximalen Kreditbetrag, den die Deutsche Bank über bestimmte Zeiträume zu übernehmen bereit ist. Bei der Bestimmung des Kreditlimits für einen Geschäftspartner betrachtet die Deutsche Bank die Bonität des Geschäftspartners unter Bezugnahme auf sein internes Rating. Kreditlimits und Kreditrisikopositionen werden sowohl auf Bruttobasis als auch auf Nettobasis gemessen, wenn das Nettoergebnis durch Abzug angemessener Absicherungen und bestimmter Sicherheiten von den jeweiligen Bruttozahlen abgeleitet wird. Bei Derivaten untersucht die Deutsche Bank den aktuellen Marktwert und das potenzielle künftige Risiko im relevanten Zeithorizont, der auf den rechtlichen Vereinbarungen der Bank mit der Gegenpartei beruht.

Risikovorsorge nach IFRS 9

Im folgenden Abschnitt gibt der Konzern einen Überblick über das IFRS 9 Wertminderungsrahmenwerk, im Jahr 2025 implementieren Methoden und Modelländerungen sowie wichtige Modellannahmen und deren Änderungen. Des Weiteren werden Erläuterungen zur Entwicklung der Management Overlays gegeben, die auf die Risikovorsorge für Kreditverluste angewendet werden, wie Überprüfungen relevanter Annahmen und Einflussgrößen zur ECL-Berechnung durchgeführt werden und wie potenzielle Modellungenauigkeiten bewertet werden. Um zusätzliche Transparenz über die Auswirkungen angemessener Änderungen an den Hauptannahmen zu schaffen, werden die Modellsensitivitäten in einem separaten Abschnitt dargestellt, der mit den wichtigsten Treibern für die Ergebnisse des IFRS 9-Modells abschließt.

Beschreibung des IFRS 9 Modells und Methodik

Die Wertminderungsvorschriften gemäß IFRS 9 gelten für alle Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, sowie für außerbilanzielle Kreditzusagen und Finanzgarantien. In der folgenden Darstellung bezeichnet der Konzern diese Finanzinstrumente insgesamt als finanzielle Vermögenswerte.

Die Risikovorsorge gemäß IFRS 9 wird für alle Kredite wie folgt ermittelt:

- Stufe 1 werden finanzielle Vermögenswerte zugeordnet, bei denen davon ausgegangen wird, dass sich das Kreditrisiko nach der erstmaligen Erfassung nicht wesentlich erhöht hat.
- Stufe 2 werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die nicht ausgefallen sind, aber seit der erstmaligen Erfassung einen signifikanten Anstieg des Kreditrisikos erfahren haben.
- Stufe 3 werden alle finanziellen Vermögenswerte zugeordnet, die basierend auf der Capital Requirements Regulation (CRR) gemäß Art. 178 als ausgefallen gelten. Der Konzern definiert diese finanziellen Vermögenswerte als wertgemindert, notleidend und ausgefallen.
- Die signifikante Erhöhung des Kreditrisikos wird anhand quantitativer und qualitativer Informationen auf der Grundlage der historischen Erfahrungen des Konzerns, der Kreditrisikobewertung und zukunftsorientierter Informationen ermittelt.
- Purchased or Originated Credit Impaired (POCI) Finanzielle Vermögenswerte sind Vermögenswerte, die bereits bei Erwerb oder Ausreichung objektive Hinweise auf eine Wertminderung aufzeigen und vom Konzern mit Abschlag erworben wurden.

Der Wertminderungsansatz nach IFRS 9 ist ein integraler Bestandteil der Kreditrisikomanagementverfahren des Konzerns. Die Berechnung der erwarteten Kreditverluste (Expected Credit Losses, ECL) erfolgt entweder automatisiert und parameterbasiert unter Verwendung des ECL-Modells des Konzerns oder wird von den Kreditanalysten bestimmt. In beiden Fällen erfolgt die Berechnung für jeden finanziellen Vermögenswert einzeln. Ebenso wird die Stufenzuordnung für jeden einzelnen Vermögenswert ermittelt. Das ECL-Modell des Konzerns wird zur Berechnung der Risikovorsorge für alle finanziellen Vermögenswerte in Stufe 1 und Stufe 2 sowie für Stufe 3 im homogenen Portfolio (d. h. Privat- und Kleinkredite mit ähnlichen Kreditrisikomerkmalen) verwendet. Für finanzielle Vermögenswerte im nicht-homogenen Portfolio in Stufe 3 und für POCI-Vermögenswerte des Konzerns wird die Wertberichtigung für Kreditausfälle von Kreditanalysten festgelegt.

Der Konzern verwendet drei Hauptkomponenten zur Messung des ECL. Dabei handelt es sich um die Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default, PD), die Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD) und die Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EAD). Bei der Berechnung des ECL nutzt der Konzern, so weit wie möglich, die bestehenden Parameter, die für die Bestimmung des Kapitalbedarfs im Rahmen des auf internen Ratings basierenden Baseler Ansatzes und der internen Risikomanagementpraktiken verwendet werden. Diese Parameter werden bei Bedarf angepasst, um die Anforderungen von IFRS 9 zu erfüllen (z. B. Verwendung von Point-in-Time-Ratings und Beseitigung von Abschwungelementen in den regulatorischen Parametern). Die Einbeziehung von Prognosen über künftige wirtschaftliche Bedingungen in die Messung der erwarteten Kreditverluste beeinflusst die Wertberichtigung für Kreditverluste. Zur Berechnung der über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste (LECL) leitet der Konzern die entsprechenden Ausfallwahrscheinlichkeiten für die Restlaufzeit ("Lifetime-PD") aus Migrationsmatrizen ab, die wirtschaftliche Prognosen widerspiegeln.

Der Konzern überprüft und validiert regelmäßig das ECL-Modell und seine Komponenten, was zu Modellaktualisierungen führen kann, einschließlich Neukalibrierungen und Modelländerungen, von denen einige eine Schätzungsänderung darstellen können. Zukünftige Modellaktualisierungen können sich auf den ECL auswirken und stellen daher eine Modellunsicherheit dar, die nicht zuverlässig quantifiziert werden kann.

Stufenzuordnung und signifikante Erhöhung des Kreditrisikos

Beim erstmaligen Ansatz werden die finanziellen Vermögenswerte in Stufe 1 erfasst, es sei denn, es handelt sich um POCI. Kommt es zu einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos, wird der finanzielle Vermögenswert in Stufe 2 klassifiziert. Eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos wird anhand rating- und prozessbezogener Indikatoren ermittelt. Die Zuordnung von finanziellen Vermögenswerten zur Stufe 3 richtet sich nach dem Ausfallstatus des Kreditnehmers. Ist ein Kreditnehmer ausgefallen, so werden alle diesem Kreditnehmer zugeordneten finanziellen Vermögenswerte in die Stufe 3 überführt.

Ratingbezogene Stufe-2 Indikatoren: Im dritten Quartal 2025 hat die Deutsche Bank eine Änderung des ratingbezogenen Stufe-2 Indikatoransatzes eingeführt, bei dem der Konzern die Lifetime-PD eines Kreditnehmers zum Berichtszeitpunkt mit der ursprünglichen Erwartung zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes vergleicht, um festzustellen, ob eine wesentliche Erhöhung des Kreditrisikos in den PDs des Kreditnehmers und folglich in der Transaktion das Kreditnehmers im Rahmen der IFRS 9-Wertminderung eingetreten ist. Zuvor bestimmte das Modell die Lifetime-PD-Verteilung auf der Grundlage historisch beobachteter Migrationsverhalten und einer Stichprobe verschiedener wirtschaftlicher Szenarien. Ein Quantil dieser Verteilung, das für jedes Kundensegment definiert wurde, wurde als Schwellenwert für die Lifetime-PD gewählt. Wenn die verbleibende Lifetime-PD einer Kundentransaktion gemäß den aktuellen Erwartungen diesen Schwellenwert überschritt, so wurde unterstellt, dass sich das Kreditrisiko für diesen finanziellen Vermögenswert erheblich erhöht hat und er wurde in Stufe 2 überführt. Der neue Ansatz vergleicht die annualisierte Lifetime-PD zum Berichtszeitpunkt mit der annualisierten bedingten Lifetime-PD-Erwartung bei der Entstehung. Für den Vergleich werden eine relative und eine absolute Schwelle verwendet, die eine Hauptannahme im Modell darstellen. Für risikoarme Kredite, die über eine annualisierte Lifetime-PD bei Entstehung von bis zu 0,5% definiert sind, wird ein anderer Schwellenwert als für Hochrisikokredite angewandt. Die relative Schwelle für Hochrisikokredite beträgt 63% PD-Anstieg und für risikoarme Kredite 131% PD-Anstieg, begrenzt durch eine absolute Schwelle von einem PD-Anstieg von 5,05%. Wenn einer der neu eingeführten Schwellenwerte überschritten wird, wird davon ausgegangen, dass der finanzielle Vermögenswert eine wesentliche Erhöhung des Kreditrisikos erfahren hat und wird in Stufe 2 überführt. Diese Änderung führte zum Zeitpunkt der Implementierung zu einem Anstieg der Risikovorsorge für Kredite in Höhe von 15 Mio. € und betraf die Stufe 1 und 2 in allen Portfolios. Zudem wendete der Konzern, bis zur Umsetzung des beschriebenen neuen Ansatzes, eine dreifache annualisierte Lifetime-PD-Erhöhung als zusätzlichen Stufe-2 Auslöser an. Der neue Ansatz weist solche Kredite immer der Stufe 2 zu.

Prozessbezogene Stufe 2 Indikatoren werden durch die Verwendung bestehender Indikatoren aus dem Risikomanagement abgeleitet, die nach Ansicht des Managements Situationen darstellen, in denen sich das Kreditrisiko für finanzielle Vermögenswerte signifikant erhöht hat. Dazu gehören Kreditnehmer, die auf eine Kreditüberwachungsliste des Konzerns gesetzt wurden, die Übertragung ins Workout, Stundungsmaßnahmen sowie Zahlungen, die mindestens 30 Tage überfällig sind. Solange die Bedingungen für einen oder mehrere der prozessbezogenen oder ratingbezogenen Indikatoren erfüllt sind und der Kreditnehmer nicht als ausgefallen gilt, verbleibt der Vermögenswert in Stufe 2. Wenn keine der Indikatoren für Stufe 2 mehr zutreffen und der finanzielle Vermögenswert nicht ausgefallen ist, erfolgt wieder eine Zuordnung zu Stufe 1. Bei nicht leistungsgestörten finanziellen Vermögenswerten, bei denen bankseitig Zugeständnisse gemacht worden sind ("Forbearance") gilt eine Wohlverhaltensphase von 2 Jahren, bevor der finanzielle Vermögenswert wieder in Stufe 1 umklassifiziert wird, im Einklang mit regulatorischen Vorgaben.

Fällt ein Kreditnehmer aus, werden alle finanziellen Vermögenswerte des Kreditnehmers der Stufe 3 zugeordnet. Wenn der Kreditnehmer zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr ausgefallen ist, werden die Genesungskriterien gemäß den aufsichtsrechtlichen Leitlinien angewandt (einschließlich Wohlverhaltensphasen), die mindestens 3 Monate bzw. 1 Jahr bei Restrukturierungen von notleidenden Kreditnehmern betragen. Sobald die aufsichtsrechtlichen Kriterien erfüllt sind, wird der Kreditnehmer nicht mehr als ausgefallen eingestuft und seine Vermögenswerte werden zurück in Stufe 2 oder Stufe 1 übertragen.

Bei der Berechnung der erwarteten Kreditverluste für Stufe 3 wird zwischen Transaktionen in homogenen und nicht-homogenen Portfolios sowie finanziellen Vermögenswerten aus POCI unterschieden. Für Transaktionen, die sich in Stufe 3 befinden und einem homogenen Portfolio angehören, verwendet der Konzern einen parameterbasierten automatisierten Ansatz zur Bestimmung der Wertberichtigung für Kreditausfälle pro Transaktion. Bei diesen Geschäften werden die LGD-Parameter zeitabhängig modelliert, d. h. sie berücksichtigen die mit dem Zeitablauf nach dem Ausfall abnehmende Rückzahlungserwartung. Die Wertberichtigungen für finanzielle Vermögenswerte im nicht-homogenen Portfolio in Stufe 3 sowie für POCI-Vermögenswerte des Konzerns werden von den Kreditanalysten festgelegt und auf Basis eines Kompetenzschemas, welches den Vorstand einschließt, genehmigt. Dies ermöglicht es den Kreditanalysten, die aktuell verfügbaren Informationen und die für die Kreditnehmer und die finanziellen Vermögenswerte zum Berichtszeitpunkt spezifischen Rückzahlungen nach Ausfall zu berücksichtigen.

Grundlage der Eingangsgrößen und Annahmen sowie der Schätzverfahren

Die erste wichtige Einflussgröße für die ECL-Berechnung des Konzerns ist die Ein-Jahres-PD für Kreditnehmer, die aus den internen Ratingsystemen der Bank abgeleitet wird. Der Konzern weist jedem Kreditengagement eine PD auf der Grundlage einer 21-stufigen Master-Ratingskala für alle Engagements zu.

Die zugewiesenen Kreditnehmer-Ratings werden auf der Grundlage intern entwickelter Rating-Modelle abgeleitet, die konsistente und eindeutige kundenrelevante Kriterien spezifizieren und eine Rating-Stufe auf der Grundlage eines spezifischen Satzes von Kriterien zuweisen, die für einen bestimmten Kunden gelten. Der Kriteriensatz wird aus den für die jeweiligen Kundensegmente relevanten Informationsbeständen einschließlich des allgemeinen Kundenverhaltens sowie finanzieller und externer Daten generiert. Die angewandten Methoden reichen von statistischen Scoring-Modellen bis hin zu expertenbasierten Modellen, die die relevanten verfügbaren quantitativen und qualitativen Informationen berücksichtigen. Expertenbasierte Modelle werden in der Regel für Kreditnehmer in den Forderungsklassen "Zentralregierungen und Zentralbanken", "Institute" und "Unternehmen" eingesetzt, mit Ausnahme der Segmente "Unternehmen", für die eine ausreichende Datenbasis für statistische Scoringmodelle zur Verfügung steht. Für letztere sowie für das Retail-Segment werden in der Regel statistische Scoring-Modelle oder hybride Modelle, die beide Ansätze kombinieren, verwendet. Quantitative Ratingmethoden werden auf der Grundlage geeigneter statistischer Modellierungstechniken entwickelt, wie z. B. der logistischen Regression.

Einjährige Ausfallwahrscheinlichkeiten werden mithilfe von TTC-Matrizen (Through-the-Cycle) und makroökonomischen Prognosen (macroeconomic variables, MEV) zu mehrjährigen Ausfallwahrscheinlichkeiten erweitert. Auf der Grundlage von Wirtschaftsszenarien, die sich um die makroökonomische Basisprognose drehen, werden die TTC-Matrizen zunächst in Point-in-Time (PIT)-Rating-Migrationsmatrizen umgewandelt, in der Regel für einen Zeitraum von zwei Jahren. Die Berechnung der PIT-Matrizen nutzt eine Verbindung zwischen makroökonomischen Variablen und dem Ausfall- und Ratingverhalten von Kreditnehmern, die aus historischen MEV und Rating-Zeitreihen durch Regressionstechniken abgeleitet wird. In einem letzten Schritt werden aus den PIT-Rating-Migrationsmatrizen mehrjährige PD-Kurven für Zeiträume abgeleitet, für die vernünftige und vertretbare Prognosen verfügbar sind, und auf der Grundlage der TTC-Rating-Migrationsmatrizen über diese Zeiträume hinaus extrapoliert.

Die zweite wichtige Einflussgröße für die ECL-Berechnung ist der LGD-Parameter, der als wahrscheinliche Verlustintensität im Falle des Ausfalls eines Kreditnehmers definiert ist. Er liefert eine Schätzung des Engagements, das bei einem Ausfall nicht zurückgezahlt werden kann, und erfasst somit die Schwere eines Verlustes. Vom Konzept her sind LGD-Schätzungen unabhängig von der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kreditnehmers. Die in den Stufen 1 und 2 angewandten LGD-Modelle, die auf den aufsichtsrechtlichen LGD-Modellen basieren, aber an die Anforderungen von IFRS 9 angepasst wurden (Nichtberücksichtigung des Downturn-Add-on und der indirekten Abwicklungskosten), stellen sicher, dass die Haupttreiber für Verluste (d. h. unterschiedliche Niveaus und Qualität der Besicherung und Kunden- oder Produkttypen oder Seniorität der Fazilität) als Risikotreiber in den LGD-Schätzungen berücksichtigt werden. Im Juni 2025 hat der Konzern eine Modellaktualisierung in Bezug auf den im IFRS 9-Rechnungslegungsstandard verwendeten Loss-Given-Default (LGD)-Parameter eingeführt, hauptsächlich um sich an die entsprechenden Modelle anzupassen, die im Solvenzrahmen gemäß regulatorischer Leitlinien implementiert wurden. Diese Schätzungsänderung führte zum Zeitpunkt der Implementierung zu einer Nettoreduzierung der Risikovorsorge für Kreditverluste in Höhe von 133 Mio. € und wirkte sich auf alle Stufen aus. Die ausgeprägteste Reduzierung der Risikovorsorge für Kreditverluste wurde in der Privatkundenbank beobachtet. In der Unternehmensbank und der Investmentbank war der Nettoeffekt weniger ausgeprägt und hauptsächlich in Stufe 1 und in Stufe 2. Für bestimmte zugrunde liegende Portfolios wie CRE wurde jedoch ein ausgeprägterer Anstieg der Risikovorsorge für Kreditverluste beobachtet, der durch eine Reduzierung der Risikovorsorge für Kreditverluste in anderen zugrunde liegenden Portfolios in diesen Geschäftsbereichen ausgeglichen wurde.

Im dritten Quartal 2025 hat der Konzern die Modelperformance relevanter Feeder- und Receiver-Modelle weiterhin validiert. Drei Ausfallwahrscheinlichkeitsmodelle (PD) und ein LGD-Modell wurden auf dieser Basis neu kalibriert, was zu einem Nettoanstieg der Risikovorsorge für Kreditverluste in Höhe von 110 Mio. € führte, der alle Stufen betraf, hauptsächlich in der Investmentbank und der Privatkundenbank.

Zukunftsgerichtete Informationen (forward-looking information, FLI) werden auch in LGD-Schätzungen berücksichtigt, indem FLI-LGD-Skalierungsfaktoren durch Prognosen wichtigster MEVs verwendet werden. LGD-Anpassungen orientieren sich an langfristigen historischen Durchschnittswerten, die einen neutralen Referenzpunkt über einen gesamten Wirtschaftszyklus hinweg darstellen.

Die LGD-Setzung für ausgefallene homogene Portfolios hängt teilweise von der Zeit nach dem Ausfall ab und wird entweder auf der Grundlage der mehrjährigen Verlust- und Verwertungserfahrungen des Konzerns mit Hilfe statistischer Methoden kalibriert oder für weniger bedeutende Portfolios werden bestimmte LGD-Modelleinflußparameter (z. B. Gesundungsraten) durch Expertenurteile bestimmt.

Die dritte wichtige Einflussgröße ist das Risiko bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) über die Laufzeit eines finanziellen Vermögenswertes, das unter Berücksichtigung der erwarteten Rückzahlungsprofile (z. B. lineare Amortisation, Annuitäten, endfällige Darlehensstrukturen) modelliert wird. Vorzeitige Rückzahlungsoptionen werden für einige Portfolios modelliert. Zur Berechnung des EAD-Wertes werden spezifische Kreditkonversionsfaktoren (CCFs) verwendet. Konzeptionell ist der EAD-Wert definiert als der erwartete Betrag des Kreditengagements gegenüber einem Kreditnehmer zum Zeitpunkt seines Ausfalls. In Fällen, in denen eine Transaktion ein ungenutztes Limit beinhaltet, wird ein prozentualer Anteil dieses ungenutzten Limits zum ausstehenden Betrag addiert, um den erwarteten ausstehenden Betrag bei Ausfall eines Kreditnehmers angemessen widerzuspiegeln. Dies spiegelt die Annahme wider, dass die Inanspruchnahme des Limits zum Zeitpunkt des Ausfalls höher sein könnte als der aktuell ausstehende Betrag. Beinhaltet eine Transaktion eine zusätzliche Eventualkomponente (d. h. Garantien), wird ein weiterer prozentualer Anteil als Teil des CCF-Modells angewandt, um den Betrag der in Anspruch genommenen Garantien im Falle eines Ausfalls zu schätzen. Die Kalibrierungen solcher Parameter basieren auf internen historischen Daten und beruhen entweder auf empirischen Analysen oder werden durch Expertenschätzungen gestützt und berücksichtigen die Besonderheiten von Kreditnehmern und Produkttypen. In den Fällen, in denen aufsichtsrechtliche CCF-Werte für regulatorische Zwecke angewendet werden müssen, werden für IFRS 9 interne Schätzungen verwendet.

Erwartete Laufzeit

IFRS 9 verlangt die Bestimmung der über die gesamte Laufzeit erwarteten Kreditausfälle, wobei die erwartete Laufzeit eines finanziellen Vermögenswertes ein wesentlicher Inputfaktor ist. Die über die gesamte Laufzeit erwarteten Kreditverluste stellen Ausfallereignisse über die erwartete Laufzeit eines finanziellen Vermögenswertes dar. Der Konzern misst die erwarteten Kreditverluste unter Berücksichtigung des Ausfallrisikos über die maximale Vertragslaufzeit (einschließlich etwaiger Verlängerungsoptionen des Kreditnehmers), über die der Konzern einem Kreditrisiko ausgesetzt ist.

Überziehungskredite, Kreditkartenfazilitäten und bestimmte revolvierende Fazilitäten von Unternehmen umfassen in der Regel sowohl einen Kredit als auch eine nicht in Anspruch genommene Kreditlinie. Die erwartete Laufzeit solcher Abruffazilitäten übersteigt die Vertragslaufzeit, da sie in der Regel erst dann gekündigt werden, wenn dem Konzern ein erhöhtes Kreditrisiko bekannt wird. Die erwartete Laufzeit wird unter Berücksichtigung historischer Informationen und der Maßnahmen des Kreditrisikomanagements des Konzerns, wie z. B. Kreditlinienkürzungen und Fazilitätskündigungen, geschätzt. Sofern solche Fazilitäten einer individuellen Überprüfung durch das Kreditrisikomanagement unterliegen, beträgt die Laufzeit für die Berechnung der erwarteten Kreditverluste 12 Monate. Für Fazilitäten, die keiner Einzelprüfung durch das Kreditrisikomanagement unterliegen, wendet die Deutsche Bank eine Laufzeit von 24 Monaten für die Berechnung der erwarteten Kreditausfälle an.

Im IFRS 9-Modell verwendeter Zinssatz

Im Rahmen der ECL-Berechnung wendet der Konzern gemäß IFRS 9 einen Näherungswert für den Effektivzinssatz (EIR) an, der in der Regel der vertragliche Zinssatz (CIR) ist. Der CIR wird als angemessener Näherungswert angesehen, da der Zinssatz im ECL-Modell, bei der Zinserfassung und bei der Diskontierung der ECL durchgängig verwendet wird und nicht wesentlich vom EIR abweicht.

Berücksichtigung der Besicherung über die Laufzeit eines finanziellen Vermögenswertes

Das ECL-Modell projiziert den Grad der Besicherung für jeden Zeitpunkt in der Lebensdauer eines finanziellen Vermögenswertes. Zum Berichtszeitpunkt verwendet das Modell den bestehenden Prozess der Sicherheitenverteilung, der im Ökonomischen Kapitalmodell des Konzerns angewandt wird. In diesem Modell wird der Liquidationswert jeder zulässigen Sicherheit den relevanten finanziellen Vermögenswerten zugeordnet, um zwischen besicherten und unbesicherten Teilen jedes finanziellen Vermögenswerts zu unterscheiden. Bei der ECL-Berechnung wendet der Konzern anschließend die oben genannten LGDs für besicherte und unbesicherte Engagementteile an, um die ECL für den besicherten und unbesicherten Teil des Engagements separat abzuleiten.

Bei persönlichen Sicherheiten (z. B. Bürgschaften) geht das ECL-Modell davon aus, dass das relative Niveau der Besicherung im Zeitablauf stabil bleibt. Bei einem Tilgungsdarlehen nehmen der ausstehende Kreditbetrag und der Wert der Sicherheiten im Laufe der Zeit gemeinsam ab. Bei physischen Sicherheiten (z. B. Immobilien) geht das ECL-Modell davon aus, dass der absolute Sicherheitenwert konstant bleibt. Bei einem Tilgungsdarlehen nimmt der besicherte Teil der Forderung im Laufe der Zeit zu und der Beleihungsauslauf (LTV) nimmt entsprechend ab.

Bestimmte Finanzgarantien sind integraler Bestandteil der garantierten finanziellen Vermögenswerte. In solchen Fällen wird die Finanzgarantie als Sicherheit für den finanziellen Vermögenswert betrachtet und der Nutzen der Garantie wird zur Minderung der Kreditausfallquote des garantierten finanziellen Vermögenswertes verwendet.

Zukunftsgerichtete Informationen (forward-looking information, FLI)

Gemäß IFRS 9 basiert die Wertberichtigung für Kreditausfälle auf angemessenen und belastbaren zukunftsgerichteten Informationen, die ohne übermäßigen Aufwand verfügbar sind und vergangene Ereignisse, aktuelle Bedingungen und Prognosen zu künftigen wirtschaftlichen Bedingungen berücksichtigen.

Um zukunftsgerichtete Informationen in die Risikovorsorge des Konzerns für Kreditausfälle einzubeziehen, verwendet der Konzern zwei Schlüsselelemente:

- Als Basisszenario verwendet der Konzern externe umfragebasierte makroökonomische Prognosen (z. B. Konsensmeinungen zum BIP und zur Arbeitslosenquote); darüber hinaus wird im Szenarioexpansionsmodell, das ursprünglich für Stresstests entwickelt wurde, für die Vorhersage makroökonomischer Variablen verwendet, die nicht durch externe Prognosen abgedeckt sind; der Konzern aktualisiert regelmäßig seine Prognosen für makroökonomische Faktoren während des Quartals und überprüft Aspekte potenzieller Modellungenauigkeiten (z. B. MEV-Parameter außerhalb des historischen Bereichs, der für die Modellkalibrierung verwendet wird, sofern sie nicht bereits im Modell enthalten sind) als Teil eines MEV-Überwachungsrahmens, um die Notwendigkeit von Korrekturmaßnahmen in Form von Overlays zu bewerten
- Anschließend wird das Basisszenario mit Hilfe statistischer Verfahren in eine Szenarioanalyse übersetzt, die eine unendliche Anzahl von Szenarien umfasst, die durch Wahrscheinlichkeitsverteilungen der makroökonomischen Variablen definiert sind; diese Szenarien spezifizieren Abweichungen von den Basisprognosen; die Szenarioverteilung wird dann zur Ableitung von mehrjährigen PD-Kurven für verschiedene Rating- und Kundenklassen verwendet, die bei der ECL-Berechnung und bei der Identifizierung einer signifikanten Verschlechterung der Kreditqualität von finanziellen Vermögenswerten, wie oben bei den ratingbezogenen Stufe-2-Indikatoren beschrieben, eingesetzt werden

Das Risk und Finance Risikovorsorge Forum der Gruppe überwacht vierteljährlich die Auswirkungen zukunftsgerichteter Informationen, einschließlich der neuesten makroökonomischen Variablen, und bestimmt, ob zusätzliche Overlays erforderlich sind. Obwohl Zinssätze und Inflation nicht gesondert in den MEVs berücksichtigt sind, spiegeln sich die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Risiken in den BIP-Wachstumsraten, Arbeitslosigkeit, Aktien und Risikoprämien als höhere Zinssätze und Inflationsfilter durch diese Prognosen wider. Zum 31. Dezember 2025 wurde davon ausgegangen, dass die Konsensdaten des ECL-Modells die jüngsten makroökonomischen Entwicklungen widerspiegeln und nach Berücksichtigung aller relevanten Unsicherheiten in den MEVs kein zusätzliches Overlay erforderlich war.

Wie oben beschrieben, besteht der Ansatz zur Berücksichtigung zukunftsgerichteter Informationen bei der Berechnung der ECL-Schätzung darin, Prognosen für die nächsten zwei bis drei Jahre einzubeziehen. Für Zeiträume, die nicht durch angemessene und vertretbare Prognosewerte abgedeckt sind, werden historische Ausfalls- und Migrationstrends berücksichtigt.

Die nachstehenden Tabellen enthalten die makroökonomischen Variablen, die zur Einbeziehung zukunftsgerichteter Informationen im Modell zum 31. Dezember 2025 bzw. im Modell vom 31. Dezember 2024 verwendet werden.

Anwendung der zukunftsgerichteten Informationen

	31.12.2025[1]	
	Jahr 1 (4 Quartals-durchschnitt)	Jahr 2 (4 Quartals-durchschnitt)
BIP - USA	1,87%	1,97%
BIP - Eurozone	1,16%	1,44%
BIP - Deutschland	0,65%	1,54%
BIP - Italien	0,60%	0,91%
BIP - Asien	4,45%	4,78%
BIP - Schwellenländer	3,85%	4,19%
Arbeitslosigkeit - USA	4,42%	4,29%
Arbeitslosigkeit - Eurozone	6,30%	6,18%
Arbeitslosigkeit - Deutschland	3,75%	3,66%
Arbeitslosigkeit - Italien	6,14%	6,22%
Arbeitslosigkeit - Spanien	10,37%	10,05%
Arbeitslosigkeit - Japan	2,49%	2,45%
Hauspreise - CRE Index USA	300,74	301,87
Hauspreise - CRE Index Eurozone	110,44	111,75
Hauspreise - Hauspreisindex USA	331,21	340,69
Hauspreise - Hauspreisindex Deutschland	157,28	158,82
Hauspreise - Hauspreisindex Spanien	2.213,55	2.264,16
Equity - S&P500	6.942	7.366
Equity - Eurostoxx50	5.793	6.086
Equity - DAX40	24.453	25.886
Equity - MSCI EAFE	1.288	1.351
Equity - MSCI Asia	2.068	2.160
Equity - Nikkei	50.891	53.099
Credit - High Yield Index	308,27	348,99
Credit - CDX High Yield	333,97	370,05
Credit - CDX IG	54,64	62,78
Credit - CDX Emerging Markets	149,82	179,86
Credit - ITX Europe 125	56,42	62,27
Rohstoffe - WTI	61,07	59,01
Rohstoffe - Gold	3.976,94	4.189,01

[1] MEV zum 8. Dezember 2025, basierend auf Bloomberg Consensus, welche sich zum 31. Dezember 2025 kaum verändert haben.
[2] Jahr 1 entspricht dem vierten Quartal 2025 bis zum dritten Quartal 2026, Jahr 2 entspricht dem vierten Quartal 2026 bis zum dritten Quartal 2027

	31.12.2024[1]	
	Jahr 1 (4 Quartals-durchschnitt)	Jahr 2 (4 Quartals-durchschnitt)
BIP - USA	2,23%	2,04%
BIP - Eurozone	1,04%	1,19%
BIP - Deutschland	0,58%	1,14%
BIP - Italien	0,74%	1,02%
BIP - Asien	4,53%	4,26%
BIP - Schwellenländer	4,11%	3,81%
Arbeitslosigkeit - USA	4,29%	4,20%
Arbeitslosigkeit - Eurozone	6,46%	6,42%
Arbeitslosigkeit - Deutschland	3,46%	3,40%
Arbeitslosigkeit - Italien	6,50%	6,76%
Arbeitslosigkeit - Spanien	11,12%	10,95%
Arbeitslosigkeit - Japan	2,48%	2,40%
Hauspreise - CRE Index USA	312,27	316,81
Hauspreise - CRE Index Eurozone	107,75	108,39
Hauspreise - Hauspreisindex USA	325,05	333,47
Hauspreise - Hauspreisindex Deutschland	152,78	158,19
Hauspreise - Hauspreisindex Italien	103,82	104,92
Hauspreise - Hauspreisindex Spanien	1.959,68	2.000,70
Equity - S&P500	6.109	6.436
Equity - Eurostoxx50	4.965	5.162
Equity - DAX40	20.131	20.968
Equity - MSCI EAFE	1.069	1.112
Equity - MSCI Asia	1.602	1.630
Equity - Nikkei	38.972	39.582
Credit - High Yield Index	312,32	358,66
Credit - CDX High Yield	332,33	374,29
Credit - CDX IG	56,50	64,29
Credit - CDX Emerging Markets	177,90	202,59
Credit - ITX Europe 125	62,15	68,66
Rohstoffe - WTI	70,46	65,85
Rohstoffe - Gold	2.588,02	2.612,91

[1] MEV zum 5. Dezember 2024, basierend auf Bloomberg Consensus, welche sich zum 31. Dezember 2024 kaum verändert haben.
[2] Jahr 1 entspricht dem vierten Quartal 2024 bis zum dritten Quartal 2025. Jahr 2 entspricht dem vierten Quartal 2025 bis zum dritten Quartal 2026.

Modellsensitivität

Der Konzern hat drei wesentliche im IFRS 9-Modell enthaltene Annahmen für das Modell ermittelt. Dazu gehören zukunftsorientierte makroökonomische Variablen, die quantitativen Kriterien für die Bestimmung, ob ein Kreditnehmer eine erhebliche Erhöhung des Kreditrisikos erlitten hatte und auf Stufe 2 übertragen wurde, und die Festsetzung der Verlustquoten (LGD) in den homogenen Portfolios in Stufe 3. Im Folgenden analysiert die Bank die möglichen Auswirkungen, wenn diese im ECL-Modell zugrunde gelegten Annahmen von den Basiserwartungen der Bank abweichen sollten.

Makroökonomische Variablen

In den nachstehenden Tabellen sind die Sensitivitäten des ECL-Modells hinsichtlich möglicher Änderungen der Prognosewerte wichtiger MEVs dargestellt. Hierbei werden ECL-Auswirkungen in Stufen 1 und 2 aufgrund von Abwärts- und Aufwärtsverschiebungen der MEVs für jede MEV-Gruppe separat ermittelt. Ergebnisse mit Stand zum 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024 werden getrennt diskutiert. Die Größe der Abwärts- und Aufwärtsverschiebungen wird im Bereich einer Standardabweichung ausgewählt – ein Maß, das in der Statistik im Zusammenhang mit Wahrscheinlichkeitsberechnungen verwendet wird und die Streuung der Werte einer Zufallsvariablen repräsentiert.

Jede dieser Gruppen besteht aus MEVs der gleichen Kategorie:

- BIP-Wachstumsraten: umfassen USA, Eurozone, Deutschland, Italien, Asien, Schwellenländer
- Arbeitslosenquoten: umfassen USA, Eurozone, Deutschland, Italien, Japan, Spanien
- Aktienindizes: S&P500, Eurostoxx50, DAX40, Nikkei, MSCI Asien, MSCI EAFE
- Credit Spreads: ITX Europe 125, High Yield Index, CDX IG, CDX High Yield, CDX Emerging Markets
- Immobilienpreise: Preisindex für Gewerbeimmobilien (separate Indizes für USA und Eurozone) und Preisindex für Wohnimmobilien (separate Indizes für Deutschland, Italien und Spanien)
- Rohstoffpreise: WTI-Ölpreis, Goldpreis

Obwohl Zinssätze und Inflation in den oben genannten MEVs nicht in expliziter Weise enthalten sind, spiegeln sich die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen von Änderungen dieser Risikotreiber typischerweise in den anderen makroökonomischen Variablen des Modells wider, beispielsweise in Form von niedrigerem BIP-Wachstum, höherer Arbeitslosigkeit oder höheren Credit Spreads.

Darüber hinaus enthält die Sensitivitätsanalyse nur die Auswirkungen der aggregierten MEV-Gruppe (d. h. eine potenzielle Korrelation zwischen verschiedenen MEV-Gruppen oder die Auswirkungen der Management Overlays werden nicht berücksichtigt). ECL für Stufe 3 wird nicht berührt und in den folgenden Tabellen nicht berücksichtigt, da ihre Berechnung von den makroökonomischen Szenarien unabhängig ist.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2024 spiegeln die Berechnungen der Sensitivitäten die im Jahre 2025 live gegangenen ECL-Modellaktualisierungen wider, einschließlich der Aktualisierungen des LGD-Parameters, der im IFRS 9-Rechnungslegungsstandard und im Significant Increase in Credit Risk (SICR)-Modell für Stufenbewertung verwendet wird. Die Auswirkungen von FLI auf PDs und FLI auf LGDs waren bereits in den Sensitivitäten von 2024 berücksichtigt. Zum 31. Dezember 2025 erfassen die Sensitivitäten zusätzlich die Erweiterung des FLI LGD-Modells auf Ex-Postbank-Portfolios, was zu höheren Sensitivitäten gegenüber Immobilienpreisen geführt hat. Zudem ist der beobachtete Gesamtanstieg der Sensitivitäten für BIP, Arbeitslosigkeit und Immobilienpreise auch auf ein höheres ECL-Basisniveau im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen.

IFRS 9 - Sensitivitäten von zukunftsgerichteten Informationen – Konzernebene

	31.12.2025			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-76,3	-1pp	87,2
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-49,4	0,5pp	51,6
Immobilien[1]	5%	-35,3	-5%	40,1
Aktien	10%	-17,1	-10%	23,7
Credit spreads	-40%	-19,5	40%	21,6
Rohstoffe[2]	10%	-6,9	-10%	7,4

	31.12.2024			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-66,4	-1pp	71,8
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-44,9	0,5pp	49,0
Immobilien[1]	5%	-13,9	-5%	16,0
Aktien	10%	-14,1	-10%	17,8
Credit spreads	-40%	-20,7	40%	24,2
Rohstoffe[2]	10%	-7,7	-10%	8,7

[1] Für einen strengeren Stresstest im Zusammenhang mit dem CRE-Portfolio, bei dem auch bestehende und potenzielle Engagements in Stufe 3 berücksichtigt werden, wird auf den Abschnitt über Gewerbeimmobilien oben verwiesen.
[2] Hier gilt das Vorzeichen der Verschiebung für Ölpreisänderungen. Goldpreisänderungen haben das entgegengesetzte Vorzeichen.
1pp (Prozentpunkt), z. B. BIP-Veränderungen von 3% auf 4% // 1% (prozentuale Veränderung), z. B. Immobilienpreisveränderungen von 100 auf 101.

Auf Ebene der Geschäftsbereiche wurde die Sensitivitätsanalyse für das am 31. Dezember 2025 bzw. 2024 endende Geschäftsjahr durchgeführt, wobei die BIP-Wachstumsraten, die Risikoprämien und die Rohstoffpreise die dominierenden Faktoren für die Investmentbank waren, während die Empfindlichkeit des Modells für die Unternehmensbank und die Privatkundenbank hauptsächlich mit Veränderungen der BIP-Wachstumsraten und der Arbeitslosenquoten verbunden ist. Die Sensitivitätstabelle für die Privatkundenbank zeigt nur BIP-Wachstumsraten und Arbeitslosenquoten, da diese die relevanten MEV für die zugrunde liegenden Portfolios sind.

IFRS 9 - Sensitivitäten zukunftsgerichteter Informationen, angewandt auf Stufe 1 und Stufe 2 – Unternehmensbank

	31.12.2025			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-16,0	-1pp	19,2
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-11,0	0,5pp	12,2
Immobilien[1]	5%	-4,3	-5%	5,4
Credit spreads	-40%	-4,1	40%	4,5
Rohstoffe[2]	10%	-2,2	-10%	2,4

	31.12.2024			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-18,2	-1pp	20,3
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-12,6	0,5pp	14,2
Immobilien[1]	5%	-2,1	-5%	2,2
Credit spreads	-40%	-4,5	40%	5,0
Rohstoffe[2]	10%	-2,8	-10%	3,1

[1] Für einen strengeren Stresstest im Zusammenhang mit dem CRE-Portfolio, bei dem auch das bestehenden und potenziellen Engagements in Stufe 3 berücksichtigt wird, wird auf den Abschnitt über Gewerbeimmobilien oben verwiesen.
[2] Hier gilt: das Vorzeichen der Verschiebung für Ölpreisänderungen. Goldpreisänderungen haben das entgegengesetzte Vorzeichen.

IFRS 9 - Sensitivitäten zukunftsgerichteter Informationen, angewandt auf Stufe 1 und Stufe 2 – Investment Bank

	31.12.2025			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-36,1	-1pp	41,5
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-10,7	0,5pp	11,6
Immobilien[1]	5%	-19,4	-5%	21,5
Aktien	10%	-5,6	-10%	9,3
Credit spreads	-40%	-14,0	40%	15,7
Rohstoffe[2]	10%	-4,4	-10%	4,7

	31.12.2024			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-26,4	-1pp	28,9
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-11,0	0,5pp	12,1
Immobilien[1]	5%	-8,5	-5%	10,2
Aktien	10%	-4,7	-10%	5,9
Credit spreads	-40%	-13,5	40%	16,2
Rohstoffe[2]	10%	-4,6	-10%	5,5

[1] Für einen strengeren Stresstest im Zusammenhang mit dem CRE-Portfolio, bei dem auch das bestehenden und potenziellen Engagements in Stufe 3 berücksichtigt wird, wird auf den Abschnitt über Gewerbeimmobilien oben verwiesen.
[2] Hier gilt: das Vorzeichen der Verschiebung für Ölpreisänderungen. Goldpreisänderungen haben das entgegengesetzte Vorzeichen.

IFRS 9 - Sensitivitäten zukunftsgerichteter Informationen, angewandt auf Stufe 1 und Stufe 2 – Privatkundenbank

	31.12.2025			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-22,6	-1pp	24,6
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-26,9	0,5pp	26,8

	31.12.2024			
	Aufwärtssensitivität		Abwärtssensitivität	
	Aufwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €	Abwärts-verschiebung	ECL Auswirkung in Mio. €
BIP-Wachstumsraten	1pp	-18,3	-1pp	19,3
Arbeitslosenquoten	-0,5pp	-19,5	0,5pp	20,6

Erwartete Kreditausfälle über die gesamte Laufzeit für Kreditnehmer in Stufe 1

Wie bereits beschrieben, verwendet der Konzern eine Mischung aus quantitativen und qualitativen Indikatoren, um zu bestimmen, ob ein Kreditnehmer eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos erfahren hat, die für die betroffenen Kreditnehmer einen Übergang zur Ermittlung der Kreditrisikovorsorge über die vertragliche Restlaufzeit (Stufe 2) erfordert. Würden alle für Kreditnehmer der Stufe 1 erwartete Kreditausfälle über die gesamte Laufzeit berechnet, wäre die Risikovorsorge der Gruppe 6,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 und 6,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024 was etwa einen Anstieg von 28% für das Jahresende 2025 sowie 34% das Jahresende 2024 entsprechen würde.

Modellbasierte Schätzung der Verlustquote in Stufe 3

Die Risikovorsorge des Konzerns in Stufe 3 für die homogenen Portfolios beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf 2,4 Mrd. € und zum 31. Dezember 2024 auf 2,3 Mrd. € Der wichtigste Faktor bei der Bestimmung der Wertberichtigung für Kreditausfälle ist die modellbasierte Schätzung der Verlustquote (Loss Given Default), die für die einzelnen Portfolios unterschiedlich ist. Die Verlustquote wird von den Erlösquoten, den Erlösen aus der Verwertung von Sicherheiten und den Gesundungsquoten beeinflusst. Einige der Einflussfaktoren für die verschiedenen Portfolios beinhalten Elemente von Expertenschätzungen, was insbesondere die erwartete Gesundungsquote betrifft. Würde sich die LGD für die homogenen Portfolios um 1% erhöhen, so würde sich die ECL der Stufe 3 zum 31. Dezember 2025 um etwa 28 Mio. € (davon 20 Mio. € in Deutschland, 5 Mio. € in Italien und 2 Mio. € in Spanien) und zum 31. Dezember 2024 um etwa 26 Mio. € (davon 17 Mio. € in Deutschland, 5 Mio. € in Italien und 2 Mio. € in Spanien) erhöhen.

Management Overlays, die auf das IFRS 9 Modellergebnis angewendet wurden

Der Konzern überprüft regelmäßig die IFRS 9 Methoden und Prozesse, die wichtigsten Einflussgrößen in der ECL-Berechnung und erörtert Modelländerungen, mögliche Modellungenauigkeiten oder andere Bewertungsunsicherheiten, etwa im makroökonomischen Umfeld, um festzustellen, ob wesentliche Overlays erforderlich sind. Darüber hinaus werden regelmäßig Überprüfungen für sich entwickelnde oder neu auftretende Risiken durchgeführt, insbesondere im aktuellen geopolitischen Umfeld. Die angewandten Maßnahmen umfassen Kundenbefragungen und Interviews sowie die Analyse von Portfolios über Unternehmen, Regionen und Sektoren hinweg. Darüber hinaus überprüft und validiert der Konzern regelmäßig die wichtigsten Modellfaktoren und Annahmen (einschließlich der Annahmen in Zuliefermodellen) und stellt sicher, sofern ein Expertenurteil angewandt wird, dies im Einklang des Risikomanagement-Rahmen der Gruppe erfolgt. Zum 31. Dezember 2025 verfügte die Gruppe über zwei bestehende Overlays. Ein bestehendes Overlay spiegelte eine Modellverfeinerung in Bezug auf das Refinanzierungsrisiko wider, die noch nicht umgesetzt worden war, und ein neu geschaffenes Overlay, die Beobachtungen aus den Portfolioüberprüfungen und Kreditrisikobewertungen der Bank widerspiegelte. Abgesehen von diesen bekannten Modellschwächen und Überlagerungen hat die Gruppe keine zusätzlichen Modellschwächen identifiziert, die ein Overlay erfordern würden.

Zum Jahresende 2025 verbuchte der Konzern Overlays in Höhe von insgesamt 156 Mio. € gegenüber 124 Mio. € zum Jahresende 2024 (was zu einer Erhöhung der Wertminderungen für Kreditverluste in beiden Perioden führte). Die Management Overlays zum Jahresende 2025 umfassen zwei Hauptpunkte: Erwartete Auswirkungen aus einer Modellverfeinerung im Zusammenhang mit dem Refinanzierungsrisiko und Beobachtungen aus Portfolioüberprüfungen und Kreditrisikobewertungen der Bank. Das Overlay bezüglich des Refinanzierungsrisikos existierte bereits im Jahr 2024 und wurde im Jahr 2025 angepasst. Zusätzlich erfasst der Konzern Ende 2024 ein Overlay bezüglich einer PD-Parameter-Neukalibrierung, das im Jahr 2025 freigegeben wurde. Die Änderung des Management Overlays im Jahr 2025 war hauptsächlich auf die Zoll-Overlays zurückzuführen, die aufgrund der Auswirkungen von U.S.-Zollankündigungen im ersten Quartal vorgenommen und im Laufe des Jahres freigegeben wurden

Gesamtbewertung der ECL

Um sicherzustellen, dass das ECL-Modell der Deutschen Bank die Unsicherheiten im makroökonomischen Umfeld im Jahr 2025 berücksichtigt, überprüfte der Konzern weiterhin neu auftretende Risiken, bewertete mögliche Ausgangs- und Abwärtseffekte und veranlasste Maßnahmen zur Steuerung der Strategie und Risikobereitschaft der Bank. Die Ergebnisse dieser Überprüfungen gelangten zu dem Schluss, dass der Konzern angemessen für erwartete Kreditverluste zum 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024 wertberichtigt war.

Die Ergebnisse der oben genannten Überprüfungen und die Entwicklung wichtiger Portfolioindikatoren werden regelmäßig im Credit Risk Portfolio Management Forum und im Group Risk Committee erörtert. Erforderlichenfalls werden Vorkehrungen und Maßnahmen zur Risikominderung getroffen. Kundenratings werden regelmäßig überprüft, um den neuesten makroökonomischen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Kunden mit potenziell erheblichen Risiken werden auf die Überwachungsliste gesetzt (Stufe 2), Stundungsmaßnahmen können ausgehandelt werden sowie Kreditlimite und Besicherungen überprüft werden. Insgesamt ist der Konzern der Auffassung, dass er auf der Grundlage seiner täglichen Risikomanagementtätigkeiten und regelmäßigen Überprüfungen für neu auftretende Risiken angemessene Wertberichtigungen (ECL) gebildet hat.

Ergebnisse des IFRS 9-Modells

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug im Geschäftsjahr 2025 1,7 Mrd. €, gegenüber 1,8 Mrd. € im Jahr 2024, und 36 Basispunkte des durchschnittlichen Kreditvolumens und bewegte sich damit innerhalb der Erwartungen, die die Bank nach dem dritten Quartal 2025 kommuniziert hatte. Der Rückgang war hauptsächlich auf eine geringere Risikovorsorge in Stufe 3 zurückzuführen, ungeachtet anhaltend erhöhter Risikovorsorge für den Gewerbeimmobiliensektor. Dies wurde teilweise durch eine höhere Risikovorsorge aufgrund von modellbedingten Effekten in Stufe 1 und Stufe 2 ausgeglichen.

Hinsichtlich der Klimarisiken führen Schätzungen über die Auswirkungen höherer Transitions- und physischer Risikopositionen auf den ECL zu keinem Anpassungsbedarf der Risikovorsorge im Kreditgeschäft für die am 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024 endenden Geschäftsjahre.

Nähere Angaben zu den Risikovorsorgen in den Segmenten finden Sie in der Segmentberichterstattung.

Nähere Angaben zu den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns im Zusammenhang mit IFRS 9 Wertminderungen finden sich in Konzernanhang 01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen des Konzernabschlusses.

Steuerung und Minderung von Kreditrisiken

Steuerung von Kreditrisiken auf Geschäftspartnerebene

Kunden im Kreditgeschäft werden grundsätzlich Kreditanalysten nach Kreditbereichen entsprechend der Kundenart (wie Kreditinstitute, Firmenkunden oder Privatpersonen), der Wirtschaftsregion (zum Beispiel Schwellenländer) oder dem Produkt und gegebenenfalls speziellen Teams für interne Bonitätseinstufungsanalysen zugeordnet, mit Ausnahme von Privatkunden, die vom Vertrieb betreut werden. Die entsprechenden Kreditanalysten verfügen über die notwendige Fachkompetenz und Erfahrung hinsichtlich der Steuerung der Kreditrisiken im Zusammenhang mit diesen Kunden und ihren kreditbezogenen Transaktionen. Im Privatkundenbereich der Bank sind Kreditentscheidung und -überwachung aus Effizienzgründen in erheblichem Maße automatisiert. Das Kreditrisikomanagement überwacht die entsprechenden automatisierten Prozesse und Systeme, die im Privatkundenkreditbereich hierbei verwendet werden. Jeder Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements ist für die ständige kreditseitige Überwachung des ihm übertragenen Portfolios von Kreditnehmern verantwortlich. In diesem Zusammenhang stehen der Deutschen Bank Verfahren zur Verfügung, mit denen versucht wird, frühzeitig Kreditengagements zu erkennen, die möglicherweise einem erhöhten (Verlust-)Risiko ausgesetzt sind.

In Fällen, in denen die Deutsche Bank Geschäftspartner identifiziert hat, deren Kreditqualität sich verschlechtert hat oder droht sich zu verschlechtern, und damit ein erhöhtes Ausfallrisiko/Verlust darstellen, wird der jeweilige Geschäftspartner in der Regel auf die Watchlist gesetzt. Die Deutsche Bank will diese Geschäftspartner frühzeitig identifizieren, um sicherzustellen, dass Kreditrisikopositionen mit erhöhten Risiken wirksam gemanagt werden, und die Risikomanagement-instrumente der Bank angemessen angewandt werden, um potenzielle Verluste zu minimieren. Ziel dieses Frühwarnsystems ist es, potenzielle Probleme anzugehen, während weiterhin geeignete Handlungsoptionen zur Verfügung stehen. Diese Früherkennung von Risiken ist ein Grundsatz der Kreditkultur der Deutschen Bank und soll das Management für diese Positionen sensibilisieren.

Kreditlimite für einzelne Gegenparteien werden vom Kreditrisikomanagement (außer für Privatkunden) im Rahmen der Kreditkompetenzen, die den einzelnen Kreditbediensteten zugewiesen sind, eingemeldet. Dies gilt auch für das Abwicklungsrisiko, das innerhalb von Grenzen liegen muss, die vom Kreditrisikomanagement vorab genehmigt wurden, und den erwarteten Abwicklungsmustern der betreffenden Gegenpartei entsprechen muss. Kreditgenehmigungen werden von den jeweiligen Kreditkompetenzinhabern nach dem 4-Augen-Prinzip durch elektronische Signatur dokumentiert und für künftige Referenzzwecke aufbewahrt.

Die Kreditkompetenz wird grundsätzlich als persönliche Kreditkompetenz entsprechend der beruflichen Qualifikation und Erfahrung des Einzelnen zugewiesen. Alle zugewiesenen Kreditkompetenzen werden regelmäßig überprüft, um sicherzustellen, dass sie der individuellen Leistung des Kompetenzinhabers angemessen sind.

Wenn die Kreditkompetenz nicht ausreicht, um die erforderlichen Kreditlimite festzulegen, wird das Geschäft an einen Kompetenzträger mit höherer Kompetenz übergeben und falls die höchste persönliche Kompetenz nicht ausreicht, entscheiden entsprechende Kreditausschüsse. Wenn die Personal- und Ausschusskompetenzen nicht ausreichen, wird der Fall zur Genehmigung an den Vorstand verwiesen.

Kreditrisikominderung auf Geschäftspartnerebene

Neben der Bestimmung der Bonität von Geschäftspartnern durch die Zuweisung interner Ratings und die Anpassung der Risikoposition an die Leitlinien für das Kontrahentenkonzentrationsrisiko der Bank setzt die Deutsche Bank zur Optimierung der Kreditrisikominderung und zum Abbau potenzieller Kreditverluste verschiedene Techniken ein. Diese Verfahren werden in den folgenden Formen angewandt:

- Umfassende und rechtlich durchsetzbare Kreditdokumentation mit angemessenen Bedingungen
- Sicherheiten, die in ihren verschiedenen Formen zur Verringerung von Verlusten gehalten werden, indem sie die Einbringung von Verpflichtungen erhöhen; zu den wichtigsten Grundsätzen für die Verwaltung von Sicherheiten gehören die rechtliche Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit, eine vorsichtige und realistische Bewertung der Sicherheiten, die Reduzierung des Risikos und des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals sowie die Kosteneffizienz
- Risikoübertragungen, die das Ausfallrisiko eines Schuldners auf einen Dritten verlagern, einschließlich bedeutender Risikotransferinstrumente, werden von der Geschäftseinheit des Strategischen Corporate Lending (SCL) der Bank vorgenommen
- Netting- und Sicherheitenvereinbarungen, die das Kreditrisiko bei Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften verringern (z. B. Repo-Geschäfte)
- Absicherung des Kontrahentenrisikos von Derivaten, einschließlich CVA, hauptsächlich über CDS-Kontrakte über das Counterparty Portfolio Management Desk.

Sicherheiten

Die Deutsche Bank vereinbart regelmäßig Sicherheiten, die sie von Kunden erhält, die einem Kreditrisiko unterliegen oder die sie von Dritten erhält, die in rechtswirksamen und durchsetzbaren Verträgen vereinbart werden, welches durch ein schriftliches und begründetes Rechtsgutachten dokumentiert wird. Bei den Sicherheiten handelt es sich um Kreditschutz in Form von abgetretenen oder verpfändeten Vermögenswerten (mit Sicherheitsleistung) oder Verpflichtungen Dritter (ohne Sicherheitsleistung), die dazu dienen, das einem Engagement innewohnende Kreditverlustrisiko zu mindern, indem sie entweder die Rückflüsse im Falle eines Ausfalls verbessern oder das Ausfallrisiko des Kontrahenten ersetzen. Die Deutsche Bank übernimmt in der Regel alle Arten von anrechnungsfähigen Sicherheiten für ihre jeweiligen Geschäftsbereiche, kann jedoch akzeptierte Sicherheiten für bestimmte Geschäftsbereiche oder Regionen beschränken, wie dies auf dem jeweiligen Markt üblich ist oder aus Effizienzgründen angestrebt wird. Obwohl im Einklang mit Artikel 194 Absatz 9 der CRR Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Standards zur Risikoeinschätzung im Kreditgeschäft.

Die Deutsche Bank unterscheidet die folgenden zwei Arten von erhaltenen Sicherheiten:

- Gesicherte Kreditabsicherung wie Finanzsicherheiten und andere Sicherheiten, die es der Deutschen Bank ermöglichen, die ausstehende Forderung ganz oder teilweise durch die Abwicklung der gestellten Sicherheit/des bereitgestellten Vermögenswerts zu decken, wenn der Geschäftspartner nicht in der Lage oder nicht willens ist, seine Hauptpflichten zu erfüllen. In der Regel fallen Barsicherheiten, Wertpapiere (Aktien, Anleihen), Sicherheiten, Pfandbriefe oder Abtretungen anderer Forderungen oder Bestände, bewegliche Vermögenswerte (d. h. Anlagen, Maschinen, Schiffe und Luftfahrzeuge) und Immobilien in diese Kategorie; sämtliche Finanzsicherheiten werden regelmäßig, meist täglich, neu bewertet und an der jeweiligen Kreditrisikoposition gemessen; der Wert anderer Sicherheiten, einschließlich Immobilien, wird auf der Grundlage etablierter Prozesse überwacht, die regelmäßige Überprüfungen oder Neubewertungen durch interne und/oder externe Experten beinhalten.
- Unbesicherte Garantien, die die Fähigkeit des Geschäftspartners ergänzen, seinen Verpflichtungen aus dem gesetzlichen Vertrag nachzukommen, und als solche von nicht korrelierten Dritten bereitgestellt werden. In der Regel fallen Kreditbriefe, Kreditversicherungen, Exportkreditversicherungen, Garantien, Kreditderivate und (nicht finanzierte) Risikobeteiligungen in diese Kategorie. Garantien und strenge Patronatserklärungen, die von korrelierten Kundengruppenmitgliedern (im Allgemeinen die Muttergesellschaft) bereitgestellt werden, können auch in genehmigten Ratingansätzen akzeptiert und berücksichtigt werden; Sicherheiten mit einem Rating des Garantiegebers für die Nicht-Anlageklasse sind begrenzt.

Mit den Prozessen der Deutschen Bank soll sichergestellt werden, dass die zur Risikominderung akzeptierten Sicherheiten von hoher Qualität sind. Dazu gehören Verfahren, die in der Regel eine rechtlich wirksame und durchsetzbare Dokumentation für realisierbare und messbare Sicherheiten oder Vermögenswerte gewährleisten, die im Rahmen des Onboarding-Prozesses von internen Gutachtern oder Teams mit den entsprechenden Qualifikationen, Fähigkeiten und Erfahrungen oder von geeigneten externen Gutachtern bewertet werden, die in geregelten Prozessen beauftragt sind. Die angewandten Bewertungen folgen allgemein anerkannten Bewertungsmethoden oder -modellen und beinhalten die Identifizierung wesentlicher Klima-, Natur- und Übergangsrisiken. Die laufende Richtigkeit der Werte wird anhand der typspezifischen, geeigneten häufigen und ereignisgesteuerten Überprüfungen unter Berücksichtigung der relevanten Risikoparameter überwacht. Neubewertungen werden bei festgestellter wahrscheinlicher materieller Verschlechterung vorgenommen, und die künftige Überwachung kann angepasst werden. Die Bewertung der Eignung von Sicherheiten für eine bestimmte Transaktion ist Teil der Kreditentscheidung und muss konservativ erfolgen. Die Deutsche Bank ist bestrebt, Risikomerkmale zu vermeiden, bei denen das Risiko des Geschäftspartners positiv mit dem Risiko einer Verschlechterung des Sicherheitenwerts korreliert ist. Wird in jedem Fall ein kollaterales mit einem wesentlichen Korrelationsrisiko in Kauf genommen, wird eine mögliche Auswirkung auf dessen Wert konservativ in die Bewertung einbezogen. Bei nicht besicherten Kreditsicherheiten wie Garantien wird das Verfahren zur Analyse der Kreditwürdigkeit des Bürgen an das Kreditbewertungsverfahren für kreditrelevante Gegenparteien angepasst.

Bei finanzierten Sicherheiten hängt der Bewertungswert der Sicherheiten von der Art und der Qualität der jeweiligen Sicherheit sowie deren Verwertbarkeit durch Dritte, ihrer Restlaufzeit und anderen wertbeeinflussenden Faktoren ab. Abschläge, die Liquidationsrisiken in einem Ausfallszenario widerspiegeln, werden implizit in der LGD-Schätzung berücksichtigt. Sicherheiten können im Laufe der Zeit Schwankungen unterliegen (dynamischer Wert) oder nicht (statischer Wert). Die Deutsche Bank verwendet Wertabschläge, um unter anderem folgende Punkte zu berücksichtigen:

- Preisschwankungen,
- unzureichende Drittverwertbarkeit,
- Einschränkungen bei der Liquidation/Realisation,
- Währungsinkongruenz zwischen dem gesicherten Engagement und der Sicherheit,
- Fälligkeitsinkongruenz,
- Umweltrisiken,
- anlagenspezifische Aspekte (altersbedingte Abschläge, Belastungen und Beschränkungen),
- Korrelation zwischen der Performance des Kreditnehmers und dem Wert der Sicherheit, z. B. bei der Verpfändung eigener Aktien oder Wertpapiere eines Kreditnehmers (in diesem Fall führt eine vollständige Korrelation in der Regel zu einem Wertabschlag von 100%).

Diese Wertabschläge werden entweder im Rahmen der Bewertung angewendet und somit direkt im Marktwert berücksichtigt oder nachträglich abgezogen.

Risikotransfers

Risikoübertragungen an Dritte sind ein wichtiger Bestandteil des gesamten Risikomanagementprozesses der Bank und werden in verschiedenen Formen durchgeführt, u. a. in Form von Outright-Verkäufen, Hedging und Verbriefungen (signifikante Risikoübertragungen). Risikoübertragungen werden von den jeweiligen Geschäftsbereichen und/oder durch Strategic Corporate Lending (SCL) gemäß speziell genehmigten Mandaten durchgeführt.

SCL verwaltet das Kreditrisiko von Darlehen und kreditbezogenen Verpflichtungen des institutionellen und unternehmerischen Kreditportfolios, des fremdfinanzierten Kreditportfolios, und das Portfolio der mittelgroßen deutschen Unternehmen in den Geschäftsbereichen Unternehmensbank und Investmentbank. Die SCL überwacht streng signifikante Risikotransfers (SRT), um zu vermeiden, dass Kreditlaufzeiten den Kreditschutz mit Wiederauffüllungsperioden überschreiten, die es ermöglichen, Hedges zu erneuern und das Rollover-Risiko zu mindern, das durch Volatilität auf dem SRT-Emissionsmarkt entstehen könnte. Darüber hinaus ist die Mehrheit der SRTs der Deutschen Bank als vollständig finanzierte kreditgebundene Anleihen strukturiert, wodurch das Gegenparteiausfallrisiko eliminiert wird.

Als zentrale Preisreferenzstelle stellt SCL den jeweiligen Geschäftsfeldern der Unternehmensbereiche Unternehmensbank und Investmentbank die entsprechenden beobachteten oder abgeleiteten Kapitalmarktkonditionen für Kreditanträge bereit. Die Entscheidung über die Kreditvergabe durch die Geschäftseinheit bleibt jedoch dem Kreditrisikomanagement vorbehalten.

Innerhalb dieses Kreditrisikokonzepts konzentriert sich SCL auf das Management der Risiko-Rendite-Profile und der einzeladressenbezogenen Kreditrisikokonzentrationen innerhalb eines Kreditportfolios durch Anwendung von Maßnahmen wie etwa Kreditverkäufen, Verbriefungen (signifikante Risikoübertragungen), Ausfallversicherungen sowie Credit Default Swaps.

Netting- und Sicherheitenvereinbarungen für Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte

Das Netting (d. h. Netting von Kreditlinien für Zwecke des internen Kapitaladäquanzbewertungsprozesses gemäß der Eigenkapitalrichtlinie (Richtlinie 2013/36/EU) und aufsichtsrechtliche Saldierung gemäß CRR) wird bei außerbörslich abgeschlossenen und börsengehandelten Derivaten angewandt (unabhängig davon, ob sie gecleart oder nicht gecleart sind). Darüber hinaus wird Netting auch bei Wertpapierfinanzierungsgeschäften (z. B. Pensionsgeschäfte, Wertpapierleihgeschäfte und Margin Lending-Transaktionen) angewandt, sofern die vertragliche Vereinbarung, Struktur und Natur der Risikominderung ein Netting mit dem zugrunde liegenden Kreditrisiko in Übereinstimmung mit dem anwendbaren KOD und den Verfahren der Bank für das Netting von Finanzkontrakten und Sicherheiten - Recht (zusammenfassend als "Netting-Richtlinie" bezeichnet), erlauben. Obwohl in bestimmten Fällen ein produktübergreifendes Netting zwischen Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften möglich ist, macht die Bank aus aufsichtsrechtlichen Gründen keinen Gebrauch davon.

Alle börsengehandelten Derivate werden über zentrale Kontrahenten abgewickelt, die sich zwischen den handelnden Unternehmen als Kontrahenten für jedes der Unternehmen befinden. Soweit gesetzlich erforderlich oder soweit verfügbar und mit den Geschäftspartnern der Bank vereinbart, verwendet die Deutsche Bank das CCP-Clearing auch für OTC-Derivatgeschäfte.

Der Dodd-Frank Act und die damit zusammenhängenden Vorschriften der Commodity Futures Trading Commission („CFTC") schreiben CCP-Clearing in den Vereinigten Staaten für bestimmte standardisierte OTC-Derivatgeschäfte vor, einschließlich bestimmter Zinsswaps und Index-Credit-Default-Swaps, vorbehaltlich begrenzter Ausnahmen gegenüber bestimmten Kontrahenten. Die Europäische Verordnung (EU) Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, zentrale Kontrahenten und Transaktionsregister („EMIR") und die darauf aufbauenden Delegierten Verordnungen (EU) 2015/2205, (EU) 2016/592 und (EU) 2016/1178 der Kommission haben für bestimmte standardisierte OTC-Derivate-Transaktionen ein obligatorisches CCP-Clearing in der EU eingeführt. Das obligatorische CCP-Clearing in der EU begann für bestimmte Zinsderivate am 21. Juni 2016 und für bestimmte iTraxx-basierte Kreditderivate und zusätzliche Zinsderivate am 9. Februar 2017. Gemäß Artikel 4 Absatz 2 der EMIR-Verordnung können die zuständigen Behörden konzerninterne Transaktionen vom obligatorischen CCP-Clearing ausnehmen, sofern bestimmte Anforderungen, wie die vollständige Konsolidierung der konzerninternen Transaktionen und die Anwendung eines geeigneten zentralisierten Risikobewertungs-, Mess- und Kontrollverfahrens, erfüllt sind. Die Bank hat erfolgreich die Clearing-Befreiung für eine Anzahl ihrer aufsichtsrechtlich konsolidierten Tochtergesellschaften mit konzerninternen Derivaten beantragt, darunter z. B. Deutsche Bank Securities Inc. und Deutsche Bank Luxembourg S.A. Zum 31. Dezember 2025 ist es der Bank gestattet, für eine Reihe von bilateralen konzerninternen Beziehungen gruppeninterne Ausnahmen von der EMIR-Clearingpflicht in Anspruch zu nehmen. Der Umfang der Ausnahmen ist unterschiedlich, da nicht alle Unternehmen relevante, der Clearingpflicht unterliegende Transaktionstypen eingehen. Von den gruppeninternen Beziehungen handelt es sich bei einigen um Beziehungen, bei denen beide Unternehmen in der Europäischen Union (EU) ansässig sind, für die eine vollständige Ausnahme erteilt wurde, und bei den meisten um Beziehungen, bei denen eine in einem Drittland ansässig ist ("Drittlandbeziehung"). Für die Beziehungen zu Drittländern waren wiederholte Anträge für jede neue Anlageklasse erforderlich, für die die Clearingpflicht gilt. Der Prozess fand im Laufe des Jahres 2017 statt. Aufgrund des „Brexit" hat sich der Status einiger Konzernunternehmen von einem EU-Unternehmen zu einem Unternehmen in einem Drittland geändert, aber es gab keine Auswirkungen für die Bank in Bezug auf Clearing-Befreiungen. Aufgrund der am 24. Dezember 2024 in Kraft getretenen Änderungen der EMIR Verordnung gibt es einige Änderungen an den konzerninternen Ausnahmeanforderungen, aber die Deutsche Bank kann grundsätzlich weiterhin auf bereits bestehende Clearing-Ausnahmen zurückgreifen.

Das Regelwerk der CCPs sieht typischerweise die bilaterale Verrechnung aller am gleichen Tag und in der gleichen Währung zahlbaren Beträge vor ("Payment Netting") und reduziert damit das Abwicklungsrisiko der Bank. Abhängig vom Geschäftsmodell der zentralen Kontrahenten findet diese Verrechnung für alle Derivate oder nur für die Derivate derselben Klasse statt. Die Regeln und Vorschriften vieler CCPs sehen auch die Beendigung, Schließung und Verrechnung aller gecleareten Transaktionen bei Ausfall des CCPs vor ("Close-out Netting"), was das Kreditrisiko der Bank reduziert. In ihren Risikomessungs- und Risikobewertungsprozessen wendet die Deutsche Bank das Close-Out-Netting nur in dem Maße an, wie die Deutsche Bank glaubt, dass die Close-Out-Netting-Bestimmungen der jeweiligen CCP rechtsgültig und durchsetzbar sind und im Einklang mit den Netting-Grundsätzen der Bank genehmigt worden sind.

Um das Kreditrisiko aus außerbörslich abgeschlossenen Derivategeschäften zu reduzieren, ist die Deutsche Bank grundsätzlich bemüht, wenn keine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei erfolgen kann, Rahmenverträge mit den Kunden abzuschließen (wie den Rahmenvertrag für Derivate der International Swaps and Derivatives Association, Inc (ISDA)) oder den deutschen Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte. Ein Rahmenvertrag ermöglicht es für das „Close-out Netting", dann, wenn der Geschäftspartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, die Ansprüche und Verpflichtungen sämtlicher vom Rahmenvertrag erfassten Derivategeschäfte so zu verrechnen, dass lediglich eine einzige Nettoforderung oder -verbindlichkeit gegenüber dem Geschäftspartner verbleibt. Mit den Vertragspartnern der Bank kann von Zeit zu Zeit für mehrere Geschäfte mit gleichen Zahlungsterminen (z. B. Devisengeschäfte) gemäß den Bedingungen von Rahmenverträgen ein Zahlungsausgleich vereinbart werden, der das Erfüllungsrisiko der Bank verringern kann. Bei Risikomessung und -bewertung wendet die Deutsche Bank das Close-out-Netting nur an, wenn die Deutsche Bank zu dem Schluss gekommen ist, dass der Rahmenvertrag in allen relevanten Rechtsordnungen rechtsgültig und durchsetzbar ist und die Anerkennung des Close-out-Nettings gemäß den Netting-Grundsätzen der Bank genehmigt wurde.

Darüber hinaus schließt die Deutsche Bank auch Besicherungsvereinbarungen („Credit Support Annexes", „CSAs") zu Rahmenverträgen ab, um das derivatebezogene Kreditrisiko weiter zu senken. Diese Besicherungsanhänge bieten grundsätzlich eine Risikominderung durch die regelmäßigen (gewöhnlich täglichen) Sicherheitennachschüsse für die besicherten Risikopositionen. Die Besicherungsvereinbarungen erlauben darüber hinaus die Kündigung der zugrunde liegenden Derivategeschäfte, falls der Vertragspartner einer Aufforderung zum Sicherheitennachschuss nicht nachkommt. Wenn die Deutsche Bank davon ausgeht, dass der Anhang durchsetzbar ist, spiegelt sich dies, wie auch bei der Aufrechnung, in der Beurteilung der besicherten Position wider.

Bestimmte CSAs zu Rahmenverträgen sehen ratingabhängige Auslöser vor, bei denen zusätzliche Sicherheiten verpfändet werden müssen, wenn das Rating einer Partei herabgestuft wird. Die Deutsche Bank schließt auch Rahmenverträge ab, die ein zusätzliches Kündigungsereignis bei Herabstufung des Ratings einer Partei vorsehen. Diese Herabstufungsklauseln in CSAs und Rahmenverträgen gelten in der Regel für beide Parteien, können aber in einigen Verträgen auch nur für die Deutsche Bank gelten. Die Deutsche Bank analysiert und überwacht ihre potenziellen bedingten Zahlungsverpflichtungen, die sich aus einer Herabstufung des Ratings ergeben, im Rahmen der Stresstests der Bank und des Liquiditätsdeckungsgrad-Ansatzes für das Liquiditätsrisiko fortlaufend. Eine Bewertung der quantitativen Auswirkungen einer Herabstufung des Kreditratings der Bank finden Sie in der Tabelle "Stresstestergebnisse" im Abschnitt "Liquiditätsrisiko".

Die Regeln der DFA und CFTC inklusive der CFTC Regel § 23.504 sowie der EMIR und der Commission Delegated Regulation, insbesondere den Commission Delegated Regulation (EU) 2016/2251 führten die verpflichtende Nutzung der Master Agreements und CSA, die entweder vor oder zeitgleich mit dem Abschluss einer nicht zentral abgewickelten Derivatetransaktion einzugehen sind, ein. Eine spezielle Dokumentation ist auch nach den von den U.S.-Aufsichtsbehörden erlassenen U.S.-Einschussregeln erforderlich. Gemäß den U.S.-Einschussregelungen der U.S.-Aufsichtsbehörden ist die Deutsche Bank verpflichtet, Einschusszahlungen für ihre nicht geclearten Derivatpositionen mit anderen Derivatehändlern sowie mit ihren Kontrahenten zu leisten und zu erheben, die (i) "finanzielle Endnutzer" sind, wie dieser Begriff in den U.S.-Einschussregelungen definiert ist, und (ii) einen durchschnittlichen täglichen Gesamtnennbetrag von nicht geclearten Swaps, nicht geclearten wertpapierbasierten Swaps, Devisentermingeschäften und Devisenswaps von mehr als 8 Mrd. U.S.-$ im Juni, Juli und August des vorangegangenen Kalenderjahres aufweisen. Die U.S.-Margin-Regeln verpflichten die Deutsche Bank zusätzlich, Nachschusszahlungen für ihre Derivate mit anderen Derivatehändlern und bestimmten finanziellen Endverbraucher-Gegenparteien zu leisten und zu erheben. Diese Margin-Anforderungen unterliegen einem Schwellenwert von 50 Mio. U.S.-$ für Initial Margin, aber keinem Schwellenwert für Variation Margin, mit einem kombinierten Mindesttransferbetrag von 500.000 U.S.-$. Die U.S.-Einschussanforderungen sind für große Banken seit September 2016 in Kraft, wobei zusätzliche Nachschussanforderungen am 1. März 2017 in Kraft getreten sind und zusätzliche Ersteinschussanforderungen von September 2017 bis September 2022 schrittweise eingeführt werden.

Unter Commission Delegated Regulation (EU) 2016/ 2251, die die Margin Anforderungen der EMIR implementiert, muss der CSA eine tägliche Bewertung und tägliche Nachschussforderung (Variation Margin) mit Nullschwelle (zero threshold) und einen maximalen Übertragungsbetrag von 500.000 € beinhalten. Für große Derivate über 8 Mrd. € muss eine Einschussforderung (Initial Margin) hinterlegt werden. Die Anforderungen zur Nachschussforderung (Variation Margin) unter EMIR werden seit dem 1. März 2017 an angewendet. Die Anforderungen für Sicherheitsleistungen sollten ursprünglich schrittweise bis 1. September 2021 eingeführt werden. Jedoch wurden Gesetzesänderungen am 17. Februar 2021 veröffentlicht, die die Fristen bis ins Jahr 2022 verlängerten. Gemäß Artikel 31 der Delegierten Verordnung (EU) 2016/2251 der Kommission kann eine EU-Partei entscheiden, keine Einschusszahlungen mit Kontrahenten in bestimmten Nicht-Netting-Ländern auszutauschen, sofern bestimmte Anforderungen erfüllt sind. Gemäß Artikel 11 Absätze 5 bis 10 der EMIR sind die zuständigen Behörden befugt, konzerninterne Transaktionen von der Einschusspflicht auszunehmen, sofern bestimmte Anforderungen erfüllt sind. Während einige dieser Anforderungen die gleichen sind wie bei den EMIR-Clearing-Ausnahmen (siehe oben), gibt es zusätzliche Anforderungen wie das Fehlen eines aktuellen oder voraussichtlichen praktischen oder rechtlichen Hindernisses für den unverzüglichen Transfer von Geldern oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten zwischen gruppeninternen Kontrahenten. Die Bank macht von

dieser Ausnahmeregelung Gebrauch. Die Bank hat die Befreiung von der Besicherungspflicht für einige ihrer aufsichtsrechtlich konsolidierten Tochtergesellschaften mit konzerninternen Derivaten erfolgreich beantragt, darunter z.B. die Deutsche Securities Inc. und die Deutsche Bank Luxembourg S.A. Ab dem 31. Dezember 2025 darf die Bank für eine Reihe von bilateralen konzerninternen Beziehungen, die unter https://www.db.com/legal-resources/european-market-infrastructure-regulation/intra-group-exemptions-margining veröffentlicht werden, die Befreiung von der Besicherungspflicht nach EMIR in Anspruch nehmen. Für einige bilaterale konzerninterne Beziehungen kann die EMIR-Ausnahme für Einschusszahlungen auf der Grundlage von Artikel 11 Absatz 5 der EMIR-Verordnung in Anspruch genommen werden, d. h. ohne, dass ein Antrag gestellt oder eine Veröffentlichung vorgenommen werden muss, da beide Unternehmen in demselben EU-Mitgliedstaat niedergelassen sind. Für Drittlandstöchter war die gruppeninterne Befreiung ursprünglich bis zum 30. Juni 2025 bzw. vier Monate nach Veröffentlichung einer Äquivalenzentscheidung der EU-Kommission gemäß Artikel 13 Absatz 2 EMIR befristet, es sei denn, es wird im Falle einer anwendbaren Äquivalenzentscheidung ein Folgeantrag auf Befreiung gestellt und gewährt. Mit dem Inkrafttreten der EMIR-Änderungen am 24. Dezember 2024 (Verordnung (EU) 2024/2987)) ist ein sogenannter "Gleichwertigkeitsbeschluss" keine Voraussetzung mehr für eine Margenbefreiung. Die Deutsche Bank ist grundsätzlich weiterhin in der Lage, bereits bestehende Margin-Ausnahmen in Anspruch zu nehmen.

Konzentration bei der Kreditrisikominderung

Bei der Kreditrisikominderung kann es zu Konzentrationen kommen, wenn mehrere Garantiegeber und Anbieter von Kreditderivaten mit ähnlichen ökonomischen Merkmalen an vergleichbaren Aktivitäten beteiligt sind und ihre Fähigkeit zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen durch Änderungen im Wirtschafts- oder Branchenumfeld beeinträchtigt wird. Konzentrationsrisiken können auch in Sicherheitenportfolios auftreten (z. B. Mehrfachforderungen und Forderungen gegen Dritte), die im Rahmen des Bewertungsprozesses und/oder gegebenenfalls bei Vor-Ort-Kontrollen konservativ berücksichtigt werden. Die Deutsche Bank verwendet eine Reihe von Instrumenten und Messgrößen, um die Aktivitäten der Bank zur Minderung des Kreditrisikos und die damit verbundenen Konzentrationen zu überwachen.

Für weitere qualitative und quantitative Details in Bezug auf die Anwendung von Kreditrisikominderungen und potenziellen Konzentrationen wird auf den Abschnitt „Maximales Kreditrisiko" verwiesen.

Steuerung von Kreditrisiken auf Portfolioebene

Enterprise and Treasury Risk Management legt den Rahmen für das Management von Konzentrationsrisiken auf Portfolioebene fest. Dazu gehört die strategische Festlegung, Überwachung, Überprüfung, Berichterstattung und Kontrolle der Kreditrisikobereitschaft in verschiedenen Dimensionen, wie z. B. auf Ebene des Deutsche Bank Konzerns, dem Unternehmensbereich, dem Geschäftsbereich, der Rechtseinheit, der Niederlassung, des Landes und der Branche, die im Rahmen der Kreditgenehmigungen berücksichtigt werden müssen. Das ETRM ist auch für die Kalibrierung und Überwachung der Konzentration von Einzeladressen verantwortlich, die als Orientierungshilfe für die Limitdimensionierung auf Kontrahentenebene dient. Darüber hinaus bietet Enterprise and Treasury Risk Management auch einen umfassenden und ganzheitlichen Überblick über das Risikoprofil der Bank in allen Risikoarten.

Auf Portfolioebene können Kreditrisikokonzentrationen dann entstehen, wenn wesentliche Engagements mit einer Vielzahl von Kunden mit ähnlichen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder vergleichbaren Geschäftsaktivitäten unterhalten werden und diese Gemeinsamkeiten dazu führen können, dass die Geschäftspartner ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht erfüllen können, da sie in gleicher Weise von Änderungen der wirtschaftlichen oder branchenbezogenen Rahmenbedingungen betroffen sind.

Das Portfoliomanagement der Deutschen Bank hält geeignete Analysen zur Bestimmung von Konzentrationen bereit, um diese auf ein akzeptables Niveau zu begrenzen.

Neu auftretende Risiken und Portfolioentwicklungen werden monatlich im Credit Risk und Portfolio Management Forum diskutiert, an dem leitende Kreditrisikomanager, einschließlich der Leiter des Kreditrisikomanagements, sowie Senior Manager von ETRM, vertreten sind.

Steuerung von Branchenrisiken
Um das Branchenrisiko zu steuern, hat die Deutsche Bank ihre Gegenparteien aus Unternehmen und Finanzinstituten in verschiedene Branchenunterportfolios eingeteilt. Portfolios werden regelmäßig, zumindest jährlich, überprüft. In den Reviews werden die Entwicklungen und Risiken der Branche für das Kreditportfolio der Bank aufgezeigt, die Risiken einer Risikokonzentration überprüft, das Risiko/Nutzen-Profil des Portfolios analysiert und die Ergebnisse eines Stresstests bei konjunkturellen Abwärtsrisiken berücksichtigt. Schließlich wird die Analyse verwendet, um die Kreditstrategien und die Risikobereitschaft für die jeweiligen Branchen zu definieren. Bei der Festlegung des Industry Risk Appetite wird der konzernweite Kreditrisikoappetit berücksichtigt.

Im Rahmen der Steuerung der Branchenrisiken der Deutschen Bank werden ETRM-Schwellenwerte für aggregierte Kreditlimite für Geschäftspartner innerhalb jedes Branchen-Teilportfolios festgelegt. Zu Zwecken des Risikomanagements folgt die Aggregation von Limiten über Branchen hinweg einer internen Risikobetrachtung, die nicht mit der an anderer Stelle in diesem Bericht verwendeten, auf NACE-Codes (Nomenclature des Activities Economiques dans la Communate Europeenne) basierenden Sichtweise übereinstimmen muss.

Neben dem Kreditrisiko umfasst der Branchenrisikorahmen der Bank Schwellenwerte für gehandelte Kreditpositionen, während wichtige branchenrelevante nicht-finanzielle Risiken berücksichtigt werden.

Steuerung des Länderrisikos
Die Vermeidung von hohen Konzentrationen auf regionaler und auf Länder-Ebene ist ein integraler Bestandteil des Kreditrisikomanagementkonzepts der Bank. Zu diesem Zweck werden Länderrisiko-Schwellenwerte für Länder in Asien (außer Japan), Mittel- und Osteuropa, Nahost und Afrika, sowie Lateinamerika und ausgewählte Industrieländer (basierend auf internen Bonitätseinstufungen von Länderrisiken) gesetzt. Diese Schwellenwerte werden für die aggregierten Risikopositionen gegenüber allen Geschäftspartnern auf der Grundlage ihres zugewiesenen "Länderrisikos" festgelegt. Das "Länderrisiko" der Gegenpartei spiegelt dessen primäres (makro-) ökonomisches Risiko, Bilanzerträge, Rechtsordnung oder andere finanzielle Abhängigkeiten wider. Das Risikoland richtet sich in der Regel nach dem "Domizil" des Kontrahenten. Dementsprechend kann für Zwecke des Länderrisikomanagements der Bank die Aggregation der Risikoposition über Länder hinweg von der an anderer Stelle in diesem Bericht verwendeten geografischen Ansicht der Risikoposition abweichen.

Ähnlich wie das Branchenrisiko werden Länderportfolios regelmäßig abhängig von der Portfoliogröße und dem Risikoprofil sowie der Risikoentwicklung überprüft. Größere/riskantere Portfolios werden mindestens jährlich überprüft. Dieser Bericht zeigt, neben anderen Faktoren, wesentliche makroökonomische und politische Risikoentwicklungen und -ausblicke, die Entwicklung der Portfoliozusammensetzung und -qualität sowie die Risikokonzentration unter Normal- und Stressbedingungen bewertet. Auf dieser Grundlage, und unter Berücksichtigung der Risikobereitschaft und Strategie der Gruppe, legt ETRM die Risikobereitschaft und die Strategien für die Länder fest.

Darüber hinaus werden Schwellenwerte festgelegt, um das Verlustrisiko aufgrund von Fehlentwicklungen innerhalb eines Landes zu kontrollieren. Über das Kreditrisiko hinaus umfasst das Country Risk Framework Schwellenwerte für Handelspositionen, die den aggregierten Marktwert der gehandelten Kreditrisikopositionen messen. Für Schwellenländer werden außerdem Schwellenwerte festgelegt, um die Auswirkungen auf Gewinn und Verlust unter bestimmten Länderstressszenarien auf Handelspositionen im gesamten Portfolio der Bank zu messen. Darüber hinaus werden Schwellenwerte für die Kapitalpositionen und das konzerninterne Finanzierungsengagement der Deutsche Bank-Einheiten in den oben genannten Ländern festgelegt, da diese grenzüberschreitenden Positionen mit einem Transferrisiko verbunden sind. Wichtige nicht-finanzielle Risiken werden genau überwacht. Zur Bewertung des Länderrisikos nutzt die Deutsche Bank verschiedene Messgrößen, einschließlich Länderrisikobewertungen, die vom Researchteam innerhalb von ETRM festgelegt und überwacht werden. Diese Bewertungen umfassen:

- Bonitätseinstufung von Staaten, die die Wahrscheinlichkeit misst, dass ein Staat seinen Verpflichtungen in Fremdwährung oder seiner eigenen Währung nicht nachkommt
- Bonitätseinstufung des Transferrisikos, die die Wahrscheinlichkeit misst, dass ein Transferrisikoereignis eintritt. Dies ist das Kreditrisiko, welches entsteht, wenn ein grundsätzlich zahlungsfähiger und zahlungswilliger Schuldner seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann, da er wegen der Auferlegung staatlicher oder aufsichtsrechtlicher Kontrollen keine Devisen beschaffen oder Vermögenswerte nicht an Nichtgebietsansässige übertragen kann

Sämtliche Bonitätseinstufungen von Staaten und des Transferrisikos werden mindestens einmal jährlich überprüft.

Klima- und Umweltrisikomanagement
Die Bank hat einen speziellen Rahmen für das Management von Klima- und Umweltrisiken eingerichtet. Der Rahmen enthält zentrale Anforderungen in Bezug auf Governance, Risikoidentifikation und Wesentlichkeitsbeurteilung, Risikobereitschaft, Risikoüberwachung, Kontrollen und Stresstests.

Die Konzentration von Klima- und Umweltrisiken wird von den wichtigsten Ausschüssen der Bank (z. B. dem Enterprise Risk Committee und dem Group Risk Committee) im Rahmen spezieller Berichte überwacht und gesteuert auf der Basis von :

- Schwellenwerte für die Risikobereitschaft rund um die Dekarbonisierungsziele der Bank, die für acht vorrangige Sektoren (Upstream-Öl und -Gas, Energieerzeugung, Automobilindustrie - leichte Nutzfahrzeuge, Stahl, Kohlebergbau, Zement und zivile Luftfahrt) festgelegt wurden, sowie die insgesamt finanzierten Emissionen des Unternehmenskreditbuchs
- Frühwarnindikatoren, die über verschiedene Portfolios (Unternehmen, Staaten und Finanzinstitute) für Risiken des Klimawandels, klimaphysische und naturbezogene Risiken festgelegt werden

Neue Transaktionen, die einen wesentlichen Einfluss auf die finanzierten Emissionen und/oder Netto-Null-Ziele der Bank haben, werden vom Group Net-Zero Forum geprüft, das sich aus hochrangigen Vertretern des Geschäftsbereichs, des Risikomanagements und des Chief Sustainability Office zusammensetzt. Die Überprüfung der Mitglieder des Forums umfasst eine Bewertung der Nachhaltigkeitsangaben der Kunden, der Übergangsstrategien, der Dekarbonisierungsziele und der Governance. Neue Transaktionen müssen sich in den internen sektoralen Risikoappetit der Deutschen Bank einfügen, der auf Netto-Null-Ziele ausgerichtet ist. Im Jahr 2024 und fortgesetzt im Jahr 2025 wurden die sektoralen Risikobereitschaftskennzahlen auf Konzernebene auf die Divisionen übertragen, um ihre Verantwortung zu stärken und ihre Geschäftsstrategien zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wurden in der Unternehmensbank und in der Investmentbank spezielle Net-Zero-Foren der Division eingerichtet.

Produktspezifisches Risikomanagement
Ergänzend zum Geschäftspartner-, Industrie- und Länderrisikomanagement der Bank verfügt die Deutsche Bank über einen Rahmen für das Management bestimmter Risikokonzentrationen von Anlageklassen und legt Limits oder Schwellenwerte fest, wenn dies für das Risikomanagement erforderlich ist. Für die Zwecke des konzerninternen Portfoliorisikomanagements handelt es sich bei Anlageklassen um Gruppen von finanziellen Engagements, die sowohl unter normalen Betriebsbedingungen als auch unter starken Belastungen eine ähnliche Wertentwicklung und ähnliche Verhaltensweisen aufweisen. Die Engagements in einer Anlageklasse weisen in der Regel ein gemeinsames Merkmal oder eine Sensitivität gegenüber denselben wirtschaftlichen und/oder Marktfaktoren und geschäftlichen, rechtlichen und regulatorischen Entwicklungen auf. Wenn eine solche Eigenschaft oder Sensitivität ausgelöst wird, reagieren Transaktionen in der Anlageklasse auf ähnliche Weise und entwickeln sich ähnlich. Dabei handelt es sich um Portfolios, die nach Ansicht der Risikoabteilung der Bank das Potenzial für erhebliche Extremrisiken aufweisen und einer zusätzlichen Überwachung bedürfen. Die konzernweite Kreditrisikobereitschaft wird bei der Festlegung von Risikolimits oder -schwellenwerten für Anlageklassen berücksichtigt.

Privatkundenbank und bestimmte Geschäftsbereiche der Unternehmensbank werden über produktspezifische Strategien verwaltet, die den Risikovorteil der Bank für Portfolios mit ähnlichen Kreditrisikomerkmalen, wie z. B. das Portfolio von Hypotheken- und Konsumentenfinanzprodukten sowie Produkte für Geschäftskunden, festlegen. Risikoanalysen werden auf Portfolioebene durchgeführt, einschließlich einer weiteren Aufgliederung nach Geschäftsbereichen sowie Ländern/Regionen. Im Wealth Management werden Zielwerte für globale Konzentrationen entlang von Produkten sowie auf Basis der Art und Liquidität von Sicherheiten festgelegt.

Risiken aus Kapitalmarkttransaktionen

Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf Geschäften mit Risikoübernahme, bei denen die Deutsche Bank Verpflichtungen mit der Absicht abgibt, das Risiko zu veräußern oder einen Teil an Dritte zu verteilen. Zu diesen Verpflichtungen gehört die Zusage, Bankkredite für Konsortialkredite auf dem Markt für Fremdkapital und Überbrückungskredite für die Ausgabe von Banknoten bereitzustellen. Zu den inhärenten Risiken, die bei der Verteilung der Fazilitäten oder der Platzierung der Banknoten bestehen, zählen eine verzögerte Verteilung, die Finanzierung der zugrunde liegenden Darlehen sowie ein Preisrisiko, da einige Verpflichtungen, die das Geschäft abschließen, durch die Ausweitung der Kreditaufschläge zusätzlich dem Marktrisiko ausgesetzt sind. Gegebenenfalls sichert die Deutsche Bank dieses Kreditrisiko dynamisch innerhalb des genehmigten Marktrisikogrenzrahmens ab.

Eine wichtige Vermögensklasse, in der die Deutsche Bank im Bereich der Kreditvergabe tätig ist, ist die Fremdkapitalfinanzierung, die die Deutsche Bank hauptsächlich über den Geschäftsbereich Leveraged Debt Capital Markets durchführt. Das Geschäftsmodell ist eine gebührenbasierte, auf der Verteilung von Krediten beruhende Einrichtung, die sich auf die Verteilung weitgehend nicht finanzierter Emissionsverpflichtungen auf den Kapitalmarkt konzentriert. Die oben genannten Risiken in Bezug auf Verteilung und Kreditspread-Bewegung gelten für diese Geschäftseinheit, werden jedoch unter einer Reihe spezifischer fiktiver und marktspezifischer Risikogrenzen verwaltet. Letztere verpflichten das Unternehmen auch, seine Underwriting-Pipeline gegen Marktverzerrungen abzusichern. Das gebührenbasierte Modell der Business Unit Leveraged Debt Capital Markets der Bank beinhaltet einen restriktiven Ansatz bei auf der Bilanz der Deutschen Bank verbliebenen Risikokonzentrationen mit einem einzigen Namen, was zu einem diversifizierten Gesamtportfolio ohne wesentliche Zusammenschlüsse führt. Das daraus resultierende längerfristige Bilanzportfolio unterliegt zudem einem umfassenden Kredit- und Sicherungsrahmen.

Darüber hinaus bietet die Deutsche Bank über den "Debt Capital Markets Desk", umfangreiche Underwriting-Aktivitäten an. Hierbei liegt der Schwerpunkt normalerweise auf Unternehmenskreditnehmer mit Investment Grade- und Cross-Over-Rating im Zusammenhang mit der Finanzierung von M&A-Transaktionen. Bei diesen Krediten handelt es sich in der Regel um Überbrückungskredite von 12 bis 24 Monaten, die vom Kreditnehmer voraussichtlich durch Konsortialkredite und/oder Kapitalmarktemissionen zurückgezahlt werden. Die Deutsche Bank trägt kein Risiko für Marktplatzierungen oder Preisfeststellungen bei diesen Risikopositionen, sieht sich jedoch für die Dauer der Zusage einem Refinanzierungsrisiko und einem Kreditrisiko ausgesetzt, das durch das über nominelle Zeichnungslimits für den Konzern und einen Rahmen für die Branchenkonzentration gesteuert wird.

Steuerung des Marktrisikos

Rahmenwerk für das Marktrisiko

Ein Großteil der Geschäftsaktivitäten der Bank unterliegt Marktrisiken, definiert als die Möglichkeit der Veränderung der Marktwerte der Handels- und Anlagepositionen. Risiken können aus Änderungen bei Zinssätzen, Bonitätsaufschlägen, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohstoffpreisen und anderen relevanten Parametern wie Marktvolatilitäten und marktbezogenen Ausfallwahrscheinlichkeiten entstehen. Das Marktrisiko kann die bilanzielle, wirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Einschätzung der Positionen beeinflussen.

Market Risk Management ist ein Bereich der unabhängigen Risiko-Funktion und gehört zum konzernweiten Market and Valuation Risk Management. Eines der Hauptziele des Market Risk Managements (MRM) ist es, sicherzustellen, dass sich das Risiko der Geschäftseinheiten innerhalb des gebilligten Risikoappetits befindet und angemessen ist im Sinne der definierten Strategie. Zur Erreichung dieses Ziels arbeitet Market Risk Management eng mit den Risikonehmern (Geschäftseinheiten) und anderen Kontroll- und Unterstützungsfunktionen zusammen.

Es werden grundsätzlich drei unterschiedliche Arten von Marktrisiken unterschieden:

- Das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten (Trading Market Risk) entsteht in erster Linie durch Marktpflege- sowie Kundenbetreuungsaktivitäten der Investmentbank. Dazu gehört das Eingehen von Positionen in Schuldtiteln, Aktien, Fremdwährungen, sonstigen Wertpapieren und Rohstoffen sowie in entsprechenden Derivaten
- Das handelsbezogene Ausfallrisiko (Traded Default Risk) resultiert aus Ausfällen sowie Bonitätsveränderungen in Bezug auf Handelsinstrumente
- Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten (Nontrading Market Risk) resultiert aus Marktbewegungen, in erster Linie außerhalb der Aktivitäten der Handelsbereiche der Bank, in dem Bankbuch und aus außerbilanziellen Positionen. Dieses schließt Zinsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Investitionsrisiken und Fremdwährungsrisiken ein sowie Marktrisiken, die aus Pensionsverpflichtungen, Garantiefonds und aktienbasierten Vergütungen resultieren. Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten beinhaltet auch Risiken aus der Modellierung von Kundeneinlagen sowie Spar- und Kreditprodukten

Die Steuerungsfunktion des Market Risk Managements wurde aufgesetzt und definiert, um die Überwachung aller Marktrisiken, ein effizientes Entscheidungsmanagement und eine zeitnahe Eskalation an die Geschäftsleitung zu unterstützen.

Das Market Risk Management definiert und implementiert ein Rahmenwerk für die systematische Identifizierung, Beurteilung, Überwachung und Meldung der Marktrisiken der Bank. Marktrisiko-Manager identifizieren Marktrisiken mittels aktiver Portfolioanalyse und Kooperation mit den Geschäftseinheiten.

Messung des Marktrisikos

Die Bank strebt eine präzise Messung aller Arten von Marktrisiken mittels umfassender Risikomessgrößen an, die bilanzielle, wirtschaftliche und aufsichtsrechtliche Anforderungen berücksichtigt.

Die Bank misst Marktrisiken anhand mehrerer intern entwickelter wesentlicher Risikokennzahlen sowie aufsichtsrechtlich definierter Marktrisikoansätze.

Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Der primäre Mechanismus zur Steuerung des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten ist die Anwendung des Risikoappetit-Rahmenwerks, von dem das Limit-Rahmenwerk ein zentraler Bestandteil ist. Mit Unterstützung des Market Risk Management legt der Vorstand konzernweite Limite für Value-at-Risk, Ökonomisches Kapital und Portfolio-Stresstests für das Marktrisiko im Handelsbuch fest. Das Market Risk Management teilt dieses Gesamtlimit auf Grundlage der vorgesehenen und abgestimmten Geschäftspläne auf die Geschäftsbereiche und deren Geschäftseinheiten auf.

Des Weiteren gibt es innerhalb des Market Risk Management mit den Geschäftsbereichen abgestimmte Führungspersonen, um geschäftsspezifische Limite, sogenannte Business Limits, festzulegen, indem sie die Limite auf einzelne Portfolios, geografische Regionen und Arten von Marktrisiken aufteilen.

Limite für Value-at-Risk, Ökonomisches Kapital sowie für Portfolio-Stresstests dienen der Steuerung aller Arten von Marktrisiken auf Gesamtportfolioebene. Als wichtiges ergänzendes Instrument führt das Market Risk Management zusätzliche Risikoanalysen und geschäftsbereichsspezifische Stresstests durch, um spezifische Portfolios und Risikoarten zu steuern. Unter Berücksichtigung von Geschäftsplänen und der Risiko-Rendite-Bewertung werden darüber hinaus Limite für Sensitivitäten, Konzentrations-/Liquiditätsrisiken, Engagements sowie Stresstests auf Geschäftsbereichsebene und für Ereignisrisiko-Szenarien definiert.

Die Geschäftssparten sind verantwortlich für die Einhaltung der ihnen zugewiesenen Limite, welche für die Überwachung und Berichterstattung von Engagements maßgeblich sind. Die vom Market Risk Management festgelegten Marktrisikolimite werden je nach gewähltem Risikomanagementinstrument auf täglicher, wöchentlicher und monatlicher Basis überwacht.

Intern entwickelte Modelle

Value-at-Risk (VaR)

Der Value-at-Risk (VaR) stellt ein quantitatives Maß für das Risiko eines potenziellen (Wert-)Verlusts einer zum beizulegenden Zeitwert zu bewertenden Position aufgrund von Marktschwankungen dar, das innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten statistischen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird.

Der Value-at-Risk für das Handelsgeschäft der Bank wird anhand eines historischen Simulationsansatzes (internes Modell) ermittelt, bei dem überwiegend eine vollständige Neubewertung verwendet wird, obwohl für einige Portfolios weiterhin ein sensitivitätsbasierter Ansatz angewendet wird. Dieser neue Ansatz wird sowohl für das Risikomanagement als auch zur Bestimmung der Kapitalanforderungen genutzt.

Der Risikomanagement-VaR ist auf ein Konfidenzniveau von 99% und eine Haltedauer von einem Tag kalibriert. Dies bedeutet, dass mit einer Wahrscheinlichkeit von 1 zu 100 geschätzt wird, dass ein Marktwertverlust aus den Handelspositionen mindestens so hoch ist wie der berechnete VaR. Für das regulatorische Kapital ist das VaR-Modell auf ein Konfidenzintervall von 99% und eine Haltedauer von zehn Tagen kalibriert.

Für die Berechnung wird eine historische Simulationstechnik verwendet, bei der historische Marktdaten eines Jahres und beobachtete Korrelationen zwischen den Risikofaktoren während dieses Zeitraums verwendet werden.

Das VaR-Modell berücksichtigt eine umfassende Reihe von Risikofaktoren für alle Anlageklassen. Hauptrisikofaktoren sind Swap-/Government-Kurven, index- und emittentenbezogene Kreditkurven, Aktien- und Indexpreise, Wechselkurse, Rohstoffpreise sowie deren implizite Volatilitäten. Um die Vollständigkeit der Risikodeckung sicherzustellen, können Risikofaktoren zweiter Ordnung, z. B. Geldmarktbasis, implizite Dividenden, optionsbereinigte Spreads und Leasingraten für Edelmetalle ebenfalls in die VaR-Berechnung einbezogen werden. Die Liste der im VaR-Modell enthaltenen Risikofaktoren wird regelmäßig überprüft und im Rahmen der laufenden Überprüfung der Modellleistung erweitert.

Das Modell berücksichtigt sowohl lineare als auch, insbesondere für Derivate, nichtlineare Auswirkungen, hauptsächlich durch einen vollständigen Neubewertungsansatz, verwendet jedoch auch einen sensitivitätsbasierten Ansatz für bestimmte Portfolios. Der vollständige Neubewertungsansatz verwendet die historischen Änderungen der Risikofaktoren als Input für die Preisfunktionen. Dieser Ansatz ist zwar rechenintensiv, bietet jedoch eine genauere Sicht auf das Marktrisiko für nichtlineare Positionen, insbesondere unter Stressszenarien. Der sensitivitätsbasierte Ansatz verwendet Sensitivitäten für zugrunde liegende Risikofaktoren in Kombination mit historischen Änderungen dieser Risikofaktoren.

Für jede Geschäftseinheit wird ein spezifischer VaR für jede Risikoart berechnet, z. B. Zinsrisiko, Credit Spread Risiko, Aktienrisiko, Wechselkursrisiko und Rohstoffrisiko. Der „Diversifikationseffekt" reflektiert den Umstand, dass der gesamte VaR an einem bestimmten Tag geringer sein wird als die Summe des VaR der einzelnen Risikoarten. Eine einfache Addition der Zahlen für die einzelnen Risikoarten zur Erlangung eines aggregierten VaR würde die Annahme unterstellen, dass die Verluste in allen Risikoarten gleichzeitig eintreten.

Der VaR-Ansatz ermöglicht ein konsistentes Risikomaß für Risiken der zum Zeitwert bewerteten Positionen. Dies ermöglicht einen Vergleich von Risiken in verschiedenen Geschäftsfeldern sowie die Aggregation und Verrechnung von Positionen in einem Portfolio. Damit können Korrelationen und Kompensationen zwischen verschiedenen Vermögensklassen berücksichtigt werden. Darüber hinaus ermöglicht er einen Vergleich des Marktrisikos sowohl über bestimmte Zeiträume hinweg als auch mit den täglichen Handelsergebnissen.

Bei der Verwendung von VaR-Ergebnissen sollten eine Reihe von Überlegungen berücksichtigt werden. Diese schließen ein:

- Die Verwendung historischer Marktdaten ist möglicherweise kein guter Indikator für potenzielle zukünftige Ereignisse, insbesondere solche, die extremer Natur sind; diese „rückwärtsgerichtete" Einschränkung kann dazu führen, dass der VaR zukünftige potenzielle Verluste unterschätzt (wie während der Finanzkrise 2008/09), aber auch dazu, dass er unmittelbar nach einer Phase erheblichen Stresses (wie bei der COVID-19-Pandemie) überbewertet wird
- Die eintägige Haltedauer erfasst das Marktrisiko in Zeiten der Illiquidität nicht vollständig, wenn Positionen nicht innerhalb eines Tages geschlossen oder abgesichert werden können
- Der VaR zeigt nicht den potenziellen Verlust über das 99. Quantil hinaus an
- Das Intra-Day-Risiko wird in der VaR-Berechnung am Tagesende nicht berücksichtigt
- Das Handels- oder Bankbuch kann Risiken enthalten, die nur teilweise oder nicht vom VaR-Modell erfasst werden

Der Prozess der systematischen Erfassung und Bewertung von Risiken, die derzeit nicht im VaR-Modell erfasst werden, wurde weiterentwickelt und verbessert. Es wird eine Bewertung vorgenommen, um den Grad der Wesentlichkeit dieser Risiken zu bestimmen, und wesentliche Risiken werden für die Aufnahme in das interne Modell priorisiert. Risiken, die nicht im VaR enthalten sind, werden regelmäßig über das Risk Not In VaR (RNIV)-Rahmenwerk überwacht und bewertet. Dieses Rahmenwerk ist konsistent mit dem Ansatz der historischen Simulation, der wiederum eine genauere Schätzung des Beitrags dieser fehlenden Elemente und ihrer potenziellen Kapitalisierung liefert.

Die Bank ist bestrebt, die internen Risikomodelle ständig weiterzuentwickeln und stellt umfangreiche Ressourcen zu ihrer Überprüfung, Validierung und Verbesserung bereit.

Stress-Value-at-Risk

Stress-Value-at-Risk (SVaR) berechnet eine Value-at-Risk-Kennzahl unter Stress, basierend auf einem Zeitraum von einem Jahr mit erheblichem Marktstress. Die SVaR-Kennzahl wird mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von 10 Tagen berechnet. Die Berechnung des SVaR erfolgt anhand derselben Systeme, Handelsinformationen und Prozesse, die auch für die Berechnung des VaR verwendet werden. Der einzige Unterschied besteht darin, dass historische Marktdaten und beobachtete Korrelationen aus einer Zeit erheblicher finanzieller Belastungen (d. h. durch hohe Volatilitäten gekennzeichnet) als Grundlage für die historische Simulation verwendet werden.

Der Auswahlprozess zur Selektion für das Zeitfenster der Stress-Value-at-Risk-Berechnung basiert auf dem Vergleich des unter Verwendung historischer Zeitfenster berechneten VaR mit dem aktuellen SVaR. Ergibt ein historisches Fenster einen VaR, der höher ist als der aktuelle SVaR, wird dies weiter untersucht und das SVaR-Fenster kann anschließend entsprechend aktualisiert werden. Dieser Prozess wird vierteljährlich durchgeführt.

Im Jahr 2025 wurde das Auswahlverfahren für den Stresszeitraum für die Deutsche Bank Group wie oben beschrieben durchgeführt. Infolgedessen umfasste das SVaR-Fenster, das 2025 in verschiedenen Zeiträumen verwendet wurde, die europäische Staatsschuldenkrise von 2011/12 sowie die Covid-Krise von 2019/20.

Inkrementeller Risikoaufschlag

Der Inkrementelle Risikoaufschlag deckt die Ausfall- und Migrationsrisiken für mit Kreditrisiken belegten Positionen im Handelsbuch ab. Die Bank nutzt ein Monte Carlo-Simulationsverfahren für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags als 99,9%-Quantil der Portfolioverlustverteilung über einen einjährigen Kapitalhorizont sowie für die Verteilung des anteiligen Inkrementellen Risikoaufschlags auf Einzelpositionen.

Das Modell berücksichtigt die Ausfall- und Migrationsrisiken aller Portfolios mithilfe einer präzisen und konsistenten quantitativen Methode. Wesentliche Parameter für die Berechnung des Inkrementellen Risikoaufschlags sind Risikopositionswerte, Rückflussquoten, Restlaufzeiten, Bonitätseinstufungen mit zugehörigen Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten sowie Parameter für Emittentenkorrelationen.

Marktrisiko-Standardansatz

Der Marktrisiko-Standardansatz (MRSA) wird verwendet, um die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko für Verbriefungspositionen im Handelsbuch, bestimmte Investmentfonds und für das Langlebigkeitsrisiko, in Übereinstimmung mit den Regularien der CRR/CRD, zu bestimmen.

Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten

Das Modell für die Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für das Marktrisiko aus Handelsaktivitäten der Deutschen Bank ist im 2. Quartal 2025 von Monte Carlo auf den historischen Simulationsansatz umgestellt worden. Mit dieser Änderung wird das Szenariogenerierungskonzept in der Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs an das für das regulatorische Kapital verwendete Konzept (d. h. VaR/SVaR) angeglichen. Das Modell umfasst zwei Kernkomponenten: die Komponente der allgemeinen Risiken („Common-Risk-Komponente"), die alle Risikotreiber bereichsübergreifend erfasst, und die Komponente des „geschäftsspezifischen Risikos", welche die Common Risk-Komponente um eine Reihe von geschäftsspezifischen Stresstests (Business Specific Stress Tests) ergänzt. Beide Komponenten werden anhand schwerer, in der Vergangenheit beobachteter Marktschocks kalibriert. Die Berechnung der Common-Risk-Komponente erfolgt mittels einer skalierten Version des Stress-VaR, während die geschäftsspezifischen Stresstests eher spezifische produkt-/geschäftsbezogene Risiken (z. B. komplexe Basisrisiken) sowie Risiken höherer Ordnung, die nicht in der Common-Risk-Komponente abgebildet sind, erfassen sollen.

Ökonomischer Kapitalbedarf für das Ausfallrisiko aus Handelspositionen

Der ökonomische Kapitalbedarf für das Ausfallrisiko aus Handelspositionen erfasst die relevanten Kreditpositionen der Handels- und Bankbücher, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Handelsbuchpositionen werden mit Hilfe von Kontrollschwellen für einzeladressenbezogene Konzentrationen und Portfolios anhand der Bonitätseinstufung, des Volumens und der Liquidität von Market Risk Management überwacht. Die Kontrollschwellen für Risiken aus einzeladressenbezogenen Konzentrationen werden für zwei Kennziffern gesetzt: der Verlust bei Kreditausfall (Default Exposure), das heißt die Auswirkungen auf die GuV eines unmittelbaren Kreditausfalls bei aktueller Erlösquote, und das Anleihenäquivalent zum Zeitwert, also die offene Position bei einem Kreditausfall mit einer Erlösquote von null Prozent. Um die Effekte aus Diversifikation und Konzentration zu berücksichtigen, wird eine kombinierte Berechnung des Ökonomischen Kapitals für das Ausfallrisiko aus Handelspositionen und das Kreditrisiko durchgeführt. Wesentliche Parameter für die Berechnung des Ausfallrisikos aus Handelspositionen sind Risikopositionswerte, Rückflüsse und Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie Laufzeiten. Die Wahrscheinlichkeit von gleichzeitigen Bonitätsverschlechterungen und Ausfällen wird durch die Korrelation von Ausfällen und Bonitätseinstufungen im Portfoliomodell ermittelt. Diese Korrelationen ergeben sich aus systematischen Faktoren, die Länder, Regionen und Branchen umfassen.

Berichterstattung über Marktrisiken aus Handelsaktivitäten

Die Market-Risk-Management-Berichterstattung sorgt für Transparenz der Risikoprofile und unterstützt das Erkennen der wichtigsten Marktrisiko-Einflussfaktoren auf sämtlichen Organisationsebenen. Der Vorstand und die Senior Governance Committees erhalten regelmäßige und, sofern erforderlich, Ad-hoc-Berichte über Marktrisiken, das aufsichtsrechtliche Kapital und Stresstests. Die Senior Risk Committees werden in unterschiedlichen Abständen, unter anderem wöchentlich und monatlich, über Risiken informiert.

Darüber hinaus erstellt das Market Risk Management täglich und wöchentlich spezifische Berichte über Marktrisiken sowie tägliche Berichte zu Limitüberschreitungen für jeden Geschäftsverantwortlichen.

Vorsichtige Bewertung von zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva

Gemäß Artikel 34 CRR sollen die Institute die vorsichtigen Bewertungsanforderungen des Artikels 105 CRR auf alle zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Vermögenswerte anwenden und vom harten Kernkapital den Betrag aller erforderlichen zusätzlichen Bewertungsanpassungen abziehen.

Der Betrag der zusätzlichen Bewertungsanpassungen wurde auf Basis der Methode bestimmt, die in der Delegierten Verordnung (EU) 2016/101 niedergelegt ist.

Zum 31. Dezember 2025 betrug der Betrag zusätzlicher Bewertungsanpassungen 1,7 Mrd. €. Der Betrag vom 31. Dezember 2024 belief sich auf 1,7 Mrd. €. Es wurden keine wesentlichen Änderungen im Jahresvergleich festgestellt.

Zum 31. Dezember 2025 betrug der erwartete Verlustbetrag durch Subtraktion der zusätzlichen Bewertungsanpassungen 80 Mio. €, was die negative Auswirkung der zusätzlichen Bewertungsanpassungen auf das harte Kernkapital zu einem Teil verminderte.

Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten stammt vor allem aus Aktivitäten außerhalb der Handelsbereiche, im Anlagebuch und von außerbilanziellen Positionen wie Pensionsplänen und Garantien, und berücksichtigt die unterschiedliche Behandlung von Transaktionen in der Rechnungslegung. Zu den signifikanten Marktrisikofaktoren, denen der Konzern ausgesetzt ist und die von Risikomanagementteams in diesem Bereich überwacht werden, gehören Zinsrisiken (einschließlich Risiken aus eingebetteten Optionen und Verhaltensmustern bei bestimmten Produktarten), Credit-Spread-Risiken, Währungsrisiken (einschließlich struktureller Währungsrisiken) und Aktienrisiken (einschließlich Investitionen in börsennotierte Unternehmen und Private Equity sowie in Immobilien, Infrastruktur und Fondsvermögen).

Wie bei Marktrisiko aus Handelsaktivitäten wird das Risikotoleranz- und Limit-Rahmenwerk auch zur Steuerung des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten angewendet. Vom Vorstand festgesetzte konzernweite Limite für das Ökonomische Kapital sowie für das barwertige- und ertragsorientierte Zinsrisiko im Anlagebuch decken die Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ab. Das Marktrisikomanagement teilt die Gesamtlimite auf die Geschäftsbereiche und deren Geschäftseinheiten auf. Das Limit-Rahmenwerk für Nichthandelsaktivitäten wird ergänzt durch geschäftsbereichsspezifische Stresstests und Limite für VaR und Sensitivitäten. Die vom Marktrisikomanagement festgesetzten Marktrisikolimite werden in Abhängigkeit des angewandten Risikomaßes auf täglicher oder monatlicher Basis überwacht.

Zinsrisiken im Anlagebuch

Zinsrisiko im Anlagebuch ist das momentane und zukünftige Risiko von Änderungen der Zinsstrukturkurven, bezogen auf das Kapital und auf die Erträge der Bank. Es entsteht aus Bewegungen in den Zinssätzen, die sich auf Risikopositionen im Bankbuch des Konzerns auswirken. Dies beinhaltet das Zinsanpassungsrisiko (Gaprisiko), welches aus Unterschieden in der Laufzeit und der Zinsanpassung von Anlagebuchpositionen entsteht, das Basisrisiko, welches aus relativen Veränderungen produktspezifischer Bewertungskurven resultiert, sowie das Optionsrisiko aus gehandelten Optionen sowie aus eingebetteten Optionselementen in Finanzinstrumenten.

Der Konzern misst den Einfluss des Zinsrisikos sowohl hinsichtlich der Änderung auf den Barwert, als auch auf die Erträge der Bank. Der Bereich Group Treasury hat das Mandat, das Zinsrisiko im Anlagebuch zentral für den Konzern zu steuern, wobei Enterprise and Treasury Risk Management als zweite Verteidigungslinie fungiert. Das Group Asset & Liability Komitee (ALCo) überwacht und steuert die strukturelle Zinsrisikoposition des Konzerns und die Steuerung des Zinsüberschusses. Das ALCo überwacht die Sensitivität der Finanzmittel und der damit verbundenen Kennzahlen gegenüber wichtigen Marktparametern wie Zinskurven und überwacht die Einhaltung der divisionalen/geschäftsbezogenen Finanzmittellimits.

Die barwertbasierte Messung betrachtet die aus Zinsänderungen resultierende Veränderung des Barwerts der bilanziellen (Aktiva und Passiva) und außerbilanziellen Positionen des Anlagebuchs, unabhängig von deren Rechnungslegungsvorschriften. Dabei misst der Konzern das barwertige Zinsrisiko (ΔEVE), definiert als der maximale Rückgang des Barwerts des Anlagebuches der von der EBA festgelegten sechs Standardszenarien zusätzlich zu internen Stressszenarien zur Risikosteuerung. Für die Berichterstattung über interne Stressszenarien und Risikobereitschaft wendet der Konzern mehrere Modellannahmen an, wie in dieser Offenlegung verwendet. Bei der Aggregation der Änderung des barwertigen Zinsrisikos ΔEVE über verschiedene Währungen addiert der Konzern negative und positive Veränderungen, ohne einen Gewichtungsfaktor für positive Veränderungen anzuwenden. Darüber hinaus trifft der Konzern Verhaltensmodellannahmen für die Zinssatzduration des Eigenkapitals sowie der Einlagen von Finanzinstituten ohne Fälligkeit.

Die ertragsorientierte Messung betrachtet die Veränderungen des Zinsüberschusses (NII), die aus Zinsänderungen über einen definierten Zeithorizont resultieren, verglichen mit dem Benchmark Szenario. Dabei misst der Konzern das ertragsorientierte Zinsrisiko (ΔNII), definiert als der maximale Rückgang unter den von der EBA festgelegten sechs Standardszenarien, zusätzlich zu internen Stressszenarien zur Risikosteuerung, über einen Zeithorizont von einem Jahr verglichen mit einer zinskurvengeschätzten Marktentwicklung.

Der Konzern verfügt über Risikominderungstechniken, die dazu dienen, das Zinsrisiko von Bankbuchpositionen innerhalb festgelegter Grenzen abzusichern. Das Zinsrisiko von nicht handelsbezogenen Forderungs- und Verbindlichkeiten-Positionen wird vom Treasury Markets & Investments Team gesteuert, welches Teil von Group Treasury ist. Dabei setzt der Konzern Derivate ein und wendet verschiedene Hedge-Accounting-Techniken wie Fair Value Hedge Accounting oder Cash Flow Hedge Accounting an. Für Fair Value Hedges verwendet der Konzern Zinsswaps und Optionskontrakte, um die Zeitwertveränderungen von festverzinslichen Finanzinstrumenten aufgrund von Änderungen der Marktzinssätze zu steuern. Für Hedges im Rahmen des Cash Flow Hedge Accounting verwendet der Konzern Zinsswaps, um das Risiko der Zahlungsstrom-Variabilität der variabel verzinslichen Instrumente aufgrund von Änderungen der Marktzinssätze zu steuern.

Der Konzern beurteilt und bewertet die Effektivität einer Sicherungsbeziehung auf Basis der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Zahlungsströme eines derivativen Sicherungsinstruments relativ zu die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Zahlungsströme des Grundgeschäfts.

Der "Model Risk Management" Bereich führt eine unabhängige Validierung der Modelle durch, die zur Messung des Zinsrisikos im Anlagebuch verwendet werden, im Einklang mit dem konzernweiten Rahmenwerk der Deutschen Bank für die Risikosteuerung.

Die Messung von VaR und Sensitivitäten des Zinsrisikos erfolgt täglich. Die Messung und Berichterstattung in Bezug auf das barwertorientierte Zinsrisiko und der Ertragsrisiken erfolgen monatlich. Grundsätzlich verwendet der Konzern dieselben Metriken im internen Berichtswesen wie in diesem Bericht.

Die wichtigsten Modellierungsannahmen der Deutschen Bank werden für die Positionen der Privatkundenbank und der Unternehmensbank angewandt. Diese Positionen sind dem Risiko von sich veränderndem Kundenverhalten bei Einlagen und Kreditprodukten ausgesetzt. Der Konzern prüft regelmäßig (mindestens jährlich) die Annahmen und aktualisiert sie gegebenenfalls nach einem definierten Governance-Prozess.

Der Konzern steuert das Zinsrisiko der Einlagen ohne vertragliche Laufzeit durch einen replizierenden Portfolio Ansatz, um die durchschnittliche Zinsbindung dieses Portfolios zu bestimmen. Zur Bildung dieses replizierenden Portfolios wird das Portfolio der Einlagen ohne vertragliche Laufzeit entlang Dimensionen wie Geschäftseinheit, Währung, Produkt und Lokation gebündelt. Die Hauptfaktoren, die die Zinsbindung beeinflussen, sind die Elastizität der Marktzinssätze für Einlagen, die Volatilität der Einlagenbestände sowie das zu beobachtende Kundenverhalten. Für die Berichtsperiode beträgt die effektive Zinsbindung über alle replizierenden Portfolios 2,44 Jahre. Die Deutsche Bank verwendet 15 Jahre als längste Zinsbindung.

Für die Kreditprodukte und einige der Einlagen mit vereinbarter Laufzeit berücksichtigt der Konzern das Kundenverhalten frühzeitiger Rückzahlungen/Entnahmen. Die Parameter beruhen auf Erfahrungen aus der Vergangenheit, statistischen Analysen und Experteneinschätzungen.

Des Weiteren kalkuliert der Konzern grundsätzlich die auf das Zinsrisiko im Anlagebuch bezogenen Metriken in der Vertragswährung und aggregiert die resultierenden Metriken für das Berichtswesen. Bei der Berechnung der auf dem barwertigen Ansatz beruhenden Metriken werden Marginkomponenten für einen Großteil der Bilanzpositionen ausgeschlossen.

Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch

Die Deutsche Bank ist Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch ausgesetzt, insbesondere in einem Teil der von der Treasury gehaltenen Liquiditätsreserve sowie in Positionen aus den Zinsrisiko-Steuerungsaktivitäten im Aktiv-Passiv-Management von Treasury. Die Credit-Spread-Risiken im Anlagebuch werden von Treasury und den Geschäftseinheiten gesteuert, dabei agiert Enterprise and Treasury Risk Management als unabhängige Aufsichtsfunktion und stellt sicher, dass sich die Inanspruchnahmen innerhalb des gebilligten Risikoappetits befinden. Der Umfang der Messung und Überwachung des Credit-Spread-Risikos geht über Fair Value-Positionen hinaus und umfasst auch Positionen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert werden und deren Preisbildung an eine beobachtbare Markt-Benchmark gekoppelt ist. Die Berechnung von Credit-Spread-Sensitivitäten und VaR für Credit-Spread-Risiken erfolgt in der Regel täglich. Die Messung und Berichterstattung des Ökonomische Kapitalbedarfs und von Stresstests erfolgt monatlich.

Fremdwährungsrisiken

Fremdwährungsrisiken entstehen aus Forderungs- und Verbindlichkeiten-Positionen in den Nichthandels-Portfolios, die auf eine andere Währung als die Buchungswährung der jeweiligen Gesellschaft lauten. Die meisten dieser Fremdwährungsrisiken werden über interne Absicherungsgeschäfte auf Handelsbücher der Investmentbank übertragen und werden daher über die Value-at-Risk-Positionen in den Handelsbüchern ausgewiesen und gesteuert. Die verbleibenden, nicht übertragenen Währungsrisiken werden in der Regel durch währungskongruente Refinanzierungen ausgeglichen, so dass in den Portfolios lediglich Restrisiken verbleiben. In wenigen Ausnahmefällen wird abweichend von dem obigen Ansatz das im Zusammenhang mit dem Handelsportfolio beschriebene allgemeine Market-Risk-Management-Kontroll- und Berichterstattungsverfahren angewandt.

Der überwiegende Teil der Fremdwährungsrisiken aus Nichthandelsgeschäften steht im Zusammenhang mit der Währungsumrechnung von lokal gehaltenem Kapital sowie zugehöriger Absicherungsgeschäfte in die Berichtswährung des Konzerns. Dabei werden für eine begrenzte Anzahl ausgewählter und relevanter Währungen strukturelle Fremdwährungsrisikopositionen zur Stabilisierung der Kapitalquoten auf Konzernebene gegenüber den Auswirkungen von Devisenkursschwankungen eingegangen.

Aktien- und Investitionsrisiken

Aktien- und Investitionsrisiken entstehen hauptsächlich aus nicht-konsolidierten Beteiligungsbeständen im Bankbuch sowie aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Die nicht-konsolidierten Aktien-Beteiligungsbestände im Bankbuch sind in strategische und alternative Beteiligungsbestände aufgeteilt. Strategische Investitionen beziehen sich in der Regel auf Akquisitionen zur Unterstützung der Geschäftsorganisation und haben einen mittleren bis langen Anlagehorizont. Alternative Vermögenswerte umfassen Principal Investments und andere nicht strategische Investitionen. Bei Principal Investments handelt es sich um Direktinvestitionen in Private Equity, Immobiliengeschäfte, Venture-Capital-Verpflichtungen, Hedgefonds und Publikumsfonds, während Vermögenswerte, die bei der Abwicklung notleidender Positionen beigetrieben wurden, oder Altbestände in Private Equity und im Immobilienbereich nicht als strategisch gesehen werden.

Aktien- und Investitionsrisiken sind Bestandteil regulärer konzernweiter Stresstests und der monatlichen Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs.

Pensionsrisiken

Die Deutsche Bank ist Marktrisiken aus leistungsorientierten Pensionsplänen für frühere und aktuelle Mitarbeiter ausgesetzt. Marktrisiken in den Pensionsplänen entstehen infolge eines potenziellen Rückgangs des Marktwerts der Planvermögen oder einer Zunahme des Barwertes der Planverbindlichkeiten. Das Market Risk Management ist für eine regelmäßige Messung, Überwachung, Berichterstattung und Kontrolle der Marktrisiken sowohl in Bezug auf die Planvermögen als auch auf die Verbindlichkeiten der leistungsorientierten Pensionspläne verantwortlich. Dabei beinhalten Marktrisiken aus Pensionsplänen unter anderem Zinsrisiken, Inflationsrisiken, Credit-Spread-Risiken, Aktienpreisrisiken und Langlebigkeitsrisiken. Nähere Angaben zu den Verpflichtungen aus der betrieblichen Altersvorsorge und deren Steuerung enthält die Anhangangabe 33 „Leistungen an Arbeitnehmer".

Sonstige Risiken aus Nichthandelsaktivitäten

Marktrisiken im Rahmen der Vermögensverwaltungsaktivitäten im Asset Management resultieren hauptsächlich aus Fonds oder Konten mit Kapitalgarantie, jedoch auch aus Co-Investitionen in die Fonds der Bank.

Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken wird entweder durch Anwendung der Standardmethode (Stress-Value-at-Risk basiertes Ökonomisches Kapitalmodell) ermittelt oder mit Hilfe von für einzelne Risikoklassen spezifischen Stresstestverfahren, die unter anderem ausgeprägte historische Marktbewegungen, die Liquidität der jeweiligen Anlageklasse sowie Änderungen des Kundenverhaltens bei Produkten mit Verhaltensoptionen berücksichtigen.

Marktrisiko-Stresstesting

Stresstesting ist ein wichtiges Verfahren in der Risikosteuerung, mit dem die potenziellen Auswirkungen extremer Marktereignisse und extremer Veränderungen einzelner Risikofaktoren beurteilt werden. Es gehört zu den wichtigsten Messinstrumenten zur Einschätzung des Marktrisikos der Positionen der Bank und ergänzt den VaR sowie das Ökonomische Kapital. Um die unterschiedlichen Risiken zu erfassen, führt das Market Risk Management unterschiedliche Arten von Stresstests durch (Portfoliostresstests, individuelle Stresstests auf Geschäftsbereichsebene, sowie Event Risk-Szenarien) und trägt auch zu konzernweiten Stresstests bei. Diese Stresstests decken eine weite Bandbreite an Schweregraden ab, um die Ertragsstabilität und die Kapitaladäquanz zu testen.

Steuerung des Liquiditätsrisikos

Liquiditätsrisiken entstehen aus dem potenziellen Unvermögen des Deutsche Bank Konzerns, Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen oder nur zu unverhältnismäßig hohen Kosten. Die Risikoklassifizierungs-Systematik des Konzerns unterscheidet zwei Arten des Liquiditätsrisikos: Kurzfristiges Liquiditätsrisiko und strukturelles Refinanzierungsrisiko, welche beide in einem übergreifenden Rahmenwerk zur Steuerung des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos eingebunden sind. Ziel des Rahmenwerkes ist es, sicherzustellen, dass der Konzern robuste Prozesse und Kontrollen etabliert hat, um seinen Zahlungsverpflichtungen (inklusive Intraday) zu jedem Zeitpunkt, das bedeutet auch in Stressperioden, nachzukommen, und seine Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken im Rahmen des vom Vorstand beschlossenen Risikoappetits bei Umsetzung der Unternehmensstrategie zu steuern. Das Rahmenwerk betrachtet alle relevanten und signifikanten Einflussfaktoren des Liquiditätsrisikos unabhängig davon, ob sie bilanziell oder außerbilanziell auftreten.

Rahmenwerk für das Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikomanagement

Die wesentlichen Kennzahlen hinsichtlich des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos sind im Rahmenwerk zum Risikoappetit der Bank verankert und werden vom Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt. Der Risikoappetit wird auf Konzernebene und für intern definierte, wesentliche liquiditätsrelevante Einheiten (Key Liquidity Entities), wie z. B. die Deutsche Bank AG, bei der Überwachung und Steuerung des Liquiditätsrisikos sowie im Rahmen des langfristigen Refinanzierungs- und Emissionsplans des Deutsche Bank Konzerns, verwendet.

Das Group Asset and Liability Committee ist das maßgebliche Entscheidungsgremium des Konzerns. Es ist vom Vorstand mit der Optimierung der Mittelherkunft und -verwendung auf Ebene der Konzernbilanz sowie mit der Optimierung der finanziellen Ressourcen in Übereinstimmung mit dem vom Vorstand definierten Risikoappetit und der Konzernstrategie beauftragt. Aus Perspektive der zweiten Verteidigungslinie ist das Group Risk Committee vom Vorstand mit der Entscheidungsvollmacht in Bezug auf materielle risikorelevante Themen ausgestattet. Detaillierte Rollen und Verantwortlichkeiten des Group Asset and Liability Committee sowie des Group Risk Committee sind im Kapitel „Risiko-Governance" dieses Berichts definiert.

Das Rahmenwerk für Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikomanagement definiert die Organisation aller mit der Liquiditätssteuerung betrauten Funktionen gemäß den drei Verteidigungslinien, deren Konzept im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements" dieses Berichts beschrieben werden, einschließlich der jeweiligen Verantwortlichkeiten der Funktionen innerhalb der drei Verteidigungslinien. Im Kontext des Rahmenwerks für das Management von Liquiditäts- und Refinanzierungsrisiken umfassen diese Funktionen Folgendes:

- Erste Verteidigungslinie: Geschäftsbereiche und Treasury
- Zweite Verteidigungslinie: CRO - Enterprise and Treasury Risk Management (ETRM)
- Dritte Verteidigungslinie: Konzernrevision

Die Grundprinzipien der Liquiditätsrisikosteuerung sind für den Deutsche Bank Konzern in einer Richtlinie dokumentiert, während das Rahmenwerk in einem Rahmenwerkdokument beschrieben ist. Sowohl die Richtlinie als auch das Rahmenwerkdokument folgen den acht Kernfeldern des Risikomanagements und zeigen auf, wie diese auf das Liquiditätsrisiko angewendet werden. Dabei handelt es sich um (1) Risikoprozesse, (2) Risikoorganisation (Konzept der drei Verteidigungslinien), (3) Risikokultur, (4) Risikoappetit und -strategie, (5) Risikoidentifikation und -bewertung, (6) Risikominderung und -kontrollen, (7) Risikomessung und -reporting sowie (8) Stressplanung und Planungsumsetzung. Die individuellen Rollen und Verantwortlichkeiten, welche für diese Kernfelder relevant sind, sind in der globalen Verantwortungsmatrix für Liquiditätsrisiken aufgeführt und beschrieben, die zusätzliche Klarheit und Transparenz für alle involvierten Parteien schafft. Alle weiteren Verfahrensanweisungen und Arbeitsdokumente (auf globaler und lokaler Ebene), die von Bereichen herausgegeben werden, die mit der Steuerung des Liquiditätsrisikos betraut sind, spezifizieren die Anforderungen an die Methoden des Liquiditätsrisikos weitergehend.

Im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses der Europäischen Zentralbank („Supervisory Review and Evaluation Process", sowie den überarbeiteten Anforderungen bezüglich des „Internal Liquidity Adequacy Assessment Process" von November 2018) hat der Konzern einen Prozess zur internen Einschätzung der Angemessenheit der Liquiditätsausstattung („Internal Liquidity Adequacy Assessment Process") implementiert, der mindestens jährlich durchgeführt, bewertet, dokumentiert und überprüft sowie vom Vorstand genehmigt wird.

Risikoappetit und Definition der Steuerungsgrößen

Der Risikoappetit des Konzerns, der durch qualitative Grundsätze definiert und durch quantitative Steuerungsgrößen unterlegt wird, ist zentral im Risikoappetit-Statement dokumentiert und folgt den Anforderungen der Risikoappetit-Richtlinie. Dieses konzernweite Risikoappetit-Statement (RAS) umfasst neben regulatorischen (Säule 1) auch interne Metriken (Säule 2) und wird durch das Rahmenwerk für Liquiditätsrisikokontrollen weiter untermauert. Dieses beinhaltet Limite zum Risikoappetit sowie eine Folge von weiteren Limitierungen, Schwellenwerten und Frühwarnindikatoren.

Treasury steuert die Liquidität und Refinanzierung unter Berücksichtigung des definierten Risikoappetits mittels aller relevanten Kennzahlen und setzt Instrumente ein, darunter Risikolimite auf Geschäftsebene, die bestimmte Aspekte des Risikoappetits auf Geschäftsbereichsniveau kaskadieren, um dessen Einhaltung von Risikolimiten auf Konzernebene sicherzustellen. Dabei arbeitet Treasury im Rahmen ihrer delegierten Befugnisse eng mit dem Enterprise and Treasury Risk Management und den Geschäftsbereichen zusammen, um die zugrundeliegenden Liquiditätsmerkmale der Geschäftsbereichsportfolien zu identifizieren, zu analysieren und zu überwachen. Diese Parteien stehen im Hinblick auf Veränderungen in der Liquiditätsposition des Konzerns, die aus Geschäftsaktivitäten oder Marktereignissen resultieren, in regelmäßigem Austausch.

Darüber hinaus stellt der Konzern in Bezug auf jede wesentliche liquiditätsrelevante Einheit sicher, dass alle lokalen Liquiditätskennzahlen innerhalb des definierten Risikoappetits gesteuert werden. Lokale Liquiditätsüberschüsse werden konzernweit in der Deutsche Bank AG konzentriert, durch die ebenfalls ein Ausgleich im Fall von lokalen Liquiditätsunterdeckungen erfolgen kann. Liquiditätsüberträge zwischen den einzelnen Konzerneinheiten unterliegen dem Intercompany Funding Genehmigungsrahmenwerk, das sowohl die Liquiditätssteuerungsfunktion der Gruppe als auch die lokalen Liquiditätsmanager einbezieht, um die Einhaltung von Säule-1-Kennzahlen wie der Liquidity Coverage Ratio (LCR) und der Net Stable Funding Ratio (NSFR) als auch von Säule-2-Kennzahlen wie stressed Net Liquidity Position und Funding Matrix zu gewährleisten. Etwaige vorhandene Überschüsse, die sich in Einheiten befinden, die Beschränkungen bei der Übertragung von Liquidität an andere Einheiten des Konzerns haben, z. B. aufgrund regulatorischer Anforderungen, werden als nicht für den Konzern zur Verfügung stehende Überschüsse behandelt und als solche bei der Berechnung des konsolidierten Liquiditätsüberschusses des Konzerns nicht berücksichtigt.

Der Vorstand wird über die Entwicklung der wesentlichen Liquiditätskennzahlen des Konzerns, inklusive der Risikoappetite und interner wie auch Marktindikatoren, im Rahmen eines wöchentlichen Liquidity Dashboards informiert.

Steuerung des Refinanzierungsrisikos und Diversifizierung der Refinanzierungsmittel

Im Einklang mit regulatorischen Vorgaben hat die Deutsche Bank verschiedene interne Indikatoren entwickelt, um ihre Refinanzierungsrisiken zu messen. Diese werden zusätzlich zu den Säule-1-Anforderungen für das Risikomanagement und die Steuerung verwendet.

Der Konzern verfügt über vielfältige Refinanzierungsquellen, inklusive Einlagen, unbesicherter Wholesale-Refinanzierung, Kapitalmarktemissionen und besicherten Finanzierungen. Diese schützen die Liquiditätsposition in zweierlei Hinsicht. Einerseits führt ein angemessen diversifiziertes Refinanzierungsportfolio zu einer Abschwächung der Auswirkungen von Stressereignissen, da diese möglicherweise Auswirkungen auf die Märkte für Refinanzierungen haben können. Andererseits verbessert der Zugang zu einer großen Auswahl von Refinanzierungsquellen die Fähigkeit des Konzerns, bei Liquiditätsengpässen auf verschiedene Refinanzierungsmärkte zurückzugreifen, erheblich. Die produktübergreifende Diversifizierung wird durch Risikoindikatoren ergänzt, um hiermit Konzentrationen aus Fälligkeiten und von Gegenparteien zu überwachen.

Die Stabilität der Refinanzierungsposition des Deutsche Bank Konzerns kann durch verschiedene Arten von Branchenrisiken negativ beeinträchtigt werden, welche sich in der Regel in mittel- bis langfristigen strukturellen Trends mit potenziell erheblichen langfristigen Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Bilanzen der Banken zeigen. Die Deutsche Bank führt Ad-hoc-Analysen zu solchen sich abzeichnenden Risiken durch, um die Auswirkungen solcher Trends auf ihre Refinanzierungsposition zu bewerten und sicherzustellen, dass rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden, sofern dies als notwendig erachtet wird. Darüber hinaus wertet Treasury monatlich die aktuellen Marktzugangs informationen zu den wichtigsten Refinanzierungsmärkten aus. Die Ergebnisse werden zusammengestellt und dem Group Asset and Liability Committee vorgelegt.

Das Instrument der Deutschen Bank zur Überwachung und Steuerung des langfristigen Refinanzierungsprofils des Konzerns von mehr als 10 Jahren ist die Funding Matrix. Zur Erstellung der Funding Matrix werden alle Aktiva und Passiva entsprechend ihrer vertraglichen oder modellierten Fälligkeiten im Basisszenario („baseline") in Laufzeitbänder eingeordnet. Dadurch werden erwartete Überschüsse oder Unterdeckungen von langfristigen Verbindlichkeiten (Passiva) gegenüber Vermögenswerten (Aktiva) in jedem Laufzeitenband ersichtlich, was die Steuerung von potenziellen zukünftigen Liquiditätsrisiken über die Zeit erleichtert. Das Liquiditätsprofil basiert auf kontraktuellen Cashflow Informationen. Wenn das vertragliche Fälligkeitsprofil eines Produkts das Liquiditätsprofil nicht angemessen widerspiegelt oder im Falle von Produkten ohne Fälligkeit, wird die Fälligkeit durch die Modellierungsannahmen des Basisszenarios („baseline") ersetzt.

Kapitalmarktemissionen

Die wesentliche Aufgabe von Kapitalmarktemissionen ist es, die langfristige Refinanzierung unter Optimierung der Kosten sicher zu stellen. Kapitalmarktemissionen umfassen vorrangige unbesicherte Anleihen, besicherte Anleihen und andere Kapitalinstrumente. Sie sind eine wichtige Quelle der langfristigen Refinanzierung für den Deutsche Bank Konzern und werden direkt von Treasury gesteuert. Mindestens einmal jährlich legt Treasury nach Zustimmung des Asset and Liability Committees dem Group Risk Committee einen jährlichen langfristigen Refinanzierungsplan zur Empfehlung und anschließend dem Vorstand zur Genehmigung vor. Haupteinflussfaktoren für diesen Plan sind der globale sowie lokale Liquiditäts- und Refinanzierungsbedarf unter Berücksichtigung der zu erwartenden Geschäftsentwicklung. Dabei wird der Plan so auf das Kapitalmarktportfolio des Konzerns abgestimmt, dass übermäßige Fälligkeitskonzentrationen vermieden werden.

Zur Diversifizierung der Refinanzierungsaktivitäten besitzt die Deutsche Bank eine Lizenz zur Emission von Hypothekenpfandbriefen und unterhält ein Programm zur Emission von strukturierten besicherten Anleihen. 2025 wurde die Pfandbrief-Plattform um kündbare Pfandbriefe erweitert, was die Bandbreite an Angeboten für Investoren vergrößert. Das Programm für besicherte Anleihen in Spanien (Cedulas) wird derzeit zurückgefahren, es bestehen jedoch Pläne, das Programm im Jahr 2026 wieder aufzunehmen. Seit 2020 unterhält der Konzern ein Rahmenwerk für grüne Anleihen, welches sowohl institutionellen als auch privaten Anlegern ermöglicht, grüne Anleihen zu begeben. Zusätzlich wurden zahlreiche grüne strukturierte Anleihen, grüne Einlagen und grüne Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) abgeschlossen. Im Jahr 2024 wurde das Nachhaltigkeitsrahmenwerk um „social" Aktiva erweitert. Ebenfalls hat die Deutsche Bank ihre Plattform für die Emission von Panda Bonds in China erweitert. Seit 2023 wurden Anleihen mit einem Gesamtnennwert von 8 Mrd. CNY auf dem chinesischen Markt begeben.

Liquiditätsrisikoüberwachung und -steuerung

Die Finance Teams Liquidity and Treasury Reporting & Analysis (LTRA) und Liquidity Data Measurement and Reporting (LDMR) tragen gemeinsam die Gesamtverantwortung für die genaue und rechtzeitige Erstellung der externen aufsichtsrechtlichen Liquiditätsmeldungen (Säule 1) als auch des internen Liquiditätsreportings (Säule 2) für das Liquiditätsrisiko des Konzerns. Darüber hinaus ist LTRA für die Weiterentwicklung der Management Informationssysteme und damit verbundener Analysen verantwortlich, die das Liquiditätsrisikorahmenwerk und seine Anwendung durch Enterprise and Treasury Risk Management unterstützen.

Liquiditätsdeckungsquote (LCR)

Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) ist eine regulatorische Kennzahl, die sicherstellen soll, dass adäquate Liquiditätsreserven in Form von qualitativ hochwertigen liquiden Aktiva (High Quality Liquid Assets) zur Verfügung stehen, um einen kurzfristigen Stressfall, definiert als Nettoabflüsse (Net Cash Outflows), über einen Zeithorizont von 30 Tagen auf konsolidierter Währungsbasis auszugleichen.

Durch die Erfüllung dieser Kennzahl über die regulatorische Minimalanforderung hinaus, hilft die LCR dabei, sicherzustellen, dass der Konzern angemessene Liquiditätsressourcen hält, um einem kurzfristigen Liquiditätsengpass zu begegnen.

Stressed Net Liquidity Position (sNLP)

Die stressed Net Liquidity Position (sNLP) ist eine interne Metrik zur Messung des Liquiditätsrisikos und zur Bewertung der kurzfristigen Liquiditätsposition der Deutschen Bank durch Stresstests und Szenarioanalysen über diverse Zeithorizonte. Wesentliche Unterschiede zwischen der internen Liquiditätsstresstestmetrik (sNLP) und der LCR umfassen den Zeithorizont, für den ein Risikoappetit definiert ist (drei Monate gegenüber 30 Tagen), die Klassifizierung und die Unterschiede in den Abschlägen zwischen Liquiditätsreserven innerhalb der sNLP und den qualitativ hochwertigen liquiden Aktiva der LCR, die Abflussraten für verschiedene Arten von Refinanzierungen sowie die Liquiditätszufluss-Annahmen für verschiedene Klassen von Aktiva (z. B. Kreditrückzahlungen). Der interne Liquiditätsstresstest berücksichtigt darüber hinaus Abflüsse im Zusammenhang mit untertägigen Liquiditätsannahmen, die in der LCR nicht systematisch wiedergegeben werden.

Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR)

Die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR) ist eine regulatorische Kennzahl, die das strukturelle Refinanzierungsprofil der Bank bewertet, indem sie die verfügbare stabile Refinanzierung (Available Stable Funding, ASF), einschließlich Kapital und stabiler Fremdmittel, mit der erforderlichen stabilen Refinanzierung (Required Stable Funding, RSF) für bilanzielle Aktiva vergleicht. Dadurch werden mittel- bis langfristige Refinanzierungsrisiken gemindert.

Liquiditätsstresstests und Szenarioanalysen

Die globale interne Szenarioanalyse sowie die damit einhergehenden Liquiditätsstresstests werden zur Messung des Liquiditätsrisikos und zur Bewertung der kurzfristigen Liquiditätsposition innerhalb des Liquiditätsrahmenwerkes des Konzerns genutzt. Diese ergänzen den operativen untertägigen Liquiditätsmanagementprozess. Die langfristige Liquiditätsstrategie, die auf vertraglichen oder modellierten Fälligkeiten gemäß Basisszenario basiert, wird durch die langfristige Messgröße, bekannt als Funding Matrix, abgedeckt (weitere Informationen finden sich im Kapitel „Steuerung des Refinanzierungsrisikos und Diversifizierung der Finanzierungsmittel" dieses Berichts).

Die Steuerung der globalen Liquiditätsstresstest-Exposition erfolgt durch Treasury im Einklang mit dem entsprechenden Risikoappetit. Treasury ist für die Definition der Stresstest Gesamtmethodik, die Wahl der Liquiditätsrisikotreiber und die Festlegung der angemessenen Annahmen (Parameter) verantwortlich, um aus den Eingabedaten zu Stresstestergebnissen zu gelangen. Enterprise and Treasury Risk Management verantwortet die Definition der Stressszenarien. Unter Berücksichtigung der Grundsätze und Richtlinien des Model Risk Managements führen Enterprise and Treasury Risk Management und Model Risk Management die unabhängige Validierung der Liquiditätsrisikomodelle durch. Die Finance Teams Liquidity and Treasury Reporting & Analysis (LTRA) und Liquidity Data Measurement and Reporting (LDMR) sind sowohl für die Einführung dieser Modelle bzw. Methoden als auch für die Berechnung der Stresstests in Übereinstimmung mit Treasury, Liquidity Risk Management, Group Strategic Analytics und IT verantwortlich.

Mit Stresstests und Szenarioanalysen werden die potenziellen Auswirkungen von plötzlich auftretenden und schwerwiegenden Stressereignissen auf die Liquiditätsposition des Konzerns beschrieben und bewertet. Die Deutsche Bank hat vier Szenarien gewählt, um die Netto-Liquiditätsposition des Konzerns unter Stress (stressed Net Liquidity Position) zu berechnen. Diese Szenarien sind so angelegt, dass sie die potenziellen Auswirkungen simulieren, die der Konzern durchleben könnte. Das schwerwiegendste Szenario modelliert die möglichen Folgen eines kombinierten marktweiten und schwerwiegenden idiosynkratischen Stressereignisses, einschließlich der mehrstufigen Herabsetzung des Kreditratings der Bank. Unter jedem dieser Szenarien werden die Auswirkungen eines Liquiditätsstressereignisses über verschiedene Zeithorizonte und über mehrere Liquiditätsrisikotreiber hinweg betrachtet, wobei Auswirkungen auf alle Geschäfts- und Produktbereiche sowie auf alle Portfolien und die Bilanz mitberücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Szenarioanalyse dienen auch als ein Eingabeparameter des konzernweiten Stresstests, welcher von Enterprise Risk Management durchgeführt wird. Dieser Stresstest analysiert Liquiditätsrisiken in Verbindung mit anderen Risikoarten und bewertet das Ergebnis sowie die Auswirkungen auf die Kapital- und Liquiditätsposition.

Darüber hinaus werden potenzielle Refinanzierungsbedürfnisse aus Eventualrisiken, die im Stressfall vorkommen können, wie Inanspruchnahme von Kreditlinien, erhöhte Sicherheitsanforderungen aus Derivateverträgen und Abflüsse von Einlagen mit einem vertraglich an ein Rating gekoppelten Auslöser, analysiert. Dem stehen zudem Maßnahmen gegenüber, die zur Kompensation dieser Abflüsse ohne materielle Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Bank ergriffen werden könnten. Diese Gegenmaßnahmen beinhalten die Nutzung der Liquiditätsreserve des Konzerns und die Liquiditätsgenerierung aus weiterer nicht verpfändeter, marktfähiger Aktiva, ohne wesentliche Auswirkungen auf das Geschäftsmodell des Konzerns zu haben.

Stresstests werden auf Konzernebene sowie für einzelne, wesentliche liquiditätsrelevante Einheiten durchgeführt. Die Stressanalyse umfasst je nach Szenario unterschiedliche Zeiträume bis zu einem Jahr. Die akuteste Stresssituation wird über einen Zeitraum von drei Monaten betrachtet, der als kritischster Zeitraum während einer Liquiditätskrise gilt und eine aktive Beurteilung und Steuerung der Liquidität auf Konzernebene erfordert. Der konsolidierte Währungs-Stresstest wird durch weitere Stresstests für definierte materielle Währungen wie Euro und U.S.-Dollar ergänzt. Auf globaler sowie auf regionaler Ebene für die U.S.-amerikanischen Rechtseinheiten umfassen die Liquiditätsstresstests einen zwölfmonatigen Beobachtungszeitraum, für den ein Risikoappetit-Limit festgelegt wurde. Darüber hinaus können Ad-hoc-Analysen durchgeführt werden, um potenzielle Auswirkungen aus nachteiligen Ereignissen zu berücksichtigen, die den Konzern beeinflussen könnten, wie z. B. klimatische/ESG-bezogene Ereignisse. Relevante Stressannahmen werden angewendet, um Liquiditätsflüsse aus Risikotreibern sowie bilanziellen und außerbilanziellen Produkten abzubilden. Die Stress-Szenarien sowie die getroffenen Annahmen werden regelmäßig überprüft und aktualisiert, wenn Verbesserungen an den Stresstestmethoden vorgenommen werden.

Abmilderung des Liquiditätsrisikos

Hochwertige liquide Vermögenswerte

Hochwertige liquide Vermögenswerte (High Quality Liquid Assets, HQLA) sind eine Berechnungsgrundlage der Säule 1, die in die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) einfließt und mit einem separaten Limit im Risikoappetit belegt ist. Hochwertige liquide Vermögenswerte beinhalten verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente sowie unbelastete hochliquide Wertpapiere (inklusive Staatsanleihen und staatlich garantierter Anleihen). Sie stellen eine unmittelbar verfügbare und somit die wichtigste Gegenmaßnahme in einer Stresssituation dar.

Der überwiegende Teil der hochwertigen liquiden Vermögenswerte der Bank wird als Barmittel zentral in den Hauptwährungen auf den Zentralbankkonten der Muttergesellschaft und der ausländischen Niederlassungen an den wichtigsten Standorten, an denen die Bank tätig ist, sowie in einem eigens dafür eingerichteten, vom Treasury verwalteten Portfolio strategischer Liquiditätsreserven (Strategic liquidity reserve) gehalten, das ausschließlich als Abhilfemaßnahme in Krisenzeiten dient.

Belastung von Vermögenswerten

Belastete Vermögenswerte umfassen hauptsächlich bilanzielle und außerbilanzielle Vermögenswerte, die für besicherte Refinanzierungen, bei Sicherheiten-Swaps und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit verpfändet sind. Im Allgemeinen werden Kredite belastet, um langfristige, besicherte Kapitalmarktemissionen wie Pfandbriefe oder andere Eigenverbriefungsstrukturen zu besichern, während Refinanzierungen von Schuldverschreibungs- und Aktienbeständen auf besicherter Basis zum regulären Geschäft der Investmentbank gehört. Gemäß den technischen Standards der European Banking Authority (EBA) zum regulatorischen Reporting von Belastungen von Vermögenswerten gelten zudem bei Abwicklungssystemen hinterlegte Vermögenswerte (einschließlich Ausfallfonds und Ersteinschüsse) sowie andere nicht frei verfügbare, hinterlegte Vermögenswerte wie Mindestreserven bei Zentralbanken als belastete Vermögenswerte. Auch Forderungen aus Derivaten, die gemäß den EBA-Richtlinien als belastet gelten, fallen darunter.

Funds Transfer Pricing (FTP)

Das Liquiditätstransferpreiskonzept ist ein Instrument zur Kostenallokation und Geschäftsbereichssteuerung, um die mit der Refinanzierung und dem potenziellen Liquiditätsrisiko verbundenen Kosten und Erträge zu steuern. Dabei wird der Risikoappetit der Bank zugrunde gelegt. Es ist für alle Geschäftsbereiche und Regionen mit Bilanzpositionen bindend, die einer aktiven Steuerung und Refinanzierung durch den Konzern bedürfen und stellt sicher, dass (i) Aktiva in Übereinstimmung mit ihrem zugrunde liegenden Liquiditätsrisiko, (ii) Passiva entsprechend ihrer Liquiditätswerte sowie (iii) Zahlungsverpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten im Einklang mit den Kosten für die Bereitstellung angemessener hochwertiger liquider Vermögenswerte bepreist werden.

Über die Verrechnungspreise werden die Refinanzierungs- und Liquiditätsrisikokosten und -nutzen den Geschäftsbereichen des Konzerns auf Basis von Verrechnungssätzen zugewiesen, die die ökonomischen Kosten der Bank für Liquidität widerspiegeln. Darüber hinaus kann Treasury zusätzliche finanzielle Anreize im Rahmen der konzernweiten Liquiditätsrisikorichtlinien setzen.

Weitere Einzelheiten befinden sich im Anhang 04 „Segmentberichterstattung" des Konzernabschlusses.

Notfallrefinanzierungsplan

Der Notfallrefinanzierungsplan des Konzerns beschreibt, wie die Deutsche Bank auf einen konkreten oder vorhergesehenen Fall von Liquiditätsstress reagieren würde. Er legt die Regelungen, Prozesse und Handlungspläne fest, die im Falle von Beeinträchtigungen in Refinanzierungsaktivitäten der Bank einzuhalten sind. Er beinhaltet Maßnahmen, die zur Mittelbeschaffung und/oder zur Wiederherstellung der Liquiditätskenngrößen der Bank ergriffen werden können. Der Notfallrefinanzierungsplan beschreibt Governance-Regelungen für seine Aktivierung und umfasst ein Rahmenwerk für liquiditätsrelevante Risikoindikatoren, die es der Bank ermöglichen, sich verschlechternde Marktbedingungen zeitnah zu identifizieren und umgehend festzulegen, welche Maßnahmen einzuleiten sind. Dies beinhaltet die Kommunikation und Koordination während eines Liquiditätsstressereignisses. Die Deutsche Bank hat das Financial Resource Management Council etabliert, welches für die Überwachung des Eigenkapitals und der Liquidität im Stressfall sowie in Kontinuitäts-, Sanierungs- und Abwicklungsszenarien während definierter Krisensituationen verantwortlich ist.

Modellrisikomanagement

Das Modellrisiko ist die Möglichkeit für nachteilige Konsequenzen, die sich aus Entscheidungen ergeben, die auf fehlerhaften Modellen oder deren unsachgemäßer Anwendung basieren. Es kann zu finanziellen Verlusten, ungünstigen Geschäfts- oder Strategieentscheidungen sowie zu Reputationsschäden führen. Die Deutsche Bank ist sich bewusst, dass der Einsatz von Modellen andere Risikoarten beeinflussen kann und dass das Modellrisiko eine eigenständige Risikoart darstellt, die das Gesamtrisiko über alle Risikoarten hinweg erhöhen oder mindern kann.

Die Deutsche Bank setzt Modelle für eine Vielzahl von betriebswirtschaftlichen Entscheidungen ein, darunter die Kreditvergabe, Bewertung von Forderungen, Finanzinstrumenten und Positionen, die Risikomessung, Verwaltung und Sicherung von Kundenvermögen sowie die Bestimmung der Angemessenheit von Kapital und Rückstellungen. Der Begriff "Modell" bezeichnet hierbei eine quantitative oder qualitative Methode, ein System oder einen Ansatz, der auf Expertenschätzungen, statistischen, ökonomischen, finanziellen oder mathematischen Theorien, Techniken und Annahmen basiert, um Eingangsdaten in quantitative Schätzungen zu überführen. Modelle sind vereinfachte Abbildungen realer Zusammenhänge und basieren auf Annahmen und Einschätzungen. Dementsprechend ist die Bank einem Modellrisiko ausgesetzt, welches angemessen identifiziert, gemessen und gesteuert werden muss.

Die Steuerung des Modellrisikos erfolgt auf allen Managementebenen, einschließlich des Vorstands, und wird durch ein Rahmenwerk gestützt, das von einer von Modellentwicklern, -verantwortlichen und -nutzer unabhängigen Kontrollfunktion der zweiten Verteidigungslinie konzipiert und überwacht wird.

Model Risk Management Rahmenwerk und Kontrollinstanzen

Das Modellrisiko wird vom Risikovorstand durch Festlegung einer quantitativen und qualitativen Risikoappetiterklärung überwacht und durch folgende Maßnahmen gesteuert:

- Model Risk Policy and Procedure sowie unterstützende Dokumente, die auf den definierten Risikoappetit, auf regulatorische Anforderungen und bewährte Verfahren der Branche abgestimmt sind und die Rollen und Verantwortlichkeiten aller Beteiligten klar definieren
- Inventarisierung aller Quellen des Modellrisikos, die die fortlaufenden Modellkontrollen, inklusive Risikoeinschätzung und Modellattestierung, unterstützt
- Kontrollen für alle Modelle von der Entwicklung bis zur Außerbetriebnahme, einschließlich Validierung, Genehmigung, Implementierung und Überwachung
- Modelle werden hinsichtlich ihrer Materialität, Komplexität, Ungenauigkeit und Verlässlichkeit bewertet und in aggregierter Form einer Risikokategorie (Risk Tier) zugewiesen, um jene Modelle zu identifizieren, die ein höheres Risiko für die Deutsche Bank darstellen
- Anwendung eines risikobasierten Ansatzes für das Management der Modelle je nach Risikoeinstufung
- Durch unabhängige Validierungen und nachfolgende unabhängige Genehmigungen wird sichergestellt, dass Modelle für ihren vorgesehenen Anwendungsbereich und Zweck angemessen konzipiert und implementiert wurden und dass entsprechende Kontrollen vorhanden sind, um die erwartete Leistungsfähigkeit während der Nutzung zu gewährleisten
- Kontrollen, die Limitationen und Schwächen von Modellen identifizieren, woraus Feststellungen und kompensierende Maßnahmen resultieren, wie beispielsweise Bedingungen für die Nutzung, wie Anpassungen oder Überlagerungen
- Modellrisiko-Rahmenwerk, einschließlich Senior-Gremien für die Überwachung und Eskalation von modellrisiko-relevanten Themen sowie monatlichen Meldungen an den Vorstand zu den Kennzahlen des Modellrisikoappetits und regelmäßigen Berichten an den Aufsichtsrat über die Entwicklung des Modellrisikos

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Operationelles Risikomanagement

Operationelles Risikomanagement - Überblick

Die Deutsche Bank wendet die Definition des operationellen Risikos gemäß dem Single Rulebook der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde an: „Operationelles Risiko bedeutet das Risiko von Verlusten, die aus unzureichenden oder versagenden internen Prozessen, Menschen und Systemen oder aus externen Ereignissen entstehen. Operationelles Risiko umfasst Rechtsrisiken, schließt jedoch Geschäfts- und Reputationsrisiken aus und ist in alle Bankprodukte und -aktivitäten eingebettet."

Der Risikoappetit der Deutschen Bank für operationelle Risiken definiert den Umfang operationeller Risiken, den die Bank als Konsequenz ihrer Geschäftstätigkeit zu akzeptieren bereit ist. Die Bank geht operationelle Risiken bewusst ein, sowohl strategisch als auch im täglichen Geschäft. Während die Bank keinen Risikoappetit für bestimmte Arten operationeller Risikovorkommnisse hat, etwa Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften oder Fehlverhalten, müssen andere Arten operationeller Risiken akzeptiert werden, um die Geschäftsziele der Bank zu erreichen. Liegt das Restrisiko außerhalb des Risikoappetits, müssen risikoreduzierende Maßnahmen ergriffen werden, einschließlich Risikobehebung, Risikoübertragung durch Versicherungen oder Aufgabe bestimmter Geschäftstätigkeiten.

Das Rahmenwerk für das Management operationeller Risiken umfasst eine Reihe miteinander verknüpfter Instrumente und Prozesse zur Identifizierung, Bewertung, Minderung und Überwachung der operationellen Risiken der Bank. Die Bestandteile sind darauf ausgelegt, zusammenzuwirken, um einen umfassenden, risikobasierten Ansatz zur Steuerung der wesentlichsten operationellen Risiken der Bank sicherzustellen. Das Rahmenwerk beinhaltet den gruppenweiten Ansatz zur Festlegung und Einhaltung des Risikoappetits für operationelle Risiken, die Risikotypen- und Kontrolltaxonomien, die Richtlinien und Verfahren für die Steuerung der Prozesse und Instrumente des operationellen Risikomanagements sowie die Berechnung des operationellen Risikokapitals der Bank.

Organisations- und Governance-Struktur

Operationelle Risiken werden nach dem Grundsatz gesteuert, dass die tägliche Verantwortung bei jenen Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen liegt, in denen die Risiken entstehen. Das Operational Risk Management („ORM") bietet eine unabhängige Überwachung des operationellen Risikoprofils der Gruppe, identifiziert und berichtet Risikokonzentrationen und stellt eine konsistente Anwendung des Rahmenwerkes für das Management operationeller Risiken sicher. ORM ist Teil der Risikofunktion der Gruppe innerhalb des Chief Risk Office, das vom Chief Risk Officer geleitet wird. Der Chief Risk Officer ernennt den Leiter von ORM, der für die Entwicklung, Überwachung und Aufrechterhaltung eines effektiven, effizienten und regulatorisch konformen Rahmenwerks verantwortlich ist, einschließlich der Methodik zur Berechnung des operationellen Risikokapitals. Der Leiter von ORM überwacht und hinterfragt die gruppenweite Umsetzung des Rahmenwerks und verfolgt die Gesamtentwicklung der operationellen Risiken im Verhältnis zum definierten Risikoappetit.

Die Steuerung des operationellen Risikos orientiert sich am Drei-Linien-Verteidigungsmodell („3LoD") der Bank. Das Rahmenwerk für das Management operationeller Risiken definiert Governance-Standards und legt die Kernverantwortlichkeiten der ersten und zweiten Verteidigungslinie fest, um ein wirksames Risikomanagement und angemessene unabhängige Herausforderungen sicherzustellen. Das Operational Risk Committee steuert und koordiniert das Management operationeller Risiken auf Gruppenebene. Sein Mandat umfasst Entscheidungs- und Richtlinienkompetenzen sowie die Überprüfung, Beratung und Behandlung von Themen des operationellen Risikos, die das Risikoprofil von Geschäftsbereichen oder Infrastrukturfunktionen beeinflussen könnten. Mehrere Untergremien, in denen sowohl Vertreter der ersten als auch der zweiten Verteidigungslinie vertreten sind, unterstützen das Komitee bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Zusätzlich zum Gremium auf Gruppenebene unterhalten die Geschäftsbereiche weitere Foren der ersten Verteidigungslinie, um operationelle Risiken auf verschiedenen organisatorischen Ebenen zu überwachen und zu steuern.

Risikoverantwortliche der ersten Verteidigungslinie tragen die vollständige Verantwortung für die aus ihren Aktivitäten entstehenden operationellen Risiken und müssen diese innerhalb des festgelegten Risikoappetits steuern. Als Leiter von Geschäftsbereichen oder Infrastrukturfunktionen bestimmen sie die geeignete organisatorische Struktur, identifizieren ihr Risikoprofil, steuern Risiken aktiv, treffen Entscheidungen über Risikominderung oder Risikoakzeptanz innerhalb des Risikoappetits und richten wirksame Kontrollen der ersten Verteidigungslinie ein.

Risikotypverantwortliche fungieren als Kontrollfunktionen der zweiten Verteidigungslinie für alle Unterrisikotypen innerhalb der übergeordneten Kategorie des operationellen Risikos. Sie definieren das Rahmenwerk und den gruppenweiten Risikoappetit für den jeweiligen Risikotyp, legen Mindestanforderungen an das Risikomanagement sowie Kontrollziele fest und überwachen unabhängig die Umsetzung dieser Anforderungen durch die erste Verteidigungslinie. Als Fachexperten definieren sie die Risikotaxonomie, unterstützen die Umsetzung des Rahmenwerks in der ersten Verteidigungslinie und wahren ihre Unabhängigkeit, indem sie ausschließlich in Infrastrukturfunktionen angesiedelt sind.

Als zweite Verteidigungslinie für operationelle Risiken etabliert und pflegt ORM den übergreifenden Rahmen für das Management operationeller Risiken:

- ORM definiert den Ansatz zum Risikoappetit, überwacht die Einhaltung, bewertet Folgen von Verstößen und überwacht Maßnahmen zur Rückführung des Risikoprofils in den Risikoappetit; ORM berichtet auch regelmäßig über das operationelle Risikoprofil der Gruppe, einschließlich aller Risiken, die außerhalb des definierten Appetits liegen
- ORM führt unabhängige Bewertungen zur Unterstützung eines proaktiven Risikomanagements durch, arbeitet mit Risikoverantwortlichen der ersten Verteidigungslinie zusammen und stellt eine bankweite einheitliche Umsetzung sicher
- ORM ist verantwortlich für die Entwicklung, Umsetzung und Pflege der Methodik zur Ermittlung des angemessenen Kapitals für operationelle Risiken zur Empfehlung an den Vorstand, einschließlich der Berechnung und Allokation des Kapitalbedarfs für operationelle Risiken sowie der erwarteten Verluste

Operationelles Risikomanagement - Rahmenwerk

Das Rahmenwerk für das Management operationeller Risiken ermöglicht es der Bank, ihr operationelles Risikoprofil im Verhältnis zu ihrem definierten Risikoappetit zu bestimmen, systemische Themen und Konzentrationen zu identifizieren und Maßnahmen sowie Prioritäten für die Risikominderung festzulegen.

Im Jahr 2025 hat die Bank das Rahmenwerk weiter verbessert, indem sie innerhalb der Taxonomie für operationelle Risikotypen bereichsübergreifende Risikoarten eingeführt hat, um das operationelle Risikoprofil der Bank besser widerzuspiegeln. Weitere Verbesserungen umfassten die Implementierung von Kontrollbewertungen, Tests und Zertifizierungen innerhalb eines neuen strategischen Tools für das Kontrollinventar sowie die Weiterentwicklung des Risk & Control Self Assessment (RCSA) zu einem stärker datenbasierten Ansatz.

Wesentliche Bestandteile umfassen:

Schadendatensammlung: Interne operationelle Risikoereignisse mit einem GuV-Auswirkung von 10.000 € oder mehr werden erfasst und validiert, und externe Ereignisse werden auf ihre Relevanz für die Gruppe und die Geschäftsbereiche beurteilt. Wesentliche Ereignisse lösen einen formellen Lessons Learned und Read Across Prozess aus, der von der First Line of Defense in enger Zusammenarbeit mit Geschäftspartnern, Risikokontrollfunktionen und anderen Infrastrukturbereichen durchgeführt wird. Lessons Learned Überprüfungen bewerten die Ursachen signifikanter Ereignisse und dokumentieren Maßnahmen zur Behebung, um die Wiederholungsrate zu verringern. Read Across Analysen bewerten, ob ähnliche Schwächen an anderer Stelle in der Bank bestehen könnten, selbst wenn dort noch keine Verluste eingetreten sind, wodurch präventive Maßnahmen eingeleitet werden. Im Jahr 2025 wurde die interne Ereignisdatenbank erweitert, insbesondere die Zuordnung von Kontrollen zu Ereignissen und automatisierte Read Across Trigger. Zudem wurde der Überprüfungsprozess externer Ereignisse verfeinert, um die Anfälligkeit ähnlicher Risiken innerhalb der Bank besser beurteilen zu können.

Risiko Appetit: Der Risikoappetit für operationelle Risiken definiert das Niveau an operationellen Risiken, das die Bank bereit ist zu akzeptieren, um ihre Strategie zu verfolgen. Das Rahmenwerk für den Risikoappetit zu operationellen Risiken bietet einen konsistenten Ansatz zur Festlegung von Appetitstufen in der gesamten Bank und zur Überwachung der Risikopositionen im Vergleich zu diesen Stufen. Die Bank überwacht regelmäßig ihr Profil operationeller Risiken im Verhältnis zum definierten Appetit, um die Organisation frühzeitig auf mögliche Probleme aufmerksam zu machen. Im Jahr 2025 implementierte die Bank die zuvor eingeführten Konzepte der Residual Risk Zones und Operating Conditions, einschließlich zugehöriger Überwachungsprozesse, und verfeinerte die Granularität der Risikoappetiteinstellung weiter.

Risiko-und Kontrollbewertung: Die Risiko- und Kontrollbewertung (Risk & Control Self Assessment, RCSA) umfasst Bottom up Bewertungen der in Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen entstehenden Risiken, der Wirksamkeit der zugehörigen Kontrollen sowie erforderlicher Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Risiken innerhalb des Risikoappetits bleiben. Das RCSA, das auf globaler Geschäftsebene durchgeführt wird, deckt alle Rechtsräume ab und soll der Geschäftsleitung helfen festzustellen, ob operationelle Risiken angemessen gesteuert und kontrolliert werden – basierend auf einem dynamischen Bewertungsansatz, der alle relevanten Risikotypen der Operational Risk Type Taxonomy (ORTT) der Gruppe abdeckt. Das RCSA legt größeren Schwerpunkt auf die Bewertung und Minderung von Risiken, die außerhalb des Risikoappetits liegen, sowie auf Risiken, die unethisches oder unangemessenes Marktverhalten innerhalb der Bank fördern. Im Jahr 2025 wurde die Granularität des RCSA erhöht, um präzisere Risikoerkenntnisse zu ermöglichen und ein genaueres Risikoprofil für den Vergleich mit dem definierten Appetit sicherzustellen.

Aufkommende Risiken: Themen zu aufkommenden Risiken werden aus internen und externen Indikatoren abgeleitet. Ergebnisse des operationellen Risikomanagements werden mit externen Ereignisdaten kombiniert, um entstehende Trends und Konzentrationen zu identifizieren. Diese Analyse ergänzt Erkenntnisse aus aufkommenden Risiken der Geschäftsbereiche, dynamischen RCSA Ergebnissen, Findings, Szenarioanalysen, internen und externen Ereignissen sowie Branchenentwicklungen und ermöglicht es Risikoverantwortlichen, fundierte Schlussfolgerungen zu ziehen.

Szenario Analysen: Das Profil operationeller Risiken wird durch explorative Szenarioanalysen weiter untermauert, die das tägliche Risikomanagement ergänzen. Szenarioanalysen unterstützen die Identifizierung potenzieller Risiken, decken Lücken im aktuellen Risikoprofil auf und informieren über vorausschauende risikomindernde Maßnahmen. Die Szenario-Entwicklung berücksichtigt Themen aus internen Verlusten, Bewertungen aufkommender Risiken, Top Risiken, Konzentrationen, Findings und externen Verlustereignissen von Vergleichsunternehmen. Erkenntnisse aus tatsächlichen und potenziellen Ereignissen werden verwendet, um thematische Schwachstellen zu identifizieren und Maßnahmen wie Deep Dive Überprüfungen oder Verbesserungen der Risikoprofile voranzutreiben. Im Jahr 2025 wurden Erfassung und Governance der Szenarioanalyse in die Event Management Application überführt, um Datenqualität und Überwachung zu verbessern.

Management und Bewertung von Transformationsrisiken: Ein Prozess zur Bewertung von Transformationsrisiken (Transformation Risk Assessment, TRA) ist eingerichtet, um Risiken aus wesentlichen Veränderungsinitiativen zu identifizieren und zu steuern und die Auswirkungen der Transformation auf das Risikoprofil der Bank zu bewerten. Das TRA gilt für alle wichtigen Transformationsergebnisse, einschließlich regulatorischer Initiativen, Technologiemigrationen, Risikominderungsprojekte, Strategieänderungen, organisatorischer Umstrukturierungen, Immobilienverlagerungen innerhalb der Bank sowie Joint Ventures und strategischer Investitionen.

Management von Feststellungen: Der Prozess für das Management von Feststellungen (Findings und Issue Management) unterstützt die Minderung von Risiken, die aus bekannten Kontrollschwächen und Defiziten entstehen. Es ermöglicht dem Management, risikobasierte Entscheidungen darüber zu treffen, ob weitere Maßnahmen zur Behebung erforderlich sind oder ob das Risiko akzeptiert werden kann. Die Ergebnisse des Findings Managements müssen gegenüber internen und externen Anspruchsgruppen belegen, dass die Bank aktiv ihre Kontrollschwächen identifiziert und Schritte unternimmt, um die damit verbundenen Risiken innerhalb akzeptabler Risikoappetitgrenzen zu steuern. Im Jahr 2025 wurde der Prozess durch strengere Anforderungen bei der Identifizierung der korrekten Findings Verantwortlichen, verbesserte Managementberichte und eine zeitgerechte Umsetzung der Aktionspläne gestärkt.

Einhaltung des Rahmenwerks: Als Verantwortlicher des Rahmenwerks für operationelle Risiken (Operational Risk Management Framework) führt ORM regelmäßige unabhängige Überwachungen und Tests zur Bewertung der Einhaltung durch die 1LoD und 2LoD durch:

- Jährliche Bewertung der Umsetzung und Einhaltung der Anforderungen des ORMF durch 1LoD und 2LoD Risk Type Heads (RTH)
- Negative Ergebnisse der Einhaltung führen zur Anwendung von Konsequenzen
- Die Ergebnisse sollen zudem proaktiv Verbesserungen in Design und Umsetzung identifizieren (Framework, Tools usw.)

Im Jahr 2025 wurden die jährlichen Ergebnisse zur Einhaltung des Rahmenwerks in die zusammengesetzten KPI für ORM aufgenommen und für alle Bereiche verpflichtend gemacht, wodurch ein direkter Einfluss auf die variable Vergütung über die Balanced Scorecard (BSC) entstand. Zusätzlich wurden vierteljährliche U.S. RCSA Einhaltungsüberprüfungen eingeführt.

Operative Risikotypen - Aufsicht

Das Rahmenwerk gilt für operationelle Unterrisikotypen auf einer granulareren Ebene und ermöglicht es der Bank, ihre operationelle Risiken zu aggregieren und ihr gesamtes Risikoprofil zu überwachen und zu steuern. Diese operativen Unterrisikotypen werden durch verschiedene Infrastrukturfunktionen gesteuert und umfassen Folgendes:

- ORM umfasst die Rolle des Risikotypverantwortlichen für mehrere operative Risikotypen; Das Mandat beinhaltet die Aufsicht der zweiten Verteidigungslinie über Kontrollen im Zusammenhang mit Transaktionsverarbeitungsaktivitäten und Infrastrukturrisiken, um Technologie- oder Prozessunterbrechungen zu verhindern, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten und Aufzeichnungen sicherzustellen, eine robuste Informationssicherheit zu gewährleisten und zu bestätigen, dass Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen wirksame Pläne haben, um kritische Prozesse und Funktionen im Falle von Störungen wiederherzustellen, einschließlich technischer oder Gebäudestörungen, Cyberangriffen, Naturkatastrophen oder physischen Sicherheitsrisiken; Die ORM Risikotyp-verantwortlichen steuern zudem Risiken aus internen und externen Lieferantenbeziehungen der Bank durch die Anwendung eines umfassenden Rahmenwerks zur Drittparteien-Risikomanagement
- Die Compliance Abteilung übt eine unabhängige Kontrollfunktion der zweiten Verteidigungslinie aus, die die Betriebslizenz der Bank schützt, indem sie die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften fördert und durchsetzt sowie eine Kultur der Compliance und ethischen Integrität in der Bank stärkt; Die Compliance Abteilung unterstützt, überprüft und hinterfragt die Geschäftsbereiche und arbeitet mit anderen Infrastrukturfunktionen und Aufsichtsbehörden zusammen, um einen risikobasierten Ansatz für die Steuerung der Compliance Risiken der Bank gemäß dem Risikoappetit der Bank zu etablieren und aufrechtzuerhalten sowie der Bank zu helfen, Verstöße gegen Gesetze, Vorschriften und interne Richtlinien zu erkennen, zu mindern und zu verhindern; Die Compliance-Abteilung führt folgende Hauptaktivitäten durch: Zusammenarbeit mit und Management von regulatorischen Angelegenheiten in Zusammenarbeit mit der Regulatory and Exam Management Group; Identifizierung und Bewertung neuer und geänderter Gesetze, Regeln und Vorschriften; Handeln als Berater des Vorstands und Durchführung unabhängiger Überprüfungen und Herausforderungen; Durchführung von Second-Line-Kontrollen; Identifizierung, Bewertung, Minderung, Überwachung und Berichterstattung über Compliance-Risiken. Die Ergebnisse dieser Bewertungen und Kontrollen werden regelmäßig sowohl dem Verwaltungsrat als auch dem Aufsichtsrat berichtet
- Finanzkriminalitätsrisiken werden durch die Anti Financial Crime Einheit (AFC), eine unabhängige Infrastrukturfunktion der zweiten Verteidigungslinie, gesteuert; Die AFC unterhält ein spezialisiertes Programm, das auf regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen basiert und definierte Rollen und Verantwortlichkeiten für die Identifizierung und Steuerung von Risiken der Finanzkriminalität umfasst, die sich aus Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, der Einhaltung von Sanktionen und Embargos, der Ermöglichung von Steuerhinterziehung sowie anderen kriminellen Aktivitäten einschließlich Betrug, Bestechung und Korruption und weiteren Delikten ergeben; Die AFC aktualisiert ihre Strategie zur Prävention von Finanzkriminalität durch die regelmäßige Weiterentwicklung interner Richtlinien, Prozesse und Kontrollen, institutsbezogene Risikoanalysen sowie Mitarbeiterschulungen
- Group Governance definiert, implementiert und überwacht den Governance Rahmen für die Deutsche Bank weltweit zur Unterstützung der Gesamtstrategie der Bank und stellt sicher, dass Governance Strukturen effizient, transparent und nachhaltig sind; Die Einheit entwickelt und schützt wirksame Corporate Governance Strukturen, die eine effektive individuelle und gemeinsame Entscheidungsfindung unterstützen und (strukturelle oder organisatorische) Konflikte vermeiden oder steuern; Sie etabliert, pflegt und steuert außerdem eine geeignete und transparente Richtlinien Taxonomie, Landschaft und Instrumente; Die Unabhängigkeit von Group Governance wird durch eine direkte Berichtslinie an den Vorstand und nicht an eine Geschäftseinheit sowie durch ein abgeschottetes Anreiz- und Vergütungssystem sichergestellt, bei dem die Leistungsbewertung in erster Linie an das Risikomanagement und nicht an die Geschäftserlöse gekoppelt ist
- Legal ist eine vollständig unabhängige Infrastrukturfunktion mit dem Mandat, sowohl dem Vorstand als auch den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen rechtliche Beratung bereitzustellen und die Rechtsstreitigkeiten und regulatorischen Streitverfahren der Bank zu steuern; Legal besitzt das alleinige Mandat zur Rechtsberatung sowie zur Beauftragung und Steuerung externer Rechtsberater; Die Unabhängigkeit von Legal wird durch die Berichtslinie an den Vorstand sowie durch einen Vergütungsrahmen unterstützt, der auf das Risikomanagement ausgerichtet ist
- Die Prozesse der Deutschen Bank zur Genehmigung neuer Produkte (New Product Approval) und zur systematischen Produktüberprüfung (Systematic Product Review) bilden einen Kontrollrahmen, der darauf ausgelegt ist, die Risiken im Zusammenhang mit neuen Produkten und Dienstleistungen sowie deren Lebenszyklusmanagement zu steuern; Diese Prozesse werden durch das New Business Office und die Product & Structured Transaction Lifecycle Teams innerhalb der Operational Risk Management Funktion überwacht. Bestehende Produkte und Dienstleistungen werden in Zyklen von ein bis drei Jahren überprüft, um sicherzustellen, dass sie weiterhin zweckmäßig sind und mit den Merkmalen und Zielen ihrer jeweiligen Zielmärkte übereinstimmen; Jedes Produkt oder jede Dienstleistung muss von einem Managing Director des Geschäfts gesponsert werden, der die letztendliche Verantwortung trägt; Verstöße gegen die Anforderungen des New Product Approval Prozesses fallen in den Anwendungsbereich des Red Flag Folgenbewältigungsprozesses der Bank

Messung operationeller Risiken

Die Deutsche Bank misst die risikogewichteten Aktiva zur Bestimmung des regulatorischen Kapitalbedarfs für operationelle Risiken unter Anwendung des „Standardized Measurement Approach", wie er in der im Jahr 2025 eingeführten europäischen Kapitaladäquanzverordnung (CRR3) festgelegt ist.

Zusätzlich zu den regulatorischen Kapitalanforderungen bestimmt die Deutsche Bank weiterhin ihren internen ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken unter Anwendung der „Advanced Measurement Approach" (AMA)-Methodik. Die AMA-Kapitalberechnung basiert auf einem Verlustverteilungsansatz. Bruttoverluste aus historischen internen und externen Verlustdaten (Operational Riskdata eXchange Association Konsortiumdaten) werden verwendet, um das Risikoprofil zu ermitteln (d. h. Verteilungen von Verlusthäufigkeit und -schwere). Das Verlustverteilungsmodell enthält konservative Elemente, indem Verluste aus Ereignissen, die sich über mehrere Jahre erstrecken, im historischen Verlustprofil als Einzelereignisse berücksichtigt werden.

Im AMA-Modell werden die Häufigkeits- und Schwereverteilungen in einer Monte-Carlo-Simulation kombiniert, um potenzielle Verluste über einen Zeithorizont von einem Jahr zu erzeugen. Korrelations- und Diversifikationseffekte werden auf die Nettoverluste angewendet, um eine Nettoverlustverteilung auf Gruppenebene zu erhalten, die erwartete und unerwartete Verluste abdeckt. Der resultierende ökonomische Kapitalbedarf wird dann – nach Abzug des erwarteten Verlusts und unter Berücksichtigung der qualitativen Anpassungskomponente – den Geschäftsbereichen zugeordnet.

Der ökonomische Kapitalbedarf für operationelle Risiken wird aus dem 99,9%-Perzentil abgeleitet und für einen Zeithorizont von einem Jahr berechnet.

Die Berechnung des ökonomischen Kapitalbedarfs erfolgt vierteljährlich.

ORM entwickelt und pflegt den Ansatz für die Quantifizierung des Kapitalbedarfs und stellt sicher, dass geeignete Prozesse für Entwicklung, Validierung und Änderungs-Governance bestehen, wobei die Validierung von einer unabhängigen Validierungsfunktion durchgeführt wird und im Einklang mit dem gruppenweiten Modellrisikomanagementprozess erfolgt.

Treiber der Entwicklung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken

Aufgrund der Methode der AMA-Kapitalberechnung wird der ökonomische Kapitalbedarf der Deutschen Bank für operationelle Risiken überwiegend von historischen internen Verlustereignissen bestimmt.

Angesichts der Bedeutung von Rechtsrisiken innerhalb des operationellen Risikoprofils der Bank wird der Steuerung und Messung offener zivilrechtlicher Verfahren sowie Regulierungsdurchsetzung besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hierbei stützt sich die Bank auf Informationen aus internen und externen Datenquellen, um Entwicklungen in Rechtsfällen zu berücksichtigen, die die Bank selbst oder die Bankenbranche insgesamt betreffen. Aufgrund des mehrjährigen Charakters rechtlicher Verfahren berücksichtigt die Messung dieser Risiken zudem unterschiedliche Gewissheitsgrade, indem die Risiken über verschiedene Phasen des Lebenszyklus eines Rechtsfalles hinweg einbezogen werden.

Konzeptionell misst die Bank operationelle Risiken einschließlich Rechtsrisiken, indem sie den jährlichen Verlust bestimmt, der mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Dieser Verlustbetrag setzt sich aus einem Bestandteil zusammen, der aufgrund der IFRS-Kriterien bereits in den Finanzberichten der Bank ausgewiesen wird, sowie aus einem Bestandteil, der über den in den Finanzberichten als Rückstellungen erfassten Betrag hinausgeht.

Die rechtlichen Verluste, die die Bank mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50% erwartet, sind bereits in den IFRS-Konzernabschlüssen berücksichtigt. Diese Verluste umfassen Nettoveränderungen der Rückstellungen für bestehende und neue Fälle in einem bestimmten Zeitraum, in dem der Verlust als wahrscheinlich und zuverlässig messbar im Sinne von IAS 37 eingestuft wird.

Unsichere rechtliche Verluste, die in den Finanzberichten der Bank nicht als Rückstellungen berücksichtigt werden, da sie die Ansatzkriterien gemäß IAS 37 nicht erfüllen, werden im „ökonomischen Kapitalbedarf" berücksichtigt.

Zur Quantifizierung der Rechtsverluste im AMA-Modell berücksichtigt die Bank historische Verluste, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und rechtliche Prognosen. Rechtliche Prognosen umfassen im Allgemeinen Bandbreiten möglicher Verluste, die Risiken von Abflüssen jenseits der Rückstellungshöhe sowie Anpassungen beinhalten, die als unwahrscheinlich gelten oder sich auf noch unbekannte Sachverhalte beziehen. Solche Prognosen können sich aus laufenden oder neuen Rechtsfällen ergeben, die mindestens vierteljährlich durch die verantwortlichen Rechtsanwälte überprüft werden.

Die rechtlichen Prognosen werden in die Verlustdaten eingespeist, die in das AMA-Modell einfließen. Der Prognosebereich der rechtlichen Einschätzungen ist nicht auf den einjährigen Kapitalhorizont beschränkt, sondern geht darüber hinaus und unterstellt konservativ einen frühzeitigen Eintritt der zugrunde liegenden Verluste im Berichtszeitraum – wodurch der mehrjährige Charakter rechtlicher Verfahren berücksichtigt wird.

次へ

Reputationsrisikomanagement

Für Risikomanagementprozesse definiert der Konzern das Reputationsrisiko als das Risiko möglicher Schäden an der Marke und dem Ruf der Deutschen Bank und das damit verbundene Risiko beziehungsweise die Auswirkung auf ihre Erträge, ihr Kapital oder ihre Liquidität, welche durch Assoziation, Tätigkeit oder Untätigkeit entsteht, wenn diese von den Betroffenen als unangemessen, unmoralisch oder nicht mit dem Verhaltenskodex der Deutsche Bank als im Einklang stehend wahrgenommen wird.

Die Deutsche Bank hat einen eingeschränkten Risikoappetit für Transaktionen oder Kundebeziehungen mit einem materiellen Reputationsrisiko oder für Sektoren, die ein höheres Reputationsrisiko haben wie zum Beispiel die Rüstungsindustrie, Glücksspielindustrie oder Erotikindustrie oder wo gewisse Umweltbedenken bestehen. Entscheidungen über spezifische Transaktionen oder Geschäftsbeziehungen werden auf der Grundlage einer risikobasierten, individuellen und objektiven Beurteilung getroffen. Reputationsrisiken können nicht ausgeschlossen werden, da unvorhergesehene Entwicklungen eine Veränderung der Wahrnehmung der unterschiedlichen Stakeholder (z. B. Kunden, die Öffentlichkeit, Aufsichtsbehörden und Aktionäre) bewirken können.

Das Reputationsrisiko-Rahmenwerk (das Rahmenwerk) besteht um den Prozess zur aktiven Entscheidung über Themen, welche möglicherweise Reputationsrisiken ex ante beinhalten zu managen, mit dem Ziel so weit wie möglich potentiellen Reputationsschäden von der Deutschen Bank abzuwenden. Das Rahmenwerk wurde implementiert, um einheitliche Standards für die Identifikation, Bewertung und Steuerung von Reputationsrisiko bereitzustellen.

Reputational Risk kann aus verschiedenen Quellen entstehen, unter anderem – aber nicht ausschließlich – durch Mitarbeiter der Deutschen Bank, Geschäftsstrategien und -aktivitäten, Kunden sowie Gegenparteien. Solche Ereignisse können unter anderem zu finanziellen Verlusten, Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder Geldbußen sowie zu weiterem Reputationsschaden führen. Solche Ereignisse könnten unter anderem zu finanziellen Verlusten, Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtlichen Durchsetzungsmaßnahmen oder Geldbußen sowie zu weiterem Reputationsschaden beitragen.

Die Modellierung und quantitative Messung des Reputationsrisiko findet implizit in Ökonomischen Kapitalmodell der Bank Berücksichtigung, da das Risiko im Wesentlichen durch das Ökonomische Kapital für strategische Risiken mit abgedeckt wird.

Steuerung und Organisationelle Strukturen

Die Deutsche Bank steuert Reputationsrisiken mithilfe eines entsprechenden Rahmens. Im Rahmen dieses Regelwerks hat die Deutsche Bank eine Risikobereitschaftserklärung sowie Richtlinien und Kontrollen eingeführt, die in unsere Geschäfts- und Risikomanagementprozesse integriert sind, wobei Abweichungen möglich sind, sofern dies zur Einhaltung geltender nationaler Gesetze, Vorschriften und Erwartungen erforderlich ist. DWS-spezifische Fälle werden von einem der DWS zugewandten Reputationsrisiko-Komitee geprüft und bei Bedarf an die DWS-Geschäftsführung eskaliert. Alle Entscheidungen sind den DWS und DB internen Corporate Governance Richtlinie unterzuordnen.

Auch wenn jeder Mitarbeiter die Verantwortung hat, den Ruf der Deutschen Bank zu schützen, liegt die Hauptverantwortung für die Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und, falls erforderlich, Berichterstattung von Angelegenheiten des Reputationsrisikos bei den Geschäftsbereichen der Bank. Jeder Geschäftsbereich hat einen etablierten Prozess um Vorgänge als moderates oder schwerwiegenderes Reputationsrisiko einzustufen. Dieser Prozess ist der Unit Reputational Risk Assessment Process.

Der Unit Reputational Risk Assessment Process muss Angelegenheiten, die ein materielles Reputationsrisiko darstellen, an eines der Regionalen Reputationsrisiko-Komitees zur weiteren Überprüfung melden. Zusätzlich zur Materialitätsprüfung gibt es weitere Kriterien, bekannt als verpflichtende Überweisungskriterien, welche grundsätzlich als mit höheren Reputationsrisiken behaftet gelten und daher eine verpflichtende Meldung und Übergabe an definierte Fachexperten erfordern. Die Regionalen Reputationsrisikokomitees gehören den Komitees, der zweite Verteidigungslinie an und treten auf einer Adhoc Basis zusammen um Einzelfällen zu diskutieren. Das Group Reputational Risk Committee (GRRC) befasst sich mit Angelegenheiten mit globalen Faktoren oder die Angelegenheit auf regionaler Ebene nicht geklärt werden konnte.

Informationssicherheit

Die Deutsche Bank operiert in einem Umfeld mit zunehmender Digitalisierung und einer sich ständig weiterentwickelnden Bedrohungslandschaft im Bereich der Informationssicherheit. Vor dem Hintergrund dieser fortlaufenden Entwicklungen, Bedrohungen und Herausforderungen ist die Deutsche Bank dafür verantwortlich, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Daten von Kunden und Geschäftspartnern sowie ihrer eigenen Informationen, einschließlich der Mitarbeiterdaten, zu schützen. Um das Vertrauen der unterschiedlichen Interessengruppen und ihre Belange zu wahren, ist es entscheidend, dies konsequent und effektiv zu tun.

Aufgrund der Dynamik und Komplexität des Umfelds überwacht die Deutsche Bank kontinuierlich die Sicherheitsbedrohungslandschaft. Technologische Entwicklungen, das geopolitische Umfeld und wirtschaftliche Auswirkungen, welche die Sicherheitsrisiken beeinflussen, werden von der Bank aufmerksam beobachtet und bezüglich ihrer Relevanz für potenzielle Auswirkungen auf sich selbst und das weitere Finanzökosystem bewertet. Entsprechend passt die Deutsche Bank ihre Sicherheitsfähigkeiten an, um sicherzustellen, dass sie Produkte und Dienstleistungen für ihre Kunden zuverlässig bereitstellen kann und der fortlaufende Betrieb der Bankgeschäfte gewährleistet wird.

Dieses Kapitel bietet einen umfassenden Einblick in den Ansatz der Deutschen Bank zur Informationssicherheit und beschreibt die kontinuierlichen Anstrengungen der Bank, Daten und Dienstleistungen nachhaltig zu schützen, einschließlich der Sicherheits-Governancestruktur, -strategie und des -risikomanagements.

Governance

Die Verantwortung für die Sicherheitsangelegenheiten der Deutschen Bank liegt beim Chief Security Office. Die Aufgaben des Group Chief Security Officers (CSO) wurden ihm direkt vom Vorstand übertragen, einschließlich der Genehmigung der Sicherheitsrichtlinien und der Sicherheitsstrategie für den Deutsche-Bank-Konzern. Der Group CSO berichtet unmittelbar an den Chief Technology, Data und Innovation Officer, der ein Mitglied des Vorstands ist. Der Vorstand ist für die Umsetzung der Informationssicherheitsrichtlinien verantwortlich, mit Kontrolle durch den Aufsichtsrat. Bei Bedarf kann der Group CSO Sicherheitsprobleme über mehrere etablierte Mechanismen direkt an den Vorstand eskalieren.

Der Group CSO der Deutschen Bank verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung in verschiedenen Funktionen im Bereich der Informationssicherheit. Dazu gehören verschiedene Positionen als globaler Chief Information Security Officer (CISO)/ CSO für drei große europäische Finanzinstitute. Zudem war er als Partner in einer globalen Strategie- und Beratungsfirma tätig, in der er sicherheitsrelevante Themen für Finanzdienstleister verantwortete.

Der Group CSO wird von Informationssicherheitsfachkräften auf verschiedenen Führungsebenen unterstützt, um sicherzustellen, dass die Sicherheitsanforderungen auf regionaler und divisionaler Ebene sowie aus technischer Sicht erfüllt werden. Alle die Informationssicherheit betreffenden Aktivitäten werden durch zwei dedizierte Steuerungsgremien unter dem Vorsitz des Group CSO beaufsichtigt: der konzernweite IT-Sicherheitsrat (Group IT Security Council) – als Schnittstelle zu den IT-Funktionen der Bank – und der konzernweite Informationssicherheitsrat (Group Information Security Council) – als Schnittstelle zu den Geschäfts- und Infrastrukturbereichen der Deutschen Bank. Die unabhängige Risikosteuerungsfunktion ist in beiden Gremien vertreten. Beide Gremien beraten zur Sicherheitsstrategie und überwachen die Entwicklung und Leistungsstärke wesentlicher Informationssicherheits-leistungen, den Stand der Behebung informationssicherheitsbezogener Prüfungsergebnisse und Vorfälle sowie den Sicherheitsstatus des Deutsche-Bank-Konzerns im Vergleich zu definierten Zielwerten. Im Falle kritischer Probleme werden den Mitgliedern entsprechend ihrer Verantwortung spezielle Aufgaben durch den Group CSO zugewiesen. Zusätzlich zu den vom Group CSO geleiteten Steuerungsgremien überwacht das Technology & Information Security Risk Committee (TISRC) Technologie- und Informationssicherheitsrisiken und stellt die Ausrichtung an den strategischen Zielen der Bank sicher. Den Vorsitz des Gremiums führt der Chief Technology, Data and Innovation Officer, der stellvertretende Vorsitz obliegt dem Group CSO sowie dem Leiter von Group Technology Infrastructure. Für die Chief Information Officer besteht eine Anwesenheitspflicht. Die Risikofunktion, vertreten durch den globalen Leiter des operationellen Risikomanagements und den globalen Leiter des IT- und Informationssicherheitsrisikos, besitzt ein Vetorecht.

Sicherheitskennzahlen und -berichte, welche den relevanten Governanceforen der Bank zur Verfügung gestellt werden, unterstützen ein angemessenes Sicherheitsrisiko-Bewusstsein und entsprechende Entscheidungsfindungen. Das ausführliche Kennzahlenrahmenwerk des Chief Security Office beruht auf einem umfangreichen Datensatz und ermöglicht differenzierte Einblicke. Der Vorstand erhält vierteljährlich einen Bericht über den Informationssicher-heitsstatus sowie – wenn nötig – zusätzliche ad hoc Informationen. Darüber hinaus stellt der Group CSO dem für Technologie, Daten und Innovation zuständigen Ausschuss des Aufsichtsrats regelmäßig Lageberichte zu wichtigen Sicherheitsthemen zur Verfügung.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Strategie

Das Chief Security Office entwickelt die konzernweite Sicherheitsstrategie der Bank und überwacht mittels organisatorischer Struktur, Governance und implementierter Sicherheitsrichtlinien deren weltweite Implementierung und Operationalisierung. Die regelmäßig überprüfte Sicherheitsstrategie berücksichtigt Entwicklungen in der Bedrohungslandschaft, Technologie, dem regulatorischen Umfeld, der Unternehmens- und IT-Strategie und weiterer interner und externer Parameter. Der Ansatz beinhaltet umfassende und mehrschichtige Sicherheitskontrollen. Das Chief Security Office arbeitet eng mit den Geschäftsbereichen der Bank zusammen, um die Ausrichtung am Security-by-Design-Ansatz in bankweiten Programmen und Initiativen zu unterstützen. Sicherheitsinvestitionen werden aus einer bedrohungsorientierten Perspektive priorisiert und angepasst, wobei regelmäßige Überprüfungen und Bewertungen des Reifegrads der Sicherheitsimplementierung der Bank berücksichtigt werden.

Ein Kernelement der Sicherheitsstrategie der Bank besteht darin, Verantwortungsbewusstsein und aktive Aufmerksamkeit unter den Mitarbeitern der Deutschen Bank zu fördern. Durch die Einbettung dieser Prinzipien in den täglichen Arbeitsablauf zielt die Deutsche Bank darauf ab, langfristige Verhaltensänderungen herbeizuführen, die zur Risikominderung und zur Erhöhung der allgemeinen Sicherheit beitragen. Die Sicherheitskultur- und Sensibilisierungskampagne der Bank, Mission Sicherheit, deren Inhalte fortlaufend aktualisiert werden um neue Bedrohungen sowie bewährte Verfahren abzubilden und die weltweit an sämtliche Mitarbeiter kommuniziert wird, leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verstärkung dieser Maßnahmen. Ein weiterer Ansatz der Bank zur Stärkung der Sicherheitskultur besteht in der regelmäßigen Durchführung von Simulationen und Testübungen, darunter Phishing-Simulationen und obligatorischen Schulungen.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

Auswirkungen, Risiken und Chancen

Kunden erwarten jederzeit, von jedem Ort und über unterschiedlichste Kanäle sicheren Zugriff auf die Dienste der Deutschen Bank. Im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehungen vertrauen Kunden der Deutschen Bank sensible Daten an. Die Deutsche Bank ist dafür verantwortlich, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Daten von Kunden und Geschäftspartnern sowie ihrer eigenen Informationen, einschließlich der Mitarbeiterdaten, zu schützen. Um das Vertrauen der unterschiedlichen Interessengruppen zu erhalten und ihre Belange zu wahren, ist es entscheidend, dies konsequent und effektiv zu tun. Deshalb investierte die Bank kontinuierlich in die Minderung von Sicherheitsrisiken. Auf Grundlage eines umfassenden Rahmenwerks für Sicherheitsrichtlinien und stringenter Risikomanagementprozesse passt die Deutsche Bank ihre Sicherheitsfähigkeiten an, um Produkte und Dienstleistungen für Kunden bereitzustellen und den fortlaufenden Betrieb der Bankgeschäfte zu sichern. Stabile und widerstandsfähige Dienstleistungen unterstützen das Vertrauen der Interessengruppen und ermöglichen das Geschäftswachstum sowie die Realisierung von Umsatzchancen.

Technologische Entwicklungen führen zu stetig steigenden Anforderungen an Datenschutz und Sicherheit. Die zunehmende Häufigkeit und Komplexität von Cyberangriffen hat zudem das Risikoprofil von Organisationen weltweit, einschließlich der Deutschen Bank und ihrer Lieferketten, erheblich erhöht. Software und technologische Lösungen von Drittanbietern werden weiterhin ein Hauptziel für Bedrohungsakteure darstellen. Diese betrachten solche Lieferkettenangriffe als ein wirkungsvolles Mittel, um eine größere Anzahl von Kunden und Vermögenswerten zu kompromittieren oder zu beeinträchtigen und damit die Auswirkungen ihrer Angriffe erheblich auszuweiten.

Im Jahr 2025 blieb die geopolitische Instabilität ein Haupttreiber für Cyber-Bedrohungen. Finanziell motivierte und hochentwickelte Cyberangriffe treten branchenübergreifend anhaltend auf und dürften weiter an Intensität gewinnen. Die rasche Einführung und Weiterentwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) verändert die Bedrohungslandschaft weiter und beschleunigt hybride Kriegsführungstaktiken, Desinformationskampagnen sowie Social-Engineering-Angriffe mit Deepfakes. Gängige Angriffsvektoren wie Erpressungstrojaner, Überlastungsangriffe auf Onlineanwendungen und die Ausnutzung bisher nicht bemerkter Schwachstellen (sogenannter Zero-Day-Exploits) nehmen in Umfang und an Komplexität weiter zu. Quantencomputing bleibt, obwohl noch in der Entwicklung, ein strategischer Schwerpunkt für das langfristige Risikomanagement.

Wird es versäumt die Sicherheitsanforderungen in das Rahmenwerk der Bank einzubetten und deren Überwachung sicherzustellen, um die damit verbundenen Risiken angemessen zu adressieren und umzusetzen, kann dies zu Verletzungen der Vertraulichkeit und Integrität von Informationen sowie zur Nichtverfügbarkeit von Informationen und/oder Dienstleistungen führen. Darüber hinaus kann die Deutsche Bank operationellen Risiken ausgesetzt sein, die sich aus Defiziten im Kontrollumfeld sowie aus Datenverlusten ergeben, welche den Geschäftsbetrieb stören und zu erheblichen Verlusten führen können.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Sicherheitsverstöße können durch unbefugten Zugriff auf Netzwerke oder Ressourcen, unbefugten Zugriff auf bzw. Verlust/Zerstörung vertraulicher Informationen, unbeabsichtigte Offenlegung von Schwachstellen in der Infrastruktur der Bank, die Einschleusung von Computerviren oder Malware, technologischen Schwachstellen sowie andere Formen von Sicherheitsangriffen oder -vorfällen entstehen; dies schließt auch Sicherheitsverstöße innerhalb von Computersystemen von Drittparteien ein.

Im Falle eines erfolgreichen Angriffs könnten die Interessengruppen der Deutschen Bank und das weitere Finanzökosystem durch veränderte Daten, unbeabsichtigte Verbreitung von Malware, Nichtverfügbarkeit von Dienstleistungen und die Unzugänglichkeit von Systemen und/oder Daten betroffen sein. Dies umfasst interne IT-Systeme und solche von Drittparteien.

Ein erfolgreicher Cyberangriff könnte erhebliche negative direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Bank haben, die zur Offenlegung oder zum Missbrauch von Kunden- sowie eigenen Informationen, zur Beschädigung oder Nichtverfügbarkeit von IT-Systemen, sowie zur Nichteinhaltung gesetzlicher oder regulatorischer Vorschriften und zu finanziellen Verlusten führen können. Mögliche Konsequenzen reichen von Reputationsschäden und Unzufriedenheit der Kunden über die Nichteinhaltung vertraglicher Verpflichtungen (z. B. wenn Dienstleistungen nicht wie vereinbart erbracht werden) bis hin zu Behebungskosten (wie für Untersuchungen und Wiederherstellung von Dienstleistungen), erhöhten Cybersicherheitskosten (z. B. für zusätzliches Personal, Technologie oder Drittanbieter), möglichen Strafen und Bußgeldern, Verpflichtungen zur Benachrichtigung bei Verletzung personenbezogener Daten und das Risiko von rechtlichen Auseinandersetzungen.

Als zusätzliches Instrument zur Minderung von Cyberrisiken hat die Deutsche Bank dedizierte Versicherungen abgeschlossen. Der Versicherungsschutz der Bank ist darauf ausgelegt, die finanziellen Auswirkungen von Sicherheitsvorfällen zu mindern. Er deckt jedoch nicht sämtliche potenziellen Verlust vollständig ab, die im Zusammenhang mit einem Cyberereignis auftreten können, einschließlich Reputationsschäden oder indirekten Kosten. Trotz der implementierten Sicherheitsmaßnahmen kann nicht garantiert werden, dass die Richtlinien, Kontrollen oder Cyberversicherungen der Bank ausreichen, um zukünftige Cybervorfälle vollständig zu verhindern oder deren Auswirkungen umfassend zu mindern, was sich in erheblichem Maße nachteilig auf ihre finanzielle Lage auswirken könnte.

Richtlinien und Risikomanagement

Die Richtlinien und Kontrollen der Bank unterstützen die Risikominderung und -bewältigung potenzieller negativer Auswirkungen. Das Informationssicherheitsrisiko wird als operatives Risiko im Risikomanagement-Rahmenwerk für operationelle Risiken gesteuert. Das Chief Security Office ist für die Durchführung von Sicherheitsangelegenheiten im Rahmen des Risikomanagement-Rahmenwerks für operationelle Risiken verantwortlich und stützt sich dabei auf die Ergebnisse verschiedener Instrumente. Das Operational Risk Management wiederum ist für die Aufsicht, Überprüfung und Hinterfragung dieser Aktivitäten zuständig. Maßnahmen zur weiteren Verringerung wesentlicher Restrisiken umfassen Richtlinienänderungen und -ergänzungen auf divisionaler oder Konzernebene sowie priorisierte Investitionen und beschleunigte Umsetzung von Maßnahmen zur Risikominderung.

Sicherheitsrisiken werden kontinuierlich bewertet, beispielsweise durch die Analyse interner und externer Ereignisse, die Betrachtung von Vorfällen bei vergleichbaren Institutionen, die fortlaufende Überwachung der Bedrohungslandschaft sowie durch die Diskussion in verschiedenen Governance-Foren.

Der jährliche Risiko- und Kontrollbewertungsprozesses beurteilt diverse Risikoszenarien wie Nichtverfügbarkeiten von Diensten, Systemmissbrauch, Datenverfälschung, Verlust und Zerstörung von Vermögenswerten oder Daten, Offenlegung von Daten, Finanzdiebstahl sowie Nichterfüllung/-beachtung von regulatorischen Vorschriften und Gesetzen. Die umfassende Analyse betrachtet potenziell betroffene Interessengruppen, einschließlich Kunden und Lieferanten, und das externe Bedrohungsumfeld, und bezieht branchenübliche Bewertungsrahmen (wie MITRE ATT&CK, ein standardisiertes Rahmenwerk um Cyberangriffe zu bewerten) mit ein. Bei der Bewertung der Kontrollsysteme und der verbleibenden Risikopositionen berücksichtigt der Prozess kontextbezogene Daten und Kontrollen wie bedeutende Vorfälle, Bedrohungsbewertungen, Prüfungsergebnisse, Szenarioanalysen, Kontroll-Kennzahlen, aus Erfahrung gewonnene Erkenntnisse, Ereignisse bei vergleichbaren Instituten, Analogien, regulatorische Erwartungen und Maßnahmen zur Schadensregulierung. Im Fall von neu entstehenden Entwicklungen werden zusätzliche Risikobewertungen vorgenommen. Die Ergebnisse werden im Hinblick auf die Kontrollfähigkeiten der Bank zur Bewältigung solcher Risiken bewertet.

Als Teil des jährlichen Risiko- und Kontrollbewertungsprozesses stellen interne Sicherheitsexperten eine Risikobewertung unter Einbindung weiterer Funktionen wie z. B. der Rechts-, Compliance oder Konzerndatenschutzabteilung zur Verfügung. Diese Bewertung wird von Risikoexperten überprüft und hinterfragt, um eine endgültige Restrisikoposition zu erreichen. Zusätzlich bewerten erfahrene Informationssicherheitsexperten aus allen Geschäftsbereichen und Funktionen die entsprechende Gefährdung der Bank, basierend auf ihrem divisionalen oder funktionalen Hintergrund. Diese divisionalen und funktionsspezifischen Bewertungen werden ebenfalls von Risikofachexperten überprüft und hinterfragt, um eine endgültige Restrisikoposition für Bereiche und Funktionen zu erhalten.

Die Deutsche Bank wendet ein ISO 27001-konformes Informationssicherheitsmanagementsystem (ISMS) zum Schutz von Informationswerten an. Das System ermöglicht die umfassende Identifizierung, Bewertung und Minderung von Risiken durch die ganzheitliche Integration von Sicherheitskontrollen über den gesamten Personalkörper, die betrieblichen Prozesse und die technologische Infrastruktur. Es definiert die grundlegenden Ziele und Prinzipien der Sicherheitsarchitektur und -strategie der Bank in Übereinstimmung mit ihrem übergeordneten Governance-Rahmenwerk für Richtlinien und Anweisungen zum Risikomanagement für operationelle Risiken.

Das ISMS wird durch eine strukturierte Sammlung von Richtlinien, Verfahren und Kontrollen umfassend unterstützt, worin die Verantwortlichkeiten für alle Mitarbeiter, bestimmte Sicherheitsrollen und Dritte klar definiert sind. Es legt zudem Ziele und Prozesse für Sicherheitsfunktionen fest, einschließlich Zugangsmanagement, Bedrohungserkennung (Threat Intelligence) und Reaktion auf Informationssicherheitsvorfälle.

Kontinuierliche Überwachung und iterative Verbesserung sind integraler Bestandteil des ISMS, um die Anpassungsfähigkeit an sich entwickelnde Bedrohungen und Schwachstellen zu gewährleisten. Das Rahmenwerk wird jährlich einer strategischen Überprüfung unterzogen, wobei alle Aktualisierungen vom CSO genehmigt werden. Seine etablierten Prozesse werden zentral gesteuert und in der gesamten Bank angewendet. Bereichsspezifische Richtlinien erläutern die operative Umsetzung ausführlicher und zeigen ein starkes Bekenntnis zu etablierten Sicherheitsstandards.

Das ISMS der Bank wurde seit 2012 von einer akkreditierten Zertifizierungsstelle gemäß ISO 27001 für alle in diesem Standard definierten Informationssicherheitsbereiche zertifiziert. Um die ISO 27001-Zertifizierung aufrechtzuerhalten, führt die Bank alle drei Jahre einen vollständigen Rezertifizierungsprozess durch, zuletzt im Jahr 2024. Im Rahmen der letzten Rezertifizierung hat die Deutsche Bank ihr ISMS auf die 2022-Version von ISO 27001 aktualisiert. Zusätzlich führt die Bank ein jährliches Überwachungsaudit durch (zuletzt im Jahre 2025), das die Einhaltung zwischen den Zertifizierungsintervallen sicherstellt.

Maßnahmen und Ressourcen

Um der sich ständig weiterentwickelnden Bedrohungslandschaft zu begegnen verfügt die Deutsche Bank über eine Vielzahl von Präventionsmethoden und Kontrollen. Diese umfassen zum Beispiel Netzwerksicherheit, Identitäts- und Zugangsmanagement, Endgeräte- und Datensicherheit (einschließlich Datenklassifizierung und Verhinderung von Datenverlusten), Bedrohungserkennung, Cyberhygiene und Verschlüsselungslösungen. Diese präventiven Kontrollen werden durch eine bedrohungsorientierte Aufstellung zum Erkennen von Sicherheitsvorfällen sowie durch einen robusten Prozess zur Reaktion auf Sicherheitsvorfälle unterstützt.

Die Deutsche Bank hat ein umfassendes Informationssicherheitsprogramm etabliert, das sowohl personell, technologisch als auch fachlich angemessen ausgestattet ist. Die Bank überprüft und verbessert kontinuierlich ihre Informationssicherheitskontrollen auf allen technologischen Ebenen – einschließlich Datenbanken, Infrastruktur, Geräten und Anwendungen. Dies wird durch organisatorische Kontrollen sowie Schulungen und allgemeine Sensibilisierung für Sicherheitsfragen ergänzt. Ziel dieses mehrschichtigen Ansatzes ist die Stärkung des umfassenden Ende-zu-Ende-Schutzes, indem vielschichtige Möglichkeit genutzt werden, um Cyberbedrohungen zu erkennen, zu verhindern, auf sie zu reagieren und die Systeme bei Bedarf wiederherzustellen.

Die Deutsche Bank nutzt eine Vielzahl von Mechanismen, um selbst Möglichkeiten zur Weiterentwicklung und Kontrollverbesserung zu identifizieren. Diese beinhalten umfassende Sicherheitstests, einschließlich realistischer Angriffssimulationen (Red Team-Übungen) sowie bedrohungsorientierter Penetrationstests, ein Sicherheitsproblemmanagement und die Umsetzung von aus Erfahrung gewonnener Erkenntnisse. Die unabhängige Konzernrevision der Deutschen Bank ist beauftragt, Sicherheitskontrollen im Rahmen ihres Prüfungsplans wiederholt zu bewerten, indem sie die Ausgestaltung und operative Wirksamkeit der wichtigsten Informationssicherheitskontrollen innerhalb des ISMS beurteilt. Das gesamte Informationssicherheitsprogramm der Bank wird regelmäßig von Drittorganisationen wie externen Prüfern, Aufsichtsbehörden und Sicherheitsprüforganisationen bewertet.

Die Bank tauscht sich mit nationalen und internationalen Sicherheitsorganisationen, staatlichen Behörden und vergleichbaren Banken über bewährte Verfahren und Informationen zur Bedrohungslage aus. Diese Zusammenarbeit trägt dazu bei, dass die Informationssicherheitstechnologien und -verfahren der Deutschen Bank bewährten Methoden der Finanzdienstleistungsindustrie entsprechen und sich stets am aktuellen Bedrohungsumfeld orientieren.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Durch die fortschreitende Digitalisierung wächst der Bedarf, die allgemeine Kompetenz in Bezug auf Informationssicherheitsthemen zu verbessern. Die Deutsche Bank begegnet diesem Bedarf, indem sie über ihre dedizierte Kundensicherheitswebsite mit öffentlich bereitgestellten Informationsmaterialien sowie Impulsen zu Informationssicherheitsthemen (z. B. bezüglich neuer Technologien wie KI, Deepfakes und Phishing mit QR-Codes), bewährten Praktiken für sicheres Verhalten und Links zu relevanten Ressourcen aufklärt und informiert. Zur Vertrauensstärkung wird zusätzlich ein Überblick über die bestehenden Schutzmaßnahmen der Bank gegeben. Die Kundeninteraktion umfasst darüber hinaus die Präsentation sicherheitsrelevanter Themen bei Kundenveranstaltungen sowie die Beantwortung von Kundenanfragen zu Sicherheitsthemen.

Die Deutsche Bank verlangt eine jährliche verpflichtende Grundlagenschulung zur Informationssicherheit für alle Mitarbeiter und für relevante Mitarbeiter von Dienstleistern. Gegenstand der Schulung sind der Inhalt der Informationssicherheitsrichtlinie, der Prozess zum Melden von Sicherheitsvorfällen oder anderen sicherheitsrelevanten Bedenken sowie wesentliche und aktuelle Sicherheitsbedrohungen. Zur Sicherstellung der fortwährenden Relevanz und zur Einhaltung interner Standards wird die Schulung mindestens jährlich aktualisiert. Für Mitarbeiter der Deutschen Bank kann eine Nichtteilnahme oder verspätete Absolvierung disziplinarische Konsequenzen nach sich ziehen. Im Jahr 2025 wurde für die E-Learning-basierte obligatorische Schulung zur Informationssicherheit eine Abschlussquote von 99,66% erreicht, verglichen mit 99,65% im Jahr 2024.

Das Sicherheitsvorfallmanagement der Deutschen Bank deckt fortlaufende Sicherheitsereignisse ab, welche die Bank, ihre Kunden und Geschäftspartner oder Mitarbeiter betreffen könnten. Die Cyber Threat Operations Center der Bank in Asien-Pazifik, Europa und den USA unterstützen rund um die Uhr eine globale und konzernweite Erkennung von Bedrohungen und Reaktion auf Vorfälle. Die damit verbundenen Management- und Berichtsprozesse, die unter Einbeziehung von Fachexperten wie divisionalen Sicherheitsverantwortlichen, der Compliance-, Rechts-, Kommunikations- und Datenschutzabteilung durchgeführt werden, sollen eine schnelle und wirksame Reaktion auf Cyberangriffe und Informationssicherheitsbedrohungen ermöglichen. Ziel ist es, das Risiko möglicher Auswirkungen auf die Deutsche Bank zu minimieren und die aus der Vorfallbearbeitung gewonnenen Erkenntnisse zur kontinuierlichen Prozessverbesserung zu nutzen.

Die Informationssicherheitsrisiken ihrer Drittanbieter werden von der Deutschen Bank durch eine Kombination von Fähigkeiten gesteuert, die einen umfassenden Ansatz zur Minderung dieser Risiken darstellen. Zu den wichtigsten Komponenten gehört das globale Drittparteien-Risikomanagementprogramm der Bank, das darauf ausgelegt ist, Risiken im Zusammenhang mit Drittparteien zu identifizieren, zu überwachen und zu mindern. Damit einhergehend verlangt die Bank die Einhaltung einer Informationssicherheitsrichtlinie, die drittparteienspezifische Kontrollziele festlegt und verbindliche Anforderungen zur Meldung von Sicherheitsvorfälle umfasst.

Drittparteien werden zudem regelmäßig anhand ihrer Kritikalität – jährlich oder halbjährlich – neu bewertet, um eine fortlaufende Sicherstellung der Einhaltung der Kontrollanforderungen zu gewährleisten. Darüber hinaus werden Drittparteien bei spezifischen Bedrohungen und Vorfällen aktiv einbezogen um potenzielle Auswirkungen auf die Bank zu beurteilen. Weitere Einzelheiten zum Drittparteimanagement der Bank finden Sie im Kapitel „Supply Chain Management" der Nachhaltigkeitserklärung.

Wie bereits in den Vorjahren war die Deutsche Bank auch im Jahr 2025 Angriffen auf ihre IT-Systeme ausgesetzt, darunter Versuche, sich unbefugten Zugang zu vertraulichen Unternehmens- oder Kundendaten zu verschaffen, Daten oder Ressourcen zu beschädigen bzw. zu beeinträchtigen, den Geschäftsbetrieb zu stören oder anderweitig Schwachstellen in der Infrastruktur auszunutzen – einschließlich Angriffen entlang der Lieferkette der Bank. Die Bank verzeichnete jedoch keine wesentlichen Auswirkungen auf ihre Geschäftsstrategie, das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit oder finanziellen Verhältnisse infolge von Informationssicherheitsvorfällen, wie zum Beispiel versuchten Cyberangriffen.

Folglich investierte die Bank weiterhin in die Minderung von Sicherheitsrisiken. Im Jahr 2025 trieb die Deutsche Bank ihre Sicherheitsfähigkeiten durch eine Vielzahl von Programmen voran, welche die gesamte Breite des Informationssicherheitsbereichs umfassten. Einige spezifische Beispiele sind Programme wie verbesserte Bedrohungserkennung und -prävention, weiterentwickeltes Identitätsmanagement und die Einbettung der Sicherheit in die Modernisierung und Vereinfachung der Infrastrukturplattform. Die Bank überwacht und bewertet weiterhin aufkommende Technologien, um zukünftige Risiken zu antizipieren und sich darauf vorzubereiten.

Risiko- und Kapitalperformance

Kapital, Verschuldungsquote, TLAC und MREL

Eigenmittel

Die Ermittlung der Eigenmittel der Deutschen Bank berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute" (Capital Requirements Regulation oder „CRR") und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten" (Capital Requirements Directive oder „CRD"), welche danach durch weitere Verordnungen (Regulations and Directives) geändert wurden. Die CRD wurde in deutsches Recht umgesetzt. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva" basieren auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungsregeln.

In diesem Abschnitt wird über die Angemessenheit der Kapitalausstattung der für bankaufsichtsrechtliche Zwecke gemäß CRR und deutschem Kreditwesengesetz (KWG) konsolidierten Institutsgruppe berichtet, welche Versicherungsgesellschaften und Unternehmen außerhalb des Finanzsektors nicht beinhaltet.

Die gesamten Eigenmittel nach den zum Jahresende 2025 geltenden Regelungen bestehen aus Kernkapital (Tier 1) und Ergänzungskapital (Tier 2). Das Kernkapital setzt sich aus dem Harten Kernkapital (CET 1) und dem Zusätzlichen Kernkapital (AT1) zusammen.

Das Harte Kernkapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital (nach Abzug von eigenen Aktien im Bestand), den Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen (inklusive etwaiger Verluste des laufenden Geschäftsjahres) sowie sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen. Darüber hinaus sind sowohl prudentielle Filter und aufsichtsrechtliche Anpassungen berücksichtigt als auch Minderheitsanteile, die für die Berücksichtigung im harten Kernkapital in Frage kommen. Die prudentiellen Filter für das Harte Kernkapital umfassen gemäß Artikel 32 bis 35 CRR im Zusammenhang mit Verbriefungen entstehende Veräußerungsgewinne, Geschäfte zur Absicherung von Zahlungsströmen und Wertveränderungen eigener Verbindlichkeiten sowie zusätzliche Bewertungsanpassungen. Zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen auf das Harte Kernkapital gehören immaterielle Vermögenswerte (soweit sie ihren aufsichtsrechtlichen Wert überschreiten), die Anwendung der vorübergehenden Behandlung von zeitwertbilanzierten, im sonstigen Ergebnis nicht realisierten Gewinnen und Verlusten nach Artikel 468 CRR, welche im vierten Quartal 2025 eingestellt wurde, von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge, Netto-Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds, Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen das Institut eine Überkreuzbeteiligung hält, sowie wesentliche und nicht-wesentliche Beteiligungen am Kapital (CET 1, AT1, Tier 2) von Unternehmen in der Finanzbranche, wenn diese bestimmte Schwellenwerte übersteigen. Alle Positionen, die keinem Abzug unterliegen (das heißt Beträge, die den Schwellenwert nicht überschreiten), werden risikogewichtet.

Das Zusätzliche Kernkapital besteht aus den Kapitalinstrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals, den damit verbundenen Agiobeträgen, sowie jenen Minderheitsanteilen, die als konsolidiertes Zusätzliches Kernkapital anrechenbar sind. Für eine Anerkennung als Zusätzliches Kernkapital gemäß CRR/CRD müssen die Instrumente am Verlust teilnehmen, sei es durch ihre Umwandlung in Stammaktien oder durch ihre Abschreibung, mit der bei Vorliegen eines bestimmten Ereignisses die Verlustzuweisung erfolgt. Darüber hinaus müssen die Instrumente weitere Voraussetzungen erfüllen, so müssen sie zeitlich unbefristet sowie nicht mit einem Tilgungsanreiz ausgestattet sein, ferner muss die Entscheidung über Dividenden- oder Kuponzahlungen jederzeit allein im Ermessen des Instituts liegen.

Das Ergänzungskapital besteht aus den dafür anrechenbaren Kapitalinstrumenten, einschließlich den damit verbundenen Agiobeträgen, den nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, bestimmten Wertberichtigungen und jenen Minderheitsanteilen, die als konsolidiertes Ergänzungskapital anrechenbar sind. Um als aufsichtsrechtliches Ergänzungskapital anerkannt zu werden, müssen die Kapitalinstrumente oder nachrangige Verbindlichkeiten eine Ursprungslaufzeit von mindestens fünf Jahren haben. Darüber hinaus dürfen anrechenbare Kapitalinstrumente unter anderem nicht mit einem Tilgungsanreiz ausgestattet sein, dem Anleger kein Recht zur beschleunigten Rückzahlung einräumen und keine an die Kreditwürdigkeit geknüpften Dividendenzahlungen aufweisen.

Kapitalinstrumente

Der Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2024 die Ermächtigung bis Ende April 2029 bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung oder, falls dieser Werte niedriger ist, bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung zurückzukaufen. Zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2024 entsprach dies einem Betrag von 199,5 Mio. Aktien. Davon können bis zu 5% des Grundkapitals oder 99,7 Mio. Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Dies beinhaltet Derivate über ein Volumen von bis zu 2% des Grundkapitals mit einer Laufzeit von mehr als 18 Monaten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2024 bis zur Hauptversammlung 2025 wurden 34,6 Mio. Aktien zum Zwecke der Aktienvergütung im selben Zeitraum oder in künftigen Zeiträumen zurückgekauft. Davon wurden 21,3 Mio. Aktien mittels Ausübung von Kaufoptionen erworben. Zusätzlich wurden 22,7 Mio. neue Kaufoptionen für Aktienvergütungszwecke in künftigen Zeiträumen erworben. Außerdem wurden im selben Zeitraum 27,9 Mio. Aktien zum Zwecke der Aktieneinziehung und Kapitalausschüttung an Aktionäre erworben. Davon wurden 20,9 Mio. Aktien, die im Rahmen des Rückkaufprogramms von 2024 über 675 Mio. € erworben wurden, Anfang des Jahres 2025 eingezogen; und 7,0 Mio. Aktien wurden im Rahmen des Rückkaufprogramms von 2025 über 750 Mio. € erworben. Der Bestand an eigenen Aktien betrug zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2025 12,9 Mio. Aktien. Davon stammten 7,0 Mio. Aktien aus Rückkäufen aus dem Aktienrückkaufprogramm von 2025 über 750 Mio. €. Der verbleibende Betrag von 5,9 Mio. Aktien wurde zum Zwecke der Aktienvergütung in künftigen Zeiträumen gehalten.

Die Hauptversammlung am 22. Mai 2025 gewährte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende April 2030 bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder, falls dieser Werte niedriger ist, bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung zurückzukaufen. Zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2025 entsprach dies einem Betrag von 194,8 Mio. Aktien. Davon können bis zu 5% des Grundkapitals oder 97,4 Mio. Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Dies beinhaltet Derivate über ein Volumen von bis zu 2% des Grundkapitals mit einer Laufzeit von mehr als 18 Monaten. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Im Zeitraum seit der Hauptversammlung 2025 bis zum 31. Dezember 2025 wurden 4,6 Mio. Aktien zum Zwecke der Aktienvergütung in zukünftigen Zeiträumen gekauft und 30,6 Mio. Aktien zum Zwecke der Aktieneinziehung und Kapitalausschüttung an Aktionäre erworben. Davon stammen 22,3 Mio. Aktien aus Rückkäufen aus dem Aktienrückkaufprogramm von 2025 über 750 Mio. € und 8,4 Millionen Aktien aus dem Aktienrückkaufprogramm über 250 Mio. € in 2025. Im Dezember 2025 wurden 37,7 Mio. Aktien eingezogen. Der Bestand an Eigenen Aktien beträgt am 31. Dezember 2025 7,7 Mio. Aktien. Diese Aktien werden zum Zwecke der Aktienvergütung in künftigen Zeiträumen gehalten.

Seit der Hauptversammlung im Jahr 2017, erneuert durch die Hauptversammlung 2021 und gültig bis zu der Hauptversammlung im Jahr 2025, beträgt der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 2.560 Mio. € (1.000 Mio. Aktien). In der Hauptversammlung im Jahr 2025 wurde dieses genehmigte Kapital durch ein neues genehmigtes Kapital mit einem Nennwert in Höhe von 2.493 Mio. € (973,8 Mio. Aktien) ersetzt. Bis zum 31. Dezember 2025 wurde diese Ermächtigung nicht ausgenutzt, so dass das genehmigte Kapital unverändert 2.493 Mio. € beträgt.

Seit der Hauptversammlung im Jahr 2022 bis zur Hauptversammlung im Jahr 2025 ist der Vorstand ermächtigt, Genussscheine und andere Schuldverschreibungen, die die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als zusätzliches Kernkapital erfüllen, in Höhe von 9 Mrd. € zu begeben. In diesem Zeitraum hat die Deutsche Bank neue AT1-Anleihen in Höhe von 5,75 Mrd. € begeben, davon 1,5 Mrd. € im März 2025. Seit der Hauptversammlung im Jahr 2025 ist der Vorstand ermächtigt, Genussscheine und anderen Schuldverschreibungen, die die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als zusätzliches Kernkapital erfüllen, in Höhe von 12 Mrd. € bis einschließlich 30. April 2030 zu begeben. Unter Ausnutzung dieser Ermächtigung wurden neue AT1-Anleihen in Höhe von 1,0 Mrd. € bis zum 31. Dezember 2025 begeben.

Gemäß geltender CRR sind zum 31. Dezember 2025 ausstehende Instrumente des Zusätzlichen Kernkapitals mit einem Nominalvolumen von 11,7 Mrd. € in einer Höhe von 11,5 Mrd. € für das Zusätzliche Kernkapital anrechenbar. Im Jahr 2025 wurden AT1-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 2,4 Mrd. € frühzeitig zurückgezahlt. Die Bank emittierte AT1-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 2,5 Mrd. €.

Am 31. Dezember 2025 betrug die Höhe des anrechenbaren Ergänzungskapitals 7,1 Mrd. € aus Instrumenten mit einem ausstehenden Nominalbetrag von 8,3 Mrd. €. Im Jahr 2025 sind Ergänzungskapitalinstrumente mit einem Nominalbetrag von 2,8 Mrd. € ausgelaufen und 0,1 Mrd. € können nicht mehr angerechnet werden. Es wurden keine neuen Ergänzungskapitalinstrumente begeben.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen und zusätzliche Puffer

Die für den Konzern geltende Säule 1-Mindestanforderung an das Harte Kernkapital beläuft sich auf 4,50% der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die Säule 1-Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8,00% zu erfüllen, kann auf bis zu 1,50% Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2,00% Ergänzungskapital zurückgegriffen werden.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Maßnahmen der Aufsichtsbehörden nach sich ziehen, wie beispielsweise die Beschränkung von Gewinnverteilungen oder von bestimmten Geschäftsaktivitäten wie Kreditvergaben. Die Deutsche Bank hat im Jahr 2025 die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen sind die folgenden kombinierten Kapitalpufferanforderungen seit 2025 vollumfänglich gültig. Diese Kapitalpufferanforderungen sind zusätzlich zu den Säule 1-Mindestkapitalanforderungen zu erfüllen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese in Stresszeiten in Anspruch zu nehmen.

Gemäß § 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD widerspiegelt, beläuft sich der einzuhaltende Kapitalerhaltungspuffer auf 2,50% Hartes Kernkapital der RWA.

Der antizyklische Kapitalpuffer wird angewendet, wenn exzessives Kreditwachstum zu einer Erhöhung des systemweiten Risikos in einer Volkswirtschaft führt. Er kann zwischen 0 und 2,50% Hartes Kernkapital der RWA variieren. In besonderen Fällen kann er auch 2,50% überschreiten. Der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer für die Deutsche Bank berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen relevante Kreditengagements existieren. Zum 31. Dezember 2025 belief sich der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer auf 0,50%.

Zusätzlich zu den zuvor erwähnten Kapitalpuffern können nationale Aufsichtsbehörden, wie die BaFin, einen systemischen Risikopuffer verlangen. Damit sollen langanhaltende, nicht-zyklische, systemische oder makropudenzielle Risiken vermieden und entschärft werden, die nicht durch die CRR abgedeckt werden. Sie können bis zu 5,00% Hartes Kernkapital der RWA als zusätzlichen Puffer verlangen. Zum Jahresende 2025 galt für die Deutsche Bank ein systemischer Risikopuffer von 0,14%.

Die Deutsche Bank wird weiterhin von der BaFin als ein global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution", G-SII) eingestuft. Dies führte zu einer G-SII-Kapitalpufferanforderung von 1,50% Hartem Kernkapital der RWA für 2025. Die BaFin hat angekündigt, dass die G-SII-Pufferanforderung für die Deutsche Bank für das Jahr 2026 auf 1,00% reduziert wird.

Zudem wurde die Deutsche Bank von der BaFin als ein anderweitig systemrelevantes Institut („Other Systemically Important Institution", O-SII) eingestuft, verbunden mit einer zusätzlichen Kapitalpufferanforderung von 2,00% für 2025, welche auf konsolidierter Ebene zu erfüllen ist und für das Jahr 2026 unverändert bleibt. Der höhere der Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (G-SII Kapitalpuffer oder O-SII Kapitalpuffer) ist einzuhalten.

Gemäß dem aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) nach Säule 2 kann die Europäische Zentralbank (EZB) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind (sogenannte Säule 2-Anforderung).

Im Dezember 2024 wurde die Deutsche Bank von der EZB über ihre Entscheidung mit Wirkung zum 1. Januar 2025 informiert, dass sich die Säule 2-Anforderung im Vergleich zu 2024 geändert hat. Daraus resultiert die Säule 2-Anforderung der EZB von 2,90% der RWA. Zum 31. Dezember 2025 muss die Deutsche Bank auf konsolidierter Ebene eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 11,26%, eine Kernkapitalquote von mindestens 13,31% und eine Gesamtkapitalquote von mindestens 16,03% erfüllen. Die Anforderungen an das Harte Kernkapital umfasst die Säule 1-Mindestkapitalanforderung in Höhe von 4,50%, die Säule 2-Anforderung (SREP-Add-on) in Höhe von 1,63%, den Kapitalerhaltungspuffer in Höhe von 2,50%, den antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0,50% und den systemischen Risikopuffer in Höhe von 0,14% (beide vorbehaltlich etwaiger Änderungen während des Jahres) sowie den höheren des G-SII/O-SII Kapitalpuffer in Höhe von 2,00%. Dementsprechend beinhaltet die Kernkapitalanforderung zusätzlich eine Mindestkapitalanforderung an das Kernkapital in Höhe von 1,50% zuzüglich einer Säule 2-Anforderung in Höhe von 0,54%. Des Weiteren beinhaltet die Gesamtkapitalanforderung eine Mindestkapitalanforderung an das Ergänzungskapital in Höhe von 2,00% und eine Säule 2-Anforderung in Höhe von 0,72%. Darüber hinaus hat die EZB der Deutschen Bank eine individuelle Erwartung mitgeteilt, einen Harten Kernkapital Zusatzbetrag gemäß Säule 2 bereitzuhalten, besser bekannt als „Säule 2-Empfehlung". Der Kapitalaufschlag nach der Säule 2-Empfehlung ist separat von und zusätzlich zur Säule 2-Anforderung zu verstehen. Die EZB hat dargelegt, dass sie von Banken die Einhaltung der Säule 2 -Empfehlung erwartet, obwohl diese nicht rechtlich bindend ist und deren Nichteinhaltung nicht automatisch zu Einschränkungen bei Kapitalausschüttungen führt.

Am 28. Oktober 2025 wurde die Deutsche Bank von der EZB über die beschlossenen aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen für 2026 informiert, welche beginnend ab dem 01. Januar 2026 anzuwenden sind, die auf die Ergebnisse des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP) 2025 zurückgingen. Die Entscheidung legte die Säule-2-Anforderung der EZB mit Wirkung zum 1. Januar 2026 auf 2,85% der RWA fest, von denen mindestens 1,60% durch Hartes Kernkapital und 2,14% durch Kernkapital gedeckt sein müssen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die verschiedenen Säule 1 und Säule 2-Mindestkapital- und Kapitalpufferanforderungen (ohne die „Säule 2"-Empfehlung), die für die Deutsche Bank in den Jahren 2025 und 2026 gelten.

Übersicht Mindestkapitalanforderungen und Kapitalpuffer

	2025	2026
Säule 1		
Mindestanforderung an das Harte Kernkapital	4,50%	4,50%
Kombinierter Kapitalpuffer	5,15%	5,15%
Kapitalerhaltungspuffer	2,50%	2,50%
Antizyklischer Kapitalpuffer[1]	0,50%	0,52%
Systemischer Risikopuffer[2]	0,14%	0,14%
Höchstwert von:	2,00%	2,00%
G-SII Kapitalpuffer	1,50%	1,00%
O-SII Kapitalpuffer	2,00%	2,00%
Säule 2		
Säule 2 SREP Add-on - aus dem Gesamtkapital (die "Säule 2"-Empfehlung hierin nicht enthalten)	2,90%	2,85%
davon zu unterlegen mit Hartem Kernkapital	1,65%	1,60%
davon zu unterlegen mit Kernkapital	2,18%	2,14%
davon zu unterlegen mit Ergänzungskapital	0,72%	0,71%
Gesamtanforderung an das Harte Kernkapital aus Säule 1 und Säule 2[3]	**11,26%**	**11,25%**
Gesamtanforderung an das Kernkapital aus Säule 1 und Säule 2	**13,31%**	**13,29%**
Gesamtanforderung an das Gesamtkapital aus Säule 1 und Säule 2	**16,03%**	**16,00%**

Säule 1 Mindestanforderung an die Verschuldungsquote	3,00%	3,00%
Säule 2 Anforderung an die Verschuldungsquote	0,10%	0,10%
G-SII-Puffer der Verschuldungsquote	0,75%	0,50%
Gesamtanforderung an die Verschuldungsquote	**3,85%**	**3,60%**

[1] Die antizyklische Kapitalpufferanforderung der Deutschen Bank basiert auf von der EBA und dem Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht („Basel Committee of Banking Supervision", BCBS) veröffentlichten länderspezifischen Kapitalpufferquoten sowie den relevanten Kreditengagements der Deutschen Bank zum jeweiligen Berichtsstichtag. Für das Jahr 2026 wurde die antizyklische Kapitalpufferquote in Höhe von 0,52% berechnet, basierend auf den bekannten antizyklische Kapitalpufferänderungen im Jahr 2026; der antizyklische Kapitalpuffer unterliegt Veränderungen im Portfolio der Deutschen Bank und weiteren antizyklischen Kapitalpufferänderungen im Verlauf des Jahres.
[2] Der systemische Risikopuffer wurde für das Jahr 2026 in Höhe von 0,14% berechnet, basierend auf den bekannten systemischen Kapitalpufferänderungen in 2026; der systemische Risikopuffer unterliegt Veränderungen im Portfolio der Deutschen Bank und weiteren systemischen Risikopufferänderungen im Verlauf des Jahres.
[3] Die gesamte Anforderung an das Harte Kernkapital aus Säule 1 und Säule 2 (ohne Berücksichtigung der „Säule 2"-Empfehlung) berechnet sich als Summe der SREP-Anforderung, der systemischen Risikopufferanforderung, der Kapitalerhaltungspufferanforderung sowie der antizyklischen Kapitalpufferanforderung als auch dem höheren Wert der G-SII-/O-SII- Kapitalpufferanforderung.

Die für den Konzern geltende Säule 1-Mindestanforderung an das Kernkapital beläuft sich auf 3,00% der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote. Außerdem gilt ein zusätzlicher Verschuldungsquoten-Puffer von 50% des anwendbaren G-SII-Puffers. Für die Deutsche Bank beträgt diese zusätzliche Anforderung 0,75% im Jahr 2025 und 0,50% im Jahr 2026. Außerdem hat die EZB eine Säule-2-Anforderung für die Verschuldungsquote in Höhe von 0,10% festgelegt. Insgesamt ergeben sich für das Jahr 2025 Gesamtanforderungen an die Verschuldungsquote in Höhe von 3,85%. Darüber hinaus hat die EZB der Deutschen Bank eine individuelle Erwartung mitgeteilt, einen Kernkapital Zusatzbetrag bezüglich der Verschuldungsquote gemäß Säule 2 bereitzuhalten, besser bekannt als „Säule 2-Empfehlung". Der Kapitalaufschlag nach der Säule 2-Empfehlung ist separat von und zusätzlich zur Säule 2-Anforderung zu verstehen. Die EZB hat dargelegt, dass sie von Banken die Einhaltung der Säule 2 -Empfehlung erwartet, obwohl diese nicht rechtlich bindend ist und deren Nichteinhaltung nicht automatisch zu Einschränkungen bei Kapitalausschüttungen führt.

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Kapitals

Das Harte Kernkapital der Deutschen Bank betrug 49,3 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 und war damit um 0,2 Mrd. € niedriger im Vergleich zu 49,5 Mrd. € zum Jahresende 2024. Das Zusätzliche Kernkapital betrug 11,5 Mrd. € zum 31. Dezember 2025, was einer Erhöhung um 0,1 Mrd. € im Vergleich zu 11,4 Mrd. € zum Jahresende 2024 entspricht. Das Kernkapital betrug 60,8 Mrd. € zum 31. Dezember 2025, im Wesentlichen unverändert im Vergleich zum Jahresende 2024. Das Ergänzungskapital betrug 7,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2025, eine Reduktion um 0,6 Mrd. € im Vergleich zu 7,7 Mrd. € zum Jahresende 2024. Das Gesamtkapital belief sich auf 67,8 Mrd. € zum 31. Dezember 2025, was einer Reduzierung um 0,7 Mrd. € im Vergleich zu 68,5 Mrd. € zum Jahresende 2024 entspricht.

Zum 31. Dezember 2025 betrug die Harte Kernkapitalquote der Deutschen Bank 14,2%, was einem Anstieg um 40 Basispunkte im Vergleich zum 31. Dezember 2024 entspricht. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die im Kapitel "Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)" beschriebenen Reduktionen der RWA zurückzuführen und wurden teilweise durch die unten beschriebenen Reduktion des Harten Kernkapitals kompensiert. Der initiale Effekt aus der Erstanwendung der CRR3 belief sich auf einen Basispunkt und setzt sich aus einer Reduktion des Harten Kernkapitals in Höhe von 0,4 Mrd. € und einer Reduzierung der RWA um 3,4 Mrd. € zusammen.

Das Harte Kernkapital sank im Jahr 2025 um 0,2 Mrd. €. Diese Entwicklung beinhaltet einen Nettogewinn in Höhe von 6,9 Mrd. € für das Jahr 2025, reduziert um regulatorische Abzüge für zukünftige Ausschüttungen an Aktionäre und AT1-Kuponzahlungen in Höhe von 3,6 Mrd. €, was im Einklang mit dem Beschluss der EZB (EU) (2015/656) über die Berücksichtigung von Zwischen- oder Jahresendgewinnen im Harten Kernkapital gemäß Artikel 26 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (EZB/2015/4) steht. Außerdem reduzierte sich das Harte Kernkapital aufgrund der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen, welche Effekte der Währungsumrechnung in Höhe von 3,2 Mrd. € beinhalten, Effekte aus der Einstellung der Anwendung der vorübergehenden Behandlung von zeitwertbilanzierten, im sonstigen Ergebnis nicht realisierten Gewinnen und Verlusten nach Artikel 468 CRR in Höhe von 1,0 Mrd. €, gestiegene Abzüge für ausgefallene Forderungen in Höhe von 0,4 Mrd. €, Auswirkungen aus dem Abschluss des zweiten Aktienrückkaufprogramms über 0,3 Mrd. € und Organismen für gemeinschaftliche Anlagen, die nicht in den RWA enthalten sind, in Höhe von 0,2 Mrd. €. Diese Reduktionen wurden teilweise durch gesunkene Abzugspositionen für latente Steueransprüche in Höhe von 0,9 Mrd. €, für den erwarteten Verlustausfall in Höhe von 0,5 Mrd. € sowie für Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 0,2 Mrd. € kompensiert

Der Anstieg des Zusätzlichen Kernkapitals um 0,1 Mrd. € ergab sich hauptsächlich aus zwei neu emittierten AT1-Anleihen in Höhe von 2,5 Mrd. € innerhalb des Jahres, reduziert um zwei AT1-Anleihen mit einem Nominalwert von 2,4 Mrd. € (äquivalent zu 2,75 Mrd. U.S.-$) bei denen die Kaufoption ausgeübt wurde.

Der Rückgang des Ergänzungskapitals in Höhe von 0,6 Mrd. € war hauptsächlich auf Fremdwährungseffekte in Höhe von 0,6 Mrd. € und auf Abschreibungen von dem Ergänzungskapital anrechenbaren Kapitalinstrumenten in Höhe von 0,3 Mrd. € zurückzuführen. Dies wurde teilweise durch einen Anstieg in Höhe von 0,3 Mrd. € aus veränderten Buchwerten aufgrund von Zinsabgrenzungen und Absicherungspositionen des beizulegenden Zeitwerts kompensiert.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen		
Kapitalinstrumente, Emissionsagiokonto und sonstige Rücklagen	42.983	44.130
Gewinnrücklagen	21.149	19.978
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-4.159	-1.229
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden[1]	3.347	801
Sonstige	917	1.020
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**64.237**	**64.700**
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-1.667	-1.680
Sonstige prudenzielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	296	95
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-5.045	-5.277
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-2.535	-3.463
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-2.579	-3.037
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-1.135	-1.175
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	0	0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10%- /15%-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 10%- /15%-Schwelle) (negativer Betrag)	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen im Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 468 CRR	0	1.012
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen[2]	-2.509	-1.721
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	**-14.971**	**-15.244**
Hartes Kernkapital (CET 1)	**49.266**	**49.457**
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente		
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	11.648	11.508
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	0	0
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**11.648**	**11.508**
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen		
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-130	-130
Vom Zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	0	0
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	**-130**	**-130**
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	**11.518**	**11.378**
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	**60.784**	**60.835**
	0	**0**
Ergänzungskapital (T2)	**7.050**	**7.676**
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	**67.834**	**68.511**
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	**347.133**	**357.427**
Kapitalquoten		
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	14,2	13,8
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	17,5	17,0
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	19,5	19,2

[1] Das Jahresergebnis wird im Einklang mit der EZB-Entscheidung (EU) (2015/656) gemäß Artikel 26(2) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (EZB/2015/4) angerechnet; der Gewinn für das aktuelle Jahr in Höhe von 6,9 Mrd. €, reduziert um zukünftige Ausschüttungen an Aktionäre in Höhe von 3,1 Mrd. € und AT1-Kupons in Höhe von 0,5 Mrd. €

[2] Beinhaltet Kapitalabzüge in Höhe von 1,4 Mrd. € (Dezember 2024: 1,4 Mrd. €) gemäß EZB Vorgaben zu unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Einheitlichen Abwicklungsfonds und der Einlagensicherung, 0,7 Mrd. € (Dezember 2024: 0,3 Mrd. €) gemäß der eingeforderten überwachenden Maßnahmen der EZB bezüglich der Mindestanforderung an Rückstellungen für ausgefallene Forderungen

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Eigenkapital per Bilanzausweis	**66.933**	**66.276**
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	-24	-24
Davon:	0	0
Kapitalrücklage	0	0
Gewinnrücklage	-16	-24
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-9	0
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	**66.909**	**66.252**
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET 1)	917	1.020
Abzug AT1-Kupons sowie Ausschüttungen an Aktionäre[1]	-3.585	-2.565
Kapitalinstrumente des Harten Kernkapitals (CET 1), nicht anrechenbar gemäß Art. 28 (1) CRR	-4	-7
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**64.237**	**64.700**
Prudentielle Filter	**-1.371**	-1.585
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	-1.667	-1.680
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	-0	0
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	296	95
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	-13.600	-13.659
Davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-5.045	-5.277
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	-2.553	-3.463
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-2.579	-3.037
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-1.135	-1.173
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA), nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	-214	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 468 CRR	0	1.012
Sonstiges[2]	-2.094	-1.721
Hartes Kernkapital	**49.266**	**49.457**

[1] Das Jahresergebnis wird im Einklang mit der EZB-Entscheidung (EU) (2015/656) gemäß Artikel 26(2) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (EZB/2015/4) angerechnet; die Abzüge für das laufende Jahr beinhalten zukünftige Ausschüttungen an Aktionäre in Höhe von 3,1 Mrd. € und AT1-Kupons in Höhe von 0,5 Mrd. €.
[2] Beinhaltet Kapitalabzüge in Höhe von 1,4 Mrd. € (Dezember 2024: 1,4 Mrd. €) gemäß EZB Vorgaben zu unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Einheitlichen Abwicklungsfonds und der Einlagensicherung, 0,7 Mrd. € (Dezember 2024: 0,3 Mrd. €) gemäß der eingeforderten überwachenden Maßnahmen der EZB bezüglich der Mindestanforderung an Rückstellungen für ausgefallene Forderungen.

Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

in Mio. €	Jan. - Dez. 2025	Jan. - Dez. 2024
Hartes Kernkapital – Anfangsbestand	**49.457**	**48.066**
Stammaktien, Nettoeffekt	-215	-115
Kapitalrücklage	-1.460	-430
Gewinnrücklagen	7.301	3.341
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten, Nettoeffekt/(+) Verkauf (–) Kauf	528	-232
Entwicklungen der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	-2.929	530
Abzug AT1-Kupons sowie Ausschüttungen an Aktionäre[1]	-3.585	-2.565
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	13	47
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögensgegenstände (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	232	-263
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	930	744
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	458	-651
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	37	-253
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, für die die Bedingungen in Art. 38 (3) CRR erfüllt sind)	0	0
Sonstiges, inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	-1.501	1.238
Hartes Kernkapital – Endbestand	**49.266**	**49.457**
Zusätzliches Kernkapital – Anfangsbestand	**11.378**	**8.328**
Neue, im Zusätzlichen Kernkapital anrechenbare Emissionen	2.500	2.950
Fällige und gekündigte Instrumente	-2.360	0
Sonstiges, inklusive aufsichtsrechtlicher Anpassungen	0	100
Zusätzliches Kernkapital – Endbestand	**11.518**	**11.378**
Kernkapital	**60.784**	**60.835**
Ergänzungskapital – Endbestand	**7.050**	**7.676**
Gesamtkapital	**67.834**	**68.511**

[1] Das Jahresergebnis wird im Einklang mit der EZB-Entscheidung (EU) (2015/656) gemäß Artikel 26(2) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (EZB/2015/4) angerechnet; die Abzüge für das laufende Jahr beinhalten zukünftige Ausschüttungen an Aktionäre in Höhe von 3,1 Mrd. € und AT1-Kupons in Höhe von 0,5 Mrd. €

Mindestanforderung an die Verlustdeckung für notleidende Engagements (NPE)

Im April 2019 veröffentlichte die EU die Verordnung (EU) 2019/630 zur Änderung der CRR (Verordnung (EU) Nr. 575/2013) für eine aufsichtsrechtliche Minimum-Reserve für notleidende Kredite. Diese führt zu einem Abzug vom CET 1-Kapital, wenn eine Mindestanforderung an die Risikodeckung nicht erfüllt ist. Diese Regelung betrifft alle Engagements, die nach dem 25. April 2019 vergeben wurden und ausgefallen sind.

Darüber hinaus hat die EZB im März 2018 ihr "Addendum to the ECB Guidance to banks on non-performing loans: supervisory expectations for prudential provisioning of non-performing exposures" und im August 2019 ihre "Communication on supervisory coverage expectations for NPEs" veröffentlicht.

Die von der EZB herausgegebene Leitlinie („ECB – neue NPEs nach dem 1. April 2018") gilt für alle neu ausgefallenen Kredite nach dem 1. April 2018 und verlangt von den Banken, ähnlich wie die EU-Vorschriften, Maßnahmen zu ergreifen, wenn eine Mindestanforderung an die Wertberichtigungsdeckung nicht erfüllt wird. Im Rahmen der jährlichen SREP-Diskussionen kann die EZB den Banken Säule-2-Maßnahmen auferlegen, falls die EZB von den Maßnahmen der einzelnen Bank nicht überzeugt ist.

Für das Jahresende 2020 hat die Bank ein Rahmenwerk zur Bestimmung der aufsichtsrechtlichen Risikovorsorge für notleidende Engagements als Säule-2-Maßnahme eingeführt, wie in der zuvor erwähnten EZB-Leitlinie und SREP-Empfehlung gefordert.

Für die Mindestanforderung an die Verlustdeckung für Kunden die vor dem 1. April 2018 ausgefallen sind (EZB – NPE Stock) wurde eine schrittweise Annäherung bis zu 100% angestrebt, mit einem jährlichen Anstieg um 10%. In einem ersten Schritt wurden die Banken auf Basis ihrer Netto-NPL-Quoten per Ende 2017 in drei vergleichbare Gruppen eingeteilt und in einem zweiten Schritt wurde für jede einzelne Bank eine Kapazitätsabschätzung hinsichtlich der möglichen Auswirkungen mit einem Zeithorizont bis Ende 2026 durchgeführt. Die Deutsche Bank wurde der Gruppe 1 zugeordnet, die eine vollständige Anwendbarkeit der 100%-igen Mindestverlustabdeckung bis Ende 2024 für besicherte Kredite bzw. bis Ende 2023 für unbesicherte Kredite fordert.

Der Fehlbetrag zwischen den Mindestverlustdeckungsanforderungen für notleidende Engagements und den gemäß IFRS 9 erfassten Wertminderungen für ausgefallene Vermögenswerte (Stufe 3) betrug zum 31. Dezember 2025 657 Mio. € und wurde vom CET 1 abgezogen. Diese zusätzliche CET 1-Belastung kann als zusätzliche regulatorische Verlustrücklage betrachtet werden und führt zu einer RWA-Entlastung von 2,6 Mrd. €.

Mindestanforderung an die Verlustdeckung für notleidende Engagements

				31.12.2025
in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Notleidende Risikoposition[1]	Benötigte Mindestdeckung	Verfügbarer Deckungsbetrag	Betrag der unzureichenden Deckung
Unternehmensbank	2.954	858	1.520	163
Investmentbank	10.931	2.709	4.700	362
Privatkundenbank	7.276	1.735	4.090	61
Asset Management	0	0	0	0
Corporate & Other	791	106	254	70
Insgesamt	**21.952**	**5.388**	**10.563**	**657**

[1] Wert der notleidende Risikoposition gemäß Artikel 47c CRR

				31.12.2024
in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Notleidende Risikoposition[1]	Benötigte Mindestdeckung	Verfügbarer Deckungsbetrag	Betrag der unzureichenden Deckung
Unternehmensbank	4.107	696	1.818	48
Investmentbank	9.602	3.355	4.986	171
Privatkundenbank	8.139	1.224	3.674	53
Asset Management	0	0	0	0
Corporate & Other	969	58	177	29
Insgesamt	**22.817**	**5.334**	**10.654**	**302**

[1] Wert der notleidende Risikoposition gemäß Artikel 47c CRR

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die risikogewichteten Aktiva nach Risikoart und Geschäftsbereich. Sie beinhaltet, soweit anwendbar, die zusammengefassten Effekte aus der Reallokation der infrastrukturbezogenen Positionen auf die Geschäftsbereiche, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen Geschäftsbereichen. Basierend auf den aktuell gültigen Vorschriften, hatte die Mindestgröße der RWA gemäß CRR3 zum 31. Dezember 2025 keine Auswirkung auf die RWA der Deutschen Bank.

Risikogewichtete Aktiva nach Risikoart und Geschäftsbereich

						31.12.2025
in Mio. €	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	Insgesamt
Kreditrisiko	60.942	97.311	77.192	10.192	14.537	260.174
Abwicklungsrisiko	0	91	0	0	44	135
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	0	2.528	58	5	201	2.791
Marktrisiko	201	18.809	20	7	2.012	21.050
Operationelles Risiko	10.844	17.873	14.726	5.318	14.422	63.183
Insgesamt	**71.988**	**136.412**	**91.996**	**15.520**	**31.216**	**347.133**

						31.12.2024
in Mio. €	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	Insgesamt
Kreditrisiko	67.115	95.869	82.655	13.683	17.633	276.955
Abwicklungsrisiko	0	4	0	0	11	15
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	29	2.907	161	0	334	3.431
Marktrisiko	248	16.270	27	31	2.390	18.965
Operationelles Risiko	10.784	14.775	14.438	4.700	13.363	58.061
Insgesamt	**78.176**	**129.825**	**97.281**	**18.414**	**33.732**	**357.427**

Die RWA der Deutschen Bank betrugen 347,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 im Vergleich zu 357,4 Mrd. € zum Jahresende 2024. Die Reduktion um 10,3 Mrd. €, die 3,4 Mrd. € aus der Einführung der CRR3 beinhaltet, resultierte aus den Kreditrisiko-RWA und den RWA für kreditbezogene Bewertungsanpassungen, die teilweise durch höhere RWA für das operationelle Risiko sowie die Marktrisiko-RWA kompensiert wurden.

Die Kreditrisiko-RWA reduzierten sich um 16,8 Mrd. €, inklusive eines Effekts in Höhe von 5,0 Mrd. € aus der Einführung der CRR3, wie weiter unten detailliert beschrieben, sowie aufgrund von Wechselkursbewegungen und Kapitaleffizienzmaßnahmen. Dies wurde teilweise durch Anstiege der Kreditrisiko-RWA aus dem Geschäftswachstum der Deutschen Bank im Jahr 2025 kompensiert.

Die RWA für kreditbezogene Bewertungsanpassungen sanken um 0,8 Mrd. €, hauptsächlich aufgrund reduzierter Risikopositionswerte sowie durch Absicherungsgeschäfte, welche den initialen Effekt der Einführung des neuen Basisansatzes gemäß CRR3 kompensierten.

Die RWA der Deutschen Bank für das operationelle Risiko erhöhten sich um 5,1 Mrd. €, was auf den Wechsel vom fortgeschrittenen Messansatz zum neuen standardisierten Messansatz für operationelle Risiken gemäß CRR3 zurückzuführen ist.

Die Marktrisiko-RWA stiegen um 2,1 Mrd. €, vornehmlich getrieben durch den Stressed-Value-at-Risk (SVaR) aufgrund des Anstiegs im Handelsgeschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen innerhalb der Investmentbank.

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Analyse dar, die zeigt, welche Faktoren für die Entwicklung der RWA für Kreditrisiken, kreditrisikobezogene Bewertungsanpassungen (CVA) und Marktrisiken in der Berichtsperiode wesentlich waren. Darüber hinaus zeigen sie auch die entsprechenden Veränderungen der Mindestkapitalanforderungen, welche 8% der RWA entsprechen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko inklusive Gegenpartei-Kreditrisiko

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen	Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	**276.955**	**22.156**	**265.789**	**21.263**
Portfoliogröße	3.645	292	4.944	396
Portfolioqualität	-1.371	-110	-7.793	-623
Modellanpassungen	4.110	329	3.668	293
Methoden und Grundsätze	-10.901	-872	3.443	275
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	-13.506	-1.080	5.410	433
Sonstige	1.242	99	1.494	119
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	**260.174**	**20.814**	**276.955**	**22.156**

Davon: Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Gegenpartei-Kreditrisiko

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Gegenpartei-Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen	Gegenpartei-Kreditrisiko	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für Gegenpartei-Kreditrisiko am Periodenanfang	**19.470**	**1.558**	**19.868**	**1.589**
Portfoliogröße	1.588	127	-1.194	-96
Portfolioqualität	-42	-3	-47	-4
Modellanpassungen	-895	-72	186	15
Methoden und Grundsätze	-169	-14	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	-1.361	-109	657	53
Sonstige	0	0	0	0
RWA-Bestand für Gegenpartei-Kreditrisiko am Periodenende	**18.590**	**1.487**	**19.470**	**1.558**

Die Kategorie „Portfoliogröße" beinhaltet organische Veränderungen in der Größe und Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Portfolioqualität" beinhaltet im Wesentlichen Auswirkungen aufgrund von veränderten Bonitätseinstufungen und Verlustquoten bei Ausfall, Rekalibrierungen der Modellparameter sowie einem geänderten Umfang hinsichtlich Sicherheiten und Aufrechnung. Die Kategorie „Modellanpassungen" zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen und der Anwendung verbesserter Modelle. Entwicklungen der RWA, die das Ergebnis externer, regulatorischer Änderungen sind, zum Beispiel der Anwendung neuer regulatorischer Regeln, werden in der Kategorie „Methoden und Grundsätze" abgebildet. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe" beinhaltet jene signifikanten Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, die sich infolge neuer Geschäftsaktivitäten oder durch die Veräußerung bestehender Geschäftsaktivitäten ergeben. Die Kategorie „Sonstige" enthält alle weiteren Änderungen, welche keiner der zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

RWA für das Kreditrisiko sanken um 16,8 Mrd. € oder 6,1% seit dem 31. Dezember 2024, was sich hauptsächlich aus den Kategorien „Fremdwährungsbewegungen" „Methoden und Grundsätze" sowie „Portfolioqualität" ergibt und teilweise durch die Kategorien „Modellanpassungen", „Portfoliogröße" und „Sonstige" kompensiert wurde.

Der Rückgang in der Kategorie „Methoden und Grundsätze" spiegelt die Auswirkungen aus der Einführung der CRR3 wider. In diesem Zusammenhang waren die beiden Haupttreiber die Anwendung der Regel zum Abzug der Risikopositionen für Organismen für gemeinschaftliche Anlagen mit einem Risikogewicht von 1.250% sowie reduzierte Risikogewichte für börsengehandelte Beteiligungspositionen. Zusätzlich umfasst diese Kategorie Auswirkungen aus der Erfüllung regulatorischer Verpflichtungen sowie eine Verfeinerung der Anwendung des Skalierungsfaktors auf Sicherheiten, welche teilweise durch Auswirkungen aus der Einführung neuer Sicherheitsaufschläge für wichtige Modellparameter kompensiert wurden.

Der Rückgang in der Kategorie „Portfolioqualität" ist hauptsächlich auf RWA-Reduktionen aus Kapitaleffizienzmaßnahmen zurückzuführen, welche teilweise durch niedrigere Bonitätseinstufungen von Gegenparteien kompensiert wurde.

Die zuvor genannten RWA-Reduzierungen wurden teilweise durch Zuwächse in der Kategorie „Modellanpassungen" ausgeglichen, die hauptsächlich auf Verfeinerungen des IRBA-Modells der Deutschen Bank zurückzuführen sind, einschließlich der Neukalibrierung der Sicherheitsaufschläge für wichtige Modellparameter.

Der Anstieg in der Kategorie „Portfoliogröße" spiegelt das Geschäftswachstum der Deutschen Bank im Jahr 2025 wider, insbesondere innerhalb der Investmentbank und der Unternehmensbank, sowie Marktbewegungen zusammen mit einem gestiegenen Aktienanteil in Garantiefonds, teilweise ausgeglichen durch Kapitaleffizienzmaßnahmen in Form von synthetischen Verbriefungen.

Zusätzlich spiegelt der Anstieg in der Kategorie „Sonstige" höhere RWA für latente Steueransprüche wider, einschließlich der Auswirkungen aus der Beendigung der temporären Behandlung unrealisierter Gewinne und Verluste, die zum beizulegenden Zeitwert über OCI gemäß Artikel 468 CRR bewertet werden, sowie Beteiligungen an Unternehmen der Finanzbranche.

Die RWA für das Gegenpartei-Kreditrisiko reduzierten sich um 0,9 Mrd. € oder 4,5% seit dem 31. Dezember 2024, was hauptsächlich auf Reduktionen in den Kategorien „Fremdwährungsbewegungen", „Modellanpassungen" sowie „Methoden und Grundsätze" zurückzuführen ist, und teilweise durch die Kategorie „Portfoliogröße" kompensiert wurde. Der Rückgang in der Kategorie „Modellanpassungen" spiegelt hauptsächlich Verfeinerungen interner Modelle wider. Darüber hinaus ist der Rückgang in der Kategorie "Methoden und Grundsätze" hauptsächlich auf die Auswirkungen durch die Einführung von CRR3 zurückzuführen. Die zuvor genannten RWA-Reduzierungen wurden teilweise durch Zuwächse in der Kategorie „Portfoliogröße" ausgeglichen, welche einen gestiegenen Handelsbestand widerspiegeln.

Auf Basis des CRR/CRD-aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks ist die Deutsche Bank verpflichtet, RWA anhand der CVA zu berechnen, die die Kreditqualität der Gegenparteien der Bank berücksichtigt. Die RWA für CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten aufgrund des erwarteten Gegenparteirisikos im Zusammenhang mit OTC-Derivaten und Fair-Value-Wertpapierfinanzierungsgeschäften ab. Gemäß CRR3 wendet die Deutsche Bank den Basisansatz für CVA (BA-CVA) an, um die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen zu bestimmen.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für Credit Valuation Adjustment

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	RWA-Bestand für CVA	Eigenmittel-anforderungen	RWA-Bestand für CVA	Eigenmittel-anforderungen
RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	**3.431**	**274**	**5.276**	**422**
Veränderungen des Risikovolumens	-1.709	-137	-1.205	-96
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	0	0	-640	-51
Modellverbesserungen	0	0	0	0
Methoden und Grundsätze	868	69	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	0	0	0	0
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	**2.591**	**207**	**3.431**	**274**

Die Entwicklung der CVA-RWA ist in mehrere Kategorien unterteilt: „Veränderungen des Risikovolumens", die die Veränderungen der Portfoliogröße sowie -zusammenstellung beinhalten; „Veränderungen der Marktdaten und Kalibrierungen" umfassen Veränderungen in den Marktdaten, Volatilitäten sowie Rekalibrierungen; „Modellverbesserungen" beziehen sich auf Änderungen der Internen-Modell-Methode (IMM) für Kreditengagements, die für die CVA-RWA verwendet werden; „Methoden und Grundsätze" betreffen regulatorische Veränderungen. Wesentliche Unternehmenserwerbe oder -veräußerungen würden in der Kategorie „Unternehmenserwerbe und -veräußerungen" ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2025 beliefen sich die RWA für CVA auf 2,6 Mrd. €, was gegenüber dem 31. Dezember 2024 einem Rückgang um 0,8 Mrd. € oder 24% entspricht. Darin enthalten sind ein Rückgang in „Veränderungen des Risikovolumens" um 1,7 Mrd. € (hauptsächlich bedingt durch eine geringere Risikoexponierung sowie durch Hedging-Aktivitäten) und ein Anstieg in „Methoden und Grundsätze" um 0,9 Mrd. € (Einführung des neuen Basisansatzes im Rahmen der CRR3).

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio. €	VaR	SVaR	IRC	Anderes	RWA insgesamt	Gesamtkapital-anforderungen
						31.12.2025
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	**2.705**	**6.204**	**6.268**	**3.787**	**18.965**	**1.517**
Risikovolumen	-1.610	797	-449	312	-950	-76
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	1.572	1.933	0	58	3.563	285
Modellverbesserungen	49	-27	-168	0	-147	-12
Methoden und Grundsätze	0	0	0	-120	-120	-10
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	0	0	0	-261	-261	-21
Sonstiges	0	0	0	0	0	0
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	**2.716**	**8.907**	**5.651**	**3.776**	**21.050**	**1.684**

in Mio. €	VaR	SVaR	IRC	Anderes	RWA insgesamt	Gesamtkapital-anforderungen
						31.12.2024
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	**3.750**	**7.090**	**7.129**	**3.542**	**21.510**	**1.721**
Risikovolumen	-307	-513	-860	-194	-1.874	-150
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen	-767	-336	0	330	-773	-62
Modellverbesserungen	29	-37	0	0	-8	-1
Methoden und Grundsätze	0	0	0	0	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen	0	0	0	109	109	9
Sonstiges	0	0	0	0	0	0
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	**2.705**	**6.204**	**6.268**	**3.787**	**18.965**	**1.517**

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen im internen Modellen für den Value-at-Risk (VaR), den Stress-Value-at-Risk (SVaR), den Inkrementellen Risikoaufschlag (IRC), sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, welche in der Kategorie „Sonstiges" zusammengefasst sind. Der Marktrisiko-Standardansatz wird verwendet, um die aufsichtsrechtliche Kapitalanforderung für das spezifische Marktrisiko von Verbriefungen von Handelsbüchern, für bestimmte Arten von Investmentfonds und für das Langlebigkeitsrisiko gemäß den CRR/CRD-Vorschriften zu bestimmen.

Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen" enthalten. Veränderungen in internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder Erweiterung des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen" einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze" werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen der RWA-Modelle oder -Berechnungen berichtet. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe" einbezogen. Effekte von Währungsbewegungen werden nur für CRM und Standardansatzmethoden berechnet.

Zum 31. Dezember 2025 betrug das RWA für Marktrisiko 21,0 Mrd. €, welches um 2,1 Mrd. € (11%) seit dem 31. Dezember 2024 angestiegen ist. Der Anstieg war auf höhere risikogewichtete Aktiva für den SVaR zurückzuführen, bedingt durch Veränderungen des Risikoprofils bezüglich Staatsanleihen im Geschäftsbereich Fixed Income and Currencies Trading.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

Der Gesamtanstieg der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko um 5,1 Mrd. € im Jahr 2025 war auf den Übergang zum Standardansatz gemäß CRR3 sowie auf die Ertragsentwicklung der Bank als Hauptantriebskraft zurückzuführen. Da bei diesem Ansatz keine Unterscheidung zwischen Kategorien von Ereignissen des Typs „Verlust" des operationellen Risikos getroffen wird, wird die damit verbundene granulare Meldung der Risikopositionen aus dem operationellen Risiko eingestellt.

Ökonomische Kapitaladäquanz

Der interne Prozess zur Sicherstellung der Angemessenheit der Kapitalausstattung für die eingegangenen Risiken der Deutschen Bank, Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP), zielt darauf ab, die Risikotragfähigkeit der Bank fortlaufend zu erhalten. Aus ökonomischer Perspektive wird die interne Kapitaladäquanz als das Verhältnis aus ökonomischem Kapitalangebot zum ökonomischen Kapitalbedarf bewertet. Dies wird in der folgenden Tabelle dargestellt.

Ökonomisches Kapitalangebot und ökonomischer Kapitalbedarf

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Bestandteile des ökonomischen Kapitalangebots		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital[1]	66.933	66.276
Anteile ohne beherrschenden Einfluss[2]	922	957
Abzug AT1-Kupons sowie Ausschüttungen an Aktionäre[1]	-3.585	-2.565
Anpassungen wegen Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte sowie wegen Rücklagen aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	49	-36
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments in Bezug auf eigenes Kreditrisiko	247	131
Zusätzliche Bewertungsanpassung	-1.667	-1.680
Immaterielle Vermögenswerte	-3.513	-3.847
IFRS Aktive latente Steuern, die nicht aus temporären Differenzen resultieren	-3.006	-4.073
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	-2.579	-3.037
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	-1.137	-1.174
Sonstige Anpassungen[1]	-2.192	-2.833
Ökonomisches Kapitalangebot	**50.474**	**48.119**
Bestandteile des ökonomischen Kapitalbedarfs		
Kreditrisiko	13.395	12.507
Marktrisiko	9.970	8.667
Operationelles Risiko	4.960	4.645
Strategisches Risiko	1.980	1.936
Diversifikationseffekte	-4.234	-3.530
Ökonomischer Kapitalbedarf	**26.071**	**24.225**
Ökonomische Kapitaladäquanzquote	**194%**	**199%**

[1] Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[2] Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Die ökonomische Kapitaladäquanzquote betrug 194% zum 31. Dezember 2025, verglichen mit 199% zum 31. Dezember 2024. Der Rückgang war die Folge eines Anstiegs des ökonomischen Kapitalbedarfs für das Markt-, Kredit- und operationelle Risiko, welcher im Abschnitt „Risikoprofil" näher erläutert wird. Dies wurde teilweise durch den Anstieg des ökonomischen Kapitalangebots kompensiert.

Das ökonomische Kapitalangebot erhöhte sich um 2,4 Mrd. € im Vergleich zum Jahresende 2024, im Wesentlichen bedingt durch den positiven Nettogewinn in Höhe von 6,9 Mrd. €, niedrigere Kapitalabzüge für latente Steuern in Höhe von 1,1 Mrd. €, für Bewertungsunterschiede zwischen dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert für Schuldverschreibungen mit Halteabsicht in Höhe von 0,7 Mrd. €, für den Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust in Höhe von 0,5 Mrd. € und immaterielle Vermögenswerte in Höhe von 0,3 Mrd. € sowie nicht-realisierte Gewinne und Verluste in Höhe von 0,3 Mrd. €. Diese Anstiege wurden teilweise kompensiert durch Abzüge für zukünftige Ausschüttungen an Aktionäre im Zusammenhang mit der Auszahlungsquote des Konzerns von 50% für das Geschäftsjahr 2025 und AT1-Kuponzahlungen von 3,6 Mrd. €, Effekte aus Währungsumrechnungsdifferenzen in Höhe von 3,2 Mrd. €, 0,3 Mrd. € des ausgeführten Aktienrückkaufprogramms, 0,1 Mrd. € aus der aktienbasierten Vergütung sowie 0,1 Mrd. € aus Gewinnen und Verlusten aus aktuariellen Effekten.

Verschuldungsquote

Verschuldungsquote gemäß dem CRR/CRD-Rahmenwerk

Die nicht-risikobasierte Verschuldungsquote soll neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, was dabei hilft, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenabbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu vermeiden und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Die Deutsche Bank berechnet ihre Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote gemäß Artikel 429 bis 429g der CRR.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote der Gruppe besteht aus den Komponenten Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage einer angepassten Form des Standardansatzes zur Bestimmung des Gegenparteiausfallrisikos (SA-CCR) berechnet, der die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Risikopositionswert beinhaltet. Der effektive Nominalwert geschriebener Kreditderivate ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die ins Kernkapital eingeflossen sind. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert von zur Absicherung auf den gleichen Referenznamen gekauften Kreditderivaten reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Komponente Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Komponente außerbilanzielle Risikopositionen folgt dem Standardansatz für das Kreditrisiko, der Kreditumrechnungsfaktoren (Credit Conversion Factors, CCF) basierend auf fünf Unterklassen berücksichtigt (100% bei Unterklasse 1, 50% bei Unterklasse 2, 40% bei Unterklasse 3, 20% bei Unterklasse 4 und 10% bei Unterklasse 5).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für bilanzwirksame Risikopositionen (ohne Derivate und SFT) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte und zur Abwicklung anstehende marktübliche Käufe und Verkäufe). Bei der Bestimmung der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote von zur Abwicklung anstehenden marktüblichen Käufen und Verkäufen werden jene Barforderungen und Barverbindlichkeiten aufgerechnet, bei denen die zugehörigen marktüblichen Verkäufe und Käufe nach dem Grundsatz „Lieferung gegen Zahlung" abgewickelt werden.

Aktivabeträge können von der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote ausgeschlossen werden, wenn sie bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden. Die entsprechenden aufsichtsrechtlichen Anpassungen spiegeln sich in den bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogenen Aktivabeträgen wider.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote. Weitere Einzelheiten zum Kernkapital sind im Kapitel „Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Kapitals" enthalten.

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mrd. €	31.12.2025	31.12.2024
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	**1.435**	**1.387**
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	-2	2
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	-113	-156
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	8	4
Anpassung für außerbilanzielle Posten (d. h. Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	128	158
Sonstige Anpassungen	-128	-79
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	**1.327**	**1.316**

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mrd. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Kernkapital	**61**	**61**
Risikopositionen aus Derivaten	130	137
Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	159	152
Außerbilanzielle Risikopositionen	128	158
Bilanzwirksamen Risikopositionen (ohne Derivate und SFTs)	924	883
Bei der Ermittlung des Kernkapitals abgezogene Aktivabeträge	-13	-13
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	**1.327**	**1.316**
Verschuldungsquote (in %)	4,6	4,6

Einflussfaktoren auf die Verschuldungsquote

Zum 31. Dezember 2025 betrug das Kernkapital 60,8 Mrd. €, im Wesentlichen unverändert verglichen zum Vorjahr. Die zentralen Einflussfaktoren für die Entwicklung des Kernkapitals sind im Kapitel „Entwicklung des aufsichtsrechtlichen Kapitals" enthalten.

Im Laufe des Jahres 2025 erhöhte sich die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 11,5 Mrd. € auf 1.327,4 Mrd. €, im Wesentlichen durch die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für die nicht zu Derivaten und Wertpapierfinanzierungsgeschäften gehörenden Bilanzpositionen, die sich um 41,5 Mrd. € erhöhte, und die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, die sich um 7,1 Mrd. € erhöhte, beide weitgehend entsprechend der Entwicklung auf der Bilanz. Für weitere Informationen zur Entwicklung der Bilanz siehe Abschnitt „Entwicklung der Aktiva und Verbindlichkeiten". Diese Anstiege wurden teilweise durch außerbilanzielle Positionen kompensiert, die sich um 30,4 Mrd. € reduzierten, davon 15,7 Mrd. € im Zusammenhang mit der veränderten Behandlung des Rückbelastungsrisikos eines bestimmten Zahlungsverkehrsgeschäfts und 11,3 Mrd. € als Auswirkung von geänderten Kreditumrechnungsfaktoren (CCF) unter CRR3. Des Weiteren reduzierte sich die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate um 6,9 Mrd. €, bedingt durch Wiederbeschaffungskosten unter dem Standardansatz zur Bestimmung des Gegenparteiausfallrisikos (SA-CCR) und dem effektiven Nominalwert geschriebener Kreditderivate, teilweise kompensiert durch Aufschläge für den potenziellen künftigen Risikopositionswert unter SA-CCR.

Die Entwicklung der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote im Laufe des Jahres 2025 enthielt einen negativen Währungseffekt in Höhe von 70,6 Mrd. €, der hauptsächlich auf der Abwertung des U.S.-Dollar gegenüber dem Euro beruht. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Effekte sind auch in den Veränderungen der Positionen der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden.

Zum 31. Dezember 2025 betrug die Verschuldungsquote 4,6%, im Wesentlichen unverändert zum 31. Dezember 2024, unter Berücksichtigung des Kernkapitals in Höhe von 60,8 Mrd. € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.327,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 (60,8 Mrd. € sowie 1.315,9 Mrd. € per 31. Dezember 2024).

Der initiale Effekt aus der Erstanwendung der CRR3 betrug 6 Basispunkte und setzt sich aus einer Reduktion des Kernkapitals in Höhe von 0,4 Mrd. € und einer Reduzierung der Gesamtrisikopositionsmessgröße um 27,0 Mrd. € zusammen.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten und Total Loss-Absorbing Capacity

MREL Anforderungen

Die Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (MREL) wurde eingeführt durch die Verordnung der Europäischen Union zur Festlegung einheitlicher Regeln und eines einheitlichen Verfahrens zur Abwicklung von Kreditinstituten (Single Resolution Mechanism Regulation oder SRMR) und die Richtlinie der Europäischen Union zur Schaffung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive oder BRRD), die durch das deutsche Sanierungs- und Abwicklungsgesetz in deutsches Recht umgesetzt wurde.

Die aktuell erforderliche Höhe von MREL wird von den zuständigen Abwicklungsbehörden für jede beaufsichtigte Bank individuell und in Abhängigkeit von der jeweils bevorzugten Abwicklungsstrategie festgelegt. Im Falle der Deutschen Bank AG wird MREL vom Single Resolution Board bestimmt. Obwohl es kein gesetzlich vorgeschriebenes Mindestmaß an MREL gibt, legen die SRMR, BRRD und eine delegierte Verordnung Kriterien fest, die die Abwicklungsbehörde bei der Festlegung des jeweils erforderlichen MREL-Niveaus berücksichtigen muss. Diese werden durch die MREL-Leitlinie ergänzt, das jährlich vom SRB veröffentlicht wird. Jede vom SRB ermittelte und verbindliche MREL-Quote wird der Deutschen Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mitgeteilt.

Als Ergebnis ihrer turnusgemäßen jährlichen Überprüfung hat das SRB die verbindliche MREL-Quote für die Deutsche Bank AG mit sofortiger Wirkung im zweiten Quartal 2025 angepasst. Die MREL-Anforderung auf konsolidierter Basis beträgt nun 25,98% der risikogewichteten Aktiva und 7,03% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote, wovon 19,81% der risikogewichteten Aktiva und 7,03% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote mit Eigenmitteln und nachrangigen anrechenbaren Verbindlichkeiten abzudecken sind.

Die kombinierte Kapitalpufferanforderung von 5,13% zum 31. Dezember 2025 ist jeweils zusätzlich zu den MREL und nachrangigen MREL-Anforderungen einzuhalten, die auf die risikogewichteten Aktiva abstellen.

TLAC Anforderungen

Seit 27. Juni 2019 unterliegt die Deutsche Bank AG als global systemrelevante Bank nun ebenfalls globalen Mindeststandards für ihre Total Loss-Absorbing Capacity (TLAC). Die TLAC-Anforderungen wurden im Juni 2019 durch Anpassung der CRR und der CRD und der Veröffentlichung der Verordnung (EU) 2019/876 und der Richtlinie (EU) 2019/878 umgesetzt.

Diese TLAC-Anforderung basiert sowohl auf risikobasierten als auch auf nicht-risikobasierten Nennern und ist seit dem 1. Januar 2022 auf den höheren Wert von 18,0% der risikogewichteten Aktiva zuzüglich der kombinierten Kapitalpufferanforderung und 6,75% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote festgelegt.

Entwicklung der MREL-Quote

Zum 31. Dezember 2025 betrug das verfügbare MREL 131,0 Mrd. €, was einer Quote von 37,74% der risikogewichteten Aktiva und 9,87% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote entspricht. Damit verfügt die Deutsche Bank über einen Puffer an Eigenmitteln und anrechenbaren Verbindlichkeiten, der 23,0 Mrd. € über der MREL-Anforderung in Höhe von 108,0 Mrd. € (d. h. 31,11% der risikogewichteten Aktiva inklusive der kombinierten Pufferanforderung) liegt. Im Vergleich zum 31. Dezember 2024 ist der Puffer nahezu unverändert, da eine gestiegene Anforderung und geringeres verfügbares MREL durch geringere risikogewichtete Aktiva kompensiert wurden.

114,9 Mrd. € der verfügbaren MREL bestand aus Eigenmitteln und nachrangigen anrechenbaren Verbindlichkeiten, was einer nachrangigen MREL-Quote von 33,11% der risikogewichteten Aktiva und 8,66% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote entspricht und einem Puffer an Eigenmitteln und nachrangigen anrechenbaren Verbindlichkeiten von 21,6 Mrd. € über der Anforderung von 93,3 Mrd. € (d. h. 7,03% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote). Im Vergleich zum 31. Dezember 2024 ist der Puffer gesunken als Folge einer höheren Anforderung von nachrangigen anrechenbaren Verbindlichkeiten, höherer Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote und geringeren verfügbaren Eigenmitteln und nachrangigen anrechenbaren Verbindlichkeiten.

Entwicklung der TLAC-Quote

Zum 31. Dezember 2025 betrug TLAC 114,9 Mrd. € und die entsprechenden TLAC-Quoten waren 33,11% der risikogewichteten und 8,66% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote. Dies bedeutet, dass die Deutsche Bank über einen TLAC-Puffer von 25,3 Mrd. € verfügt, der über den Anforderungen für die Total Loss Absorbing Capacity von 89,6 Mrd. € (d. h. 6,75% der Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote) liegt. Im Vergleich zum 31. Dezember 2024 ist der Puffer aufgrund höherer Gesamtrisikopositionen der Verschuldungsquote und geringerer TLAC gesunken.

MREL und TLAC Offenlegung

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Aufsichtsrechtliche Kapitalbestandteile von TLAC/MREL		
Hartes Kernkapital (CET 1)	49.266	49.457
Zusätzliches Kernkapital (AT1) Instrumente, die laut TLAC/MREL Rahmenwerk berücksichtigungsfähig sind	11.518	11.378
Ergänzungskapital (T2) Instrumente, die laut TLAC/MREL Rahmenwerk berücksichtigungsfähig sind		
Ergänzungskapital (T2) Instrumente, vor TLAC/MREL Anpassungen	7.050	7.676
Ergänzungskapital (T2) Instrumente, Anpassungen für TLAC/MREL	50	628
Ergänzungskapital (T2) Instrumente, die laut TLAC/MREL Rahmenwerk berücksichtigungsfähig sind	7.080	8.304
Aufsichtsrechtliche Kapitalbestandteile von TLAC/MREL insgesamt	**67.864**	**69.139**
Andere Bestandteile von TLAC/MREL		
Vorrangige nicht bevorzugte Verbindlichkeiten	47.071	49.352
Abzüglich der Bestände an Instrumenten der zulässigen Verbindlichkeiten anderer G-SIIs (nur TLAC)	0	0
Total Loss Absorbing Capacity (TLAC)	**114.936**	**118.491**
Zuzüglich der Bestände an Instrumenten der zulässigen Verbindlichkeiten anderer G-SIIs (nur TLAC)	0	0
Verfügbare Eigenmittel und zulässige Verbindlichkeiten (Nachrangigest MREL)	**114.936**	**118.491**
Vorrangige bevorzugte Verbindlichkeiten	7.706	8.939
Vorrangige bevorzugte strukturierte Verbindlichkeiten	8.381	6.441
Verfügbare Eigenmittel und anrechenbare Verbindlichkeiten (MREL)	**131.023**	**133.871**
Risikogewichtete Aktiva	347.153	357.427
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.327.441	1.315.906
TLAC Quote		
TLAC Quote (als% der risikogewichteten Aktiva)	33,11	33,15
TLAC Anforderung (als% der risikogewichteten Aktiva)	23,15	23,21
TLAC Quote (als% der Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote)	8,66	9,00
TLAC Anforderung (als% der Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote)	6,75	6,75
TLAC Überschuss über die risikogewichtete Aktiva bezogene Anforderung	34.641	35.538
TLAC Überschuss über die Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote bezogene Anforderung	25.334	29.667
Nachrangige MREL		
Nachrangige MREL Quote (als% der risikogewichteten Aktiva)	33,11	33,15
Nachrangige MREL Anforderung (als% der risikogewichteten Aktiva)	24,94	24,60
Nachrangige MREL Quote (als% der Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote)	8,66	9,00
Nachrangige MREL Anforderung (als% der Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote)	7,03	6,95
Überschuss über die risikogewichtete Aktiva bezogene nachrangige MREL Anforderung	28.358	30.570
Überschuss über die Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote bezogene nachrangige MREL Anforderung	21.617	27.036
MREL		
MREL Quote (als% der risikogewichteten Aktiva)	37,74	37,45
MREL Anforderung (als% der risikogewichteten Aktiva)	31,11	30,98
MREL Quote (als% der Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote)	9,87	10,17
MREL Anforderung (als% der Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote)	7,03	6,95
Überschuss über die risikogewichtete Aktiva bezogene MREL Anforderung	23.026	23.146
Überschuss über die Gesamtrisikoposition der Verschuldungsquote bezogene MREL Anforderung	37.704	42.415

Eigenmittel und Anrechenbare Verbindlichkeiten

Um die MREL- und TLAC-Anforderung zu erfüllen, muss die Deutsche Bank sicherstellen, dass eine ausreichende Menge an anrechenbaren Instrumenten zur Verfügung steht. MREL- und TLAC-fähige Instrumente bestehen aus den regulatorischen Kapitalinstrumenten („Eigenmittel") und Verbindlichkeiten, die bestimmten Anforderungen genügen, den sogenannten anrechenbaren Verbindlichkeiten.

Die für MREL- und TLAC verwendeten Eigenmittel beinhalten den vollen Betrag der Ergänzungskapital-Instrumente mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und weniger als fünf Jahren, die im aufsichtsrechtlichen Eigenkapital nur anteilig berücksichtigt werden.

Anrechenbare Verbindlichkeiten sind von der Abwicklungseinheit Deutsche Bank AG emittierte Verbindlichkeiten, die bestimmten Anrechnungskriterien genügen, die sicherstellen sollen, dass diese strukturell als verlustabsorbierendes Kapital geeignet sind. Daher sind Einlagen ausgeschlossen, die von einem Einlagensicherungssystem gedeckt sind oder nach deutschem Insolvenzrecht bevorzugt werden (z. B. Einlagen von Privatkunden sowie kleinen und mittleren Unternehmen). Grundsätzlich sind auch besicherte Verbindlichkeiten und derivative Verbindlichkeiten ausgeschlossen. Verbindlichkeiten mit eingebetteten Derivaten können unter bestimmten Umständen herangezogen werden (z. B. bei bekanntem, fixem oder ansteigendem Nennbetrag). Zusätzlich müssen anrechenbare Verbindlichkeiten eine Restlaufzeit von mindestens einem Jahr aufweisen und entweder nach dem Recht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union begeben werden oder eine Klausel in ihren Vertragsbedingungen enthalten, die eine wirksame Abschreibung oder Umwandlung in Eigenkapital erlauben.

Zusätzlich müssen anrechenbare Verbindlichkeiten nachrangig sein, um für die TLAC und nachrangige MREL-Anforderung anerkannt zu werden. Das KWG sah mit Wirkung zum 1. Januar 2017 eine neue Klasse von gesetzlich nachrangigen Schuldverschreibungen vor, die unterhalb der vorrangigen Verbindlichkeiten der Bank als „Senior Non-Preferred" gelten (jedoch vorrangig sind gegenüber den vertraglich nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank, wie beispielsweise denjenigen, die als Tier-2-Instrumente gelten). Nach einer Harmonisierungsbestrebung der Europäischen Union, die in Deutschland mit Wirkung zum 21. Juli 2018 umgesetzt wurde, können Banken nun entscheiden, ob eine bestimmte Emission von anrechenbaren Schuldverschreibungen in die nicht-bevorzugte oder in die bevorzugte Kategorie fällt. Alle derartigen „Senior Non-Preferred"-Schuldtitel, die von der Deutschen Bank AG nach diesen neuen Regeln ausgegeben werden, sind gleichrangig mit ihren ausstehenden Schuldtiteln, die nach den bis dahin geltenden Regeln als „Senior Non-Preferred" eingestuft wurden. Alle diese „Senior Non-Preferred" Schuldtitel erfüllen das Nachrangigkeitskriterium für TLAC und nachrangiges MREL.

Kreditengagement

Wie im „Rahmenwerk für die Steuerung des Kreditrisikos" bereits beschrieben, definiert die Deutsche Bank ihr Kreditengagement, indem sämtliche Transaktionen berücksichtigt werden, bei denen Verluste eintreten können, die durch die Nichteinhaltung der vertraglichen Zahlungsverpflichtungen des Geschäftspartners verursacht werden.

Maximales Kreditrisiko

Die folgenden Tabellen zeigen für die angegebenen Stichtage das maximales Kreditrisiko vor Berücksichtigung von erhaltenen Sicherheiten für Forderungen und sonstigen Maßnahmen zur Kreditrisikoreduzierung (Aufrechnungen und Absicherungen), die nicht für eine Verrechnung in der Bilanz infrage kommen. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Aufrechnungen beinhalten Effekte von rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungsvereinbarungen sowie den Ausgleich negativer Marktwerte aus Derivaten durch Barsicherheiten. Kreditrisikoreduzierungen in Form von Absicherungen beinhalten hauptsächlich Sicherheiten auf Immobilien, Sicherheiten in Form von Barreserven sowie als Sicherheit erhaltene Wertpapiere. Der Konzern berücksichtigt für Absicherungen intern ermittelte Sicherheitsabschläge und begrenzt die Sicherheitenwerte zusätzlich auf die Höhe des jeweils besicherten Kreditengagements.

Maximales Kreditrisiko

31.12.2025

in Mio. €	Maximales Kreditrisiko[1]	Wertmindernd irrelevante finanzielle Vermögenswerte	Kreditrisikoreduzierung: Aufrechnungen	Kreditrisikoreduzierung: Sicherheiten	Kreditrisikoreduzierung: Garantien und Kreditderivate[2]	Kreditrisikoreduzierung: Kreditrisikoreduzierung insgesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte[3]						
Barreserven und Zentralbankeinlagen	164.664	164.664	0	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	6.963	6.963	0	0	0	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	37.509	37.509	0	37.376	0	37.376
Forderungen aus Wertpapierleihen	6	6	0	6	0	6
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	478.676	478.676	0	256.542	49.168	305.711
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko[4,5]	109.327	103.258	26.084	1.133	258	27.475
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt[3]	**797.145**	**791.076**	**26.084**	**295.057**	**49.426**	**370.568**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[6]						
Handelsaktiva	142.273	0	0	1.525	895	2.419
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	241.328	0	180.485	45.678	10	226.173
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	125.517	0	1.774	111.207	495	113.476
Davon:	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	95.802	0	1.774	94.028	0	95.802
Forderungen aus Wertpapierleihen	16.513	0	0	16.271	0	16.271
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.370	0	0	840	495	1.335
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	**507.119**	**0**	**182.259**	**158.410**	**1.399**	**342.068**
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	43.644	43.644	0	1.342	1.232	2.574
Davon:	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	1.128	1.128	0	90	0	90
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	4.432	4.432	0	20	1.232	1.252
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	**43.644**	**43.644**	**0**	**1.342**	**1.232**	**2.574**
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten[7]	79.092	79.092	0	4.619	9.928	14.547
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen[7]	274.305	272.072	0	24.219	7.348	31.567
Außerbilanzielle Verpflichtungen, insgesamt	**353.397**	**351.164**	**0**	**28.838**	**17.276**	**46.114**
Maximales Kreditrisiko	**1.701.304**	**1.185.884**	**208.344**	**483.647**	**69.333**	**761.323**

[1] Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (620.169 Mio. €) und erworbener Absicherungen über Kreditderivate.
[2] Gekaufte Kreditabsicherungen werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt.
[3] Alle Beträge zum Bruttowert vor Wertminderungen für Kreditausfälle.
[4] Alle Beträge zu fortgeführten Anschaffungskosten (brutto), außer Derivate, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen. Diese sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet.
[5] Beinhaltet zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte, unabhängig von deren Bilanzkategorie.
[6] Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe.
[7] Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider.

31.12.2024

in Mio. €	Maximales Kreditrisiko[1]	Wertminderungsrelevante finanzielle Vermögenswerte	Kreditrisikoreduzierung: Aufrechnungen	Kreditrisikoreduzierung: Sicherheiten	Kreditrisikoreduzierung: Garantien und Kreditderivate[2]	Kreditrisikoreduzierung: Kreditrisikoreduzierung insgesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte[3]						
Barreserven und Zentralbankeinlagen	147.511	147.511	0	0	–	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	6.169	6.169	0	0	0	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	40.802	40.802	0	40.580	–	40.580
Forderungen aus Wertpapierleihen	44	44	0	32	–	32
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	484.603	484.603	0	264.252	44.211	308.463
Sonstige Aktiva mit Kreditrisiko[4,5]	82.015	76.685	24.794	1.668	270	26.732
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt[6]	**761.144**	**755.814**	**24.794**	**306.532**	**44.481**	**375.807**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[3]						
Handelsaktiva	134.118	0	0	1.207	612	1.819
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	291.754	0	229.560	45.613	115	275.288
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	113.433	–	1.638	103.339	292	105.269
Davon:	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	88.736	–	1.638	87.091	0	88.729
Forderungen aus Wertpapierleihen	15.913	–	0	15.671	0	15.671
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	1.954	–	–	485	272	757
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	–	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	**539.304**	**0**	**231.198**	**150.159**	**1.019**	**382.376**
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	42.090	42.090	0	4.077	1.168	5.245
Davon:						
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	2.786	2.786	0	2.455	0	2.455
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	–	0	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	5.068	5.068	–	454	1.168	1.621
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte, insgesamt	**42.090**	**42.090**	**0**	**4.077**	**1.168**	**5.244**
Finanzgarantien und andere kreditrisikobezogene Eventualverbindlichkeiten[7]	73.468	73.467	–	4.410	9.227	13.637
Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen und andere ausleihebezogene Zusagen[7]	269.699	268.373	–	21.737	8.227	29.964
Außerbilanzielle Verpflichtungen, insgesamt	**343.167**	**341.840**	**0**	**26.147**	**17.455**	**43.602**
Maximales Kreditrisiko	**1.685.705**	**1.139.745**	**255.993**	**486.915**	**64.122**	**807.029**

[1] Nicht enthalten ist der Nominalbetrag verkaufter (597,9 Mrd. €) und gekaufter Absicherungen über Kreditderivate
[2] Gekaufte Kreditabsicherungen werden mit den Nominalbeträgen der zugrunde liegenden Positionen dargestellt
[3] Alle Beträge zum Bruttowert vor Wertminderungen für Kreditausfälle
[4] Alle Beträge zu fortgeführten Anschaffungskosten (brutto), außer Derivate, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen. Diese sind zum beizulegenden Zeitwert bewertet
[5] Beinhaltet zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte, unabhängig von deren Bilanzkategorie
[6] Ohne Aktien, sonstige Kapitalbeteiligungen und Rohstoffe
[7] Die Beträge spiegeln den Nominalwert wider

Der Gesamtanstieg des maximalen Kreditrisikos belief sich auf 15,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 und entfiel größtenteils auf Anstiege von 27,3 Mrd. € der sonstigen Aktiva mit Kreditrisiko, 17,2 Mrd. € bei Barreserven und Zentralbankeinlagen, 10,2 Mrd. € auf außerbilanzielle Verpflichtungen, 8,2 Mrd. € in Handelsaktiva und 7,1 Mrd. € innerhalb der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos). Diese Anstiege wurden teilweise durch einen Rückgang von 50,4 Mrd. € innerhalb der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten ausgeglichen.

In den Handelsaktiva waren zum 31. Dezember 2025 gehandelte festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 126,6 Mrd. € (zum 31. Dezember 2024: 120,0 Mrd. €) enthalten, die zu mehr als 82% (zum 31. Dezember 2024: über 82%) als „Investment-Grade" eingestuft waren.

Zur Kreditrisikominimierung eingesetzte Instrumente werden in drei Kategorien eingeteilt: Aufrechnungen, Sicherheiten sowie Garantien/Kreditderivate. Sicherheitenabschläge, Anforderungen an Nachbesicherungsverpflichtungen (Margin Calls) sowie eine vorsichtige Bewertung der eingesetzten Sicherungsinstrumente durch Experten werden eingesetzt, um zu verhindern, dass Marktentwicklungen zu einem Anstieg unbesicherter Engagements führen. Alle Kategorien werden regelmäßig überwacht und überprüft. Grundsätzlich sind die eingesetzten Instrumente zur Kreditrisikominimierung diversifiziert und von angemessener Qualität. Sie bestehen weitestgehend aus Barmitteln, von Staaten mit hoher Bonitätseinstufung begebenen Staatsanleihen und Garantien von bonitätsmäßig gut eingestuften Banken und Versicherungen. Diese Finanzinstitute sind im Wesentlichen in Europa und den Vereinigten Staaten angesiedelt. Des Weiteren hat die Bank für das homogene Konsumentenkreditgeschäft Sicherheitenpools aus sehr liquiden Vermögenswerten und grundpfandrechtlichen Sicherheiten, die generell aus Wohnimmobilien und hauptsächlich in Deutschland bestehen.

Wesentliche Kreditrisikoengagement-Kategorien

In den folgenden Tabellen werden Details zu mehreren wesentlichen Kreditrisikoengagement-Kategorien der Deutschen Bank gezeigt und zwar Forderungen aus dem Kreditgeschäft, widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen, Eventualverbindlichkeiten, außerbörslich gehandelte Derivate, festverzinsliche Wertpapiere sowie Wertpapierpensionsgeschäfte:

- „Forderungen aus dem Kreditgeschäft" sind in der Bilanz ausgewiesene Bruttoforderungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, Forderungen, die zum beizulegenden Zeitwert über das sonstige Gesamtergebnis bewertet werden sowie Forderungen, die zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertet werden, jedoch vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle; dies beinhaltet auch „Gehandelte Kredite", die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben und gehalten werden oder deren materielle Risiken gänzlich abgesichert oder verkauft werden; aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei der letzteren Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen
- „Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen" umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der widerruflichen und unwiderruflichen ausleihebezogenen Zusagen
- „Eventualverbindlichkeiten" umfassen Finanz- und Performancegarantien, Kreditbriefe und sonstige ähnliche Arrangements (im Wesentlichen Haftungsübernahmeerklärungen)
- „Außerbörslich gehandelte Derivate" bezeichnen das Kreditengagement aus Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nach Aufrechnung und erhaltenen Barsicherheiten; diese werden in der Konzernbilanz entweder als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder unter den sonstigen Aktiva als Derivate, die die Anforderungen für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften erfüllen, ausgewiesen, in jedem Fall unter Berücksichtigung erhaltener Barsicherheiten sowie Aufrechnung nur soweit unter IFRS anwendbar
- „Festverzinsliche Wertpapiere" bezeichnen Schuldverschreibungen, Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, welche zu fixen Bedingungen begeben werden und durch den Emittenten zurückgekauft werden können; diese werden in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten und zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung ausgewiesen; der Ausweis erfolgt in diesem Abschnitt vor Abzug des Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle; festverzinsliche Wertpapiere, erfolgswirksam zum beizulegende Zeitwert bewertet, sind ebenfalls enthalten; dies beinhaltet „Gehandelte festverzinsliche Wertpapiere" wie Anleihen, Einlagen, Schuldscheine oder Commercial Paper, die mit dem Zweck eines kurzfristigen Verkaufs erworben werden; aus aufsichtsrechtlicher Perspektive handelt es sich bei der letzteren Kategorie im Wesentlichen um Handelsbuchpositionen
- „Wertpapierpensionsgeschäfte" sind Rückkaufs- und Leihgeschäfte von Wertpapieren oder Rohstoffen unter Berücksichtigung erhaltener Sicherheiten sowie Aufrechnung nur soweit unter IFRS anwendbar

In den nachfolgenden Tabellen sind folgende Produkte nicht enthalten, obwohl sie bei der Kreditrisikoüberwachung des Konzerns berücksichtigt werden: Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklungen, Barreserven und Zentralbankeinlagen, Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken), zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte, Forderungen aus Zinsabgrenzungen und bilanzwirksame Verbriefungspositionen („Traditional").

Sofern nicht anders angegeben, spiegeln die nachstehenden Tabellen das Kreditengagement vor der Berücksichtigung von Sicherheiten und sonstigen Risikominderungs- oder Strukturverbesserungsmaßnahmen wider, mit Ausnahme von OTC-Derivaten, bei denen eine Risikominderung berücksichtigt ist.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Unternehmensbereichen

31.12.2025

	Forderungen aus dem Kreditgeschäft				Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen[3]	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[4]
Unternehmensbank	119.570	21	685	4.116	169.251	73.258	29
Investmentbank	115.325	12.803	2.685	316	67.846	2.824	22.141
Privatkundenbank	246.594	6	0	0	36.961	2.945	497
Asset Management	3	0	0	0	124	10	0
Corporate & Other	-2.816 [5]	13	-0	-0	123	56	1.669
Insgesamt	**478.676**	**12.842**	**3.370**	**4.432**	**274.305**	**79.092**	**24.336**

31.12.2025

	Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte[7]			Insgesamt
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[6]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[8]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Unternehmensbank	50	11	0	10.078	0	0	377.069
Investmentbank	5.170	130.177	3.173	27.436	112.314	0	502.208
Privatkundenbank	373	0	0	0	0	0	287.376
Asset Management	0	5.050	62	0	0	0	5.249
Corporate & Other	34.679	336	34.849	0	0	1.128	70.039
Insgesamt	**40.272**	**135.575**	**38.084**	**37.514**	**112.315**	**1.128**	**1.241.941**

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kredite in Höhe von 15,3 Mrd. € zum 31. Dezember 2025.
[2] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Kredite in Höhe von 16,9 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[3] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI außerbilanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2025.
[4] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[5] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 25,3 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[6] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 130,2 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[7] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.
[8] Negative Salden im Bereich Corporate and Other für Geschäftskredite bewertet zu fortgeführten Anschaffungskosten sind auf Portfolio-Bilanzierungen von Sicherungsgeschäften zurückzuführen, die hauptsächlich mit dem Hypothekengeschäft der Privatkundenbank zusammenhängen.

31.12.2024

	Forderungen aus dem Kreditgeschäft				Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen[3]	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[4]
Unternehmensbank	116.674	212	508	4.110	170.667	67.067	47
Investmentbank	110.077	11.068	1.445	958	61.692	5.268	24.030
Privatkundenbank	257.476	6	0	0	37.110	2.815	391
Asset Management	1	0	0	0	130	9	0
Corporate & Other	375	93	3	-0	100	309	2.431
Insgesamt	**484.603**	**11.380**	**1.954**	**5.068**	**269.699**	**75.468**	**26.899**

31.12.2024

	Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte[5]			Insgesamt
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[6]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[7]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Unternehmensbank	266	14	0	9.033	0	0	368.598
Investmentbank	5.369	122.813	1.268	31.813	104.248	0	478.047
Privatkundenbank	409	1	1	0	0	0	298.209
Asset Management	0	4.526	82	0	0	0	4.748
Corporate & Other	15.595	390	32.885	0	401	2.786	55.368
Insgesamt	**21.638**	**127.744**	**34.236**	**40.846**	**104.649**	**2.786**	**1.204.970**

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kredite in Höhe von 15,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2024.
[2] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Kredite in Höhe von 60,7 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
[3] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI außerbilanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024.
[4] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[5] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 41,0 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
[6] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 25,6 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
[7] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.

Das Kreditrisiko der Deutschen Bank erhöhte sich um 37,0 Mrd. € im Vergleich zum Vorjahr. Davon entfielen 24,2 Mrd. € auf einen Anstieg in der Investmentbank, der hauptsächlich auf höhere Bestände an Schuldverschreibungen sowie Wertpapierpensions- und ähnlichen Geschäften (Repos) aufgrund gestiegener Handelsaktivitäten, höherer Kundennachfrage sowie auf Kreditwachstum zurückzuführen ist. Die Unternehmensbank trug 8,5 Mrd. € zum Anstieg bei, der durch ein Wachstum der außerbilanziellen Engagements aufgrund von Neu- und Refinanzierungsgeschäften getrieben wurde. Ein Anstieg des Engagements war bei allen Produkten zu beobachten, die in den Hauptkreditengagements der Geschäftsbereiche enthalten sind, mit Ausnahme der Privatkundenbank, für die ein Rückgang um 10,8 Mrd. € verzeichnet wurde.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Branchen

Die nachstehenden Tabellen geben eine Übersicht über das Kreditengagement der Bank nach Branchen. Zuordnungskriterium hierfür ist die NACE-Klassifikation des Vertragspartners. NACE (Nomenclature des Activités Économiques dans la Communauté Européenne) ist ein europäischer Standard zur Klassifizierung von Branchen und stimmt nicht notwendigerweise mit einer internen Risikosicht überein, die an anderen Stellen in diesem Bericht verwendet wird.

31.12.2025

			Forderungen aus dem Kreditgeschäft		Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen[3]	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[4]
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	346	2	0	0	262	13	0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.964	1.629	41	0	4.533	1.410	853
Verarbeitendes Gewerbe	26.496	747	195	814	53.985	13.742	789
Energieversorgung	4.787	256	5	82	8.956	4.009	207
Wasserversorgung	675	39	0	4	1.042	405	141
Baugewerbe/Bau	4.628	451	179	55	4.764	3.752	74
Handel	21.094	375	178	699	17.358	6.106	239
Verkehr und Lagerei	4.580	36	2	98	5.784	1.524	184
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	3.560	81	33	0	1.393	150	4
Information und Kommunikation	8.920	1.172	22	396	13.486	2.863	351
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen[5]	129.848	5.441	1.354	1.845	97.880	38.349	19.656
Grundstücks- und Wohnungswesen[6]	45.505	1.445	147	56	7.566	321	185
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	9.873	269	118	238	12.733	4.125	42
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	6.820	128	161	62	5.163	907	226
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	7.758	384	10	0	8.755	148	358
Erziehung und Unterricht	249	76	0	0	153	14	33
Gesundheits- und Sozialwesen	3.808	91	0	8	1.784	93	17
Kunst, Unterhaltung und Erholung	851	17	0	13	1.255	96	18
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	8.751	191	923	62	3.043	853	713
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	188.183	0	0	0	24.412	249	265
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	4	12	0	0	1	4	1
Insgesamt	**478.676**	**12.842**	**3.370**	**4.432**	**274.305**	**79.092**	**24.356**

31.12.2025

	Festverzinsliche Wertpapiere				Wertpapierpensionsgeschäfte[2]		Insgesamt
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[1]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	16	0	0	0	0	640
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0	595	0	0	0	0	11.025
Verarbeitendes Gewerbe	0	1.362	57	52	37	0	98.274
Energieversorgung	49	766	94	0	0	0	19.210
Wasserversorgung	0	71	11	0	0	0	2.386
Baugewerbe/Bau	360	377	260	0	0	0	14.881
Handel	118	446	6	0	0	0	46.620
Verkehr und Lagerei	243	408	25	0	0	0	12.883
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	0	88	2	0	0	0	5.311
Information und Kommunikation	7	1.930	0	0	3	0	29.151
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen[3]	6.916	35.177	3.810	37.362	111.332	1.128	490.078
Grundstücks- und Wohnungswesen[3]	81	1.314	215	101	2	0	56.939
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	0	556	119	0	7	0	28.079
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	0	422	8	0	23	0	13.920
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	24.233	82.712	32.171	0	631	0	157.158
Erziehung und Unterricht	0	207	82	0	0	0	814
Gesundheits- und Sozialwesen	108	206	86	0	0	0	6.201
Kunst, Unterhaltung und Erholung	0	46	10	0	0	0	2.305
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	140	4.106	16	0	279	0	19.037
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	0	0	0	0	0	0	213.109
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	8.017	4.770	1.112	0	0	0	13.920
Insgesamt	**40.272**	**135.575**	**38.084**	**37.514**	**112.315**	**1.128**	**1.241.940**

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kredite in Höhe von 15,3 Mrd. € zum 31. Dezember 2025.
[2] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Kredite in Höhe von 16,9 Mio. € zum 31. Dezember 2025.

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI außerbilanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2025.
[2] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[3] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 25,3 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[4] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 130,2 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[5] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.
[6] Umfasst Engagements an Unternehmen einschließlich Holdinggesellschaften in Höhe von 108 Mrd. €, forderungsbesicherte Wertpapiere von 47 Mrd. €, Banken in Höhe von 91 Mrd. €, Versicherungen in Höhe von 21 Mrd. €, Finanzintermediäre 13 Mrd. € und öffentliche Stellen in Höhe von 16 Mrd. €, alle auf der Grundlage interner Kundenklassifikation.
[7] Das "Focus"-Portfolio für kommerzielle Immobilien ohne Rückgriff beträgt 31 Mrd. €.

31.12.2024

			Forderungen aus dem Kreditgeschäft		Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen[3]	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[4]
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	336	0	0	0	239	24	1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.885	2.392	66	0	5.934	1.275	145
Verarbeitendes Gewerbe	26.634	525	5	1.195	56.933	14.351	1.205
Energieversorgung	4.346	632	0	38	8.870	4.489	150
Wasserversorgung	595	0	0	3	1.013	264	50
Baugewerbe/Bau	4.330	244	0	30	3.039	3.244	13
Handel	21.405	165	103	809	18.290	6.339	180
Verkehr und Lagerei	4.766	416	63	103	5.373	1.201	164
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	2.665	64	0	19	1.514	150	2
Information und Kommunikation	8.930	757	16	237	16.501	3.014	384
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen[5]	126.640	3.944	1.177	1.589	95.492	34.889	22.093
Grundstücks- und Wohnungswesen[6]	49.859	1.005	156	535	7.868	399	326
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	6.276	133	0	214	5.754	2.129	161
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	8.921	319	95	161	5.025	493	138
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	5.740	458	14	24	7.438	120	286
Erziehung und Unterricht	295	17	0	0	99	55	55
Gesundheits- und Sozialwesen	4.130	29	0	12	1.850	91	46
Kunst, Unterhaltung und Erholung	820	4	0	15	1.166	83	17
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	6.214	260	280	81	7.013	628	1.305
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	199.811	0	0	0	20.488	246	174
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	5	17	0	0	1	3	4
Insgesamt	**484.603**	**11.380**	**1.954**	**5.068**	**269.699**	**73.468**	**26.899**

31.12.2024

in Mio. €	Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte[2]			Insgesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[1]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0	2	0	0	0	0	602
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	41	555	2	0	0	0	12.293
Verarbeitendes Gewerbe	23	1.389	50	45	42	0	102.375
Energieversorgung	71	915	28	0	0	0	19.541
Wasserversorgung	0	143	1	0	0	0	2.070
Baugewerbe/Bau	264	344	285	0	0	0	11.793
Handel	0	612	3	0	0	0	47.904
Verkehr und Lagerei	159	461	3	0	0	0	12.710
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	5	90	1	0	0	0	4.311
Information und Kommunikation	31	1.048	0	0	0	0	30.918
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen[3]	5.379	29.863	5.671	40.437	104.150	2.786	474.108
Grundstücks- und Wohnungswesen[4]	198	1.277	181	324	7	0	62.114
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	48	256	105	0	0	0	15.075
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	19	471	4	0	16	0	15.661
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	14.160	83.873	27.354	0	110	0	139.577
Erziehung und Unterricht	0	262	14	0	0	0	797
Gesundheits- und Sozialwesen	103	289	0	0	1	0	6.550
Kunst, Unterhaltung und Erholung	0	19	0	0	0	0	2.124
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	433	3.514	13	42	207	0	19.991
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	0	0	0	0	0	0	220.720
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	704	2.362	522	0	117	0	3.735
Insgesamt	**21.638**	**127.744**	**34.236**	**40.846**	**104.649**	**2.786**	**1.204.970**

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kredite in Höhe von 15,0 Mrd. €, zum 31. Dezember 2024.
[2] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Kredite in Höhe von 60,7 Mio. € zum 31. Dezember 2024.

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI außerbilanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024.
[2] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Sicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[3] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 41,8 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
[4] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 25,8 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
[5] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.
[6] Umfasst Engagements an Unternehmen einschließlich Holdinggesellschaften in Höhe von 108 Mrd. €, forderungsbesicherte Wertpapiere von 49 Mrd. €, Banken in Höhe von 66 Mrd. €, Versicherungen in Höhe von 9 Mrd. €, Finanzintermediäre 15 Mrd. €, und öffentliche Stellen in Höhe von 17 Mrd. €, alle auf der Grundlage interner Kundenklassifikation.
[7] Das "Focus"-Portfolio für kommerzielle Immobilien ohne Rückgriff beträgt 36 Mrd. €.

Alle Kreditrisikopositionen unterliegen den Kreditvergabestandards, die in den „Grundsätzen für das Management von Kreditrisiken" festgelegt sind. Dazu gehören verschiedene Kontrollen zur Risikokonzentration hinsichtlich Einzeladressen, Ländern und Branchen sowie Produkt- und Assetklassen.

Wesentliche Transaktionen, wie z. B. Kreditvergaben mit der Absicht, einen Teil des Risikos an Dritte zu veräußern oder zu verteilen, unterliegen der Prüfung und Genehmigung durch leitende Mitarbeiter des Kreditrisikomanagements und (je nach Größe) durch ein Underwriting Committee und/oder den Vorstand. Es wird großer Wert darauf gelegt, solche Transaktionen so zu strukturieren und zu kalkulieren, dass eine Risikorückführung (De-Risking) zeitnah erreicht werden kann und - sofern die Deutsche Bank Marktpreisrisiken eingeht - dieses Marktrisiko reduziert werden kann.

Das Kreditengagement gegenüber den zehn größten Kunden belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 11% des gesamten Kreditengagements in diesen Kategorien, verglichen mit 11% zum 31. Dezember 2024. Die zehn größten Kreditengagements bestanden gegenüber Kunden mit guter Bonitätsbewertung oder bezogen sich ansonsten auf strukturierte Kredite mit einem hohen Maß an Risikominderungen.

Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten bestehen größtenteils gegenüber Kreditnehmern mit guter Bonität. Weiterhin unterliegen Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insbesondere in der Unternehmensbank und Investmentbank, weiteren Maßnahmen zur Risikominderung, die beispielsweise von Strategic Corporate Lending-Einheit der Gruppe durchgeführt werden.

Das Kreditengagement der Deutschen Bank gegenüber privaten Haushalten ist größtenteils dem Unternehmensbereich Privatkundenbank zugeordnet.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten beliefen sich auf 45,5 Mrd. € im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen, basierend auf der NACE-Klassifizierung, und umfassen Finanzierungen mit und ohne Rückgriffsrecht in verschiedenen Teilen des Konzerns und verschiedenen Kundensegmenten. Diese umfassen Forderungen in Höhe von 18,8 Mrd. €, die auf der Definition der Deutschen Bank zu nicht rückgriffsfähigen CRE-Krediten basieren. Mehr Informationen zu nicht rückgriffsfähigen CRE-Krediten sind in der Sektion Fokus-Bereiche aufgeführt.

Die gewerblichen Immobilienkredite des Konzerns, die hauptsächlich in den USA und Europa vergeben werden, sind in der Regel durch erstrangige Hypotheken auf die zugrunde liegenden Immobilien besichert. Die Deutsche Bank vergibt fest- und variabel verzinsliche Kredite und erwirbt selektiv (in der Regel mit erheblichen Abschlägen) problembehaftete und leistungsgestörte Kredite, die von Finanzinstituten verkauft wurden. Der Genehmigungs-(Underwriting-)Prozess ist stringent und das Kreditengagement im Rahmen separater Portfoliolimite gesteuert. Die Richtlinien für die Risikoübernahme sehen vor, dass Beleihungsausläufe (LTV) von in der Regel weniger als 80% eingehalten werden. Zusätzlich werden angesichts der Bedeutung der zugrunde liegenden Sicherheiten für alle besicherten Kredite unabhängige externe Gutachten von einem Bewertungsteam (Teil der unabhängigen Kreditrisikomanagementfunktion) in Auftrag gegeben, das auch für die regelmäßige Überprüfung und Hinterfragung der ausgewiesenen Immobilienwerte verantwortlich ist. Die Deutsche Bank vergibt Kredite für den Vertrieb auf dem Bankenmarkt oder über Verbriefungen. In diesem Zusammenhang behält die Deutsche Bank häufig einen Teil der syndizierten Kredite zurück, während verbriefte Positionen vollständig veräußert werden können (außer in Fällen, in denen die Vorschriften das Zurückbehalten des ökonomischen Risikos verlangen). Mezzanine- oder andere nachrangige Tranchen von Krediten werden nur in Ausnahmefällen zurückbehalten. Die Deutsche Bank stellt auf der Grundlage konservativer Vergabestandards auch unbesicherte Kreditlinien für gut kapitalisierte Real Estate Investment Trusts und andere Immobiliengesellschaften zur Verfügung.

Die Bewertungen von Gewerbeimmobilien und die Mieteinnahmen können durch makroökonomische Bedingungen und idiosynkratische Ereignisse, die sich auf die zugrunde liegenden Immobilien auswirken, erheblich beeinflusst werden. Dementsprechend erhält das Portfolio eine höhere Risikoeinstufung und unterliegt den vorgenannten engen Begrenzungen bezüglich Konzentrationsbildung.

Das Engagement der Deutschen Bank im Finanz- und Versicherungsbereich belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 490,1 Mrd. € und umfasst auch Engagements in Verbindung mit forderungsbesicherten Wertpapieren, Banken, Versicherungen, Finanzintermediären, dem öffentlichen Sektor sowie Unternehmen einschließlich Holdinggesellschaften. Die Engagements werden mit Hilfe von kundenspezifischen Risikomanagementverfahren, Einzelgeschäftsgenehmigungen und angemessenen Risikomessgrößen gesteuert. Die gesamten Kredite über alle anwendbaren Bewertungskategorien hinweg beliefen sich auf 138,5 Mrd. €, die gesamten Repo-Geschäfte für alle anwendbaren Bewertungskategorien beliefen sich auf 149,8 Mrd. € und die außerbilanziellen Aktivitäten resultierten zum 31. Dezember 2025 auf 136,2 Mrd. € und waren hauptsächlich in Investmentbank- und Unternehmensbank-Portfolien enthalten, die überwiegend in Nordamerika und Europa gehalten wurden.

Die wichtigsten Kreditrisikokategorien nach Region

31.12.2025

	Forderungen aus dem Kreditgeschäft				Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen[3]	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[4]
Europa	323.025	4.376	2.100	1.861	148.112	42.864	14.026
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Deutschland	208.034	460	935	558	73.322	16.477	3.631
Großbritannien	13.579	954	531	146	11.164	4.861	4.274
Frankreich	4.476	253	99	30	8.402	2.398	688
Luxemburg	18.397	839	316	163	9.740	466	2.033
Italien	23.710	124	34	172	4.265	5.299	148
Niederlande	8.969	262	25	394	8.150	2.458	1.093
Spanien	15.592	56	47	109	3.827	4.788	151
Irland	6.447	448	308	31	5.704	335	525
Schweiz	5.858	38	0	103	8.896	3.018	104
Polen	3.082	0	0	11	1.987	227	29
Belgien	1.914	81	0	61	1.584	519	148
Russland[5]	12	0	0	0	0	0	0
Ukraine[5]	206	133	0	0	363	8	0
Sonstige Europa[5]	12.749	727	5	102	10.710	2.009	1.202
Nordamerika	105.390	4.474	910	1.507	105.259	18.588	4.730
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten	91.357	4.252	547	1.357	97.229	16.755	3.158
Cayman Islands	6.155	128	322	77	2.762	1.025	1.032
Kanada	2.478	94	0	53	3.378	195	138
Sonstige Nordamerika	5.400	0	41	21	1.889	613	402
Asien/Pazifik	39.770	1.669	344	963	17.504	16.093	4.511
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Japan	1.719	102	27	544	524	688	469
Australien	3.543	264	2	46	3.177	1.691	408
Indien	9.473	98	0	8	1.525	3.584	142
China	3.495	3	1	21	757	1.699	231
Singapur	4.142	88	3	98	2.086	1.260	287
Hong Kong	2.338	17	59	54	3.158	725	309
Sonstige Asien/Pazifik	15.059	1.097	251	211	6.278	6.449	2.665
Sonstige	10.491	2.322	16	101	3.430	1.548	1.068
Insgesamt	478.676	12.842	3.370	4.452	274.305	79.092	24.336

31.12.2025

in Mio. €	Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte[2]			Insgesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Europa	28.289	65.420	18.907	21.965	30.276	0	701.221
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Deutschland	426	7.002	4.075	1.470	286	0	316.657
Großbritannien	1.811	13.446	2.729	11.736	14.924	0	79.955
Frankreich	7.857	10.793	4.063	3.592	4.069	0	46.720
Luxemburg	149	3.076	15	0	4.013	0	39.207
Italien	6.030	8.845	961	3.380	805	0	53.771
Niederlande	50	2.220	41	169	52	0	23.863
Spanien	1.490	3.763	588	1.125	27	0	31.561
Irland	922	1.930	21	7	987	0	17.666
Schweiz	0	1.319	4	0	247	0	19.586
Polen	0	555	3.511	0	191	0	9.384
Belgien	5.572	5.208	2.022	0	0	0	17.109
Russland[3]	0	0	1	0	0	0	13
Ukraine[3]	0	172	17	0	0	0	899
Sonstige Europa[4]	3.983	7.090	861	487	4.696	0	44.621
Nordamerika	6.103	35.201	12.318	11.001	68.842	0	374.324
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten	5.730	32.907	12.132	7.554	49.668	0	322.645
Cayman Islands	373	185	0	3.200	15.011	0	30.269
Kanada	0	1.977	187	86	4.161	0	12.747
Sonstige Nordamerika	0	132	0	161	1	0	8.662
Asien/Pazifik	4.792	27.901	6.380	3.653	12.717	0	136.297
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Japan	5	2.666	2.028	157	7.179	0	16.108
Australien	3.145	2.507	294	0	1.315	0	16.393
Indien	569	6.750	55	0	16	0	22.220
China	118	2.289	249	90	240	0	9.192
Singapur	9	1.041	528	0	979	0	10.519
Hong Kong	13	410	567	0	662	0	8.289
Sonstige Asien/Pazifik	933	12.238	2.660	3.407	2.327	0	53.576
Sonstige	1.089	7.055	478	896	480	1.128	30.099
Insgesamt	**40.272**	**135.575**	**38.084**	**37.514**	**112.315**	**1.128**	**1.241.941**

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kredite in Höhe von 15,3 Mrd. € zum 31. Dezember 2025.
[2] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Kredite in Höhe von 16,9 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[3] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI außerbilanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2025.
[4] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[5] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 25,3 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[6] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 130,2 Mio. € zum 31. Dezember 2025.
[7] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.
[8] Thematische Ergänzung vor dem Hintergrund des andauernden Grendkonflikts zwischen Russland und der Ukraine.
[9] Das durch Finanzierungen bedingte Kreditrisiko der Ukraine ist im Wesentlichen durch die supranationale Entwicklungsbank garantiert. Der Nettobetrag unter Berücksichtigung einer breiteren Risikominderungsstruktur ist unwesentlich

31.12.2024

			Forderungen aus dem Kreditgeschäft		Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
in Mio. €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen[3]	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[4]
Europa	326.256	3.420	702	1.843	146.860	42.033	15.611
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Deutschland	218.983	304	353	512	72.341	15.761	4.393
Großbritannien	11.044	365	23	163	12.589	4.418	3.594
Frankreich	4.319	69	39	33	6.967	2.111	746
Luxemburg	17.119	944	14	131	8.737	546	1.780
Italien	23.190	229	24	69	4.424	8.302	266
Niederlande	9.593	265	4	352	9.452	2.964	1.460
Spanien	15.580	109	40	123	3.833	4.633	169
Irland	6.483	271	195	61	5.057	295	568
Schweiz	6.050	19	0	196	8.562	2.548	434
Polen	2.890	0	0	15	2.358	181	5
Belgien	1.991	33	0	80	1.685	1.582	181
Russland[5]	102	0	0	12	1	21	0
Ukraine[5]	98	172	0	0	0	5	0
Sonstige Europa[6]	11.813	639	10	116	10.855	1.665	2.016
Nordamerika	108.465	3.262	931	2.324	110.332	14.856	5.890
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten	95.186	2.986	507	2.095	102.989	13.462	4.923
Cayman Islands	5.969	151	319	87	2.770	660	515
Kanada	1.491	121	33	118	2.584	223	202
Sonstige Nordamerika	5.819	4	72	24	1.989	511	250
Asien/Pazifik	40.066	1.435	309	611	9.941	15.232	5.155
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Japan	1.744	151	42	77	532	645	598
Australien	3.404	238	0	9	2.918	1.371	512
Indien	9.001	24	25	0	1.405	3.789	104
China	4.245	4	95	24	443	1.852	754
Singapur	5.146	95	17	129	1.136	2.128	291
Hong Kong	3.062	90	0	87	723	366	229
Sonstige Asien/Pazifik	13.466	831	130	285	2.785	5.082	2.666
Sonstige	9.816	3.265	11	289	2.567	1.348	244
Insgesamt	**484.603**	**11.380**	**1.954**	**5.068**	**269.699**	**73.468**	**26.899**

31.12.2024

in Mio. €	Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte[7]			insgesamt
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet[1]	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	
Europa	10.408	57.024	15.388	27.957	34.516	283	682.300
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Deutschland	321	7.899	1.887	2.033	855	0	322.643
Großbritannien	487	12.141	1.983	12.407	14.163	0	73.376
Frankreich	1.511	7.855	3.888	4.077	8.058	0	39.672
Luxemburg	0	2.699	472	127	3.615	0	36.184
Italien	4.914	8.038	985	4.144	1.425	0	53.011
Niederlande	87	2.014	35	0	71	0	26.276
Spanien	1.489	4.096	359	1.388	33	0	31.853
Irland	1.326	1.695	8	29	1.065	0	17.053
Schweiz	0	1.657	1	2.658	280	0	22.404
Polen	0	262	3.554	0	84	0	9.349
Belgien	0	4.197	1.572	0	5	0	11.325
Russland[8]	0	3	0	0	0	0	138
Ukraine[8]	0	165	13	0	0	0	454
Sonstige Europa[3]	273	4.304	634	1.094	4.861	283	38.562
Nordamerika	7.227	34.972	12.695	8.205	52.388	0	361.546
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Vereinigte Staaten	6.854	33.637	12.499	4.991	39.389	0	319.517
Cayman Islands	373	370	0	3.032	9.588	0	23.634
Kanada	0	872	195	0	3.575	0	9.415
Sonstige Nordamerika	0	93	0	182	36	0	8.979
Asien/Pazifik	3.844	28.246	5.995	3.839	17.524	1.006	133.202
Davon:	0	0	0	0	0	0	0
Japan	6	2.985	964	178	8.815	0	16.756
Australien	2.526	2.374	311	212	2.720	0	16.596
Indien	658	6.630	75	0	0	681	22.391
China	0	4.400	274	0	952	0	13.042
Singapur	61	946	738	0	711	0	11.397
Hong Kong	9	559	553	0	329	0	6.007
Sonstige Asien/Pazifik	584	10.353	3.081	3.449	3.997	326	47.032
Sonstige	160	7.501	158	845	222	1.497	27.923
Insgesamt	**21.638**	**127.744**	**34.236**	**40.846**	**104.649**	**2.786**	**1.204.970**

[1] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kredite in Höhe von 15,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2024.
[2] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Kredite in Höhe von 60,7 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
[3] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI außerbilanzielle Verpflichtungen in Höhe von 2,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024.
[4] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar. Für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften qualifizierte Derivate sind nicht enthalten.
[5] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 41,6 Mio. €, zum 31. Dezember 2024.
[6] Enthält Stufe 3 und Stufe 3 POCI zum beizulegen Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete Festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 25,6 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
[7] Vor Berücksichtigung von Sicherheiten und begrenzt auf Wertpapiere unter Rückkaufsvereinbarungen sowie Wertpapierleihen.
[8] Thematische Ergänzung vor dem Hintergrund des andauernden Grenzkonflikts zwischen Russland und der Ukraine.
[9] Das durch Finanzierungen besicherte Kreditrisiko der Ukraine ist im Wesentlichen durch die supranationale Entwicklungsbank garantiert. Der Nettobetrag unter Berücksichtigung einer breiteren Risikominderungsstruktur ist unwesentlich.

Die vorangehenden Tabellen geben eine Übersicht über das Kreditengagement der Deutschen Bank nach Region. Das Zuordnungskriterium hierfür ist das Domizil des Vertragspartners. Diese Zuordnung stimmt nicht notwendigerweise mit einer internen Risikosicht überein, die an anderen Stellen in diesem Bericht verwendet wird.

Die größte Kreditrisikokonzentration aus regionaler Sicht in Bezug auf Forderungen aus dem Kreditgeschäft bestand im Heimatmarkt Deutschland mit einem bedeutenden Anteil privater Haushalte, die einen Großteil der Immobilienfinanzierungsgeschäfts ausmachen.

Bei außerbörslichen Derivaten, handelbaren Vermögenswerten und Wertpapierpensionsgeschäften bestanden aus regionaler Sicht die größten Konzentrationen in Europa und Nordamerika.

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Die Deutsche Bank klassifiziert ihr Kreditrisikoengagement ebenfalls auf Basis der Geschäftsbereiche, in Übereinstimmung mit den geschäftsbereichsbezogenen Mandaten der Leiter der Risikomanagementeinheiten. Der untere Abschnitt zeigt das zusammengefasste Kreditrisiko der Unternehmensbank und Investmentbank. Im darauf folgenden Abschnitt wird auf das Kreditrisikoengagement der Privatkundenbank eingegangen.

Kreditengagement der Unternehmensbank und Investmentbank

Die folgenden Tabellen zeigen die zusammengefassten wesentlichen Kategorien des Kreditengagements der Unternehmensbank und Investmentbank nach Produktarten und internen Bonitätsklassen. Weitere Details bezüglich interner Bonitätseinstufungen sind im Abschnitt „Messung des Kreditrisikos" enthalten.

Wesentliche Kategorien des Kreditengagements der Unternehmensbank und Investmentbank, gegliedert nach internen Bonitätsklassen der Geschäftspartner – brutto

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Forderungen aus dem Kreditgeschäft				Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[1]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[2]
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	17.345	519	135	239	21.928	3.933	8.234
iA	> 0.04 ≤ 0.11	45.423	120	248	677	67.516	36.422	6.687
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	77.819	3.438	1.146	2.844	92.128	23.450	5.513
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	66.044	4.840	1.587	646	41.868	8.843	1.230
iB	> 2.27 ≤ 10.22	18.089	1.228	93	9	10.885	2.577	172
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	10.174	2.678	160	17	2.775	876	335
Insgesamt		234.895	12.823	3.370	4.432	237.097	76.082	22.170

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte			
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[1]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	351	71.459	1.255	16.023	36.320	0	177.740
iA	> 0.04 ≤ 0.11	3.102	20.258	902	7.033	6.821	0	195.208
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	747	13.616	138	7.240	52.272	0	280.333
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	957	23.358	533	6.416	16.523	0	172.844
iB	> 2.27 ≤ 10.22	37	594	211	793	452	0	35.143
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	25	904	133	9	0	0	18.083
Insgesamt		5.220	130.188	3.173	37.514	112.388	0	879.351

[1] Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr
[2] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar

Wesentliche Kategorien des Kreditengagements in der Unternehmensbank und Investmentbank, gegliedert nach internen Bonitätsklassen der Geschäftspartner – netto

31.12.2025[1]

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Forderungen aus dem Kreditgeschäft			Außerbilanzielle Verpflichtungen			OTC Derivate
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[2]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	9.762	157	135	94	21.028	3.575	4.745
iA	> 0.04 ≤ 0.11	33.326	120	248	625	65.146	32.869	3.105
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	36.728	2.548	697	1.974	84.025	18.315	3.588
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	29.606	4.152	1.206	463	57.687	6.398	1.157
iB	> 2.27 ≤ 10.22	4.874	1.095	37	4	10.084	1.386	161
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	4.645	2.158	56	9	2.625	350	233
Insgesamt		118.942	10.211	2.379	3.169	220.594	62.893	12.989

31.12.2025[1]

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte			
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[2]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	351	71.391	1.255	0	351	0	112.844
iA	> 0.04 ≤ 0.11	3.102	20.258	902	202	25	0	159.928
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	266	13.351	111	0	51	0	161.652
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	484	22.828	133	0	342	0	104.437
iB	> 2.27 ≤ 10.22	37	508	203	0	0	0	18.389
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	25	730	119	0	0	0	10.950
Insgesamt		4.265	129.066	2.725	202	768	0	568.199

[1] Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS-Anforderungen
[2] Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr

Die folgenden Tabellen zeigen das Kreditengagement für 2024 in der Unternehmensbank und Investmentbank nach Produktarten und internen Bonitätsklassen.

Wesentliche Kategorien des Kreditengagements in der Unternehmensbank und Investmentbank, gegliedert nach internen Bonitätsklassen der Geschäftspartner – brutto

31.12.2024

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Forderungen aus dem Kreditgeschäft				Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[1]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte/ klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet[2]
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	18.371	177	84	209	28.227	6.007	10.133
iA	> 0.04 ≤ 0.11	47.908	60	542	1.167	69.746	32.937	7.441
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	66.741	3.207	131	2.537	88.790	22.201	4.101
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	64.486	4.983	561	1.080	34.521	6.015	2.202
iB	> 2.27 ≤ 10.22	21.094	713	599	10	8.865	2.244	104
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	8.153	2.141	235	65	2.210	951	97
Insgesamt		**226.751**	**11.280**	**1.951**	**5.068**	**232.559**	**70.335**	**24.077**

31.12.2024

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte			
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[1]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	694	64.329	192	17.775	39.458	0	185.657
iA	> 0.04 ≤ 0.11	2.469	14.985	46	7.374	8.817	0	193.490
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	1.021	19.851	149	7.506	13.055	0	229.290
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	1.319	22.194	451	7.390	41.123	0	186.303
iB	> 2.27 ≤ 10.22	90	643	402	686	1.795	0	37.044
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	42	825	47	115	0	0	14.862
Insgesamt		**5.655**	**122.827**	**1.268**	**40.846**	**104.248**	**0**	**846.646**

[1] Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr
[2] Beinhaltet den Effekt von Aufrechnungsverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar

Wesentliche Kategorien des Kreditengagements in der Unternehmensbank und Investmentbank, gegliedert nach internen Bonitätsklassen der Geschäftspartner – netto

31.12.2024[1]

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Forderungen aus dem Kreditgeschäft				Außerbilanzielle Verpflichtungen		OTC Derivate
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[2]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Handelsaktiva	Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte/bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Widerrufliche und unwiderrufliche Kreditzusagen	Eventualverbindlichkeiten	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	10.671	89	84	64	26.955	5.128	4.893
iA	> 0.04 ≤ 0.11	36.198	60	392	953	67.092	29.677	4.140
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	30.736	2.869	56	1.836	82.049	17.106	2.948
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	27.152	4.122	480	520	30.581	4.366	1.889
iB	> 2.27 ≤ 10.22	6.049	503	189	10	8.258	1.290	103
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	4.285	1.570	57	55	2.127	348	96
Insgesamt		**115.091**	**9.225**	**1.258**	**3.438**	**216.860**	**57.915**	**14.069**

31.12.2024[1]

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)		Festverzinsliche Wertpapiere			Wertpapierpensionsgeschäfte			
Bewertungseinstufung	Ausfallwahrscheinlichkeit in %[2]	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	Insgesamt
iAAA–iAA	> 0.00 ≤ 0.04	694	64.254	192	7	261	0	115.301
iA	> 0.04 ≤ 0.11	2.469	14.985	46	106	13	0	156.131
iBBB	> 0.11 ≤ 0.5	562	19.756	136	6	35	0	158.096
iBB	> 0.5 ≤ 2.27	860	21.684	334	0	1.087	0	92.874
iB	> 2.27 ≤ 10.22	20	537	362	0	0	0	17.321
iCCC und schlechter	> 10.22 ≤ 100	42	711	47	0	0	0	9.338
Insgesamt		**4.647**	**121.927**	**1.117**	**119**	**1.396**	**0**	**547.060**

[1] Nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien und Sicherungsgeschäften gemäß IFRS-Anforderungen
[2] Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr

Die obenstehenden Tabellen zeigen für 2025 einen Gesamtanstieg des Brutto-Kreditengagements in der Unternehmensbank und Investmentbank in Höhe von 32,7 Mrd. € oder 4%. Wertpapierpensionsgeschäfte und vergleichbare Transaktionen erhöhten sich um 4,8 Mrd. €, hauptsächlich bedingt durch verstärkte Handelsaktivitäten und Kundennachfrage. Aus regionaler Sicht war der Anstieg in erster Linie auf Vertragspartner mit Sitz im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika zurückzuführen. Die außerbilanziellen Positionen stiegen um 10,5 Mrd. €, vor allem aufgrund neu ausgegebener Kreditzusagen im Berichtszeitraum. Die Kredite erhöhten sich um 10,5 Mrd. €, hauptsächlich in der Investmentbank. Festverzinsliche Schuldverschreibungen stiegen um 8,9 Mrd. €, was hauptsächlich auf eine höhere Kundennachfrage und Positionierung der Handelsbereiche zurückzuführen war, ein Rückgang der OTC-Derivate um 1,9 Mrd. € war in erster Linie auf einen Rückgang von Devisenderivaten zurückzuführen.

Der Konzern verwendet Risikominderungstechniken wie oben beschrieben zur Optimierung des Kreditengagements in der Unternehmensbank und der Investmentbank sowie zur Reduktion potenzieller Kreditverluste. Die Tabellen zum „Netto"-Kreditengagement legen die Entwicklung des Kreditengagements in der Unternehmensbank und der Investmentbank nach Berücksichtigung von Sicherheiten, Garantien sowie Sicherungsgeschäften offen.

Risikomindernde Maßnahmen für das Kreditengagement

Der Bereich Strategic Corporate Lending ("SCL") unterstützt die Risikoreduzierung im Firmenkundenportfolio der Bank. Der nominale Betrag der SCL-Risikoreduzierung erhöhte sich von 43,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024 auf 54,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2025. Per Jahresende 2025 minderte SCL das Kreditrisiko von Krediten und kreditähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 49,9 Mrd. € durch signifikanten Risikotransfer. Zum 31. Dezember 2024 belief sich diese Position auf 38,4 Mrd. €.

Die SCL hielt zum 31. Dezember 2025 auch Kreditderivate mit einem zugrunde liegenden Nominalwert von 4,5 Mrd. €. Die Position belief sich zum 31. Dezember 2024 auf 4,7 Mrd. €. Die für Portfoliomanagement-Aktivitäten eingesetzten Kreditderivate der Bank werden zum beizulegenden Zeitwert bilanziert.

Die Bank führt zusätzliche Absicherungen in anderen Geschäftsbereichen durch, um Konzentrationsrisiken auf einen einzelne Namen zu verringern und nutzt private Risikoversicherungen und Exportkreditgarantien, um nicht besicherte Risikopositionen abzudecken.

Privatkundenbank Kreditengagement

Privatkundenbank Kreditengagement, Stufe 3 Kreditengagement und Nettokreditkosten

	Gesamtengagement in Mio. €		davon Kreditengagement in Mio. €		Kreditengagement Stufe 3 in Mio. €		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements[1]	
	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Consumer Finance	39.413	40.098	25.414	25.571	1.994	1.689	0,93%	1,26%
Mortgage	155.424	162.057	153.275	159.510	2.026	2.212	0,02%	0,09%
Business Finance	15.192	15.878	11.585	12.420	1.112	1.058	0,61%	0,65%
Wealth Management	76.916	79.592	56.285	59.894	2.197	3.134	0,11%	0,15%
Other	430	583	36	81	0	24	0,55%	-0,01%
Insgesamt	287.375	298.209	246.594	257.476	7.328	8.118	0,23%	0,29%

[1] Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monats-Zeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag

Das Konsumentenkreditgeschäft besteht aus den Produkten „Ratenkredite", „Kreditlinien" und „Kreditkarten". Da diese Kredite nicht besichert sind, hängt das Kreditrisiko ausschließlich von der Qualität des Kreditnehmers ab. Bei der Kreditvergabe werden u.a. das Kundenrating, maximale Kreditbeträge und maximale Laufzeiten berücksichtigt, die je nach individuellen Umständen des Kreditnehmers variieren können (so hängt beispielsweise der Maximalbetrag und die maximale Laufzeit für einen Konsumentenkredit unter anderem vom Nettoeinkommen ab). Angesichts der Homogenität dieses Portfolios erfolgen Bonitätseinstufung und Kreditwürdigkeitsprüfung im Rahmen einer automatisierten Entscheidungslogik (Decision Engine).

Hauptzweck der Immobilienfinanzierung ist die Finanzierung von Wohnimmobilien (hauptsächlich zur Eigennutzung), die über verschiedene Vertriebskanäle in Europa, insbesondere in Deutschland, aber auch in Spanien und Italien verkauft werden. Die Höhe des Kreditrisikos des Baufinanzierungsportfolios wird im Wesentlichen durch die Beurteilung der Kundenqualität und der zugrunde liegenden Sicherheiten bestimmt. Die Kreditbeträge sind üblicherweise deutlich höher als Konsumentenkredite und werden für einen längeren Zeitraum gewährt. Auf der Grundlage der Kriterien und Prozesse der Bank für die Kreditvergabe, dem diversifizierten Portfolio (Kunden/Immobilien) und auf Basis der Besicherung wird das Risiko in der Immobilienfinanzierung als niedrig und das im Konsumentenfinanzierungsgeschäft als hoch eingestuft.

Business Finance beinhaltet Kreditprodukte an Geschäftskunden, Mittelstandskunden und auch große Unternehmen. Die Produktpalette umfasst Girokonten und Kontokorrentlinien, Investitionskredite, revolvierende Kreditlinien, Factoring, Leasing und Derivate. Die Kunden stammen meist aus Italien und Spanien, Kreditvergaben an ausländische Tochterunternehmen sind möglich, meist jedoch auf Europa beschränkt.

Wealth Management bietet global maßgeschneiderte Lösungen in der Vermögensverwaltung sowie Private Banking-Dienstleistungen für wohlhabende, vermögende und sehr vermögende Privatkunden sowie Family Offices an. Diese umfassen neben einem diskretionären Portfoliomanagement auch klassische und alternative Anlagelösungen, die durch strukturiertes Risikomanagement, Vermögensplanung, Kreditvergabe und Family-Office-Dienstleistungen ergänzt werden. Das Wealth-Management-Gesamtengagement unterteilt sich in Lombard Lending (gegen liquide Wertpapiere, die ohne weiteres handelbar sind) und Structured Lending (gegen weniger liquide Sicherheiten). Während die Höhe des Kreditrisikos für das Lombard Portfolio durch die Bewertung der zugrunde liegenden Sicherheiten bestimmt wird, wird die Höhe des Kreditrisikos für das Structured Portfolio durch die Bewertung der Kundenqualität und der Sicherheiten bestimmt. Die Produktpalette umfasst besicherte Lombard- und Hypothekendarlehen, Girokonten (nur in Europa), Kreditlinien und sonstige Kredite; in einem geringeren Maße Derivate- und Garantieprodukte.

Privatkundenbank Immobilienfinanzierung, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen[1]

	31.12.2025	31.12.2024
≤ 50%	66%	65%
> 50 ≤ 70%	16%	16%
> 70 ≤ 90%	10%	10%
> 90 ≤ 100%	3%	3%
> 100 ≤ 110%	2%	2%
> 110 ≤ 130%	1%	2%
> 130%	1%	1%

[1] Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf (Loan-to-Value; LTV) drückt das Verhältnis vom Kreditbetrag zum Wert einer Immobilie aus.

Der Konzern berechnet die Beleihungsauslauf-Quote, indem das Gesamtvolumen durch den aktuell festgesetzten Wert der zugehörigen Immobilien geteilt wird. Diese Immobilienwerte werden regelmäßig überwacht und bei Bedarf aktualisiert. Die Transaktionen, die zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, werden um den zugehörigen Sicherheitenwert dieser liquiden Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Rechte das zugehörige Volumen erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besichertes Volumen. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten von Sicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile des Risikomanagements des Konzerns bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung des Kreditrisikos des Konzerns. Grundsätzlich akzeptiert der Konzern höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 31. Dezember 2025 verzeichnete der Konzern für 66% der Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50%, verglichen mit 65% im Vorjahr.

Fokusthemen in 2025

Wie bereits im Abschnitt über wesentlichen Risiken dargestellt, hat die Deutsche Bank im Jahr 2025 Gewerbeimmobilien und Klimarisiken als Schwerpunktbereiche des Konzerns bestimmt. Das Thema Zollpolitik wird, wie im Abschnitt zu den Risikoschwerpunkten erwähnt, künftig nicht als eigenständiges Fokusthema betrachtet, sondern ist vielmehr in die breitere Portfoliodynamik integriert.

Gewerbeimmobilien

Die Märkte für Gewerbeimmobilien (Commercial Real Estate, CRE) sind weiterhin aufgrund höherer Zinssätze, geringerer Marktliquidität in Verbindung mit verschärften Kreditbedingungen und struktureller Veränderungen im Bürosektor anhaltendem Gegenwind ausgesetzt. Der Markt war in den USA, wo Immobilienpreisindizes einen deutlicheren Rückgang der Werte von Gewerbeimmobilien gegenüber den jüngsten Höchstständen im Vergleich zu Europa und den APAC-Ländern aufweisen, deutlich angespannter. Besonders im Bürobereich ist die Marktschwäche in den USA offensichtlich was sich in einer verhaltenerer Leasingaktivität und höheren Leerstandsquoten im Vergleich zu Europa widerspiegelt. Jüngste Marktdaten deuten auf eine Stabilisierung in einigen Märkten hin.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Im derzeitigen Umfeld besteht das wesentliche Risiko für das Portfolio in der Refinanzierung und Verlängerung der Laufzeit fällig werdender Kredite, welche durch die Auswirkungen höherer Zinssätze auf den Wert der Sicherheiten und den Schuldendienst negativ beeinflusst werden. Häufig ist bei Krediten für Gewerbeimmobilien ein erheblicher Teil der Tilgung bei Fälligkeit zu erbringen. Unter den gegenwärtigen Marktbedingungen könnten Kreditnehmer Schwierigkeiten haben ein neues Darlehen zur Rückzahlung fällig werdender Verpflichtungen zu erhalten oder die Bedingungen zur Verlängerung der Laufzeit von Darlehen zu erfüllen. Dieses Risiko ist bei Darlehen im Bereich für Büroimmobilien aufgrund der erhöhten Unsicherheit über die Vermietungsaussichten bei Büroimmobilien erhöht. Die Deutsche Bank beobachtet das CRE-Portfolio hinsichtlich der Entwicklung solcher Risiken aufmerksam.

Der Konzern arbeitet weiterhin proaktiv mit Kreditnehmern zusammen, um anstehende Kreditfälligkeiten anzugehen und Bedingungen für Kreditmodifizierungen und -verlängerungen festzulegen, die in vielen Fällen als Zugeständnis eingestuft werden, das nach IFRS 9 eine Einstufung in Stufe 2 bedingt, aber nicht immer als Modifizierung nach IFRS (siehe Abschnitt Modifizierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen) gilt. In gewissen Fällen kann jedoch keine Einigung über eine Verlängerung des Darlehens oder Modifizierung der Darlehensbedingungen erzielt werden und die Unfähigkeit des Darlehensnehmers eine Umstrukturierung oder Refinanzierung vorzunehmen führt zu einem Ausfall. Dies hat zu einem Anstieg des Expected Credit Losses (ECL) in Stufe 3 in den Jahren 2024 und 2025 geführt. Insgesamt bleibt die Unsicherheit hinsichtlich künftiger Ausfälle und des Zeitpunkts einer vollständigen Erholung der Gewerbeimmobilien-Märkte bestehen.

Das Portfolio für Gewerbeimmobilienfinanzierungen besteht aus Krediten aus verschiedenen Teilen der Bank und Kundensegmenten. Das CRE-Portfolio nach der Definition des Konzerns umfasst Risikopositionen, die in der Kategorisierung nach Wirtschaftszweigen gemäß NACE in den Positionen für Grundstücks- und Wohnungswesen gemeldet werden, aber auch Risikopositionen, welche unter anderen NACE-Klassifizierungen einschließlich Finanz- und Versicherungsaktivitäten gemeldet werden.

Innerhalb des CRE-Portfolios unterscheidet der Konzern zwischen Finanzierungen mit Rückgriff auf Dritte und regresslose Finanzierungen. Darlehen für Gewerbeimmobilien mit Rückgriffsrechten haben in der Regel aufgrund der zusätzlich zu der grundpfandrechtlichen Besicherung bestehenden Rückgriffsrechte auf kreditwürdige Unternehmen oder Einzelpersonen ein niedrigeres inhärentes Risikoprofil. Finanzierungen für Gewerbeimmobilien mit Rückgriffsrechten umfassen besicherte Finanzierungen für Geschäfts- und Gewerbeimmobilien mit Regress auf Immobiliengesellschaften, Wealth Management Kunden als auch andere Privat- und Firmenkunden.

Regresslose Finanzierungen sind auf Rückzahlungsquellen, die üblicherweise auf den Cash-Flow, welcher durch das finanzierte Objekt generiert wird, sowie auf die Möglichkeit zur Refinanzierung, die durch den zugrunde liegenden Immobilienwert und die generierten Erträge zum Zeitpunkt der Refinanzierung eingeschränkt sein kann, angewiesen.

Das gesamte Portfolio für Gewerbeimmobilienfinanzierungen unterliegt regelmäßigen Stresstests im Rahmen des konzernweiten Rahmenwerks für Stresstests der Deutsche Bank. Darüber hinaus führt die Deutsche Bank für bestimmte Teilsegmente des CRE-Portfolios individuelle Portfoliostresstests durch, um ein umfassenderes Bild möglicher Abwärtsrisiken zu erhalten. Für das am 31. Dezember 2025 endende Geschäftsjahr führte der Konzern einen individuellen Portfoliostresstest für einen Teil des Portfolios mit regresslosen Finanzierungen durch, welchem aufgrund seiner erhöhten Empfindlichkeit gegenüber aktuellen Stressfaktoren im Gewerbeimmobilienmarkt, einschließlich höherer Zinssätze, sinkender Sicherheitenwerte und eines erhöhten Refinanzierungsrisikos aufgrund von Kreditstrukturen mit einem hohen endfälligen Anteil des Kredites, ein höheres Risiko unterstellt wird.

Zum 31. Dezember 2025 belief sich das Portfolio regressloser Finanzierungen, das dem individuellen Stresstest unterlag und welches auch als CRE-Portfolio mit höherem Risiko oder stressgetestetes CRE-Portfolio bezeichnet wird, auf 24,3 Mrd. € des gesamten regresslosen Portfolios in Höhe von 30,6 Mrd. €. Es wurden nur Teilportfolios mit weniger anfälligen Risikotreibern wie Rechenzentren und der kommunale Sozialwohnungsbau, die von einer großen Nachfrage profitieren, ausgenommen. Der Rückgang des regresslosen CRE-Portfolios und des stressgetesteten CRE-Portfolios seit dem 31. Dezember 2024 betrug bedingt durch Darlehensrückzahlungen, Darlehensverkäufe und Wechselkurseffekte, die teilweise durch neue Darlehensfinanzierungen ausgeglichen wurden, 5,9 Mrd. € beziehungsweise 5,0 Mrd. €. Die Entwicklung wurde maßgeblich durch Darlehensrückzahlungen, Darlehensverkäufe und Währungseffekte bestimmt, welche teilweise durch neue Darlehensvergaben kompensiert wurden. Die Risikovorsorge für Kreditausfälle belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 1,1 Mrd. € für nicht-regressfähige Kredite und auf 903 Mio. € für die Stresstest-basierten gewerblichen Immobilienportfolios (31. Dezember 2024: 795 Mio. € bzw. 653 Mio. €)

Die folgende Tabelle zeigt das CRE-Portfolio, das dem Stresstest unterliegt, nach IFRS 9 Stufen, Regionen, Objektarten und durchschnittlichem gewichtetem Beleihungsauslaufquoten (LTV, Loan-to-Value) sowie Rückstellungen für Kreditverluste zum 31. Dezember 2025 bzw. 31. Dezember 2024.

Stressgetestetes CRE-Portfolio

in Mio. €	31.12.2025 Bruttobuchwert[1]	31.12.2024 Bruttobuchwert[1]
Bestand nach Stufen		
Stufe 1	14.402	18.756
Stufe 2	6.277	7.713
Stufe 3	3.609	2.836
Insgesamt	24.288	29.305
davon:		
Forborne-Kredite	5.133	5.389
davon:		
Nordamerika	51%	54%
Westeuropa (inkl. Deutschland)	44%[2]	39%
Asien/Pazifik	5%	7%
davon: Bürobereich	35%	42%
Nordamerika	18%	24%
Westeuropa (inkl. Deutschland)	16%[3]	17%
Asien/Pazifik	1%	2%
davon: Wohnungen	15%	12%
davon: Hospitality	15%	10%
davon: Retail	11%	10%
Gewichteter durchschnittlicher Beleihungsauslauf (LTV), in %		
Investmentbank	65%	66%
Unternehmensbank	58%	56%
Andere Unternehmensbereiche	70%	71%
	2025	2024
Wertminderungen für Kreditausfälle[4]	903	653
Risikovorsorge[4]	712	492
davon: Nordamerika	613	400

[1] Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten
[2] Auf Deutschland entfallen 8% der gesamten Darlehen im CRE-Finanzierungsportfolio, das dem Stresstest unterlag
[3] Darlehen im Bürosegment in Deutschland machen 14% der gesamten Darlehen im Bürosegment im CRE-Finanzierungsportfolio, das dem Stresstest unterlag, aus
[4] Wertminderungen für Kreditausfälle und Risikovorsorge beinhalten nicht die Länderrisikovorsorge

Der durchschnittliche Beleihungswertauslaufquote im Segment der Finanzierung von U.S.-Büroimmobilien stieg von 81% zum 31. Dezember 2024 auf 88% zum 31. Dezember 2025, teilweise bedingt durch Rückzahlungen einiger größerer Kredite. Die LTV-Berechnungen basieren auf den neuesten externen Gutachtenwerten, die zusätzlich regelmäßigen internen Zwischenanpassungen unterliegen. Während die Gruppe die Sicherheitenwerte von Gewerbeimmobilien aktualisiert, unterliegen diese Werte und ihre zugrunde liegenden Annahmen im aktuellen Umfeld erhöhter Marktvolatilität und reduzierter Marktliquidität einem höheren Grad an Schwankungen und Unsicherheit.

Die Klassifizierung in die einzelnen IFRS 9 Stufen und die Höhe der Risikovorsorge beruhen in erster Linie auf der Beurteilung der Fähigkeit eines Kreditnehmers, wiederkehrende Cash-Flows zu generieren, Refinanzierungen bei Fälligkeit des Darlehens zu erhalten, und der Bewertung des Sicherheitenwertes der finanzierten Immobilie. Die Deutsche Bank überwacht diese Faktoren aktiv auf mögliche Anzeichen einer Verschlechterung, um eine zeitnahe Anpassung der Klassifizierung des Kredites des Schuldners zu gewährleisten. Wenn ein Darlehen als wertgemindert gilt, berechnet der Konzern die erforderliche Risikovorsorge unter Verwendung mehrerer möglicher Szenarien für eine Abwicklung des Kredites, gewichtet anhand ihrer erwarteten Eintrittswahrscheinlichkeiten und unter Berücksichtigung der zu diesem Zeitpunkt verfügbaren Informationen. Solche Bewertungen sind von Natur aus subjektiv im Hinblick auf die Gewichtung von Szenarien und unterliegen verschiedenen Annahmen, einschließlich künftiger Cash-Flows aus einer Immobilie und potenzieller Erlöse. Diese Annahmen unterliegen Unsicherheiten, die im derzeitigen Umfeld volatiler Märkte noch verschärft werden, sodass eine von den ursprünglichen Annahmen abweichende Entwicklung wesentliche künftige Auswirkungen auf die kalkulierten Rückstellungen haben könnte.

Zusätzliche Unsicherheit besteht im Bürosektor aufgrund der unsicheren langfristigen Auswirkungen von Telearbeitsregelungen auf die Nachfrage nach Büroflächen. Die Gruppe bleibt bei Neugeschäften sehr selektiv und konzentriert sich auf attraktivere Immobilientypen wie Mehrfamilienhäuser, insbesondere in bestimmten Teilmärkten."

Während Zentralbanken begonnen haben, die kurzfristigen Zinssätze zu senken, geht der Konzern davon aus, dass sich die derzeitigen Bedingungen am CRE-Markt, in naher Zukunft insbesondere im Bürosektor, fortsetzen werden, was zu einer weiteren Verschlechterung der Qualität der Vermögenswerte und zu erhöhten Rückstellungen für Kreditverluste führen könnte:

Seit Beginn der Verschlechterung des CRE-Marktes hat der Konzern das Abwärtsrisiko zusätzlicher Kreditverluste in seinem risikoreicheren regresslosen Portfolio durch einen temporären, maßgeschneiderten Stresstest mit gestressten Immobilienwerten als wesentliche Treiber für Verluste bewertet. Die gestressten Werte werden unter Berücksichtigung des beobachteten Rückgangs des Peak-to-Trough-Marktindex, einem Marktindex für Gewerbeimmobilienwerte, von den taxierten Werte abzüglich eines zusätzlichen Abschlags (Haircuts), differenziert nach Immobilienart und -region, abgeleitet. Die Stressanalyse geht davon aus, dass bei einem Kredit ein Verlust eintritt, wenn der gestresste Immobilienwert geringer als der ausstehende Kreditsaldo ist, das heißt der gestresste LTV höher als 100% liegt.

Basierend auf den Annahmen des Stresstests, auf Grundlage des dem Stresstest unterliegenden CRE-Portfolios und aktuellen Risikodaten zum 31. Dezember 2025 könnte der makroökonomische Stress ausgehend vom jeweiligen Laufzeitprofil zu einem schweren Stresszenario von 1,2 Mrd. € Kreditverlusten über mehrere Jahre führen. Die Wertberichtigung für das dem Stresstest unterliegende Portfolio belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 0,9 Mrd. €.

Der individuelle Stresstest weist zahlreiche Einschränkungen auf, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die mangelnde Differenzierung aufgrund der individuellen Wertentwicklung, spezifischem Standort oder der Zweckmäßigkeit von Objekten, die alle wesentliche Auswirkungen auf potenzielle Stressverluste haben könnten. Darüber hinaus reagieren berechnete Stressverluste anfällig auf eine mögliche weitere Verschlechterung der Peak-to-Trough Marktindexwerte, sodass sich die Annahmen über inkrementelle Abschläge und inkrementelle Stressverluste in Zukunft ändern können. Änderungen der zugrunde liegenden Annahmen könnten zu einer größeren Bandbreite von Stressergebnissen führen, weshalb der individuelle Stressansatz des Konzerns als eines von mehreren möglichen Szenarien betrachtet werden sollte. Während der Stresstest darauf abzielt, potenzielle Verluste in einem ungünstigen Szenario zu bewerten, ist die Deutsche Bank der Ansicht, dass die ECL-Schätzung in Bezug auf das CRE-Portfolio des Konzerns auf der Grundlage der derzeit verfügbaren Informationen innerhalb einer adäquaten Spanne liegt und somit die beste Schätzung der Bank darstellt, wenn man die fortgeschrittene Phase des aktuellen Abwärtszyklus berücksichtigt, die auf eine Stabilisierung hindeutet, da sich die Immobilienwerte an die Schocks aufgrund höherer Zinssätze und der Entwicklung der Heimarbeit angepasst haben.

Klimarisiken

Hintergründe und Definitionen

Der Klimawandel und physische Risiken stellen wachsende Risiken für die sektoralen und regionalen Portfolios der Bank dar.

Es wird erwartet, dass Übergangsrisiken - definiert als die Risiken, die sich aus den politischen, technologischen und verhaltensbezogenen Veränderungen ergeben, welche zur Dekarbonisierung der Weltwirtschaft erforderlich sind zu einer schrittweisen Abkehr von Technologien auf der Grundlage fossiler Brennstoffe hin zu erneuerbaren Energiequellen führen werden. Dies wird zu erhöhten Risiken für Unternehmen mit kohlenstoffintensiven Geschäftsmodellen führen, die nicht in der Lage sind, glaubwürdige Übergangspläne umzusetzen. Die Deutsche Bank ist durch ihre Kreditvergabe an und andere Geschäftstätigkeiten mit kohlenstoffintensiven Kunden und Sachwerten Übergangsrisiken ausgesetzt.

Physische Risiken - definiert als das Potenzial für physische Schäden und damit verbundene finanzielle und nichtfinanzielle Verluste aufgrund steigender Temperaturen - nehmen in Häufigkeit und Intensität zu. Die Deutsche Bank ist durch ihre Kreditvergabe an Kunden und andere Geschäftstätigkeiten mit Kunden und Sachwerten in Regionen, die durch akute Ereignisse (z. B. Waldbrände, Hurrikane) und chronische Ereignisse (z. B. steigende Meeresspiegel) gefährdet sind, physischen Risiken ausgesetzt.

Identifikation, Bewertung und Management des Risikos

Das Management der Klimawende und der physischen Risiken ist ein zentraler Bestandteil des Risikomanagements und der Nachhaltigkeitsstrategie der Bank. Klimarisiken sind in den Risikorahmen und Risikoappetit der Bank eingebettet, wobei Kunden und Portfolios mit der höchsten Anfälligkeit auf der Grundlage eines breiten Spektrums maßgeschneiderter Risikoidentifizierungs- und Klassifizierungsansätze, einschließlich von Risikokonzentrationen, priorisiert werden. Es werden alle Wirtschaftssektoren in die Analyse einbezogen und die CO_2-intensiven Sektoren werden besonders berücksichtigt.

Jährlich wird eine umfassende Wesentlichkeitsbeurteilung der Klimarisiken durchgeführt, bei der potenzielle Auswirkungen über eine Reihe von Szenarien und Zeitrahmen hinweg bewertet werden. Eine detaillierte Beschreibung ist im Abschnitt über Auswirkungen, Risiken und Chancen im Kapitel „Klimawandel" der Nachhaltigkeitserklärung zu finden. Die Bewertung stützt sich auf eine Reihe quantitativer Schätzansätze, einschließlich Schätzungen der Emissionen und Emissionsintensität, Schätzungen der physischen Risikoverluste in einer Reihe verschiedener Temperaturszenarien sowie Kundentransition- und physische Scorekarten. Die Wesentlichkeitsbeurteilung basiert auf internen Migrationsratings für Risikopositionen aus Unternehmenskrediten und den Auswirkungen auf den Wert von Sicherheiten für Risikopositionen aus Immobilien. Die quantitative Bewertung wird durch qualitative Ansichten interner Experten ergänzt. Darüber hinaus führt die Bank jährliche Stresstests zu klimatischen und physischen Risiken in einer Reihe von Szenarien und Zeiträume durch.

Die Ergebnisse dieser Bewertungen werden genutzt, um potenzielle Abwärtsrisiken zu quantifizieren und Kunden in Portfolios mit höherem Risiko zu identifizieren, die im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses der Bank einer verstärkten sorgfältigen Prüfung unterliegen. Risikobewertungen werden in den internen Ratingprozess integriert und gelten als potenzielle Auslöser für die Aufnahme auf die Watchlist. Für die Vergabe von Immobilienkrediten gelten spezielle Anforderungen an Versicherungsvereinbarungen. Um die Risiken des Klimawandels zu bewältigen, wurden Netto-Null-Ziele für wichtige CO_2-intensive Sektoren mit einer eigenen Governance festgelegt, um Transaktionen mit erheblichen Auswirkungen auf die Zielkennzahlen zu überprüfen. Eine detaillierte Darstellung und Diskussion der Netto-Null-Ziele der Bank ist in dem im August 2025 veröffentlichten überarbeiteten Übergangsplan enthalten.

Zukunftsgerichtete Wirkungsanalyse

Basierend auf der Wesentlichkeitsbeurteilung 2025 und den Ergebnissen des Klimastresstests kommt der Konzern zu dem Schluss, dass die potenziellen Auswirkungen auf das Kreditrisiko auf Basis der derzeitigen politischen Annahmen sowohl kurz- (ein bis zwei Jahre) als auch mittelfristig (drei bis fünf Jahre) sowie in einem Szenario, in dem alle erklärten Zusagen von Regierungen durchgesetzt werden, gut eingedämmt sind. Das erstgenannte Szenario wird kurz- bis mittelfristig als am wahrscheinlichsten betrachtet, während das letztgenannte Szenario im aktuellen geopolitischen Umfeld als weniger wahrscheinlich gilt.

Die Risiken für das Portfolio wären in einem ungeregelten Netto-Null-Szenario, in dem die Regierungen nach einer längeren Phase der Untätigkeit Klimasteuern und andere Maßnahmen mit sehr kurzer Umsetzungsfrist einführten, deutlich höher. Die Deutsche Bank hält es für äußerst unwahrscheinlich, dass dieses Szenario kurz- bis mittelfristig eintritt, und daher spiegelt sich das Risiko eher in der Berechnung der Bank des wirtschaftlichen Kapitals als in ECL wider.

Sowohl die Wesentlichkeitsbeurteilung als auch der maßgeschneiderte Klimastresstest haben mehrere Einschränkungen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf ein hohes Maß an Unsicherheit über die mittel- bis langfristige politische Entwicklung, Schwierigkeiten bei der genauen Vorhersage des Ortes und der Schwere von physischen Risikoereignissen und Annahmen über die Anpassungsfähigkeit der Kunden der Bank. Die Nutzung mehrerer Szenarien soll diese Unsicherheiten mindern.

Auf der Grundlage dieser Annahmen ist die Deutsche Bank der Ansicht, dass die ECL-Schätzungen für höhere Übergangs- und physische Risiken innerhalb vernünftiger Bandbreiten liegen und keine zusätzlichen Korrekturmaßnahmen erfordern.

Im Rahmen des Klimastresstests wurde eine Sensitivitätsanalyse durchgeführt, die auf angemessenen Spannen potenzieller Schwankungen der CO_2- und Energiepreise basiert. Die gestressten Auswirkungen auf den ECL auf einen Horizont von einem Jahr belaufen sich auf einen einstelligen Wert für ein Szenario basierend auf der aktuellen politischen Strategie bis hin zu einem niedrigen zweistelligen Wert für ein Szenario mit einer verzögerten Transition als Basis. Diese Schätzungen sind auf die Ergebnisse der Wesentlichkeitsbeurteilung abgestimmt.

Schlussfolgerung

Um sicherzustellen, dass das Expected Credit Losses (ECL) Modell der Deutsche Bank die Unsicherheiten im makroökonomischen Umfeld während des Jahres 2025 berücksichtigte, überprüfte der Konzern neu auftretende Risiken, um potenziellen Abwärtsrisiken zu bewerten und die Kreditstrategie und Risikobereitschaft der Bank zu steuern. Insgesamt geht die Deutsche Bank davon aus, dass die Maßnahmen, welche infolge dieser Überprüfungen ergriffen wurden, sicherstellen, dass der Konzern zum 31. Dezember 2025 angemessen für erwartete Kreditverluste wertberichtigt war.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Qualität von Vermögenswerten

Der Abschnitt beschreibt die Qualität von Schuldinstrumenten, die einer Wertminderung unterliegen. Diese bestehen unter IFRS 9 aus Schuldinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bewertet werden, Finanzinstrumenten, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden (FVOCI), sowie Kreditzusagen und finanziellen Garantien (im Folgenden zusammenfassend als "Vermögenswerte" bezeichnet).

Überblick über wertminderungsrelevante finanzielle Vermögenswerte

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über den Forderungsbetrag und die Risikovorsorge je Klasse der finanziellen Vermögenswerte, aufgeschlüsselt in Stufen gemäß der IFRS 9 Anforderungen.

Überblick über wertminderungsrelevante finanzielle Vermögenswerte

	31.12.2025					31.12.2024				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	insgesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte[1]										
Bruttobuchwert	722.204	53.383	14.874	615	791.076	676.154	63.836	15.214	609	755.814
Wertminderungen für Kreditausfälle[2]	421	888	4.600	247	6.156	438	736	4.412	213	5.799
davon: Kredite										
Bruttobuchwert	411.254	52.092	14.720	610	478.676	412.480	56.540	14.974	609	484.603
Wertminderungen für Kreditausfälle[2]	409	881	4.513	247	6.049	411	718	4.326	213	5.668
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte										
Beizulegender Zeitwert	43.030	466	147	0	43.644	36.828	5.176	86	0	42.090
Wertminderungen für Kreditausfälle	12	22	14	0	48	12	16	10	0	38
Außerbilanzielle Verpflichtungen										
Bruttobuchwert	321.740	26.678	2.724	21	351.164	313.625	25.983	2.225	7	341.840
Wertminderungen für Kreditausfälle[3]	98	96	196	2	393	106	82	173	0	361

[1] Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten, Barreserven und Zentralbankeinlagen, Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken), Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos), Forderungen aus Wertpapierleihen sowie einzelne Bestandteile der Sonstigen Aktiva

[2] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Ländemisiken in Höhe von 7 Mio. € zum 31. Dezember 2025 und 14 Mio. € zum 31. Dezember 2024

[3] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Ländemisiken in Höhe von 12 Mio. € zum 31. Dezember 2025 und 2 Mio. € zum 31. Dezember 2024

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über die Entwicklung der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte und der zugehörigen Wertberichtigungen für Kreditausfälle in den jeweiligen Berichtsperioden, aufgegliedert nach den Anforderungen des IFRS 9.

Entwicklung der Forderungswerte in der laufenden Berichtsperiode

					31.12.2025
					Bruttobuchwert
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**676.154**	**63.836**	**15.214**	**609**	**755.814**
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft und Kreditverlängerungen	93.571	1.095	1.549	170	96.385
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	4.569	-6.011	1.442	0	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	0	3	-34	0	-31
Modelländerungen	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Abgänge	-23.550	-3.197	-2.697	-167	-31.611
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	0	0	164	0	164
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-26.540	-2.344	-764	3	-29.645
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**722.204**	**53.383**	**14.874**	**615**	**791.076**

N/A - Nicht aussagekräftig

Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten, die einer Wertminderung unterliegen, stiegen 2025 im Wesentlichen in Stufe 1 an:

Die Risikopositionen der Stufe 1 stiegen um 46 Mrd. € oder 7%, was in erster Linie auf den Anstieg in Barreserven und Zentralbankeinlagen zurückzuführen ist sowie der im Rahmen der Wertpapierankaufprogramm-Initative der Bank erworbenen Wertpapiere zur Ausweitung des Portfolios europäischer Staatsanleihen.

Die Risikopositionen der Stufe 2 gingen um 10 Mrd. € oder 16% zurück, hauptsächlich aufgrund einer Heraufstufung von Stufe 2 auf Stufe 1 eines einzelnen großen Kunden in der Region Asien-Pazifik und eines Rückgang in der Privatkundenbank zurückzuführen ist.

Die Risikopositionen der Stufe 3 gingen um 0,3 Mrd. € oder 2% in 2025 zurück, hauptsächlich aufgrund eines Rückgangs in der Privatkundenbank. Dieser Rückgang wurde teilweise durch einen Anstieg im CRE-Portfolio innerhalb der Investmentbank ausgeglichen.

Entwicklung der Forderungswerte in der vorangegangenen Berichtsperiode

					31.12.2024
					Bruttobuchwert
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**686.421**	**55.704**	**12.799**	**806**	**755.731**
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft und Kreditverlängerungen	74.160	934	2.151	-33	77.212
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	-11.475	9.079	2.394	0	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	0	9	-55	0	-46
Modelländerungen	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Abgänge	-86.710	-2.906	-2.598	-180	-92.394
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	0	0	157	0	157
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	13.756	1.016	367	16	15.154
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**676.154**	**63.836**	**15.214**	**609**	**755.814**

N/A - Nicht aussagekräftig

Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten, die einer Wertminderung unterliegen, blieben in 2024 nahezu unverändert:

Die Risikopositionen der Stufe 1 gingen um 11 Mrd. € oder 2% zurück, was in erster Linie auf den Rückgang in Barreserven und Zentralbankeinlagen, teilweise ausgeglichen durch den Anstieg der im Rahmen von Wertpapierpensionsgeschäften erworbenen Wertpapiere.

Die Risikopositionen der Stufe 2 stiegen um 8 Mrd. € oder 15%, was hauptsächlich aufgrund eines einzelnen Großkunden in Corporate & Other und eines Anstieges in der Privatkundenbank, der hauptsächlich auf Resteffekte nach der Postbank Integration zurückzuführen ist.

Die Risikopositionen in Stufe 3 erhöhten sich um 2 Mrd. € oder 16% in 2024, hauptsächlich aufgrund neuer Ausfälle in der Privatkundenbank und Corporate & Others. Letztere bezogen sich auf das CRE-Portfolio.

Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in der laufenden Berichtsperiode

					31.12.2025
				Wertminderungen für Kreditausfälle[3]	
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI[4]	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**438**	**736**	**4.412**	**213**	**5.799**
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft und Kreditverlängerungen	-90	178	1.663	9	1.760
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	119	-85	-35	N/A	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Modelländerungen[5]	-63	91	-155	0	-127
Abgänge[1]	0	0	-1.002	0	-1.002
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	0	0	164	0	164
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	18	-33	-447	25	-437
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**421**	**888**	**4.600**	**247**	**6.156**
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[1]	-34	185	1.473	9	1.633

N/A - Nicht aussagekräftig

[1] Die Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge beinhaltet die Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, die Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen

[3] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 7 Mio. € zum 31. Dezember 2025

[4] Diese Position beinhaltet Abschreibungen für Wertberichtigungen für Kreditausfälle

[4] Der Gesamtbetrag der undiskontierten erwarteten Kreditausfälle beim erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten, die während der Berichtsperiode erworben oder originär kreditgefährdet waren, belief sich auf 74 Mio. € in 2025 und 0 Mio. € in 2024

[5] Modelländerungen spiegeln hauptsächlich die Aktualisierung des LGD-Modells sowie Änderungen des SICR-Modells wider

Die Risikovorsorge für Kreditrisiken bei finanziellen Vermögenswerten zu fortgeführten Anschaffungskosten, die einer Wertminderung unterliegen, erhöhten sich um 358 Mio. € oder 6% in 2025, was hauptsächlich auf Stage 3 zurückzuführen ist:

Die Wertberichtigungen der Stufe 1 sanken um 16 Mio. € oder 4%, was in der ersten Linie auf die Privatkundenbank aufgrund der Reduktion in Forderungswerten zurückzuführen ist. Diese wurden teilweise durch die Anstiege in der Unternehmensbank und in der Investmentbank ausgeglichen.

Die Wertberichtigungen der Stufe 2 stiegen um 152 Mio. € oder 21% hauptsächlich aufgrund der Privatkundenbank und der Investmentbank.

Die Wertberichtigungen der Stufe 3 erhöhten sich um 222 Mio. € oder 5% in 2025, was auf die Neubildungen im CRE-Portfolio innerhalb der Investmentbank und der Privatkundenbank zurückzuführen ist.

Stufe 3-Coverage Ratio (definiert als Wertberichtigung für Kreditausfälle in Stufe 3 (ohne POCI) als Prozentsatz von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bewertet werden in Stufe 3 (ohne POCI)) betrug im laufenden Geschäftsjahr 31%, gegenüber 29% im Vorjahr.

Entwicklung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in der vorangegangenen Berichtsperiode

					31.12.2024
					Wertminderungen für Kreditausfälle[3]
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI[4]	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**447**	**680**	**3.960**	**198**	**5.285**
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft und Kreditverlängerungen	-150	194	1.814	3	1.861
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	128	-128	0	N/A	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Modelländerungen	-2	-7	0	0	-9
Abgänge[1]	0	0	-1.229	0	-1.229
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	0	0	157	0	157
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	15	-3	-290	11	-267
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**438**	**736**	**4.412**	**213**	**5.799**
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[2]	-24	59	1.814	3	1.852

N/A - Nicht aussagekräftig

[1] Die Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge beinhaltet die Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, die Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen

[2] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 14 Mio. € zum 31. Dezember 2024

[3] Diese Position beinhaltet Abschreibungen für Wertberichtigungen für Kreditausfälle

[4] Der Gesamtbetrag der undiskontierten erwarteten Kreditausfälle beim erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten, die während der Berichtsperiode erworben oder originär kreditgefährdet waren, belief sich auf 0 Mio. € in 2024 und 0 Mio. € in 2023

Die Risikovorsorge für Kreditrisiken bei finanziellen Vermögenswerten zu fortgeführten Anschaffungskosten, die einer Wertminderung unterliegen, stieg in 2024 um 513 Mio. € oder 10%, was auf Stufe 3 zurückzuführen ist:

Die Wertberichtigungen der Stufe 1 sanken um 9 Mio. € oder 2%, hauptsächlich durch die Privatkundenbank aufgrund Engagementreduzierung und nahezu ausgeglichen durch die Zuwächse in der Unternehmensbank und Investmentbank.

Die Wertberichtigungen der Stufe 2 stiegen um 56 Mio. € oder 8%, hauptsächlich durch die Privatkundenbank und Unternehmensbank.

Die Wertberichtigungen der Stufe 3 stiegen um 466 Mio. € oder 11%, bedingt durch zusätzliche Belastungen im CRE-Portfolio und in der Unternehmensbank sowie neue Ausfälle in der Privatkundenbank. Letztere wurden weitgehend durch den Verkauf von leistungsgestörten Krediten ausgeglichen.

Stufe 3-Coverage Ratio (definiert als Wertberichtigung für Kreditausfälle in Stufe 3 (ohne POCI) als Prozentsatz von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (AC) bewertet werden in Stufe 3 (ohne POCI)) betrug im laufenden Geschäftsjahr 29%, gegenüber 31% im Vorjahr.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Unternehmensbereichen

31.12.2025

	Bruttobuchwert[1]					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Unternehmensbank	121.313	15.065	2.700	16	137.094	61	109	1.027	-2	1.196
Investmentbank	185.796	10.843	4.418	561	201.618	168	252	794	238	1.453
Privatkundenbank	215.857	28.216	7.161	39	251.272	187	507	2.678	10	3.382
Asset Management	1.374	3	0	0	1.377	-0	0	0	0	-0
Corporate & Other	197.864	1.256	596	0	199.715	5	20	101	0	126
Insgesamt	**722.204**	**53.385**	**14.874**	**615**	**791.076**	**421**	**888**	**4.600**	**247**	**6.156**

[1] Die Zahlen zum Bruttobuchwert pro Geschäftsbereich werden nach einer Neuzuweisung der Barguthaben von den Geschäftsbereichen zu Corporate & Other ausgewiesen

31.12.2024

	Bruttobuchwert[1]					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Unternehmensbank	115.541	12.770	3.015	0	131.326	86	121	1.006	0	1.212
Investmentbank	179.230	12.380	3.462	609	195.682	138	112	714	213	1.176
Privatkundenbank	224.098	30.564	7.864	0	262.526	205	489	2.583	0	3.277
Asset Management	1.213	11	0	0	1.224	-0	0	0	0	0
Corporate & Other	156.072	8.111	873	0	165.057	9	14	110	0	133
Insgesamt	**676.154**	**63.836**	**15.214**	**609**	**755.814**	**438**	**736**	**4.412**	**213**	**5.799**

[1] Die Zahlen zum Bruttobuchwert pro Geschäftsbereich werden nach einer Neuzuweisung der Barguthaben von den Geschäftsbereichen zu Corporate & Other ausgewiesen

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Branchen

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Qualität der Vermögenswerte des Konzerns nach Branche und basiert auf dem NACE-Code der Gegenpartei. NACE (Nomenclature des Activités Économiques dans la Communauté Européenne) ist eine einheitliche europäische Branchenklassifizierung.

										31.12.2025
	Bruttobuchwert					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	323	55	11	1	390	0	1	5	0	7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.661	274	29	0	1.964	2	4	13	0	19
Verarbeitendes Gewerbe	21.660	3.849	1.252	21	26.782	24	42	540	5	610
Energieversorgung	4.103	598	155	0	4.856	4	4	73	0	81
Wasserversorgung	557	129	9	0	675	1	1	5	0	6
Baugewerbe/Bau	4.064	683	208	52	5.008	5	11	70	30	116
Handel	18.514	2.375	981	21	21.891	17	30	457	0	504
Verkehr und Lagerei	4.621	592	274	22	5.309	4	5	78	-0	86
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	2.489	1.008	61	1	3.559	4	10	27	-0	41
Information und Kommunikation	8.102	712	494	0	9.308	10	10	99	0	120
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	373.938	8.435	1.879	142	384.394	93	110	523	59	785
Grundstücks- und Wohnungswesen	32.736	8.998	3.868	143	45.745	45	176	542	80	843
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	8.970	1.045	255	4	10.272	8	19	109	1	137
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	6.157	998	136	7	7.298	6	10	44	3	62
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	38.099	837	505	0	39.442	3	2	23	0	28
Erziehung und Unterricht	169	74	8	0	251	0	1	2	0	3
Gesundheits- und Sozialwesen	3.195	588	133	1	3.917	4	10	23	0	37
Kunst, Unterhaltung und Erholung	714	104	36	0	854	1	3	6	0	10
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	19.290	1.358	374	160	21.182	12	8	155	57	233
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	164.816	20.868	4.207	39	189.931	178	432	1.804	12	2.426
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	8.045	4	0	0	8.048	0	0	0	0	0
Insgesamt	722.204	53.585	14.874	615	791.076	421	888	4.600	247	6.156

31.12.2024

	Bruttobuchwert					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	360	55	12	0	427	0	1	5	0	6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.687	234	4	0	1.926	3	5	3	0	11
Verarbeitendes Gewerbe	21.527	4.582	1.303	32	27.044	23	39	534	2	597
Energieversorgung	5.898	407	210	0	4.515	6	8	77	0	92
Wasserversorgung	527	63	5	0	595	1	1	3	0	4
Baugewerbe/Bau	3.643	713	207	45	4.608	5	8	81	13	106
Handel	18.487	2.453	709	23	21.672	16	26	334	3	378
Verkehr und Lagerei	4.145	829	259	24	5.257	4	4	45	-0	53
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	2.224	386	65	0	2.673	3	5	25	-0	32
Information und Kommunikation	8.220	977	212	0	9.409	11	14	55	0	79
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	344.869	15.962	2.213	133	363.176	130	110	580	50	870
Grundstücks- und Wohnungswesen	35.812	10.860	3.604	173	50.448	18	48	512	88	666
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	5.279	861	223	1	6.364	4	10	89	1	104
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	7.864	1.265	117	24	9.269	8	6	39	8	61
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	23.217	1.018	641	0	24.876	10	3	31	0	44
Erziehung und Unterricht	251	38	7	0	295	0	0	2	0	3
Gesundheits- und Sozialwesen	3.695	453	115	0	4.264	4	10	15	0	29
Kunst, Unterhaltung und Erholung	716	95	11	0	822	0	1	4	0	6
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	16.190	810	419	113	17.532	13	6	144	30	193
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	173.031	21.971	4.879	42	199.924	180	431	1.835	18	2.464
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	711	5	0	0	716	0	0	0	0	0
Insgesamt	**676.154**	**63.856**	**15.214**	**609**	**755.814**	**438**	**756**	**4.412**	**213**	**5.799**

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Regionen

	31.12.2025									
	Bruttobuchwert					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Deutschland	266.754	23.872	4.908	16	295.550	160	426	2.324	-7	2.903
Westeuropa (ohne Deutschland)	177.613	13.040	3.152	351	194.157	122	247	1.103	192	1.664
Osteuropa	11.864	934	97	0	12.895	2	6	43	0	51
Nordamerika	177.465	10.859	5.303	71	193.697	89	180	792	15	1.077
Mittel- und Südamerika	5.351	597	73	0	6.020	3	4	2	0	9
Asien/Pazifik	68.050	2.767	708	73	71.599	34	17	199	1	252
Afrika	4.911	1.066	483	0	6.460	4	3	26	0	34
Sonstige	10.196	247	152	104	10.699	7	4	111	45	167
Insgesamt	**722.204**	**53.383**	**14.874**	**615**	**791.076**	**421**	**888**	**4.600**	**247**	**6.156**

	31.12.2024									
	Bruttobuchwert					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3POCI	Insgesamt
Deutschland	251.984	24.236	4.579	0	280.799	205	447	2.181	-2	2.831
Westeuropa (ohne Deutschland)	158.729	13.601	3.525	321	176.177	117	186	1.114	154	1.572
Osteuropa	8.996	804	205	0	10.004	4	12	38	0	54
Nordamerika	178.548	15.549	4.888	62	199.047	51	70	619	11	752
Mittel- und Südamerika	5.445	459	73	0	5.978	4	2	19	0	25
Asien/Pazifik	61.195	8.423	979	114	70.711	41	15	281	-3	333
Afrika	4.159	530	604	0	5.293	10	3	33	0	46
Sonstige	7.098	234	361	113	7.806	6	2	127	52	186
Insgesamt	**676.154**	**63.836**	**15.214**	**609**	**755.814**	**438**	**736**	**4.412**	**213**	**5.799**

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte nach Ratingklassen

	31.12.2025									
	Bruttobuchwert					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
iAAA–iAA	267.161	655	0	0	267.813	2	1	0	0	3
iA	118.048	828	0	10	118.886	10	3	0	0	12
iBBB	179.141	4.125	0	0	183.266	60	10	0	0	70
iBB	138.078	18.896	0	1	156.975	246	208	0	0	454
iB	19.776	21.945	0	0	41.721	100	378	0	0	478
iCCC und schlechter	0	6.937	14.874	604	22.415	3	289	4.600	247	5.138
Insgesamt	**722.204**	**53.383**	**14.874**	**615**	**791.076**	**421**	**888**	**4.600**	**247**	**6.156**

	31.12.2024									
	Bruttobuchwert					Wertminderungen für Kreditausfälle				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
iAAA–iAA	226.138	7.186	0	0	233.324	2	0	0	0	2
iA	110.279	2.061	0	10	112.351	10	1	0	0	11
iBBB	179.697	7.150	0	0	186.847	54	12	0	0	66
iBB	135.762	20.146	0	0	155.908	246	111	0	0	358
iB	23.090	21.692	0	0	44.782	115	351	0	0	467
iCCC und schlechter	1.188	5.601	15.214	599	22.603	11	260	4.412	213	4.896
Insgesamt	**676.154**	**63.836**	**15.214**	**609**	**755.814**	**438**	**736**	**4.412**	**213**	**5.799**

Die bestehenden Zusagen, neue Gelder an Schuldner des Konzerns in finanziellen Vermögenswerten in Stufe 3 auszugeben, beliefen sich auf 903 Mio. € zum 31. Dezember 2025 und 710 Mio. € zum 31. Dezember 2024.

Gehaltene Sicherheiten zur Absicherung der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte in Stufe 3

	31.12.2025			31.12.2023		
in Mio. €	Brutto-buchwert	Finanzielle und andere Sicherheiten	Erhaltene Garantien	Brutto-buchwert	Finanzielle und andere Sicherheiten	Erhaltene Garantien
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte (Stufe 3)[1]	**14.874**	**6.294**	**1.066**	**15.214**	**6.242**	**1.368**

[1] Stufe 3 beinhaltet hier nur nicht-POCI finanzielle Vermögenswerte

Im Jahr 2025 sanken die Sicherheiten und die Garantien zur Absicherung der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerte in Stufe 3 um 0,3 Mrd. € oder 3%, was hauptsächlich auf die Privatkundenbank zurückzuführen ist.

Aufgrund vollständiger Besicherung hat der Konzern in 2025 für finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten in Stufe 3 in Höhe von 1,8 Mrd. € und in 2024 von 1,6 Mrd. € keine Wertberichtigung gebildet.

Modifizierte Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten

Ein finanzieller Vermögenswert gilt als modifiziert, wenn seine vertraglichen Cashflows neu verhandelt oder anderweitig modifiziert werden. Neuverhandlung oder Modifikation kann zur Ausbuchung des alten und dem Ansetzen des neuen Finanzinstruments führen oder nicht. Dieser Abschnitt umfasst modifizierte finanzielle Vermögenswerte, die nicht ausgebucht wurden.

Wenn unter IFRS 9 die Bedingungen eines finanziellen Vermögenswertes neu verhandelt oder geändert werden und die Änderung nicht zur Ausbuchung führt, wird in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Gewinn oder Verlust als Differenz zwischen den ursprünglichen vertraglichen Cashflows und den mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz (Effective Interest Rate - EIR) abgezinsten modifizierten Cashflows erfasst. Bei modifizierten finanziellen Vermögenswerten spiegelt die Bestimmung, ob sich das Kreditrisiko des Vermögenswertes signifikant erhöht hat, folgenden Vergleich wider:

- Die Ausfallwahrscheinlichkeit bezogen auf die Restlaufzeit zum Stichtag auf Basis der geänderten Konditionen, verglichen mit
- Der Ausfallwahrscheinlichkeit bezogen auf die Restlaufzeit auf Basis der Daten beim erstmaligen Ansatz und auf Basis der ursprünglichen Vertragsbedingungen geschätzt

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über modifizierte Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten aufgegliedert nach IFRS 9 Stufen.

Modifizierte Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten

	31.12.2025					31.12.2024				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insge-samt	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insge-samt
Fortgeführte Anschaffungskosten vor Modifikationen	56	243	268	0	567	0	726	132	0	858
Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund von Modifikationen	-0	3	-34	0	-31	0	9	-55	0	-46

In 2025 verzeichnete die Bank einen Rückgang von 291 Mio. € in den modifizierten Vermögenswerten zu fortgeführten Anschaffungskosten aufgrund von kundenbedingten Modifikationen der Kreditverträge, was auf die Investmentbank und die Privatkundenbank zurückzuführen ist.

In 2025 hat die Bank keine modifizierten Vermögenswerte beobachtet, die auf Stufe 1 hochgestuft wurden. Nachträgliche Verschlechterungen dieser Vermögenswerte in die Stufen 2 und 3 hatte der Konzern nicht zu verzeichnen.

In 2024 hat die Bank keine modifizierten Vermögenswerte beobachtet, die auf Stufe 1 hochgestuft wurden. Nachträgliche Verschlechterungen dieser Vermögenswerte in die Stufen 2 und 3 hatte der Konzern nicht zu verzeichnen.

Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte (FVOCI)

Der beizulegende Zeitwert der wertberichtigungsrelevanten nach IFRS 9, zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerte betrug 44 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 verglichen mit 42 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Die Wertminderung für Kreditausfälle für diese Aktiva blieb auf sehr niedrigem Niveau (48 Mio. € zum 31. Dezember 2025 verglichen mit 38 Mio. € zum 31. Dezember 2024). Aufgrund der Unwesentlichkeit wird keine weitere Aufgliederung der FVOCI Finanzinstrumente vorgenommen.

Außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über den Nominalwert und die Wertminderungen für Kreditausfälle für die außerbilanziellen finanziellen Vermögenswerte im Konzern nach den Anforderungen des IFRS 9.

Entwicklung der Nominalwerte in der laufenden Berichtsperiode

					31.12.2025
					Nominalwert
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**313.625**	**25.985**	**2.225**	**7**	**341.840**
Veränderungen inklusive neuem Geschäft	28.461	322	374	14	29.171
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-1.997	1.719	278	N/A	0
Modelländerungen	N/A	N/A	N/A	N/A	0
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-18.349	-1.346	-152	-0	-19.847
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**321.740**	**26.678**	**2.724**	**21**	**351.164**
davon: Finanzielle Garantien	66.797	11.855	441	0	79.092

N/A - Nicht aussagekräftig

Entwicklung der Nominalwerte in der vorangegangenen Berichtsperiode

					31.12.2024
					Nominalwert
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**292.747**	**23.778**	**2.282**	**8**	**318.814**
Veränderungen inklusive neuem Geschäft	14.542	-662	-25	-0	13.855
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	-2.108	2.215	-107	N/A	-0
Modelländerungen	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	8.444	652	76	-0	9.171
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**313.625**	**25.985**	**2.225**	**7**	**341.840**
davon: Finanzielle Garantien	61.279	11.752	436	0	73.467

N/A - Nicht aussagekräftig

Entwicklung der Wertminderungen für Kreditausfälle in der laufenden Berichtsperiode

					31.12.2025
					Wertminderungen für Kreditausfälle[2]
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**106**	**82**	**173**	**0**	**361**
Veränderungen inklusive neuem Geschäft	-12	25	38	2	53
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	4	-2	-2	N/A	0
Modelländerungen	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-0	-8	-13	0	-21
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**98**	**96**	**196**	**2**	**393**
davon: Finanzielle Garantien	55	47	81	0	184
Risikovorsoge ohne Länderrisikovorsorge[1]	-8	23	36	2	53

N/A - Nicht aussagekräftig

[1] Die obige Tabelle unterteilt die Risikovorsorge in Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen

[2] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 12 Mio. € zum 31. Dezember 2025

Entwicklung der Wertminderungen für Kreditausfälle in der vorangegangenen Berichtsperiode

					31.12.2024
					Wertminderungen für Kreditausfälle[1]
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**117**	**88**	**187**	**0**	**393**
Veränderungen inklusive neuem Geschäft	-22	3	-19	0	-38
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	10	-9	-0	N/A	0
Modelländerungen	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	1	-1	5	0	6
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**106**	**82**	**173**	**0**	**361**
davon: Finanzielle Garantien	67	49	99	0	214
Risikovorsoge ohne Länderrisikovorsorge[2]	-13	-6	-20	0	-38

[1] Die obige Tabelle unterteilt die Risikovorsorge in Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen
[2] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 2 Mio. € zum 31. Dezember 2024

Rechtsansprüche

Vermögenswerte, die der Vollstreckungstätigkeit unterliegen, bestehen aus Vermögenswerten nach vollständiger oder teilweiser Abschreibung, wobei der Konzern weiterhin eine Verwertung des Vermögenswertes anstrebt. Eine solche „Vollstreckungstätigkeit" umfasst zum Beispiel Fälle, in denen die Bank weiterhin Ressourcen (z. B. Rechts-/Kreditrisikomanagement-Bemühungen) für die Wiedereinziehung bereitstellt, entweder über rechtliche Kanäle oder über mit der Eintreibung beauftragte Dritte. Vollstreckungstätigkeiten beziehen sich auch auf Fälle, in denen die Bank offene und nicht abgewickelte Rechtsansprüche hat. Dies ist unabhängig davon, ob mit einer Einziehung der Beträge zu rechnen ist und wie lange die Einziehungsfrist ist. In bestimmten Gerichtsbarkeiten kann es gängige Praxis sein, dass Einziehungsfälle über mehrere Jahre andauern.

Ausstehende Beträge auf Finanzinstrumente, die in der Berichtsperiode abgeschrieben wurden und noch der Zwangsvollstreckung unterliegen, betrugen 277 Mio. € in 2025 und 222 Mio. € in 2024, jeweils hauptsächlich in der Investmentbank.

Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte mit gelockerten Kreditbedingungen (Forborne-Kredite)

Aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen könnte die Bank mit einem Kreditnehmer, der sich derzeit beziehungsweise in absehbarer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten befindet, eine Forbearance-Maßnahme vereinbaren, um die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtung für einen begrenzten Zeitraum zu erleichtern. Für Firmenkunden der Gruppe wird ein individueller Ansatz unter Berücksichtigung der einzelnen Transaktion sowie kundenspezifischer Fakten und Umstände angewandt. Für Konsumentenkredite vereinbart die Gruppe Forbearance-Maßnahmen für einen begrenzten Zeitraum, indem die vollständige oder teilweise Rückzahlung oder zukünftige Ratenzahlungen auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben werden. Allerdings muss der in diesem Zeitraum nicht gezahlte Betrag inklusive aufgelaufener Zinsen zu einem späteren Zeitpunkt wieder ausgeglichen werden. Rückzahlungsoptionen umfassen eine Verteilung auf die Restlaufzeit, eine einmalige Zahlung oder eine Laufzeitverlängerung. Die Möglichkeiten einer Forbearance-Maßnahme sind begrenzt und abhängig von der wirtschaftlichen Situation des Kunden, Risikomanagement-strategien der Gruppe und den örtlichen Gesetzen. Im Falle einer Forbearance-Vereinbarung führt die Bank, wie unten beschrieben, eine Verlusteinschätzung durch, bildet, soweit notwendig, eine Wertberichtigung und berichtet den Kredit anschließend als wertgemindert.

Das Management und Reporting der Bank von Forborne-Krediten folgt den EBA Definitionen für Forbearance und leistungsgestörte Kredite (technische Durchführungsstandards (ITS) für die aufsichtsrechtliche Berichterstattung über Forborne und Non-Performing Bestände gemäß Artikel 99 (4) der Regulierung (EU) No. 575/2013). Sobald die in der ITS genannten Bedingungen erfüllt sind, berichtet der Konzern Kredite als Forborne-Kredite beziehungsweise entfernen Kredite aus dem Forbearance-Bericht, sobald die Aufhebungsbedingungen in der ITS erfüllt sind (d. h. ein Kredit wird nach einer Bewährungszeit von mindestens zwei Jahren wieder auf nicht leistungsgestört hochgestuft, sofern mindestens über die Hälfte der Bewährungszeit regelmäßige, insgesamt nicht immaterielle Zins- und Tilgungszahlungen getätigt wurden und zum Ende der Bewährungszeit keine Forderung gegenüber dem Kunden mehr als 30 Tage überfällig ist).

Forborne-finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten

	31.12.2025						31.12.2024					
	Nicht leistungsgestört		Leistungsgestört			Ins-gesamt	Nicht leistungs-gestört		Leistungsgestört			Ins-gesamt
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3		Stufe 1	Stufe 2	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	
Deutschland	0	1.975	0	14	1.235	3.224	174	2.248	0	4	1.056	3.481
Nicht-Deutschland	72	5.418	0	6	5.415	10.911	93	7.049	0	16	4.687	11.845
Insgesamt	**72**	**7.392**	**0**	**20**	**6.650**	**14.135**	**267**	**9.297**	**0**	**20**	**5.742**	**15.326**

Entwicklung der Forborne-finanziellen Vermögenswerten zu fortgeführten Anschaffungskosten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Bestand am Jahresanfang	**15.326**	**12.464**
Im Jahr als Forborne klassifiziert	6.767	8.572
Aufgehobene Forborne Klassifizierungen im Jahr (einschließlich Rückzahlungen)	-6.836	-6.020
Abschreibungen	-122	-211
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-1.001	521
Bestand am Jahresende	**14.135**	**15.326**

Forborne-Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten sanken um 1,2 Mrd. € oder 8% € in 2025, was größtenteils auf Immobilienengagements innerhalb der Investmentbank und Wealth Management sowie das Privatkundengeschäft innerhalb der Privatkundenbank zurückzuführen war.

Forborne-Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten stiegen um 2,9 Mrd. € oder 23% € in 2024 was größtenteils auf das Immobilienengagements in verschiedenen Geschäftsbereichen zurückzuführen war.

Übernommene Sicherheiten

Die Bank nimmt nur in bestimmten Fällen Sicherheiten in die Bilanz auf, indem die Bank zur Risikominderung dienende Sicherheiten oder andere Kreditverbesserungen in ihr Eigentum nimmt. Die übernommenen Sicherheiten werden in einem geordneten Verfahren oder im Rahmen einer öffentlichen Auktion veräußert. Die Erlöse werden zur Rückzahlung oder Reduzierung ausstehender Verschuldung genutzt. In der Regel nutzt die Bank übernommene Gebäude nicht für ihre geschäftlichen Zwecke.

Übernommene Sicherheiten während der Berichtsperiode

in Mio. €	2025	2024
Gewerbliche Immobilien	47	251
Private Immobilien[1]	1	3
Sonstige	0	0
In der Berichtsperiode übernommene Sicherheiten insgesamt	**49**	**254**

[1] Der Buchwert, der sich in Zwangsvollstreckung befindenden privaten Immobilien belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 19 Mio. € und zum 31. Dezember 2024 auf 17 Mio. €

Der Anstieg in den übernommenen Sicherheiten in 2025 in Höhe von 49 Mio. € sowie 254 Mio. € im Jahr 2024 beziehen sich hauptsächlich auf eine geringe Anzahl zwangsvollstreckter Gewerblicher Immobilien in den USA.

Die in der Tabelle gezeigten übernommenen Immobilien beinhalten keine infolge der Konsolidierung von Securitization Trusts gemäß IFRS 10 übernommenen Sicherheiten. In 2025 übernahm der Konzern jeweils 47 Mio. € Sicherheiten, welche sich auf derartige Trusts beziehen.

Derivate – Bewertungsanpassung

Für Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten nimmt die Bank eine Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, „CVA") beim Ausfallrisiko vor, um erwartete Verluste im Kreditgeschäft abzudecken. Diese Bewertungsanpassung wird bestimmt durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber einem gegebenen Kontrahenten und unter Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, der sich aus Rahmenverträgen ergebenden Aufrechnungseffekte, des erwarteten Verlusts bei Ausfall und des Kreditrisikos basierend auf Marktdaten einschließlich CDS-Spreads.

Behandlung von Kreditausfällen im Derivategeschäft

Anders als in ihrem Standardkreditgeschäft hat die Bank in der Regel mehr Möglichkeiten, das Kreditrisiko bei ihren außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen zu steuern, wenn Veränderungen in den aktuellen Wiederbeschaffungskosten oder das Verhalten ihrer Geschäftspartner auf die Gefahr hindeuten, dass ausstehende Zahlungsverpflichtungen aus den Transaktionen möglicherweise nicht erfüllt werden. In diesen Situationen ist die Bank häufig in der Lage, unter den betreffenden Derivatevereinbarungen, zusätzliche Sicherheiten zu erhalten oder die Derivatetransaktionen kurzfristig zu kündigen und glattzustellen.

Die Rahmenverträge und die damit verbundenen Besicherungsvereinbarungen für OTC-Derivatetransaktionen, die die Bank mit ihren Kunden abschließen, führen in der Regel dazu, dass der Großteil ihres Kreditengagements durch Sicherheiten abgesichert ist. Sie beinhalten auch eine breite Anzahl von standardisierten oder maßgeschneiderten Kündigungsrechten, die es uns ermöglichen, schnell auf den Ausfall eines Kontrahenten oder auf andere Umstände, die auf eine hohe Ausfallwahrscheinlichkeit hindeuten, zu reagieren.

Die vertraglichen Kündigungsrechte der Bank werden von internen Regelungen und Vorgängen mit definierten Rollen und Verantwortlichkeiten unterstützt, die versichern, dass potenzielle Adressenausfallrisiken rechtzeitig identifiziert und adressiert werden. Diese Vorgänge beinhalten notwendige Abwicklungs- und Handelsrestriktionen. Führt die Entscheidung der Bank dazu, dass Derivatetransaktionen beendet werden, so dass eine Nettoverpflichtung des Geschäftspartners verbleibt, strukturiert die Bank die Verpflichtung in eine nicht derivative Forderung um. Diese wird dann im Rahmen ihres regulären Abwicklungsprozesses bearbeitet. Infolgedessen weist die Bank in der Regel in der Bilanz keine leistungsgestörten Derivate aus.

Das Korrelationsrisiko („Wrong-Way Risk") entsteht, wenn das Engagement gegenüber einem Geschäftspartner negativ mit dessen Bonität korreliert ist. Gemäß Artikel 291 (2) und (4) CRR hat die Bank einen monatlichen Korrelationsrisiko-Überwachungsprozess (für ein spezifisches Korrelationsrisiko, generell explizites Korrelationsrisiko auf Länder-, Industrie oder Regionenebene und generell implizite Korrelationsrisiken) etabliert, wobei relevante Engagements aus Transaktionen, die ein Korrelationsrisiko aufweisen, automatisch selektiert und dem verantwortlichen Kreditbetreuer vorgelegt werden. Ein Korrelationsrisikobericht wird dem Senior Management des Kreditrisikos monatlich zugesendet. Ergänzend verwendete die Bank einen etablierten Prozess zur Kalibrierung eines eigenen Alpha-Faktors (wie in Artikel 284 (9) CRR definiert), um das gesamte Korrelationsrisiko in ihrem Derivaten und Wertpapierpensionsgeschäften abzuschätzen. Das Kontrahentenrisiko aus Derivatepositionen der Privat Bank Deutschland ist für den Konzern immateriell und Sicherheiten werden in der Regel in Form von Barsicherheiten gehalten.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Kreditrisikoengagement aus Derivaten

Alle börsengehandelten Derivate werden über zentrale Gegenparteien („CCPs") abgewickelt, deren Richtlinien und Vorschriften tägliche Sicherheitennachschüsse für alle aktuellen und künftigen Risikopositionen vorsehen, welche sich aus diesen Transaktionen ergeben. Die Deutsche Bank nimmt auch bei Transaktionen mit außerbörslich gehandelten Derivaten so weit wie möglich die Abwicklungsleistungen einer zentralen Gegenpartei (außerbörsliche Abwicklung) in Anspruch. Dabei wird von der durch das Abwicklungssystem der zentralen Gegenpartei erzielten Kreditrisikominderung profitiert.

Der Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act („DFA") stellt ein umfangreiches Rahmenwerk für die Regulierung außerbörslich gehandelter Derivate („OTC-Derivate") bereit und regelt unter anderem die Clearingpflicht, Börsenhandel und die Transaktionsberichterstattung für bestimmte OTC-Derivate. Außerdem legt er die Vorschriften für die Registrierung, Kapital, Einschussverpflichtungen, Standards zum Geschäftsgebaren, Aufbewahrungspflichten sowie weitere Anforderungen für Swap Dealers, Security-based Swap Dealers, Major Swap Participants und Major Security-based Swap Participants fest. Die Dodd-Frank Wall Street Reform und die entsprechenden Vorschriften der Commodity Futures Trading Commission („CFTC") fordern in den Vereinigten Staaten verpflichtend eine Abwicklung über eine zentrale Gegenpartei für bestimmte standardisierte außerbörslich abgeschlossene Derivate, u.a. bestimmte Zinsswaps und Index Credit Default Swaps. Einschussverpflichtungen für Derivategeschäfte in den Vereinigten Staaten, die keinem zentralen Clearing unterliegen, wurden im September 2016 eingeführt. Die EU-Verordnung Nr. 648/2012 über außerbörslich gehandelte Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister („EMIR") führte im Jahr 2013 eine Reihe von Techniken zur Risikominderung bei außerbörslich gehandelten Derivatetransaktionen, die keinem zentralen Clearing unterliegen, sowie im Jahr 2014 die Berichterstattung über außerbörslich gehandelte und börsengehandelte Derivate, ein. Das zentrale Clearing für bestimmte standardisierte außerbörslich gehandelte Derivatetransaktionen in der EU wurde im Juni 2016 bindend und die Einschussverpflichtungen für OTC-Derivategeschäfte in der EU, die keinem zentralen Clearing unterliegen, wurden im Februar 2017 eingeführt. Seit Februar 2017 hat die Deutsche Bank Anforderungen für Ersteinschüsse sowie variable Nachschussforderungen mit der ersten Kategorie von Gegenparteien, die EMIR unterliegen, für Derivategeschäfte, die keinem zentralen Clearing unterliegen, in der EU eingeführt.

Die CFTC verabschiedete Regularien zur Implementierung der wichtigsten Regelungen des Dodd-Frank Act. Erst im September 2020 hat die CFTC finale Regularien zur grenzüberschreitenden Anwendung bestimmter U.S.-Swap Regularien erlassen, die auf den grenzübergreifenden Vorgaben von 2013 und den damit verbundenen „No-Action Relief" Schreiben aufbauen und in manchen Fällen ersetzen. Im Oktober 2020, auch in Übereinstimmung mit dem Dodd-Frank Act, hat die CFTC Regularien verabschiedet, um bestimmte Rohstoffe und wirtschaftlich äquivalente Swaps, Futures und Optionen mit Positionslimits zu versehen.

Die Securities and Exchange Commission („SEC") hat ebenfalls Regularien bezüglich der Registrierung, Transaktions-Berichterstattung, Kapital, Einschussverpflichtungen, Risikominderung, Standards zum Geschäftsgebaren, Handelsbestätigungen sowie -verifizierungen, Aufbewahrungspflichten und Finanzberichterstattung sowie grenzüberschreitende Anforderungen für Händler von wertpapierbasierten Swaps und für vorrangig an wertpapierbasierten Swaps Beteiligten ausgearbeitet. Eine Einhaltung dieser Anforderungen ist grundsätzlich ab November 2021 erforderlich.

Zuletzt haben die U.S. Regulierungsbehörden (Federal Reserve, FDIC, das U.S.-Amt für Währungskontrolle (OCC), die Farm Credit Administration und die Federal Housing Finance Agency) finale Regeln zur Festsetzung von Einschussanforderungen für Swaps, die keinem Clearing unterzogen wurden, sowie für wertpapierbasierte Swaps erlassen. Diese sind auf Swap Dealer und Händler von wertpapierbasierten Swaps anzuwenden, die U.S. Regularien (wie die Deutsche Bank) anstelle der Einschussverpflichtungen der CFTC und der SEC unterliegen. Seit September 2016 hat die Deutsche Bank in den Vereinigten Staaten die Bestimmungen für Ersteinschüsse sowie täglichen Nachschussforderungen mit der ersten Kategorie von Gegenparteien, die den U.S.-Regularien für Einschüsse unterliegen, eingeführt. Zusätzliche Bestimmungen für Ersteinschüsse bei kleineren Gegenparteien wurden stufenweise von September 2017 bis September 2022 eingeführt, wobei die relevante Einhaltungsfrist jeweils vom Transaktionsvolumen der Parteien und ihrer Vertragspartner abhängig waren.

In der nachfolgenden Tabelle ist eine Aufgliederung der Nominalbeträge sowie der Marktwerte (brutto) von Forderungen und Verbindlichkeiten aus börsengehandelten und außerbörslich gehandelten Derivaten auf der Grundlage von Clearing-Kanälen aufgeführt.

Nominalbeträge der Derivate, aufgegliedert nach Abwicklungsart und Art der Derivate

31.12.2025

	Nominalbetrag nach Laufzeiten						
in Mio. €	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Nettomarktwert
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	17.041.938	13.931.032	9.541.283	40.514.253	118.098	105.415	12.683
Bilateral (nominal)	3.755.247	2.319.020	1.543.911	7.616.178	94.373	82.403	11.971
CCP (nominal)	13.288.691	11.612.012	7.997.372	32.898.075	23.724	23.012	712
Börsengehandelt	2.911.731	493.686	87	3.405.503	99	125	-26
Zinsbezogen insgesamt	**19.953.668**	**14.424.718**	**9.541.370**	**43.919.755**	**118.196**	**105.540**	**12.656**
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	7.061.584	1.257.976	526.624	8.846.185	96.211	90.949	5.262
Bilateral (nominal)	6.850.895	1.238.176	525.924	8.614.995	93.056	89.730	5.326
CCP (nominal)	210.690	19.800	700	231.190	1.156	1.219	-63
Börsengehandelt	83.825	301	0	84.126	280	310	-30
Währungsbezogen insgesamt	**7.145.409**	**1.258.277**	**526.624**	**8.930.311**	**96.491**	**91.259**	**5.232**
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	26.058	19.183	10.493	55.735	1.794	2.620	-826
Bilateral (nominal)	26.058	19.183	10.493	55.735	1.794	2.620	-826
CCP (nominal)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	182.299	32.150	2.352	216.800	2.220	2.353	-134
Aktien-/indexbezogen insgesamt	**208.357**	**51.333**	**12.845**	**272.534**	**4.013**	**4.973**	**-960**
Kreditderivate							
Außerbörslich	214.471	1.007.267	67.448	1.289.186	16.705	16.926	-220
Bilateral (nominal)	86.663	105.904	27.916	220.483	3.456	3.754	-298
CCP (nominal)	127.808	901.363	39.532	1.068.704	13.250	13.172	78
Börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate insgesamt	**214.471**	**1.007.267**	**67.448**	**1.289.186**	**16.705**	**16.926**	**-220**
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	55.943	809	5.027	61.779	128	362	-234
Bilateral (nominal)	55.943	809	5.027	61.779	128	362	-234
CCP (nominal)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	28.252	2.417	0	30.669	151	144	8
Rohwarenbezogen insgesamt	**84.195**	**3.226**	**5.027**	**92.449**	**279**	**505**	**-226**
Sonstige:							
Außerbörslich	166.974	11.055	76	178.105	6.548	6.598	-49
Bilateral (nominal)	166.892	11.055	76	178.023	6.525	6.539	-14
CCP (nominal)	82	0	0	82	23	58	-35
Börsengehandelt	39.452	1	0	39.452	215	198	17
Sonstige insgesamt	**206.425**	**11.056**	**76**	**217.557**	**6.763**	**6.796**	**-32**
Außerbörslich insgesamt	**24.566.968**	**16.227.322**	**10.150.951**	**50.945.242**	**239.485**	**222.869**	**16.616**
Summe Geschäftsvolumen bilateral	10.939.698	3.694.147	2.113.347	16.747.192	201.332	185.407	15.924
Summe Geschäftsvolumen CCP	13.627.270	12.533.176	8.037.604	34.198.050	38.153	37.462	691
Börsengehandelt insgesamt	**3.245.558**	**528.554**	**2.438**	**3.776.550**	**2.965**	**3.130**	**-165**
Insgesamt	27.812.526	16.755.876	10.153.389	54.721.792	242.449	225.998	16.451
Positive Marktwerte nach Aufrechnungsvereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten	0	0	0	0	25.299	0	0

31.12.2024

	Nominalbetrag nach Laufzeiten						
in Mio. €	Bis 1 Jahr	> 1 Jahr ≤ 5 Jahre	Über 5 Jahre	Insgesamt	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Netto-marktwert
Zinsbezogen:							
Außerbörslich	15.951.107	14.364.208	9.997.538	40.312.853	122.114	111.053	11.061
Bilateral (nominal)	2.396.075	2.537.847	1.557.885	6.491.807	98.528	88.114	10.414
CCP (nominal)	13.555.032	11.826.361	8.439.653	33.821.046	23.586	22.939	647
Börsengehandelt	3.292.886	498.496	590	3.791.972	239	268	-29
Zinsbezogen insgesamt	**19.243.992**	**14.862.704**	**9.998.128**	**44.104.825**	**122.353**	**111.321**	**11.032**
Währungsbezogen:							
Außerbörslich	7.718.689	1.225.552	508.959	9.453.000	147.876	144.688	3.188
Bilateral (nominal)	7.496.403	1.209.689	508.809	9.214.900	144.648	141.847	2.800
CCP (nominal)	222.287	15.664	150	238.100	3.228	2.841	388
Börsengehandelt	78.320	0	0	78.320	384	477	-93
Währungsbezogen insgesamt	**7.797.010**	**1.225.552**	**508.959**	**9.531.321**	**148.260**	**145.165**	**3.095**
Aktien-/indexbezogen:							
Außerbörslich	22.675	9.048	15.544	47.268	1.332	2.741	-1.409
Bilateral (nominal)	22.675	9.048	15.544	47.268	1.332	2.741	-1.409
CCP (nominal)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	174.707	28.489	2.348	205.544	1.818	1.827	-9
Aktien-/indexbezogen insgesamt	**197.382**	**37.537**	**17.892**	**252.812**	**3.150**	**4.568**	**-1.418**
Kreditderivate							
Außerbörslich	278.974	896.712	73.668	1.249.354	15.609	14.322	1.288
Bilateral (nominal)	87.962	96.506	28.063	212.531	3.366	2.186	1.180
CCP (nominal)	191.012	800.206	45.605	1.036.823	12.243	12.136	107
Börsengehandelt	0	0	0	0	0	0	0
Kreditderivate insgesamt	**278.974**	**896.712**	**73.668**	**1.249.354**	**15.609**	**14.322**	**1.288**
Rohwarenbezogen:							
Außerbörslich	11.516	34.566	1.448	47.530	226	160	66
Bilateral (nominal)	11.516	34.566	1.448	47.530	226	160	66
CCP (nominal)	0	0	0	0	0	0	0
Börsengehandelt	34.816	2.645	0	37.461	168	169	-1
Rohwarenbezogen insgesamt	**46.132**	**37.211**	**1.448**	**84.791**	**394**	**329**	**65**
Sonstige:							
Außerbörslich	155.369	7.012	151	162.521	2.339	2.355	-16
Bilateral (nominal)	155.313	7.012	151	162.476	2.336	2.313	23
CCP (nominal)	45	0	0	45	3	42	-39
Börsengehandelt	18.687	0	0	18.687	31	24	7
Sonstige insgesamt	**174.045**	**7.012**	**151**	**181.208**	**2.370**	**2.379**	**-9**
Außerbörslich insgesamt	**24.138.119**	**16.536.899**	**10.597.308**	**51.272.526**	**289.497**	**275.319**	**14.177**
Summe Geschäftsvolumen bilateral	10.169.744	3.894.668	2.111.900	16.176.312	250.436	237.362	13.075
Summe Geschäftsvolumen CCP	13.968.376	12.642.251	8.485.408	35.096.014	39.060	37.958	1.103
Börsengehandelt insgesamt	**3.599.416**	**529.630**	**2.938**	**4.131.984**	**2.640**	**2.766**	**-126**
Insgesamt	27.737.535	17.066.528	10.600.247	55.404.510	292.137	278.085	14.052
Positive Marktwerte nach Aufrechnungs-vereinbarungen und erhaltenen Barsicherheiten	0	0	0	0	27.592	0	0

Beteiligungen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte der Beteiligungen, gegliedert nach Handels- und Nichthandelspositionen für den jeweiligen Berichtstermin. Die Deutsche Bank steuert ihre Positionen innerhalb des Marktrisikos und anderer angemessener Risikorahmenwerke.

Zusammensetzung der Beteiligungen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Gehandelte Beteiligungen	1.852	2.753
Nichtgehandelte Beteiligungen[1]	2.044	2.052
Beteiligungen insgesamt	**3.896**	**4.806**

[1] Enthält Beteiligungen in Investmentfonds in Höhe von 49 Mio. € zum 31. Dezember 2025 und 70 Mio. € zum 31. Dezember 2024.

Zum 31. Dezember 2025 umfassten die gehandelten Beteiligungen des Konzerns vor allem Bestände aus dem Geschäftsbereich Investmentbank in Höhe von 1,6 Mrd. € verglichen mit 2,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2024.

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Handelsaktivitäten

Value-at-Risk-Werte der Handelsbereiche des Deutsche Bank-Konzerns

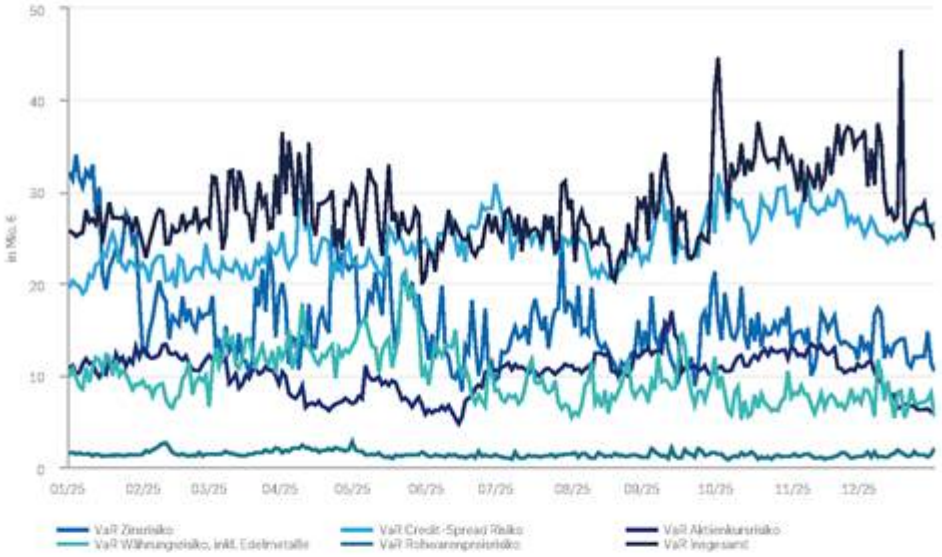
Die nachfolgenden Tabellen und die Grafik zeigen die Value-at-Risk-Werte der Handelsbereiche des Konzerns unter Benutzung des historischen Simulationsmodells. Die Werte werden mit einem Konfidenzniveau von 99% und einer Haltedauer von einem Tag berechnet.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten[1]

	Insgesamt		Diversifikationseffekt		Zinsrisiko		Credit-Spread Risiko		Aktienkursrisiko		Währungsrisiko[2]		Rohwarenpreisrisiko	
in Mio. €	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Durchschnitt	28,3	31,4	-33,5	-41,2	16,0	26,9	24,5	22,9	10,2	10,2	9,7	11,6	1,4	1,0
Maximum	45,5	60,6	-10,5	-27,2	34,0	55,1	31,9	35,5	17,0	15,6	21,3	19,0	2,8	1,8
Minimum	20,0	19,0	-50,1	-56,2	8,5	13,4	18,9	17,6	4,7	6,2	5,2	6,3	0,8	0,3
Periodenende	24,8	24,9	-26,1	-48,3	10,5	31,3	26,6	19,5	6,3	10,8	5,5	10,1	2,0	1,5

[1] Die Werte für 2025 beziehen sich auf den 31. Dezember 2025 und die Werte für 2024 auf den 31. Dezember 2024.
[2] Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

Entwicklung des Value-at-Risk (unter historischer Simulation) nach Risikoarten in 2025



Der durchschnittliche Value-at-Risk im Jahr 2025 betrug 28 Mio. €, was einem Rückgang von 3,1 Mio. € gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 2024 entspricht.

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der Inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert des Stichtags und des Durchschnittswerts der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag.

Durchschnittlicher, Maximaler und Minimaler Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9% und einem Anlagehorizont von einem Jahr)[1,2]

	Insgesamt		Credit Trading		Global Rates		Emerging Markets		Sonstige	
in Mio. €	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Durchschnitt	549	605	129	192	213	210	288	206	-80	-3
Maximum	843	756	201	247	375	376	630	350	-25	49
Minimum	415	501	45	95	129	125	197	143	-174	-54
Periodenende	452	501	166	177	160	125	219	229	-93	-30

[1] Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 31. Dezember 2025 beziehungsweise am 31. Dezember 2024 endete.
[2] Alle Liquiditätshorizonte sind auf 12 Monate festgelegt.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag betrug 452 Mio. € zum Jahresende 2025, was einem Rückgang von 49 Mio. € (10%) gegenüber Ende 2024 entspricht. Die Veränderung wurde durch geringere Risikopositionen im Bereich Global Rates und Emerging Markets angetrieben.

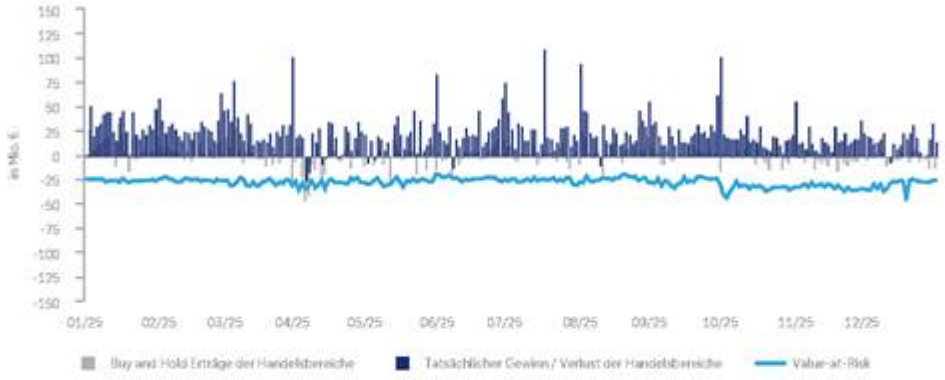
Ergebnisse des Aufsichtsrechtlichen Backtestings des Trading Market Risk

Im Jahr 2025 beobachtete der Konzern zwei Ausreißer, bei denen der Verlust auf Buy-and-Hold-Basis den Value-at-Risk der Handelsbücher überstieg. Die Ausreißer Anfang April 2025 waren auf eine erhöhte Marktvolatilität zurückzuführen, die auf die Ankündigungen der U.S.-Regierung zu Handelszöllen zurückzuführen war. Im aktuellen 1-Jahres-Zeitraum gab es keine tatsächlichen negativen Ausreißer bei Gewinn und Verlust.

Das folgende Schaubild zeigt die täglichen Buy-and-Hold-Erträge und die tatsächlichen Gewinne/Verluste der Handelsbereiche im Vergleich zum Value-at-Risk zum Ende des vorangegangenen Geschäftstages für die Handelstage des Berichtszeitraums. Der Value-at-Risk wird in negativen Beträgen dargestellt, um den geschätzten potenziellen Verlust der Handelspositionen visuell mit den Buy-and-Hold-Handels-Ergebnissen vergleichen zu können. Die Beträge sind in Mio. € angegeben. Das Schaubild zeigt, dass die Handelseinheiten ein positives Buy-and-Hold-Handelsergebnis an 55% der

Handelstage in 2025 erzielt haben. Des Weiteren werden die Ausreißer im Konzern in 2025 aufgezeigt

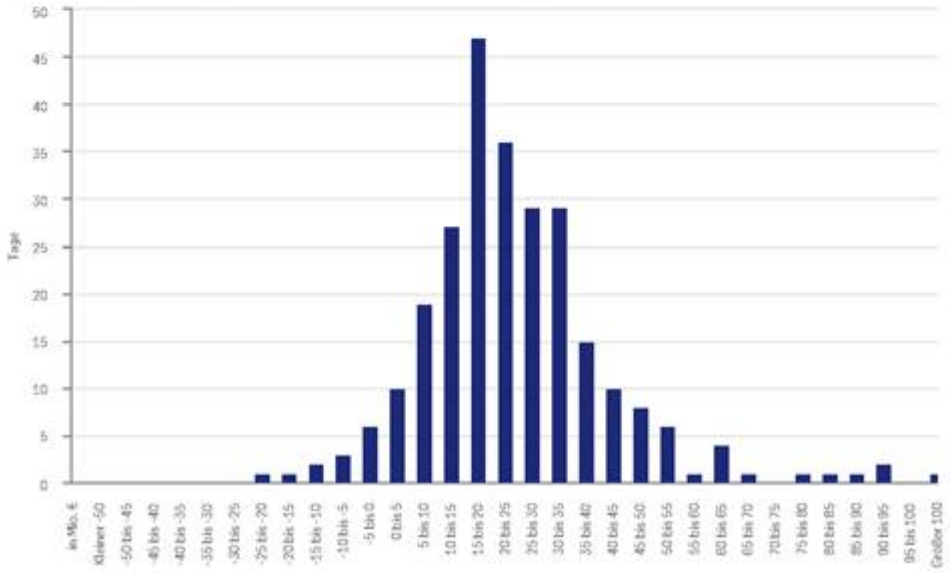
EU MR4 – Vergleich der VAR-Schätzwerte mit Gewinnen/Verlusten



Tägliche Erträge der Handelsbereiche des Konzerns

Das folgende Balkendiagramm zeigt die Verteilung der tatsächlichen täglichen Erträge der Handelsbereiche des Konzerns. Das tägliche Ergebnis ist definiert als Gesamtergebnis, welches durch neue Handelsgeschäfte, Gebühren und Provisionen, „Buy-and-Hold"-Erträge, Reserven, „Carry" und andere Erträge erzielt wird. Die Balkenhöhe gibt die Anzahl der Handelstage an, an denen der auf der horizontalen Achse in Mio. € angegebene Handelsertrag erzielt wurde.

Verteilung der täglichen Erträge der Handelsbereiche des Konzerns in 2025



Im Jahr 2025 erzielten die Handelsbereiche an 95% der Handelstage einen positiven Ertrag (im Vergleich zu 95% im Jahr 2024).

Risikopositionswerte des Marktrisikos aus Nichthandelsaktivitäten

Ökonomischer Kapitalbedarf für nicht handelsbezogenen Marktrisikoportfolios

Die folgende Tabelle zeigt den ökonomischen Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisikoportfolios nach Risikoart:

Ökonomischer Kapitalbedarf nach Risikoart

	Ökonomischer Kapitalbedarf	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Zinsrisiko	1.308	2.770
Bonitätsaufschlagsrisiko	772	184
Aktien- und Beteiligungsrisiko	1.272	1.172
Währungsrisiko	4.461	1.665
Pensionsrisiko	331	944
Guaranteed Funds	103	100
Nichthandelsportfolios insgesamt	**8.247**	**6.835**

Die Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs berücksichtigt Diversifikationseffekte zwischen den einzelnen Risikoarten.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für nicht handelsbezogene Marktrisiken betrug 8,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 und war damit 1,4 Mrd. € höher als der Ökonomische Kapitalbedarf zum Jahresende 2024. Der Anstieg wurde hauptsächlich durch die in dem Abschnitt „Steuerung des Marktrisikos" beschriebenen Modelländerungen verursacht. Insbesondere erhöhte sich der Ökonomische Kapitalbedarf für FX Risiken aufgrund der Anwendung einer konservativeren Skalierung des Liquiditätshorizonts im überarbeiteten Modellansatz. Dies wurde teilweise durch einen geringeren Ökonomische Kapitalbedarf für Zinsrisiken ausgeglichen, nachdem im zentralen Ökonomischen Kapitalbedarf Modell der Übergang von einer Monte Carlo basierten Methodik zu einer historischen simulationsbasierten Methodik erfolgte.

- Zinsrisiko: Ökonomischer Kapitalbedarf für Zinsrisiken im Bankbuch, einschließlich Zinsanpassungsrisiken, Basisrisiken und Optionsrisiken, wie das Risiko der Veränderung von Kundenverhalten bei modellierten Sichteinlagen und das Risiko vorzeitiger Kredittilgungen; am 31. Dezember 2025 betrug der Ökonomische Kapitalbedarf für Zinsrisiken 1,3 Mrd. € gegenüber 2,8 Mrd. € am 31. Dezember 2024
- Credit-Spread-Risiken: Ökonomischer Kapitalbedarf für Portfolios im Bankbuch mit Credit-Spread-Risiken; der Ökonomischer Kapitalbedarf belief sich zum 31. Dezember 2025 auf 772 Mio. € gegenüber 184 Mio. € zum 31. Dezember 2024.
- Aktien- und Beteiligungsrisiken: Ökonomischer Kapitalbedarf für Marktrisiken aus aktienbasierten Vergütungsplänen und aus nicht konsolidierten Beteiligungen; der Ökonomische Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2025 betrug 1,3 Mrd. € verglichen mit 1,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024
- Währungsrisiken: Das Währungsrisiko entsteht überwiegend aus strukturellen Währungspositionen, die der Konzern eingeht, um die Veränderung der Kapitalquote bei sich verändernden Wechselkursen gering zu halten; der Ökonomische Kapitalbedarf betrug 4,5 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 versus 1,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2024
- Pensionsrisiken: Das Risiko resultiert aus leistungsdefinierten Versorgungszusagen inklusive Zinsrisiko und Inflationsrisiko, Credit-Spread-Risiken, Aktienkursrisiko und Langlebigkeitsrisiko; der Ökonomische Kapitalbedarf zum 31. Dezember 2025 betrug 0,3 Mrd. € verglichen mit 0,9 Mrd. € zum 31. Dezember 2024
- Guaranteed Funds-Risiken: Asset Management verwaltet garantierte Fonds, bei denen der Konzern die Rückzahlung des vollen oder teilweisen Nominalbetrages bei Endfälligkeit garantiert. Das Risiko für den Konzern als Garantiegeber tritt ein, falls der Nettoinventarwert des zugrundeliegenden Fonds zu dem jeweiligen Garantiedatum niedriger als der garantierte Betrag ist. Der Ökonomische Kapitalbedarf betrug 103 Mio. € zum 31. Dezember 2025 gegenüber 100 Mio. € zum 31. Dezember 2024.

Zinsrisiken im Bankbuch

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderung des Barwertes der Bankbuchpositionen und des Nettozinsergebnisses des Konzerns bei Verschiebungen der Zinsstrukturkurven innerhalb der sechs von der EBA vorgegebenen Standardszenarien:

Barwertiges Zinsrisiko und Veränderung des Nettozinsergebnisses im Bankbuch für die EBA Standardszenarien

	Delta EVE		Delta NII[1]	
in Mrd. €	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Paralleler Anstieg	-6,7	-5,8	0,0	0,2
Paralleler Abstieg	1,4	1,3	-0,6	-0,7
Steepener Schock	-0,7	-0,8	-0,0	-0,1
Flattener Schock	-0,8	-0,7	-0,1	-0,0
Short rates Anstieg	-2,5	-2,1	-0,1	0,0
Short rates Abstieg	0,8	0,6	-0,4	-0,6
Maximum	**-6,7**	**-5,8**	**-0,6**	**-0,7**

in Mrd. €	31.12.2025	31.12.2024
Kernkapital	**60,8**	**60,8**

[1] Veränderung des Nettozinsergebnisses (Delta NII) zeigt den Unterschied zwischen vorhergesagtem Zinsergebnis bei den jeweiligen Szenarien gegenüber market implied Zinskurven. Sensitivitäten basieren auf der Annahme einer statischen Bilanz und konstanten Währungskursen, ohne Handelsbuchpositionen und DWS. Die Zahlen enthalten keine Mark to Market (MtM)/Other Comprehensive Income (OCI) Effekte auf zentral gesteuerten Positionen, die nicht die Voraussetzungen für ein Hedge Accounting erfüllen.

Der maximale Verlust des Barwertes der Bankbuchpositionen belief sich zum 31. Dezember 2025 auf -6,7 Mrd. € gegenüber -5,8 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Dieser maximale Verlust des Barwertes der Bankbuchpositionen zum 31. Dezember 2025 entspricht 11,0% des Tier 1 Kapitals.

Der maximale Verlust des Barwertes der Bankbuchpositionen aufgrund einer parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve um +200 Basispunkte über alle Währungen, wie von der BaFin definiert, betrug 6,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 und machte 9,8% des Eigenkapitals aus.

Der Anstieg im maximalen Verlust des Barwertes der Bankbuchpositionen für das Zinsszenario „Paralleler Anstieg" resultierte aus Änderungen in den Risikomanagementpositionen im Treasury Portfolio des Konzerns zur Absicherung von Ertragsrisiken aus dem Eigenkapital sowie in den Privatkundenbank und Unternehmensbank Portfolios der Bank. Die Strategie in den Absicherungsgeschäften ist in Einklang mit dem Ziel den Nettozinsertrag zu stabilisieren sowie dem Rahmen der Deutschen Bank für die Risikosteuerung von Zinsrisiken im Bankbuch.

Der maximale Einjahres-Verlust aus dem Nettozinsergebnis im Zinsszenario „Paralleler Abstieg" belief sich zum 31. Dezember 2025 auf -0,6 Mrd. € gegenüber -0,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2024.

Der maximale Verlust des Nettozinsergebnisses im Szenario „Paralleler Abstieg" blieb, in Einklang mit der Strategie den Nettozinsertrag zu stabilisieren, nahezu unverändert.

Die folgende Tabelle zeigt die Veränderung des Barwertes der Bankbuchpositionen bei Zinsschocks nach unten und oben für einzelne Währungen:

Barwertiges Zinsrisiko im Bankbuch für einzelne Währungen

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mrd. €	Paralleler Anstieg	Paralleler Abstieg	Paralleler Anstieg	Paralleler Abstieg
EUR	-5,8	1,2	-5,1	1,2
USD	-0,8	0,4	-0,7	0,4
Sonstige	-0,1	-0,2	-0,0	-0,3
Gesamt	**-6,7**	**1,4**	**-5,8**	**1,3**

Risikopositionswerte des Liquiditätsrisikos

Refinanzierung und Kapitalmarktemissionen

Im Jahr 2025 traten mehrere makroökonomische Probleme auf und belasteten die Märkte, darunter die Ankündigung von U.S.-Zöllen im April, politische Unsicherheiten in Frankreich, anhaltender Inflationsdruck und geopolitische Spannungen im Nahen Osten. Trotz spürbarer Auswirkungen reichten diese Ereignisse nicht aus, um die Risikobereitschaft der Anleger einzudämmen. Vor diesem Hintergrund hat sich die Bank im Marktumfeld gut behauptet und ihre Emissionstätigkeit in Höhe von 18,7 Mrd. € erfolgreich abgeschlossen. Dieses Volumen ist im Einklang mit der Prognose der Bank, das Jahr am oberen Ende einer Spanne von 15 bis 20 Mrd. € abzuschließen.

Im Gegensatz zu den Marktsorgen zeigten die Kreditmärkte trotz der zahlreichen Störungen eine konstruktive Performance, wobei die breiteren Indizes im Vergleich zum Jahresende 2024. enger gehandelt wurden. Die Deutsche Bank setzte ihre starke idiosynkratische Performance im Jahr 2025 fort. Im Durchschnitt handelt die Deutsche Bank 8 Basispunkte weiter als die Mitbewerber bei nicht nachrangigen Schuldverschreibungen und 14 Basispunkte weiter als die Mitbewerber (Societe Generale, Barclays, BNP, UBS) bei Kapitalinstrumenten, +10 / -17 Basispunkte im Jahresvergleich.

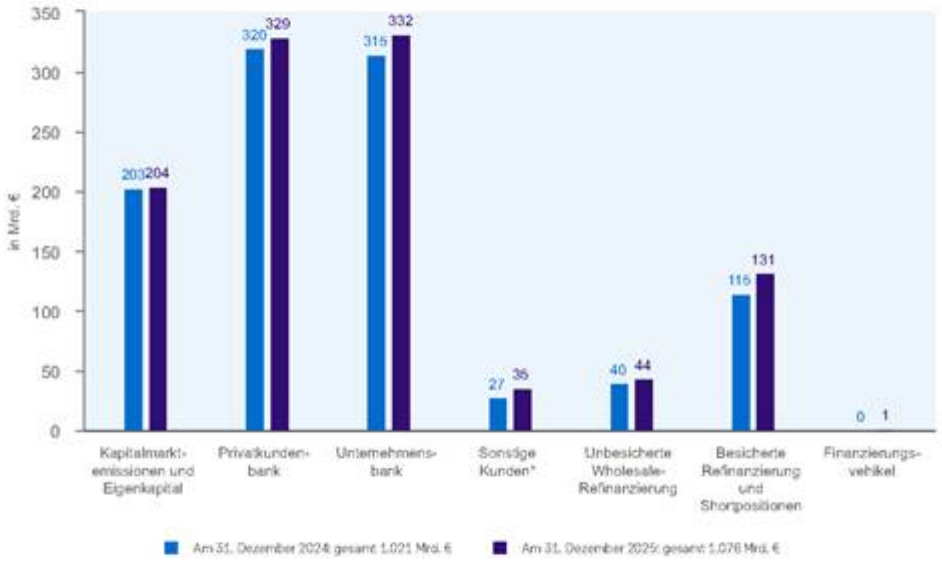
Das Gesamtemissionsvolumen von 18,7 Mrd. € verteilt sich wie folgt: 2,5 Mrd. € Kapitalemissionen, 11,0 Mrd. € vorrangige, nicht bevorrechtigte Emissionen, 4,8 Mrd. € vorrangige, bevorrechtigte Emissionen und 0,4 Mrd. € aus gedeckten Anleihen. Aus Währungssicht setzte sich das Emissionsvolumen wie folgt zusammen: Euro (9,8 Mrd. €), U.S.-Dollar (7,1 Mrd. €), Japanischer Yen (0,5 Mrd. €), Britisches Pfund (0,6 Mrd. €) und andere Währungen aggregiert (0,7 Mrd. €). Die Anlegerbasis der Gruppe für 2025 umfasste Vermögensverwalter und Pensionskassen (63,3%), Banken (11%), Privatkunden (3,2%), Versicherungskonzerne (5,2%), sonstige institutionelle Anleger (11%), Regierungen und Agenturen (4%), und Sonstige Anleger (1,7%). Die geographische Aufteilung teilte sich wie folgt auf Deutschland (15,0%), das übrige Europa (44,0%), die USA (29,0%), Asien/Pazifik (8,0%) und Sonstige (4,0%) auf. Der durchschnittliche Spread der Emissionen über den 3-Monats-Euribor/RFR (risikofreien Zinssatz) betrug 0,0095 Basispunkte für das Gesamtjahr. Die durchschnittliche Laufzeit betrug 4,8 Jahre. Die Gruppe emittierte pro Quartal folgende Volumina: erstes Quartal: 6,0 Mrd. €, zweites Quartal: 4,7 Mrd. €, drittes Quartal: 4,4 Mrd. € und viertes Quartal: 4,4 Mrd. €.

Der Emissionsplan der Deutschen Bank für 2026 liegt bei 10-15 Mrd. €. Der Fokus wird auf die Emission von vorrangigen, nicht bevorrechtigten Anleihen sowie Kapitalinstrumenten gelegt. Vorrangige, bevorrechtigte Emissionen werden primär mittels Privatplatzierungen emittiert. Die Gruppe plant weiterhin einen Teil dieser Refinanzierung in U.S.-Dollar aufzunehmen und erwägt Währungsswaps abschließen, um den verbleibenden Finanzierungsbedarf abzudecken. Die gesamten Kapitalmarktfälligkeiten der Bank, ohne rechtlich ausübbare Kaufoptionen, belaufen sich auf rund 14 Mrd. €. Darüber hinaus hat die Bank im Jahr 2025 strukturierte Emissionen in Höhe von rund 7,7 Mrd. € begeben und plant in 2026 ~ 7.3 Mrd. € zu begeben. Hierfür ist der Fixed Income - Bereich zuständig und diese Emissionen sind nicht im Treasury Emissionsplan enthalten.

Diversifizierung der Finanzierungsmittel

Im Laufe von 2025 stieg das Gesamtrefinanzierungsvolumen um 55,3 Mrd. € von 1.020,9 Mrd. € per 31. Dezember 2024 auf 1.076,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2025. Die Volumina in der Unternehmensbank nahmen um 16,8 Mrd. € zu, während die Privatkundenbank ein Wachstum von 8,9 Mrd. € verzeichnete. In beiden Segmenten war das Wachstum überwiegend auf Sichteinlagen zurückzuführen. Das unbesicherte Refinanzierungsvolumen an Wholesale Märkten ist um 4,6 Mrd. € gestiegen, was insbesondere auf neue Commercial Paper Emissionen zurückzuführen war. Die Volumina aus besicherten Refinanzierungen und Shortpositionen sind um 16,1 Mrd. € gestiegen. Dies war insbesondere durch höhere Wertpapierpensionsgeschäfte bedingt. Die Position Eigenkapital und Kapitalmarktemissionen ist im Jahresvergleich leicht um insgesamt 0,7 Mrd. € gestiegen. Während die Eigenkapital-Position um 0,6 Mrd. € gestiegen ist, haben sich die langfristigen Kapitalmarktemissionen um 0,1 Mrd. € erhöht. Das zugrundeliegende Wachstum von strukturierten Emissionen durch den Fixed Income Bereich wurde durch einen Rückgang an Kapitalmarktemissionen in Treasury kompensiert. Darüber hinaus war ein Anstieg von 8,1 Mrd. € bei Sonstigen Kunden auf höhere langfristige Verbindlichkeiten zurückzuführen, welcher durch Wachstum in ETF-Strukturen getrieben wurde.

Zusammensetzung externer Finanzierungsquellen



* „Sonstige Kunden" enthalten treuhänderische Einlagen, X-Markets Schuldverschreibungen sowie Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

Hinweis: Abgleich zur Bilanzsumme von 1.435,1 Mrd. € (1.387,2 Mrd. €): Derivate und Abwicklungssalden 277,7 Mrd. € (288,8 Mrd. €), Aufrechnungseffekte für Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (auf Nettobasis) 46,6 Mrd. € (42,2 Mrd. €), sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 34,5 Mrd. € (35,3 Mrd. €), jeweils zum 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024.

Fälligkeiten von unbesicherter Wholesale-Refinanzierung, ABCP und Kapitalmarktemissionen[1]

31.12.2025

in Mio. €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischensumme weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	1.027	476	77	450	2.029	102	0	2.132
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	12.662	2.954	2.406	4.695	22.717	1.041	73	23.831
CDs und CP	4.929	2.524	2.491	5.290	15.234	1.793	1.408	18.436
ABCP	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht bevorrechtigte vorrangige Schuldtitel	1.239	1.967	1.335	7.730	12.270	11.754	31.268	55.272
Bevorrechtigte vorrangige Schuldtitel	1.758	1.115	866	611	4.348	2.287	8.353	14.988
Vorrangige strukturierte Verbindlichkeiten	151	675	899	1.143	2.867	2.592	25.663	31.122
Besicherte Schuldverschreibungen	505	126	1.334	1.317	3.282	1.927	8.389	13.598
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	1.262	1.989	1.279	4.530	4.897	10.886	20.313
Sonstige	53	0	0	0	53	0	0	53
Insgesamt	**22.325**	**11.096**	**11.397**	**22.515**	**67.331**	**26.372**	**86.040**	**179.743**
Davon:								
Besichert	21.818	10.971	10.063	21.197	64.049	24.445	77.651	166.145
Unbesichert	21.812	10.964	10.057	21.170	64.002	23.224	77.530	164.756

[1] Beinhaltet zusätzliche AT1-Anleihen, die als zusätzliche Eigenkapitalbestandteile in der Bilanz ausgewiesen werden. Verbindlichkeiten mit Kündigungsrechten werden mit ihrem rechtlich frühestmöglichen Kündigungstermin eingestellt. Über die Eintrittswahrscheinlichkeit einer derartigen Kündigung werden keine Annahmen getroffen. Die Kapitalmarktemissionen wurden nach Elimination der eigenen Verbindlichkeiten dargestellt.

Das Gesamtvolumen an unbesicherten Wholesale-Refinanzierungen, ABCP und Kapitalmarktemissionen, die innerhalb eines Jahres fällig werden, beläuft sich zum 31. Dezember 2025 auf 67 Mrd. € und sollte im Zusammenhang mit liquiden Aktiva von hoher Qualität (HQLA) in Höhe von 260 Mrd. € betrachtet werden.

31.12.2024

in Mio. €	Nicht mehr als 1 Monat	Mehr als 1 Monat, aber nicht mehr als 3 Monate	Mehr als 3 Monate, aber nicht mehr als 6 Monate	Mehr als 6 Monate, aber nicht mehr als 1 Jahr	Zwischensumme weniger als 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr, aber nicht mehr als 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Insgesamt
Einlagen von Banken	829	697	1.294	1.277	4.098	56	0	4.153
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	3.106	7.919	4.698	5.396	21.119	2.251	1.013	24.363
CDs und CP	1.107	3.623	2.647	3.688	11.064	10	117	11.190
ABCP	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht bevorrechtigte vorrangige Schuldtitel	239	1.467	1.788	5.190	8.685	12.054	33.279	54.018
Bevorrechtigte vorrangige Schuldtitel	171	360	1.681	1.712	3.925	4.442	7.930	16.294
Vorrangige strukturierte Verbindlichkeiten	239	793	1.029	1.581	3.442	2.187	20.094	25.725
Besicherte Schuldverschreibungen	765	343	225	757	2.091	3.301	10.163	15.554
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	1.264	3.945	1.190	6.399	4.239	12.991	23.630
Sonstige	49	0	0	0	49	0	7	57
Insgesamt	**6.505**	**16.468**	**17.507**	**20.591**	**60.870**	**28.519**	**85.593**	**174.982**
Davon:								
Besichert	765	343	225	757	2.091	3.301	10.163	15.554
Unbesichert	5.740	16.124	17.081	19.834	58.779	25.218	75.430	159.428

Die folgende Tabelle zeigt den Währungsaufriss der kurzfristigen unbesicherten Wholesale-Refinanzierungen, der ABCP-Refinanzierung und der Kapitalmarktemissionen der Gruppe.

Unbesicherten Wholesale-Refinanzierung, ABCP und der Kapitalmarktemissionen nach Währungen

	31.12.2025					31.12.2024				
in Mio. €	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt	in EUR	in USD	in GBP	in anderen Währungen	Insgesamt
Einlagen von Banken	320	1.341	48	0	1.709	629	2.585	40	902	4.155
Einlagen von sonstigen Wholesale-Kunden	8.291	12.923	147	0	21.361	7.722	13.836	264	2.542	24.365
CDs und CP	8.031	10.145	0	0	18.176	3.695	7.230	0	266	11.190
ABCP	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht bevorrechtigte vorrangige Schuldtitel	26.552	23.502	1.904	3.513	55.272	23.485	24.505	2.167	3.862	54.018
Bevorrechtigte vorrangige Schuldtitel	7.712	5.071	17	2.188	14.988	8.919	5.390	15	1.970	16.294
Vorrangige strukturierte Verbindlichkeiten	13.574	14.784	44	2.720	31.122	10.704	12.250	80	2.719	25.723
Besicherte Schuldverschreibungen	12.953	645	0	0	13.598	14.822	732	0	0	15.554
Nachrangige Verbindlichkeiten	13.958	5.439	917	0	20.313	12.553	9.938	952	187	23.630
Sonstige	6	0	0	0	6	8	0	0	49	57
Insgesamt	**91.197**	**73.850**	**3.077**	**8.422**	**176.545**	**82.536**	**76.461**	**3.489**	**12.495**	**174.982**
Davon:										
Besichert	78.244	73.205	3.077	8.422	162.947	14.822	732	0	0	15.554
Unbesichert	76.806	73.124	3.073	11.753	164.756	67.714	75.729	3.489	12.495	159.428

Liquide Aktiva hoher Qualität

Zusammenfassung der HQLA nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mrd. €	Marktwert	Wert in Übereinstimmung mit Artikel 9 CRR	Marktwert	Wert in Übereinstimmung mit Artikel 9 CRR
Verfügbare Barsalden und Zentralbankguthaben	144	144	124	124
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	116	116	97	97
Tochtergesellschaften	28	28	26	26
Hochliquide Wertpapiere (enthält Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	120	116	106	102
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	117	113	98	94
Tochtergesellschaften	3	3	8	8
Gesamte HQLA	**264**	**260**	**230**	**226**
Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen)	233	229	195	191
Tochtergesellschaften	31	31	34	34

Zum 31. Dezember 2025 erhöhte sich die HQLA des Konzerns auf 260 Mrd. € im Vergleich zu 226 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Der Anstieg des Liquiditätsüberschusses im Jahresvergleich ist hauptsächlich auf neue Einlagen zurückzuführen, insbesondere im Privat- und Firmenkundenbereich in der zweiten Jahreshälfte.

Mindestliquiditätsquote

Die Liquiditätsdeckungsquote lag am Ende des vierten Quartals 2025 bei 144%, was einem Überschuss von 80 Mrd. € gegenüber den regulatorischen Anforderungen entspricht, im Vergleich zu 131% am Ende des vierten Quartals 2024, was einem Überschuss von 53 Mrd. € gegenüber den regulatorischen Anforderungen entspricht. Der Anstieg des Liquiditätsüberschusses im Jahresvergleich ist hauptsächlich auf neue Einlagen zurückzuführen, insbesondere im Privat- und Firmenkundenbereich in der zweiten Jahreshälfte.

Die gewichtete durchschnittliche LCR der Gruppe für zwölf Monate betrug 137%. Dies wurde gemäß der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission und den EBA-Leitlinien zur LCR-Offenlegung berechnet, um die Offenlegung des Liquiditätsrisikomanagements gemäß Artikel 435 CRR zu ergänzen.

Komponenten der Mindestliquiditätsquote

in Mrd. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025 bereinigter Gesamtwert (gewichtet) (Durchschnitt)	31.12.2024 bereinigter Gesamtwert (gewichtet) (Durchschnitt)
Anzahl der bei der Berechnung der Durchschnittswerte verwendeten Datenpunkte	12	12
Aktiva von hoher Liquidität und Kreditqualität	238	224
Gesamtnettomittelabflüsse	**174**	**167**
Liquiditätsdeckungsquote (LCR) in %	137%	134%

Management des Refinanzierungsrisikos

Strukturelle Refinanzierung

Alle Funding Matrizen (die über alle Währungen aggregierte, die USD und die GBP Funding Matrix) waren in Übereinstimmung mit den entsprechenden Risikotoleranzen per Jahresende 2025 sowie 2024.

Stresstests und Szenarioanalysen

Zum Jahresende 2025 lag die gestresste Netto-Liquiditätsposition bei 94 Mrd. € verglichen mit 56 Mrd. € per Jahresende 2024. Die Änderung des Szenarios der Mindestüberschussliquidität spiegelt die Einführung eines 12-monatigen Risikoappetithorizonts im Rahmen des Systemic Market Risk-Szenarios wider.

Weltweite tägliche Stresstestergebnisse über alle Währungen

	31.12.2025			31.12.2024		
in Mrd. €	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition
Systemisches Marktrisiko	187	306	119	208	265	56
Verschlechterung der Bonitätseinstufung um eine Stufe (Deutsche Bank-spezifisch)	39	215	176	34	174	140
Starke Verschlechterung der Bonitätseinstufung (Deutsche Bank-spezifisch)	107	235	128	142	241	99
Kombiniert[3]	231	325	94	216	275	59

[1] Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse
[2] Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve und durch andere geschäftliche Risikominimierung
[3] Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung

Weltweite tägliche EUR Stresstest-Ergebnisse

	31.12.2025			31.12.2024		
in Mrd. €	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition
Kombiniert[3]	81	143	62	91	104	13

[1] Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse
[2] Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve und durch andere geschäftliche Risikominimierung
[3] Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung

Weltweite tägliche U.S.-Dollar Stresstest-Ergebnisse

	31.12.2025			31.12.2024		
in Mrd. €	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition
Kombiniert[3]	80	94	14	80	102	22

[1] Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse
[2] Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve und durch andere geschäftliche Risikominimierung
[3] Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung

Weltweite tägliche GBP Stresstest-Ergebnisse

	31.12.2025			31.12.2024		
in Mrd. €	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition	Finanzierungslücke[1]	Positionsschließung[2]	Nettoliquiditätsposition
Kombiniert[3]	4	8	3	5	10	5

[1] Finanzierungslücke verursacht durch eingeschränkte Prolongation der Verbindlichkeiten und weitere erwartete Abflüsse
[2] Liquiditätsgenerierung auf Basis der Liquiditätsreserve und durch andere Geschäftsabschwächungen
[3] Kombinierter Effekt aus systemischen Marktrisiken und starker Verschlechterung der Bonitätseinstufung

Die folgende Tabelle zeigt den Betrag, der erforderlich ist, um die Sicherheitsanforderungen aus vertraglichen Verpflichtungen im Falle einer ein- oder zweistufigen Herabstufung durch Ratingagenturen für alle Währungen zu erfüllen.

Vertragliche Verpflichtungen

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Einstufige Verschlechterung der Bonität	Zweistufige Verschlechterung der Bonität	Einstufige Verschlechterung der Bonität	Zweistufige Verschlechterung der Bonität
Vertragliche derivative Abflüsse und Nachschussforderungen	161	212	182	309
Andere vertragliche Abflüsse und Nachschussforderungen	0	0	0	0

Strukturelle Liquiditätsquote

Die Net Stable Funding Ratio lag zum Ende des vierten Quartals 2025 bei 119%, ein Überschuss gegenüber der regulatorischen Anforderung von 104 Mrd. € verglichen mit 121% am Ende des vierte Quartals 2024, ein Überschuss gegenüber der regulatorischen Anforderung von 110 Mrd. €.

Strukturelle Liquiditätsquote

in Mrd. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025 bereinigter Gesamtwert	31.12.2024 bereinigter Gesamtwert (gewichtet) (Durchschnitt)
Verfügbare stabile Refinanzierung (ASF)	649	625
Posten der erforderlichen stabilen Refinanzierung (RSF)	545	515
Strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) in %	119%	121%

Belastung von Vermögenswerten

Dieser Abschnitt bezieht sich auf belastete Vermögenswerte innerhalb der Institutsgruppe, konsolidiert für aufsichtsrechtliche Zwecke gemäß dem deutschen Kreditwesengesetz. Ausgeschlossen sind damit Versicherungsunternehmen oder Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Die von Tochterunternehmen des Versicherungsgewerbes als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte sind Bestandteil der Anhangangabe 20 „Übertragung von finanziellen Vermögenswerten und als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte" des Konzernabschlusses. Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte, gehalten, um Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern erfüllen zu können, sind Bestandteil der Anhangangabe 37 „Informationen zu Tochtergesellschaften" des Konzernabschlusses.

Belastete Vermögenswerte sind hauptsächlich die bilanziellen und außerbilanziellen Vermögenswerte, die bei der besicherten Refinanzierung, Sicherheiten-Swaps und sonstigen besicherten Verbindlichkeiten als Sicherheit verpfändet werden. Darüber hinaus werden, in Übereinstimmung mit den technischen Standards der EBA zum regulatorischen Berichtswesen von belasteten Vermögenswerten, Vermögenswerte, die über Abrechnungssysteme platziert sind, einschließlich Ausfallfonds und Sicherheitenleistungen (Initial Margin), sowie andere als Sicherheit verpfändete Vermögenswerte, die nicht frei abgerufen werden können, wie vorgeschriebene Mindestreserven bei Zentralbanken, als belastete Vermögenswerte berücksichtigt. Nach EBA-Richtlinien auch als belastet einbezogen sind Forderungen aus derivativen Ausgleichszahlungen.

Sofort verfügbare Vermögenswerte sind unbelastete und frei übertragbare bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht auf andere Weise belastet sind und die in uneingeschränkt übertragbarer Form vorliegen. Bis auf Forderungen aus Wertpapierleihe, aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten werden alle unbelasteten, zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, finanziellen Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Investitionen als sofort verfügbar angesehen.

Der sofort verfügbare Wert entspricht dem bilanzierten und außerbilanziellen Buchwert oder dem beizulegenden Zeitwert und nicht einem gestressten Liquiditätswert (siehe „Liquide Aktiva hoher Qualität" mit einer Analyse unbelasteter liquider Vermögenswerte, die in einem Liquiditätsstressszenario verfügbar sind). Sonstige unbelastete Vermögenswerte sind bilanzielle und außerbilanzielle Positionen, die nicht als Sicherheit für besicherte Refinanzierung oder andere besicherte Schuldverschreibungen gehalten werden oder die auf andere Weise als nicht verfügbar angesehen werden. In dieser Kategorie enthalten sind Forderungen aus Wertpapierleihen sowie aus Wertpapierpensionsgeschäften und positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten. In ähnlicher Weise werden Kredite und sonstige Forderungen an Kunden nur dann als sofort verfügbar angesehen, sofern diese in einer standardisierten, übertragbaren Form vorliegen und noch nicht genutzt wurden, um Finanzierungsmittel zu generieren. Dies stellt den konservativsten Ansatz dar, da ein Teil dieser Kredite, die momentan unter Sonstige gezeigt werden, in ein Format gebracht werden könnte, dass es uns ermöglichen würde, Finanzierungsmittel zu generieren.

Belastete und unbelastete Vermögenswerte

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025 Buchwert Vermögenswerte	Belastete Vermögenswerte	Unbelastete Vermögenswerte Sofort verfügbar	Sonstige
Schuldtitel	209	106	103	0
Aktieninstrumente	4	0	4	0
Sonstige Aktiva:	–	–	–	–
Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	172	13	158	0
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften[1]	38	0	0	38
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	–	–	–	–
Handelsaktiva	13	0	13	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	241	0	0	241
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften[1]	113	0	0	113
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	4	0	4	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	6	0	4	1
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	550	43	76	430
Sonstige Aktiva	85	43	0	41
Insgesamt	1.433	206	363	864

[1] Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) werden alle unter Unbelastete Vermögenswerte, Sonstige gezeigt. Die Verwendung der zugrunde liegenden Sicherheiten ist gesondert in der Tabelle der außerbilanziellen Vermögenswerte unten erfasst.
[2] Enthält keine Schuldtitel oder Aktieninstrumente (oben gesondert ausgewiesen).

in Mrd. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025 Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten Vermögenswerte	Belastete Vermögenswerte	Unbelastete Vermögenswerte Sofort verfügbar	Sonstige
Erhaltene Sicherheiten:	557.837	431.792	125.945	101
Schuldtitel	556.142	430.204	125.938	0
Aktieninstrumente	690	685	5	0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	1.005	903	0	101

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2024 Buchwert Vermögenswerte	Belastete Vermögenswerte	Unbelastete Vermögenswerte Sofort verfügbar	Sonstige
Schuldtitel	179	80	99	0
Aktieninstrumente	4	0	4	0
Sonstige Aktiva:	0	0	0	0
Barreserve und verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	154	14	139	0
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften[1]	41	0	0	41
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	0	0	0	0
Handelsaktiva	12	0	12	0
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	292	0	0	292
Forderung aus Wertpapierleihe oder Wertpapierpensionsgeschäften[1]	105	0	0	105
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	3	0	3	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[2]	8	0	5	3
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	517	48	41	427
Sonstige Aktiva	75	40	0	35
Insgesamt	1.389	183	303	903

[1] Forderungen aus Wertpapierleihe und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) werden alle unter Unbelastete Vermögenswerte, Sonstige gezeigt. Die Verwendung der zugrunde liegenden Sicherheiten ist gesondert in der Tabelle der außerbilanziellen Vermögenswerte unten erfasst.
[2] Enthält keine Schuldtitel oder Aktieninstrumente (oben gesondert ausgewiesen).

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Vermögenswerte	Belastete Vermögenswerte	Unbelastete Vermögenswerte: Sofort verfügbar	Unbelastete Vermögenswerte: Sonstige
				31.12.2024
			Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten	
			Unbelastete Vermögenswerte	
Erhaltene Sicherheiten:	479	366	110	3
Schuldtitel	473	365	110	0
Aktieninstrumente	1	1	0	0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	6	2	0	3

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände und finanziellen Verbindlichkeiten

Treasury analysiert und steuert die Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der Gruppe. In Fällen, in denen die vertragliche Endfälligkeit die Liquiditätsrisikoposition nicht adäquat widerspiegelt, ist es notwendig, Modellannahmen zu treffen. In diesem Zusammenhang stellen die sofort rückzahlbaren Einlagen von Privat- und Transaktionsbankkunden ein besonders auffälliges Beispiel dar, da diese auch in schweren Finanzkrisen durchgehend eine hohe Stabilität gezeigt haben.

Diese Modellannahmen sind integraler Bestandteil des Konzepts des Liquiditätsrisikomanagements, welches vom Vorstand definiert und festgelegt wurde. Siehe Abschnitt „Liquiditätsstresstests und Szenarioanalysen" für weitere Informationen zu kurzfristigen Liquiditätspositionen mit Laufzeiten bis zu einem Jahr sowie Abschnitt „Strukturelle Refinanzierung" für langfristige Liquiditätspositionen mit Laufzeiten über einem Jahr.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Vermögensgegenstände, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2025 und 2024.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
										31.12.2025
Barreserven und Zentralbankeinlagen[1]	151.073	10.354	2.828	371	19	14	0	0	0	164.659
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)[2]	5.310	1.442	80	39	2	83	0	0	6	6.962
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	570	4.568	8.073	8.530	4.407	1.751	4.848	4.761	0	37.509
Mit Kreditinstituten	304	1.904	2.378	1.080	1.958	1.048	2.019	2.166	0	12.857
Mit Kunden	266	2.664	5.696	7.450	2.448	703	2.829	2.595	0	24.652
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	6	0	0	0	0	0	0	0	6
Mit Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mit Kunden	0	6	0	0	0	0	0	0	0	6
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	411.247	83.355	8.236	4.981	882	3.191	1.615	1.933	4.194	519.635
Handelsaktiva	151.725	0	0	0	0	1.928	38	0	120	153.811
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	139.484	0	0	0	0	0	0	0	0	139.484
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	1.852	0	0	0	0	1.928	38	0	120	3.939
Sonstige Handelsaktiva	10.388	0	0	0	0	0	0	0	0	10.388

31.12.2025

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	241.328	0	0	0	0	0	0	0	0	241.328
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	18.194	83.355	8.236	4.981	882	1.263	1.577	1.933	4.073	124.495
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	5.954	78.582	6.251	3.703	225	114	710	184	81	95.802
Forderungen aus Wertpapierleihen	12.154	2.759	1.117	472	0	0	11	0	0	16.513
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	21	616	829	806	638	540	821	1.741	2.955	8.967
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte sonstige finanzielle Vermögenswerte	65	1.397	40	0	21	609	35	9	1.037	3.213
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	183	379	208	66	27	34	137	86	1.121
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	1	3.611	1.655	3.512	1.607	911	3.283	7.058	22.027	45.644
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	1.128	0	0	0	0	0	0	0	1.128
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Festverzinsliche Wertpapiere	0	2.092	970	2.693	1.498	726	2.617	5.486	22.003	38.084
Kredite	1	391	665	820	109	186	665	1.572	24	4.432
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	14.467	25.032	24.158	21.805	15.058	14.049	46.488	109.611	201.952	472.620
An Kreditinstitute	350	1.007	318	699	604	98	198	213	2.475	5.962
An Kunden	14.116	24.025	23.840	21.107	14.454	13.951	46.290	109.398	199.477	466.658
Privatkunden	2.779	1.095	2.460	1.905	1.315	1.645	7.908	22.176	161.653	202.937
Unternehmen und sonstige Kunden	11.338	22.930	21.380	19.201	13.140	12.306	38.382	87.222	37.823	263.722
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	104.124	8.997	2.543	2.520	1.061	2.010	2.778	6.169	28.086	158.288
Summe der Finanzaktiva	**686.791**	**137.547**	**47.933**	**41.968**	**23.102**	**22.037**	**59.045**	**129.669**	**256.350**	**1.404.442**
Sonstige Aktiva	**7.949**	**302**	**10**	**4.567**	**3**	**4.454**	**94**	**1.098**	**12.145**	**30.624**
Summe der Aktiva	**694.741**	**137.849**	**47.944**	**46.535**	**23.105**	**26.491**	**59.139**	**130.767**	**268.495**	**1.435.066**

[1] Die Positionen „Barreserven und Zentralbankeinlagen" und „Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)" beinhalten Barreserven von 547 Mio. €, die bei russischen Banken, überwiegend bei der russischen Zentralbank, gehalten werden.

Fälligkeitsanalyse der Vermögensgegenstände nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2024

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Barreserven und Zentralbankeinlagen[1]	133.755	10.423	3.118	131	20	46	0	0	0	147.494
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)[1]	4.590	1.238	156	85	49	37	0	0	6	6.160
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	640	3.564	8.696	14.690	3.143	1.329	5.591	3.151	0	40.803
Mit Kreditinstituten	597	468	3.838	6.228	1.995	0	4.322	2.710	0	20.158
Mit Kunden	43	3.096	4.859	8.462	1.147	1.329	1.269	440	0	20.645
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	32	0	0	0	0	11	0	0	44
Mit Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mit Kunden	0	32	0	0	0	0	11	0	0	44
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	448.881	71.938	9.475	3.551	1.783	3.041	2.121	1.603	3.476	545.849
Handelsaktiva	137.706	0	0	0	0	2.026	0	0	40	139.772
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	131.418	0	0	0	0	0	0	0	0	131.418
Aktien und andere Wertpapiere mit variablen Erträgen	2.753	0	0	0	0	2.026	0	0	40	4.819
Sonstige Handelsaktiva	3.535	0	0	0	0	0	0	0	0	3.535
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten	291.755	0	0	0	0	0	0	0	0	291.754
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	19.422	71.938	9.475	3.551	1.783	1.015	2.121	1.603	3.456	114.324
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	8.109	68.159	6.241	3.022	1.564	248	995	398	0	88.736
Forderungen aus Wertpapierleihen	11.200	2.070	2.620	0	0	0	22	0	0	15.913
Festverzinsliche Wertpapiere und Kredite	30	445	601	480	214	107	999	1.003	2.549	6.429
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte sonstige finanzielle Vermögenswerte	82	1.264	12	29	5	660	104	202	887	3.246
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Positive Marktwerte aus derivaten Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	27	83	29	22	12	91	64	55	383
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	3.735	2.896	1.703	1.601	605	4.266	7.189	20.096	42.090

31.12.2024

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	1.355	1.275	0	0	0	153	0	3	2.786
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Festverzinsliche Wertpapiere	0	2.004	1.039	1.345	904	541	3.440	5.098	19.865	34.236
Kredite	0	376	582	358	696	65	673	2.091	227	5.068
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	14.095	34.800	23.242	23.857	16.390	13.804	41.424	109.587	201.722	478.921
An Kreditinstitute	226	2.085	1.135	987	346	725	126	840	1.907	8.376
An Kunden	13.869	32.715	22.107	22.870	16.045	13.079	41.297	108.748	199.815	470.545
Privatkunden	2.381	3.837	2.317	1.965	1.185	1.159	5.716	23.646	154.729	196.935
Unternehmen und sonstige Kunden	11.488	28.878	19.791	20.905	14.859	11.920	35.582	85.101	45.086	273.610
Sonstige finanzielle Vermögenswerte	59.501	8.436	1.191	1.508	512	1.701	1.928	4.848	13.121	92.745
Summe der Finanzaktiva	**661.461**	**134.193**	**48.857**	**45.534**	**23.519**	**20.576**	**55.432**	**126.442**	**238.476**	**1.354.488**
Sonstige Aktiva	**9.083**	**247**	**5**	**4.574**	**13**	**4.923**	**267**	**1.248**	**12.328**	**32.689**
Summe der Aktiva	**670.544**	**134.440**	**48.862**	**50.107**	**23.532**	**25.499**	**55.699**	**127.690**	**250.804**	**1.387.177**

[1] Die Positionen „Barreserven und Zentralbankeinlagen" sowie „Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)" beinhalten 370 Mio. € an Guthaben bei russischen Banken, insbesondere bei russischen Zentralbanken.

Die nachfolgenden Tabellen zeigen die Fälligkeitsanalyse aller Verbindlichkeiten, basierend auf den Buchwerten, und die früheste rechtlich durchsetzbare Kündigungsmöglichkeit zum 31. Dezember 2025 und 2024.

Fälligkeitsanalyse der Verbindlichkeiten nach frühester Kündigungsmöglichkeit

31.12.2025

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Einlagen	403.104	61.783	85.774	69.081	27.432	19.050	8.961	5.209	11.434	691.827
von Kreditinstituten	54.121	3.827	4.481	9.409	5.484	192	1.659	3.058	9.877	92.108
von Kunden	348.983	57.955	81.293	59.672	21.948	18.858	7.302	2.151	1.557	599.720
Privatkunden	146.576	15.856	39.945	36.795	10.203	7.119	1.735	404	15	258.649
sonstige Kunden	202.407	42.099	41.347	22.877	11.745	11.739	5.567	1.747	1.542	341.071
Handelspassiva	268.655	0	0	0	0	0	0	0	0	268.655
Wertpapiere	41.142	0	0	0	0	0	0	0	0	41.142
Sonstige Handelspassiva	1.758	0	0	0	0	0	0	0	0	1.758
derivativen Finanzinstrumenten	225.775	0	0	0	0	0	0	0	0	225.775
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	15.572	44.198	19.079	8.775	590	659	3.876	11.008	11.298	115.055
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Repos)	14.625	45.923	18.413	7.085	56	2	2.051	26	0	86.177
Langfristige Verbindlichkeiten	945	28	157	1.207	405	568	1.769	10.979	11.240	27.299
Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	2	248	510	485	129	89	56	3	58	1.579
Investmentverträge	0	0	0	0	0	469	0	0	0	469
derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	27	45	16	6	3	12	57	57	223
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	1.967	0	0	0	0	0	0	0	0	1.967
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Repos)	389	363	241	542	0	5	247	314	109	2.210
gegenüber Kreditinstituten	262	239	204	502	0	5	146	191	59	1.608
gegenüber Kunden	127	124	37	39	0	0	101	124	51	603
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2
gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
gegenüber Kunden	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	6.296	2.769	1.086	6.204	1.382	467	0	0	0	18.204
Langfristige Verbindlichkeiten	0	3.566	4.202	5.767	4.158	4.682	19.839	41.639	31.101	114.754
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	3.252	2.312	4.641	2.823	3.531	15.086	35.976	12.580	80.201
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	0	1.260	766	0	-2	2.363	424	3.401	8.212
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	115	630	345	1.335	1.125	2.369	5.218	15.120	26.256
Verbindlichkeiten – nachrangig	0	0	0	15	0	27	20	23	0	85
Hybride Kapitalinstrumente	0	0	0	283	0	0	0	0	0	283
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	116.766	946	2.701	513	147	195	779	1.398	2.228	125.672
Summe der Finanzverbindlichkeiten	**812.751**	**113.451**	**113.128**	**91.181**	**33.715**	**25.529**	**33.714**	**59.626**	**56.227**	**1.339.321**
Sonstige Verbindlichkeiten	**15.542**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**15.542**
Eigenkapital	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**80.203**	**80.203**
Summe der Passiva und Eigenkapital	**828.293**	**113.451**	**113.128**	**91.181**	**33.715**	**25.529**	**33.714**	**59.626**	**136.430**	**1.435.067**

31.12.2025

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Eventualverbindlichkeiten	41.421	10.785	14.491	27.523	20.110	31.751	43.971	124.498	38.847	353.397
Kreditinstitute	1.210	1.299	1.372	2.575	2.540	2.919	2.991	5.492	5.199	25.595
Privatkunden	14.577	2.748	1.226	262	186	5.404	361	150	2.991	27.904
Kunden	25.634	6.738	11.893	24.687	17.384	23.428	40.619	118.856	30.658	299.897

31.12.2024

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Einlagen	373.816	64.076	93.692	69.346	21.845	18.207	9.612	5.538	10.130	666.261
von Kreditinstituten	55.385	1.721	10.520	11.102	6.515	1.033	1.927	2.984	8.731	97.920
von Kunden	320.430	62.355	83.171	58.244	15.330	17.174	7.685	2.553	1.399	568.341
Privatkunden	135.531	16.455	44.218	34.930	8.890	6.577	1.389	491	22	248.504
Unternehmen und sonstige Kunden	184.900	45.899	38.953	23.314	6.440	10.596	6.296	2.062	1.377	319.838
Handelspassiva	319.893	0	0	0	0	0	0	0	0	319.893
Wertpapiere	41.864	0	0	0	0	0	0	0	0	41.864
Sonstige Handelspassiva	1.635	0	0	0	0	0	0	0	0	1.635
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	276.395	0	0	0	0	0	0	0	0	276.395
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	32.343	24.338	11.059	4.417	539	304	3.310	10.009	5.713	92.032
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Repos)	30.294	23.772	10.759	3.254	302	0	760	0	0	69.121
Langfristige Verbindlichkeiten	2.023	335	228	1.043	136	235	2.543	9.947	5.713	22.203
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten	26	232	91	120	101	69	6	62	0	708
Investmentverträge	0	0	0	0	0	454	0	0	0	454
derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen	0	357	621	342	197	77	16	16	65	1.690
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	1.227	0	0	0	0	0	0	0	0	1.227
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Repos)	268	25	1.017	175	0	0	715	289	25	2.513
gegenüber Kreditinstituten	88	2	917	152	0	0	605	158	9	1.929
gegenüber Kunden	180	21	101	23	0	0	111	131	16	583
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2
gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
gegenüber Kunden	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	1.345	3.580	2.372	1.845	227	726	0	0	0	9.895
Langfristige Verbindlichkeiten	0	1.474	4.280	5.971	5.079	3.825	18.543	42.140	33.587	114.899

31.12.2024

in Mio. €	Täglich fällig (inkl. Kündigungsfrist von 1 Tag)	Bis 1 Monat	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 6 Monate bis 9 Monate	Mehr als 9 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Insgesamt
Schuldverschreibungen – vorrangig	0	1.315	2.873	4.081	4.764	3.158	14.957	36.395	15.067	82.611
Schuldverschreibungen – nachrangig	0	0	1.248	1.635	0	0	2.000	2.436	4.307	11.626
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – vorrangig	0	159	158	254	315	667	1.545	3.289	14.190	20.578
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten – nachrangig	0	0	0	0	0	0	42	20	22	85
Hybride Kapitalinstrumente	0	0	0	287	0	0	0	0	0	287
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	72.776	526	665	881	137	256	1.988	1.360	2.508	81.098
Summe der Finanzverbindlichkeiten	**801.670**	**94.174**	**113.705**	**83.264**	**28.024**	**23.849**	**34.185**	**59.352**	**52.028**	**1.290.251**
Sonstige Verbindlichkeiten	**17.494**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**17.494**
Eigenkapital	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**79.452**	**79.452**
Summe der Passiva und Eigenkapital	**819.164**	**94.174**	**113.705**	**83.264**	**28.024**	**23.849**	**34.185**	**59.352**	**131.460**	**1.387.177**
Eventualverbindlichkeiten	42.360	11.136	16.655	22.017	18.465	29.279	45.443	122.123	35.709	343.167
Kreditinstitute	1.038	1.584	2.164	2.827	2.766	2.080	3.213	4.697	6.169	26.540
Privatkunden	13.776	455	642	134	79	1.502	279	891	2.977	20.734
Unternehmen und sonstige Kunden	27.546	9.097	13.829	19.057	15.620	25.697	41.950	116.535	26.563	295.893

Risikopositionswert des operationellen Risikos

Das ökonomische Kapital für das operationelle Risiko betrug zum Ende des Jahres 2025 5.0 Mrd. €, ein Anstieg von 0,3 Mrd. € gegenüber 2024, was hauptsächlich auf Modellaktualisierungen der zukunftsgerichteten qualitativen Anpassungskomponente sowie Modellverfeinerungen im Verlustverteilungsansatz zurückzuführen ist.

次へ

Nachhaltigkeit

Als Globale Hausbank verankert die Deutsche Bank Nachhaltigkeit in der Betreuung ihrer Kunden und strebt danach, einen Beitrag zu einer ökologisch intakten, sozial inklusiven und gut geführten Welt zu leisten. Nachhaltigkeit, die die Dimensionen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) umfasst, ist in die Governance, die Betriebsabläufe sowie in die Produkte und Dienstleistungen der Deutschen Bank integriert.

Umwelt

Die Deutsche Bank sieht es als ihre Verantwortung an, den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu unterstützen und hat sich Netto-Null-Ziele für die acht kohlenstoffintensivsten Sektoren im Unternehmens-kreditportfolio bis 2050 gesetzt

471 Mrd. €

Kumulatives nachhaltiges Finanzierungsvolumen[1] seit 2020

Soziales

Die Deutsche Bank legt Wert auf soziale Gesichtspunkte wie Chancengleichheit, Teilhabe und Kundenzentriertheit

~72%

Kultur-Puls-Index-Wert in 2025

Governance

Die Deutsche Bank schützt die Vermögenswerte und Daten ihrer Kunden, verhindert Finanzkriminalität und hält die Regeln des fairen Wettbewerbs ein

> 99%

Abschlussquote von verpflichtenden Schulungen, wie Bekämpfung von Finanzkriminalität, Verhaltenskodex und Speak-up

Strategisch relevante nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen



Ausgewählte ESG-Ratings und Bewertungen 2025

CDP Climate Change	ISS ESG Corporate Rating	MSCI ESG Ratings	S&P Global CSA	Sustainalytics ESG Risk Rating
A	**C+**	**AA**	**72**	**9,0**
2024: B	2024: C+	2024: AA	2024: 67	2024: 24,8
Skala[2]: A bis D-	Skala[2]: A+ bis D-	Skala[2]: AAA bis CCC	Skala[2]: 100 bis 0	Skala[2]: 0 bis 100
Sektordurchschnitt: B	Dezil-Rang[3]: 1/10	Sektordurchschnitt[4]: –	Sektordurchschnitt: 28	Sektordurchschnitt[5]: –

[1] Nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen (Asset Management (DWS) nicht eingerechnet)
[2] Von bester zu schlechtester Bewertung
[3] Ein Dezil-Rang von 1 bedeutet eine höhere Wertung im Vergleich zu Wettbewerbern
[4] Die Bewertung ist ausdrücklich relativ zu den Standards und der Geschäftsentwicklung der Wettbewerber; daher wird kein Branchendurchschnitt ausgewiesen
[5] Sektordurchschnitt nicht öffentlich verfügbar

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Allgemeine Informationen

Grundlage für die Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung

Allgemeine Grundlage für die Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung

ESRS 2 BP-1

Berichterstattungsstandards und Prüfung

Die Nachhaltigkeitserklärung des Deutsche-Bank-Konzerns für das am 31. Dezember 2025 endende Geschäftsjahr, welche mit der Nachhaltigkeitserklärung der Muttergesellschaft zusammengefasst ist, wurde gemäß § 315c Absatz 1 in Verbindung mit den §§ 289c bis 289e des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt. Da die europäische Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) zum 31. Dezember 2025 nicht ins Deutsche Recht umgesetzt wurde, wandte die Bank, wie nach § 315c Absatz 3 HGB in Verbindung mit § 289d HGB zulässig, die Europäischen Nachhaltigkeitsberichterstattungsstandards (European Sustainability Reporting Standards, ESRS) als Berichtsrahmenwerk an und legt auf dieser Grundlage Governance, Strategie, Auswirkungen, Risiko- und Chancenmanagement, Kennzahlen und Ziele für wesentliche Nachhaltigkeitsangelegenheiten offen.

Die wesentlichen Nachhaltigkeitsthemen in der Nachhaltigkeitserklärung werden in den Abschnitten „Informationen zu Umweltthemen", „Informationen zu sozialen Themen" und „Informationen zu Governance-Themen" dargestellt. Die folgenden übergreifenden Kapitel sind in dem Abschnitt „Allgemeine Informationen" enthalten, da sie Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte (ESG) ganzheitlich abdecken und verschiedenen ESRS-Anforderungen unterliegen: „Governance", „Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit", „Nachhaltigkeitsstrategie", „Austausch mit Interessengruppen und Vordenkerrolle" und „ESG-Sorgfaltspflicht".

Darüber hinaus erfüllt die Nachhaltigkeitserklärung die Offenlegungspflichten gemäß Artikel 8 Absatz 1 und 3 der Taxonomie-Verordnung (Verordnung (EU) 2020/852) und den jeweiligen Konkretisierungen in Artikel 4 und Artikel 10 Absatz 5 der zugehörigen delegierten Verordnung (Delegierte Verordnung (EU) 2021/2178), geändert durch den Delegierten Rechtsakt (EU) 2026/73 (Omnibus-Vereinfachungen), der von der Europäischen Kommission im Juli 2025 angenommen und im Januar 2026 im Amtsblatt veröffentlicht wurde.

Die Nachhaltigkeitserklärung 2025 wurde einer Prüfung mit begrenzter Sicherheit unterzogen, wie im Kapitel "Ergänzende Informationen - Prüfungsvermerk des unabhängigen Wirtschaftsprüfers über eine betriebswirtschaftliche Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit in Bezug auf die Konzernnachhaltigkeitserklärung" erläutert ist.

Konsolidierung

Die Nachhaltigkeitserklärung wurde auf konsolidierter Basis erstellt, wobei der Konsolidierungskreis dem der konsolidierten Finanzberichterstattung des Konzerns entspricht. Die Bank hat keine, nicht in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen identifiziert, die in die Nachhaltigkeitserklärung einzubeziehen wären. Sofern nicht anders angegeben, gelten die auf Konzernebene offengelegten Informationen auch für die Deutsche Bank AG. Besonderheiten bestimmter konsolidierter Tochterunternehmen, zum Beispiel DWS Group GmbH & Co. KGaA, werden, soweit erforderlich, gesondert dargestellt. Die Deutsche Bank AG ist als Muttergesellschaft des Deutsche-Bank-Konzerns dessen wesentlichster Bestandteil.

Das Management der Deutschen Bank AG ist für die Nachhaltigkeitsstrategie und die diesbezügliche Governance der Deutschen Bank AG als auch des Deutsche-Bank-Konzerns verantwortlich. Für weitere Informationen wird auf die Abschnitte „Nachhaltigkeitsstrategie" und „Governance" in dieser Nachhaltigkeitserklärung verwiesen. Die Deutsche Bank AG hat ihren Hauptsitz in Deutschland und operiert über ein Netzwerk von Niederlassungen weltweit. Weitere Informationen zur regionalen Verteilung der eigenen Belegschaft der Deutschen Bank AG finden sich im Abschnitt „Angaben zur Konzernobergesellschaft (HGB)" im Zusammengefassten Lagebericht.

Wertschöpfungskette

Die wesentlichen Nachhaltigkeitsthemen und ihre Auswirkungen, Risiken und Chancen, die die Bank in Bezug auf ihre direkten Lieferanten (vorgelagerte Wertschöpfungskette), ihre eigene Geschäftstätigkeit und ihre direkten Kunden (nachgelagerte Wertschöpfungskette) ermittelte, waren das Ergebnis der Doppelten Wesentlichkeitsbeurteilung gemäß den Anforderungen von ESRS 1 – Allgemeine Anforderungen und sind im Kapitel „Der Deutsche-Bank-Konzern" im Abschnitt „Zusammengefasster Lagebericht" beschrieben. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens bei der Wesentlichkeitsbeurteilung findet sich im Kapitel „Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit".

Vergleichsinformationen

Die Bank legt Vergleichsinformationen offen, wenn diese bereits im Vorjahr berichtet wurden, es sei denn, es gibt eine spezifische Übergangsbestimmung, die es der Bank erlaubt, davon Abstand zu nehmen. In den Fällen, in denen die Vergleichszahlen des Vorjahres an die Darstellung im aktuellen Berichtsjahr angepasst wurden, ist dies in dem jeweiligen Kapitel dargelegt. Die Bank hat sich für die sofortige Umsetzung der delegierten Verordnung (EU) 2026/73 entschieden und stellt frühere Periodenzahlen aufgrund struktureller Änderungen in den Vorlagen nicht neu dar, wie in Sektion „Angaben gemäß Artikel 8 der Regulierung (EU) 2020/852 (Taxonomieverordnung)" beschrieben ist.

Auslassen von Informationen

Sofern die Bank von der Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, nicht über klassifizierte oder sensible Informationen sowie bevorstehende Entwicklungen oder Angelegenheiten im Verhandlungsprozess gemäß ESRS 2 – Allgemeine Offenlegungen, BP-1 5(d) und (e) zu berichten, ist dies im entsprechenden Kapitel der Nachhaltigkeitserklärung offengelegt.

Erfüllte Offenlegungsanforderungen

Die Nachhaltigkeitserklärung entspricht den ESRS-Offenlegungsanforderungen wie in dem Kapitel „Ergänzende Informationen - Tabelle der ESRS-Offenlegungsanforderungen" dargelegt und beinhaltet Angaben, die sich aus anderen EU-Gesetzgebungen ergeben, wie im Kapitel „Ergänzende Informationen - Tabelle der Datenpunkte aus anderen EU-Gesetzgebungen" gezeigt.

In Übereinstimmung mit ESRS 1 - Allgemeine Anforderungen legt die Bank Metriken und Ziele offen, mit deren Hilfe materielle Themen gemanagt werden, für die aber keine themenspezifischen ESRS vorliegen. In diesen Fällen wendet die Bank ESRS 2 - Allgemeine Angaben an, welcher die Berichterstattung gemäß den allgemein anerkannten Nachhaltigkeitsberichtsstandards der Global Reporting Initiative (GRI) erlaubt. Dies gilt für die Kapitel „Datenschutz" (GRI 404-2 und GRI G4 FS4) und „Informationssicherheit" (GRI 404-2).

Offenlegungen in Bezug auf spezifische Umstände

ESRS 2 BP-2

Zeithorizonte

Abweichungen von den in ESRS 1 – Allgemeine Anforderungen, Abschnitt 6.4 definierten Zeithorizonten (kurzfristig (ein Jahr), mittelfristig (bis zu fünf Jahre) oder langfristig (mehr als fünf Jahre) werden in dem Kapitel beschrieben und begründet, für das diese Abweichung gilt.

Quellen für Schätzungen und Ergebnisunsicherheit

In den Fällen, in denen Informationen in der Nachhaltigkeitserklärung auf Annahmen und Schätzungen beruhen, die zu einem bestimmten Maß an Messunsicherheit führen, beispielsweise bei der Messung der finanzierten Emissionen in Kundenportfolios, werden diese Unsicherheiten im Detail in den entsprechenden themenbezogenen Kapiteln dieser Nachhaltigkeitserklärung beschrieben.

Änderungen bei der Erstellung oder Darstellung von Nachhaltigkeitsinformationen

2025 wurde die Darstellung der Nachhaltigkeitsinformationen wie folgt geändert: um sicherzustellen, dass der Abschnitt „Allgemeine Informationen" lediglich übergreifende Aspekte darstellt, ist das Kapitel „Nachhaltige Finanzierung" nun im Abschnitt „Informationen zu Umweltthemen" und das Kapitel „Management der vorgelagerten Wertschöpfungskette" nun im Abschnitt „Informationen zu Governance-Themen" enthalten. Als Ergebnis der Doppelten Wesentlichkeitsbeurteilung in 2025 wurden die Kapitel „Steuern" und „Public Policy und Regulierung" als nicht materiell eingestuft und sind daher nicht im Abschnitt „Informationen zu Governance-Themen" enthalten. Das Kapitel „Eigene Geschäftstätigkeit und vorgelagerte Wertschöpfungskette" wurde als wesentlich eingestuft und ist im Abschnitt „Informationen zu Umweltthemen" als Unterkapitel zu „Klimawandel" enthalten. Diese Änderungen sind in im Kapitel „Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit" detailliert begründet.

Änderungen in der Darstellung von quantitativen Nachhaltigkeitsmetriken und -zielen für vergangene Berichtsperioden, verursacht durch geänderte Schätzungen, Neudefinition oder Korrekturen materieller Fehler sind als Fußnote zur entsprechenden Offenlegung gekennzeichnet und in den jeweiligen Kapiteln begründet. Im Jahr 2025 wurden keine materiellen Fehler identifiziert, die zur Anpassung von Vergleichsperioden geführt hätten.

Aufnahme von Informationen mittels Verweis

Die Bank hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die folgenden ESRS-Offenlegungsanforderungen gemäß ESRS 2 BP-2 §16 durch Verweis aufzunehmen. Die folgenden Offenlegungen sind daher nicht in der Nachhaltigkeitserklärung, sondern in anderen Abschnitten des zusammengefassten Lageberichts innerhalb des Geschäftsberichts unter jeweiliger Bezugnahme auf die Nachhaltigkeitserklärung enthalten:

- Das Geschäftsmodell und die Wertschöpfungskette der Deutschen Bank werden im Abschnitt „Der Deutsche Bank-Konzern" beschrieben
- Die Rolle des Aufsichtsrats und des Vorstands wird im Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung" beschrieben
- Governance, Strategie, Auswirkungen, Risiken und Chancen, Kennzahlen und Ziele in Bezug auf das wesentliche Thema „Informationssicherheit" werden im Abschnitt „Informationssicherheit" im Risikobericht offengelegt

Nutzung der Übergangsbestimmung für schrittweise einzuführende Angabepflichten gemäß ESRS 1 Anlage C

Der Konzern hat von den folgenden Übergangsregelungen („Phase-in") Gebrauch gemacht:

- ESRS 2 SBM-3 §48 (e) Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen - Erwartete finanzielle Auswirkungen
- ESRS E1-9 Erwartete finanzielle Auswirkungen aus klimabezogenen Risiken: teilweise Anwendung der Phasenoption, einschließlich qualitativer Beschreibung in den ersten drei Jahren der Anwendung

Ergänzend dazu wendet die Bank die Bestimmungen der erweiterten Übergangsvorschriften zur schrittweisen Einführung von ESRS 2 SBM-3 §48 (e) und ESRS E1-9 in Übereinstimmung mit der delegierten Verordnung (EU) 2025/1416 an, die im Juli 2025 von der europäischen Kommission angenommen und im November 2025 im EU-Amtsblatt veröffentlicht wurde.

Die Offenlegungen zu den finanziellen Auswirkungen von Nachhaltigkeitsthemen sind im Jahresabschluss 2025 enthalten, sofern dies nach IFRS erforderlich ist. Für die am 31. Dezember 2025 sowie am 31. Dezember 2024 endenden Geschäftsjahre führten Schätzungen über die Auswirkungen höherer Transitions- und physischer Risikopositionen auf Expected Credit Losses (ECL) zu keinem Anpassungsbedarf der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Dies wird im Schwerpunktbereich Klimarisiken des Risikoberichts beschrieben.

Ereignisse nach dem Berichtszeitraum

ESRS 1.7
Nach dem Berichtsdatum sind keine wesentlichen Ereignisse eingetreten, die einen signifikanten Einfluss auf die Nachhaltigkeitserklärung der Bank hatten.

Governance

Corporate Governance

ESRS 1 im Zusammenhang mit ESRS 2 GOV-1, ESRS 2 GOV-2

Informationen zur Rolle und zu den Informationen, die dem Aufsichtsrat und dem Vorstand der Deutsche Bank AG zur Verfügung gestellt werden, sowie zu den von diesen behandelten Nachhaltigkeitsaspekten finden sich in der „Erklärung zur Unternehmensführung" in diesem Geschäftsbericht.

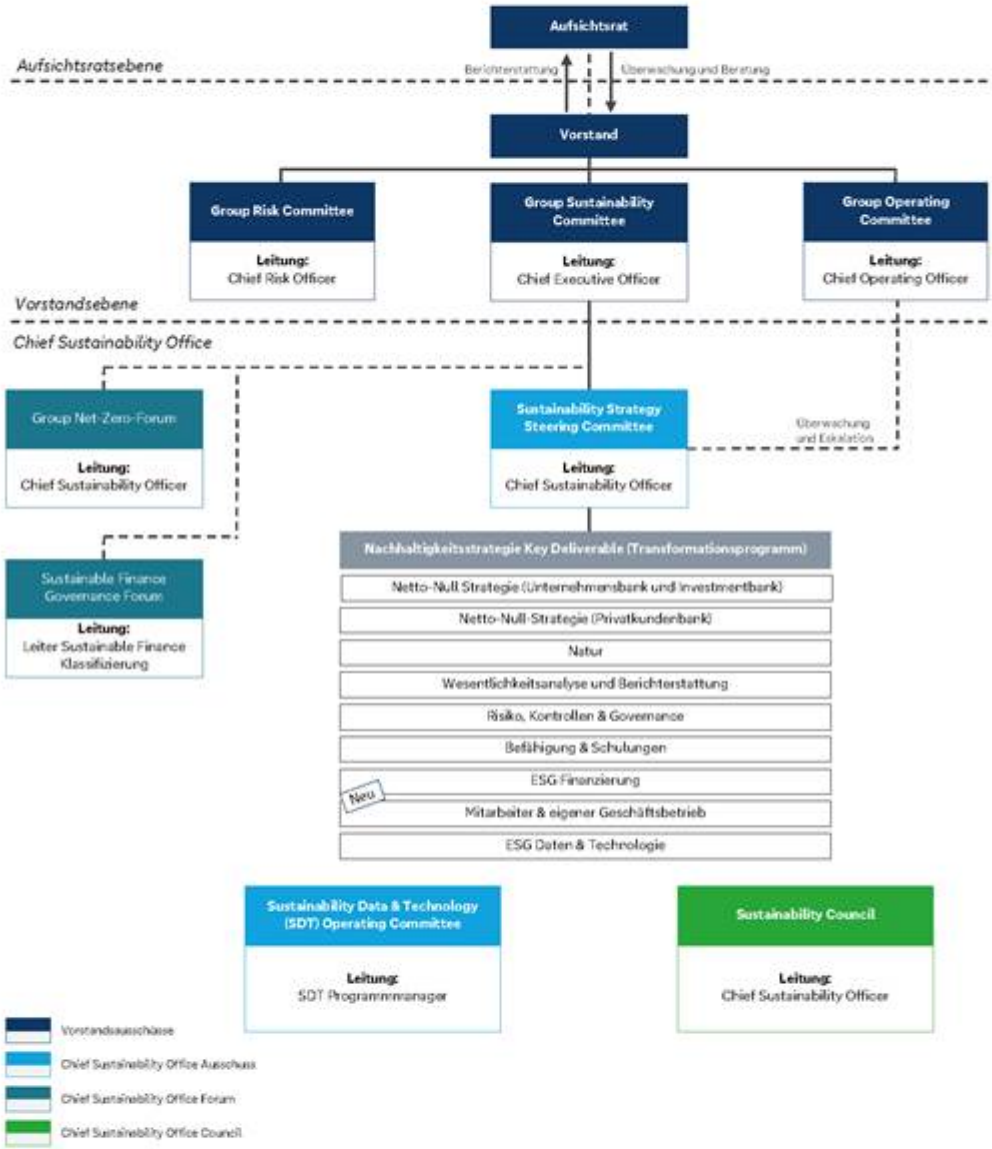
Nachhaltigkeitsgovernance

ESRS 2 GOV-1, ESRS 2 GOV-2

Deutsche Bank AG – Zentrale Struktur (Aufsichtsrat, Vorstand, Chief Sustainability Office, andere zentrale Bereiche)

Nachhaltigkeit ist seit Juli 2019 ein zentraler Bestandteil der Strategie der Deutschen Bank. Dies spiegelt sich in der Governance-Struktur wider, die sich vom Aufsichtsrat, dem Vorstand und dem Group Sustainability Committee über die Führungsebene der Geschäftsbereiche, die zentralen Infrastruktur- und Kontrollfunktionen bis hin zu spezialisierten Teams erstreckt.

Im Überblick stellt sich die Governance-Struktur zum Jahresende 2025 wie folgt dar:



Der Vorstand trägt die letztendliche Verantwortung für Nachhaltigkeitsthemen, während der Aufsichtsrat diese Themen beratend begleitet.

Nachhaltigkeitsverantwortlichkeiten des Aufsichtsrats

Die Aufgaben des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG – die Überwachung und Beratung des Vorstands der Deutsche Bank AG – umfassen auch Nachhaltigkeitsthemen.

Die verschiedenen ständigen Ausschüsse des Aufsichtsrats der Deutschen Bank spielen eine wichtige Rolle in Bezug auf Nachhaltigkeit innerhalb der Deutschen Bank. Im Mittelpunkt steht dabei der Strategie- und Nachhaltigkeitsausschuss des Aufsichtsrats. Weitere relevante Ausschüsse sind der Vergütungskontrollausschuss, der Prüfungsausschuss sowie der Risikoausschuss.

Weitere Informationen zur Rolle des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG, zu den ihm zur Verfügung gestellten Informationen sowie zu den Nachhaltigkeitsthemen, mit denen er sich befasst, finden sich in der „Erklärung zur Unternehmensführung" in diesem Geschäftsbericht. Weitere Details zur Rolle des Aufsichtsrats bei der Einbeziehung der nachhaltigkeitsbezogenen Leistung in Anreizsysteme sind im Unterabschnitt „Einbeziehung der nachhaltigkeitsbezogenen Leistung in Anreizsysteme" dargestellt.

Nachhaltigkeitsverantwortlichkeiten des Vorstands

Der Ansatz des Vorstands in Bezug auf Nachhaltigkeit spiegelt sich in seiner Ausschussstruktur wider. In den folgenden Unterabschnitten wird zwischen Ausschüssen unterschieden, die ausdrücklich auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind, und solchen, die Nachhaltigkeit im Rahmen ihres erweiterten Verantwortungsbereichs behandeln.

Vorstandsausschuss mit Nachhaltigkeit als Kernfunktion: Group Sustainability Committee (GSC)

	Group Sustainability Committee (GSC)
Geltungsbereich	Konzern (ohne DWS)
Mandat	Dient als zentrales Steuerungsgremium für nachhaltigkeitsbezogene Themen im Deutsche Bank Konzern, entscheidet über die konzernweite Nachhaltigkeitsstrategie und überwacht deren Umsetzung. Der Ausschuss soll einen ganzheitlichen, konzernweiten Dialog sowie eine abgestimmte Vorgehensweise bei Nachhaltigkeitsinitiativen sicherstellen, um die Bank im Bereich nachhaltiger Finanzierungen als führendes Institut im Finanzdienstleistungssektor zu positionieren, zum dauerhaften Nutzen sowohl für Kunden als auch für die Gesellschaft
Leitung/Stellvertretung	Chief Executive Officer/Chief Sustainability Officer
Mitglieder	– Mitglieder des Vorstands – Leiter der Geschäftsbereiche (Mitglieder des GMC[1]) – Senior-Vertreter relevanter Infrastruktur-Funktionen – Der Chief Investment Officer der DWS nimmt als nicht stimmberechtigtes Mitglied teil. Dies dient der Sicherstellung einer engen Abstimmung der jeweiligen Strategien sowie der Förderung einer potenziellen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bank und der DWS. Dies ist insbesondere relevant, da Vermögensverwalter und Banken in bestimmten Bereichen unterschiedliche Ansätze im Hinblick auf ESG verfolgen
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr 2025	– Sechs Sitzungen, davon vier im Umlaufverfahren – Genehmigt wurden die Nachhaltigkeitsstrategie 2030 der Bank, einschließlich des neuen kumulierten Ziels von 900 Mrd. € für nachhaltige und Transformationsfinanzierungen für den Zeitraum von 2020 bis Ende 2030 sowie die Nature Ambition, bis Ende 2027 300 Transaktionen zu ermöglichen. Darüber hinaus genehmigte das GSC die Veröffentlichung des initialen Rahmenwerkes für Transformationsfinanzierungen und bestätigte den aktualisierten Transitionsplan

[1] Das GMC (Group Management Committee) ist ein Ausschuss auf Vorstandsebene, der als Plattform für Information, Austausch, Diskussion und letztlich auch Beratung eingerichtet wurde, insbesondere in Bezug auf Geschäft, Wachstum und Profitabilität

Vorstandsausschüsse, die sich mit Nachhaltigkeit befassen

Mehrere weitere Vorstandsgremien berücksichtigen Nachhaltigkeitsaspekte in ihren jeweiligen Mandaten und stellen damit sicher, dass diese Faktoren im übergeordneten Governance-Rahmen der Bank angemessen verankert sind. Die entsprechenden Gremien sind in der nachstehenden Tabelle aufgeführt.

	Nachhaltigkeitsbezogene Rolle relevanter Ausschüsse des Vorstands
Konzernrisikoausschuss (GRC)	Zentrales Gremium für die Überprüfung und Entscheidung über wesentliche Risiko- und Kapitalthemen, einschließlich klimabezogener Fragestellungen. Es erhält regelmäßige Aktualisierungen zu den Netto-Null-Zielen der Bank und zum Profil der klimabezogenen Übergangsrisiken
Konzernreputations-risikoausschuss (GRRC)	Eskalationsgremium auf Konzernebene für transaktionsbezogene, kundenbezogene oder andere primäre Reputationsrisiken, einschließlich nachhaltigkeitsbezogener Themen
Ausschuss für Kultur, Integrität und Verhalten	Stellt einen dauerhaften Fokus auf alle Aspekte der Unternehmenskultur sicher, indem es die Umsetzung und das fortlaufende Management des Kultur-, Integritäts- und Verhaltensrahmenwerks überwacht, einschließlich nachhaltigkeitsbezogener Themen
Konzerninvestitions-ausschuss	Trifft Entscheidungen über strategische und weitere Investitionen und überwacht den Fortschritt sowie die Performance der genehmigten Investitionen, einschließlich nachhaltigkeitsbezogener Themen

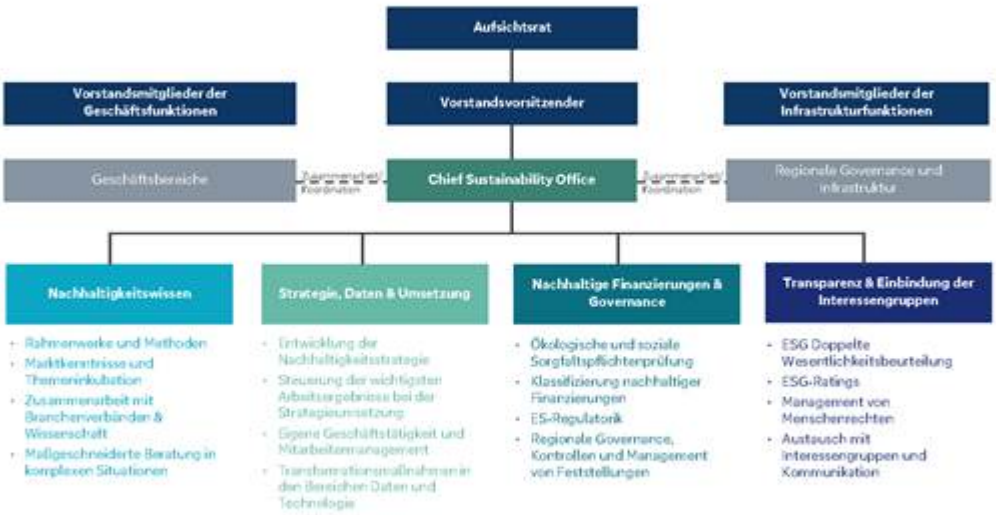
Weitere Informationen zur Rolle des Vorstands, zu den an ihn übermittelten Informationen sowie zu den vom Vorstand behandelten nachhaltigkeitsbezogenen Themen finden sich in der „Erklärung zur Unternehmensführung" in diesem Geschäftsbericht.

Chief Sustainability Office

Die Deutsche Bank AG unterhält ein Chief Sustainability Office, dessen Leiter an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank AG berichtet. Es treibt das Thema Nachhaltigkeit zentral voran und stellt die konzernweite Konsistenz sicher.

Ausgehend von einem erweiterten Team zur Erfüllung strategischer und regulatorischer Anforderungen im Jahr 2022 entwickelte sich das Chief Sustainability Office in den Jahren 2023 bis 2025 weiter und übernahm die Umsetzung laufender Veränderungsinitiativen. Im dritten Quartal 2025 durchlief die Abteilung eine organisatorische Neuausrichtung, um ihre Rolle als Wegbereiter der Nachhaltigkeitsstrategie der "Globalen Hausbank" zu stärken und sich als Transitionspartner für ihre Kunden und weitere zentrale Stakeholder zu positionieren.

Die funktionale Governancestruktur zum Jahresende 2025 stellt sich wie folgt dar:



Chief Sustainability Office über seine Ausschüsse und Diskussionsgruppen

Das Chief Sustainability Office führt und koordiniert verschiedene Ausschüsse im Zusammenhang mit der Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bank sowie Diskussionsgruppen (Foren/Council), die der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie dienen und zugleich als Empfehlungs- oder Informationskanäle fungieren.

Gremien des Chief Sustainability Office

	Lenkungsausschuss für die Nachhaltigkeitsstrategie	Ausschuss für Nachhaltigkeitsdaten und -technologie	CSRD[1] Steuerungsausschuss für die Implementierung
Geltungsbereich	Konzern (ohne DWS)	Konzern (ohne DWS)	*Eingestellt, nachdem das CSRD[1]-Programm erfolgreich abgeschlossen wurde und die Nachhaltigkeitserklärung der Deutschen Bank für 2024 als Teil des Geschäftsberichts 2024 im März 2025 veröffentlicht wurde*
Mandat	Überwachung der Umsetzung des zentralen Ergebnisses der Nachhaltigkeitsstrategie der Deutschen Bank als Prioritätsinitiative im Rahmen von „Change the Bank"	Lenkungsausschuss für die Umsetzungsaktivitäten innerhalb der Arbeitsgruppe Sustainability Data & Technology im Rahmen der Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bank	
Leitung/ Stellvertretung	Chief Sustainability Officer/Chief Financial Officer Investmentbank, Unternehmensbank & ESG	Nachhaltigkeits-, Daten- & Technologie-Programmmanager	
Mitglieder	Divisionale ESG Heads und ESG-Experten	Senior Leads für Nachhaltigkeit aus: - Unternehmensbank - Investmentbank - Privatkundenbank - Chief Financial Office - Technologie, Daten und Innovation (TDI)	
Eskalation	An den Konzernnachhaltigkeitsausschuss oder das Group Operating Committee	An den Lenkungsausschuss für die Nachhaltigkeitsstrategie	
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr 2025	- Fünf Sitzungen durchgeführt - Alle relevanten zentralen Meilensteine erreicht - Genehmigung von Themen wie der Nature-Ambition und dem übergeordneten Konzept für Nachhaltigkeitsschulungen - Updates zu den mit Kunden geführten Gesprächen zu deren Transition sowie zu den mit Kunden in emissionsintensiven Branchen geführten Gesprächen	- Sechs Sitzungen durchgeführt - Verbesserte Nachhaltigkeitsklassifizierungen und Prozessautomatisierung ermöglichen die Erfassung von an Sustainable-Finance-Kriterien ausgerichteten Transaktionen, Gegenparteien und Produkten sowie fundierte Risikoanalysen und Maßnahmen zur Vermeidung von Greenwashing. - Integration mehrerer Nachhaltigkeitsdatenquellen für die Netto-Null- und Transitionsplanung, Verbesserung der regulatorischen Berichterstattung einschließlich der EU-Taxonomie und Säule 3	

[1] Corporate Sustainability Reporting Directive

Diskussionsgruppen des Chief Sustainability Office

	Group Net-Zero-Forum (Unternehmensbank und Investmentbank)[1]	Sustainable Finance Governance Forum	Sustainability Council
Geltungsbereich	– Unternehmensbank – Investmentbank	Konzern (ohne DWS)	Konzern
Mandat	Erörtert Transaktionen in Sektoren, die von den Netto-Null Zielen der Deutschen Bank abgedeckt sind und potenziell erhebliche Auswirkungen auf die finanzierten Emissionen und/oder die Dekarbonisierungsziele der Bank haben könnten, wobei in den Empfehlungen die Bewertung der Übergangsstrategien der Kunden berücksichtigt wird	– Präsentiert und erörtert offene Fragen zur Definition und Produktklassifizierung im Rahmen des Sustainable-Finance-Rahmenwerks – Bereitet Empfehlungen zu offenen Themen vor	Fördert den Wissensaustausch zwischen den Nachhaltigkeitschampions der Deutschen Bank, um einen bankweiten Wandel voranzutreiben und neue Themen zu identifizieren
Leitung/ Stellvertretung	Chief Sustainability Officer/Leiter Klima- und Umweltrisikomanagement	Leiter Sustainable Finance Klassifizierung/dediziertes Mitglied des Sustainable Finance Klassifizierungsteams[2]	Chief Sustainability Officer
Mitglieder	– Divisionale ESG Heads in der Unternehmensbank, Investmentbank, im Chief Risk Office und Chief Sustainability Office – Coverage Heads in der Unternehmensbank und Investmentbank	– Divisionale ESG Heads in der Unternehmensbank, Investmentbank, Privatkundenbank, im Chief Risk Office, Chief Financial Office, im Bereich Corporate Affairs & Strategy sowie im Chief Sustainability Office – ESG-Experten in den relevanten Geschäfts- und Infrastrukturbereichen	Mitarbeiter mit Interesse an Nachhaltigkeit
Eskalation	Über das Group Sustainability Committee, über das Vorstandsmitglied, das für die Unternehmensbank und die Investmentbank verantwortlich ist, oder über die Berichtslinien einzelner Mitglieder	Über die Berichtslinien einzelner Mitglieder	Keine Angabe (Gruppe dient ausschließlich zum Informationsaustausch)
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr 2025	– 32 Sitzungen durchgeführt – 72 Transaktionen erörtert	– Fünf Sitzungen durchgeführt – Klassifikationen, Methodologien und Produktstrukturen für nachhaltige Finanzierung überprüft und weiter verfeinert – Behandlung regulatorischer Entwicklungen und Stärkung der ESG- und sozialen Produktkriterien – Wesentliche Ergebnisse umfassen Aktualisierungen der Methodologien, klarere Entscheidungsstrukturen sowie die Anpassung der Produktkriterien an sich weiterentwickelnde regulatorische und marktbezogene Erwartungen, um eine robuste, transparente und konsistente Umsetzung nachhaltiger Finanzierungen zu unterstützen	– Vier Sitzungen durchgeführt – Regionale Updates, Updates zur Nachhaltigkeitsstrategie, ESG-Ratings, Sustainable Finance und Nachhaltigkeitserklärung

[1] In der Unternehmensbank und Investmentbank sind bereichsspezifische Net-Zero-Foren eingerichtet, um den jeweiligen divisionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen und ein dezentralisiertes Management auf dieser Ebene zu ermöglichen.

[2] Alle Sitzungen fanden gemäß der vor den organisatorischen Änderungen im Chief Sustainability Office geltenden Governance statt, wobei der Vorsitzende der Leiter der Konzernnachhaltigkeit und der stellvertretende Vorsitzende der Leiter Environmental & Social Due Diligence and Sustainable Finance war.

Nachhaltigkeit in den Geschäftsbereichen und anderen Infrastrukturfunktionen

Ergänzend zum Chief Sustainability Office haben die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen der Bank im Rahmen des Risikomanagementmodells der drei Verteidigungslinien ESG-Expertenteams eingerichtet. Diese Teams treiben die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auf Bereichsebene voran, um sicherzustellen, dass nachhaltigkeitsbezogene Themen angemessen berücksichtigt werden und eine schnelle Reaktion auf neue Geschäftschancen und Risiken möglich ist. Sie tragen zudem dazu bei, das Net-Zero Governance Framework in ihren jeweiligen Bereichen zu verankern, das den Ansatz der Bank für Sustainable Finance, Transition Finance und ESG-Investitionen leitet. Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über diese zentralen Teams.

Erste Verteidigungslinie[3]

Geschäftsbereiche Unternehmensbank und Investmentbank[1]	Privatkundenbank	Technologie, Daten und Innovation
Zuständige Senior Leads für Nachhaltigkeit Dedizierte Verantwortliche in jedem Geschäftsbereich, die die Verankerung in der Geschäftsstrategie, kundenorientierte Lösungen und die Vordenkerrolle sicherstellen	**Senior Leads für Nachhaltigkeit** Dedizierte Verantwortliche in jedem Geschäftsbereich, die die Integration in die Geschäftsstrategie, kundenorientierte Lösungen und die Vordenkerrolle sicherstellen	**Nachhaltigkeitstechnologie** Bereitstellung von Nachhaltigkeitsdaten und der IT Infrastruktur für Nachhaltigkeitsprozesse

Globales Immobiliengeschäft	Globaler Einkauf	Personalabteilung
Ökologische Nachhaltigkeit Verantwortlich für die Reduzierung der eigenen Emissionen der Deutschen Bank (Scope 1 und 2) sowie für die Durchführung der entsprechenden Berichterstattung zu Scope 3-Emissionen (Kategorien 1–14)	**Nachhaltiger Einkauf** Integration von ESG Grundsätzen in Einkaufsentscheidungen, enge Zusammenarbeit mit Lieferanten, um widerstandsfähige und verantwortungsvolle Wertschöpfungsketten aufzubauen	**Menschen, Erfahrung und nachhaltige Unternehmenskultur** Umfasst Verhaltensänderung, Unternehmenskultur, Vielfalt und Teilhabe, Zukunft der Arbeit, ESG im Personalbereich sowie Wohlbefinden

Zweite Verteidigungslinie[3]

Compliance	Chief Risk Office	Finanzabteilung/Rechnungswesen[2]
Erkennt ESG Risiken als bereichsübergreifende Risikotreiber, die in die Compliance Risikotypen integriert sind. Compliance arbeitet im Rahmen laufender Initiativen mit wichtigen Interessengruppen über die drei Verteidigungslinien der Bank hinweg zusammen, um die Fähigkeit zur Identifizierung und Steuerung von ESG Risiken zu verbessern	Integriert ESG in die Risikorahmenwerke (einschließlich der Entwicklung von Modellen und Methoden), um die Wesentlichkeit von ESG Risiken zu identifizieren, zu bewerten und zu quantifizieren, und berichtet dem Senior Management die zentralen Kennzahlen zur Risikobereitschaft sowie die Risikokonzentrationen	**Nachhaltigkeitsberichterstattung** Etablierung einer robusten Governance und eines Prozesses, der eine fristgerechte, präzise und regelkonforme Erstellung der Konzern Nachhaltigkeitserklärung sicherstellt

Dritte Verteidigungslinie

Konzernrevision

- Dient als unabhängige und objektive Instanz gegenüber dem Vorstand der Deutsche Bank AG hinsichtlich der Angemessenheit der Konzeption, Wirksamkeit und Effizienz etwa von Risikomanagementprozessen der Bank, einschließlich Umwelt- und Sozialrisiken
- Überprüft Betrugs-, Kartell- und Fehlverhaltensrisiken im Rahmen jeder Prüfung und bewertet die entsprechenden Richtlinien und Standards auf Basis eines risikoorientierten Ansatzes
- Agiert als unabhängiger, proaktiver und vorausschauender Herausforderer und Berater der Geschäftsleitung der Bank

[1] Unternehmensbank, Investmentbank, Investmentbanking & Kapitalmärkte, Investmentbank – Anleihen- und Währungsgeschäft, Investmentbank Research.
[2] Das Finance Chief Accounting Office (FCAO) ist Teil des Chief Financial Office (CFO), das überwiegend als erste Verteidigungslinie kategorisiert wird, mit Ausnahme von Funktionen, die einem Risikotyp zugeordnet sind, wie beispielsweise das FCAO.
[3] Die Grafik dient dazu, die aktuelle Zuordnung der Verteidigungslinien für die zentralen Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen darzustellen, die ESG-Expertenteams eingerichtet haben. Sie stellt jedoch weder eine vollständige noch eine dauerhafte Abbildung der Verteidigungslinien-Abgrenzung innerhalb der Organisation dar.

Regionale Aufbauorganisation

Die Bank verfügt über Nachhaltigkeitskoordinatoren an wichtigen Standorten in Europa (z. B. Italien, Spanien, Niederlande, Belgien, Portugal und Polen), im asiatisch-pazifischen Raum (z. B. China und in den übrigen Regionen der Asien-Pazifik (APAC), in denen die Deutsche Bank tätig ist), in Afrika/Nahost, MEA (z. B. Vereinigte Arabische Emirate) und in Südamerika (z. B. Brasilien) sowie über einen ESG Leiter für APAC-MEA, um Nachhaltigkeitsinitiativen und -anforderungen weltweit abzustimmen.

Regionale ESG Heads und Nachhaltigkeitskoordinatoren stimmen sich mit dem Strategy & Regional Governance Team des Chief Sustainability Office zu Nachhaltigkeitsinitiativen und -themen ab. Nachhaltigkeitsthemen werden entweder in speziellen Foren oder in Sitzungen der obersten Governance Ebene diskutiert.

DWS-Nachhaltigkeitsgovernance

Die Nachhaltigkeitsgovernance bei der DWS beginnt mit der DWS-Geschäftsführung, die die Gesamtverantwortung für das Management der Geschäftsaktivitäten der DWS trägt. Dies beinhaltet die Verantwortung für das Management von nachhaltigkeitsbezogenen Chancen und Risiken.

Um einen gezielten Fokus auf Nachhaltigkeitsthemen zu ermöglichen, hat die DWS-Geschäftsführung ihre Zuständigkeit für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie an das DWS Group Sustainability Committee delegiert und erhält regelmäßig und anlassbezogen Berichterstattung.

Das Komitee ist mit der Umsetzung der von der DWS-Geschäftsführung genehmigten Nachhaltigkeitsstrategie auf treuhänderischer und Unternehmensebene in den Geschäftsbereichen und Tochtergesellschaften mandatiert.

Einbeziehung der nachhaltigkeitsbezogenen Leistung in Anreizsysteme

ESRS E1 im Zusammenhang mit ESRS 2 GOV-3

Wesentliche Merkmale der Anreizsysteme

Das Vorstandsvergütungssystem ist auf die Geschäftsstrategie sowie die nachhaltige und langfristige Entwicklung der Deutschen Bank ausgerichtet und setzt geeignete Anreize für eine konsequente Erreichung der gesetzten Ziele. Durch die Zusammensetzung der Gesamtvergütung aus fixen und variablen Vergütungskomponenten, durch die Bemessung der Leistung über kurz- und langfristige Zeiträume und durch die Heranziehung relevanter und anspruchsvoller Leistungsparameter werden die Umsetzung der Konzernstrategie und die Ausrichtung auf den nachhaltigen und langfristigen Erfolg des Konzerns in klarer und nachvollziehbarer Weise vergütet. Die Zielestruktur umfasst dabei finanzielle und nicht-finanzielle Parameter und Messgrößen in einem ausgewogenen Verhältnis.

Vergütungsstruktur für den Vorstand

Der Aufsichtsrat legt für jedes Vorstandsmitglied eine Zielvergütung fest. Der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) folgend bestimmt er auch den Anteil der fixen Vergütung im Verhältnis zur variablen Vergütung sowie das Verhältnis der kurzfristigen zur langfristigen variablen Vergütung.

Das Vergütungssystem für den Vorstand, wie es im Vorstandsvergütungsbericht als Teil des Geschäftsberichts dargestellt wird, besteht aus fixer Vergütung und variabler Vergütung. Die fixe Vergütung setzt sich aus Grundgehalt, Nebenleistungen und Beiträgen zur betrieblichen Altersversorgung oder Pensionszulagen zusammen. Die variable Vergütung teilt sich in 40% kurzfristige Anreize (STI) und 60% langfristige Anreize (LTI) auf. Bei den STI werden zu Beginn des Zeitraums drei bis fünf Ziele zur Messung der individuellen und Bereichsentwicklung über einen Zeitraum von einem Jahr festgelegt und rückwirkend offengelegt. Für die LTI werden vier Ziele, die für alle Vorstandsmitglieder identisch sind, ex ante festgelegt und offengelegt. Die STI werden nach einem Jahr ermittelt, während die LTI erst nach einem Bemessungszeitraum von drei Jahren ermittelt werden.

Nachhaltigkeitsbezogene Leistungskennzahlen und Ziele

Die Deutsche Bank ist bestrebt, einen Beitrag zu einer umweltfreundlichen, sozial inklusiven und gut geführten Unternehmenslandschaft zu leisten und ihre Kunden bei ihrer grünen Transformation zu unterstützen. Sowohl die Beratungsdienstleistungen und Produkte als auch das Arbeitsumfeld und die Kultur der Deutschen Bank sollen auf diesem Bekenntnis aufbauen. Die Richtlinien und Prozesse der Deutschen Bank entsprechen den Gesetzen und Richtlinien des Landes, in dem sie tätig ist, einschließlich der geltenden Antidiskriminierungsgesetze wie etwa das Zweite Führungspositionengesetz (FüPOG II).

Für die im Vorstandsvergütungsbericht als Teil des Geschäftsberichts veröffentlichten LTI-Pläne 2024-2026 und 2025 - 2027 fokussiert sich der Aufsichtsrat auf die folgenden ESG-Ziele, welche 20% der gesamten variablen Vergütung für diesen Zeitraum ausmachen:

- Umweltziel: Das Ziel, das Klimarisikomanagement voranzutreiben, ist mit den Reduktionszielen für kohlenstoffintensive Sektoren verknüpft, die durch die Festlegung von CO_2-Reduktionszielen für Schlüsselindustrien offengelegt wurden. Diese Kennzahl misst die Entwicklung im Vergleich zum veröffentlichten Pfad (Transitionsplan) nebst einer zulässigen Abweichung (Risikobereitschaft). Dieses Ziel trägt eine Gewichtung von 8% zur gesamten variablen Vergütung bei. Für den LTI-Plan 2024-2026 beträgt der Schwellenwert (0% LTI-Zielerreichung) die Einhaltung eines Pfades, der gleich oder unter 50% der zulässigen Abweichung liegt. Eine 100%ige LTI-Zielerreichung erfordert die Einhaltung eines Pfades von 70% der zulässigen Abweichung, während eine 150%ige LTI-Zielerreichung bei 85% der zulässigen Abweichung liegt. Diese Zielwerte gelten identisch für den LTI-Plan 2025-2027
- Soziales Ziel: Das Ziel, der Erhöhung der Geschlechtervielfalt im Sinne des Zweiten Führungspositionengesetzes (FüPOG II), konzentriert sich auf die Repräsentanz von Frauen auf den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands (Vorstandsebene- 1 und Vorstandsebene-2-Positionen), was der Diskriminierung in der Nachfolgeplanung des Vorstands entgegenwirkt, und die Chancengleichheit fördert. Dieses Ziel wird mit 4% an der gesamten variablen Vergütung gewichtet. Für den LTI-Plan 2024-2026 liegt der Schwellenwert (0% LTI-Zielerreichung) bei einem Anteil von gleich oder unter 30% Frauen. Für eine 100%ige LTI-Zielerreichung ist ein Anteil von 32,5% Frauen vorgesehen, während bei einem Anteil von 35% Frauen eine 150%ige LTI-Zielerreichung erreicht wird. Diese Zielwerte gelten identisch für den LTI-Plan 2025-2027
- Governance Ziel: Das Ziel der guten Unternehmensführung für den LTI-Plan 2024-2026 besteht aus dem Control-Risk-Management-Grade (CRMG) und den Fortschritten, die bei den Anti-Geldwäsche/Know-Your-Client-Verbesserungsmaßnahmen erzielt wurden. Der CRMG misst das Kontrollumfeld anhand der Entwicklung der einzelnen Geschäftsbereiche, einschließlich kritischer und überfälliger Feststellungen, aber auch kultureller Themen wie der selbst festgestellten Risikoakzeptanz. Insgesamt unterstreicht das Ziel, wie wichtig es für die Deutsche Bank ist, Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen und Geldwäscheaktivitäten zu verhindern sowie die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zu gewährleisten und eine gesunde Unternehmenskultur zu fördern. Im Hinblick auf das Governance-Ziel wurden die Bewertungskriterien für den Long-Term-Incentive-Plan 2025–2027 angepasst, um nicht nur eine interne Bewertung zu berücksichtigen, sondern auch die Einschätzung externer Stakeholder zur regulatorischen Entwicklung und den Verbesserungen der Deutsche Bank einzubeziehen. Dadurch wird ein ganzheitliches Bewertungskriterium geschaffen. Dieses Ziel wird mit einer Gewichtung von 8% gemessen an der gesamten variablen Vergütung berücksichtigt. Für den LTI-Plan 2024-2026 ist ein Schwellenwert von 0% LTI-Zielerreichung bei einem CRMG von 0% Fortschritt definiert. Eine 100%ige LTI-Zielerreichung erfordert einen Fortschritt von 100%, während eine 150%ige LTI-Zielerreichung bei 150% Fortschritt angesetzt ist. Im Hinblick auf das Governance-Ziel wurden die Bewertungskriterien für den Long-Term-Incentive-Plan 2025–2027 angepasst, um nicht nur eine interne Bewertung zu berücksichtigen, sondern auch die Einschätzung externer Stakeholder zur regulatorischen Entwicklung und den Verbesserungen der Deutsche Bank einzubeziehen. Dadurch wird ein ganzheitliches Bewertungskriterium geschaffen. Für den LTI-Plan 2025-2027 beträgt der Schwellenwert (0% LTI-Zielerreichung) ebenfalls 0% Fortschritt, mit einer 100%igen LTI-Zielerreichung bei 100% Fortschritt und einer 150%igen LTI-Zielerreichung bei 150% Fortschritt

Zuständigkeitsebene zur Genehmigung

Der Aufsichtsrat ist für die Entscheidungen über die Ausgestaltung des Vergütungssystems sowie die Festsetzung der individuellen Vergütungen und der Regelungen zur Gewährung der Vergütung zuständig. Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei seinen Aufgaben und bereitet Vorschläge für die Beschlüsse des Aufsichtsrats vor.

Interne Kontrollen der Nachhaltigkeitsberichterstattung

ESRS 2 GOV-5

Allgemein

Für die Deutsche Bank ist es von grundlegender Bedeutung, ein solides Rahmenwerk für ihr Risikomanagement und internen Kontrollen für ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung aufrechtzuerhalten, um die Integrität und die Zuverlässigkeit der Angaben in der Nachhaltigkeitserklärung sicherzustellen und damit wesentliche fehlerhafte Darstellungen zu vermeiden. Der Vorstand der Deutschen Bank AG hat die Aufgabe, ein angemessenes internes Kontrollsystem ihrer Nachhaltigkeitsberichterstattung aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Die Verantwortung für das Rahmenwerk des internen Kontrollsystems der Nachhaltigkeitsberichterstattung liegt bei dem Chief Financial Officer. Der Prüfungsausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei der Überwachung der Wirksamkeit des Prozesses zur Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung und der zugehörigen internen Kontrollen.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Risikomanagement und interne Kontrollprozesse

Die Hauptrisiken der Nachhaltigkeitsberichterstattung bestehen darin, dass die Nachhaltigkeitserklärung aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt oder dass sie nicht termingerecht veröffentlicht wird. Dies könnte dazu führen, dass das Vertrauen der Stakeholder oder die Reputation der Bank beeinträchtigt werden, sowie rechtliche oder regulatorische Konsequenzen nach sich ziehen. Die Berichterstattung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild, wenn darin enthaltene Angaben fehlerhaft oder unvollständig sind und sich auf die Basis der Nachhaltigkeitserklärung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten auswirken könnte. Ein wesentlicher Bestandteil, um das mit wesentlichen fehlerhaften Angaben verbundene Risiko zu beurteilen, besteht darin, die Auswirkung und Wahrscheinlichkeit dieses Risikos zu ermitteln.

Um die oben genannten Risiken zu mindern, hat die Deutsche Bank interne Kontrollen in Bezug auf ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung eingerichtet. Dazu gehören Validierungs- und Überprüfungsverfahren auf mehreren Ebenen und während des gesamten Berichterstattungsprozesses, die die Zuverlässigkeit der Angaben in der Nachhaltigkeitserklärung sicherstellen sollen. Bei der Einrichtung interner Kontrollen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung hat die Bank die Vollständigkeit und die Genauigkeit als Kontrollziele priorisiert, um die Integrität und Zuverlässigkeit der Nachhaltigkeitserklärung sicherzustellen.

Das System der internen Kontrollen in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung umfasst alle Phasen des Berichterstattungsprozesses, von der Datenverarbeitung und Datenerfassung bis zur Offenlegung. Dieser Prozess beinhaltet eine abteilungsübergreifende Zusammenarbeit mit klar definierten Rollen und Verantwortlichkeiten, um eine konsistente Umsetzung im gesamten Bankbetrieb sicherzustellen. Die Komponenten dieses Rahmenwerks umfassen präventive, aufdeckende und korrigierende Kontrollen. Präventive Kontrollen sind in die Anfangsphasen der Datenerfassung der Funktionen eingebettet, die Informationen für die Nachhaltigkeitserklärung liefern. Aufdeckende Kontrollen umfassen unabhängige Überprüfungen durch die Kontrollfunktionen. Korrigierende Kontrollen beheben Probleme, die im Rahmen von Prüfungen entdeckt wurden, und gewährleisten eine zeitnahe Korrektur und kontinuierliche Verbesserung.

Kein Kontrollsystem, einschließlich der internen Kontrollen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung, kann – egal wie gut es konzipiert ist und durchgeführt wird – mit absoluter Sicherheit garantieren, dass die Ziele erreicht werden. Daher können Offenlegungskontrollen und -verfahren oder Systeme für interne Kontrollen in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung nicht alle Fehler verhindern.

Messung der Wirksamkeit des Systems der internen Kontrollen der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Jedes Jahr überprüft die Deutsche Bank das System und das Rahmenwerk der internen Kontrollen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung und nimmt, wo erforderlich, Verbesserungen vor, um das Risiko auf ein tolerierbares und der Risikobereitschaft der Bank entsprechendes Niveau zu begrenzen. Die bewerteten Schlüsselkontrollen sind:

- Dem Vier-Augen-Prinzip entsprechende Kontrollen mit klarer Aufgabentrennung zwischen Ersteller und Überprüfer sowie Durchsicht seitens des Senior Management
- Vollständigkeit der Kontrolldokumentation sowie angemessene Durchführung der erforderlichen Kontrollen über den gesamten End-to-End-Prozess der Erstellung der Nachhaltigkeitserklärung hinweg. Dazu gehören die Dokumentation der Datenquellen, Überleitungen und Abgleiche und analytische Kontrollen oder Bestandskontrollen

Der zu erbringenden Kontrollnachweis ist ein Teil der im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Aufgaben der Beschäftigten oder ergeben sich aus relevanten Richtlinien und Verfahren. Darüber hinaus sind weitere Informationsquellen ein wesentlicher Bestandteil der Bewertung der Wirksamkeit von Kontrollen, da sie der Geschäftsführung zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen können oder die im Rahmen von Feststellungen erlangten Erkenntnisse belegen können. Zu diesen Informationsquellen zählen:

- Berichte über Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden
- Berichte externer Prüfer
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit der an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen

Etwaige Feststellungen, die den Prozess der internen Kontrollen über die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Deutschen Bank betreffen, werden den jeweiligen Funktionen zeitnah mitgeteilt, um angemessene Maßnahmen zu ergreifen und damit den Berichterstattungsprozess zu verbessern. Darüber hinaus werden der Vorstand und der Aufsichtsrat sowie weitere Aufsichtsgremien, einschließlich des Prüfungsausschusses, über eventuelle Feststellungen informiert.

Der Chief Financial Officer wurde über die Ergebnisse der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Nachhaltigkeitsberichterstattung zum 31. Dezember 2025 informiert. Es wurden keine Probleme festgestellt, die die Vollständigkeit und die Genauigkeit der in der Nachhaltigkeitserklärung veröffentlichten Angaben beeinträchtigen würden.

Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit

Beschreibung des Prozesses zur Identifizierung und Beurteilung wesentlicher Auswirkungen, Risiken und Chancen

ESRS 2 IRO-1, ESRS 2 IRO-2, ESRS 2 SBM-3

In Übereinstimmung mit den Berichtsanforderungen der Europäischen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung (European Sustainability Reporting Standards, ESRS) führte die Deutsche Bank eine jährliche „Doppelte Wesentlichkeitsanalyse" („Beurteilung", „DMA" als Abkürzung des englischen Begriffs Double Materiality Assessment) durch. Gemäß diesen Anforderungen berücksichtigte die DMA sowohl die Wesentlichkeit der Auswirkungen als auch die finanzielle Wesentlichkeit. Sie wurde auf konsolidierter Basis erstellt. Der Konsolidierungskreis entsprach dem des Finanzberichts des Konzerns. Für die DMA waren keine weiteren, nicht bereits im finanziellen Konsolidierungskreis enthaltenen Tochtergesellschaften zu berücksichtigen.

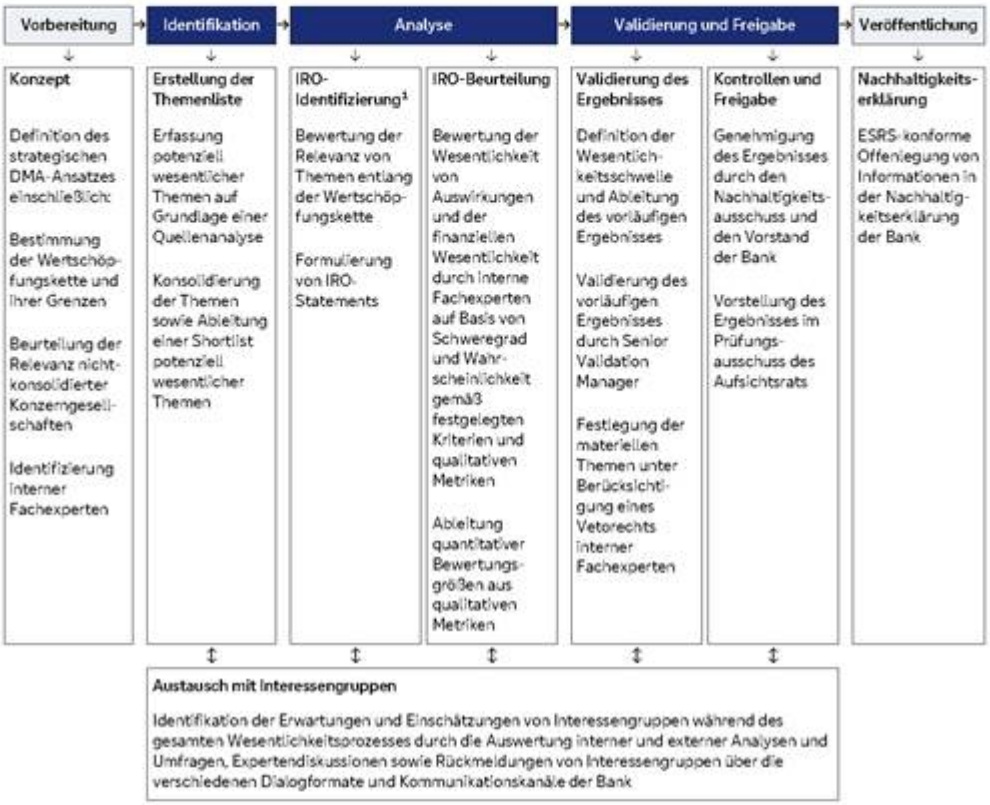
Die Beurteilung berücksichtigte die Wertschöpfungskette der Deutschen Bank, die sowohl die eigene Geschäftstätigkeit als auch die vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen der Bank umfasst. Die Analyse der vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen beschränkte sich auf direkte Lieferanten- und Kundenbeziehungen. Die Wertschöpfungskette der Bank ist im Kapitel „Der Deutsche Bank-Konzern" des zusammengefassten Lageberichts in diesem Bericht beschrieben.

Das Ergebnis der DMA legt fest, welche Informationen in dieser Nachhaltigkeitserklärung offengelegt werden, indem die in den ESRS definierten Offenlegungspflichten den jeweiligen wesentlichen Themen zugeordnet werden. Im Rahmen der konzernweiten DMA wurde die DWS als wesentlicher Teil des Asset-Management-Geschäfts der Bank berücksichtigt. Darüber hinaus führte die DWS zur Erfüllung ihrer eigenen Pflichten eine eigenständige DMA durch. Die Ergebnisse beider Beurteilungen wurden abgeglichen, um Konsistenz sicherzustellen.

Prozess der doppelten Wesentlichkeit

Das Chief Sustainability Office der Deutschen Bank ist für die Durchführung der DMA verantwortlich. Weitere Informationen zur Nachhaltigkeitsgovernance der Bank sind im Kapitel „Governance" dieser Nachhaltigkeitserklärung dargestellt, das auch die Governance-Strukturen zur Integration nachhaltigkeitsbezogener Risiken in die übergreifenden Risikomanagementprozesse der Bank beschreibt. Weitere Einzelheiten zu den Strukturen der Bank zur Integration nachhaltigkeitsbezogener Chancen, mit besonderem Fokus auf den Klimawandel, sind im Kapitel „Nachhaltigkeitsstrategie" dieses Berichts enthalten.

In Übereinstimmung mit den Anforderungen des ESRS 1 umfasst die DMA der Deutschen Bank die folgenden Prozessschritte:



[1] Impacts, risks and opportunities (Auswirkungen, Risiken und Chancen)

Erstellung der Themenliste

Die Deutsche Bank erstellte eine umfassende Übersicht potenziell wesentlicher nachhaltigkeitsbezogener Themen (Longlist). Dabei berücksichtigte sie sämtliche ESRS-Themen, das Ergebnis ihrer DMA 2024 sowie externe Quellen. Diese umfassten sektorübergreifende und sektorspezifische Rahmenwerke und Standards, nachhaltigkeitsbezogene Regulierung und freiwillig anwendbare Leitlinien, Fragebögen von ESG-Rating-Agenturen, Veröffentlichungen von Nichtregierungsorganisationen sowie Wettbewerbsanalysen. Auf dieser Grundlage leitete die Bank eine verkürzte Themenliste (Shortlist) ab, die alle ESRS-Themen sowie die im Vorjahr als wesentlich identifizierten Themen enthielt. Weitere Themen wurden hinsichtlich ihrer Relevanz für die Bank bewertet. Inhaltlich vergleichbare Themen wurden konsolidiert. Dies führte zu einer finalen Shortlist mit 15 potenziell wesentliche Themen, 46 Unterthemen und 71 Unter-Unterthemen.

Identifikation von Auswirkungen, Risiken und Chancen

Die Deutsche Bank bewertete die Relevanz jedes Themas entlang ihrer Wertschöpfungskette auf der jeweils granularsten Themenebene anhand eines mehrstufigen Ansatzes. Wurde ein Thema auf einer bestimmten Wertschöpfungsstufe von vornherein nicht als Auslöser wesentlicher Auswirkungen, Risiken oder Chancen (IRO als Abkürzung der englischen Begriffe Impacts, Risks and Opportunities) eingestuft, etwa aufgrund einer begrenzten Relevanz für das Geschäftsmodell der Bank oder der Nichtanwendbarkeit eines Themas auf eine bestimmte Wertschöpfungsstufe, wurde dies begründet und dokumentiert. Für alle verbleibenden Themen wurden IRO-Statements auf Basis von Quellenstudium, der fachlichen Einschätzung des Chief Sustainability Office sowie Beiträgen interner Fachexperten formuliert.

Bewertung von Auswirkungen, Risiken und Chancen

Die Deutsche Bank band Experten aus ihren Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen in den DMA-Prozess ein und definierte klare Rollen und Verantwortlichkeiten für die Beurteilung der Wesentlichkeit von Auswirkungen sowie der finanziellen Wesentlichkeit auf Grundlage vordefinierter IRO-Statements. Im Jahr 2025 implementierte die Bank zudem Themenkoordinatoren und einen dedizierten Risikoansprechpartner, um eine konsistente Bewertung über alle Themen und Wertschöpfungsstufen hinweg sicherzustellen.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Zur Unterstützung der Bewertung entwickelte die Deutsche Bank eine Methodik, die im Einklang mit ESRS 1 die Merkmale Schweregrad und Wahrscheinlichkeit zugrundelegt. Der Schweregrad sowohl positiver als auch negativer Auswirkungen wurde anhand der Faktoren Ausmaß und Umfang bewertet. Bei negativen Auswirkungen wurde zusätzlich die Unumkehrbarkeit von Auswirkungen berücksichtigt. Der Schweregrad von Risiken und Chancen wurde mithilfe interner Bewertungsschemata ermittelt: Für die Risikobewertung definierte die Bank eine sechsstufige Skala mit qualitativen Metriken für Schweregrad und Eintrittswahrscheinlichkeit. Dabei griff sie auf ihr Bewertungsschema für operationelle Risiken zurück. Im Einklang mit den ESRS-Anforderungen wurden sowohl Risiken als auch negative Auswirkungen auf Basis der Eingangsrisiken bewertet, d. h. vor der Anwendung von Kontrollen und Minderungsmaßnahmen. Nachhaltigkeitsbezogene Risiken wurden nicht gegenüber anderen Risikotypen priorisiert, vielmehr wandte die Bank im Rahmen der DMA für sämtliche Themen einen einheitlichen Ansatz zur Risikobewertung an. Zur Bewertung von Chancen entwickelte die Bank ein Bewertungsschema, dessen Struktur eng an das bankinterne Risikoschema angelehnt ist. Dies stellte eine methodische Weiterentwicklung im Jahr 2025 dar. Darüber hinaus implementierte die Bank ein Human-Rights-Flag, um sicherzustellen, dass in Fällen potenziell schwerwiegender negativer Auswirkungen auf die Menschenrechte der Schweregrad Vorrang vor der Eintrittswahrscheinlichkeit hat. Das Flag kam zur Anwendung, wenn internationale Menschenrechtskonventionen in Verbindung mit dem Geschäftsmodell der Bank auf ein dringliches menschenrechtliches Risiko hinweisen.

Im Jahr 2025 führte die Bank zudem einen strukturierten Ansatz ein, um mehrere Einzelbewertungen für ein Thema zu einer Wesentlichkeitsbeurteilung auf Gruppenebene zusammenzuführen. Für die Ermittlung gruppenweiter positiver oder negativer Auswirkungen wurde jeweils der höchste Wert je Unterthema herangezogen. Im Rahmen der Konsolidierung der Risiken und Chancen wurde der wirtschaftliche Beitrag der einzelnen Geschäftsbereiche zum Gesamtergebnis der Bank mit einer entsprechenden Gewichtung berücksichtigt. Die Deutsche Bank wandte ihre DMA-Methodik sowohl auf ESRS-Themen als auch auf unternehmensspezifische Themen an.

Validierung der Ergebnisse

Zur Ermittlung des vorläufigen Ergebnisses überführte die Bank qualitative Beurteilungen in quantitative Werte. Die Wesentlichkeitsschwelle wurde bei einen Wert von größer 3 auf einer Fünf-Punkte-Skala festgelegt und ein Schwellenkorridor für Werte zwischen 1,5 und 3 definiert. Nach einer umfassenden Überprüfung aller Werte wurde die untere Grenze des Schwellenkorridors auf 1,7 angehoben. Diese Anpassung diente einer klareren Abgrenzung bestimmter Themen als nicht wesentlich und erfolgte im Einklang mit der kommunizierten Meinung der Fachexperten. Themen mit Bewertungen innerhalb des Korridors wurden einer weiteren Betrachtung unterzogen und auf dieser Grundlage als wesentlich oder nicht wesentlich eingestuft. Die Bank beabsichtigt, den Schwellenkorridor mit fortschreitender Reife der DMA sukzessive weiter zu reduzieren.

Das vorläufige Ergebnis wurde in strukturierten Interviews mit sieben Senior Validation Managern aus den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen der Bank diskutiert. Die Gespräche konzentrierten sich auf Ergebnisse im Wesentlichkeitskorridor. Auf Grundlage der Mehrheitsmeinung aus diesen Interviews sowie eines abschließenden Vetorechts der Fachexperten legte das Chief Sustainability Office die finale Liste der für die Bank wesentlichen Themen fest.

Kontrollen und Freigabe

Die Deutsche Bank hat interne Kontrollmechanismen und einen umfassenden Freigabeprozess etabliert, um die Belastbarkeit ihres DMA-Prozesses sowie die Angemessenheit seiner Ergebnisse sicherzustellen. Hierzu wurden unter anderem klare Rollen und Verantwortlichkeiten für jeden Prozessschritt definiert, das Vier-Augen-Prinzip angewandt sowie inhaltliche und Plausibilitätsprüfungen durch das Chief Sustainability Office durchgeführt.

Senior Confirmation Officers zeichneten das Bewertungsergebnis für Themen in ihrem Verantwortungsbereich formell ab. In einem weiteren Schritt genehmigte das Nachhaltigkeitskomitee der Bank, das als zentrales Governance- und Entscheidungsgremium für Nachhaltigkeitsaspekte fungiert, die finale Liste der wesentlichen Themen. Das Ergebnis wurde abschließend vom Vorstand bestätigt und dem Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats vorgelegt.

Sichtweisen der Interessengruppen

Im Rahmen ihrer laufenden Tätigkeit stehen interne Experten in Austausch mit Interessengruppen. Sie sind erfahren und bestens ausgestattet, um im Rahmen dieses Dialogs erhaltene Rückmeldungen und Anregungen qualifiziert einzuordnen. Infolgedessen fungieren sie als Stellvertreter der Interessengruppen bei der Beurteilung umweltbezogener und sozialer Auswirkungen sowie von Risiken und Chancen für die Deutsche Bank. Beispiele für den Dialog mit Interessengruppen im Jahr 2025 sind im Kapitel „Austausch mit Interessengruppen und Vordenkerrolle" in dieser Nachhaltigkeitserklärung dargestellt.

Im Jahr 2025 ergänzte der Austausch mit Mitgliedern des Nature-Advisory-Panels der Bank diesen Ansatz, wobei der Schwerpunkt auf Auswirkungen lag, die Aspekte im Kontext der ESRS E2 bis ESRS E5 betreffen. Darüber hinaus nutzte die Bank den fortlaufenden Dialog mit Nichtregierungsorganisationen, um das Verständnis von menschenrechtsbezogenen Auswirkungen weiter zu vertiefen. Die Sichtweisen und Interessen der Adressaten dieser Nachhaltigkeitserklärung sowie der betroffenen Interessengruppen spiegeln sich zudem indirekt in den Interviews mit Senior Validation Managern wider. So wurde beispielsweise die Sicht von Investoren im Rahmen des Validierungsinterviews mit dem Bereich Investor Relations berücksichtigt.

Wesentliche Nachhaltigkeitsthemen im Jahr 2025

Die nachfolgende Wesentlichkeits-Heatmap stellt das Ergebnis der DMA 2025 der Deutschen Bank dar. Alle dargestellten Themen wurden aus Wirkungs- und/oder finanzieller Sicht als wesentlich eingestuft. Die zugrunde liegenden Treiber der Wesentlichkeit können dabei variieren. Dies kommt in der Farbcodierung zum Ausdruck, die auf den Ergebnissen der Beurteilung der IROs über die vier Dimensionen „positive und negative Auswirkungen" sowie „Risiken und Chancen" entlang der Wertschöpfungskette basiert. Dunkelblaue Felder kennzeichnen, dass die Wesentlichkeitsschwelle erreicht wurde.

			Wesentlichkeit Auswirkungen		Finanzielle Wesentlichkeit	
Thema		Unterthema	+	−	Risiko	Chancen
E	Klimawandel	Anpassung an den Klimawandel (ESRS E1)	D			D
		Klimaschutz (ESRS E1)	D	D	D	O, D
		Energie (ESRS E1)	D		D	D
S	Eigene Belegschaft	Arbeitsbedingungen (ESRS S1)	O			O
		Gleichbehandlung und Chancengleichheit (ESRS S1)	O	O	O	O
	Kundenzentriertheit	Produktverantwortung (Deutsche Bank-spezifisch)		D	D	
		Kundenzufriedenheit (Deutsche Bank-spezifisch)	D			D
		Kundenbeschwerdemanagement (Deutsche Bank-spezifisch)	D			D
G	Bekämpfung von Finanzkriminalität	Korruption und Bestechung (ESRS G1)		O, D	U, O, D	
		Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Sanktionen und Embargos, Betrug (Deutsche Bank-spezifisch)		O, D	O, D	
		Verhinderung der Beihilfe zur Steuerhinterziehung (Deutsche Bank-spezifisch)		D	D	
	Wettbewerbsverhalten	Wettbewerbsverhalten (Deutsche Bank-spezifisch)			O	
	Unternehmensführung	Unternehmenskultur (ESRS G1)	O			O
		Schutz von Hinweisgebern (ESRS G1)	O	O	O	
	Datenschutz	Datenschutz (Deutsche Bank-spezifisch)		U, O	U, O	
	Informationssicherheit	Informationssicherheit (Deutsche Bank-spezifisch)			U, O	

U: Upstream (vorgelagerte Wertschöpfungskette)
O: Own operations (eigener Geschäftsbetrieb)
D: Downstream (nachgelagerte Wertschöpfungskette)
+: Positive Auswirkung
−: Negative Auswirkung

Hohe Wesentlichkeit (>3) Geringe Wesentlichkeit (<1,7)

Das Ergebnis der DMA blieb im Jahr 2025 weitgehend stabil. Einige Änderungen ergaben sich allerdings als Folge aktualisierter IRO-Statements und methodische Anpassungen:

- Steuern (Deutsche-Bank-spezifisch): Die Deutsche Bank beurteilte auch im Jahr 2025 die Relevanz des Themas Steuern. Die Beurteilung bestätigte die hohe Relevanz des Themas, jedoch nicht dessen Einstufung als wesentlich im Sinne der ESRS. Die Verhinderung der Ermöglichung von Steuerhinterziehung wurde im Themenbereich Verhinderung von Finanzkriminalität bewertet und aufgrund potenziell negativer Auswirkungen und Risiken in der nachgelagerten Wertschöpfungskette der Bank als wesentlich eingestuft
- Politisches Engagement und Lobbytätigkeiten (ESRS G1): Die Deutsche Bank beteiligt sich aktiv am politischen Dialog und an politischen Entscheidungsprozessen, unter anderem durch ihre Mitarbeit in Branchenverbänden sowie durch Einträge in den Lobbyregistern der EU und Deutschlands. Nach einer erneuten Bewertung im Jahr 2025 kam die Bank jedoch zu dem Schluss, dass Politisches Engagement und Lobbytätigkeit kein wesentliches Thema für die Bank im Sinne von ESRS G1 darstellt. Diese Einschätzung beruht sowohl auf dem begrenzten Einfluss der Bank auf ESG-bezogene gesetzgeberische Entwicklungen als auch auf zunehmend divergierenden Interessen innerhalb der Branchenverbände. Die Deutsche Bank engagiert sich weiterhin intensiv für die nachhaltige Transformation und bringt ihre Erfahrung in die Diskussion zu zentralen Themen wie Transformationsfinanzierung sowie der Spar- und Investitionsunion der Europäischen Union ein

Darüber hinaus wurden folgende Anpassungen vorgenommen:

- ESRS E1/Klimawandel/Energie: Im Jahr 2024 wurde das Unterthema Energie im Rahmen des Unterthemas Klimaschutz bewertet. Um eine präzise Ausrichtung an der ESRS-Themenstruktur zu gewährleisten, erfolgte 2025 eine eigenständige Beurteilung des Unterthemas Energie. Die Dimensionen „positive Auswirkungen", „Risiken" und „Chancen" wurden als wesentlich eingestuft und entsprechend in die Wesentlichkeits-Heatmap aufgenommen
- ESRS S4/Verbraucher und Endnutzer: Im Bankenkontext interpretiert die Deutsche Bank den Begriff „Verbraucher und Endnutzer" gemäß ESRS S4 als Synonym für ihre Kunden im Privatkundengeschäft. Um den ganzheitlichen Ansatz der Kundenzentriertheit über alle Kundengruppen hinweg abzubilden, führte die Deutsche Bank das bankenspezifische Thema „Kundenzentriertheit" weiterhin fort. Im Jahr 2025 hat die Bank die Beurteilung des Themas jedoch geschärft und die drei Unterthemen „Produktverantwortung", „Kundenzufriedenheit" und „Kundenbeschwerdemanagement" ergänzt. Da Kundenzentriertheit ESRS-S4-relevante Aspekte abdeckt, wird das Unterthema „Informationsbezogene Auswirkungen auf Verbraucher und Endnutzer" nicht länger als eigenständiges wesentliches Unterthema geführt. Unabhängig von dieser Anpassung bleibt die Deutsche Bank dem Verbraucherschutz verpflichtet und erfüllt die geltenden Gesetze und regulatorischen Anforderungen

Die unter ESRS E2 bis ESRS E5 adressierten Themen sowie die menschenrechtsbezogenen Themen „Arbeitnehmer in der Wertschöpfungskette" (ESRS S2) und „Betroffene Gemeinschaften" (ESRS S3) wurden im Jahr 2025 erneut bewertet und als nicht wesentlich gemäß den ESRS-Anforderungen eingestuft. Dies bedeutet, dass diese Themen, einschließlich ihrer Unter- und gegebenenfalls Unter-Unterthemen, weder in einer der vier Dimensionen noch auf einer Stufe der Wertschöpfungskette die Wesentlichkeitsschwelle der Bank erreichten und auch im Validierungsprozesses nicht als wesentlich bestätigt wurden. Dementsprechend werden diese Themen in dieser Nachhaltigkeitserklärung nicht weiter behandelt.

Unabhängig vom Ergebnis der DMA entwickelt die Deutsche Bank ihren gruppenweiten Managementansatz zu Natur und Biodiversität weiter. Ebenso hält die Bank an ihrer Verpflichtung zur Achtung der Menschenrechte fest. Informationen zu ihrem menschenrechtlichen Ansatz veröffentlicht die Bank in der „Menschenrechtserklärung der Deutschen Bank" sowie in der jährlich erscheinenden „Erklärung der Deutschen Bank zur Bekämpfung von Menschenhandel und moderner Sklaverei". Menschenrechtsbezogene Aspekte in Bezug auf die eigenen Mitarbeiter der Bank wurden als wesentlich bestätigt und werden umfassend im Kapitel „Eigene Belegschaft" dargestellt.

Detaillierte Informationen zum Thema „Unternehmenskultur" finden sich im Kapitel „Kultur, Integrität und Verhalten" dieser Nachhaltigkeitserklärung. Die Art und Weise, wie die Bank die Auswirkungen, Risiken und Chancen wesentlicher Nachhaltigkeitsthemen steuert und überwacht, wird in den jeweiligen Kapiteln dieser Nachhaltigkeitserklärung beschrieben. Um den Zusammenhang zwischen der DMA und den in dieser Erklärung enthaltenen Angaben transparent darzustellen, sind die wesentlichen IROs im entsprechenden Kapitel zusammengefasst.

Nachhaltigkeitsstrategie

ESRS 2 SBM-1, ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-T

Die Deutsche Bank hat Nachhaltigkeit in ihre Governance, ihren Geschäftsbetrieb sowie in ihre Produkte und Dienstleistungen integriert und konzentriert sich dabei auf vier Säulen: Nachhaltige Finanzierungen & ESG-Anlagen, Richtlinien & Verpflichtungen, Mitarbeiter & eigener Geschäftsbetrieb sowie Vordenkerrolle & Dialog. Mit Fortschritten in diesen vier Säulen will die Deutsche Bank einen möglichst großen Beitrag zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (UN) leisten. Während die Bank grundsätzlich alle 17 UN-Nachhaltigkeitsziele unterstützt, stehen neun von ihnen in engem Zusammenhang mit den Säulen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie. Darüber hinaus bewertet die Bank, in welchem Umfang ihre Finanzierungs- und Emissionstätigkeiten zu 15 der Sustainable Development Goals beitragen, im Einklang mit dem Sustainable Finance Framework der Deutschen Bank. Weitere Informationen finden sich im Kapitel „Nachhaltige Finanzierung" im Rahmen dieser Nachhaltigkeitserklärung.

Nachhaltigkeitsstrategie



Beitrag zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals)

Nachhaltige Finanzierungen & ESG-Anlagen

Als Globale Hausbank strebt die Deutsche Bank danach, zu einer ökologisch verantwortungsvollen, sozial inklusiven und gut geführten Welt beizutragen. Mit ihrer finanziellen Expertise und ihrem Produktangebot möchte die Bank den Weg zu einer nachhaltigeren und klimafreundlicheren Art des Wirtschaftens ebnen. Die Bewältigung des Klimawandels und der Umweltzerstörung erfordert erhebliche Investitionen sowie einen umsichtigen Risikomanagementansatz – und bietet zugleich eine bedeutende geschäftliche Chance. Die Kunden der Bank haben einen hohen Beratungsbedarf an Finanzprodukten und -dienstleistungen, um ihre individuelle Transformation voranzutreiben.

Die Bank strebte an, von Januar 2020 bis Ende 2025 ein kumuliertes Volumen nachhaltiger Finanzierungen und ESG-Anlagen von 500 Mrd. € zu erreichen (ohne Asset Management (DWS)). Bis Ende 2025 erzielte die Deutsche Bank 471 Mrd. € (ohne Asset Management (DWS)) und steigerte das inkrementelle Volumen von 93 Mrd. € im Jahr 2024 auf 98 Mrd. € im Jahr 2025. Auch wenn das ursprüngliche Ziel bis Ende 2025 nicht erreicht wurde, bekennt sich die Deutsche Bank weiterhin klar dazu, ihren Kunden nachhaltige Finanzierungslösungen und ESG-Anlagenlösungen bereitzustellen, und erwartet 500 Mrd. € in der ersten Hälfte des Jahres 2026 zu überschreiten. Der Fortschritt auf dem Weg zum ursprünglichen Ziel wurde im Berichtszeitraum durch mehrere Faktoren beeinflusst, darunter höhere Zinsen, regulatorische Entwicklungen sowie Veränderungen im politischen Umfeld.

Um die Transformation der Wirtschaft weiter zu beschleunigen, hat die Deutsche Bank ihr Ziel aktualisiert und will nun bis Ende 2030 insgesamt 900 Mrd. € an nachhaltigen und transitionsbezogenen Finanzierungen und ESG-Anlagen mobilisieren. Diese Zahl beinhaltet die 471 Mrd. €, die bereits im Zeitraum von Januar 2020 bis Ende 2025 in nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen erreicht wurden. Die Erhöhung des Ziels unterstreicht das Engagement der Bank, die Transformation und Resilienz ihrer Kunden durch Finanzlösungen zu unterstützen, die dauerhaft Mehrwert für Menschen und Umwelt sowie Wohlstand schaffen.

Das neue Ziel der Bank unterscheidet zwischen nachhaltigen Finanzierungen (Finanzierung ökologisch oder sozial nachhaltiger Tätigkeiten oder Unternehmen) und transitionsbezogenen Finanzierungen (Finanzierung von Aktivitäten, die für einen glaubwürdigen Weg zu Netto-Null-Emissionen erforderlich sind, sowie an das Erreichen konkreter Nachhaltigkeitsziele gebundene Finanzierungslösungen). Mit dem erweiterten Ziel wird die Deutsche Bank auch nach dem Jahr 2025 transparent über ihre Fortschritte berichten – nun zudem mit einem neuen Transition Finance Framework.

Neben klimabezogenen Initiativen unterstreicht die Deutsche Bank ihr Engagement für Biodiversität sowie die Erhaltung und Wiederherstellung von Ökosystemen. Die Bank möchte insgesamt 300 Transaktionen bis Ende 2027 ermöglichen, die diese Zwecke im Einklang mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDG 6: Sauberes Wasser und Sanitärversorgung, SDG 14: Leben unter Wasser, SDG 15: Leben an Land) unterstützen.

Informationen zur Nachhaltigkeitsstrategie der DWS finden sich im Abschnitt „DWS Strategie für Nachhaltigkeit" in diesem Kapitel sowie im Kapitel „Nachhaltige Finanzierung" der Nachhaltigkeitserklärung.

Richtlinien & Verpflichtungen

Die Deutsche Bank hat verschiedene Richtlinien etabliert, die die nachhaltigkeitsbezogenen internen Prozesse der Bank steuern. Im Laufe des Jahres 2025 veröffentlichte die Deutsche Bank ihr aktualisiertes Rahmenwerk für die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtprüfung (Environmental and Social Due Diligence Framework), in dem die bestehenden nachhaltigkeitsbezogenen Rahmenwerke der Bank enthalten sind.

Im November 2025 veröffentlichte die Deutsche Bank ihr neues Transition Finance Framework, das seit dem 1. Januar 2026 gilt. Das Rahmenwerk ergänzt das bestehende Sustainable Finance Framework. Weitere Informationen finden sich im Kapitel „Nachhaltige Finanzierungen" dieser Nachhaltigkeitserklärung. Zudem veröffentlichte die Bank auch ihren aktualisierten Transitionsplan, der aktuelle Daten zeigt und über wesentliche Fortschritte seit seiner Erstveröffentlichung im Oktober 2023 sowie über die nächsten Schritte berichtet.

Die Bank setzte ihre Bemühungen fort, ihre emissionsintensiven Kunden in den kohlenstoffintensivsten Sektoren dazu zu ermutigen, sich zu Netto-Null zu verpflichten. Trotz weiterhin wechselnder internationaler Dynamiken in Bezug auf Netto-Null-Verpflichtungen, betrachtet die Bank inzwischen mehr als die Hälfte ihrer größten Emittenten in den kohlenstoffintensivsten Sektoren als netto-null-verpflichtet. Die Bank wendet dabei einen Ansatz an, der beurteilt, ob die Netto-Null-Verpflichtungen entweder im Einklang mit den sektorbezogenen Dekarbonisierungskennzahlen oder den national festgelegten Beiträgen (Nationally Determined Contributions (NDCs)) stehen. Die Deutsche Bank wird auch künftig jährlich über die Fortschritte dieser Ambition im Rahmen der Nachhaltigkeitserklärung berichten.

Im Januar 2026 hat die Bank ihr Sustainable Instruments Framework aktualisiert, um es an das aktualisierte Sustainable Finance Framework anzupassen. Das aktualisierte Sustainable Instruments Framework berücksichtigt nunmehr drei zusätzliche ökologische Förderkategorien (Wasserstoff, Stahl sowie Übertragung und Verteilung von Elektrizität) sowie eine weitere soziale Förderkategorie (Zugang zu grundlegender Infrastruktur). Darüber hinaus legt das aktualisierte Framework die Methodik für die Begebung von „European Green Bonds" (EuGB) gemäß der EuGB-Verordnung (Verordnung (EU) 2023/2631) fest. Die Aktualisierung des Sustainable Finance Frameworks spiegelt die seit der Erstveröffentlichung gewonnenen Markterkenntnisse wider. Weitere Details sind im Kapitel „Nachhaltige Finanzierungen" dieser Nachhaltigkeitserklärung zu finden.

Zusätzlich veröffentlichte die Deutsche Bank aktualisierte Versionen von drei zentralen Dokumenten im Bereich Menschenrechte: die übergeordnete Menschenrechtserklärung der Deutschen Bank, sowie die Erklärungen der Deutschen Bank zur Bekämpfung von Menschenhandel und moderner Sklaverei.

Mitarbeiter & eigener Geschäftsbetrieb

Die Bank ist bestrebt, kontinuierlich Fortschritte in Bezug auf die Verbesserung der Nachhaltigkeit des eigenen Geschäftsbetriebs zu machen, was auch von externen ESG-Ratingagenturen anerkannt wurde. Die Deutsche Bank konnte ihre ESG-Bewertungen verbessern: Der S&P Corporate Sustainability Assessment (CSA) Score stieg von 67 auf 72. Darüber hinaus verbesserte sich das ESG Risk Rating von Sustainalytics von 24,8 auf 9,0 (wobei 0,0 den besten Wert darstellt), und das CDP-Rating (ehemals Carbon Disclosure Project) verbessert sich auf A/Leadership Level. Damit steht die Deutsche Bank erstmals auf der CDP-A-Liste.

Verpflichtungen im Personalwesen

Der Erfolg der Deutschen Bank bei der Erzielung dieser Verbesserungen, hängt wesentlich von ihrer engagierten und kompetenten Belegschaft ab. Ihre Ideen, Fähigkeiten, Engagement und Wohlbefinden sind die Eckpfeiler der Personalstrategien der Bank. Die divisionalen Personalstrategien der Deutschen Bank beruhen auf vier Säulen: Stärkung von Leadership und Förderung der angestrebten Unternehmenskultur der Bank, sicherstellen, dass die benötigte Belegschaft verfügbar ist, um strategische Prioritäten voranzutreiben - die richtige Anzahl an Mitarbeitern, den passenden Qualifikationen und zum richtigen Zeitpunkt, Gewinnung, Bindung und Entwicklung von vielfältigen Talenten mit besonders gefragten Kompetenzen, sowie Risikominderung in Bezug auf eine alternde Belegschaft durch Nachfolgeplanung und Technologie.

Die Bank hatte sich zum Ziel gesetzt, die Geschlechtervielfalt auf den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands (MB-1 und MB-2) zu erhöhen, mit dem Ziel, bis Ende 2025 Frauen 30% der Positionen mit Frauen zu besetzen und damit Chancengleichheit innerhalb der Nachfolgeplanung des Vorstands zu fördern. Die Bank hat das Ziel für die Ebene MB-1 erfolgreich umgesetzt und bei MB-2 28,2% erreicht. Den gesetzlichen Anforderungen in Deutschland entsprechend, wird die Bank Ziele über 2025 hinaus für die beiden Ebenen unterhalb des Vorstands setzen und strebt an, bis Ende 2026 32,5% Frauen für die beiden Ebenen MB-1 und MB-2 zu erreichen, unter Berücksichtigung des lokalen Rechts.

Im Jahr 2021 formulierte die Bank ein ambitioniertes Ziel, dass Frauen bis Ende 2025 einen Anteil von mindestens 35% an der globalen Belegschaft in den Positionen Managing Director, Director und Vice President (ohne Asset Management) haben sollten – das sogenannte „35-bis-25-Programm". Bis zum Jahresende 2025 lag der Frauenanteil in diesen Positionen bei 34,1%. In den Jahren 2021 bis 2025 stieg der Anteil von Frauen mit den genannten Titeln um 4,2 Prozentpunkte. Das Programm ‚35 bis 25' unterstützte die Transformation von Verhaltensweisen und Prozessen in der Bank, beispielsweise durch die Erweiterung der Talentsuche, den proaktiven Aufbau von Kandidatenpools und die Schulung von Führungskräften in der Durchführung fairer, leistungsbezogener und inklusiver Einstellungsverfahren, und verstärkte den Schwerpunkt auf der Bindung und Weiterentwicklung interner Talente, wobei der Wert und das Potenzial bestehender Teams hervorgehoben wurden.

Seit 2019 führt die Bank Kultur-Puls-Umfragen durch, um die Häufigkeit und Qualität der Interaktionen zwischen Führungskräften und Mitarbeitern zu bewerten, die einen positiven Einfluss auf die Motivation der Mitarbeiter und die wahrgenommene Produktivität haben. Im Jahr 2025 wurde die Umfrage an das Rahmenwerk ‚This is Deutsche Bank' der Bank angepasst, um messbare Fortschritte in der Unternehmenskultur sicherzustellen, und sie dient als wichtiger Indikator für die Wahrnehmung der Arbeitsbedingungen durch die Mitarbeiter. Im Jahr 2025 führte dies zu einem Kultur-Puls-Index auf Konzernebene von 72,05% gegenüber dem Zielwert für 2025 von 61,97%.

Um die Dynamik aufrechtzuerhalten und auf dem bislang Erreichten aufzubauen, wird die Deutsche Bank ihren Ansatz ab 2026 weiterentwickeln. Auf Gruppen- und Divisionsebene wird der weitere Fortschritt anhand eines Well-being-and-Inclusion-Index gemessen.

Weitere Informationen finden sich im Kapitel „Eigene Belegschaft" dieser Nachhaltigkeitserklärung.

Verpflichtungen im Bereich eigener Geschäftsbetrieb & Lieferkette

Die Bank hat kontinuierliche und stetige Fortschritte bei der Verbesserung ihrer Umweltleistung in ihrem eigenen Geschäftsbetrieb und in Bezug auf ihre Lieferkette erzielt. Seit Festlegung seines Netto-Null-Pfads hat der Konzern für die Scope 1, Scope 2 (marktbasiert) sowie Scope 3 (Kategorien 1–14) separate Reduktionsziele von jeweils 46% bis zum Jahr 2030 im Vergleich zum Basisjahr 2019 festgelegt. Im Berichtsjahr erreichte die Bank eine Reduktion der Scope-1-Emissionen um 66%, der Scope-2-Emissionen um 82% sowie der Scope-3-Emissionen (Kategorien 1–14) um 47% gegenüber der entsprechenden 2019 Basiswerte. Die finanzierten Emissionen (Scope 3, Kategorie 15) werden separat behandelt, wie im Kapitel "Klimawandel" dargestellt.

Im eigenen Geschäftsbetrieb hat der Konzern mehrere wichtige Ziele für 2025 erreicht, darunter:

- Weltweit eine 100%ige Versorgung mit erneuerbarem Strom
- Eine Reduzierung des globalen Energieverbrauchs um 30% (ausgehend vom Basisjahr 2019)
- Eine Reduktion des Benzinverbrauchs der Fahrzeugflotte in Deutschland um 30% (ausgehend vom Basisjahr 2019)

In der Lieferkette wird der Fortschritt hinsichtlich der Erreichung des 46%-Reduktionsziels durch die fortlaufende Einbindung der Lieferanten in das CDP-Supply-Chain-Programm sowie gezielte direkte Ansprachen unterstützt. Dadurch arbeitet die Bank zunehmend partnerschaftlich mit ihren Lieferanten zusammen, um die Dekarbonisierung ihrer Lieferkette voranzutreiben. Im Jahr 2025 übermittelten Lieferanten, die insgesamt 56% des relevanten Einkaufsvolumens repräsentieren, ihre Emissionsdaten an die CDP-Plattform. Damit wurde das ursprünglich angestrebte Ziel von 80% nicht erreicht, bedingt durch äußere, außerhalb der Gruppe liegende Faktoren, die die Antwortquoten der Lieferanten begrenzten.

Weitere Informationen finden sich im Kapitel „Klimawandel" in dieser Nachhaltigkeitserklärung.

Vordenkerrolle & Dialog

Die Deutsche Bank trägt durch eine Reihe wirkungsvoller Veranstaltungen und Partnerschaften weiterhin aktiv zu globalen Dialogen und Initiativen im Bereich Nachhaltigkeit bei.

Bei der 30. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP30) in Belém (Brasilien) unterzeichneten Honduras und Suriname eine Absichtserklärung („Letter of Intent") mit der Deutschen Bank, Bayer, Siemens, Symrise und der Coalition for Rainforest Nations, um einen neuen Ansatz zum Schutz von Regenwäldern zu entwickeln. Die Initiative zielt darauf ab, staatliche Regenwald-CO_2-Zertifikate gemäß Artikel 6.2 des Pariser Abkommens zu schaffen, die es Ländern ermöglichen, verifizierte Klimaschutzleistungen zu monetarisieren und privates Kapital für den Schutz bestehender Regenwälder zu mobilisieren. Diese Zertifikate sollen als Internationally Transferred Mitigation Outcomes (ITMOs) ausgestaltet werden – ein unter der Überwachung des United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) stehender Mechanismus, der den Handel von Emissionsreduzierungen zwischen Staaten sowie zwischen Staaten und Unternehmen ermöglicht.

Die Deutsche Bank richtete zudem zum dritten Mal den Annual Climate, Security and Technology Day in ihrem Londoner Büro aus. Die Konferenz behandelte zentrale Themen wie die Energiewende und Energiesicherheit, physische Klimarisiken, Übergang und Zölle, Künstliche Intelligenz und Cybersicherheit sowie Zahlungen und digitale Vermögenswerte.

Zum Weltwassertag bekräftigte die Deutsche Bank ihr Engagement für nachhaltige Lösungen im Bereich Wasser durch Partnerschaften mit Nichtregierungsorganisationen wie der Watershed Organisation Trust und dem Centre for Collective Development.

Das Nachhaltigkeitsteam der Deutschen Bank war auf der Hamburg Sustainability Conference 2025 vertreten und nahm an mehreren Diskussionsrunden teil. Die Konferenz diente als globales Forum zur Weiterentwicklung internationaler Nachhaltigkeitsagenden vor dem Hintergrund zunehmender geopolitischer Fragmentierung und wirtschaftlicher Unsicherheit.

Darüber hinaus war die Deutsche Bank Sponsor des jährlichen DACH-Disclosure-Workshops des Carbon Disclosure Project (CDP) in Frankfurt am Main. Im Rahmen dieser Veranstaltung versammelte CDP bedeutende europäische Unternehmen, um Einblicke in ihre Offenlegungspraktiken zu teilen und Trends der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu diskutieren – darunter Natur- und Biodiversitätsthemen sowie sich positiv auf das Klima auswirkende Maßnahmen.

Weitere Informationen finden sich im Kapitel "Austausch mit Interessengruppen und Vordenkerrolle" in dieser Nachhaltigkeitserklärung.

Die Nachhaltigkeitsleistungen der Deutschen Bank im Jahr 2025

Im Jahr 2025 erzielte die Bank weitere Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie und unterstrich ihr starkes Engagement für verantwortungsvolle Geschäftspraktiken in allen Säulen. Die folgende Übersicht bietet einen umfassenden Überblick über die wichtigsten in diesem Jahr erreichten Meilensteine und dient als Orientierungspunkt für die nächste Phase ihrer Nachhaltigkeitsreise.

Säulen der Strategie	Erfolge und Ziele im Bereich Nachhaltigkeit 2025		
Nachhaltige Finanzierungen & ESG-Anlagen	Bis zum Jahresende 2025 wurden **kumuliert 471 Mrd. € an nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen** seit 2020 erreicht	Ziel auf **900 Mrd. € bis zum Jahr 2030** angehoben und den Umfang durch die **Einbeziehung von Transition Finance** erweitert	Neue **Ambition** eingeführt: **300 Transaktionen mit Fokus auf Biodiversität und Wiederherstellung von Ökosystemen**, die die SDGs 6, 14 oder 15 unterstützen
Richtlinien & Verpflichtungen	Aktualisierten **Netto-Null-Transitionsplan** veröffentlicht	Eigenständiges **Transition Finance Framework** veröffentlicht, im Einklang mit marktüblichen Standards	**Drei zentrale Menschenrechtserklärungen** aktualisiert
Mitarbeiter & eigener Geschäftsbetrieb	**Verbesserte ESG-Bewertungen** bei S&P CSA, Sustainalytics' ESG Risk Rating und dem CDP-Klimawandel-Score	Weltweit eine **100%ige Versorgung mit erneuerbarem Strom** erreicht	Globale Erhöhung des **Anteils an Frauen** mit Managing-Director-, Director- und Vice-President-Titeln auf **34,1%**
Vordenkerrolle & Dialog	Absichtserklärung für ein **Regenwald-Emissionszertifikat** auf der COP30 in Brasilien unterzeichnet	Engagement für **nachhaltige Lösungen im Bereich Wasser** am Weltwassertag bekräftigt	**Climate, Security and Technology Day** ausgerichtet und **CDPs DACH-Disclosure-Workshop** unterstützt

DWS Strategie für Nachhaltigkeit

Der Asset Manager der Deutschen Bank, die DWS, ist als Treuhänder verpflichtet, im besten Interesse ihrer Kunden zu handeln. Die DWS ist sich bewusst, dass jeder Kunde individuelle Anlageziele verfolgt, und bietet eine breite Palette von Anlagelösungen an, mit dem Ziel, durch die Abwägung von Investmentrisiken und -chancen langfristigen Wert zu schaffen. Dazu gehört auch die Abwägung finanziell wesentlicher Nachhaltigkeitsrisiken und -chancen.

Als Vermögensverwalter mit Fokus auf langfristiges Investieren ist die DWS sich der Bedeutung der Transformation zu einer nachhaltigeren Wirtschaft bewusst. Es ist zu erwarten, dass dieser Wandel wesentlichen Einfluss auf Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt haben wird. Dabei können sowohl Risiken als auch Chancen für Investitionen entstehen. Unter anderem bietet die DWS Anlagekompetenz und -lösungen an, die Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigen.

Bei ihrem Handeln folgt die DWS den folgenden Prinzipien:

- Die DWS bietet ihren Kunden Anlagekompetenz und -lösungen, die konventionelle Ziele oder Nachhaltigkeits-bezogene Ziele verfolgen
- Für Kunden, die Nachhaltigkeitsziele verfolgen möchten, umfasst das Angebot der DWS auch Produkte, die unter anderem Umwelt- oder soziale Merkmale oder eine Kombination aus diesen Merkmalen fördern
- Die Anlageentscheidungen ihrer Kunden bestimmen, inwieweit ökologische, soziale und Governance-Aspekte berücksichtigt werden

In Anbetracht der sich ändernden regionalen, politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, ist die DWS bestrebt, ihr Produktangebot und ihre Stewardship-Aktivitäten kontinuierlich zu überprüfen und anzupassen, um die Einhaltung der sich verändernden Anforderungen sicherzustellen.

Unter den Nachhaltigkeitsthemen stellen Umweltaspekte – insbesondere klimabezogene Risiken – weiterhin erhebliche Risiken für den Wohlstand und das Wohlergehen der globalen Wirtschaft dar. Daher überwacht die DWS dieses Thema anhand der Scope-3-Portfolioemissionen – inflationsbereinigte gewichtete durchschnittliche Kohlenstoffintensität (WACI). Der diesjährige Wert sank auf -36,5%, verglichen mit -36,0% im Vorjahr gegenüber dem Basisjahr 2019. Details zu den Treibern und zu dem in diesen Zahlen berücksichtigten verwalteten Vermögen finden sich im Abschnitt „Kundenportfolios im Asset Management".

Im Einklang mit den europäischen Vorschriften für nachhaltige Fonds und den entsprechenden Kundeninteressen, stellt die DWS Transparenz in ihrem verwalteten Vermögen sicher und berichtet detailliert im „Nachhaltige Finanzierung - Asset Management".

Im Einklang mit dem sich wandelnden regulatorischen Umfeld und während die DWS weiterhin Unternehmensdialoge führt, hat sie ihre Ambition angepasst und fokussiert diese nun auf Engagements in Europa und Asien. Dies führte dazu, dass die Anzahl der Engagements im Jahr 2025 auf 414 sank im Vergleich zu 632 im Vorjahr.

Austausch mit Interessengruppen und Vordenkerrolle

ESRS 2 SBM-2
Ein fairer und offener Dialog mit allen Interessengruppen hat für die Deutsche Bank zentrale Bedeutung. Ziel ist es, deren Erwartungen und Anliegen im Hinblick auf die Unternehmensstrategie, die Geschäftstätigkeiten und die gesellschaftliche Verantwortung der Bank zu verstehen. Dieses Verständnis hilft der Bank dabei, potenzielle positive und negative Auswirkungen sowie Risiken und Chancen zu identifizieren. Zu den wichtigsten Interessengruppen der Deutschen Bank sowie den Personen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Bank ausüben oder von ihr maßgeblich beeinflusst werden können, zählen Kunden, Mitarbeiter, Investoren, Regulierungsbehörden sowie die breite Öffentlichkeit, einschließlich Medien und Nichtregierungsorganisationen. Die Bank hat klare Verantwortlichkeiten für die Einbeziehung dieser Interessengruppen definiert.

Die im gleichnamigen Kapitel dieser Nachhaltigkeitserklärung beschriebene doppelte Wesentlichkeitsanalyse unterstützt die Bank dabei, jene Themen zu identifizieren, die ihre Interessengruppen als besonders relevant einschätzen. Darüber hinaus sind alle Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen der Bank verpflichtet, den Austausch mit ihren jeweiligen Interessengruppen zu gestalten. Für Themen, die von Interessengruppen als wesentlich eingestuft werden, hat die Bank spezifische Ansätze entwickelt. So ermöglichen beispielsweise der Beschwerdekanal für Kunden sowie der Hinweisgeberkanal für Mitarbeiter, Rückmeldungen systematisch zu erfassen und auszuwerten. Die Erkenntnisse aus Dialog- und Beschwerdeprozessen liefern wertvolle Impulse für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie und tragen dazu bei, den Erwartungen und Bedürfnissen der Interessengruppen besser gerecht zu werden.

Informationen zur Rolle und zu den Informationen in Bezug auf nachhaltigkeitsbezogene Auswirkungen über betroffene Interessensgruppen, die dem Aufsichtsrat und dem Vorstand der Deutsche Bank AG zur Verfügung gestellt werden, finden sich in der „Erklärung zur Unternehmensführung" in diesem Geschäftsbericht.

Kunden

ESRS S4, ESRS 2 SBM-2
Die Bank sieht es als ihren Purpose, ihre Kunden zu unterstützen und ihnen die Orientierung und Expertise zu bieten, die sie für ihren langfristigen Erfolg und finanzielle Sicherheit benötigen. Weitere Details zu den Kundengruppen der Bank finden sich in den Unterkapiteln "Unternehmensbank", "Investmentbank", "Privatkundenbank" und "Asset Management" im Kapitel "Die Geschäftsentwicklung - Der Deutsche Bank-Konzern - Deutsche Bank: Organisation" im Zusammengefassten Lagebericht. Der regelmäßige Dialog hilft der Bank, die Erwartungen, Interessen und Bedürfnisse ihrer Kunden zu verstehen und in Maßnahmen zu übersetzen.

Die Deutsche Bank tauscht sich mit ihren Kunden auf vielfältige Weise aus. Dazu zählen zum Beispiel persönliche oder virtuelle Treffen, Telefonate, regelmäßige Umfragen und die Analyse von Feedback, das die Bank beispielsweise über ihre Filialen oder Hotlines erhält. Repräsentanten der Bank beteiligen sich an Diskussionen auf verschiedenen Konferenzen und Veranstaltungen. Wie die Deutsche Bank mit ihren Kunden interagiert und Kundenfeedback berücksichtigt, ist im Kapitel „Kundenzentriertheit" innerhalb dieser Nachhaltigkeitserklärung detailliert beschrieben.

Klimawandel und der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft waren weiterhin wichtige Themen für Kunden der Unternehmensbank und der Investmentbank, so dass auch das Interesse an nachhaltigen Finanzprodukten und Dienstleistungen hoch blieb. Privatkunden forderten erstklassige Transparenz und Nachhaltigkeitsberatung. Im Jahr 2025 hat die Deutsche Bank ihre Kunden weiterhin mit ihrer Finanzkompetenz und ihrem Produktangebot auf deren Weg zur Nachhaltigkeit unterstützt. Einzelheiten zu den Produkten finden sich im Kapitel „Nachhaltige Finanzierungen".

Mitarbeiter

ESRS S1, ESRS 2 SBM-2
Die Ideen und Fähigkeiten, das Engagement und das Wohlergehen der Mitarbeiter sind für eine produktive Belegschaft unerlässlich. Starke Beziehungen, eine offene Kommunikation und das Lernen aus Feedback sind der Schlüssel für ein vertrauensvolles Umfeld, in dem Mitarbeiter Verantwortung übernehmen und zusammenarbeiten können.

Die jährliche Mitarbeiterbefragung, Austritts- und Pulsbefragungen sowie ein kontinuierlicher Dialog mit den Mitarbeitern tragen dazu bei, die Motivation der Mitarbeiter und ihre wahrgenommene Produktivität zu verstehen. Verschiedene Kommunikationskanäle wie Teamsitzungen, Mitarbeiternetzwerke, E-Mails, Newsletter, Mitarbeiterveranstaltungen und die Möglichkeit, Kommentare auf Intranetseiten abzugeben, ermutigen die Mitarbeiter der Bank, ihre Meinung zu äußern und Feedback zu geben.

Wie die Deutsche Bank mitarbeiterbezogene Aspekte steuert, ist im Kapitel „Eigene Belegschaft" detailliert beschrieben.

Investoren

ESRS 2 SBM-2

Investoren erwarten von der Deutschen Bank, dass sie ihre Strategie so umsetzt, dass sie nachhaltige Erträge unterstützt und dabei Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken steuert. Dazu gehört, strategische Chancen zu prüfen und ESG-bezogene Risiken wie den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft sowie soziale und Governance-Aspekte im Blick zu behalten.

Die Deutsche Bank engagiert sich aktiv mit ihren privaten und institutionellen Investoren in Diskussionen zu Nachhaltigkeitsthemen, einschließlich des Fortschritts und der Ziele der Bank. Dieser Austausch findet in Gesprächen, Telefonaten oder in schriftlicher Form statt.

Sie sorgt für Transparenz, indem sie regelmäßig alle Quartals- und Geschäftsberichte sowie weitere Materialien über ihre Unternehmens- und Investor Relations Webseite veröffentlicht, die die finanzielle und nichtfinanzielle Leistung des Instituts detailliert darstellen. Ein eigener Nachhaltigkeitsbereich bietet einen umfassenden Überblick über das Engagement der Deutschen Bank für zentrale Nachhaltigkeitsprinzipien

Im Jahr 2025 zeigten Investoren Interesse an mehreren wichtigen Nachhaltigkeitsthemen:

- Erfolge bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Deutschen Bank
- Fortschritte beim Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Bank inklusive der Veröffentlichung des neuen Ziels für 2030, begleitet von Klima- und Umwelt-Risikomanagement, der Veröffentlichung des Transition Finance Framework und des aktualisierten Transitionplans sowie umfassenden Governance-Berichterstattungspraktiken
- Fortschritte bei den Dekarbonisierungspfaden
- Der Ansatz der Bank für den Übergangsdialog mit Kunden in Sektoren mit hohen Emissionen, die anfällig für inhärent negative ökologische und soziale Auswirkungen sind
- Vielfalt, Chancengleichheit und Teilhabe über alle Ebenen und Regionen sowie mögliche Weiterentwicklungen der Nachhaltigkeits- und Diversitätsstrategie vor dem Hintergrund der sich verändernden geopolitischen Rahmenbedingungen
- Ermittelte Umsatzpotenziale aus dem Angebot der Bank im Bereich nachhaltiger Finanzierungen
- Verbesserungen interner Kontrollen, der Compliance-Maßnahmen, Aufarbeitung und den Governance-Strukturen der Bank
- Der Ansatz der Bank zur Sicherstellung der Achtung der Menschenrechte entlang der Lieferkette

Dieser kontinuierliche Dialog ermöglicht es der Deutschen Bank, ihre Nachhaltigkeitsstrategie an den Erwartungen der Investoren auszurichten und stärkt ihr Engagement für Transparenz und kontinuierliche Verbesserung der Nachhaltigkeitspraktiken.

Politische Entscheidungsträger

ESRS 2 SBM-2

Ein konstruktiver Dialog mit den relevanten politischen Entscheidungsträgern und politischen Interessenvertretern ist angesichts der weltweit zunehmenden regulatorischen Aktivitäten noch wichtiger geworden, insbesondere im aktuellen geopolitischen Kontext. Er hilft der Bank, Entscheidungen zu treffen, um ihre strategischen Prioritäten zu erreichen, und unterstützt das reibungslose Funktionieren der Volkswirtschaften weltweit.

Die Deutsche Bank pflegt den Dialog mit Entscheidungsträgern durch persönliche und virtuelle Treffen, die Teilnahme an öffentlichen Foren oder die Teilnahme an Konsultationen im Namen der Bank oder durch ihre Wirtschaftsverbände.

Zu den wichtigsten regulatorischen Themen im Jahr 2025 gehörten:

- Die Umsetzung der endgültigen Basel-III-Richtlinien weltweit und die Überprüfung des makroprudenziellen EU-Rahmens
- Die gezielte Änderung der Zentralverwahrerverordnung (CSDR) zur Verkürzung des Abwicklungszyklus
- Die Überprüfung des europäischen Rahmens für Verbriefungen
- Gesetzgebungsvorschläge zu Rentenreformen in der EU, in Deutschland und im Vereinigten Königreich
- Das Paket zur Weiterentwicklung der Integration und Aufsicht der Kapitalmärkte innerhalb der EU
- Die Europäische Marktinfrastrukturverordnung (EMIR) 3.0
- Das Omnibus-Vereinfachungspaket der EU und die EU-Offenlegungsverordnung (SFDR)
- Das Digital-Omnibus-Paket der Europäischen Kommission
- Der digitale Euro
- Die Kleinanlegerstrategie

- Die Verwendung der Bankenabgabe des deutschen Restrukturierungsfonds für einen Mittelstandsfonds und die Mobilisierung privaten Kapitals
- Regulatorische Reformen im britischen Finanzdienstleistungssektor im Kontext des Financial Services and Markets Act 2023 (FSMA 2023), einschließlich der Strategie für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Finanzdienstleistungen (FSGCS) und der Leeds-Reformen
- Überarbeitungen des Ansatzes der SEC für Finanzmärkte in den USA
- Der Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Defence Readiness Omnibus

Die Deutsche Bank veranstaltete Seminare, öffentliche Podiumsdiskussionen oder nahm an solchen teil. Sie führte Gespräche mit Politikern zu den oben genannten Themen. Die Abteilung Government & Public Affairs der Bank beobachtete auch jene neuen politischen und regulatorischen Entwicklungen, die sich auf die Bank auswirken könnten, und entwickelte und koordinierte diesbezüglich die Position der Bank.

Medien

ESRS 2 SBM-2

Die Deutsche Bank möchte konstruktive Beziehungen zu Journalisten und Medienvertretern weltweit pflegen. Eine zeitnahe, effektive und offene Kommunikation mit den Medien ist für die Reputation und die Marke Deutsche Bank unerlässlich. Der Dialog mit Medienvertretern konzentriert sich auf Schlüsselthemen, die von der Wirtschaft, Investoren, Regulatoren und der Allgemeinheit bestimmt werden. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Nachhaltigkeit.

Im Jahr 2025 tauschten sich die Experten der Bank auf vielfältige Weise mit den Medien auch im Kontext von ESG-Themen aus. Dazu zählten unter anderem:

- Updates zu den Fortschritten der Bank bei der Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie, mit Schwerpunkt auf das Management von Klimarisiken, Umweltrichtlinien und der Nachhaltigkeitsberichterstattung – beispielsweise hat die Deutsche Bank ein neues Ziel für nachhaltige und transitionsbezogene Finanzierungen im Zeitraum von 2020 bis Ende 2030 bekanntgegeben und ihr erstes Rahmenwerk für Transitionsfinanzierungen veröffentlicht. Einzelheiten hierzu finden sich im Kapitel „Nachhaltige Finanzierung"
- Kommentare und Stellungnahmen zu einer Reihe von Berichten und Studien, die von Nichtregierungsorganisationen veröffentlicht wurden; im Mittelpunkt standen Informationen zu Finanzierungs- und Investitionsvolumina sowie zu den Nachhaltigkeitsrichtlinien und -rahmenwerken der Bank
- Weiterführende Informationen zur Klimastrategie der Bank, insbesondere in Bezug auf das Kreditengagement der Bank in kohlenstoffintensiven Branchen. Zudem hat die Deutsche Bank im Rahmen der COP30 bekanntgegeben, dass die Länder Honduras und Suriname planen, hochwertige CO_2-Zertifikate zum Schutz des Regenwaldes zu emittieren und dabei mit der Deutschen Bank AG, den deutschen Unternehmen Bayer AG, Siemens AG und Symrise AG sowie der Coalition for Rainforest Nations zusammenarbeiten
- Aktuelle Themen rund um die Weiterentwicklung von Kontrollen und Compliance-Maßnahmen, beispielsweise durch die gemeinsame Kommunikation mit dem Land Hessen und zwei weiterer deutscher Banken zum Start des europaweiten Leuchtturmprojekts zur Geldwäschebekämpfung „EuroDaT/safeAML"

Im Jahr 2025 beantwortete die Deutsche Bank zahlreiche Medienanfragen. Ihre Kommunikationsexperten begleiteten zudem Journalisten und andere Medienvertreter bei Interviews oder Hintergrundgesprächen mit einer Reihe von Führungskräften der Bank. Darüber hinaus lud die Deutsche Bank zu Konferenzen und öffentlichen Podiumsdiskussionen ein und bot eine Reihe von Medienveranstaltungen und Plattformen für den weiteren Dialog mit ihren Interessengruppen an. Die Bank griff die Schlüsselthemen entsprechend auch auf ihren Social-Media-Kanälen auf.

Nichtregierungsorganisationen

ESRS 2 SBM-2

Die Bank tauscht sich mit Interessengruppen aus der Zivilgesellschaft aus, um deren Sicht auf regionale und globale Umweltthemen und gesellschaftliche Entwicklungen und Herausforderungen zu verstehen. So spricht die Bank beispielsweise regelmäßig mit Nichtregierungsorganisationen und beteiligt sich an zahlreichen nachhaltigkeitsbezogenen Initiativen.

Folgende Themen standen im Jahr 2025, im Mittelpunkt des Austausches mit Nichtregierungsorganisationen, die auch bereits im Vorjahr im Fokus standen:

- Klimawandel, vor allem in Bezug auf Themen wie die Finanzierung fossiler Brennstoffe im Allgemeinen und auf die Energiewende sowie bestimmte Unternehmen und Projekte im Besonderen
- Entwaldung, mit einem sektoralen Schwerpunkt auf Landwirtschaft und einem regionalen Schwerpunkt auf Lateinamerika, insbesondere Brasilien und dem Amazonas-Regenwald, und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Menschenrechte, insbesondere indigener Gemeinden
- Bergbauaktivitäten, einschließlich in der Tiefsee, und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Menschenrechte, lokale Gemeinden, Biodiversität, Klima und die Umwelt

Im Jahr 2025, beantwortete die Deutsche Bank schriftliche Anfragen, Umfragen oder Fragebögen und traf sich wiederholt persönlich mit Vertretern von Nichtregierungsorganisationen, um über Themen ihres Engagements zu sprechen.

Wenn die Deutsche Bank von Vorwürfen zu ökologischen oder sozialen Auswirkungen Kenntnis erhält, beispielsweise durch den Austausch mit Nichtregierungsorganisationen, prüft das Chief Sustainability Office der Bank inwieweit die Vorwürfe gerechtfertigt sind. Zur Überprüfung der Vorwürfe konsultiert die Bank von Fall zu Fall öffentlich verfügbare Informationen sowie relevante Interessengruppen. Bei Bedarf kann dies auch den direkten Austausch mit Kunden sowie Vertretern der Zivilgesellschaft umfassen, die mit der Situation vertraut sind. Gegebenenfalls holt die Bank den Rat unabhängiger Sachverständiger ein. Auf der Grundlage aller verfügbaren Informationen und der Bewertung der identifizierten Risiken entscheidet die Bank über weitere Maßnahmen, zu welchen Abhilfemaßnahmen oder die Beendigung einer Geschäftsbeziehung gehören können. Darüber hinaus berücksichtigt das Chief Sustainability Office auch Beiträge, Berichte und Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen bei der Überprüfung des Umfangs der abgedeckten Sektoren und Themen sowie der Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht.

Mitgliedschaften und Selbstverpflichtungen

ESRS 2 SBM-2

Im Rahmen ihres langjährigen Nachhaltigkeitsengagements bekennt sich die Bank zu gemeingültigen Nachhaltigkeitsrahmenwerken und Initiativen. Darüber hinaus unterstützt die Bank verschiedene Organisationen, die Nachhaltigkeit fördern und beteiligt sich auf globaler, europäischer und nationaler Ebene an branchenbezogenen Initiativen. Die Auswahl und Überprüfung der wesentlichen Mitgliedschaften und Selbstverpflichtungen der Bank erfolgt auf Grundlage eines etablierten Prozesses, der die Bewertung sowie formale Genehmigung durch die relevanten Governance-Gremien der Bank gewährleistet

Mit ihrem Fachwissen trägt die Bank zur Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft bei. Die Bank ist beispielsweise Mitglied der UN-Environment-Programme-Finance-Initiative (1992), teilnehmendes Unternehmen am UN Global Compact (2000), der Prinzipien für verantwortungsvolles Investieren (über die DWS, 2008), der Prinzipien für verantwortungsbewusstes Bankwesen (2019) sowie der Net-Zero-Banking-Alliance (2021). Im Jahr 2025 kündigte die Net-Zero-Banking-Alliance an, von einer mitgliedsbasierten Allianz zu einem rahmenorientierten Ansatz überzugehen, um ihre Rolle im Kampf gegen den Klimawandel zu stärken.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

ESG-Sorgfaltspflichtenprozesse

ESRS 2 GOV-4

Als globale Bank, die verschiedene Wirtschaftssektoren unterstützt, kann die Deutsche Bank potenziell mit wesentlichen negativen Auswirkungen und Risiken auf Umwelt, Soziales und Unternehmensführung in Verbindung gebracht werden oder diesen ausgesetzt sein. Durch kontinuierliche Sorgfaltspflichtenprozesse (Due diligence) identifiziert, verhindert, mindert und steuert die Deutsche Bank wesentliche aktuelle und potenzielle negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesellschaft, wie sie im Rahmen der doppelten Wesentlichkeitsbeurteilung für die direkten Kunden der Bank (nachgelagerte Wertschöpfungskette) und für die direkten Lieferanten der Bank (vorgelagerte Wertschöpfungskette) identifiziert wurden. Hierzu zählen auch wesentliche aktuelle und potenzielle Reputationsschäden, die im Zusammenhang mit Kunden- oder Lieferantenbeziehungen stehen.

Sorgfaltspflichtenprozesse für die nachgelagerte Wertschöpfungskette werden umfassend durch die Zusammenfassung des Rahmenwerk für die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht (Summary Framework on Environmental and Social Due Diligence) der Deutschen Bank gesteuert und in diesem Kapitel dargestellt. Dieses Rahmenwerk wird ergänzt durch Sorgfaltspflichtenprozesse für die Unternehmensführung, die in dem Kapitel „Governance" in der Nachhaltigkeitserklärung beschrieben sind. Sorgfaltspflichtenprozesse für Aktivitäten in der vorgelagerte Wertschöpfungskette werden im Kapitel „Management der vorgelagerten Wertschöpfungskette" erläutert. Für die eigene Geschäftstätigkeit der Bank sind die relevanten Sorgfaltspflichtelemente in den Kapiteln „Eigene Belegschaft" und „Kundenzentriertheit" dargestellt.

Die folgende Tabelle zeigt, in welchen Kapiteln der Nachhaltigkeitserklärung die Deutsche Bank die Kernelemente der Sorgfaltspflicht beschreibt.

Erklärung zur Sorgfaltspflicht

Kernelemente der Sorgfaltspflicht	Geschäftsbericht – Nachhaltigkeitserklärung
a) Einbindung der Sorgfaltspflicht in Governance, Strategie und Geschäftsmodell	Allgemeine Informationen – Governance – Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit – Nachhaltigkeitsstrategie
b) Einbindung betroffener Interessenträger in alle wichtigen Schritte der Sorgfaltspflicht	Allgemeine Informationen – Austausch mit Interessengruppen und Vordenkerrolle Informationen zu Governance-Themen – Management der vorgelagerten Wertschöpfungskette
c) Ermittlung und Bewertung negativer Auswirkungen	Allgemeine Informationen – Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit – ESG-Sorgfaltspflicht
d) Maßnahmen gegen diese negativen Auswirkungen	Allgemeine Informationen – Nachhaltigkeitsstrategie – Ökologische und soziale Sorgfaltspflicht Informationen zu Umweltthemen – Klimawandel Informationen zu sozialen Themen – Eigene Belegschaft – Kundenzentriertheit Informationen zu Governance-Themen – Kultur, Integrität und Verhalten – Bekämpfung von Finanzkriminalität – Wettbewerbsverhalten – Management der vorgelagerten Wertschöpfungskette – Datenschutz – Informationssicherheit
e) Nachverfolgung der Wirksamkeit dieser Bemühungen und Kommunikation	Allgemeine Informationen – Nachhaltigkeitsstrategie – ESG-Sorgfaltspflicht Informationen zu Umweltthemen – Klimawandel Informationen zu sozialen Themen – Eigene Belegschaft – Kundenzentriertheit Informationen zu Governance-Themen – Kultur, Integrität und Verhalten – Bekämpfung von Finanzkriminalität – Wettbewerbsverhalten – Management der vorgelagerten Wertschöpfungskette – Datenschutz – Informationssicherheit

Ökologische und soziale Sorgfaltspflichten

ESRS 2 MDR-P
Die Bank hat sich verpflichtet, die mit einer Transaktion oder einem Kunden verbundenen ökologischen und sozialen Herausforderungen sowie Risiken umfassend zu verstehen, und hat robuste Governance, Rahmenwerke und systematische Risikobewertungsprozesse entwickelt, um diese zu steuern. Das hilft der Bank, Reputationsrisiken vorzubeugen und mit ihren Kunden unter Zugrundelegung bewährter Umwelt- und Sozialpraktiken zusammenzuarbeiten.

Die Sorgfaltspflichten fokussieren sich auf die folgenden ökologischen und sozialen Kriterien; die ökologische Sorgfaltspflichten umfassen Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel (deren zugehöriges Management von Auswirkungen, Risiken und Chancen im Kapitel „Klimawandel" innerhalb dieser Nachhaltigkeitserklärung näher beschreiben wird), sowie Biodiversität und Natur, Wasserressourcen, Abfallmanagement und Vermeidung von Umweltverschmutzung, Luftqualität, Lärm und Vibration, sowie entsprechende Notfallmaßnahmen. Die sozialen Sorgfaltspflichten umfassen Menschenrechte einschließlich Kinder- und Zwangsarbeit, moderne Sklaverei, Arbeitsgesundheit und -sicherheit, Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung, Schutz gefährdeter Gruppen wie der indigenen Bevölkerung, sowie Land- und Ressourcenrechte und kulturelles Erbe. Themen, die aus Sicht einer Doppelten Wesentlichkeitsanalyse nicht wesentlich sind, werden dennoch in die umweltbezogenen und sozialen Kriterien der Sorgfaltspflichten einbezogen

Governance

ESRS 2 GOV-2
Das Chief Sustainability Office ist verantwortlich für die Entwicklung und Umsetzung der Richtlinien zur Nachhaltigkeitsstrategie, einschließlich des Rahmenwerks für die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht. Dieses Rahmenwerk legt fest, wie die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung umzusetzen ist, und gibt einen Überblick darüber, wie die Bank sektorübergreifende und sektorspezifische ökologische und soziale Risiken adressiert. Die Funktion für ökologische und soziale Sorgfaltspflichten innerhalb des Chief Sustainability Office ist dafür zuständig, transaktions- und/oder kundenbezogene Bewertungen gemäß den Anforderungen des Rahmenwerks durchzuführen. Sie unterstützt die Umsetzung sektorspezifischer Standards und stellt sicher, dass sie Prozesse für die Sorgfaltspflichtenprüfung den Anforderungen entsprechend abgeschlossen werden. Die Governance und Überwachung dieser ökologischen und sozialen Sorgfaltspflichtenprüfung erfolgt in Übereinstimmung mit dem Reputationsrisiko-Rahmenwerk, insbesondere in den Fällen, in denen ökologische und soziale Themen potenzielle moderate bis wesentliche reputationsbezogene Auswirkungen haben könnten. Entsprechende Fälle werden gemäß den Vorgaben des Reputationsrisiko-Rahmenwerks eskaliert. Der Leiter des Operational Risk Management ist dafür verantwortlich, das Management von Reputationsrisiken, einschließlich ökologischer und sozialer Risiken innerhalb der Deutschen Bank, zu überwachen, zu steuern und zu koordinieren.

Strategie

ESRS 2 SBM-3
Die Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht sind Teil der Nachhaltigkeitsstrategie der Deutschen Bank. Die Bank verfolgt einen risikobasierten Ansatz und konzentriert sich auf die Branchen und das damit einhergehende Risiko, die gemäß der Definition der Deutschen Bank ein erhöhtes Potenzial für negative ökologische und gesellschaftliche Auswirkungen mit verbundenen Reputationsrisiken bergen. Die Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung gelten weltweit für Kredit- und Handelsfinanzierungen der Unternehmensbank (ausgeschlossen sind bestimmte KMU-Kredite, Institutional and Corporate Cash Management, Trust and Security Services), das globale Kredit- und Kapitalmarktgeschäft der Investmentbank (mit Ausnahme der Handelsaktivitäten) sowie für das gewerbliche Kreditgeschäft der Privatkundenbank (ausgeschlossen sind Retail-/Konsumentenkredite und Wealth Management Kredite). Das Reputationsrisiko-Rahmenwerk gilt weltweit für alle Geschäftsbereiche und Produkte. Aufgrund der vielschichtigen und häufig kontroversen Natur dieser Risikoart muss über die Reputationsrisikofälle einzelfallbezogen, risikobasiert und objektiv entschieden werden. Beispiele für solche Reputationsrisikofälle sind kunden-, transaktions- oder produktbezogene Fälle, die Gegenstand einer negativen Berichterstattung in den Medien sind oder die seitens anderer Stakeholder kritisiert werden. Es ist wichtig zu beachten, dass alle Anforderungen nur solange gelten, wie sie nicht im Widerspruch zu regulatorischen oder gesetzlichen Vorgaben stehen.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen, Metriken und Ziele

Richtlinien

ESRS E1, ESRS 2 MDR-P

Die Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung, um wesentliche ökologische und soziale Risiken zu identifizieren und zu mindern, sind in der Sustainability Strategy Implementation Richtlinie, dem Reputationsrisiko-Rahmenwerk, den ergänzenden Dokumenten und den sektorspezifischen Leitlinien verankert. Das Chief Sustainability Office ist dafür zuständig, die Sustainability Strategy Implementation Richtlinie, die der Chief Sustainability Officer verantwortet, zu entwickeln und ihre Umsetzung sicherzustellen. Die Umsetzung obliegt mehreren Beteiligten, wie den Geschäftsbereichen sowie der für die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht verantwortliche Funktion innerhalb des Chief Sustainability Office. Das Reputationsrisiko-Rahmenwerk wird vom Leiter des Operational Risk Management verantwortet und von den jeweiligen Reputationsrisiko-Teams operativ umgesetzt.

Rahmenwerk für die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht

Das Rahmenwerk für die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht der Deutschen Bank legt Verfahren und Zuständigkeiten für die Risikoidentifizierung und -bewertung, die Entscheidungsfindung, sowie die nach Abschluss von Transaktionen durchzuführenden Kontrollen fest. Außerdem beschreibt es die für die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung geltenden Anforderungen. Das Rahmenwerk gibt den Mitarbeitern vor, für welche Transaktionen und Kunden sie das für die ökologische und soziale Transaktionsprüfung zuständige Team der Nachhaltigkeitsabteilung einbinden müssen.

Der Ansatz der Deutschen Bank für die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht richtet sich, wie im Rahmenwerk und den sektorspezifischen Leitlinien dargelegt, nach den folgenden internationalen Standards und Grundsätzen:

- UN Global Compact
- OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und damit verbundene Standards für verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln im Finanzsektor
- UN-Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte
- Leistungsstandards der International Finance Corporation
- Äquator-Prinzipien

Bedeutende Positionen und Minimumstandards der ökologischen und sozialen Sorgfaltspflicht

Für Sektoren und Aktivitäten, bei denen die Bank ein inhärent erhöhtes Potenzial negativer ökologischer und sozialer Auswirkungen und damit verbundener Reputationsrisiken identifiziert, gelten erweiterte Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung. Die Deutsche Bank prüft jährlich oder bei Eintritt relevanter Ereignisse, ob die in den Anwendungsbereich fallenden Sektoren oder die Anforderungen an die Sorgfaltspflichtenprüfung anzupassen sind. Die Bank berücksichtigt zudem geltende branchenspezifische Umwelt- und Sozialstandards und bewährte Verfahren, um ihr Verständnis für Umwelt- und Sozialthemen zu verbessern und, wo erforderlich, ihren Ansatz anzupassen. Die Bank hat bedeutende Positionen und Minimumstandards für die Sorgfaltspflichtenprüfung in den jeweiligen Sektoren entwickelt, die in der folgenden Tabelle erläutert werden. Die Deutsche Bank führt für Transaktionen, die sektorübergreifende Themen und/oder die in der Tabelle aufgeführten Sektoren betreffen, eine erweiterte ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung durch. Neben den in der Tabelle dargestellten sektorübergreifenden und sektorspezifischen Grundsätzen umfasst die erweiterte ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung der Deutschen Bank unter anderem die Bewertung der Einhaltung geltender Umwelt- und Sozialgesetze sowie -vorschriften. Zudem wird geprüft, ob belastbare Governance-Strukturen und ausreichende Kapazitäten vorhanden sind, um ökologische und soziale Aspekte angemessen zu steuern.

Wenn Kunden Beschwerden zu Umwelt- und Sozialthemen äußern, gelten die im Kapitel „Kundenzufriedenheit – Kundenbeschwerdemanagement" beschriebenen Verfahren innerhalb dieser Nachhaltigkeitserklärung. Solche Beschwerden werden bei Bedarf im Rahmen des Prozesses der ökologischen und sozialen Sorgfaltspflicht behandelt.

Bedeutende Positionen und Minimumstandards der ökologischen und sozialen Sorgfaltspflicht[1]

Bereich	Angewandte Umwelt- und/oder Sozialprinzipien sofern sie nicht im Widerspruch zu regulatorischen oder gesetzlichen Anforderungen stehen
Branchenübergreifend	
Menschenrechte	Keine Beteiligung an Geschäftsaktivitäten in Fällen, in denen der Bank begründete Hinweise auf wesentliche Menschenrechtsbeeinträchtigungen vorliegen, die nicht angemessen abgemildert werden, zum Beispiel Fälle von Kinder- und Zwangsarbeit
Entwaldung	Keine Finanzierung von Projekten oder Aktivitäten, die in direktem Zusammenhang mit der Abholzung tropischer Primärwälder stehen
Welterbestätten	Keine Beteiligung an Aktivitäten innerhalb oder in unmittelbarer Nähe von Welterbestätten, es sei denn, die jeweilige Regierung und die UNESCO bestätigen, dass der besondere universelle Wert der Stätte durch die Aktivitäten nicht beeinträchtigt wird
Branchenbezogen	
Agrarrohstoffe und Forstwirtschaft	Keine Finanzierung von Projekten oder Aktivitäten, die die Zerstörung von tropischen Primärwäldern, illegalen Holzeinschlag oder unkontrollierten und/oder illegalen Einsatz von Feuer beinhalten. Keine Finanzierung von Projekten oder Aktivitäten, die zur Umwandlung von High Conservation Value (HCV) Bereichen in Plantagen und Mooren führen Verpflichtende Mitgliedschaft beim Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) und RSPO-Zertifizierung oder ein zeitlich definierter Umsetzungsplan für die RSPO-Zertifizierung für Kunden im Bereich Palmöl Erwartungen bezüglich Mitgliedschaft und branchenrelevanter Zertifizierungen sowie der Teilnahme an ES-Managementprogrammen für Erzeuger und Erstverarbeiter, darunter öffentliche Selbstverpflichtung auf den Standard „No Deforestation, No Peat, No Exploitation"
Fischerei und maritime Aquakultur	Keine Finanzierungsdienstleistung für Kunden, die nachweislich wiederholt gegen geltende Fangbeschränkungen verstoßen haben und bei Nichteinhaltung geltender Gesetze und Vorschriften Keine Finanzierung/ Finanzdienstleistung für Unternehmen, die sich an nicht staatlich genehmigten Aktivitäten oder an Aktivitäten beteiligen, die nicht zumindest nationale Vorschriften einhalten, wie z. B. operative Aktivitäten in Aquakulturen außerhalb von AZA-Zonen (AZA = Allocated Zones for Aquiculture) oder von gesetzlich geschützten Gebieten, die keine Mehrfachnutzung zulassen; nicht staatlich genehmigte operative Aktivitäten oder Aquakulturwirtschaft mit invasiven, nicht einheimischen Arten unter Verstoß gegen nationale Vorschriften; der Einsatz verbotener Chemikalien, antimikrobieller Mittel oder Pestizide, der einen Verstoß gegen nationale oder anwendbare internationale regulatorische Vorgaben darstellt Erwartungen bezüglich der Zertifizierung für die Fischerei; Mindestanforderung eines zeitlich definierten Umsetzungsplans für die Zertifizierung nach ASC (Aquaculture Stewardship Council)
Maritimer Transport und maritime Infrastruktur	Keine Finanzierung von Aktivitäten der Baggerung auf See, die sich auf empfindliche Meeresumwelten/kritische Lebensräume (z. B. lebende Korallenriffe, Mangroven, Seegraswiesen) und Ramsar-Gebiete auswirken, es sei denn, es werden Aktivitäten durchgeführt, die auf den Umweltschutz/sozialen Schutz oder die Verbesserung von Umwelt oder Gesellschaft gerichtet sind (z. B. Flutschutz) Keine Finanzierung der Entwicklung von Küsten- und Meeresdestinationen in ausgewiesenen Schutzgebieten, die der Kategorie I der International Union for Conservation of Nature (IUCN) entsprechen, in Ramsar-Gebieten und UNESCO-Biosphärenreservaten sowie bei kritischer standortspezifischer Biodiversität Vertragsklauseln, Zertifizierung und/oder Anforderungen der Hafenstaatkontrolle zur Sicherung der Einhaltung anwendbarer ES-Übereinkommen gemäß Definition durch die Vereinten Nationen oder ihre Sonderorganisationen Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO) und Internationale Arbeitsorganisation (ILO)
Abbau von Metallen und Mineralien (Bergbau)	Keine direkte Finanzierung von Projekten des Tiefseebergbaus Erweiterte ES-Sorgfaltspflicht, mögliche Ausschlüsse je nach Ergebnis der Prüfung
Öl und Gas	Keine direkte Finanzierung neuer Projekte für Exploration, Produktion, Transport oder Verarbeitung von Ölsand Keine direkte Finanzierung neuer Öl- und Gasprojekte in der Arktis (nach Definition der 10-°C-Juli-Isotherme-Grenze) Keine direkte Finanzierung von Projekten zur Gewinnung von Öl und Gas durch hydraulisches Fracking in Ländern mit extremer Wasserknappheit. Erweiterte ES-Sorgfaltspflicht, mögliche Ausschlüsse je nach Ergebnis der Prüfung
Kohlekraftwerke und Kohlebergbau	Keine Finanzierung von neuen und wesentlichen Erweiterungen von bestehenden Kohlekraftwerken und Projekten zum Abbau von Kraftwerkskohle und entsprechender Infrastruktur. Ausschluss der Finanzierung von Mountain Top Removal Geltungsbereich der Richtlinie ab Mai 2023 umfasst Unternehmen mit (i) Erlösabhängigkeit von Kraftwerkskohle von mindestens 30%; (ii) absoluter Produktion von Kraftwerkskohle von mindestens 10 Megatonnen p. a. oder (iii) Kraftwerkskohlekapazität von mindestens 10 Gigawatt Für Unternehmen im Geltungsbereich des Rahmenwerks gilt: Keine Finanzierung bei Nichtvorliegen glaubwürdiger Diversifizierungspläne, einschließlich des Ausstiegs aus der Kraftwerkskohle bis 2030 in OECD-Ländern und bis 2040 in Nicht-OECD-Ländern
Wasserkraft	Erweiterte ES-Sorgfaltspflicht, mögliche Ausschlüsse je nach Ergebnis der Prüfung
Kernkraft	Erweiterte ES-Sorgfaltspflicht, mögliche Ausschlüsse je nach Ergebnis der Prüfung sowie Ausschlüsse in bestimmten Rechtsordnungen
Digitale Vermögenswerte und Kryptowährung	Erweiterte ES-Sorgfaltspflicht, mögliche Ausschlüsse je nach Ergebnis der Prüfung und für bestimmte Jurisdiktionen
Tabak	Erweiterte Sorgfaltspflicht mit Schwerpunkt E-Zigaretten und Cannabis; mögliche Ausschlüsse je nach Ergebnis der Prüfung
Verteidigung/ umstrittene Waffen	Erweiterte Sorgfaltspflicht mit Ausschlusskriterien für umstrittene Waffen, Konfliktländer, private Sicherheits- und Militärunternehmen wie auch automatische und halbautomatische Feuerwaffen für den privaten Gebrauch und Waffensysteme, die ohne menschliches Zutun funktionieren
Erwachsenenunterhaltung	Erweiterte Sorgfaltspflicht: Ausschluss von jeglichen Geschäften in direkter Verbindung mit Prostitution und/oder Pornografie

Bereich	Angewandte Umwelt- und/oder Sozialprinzipien sofern sie nicht im Widerspruch zu regulatorischen oder gesetzlichen Anforderungen stehen
Glücksspielbranche	Erweiterte Sorgfaltspflicht: Ausschluss von Anbietern von Online-Glücksspielen, die in Märkten tätig sind, in denen Glücksspiel verboten ist

[1] Die detaillierten Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung sind in der Sustainability Strategy Implementation Richtlinie, den ergänzenden Dokumenten und branchenspezifischen Leitlinien verankert, mit Ausnahme von E-Zigaretten und Cannabis, Verteidigung, Erwachsenenunterhaltung und Glücksspiel, die von den entsprechenden Reputationsrisiko-Dokumenten abgedeckt werden

Sektorspezifische Leitlinien

Für die Sektoren, für die eine erweiterte ökologische und soziale Sorgfaltspflicht gilt, operationalisiert die Bank ihre wichtigsten Positionen durch sektorale Leitlinien:

- Metalle und Bergbau
- Öl und Gas
- Kraftwerkskohle, einschließlich Kohlebergbau und Energieerzeugung durch Kraftwerkskohle
- Kernkraft
- Wasserkraft
- Agrarrohstoffe und Forstwirtschaft
- Fischerei und marine Aquakultur
- Maritimer Transport und maritime Infrastruktur
- Kryptowährung und digitale Vermögenswerte
- Äquatorprinzipien relevante Transaktionen, z. B. Infrastrukturprojekte
- Andere Tätigkeitsfelder mit hoher CO_2-Intensität, die sensible und geschützte Gebiete beeinträchtigen, Entwaldung verursachen und/oder das Potenzial für Menschenrechtsverletzungen bergen

Aktualisierte Leitlinien

Die Leitlinie der Deutschen Bank für Kraftwerkskohle wurde zuletzt im Jahr 2023 aktualisiert. Zusammen mit den Net-Zero-Verpflichtungen der Bank in verschiedenen Sektoren bekräftigt und erweitert sie die fortlaufende Verschärfung der Anforderungen der Bank im Bereich der Kraftwerkskohle.

Die im Rahmen der Aktualisierung 2023 eingegangenen Verpflichtungen gelten weiterhin fort. Für Unternehmen, die in den Anwendungsbereich der Leitlinie fallen, setzt die Bank glaubwürdige Transformationspläne als Voraussetzung für eine Finanzierung voraus. Bestehende Kunden wurden aufgefordert, diese Pläne bis 2025 vorzulegen. Neue Kunden müssen entsprechende Pläne bereits vor Aufnahme einer Kreditbeziehung vorlegen.

In den Jahren 2024 und 2025 führte die Bank detaillierte Überprüfungen der von der Leitlinie erfassten Kunden durch. Der für 2025 festgelegte Meilenstein diente dabei als zentraler Prüfpunkt. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten Transformationspläne bestehende Kunden vorliegen, die glaubwürdige Schritte für den Ausstieg aus der Kraftwerkskohle bis 2030 (OECD-Länder) beziehungsweise 2040 (Nicht-OECD-Länder) aufzeigen.

Zudem entwickeln sich nationale Klimapolitiken und regionale Transitionsverpflichtungen in unterschiedlichem Tempo – teils schneller, teils langsamer als noch 2023 erwartet. Vor diesem Hintergrund kann die Bank für eine sehr begrenzte Zahl von Kunden eine befristete, an Bedingungen geknüpfte Zusammenarbeit in Erwägung ziehen, sofern ein nachweisbarer und kontinuierlicher Fortschritt beim Ausstieg aus der Kohle erkennbar ist.

Künftig wird das Engagement der Deutschen Bank gegenüber Kunden, die weiterhin unter den Anwendungsbereich der Leitlinie fallen, angemessen und klar fokussiert sein. Jede weitere Unterstützung wird sich auf Finanzierungen konzentrieren, die unmittelbar nachhaltige Aktivitäten oder im Sinne von Übergangsfinanzierungen fördern. Damit stellt die Deutsche Bank sicher, dass glaubwürdige Dekarbonisierungsbemühungen unterstützt werden, ohne zugleich das Risiko einzugehen, eine kohlebezogene Expansion zu finanzieren. Die Bank wird die Fortschritte der Kunden weiterhin eng verfolgen und ihren Ansatz bei Bedarf anpassen, während sich globale und nationale Klimaverpflichtungen weiterentwickeln. Bereits vor der Aktualisierung der Kraftwerkskohleleitlinie im Jahr 2023 hatte die Bank im Jahr 2020 angekündigt, bis 2025 aus der Finanzierung von Kohleabbauaktivitäten auszusteigen. Hierzu gibt es keine weiteren Aktualisierungen. Die Bank wies bereits 2023 darauf hin, dass die unter die Leitlinie von 2020 fallende Forderungen im Jahr 2023 ein nicht-wesentliches Niveau erreicht hatten.

Im Jahr 2025 hat die Deutsche Bank eine sektorspezifische Leitlinie für Aktivitäten im Bereich digitaler Vermögenswerte und Kryptowährungen eingeführt. Sie legt besonderen Wert auf Energienutzung und Klimaauswirkungen, eine operative Governance sowie transparente Offenlegungen, die von Kunden erwartet werden, die Krypto- und digitale Vermögensdienstleistungen anbieten oder Projekte mit erheblicher Kryptonutzung betreiben (z. B. Rechenzentren). Die Leitlinie orientiert sich an weiterentwickelten Marktstandards und fördert branchenweite Verpflichtungen zu glaubwürdiger Kohlenstoffbilanzierung und öffentlicher Berichterstattung.

Ergänzende interne Bestimmungen gelten für die Tabakindustrie, mit einem Fokus auf E-Zigaretten und Cannabis, sowie für Branchen, die ein erhöhtes Maß an sozialen und Governancerisiken tragen, wie die Rüstungsindustrie, die Glücksspielindustrie, und die Erwachsenenunterhaltungsindustrie. Diese fallen derzeit nicht in den Anwendungsbereich der ökologischen und sozialen Sorgfaltspflichtenprüfung, sondern in den Anwendungsbereich des Reputationsrisiko-Rahmenwerks.

Im Jahr 2025 konzentrierten sich die Diskussionen im Verteidigungsbereich weiterhin auf die Zuverlässigkeit der Lieferketten und den Zugang zu Finanzierungen, einschließlich des Austauschs mit der Europäischen Kommission und deutschen Politikern. Die verstärkte Aktivität von Nichtregierungsorganisationen, ausgelöst durch die anhaltende regionale Destabilisierung, konzentrierte sich auf die Beziehungen von Finanzinstituten zum Verteidigungssektor sowie auf die exponierte Stellung des Verteidigungssektors im Rahmen der aktuellen Konflikte. Im Bereich Glücksspiel lag der Schwerpunkt im Jahr 2025 darauf, verantwortungsvolles Spielen zu unterstützen und die Herausforderungen rund um Daily Fantasy Sports und Prognosemärkten zu bewältigen. Diese Diskussionen stellen sicher, dass die Richtlinien und Vorgaben der Deutschen Bank weiterhin geeignet und sachgerecht sind.

Schulungen und Sensibilisierung

ESRS 2 MDR-A

Um die wirksame Umsetzung des Rahmenwerks sowie der zugehörigen Richtlinien und Leitlinien sicherzustellen, werden alle Mitarbeitenden, für die die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung relevant ist, entsprechend geschult. Diese Schulungen befähigen die Mitarbeiter, Umwelt- und Sozialrisiken sowie -chancen besser zu erkennen und wo erforderlich, Transaktionen entsprechend an die Funktion für ökologische und soziale Sorgfaltspflichten und/oder das Reputational Risk Team weiterzuleiten. Im Jahr 2025 wurden 1.030 Mitarbeiter der in den Anwendungsbereich fallenden Geschäftsbereiche geschult (2024: 102). Der deutliche Anstieg der Zahl geschulter Mitarbeiter spiegelt identifizierte Umsetzungslücken sowie aktualisierte interne Prozesse wider, die eine stärkere Sensibilisierung der Belegschaft erforderlich machen.

Im Jahr 2025 führte die Bank weiterhin Veranstaltungen und Schulungen für die Mitarbeiter in Kontrollfunktionen und mit Kundenkontakt durch, um das Bewusstsein für Reputationsrisiken, etwa in den Bereichen Verteidigung und Glücksspiel, zu schärfen. Darüber hinaus führt die Bank eine Reputationsrisikoschulung für Teams der Investmentbank und Unternehmensbank durch, die Kundenkontakt haben oder in betriebsnahen Funktionen tätig sind.

Die Funktion für ökologische und soziale Sorgfaltspflichten ist ein dezidiertes Team von Fachleuten mit Standorten in Frankfurt, London, Singapur, Mumbai und Washington.

Ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfungen

ESRS 2 MDR-A

Die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht der Bank umfasst:

- Die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung von Transaktionen und Kunden
- Die Anwendung des Prozesses der Äquatorprinzipien für projektbezogene Kredite im Anwendungsbereich (Implementierung der Äquatorprinzipien)
- Eskalationen im Rahmen des Reputationsrisiko-Rahmenwerks (Reputationsrisiko-Prüfung)

Für diese Prozesse legt die Bank die für das Managen relevanten Metriken offen und setzt keine einzelnen zeitgebundenen Ziele hierfür fest. Die Daten für die seitens der Bank vorgenommenen Transaktionsprüfungen sind in dieser Erklärung enthalten. Sie demonstrieren die Leistungsfähigkeit und die Wirksamkeit der Richtlinien der Bank.

Ökologische und soziale Transaktionsprüfungen

ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-M

Die Verantwortung der im Chief Sustainability Office angesiedelten Funktion für ökologische und soziale Sorgfaltspflichten beinhaltet die Prüfung von Transaktionen und Kunden im Einklang mit den ökologischen und sozialen Anforderungen der Bank und den Standards für Nachhaltige Finanzierungen. Im Jahr 2025 sank die Zahl der in die Wege geleiteten Überprüfungen im Vergleich zu 2024 um etwa 34%. Der Rückgang war insbesondere auf Transaktionen in den Sektoren Industrie und Infrastruktur, sowie Agrarrohstoffe und Forstwirtschaft zurückzuführen. Der Rückgang der geprüften Transaktionen spiegelt vor allem wider, dass sich der Ansatz der Sorgfaltspflichtenprüfung der Deutschen Bank verbessert hat. Insbesondere bei handelsbezogene Prüfungen, hat die Bank ihre Prozess verfeinert, um ökologische und soziale Kriterien der Sorgfaltspflichtenprüfung effizienter einzubeziehen. So wird beispielsweise bei Kunden mit wiederkehrenden und homogenen Handelsmustern, die nur geringe Variabilität in den zugrunde liegenden ökologischen und sozialen Risikofaktoren aufweisen, nun eine stärker standardisierte Bewertung vorgenommen. Dadurch reduziert sich die Anzahl der Transaktionsprüfungen für vergleichbare Geschäfte.

Die Bank überprüft derzeit die Methodik zur Berechnung der gesamten Prüfquote. Da diese bis Ende 2025 noch nicht finalisiert ist, verzichtet die Bank darauf, für das Jahr 2025 eine Gesamtüberprüfungsquote sowie einen Vergleich zum Vorjahr zu berichten.

Gemäß den Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung, wie in der Sustainability Strategy Implementation Richtlinie und den branchenspezifischen Richtlinien beschriebenen, beurteilte Transaktionen und Kunden[1]

Anzahl der Transaktionen und Kunden je Branche	31.12.2025	31.12.2024
Metalle und Bergbau	169	180
Öl und Gas	92	90
Industrie und Infrastruktur[2]	71	266
Industrielle Land- und Forstwirtschaft	144	244
Versorgungsunternehmen	90	104
Chemie	11	10
Andere Aktivitäten[3]	37	31
Summe der initiierten Prüfungen	**614**	**925**
Anzahl der Transaktionen und Kunden, für die eine endgültige Entscheidung getroffen wurde	**511**	**817**
Davon genehmigt	494	794
Davon abgelehnt	10	15
Davon an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet	7	8
Davon genehmigt	7	8
Davon abgelehnt	0	0

[1] Enthält auch die Zahlen der Tabelle „Nach den Äquator-Prinzipien bewertete Transaktionen", siehe Unterkapitel „Umsetzung der Äquator-Prinzipien"
[2] Umfasst Unternehmen im Maschinen- und Anlagenbau und andere Unternehmen, die mit kritischen Branchen in Verbindung stehen
[3] Beinhaltet CO_2-intensive Branchen und solche, die potenziell Menschenrechtsverletzungen bergen, wie zum Beispiel Konsumgüter-, Transport-, Infrastruktur-, Technik-, Rohstoffhandel- und Gesundheitsbereiche, die im Rahmen ihrer Lieferkette als kritisch geltende Branchen ausgesetzt sind

Umsetzung der Äquator-Prinzipien

ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-M

Die Deutsche Bank ist weiterhin ein aktives Mitglied der Äquator-Prinzipien, die von der Bank im Juli 2020 formell angenommen wurden. Die Äquator-Prinzipien sind ein international anerkannter Standard für die Ermittlung, Bewertung und das Management ökologischer und sozialer Risiken bei der projektbezogenen Finanzierung.

Als Unterzeichner der Äquator-Prinzipien wendet die Bank die in diesen Prinzipien niedergelegten Anforderungen in Bezug auf Risikoidentifizierung, -bewertung, -management und -berichterstattung auf relevante projektbezogene Finanztransaktionen an. Im Einklang mit den Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung sind zunächst die kundennahen Geschäftsbereiche der Bank dafür verantwortlich, Umwelt- und Sozialrisiken zu identifizieren, festzustellen, ob die Transaktion in den Geltungsbereich der Äquator-Prinzipien fällt, und die für die Sorgfaltspflichtenprüfung relevanten Daten zu sammeln. Zur Unterstützung der Geschäftsbereiche wurden interne Leitlinien und Schulungen entwickelt, die die Anforderungen an die Projektkategorisierung (A, B, oder C) und die Sorgfaltspflichtenprüfung festlegen. Zudem erhalten sie Hinweise zur Einbindung der für die ökologische und soziale Sorgfaltspflicht zuständigen Funktion innerhalb des Chief Sustainability Office. Die im Chief Sustainability Office für die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung zuständige Funktion ist dafür verantwortlich, die Geschäftsbereiche bei der Bewertung von Umwelt- und Sozialfragen sowie der damit verbundenen Risiken zu unterstützen. Für in den Anwendungsbereich fallende Projekte prüft die Funktion die Projektdokumentation sowohl während der initialen Sorgfaltspflichtenprüfung- als auch der kontinuierlichen Überwachsungsphase oder beauftragt für risikoreichere Projekte einen unabhängigen externen Berater, wie es die Äquator-Prinzipien erfordern. Die initiale Sorgfaltspflichten-prüfung und das kontinuierliche Monitoring nach Abschluss der Transaktion bedingen Diskussionen über kritische Themen mit den Kunden und das Verfolgen von Korrekturmaßnahmen. Sofern die Transaktionen eingestuft werden, dass mit ihnen ein moderates und/oder erhebliches Reputationsrisiko verbunden ist, werden die Transaktionen gemäß dem entsprechenden Prozess im Reputationsrisiko-Rahmenwerk weitergeleitet.

Die Deutsche Bank ist in verschiedenen Arbeitsgruppen zu Themen wie Biodiversität, maritime Ressourcen, Anwendungsbereiche und Governance aktiv, um zur Weiterentwicklung und zukünftigen Ausrichtung der Äquator-Prinzipien beizutragen.

Als Unterzeichner der Äquator-Prinzipien muss die Deutsche Bank die im Jahr 2025 abgeschlossenen projektbezogenen Transaktionen offenlegen, die gemäß der Anforderungen der Äquator-Prinzipien bewertet wurden. Diese Informationen sind in den nachstehenden Tabellen für die Jahre 2025 und 2024 enthalten.

Nach den Äquator-Prinzipien bewertete Transaktionen[1]

31.12.2025

	Projektfinanzierungsbezogene Beratungsdienstleistung	Projektfinanzierung			Projektbezogene Unternehmensdarlehen		
	Kategorien nicht anwendbar	Kategorie A	Kategorie B	Kategorie C	Kategorie A	Kategorie B	Kategorie C
Branche							
Bergbau	N/A	0	0	0	0	0	0
Infrastruktur	N/A	2	4	2	3	1	0
Öl und Gas	N/A	2	1	0	1	0	0
Energie	N/A	3	9	1	1	0	0
Sonstige	N/A	0	0	0	0	3	0
Region							
Amerika	N/A	2	6	3	1	2	0
Europa, Naher Osten, Afrika	N/A	5	5	0	4	2	0
Asien-Pazifik	N/A	0	3	0	0	0	0
Länderdesignierung							
Designiertes Land	N/A	5	13	3	0	2	0
Nicht-designiertes Land	N/A	2	1	0	5	2	0
Unabhängige Prüfung							
Ja	N/A	7	9	0	5	3	0
Nein	N/A	0	5	3	0	1	0
Insgesamt	**N/A**	**7**	**14**	**3**	**5**	**4**	**0**

N/A - Nicht anwendbar

[1] Dabei ist zu berücksichtigen, dass die in dieser Tabelle aufgeführten Zahlen auch in der Tabelle „Nach den Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung gemäß Sustainability Strategy Implementation Richtlinie und den branchenspezifischen Richtlinien beurteilte Transaktionen und Kunden" enthalten sein können, siehe Unterkapitel „Rahmenwerk für die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung". Die Äquatorprinzipien gelten nur für eine begrenzte Anzahl an Transaktionen, je nach Finanzprodukt, Transaktionsvolumen und in einigen Fällen, wenn weitere Kriterien erfüllt sind. Die relevanten Transaktionen werden berichtet, sobald die Auszahlungsreife erreicht ist. Die Projektkategorisierung folgt dem ökologischen und sozialen Einstufungsverfahren der International Finance Corporation (IFC). Kategorie A – Projekte mit potenziell erheblichen negativen Umwelt- und Sozialrisiken und/oder -auswirkungen, die vielfältig, irreversibel oder beispiellos sind. Kategorie B – Projekte mit potenziell begrenzten nachteiligen Umwelt- und Sozialrisiken und/oder -auswirkungen, die zahlenmäßig gering, in der Regel standortspezifisch, weitgehend umkehrbar und einfach durch Schutzmaßnahmen einzudämmen sind. Kategorie C – Projekte mit minimalen oder keinen negativen Umwelt- und Sozialrisiken und/oder -auswirkungen.

31.12.2024

	Projektfinanzierungsbezogene Beratungsdienstleistung	Projektfinanzierung			Projektbezogene Unternehmensdarlehen		
	Kategorien nicht anwendbar	Kategorie A	Kategorie B	Kategorie C	Kategorie A	Kategorie B	Kategorie C
Branche							
Bergbau	N/A	1	0	0	0	0	0
Infrastruktur	N/A	0	1	5	1	1	4
Öl und Gas	N/A	1	2	0	0	0	0
Energie	N/A	1	3	2	0	0	3
Sonstige	N/A	0	0	2	0	2	0
Region							
Amerika	N/A	1	2	4	0	0	1
Europa, Naher Osten, Afrika	N/A	1	1	4	1	3	6
Asien-Pazifik	N/A	1	3	1	0	0	0
Länderdesignierung							
Designiertes Land	N/A	3	6	9	0	2	1
Nicht-designiertes Land	N/A	0	0	0	1	1	6
Unabhängige Prüfung							
Ja	N/A	3	5	2	1	0	0
Nein	N/A	0	1	7	0	3	7
Insgesamt	**N/A**	**3**	**6**	**9**	**1**	**3**	**7**

N/A - Nicht anwendbar

Als Unterzeichner der Äquator-Prinzipien muss die Deutsche Bank zudem Projektnamen gemäß den in Annex B der Äquator-Prinzipien IV festgelegten Bedingungen offenlegen. Diese Informationen enthält die nachstehende Tabelle.

Details zu Transaktionen im Anwendungsbereich der Äquator-Prinzipien, deren Offenlegung die Kunden zugestimmt haben

Nr.	Name des Projekts (gemäß Kreditvertrag/öffentlich bekannt)	Branche	Name des Gastlandes/ Standort des Projekts	Haushaltsjahr
Projektfinanzierung				
1	Baltica 2	Energie	Polen	2025
2	Supernode BESS (Stages 1 and 2)	Energie	Australien	2025
3	Antalya Airport Expansion Project	Infrastruktur	Türkei	2025
4	Project Elephant	Infrastruktur	Thailand	2025
5	Antalya-Alanya Motorway Project	Infrastruktur	Türkei	2025
6	Blind Creek Solar Farm and Battery Energy Storage System	Energie	Australien	2025
7	Project HyNet	Infrastruktur	UK	2025

Überprüfung des Reputationsrisikos

ESRS 2 MDR-P , ESRS 2 MDR-A

Wenn Umwelt- und Sozialthemen potenzielle Reputationsauswirkungen haben könnten, werden diese Fälle im Rahmen des Reputationsrisiko-Rahmenwerks an spezialisierte Ausschüssen und/oder Foren zur Überwachung und Entscheidungsfindung eskaliert. Der Zweck des Reputationsrisiko-Rahmenwerks ist es, die Bank vor Reputationsschäden zu bewahren, indem es einen Prozess definiert, um vorab zu entscheiden, ob Sachverhalte mit Reputationsrisiken verbunden sein könnten. Das Rahmenwerk enthält einheitliche Regelungen für die Identifizierung, die Bewertung und das Management von Reputationsrisiken. Das Reputationsrisiko-Rahmenwerk verlangt, dass bestimmte Sachverhalte von Experten geprüft werden. Dazu gehören zum Beispiel Sachverhalte, die sich potenziell negativ auf die Umwelt oder die Gesellschaft auswirken können, und Sachverhalte mit einem Bezug zum Rüstungs- oder Glücksspielsektor.

Alle Mitarbeiter sind dafür verantwortlich, potenzielle Reputationsrisiken zu identifizieren und über den Unit-Reputational-Risk-Assessment-Prozess zu eskalieren. Zudem stellt der Unit-Reputational-Risk-Assessment-Process sicher, dass die relevanten Interessengruppen etwa das Senior Management im betroffenen Land, wichtige Kontrollfunktionen und weitere Fachleute der zweiten Verteidigungslinien konsultiert werden. Der Unit-Reputational-Risk-Assessment-Prozess wird von einem Mitglied der oberen Führungsebene des betroffenen Geschäftsbereichs geleitet. Er gilt für alle Angelegenheiten, die als mäßiges oder größeres Reputationsrisiko eingestuft werden.

Wenn ein Sachverhalt mutmaßlich ein wesentliches Reputationsrisiko birgt und/oder dieser eines der Eskalationskriterien erfüllt, wird zur weiteren Prüfung das zuständige regionale Reputationsrisikokomitee einbezogen. In besonderen Fällen werden Sachverhalte an das Konzernreputationsrisikokomitee weitergegeben. Das kann dann der Fall sein, wenn das Regional Reputational Risk Committee eine Angelegenheit ablehnt und ein Geschäftsbereich Einspruch gegen diesen Beschluss erhebt, oder wenn das regionale Reputationsrisikokomitee nicht die für eine Entscheidung erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht.

Anhand des Reputationsrisiko-Rahmenwerks beurteilte Sachverhalte

Anzahl der Vorgänge, für die eine endgültige Entscheidung herbeigeführt wurde	31.12.2025	31.12.2024
Im Rahmen des Prozesses zur Bewertung von Reputationsrisiken im jeweiligen Geschäftsbereich	92	72
Davon wegen Umwelt- oder sozialer Themen	2	4
Davon wegen Glücksspielthemen	1	2
Davon wegen Rüstungsthemen	6	4
Durch Weiterleitung an regionale Reputationsrisikokomitees	24	25
Davon wegen Umwelt- oder sozialer Themen	4	2
Davon wegen Glücksspielthemen	1	3
Davon wegen Rüstungsthemen	0	1
Durch Weiterleitung an das Group-Reputational-Risk-Committee oder höher	1	4
Davon wegen Umwelt- oder sozialer Themen	0	1
Davon wegen Glücksspielthemen	0	0
Davon wegen Rüstungsthemen	0	1
Insgesamt	**117**	**101**
Davon wegen Umwelt- oder sozialer Themen	6	7
Davon wegen Glücksspielthemen	2	5
Davon wegen Rüstungsthemen	6	6

Informationen zu Umweltthemen

Nachhaltige Finanzierungen

Das Thema „Nachhaltige Finanzierungen" wird im Abschnitt „Informationen zu Umweltthemen" behandelt, da es vorwiegend Chancen im Zusammenhang mit dem Klimawandel aufgreift. Dennoch umfasst das Thema auch Chancen in Bezug auf weitere Umweltthemen sowie soziale Aspekte. Dieses Thema ist ein signifikanter Bestandteil der gesamten Organisation der Bank. Daher enthält das Kapitel alle wesentlichen Angaben, die den übergreifenden Standard ESRS 2 betreffen.

Governance

ESRS 2 GOV-2

Das Rahmenwerk der Deutschen Bank für nachhaltige Finanzierungen ist in ihre übergreifende Nachhaltigkeitsgovernance eingebettet und gewährleistet eine klare Aufsicht und Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen der Organisation. Die Deutsche Bank hat ein Chief Sustainability Office, dessen Leiter an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank berichtet. Es steuert das Thema Nachhaltigkeit zentral und sorgt für Konsistenz in der gesamten Deutschen Bank. Das Konzernnachhaltigkeits-Komitee beaufsichtigt die Integration nachhaltiger Finanzierungen in die Geschäftsstrategie, das Risikomanagement und die Produktentwicklung und nutzt Eskalations- und Überwachungsmechanismen, an denen sowohl der Vorstand als auch der Aufsichtsrat beteiligt sind. In den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen der Bank wurden dedizierte Expertenteams für nachhaltige Finanzierungen etabliert, um die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auf divisionaler Ebene voranzutreiben. Diese Vorgehensweise soll nachhaltige Finanzierungsthemen im Tagesgeschäft verankern und ermöglichen, schnell auf neue Chancen und Risiken reagieren zu können. Weitere Details zur Nachhaltigkeitsgovernance sind im Kapitel „Nachhaltigkeitsgovernance" dieser Nachhaltigkeitserklärung zu finden.

Strategie

ESRS 2 SBM-3, ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-T

Nachhaltige Finanzierungen sind eine der vier Säulen der Nachhaltigkeitsstrategie der Deutschen Bank und spiegeln den Anspruch der Bank wider, in diesem Bereich ein globaler Marktführer zu sein. Durch die Berücksichtigung der sich entwickelnden Präferenzen von Kunden und Investoren für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen will die Deutsche Bank zusätzliches Geschäft generieren und langfristigen Wert schaffen. Deshalb bemüht sich die Bank darum, die Kundenbedürfnisse zu verstehen, Klimaprodukte zu entwickeln, entsprechende Organisationsstrukturen zu schaffen und Erfolgskriterien zu definieren. Indem sich die Deutsche Bank auf diese Schritte konzentriert, schmiedet sie weltweit strategische Partnerschaften mit Kunden in Bezug auf deren Dekarbonisierungspfade, wobei sie ihre strategische und finanzielle Kompetenz nutzt. Indem die Bank Investitionen katalysiert und Finanzierungen für die Anpassung an den Klimawandel und für kohlenstoffarme Geschäftsmodelle mobilisiert, will die Bank dazu beitragen, dass sich ihr Engagement positiv auf die Umwelt und die Gesellschaft auswirkt.

Ein zentraler Bestandteil dieser Säule der Nachhaltigkeitsstrategie und im Einklang mit ihrer Scaling-the-Global-Hausbank-Strategie ist das Bekenntnis der Deutschen Bank zu ambitionierten Nachhaltigen Finanzierungszielen. Die Bank strebte an, von Januar 2020 bis Ende 2025 ein kumuliertes Volumen nachhaltiger Finanzierungen und ESG-Anlagen von 500 Mrd. € zu erreichen (ohne Asset Management (DWS)). Bis Ende 2025 erzielte die Deutsche Bank 471 Mrd. € (ohne Asset Management (DWS)) und steigerte das inkrementelle Volumen von 93 Mrd. € im Jahr 2024 auf 98 Mrd. € im Jahr 2025. Auch wenn das ursprüngliche Ziel bis Ende 2025 nicht erreicht wurde, bekennt sich die Deutsche Bank weiterhin klar dazu, ihren Kunden nachhaltige Finanzierungslösungen und ESG-Anlagenlösungen bereitzustellen, und erwartet 500 Mrd. € in der ersten Hälfte des Jahres 2026 zu überschreiten. Der Fortschritt auf dem Weg zum ursprünglichen Ziel wurde im Berichtszeitraum durch mehrere Faktoren beeinflusst, darunter höhere Zinsen, regulatorische Entwicklungen sowie Veränderungen im politischen Umfeld.

Um die Transformation der Wirtschaft weiter zu beschleunigen, hat die Deutsche Bank ihr Ziel aktualisiert und will nun bis Ende 2030 insgesamt 900 Mrd. € an nachhaltigen und transitionsbezogenen Finanzierungen und ESG-Anlagen mobilisieren. Diese Zahl beinhaltet die 471 Mrd. €, die bereits im Zeitraum von Januar 2020 bis Ende 2025 in nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen erreicht wurden. Die Erhöhung des Ziels unterstreicht das Engagement der Bank, die Transformation und Resilienz ihrer Kunden durch Finanzlösungen zu unterstützen, die dauerhaft Mehrwert für Menschen und Umwelt sowie Wohlstand schaffen.

Das neue Ziel der Bank unterscheidet zwischen nachhaltigen Finanzierungen (Finanzierung ökologisch oder sozial nachhaltiger Tätigkeiten oder Unternehmen) und transitionsbezogenen Finanzierungen (Finanzierung von Aktivitäten, die für einen glaubwürdigen Weg zu Netto-Null-Emissionen erforderlich sind, sowie an das Erreichen konkreter Nachhaltigkeitsziele gebundene Finanzierungslösungen). Mit dem erweiterten Ziel wird die Deutsche Bank auch nach dem Jahr 2025 transparent über ihre Fortschritte berichten – nun zudem mit einem neuen Transition Finance Framework.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

Auswirkungen, Risiken und Chancen innerhalb der Bank werden im Rahmen der Doppelten Wesentlichkeit identifiziert und bewertet, die im Kapitel „Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit" innerhalb dieser Nachhaltigkeitserklärung ausführlich beschrieben ist. Die positiven Auswirkungen und Chancen im Zusammenhang mit dem Klimawandel in Verbindung mit nachgelagerten, kundenbezogenen Aktivitäten sowie die entsprechenden Zeithorizonte, Richtlinien, Maßnahmen und Metriken und Ziele sind in der untenstehenden Tabelle zusammengefasst.

次へ

Thema: Klimawandel							
Unterthema	Wertschöpfungskette	Zeithorizont	IRO-Typ	IRO-Beschreibung	Richtlinien	Maßnahmen	Metriken
Anpassung an den Klimawandel	Nachgelagert	Mittelfristig (CB, IB, AM)	Positive Auswirkung	Angebot von Produkten und Dienstleistungen für Tier-1-Kunden zur Unterstützung ihrer Bemühungen, sich an physische und/oder transitionsbezogene Auswirkungen des Klimawandels anzupassen	Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen Rahmenwerk für ESG-Anlagen	Kundenengagement Prozess der Klassifizierung nachhaltiger Finanzierungen Schulung und Sensibilisierung	Ziel für Finanzie ESG-An sowie er Fortsch Transak gemäß d Rahmen nachhal Finanzie bewerte AM: Ger ESMA -\ Vermög AM: Pro Engage
		Langfristig (CB, IB)		Austausch mit Tier-1-Kunden, die erheblichen physischen und/oder transitionsbezogenen Klimarisiken ausgesetzt sind			
Klimaschutz		Kurzfristig (CB, IB F/C) Mittelfristig (AM, CB, PB)		Angebot von Produkten und Dienstleistungen für Tier-1-Kunden – zur Unterstützung ihrer Bemühungen, Geschäftsmodelle zu dekarbonisieren und ihren CO_2-Fußabdruck zu reduzieren – um Kunden bei der Dekarbonisierung ihrer Investmentportfolios zu unterstützen Aktive Zusammenarbeit mit Tier-1-Kunden zur Unterstützung ihrer Bemühungen, ihren CO_2-Fußabdruck zu verringern			
Energie		Mittelfristig (CB, PB)		Angebot von Produkten und Dienstleistungen für Tier-1-Kunden zur Senkung ihres Energieverbrauchs und/oder zur Steigerung der Energieeffizienz sowie zur Nutzung erneuerbarer Energien			
Anpassung an den Klimawandel		Mittelfristig (CB) Mittelfristig (CB, IB F/C, PB) Langfristig (AM)	Chance	Steigerung der Markenreputation und Stärkung des Wettbewerbsvorteils durch Vordenkerrolle im Bereich der Klimawandelanpassung Ertragssteigerung durch Eingehen auf von Kunden nachgefragte Finanzprodukte und -dienstleistungen, die ihre Bemühungen der Anpassung an physische oder transitionsbezogene Auswirkungen des Klimawandels unterstützen			
Klimaschutz		Kurzfristig (CB, IB F/C) Mittelfristig (PB) Langfristig (AM)		Ertragssteigerung durch das Eingehen auf die Nachfrage nach Finanzprodukten und -dienstleistungen zur Begrenzung von CO_2-Emissionen			
Energie		Kurzfristig (CB, IB F/C) Mittelfristig (PB)		Ertragssteigerung durch Eingehen auf die Nachfrage von Kunden nach Finanzprodukten und -dienstleistungen, die ihren Umstieg auf erneuerbare Energien unterstützen und ihre Energieeffizienz verbessern			

次へ

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Richtlinien

ESRS 2 MDR-P

Deutsche Banks Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen definiert, die Methoden und Verfahren, in welchen Fällen die Bank ihre Transaktionen, Finanzprodukte und -dienstleistungen als nachhaltig einstuft. Es legt die Klassifikationslogik, die Eignungskriterien, die Anforderungen an die ökologische und soziale Sorgfaltspflichtenprüfung (Due Diligence) sowie den Validierungs- und Überwachungsprozess fest. Das Rahmenwerk wird durch weitere Leitlinien ergänzt, die zusätzliche Informationen zu bestimmten Themen liefern. Es gilt verbindlich für die Deutsche-Bank-Gruppe weltweit, sofern nicht ausdrücklich anders im Rahmenwerk angegeben. Das Rahmenwerk ist von entscheidender Bedeutung für das Setzen von Zielen, das Treffen von Entscheidungen und das Durchsetzen der Anforderungen. Zudem sorgt es für die Glaubwürdigkeit der Bank gegenüber den Interessengruppen.

Das Rahmenwerk für ESG-Anlagen ergänzt das Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen der Bank und legt Kriterien und Bewertungsprozesse fest, in welchen Fällen Anlagen als ESG-konform zwecks Anrechnung auf ihr Ziel für nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen gelten. Sein Zweck ist es, eine einheitliche Methodik für die Klassifizierung von Finanzinstrumenten und verwalteten Portfolios sicherzustellen, die auf das Sustainable-Finance- und ESG-Anlagen-Ziel der Bank angerechnet werden. Die Kriterien gelten für Finanzinstrumente, die im Namen von Kunden der Privatkundenbank gehalten werden, und für das diskretionäre Portfoliomanagement der Bank. Darüber hinaus deckt das Rahmenwerk für ESG-Anlagen auch die Pensionspläne für Mitarbeiter der Deutsche-Bank-Gruppe ab. Der Bereich Asset Management (DWS) unterliegt nicht dem Anwendungsbereich des Rahmenwerks für ESG-Anlagen, da die DWS ihre eigene Nachhaltigkeitsstrategie festlegt und eigene Richtlinien für Umwelt- und Sozialbelange anwendet. Weitere Details zur Nachhaltigkeitsstrategie und den Richtlinien der DWS finden sich im Abschnitt „Asset Management" dieses Kapitels. In den Fällen, in denen die Privatkundenbank Anlageprodukte vertreibt, die laut dem Rahmenwerk für ESG-Anlagen als verwaltete Vermögenswerte gelten und von der DWS verwaltet werden, können diese als verwaltete Vermögenswerte für die Privatkundenbank und für das Asset Management (DWS) gemeldet werden, da es sich um zwei verschiedene, voneinander unabhängige Dienstleistungen für die verwalteten Vermögenswerte handelt.

Die Bank führte im November 2025 ihr erstes Rahmenwerk für transitionsbezogene Finanzierungen ein, das am 1. Januar 2026 in Kraft trat. Das Rahmenwerk für transitionsbezogene Finanzierungen ergänzt das bestehende Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen und definiert drei Parameter der transitionsbezogenen Finanzierungen:

- Aktivitätsebene (Parameter 1): Finanzierung von Aktivitäten, die nicht als rein nachhaltige Aktivität gelten (beispielsweise im Gegensatz zur Produktion von erneuerbarer Energie), die jedoch dazu beitragen, Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren und für den Übergang zu einer Netto-Null-Wirtschaft erforderlich sind
- Unternehmensebene (Parameter 2): Transaktionen mit allgemeinem Unternehmenszweck mit Geschäftspartnern, die glaubwürdige Transformationsstrategien verfolgen
- Nachhaltigkeitsgebundene Finanzierungslösungen (Parameter 3): Instrumente, die Kunden dazu anregen, ehrgeizige Nachhaltigkeitsziele zu erreichen – nicht beschränkt auf klimabezogene oder treibhausgasemissionsbezogene Leistungskennzahlen

Das Rahmenwerk für transitionsbezogene Finanzierungen ist vollständig in die Governance-Prozesse der Deutschen Bank integriert und hat eine positive unabhängige externe Bewertung von ISS-Corporate erhalten, welche die Übereinstimmung mit sich entwickelnden Marktstandards bestätigt.

Die Bank verfolgt einen strukturierten und kollaborativen Ansatz bei der Weiterentwicklung ihrer nachhaltigkeitsbezogenen Rahmenwerke. Erforderliche Anpassungen werden üblicherweise in mehreren iterativen Runden mit den wichtigsten internen Stakeholdern abgestimmt, um sicherzustellen, dass unterschiedliche Perspektiven, technische Anforderungen und regulatorische Entwicklungen angemessen berücksichtigt werden. Wenn die Änderungen wesentlich sind, genehmigt das Group Sustainability Committee diese.

Nach der Genehmigung werden die Rahmenwerke sowohl öffentlich als auch intern über die offiziellen Webseiten der Bank sowie über spezielle Microsites bereitgestellt – einschließlich der Microsite des Chief Sustainability Office, die allen Mitarbeitern zugänglich ist. Die Veröffentlichung und Implementierung der Rahmenwerke finden üblicherweise über verschiedene interne Kanäle statt, um sicherzustellen, dass betroffene Stakeholder informiert sind und Zugang zu den relevanten Dokumenten haben.

Maßnahmen und Ressourcen

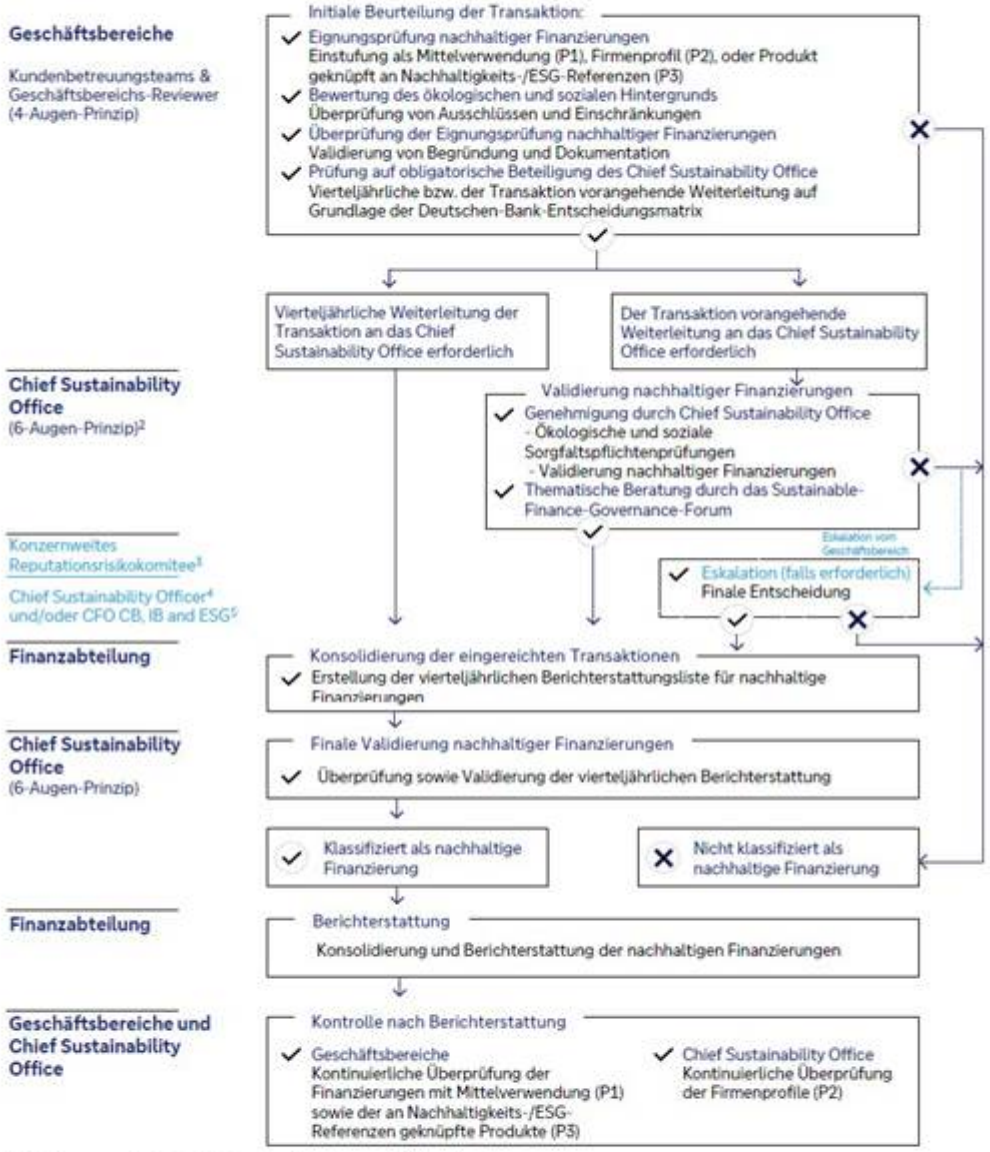
ESRS 2 MDR-A

Im Einklang mit den Rahmenwerken für nachhaltige Finanzierungen, ESG-Anlagen und transitionsbezogene Finanzierungen entwickelt die Deutsche Bank Produkte, die die Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Weitere Details zu den Produkten und Maßnahmen der Deutschen Bank finden sich in den jeweiligen Kapiteln der einzelnen Geschäftsbereiche.

Schematischer Prozess der Klassifizierung nachhaltiger Finanzierungen

Das folgende Schema verdeutlicht den Prozess zur Klassifizierung nachhaltiger Finanzierungen. Erst nachdem das Chief Sustainability Office eine Transaktion als mit dem Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen konform eingestuft hat, kann die Transaktion auf das 500 Mrd. € Ziel für nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen der Bank angerechnet werden und von der Finanzabteilung berichtet werden.

Schematischer Prozess der Klassifizierung nachhaltiger Finanzierungen[1]



[1] Abweichungen vom schematischen Prozess der Klassifizierung nachhaltiger Finanzierungen
[2] Für bestimmte Geschäfte ist eine 6-Augen Prüfung nicht erforderlich, sofern ausgewählte Dritte die Übereinstimmung mit Nachhaltigkeitsstandards bestätigen
[3] Das Konzernreputationsrisiko-Komitee hat die endgültige Entscheidungsbefugnis bei Fragen der umwelt- und sozialbezogenen Sorgfaltspflichtenprüfung
[4] Der Chief Sustainability Officer hat die endgültige Entscheidungsbefugnis für die Klassifizierung nachhaltiger Finanzierungen
[5] Der Finanzvorstand für Firmenkundengeschäft, Investmentbanking und ESG hat die endgültige Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Anrechnung von nachhaltigen Finanzierungsvolumen

Die Validierung gegenüber dem Rahmenwerk erfolgt sowohl auf Einzeltransaktions- als auch auf Programmebene. Informationen über die Zahl der validierten Transaktionen sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Transaktionen, die nach dem Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen überprüft wurden

	31.12.2025	31.12.2024
Anzahl der Transaktionen, für die eine endgültige Entscheidung getroffen wurde	1.301	1.219
Davon genehmigt	1.122	1.076
Parameter 1 - Mittelverwendung	910	765
Parameter 2 - Firmenprofil	104	121
Parameter 3 - Produkt geknüpft an Nachhaltigkeits-/ESG-Referenzen	108	190
Davon abgelehnt	179	140
Davon an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet	0	3
Davon genehmigt[1]	0	3
Davon abgelehnt	0	0

[1] Die Genehmigungen in 2024 gelten für drei verschiedene Unternehmen und basieren nicht auf einzelnen Transaktionen. Die Unternehmen wurden vom Nachhaltigkeitsausschuss der Gruppe genehmigt.

Schulung und Sensibilisierung

Das Chief Sustainability Office stellt eine Vielzahl von Ressourcen zu ESG-Themen bereit, um dabei zu helfen, Fähigkeiten zu entwickeln, und Wissen zu vermitteln. Dazu gehört der globale Sustainability Hub, der als zentrale Wissensdatenbank für Nachhaltigkeit dient. Eingebettet in das Intranet der Bank enthält er Informationen zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bank zu den vierteljährlichen Fortschrittsberichten, zu den relevanten Governance-Gremien und zu spezifischen Rahmenwerken und Prozessen sowie ein Glossar zu wichtigen Nachhaltigkeitsbegriffen. Darüber hinaus bietet er Links zu dezentralen Informationsplattformen (sowohl der Geschäftsbereiche/Funktionen der Bank als auch des Teams Sustainable Finance und Environmental and Social Due Diligence des Chief Sustainability Office) und weitere Schulungsangebote, wie Aufzeichnungen vergangener Sustainable-Finance-Trainings und Lernpfade, die über das Lernmanagementsystem der Bank zugänglich sind. Dies unterstützt die Verankerung eines gemeinsamen Verständnisses der Nachhaltigkeitsziele und -prozesse der Bank durch selbstgesteuertes Lernen.

Zur weiteren Stärkung des Wissens über ESG-Risiken werden zwei globale Pflichtschulungen regelmäßig für alle Mitarbeiter durchgeführt: das Greenwashing Awareness Training im 18-Monats-Rhythmus und das Risk Awareness Training alle 24 Monate. Beide Schulungen unterliegen dem Red-Flag-Prozess, bei dem Vorgesetzte eine vergütungsrelevante Red Flag erhalten, sollten ihre direkten Mitarbeiter die Schulung nicht innerhalb von 30 Tagen abschließen. Diese Schulungen sind zudem Teil des Schulungskompendiums für neue Mitarbeiter, um sicherzustellen, dass alle ein grundlegendes Verständnis von ESG-Risiken haben.

Um ein angemessenes Wissen auf Managementebene sicherzustellen, hat der Chief Sustainability Officer jährlich einen festen Slot auf der Schulungsagenda des Vorstands der Bank.

Auf regionaler Ebene führte das Chief Sustainability Office drei spezifische ESG-Schulungen im Jahr 2025 durch, die von lokalen Aufsichtsbehörden gefordert wurden. Auf divisionaler und funktionaler Ebene gibt es zusätzliche Schulungen zu ESG-Risiken, die auf zentral bereitgestellten Inhalten aufbauen, aber detaillierte und maßgeschneiderte Informationen für bestimmte Zielgruppen enthalten.

Darüber hinaus haben die Geschäftsbereiche im Jahr 2025 die folgenden bereichsspezifischen Nachhaltigkeits-schulungsprogramme aufgesetzt:

- Die Unternehmensbank stellte branchenspezifische vertiefende Einblicke in relevante Sektoren bereit und baute die nachhaltigkeitsbezogenen Kompetenzen ihrer kundennahen Front-Office-Teams weiter aus; die angebotenen Trainingsformate vermittelten unter anderem die Nachhaltigkeitsstrategie der Deutschen Bank, wichtige regulatorische Entwicklungen sowie die nachhaltigkeitsbezogene Governance und konzernweite Richtlinien; ergänzende thematische Schwerpunkte griffen aktuelle Markt- und Kundenanforderungen auf und unterstützten die Teams dabei, Kunden zu Nachhaltigkeitsthemen zu beraten und sie auf ihrem Transformationsweg zu begleiten
- Das Anleihen- und Währungsgeschäft der Investmentbank bot seinen Mitarbeitern im Jahresverlauf Schulungen zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen wie ökologischer und sozialer Sorgfaltspflichtenprüfung, transitionsbezogenen Finanzierungen inklusive Netto-Null und dem Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen an
- Der Bereich Investment Banking und Kapitalmärkte der Investmentbank bot seinen Mitarbeitern im Jahresverlauf Schulungen zu verschiedenen Nachhaltigkeitsthemen an; diese umfassten unter anderem nachhaltige Finanzierungen im Kontext von Kapitalmärkten sowie Investment-Banking-Produkten und -Dienstleistungen, transitionsbezogene Finanzierungen einschließlich Netto-Null- und Transformationspfade, Klimarisiken und klimabezogene regulatorische Entwicklungen sowie Prozesse zur Prüfung von Umwelt- und Sozialrisiken und zur Due Diligence
- Zudem boten das Anleihen- und Währungsgeschäft und das Investment Banking und Kapitalmarktgeschäft gemeinsam eine Schulung zur internen Wissensvermittlung für in dem Vereinigten Königreich und Irland ansässige Mitarbeiter, in der die Nachhaltigkeitsstrategie der Bank, erreichte Fortschritte sowie Prioritäten im Einklang mit den übergeordneten Verpflichtungen der Bank vorgestellt wurden

- Die Privatkundenbank stellte ihren Mitarbeitern ein breites Spektrum an Schulungen zu Nachhaltigkeitsthemen zur Verfügung, darunter spezielle Module für die Anlage- und Finanzierungsberatung sowie eine Schulung zur Sensibilisierung für Greenwashing; das Angebot wurde durch gezielte Kampagnen und Vernetzungsmöglichkeiten ergänzt, beispielsweise durch das Netzwerk „ESG Ambassador" im Wealth Management Germany, den neu eingeführten „Global ESG Investments Update Call" sowie weitere auf die energieeffiziente Sanierung von Wohnimmobilien fokussierte Initiativen
- Für Asset Management bot DWS ein Nachhaltigkeits-Weiterbildungsrahmenwerk an, das aufgezeichnete Präsentationen und schriftliche Schulungsunterlagen zu wichtigen ESG-Themen umfasst, die sowohl für die Asset Management Branche als auch für DWS relevant sind; darüber hinaus bot die DWS eine Plattform für die Zertifizierung zum Certified-Environmental-Social-Governance-Analyst an; bis zum 31. Dezember 2025 waren 399 aktive DWS-Mitarbeiter als Certified-Environmental-Social-Governance-Analysts zertifiziert

Metriken und Ziele

ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-T, ESRS E1-4

Die Deutsche Bank hat seit 2020 nachhaltige Finanzierungs- und ESG-Anlageziele in ihre strategische Planung integriert. Der Ansatz der Bank ist durch Granularität, kurzfristige Fokussierung, Transparenz und Messbarkeit gekennzeichnet, wobei die Ziele nach Geschäftsbereichen über einen mehrjährigen Planungszeitraum hinweg aufgeschlüsselt sind. Das Ziel für nachhaltige Finanzierungen wurde mithilfe eines strukturierten Ansatzes definiert, der die Zusammenarbeit mit Stakeholdern aus den Geschäftsbereichen der Bank, dem Chief Sustainability Office und der Finanzabteilung umfasste. Dieser Prozess berücksichtigte die neusten Marktbeobachtungen und anerkannte Verfahren der Wettbewerber als Schlüsselfaktoren, die die erwartete Entwicklung der Aktivitäten im Bereich nachhaltiger Finanzierungen beeinflussen. Dies stellte sicher, dass die Ziele sowohl die strategischen Prioritäten der Bank als auch die sich verändernden externen Entwicklungen widerspiegeln.

Der Fortschritt bei der Zielerreichung wird vierteljährlich und jährlich an relevante Interessengruppen berichtet und mit ihnen geteilt, um Rechenschaft abzulegen. Die Berichterstattung der Bank umfasst die drei Dimensionen: Geschäfts- und Teilgeschäftsebene, Wirkungsbereich und Kundengruppe. Die Berichterstattung ist an anerkannte externe Referenzpunkte gebunden, insbesondere an die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Dieser detaillierte Ansatz für die Finanzplanung, die Steuerung und die Berichterstattung, der seit dem Jahr 2020 gilt, unterstreicht das Engagement der Deutschen Bank für nachhaltige Finanzierungen.

Die von der Deutschen Bank finanzierten oder unterstützten Beiträge zum nachhaltigen Finanzierungsvolumen werden auf der Grundlage gängiger Branchenpraktiken zur Leistungsmessung in den Kategorien Finanzierungen, Kapitalmarkt-Platzierungen, Market Making und Anlagen, inklusive des Planvermögens für Altersvorsorge berechnet. Die Berichtserstattungsmethode folgt dabei dem Prinzip der Origination, welches nicht unbedingt mit der Berichterstattung in der Bilanz der Deutschen Bank übereinstimmt. Für Finanzierungen und Kapitalmarkt-Platzierungen erfolgt die Berichterstattung beruhend auf den Neugeschäftszuflüssen im Berichtszeitraum und wird seit dem Basisjahr 2020 kumuliert dargestellt. Für Market Making erfolgt die Berichterstattung unter Zugrundelegung des jährlichen Durchschnittsvolumens des anrechenbaren Anleihebestands. Für das verwaltete Vermögen erfolgt die Berichterstattung basierend auf dem beizulegenden Zeitwert des verwalteten Vermögens und des Planvermögens für Altersvorsorge zum Periodenende.

Die Beiträge der Unternehmensbank, der Bereiche Anleihen- und Währungsgeschäft sowie Investment Banking und Kapitalmärkte in der Investmentbank, der Privatkundenbank, sowie der Corporate & Other-Division sind in den nachstehenden Tabellen zusammengefasst. Weitere Details zum Fortschritt der einzelnen Geschäftsbereiche finden sich in den jeweiligen Unterkapiteln dieses Kapitels. Ausgewählte Highlights sollen die globale Wirkung der Deutschen Bank im Bereich nachhaltiger Finanzierungen über ihre verschiedenen Geschäftsbereiche und Produkte hinweg veranschaulichen.

Nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen – Kumuliertes Volumen pro Geschäftsbereich

31.12.2025

in Mrd. €[1]	Finanzierungen	Kapitalmarkt-platzierungen	Market Making	Verwaltetes Vermögen[2]	Planvermögen für Altersvorsorge[2]	Insgesamt
Unternehmensbank	91	0	0	0	0	91
Investmentbank	98	192	1	0	0	291
Anleihen- und Währungsgeschäft	85	59	1	0	0	146
Investment Banking & Kapitalmärkte	13	132	0	0	0	145
Privatkundenbank	17	0	0	62	0	80
Corporate & Other	0	0	0	0	9	9
Insgesamt	**206**	**192**	**1**	**62**	**9**	**471**

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Bestandswert zum Periodenende

31.12.2024

in Mrd. €[1]	Finanzierungen	Kapitalmarkt-platzierungen	Market Making	Verwaltetes Vermögen[2]	Planvermögen für Altersvorsorge[2]	insgesamt
Unternehmensbank	70	0	0	0	0	70
Investmentbank	71	153	1	0	0	224
Anleihen- und Währungsgeschäft	61	47	1	0	0	109
Investment Banking & Kapitalmärkte	10	106	0	0	0	116
Privatkundenbank	15	0	0	53	0	68
Corporate & Other	0	0	0	0	10	10
Insgesamt	156	153	1	53	10	373

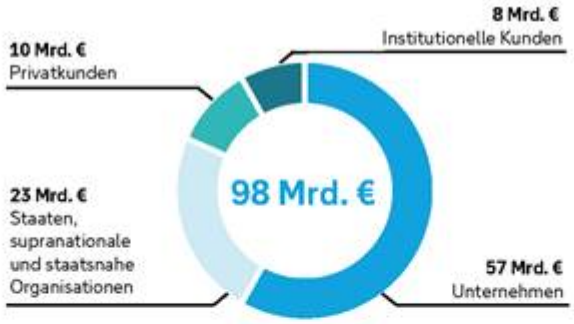
[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Bestandswert zum Periodenende

Im Jahr 2025 erreichte die Deutsche Bank ein inkrementelles Volumen von 98 Mrd. € in nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen wie im Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierungen und im Rahmenwerk für ESG-Anlagen definiert, gegenüber einem inkrementellen Volumen von 93 Mrd. € im Jahr 2024. Damit schloss sie das Jahr 2025 mit einem kumulierten Volumen von 471 Mrd. € ab (ohne Asset Management (DWS)). Zusätzlich meldete das Asset Management (DWS) für das Jahr 2025 den ESMA (European Securities and Markets Authority)-Anforderungen entsprechende verwaltete Vermögenswerte in Höhe von 85 Mrd. €.

Das inkrementelle Volumen von 98 Mrd. € im Jahr 2025 wurde hauptsächlich getragen durch das inkrementelle Finanzierungsvolumen von 50 Mrd. € und inkrementelle Kapitalmarktplatzierungen in Höhe von 39 Mrd. €. Das Volumenwachstum von 9 Mrd. € beim verwalteten Vermögen der Privatkundenbank resultiert vor allem aus einem Anstieg der diskretionären Portfoliomandate.

Eine Aufschlüsselung des inkrementellen nachhaltigen Finanzierungs- und ESG-Anlagenvolumens nach Kundengruppen ist für das Jahr 2025 in der nachstehenden Grafik dargestellt.

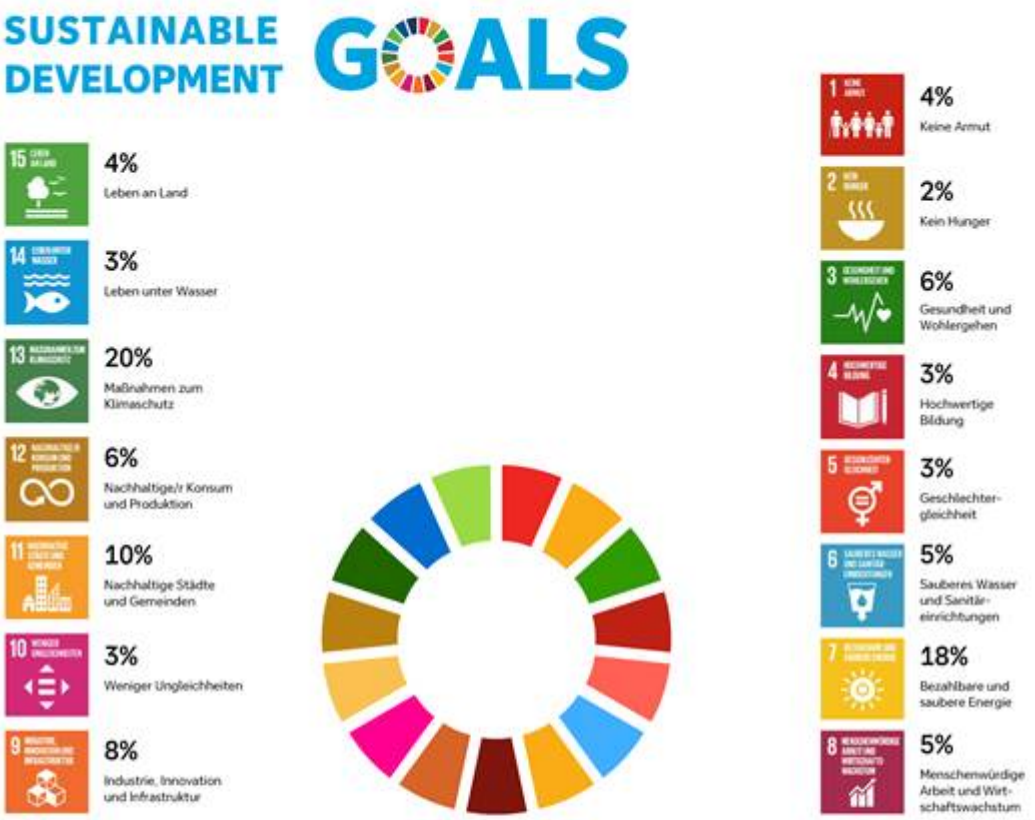
Inkrementelles nachhaltiges Finanzierungs- und ESG-Anlagenvolumen 2025 nach Kundengruppe[1]



[1] Ohne Asset Management (DWS)

Da die Deutsche Bank es für wichtig hält, ihren Weg von der Ambition zu ökologischer Wirkung durch überprüfbare externe Bezugspunkte zu unterlegen und ihre Fortschritte mit anerkannten externen Rahmenwerken, wie den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, verknüpft, bewertet die Bank, wie ihre Finanzierungs-, Kapitalmarktplatzierungs- und Market-Making-Tätigkeiten zu 15 der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen beitragen. Finanzierungs-, Kapitalmarktplatzierungs- und Market-Making-Tätigkeiten trugen 90 Mrd. € von den insgesamt 98 Mrd. € des inkrementellen Volumens im Jahr 2025 bei. Die Bank ordnet diese Tätigkeiten den Zielen der Vereinten Nationen zu, wobei, in manchen Fällen eine Transaktion mehreren Zielen zugeordnet werden kann, da sich einige Kategorien überschneiden und nicht eindeutig voneinander getrennt sind.

Die in der untenstehenden Grafik dargestellten Prozentangaben zeigen die Beiträge der inkrementellen Aktivitäten in Finanzierungen, Kapitalmarktplatzierungen und Market Making der Deutschen Bank in Höhe von 90 Mrd. € im Jahr 2025 zu 15 der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen.


SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS
15 4% Leben an Land
14 3% Leben unter Wasser
13 20% Maßnahmen zum Klimaschutz
12 6% Nachhaltige/r Konsum und Produktion
11 10% Nachhaltige Städte und Gemeinden
10 3% Weniger Ungleichheiten
9 8% Industrie, Innovation und Infrastruktur
1 4% Keine Armut
2 2% Kein Hunger
3 6% Gesundheit und Wohlergehen
4 3% Hochwertige Bildung
5 3% Geschlechter-gleichheit
6 5% Sauberes Wasser und Sanitär-einrichtungen
7 18% Bezahlbare und saubere Energie
8 5% Menschenwürdige Arbeit und Wirt-schaftswachstum

Unternehmensbank

ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T, ESRS 2 SBM-1

Überblick

Die Unternehmensbank ist eng mit dem operativen Geschäft ihrer Kunden verbunden und bietet ihnen ein globales Netzwerk kombiniert mit lokaler Expertise. Als strategischer Partner für die Transformation hin zu nachhaltigen Geschäftsmodellen begleitet sie Kunden entlang der gesamten Wertschöpfungskette bei der Umsetzung strategischer Ziele, der Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz sowie der Integration nachhaltiger Finanzierungslösungen in Treasury- und Finanzierungsaktivitäten. Um den Übergang zu mehr Nachhaltigkeit und die Erreichung von Netto-Null-Zielen voranzutreiben, entwickelt die Unternehmensbank ihr branchenspezifisches Angebot kontinuierlich weiter und verbindet tiefgreifende Branchenexpertise mit maßgeschneiderten Finanzlösungen.

Die Unternehmensbank bedient das gesamte Kundenspektrum – multinationale Konzerne, den deutschen Mittelstand und Geschäftskunden. Über ein globales Netzwerk von Sustainable-Finance-Champions in der Kundenbetreuung und den Produktsegmenten stellt die Unternehmensbank ein umfassendes Portfolio nachhaltiger Finanzlösungen bereit. Das Sustainable Finance Client Solutions Team bringt ausgeprägte Branchenexpertise ein, treibt Kundendialoge weltweit voran, übernimmt eine Vordenkerrolle bei zentralen Themen der nachhaltigen Finanzierungen, gestaltet die Zusammenarbeit mit internen und externen Stakeholdern aktiv, entwickelt Materialien und Schulungsangebote und sorgt für die konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie der Unternehmensbank. Die globale Leiterin für Sustainable Finance steuert diese Strategie und das Angebot an nachhaltigen Finanzierungen über die gesamte Unternehmensbank hinweg und ist Mitglied des Unternehmensbank-Geschäftsleitungsausschusses.

Die Unternehmensbank unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien und den Aufbau entsprechender Infrastruktur durch ihre Asset- und Projektfinanzierungskompetenzen sowie durch die Weiterentwicklung von Finanzierungslösungen im Bereich Asset-as-a-Service, um die Transformation hin zu mehr Energieeffizienz voranzutreiben. Darüber hinaus bietet die Unternehmensbank ein breites Spektrum nachhaltiger Finanzierungslösungen für den deutschen Mittelstand und familiengeführte Unternehmen über ihre Corporate Sustainability Suite an, die kontinuierlich weiterentwickelt wird, um sich verändernden Kundenbedürfnissen gerecht zu werden.

Der Geschäftsbereich Strategic Corporate Lending der Unternehmensbank fokussiert sich auf die Finanzierungen von überwiegend multinationalen Unternehmenskunden; das Portfolio umfasst an Nachhaltigkeitskriterien gekoppelte revolvierende Kreditfazilitäten, bei denen Kunden ihre Nachhaltigkeitsstrategie an ihre Finanzierungen knüpfen; im Jahr 2025 trug Strategic Corporate Lending 8 Mrd. € zum nachhaltigen Finanzierungsvolumen der Unternehmensbank bei (2024: 7 Mrd. €).

Der Geschäftsbereich Trade Finance and Lending der Unternehmensbank bietet eine Vielzahl von bilanziellen und außerbilanziellen nachhaltigen Finanzprodukten von nachhaltigkeitsgebundenen Krediten und dokumentär unterlegten Handelsfazilitäten, zu Lösungen für Lieferketten und Garantien sowie grüne Kredite und langfristige Infrastruktur- und Projektfinanzierung an; über ihre verschiedenen Produkte trug Trade Finance and Lending im Jahr 2025 insgesamt 12 Mrd. € zum nachhaltigen Finanzierungsvolumen der Unternehmensbank bei (2024: 10 Mrd. €).

Die Community Development Finance Group der Unternehmensbank in den Vereinigten Staaten unterstützt die Schaffung und den Erhalt von bezahlbarem Wohnraum für Gemeinden mit niedrigem und mittlerem Einkommen, kleine Unternehmen mit begrenztem Zugang zu Kapital und Investitionen in Fonds, die positive soziale Auswirkungen erzielen wollen; die Geschäftseinheit trug im Jahr 2025 insgesamt 56 Mio. € zum nachhaltigen Finanzierungsvolumen der Unternehmensbank bei (2024: 9 Mio. €).

Fortschritte beim Erreichen des bankweiten Ziels

Nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen – Unternehmensbank (kumuliertes Volumen)

in Mrd. €[1]	31.12.2025	Beitrag in 2025	31.12.2024
Finanzierungen	91	20	70
Kapitalmarktplatzierungen	0	0	0
Market-Making	0	0	0
Verwaltetes Vermögen[2]	0	0	0
Planvermögen für Altersvorsorge[2]	0	0	0
Insgesamt	**91**	**20**	**70**

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Bestandswert zum Periodenende

Die kumulierten nachhaltigen Finanzierungen der Unternehmensbank beliefen sich zum Jahresende 2025 auf 91 Mrd. €. Das inkrementelle Volumen im Jahr 2025 betrug 20 Mrd. € und bestand ausschließlich aus Darlehen und Fazilitäten, verglichen mit 17 Mrd. € im Vorjahr. Von diesen 20 Mrd. € waren 10 Mrd. € nachhaltigkeitsgebundene Darlehen und Fazilitäten an Unternehmen. Trotz anhaltender makroökonomischer und geopolitischer Unsicherheit konnte die Unternehmensbank ihr inkrementelles Volumen an nachhaltigen Finanzierungen im Jahresvergleich steigern. Dieses Wachstum unterstreicht das Engagement der Deutschen Bank, ihre Kunden beim Übergang zu nachhaltigeren Geschäftsmodellen und bei der Erreichung ihrer strategischen Ziele zu unterstützen.

Highlights

Im Jahr 2025 ermöglichte die Unternehmensbank eine große Bandbreite nachhaltiger Transaktionen, die ihre Position als strategischer Partner für ihre Kunden unterstreicht. Dabei sind beispielhaft die folgenden Transaktionen hervorzuheben:

ACEREZ
the future of renewable energy



Die Deutsche Bank fungierte als Lender, Mandated Lead Arranger und Hedge Provider für die vorrangig besicherte Projektfinanzierung der Netzwerkinfrastruktur der Central West Orana Renewable Energy Zone in Australien, die von der ACEREZ-Partnerschaft (ACCIONA, COBRA, Endeavour Energy) geführt wird. Das wegweisende Projekt ist die erste in Australien genehmigte Renewable Energy Zone und wird neue Hochkapazitäts-Übertragungsleitungen, Energie-Hubs und unterstützende Infrastruktur hinzufügen, um die Stromübertragung aus erneuerbaren Energiequellen in der Renewable Energy Zone zu den Stromabnehmern zu ermöglichen. Es erschließt zunächst bis zu 4,5 GW neuer Netzkapazität und soll jährlich Strom für mehr als zwei Millionen Haushalte liefern.

FIDRA ENERGY



Die Deutsche Bank fungierte als Kreditgeber für die Projektfinanzierung von Fidra Energy in Höhe von 685 Mio. € für das aktuell größte Battery Energy Storage System-Portfolio im Vereinigten Königreich. Nach Fertigstellung wird das 3.100-MWh-System über die Kapazität verfügen, jährlich mehr als 2 Mio. MWh zu exportieren, was genügt um rund 785.000 Haushalte pro Jahr mit Strom zu versorgen.

Polenergia equinor



Die Deutsche Bank war als Kreditgeber an zwei Projektfinanzierungen von jeweils über 3 Mrd. € beteiligt. Die Mittel dienen dem Bau zweier Offshore-Windparks mit einer Leistung von je 720 MW (Baltyk 2 und Baltyk 3) durch Polenergia und Equinor vor der polnischen Küste. Die Anlagen sollen rund zwei Millionen Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgen, Arbeitsplätze schaffen und sowohl die Energiesicherheit als auch die Energiewende in der Region stärken.

SHS - STAHL-HOLDING-SAAR



Deutsche Bank agierte als Bookrunner & Mandated Lead Arranger, Facility Agent, Security Agent, Intercreditor Agent, Co ECA Coordinator sowie Sustainability Coordinator für die 1,7 Mrd. € Finanzierung von grünem Stahl der SHS Stahl Holding Saar GmbH. Die Finanzierung unterstützt das Projekt „Power4Steel", das die Umstellung von SHS auf eine Wasserstoff- und erneuerbare Energien-basierte Produktion ermöglicht, mit dem Ziel 3,5 Mio. Tonnen kohlenstoffarmen Stahls und eine jährliche Kohlenstoffreduktion von ungefähr 4,8 Mio. Tonnen zu erreichen, was einer Reduktion der nationalen Kohlenstoff-Emissionen in Deutschland um ungefähr 1% entspricht.

Investmentbank

Anleihen- und Währungsgeschäft

ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T, ESRS 2 SBM-1

Überblick

Der Bereich Anleihen- und Währungsgeschäft nutzt seine Expertise in der Produktinnovation, um Vermögenswerte zu strukturieren, zu erstellen und zu vertreiben, die den sich rasant entwickelnden Nachhaltigkeitsanforderungen der Kunden gerecht werden. Die vier Hauptziele des Anleihen- und Währungsgeschäfts sind die Unterstützung der Kunden durch die Zusammenführung von Investoren und Emittenten, die Steigerung der Vergabe nachhaltiger Kredite, die Unterstützung der Kunden bei der Energiewende und die Innovation und Erweiterung der Produktpalette.

Im Jahr 2025 wurde die Organisationsstruktur für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) innerhalb des Bereichs Anleihen- und Währungsgeschäft neu ausgerichtet, um eine noch bessere Anbindung an die ganzheitliche Kundenstrategie der Deutschen Bank und deren Engagement für Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Im Sinne eines einheitlichen und ganzheitlichen Kundenansatzes wurden nachhaltige Finanzierungen und ESG-Beratung in der gesamten Investmentbank unter einer globalen Führung zusammengeführt. Im Juni 2025 wurde ein Global Head of Sustainable Finance für die Investmentbank ernannt, der eng mit dem Chief Sustainability Office zusammenarbeitet, um Nachhaltigkeitsinitiativen sowohl für Kunden als auch für die Bank voranzubringen und sicherzustellen, dass Nachhaltigkeitsberatung und -umsetzung ein zentraler Bestandteil des Kundendialogs bleiben. Diese strukturelle Anpassung unterstreicht das fortgesetzte Engagement der Deutschen Bank für ihre Nachhaltigkeitsagenda sowie ihren Anspruch, integrierte Lösungen über alle Aktivitäten der Investmentbank hinweg bereitzustellen.

Das inkrementelle Volumen nachhaltiger Finanzierungen im Bereich Global Financing und Credit Trading belief sich im Jahr 2025 auf insgesamt 21 Mrd. € (2024: 15 Mrd. €). Das Wachstum setzte sich ab 2024 fort und zeigte sich insbesondere in einem Anstieg der Finanzierungen für energieeffiziente Rechenzentren sowie bei nachhaltigkeitsgebundenen Transaktionen mit Mittelverwendung im Bereich erneuerbare Energien.

Der Bereich Zinsgeschäft stellt Risikomanagementlösungen für Emittenten nachhaltiger Anleihen und Darlehen bereit. Darüber hinaus begibt und investiert er in Kredite und Anleihen für bezahlbaren Wohnraum sowie Seniorenpflegeheime in den Vereinigten Staaten. Im Jahr 2025 trug der Bereich Zinsgeschäft 12 Mrd. € zum Volumen der nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen der Deutschen Bank bei (2024: 13 Mrd. €). Wesentlicher Treiber dieses Volumens waren Risikomanagementlösungen für Finanzierungen von Rechenzentren und erneuerbaren Energien. Zudem strukturierte der Bereich Zinsgeschäft im Jahr 2025 insgesamt 65 grüne Anleihen und strukturierte Schuldverschreibungen.

Der Bereich Global Emerging Markets verfügt über eine starke Präsenz bei der Entwicklung neuer Nachhaltigkeitslösungen, indem er innovative und prämierte nachhaltigkeitsgebundene Finanzierungs- und Risikomanagementlösungen für seine globale Kundenbasis strukturiert und umsetzt. Im Jahr 2025 trug das Franchise des Bereichs Global Emerging Markets insgesamt 4 Mrd. € zum Volumen der nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen der Bank bei (2024: 3 Mrd. €).

Der globale Devisenhandel gehört zu den Vorreitern im Bereich nachhaltigkeitsgebundener Derivate und strukturiert innovative Lösungen, um den Anforderungen und Bedürfnissen der Kunden gerecht zu werden. Das Ziel der Deutschen Bank ist es, ihre Innovationsaktivitäten in diesem Bereich fortzusetzen, indem sie ihre Kunden dabei unterstützt, ihre Nachhaltigkeitsstrategie mit ihren Absicherungsstrategien in Einklang zu bringen. Insgesamt trug das globale Devisenhandels-Franchise 1 Mrd. € zum Volumen der nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen der Bank im Jahr 2025 bei (2024: 0 Mrd. €).

Fortschritte beim Erreichen des bankweiten Ziels

Nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen – Anleihen- und Währungsgeschäft (kumuliertes Volumen)

in Mrd. €[1]	31.12.2025	Beitrag in 2025	31.12.2024
Finanzierungen	85	24	61
Kapitalmarktplatzierungen	59	12	47
Market-Making	1	1	1
Verwaltetes Vermögen[2]	0	0	0
Planvermögen für Altersvorsorge[2]	0	0	0
Insgesamt	**146**	**37**	**109**

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Bestandswert zum Periodenende

Zum Jahresende 2025 belief sich das kumulierte Volumen der nachhaltigen Finanzierungen des Bereichs Anleihen- und Währungsgeschäft auf 146 Mrd. €. Im Jahr 2025 trug der Bereich Anleihen- und Währungsgeschäft ein inkrementelles Volumen von 37 Mrd. € an nachhaltigen Finanzierungen bei, verglichen mit 31 Mrd. € im Jahr 2024. Im Jahr 2025 verschob sich die Zusammensetzung der Beiträge zum Volumen der nachhaltigen Finanzierungen im Vergleich zu 2024. Digitale Infrastrukturanlagen sowie Finanzierungen im Bereich erneuerbare Energien verzeichneten einen relativen Anstieg, während die Beiträge aus Finanzdienstleistungen, einschließlich nachhaltigkeitsgebundener Darlehen, Fondsfinanzierungen und KMU-Kreditvergabe, zurückgingen. Im Jahr 2025 entfielen auf den Bereich Anleihen- und Währungsgeschäft 4 Mrd. € auf nachhaltige Verbriefungen, die zum Nachhaltigkeitsfinanzierungsziel des Konzerns beitrugen. Von diesen 2 Mrd. € wurden 50% extern verifiziert, indem sie eine Klassifizierung der International Capital Market Association, eine unabhängige externe Bewertung oder beides erhielten. Darüber hinaus trug der Bereich Anleihen- und Währungsgeschäft im Jahr 2025 4 Mrd. € zu nachhaltigkeitsgebundenen Unternehmenskrediten bei.

Highlights

NEXTWIND

NeXtWind: Die Deutsche Bank fungierte als globaler Koordinator für NeXtWind bei einer Fremdfinanzierung in Höhe von 1,4 Mrd. €. NeXtWind, ein im Bereich erneuerbare Energie führendes deutsches Unternehmen, plant, ein Portfolio bestehender Onshore-Windparks wieder in Betrieb zu nehmen und zu optimieren und unterstützt damit die Finanzierung des Ausbaus von mehr als 150 neuen Windenergieanlagen in mehr als der Hälfte seiner bestehenden Windparks.

EcoDataCenter

EcoDataCenter: Die Deutsche Bank fungierte als alleiniger Hauptarrangeur und Emittent für eine vorrangig besicherte Finanzierung in Höhe von 600 Mio. € zugunsten von EcoDataCenter, einem schwedischen Anbieter digitaler Infrastrukturanlagen. Die Mittel unterstützen das fortwährende Wachstum, indem sie den Ausbau der Rechenzentren in Falun und Borlänge ermöglichen. EcoDataCenter erhielt im August 2024 eine Platinum-EcoVadis-Bewertung, wodurch es zu den weltweit besten 1% der Unternehmen zählt.

MOTA-ENGIL AFRICA

Mota-Engil: Die Deutsche Bank fungierte als mandatierter Hauptarrangeur für Mota-Engil Engenharia e Construção África, S.A.für einem Nachhaltigkeitskredit in Höhe von 171 Mio. €, der durch eine partielle Kreditgarantie besichert ist – der allererste, den die African Development Bank jemals einem Maschinenbau-, Beschaffungs- und Bauunternehmen in Afrika bereitgestellt hat. Diese Finanzierung unterstützt Mota-Engil bei der Umsetzung verschiedener Projekte in mehreren afrikanischen Ländern, inklusiv der Bereiche Transportinfrastruktur, Umweltdienstleistungen, Wasserversorgung und Sanitärsysteme sowie energieeffiziente Bauvorhaben. Die umgesetzten KPIs stehen im Einklang mit dem nachhaltigkeitsgebundenen Rahmenwerk für Finanzierungen des Unternehmens.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Investmentbanking & Kapitalmärkte

ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T, ESRS 2 SBM-1

Überblick

Der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte, vormals Emissions- und Beratungsgeschäft, bietet Kunden eine ganzheitliche Unterstützung im Bereich der nachhaltigen Finanzierungen und berät Kunden, wie sich ESG-Themen insgesamt auf ihre strategischen und finanziellen Prioritäten auswirken. Der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte strebt an, ein verlässlicher Partner für seine Kunden auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit zu sein und sie dabei zu unterstützen, die sich wandelnden regulatorischen Anforderungen, die Marktentwicklungen und die Investorenpräferenzen im Blick zu behalten. Darüber hinaus begleitet der Bereich Kunden bei ihren Transformationen hin zu einer widerstandsfähigen und nachhaltigen Zukunft.

In Bezug auf die in dem vorangegangenen Abschnitt zum Bereich Anleihen- und Währungsgeschäft beschriebenen organisatorischen Änderungen wurde im Juni 2025 ein Global Head of Sustainable Finance für die Investmentbank ernannt. Diese Veränderung unterstreicht das fortgesetzte Engagement der Deutschen Bank für Nachhaltigkeit sowie für eine integrierte Umsetzung über die gesamte Investmentbank hinweg.

Im Rahmen der ESG-Vordenkerrolle arbeitete der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte mit der International Capital Markets Association an deren Initiative zur Übersetzung von Leitlinien und Grundsätzen zusammen, um eine globale Einheitlichkeit nachhaltiger Finanzierungsstandards zu unterstützen. Der Bereich veranstaltete während der London Climate Week seine dritte Climate and Security Conference sowie in Europa seine vierte virtuelle Financial Institutions Group Investoren-Emittenten-Veranstaltung und förderte damit den Dialog zu Nachhaltigkeits-, Übergangs- und Naturschutzthemen sowie zu übergreifenden Markttrends.

Im Jahr 2025 unterstützte der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte Kunden bei der Strukturierung nachhaltiger Finanzierungen sowohl in den Märkten für Schuldtitel einwandfreier Bonität als auch im Bereich Leveraged Finance und trug damit zu globalen Finanzierungs- und Investitionsvolumina in Höhe von 30 Mrd. € bei (2024: 27 Mrd. €). Die Deutsche Bank arbeitete mit globalen Unternehmen, Finanzinstituten sowie Kunden des öffentlichen Sektors bei einer Reihe von nachhaltigen Finanzierungstransaktionen zusammen, darunter erstmalige Emissionen ESG-zertifizierter Anleihen sowie ESG-Darlehen. Darüber hinaus strukturierte der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte mehrere Transaktionen im Einklang mit dem European Green Bond Standard Label und ermöglichte in diesem Format Emissionsvolumina von über 1 Mrd. €.

In einer jährlich aktualisierten Rangliste für Schuldtitel einwandfreier Bonität belegte die Deutsche Bank im Jahr 2025 im Segment der grünen Anleihen weltweit Rang 3 mit einem Marktanteil von 3,6%. Über alle ESG-zertifizierten Produkte hinweg erreichte der Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte weltweit Rang 3 mit einem Marktanteil von 5,0%, Rang 3 in EMEA mit 5,6% Marktanteil sowie Rang 1 in der DACH-Region mit einem Marktanteil von 8,8% für die Kernwährungen.

Fortschritte beim Erreichen des bankweiten Ziels

Nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen – Investmentbanking & Kapitalmärkte (kumuliertes Volumen)

in Mrd. €[1]	31.12.2025	Beitrag in 2025	31.12.2024
Finanzierungen	13	3	10
Kapitalmarktplatzierungen	132	26	106
Market-Making	0	0	0
Verwaltetes Vermögen[2]	0	0	0
Planvermögen für Altersvorsorge[2]	0	0	0
Insgesamt	145	30	116

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Bestandswert zum Periodenende

Zum Jahresende 2025 belief sich das kumulierte Volumen der nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen des Bereichs Investmentbanking & Kapitalmärkte auf 145 Mrd. €, davon entfielen 30 Mrd. € an zusätzlichen Volumina auf das Jahr 2025. Das nachhaltige Finanzierungsvolumen des Bereichs Investmentbanking & Kapitalmärkte wurde durch eine etwas stärkere Performance der Anleihenmärkte getragen, und führte im Vergleich zu 2024 zu höheren Finanzierungsvolumen.

Highlights

European Investment Bank

Europäische Investitionsbank: Die Deutsche Bank fungierte als gemeinsamer Konsortialführer bei der Klimaschutzanleihe der Europäischen Investitionsbank in Höhe von 3 Mrd. €, die mit dem European Green Bond Standard Label im Einklang steht. Die Transaktion war im Jahr 2025 die bislang größte Emission einer Anleihe unter dem European Green Bond Standard.

DEVELOPMENT BANK OF LATIN AMERICA AND THE CARIBBEAN

Corporación Andina de Fomento: Die Deutsche Bank fungierte als gemeinsamer Konsortialführer bei der siebenjährigen nachhaltigen Anleihe der Corporación Andina de Fomento (CAF), in Höhe von 1,5 Mrd. €. Es handelte sich um die erste Benchmark-Emission der CAF unter ihrem aktualisierten Rahmenwerk für nachhaltige Finanzierung, wobei die Mittel für förderfähige grüne und soziale Projekte zu verwenden sind.

SOBHA REALTY

Sobha Realty: Die Deutsche Bank fungierte als gemeinsamer Konsortialführer und Koordinator für ESG-Strukturierung für den auf U.S.-Dollar lautenden ersten grünen Sukuk von Sobha Realty mit einem Gegenwert von 644 Mio. € und einer Laufzeit von fünf Jahren. Die Erlöse werden gemäß dem Green-Financing-Framework von Sobha Realty für die Finanzierung oder Refinanzierung förderfähiger grüner Projekte verwendet.

Privatkundenbank

ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T, ESRS 2 SBM-1
Die Privatkundenbank verfolgt das Ziel, ihren Kunden verantwortungsvolle Bankdienstleistungen zu bieten und ein verlässlicher Partner in den beiden Kundensegmenten Personal Banking und Wealth Management zu sein. Sie stellt eine differenzierte Beratung sowie ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen zur Verfügung, die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen. Dies gilt für Personal- und Private-Banking-Kunden, vermögende Privatpersonen, Entrepreneurs und Family-Offices sowie in ausgewählten Ländern für Geschäftskunden.

Überblick

Finanzierungen
Die Privatkundenbank bietet ihren Kunden gezielt Kredit- und Finanzierungsmöglichkeiten mit Nachhaltigkeitsbezug an. Kreditvolumina werden ausschließlich dann als nachhaltig ausgewiesen, wenn sie entweder Umwelt- oder Sozialkriterien erfüllen.

In Deutschland und Spanien hat die Privatkundenbank ihr Angebot an Produkten und Dienstleistungen weiter ausgebaut, um Immobilieneigentümer bei der Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Immobilien zu unterstützen.

In Deutschland bietet die Privatkundenbank ihren Kunden eine breite Palette an Produkten und Dienstleistungen für private Wohnimmobilienfinanzierungen an. Über die BHW-Plattform „Modernisieren leicht gemacht" erhalten Interessenten und Kunden einen einfachen Zugang zu Energieeffizienz-Experten, zu Fachbetrieben für Fenster- und Heizungserneuerungen sowie zu Beratern für passende Förder- und Finanzierungslösungen. Ergänzend zu „Grüne Baufinanzierung" für energieeffiziente Neubau- und Modernisierungsvorhaben, die von der Deutschen Bank und der BHW Bausparkasse angeboten wird, eignet sich das BHW-Klimadarlehen für gezielte Einzelmaßnahmen wie die Erneuerung von Heizsystemen oder Fenstern sowie die Installation von Photovoltaikanlagen.

Die Kooperation mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) im Bereich der „Grüne Baufinanzierung" für Deutsche Bank und BHW wurde 2025 erfolgreich fortgeführt. Der Zinsvorteil von 20 Basispunkten gegenüber der Standardkondition bleibt bestehen. Die Bedingungen für den Neubau oder die Modernisierung privater Wohnimmobilien orientieren sich weiterhin an den Vorgaben der EU-Taxonomie.

Für Wealth-Management-Kunden bietet die Privatkundenbank weltweit umfassende Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich nachhaltiger Kredite. Dies umfasst verschiedene Anlageklassen wie Gewerbe- und erstklassigen Wohnimmobilien, Flugzeuge und Projektfinanzierungen. Kredite gelten im Wealth Management in der Regel als nachhaltig, wenn die zugrunde liegenden und als Sicherheit dienenden Vermögenswerte energieeffizient sind oder sozialen Zwecken dienen. Darüber hinaus können Darlehen als KPI-gebundene Kredite strukturiert werden, bei denen Kunden von einer niedrigeren Marge profitieren, sofern vereinbarte ESG-Zielwerte erreicht werden.

Darüber hinaus unterstützt die Privatkundenbank Unternehmen bei der Erreichung ihrer Nachhaltigkeitszielen in ausgewählten internationalen Märkten, zum Beispiel durch: (i) die Finanzierung des Ausbaus erneuerbarer Energien, (ii) die Finanzierung neuer energieeffizienter öffentlicher Verkehrssysteme oder (iii) die Vergabe von Krediten an Unternehmen in Entwicklungsbranchen, die üblicherweise keinen Zugang zu Finanzierungen erhalten, aber einen klaren Liquiditätsbedarf haben. Diese Finanzierung findet Anwendung in Italien und Spanien sowie im Rahmen von Krediten für förderfähige Mikro-, Klein- und mittelständische Unternehmen in Indien.

Investments

In Übereinstimmung mit dem ESG Investments Rahmenwerk des Deutsche-Bank-Konzerns bietet die Privatkundenbank ihren Kunden eine Reihe von Anlageprodukten an, die Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen, darunter Vermögensverwaltungsmandate, Beratungsfonds, alternative Anlagen und Kapitalmarktinstrumente.

Im Jahr 2025 wurde der Ansatz der Privatkundenbank zur Klassifizierung von Anlageprodukten als ESG-Anlagen dahingehend weiterentwickelt, dass nun auch die Ausschlüsse der Climate Transition Benchmark berücksichtigt werden, die in den Richtlinien der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde für Fonds, die ESG- oder nachhaltigkeitsbezogene Begriffe in ihrem Namen verwenden, festgelegt sind.

Die Vermögensverwaltungsmandate der Privatkundenbank nutzen Daten von MSCI, um Investitionen in bestimmte Branchen gemäß dem ESG Investments Rahmenwerk der Deutschen Bank aus dem Anlageangebot auszuschließen. Darüber hinaus müssen die in den Portfolios enthaltenen Wertpapiere ein MSCI-ESG-Mindestrating aufweisen. In Übereinstimmung mit regionalen regulatorischen Anforderungen müssen die Vermögensverwaltungsmandate außerdem den diesbezüglichen klar definierten regulatorischen Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. Vermögensverwaltungsmandate, die ESG-Kriterien berücksichtigen, werden von der Privatkundenbank in allen wesentlichen Regionen angeboten. Auch im Jahr 2025 konzentrierte sich die Privatkundenbank auf dieses Kernangebot.

Die im Beratungsangebot der Privatkundenbank enthaltenen Fonds werden von dem Global Funds Research Team dahingehend geprüft, ob sie die Mindestanforderungen erfüllen, um als ESG-Fonds eingestuft zu werden. ESG-Fonds müssen eine geeignete ESG-Investmentstrategie aufweisen sowie die im ESG Investments Rahmenwerk der Deutschen Bank festgelegten ESG-Mindestratings von MSCI erfüllen und regional geltende aufsichtsrechtliche Vorgaben einhalten. Eine weitere ESG-Sorgfaltspflichtenprüfung wird durch das Global Funds Research Team für Fonds vorgenommen, die Kunden als ESG-Fonds angeboten werden. Im Jahr 2025 hat das Global Funds Research Team weiter daran gearbeitet, durch aktive Marktanalyse, ESG-Fonds verschiedener Anlageklassen zu bewerten. Die Anzahl von Fonds, welche die Kriterien der Privatkundenbank erfüllen, um Kunden als ESG-Fonds angeboten zu werden, lag im Jahr 2025 bei 47 Publikumsfonds und 108 börsengehandelten Fonds (2024: 55 Publikumsfonds, 109 börsengehandelte Fonds).

Die Klassifizierung von Alternativen Investments als ESG-Fonds folgt den oben beschriebenen Mindestanforderungen. Das Global Funds Research Team führt eine ESG-Sorgfaltspflichtenprüfung durch, bevor ein Produkt im Beratungsprozess aktiv als Produkt, das ESG-Kriterien berücksichtigt, angeboten werden kann.

Der ESG-Ansatz für Kapitalmarktinstrumente erfordert, dass diese alle vier Prinzipien der Green- und Social-Bond-Standards der International Capital Market Association (ICMA) erfüllen. Deshalb werden grüne, soziale oder nachhaltigkeitsgebundene Anleihen der Deutschen Bank oder von Drittanbietern als ESG-konforme Instrumente eingestuft, wenn diese die vier Kernkomponenten der ICMA-Prinzipien erfüllen. Diese Standards beinhalten Vorgaben für die Verwendung der Mittel, die Prozesse zur Projektbewertung und -auswahl, die Verwaltung der Mittel sowie die jährliche Berichterstattung zu Allokationen.

Fortschritte beim Erreichen des bankweiten Ziels

Nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen – Privatkundenbank (kumuliertes Volumen)

in Mrd. €	31.12.2025	Beitrag in 2025	31.12.2024
Finanzierungen	17	2	15
Kapitalmarktplatzierungen	0	0	0
Market-Making	0	0	0
Verwaltetes Vermögen[2]	62	9	53
Planvermögen für Altersvorsorge[2]	0	0	0
Insgesamt	80	12	68

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Bestandswert zum Periodenende

Die nachhaltigen Finanzierungen und ESG-Anlagen der Privatkundenbank beliefen sich zum Jahresende 2025 auf 80 Mrd. €. Davon entfielen 12 Mrd. € auf das Jahr 2025, im Vergleich zu den 9 Mrd. €, die im Jahr 2024 erzielt wurden. Das zusätzliche Volumenwachstum von 9 Mrd. € bei den verwalteten Vermögen resultiert hauptsächlich aus einem Anstieg der diskretionären Portfoliomandate. Das zusätzliche Volumen von 2 Mrd. € in den nachhaltigen Finanzierungen ist überwiegend auf den Abschluss neuer nachhaltiger Kredite sowie auf kontinuierliche Zuflüsse aus bestehenden Finanzierungsprogrammen zurückzuführen.

Highlights

Im Jahr 2025 hat die Privatkundenbank in Deutschland gemeinsam mit ihrem bevorzugten Partner, der Energieeffizienzberatung Fuchs & Eule, eine strategische Energieberatung für Kunden mit umfangreichem Immobilienvermögen eingeführt. Das Angebot umfasst eine energetische Due-Diligence-Prüfung in Verbindung mit einer strategischen Fördermittelberatung, um wirtschaftlich fundierte Entscheidungen mit optimalem Kosten-Nutzen-Verhältnis und maximaler Förderquote zu ermöglichen. Eine individuelle Portfolioanalyse gibt Kunden einen Überblick über ihr Immobilienportfolio und ermöglicht es, Risiken und Potenziale frühzeitig zu identifizieren. Dies erlaubt es den Kunden, kritische Objekte zu erkennen und Maßnahmen anhand wirtschaftlicher und energetischer Kennzahlen sichtbar, vergleichbar und priorisiert zu steuern.

Als ein Schwerpunkt der Strategie der Deutschen Bank zur Vermeidung von CO_2-Emissionen im Wohngebäudesektor bietet die Privatkundenbank in Deutschland über die openHaus-Veranstaltungsplattform einen intensiven Wissens- und Diskussionsaustausch zum Thema „Energieeffiziente Sanierung von Immobilien" für Kunden und Interessenten mit Immobilienvermögen an.

In Indien stellt die Privatkundenbank Mikro-, Klein- und mittelständischen Unternehmen Finanzierungen bereit, die andernfalls keinen Zugang zu Kapital hätten, teilweise mit staatlich abgesicherten Krediten. Zum Jahresende 2025 wurden 2.897 (2024: 2.771) Kredite mit festgelegtem Rückzahlungszeitraum und revolvierende Kreditlinien mit einem Gesamtvolumen von 344 Mio. € (2024: 361 Mio. €) an diese Kunden vergeben.

Weil die strategische Vermögensallokation langfristig entscheidend für das Risiko und die Rendite eines Kundenportfolios ist, lag der Fokus im Jahr 2025 weiterhin auf dem Kernangebot der Strategic Asset Allocation Fonds der Deutschen Bank, das positive Nettozuflüsse generierte.

Asset Management

ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-T, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 SBM-1

Überblick

Mit einem verwalteten Vermögen (AuM) von 1 Bio. € zum 31. Dezember 2025 betreut der Geschäftsbereich Asset Management, der unter der Marke DWS operiert, weltweit einen vielfältigen Kundenstamm aus privaten und institutionellen Anlegern und verfügt über eine starke Präsenz im Heimatmarkt Deutschland. Verantwortungsbewusstes Investieren ist seit mehr als zwanzig Jahren ein wichtiger Bestandteil ihrer Tradition, und DWS verpflichtet sich, im besten Interesse seiner Kunden zu handeln und zu investieren.

ESMA und SFDR – verwaltetes Vermögen

Ab dem Berichtsjahr 2025 legt die DWS ihre Vermögenswerte offen, die in den Anwendungsbereich der ESMA (European Securities and Markets Authority)-Leitlinien zu Fondnamen, die ESG oder nachhaltigkeitsbezogene Begriffe verwenden, fallen und somit deren Anforderungen erfüllen („ESMA AuM"). ESMA AuM bezieht sich auf Fonds, die ESG- oder nachhaltigkeitsbezogene Begriffe in ihrem Namen verwenden, unter die ESMA Leitlinien fallen und bei denen DWS entweder als Verwaltungsgesellschaft oder als Alternative Investment Fund Manager (AIFM) fungiert. Alle entsprechenden Produkte aus den aktiven, passiven und alternativen Anlagebereichen sind enthalten. Da die ESMA-Leitlinien für bestehende Produkte erst im Mai 2025 in Kraft traten, wendete die DWS für die 2024 ESMA AuM einen auf

Annahmen beruhenden Ansatz an. Die ESMA AuM für 2024 werden berechnet, indem das verwaltete Vermögen zum 31. Dezember 2024 derjenigen Produkte der DWS Produktpalette abgebildet wird, die 2025 unter die Definition des ESMA verwalteten Vermögens fallen.

Darüber hinaus berichtet die DWS über die Vermögenswerte, die gemäß den Artikeln 6, 8 und 9 der derzeitigen Sustainable Finance Disclosure Regulation offenzulegen sind („SFDR AuM"). Nach SFDR bezieht sich Artikel 6 auf Finanzprodukte ohne Nachhaltigkeitsfokus, Artikel 8 umfasst Finanzprodukte, die ökologische oder soziale Merkmale bewerben, und Artikel 9 gilt für Finanzprodukte, die eine nachhaltige Investition anstreben.

Die meisten der in Europa ansässigen, aktiv verwalteten Publikumsfonds der DWS wenden weiterhin einen von zwei DWS- ESG-Filtern an - „DWS-ESG-Investment-Standard" oder „DWS-Basic-Exclusions":

- Der „DWS-Basic-Exclusions"-Filter stellt den grundlegenden Ansatz der DWS zur Einbeziehung bestimmter Ausschlüsse in die Anlagepolitik des jeweiligen Fonds dar; Fonds, die diesen Filter anwenden, berichten gemäß Artikel 8 SFDR
- Der „DWS-ESG-Investment-Standard"-Filter wendet im Vergleich zum „DWS-Basic-Exclusions"-Filter weitere Ausschlusskriterien an und umfasst Fonds, deren Namen ESG- oder nachhaltigkeitsbezogene Begriffe enthalten. Dieser Filter wurde daher Anfang 2025 angepasst, um die Anforderungen der ESMA-Leitlinien zu berücksichtigen. Darüber hinaus erfolgt die Offenlegung dieser Fonds gemäß Artikel 8 oder 9 SFDR

SFDR und ESMA verwaltetes Vermögen nach Anlageklassen

in € bn.	31.12.2025	31.12.2024
Artikel 6	441	406
Artikel 8	363	323
Artikel 9	1	1
SFDR AuM - insgesamt	**805**	**730**
darin: ESMA AuM[1]	85	82

[1] Annahmebasiert: Die ESMA AUM für 2024 werden berechnet, indem das verwaltete Vermögen zum 31. Dezember 2024 derjenigen Produkte von DWS abgebildet wird, die 2025 unter die Definition des ESMA verwalteten Vermögens fallen. Um Vergleichbarkeit und Transparenz zu gewährleisten, legt die DWS gemäß ESRS 2 Absatz 13 sowohl die SFDR- als auch die ESMA-AuM-Kennzahlen für den aktuellen und den vorherigen Berichtszeitraum offen. Da die ESMA-Leitlinien für bestehende Produkte erst im Mai 2025 in Kraft traten, hat die DWS für die ESMA-AuM-Kennzahl für 2024 einen auf Annahmen basierenden Ansatz verwendet.

Angesichts der Unsicherheiten im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Änderungen der SFDR 2.0 sowie weiteren regulatorischen Entwicklungen hat die DWS für diese Kennzahlen kein quantitatives Ziel festgelegt. Die DWS wird das Markt- und regulatorische Umfeld weiterhin im Hinblick auf seinen Ansatz zur Berichterstattung über Produkte, die in Bezug auf Umwelt-, Sozial- und Governance-Merkmale verwaltet werden, beobachten.

Liquide Produkte

Die treuhänderische Verantwortung von DWS besteht darin, im besten Interesse ihrer Anleger und Kunden zu handeln. Dazu gehört, Nachhaltigkeitsrisiken zu integrieren und nachhaltigkeitsbezogene Chancen zu identifizieren – als zentrale Säulen der Anlageprozesse – sowie Stewardship-Aktivitäten im Namen ihrer Anleger und Kunden wahrzunehmen.

Im aktiven Anlagengeschäft werden Nachhaltigkeitsrisiken in verschiedenen Schritten der jeweiligen Anlageprozesse berücksichtigt, etwa bei der fundamentalen Emittentenanalyse und dem Portfoliomanagement. Die Integration wird zusätzlich durch die Anlagestrategie für das jeweilige Portfolio sowie produktspezifische Nachhaltigkeitsmerkmale geleitet. Insgesamt folgt die Integration von Nachhaltigkeitsrisiken internen Prozessen, wobei Unterschiede in Jurisdiktionen sowie unterschiedliche regulatorische Anforderungen Beachtung finden.

Für in Europa ansässige, passiv verwaltete Xtrackers ETFs gelten Mindeststandards für die Durchführung einer umfassenden Bewertung von Anlagerisiken und -chancen. Dabei werden gegebenenfalls Nachhaltigkeitsmerkmale in die Sorgfaltspflichtenprüfung und die Auswahl des zugrunde liegenden Index (Referenzindex) einbezogen. Änderungen in Nachhaltigkeitsmerkmalen werden in der Regel durch eine Konsultation des jeweiligen Indexanbieters veranlasst und durch eine Weiterentwicklung regulatorischer Leitlinien oder der Erwartungen der Anleger hinsichtlich der Nachhaltigkeitsmerkmale bestimmt.

Im Jahr 2025 veröffentliche die DWS Investment GmbH das DWS Stewardship Statement als Teil ihrer laufenden Stewardship-Aktivitäten. Es umfasst sowohl die Ausübung von Stimmrechten durch die DWS Investment GmbH als auch ihr Engagement mit Emittenten liquider Wertpapiere wie Aktien- und/oder Anleihen. Das DWS Stewardship Statement legt dar, wie die DWS Investment GmbH Stewardship durch Engagement mit Portfoliounternehmen und die effektive Nutzung von Stimmrechten ausübt, wie die Governance und Überwachung dieser Aktivitäten erfolgt und wie die DWS Investment GmbH darüber berichtet. Einzelheiten zum Engagement-Prozess sind in der DWS Engagement Policy beschrieben, während der Ansatz zu Corporate Governance und zur Stimmrechtsausübung in der DWS Corporate Governance and Proxy Voting Policy 2025 erläutert ist.

Die in 2025 überarbeitete DWS Engagement Policy legt den Anwendungsbereich von Engagement mit Portfoliounternehmen über verschiedene Anlageklassen hinweg, die Governance einschließlich der Verantwortlichkeiten, der Kriterien für die Auswahl von Portfoliounternehmen, die Festlegung von Zielen und thematischen Prioritäten, Maßnahmen zur Überwachung und Eskalation sowie den Umgang mit Interessenkonflikten dar. Die DWS Engagement Policy wird von der DWS Investment GmbH herausgegeben und berücksichtigt delegierte Engagement-Aktivitäten, die ihr von anderen in EMEA ansässigen Gesellschaften innerhalb der DWS übertragen wurden.

Nicht im Anwendungsbereich dieser Richtlinie sind Portfolios, deren Portfoliomanagement im Rahmen einer Delegierung von DWS Investment Management Americas, Inc., DBX Advisors LLC oder RREEF Americas L.L.C. an DWS Investment S.A., DWS Investment GmbH, DWS International GmbH oder DWS CH AG übertragen wurde.

Die DWS Corporate Governance und Proxy Voting Policy für 2025 gibt einen allgemeinen Überblick über die wesentlichen Faktoren, die die DWS Investment GmbH bei der Bewertung von Abstimmungsvorschlägen im Rahmen von Aktionärsversammlungen berücksichtigt und ist auf der Website der DWS veröffentlicht. Die Richtlinie legt die aktuellen Abstimmungsrichtlinien der DWS Investment GmbH dar und gibt die Grundsätze und Kernwerte wieder, die dem Ansatz zur guten Unternehmensführung zugrunde liegen – einschließlich Themen wie die Zusammensetzung des Vorstands, Vergütung der Führungskräfte, die Transparenz und Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer und Aktionsärsrechte. Die Grundsätze wurden im Laufe der Zeit weiterentwickelt, einschließlich Aktualisierungen im Jahr 2025, und bilden die Grundlage dieser Richtlinie. Darüber hinaus legt die Richtlinie den Abstimmungsansatz in Bezug auf Nachhaltigkeit dar, mit besonderem Schwerpunkt auf klimabezogen Risiken.

Die Richtlinie wird angewandt für Abstimmungsaktivitäten für Aktienpositionen, die die DWS Investment GmbH als Kapitalverwaltungsgesellschaft von Rechts wegen oder als Finanzdienstleister ausführt oder bei denen die DWS Investment GmbH von anderen in EMEA ansässigen Gesellschaften der DWS Group damit beauftragt wurde, diese Tätigkeiten in ihrem Namen auszuführen

Für die U.S.-amerikanischen Rechtseinheiten der DWS gibt es eine separate Abstimmungsrichtlinie, die Proxy Voting Policy and Guidelines DWS Americas. Die Richtlinie soll sicherstellen, dass Stimmrechtsvertreter nach angemessener Prüfung im besten wirtschaftlichen Interesse der Kunden und im guten Glauben abstimmen. Sie berücksichtigt unter bestimmten Umständen die ISS Sustainability Proxy Voting Guidelines „Sustainability" Policy zu sozialen und Nachhaltigkeitsthemen.

Im Jahr 2025 haben für Fonds und Mandate, die bei DWS-Gesellschaften in Europa und Asien aufgelegt sind, bei insgesamt 5.809 Aktionärsversammlungen von 4.247 Portfolio-Unternehmen in 65 Märkten abgestimmt. Dies entspricht einem Rückgang von 5% bei der Anzahl von Aktionärsversammlungen, sowie von 1% bei der Anzahl von Unternehmen, bei denen DWS Investment GmbH im Vergleich zu 2024 abgestimmt hat. Für die in den USA ansässigen Investmentfonds hat DWS im Jahr 2025 bei insgesamt 9.217 Versammlungen von 6.483 Portfolio-Unternehmen abgestimmt.

Stimmrechtsausübung und -engagements

Anzahl der Stimmrechtsausübungen	31.12.2025	31.12.2024
Für Fonds und Mandate von in Europa[1] und Asien[2] ansässigen DWS-Gesellschaften, bei denen abgestimmt wurde (Anzahl eingereichter Abstimmungen)	5.809	6.085
Anzahl an Unternehmen, für die Abstimmungen eingereicht wurden	4.247	4.310
Für Fonds und Mandate von in den USA ansässigen DWS-Gesellschaften, bei denen abgestimmt wurde (Anzahl eingereichter Abstimmungen)	9.217	9.249
Anzahl an Unternehmen, für die Abstimmungen eingereicht wurden	6.483	6.567
Anzahl der Engagements		
Teilnahme an Haupt- bzw. Generalversammlungen/eingereichte Fragen für virtuelle/physische Meetings für Fonds und Mandate von in Europa ansässigen DWS-Gesellschaften[2]	55	67
Engagements mit Unternehmen für in Europa ansässige Fonds und Mandate[1, 3]	414	632

[1] Gemäß dem Anwendungsbereich beschrieben in der DWS Corporate Governance and Proxy Voting Policy.
[2] Die DWS Investment GmbH agiert als Stimmrechtsberater für einzelne Gesellschaften in Asien, für welche die DWS Investment GmbH Abstimmungsempfehlungen abgibt, wobei die Stimmrechte sowie die Stimmrechtsausübung bei den jeweiligen Gesellschaften in Hong Kong und Japan verbleiben.
[3] Die ausgewiesene Gesamtzahl von 414 Engagements im Jahr 2025 beinhaltet 73 Engagements mit Portfoliounternehmen aus den USA, die in Fonds mit Sitz in der EU gehalten werden.

Die DWS ESG-Engine ist eine firmeneigene Softwarelösung, die Daten aus diversen Quellen inklusive von führenden kommerziellen Anbietern von ESG-Daten bezieht. Für die Anlageklassen, für die Daten verfügbar sind, werden die Daten standardisiert und zu ESG-Bewertungsscores und -noten aggregiert, die von verschiedenen Funktionen innerhalb von DWS verwendet werden. Das ESG Engine and Solutions Team ist für die Validierung der von der DWS ESG-Engine produzierten Ergebnisse verantwortlich, die in regelmäßigen Aktualisierungszyklen erfolgt. Im Jahr 2025 wurden mehrere externe kommerzielle ESG-Datenanbieter genutzt. Die Daten werden über die Aladdin-Plattform den Research-Analysten und Portfoliomanagern für liquide Vermögenswerte zur Verfügung gestellt und unterstützen das Research, die Anlageentscheidungen und das Portfoliomanagement gemäß der produktspezifischen Anlagerichtlinien.

Illiquide Produkte

Real Estate

Der Bereich Real Estate ist sich der Bedeutung der Identifizierung, Bewertung und Steuerung von Nachhaltigkeitsrisiken und -chancen als integraler Bestandteil der Geschäftstätigkeit bewusst. DWS Real Estate konzentriert sich auf die folgenden ESG-Aspekte, die für Immobilieninvestitionen, sowohl in Form von Eigenkapital- als auch Schuldtiteln, von wesentlicher Bedeutung sind: transitorische Risiken (z. B. Gebäudeenergieeffizienz), physische Risiken (z. B. Überschwemmungen), Soziales (z. B. Nachhaltigkeitsratings zum Thema Wohlbefinden) sowie Unternehmensführung (z. B. Risikobewertungen von Kreditnehmern). Diese Nachhaltigkeit-Aspekte können sowohl Risiken als auch Chancen für die finanzielle Performance von Immobilienvermögen und -anlagen darstellen. Ferner können Investitionen sowohl positive also auch negative ökologische und soziale Auswirkungen haben. Daher verfolgt DWS Real Estate einen treuhänderischen Ansatz für Nachhaltigkeit-Aspekte und die Performance im privaten Immobilieninvestment-management, in dem sie eine Bandbreite von Handlungsmöglichkeiten definiert, um zwischen ESG-und finanziellen Risiken abzuwägen. Die ESG-Risikogrenze bezieht sich auf Risiken, bei denen die erforderlichen Maßnahmen zur Bewertung und Steuerung von ESG-Aspekten, wenn sie nicht rechtzeitig ergriffen werden, negative Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit und die langfristig erwartete finanzielle Performance des Vermögenswerts oder Portfolios haben könnten. Die finanzielle Risikogrenze bezieht sich auf negative Auswirkungen unangemessener Nachhaltigkeits-maßnahmen zur Einhaltung der Anlageziele (zum Beispiel Maßnahmen, die zum falschen Zeitpunkt erfolgen oder zu umfangreich sind).

DWS Real Estate hat acht Nachhaltigkeitsthemen identifiziert, die für das Immobilien-Investmentmanagement besonders relevant sind, und diese in den folgenden vier Nachhaltigkeitsthemen gruppiert:

- Resilienz, einschließlich der Effizienz beim Bau und Betrieb von Gebäuden sowie Anpassung an äußere Bedingungen, auch im Zusammenhang mit dem Klimawandel
- Wohlbefinden, welches physisches sowie psychisches Wohlbefinden der Gebäudenutzer sowie Raumluftqualität umfasst
- Natur, welches die Kreislaufwirtschaft bei Gebäuden und den Schutz von Ökosystemen vor Verschmutzung beinhaltet
- Community und Nachbarschaft, einschließlich erschwinglichem Wohnraum und Einbindung von Interessengruppen

Der Geschäftsbereich für Immobilienanlagen ist bestrebt, die Nachhaltigkeitsleistung auf Vermögens- und Portfolioebene sowie die Vermögens-verwaltungsprozesse der DWS regelmäßig zu bewerten und zu überprüfen. Dazu nutzt sie, soweit möglich und anwendbar, etablierte Bewertungen, Zertifizierungen und Benchmarks von Drittanbietern wie Energy Star, BREEAM, LEED, CRREM, GRESB und PRI. Zertifizierungen für nachhaltige Gebäude bieten eine ganzheitliche Bewertung und Beurteilung der Performance von Immobilienvermögen und der für Immobilien relevanten Nachhaltigkeitsaspekte wie sie in den Nachhaltigkeitsthemen festgehalten werden. Der Anlageprozess umfasst drei Phasen: Recherche und Strategie, Portfolioplanung und -ausführung. ESG-Aspekte und Nachhaltigkeitsleistung sind wichtige, in jeder Phase zu berücksichtigende Elemente, die sowohl die Analyse von Risiken und Chancen umfasst. Die Sorgfaltspflichtenprüfung der Nachhaltigkeit wird vor dem Erwerb von Immobilien abgeschlossen. Die Ergebnisse, die die festgestellten Probleme, erforderliche Maßnahmen und Underwriting umfassen, werden dem Anlageausschuss vorgelegt.

Auch nach dem Erwerb überwachen die Vermögens- und Portfoliomanager die Nachhaltigkeitsperformance. Dies dient nicht nur dazu, eine angemessene Risikominderung sicherzustellen, sondern auch dazu, im Rahmen der laufenden Geschäftsplanung aktiv nach Möglichkeiten zur Wertsteigerung zu suchen. Der jährliche Aktionsplan für die Nachhaltigkeit bei Immobilien-Eigenkapitalinvestitionen beruht auf der erzielten Performance und der daraus resultierenden Überprüfung des Risikoprofils der Vermögenswerte, sowie des Portfolios, dem Portfolioinvestitionsplan einschließlich der Haltedauer der Vermögenswerte und den strategischen Zielen zur Nachhaltigkeit des Portfolios.

Infrastruktur

Die DWS versucht, Nachhaltigkeitsaspekte in allen Phasen des Investitionslebenszyklus für Investitionen in das Infrastrukturgeschäft zu berücksichtigen – von der ersten Prüfung und Due Diligence, über die Verwaltung des Vermögens, bis hin zur Exit-Phase. Das Infrastrukturgeschäft arbeitet mit dem Management der Portfolio-Unternehmen zusammen, um die Nachhaltigkeitsziele und die diesbezügliche Berichterstattung der DWS in Bezug auf das Portfolio-Unternehmen zu besprechen. Während der Anlagedauer überwacht die DWS alle wesentlichen Nachhaltigkeitsfaktoren der Portfolio-Unternehmen, einschließlich Umweltaspekte wie CO_2-Fußabdruck, Energie- und Wasserverbrauch. Dies geschieht, indem die Portfolio-Unternehmen regelmäßig über die relevanten Indikatoren berichten, sowie durch die jährliche Durchführung des Global Real Estate Sustainability Benchmark (GRESB) Infrastructure Benchmarking-Asset auf Fonds- und Objektebene. Die Due Diligence umfasst klimabezogene Erwägungen und wird in das Dokument des Anlageausschusses aufgenommen und dem Anlageausschuss zur Prüfung vorgelegt.

Das Infrastrukturgeschäft erstellt außerdem einen jährlichen Bericht, der Anleger über nachhaltige und verantwortungsbewusste Investitionen in jedem seiner Fonds informiert. Dieser Bericht gibt Auskunft über die verschiedenen ESG-Initiativen und die Performance der zugrunde liegenden Investitionen des Fonds und enthält seit 2024 Informationen, die den Empfehlungen der Task Force on Climate Related Financial Disclosures (TFCD) für jede Investition entsprechen und nun auch den IFRS ISSB S2-Standards.

Im Jahr 2025 aktualisierte der Bereich DWS Infrastruktur das für sein Geschäft geltende Nachhaltigkeitsrahmenwerk und die zugehörigen Anwendungsleitlinien für Fremd- und Eigenkapitalinvestitionen (ehemals Umwelt- und Sozialmanagementsystem (ESMS)), um alle im Bereich Nachhaltigkeit relevanten Entwicklungen zu berücksichtigen und die Verfahren zu optimieren. Die Geschäftsbereiche haben separate Implementierungsrichtlinien, um Veränderungen im Nachhaltigkeitsumfeld zu berücksichtigen und DWS eigene Nachhaltigkeitsverfahren zu stärken. Es gilt für potenzielle und bestehende Portfolioinvestitionen in Infrastruktur-Eigenkapital und -Fremdkapital. Außerdem legt es fest, wie DWS mit seinen Portfoliounternehmen zusammenarbeitet und sicherstellt, dass DWS regelmäßige Berichte zu Nachhaltigkeitsthemen erhält, wodurch die Überwachung nachhaltigkeitsbezogener Kennzahlen im Zeitverlauf unterstützt wird.

Das Infrastruktur-Fremdkapitalgeschäft operiert unter einem speziellen Umwelt- und Sozialmanagementsystem und verwendet eine maßgeschneiderte, proprietäre Nachhaltigkeits-Bewertungsmethode, die seit 2021 für neue und bestehende Investitionen eingeführt wurde. Die Methode unterstützt den gesamten Anlageprozess und die laufende Überwachung der Umweltrisiken der Infrastruktur-Fremdkapitalportfolios neben anderen Nachhaltigkeitsrisiken.

Das Infrastrukturgeschäft zielt darauf ab, dass durch die Implementierung der Kompetenz- und Schulungsmatrix, die Fähigkeiten und Kompetenzen entsprechend den Anforderungen der DWS aufrechterhalten werden, um die Nachhaltigkeitsrichtlinien ordnungsgemäß umzusetzen und das Rahmenwerk und Implementations-Dokumente auf Effektivität zu prüfen.

Corporate & Other

ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T, ESRS 2 SBM-1

Überblick

Deutsche Bank's Rahmenwerk für ESG-Anlagen wird verwendet, um zu beurteilen, ob das Planvermögen für die Altersvorsorge die Kriterien für eine Berichterstattung im Rahmen des Ziels für nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen erfüllen.

Wie im Rahmenwerk für ESG-Anlagen detailliert beschrieben, müssen Mindestkriterien erfüllt werden, damit ein Pensionsplan auf das nachhaltige Finanzierungs- und ESG-Anlagenvolumen der Bank angerechnet werden kann. Die Mindestkriterien umfassen sowohl quantitative als auch qualitative Screening-Kriterien, die darauf abzielen, die zugrunde liegenden Investitionen in sektorale Kategorien mit entsprechenden Umsatzschwellen oder Kriterien zu organisieren. Darüber hinaus legt das Rahmenwerk fest, dass die Umsetzung der Kriterien sowie der damit verbundene Investitionsprozess den Grundsätzen der Umsetzbarkeit und der Governance unterliegen.

Fortschritte beim Erreichen des bankweiten Ziels

Nachhaltige Finanzierungen und ESG-Anlagen – Corporate & Other (kumuliertes Volumen)

in Mrd. €[1]	31.12.2025	Beitrag in 2025	31.12.2024
Finanzierungen	0	0	0
Kapitalmarkt-Platzierungen	0	0	0
Market Making	0	0	0
Verwaltetes Vermögen[2]	0	0	0
Planvermögen für Altersvorsorge[2]	9	-1	10
Insgesamt	**9**	**-1**	**10**

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Bestandswert zum Periodenende

Die Planvermögen für Altersvorsorge im Bereich Corporate & Other beliefen sich zum Jahresende 2025 auf 9 Mrd. €, gegenüber 10 Mrd. € zum Jahresende 2024. Der Rückgang um 1 Mrd. € im Jahresvergleich spiegelt den an Verbindlichkeiten orientierten Anlagenansatz der Pläne wider, bei dem steigende Zinssätze im Berichtszeitraum sowohl die zugrunde liegenden Pensionsverbindlichkeiten als auch die entsprechenden Planvermögen für Altersvorsorge reduziert haben.

Informationen zu sozialen Themen

Eigene Belegschaft

Der Erfolg der Deutschen Bank bei der Verwirklichung ihrer Vision, die Globale Hausbank und der europäische Champion zu sein, hängt von ihrer engagierten und kompetenten Belegschaft ab - ihren Ideen, ihren Fähigkeiten, ihrem Engagement und Wohlbefinden. Die Expertise und das Engagement der Mitarbeiter sind entscheidend, um den Kunden der Deutschen Bank fachkundige Beratung sowie innovative und bedarfsgerechte Lösungen anzubieten. Zusammen mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen gewährleistet dies die ihre finanzielle Sicherheit und ihren nachhaltigen Erfolg. In einem sich schnell verändernden Umfeld, das von Technologie, geopolitischen Entwicklungen, Nachhaltigkeit und sich wandelnden Kundenbedürfnissen geprägt ist, sind effektives Personalmanagement, Organisationskompetenz, attraktive Arbeitsbedingungen und Chancengleichheit unerlässlich, wie in diesem Kapitel beschrieben. Die Angaben in diesem Kapitel „Eigene Belegschaft" beziehen sich auf alle Arten und Gruppen von Mitarbeitern, in der Regel einschließlich Arbeitnehmervertretern, sowie fallbezogen auch auf nicht angestellte Beschäftigte, die von dem Begriff „eigene Belegschaft" im Sinne des ESRS S1 abgedeckt werden.

Governance

ESRS 2 GOV-2

Der Leiter der Personalabteilung des Deutsche-Bank-Konzerns ist für alle Personalangelegenheiten der Bank verantwortlich. Der Stelleninhaber leitet die Personalabteilung, bestehend aus globalen Business Partnern, globalen Funktionen, globalen HR-Produkten und regionalem Personalwesen. Der globale Leiter der Personalabteilung vertritt Personalangelegenheiten in den relevanten Ausschüssen der Bank. Der Stelleninhaber definiert und koordiniert die HR-Strategie der Bank sowie die damit verbundenen Prioritäten. Dabei stellt er sicher, dass sie mit der Unternehmensstrategie der Bank übereinstimmt und die entsprechenden Vorschriften und Gesetze in allen Märkten, in denen die Bank tätig ist, einschließlich Antidiskriminierungsgesetzen, einhält.

Der globale Leiter der Personalabteilung berichtet an das Vorstandsmitglied, das als Chief Operating Officer agiert und mit dem ein regelmäßiger Austausch zu wichtigen personalbezogenen Themen stattfindet. Der globale Leiter der Personalabteilung wird vom globalen HR-Führungsteam beraten und unterstützt. Mitglied des globalen HR-Führungsteams sind neben dem globalen Leiter der Personalabteilung selbst die globalen divisionalen Business Partner, die Leiter der globalen HR-Funktionen und Leiter der HR-Produktbereiche sowie die regionalen Personalleiter angehören. Im Jahr 2025 entwickelten sich die Themen des globalen HR-Führungsteams im Einklang mit der HR-Strategie fort und bauten auf den im Jahr 2024 gelegten Grundlagen auf. Der Schwerpunkt in 2025 lag verstärkt darauf, Führung zu fördern, die angestrebte Unternehmenskultur voranzutreiben, die purpose-orientierte Organisation weiterzuentwickeln sowie auf der digitalen Transformation und dem Abbau mit dem demographischen Wandel verbundener operativer Risiken. Dieser Schwerpunkt wurde durch Initiativen wie Prozessoptimierung und die Verbesserung des HR Target Operating Model unterstützt.

Das monatliche HR Controls Dashboard der Bank überwacht die während des Beschäftigungsverhältnisses entstehenden Risiken sowie die Leistung der Personalabteilung beim Managen dieser Risiken, im Einklang mit der Richtlinie für das Management operationeller Risiken. Es bietet einen Überblick über wichtige Kontrollparameter während des Beschäftigungsverhältnisses. Die Ergebnisse werden dem globalen Leiter der Personalabteilung sowie dem globalen HR-Führungsteam präsentiert. Unterstützt durch die Beratung des globalen HR-Führungsteams entscheidet der globale Leiter der Personalabteilung, ob eine Angelegenheit an das für die Personalabteilung zuständige Vorstandsmitglied und/oder dem Vorstand gemeldet werden muss und welche Abhilfemaßnahmen zu ergreifen sind.

Strategie

ESRS 2 SBM-1, ESRS 2 SBM-2, ESRS 2 SBM-3, ESRS S1-1

Die Personalstrategie der Bank orientiert sich an der Unternehmensstrategie der Deutschen Bank sowie ihrer Ambition, die Globale Hausbank für ihre Kunden zu sein, und ist gleichzeitig auf den Purpose der Deutschen Bank ausgerichtet. Die Personalstrategie spiegelt Marktentwicklungen und gesellschaftliche Trends wider und wird in Absprache mit verschiedenen internen als auch externen Interessengruppen, wie Regulatoren, Wirtschafts- oder Arbeitgeberverbänden, weiterentwickelt. Sie berücksichtigt die Interessen der Belegschaft der Deutschen Bank, wie die Bereitstellung fairer und attraktiver Arbeitsbedingungen sowie eines inklusiven Arbeitsumfelds, das eine faire Behandlung und einen gleichen Zugang zu Chancen für alle fördert. Regelmäßige Überprüfungen von Risiken und Chancen infolge personeller Veränderungen werden in enger Zusammenarbeit mit den Interessengruppen durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Strategie relevant bleibt.

Jeder Geschäftsbereich und jede Infrastrukturfunktion ist für die Entwicklung und Umsetzung ihrer eigenen Personalstrategie verantwortlich, die von der übergeordneten Personalstrategie der Deutschen Bank abgeleitet ist. Diese stützt sich auf vier zentrale Säulen: (i) Stärkung der Führungskompetenzen und Förderung der angestrebten Unternehmenskultur der Bank, (ii) sicherstellen, dass die benötigte Belegschaft verfügbar ist, um strategische Prioritäten voranzutreiben - die richtige Anzahl an Mitarbeitern, den passenden Qualifikationen und zum richtigen Zeitpunkt, (iii) die Gewinnung, Bindung und Entwicklung von vielfältigen Talenten mit besonders gefragten Kompetenzen sowie (iv) Risiken einer alternden Belegschaft durch Nachfolgeplanung und Technologie zu minimieren. Diese Säulen adressieren die wichtigsten Herausforderungen, denen die Belegschaft der Deutschen Bank in einem sich schnell verändernden Umfeld gegenübersteht.

Durch die Fokussierung auf diese Bereiche unterstützt die Personalstrategie sowohl die gegenwärtigen Geschäftsanforderungen als auch die langfristige Nachhaltigkeit. HR Business Partner spielen in diesem Prozess eine zentrale Rolle. Sie agieren als strategische Berater für die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen und stellen sicher, dass die Personalstrategien der Abteilungen stets relevant bleiben. Zudem begleiten sie die Umsetzung durch gezielte Maßnahmen im Personalmanagement, wie Talententwicklungsprogramme, Nachfolgeplanung und Förderung von Führungskompetenzen. Darüber hinaus arbeiten die HR Business Partner eng mit den Chief Operating Officers der Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen zusammen, um regelmäßig die erzielten Fortschritte zu überprüfen und Personalstrategien bei Bedarf anzupassen.

Die Personalstrategie wird durch die HR-Strategie ergänzt, die als Masterplan für die HR-Funktion dient. Die HR-Strategie unterstützt die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen, indem sie moderne, konzernweit gültige HR-Produkte und -Dienstleistungen bereitstellt und die Effizienz, Fähigkeiten und Organisationsstruktur der HR-Funktion verbessert. Diese Prioritäten werden in HR-Projekten mit Leuchtturmcharakter und den zentralen, laufenden Prozessen der Bank erfasst.

Durch ihre fachlichen Kompetenzen, ihr Wissen, ihre Erfahrung und ihr Engagement ist die Personalabteilung ein wichtiger Partner und Berater für die Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen. Sie legt relevante Richtlinien und Verfahren fest, die im Einklang mit den Gesetzen und Vorschriften in allen Märkten stehen, in denen die Bank tätig ist. Sie antizipiert zukünftige Entwicklungen und geht proaktiv, auch hinsichtlich der Kapazität und Zusammensetzung ihrer Belegschaft, darauf ein. Die Personalabteilung stellt sicher, dass die Deutsche Bank ein bevorzugter Arbeitgeber bleibt und sorgt für ein Arbeitsumfeld, das frei von Diskriminierung aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht, nationaler und ethnischer Herkunft, Alter, Religion, Behinderung, Familienstand, Schwangerschaft, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und -ausdrucksform, Staatsangehörigkeit oder einer durch das Gesetz geschützten Eigenschaft ist. Das kontinuierliche Engagement der Deutschen Bank für hervorragende Arbeitsbedingungen und Chancengleichheit wird von externen Ratingagenturen anerkannt, die HR-bezogenen Themen im Jahr 2025 besser bewertet haben als in 2024. Dies trug zur Gesamtsteigerung der Nachhaltigkeitsergebnisse der Bank bei, die im Abschnitt „Mitarbeiter & eigener Geschäftsbetrieb" des Kapitels „Nachhaltigkeitsstrategie" beschrieben wird.

Die divisionalen Personalstrategien werden regelmäßig von den Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen, deren Chief Operating Officers und HR Business Partnern geprüft. Die HR-Strategie wird regelmäßig von der HR-Funktion in enger Zusammenarbeit mit dem globalen HR-Führungsteam überprüft. Im Falle eines Überarbeitungs- oder Handlungsbedarfs wird die jeweilige Strategie entsprechend verfeinert und die betreffenden Richtlinien, Verfahren und Maßnahmen gegebenenfalls angepasst.

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen, Metriken und Ziele

Die Deutsche Bank ist auf eine motivierte, qualifizierte und vielfältige Belegschaft angewiesen, die die Gemeinschaften widerspiegelt, in denen die Bank tätig ist, und die den nachhaltigen Erfolg der Kunden in den Mittelpunkt stellt. Um dies zu gewährleisten, verpflichtet sich die Bank faire und attraktive Arbeitsbedingungen sowie faire Behandlung und Chancengleichheit sicherzustellen und die damit verbundenen wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen umsichtig zu handhaben. Die wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen (IROs) für die eigene Belegschaft der Bank sowie die damit verbundenen zentralen Maßnahmen, Metriken und Ziele sind in den folgenden Abschnitten des Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben.

Wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen für die eigene Belegschaft

ESRS 2 SBM-3, ESRS 2 MDR-P, ESRS S1-1, ESRS 2 MDR-A, ESRS S1-4, ESRS 2 MDR-M, ESRS S1-5, ESRS 2 MDR-T
Auswirkungen, Risiken und Chancen werden bankweit durch die doppelte Wesentlichkeitsbeurteilung identifiziert und bewertet, die im Kapitel „Beurteilung der doppelten Wesentlichkeit" in dieser Nachhaltigkeitserklärung ausführlich beschrieben wird.

Mindestens einmal im Jahr überprüft die HR-Funktion die Beurteilung der Auswirkungen, Risiken und Chancen (IROs) in Bezug auf die eigene Belegschaft. Ziel ist es, möglichen Anpassungs- und Handlungsbedarf zu identifizieren und sicherzustellen, sodass mögliche Änderungen der IRO-Bewertung angemessen in der Strategie berücksichtigt werden – sowie umgekehrt. Die belegschaftsbezogenen IROs sind in der folgenden Tabelle dargestellt, zusammen mit einem Überblick über die zentralen Richtlinien, Maßnahmen, Metriken und Ziele, die die HR-Funktion zur Steuerung der IROs nutzt. Eine detaillierte Beschreibung erfolgt in den nachfolgenden Abschnitten dieses Kapitels, unter Berücksichtigung wesentlicher Kennzahlen gemäß ESRS S1 sowie weiterer, unternehmensspezifischer Metriken.

Das Management dieser IROs ist entscheidend, um sicherzustellen, dass die Belegschaft der Deutschen Bank motiviert ist und über vielfältige, relevante Fähigkeiten und Fachkenntnisse verfügt. Die folgenden Abschnitte des Kapitels „Eigene Belegschaft" erläutern das Management der IROs im Detail. Dies umfasst Richtlinien, Maßnahmen, Kennzahlen und Ziele in den Themenbereichen Personalmanagement, Arbeitsbedingungen sowie Diversität und Teilhabe, und schließt Ansätze zur Einbindung der Belegschaft und Arbeitnehmervertretungen sowie zu Kommunikationskanälen und Verfahren für potenzielle Anliegen ein.

Die Prozesse und Quellen zur Identifizierung potenzieller Risiken, einschließlich der Risiken durch Schädigungen, Auswirkungen und Chancen sowie erforderliche Maßnahmen als Reaktion auf tatsächliche oder potenzielle negative Auswirkungen auf die eigene Belegschaft der Bank, werden in den folgenden Abschnitten beschrieben: „Verfahren zur Einbeziehung der eigenen Belegschaft und von Arbeitnehmervertretern in Bezug auf negative Auswirkungen" und „Verfahren zur Behebung negativer Auswirkungen und Kanäle über die die eigene Belegschaft Bedenken äußern kann". Diese Prozesse sowie andere Datenquellen, beispielsweise Daten zur Belegschaft auf globaler oder regionaler Ebene, ermöglichen es der Bank, relevante potenzielle Auswirkungen, Risiken und Chancen zu identifizieren, die sich auf die eigene Belegschaft beziehen, einschließlich der Gruppen mit besonderen Merkmalen oder Gruppen, die in einem bestimmten Umfeld arbeiten oder bestimmte Tätigkeiten ausführen. Die HR-Funktion ist dafür verantwortlich, Maßnahmen zu definieren und durchzuführen, um die vorgesehenen Arbeitsbedingungen zu erreichen und Chancengleichheit für ihre Mitarbeiter sicherzustellen.

次へ

Thema: Eigene Belegschaft							
Unterthema	Wertschöpfungskette	Zeithorizont	IRO-Typ	IRO-Beschreibung	Richtlinien	Maßnahmen	Metriken und Ziele
Arbeitsbedingungen	Eigene Geschäftstätigkeit	Mittelfristig	Positive Auswirkung	Positive Auswirkung auf Mitarbeiterbindung, Zufriedenheit, Motivation und Wohlbefinden durch – Sicherstellung einer angemessenen Kapazität und Zusammensetzung der eigenen Belegschaft, einschließlich der Mitarbeiter und der nicht angestellten Beschäftigten – Möglichkeit des Urlaubs aus familiären Gründen und Kinderbetreuungsangebote – Berücksichtigung angemessener Arbeitszeiten und Angebot flexibler Arbeitszeitmodelle – Respektierung und Einhaltung hoher Standards in Bezug auf Vereinigungsfreiheit, Tarifbindung und sozialen Dialog	Verhaltenskodex Leadership Kompass Einstellungen, Onboarding und Offboarding Richtlinie und Leitfaden für Neueinstellungen All Managers Curriculum Speak-up und Whistleblowing Rahmenwerk Richtlinie zur Äußerung von Bedenken (einschließlich Hinweisgeben) Richtlinie zur Steuerung von Leistung, Konsequenzen und Vergütung sowie Rahmendokument 'Approach to Performance, Consequences and Reward' Guidance on the Assessment of the Suitability of Board Members, Branch Managers and Key Function Holders Richtlinie für Umwelt, Gesundheit und Arbeitssicherheit Menschenrechtserklärung der Deutschen Bank Mitarbeiterhandbücher Contingent Worker Resource Richtlinie	Kultur-Puls-Befragung/ Mitarbeiterbefragung/New-Joiner-Survey Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern Abschluss und Aktualisierung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen Analyse und Planung der Belegschaft Unterstützungsangebote, inkl. Mitarbeiterberatung in schwierigen Lebenssituationen (mit Hotline) Well-being champions, Well-being Hub Interne Kanäle, Kontrollen und Prozesse Mitarbeitereinstellungsprogramme Trainee- und Praktikumsprogramme sowie Ausbildungsprogramme und Duale Studiengänge Vereinbarungen zu Sozialplänen	Kultur-Puls-Index und verbundenes Ziel Rücklaufquote der Mitarbeiterbefragung, und Befähigung der Mit einzubringen Mitarbeiteranzahl nach Land, Vertragsart Neueinstellungen und Mitarbeiterfluktuation Altersstruktur, Seniorität Geschlecht, Fluktuation Abdeckungsrate der Ta des sozialen Dialogs Verhältnis der jährlicher Gesamtvergütung Durchschnittliche Daue zu besetzen Interne Besetzungsrate Einsparungen durch Ve Einstellung globaler Hochschulabsolventen Auszubildende Human Capital Return
		Mittelfristig	Chance	Steigerung der Produktivität und Bindung der Mitarbeiter sowie Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität und Reputation durch die positiven Auswirkungen von: – Angemessener Kapazität und Zusammensetzung der eigenen Belegschaft – Urlaub aus familiären Gründen und Kinderbetreuungsangeboten – Tarifbindung			Anspruchsberechtigte Urlaub aus familiären G aufgeschlüsselt nach G Beschwerden über Dis Belästigung oder die Arbeitsbedingungen Anzahl der Ersthelfer fü Gesundheit

Thema: Eigene Belegschaft							
Unterthema	Wertschöpfungskette	Zeithorizont	IRO-Typ	IRO-Beschreibung	Richtlinien	Maßnahmen	Metriken und Ziele
Gleichbehandlung und Chancengleichheit	Eigene Geschäftstätigkeit	Kurzfristig	Positive Auswirkung	Positive Auswirkungen auf Beschäftigungsfähigkeit, Mitarbeitermotivation und effektive Führung durch die Bereitstellung von: – Schulungen in verschiedenen Formaten – Entwicklung von Fähigkeiten – Regelmäßiges Leistungsfeedback	Verhaltenskodex Einstellungen, Onboarding und Offboarding Richtlinie und Leitfaden für Neueinstellungen Leadership Kompass All Managers Curriculum Richtlinie zur Äußerung von Bedenken (einschließlich Hinweisgeber), Speak-up und Whistleblowing Rahmenwerk Richtlinie zur Steuerung von Leistung, Konsequenzen und Vergütung sowie Rahmendokument 'Approach to Performance, Consequences and Reward' Guidance on the Assessment of the Suitability of Board Members, Branch Managers and Key Function Holders Menschenrechtserklärung der Deutschen Bank Mitarbeiterhandbücher	Lernangebote, Trainings, Führungskräfte- und Talentförderprogramme, inkl. Vernetzungsmöglichkeiten Leistungsbeurteilungen Vernetzungsmöglichkeiten und Rückkehrerprogramme Entwicklungsprogramme, inkl. Talentförderprogramme Trainingsprogramme Karriereplattform '35bis25' Programm zur Erhöhung des Anteils von Frauen in höheren Führungspositionen Mitarbeiternetzwerke Maßnahmen zur Barrierefreiheit Kultur-Puls-Befragung / Mitarbeiterbefragung/New-Joiner-Survey/Exit-Survey Beschwerdeprozesse sowie 4-Kanäle Menschenrechtsforum zur Überwachung und Steuerung relevanter Themen	Trainingsausgaben u Trainingsstunden, ink Aufschlüsselung nac Teilnahme an Talentförderprogram Aufschlüsselung nac Unbereinigtes geschlechtsspezifisc bzw. Verdienstgefälle Quote der abgeschlo Leistungsbeurteilung Aufschlüsselung nac Geschlechtervielfalt verbundene Ziele Altersdiversität, Mita Behinderungen, inkl. Aufschlüsselung nac Anteil ihrer Schwarze im Vereinigten Königr Anzahl der Vorfälle u Beschwerden zu Disk sowie Beschwerden z Arbeitsbedingungen resultierende Geldbu und Schadensersatzl
		Mittelfristig	Chance	Steigerung der Effektivität der Mitarbeiter sowie der Arbeitgeberattraktivität und Reputation durch die Identifizierung und Beseitigung struktureller Barrieren, insbesondere für unterrepräsentierte Gruppen			
		Kurzfristig	Negative Auswirkung	Negative Auswirkungen auf die Mitarbeiterbindung, das Wohlbefinden und das Zugehörigkeitsgefühl durch das Nichtgewähren einer fairen Vergütung			
		Kurzfristig	Risiko	– Risiko einer Verringerung der Effektivität und Bindung der Mitarbeiter sowie der Arbeitgeberattraktivität und Reputation durch das Nichtbereitstellen eines inklusiven Arbeitsumfelds – Risiko rechtlicher Folgen und regulatorischer Konsequenzen in bestimmten Ländern im Zusammenhang mit der Agenda zur Vielfalt der Bank			

次へ

Richtlinien im Zusammenhang mit der eigenen Belegschaft

ESRS S1-1, ESRS 2 MDR-P

Die Deutsche Bank nutzt Richtlinien, Verfahren und Rahmenwerke, um ihre Personalstrategie umzusetzen und die wesentlichen Auswirkungen, Risiken und Chancen in Bezug auf die eigene Belegschaft zu steuern. Die Richtlinien stehen im Einklang mit den Gesetzen und Vorschriften aller Märkte, in denen die Bank tätig ist, und werden in Absprache mit den relevanten Stakeholdern und im Einklang mit der globalen Richtlinie zu Anforderungen an Richtlinien, Weisungen, Arbeitsdokumente und Rahmenwerke festgelegt und überarbeitet. Die Richtlinie wird vom Leiter Group Governance genehmigt. Im Falle einer wesentlichen Überarbeitung der Richtlinie müssen die Global-Portfolio-Owner und die zuständigen Fachexperten aller betroffenen Bereiche der Bank konsultiert werden. Je nach Regelungsbereich der Richtlinie können dies Bereiche wie Performance & Reward, Employment Relations und Talent Acquisition sein. Darüber hinaus werden Arbeitnehmervertreter als wichtige Stakeholder entsprechend ihren Beteiligungsrechten, beispielsweise gemäß dem deutschen Betriebsverfassungsgesetz, eingebunden und gegebenenfalls können Betriebsvereinbarungen geschlossen werden. Die globalen Richtlinien der Personalabteilung werden vom Leiter der Personalabteilung genehmigt und mindestens jährlich überprüft. Die Richtlinien stehen den Mitarbeitern und nicht angestellten Beschäftigten der Bank auf dem unternehmensinternen Policy Portal zur Verfügung, das auf der Startseite des Intranets verlinkt ist. Wenn eine Richtlinie, ein Verfahren oder ein Rahmenwerk neu herausgegeben, wesentlich aktualisiert oder archiviert wird, wird im Intranet ein Artikel veröffentlicht, der die wichtigsten Änderungen, die Folgen und die Anlaufstelle für Fragen hervorhebt.

Die Deutsche Bank bekennt sich freiwillig zu den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte, zu den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen, der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation über grundlegende Prinzipien und Rechten bei der Arbeit (einschließlich der Kernarbeitsnormen) sowie zum UN Global Compact. Das Bekenntnis erfolgt in Übereinstimmung mit deren Umsetzung in nationalen Gesetzgebungen, wie im Verhaltenskodex der Bank dargestellt. Die Deutsche Bank bekennt sich seit langer Zeit zur Achtung der Menschenrechte, wie in der Menschenrechtserklärung der Deutschen Bank dargelegt, die vom Vorstand genehmigt und vom Vorstandsvorsitzenden unterzeichnet wird. Dieses Bekenntnis der Deutschen Bank zur Achtung der Menschenrechte ist auch explizit im Verhaltenskodex verankert, der die Mindeststandards für das Verhalten definiert, das die Deutsche Bank von allen ihren Mitarbeitern, nicht angestellten Beschäftigen sowie von der Bank als Organisation erwartet. Der Verhaltenskodex soll sicherstellen, dass sich die Mitarbeiter der Bank ethisch, integer und in Übereinstimmung mit den geltenden Richtlinien und Verfahren sowie den Gesetzen und Vorschriften verhält. Damit Mitarbeiter ein umfassendes Verständnis des Verhaltenskodexes und ihrer sich daraus ergebenden Verantwortlichkeiten haben, gibt es eine verpflichtende Schulung, wie im Abschnitt „Speak-up und Whistleblowing Rahmenwerk" des Kapitels „Kultur, Integrität und Verhalten" beschrieben. Im Jahr 2025 betrug die Abschlussquote der Schulung 100% (2024: 100%).

Im Jahr 2025 wurden im Personalbereich mehrere personalbezogene Richtlinien vereinfacht, um klare, durchgängige Leitlinien für Mitarbeiter und Führungskräfte bereitzustellen. Das reduziert die Komplexität und stellt, wo angemessen, Konsistenz für die Beschäftigungs-/ Einsatzdauer von Mitarbeitern und nicht angestellten Beschäftigten sicher. So wurden beispielsweise die Richtlinie zur Einstellung von Mitarbeitern, die Background Screening Policy die Workforce Referral & Connected Candidates Policy sowie die Offboarding-Richtlinie zu einer umfassenden Einstellungs-, Onboarding- und Offboarding-Richtlinie zusammengefasst. Diese neue Richtlinie wird durch separate Leitlinien für Einstellung und Offboarding unterstützt, die praktische Anweisungen und klare Anforderungen für alle Aspekte der Einstellung und des Offboardings festlegen.

Darüber hinaus fördern Leitlinien, beispielsweise in Form wichtiger Betriebsdokumente, wie die Anweisungen zur sicheren Datenverarbeitung innerhalb des Personalbereichs und zu Interessenskonflikten, ein sicheres, funktionierendes Arbeitsumfeld für die Mitarbeiter der Bank.

Maßnahmen in Bezug auf die eigene Belegschaft

ESRS S1-4, ESRS 2 MDR-A

Die Deutsche Bank führt eine Vielzahl von Maßnahmen durch, um positive Auswirkungen und Chancen zu fördern und potenzielle negative Auswirkungen und Risiken zu mindern. Die Maßnahmen der Bank sind häufig globale Aktivitäten oder Programme, wie globale Lernangebote, die für alle Mitarbeiter in allen Regionen der Bank gelten. Zudem gibt es Maßnahmen, die spezifisch für eine Region oder einen Geschäftsbereich sind, zum Beispiel Ausbildungsprogramme oder das Angebot von Kinderbetreuung an zentralen Standorten der Bank, sowie Maßnahmen, für spezifische Mitarbeitergruppen, beispielsweise Führungskräfteprogramme für Manager oder Förderprogramme für Top-Talente. Die Umsetzung dieser Maßnahmen trägt dazu bei, die Personalstrategie und die entsprechenden Ziele der Bank zu erreichen, attraktive und faire Arbeitsbedingungen zu fördern, sowie Gleichbehandlung und Chancengleichheit zu gewährleisten. Die von der Bank durchgeführten Maßnahmen haben verschiedene Zeithorizonte, von langfristigen Maßnahmen, wie beispielsweise im Zusammenhang mit dem 35 bis 25-Programm oder der Einführung neuer Schulungsprogramme, bis hin zu anlassbezogenen, einmaligen Maßnahmen wie beispielsweise der globalen Mitarbeiterveranstaltung zur Neuroinklusion. Für die Planung und Umsetzung der Maßnahmen stellt die Bank die erforderlichen Mittel in Form von Mitarbeiterkapazität und/oder finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Die Maßnahmen der Bank werden in den folgenden Abschnitten zu „Personalmanagement", „Arbeitsbedingungen" und „Vielfalt und Teilhabe" im Einzelnen beschrieben. Die Bank überwacht den Fortschritt dieser Maßnahmen und Maßnahmenpläne, einschließlich der in früheren Zeiträumen initiierten Maßnahmen, mit Hilfe qualitativer und quantitativer Methoden, einschließlich der in den folgenden Abschnitten beschriebenen Metriken und Ergebnis der jährlichen Mitarbeiterbefragung.

Verfahren zur Einbeziehung der eigenen Belegschaft und von Arbeitnehmervertretern in Bezug auf Auswirkungen

ESRS S1-2, ESRS S1-1, ESRS S1-4, ESRS S1-5, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T

Einbeziehung der eigenen Belegschaft und Mitarbeiterfeedback

Die Deutsche Bank legt Wert darauf, die richtigen Personen einzustellen, sie weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen. Im Gegenzug müssen die Mitarbeiter der Bank gehört, einbezogen, gewürdigt und angemessen geführt werden, um ein produktives Arbeitsumfeld zu fördern, in dem enge Beziehungen, offene Kommunikation und Feedback eine wesentliche Rolle spielen. Daher verpflichtet sich die Bank, die Ansichten ihrer Mitarbeiter umfassend in Entscheidungen zu berücksichtigen, die Auswirkungen auf die eigene Belegschaft haben könnten, und bietet verschiedene Kanäle, um direkt mit ihrer eigenen Belegschaft in Kontakt zu treten, um somit Einblicke in deren Wahrnehmung, potenzielle Anliegen und sie betreffende positive oder negative Auswirkungen zu gewinnen. Das zentrale Instrument zur Einholung von Mitarbeiterfeedback ist die freiwillige und vertraulich durchgeführte jährliche Mitarbeiterbefragung der Bank. Diese hilft der Bank, die Perspektiven ihrer Mitarbeiter zu verstehen, was diese gut macht und an welchen Stellen Mitarbeiter Verbesserungsbedarf sehen. Die Deutsche Bank möchte eine differenzierte Sicht auf verschiedene Bereiche und Mitarbeitergruppen in der Bank gewinnen und identifizieren, ob bestimmte Gruppen ihrer Mitarbeiter negativen Auswirkungen ausgesetzt sein könnten. Daher werden die Ergebnisse nach Region und Division analysiert sowie nach weiteren Kriterien, basierend auf der freiwilligen und vertraulichen Beantwortung demografischer Fragen zu Alter, Geschlecht und Unternehmenszugehörigkeit sowie in bestimmten Regionen zu ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Neurodiversität, Behinderung und sozioökonomischem Hintergrund.

Durch die Betrachtung der Teilnahmequote an der Umfrage bewertet die Bank auch die Wirksamkeit dieses Kanals. Im Jahr 2025 erreichte die Umfrage mit 69% (2024: 65%) der eingeladenen Mitarbeiter (ohne die Russische Föderation) die höchste Teilnahmequote seit 2011, was laut externer Beratung mit anderen Banken vergleichbar ist. Die Mitarbeiterbefragung misst den Fortschritt hinsichtlich der Verbundenheit der Mitarbeiter mit der Bank (inklusive Absicht bei der Bank zu bleiben, Stolz, Motivation, Empfehlung der Bank als Arbeitgeber) und die Befähigung der Mitarbeiter sich einzubringen (das Anspruchsniveau und das Interesse an der Arbeit sowie dem Ausmaß, in dem Mitarbeiter produktiv sein können). Dazu werden alle Mitarbeiter gebeten, Feedback zu einer Vielzahl von Themen rund um die Arbeitsbedingungen der Bank zu geben wie Kommunikation, Künstliche Intelligenz und Teilhabe, Ethik und Speak-up sowie Ressourcen. Die Mitarbeiter werden außerdem nach Sinn und Freude an der Arbeit gefragt und danach, in welchem Ausmaß sie sich von der Bank unterstützt fühlen, um ein angemessenes Gleichgewicht zwischen Arbeit und Privatleben zu erreichen. Die Mitarbeiterbefragung liefert auch Einblicke, inwieweit Mitarbeiter sich wohl fühlen, sich frei zu äußern sowie was sie dabei unterstützt oder davon abhält. Mitarbeiter können darüber hinaus die in der Umfrage enthaltenen Freitextfelder nutzen, um Verbesserungen vorzuschlagen oder Beobachtungen zu teilen und so die Umfrage nutzen, um Feedback zu den positiven und negativen Aspekten ihrer Arbeitserfahrung bei der Bank zu geben. Im Jahr 2025 setzte die Deutsche Bank die Zusammenarbeit mit dem 2024 eingeführten akademischen Partner fort, um die Ambitionen der Bank zu unterstützen, Erkenntnisse durch fortschrittliche Datenanalysen weiter zu verbessern und detailliertere, umsetzbare Erkenntnisse zur Verbesserung der Mitarbeitererfahrung zu gewinnen.

Unter der Führung des Leiters der Personalabteilung und mit Zustimmung des Vorstands bereitet ein spezialisiertes Team der Personalabteilung die Umfrage vor, überprüft sie kontinuierlich, entwickelt sie weiter und führt sie durch. Um die Vertraulichkeit der Mitarbeiter zu schützen und offenes Feedback zu ermöglichen, werden Ergebnisse nur auf aggregierter Ebene ausgewiesen.

Im Jahr 2025 stiegen die Werte zur Verbundenheit mit der Bank (Commitment) sowie zur Befähigung der Mitarbeiter sich einzubringen (Enablement) um je einen Prozentpunkt auf 68% bzw. 71%. Dies spiegelt den Erfolg der konzernweiten Bemühungen wider, den negativen Trend des Vorjahres umzukehren. Im Jahr 2025 verzeichnete die Bank einen Anstieg in folgenden Bereichen: Stolz auf die Arbeit bei der Bank, Empfehlung der Bank als Arbeitgeber, Absicht, bei der Bank zu bleiben, und Motivation durch das Arbeitsumfeld in der Bank. Gleichzeitig bleibt die intrinsische Motivation der Mitarbeiter, über das Erwartete hinaus zu gehen, auf einem sehr hohen Niveau, was auf eine leistungsstarke Organisation hinweist. Die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung werden mit dem Vorstand und dem Aufsichtsrat geteilt, die zentrale Schwerpunktbereiche für Maßnahmen identifizieren. Im Jahr 2025 stimmte der Vorstand zu, die gezielten Initiativen fortzusetzen, um die vier im vergangenen Jahr von der Bank identifizierten Schwerpunktbereiche zu adressieren: Strategie und Transformation (z. B. Prozessverbesserungen und Kommunikation), Führung (z. B. Führungskräfteentwicklung), nachhaltige Karriereentwicklung (z. B. individuelle Weiterentwicklung) sowie Leistung und Feedback (z. B. nachhaltige Leistungskultur). Die Umfrageergebnisse werden auch mit den jeweiligen Geschäftsbereichen und Infrastrukturfunktionen geteilt, um die verpflichtenden Divisionskulturpläne im Rahmen des Kultur-, Integritäts- und Verhaltensprogramms der Bank zu entwickeln, wie im Kapitel „Kultur, Integrität und Verhalten" erläutert. Das spezialisierte HR-Team stellt sicher, dass die Erkenntnisse aus den Ergebnissen in der kontinuierlichen Überprüfung und Verfeinerung der Personalstrategie der Bank berücksichtigt werden. Die wichtigsten Ergebnisse der jährlichen Mitarbeiterbefragung werden auch den Betriebsräten und Mitarbeitern mitgeteilt.

Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung

Ergebnis in %	2025	2024
Teilnahmequote der Mitarbeiterbefragung	69	65
Commitment-Score	68	67
Enablement-Score	71	70

Seit 2019 führt die Bank zusätzlich Kultur-Puls-Befragungen durch, um die Häufigkeit und Qualität der Interaktionen zwischen Manager und Mitarbeitern zu bewerten, da diese einen positiven Unterschied für die Motivation und die wahrgenommene Produktivität der Mitarbeiter machen. Im Jahr 2025 wurde die Umfrage mit dem 'Das ist unsere Deutsche Bank'-Rahmenwerk der Bank abgestimmt, das im Kapitel „Kultur, Integrität und Verhalten" beschrieben wird. Ziel der Abstimmung ist es zu verstehen, wie Mitarbeiter die angestrebte Unternehmenskultur erleben und deren Verankerung in der gesamten Organisation bewerten. Die Kultur-Puls-Befragung wird dreimal im Jahr durchgeführt – einmal im Rahmen der Mitarbeiterbefragung und zweimal unabhängig davon, im ersten und vierten Quartal –, um ein kontinuierliches Verständnis wichtiger Aspekte der Mitarbeiterwahrnehmung über ihren Arbeitsplatz zu gewährleisten. Die Umfrage bittet die Mitarbeiter darum folgende Aspekte zu beurteilen: Feedback und Wertschätzung ihrer Vorgesetzten, exzellentes Kundenerlebnis, Probleme partnerschaftlich lösen und Entscheidungsfindung. Die Erwartung ist, dass die Ergebnisse von den Managementteams genutzt werden, um von oben den Ton vorzugeben, welche Verhaltensweisen wichtig sind und ihre Manager dazu zu ermutigen, über ihr eigenes Verhalten nachzudenken. Die Ergebnisse der Umfrage liefern einen Kultur-Puls-Index, der Teil der Scorecard-Berichterstattung ist. Das gruppenweite Ziel für den Kultur-Puls-Index für 2025 lag, wie vom Vorstand entschieden, bei 61,97%, während das Jahresendergebnis bei 72,05% lag. Die divisionalen Führungsteams werden nach jeder Umfrage dazu ermutigt, die Ergebnisse und deren Weiterentwicklung mit ihren Mitarbeitern zu teilen.

Das Ziel des Kultur-Puls-Index 2025 für die Deutsche Bank Gruppe wurde gesetzt, um messbare Fortschritte bei der Umsetzung der Unternehmenskultur zu gewährleisten und dient als Schlüsselindikator dafür, wie Mitarbeiter die Arbeitsbedingungen wahrnehmen. Das Ziel war es, eine statistisch signifikante Verbesserung im Vergleich zum Ende 2024 festgelegten Ausgangswert zu erzielen. Für die Ermittlung des Ausgangswertes wurden die Fragen der Kultur-Puls-Befragung und die am besten vergleichbaren Fragen der letzten Mitarbeiterbefragung genutzt. Das Ziel des Kultur-Puls-Index 2025 wurde in der Balanced Scorecard Lenkungsgruppe der Bank vereinbart und vom Vorstand genehmigt. Aufgrund der im Fragebogen 2025 genannten Änderung ist ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2024 nicht aussagefähig.

Ziel für 2025 und Ergebnisse des Kultur-Puls-Index

	2025		2024
	Ziel[1]	Ergebnis[2]	Ergebnis
Kultur-Puls-Index (in %)	61,97	72,05	N/A

N/A - Nicht aussagekräftig
[1] Ziel berücksichtigt den aktualisierten Fragenkatalog für 2025
[2] Ohne die Russische Föderation

Über die Umfragen hinaus, steht allen Mitarbeitern und nicht angestellten Beschäftigten der Bank über das globale Intranet ein direkter Kommunikationskanal zur Verfügung. Im Allgemeinen können alle veröffentlichten Artikel über eine Schaltfläche als „gefällt mir" oder auch nicht gekennzeichnet und über ein Freitextfeld kommentiert werden, wobei Kommentare für alle sichtbar sind. Die Bank bewertet die Reichweite und Effektivität dieses Kanals durch Statistiken der Anzahl der Aufrufe und Reaktionen auf die Artikel, z. B. durch Kommentare oder Bewertung eines Artikels. Darüber hinaus können sich die Mitarbeiter ihre Fragen in den regulären divisionalen und regionalen Townhall-Veranstaltungen beantworten lassen. Im Jahr 2025 startete die Bank ein neues interaktives Format mit dem Titel „Dein direkter Draht zum Vorstand". Diese Veranstaltungsreihe bietet den Mitarbeitern die Möglichkeit, in jeder Sitzung einem anderen Vorstandsmitglied Fragen zu stellen. Mitarbeitern wird die Möglichkeit gegeben, Fragen vorab einzureichen – über die alle Mitarbeiter im Intranet abstimmen können – oder während der Sitzung spontan Fragen zu stellen. Weitere Instrumente zur Feedback-Kultur sind die Befragung von Mitarbeitern, die die Bank auf eigenen Wunsch verlassen sowie die Befragung von neu eingestellten Mitarbeitern, wie im Abschnitt „Verfahren zur Behebung negativer Auswirkungen und Kanäle über die die eigene Belegschaft Bedenken äußern kann" des Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben.

Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern

Neben dieser direkten Einbindung der Belegschaft ist der kontinuierliche Dialog der Bank mit den Arbeitnehmervertretern, mit denen die Bank einen offenen und konstruktiven Austausch pflegt, ein weiterer wichtiger Prozess, um Einblick in die Perspektiven ihrer Mitarbeiter zu gewinnen. Die Bank arbeitet auf der Grundlage der jeweiligen Landesgesetze weltweit mit Arbeitnehmervertretern und deren Ausschüssen zusammen. In Deutschland, wo die Mehrheit der Mitarbeiter der Bank beschäftigt ist (2025: 39,8%), regelt beispielsweise das Betriebsverfassungsgesetz die Beteiligung von Betriebsräten sowie deren Rechte und Pflichten. Zudem schreibt das Gesetz vor, in welchen Fällen und in welcher Form der Arbeitgeber einen Betriebsrat beteiligen muss. Die Betriebsräte vertreten die Interessen der Arbeitnehmer in Gesprächen und Verhandlungen mit der Deutschen Bank. Ihre Mitglieder werden alle vier Jahre gewählt. Für die leitenden Angestellten der Bank gibt es ein eigenes Vertretungsorgan, das ebenfalls dem deutschen Recht unterliegt (Sprecherausschussgesetz). Gespräche mit den Arbeitnehmervertretern finden statt, soweit dies für die Durchführung bestimmter Maßnahmen erforderlich ist. Darüber hinaus steht die Bank in ständigem Austausch mit Arbeitnehmervertretern, um den internen Dialog zu führen und ein Gefühl für die Ansichten der Mitarbeiter und die Perspektive der Arbeitnehmervertreter hinsichtlich möglicher positiver und negativer Auswirkungen auf die Mitarbeiter der Bank zu gewinnen. In Deutschland hat die Bank im Jahr 2025 mehrere Konzernbetriebsvereinbarungen abgeschlossen oder aktualisiert. So wurde beispielsweise das Leistungs- und Vergütungssystem weiterentwickelt und die Konzernbetriebsvereinbarungen zu Teilzeit und Brückenteilzeit sowie zum Home-Office wurden aktualisiert. Mehrere Gesamtbetriebsvereinbarungen und lokale Betriebsvereinbarungen wurden abgeschlossen oder bestehende Vereinbarungen neu verhandelt, um aktuelle Entwicklungen umzusetzen. Darüber hinaus verhandelten die Bank und der Gesamtbetriebsrat im Jahr 2025 im Zuge der Umsetzung verschiedener Umstrukturierungsmaßnahmen mehrere Interessenausgleiche.

Die Mitarbeiter der Bank werden auch auf europäischer Ebene vertreten. Am 10. September 1996 wurde die Vereinbarung über die grenzüberschreitende Unterrichtung und Anhörung der Mitarbeiter der Deutschen Bank in der Europäischen Union (EU) abgeschlossen. Auf dieser Grundlage werden Mitarbeiter aus sämtlichen EU-Ländern durch den Europäischen Betriebsrat vertreten.

Verfahren zur Behebung negativer Auswirkungen und Kanäle über die die eigene Belegschaft Bedenken äußern kann

ESRS S1-1, ESRS S1-2, ESRS S1-3, ESRS S1-4, ESRS G1-1, ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-A

Die Deutsche Bank hat ein Speak-up- und Whistleblowing-Rahmenwerk eingerichtet, das Mitarbeitern und nicht angestellten Beschäftigten zur Verfügung steht, um Bedenken zu äußern. Dies soll sicherstellen, dass alle Bedenken oder wahrgenommenen negativen Auswirkungen auf die eigene Belegschaft der Bank zur Kenntnis gebracht werden und bei Bedarf Maßnahmen ergriffen werden können. Das Whistleblowing-Rahmenwerk der Bank wird durch die globale, gruppenweite „Richtlinie zur Äußerung von Bedenken (einschließlich Hinweisgeben)" geregelt, wie im Abschnitt „Speak-up und Whistleblowing Rahmenwerk" im Kapitel „Kultur, Integrität und Verhalten" beschrieben. Die Deutsche Bank verbietet Vergeltungsmaßnahmen jeglicher Form gegen eine Person, die intern oder extern Bedenken äußert, oder bei einer Untersuchung eines geäußerten Bedenkens hilft oder kooperiert. Dies ist im Verhaltenskodex der Bank festgelegt und wird durch ein Rahmenwerk zum Schutz vor Vergeltungsmaßnahmen unterstützt, wie ebenfalls im Abschnitt „Speak-up und Whistleblowing Rahmenwerk" im Kapitel „Kultur, Integrität und Verhalten" beschrieben.

Im Fall erhobener Beschwerden oder anderer Bedenken, werden die dafür zuständigen Funktionen eingebunden. Diese bearbeiten die Bedenken und verfolgen die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen. Beschwerden, die negative Auswirkungen auf die eigene Belegschaft der Bank oder Fehlverhalten der eigenen Belegschaft thematisieren, werden je nach Art der Anschuldigung von einer zuständigen internen Untersuchungsfunktion geprüft. Sofern Bedenken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten geäußert werden, muss der Menschenrechts-beauftragte der Bank informiert werden.

Nach einer ersten internen Bewertung werden gerechtfertigte und ernstzunehmende Bedenken von einer internen Untersuchungseinheit geprüft. Abhängig vom Ergebnis dieser Untersuchung werden angemessene Maßnahmen abgestimmt und umgesetzt, um bestehende negative Auswirkungen zu beheben. Diese Maßnahmen werden im Laufe der Zeit überwacht und beinhalten in Fällen, in denen Menschenrechte betroffen sind, die Einbeziehung des Leiters für Menschenrechte. Sofern zutreffend, werden Beschwerdeführer regelmäßig über den Fortschritt und die Umsetzung von Maßnahmen informiert. In allen Fällen, bei denen es sich um potenzielle Disziplinarfälle handelt, muss die Angelegenheit an die Personalabteilung weitergeleitet und in Übereinstimmung mit der globalen, konzernweiten Richtlinie zur Steuerung von Leistung, Konsequenzen und Vergütung und in Übereinstimmung mit den lokalen Gesetzen behandelt werden. Dies gilt unabhängig davon, über welche Kanäle diese Bedenken gemeldet werden, z. B. die Whistleblowing-Kanäle, die Personalabteilung, Manager oder andere Kanäle. Folgemaßnahmen können unter anderem Richtlinienänderungen, Prozess- und Kontrollverbesserungen, Überprüfungen von Erkenntnissen oder disziplinarische Maßnahmen umfassen. Dies ist abhängig von der Schwere und den Umständen, wie im Abschnitt „Vorfälle und Beschwerden" des Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben. Die Bank ist bestrebt, disziplinarische Entscheidungen auf konsistente und transparente Weise zu treffen. Dem globalen HR-Führungsteam als auch dem Team für Kultur, Integrität und Verhalten wird regelmäßig Bericht über Trends und Themen sowie über daraus resultierende Maßnahmen, z. B. disziplinarische Maßnahmen erstattet.

Um zu beurteilen, inwieweit die Beschwerdekanäle der Bank effektiv sind und inwieweit Mitarbeiter diesen vertrauen, werden die Mitarbeiter im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterbefragung um freiwilliges und vertrauliches Feedback gebeten. In der Umfrage wird danach gefragt, ob Mitarbeiter die Kanäle zur Äußerung von Bedenken kennen und ob sie darauf vertrauen, dass von ihnen geäußerte Bedenken tatsächlich und wirksam bearbeitet und vertraulich behandelt werden. Außerdem verweist ein Link in der Umfrage auf die Webseite „Bedenken äußern", falls die Mitarbeiter ein Anliegen haben, welches sie äußern möchten. Die Ergebnisse der Umfrage 2025 zeigten, dass die Mitarbeiter nach wie vor ein Umfeld erleben, das den Standards der Bank entspricht, und dass sich die große Mehrheit in der Lage fühlt, ihre Sichtweisen frei zu äußern. Die Ergebnisse zeigten auch, dass die Zahl der Mitarbeiter, die Bedenken haben, gering ist und die sehr große Mehrheit wüsste, wie sie Bedenken äußern könnte, wenn sie welche hätte.

Zusätzlich zur Mitarbeiterbefragung und zur Kultur-Puls-Befragung führt die Bank eine freiwillige und vertrauliche Austrittsbefragung durch, wenn Mitarbeiter kündigen. Diese dient in erster Linie dazu, die Gründe für das Ausscheiden zu verstehen und zu erfahren, wie der kündigende Mitarbeiter die Arbeit bei der Bank erlebt hat, und um potenzielle negative Auswirkungen für potenziell gefährdete Gruppen unter den Mitarbeitern der Bank zu ermitteln. Um das Vertrauen in die Kanäle und die Wirksamkeit der Kanäle zu bewerten, werden im Rahmen der Austrittsbefragung die ausscheidenden Mitarbeiter gefragt, ob sie in den vorangegangenen zwölf Monaten Bedenken hatten, die sie hätten äußern können. Die Mitarbeiter werden außerdem gefragt, ob sie diese Bedenken geäußert haben, und wenn nicht, aus welchem Grund sie diese nicht geäußert haben. Die Befragten haben die Möglichkeit, ihre Kontaktdaten zu hinterlassen, um eine vertrauliche Nachverfolgung der Bedenken durch ein Mitglied der unabhängigen Whistleblowing-Zentralfunktion der Bank zu gewährleisten. Die Whistleblowing-Central-Function führt 30 bzw. 90 Tage nach dem Eintritt eines Mitarbeiters in die Bank freiwillige und vertrauliche New-Joiner- und Speak-up-Umfragen durch. Der Inhalt dieser Umfragen ist derselbe, sie werden jedoch in unterschiedlichen Zeitabständen gesendet, um potenzielle Problembereiche proaktiv zu identifizieren, darunter auch solche, die potenziell gefährdete Gruppen betreffen. Wie die Austrittsbefragung enthalten beide Umfragen Fragen zur Speak-up-Kultur und zum Äußern von Bedenken. Durch die Umfrage für neu eingestellte Mitarbeiter können sie auch den Einstellungsprozess bewerten. Die Personalabteilung der Deutschen Bank überprüft das Feedback, um die Qualität ihrer Prozesse zu überwachen und den Einstellungsprozess kontinuierlich zu verbessern.

Im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie hat die Deutsche Bank ein globales Menschenrechtsforum eingerichtet, das dem Group Sustainability Committee unterstellt ist. Das Forum wird gemeinsam von den Leitern für Group Sustainability und Menschenrechte geleitet und umfasst hochrangige Vertreter der Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen, inklusive des Personalbereichs, die jeweils für die Bearbeitung von Menschenrechtsfragen in ihren Verantwortungsbereichen zuständig sind. Das Mandat des Forums besteht darin, das Managen von Menschenrechten zu überwachen, Trends zu analysieren, Erkenntnisse intern zu teilen, sich mit externen Experten auszutauschen und strategische Projekte einzuleiten. Das Forum ergänzt bestehende Risikomanagement- und Due-Diligence-Prozesse und fungiert als Schnittstelle für strategische und operative Maßnahmen. Der Leiter für Menschenrechte überwacht den Ansatz der Bank und koordiniert Prozesse sowie Kommunikationskanäle, um die Wirksamkeit sicherzustellen.

Personalmanagement

ESRS S1-1, ESRS S1-4, ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-A

Ein effektives Personalmanagement spielt bei der Erreichung der Transformationsziele eine entscheidende Rolle und umfasst Maßnahmen, die Führungskräfte bei der Ausübung ihrer Führungsaufgaben unterstützt. Darüber hinaus werden dem höheren Management Daten und Fakten bereitgestellt, die für die Umsetzung der Strategie wichtig sind und so fundiertere Entscheidungen ermöglichen. Ein wichtiger Bestandteil für die Zielerreichung sind aktuelle Richtlinien sowie kontinuierliche Investitionen in Technologie und moderne Infrastruktur. Die Personalabteilung hat ihre Software zur Planung und Analyse des Personalbestands weiterentwickelt und ausgebaut – eine strategisch wichtige Investition, die die Innovations- und Digitalisierungspläne der Bank unterstützt. Die Software bietet Managern Analysen des Personalbestands und Lösungen zur Planung des Personalbestands basierend auf vorkonfigurierten, praxisrelevanten Fragestellungen zum Personalbestand. Dies ermöglicht es, verschiedene Szenarien zu analysieren, Führungskräften verschiedene Optionen zu präsentieren und den für die Erreichung der Ziele der Bank geeigneten Pfad zu wählen. Um die globalen Initiativen, die regulatorischen Anforderungen an die Bank sowie die Strategie und Planung der Deutschen Bank zu unterstützen, ist das übergeordnete Ziel der Bank, künftig ein stärker evidenzbasiertes Management der Personalagenda der Bank zu ermöglichen. Dazu entwickelt sich die Bank kontinuierlich in Richtung zukunftsorientierter Modellierung und vorausschauender Analyse weiter.

Neben den ESRS-Anforderungen verpflichtet sich die Deutsche Bank auch zur Einhaltung der Human Capital Reporting Standards, wie sie in ISO 30414 festgelegt sind. Diese ISO-Norm ist eine freiwillige Richtlinie für die Berichterstattung über Humankapital. Die Einhaltung muss von externen Prüfern überprüft werden, um die Glaubwürdigkeit der Stakeholder zu gewährleisten. Im Jahr 2025 erhielt die Deutsche Bank diese Zertifizierung zum fünften Mal in Folge.

Merkmale der Mitarbeiter der Deutschen Bank

ESRS S1-6, ESRS S1-9

Die Rollen der Mitarbeiter der Bank lassen sich in leitende und nicht-leitende Funktionen sowie in kundenorientierte und nicht-kundenorientierte Rollen unterschieden. Rollen ohne Kundenkontakt beinhalten Verwaltungstätigkeiten und reichen von Kontrollfunktionen bis hin zu Technologierollen. Kundenorientierte Rollen beinhalten die direkte Interaktion mit aktiven und potenziellen Kunden. Das Geschäftsmodell der Deutschen Bank stützt sich sowohl auf Mitarbeiter mit exzellenten Kompetenzen in der Kundenberatung als auch auf hochqualifizierte und gewissenhafte Mitarbeiter in nicht kundennahen Abteilungen sowie Kontrollabteilungen.

Zum 31. Dezember 2025 blieb die Zahl der Mitarbeiter der Deutschen Bank gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Zuwächsen in Indien und Rumänien standen Reduktionen in Deutschland gegenüber.

Mitarbeiter nach Geschlecht

Im Jahr 2025 blieb die Geschlechterverteilung im Vergleich zum Vorjahr weltweit stabil. Im Jahr 2025 betrug der Frauenanteil 46,4% (2024: 46,5%). Der Männeranteil im Jahr 2025 betrug 53,6% (2024: 53,5%).

Mitarbeiterzahl nach Geschlecht: Deutsche-Bank-Gruppe

		Mitarbeiterzahl
Mitarbeiter nach Geschlecht	31.12.2025	31.12.2024
Weiblich	44.556	44.581
Männlich	51.403	51.309
Sonstige[1]	5	6
Keine Angabe	16	2
Insgesamt	**95.980**	**95.898**

[1] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Mitarbeiter nach Geschlecht in Ländern, die mindestens 10% der Gesamtzahl der Mitarbeiter repräsentieren

Im Jahr 2025 blieb die Geschlechterverteilung in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr stabil. Im Jahr 2025 betrug der Frauenanteil 51,0% (2024: 51,4%). Der Männeranteil im Jahr 2025 betrug 49,0% (2024: 48,6%).

Mitarbeiterzahl nach Geschlecht: Deutschland

		Mitarbeiterzahl
Mitarbeiter nach Geschlecht	31.12.2025	31.12.2024
Weiblich	19.462	20.719
Männlich	18.723	19.583
Sonstige[1]	5	6
Keine Angabe	1	0
Insgesamt	**38.191**	**40.308**

[1] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

In Indien erhöhte sich der Frauenanteil im Jahr 2025 um 1,4% auf 42,7% (2024: 41,3%). Der Männeranteil reduzierte sich im Jahr 2025 um 1,4% auf 57,3% (2024: 58,7%).

Mitarbeiterzahl nach Geschlecht: Indien

		Mitarbeiterzahl
Mitarbeiter nach Geschlecht	31.12.2025	31.12.2024
Weiblich	10.481	9.335
Männlich	14.082	13.243
Sonstige[1]	0	0
Keine Angabe	0	0
Insgesamt	**24.563**	**22.578**

[1] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Mitarbeiter nach Ländern

Die geografische Präsenz der Deutschen Bank blieb im Jahr 2025 im Vergleich zum Jahr 2024 stabil. Mit zwei Dritteln der Belegschaft der Bank stellten Deutschland (39,8%, 2024: 42,0%) und Indien (25,6%, 2024: 23,5%) die wichtigsten operativen Länder mit einer wesentlichen Zahl von Mitarbeitern dar. In Deutschland sind die Reduktionen bedingt durch Restrukturierungsmaßnahmen insbesondere in der Privatkundenbank. In Indien sind die Zuwächse bedingt durch einen Personalaufbau im dortigen Bearbeitungszentrum.

Mitarbeiterzahl nach Ländern

	Mitarbeiterzahl	
Mitarbeiter nach Ländern	31.12.2025	31.12.2024
Deutschland	38.191	40.308
Indien	24.563	22.578
Großbritannien	7.750	7.766
Vereinigte Staaten von Amerika	7.716	7.743
Italien	2.905	2.970
Spanien	2.382	2.357
Rumänien	2.076	1.799
Singapur	1.799	1.813
Philippinen	1.420	1.369
Hong Kong	782	802
Schweiz	629	625
China	621	621
Luxemburg	512	490
Belgien	486	496
Niederlande	399	457
Polen	390	386
Japan	349	371
Australien	292	288
Indonesien	232	226
Malaysia	231	202
Frankreich	219	226
Brasilien	214	202
Vereinigte Arabische Emirate	200	200
Südkorea	196	195
Irland	164	169
Russische Föderation	162	169
Taiwan	148	144
Türkei	114	109
Thailand	102	107
Pakistan	86	84
Vietnam	85	89
Österreich	81	77
Ungarn	77	74
Sri Lanka	53	49
Saudi-Arabien	52	51
Tschechische Republik	50	47
Portugal	46	45
Schweden	39	35
Mexiko	38	41
Südafrika	38	36
Ukraine	34	34
Israel	15	14
Griechenland	13	12
Kanada	10	11
Kolumbien	7	4
Argentinien	5	0
Katar	4	4
Mauritius	3	3
Insgesamt	95.980	95.898

Mitarbeiter nach Altersstruktur

ESRS S1-9

Die Bank profitiert von den Sichtweisen unterschiedlicher Generationen. Im Vergleich zum Jahr 2024 blieb die Altersstruktur im Jahr 2025 stabil.

Altersstruktur

Alter, Mitarbeiter in %[1]	31.12.2025	31.12.2024
< 30 Jahre alt	16,2	16,2
30 – 50 Jahre alt	57,1	57,0
> 50 Jahre alt	26,7	26,9

[1] Die Deutsche Bank beschäftigt keine Mitarbeiter im Alter von 0 bis 14 Jahren (Kinder); Rundungsdifferenzen möglich

Mitarbeiter nach Vertragsart

Die Deutsche Bank beschäftigt ihre Mitarbeiter unbefristet oder befristetet in Vollzeit oder Teilzeit, wobei der Großteil der Mitarbeiter unbefristet beschäftigt ist (99,8%, 2024: 99,7%). Die Mitarbeiter nach Vertragstyp, aufgeschlüsselt nach Geschlecht oder Region, werden nach Vollzeitkräften ausgewiesen. Bei dieser Darstellung berechnet die Bank unter Zugrundelegung eines weltweit standardisierten Berichtswesens ihre Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitäquivalenten, Teilzeitmitarbeiter werden anteilig einbezogen.

Vollzeitkräfte nach Art des Vertrags und Geschlecht

					31.12.2025
in Vollzeitkräften[1]	Weiblich	Männlich	Sonstige[2]	Keine Angabe	Insgesamt
Zahl der Mitarbeiter	**40.360**	**49.499**	**3**	**16**	**89.879**
Zahl der unbefristet beschäftigten Mitarbeiter	40.239	49.411	3	16	89.669
Zahl der befristet beschäftigten Mitarbeiter	121	89	0	0	210
Zahl der Mitarbeiter ohne garantierte Arbeitszeit	0	0	0	0	0
Zahl der Mitarbeiter	**40.360**	**49.499**	**3**	**16**	**89.879**
Zahl der vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter	33.798	48.319	3	16	82.136
Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter	6.562	1.181	0	0	7.743

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

					31.12.2024
in Vollzeitkräften[1]	Weiblich	Männlich	Sonstige[2]	Keine Angabe	Insgesamt
Zahl der Mitarbeiter	**40.293**	**49.454**	**4**	**2**	**89.753**
Zahl der unbefristet beschäftigten Mitarbeiter	40.113	49.325	4	2	89.442
Zahl der befristet beschäftigten Mitarbeiter	180	131	0	0	311
Zahl der Mitarbeiter ohne garantierte Arbeitszeit	0	0	0	0	0
Zahl der Mitarbeiter	**40.293**	**49.454**	**4**	**2**	**89.753**
Zahl der vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter	33.443	48.393	4	2	81.842
Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter	6.850	1.061	0	0	7.911

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Vollzeitkräfte nach Art des Vertrags und Region

in Vollzeitkräften[1]	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Nord- und Südamerika	Asien-Pazifik, Naher Osten und Afrika	Insgesamt
					31.12.2025
Zahl der Mitarbeiter	**33.386**	**17.847**	**7.977**	**30.669**	**89.879**
Zahl der unbefristet beschäftigten Mitarbeiter	33.212	17.823	7.977	30.657	89.669
Zahl der befristet beschäftigten Mitarbeiter	174	24	0	12	210
Zahl der Mitarbeiter ohne garantierte Arbeitszeit	0	0	0	0	0
Zahl der Mitarbeiter	**33.386**	**17.847**	**7.977**	**30.669**	**89.879**
Zahl der vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter	26.352	17.178	7.958	30.648	82.136
Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter	7.035	668	19	21	7.743

[1] Rundungsdifferenzen möglich

in Vollzeitkräften[1]	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Nord- und Südamerika	Asien-Pazifik, Naher Osten und Afrika	Insgesamt
					31.12.2024
Zahl der Mitarbeiter	**35.160**	**17.672**	**7.991**	**28.930**	**89.753**
Zahl der unbefristet beschäftigten Mitarbeiter	34.893	17.641	7.991	28.917	89.442
Zahl der befristet beschäftigten Mitarbeiter	267	30	0	14	311
Zahl der Mitarbeiter ohne garantierte Arbeitszeit	0	0	0	0	0
Zahl der Mitarbeiter	**35.160**	**17.672**	**7.991**	**28.930**	**89.753**
Zahl der vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter	27.981	16.976	7.971	28.913	81.842
Zahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter	7.179	695	20	17	7.911

[1] Rundungsdifferenzen möglich

Merkmale der nicht angestellten Beschäftigten in der eigenen Belegschaft der Deutschen Bank

ESRS S1-1, ESRS S1-7, ESRS 2 MDR-P

Wenn der Deutschen Bank die für die erfolgreiche Umsetzung wichtiger Projekte und die Erbringung kritischer Leistungen vorübergehend benötigten Fähigkeiten nicht zu Verfügung stehen, setzt die Deutsche Bank strategisch auf externe Expertise und kurzfristige Unterstützung, auch wenn die Entwicklung und der Einsatz von Mitarbeitern, wo immer es möglich ist, weiterhin im Vordergrund steht. Die Richtlinie für Contingent Worker legt Mindestkontrollstandards fest, um den mit Contingent Workers verbundenen erhöhten Risiken zu begegnen und den diesbezüglich erweiterten gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen zu genügen. Im Jahr 2025 wurde die Contingent Worker Resource (CWR)-Richtlinie überarbeitet, um klare, durchgängige Leitlinien zu bieten. Daher wurden die Regelungen der bislang separaten Richtlinie für Hintergrundüberprüfungen sowie die Richtlinie für Arbeitskräftevermittlung in die überarbeitete CWR-Richtlinie aufgenommen und die separaten Richtlinien wurden somit obsolet.

Die Bank berichtet die Zahl der nicht angestellten Beschäftigten auf Vollzeitäquivalent-Basis basierend auf einem weltweit einheitlichen Berichtswesen. Dies bedeutet, dass Teilzeitbeschäftigte anteilig einbezogen werden.

Ende 2025 stieg die Zahl der nicht angestellten Beschäftigten in der eigenen Belegschaft, das sind Selbstständige oder Personen von externen Unternehmen, die in erster Linie auf Basis eines sogenannten time & material-Vertrags tätig sind, im Vergleich zum Vorjahr von 6.369 um 3.234 (50,8%) auf 9.603, hauptsächlich bedingt durch die Neuklassifizierung der IT-Vendor Ressource von einem Festpreis-Vertrag (unabhängig vom Stundensatz) auf einen time & material-Vertag (basierend auf Stundensätzen).

Nicht angestellte Beschäftigte nach Art der Beschäftigung

in Vollzeitkräften[1]	31.12.2025	31.12.2024
IT Vendor Resource (T&M-Basis)	6.452	2.219
Non-IT Contractor	1.296	1.484
Non-IT Temporary Admin & Clerical Resource	678	1.017
Non-IT Other Professional Services Resource	288	521
Non-IT Banking and Outsourced Services Resource	742	881
IT Contractor	148	248
Insgesamt	**9.603**	**6.369**

[1] Rundungsdifferenzen möglich

Neueinstellungen und Mitarbeiterfluktuation

ESRS S1-1, ESRS S1-6, ESRS 2 MDR-P

Die Deutsche Bank strebt danach, ein bevorzugter Arbeitgeber zu sein und attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten, um neue Talente anzuziehen und interne Talente zu halten. Im Jahr 2025 erreichte die Bank die Zertifizierung als Top-Arbeitgeber in Deutschland, Indien und Belgien.

Die globale Richtlinie der Bank ‚Einstellung, Onboarding und Offboarding von Mitarbeitern' legt die geltenden Anforderungen für die Einstellung von Mitarbeitern fest und umfasst Regeln für die Genehmigung von Einstellungen, die Akquise, die Anforderung an Bewerbungsgespräche, die Beurteilung der Kandidaten, das Bewerbermanagement sowie die Genehmigung von Einstellungsangeboten und für interne Versetzungen. Die Richtlinie legt fest, dass alle Bewerber während des gesamten Einstellungsverfahrens auf der Grundlage ihrer Eignung, z. B. wie Qualifikationen, Fähigkeiten und Erfahrungen, beurteilt und/oder interviewt werden müssen. Einstellungsverfahren sind vorurteilsfrei und frei von Diskriminierung aufgrund von ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, nationaler Herkunft, Alter, Religion, Behinderung, Familienstand, Schwangerschaft, sexueller Orientierung, und Ausdruck der Geschlechtsidentität, Staatsbürgerschaft oder jeglicher durch das Gesetz geschützter Merkmale vorzunehmen. Mitarbeiter des Deutsche Bank Konzerns, die am Einstellungsprozess beteiligt sind, müssen alle geltenden Gesetze einhalten. Die Richtlinie für die Einstellung von Mitarbeitern verweist auf den Praxisleitfaden für einstellende Führungskräfte, der besagt, dass die in einer Stellenbeschreibung der Deutschen Bank genannten Anforderungen umfassend zu formulieren sind, damit der Bewerberpool hinreichend vielfältig ist. Die Richtlinie der Bank ‚Einstellung, Onboarding und Offboarding von Mitarbeitern' legt einheitliche Anforderungen für Hintergrundüberprüfungen fest und weist den beteiligten Parteien entsprechende Verantwortlichkeiten zu. Die Richtlinie der Bank ‚Einstellung, Onboarding und Offboarding von Mitarbeitern' definiert, welche Mindestanforderungen für das Offboarding der eigenen Belegschaft gelten, wenn sie die Bank verlassen oder versetzt werden. Darüber hinaus legt die Policy on Assessment of the Suitability of Board Member, Branch Managers and Key Function Holders Mindestanforderungen an die Eignung von Vorstandsmitgliedern, Filialleitern sowie globalen und lokalen Schlüsselfunktionsinhabern fest. Die Richtlinie der Bank ‚Einstellung, Onboarding und Offboarding von Mitarbeitern' wird vom Leiter der Personalabteilung genehmigt und wird mindestens jährlich überprüft. Diese Richtlinie wird durch eine separate Leitlinie für Einstellung und Leitlinie für das Offboarding unterstützt, die klare Anforderungen und praktische Orientierungen für alle Aspekte der Mitarbeitereinstellung und des Offboardings formuliert.

Die weltweit zugängliche Karriereplattform dbCareers der Deutschen Bank informiert über offenen Stellen und Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Bank sowie über Entwicklungsmöglichkeiten, das inklusive Arbeitsumfeld und die Programme zum Wohlbefinden.

Um ihre Talentpipeline zu fördern, hat die Bank seit langem weltweite Hochschulabsolventen- und Praktikumsprogramme sowie Ausbildungsprogramme in Deutschland, im Vereinigten Königreich und in Indien etabliert. Die Deutsche Bank hat auch Initiativen für Quereinsteiger, um neue Talentpools zu erschließen. Außerdem hat die Deutsche Bank ein Rückkehrerprogramm für Mitarbeiter in Indien und Singapur etabliert. Um den Talentbedarf des Finanzdienstleistungssektors in wichtigen Bereichen zu decken, arbeitet die Bank in Singapur mit dem Institute of Banking and Finance (einer gemeinnützigen Vereinigung) in einem Programm namens Technology in Finance Immersion Program zusammen, das eine bis zu sechsmonatige Präsenzschulung, gefolgt von einer 12-monatigen Ausbildung am Arbeitsplatz in der Bank kombiniert.

Neue Mitarbeiter haben die Möglichkeit, den Einstellungsprozess freiwillig und anonym über die nach 30 bzw. 90 Tagen durchgeführte Umfrage für neue Mitarbeiter zu bewerten, wie im Abschnitt „Verfahren zur Behebung negativer Auswirkungen und Kanäle über die die eigene Belegschaft Bedenken äußern kann" im Kapitel „Eigene Belegschaft" beschrieben wird. Soweit gesetzlich zulässig, verwendet die Bank auch freiwillig von Mitarbeitern bereitgestellte demografische Informationen (z. B. Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung), um diese Prozesse noch inklusiver zu gestalten und in diesem Zusammenhang potenziell bestehende Auswirkungen auf bestimmte Gruppen zu identifizieren und bei Bedarf zu mindern.

Neueinstellungen und Mitarbeiterfluktuation nach Region

in Vollzeitkräften[1]	2025	2024
Regionen insgesamt		
Mitarbeiter zum Jahresende	89.879	89.755
Neueinstellungen	8.708	8.168
Austritte	-8.480	-8.444
Sonstige[2]	-102	-102
Deutschland		
Mitarbeiter zum Jahresende	33.386	35.160
Neueinstellungen	939	1.356
Austritte	-2.679	-2.580
Sonstige[2]	-33	-11
Europa (ohne Deutschland)		
Mitarbeiter zum Jahresende	17.847	17.672
Neueinstellungen	1.639	1.320
Austritte	-1.460	-1.725
Sonstige[2]	-4	-25
Nord- und Südamerika		
Mitarbeiter zum Jahresende	7.977	7.991
Neueinstellungen	969	881
Austritte	-999	-1.110
Sonstige[2]	16	-12
Asien-Pazifik, Naher Osten und Afrika		
Mitarbeiter zum Jahresende	30.669	28.930
Neueinstellungen	5.160	4.612
Austritte	-3.341	-3.229
Sonstige[2]	-81	-54

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Die Position „Sonstige" umfasst in erster Linie Veränderungen des Teilzeit-Prozentsatzes, Akquisitionen und Veräußerungen sowie Versetzungen von Mitarbeitern über Regionen und Bereiche hinweg

Im Jahr 2025 blieb die Gewinnung von Talenten ein wichtiger Schwerpunkt für die Deutsche Bank. Das Hauptaugenmerk lag darauf, Stellen in Wachstumsbereichen im Kundengeschäft der Geschäftsbereiche, zu besetzen. Ein weiterer Fokus bestand darin, die Kontroll- und IT-Abteilungen zu stärken, freiwillig ausgeschiedene Mitarbeiter in Bearbeitungszentren zu ersetzen und die wachsende Nachfrage in regulatorischen Bereichen, wie Client-Lifecycle-Management und Bekämpfung von Finanzkriminalität, durch Neueinstellungen zu decken. Die Bank hat außerdem 1.009 Stellen geschaffen (2024: 1.159), um Aufgaben zu übernehmen, die bislang von Externen ausgeführt wurden – insbesondere im IT-Bereich.

Neueinstellungen nach Altersstruktur

Vollzeitkräfte, Anteil in %[1]	2025	2024
< 30 Jahre alt	46,3	47,9
30 – 50 Jahre alt	50,5	48,9
> 50 Jahre alt	3,5	3,2

[1] Rundungsdifferenzen möglich

Neueinstellungen nach Geschlecht

Vollzeitkräfte, Anteil in %[1]	2025	2024
Weiblich	45,6	47,7
Männlich	54,3	52,2
Sonstige[2]	0,0	0,0
Keine Angabe	0,2	0,1

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Neueinstellungen nach Corporate Title

Vollzeitkräfte, Anteil in %[1]	2025	2024
Managing Directors, Directors und Vice Presidents	15,0	15,1
Assistant Vice Presidents und Associates	43,3	38,9
Non-Officers	41,7	47,9

[1] Rundungsdifferenzen möglich, Corporate Title der Postbank (einschließlich Tochtergesellschaften) technisch abgeleitet

Durchschnittliche Dauer, offene Stellen zu besetzen

in Tagen[1]	2025	2024
Durchschnittliche Dauer, offene Stellen zu besetzen	79	77
Durchschnittliche Dauer, offene geschäftskritische Stellen zu besetzen	55	55

[1] Dauer von Anforderung bis zum Angebotsdatum

Die Gesamtfluktuation blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert. Die Gesamtfluktuationsrate beinhaltet Kündigungen seitens der Mitarbeiter und Kündigungen seitens der Bank – einschließlich Restrukturierungen oder Kündigung wegen unzureichender Leistung – sowie das Auslaufen befristeter Verträge. Die Gesamtfluktuationsrate ist definiert als der prozentuale Anteil der Gesamtfluktuation (in Vollzeitkräften) im Berichtsjahr an der durchschnittlichen Zahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräften) am jeweiligen Monatsende des Berichtsjahres.

Die Fluktuationsrate aufgrund von Arbeitnehmerkündigungen stieg geringfügig von 5,9% im Jahr 2024 auf 6,2% im Jahr 2025, insbesondere bedingt durch einen steigenden Anteil von Mitarbeitern in Bearbeitungszentren in Indien, mit hohen Fluktuationsraten.

Mitarbeiterfluktuation nach Regionen

Vollzeitkräfte, in %	2025	2024
Alle Regionen	9,4	9,4
Deutschland	7,8	6,7
Europa (ohne Deutschland)	8,2	9,6
Nord- und Südamerika	12,5	13,7
Asien-Pazifik, Naher Osten und Afrika	11,2	11,4

Mitarbeiterfluktuation nach Altersstruktur

Vollzeitkräfte, Anteil in %[1]	2025	2024
< 30 Jahre alt	24,6	25,8
30 – 50 Jahre alt	48,7	49,6
> 50 Jahre alt	26,7	24,7

[1] Rundungsdifferenzen möglich

Mitarbeiterfluktuation nach Geschlecht

Vollzeitkräfte, Anteil in %[1]	2025	2024
Weiblich	44,7	43,9
Männlich	55,3	56,1
Sonstige[2]	0,0	0,0
Keine Angabe	0,0	0,0

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Interne Karrieremobilität

Interne Mobilität spielt eine wichtige Rolle um qualifizierte und talentierte Mitarbeiter weiterzubilden und zu halten. Damit stellt die Bank sicher, dass sie weiterhin von ihrer Expertise und Erfahrung profitiert. Die Bank fördert die bereichsübergreifende Mobilität, die es den Mitarbeitern ermöglicht, ihre Fähigkeiten auszubauen und neue Erfahrungen zu sammeln. Außerdem trägt interne Mobilität dazu bei, die Abfindungs- und Einstellungskosten der Bank zu senken. Das weltweit zugängliche interne Personalsystem der Bank bietet einen aktuellen Überblick der offenen Stellen und bietet aktuelle Aufzeichnungen über den Status des eigenen Einstellungsprozesses.

Im Jahr 2025 konzentrierte sich die Deutsche Bank weiter darauf, mehr als ein Drittel aller freien Stellen mit geeigneten Kandidaten intern zu besetzen. Offene Stellen werden üblicherweise zunächst mindestens für zwei Wochen intern ausgeschrieben, wie in den internen Richtlinien niedergelegt. Informationsveranstaltungen zu internen Bewerbungsprozessen stärken die Kenntnisse über die Bereiche der Bank, die Einführung neuer Technologien und die Priorisierung interner Kandidaten. Sie helfen sowohl den von Umstrukturierungen betroffenen Mitarbeitern als auch denen, die ihre Fähigkeiten in der Bank weiterentwickeln möchten, dabei, neue Rollen in der Bank zu finden. Damit stärken sie auch die Widerstandsfähigkeit des Geschäftsmodells der Bank und die bereichsübergreifende Zusammenarbeit. Die Summe der Einsparungen aufgrund von Versetzungen reduzierte sich im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer geringeren Anzahl von Versetzungen.

Interne Besetzungsraten und Einsparungen durch Versetzungen

	2025	2024
Anteil intern besetzter Stellen (in %)	32,6	35,4
Anteil intern besetzter geschäftskritischer Stellen (in %)[1]	66,7	69,6
Einsparungen aufgrund von Versetzungen (in Mio. €)[2]	42	83

[1] Anteil der internen Bewerber, die eingestellt wurden, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Einstellungen für senione und sensitive Positionen
[2] Summe aus vermiedenen Abfindungs- und Einstellungskosten

Hochschulabsolventen und Auszubildende

Die Deutsche Bank ist weiterhin entschlossen, Nachwuchstalente zu gewinnen, darunter Trainees, Praktikanten, Auszubildende und Dual Studierende. Die Bank investiert in die Entwicklung dieser Talente durch Ausbildungs- und Duale Studienprogramme, Insight-Programme und Praktika und trägt so zur Förderung vielfältiger und qualifizierter Nachwuchskräfte bei. Auszubildende und Dual Studierende tragen zur Diversität der Belegschaft der Bank bei und bringen wichtige Fähigkeiten mit, die den Anforderungen der Kunden entsprechen. Im Rahmen ihrer Strategie setzt die Bank zudem auf Hochschulabsolventen, um ihren Talentpool von Nachwuchskräften zu erweitern.

Der Auswahlprozess für Trainees und Praktikanten wurde 2025 neugestaltet, um dem zukünftigen Kompetenzbedarf Rechnung zu tragen. Während des anspruchsvollen Einstellungsprozesses unterstützt die Bank Schulabgänger und Hochschulabsolventen beim Übergang in die Arbeitswelt. Das Coaching-Angebot der Bank ist darauf ausgerichtet, Selbstvertrauen und grundlegende berufliche Fähigkeiten aufzubauen und Kandidaten von der Bewerbung bis zum ersten Arbeitstag bei der Deutschen Bank zu begleiten. Die Inhalte werden in verschiedenen virtuellen Formaten bereitgestellt, um Zugänglichkeit und Engagement sicherzustellen. Die Einstellungsmaßnahmen der Bank setzten zudem verstärkt auf Sichtbarkeit in Onlineportalen, sozialen Medien und auf virtuelle Angebote, da die jüngeren Zielgruppen der Bank dazu neigen, sich über digitale Plattformen zu informieren. Die Gewinnung geeigneter Kandidaten blieb herausfordernd. Das Active-Sourcing-Team der Bank arbeitete eng mit Schulen zusammen und sprach mit frühzeitigen Orientierungsprogrammen junge Menschen an, um zukünftige Auszubildende und Dual Studierende zu gewinnen.

Bezüglich ihrer Nachwuchsstrategie in Deutschland bot die Deutsche Bank weiterhin ein vielfältiges Angebot an Ausbildungs- und dualen Studiengängen an, das auf die Bedürfnisse der verschiedenen Bereiche der Bank zugeschnitten ist.

Im Rahmen des zwölf-monatigen Graduate-Programms bietet die Bank ein hybrides Orientierungs- und Trainingsprogramm an.

In Deutschland wurde die Deutsche Bank mit dem Siegel „Fair Graduate Program 2025" des Trendence-Instituts ausgezeichnet, was das Engagement der Bank für faire und karrierefördernde Programme würdigt. Außerdem erhielt die Bank die Auszeichnung „Fair Company 2025" von der Handelsblatt GmbH, die die Wertschätzung der Deutschen Bank gegenüber ihren Praktikanten sowie ein gutes Arbeitsumfeld anerkennt sowie den Schulewirtschaft-Preis für ihr Engagement, junge Menschen beim Übergang in die Arbeitswelt zu unterstützen.

Im Jahr 2025 blieb die absolute Einstellungszahl der Auszubildenden und der Dual Studierenden in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Der Anteil der Auszubildenden und der Dual Studierenden an den Festangestellten in den als Ausbildungsbetrieben der Bank tätigen Einheiten blieb im Vergleich zum Vorjahr stabil (-0,1%). Die Bank baute zudem ihr Angebot an Ausbildungsprogrammen im Vereinigten Königreich weiter aus, das inzwischen die Bereiche Technologie, Daten und Innovation, Investmentbank und Unternehmensbank umfasst. In Indien wurde ebenfalls ein einjähriges Ausbildungsprogramm gestartet, das vielversprechenden Nachwuchstalenten wertvolle Chancen bietet und bei entsprechender Leistung die Möglichkeit einer Übernahme in eine Festanstellung eröffnet.

Bereichsübergreifend erlebt die Bank eine starke Fokussierung auf Digitalisierungsthemen, was zu neuen Tätigkeitsprofilen führt und neue duale Studiengänge erfordert. Als Reaktion darauf erweiterte die Deutsche Bank seit August 2024 ihre Einstiegsangebote in den Bereichen Operations, Infrastruktur sowie Technologie, Daten und Innovation und führte in Zusammenarbeit mit verschiedenen Hochschulen drei neue duale Studiengänge in Deutschland ein. Diese Strategie wurde 2025 fortgeführt.

Einstellung globaler Hochschulabsolventen und Auszubildende

in Mitarbeitern	2025	2024
Einstellung und Mitarbeiterentwicklung		
Einstellung globaler Hochschulabsolventen	1.025	1.160
Einstellung Auszubildende und Dual Studierende[1]	381	376
Anteil der Auszubildenden und der Dual Studierenden in % der Festangestellten in Deutschland	3,1	3,2

[1] Auszubildende und Dual Studierende in Deutschland

Human Capital Return on Investment (ROI)

Die Deutsche Bank verwendet die Human Capital Return on Investment (ROI)-Kennzahl, um zu messen, wie effektiv die Investition in Humankapital die Ziele der Bank unterstützt. Die Kennzahl spiegelt das Verhältnis von Einkommen/Einnahmen zu Beschäftigungskosten wider.

Der Humankapital-ROI für 2025 betrug 96,8% (2024: 60,7%). Der Anstieg im Jahr 2025 resultierte aus dem Anstieg der Nettoerträge, der den Anstieg des Personalaufwands übertraf.

Im Jahr 2025 stiegen die gesamten Personalkosten um 426 Mio. € auf 12.603 Mio. € (2024: 12.176 Mio. €). Der Anstieg wurde hauptsächlich durch höhere leistungsbezogene Vergütungen, Lohnwachstum und gezielte Aufstockung der eigenen Belegschaft im Rahmen der Globalen Hausbank-Strategie verursacht. Die durchschnittlichen Nettoerträge pro Vollzeitkraft stiegen im Jahr 2025 um 23 Tsd. € auf 357 Tsd. € (2024: 334 Tsd. €).

Human Capital Return on Investment (ROI)

	2025	2024
Humankapital (ROI) (in %)	96,8	60,7
Personalkosten insgesamt (in Mio. €)[1]	12.603	12.176
Durchschnittliche Nettoerträge per Vollzeitkraft (in Tsd. €)	**357**	**334**

[1] Personalaufwand für Mitarbeiter plus Servicegebühren für contractors, agency temps und IT vendor resources

Die Zahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Mitarbeiter steht im Zusammenhang mit dem im Jahresabschluss ausgewiesenen Personalaufwand.

Arbeitsbedingungen

ESRS S1-1, ESRS S1-4, ESRS S1-5, ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-A

Die Deutsche Bank verpflichtet sich, faire und attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten und hat entsprechende Richtlinien und Verfahren, wie zum Beispiel die globale Richtlinie zur Steuerung von Leistung, Konsequenzen und Vergütung und die Richtlinie für Umwelt, Gesundheit und Arbeitssicherheit, die im Abschnitt „Leistung und Vergütung" bzw. im Abschnitt „Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben" dieses Kapitels zur „Eigenen Belegschaft" beschrieben werden.

Um die sich im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen ergebenden materiellen negativen und positiven Auswirkungen sowie die damit verbundenen materiellen Risiken und Chancen durch geeignete Maßnahmen zu managen und den diesbezüglichen Fortschritt zu messen, hat die Deutsche Bank ein Ziel für den Rahmen des Kultur-Pulse-Index festgelegt, der widerspiegelt, wie Mitarbeiter die Arbeitsbedingungen wahrnehmen. Die Kennzahl wird auf Grundlage der Kultur-Puls-Befragung unter den Mitarbeitern ermittelt. Das diesbezügliche Ziel spielt sowohl auf Gruppen- als auch auf Divisionsebene eine entscheidende Rolle, wie im Abschnitt „Einbeziehung der eigenen Belegschaft und Mitarbeiterfeedback" dieses Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben.

Tarifvertragliche Abdeckung und sozialer Dialog

ESRS S1-5, ESRS S1-8, ESRS 2 MDR-T

Die Deutsche Bank bekennt sich zur Tarifbindung und zum Abschluss neuer bzw. zur Anpassung oder Weiterentwicklung bestehender Tarifverträge – sowohl um lokalen Gesetzen zu entsprechen als auch um zu sicheren Beschäftigungsbedingungen und somit zu einem positiven Arbeitsumfeld beizutragen. Ziel der Bank ist der konstruktive Dialog mit allen Arbeitnehmervertretungen und Sozialpartnern, der geprägt ist von partnerschaftlicher und vertrauensvoller Zusammenarbeit. Die Bank wahrt Informations- und Mitbestimmungsrechte bei der Setzung von Unternehmenszielen, deren Monitoring und bei der Ableitung von Maßnahmen, die der Erreichung dieser Ziele dienen.

Hinsichtlich der Abdeckung der Mitarbeiter durch Tarifverträge wird zunächst die globale Abdeckungsquote veröffentlicht. Der Anteil der Mitarbeiter der Bank, die von Tarifverträgen abgedeckt sind, beträgt 28,6%. Diese Abdeckungsquote ist durch die geografische Präsenz der Bank beeinflusst, da rund die Hälfte der Mitarbeiter in Ländern tätig ist, in denen keine Tarifverträge bestehen. Zudem wird die Abdeckungsquote für die beiden Länder veröffentlicht, in denen die Bank über eine signifikante Zahl von Beschäftigten im Sinne von ESRS S1 verfügt, das heißt mindestens eine Zahl von 50 Mitarbeitern, was gleichzeitig mindestens 10% der Gesamtzahl der Mitarbeiter entspricht. Im Europäischen Wirtschaftsraum bestehen in mehreren Ländern Tarifverträge, die innerhalb ihres jeweiligen Geltungsbereichs arbeitsbezogene Regelungen treffen (die Abdeckungsquote im Europäischen Wirtschaftsraum beträgt 56,3%). Zum 31. Dezember 2025 war Deutschland das einzige Land im Europäischen Wirtschaftsraum, das über eine signifikante Zahl von Beschäftigten im Sinne des ESRS S1 verfügte. Die Mitarbeiterzahl in Deutschland entsprach 39,8% der Gesamtzahl der Mitarbeiter der Bank (2024: 42,0%). In Deutschland waren 53,4% aller Mitarbeiter durch Tarifverträge erfasst (2024: 55,7%). Diese Zahl schließt die bei der Deutschen Bank tätigen Beamten ein, welche bundesrechtlich über ein gleichwertiges Regelungs- und Schutzniveau verfügen. Die Veränderung der Quote tariflicher Mitarbeiter zum Vorjahr reflektiert strukturelle Veränderungen in der Mitarbeiterpopulation. Außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums war Indien (Region Asien-Pazifik) in 2025 das einzige Land, das die Schwelle einer signifikanten Zahl von Beschäftigten erreichte. Entsprechend der Marktpraxis gehörte keiner der Mitarbeiter der Bank in Indien einer Gewerkschaft an. Daher waren die Mitarbeiter der Bank in Indien nicht durch Tarifverträge abgedeckt.

Die Deutsche Bank unterhält konstant enge Beziehungen zu den Arbeitnehmervertretern. In Deutschland, dem einzigen Land des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) mit einer signifikanten Zahl von Beschäftigten im Sinne des ESRS S1, waren im Jahr 2025 96% aller Mitarbeiter durch Betriebsräte/Betriebsratsvereinbarungen abgedeckt (2024: 96%). Die Vertretung erfolgt auf lokaler, Unternehmens- und/oder Konzernebene. Die verbleibenden 4% (2024: 4%) der deutschen Mitarbeiter waren leitende Angestellte, die durch einen Sprecherausschuss nach dem deutschen Sprecherausschussgesetz auf Unternehmens- und/oder Konzernebene vertreten sind. In Deutschland wurden daher 100% der Mitarbeiter von Arbeitnehmervertretern repräsentiert. Im Jahr 2025 hat die Bank in Deutschland mehrere Konzernbetriebsvereinbarungen abgeschlossen, beispielsweise zum weiterentwickelten Vergütungs- und Leistungsbewertungssystem oder zur Teilzeit und Brückenteilzeit.

Die Mitarbeiter der Bank werden auch auf europäischer Ebene vertreten, wie im Abschnitt „Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern"" des Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben.

Tarifvertragliche Abdeckung und sozialer Dialog

31.12.2025

	Tarifvertragliche Abdeckung		Sozialer Dialog
Abdeckungsquote	Mitarbeiter - EWR (für Länder mit >50 Mitarbeiter, die >10% der Gesamtzahl ausmachen)	Mitarbeiter - Nicht-EWR (Schätzung für Regionen mit >50 Mitarbeiter, die >10% der Gesamtzahl ausmachen)	Vertretung am Arbeitsplatz (nur EWR) (für Länder mit >50 Mitarbeiter, die >10% der Gesamtzahl ausmachen)
0-19%		Indien	
20-39%			
40-59%	Deutschland		
60-79%			
80-100%			Deutschland

31.12.2024

	Tarifvertragliche Abdeckung		Sozialer Dialog
Abdeckungsquote	Mitarbeiter - EWR (für Länder mit >50 Mitarbeiter, die >10% der Gesamtzahl ausmachen)	Mitarbeiter - Nicht-EWR (Schätzung für Regionen mit >50 Mitarbeiter, die >10% der Gesamtzahl ausmachen)	Vertretung am Arbeitsplatz (nur EWR) (für Länder mit >50 Mitarbeiter, die >10% der Gesamtzahl ausmachen)
0-19%		Indien	
20-39%			
40-59%	Deutschland		
60-79%			
80-100%			Deutschland

Im Zuge ihrer Transformations- und Optimierungsvorhaben setzt die Deutsche Bank zahlreiche Initiativen und Maßnahmen um. Sofern damit Restrukturierungen und Personalabbau verbunden sind, bleibt die Deutsche Bank ihrer Verpflichtung treu, diese transparent und sozial verantwortlich umzusetzen – je nach Fallgestaltung unter Einbeziehung des Betriebsrats. Umstrukturierungsmaßnahmen sehen grundsätzlich eine angemessene Kündigungsfrist für Mitarbeiter vor. Die Kündigungsfristen (sowie gegebenenfalls Konsultations- oder Verhandlungserfordernisse) richten sich nach den rechtlichen Grundlagen in den jeweiligen Ländern, wie zum Beispiel Gesetze, Tarifverträge, Mitarbeiterhandbücher oder individuelle Arbeitsverträge. In Deutschland gelten für tarifliche Mitarbeiter jene Kündigungsfristen, die in den jeweiligen Tarifverträgen festgelegt sind; für außertarifliche Mitarbeiter gelten vertraglich vereinbarte oder gesetzliche Kündigungsfristen.

Die Deutsche Bank verfolgt bei der Umsetzung organisatorischer Veränderungen einen ganzheitlichen Ansatz, der in den Sozialplan der Bank - ein Instrument, welches dazu dient, wirtschaftliche Nachteile, die Mitarbeiter durch Betriebsänderungen erleiden, zu kompensieren oder zu mildern - eingebettet ist. Er ist darauf ausgerichtet, die von Umstrukturierungsmaßnahmen betroffenen Mitarbeiter zu unterstützen, indem die Bank ihre Beschäftigungsfähigkeit erhöht und ihnen individuelle Coaching-Angebote macht. Mitarbeitern, Führungskräften, Betriebsräten und Personalberatern, die in Veränderungsprozesse eingebunden sind, steht ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Verfügung. Damit fördert die Bank zudem ihre Strategie, offene Stellen mit geeigneten internen Bewerbern zu besetzen und mit Hilfe eines Netzwerkes von spezialisierten Anbietern nach Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Bank zu suchen. Für in der Privatkundenbank tariflich beschäftigte Mitarbeiter der ehemaligen Postbank-Gruppe, die heute in der Deutschen Bank AG, der Postbank Filialvertrieb AG, der BHW Bausparkasse AG und einigen weiteren DB-Gesellschaften in Deutschland beschäftigt sind, gilt ein Tarifvertrag über die Arbeitsplatzsicherheit, der eine Kündigung aus betriebsbedingten Gründen bis zum 31. Dezember 2027 ausschließt und damit über den gesetzlichen Kündigungsschutz hinausgeht.

Mitarbeiterentwicklung

ESRS S1-13

Die Bereitstellung von Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten ist ein zentraler Bestandteil attraktiver Arbeitsbedingungen. Die Bank fördert das kontinuierliche Lernen, unterstützt ihre Talente durch spezifische Entwicklungsprogramme und Nachfolgeplanung und stellt sicher, dass die diesbezüglichen Unterlagen auf dem aktuellen Stand sind und den Mitarbeitern zur Verfügung stehen, damit sie ihre Fortschritte beim Lernen, Schulungen und Karriereentwicklung nachvollziehen können. Kontinuierliches Lernen ist der Schlüssel zum Erfolg der Bank, um ihre Kunden qualifiziert und kompetent zu betreuen.

Lernen

Die Deutsche Bank glaubt an die Entwicklungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter und strebt ein Arbeitsumfeld an, das kontinuierliches Lernen fördert. Im Rahmen des Bestrebens der Bank, eine starke Lernkultur zu etablieren, werden zahlreiche Schulungsveranstaltungen und Trainingsaktivitäten bankweit durchgeführt. Dazu gehören verpflichtende Schulungen, selbstgesteuertes/optionales Lernen, sowie Führungskräfte- und Talententwicklungsprogramme. Die Lernangebote umfassen unter anderem Präsenzveranstaltungen, E-Learning, Artikel, Videos, Podcasts oder virtuelle Trainings – und bieten somit vielfältige Möglichkeiten zur Unterstützung der Entwicklung der Mitarbeiter. Lernen findet zudem regelmäßig am Arbeitsplatz und in Umgebungen statt, die nicht in den Lernsystemen der Bank erfasst sind. Die Schulungen werden gleichermaßen für Vollzeit- und Teilzeitmitarbeiter angeboten.

Trainingsausgaben

	2025	2024
Trainingsausgaben (in Mio. €)	43,4	37,6
Durchschnittliche Trainingsausgaben pro Mitarbeiter (in €)	483	417

Die Trainingsausgaben der Bank beliefen sich im Jahr 2025 auf 43,4 Mio. €, das entspricht durchschnittlichen Trainingsausgaben von 483 € pro Vollzeitkraft (2024: 37,6 Mio. €, durchschnittlich 417 € pro Vollzeitkraft). Diese Zahlen reflektieren ausschließlich die Ausgaben für externe Trainingsanbieter.

Trainingsstunden nach Geschlecht

	2025		2024	
Geschlecht[2]	Anzahl Trainingsstunden insgesamt	Durchschnittliche Anzahl Trainingsstunden pro Mitarbeiter	Anzahl Trainingsstunden insgesamt	Durchschnittliche Anzahl Trainingsstunden pro Mitarbeiter
Weiblich	961.268	21,6	802.722	18,0
Männlich	1.158.570	22,6	961.007	18,6
Sonstige[2]	1.047	181,5	85	16,7
Keine Angabe	603	80,1	17	13,3
Insgesamt	**2.121.489**	**22,1**	**1.763.831**	**18,3**

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Im Jahr 2025 absolvierten die Mitarbeiter 2,1 Mio. Lernstunden (2024: 1,8 Mio.), davon 44% (2024: 48%) als verpflichtende Trainings. Unter der Annahme eines 8-Stunden-Tages und geteilt durch die Gesamtzahl der Beschäftigten entspricht die Gesamtzahl der Trainingsstunden im Jahr 2025 2,8 durchschnittliche jährliche Trainingstage pro Mitarbeiter (2024: 2,3 durchschnittliche jährliche Trainingstage pro Mitarbeiter).

Die Bank ist überzeugt, dass Lernen überall und jederzeit stattfindet – nicht nur in formalen Kursen und Veranstaltungen. Das zentrale Element für das Lernen ist die Lernplattform LearningHub, die Nutzer-Präferenzen erkennt und mithilfe von maschinellem Lernen Mitarbeitern weltweit personalisierte Lernempfehlungen gibt. Expertenteams in der Bank können auf die Bedürfnisse der Geschäftsbereiche zugeschnittene Lernpfade erstellen und verwalten und so eine schnellere und relevantere Kompetenzentwicklung ermöglichen.

Im Mai 2025 wurde das E-Learning-Modul „Aspirational Culture in Action" eingeführt, um das Rahmenwerk „This is Deutsche Bank" und die angestrebte Unternehmenskultur zu unterstützen, wie ausführlicher im Kapitel „Kultur, Integrität und Verhalten" beschrieben. Dieser innovative, 35-minütige Kurs vermittelte seine Inhalte in Form einer erzählerischen, realitätsnah gestalteten Lerneinheit, die die Teilnehmer aktiv eingebunden hat. Mehr als 6.600 Mitarbeiter haben dieses E-Learning im Jahr 2025 erfolgreich abgeschlossen.

Um die Vision der Deutschen Bank als Globale Hausbank zu verwirklichen, ist es entscheidend, dass jeder Mitarbeiter versteht, wo und auf welche Weise die Bank tätig ist. Der Globale Hausbank Navigator ist ein neues Lernerlebnis, das im Oktober 2025 eingeführt wurde. Es soll das Verständnis der Mitarbeiter stärken, welche Kunden die Bank betreut und wie die eigene Belegschaft gemeinsam zur Betreuung der Kunden beiträgt. Durch die Entwicklung und Stärkung dieses Verständnisses sind die Mitarbeiter besser in der Lage, proaktiver und als bankweite Teams zusammenzuarbeiten und damit das kollektive Wissen der Bank den Kunden bereitzustellen, um deren finanziellen Bedürfnisse zu erfüllen. Im Jahr 2025 wurde dieser Kurs an alle Mitarbeiter ausgerollt. Mehr als 88.200 Mitarbeiter hatten ihn bis Jahresende abgeschlossen.

Als Antwort auf die steigende Nachfrage Kompetenzen strukturiert zu entwickeln, wurde im März 2025 die Skill Building Initiative gestartet. Sie bietet ein skalierbares, von einem Trainer geleitetes Schulungsmodell, das Masterclass (Vermittlung von Expertenwissen) - und Skill Sprint-Formate (Lösen eines kurzfristigen spezifischen Problems) kombiniert. Das Modell ist darauf ausgerichtet, zehn Kernkompetenzen in Übereinstimmung mit der von der Bank angestrebten Unternehmenskultur und ihrem Kompetenzmodell zu entwickeln. Dazu gehören unter anderem Präsentationen für hochrangige Führungskräfte, datengestütztes Storytelling, generative KI und Führung von Verhandlungen. Die zweite Runde begann im September 2025 und erweiterte das Angebot um neue Sprachen und zusätzliche Themen. Die Nachfrage ist hoch, mit mehr als 16.200 belegten Plätzen im Jahr 2025.

Ein Beispiel für bereichsspezifische Lernprogramme ist die CB Fit4Future-Initiative der Unternehmensbank. Sie wurde 2025 eingeführt und bündelt alle Lernressourcen in einem zentralen Hub, der Mitarbeitern strukturierte Wege zur Kompetenzentwicklung in Bereichen wie Vertrieb, Verhandlung, Risikomanagement und ESG-orientierte Lösungen bietet. Dies ist ein Beispiel dafür, wie die Bank berufsspezifische Trainings- und Entwicklungsprogramme bereitstellt. Die Initiative verzeichnete eine starke Nachfrage: Bis Jahresende 2025 nahmen über 1.900 Mitarbeiter der Unternehmensbank teil – das entsprach 24% der Belegschaft der Unternehmensbank. Fit4Future ist nicht nur eine Lerninitiative, sondern bedingt auch einen kulturelleren Wandel, der kontinuierliche Entwicklung in das Betriebsmodell der Bank integriert. Sie unterstützt strategische Ziele sowohl in kommerzieller Hinsicht als auch vertrauensvolle Beratungen sowie operative Exzellenz und stärkt Führungskräfte bei der Leistungssteigerung und Talentbindung.

Ende 2024 startete die Deutsche Bank die How To Series – eine Sammlung aktueller virtueller Trainingseinheiten, die von HR-Experten entwickelt wurden, um Führungskräfte und Mitarbeiter fristgerecht bei zentralen HR-Themen wie beispielsweise den jährlichen Prozessen zu unterstützen. In der ersten Runde, von Ende 2024 bis Mitte 2025, führten 50 Moderatoren 44 Trainingseinheiten mit über 10.300 Teilnehmern durch. Die zweite Runde begann Ende 2025.

Die Weiterbildung der Mitarbeiter für die Transformation durch Künstliche Intelligenz (KI) bleibt ein zentraler Fokus der Lern- und Entwicklungsstrategie der Deutschen Bank. Im Jahr 2025 baute der Bereich Technology, Data and Innovation (TDI) auf dem umfassenden KI-Schulungsrahmen aus 2024 auf, der die verantwortungsvolle Entwicklung und Nutzung von KI in der gesamten Organisation fördert. Das Programm Generative AI Fundamentals, eingeführt im dritten Quartal 2024, hat bereits über 16.600 Mitarbeiter mit grundlegenden KI-Kenntnissen ausgestattet und eine Kultur der Neugier und Bereitschaft für KI geschaffen. Für fortgeschrittene Anwender richtet sich das DB Generative AI Developer Training an Ingenieure, die KI-Anwendungen entwickeln. Die erste Pilotkohorte, die Ende März 2025 startete, schloss bis zum Jahresende insgesamt mehr als 850 Absolventen ab.

Die Deutsche Bank investiert weiterhin in die Cloud-Kompetenzen ihrer Mitarbeiter, etwa durch das Deutsche Bank Cloud Engineer Programm und eine wachsende Zahl von Lernpfaden für Experten wie Cloud Architect oder Data Engineer. Diese strukturierten Programme dienen der umfassenden Weiterbildung von Ingenieuren der Bank im Bereich Google Cloud. Im Jahr 2025 schlossen mehr als 1.700 Mitarbeiter das Cloud Engineer Programm und 1.150 die Expertenprogramme erfolgreich ab. Insgesamt haben über 6.600 Mitarbeiter fortgeschrittene Cloud-Trainings abgeschlossen.

Zusätzlich zu divisionalen Trainings, unterstützen die Regionen ebenfalls die Mitarbeiterentwicklung. Ein Beispiel hierfür ist die zweite Runde des bereichsübergreifenden Mentoring-Programms in Europa, das im Juni 2025 startete. Es bringt über 40 Top-Talente (Vice Presidents) aus ganz Europa mit Führungskräften aus der Region zusammen. Monatliche Mentor-Mentee-Sitzungen die nach der Erreichung festgelegter Ziele stattfinden, unterstützen die angestrebte Lernkultur, Führungskräfteentwicklung und bereichsübergreifende Zusammenarbeit. Die Investition in die Führungskräfteentwicklung und die übergreifende Vernetzung von Kollegen unterstützt zukünftige Führungskräfte dabei, ein besseres Verständnis für Kundenbedürfnisse zu entwickeln und damit das Modell der Globalen Hausbank umzusetzen.

Darüber hinaus unterstützt die Deutsche Bank ihre Mitarbeiter, sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitkräfte, dabei, weitere Qualifikationen, Abschlüsse und Zertifizierungen zu erwerben. Dies kann eine Vielzahl von Themen umfassen, die je nach Region und Abteilung variieren – zum Beispiel Auditoren, die ihre Zertifizierungen (CPA, CIA, EFFAS und CFE) abschließen, oder die Technologieexperten der Bank, die ihre Cloud-Akkreditierungen und CPD-akkreditierten Weiterbildungen erhalten, sowie HR-Mitarbeiter, die verschiedene Zertifikate erwerben, wie beispielsweise die IHK-Trainerprüfung oder den Transformation Manager.

Führungskräfteentwicklung
Der Leadership Kompass ist ein zentrales Element der Unternehmenskultur der Deutschen Bank. Er basiert auf acht transparenten und umsetzbaren Verhaltensweisen, im Einklang mit der angestrebten Unternehmungskultur, von denen erwartet wird, dass Führungskräfte diese konsequent vorleben.

Führungskräfte werden ermutigt, das Kompass Upward Feedback Tool zu nutzen, ein internes Instrument zur Selbsteinschätzung und anonymen Rückmeldung für Teams mit drei oder mehr Teammitgliedern, um die Wahrnehmung ihrer Führung im Einklang mit dem Leadership Kompass besser zu verstehen. Bis Jahresende 2025 nutzten über 3.000 der Führungskräfte das Tool.

Darüber hinaus wurde 2025 die Leadership Kompass Coaching-Initiative für Führungskräfte eingeführt, die gezieltes Coaching durch interne Coaches bietet, um Führungsfähigkeiten zu stärken und die Selbstwahrnehmung durch die Perspektive des Leadership Kompass zu verbessern.

Das All Managers Curriculum, eine sorgfältig ausgewählte und gezielte Reihe von Entwicklungsmöglichkeiten für alle Führungskräfte in Voll- und Teilzeit, das im Juli 2024 eingeführt wurde, entwickelte sich 2025 weiter. Das Curriculum wird durch umfassende Lernpfade und Manager-Workshops vermittelt, die Führungskräften die Möglichkeit bieten, von Experten zu lernen und ihr Netzwerk mit Kollegen auszubauen. Im Einklang mit der angestrebten Unternehmenskultur ermutigen die Angebote des Curriculums Führungskräfte dazu, über ihren Einfluss auf ihre Teams zu reflektieren, mit Fairness und ohne Vorurteile zu handeln und ein Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem sich jede Person wertgeschätzt fühlt. Basierend auf den Ergebnissen der Mitarbeiterbefragung wurden zudem zwei neue Manager-Workshops konzipiert und in das Curriculum aufgenommen: Lead Decisively, Delegate Effectively sowie Leading Change. Diese Workshops behandeln Themen wie das Übernehmen von Verantwortung für Entscheidungen, das klare Delegieren von Aufgaben sowie die Entwicklung von Empathie und Methoden der Führung in Veränderungsprozessen. Das Curriculum legt den Fokus darauf, welche Schlüsselkompetenzen Führungskräfte benötigen, um ihre Teams wirksam zu befähigen – insbesondere durch die Entwicklung von Fähigkeiten in den Bereichen Feedback, den Umgang mit unbewussten Vorurteilen, Coaching, Vielfalt und Teilhabe und Wachstum. Im Jahr 2025 nahmen mehr als 1.900 Führungskräfte an diesen Workshops teil.

Die Bank bietet zwei zentrale Vorzeigeprogramme für neue Führungskräfte: Das First-time Manager Programm und das Senior Leadership Essentials Programm statten diese Manager mit dem notwendigen Wissen und den Fähigkeiten aus, die erfolgreiche Manager benötigen. Das First Time Manager Programm wurde mit Gold für „Leadership Development" bei den HCM Excellence Awards 2025 der Brandon Hall Group ausgezeichnet. Im Jahr 2025 nahmen über 1.700 neue Führungskräfte diese Angebote in Anspruch und erwarben das entscheidende Wissen und die Fähigkeiten, um ihr Team im Einklang mit den Verhaltensweisen des Leadership Kompass zu führen.

Ein regionales Führungsprogramm ist das APAC MEA Franchise Leadership Programm, das Mitte 2025 in Kooperation mit INSEAD erfolgreich abgeschlossen wurde. 48 Managing Directors und Directors absolvierten eine zwölfmonatige Lernreise. 94% der Teilnehmer gaben Rückmeldung zum Programm, das ausschließlich positiv war.

Förderung von Talenten
Die Talentförderungsprogramme der Deutschen Bank unterstützen die berufliche und persönliche Entwicklung der Mitarbeiter und beschleunigen ihre Befähigung für komplexere Aufgaben. Die Programme werden kontinuierlich aktualisiert und beinhalten Coaching-Elemente und Networking-Möglichkeiten, um sicherzustellen, dass sie in einer sich schnell verändernden Welt an der Spitze des geschäftlichen Denkens bleiben.

Das Accomplished Top Leaders Advancement Strategy (ATLAS) Programm richtet sich an weibliche, seniore Talente mit hohem Potenzial, um sie für größere Aufgaben zu qualifizieren. In 2025 führte die Bank den siebten Durchgang seit Beginn des Programms in 2009 mit 21 Teilnehmern durch, da dieses nicht jährlich durchgeführt wird.

Die Talentförderprogramme für Vice Presidents und Directors entwickeln die Fähigkeiten von High Potentials und bereiten sie darauf vor, mehr Verantwortung zu übernehmen, sei es in einer erweiterten, neuen oder höheren Position. Die Programme sind auf die Zielgruppen zugeschnitten und behandeln Themen wie Resilienz, Verhandlung, Führung im Wandel und authentische Führung. Teilnehmer haben zudem die Möglichkeit, mit den senioren Führungskräften der Bank in Austausch zu treten. Seit der Einführung der Programme im Jahr 2016 für Vice Presidents und im Jahr 2017 für Directors, wurden 35% der Vice Presidents zu Directors und 28% der Directors zu Managing Directors befördert. Für das Director Talentförderprogramm arbeitet die Deutsche Bank mit der Hochschule London Business School zusammen.

Diese Talententwicklungsprogramme spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Personalstrategie der Bank und werden fortlaufend durch strukturiertes Teilnehmerfeedback sowie durch Wirksamkeitsanalysen evaluiert. Dies ermöglicht der Bank, die Programme kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu optimieren.

Förderprogramme

	2025	2024
Teilnahmen an bereichsübergreifenden Talent Acceleration Programmen		
ATLAS Acceleration Program für weibliche Senior Managing Directors (in Mitarbeiter)	21	0
Director Acceleration Program (in Mitarbeiter)	144	152
davon Frauen (in %)	45,1	42,8
Vice President Acceleration Program (in Mitarbeiter)	574	574
davon Frauen (in %)	46,5	45,5

Leistung und Vergütung

ESRS S1-1, ESRS 2 MDR-P

Die Vergütung von Leistung ist ein wichtiger Faktor, um die besten Talente zu gewinnen und zu halten. Daher ist ein fairer, transparenter und nachhaltiger Vergütungsansatz von entscheidender Bedeutung für die Bank. Die Vergütungsstrategie ist auf die globale Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, den Purpose und die angestrebte Unternehmenskultur der Deutschen Bank abgestimmt und unterstützt das zentrale Prinzip der Fairness.

Das Vergütungsrahmenwerk der Bank fördert und belohnt nachhaltige Leistungen auf allen Ebenen der Organisation basierend auf Ergebnissen, Verhaltensweisen sowie Auftreten und steht im Einklang mit der globalen, konzernweiten Richtlinie zur Steuerung von Leistung, Konsequenzen und Vergütung der Personalabteilung. Diese Richtlinie legt die globalen Mindeststandards der Bank fest: welche Verantwortlichkeiten und Anforderungen in Bezug auf das Leistungsmanagement einzuhalten sind, welche Konsequenzen sich ergeben, wenn Mitarbeiter die erforderlichen Standards für die Geschäftsergebnisse (Was) und das Verhalten (Wie) nicht erfüllen, und regelt sonstige für verschiedene Mitarbeitergruppen geltende vergütungsbezogene Angelegenheiten im Einklang mit regulatorischen Anforderungen. Die Richtlinie ist weltweit anwendbar und wird vom Leiter der Personalabteilung und vom Vorstand der Bank genehmigt. In Deutschland wurden relevante Änderungen am Rahmenwerk mit dem Betriebsrat besprochen und in einer Konzernbetriebsvereinbarung festgehalten.

Bei der Festlegung der variablen Vergütung verfolgte die Bank weiterhin einen maßvollen und zukunftsorientierten Ansatz, der zwischen der Stärke der Geschäftsentwicklung und makroökonomischen Aussichten sowie der langfristigen Kapitalstabilität abwägt, ohne die Notwendigkeit einer fairen und marktgerechten Vergütung der Mitarbeiter aus den Augen zu verlieren.

Leistungsbeurteilungen

ESRS S1-13

Die Deutsche Bank möchte sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter Klarheit über die an sie gestellten Erwartungen haben und ihnen die Möglichkeit geben, Feedback zu ihrer Leistung zu besprechen. Das jährliche Leistungsgespräch dient dazu, dass Mitarbeiter und ihre Führungskräfte ein gemeinsames Verständnis über die Erwartungen an Leistung, Verhalten und Führung entwickeln und die diesbezüglichen Ergebnisse messen und dokumentieren können. Dies wirkt sich positiv auf das Engagement und die Produktivität der Mitarbeiter aus. Was geliefert wird, trägt zur Umsetzung der Strategie der Deutschen Bank bei, und wie es erreicht wird, sollte im Einklang mit der angestrebten Unternehmenskultur stehen. Beide Elemente sind gleichermaßen wichtig und bilden die Grundlage für die Leistungsbewertung zum Jahresende.

Die Deutsche Bank ist bestrebt, dass ihre Mitarbeiter verstehen, was in ihren jeweiligen Rollen von ihnen erwartet wird. Mitarbeiter, die Anspruch auf eine variable Vergütung haben, müssen mindestens drei Ziele nach dem SMART-Prinzip dokumentieren, diese mit den strategischen Zielen der Bank verknüpfen und zu Beginn des Leistungsjahres mit ihrer Führungskraft vereinbaren, um damit den Fokus und die Richtung für das kommende Jahr vorzugeben. Regelmäßige Gespräche und kontinuierliches Feedback während des Jahres, einschließlich der Nutzung optionaler Instrumente wie Upward-Feedback, spontanes (jederzeitiges) Feedback und 360-Grad-Feedback für berechtigte Mitarbeiter, ermöglichen es den Mitarbeitern der Bank, über ihre Leistung nachzudenken und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen, um nachhaltig Erfolg zu erzielen. Die Bank erfasst mit Hilfe regelmäßiger Kultur-Puls-Befragungen, inwieweit Mitarbeiter regelmäßige Rückmeldungen von ihrer Führungskraft erhalten. Der ganzheitliche Ansatz für das Leistungsmanagement der Bank zieht sowohl die Mitarbeiter als auch ihre Führungskräfte zur Verantwortung und wird angemessen in den Entscheidungen über die variable Vergütung berücksichtigt.

Alle aktiven und berechtigten Mitarbeiter – egal ob in Voll- oder Teilzeit beschäftigt – müssen jedes Jahr eine Leistungsbewertung durchführen und dokumentieren. Die mehrdimensionale Bewertung umfasst Nachweise zu den Leistungen in der Rolle, den vereinbarten Prioritäten (Zielen) sowie dazu, wie die geforderten Verhaltensweisen und Führungsqualitäten gezeigt wurden.

Für seine Karriereentwicklung ist der Mitarbeiter selbst verantwortlich. Ein Gespräch mit der Führungskraft wird mindestens einmal jährlich empfohlen - es ist aber nicht erforderlich, dies formell zu dokumentieren. Die Bank überprüft den Fortschritt durch Antworten auf spezifische Entwicklungsfragen im Rahmen der jährlichen Mitarbeiterbefragung sowie durch das Ausfüllen der Karriere- und Entwicklungspläne in Workday.

Für 2025 blieb die Abschlussquote für Leistungsbewertungen auf einem hohen Niveau und spiegelt das weiterhin starke Engagement in der gesamten Organisation wider. Die unten dargestellten Zahlen beziehen sich auf die gesamte Mitarbeiterpopulation der Bank, einschließlich derjenigen, die nicht in den Geltungsbereich des Leistungsmanagement-Prozesses fallen oder die sich während des gesamten Leistungsjahres in einer langfristigen Abwesenheit befanden. Aufgrund dieser Berechnungsgrundlage ist die Erwartung, dass die Abschlussquote per se nicht 100% erreichen wird.

Quote der abgeschlossenen Leistungsbeurteilungen nach Geschlecht

	Mitarbeiteranteil	
Geschlecht, Mitarbeiter in %	2025	2024
Weiblich	89	88
Männlich	92	92
Sonstige[1]	60	67
Keine Angabe	69	100
Mitarbeiter insgesamt	**90**	**90**

[1] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Verhältnis der jährlichen Gesamtvergütung

ESRS S1-16

Die Vergütungsstrategie der Bank belohnt Leistung durch einen angemessenen Mix aus fixer und variabler Vergütung. Das Fixgehalt eines Mitarbeiters wird unter Zugrundelegung von internen Daten über Fixgehälter und externen Marktdaten bestimmt, um gesetzliche Bestimmungen wie Mindestlohnanforderungen einzuhalten und die Angleichung an Wettbewerber zu gewährleisten. Die variable Vergütung wird auf der Grundlage eines variablen Vergütungs-orientierungsrahmens gewährt und ist eng an individuelle Leistungskennzahlen gekoppelt, wie z. B. das Erreichen der zu Beginn des Leistungsjahres festgelegten Ziele sowie an Verhalten und Führung.

Das Verhältnis der Gesamtvergütung vergleicht die jährliche Gesamtvergütung der höchstbezahlten Einzelperson mit dem Median der jährlichen Gesamtvergütung aller Mitarbeiter (ohne die höchstbezahlte Einzelperson). Im Geschäftsjahr 2025 lag das Verhältnis der Gesamtvergütung bei 246. Dieses Verhältnis betrug 237 im Jahr 2024. Die Erhöhung dieses Verhältnisses spiegelt die Veränderung der jährlichen Gesamtvergütung der bestbezahlten Person wider, während der Median der jährlichen Gesamtvergütung der Mitarbeiter stabil blieb. Zusätzlich berechnet die Bank das Verhältnis der jährlichen Gesamtvergütung auf Grundlage der durchschnittlichen jährlichen Gesamtvergütung aller Mitarbeiter (ohne die höchstbezahlte Einzelperson), das in 2025 166 betrug. Beide Kennzahlen reflektieren die diversen Tätigkeiten der Bank in zahlreichen Regionen weltweit, die vier Geschäftsbereiche abdecken: Privatkundenbank, Unternehmensbank, Investmentbank und Asset Management sowie Infrastruktur und unterstützende Abteilungen. Bei der höchstbezahlten Einzelperson handelt es sich nicht um den CEO, was die Vielfalt der Aktivitäten und Vergütungsmöglichkeiten der Bank widerspiegelt.

Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben

ESRS S1-15

Um die Mitarbeiter bei der Bewältigung beruflicher und persönlicher Verpflichtungen und einer nachhaltigen Work-Life-Balance zu unterstützen, bietet die Bank eine Reihe von Zusatzleistungen an, die sich von Land zu Land unterscheiden können. Sie bietet verschiedene Arten von Zusatzleistungen an, die sowohl für vollzeitbeschäftigte als auch für teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter gelten. Mitarbeiter mit befristeten Verträgen können ebenfalls anspruchsberechtigt sein – dies ist von der Art der Beschäftigung und des Leistungsangebots abhängig. Die Bank unterhält an ihren verschiedenen Standorten mehr als 850 Zusatzleistungen für Mitarbeiter. Sie können Lebensversicherung, Gesundheitsvorsorge, Invaliditätsversicherung, Elternzeit, Altersvorsorge, Aktienpläne, Urlaub, Mobilität, Ernährung, Kinderbetreuung und mehr umfassen.

Außerdem bietet die Deutsche Bank ein umfassendes Unterstützungsangebot, das von Karriereplanung, mentaler Gesundheit, Auffinden von Einrichtungen der Kinderbetreuung und Altenpflege bis hin zu Mitarbeiterberatung in schwierigen Lebenssituationen reicht. Die Bank unterstützt berufstätige Eltern, indem sie beispielsweise in den wichtigsten globalen Standorten Kinderbetreuung in der Nähe von Arbeitsplätzen anbietet und sich an den Kosten der Kinderbetreuung beteiligt. Darüber hinaus bietet die Bank an vielen Standorten die Möglichkeit zum Stillen und Abpumpen. Die Bank bietet, je nach spezifischen Rollenanforderungen und Kundenbedürfnissen, auch Flexibilität bei den Arbeitsregelungen durch ihr hybrides Arbeiten, flexible Arbeitszeiten, Teilzeit- und Jobsharing Möglichkeiten. Darüber hinaus stehen eine Vielzahl von bezahlten und unbezahlten Freistellungen zur Verfügung, um den Mitarbeitern die Bewältigung unvorhergesehener Ereignisse zu ermöglichen, wie zum Beispiel die Pflege von älteren Angehörigen oder kranken Kindern. An einigen Standorten sind auch nicht als Hauptbetreuungspersonen geltende Personen für Urlaub aus familiären Gründen berechtigt.

Urlaub aus familiären Gründen

ESRS S1-15

Im Jahr 2025 blieb der Anteil der Mitarbeiter der Bank, die weltweit Anspruch auf Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub, Elternurlaub und Urlaub für die Pflege von Angehörigen (Anspruch auf Urlaub aus familiären Gründen) hatten, mit 96% im Vergleich zum Vorjahr unverändert (2024: 96%). Grundlage dafür können nationale Gesetzgebungen und/oder Vereinbarungen der Deutschen Bank sein. Von den Mitarbeitern, die Anspruch auf Urlaub aus familiären Gründen haben, machten im Jahr 2025 19,8% (2024: 17,1%) aus einem oder mehreren Gründen hiervon Gebrauch. Dies wird in folgender Tabelle ausgewiesen, ist unabhängig von der Dauer und kann bezahlten sowie unbezahlten Urlaub beinhalten.

Anspruchsberechtigte Mitarbeiter, die Urlaub aus familiären Gründen nahmen, aufgeschlüsselt nach Geschlecht

	2025		2024[2]	
Geschlecht	Zahl der Mitarbeiter, die Urlaub aus familiären Gründen genommen haben	Anteil Mitarbeiter, die Urlaub aus familiären Gründen genommen haben (in %)	Zahl der Mitarbeiter, die Urlaub aus familiären Gründen genommen haben	Anteil Mitarbeiter, die Urlaub aus familiären Gründen genommen haben (in %)
Weiblich	9.020	21,1	8.011	18,7
Männlich	9.355	18,7	7.841	15,8
Sonstige[1]	0	0	0	0
Keine Angabe	0	0	0	0
Insgesamt	**18.375**	**19,8**	**15.852**	**17,1**

[1] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter
[2] Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst

Hybrides Arbeitsmodell

Die Deutsche Bank setzt sich für ein hybrides Arbeitsmodell ein, welches Mitarbeitern ermöglicht, die Vorteile der Arbeit im Büro mit denen des mobilen Arbeitens zu verbinden. Das Modell war im Jahr 2025 an 43 Standorten verfügbar und deckte rund 84.000 Mitarbeiter ab. Dies schließt Rollen aus, die aufgrund betrieblicher oder gesetzlicher Anforderungen eine kontinuierliche Anwesenheit vor Ort erfordern, wie bestimmte Tätigkeiten im Filialgeschäft. Berechtigte Mitarbeiter können, je nach Rolle und Funktion sowie unter Berücksichtigung der divisionalen und länderspezifischen Richtlinien, bis zu zwei Tage pro Woche mobil zu arbeiten. Diese Richtlinien sollen ein einheitliches Mitarbeitererlebnis fördern und einen klaren, transparenten Rahmen bieten, der Flexibilität für unterschiedliche Arbeitsbedürfnisse ermöglicht.

Die divisionalen Richtlinien legen weltweit geltende Grundsätze für die Berechtigung zum mobilen Arbeiten fest und unterstützen individuelle Gespräche zwischen Mitarbeitern und Führungskräften. Diese Grundsätze werden zusammen mit den länderspezifischen Richtlinien angewendet, die sowohl die Berechtigung im jeweiligen Land als auch die lokalen, regulatorischen Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten berücksichtigen. Bei Unterschieden zwischen den divisionalen und den länderspezifischen Richtlinien, haben die lokalen Vorgaben Vorrang, sofern sie restriktiver sind.

Die Vereinbarungen zum mobilen Arbeiten werden jährlich geprüft, damit sie den jeweiligen Funktionen und Rollen der Mitarbeiter gerecht werden. Bereiche und Teams werden ermutigt, regelmäßig zu prüfen, wie ihre Arbeitsweise eine effektive Zusammenarbeit und eine hohe Leistungsfähigkeit am besten unterstützt. Die Deutsche Bank erkennt die Bedeutung persönlicher Interaktionen, um die Zusammenarbeit zu stärken und Innovation voranzutreiben und unterstützt damit die Bank dabei, ihre Verpflichtungen gegenüber den Kunden zu erfüllen und die Vision der Globalen Hausbank voranzubringen.

Wohlbefinden
ESRS S1-1, ESRS S1-4, ESRS 2 MDR-P

Die Deutsche Bank setzt ihre ganzheitliche Well-being-Strategie weiterhin konsequent um und macht Gesundheit und Wohlbefinden zu einem festen Bestandteil ihrer angestrebten Unternehmenskultur. Ziel ist es, ein unterstützendes und gesundheitsförderndes Arbeitsumfeld zu schaffen, in dem Mitarbeiter sie selbst sein können und sich unterstützt und zufrieden fühlen und so ihr volles Potenzial entfalten und beruflich erfolgreich sein können. Die Deutsche Bank ist bestrebt ihre Mitarbeiter proaktiv zu befähigen, das eigene Wohlbefinden zu priorisieren und ihre Mitmenschen dabei zu unterstützen, das Gleiche zu tun. Gesundheit und Wohlbefinden sind das Ergebnis täglicher Verhaltensweisen und beruhen auf den folgenden vier Dimensionen: körperlich fit, emotional ausgeglichen, sozial vernetzt und finanziell abgesichert. Die Aufnahme des Themas Wohlbefinden in den globalen Verhaltenskodex verdeutlicht seine Bedeutung für die Deutsche Bank.

Ein breites Spektrum an Angeboten unterstützt diesen ganzheitlichen Ansatz: individuelle Entwicklungsmöglichkeiten, kontinuierliche Weiterbildung, transparente Zugänge zu Unterstützungsangeboten, enge Zusammenarbeit mit Mitarbeiter-Netzwerken, aktives Engagement der Führungskräfte, attraktive Zusatzleistungen und ein hybrides Arbeitsmodell. Beispiele hierfür sind maßgeschneiderte Führungskräfteentwicklungsprogramme, regelmäßige bankweite und bereichsspezifische Lerneinheiten zum Thema Wohlbefinden, Initiativen zur Förderung von Kompetenzen und ein dedizierter ‚Smart Work Hub', mit dessen Hilfe bewährte Vorgehensweisen unternehmensweit geteilt werden können.

Um die Angebote der Bank zum Wohlbefinden transparent zu machen, das Bewusstsein dafür zu stärken und eine einheitliche Ausrichtung über alle Geschäftsbereiche und Regionen sicherzustellen, steht der ‚Global Well-being Hub' der Deutschen Bank allen Mitarbeitern und nicht angestellten Beschäftigten zur Verfügung. Der Hub bündelt eine Vielzahl an Ressourcen, ermöglicht Mitarbeitern den Zugang zu Initiativen und Zusatzleistungen an zentraler Stelle und erleichtert so den Zugang zu Unterstützungsangeboten – etwa zur Mitarbeiterberatung in schwierigen Lebenssituationen mit 24-Stunden-Hotline (Employee Assistance Program), zu Ersthelfer für mentale Gesundheit (Mental Health First Aiders) und zu den Betriebsärzten. Hier sind auch Ressourcen für die persönliche Weiterentwicklung, wie beispielsweise zum Thema Stress oder Mentaler Fitness zu finden und mehrere nützliche Tipps, wie man das Wohlbefinden Tag für Tag steigern kann.

Das Thema mentale Gesundheit blieb auch 2025 für die Deutsche Bank im Fokus. Die Zahl der ‚Mental Health First Aiders' - Mitarbeiter, die sich ehrenamtlich aktiv für die mentale Gesundheit ihrer Kollegen engagieren – stieg 2025 auf 807 Helfende (2024: 737). Sie sind in einer internationalen Arbeitsgruppe organisiert, um ihre Aktivitäten noch besser zu koordinieren. Die Ausbildung und Zertifizierung der ‚Mental Health First Aider' erfolgt durch externe Institute, wobei die Bank sowohl die Organisation als auch die Kosten der Trainings für Teilzeit- und Vollzeitkräfte übernimmt. Zusätzlich bietet die Bank für alle Mitarbeiter ein internes e-Learning-Modul zur Sensibilisierung für mentale Gesundheit sowie ein speziell für Manager entwickeltes e-Learning an, das die Themen Wohlbefinden (für sich selbst und andere), hybrides Arbeiten und Meeting-Kultur abdeckt. Seit der Einführung im Juli 2024 haben sich über 1.200 Führungskräfte dafür angemeldet. Die Botschaft „It's ok not to be ok" wird regelmäßig in Kommunikationsmaßnahmen und in diversen Veranstaltungen des Senior Managements integriert. In der diesjährigen Mitarbeiterbefragung wurden neue Fragen zum Thema Wohlbefinden aufgenommen, die erfragen, wie die Mitarbeiter die Themen Work-Life-Balance, psychologische Sicherheit und die Fürsorglichkeit des Arbeitsumfelds beurteilen.

Um das Engagement der Unternehmensleitung für das Wohlbefinden der Mitarbeiter zu unterstreichen, hat das Konzernleitungskomitee in jedem globalen, divisionalen Führungsteam sogenannte ‚Well-being-Champions' ernannt, die neben Fabrizio Campelli als ‚Well-being-Champion' aus dem Vorstand die Well-being-Strategie aktiv unterstützen. Am ‚World Mental Health Day 2025', der im Rahmen der World Mental Health Week stattfand, bekräftigte die Bank ihr Engagement mit über 80 internen Veranstaltungen weltweit, sowie eine globale Veranstaltung zum Thema „10% glücklicher" mit Fokus auf Achtsamkeit, an der 3.563 Mitarbeiter teilnahmen. Auch extern setzte die Bank ein Zeichen: Elektronische Anzeigen und Geldautomaten in Deutschland und Spanien machten auf den ‚World Mental Health Day' aufmerksam.

Bezahlter Jahresurlaub ist bei der Deutschen Bank grundsätzlich Bestandteil der angebotenen Leistungen. In Deutschland ist dies beispielsweise im Bundesurlaubsgesetz geregelt. Tarifverträge und individuelle Arbeitsverträge für nicht tarifliche Mitarbeiter sehen bezahlte Urlaubstage vor, die das gesetzliche Minimum deutlich überschreiten. Im Laufe des Jahres erinnert die Bank ihre Mitarbeiter regelmäßig daran, ihren Jahresurlaub zu nehmen.

Während arbeitsbedingte Verletzungen, Arbeitsunfälle und schwere Vorfälle wie die Tötung von Mitarbeitern bei der Arbeit in einer Bank äußerst selten sind und eher für die Sicherheit anderer Branchen relevant sind, bleibt die Deutsche Bank weiterhin bestrebt, sichere Arbeitsumgebungen für Mitarbeiter, Besucher und Kunden zu bieten. Die Bank ist überzeugt, dass die Integration solider Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitspraktiken positive Auswirkungen hat, die Produktivität steigert und die Mitarbeiterzufriedenheit erhöht. Für ihr anhaltendes Engagement im Gesundheitsmanagement wurde die Deutsche Bank in Deutschland mit dem Corporate Health Award ausgezeichnet.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Die Deutsche Bank hat eine globale Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsrichtlinie, die von Mitarbeitern zu berücksichtigende Anforderungen und Kontrollen zur Unfallprävention am Arbeitsplatz festlegt. Die darin enthaltenen Themen umfassen Hilfsmittel und Arbeitsplatzbewertungen, Erste Hilfe, Brandschutz, Evakuierungspläne für Gebäude und Räumungsbeauftragte. Die Richtlinie, die vom Chief Security Officer der Bank genehmigt und einmal jährlich überprüft wird, zeigt das Engagement der Bank für ein gesundes, sicheres und unterstützendes Arbeitsumfeld für alle Mitarbeiter und legt klare Anforderungen und Kontrollen zur Vermeidung von Arbeitsunfällen fest.

Die Bank stärkt kontinuierlich ihre Reaktionsfähigkeit in Notfallsituationen und fördert durch laufende Schulungen, Kommunikation und Initiativen an allen Standorten das Bewusstsein innerhalb des Unternehmens. Digitales Lernen – einschließlich solcher Programme wie dbHealthyWorking – unterstützt diese Bemühungen, indem es Mitarbeiter über Risiken von sitzenden Tätigkeiten oder hybriden Arbeiten informiert. Diese Programme vermitteln praktische Strategien zur Risikominderung und bieten Zugang zu einer Vielzahl von Ressourcen für körperliches und mentales Wohlbefinden.

Das Engagement des oberen Managements für die Sicherheit der Mitarbeiter zeigt sich weiter durch die Schaffung einer Governance-Struktur, die dazu dient, in der Bank Aufsicht, Unterstützung und Fürsprache für die Sicherheit aller zu gewährleisten. Dies wird als Absichtserklärung für Umwelt, Gesundheit und Sicherheit im Rahmen der Nachhaltigkeitspublikationen formuliert. Dieses Dokument unterstreicht das strategische Ziel der Bank, sichere Arbeitspraktiken durch zielgerichtete Kommunikation und Konsultation zu Themen des Umwelt-, Gesundheits- und Arbeitsschutzes weiter zu verbessern. Durch die Verfolgung dieses unternehmensweiten Standards fördert die Bank weltweit Konsistenz und Gleichbehandlung im Sicherheitsmanagement und zeigt eine verantwortungsvolle Haltung, die für die Mitarbeiter von entscheidender Bedeutung ist.

Vielfalt und Teilhabe

ESRS S1-1, ESRS S1-4, ESRS S1-5, ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T
Ein Umfeld zu schaffen, das unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt, offenen Dialog fördert und jeden fair behandelt, ist entscheidend für die angestrebte Unternehmenskultur der Deutschen Bank. Die Bank ist stolz auf ihre multikulturelle Belegschaft, die im Jahr 2025 160 Nationalitäten umfasste und in 55 Ländern vertreten war. Die Bank ist der Ansicht, dass die einzigartigen Perspektiven und Erfahrungen innerhalb ihres Netzwerks einen Wettbewerbsvorteil darstellen, der Innovationen vorantreibt, die Kultur stärkt und zu nachhaltigeren Ergebnissen führt.

Herangehensweise, Steuerung und Führungsverantwortung

ESRS S1-1, ESRS S1-4, ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-A
Wie in ihrem Verhaltenskodex dargelegt, verpflichtet sich die Deutsche Bank dazu, Gleichbehandlung und Chancengleichheit für Mitarbeiter mit unterschiedlichem Hintergrund und Erfahrungsschatz zu gewährleisten. Dieses Ziel wird durch ihre globale, mehrdimensionale Strategie für Vielfalt und Teilhabe unterstützt, die auf quantitativen und qualitativen Daten basiert und regionale Besonderheiten berücksichtigt. Die vom Vorstand genehmigte Strategie basiert auf fünf Säulen – Führungsverantwortung, Prozessanpassungen, Steuerung von Verhaltensänderungen, Vordenkerrolle und Sicherstellung der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften.

Ein dediziertes HR-Team ist dafür verantwortlich, die Festlegung und Umsetzung der Vision zu Vielfalt und Teilhabe, der globalen Strategie, des mehrjährigen Fahrplans und die Festlegung der damit verbundenen Prioritäten umzusetzen. Um sicherzustellen, dass die Strategie eine große Bandbreite an Perspektiven, einschließlich gewonnener Erkenntnisse, berücksichtigt, arbeitet das zentrale HR-Team aktiv mit Mitarbeiter-Netzwerken, Arbeitnehmervertretern und externen Partnern zusammen, wie zum Beispiel Catalyst, Charta der Vielfalt e.V., Coqual, DisabilityIN, Open for Business und United Kingdom Treasury's Women in Finance Charter. Das Team bindet Führungskräfte und Mitarbeiter ein, um die Strategie für Vielfalt und Teilhabe nachhaltig zu unterstützen und Fortschritte bei den, vom Vorstand überwachten, gesetzten Zielen zu erreichen.

Mit dem globalen Rahmenwerk „Approach to Diversity and Inclusion" verankert die Deutsche Bank Vielfalt und Teilhabe kontinuierlich in ihren eigenen Abläufen. Dieses beinhaltet verschiedene Richtlinien, Prozesse, Zusatzleistungen, Initiativen sowie Maßnahmen und fördert positive Handlungen für ihre Mitarbeiter, einschließlich potenziell gefährdeter Gruppen. Vielfalt und Teilhabe sind integraler Bestandteil wichtiger Richtlinien, wie der Richtlinie Einstellung, Onboarding und Offboarding von Mitarbeitern sowie des Verhaltenskodexes, der Verhaltens- und Handlungsstandards festlegt und Diskriminierung, Belästigung, einschließlich sexueller Belästigung, sowie Vergeltungsmaßnahmen verbietet. Für Beförderungs- und Stellenbesetzungsentscheidungen sind die Eignung des Kandidaten für die Rolle, sein Potenzial und die gezeigte Leistung maßgebend.

Geschlechtervielfalt

ESRS S1-1, ESRS S1-9, ESRS S1-5, ESRS 2 MDR-T

Wie gesetzlich gefordert, waren zum Jahresende 2025 sieben von zwanzig Mitgliedern beziehungsweise 35% der Aufsichtsratsmitglieder Frauen, genauso wie zum Jahresende 2024. Im Vorstand waren zum Jahresende 2025 zwei von neun Mitgliedern beziehungsweise 22% der Vorstandsmitglieder Frauen (2024: zwei von zehn Mitgliedern beziehungsweise 20%). Damit sind die Anforderungen des deutschen Zweiten Führungspositionen-Gesetzes (FüPoG II) übererfüllt.

Gesetzliche Anforderungen und Ergebnisse für die Geschlechtervielfalt

	31.12.2025		31.12.2024
	Anforderung	Ergebnis	Ergebnis
Ebene			
Aufsichtsrat (Mitarbeiter, in %)[1]	30,0	35,0	35,0
Vorstand (Mitarbeiter)[2]	1	2	2

[1] Gemäß den Anforderungen des Ersten Führungspositionen-Gesetzes, FüPoG I
[2] Gemäß den Anforderungen des Zweiten Führungspositionen-Gesetzes, FüPoG II

Nach ESRS S1-9 definiert die Bank den Vorstand als Top Management. Dies ist der ranghöchste Ausschuss der Deutschen Bank, der vom Vorstandsvorsitzenden geleitet wird.

Geschlechterverteilung im Top Management

	31.12.2025		31.12.2024	
Geschlecht[1]	Mitarbeiterzahl im Top Management	Prozentsatz der Mitarbeiter im Top Management	Mitarbeiterzahl im Top Management	Prozentsatz der Mitarbeiter im Top Management
Weiblich	2	22	2	20
Männlich	7	78	8	80
Insgesamt	**9**	**100**	10	100

[1] Rundungsdifferenzen möglich

Altersstruktur im Top Management

	31.12.2025		31.12.2024	
Mitarbeiter[1]	Mitarbeiterzahl im Top Management	Prozentsatz der Mitarbeiter im Top Management	Mitarbeiterzahl im Top Management	Prozentsatz der Mitarbeiter im Top Management
< 30 Jahre alt	0	0	0	0
30–50 Jahre alt	1	11	2	20
> 50 Jahre alt	8	89	8	80
Insgesamt	**9**	**100**	10	100

[1] Rundungsdifferenzen möglich

Wie im Kapitel „Nachhaltigkeitsgovernance" der Nachhaltigkeitserklärung erwähnt, strebt die Bank an, die Geschlechtervielfalt auf den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands zu erhöhen. Bis Ende 2025 sollten auf beiden Ebenen 30% der Positionen von Frauen besetzt sein, um damit die Chancengleichheit im Rahmen der Nachfolgeplanung des Vorstands zu fördern. Zum Jahresende 2025 hat die Bank das Ziel für die erste Ebene unterhalb des Vorstands mit einem Anteil von 29,7% faktisch erreicht, da aufgrund der geringen Gesamtzahl an Rollen eine einzige Person mehr als 1% des gesamten Kollektivs ausmacht. Auf der zweiten Ebene unterhalb des Vorstands erreichte die Bank zum Jahresende 2025 einen Frauenanteil von 28,2%. Im Einklang mit den deutschen gesetzlichen Anforderungen wird die Bank über 2025 hinaus Ziele für die beiden Ebenen unterhalb des Vorstands beibehalten und anstreben, bis Jahresende 2026 einen Anteil von 32,5% Frauen sowohl auf der ersten als auch der zweiten Ebene unterhalb des Vorstands zu erreichen, unter Berücksichtigung der lokalen gesetzlichen Vorgaben.

Als Teil der im Jahr 2021 veröffentlichten „35 bis 25"-Verpflichtung hat sich die Bank das Ziel gesetzt, dass global bis zum Jahresende 2025 mindestens 35% der Managing Directors, Directors und Vice Presidents weiblich sein sollen (ohne Asset Management). Das Ziel wurde nach Beratung mit dem Aufsichtsrat, dem Mitarbeitervertreter angehören, bekannt gegeben. Die Zielsetzung erfolgte basierend auf einer Modellierung von Belegschaftsdaten und Annahmen über den Frauenanteil bei Einstellung, Beförderung und Fluktuation. Als Bezugsjahr diente 2020 mit einem Ausgangswert von 29,6%. Diese Verpflichtung unterstützte auch das Engagement der Bank für einen höheren Frauenanteil in senioren Positionen. Das „35 bis 25"-Programm wurde aktiv vom Vorstand unterstützt und gefördert, indem er Sponsoring angeboten und Fortschritte genau überwacht hat. Die Personalabteilung berichtete regelmäßig über den Stand der Kennzahlen und informierte den Vorstand und den Nominierungsausschuss des Aufsichtsrats über gute Vorgehensweisen der Bereiche sowie über potenzielle Risiken. Dieses Engagement hat zu einem deutlichen und messbaren Anstieg des Frauenanteils in Führungspositionen geführt. Die Fortschritte im Hinblick auf die internen jährlichen Zwischenziele wurden vierteljährlich anhand des ursprünglichen Ausgangswerts und Referenzzeitraums überwacht. Dabei wurden Einstellungs- und Beförderungsaktivitäten der Bank sowie die Fluktuation berücksichtigt.

Von 2021 bis 2025 stieg der Frauenanteil in Führungspositionen um 4,2 Prozentpunkte, einschließlich der Beförderungen mit Wirkung zum 1. April 2026, und erreichte damit 34,1% im Vergleich zu 29,9% zum Jahresende 2021. Die Auswirkungen des „35 bis 25"-Ziels gehen weit über die Zahlen hinaus. Es hat das Verhalten in der Organisation und wichtige Prozesse verändert. So hat die Bank die Suche nach Talenten ausgeweitet, proaktiv Kandidatenpools aufgebaut und Führungskräfte darin geschult, wie faire, leistungsbezogene und inklusive Einstellungsprozesse durchgeführt werden und damit den Anteil der Frauen in Führungspositionen seit 2021 erheblich erhöht. Ebenso wichtig war es, den Schwerpunkt auf die Bindung und Entwicklung interner Talente zu legen. Dadurch konnte die Bank mehr Frauen in seniore Positionen befördern, auch auf den beiden Ebenen unterhalb des Vorstands. Diese Vorgehensweise würdigt nicht nur den Wert und das Potenzial in den bestehenden Teams, sondern stellt auch sicher, dass die Führungskräfte-Pipeline durch Personen gestärkt wird, die über institutionelles Wissen verfügen und die die Unternehmenskultur verstehen. Weitere Details zur Führungs- und Talententwicklung finden sich im Abschnitt „Arbeitsbedingungen - Mitarbeiterentwicklung" dieses Kapitels „Eigene Belegschaft".

Ziele und Ergebnisse für die Geschlechtervielfalt in senioren Positionen

		31.12.2025	31.12.2024
Mitarbeiter, in %	Ziel	Ergebnis	Ergebnis
Ebene[1]			
Erste Ebene unterhalb des Vorstands	30,0	29,7	28,9
Zweite Ebene unterhalb des Vorstands	30,0	28,2	28,3
Senior Corporate Titles[2,3]			
Managing Directors, Directors, Vice Presidents	35,0	34,1	33,0

[1] Ziel gemäß Zweitem Führungspositionen-Gesetz, FüPoG II. Ziel reflektiert Dezember 2025
[2] Ziel reflektiert Dezember 2025 einschließlich der Beförderungen des Folgejahres
[3] Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen (ohne Asset Management)

Unterstützt wird das '35 bis 25'-Programm durch die Mitglieder des Schneider-Lenné-Kader, einer Gemeinschaft von hochrangigen weiblichen Führungskräften bestehend aus Senior Management Risk Takers sowie derzeitigen und früheren Teilnehmen des ATLAS-Förderprogramms. Dieser Kader hochrangiger weiblicher Führungskräfte, die sichtbare und aktive Vorbilder in der Bank sind, verfügt über eine Plattform und Instrumente, um Kulturwandel voranzutreiben und die Entwicklung und das Engagement von Talenten in der gesamten Bank zu fördern.

Geschlechtervielfalt

Mitarbeiter, in %	31.12.2025	31.12.2024
Weibliche Mitarbeiter nach Corporate Title[1,2]		
Managing Directors	23,3	22,8
Directors	29,5	28,8
Vice Presidents	36,3	35,6
Assistant Vice Presidents und Associates	45,0	42,3
Non-Officers	59,4	59,6
Weibliche Mitarbeiter insgesamt (in %)[1]	**46,4**	**46,5**

[1] Rundungsdifferenzen möglich
[2] Corporate Titles der Postbank (einschließlich Tochtergesellschaften) technische abgeleitet

Um sicherzustellen, dass die Dynamik beibehalten und auf den erzielten Fortschritten aufgebaut wird, entwickelt die Bank ihren Ansatz über das Jahr 2026 hinaus weiter. Auf Konzern- und divisionaler Ebene wird die Bank Fortschritte anhand eines „Well-being and Inclusion"-Indexes messen, mit dem Ziel, einen Wert von 100% zu erreichen. Der „Well-being and Inclusion"-Index wird sich auf Fortschritte in drei zentralen Bereichen konzentrieren: (i) Verbesserte Vielfalt der Perspektiven in leitenden, kundenorientierten und Entscheidungspositionen, (ii) eine inklusivere Unternehmenskultur, in der sich jeder unterstützt und fair behandelt fühlt, (iii) eine Kultur, die offenen Dialog und unterschiedliche Sichtweisen fördert und so zu besseren Ergebnissen für die Kunden der Bank führt. Dieser Ansatz unterstützt die erforderlichen Verhaltensänderungen, um eine noch inklusivere und vielfältigere Belegschaft zu schaffen, die Bestleistung erbringen kann. So stellt die Bank sicher, ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben und weiterhin die lokalen Gesetze einzuhalten.

Die Bank überprüft ihre Fortschritte bei der Erhöhung des Frauenanteils auch in weiteren Bereichen, beispielsweise in MINT-Rollen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), die überwiegend im Bereich Technologie, Daten und Innovation angesiedelt sind, sowie in kundenorientierten, ertragsgenerierenden Managementrollen in den Bereichen Vertrieb, Kundenberatung, Handel, Marketing und Vertriebsunterstützung.

Frauenanteil in MINT- und ertragsgenerierenden Rollen

Mitarbeiter, in %	31.12.2025	31.12.2024
Weibliche Mitarbeiter nach Position		
MINT-Rollen	31,3	29,9
Ertragsgenerierende Rollen	29,7	27,1

Geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle
ESRS S1-16

Die Deutsche Bank ist sich bewusst, dass die Art und Weise, wie sie ihre Mitarbeiter vergütet, eine entscheidende Rolle dabei spielt, die strategischen Ziele der Bank zu erreichen und eine gesunde Unternehmenskultur aufrechtzuerhalten. Die Anreizsysteme der Bank, die Risiko und Vergütung miteinander verknüpfen und darauf abzielen, die richtigen Verhaltensweisen zu fördern, tragen dazu bei, die Bank widerstandsfähiger zu machen und gleichzeitig zu ihrem langfristigen Erfolg beizutragen. Ein fairer, transparenter und nachhaltiger Vergütungsansatz ist daher von entscheidender Bedeutung für die Bank, und sie macht hier weiterhin Fortschritte.

Die Bank hat feste Gehaltsspannen entwickelt und angepasst, um das Prinzip Gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit zu fördern und sicherzustellen und unterstreicht dadurch das Bestreben der Bank, eine faire Behandlung aller Mitarbeiter und ein transparentes und nachhaltiges Vergütungsumfeld zu gewährleisten. Darüber hinaus gewährleistet die Deutsche Bank Transparenz bezüglich ihrer Vergütungsstrukturen, hauptsächlich durch das Vergütungsrahmenwerk sowie die Richtlinie zur Steuerung von Leistung, Konsequenzen und Vergütung, wie im Abschnitt „Leistung und Vergütung" des Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben. Diese Dokumente sind allen Mitarbeitern zugänglich und bieten einen umfassenden Überblick über Vergütungselemente, Gehaltsfestsetzung und Gehaltsentwicklung. Indem die Bank Vergütungsstrukturen sichtbar und verständlich macht, ermöglicht sie den Mitarbeitern einen offenen Dialog, fördert die Übernahme von Verantwortung und erleichtert die kontinuierliche Überprüfung und Verbesserung der Vergütungspraktiken. Um faire und angemessene Vergütungsentscheidungen weiter zu stärken, stellt die Deutsche Bank Schulungen für Führungskräfte und klare Leitlinien zur Verfügung. Damit soll das Verständnis für den Vergütungsprozess gestärkt und die Anwendung bewährter Verfahren der Vergütungsfestlegung ausgebaut werden.

Im Jahr 2025 betrug das durchschnittliche unbereinigte globale geschlechtsspezifische Verdienstgefälle 38,0%, gegenüber dem Vorjahreswert von 38,8%. Das unbereinigte globale geschlechtsspezifische Verdienstgefälle ist definiert als die Differenz des durchschnittlichen stündlichen Verdienstniveaus zwischen weiblichen und männlichen Mitarbeitern, ausgedrückt als Prozentsatz des durchschnittlichen stündlichen Verdienstniveaus der männlichen Mitarbeiter. Das auf den Median bezogene geschlechtsspezifische Verdienstgefälle, definiert als die Differenz des Median des stündlichen Verdienstniveaus zwischen weiblichen und männlichen Mitarbeitern, ausgedrückt als Prozentsatz des Median des stündlichen Verdienstniveaus der männlichen Mitarbeiter lag im Jahr 2025 bei 20,6%.

Faktoren, die zum unbereinigten globalen geschlechtsspezifischen Verdienstgefälle beitragen, sind unter anderem das breit gefächerte Geschäftsmodell und die geografische Präsenz der Bank sowie ein geringerer Anteil von Frauen in senioreren und damit höher vergüteten Positionen sowie in Ländern mit höheren Lohnkosten. Eine Regressionsanalyse, bei der eine Reihe objektiver Faktoren wie Seniorität, Geschäftsbereich und Region einbezogen wurde, ergab für das Jahr 2025 ein bereinigtes geschlechtsspezifisches Verdienstgefälle von 6% (2024: 6%). Dies ist nicht als eine Analyse des Verdienstgefälles zwischen Männern und Frauen, die gleiche oder gleichwertige Arbeit verrichten, zu verstehen, da diese Analyse Mitarbeiter nicht ausschließlich innerhalb gleicher oder gleichwertiger Positionen vergleicht.

Die Deutsche Bank erkennt an, dass noch viel zu tun ist, um das unbereinigte und bereinigte geschlechtsspezifische Verdienstgefälle zu verringern. Die Bemühungen und Initiativen zu Vielfalt und Teilhabe, einschließlich der Erhöhung des Frauenanteils auf den zwei Führungsebenen unterhalb des Vorstands, werden fortgeführt, unter Berücksichtigung lokaler Gesetze, und es wird erwartet, dass sich diese im Laufe der Zeit positiv auf die Schließung der Lücke auswirken werden.

Aufbau einer inklusiven Kultur, in der alle fair behandelt werden

ESRS S1-4, ESRS S1-5, ESRS S1-9, ESRS S1-12, ESRS 2 MDR-A, ESRS 2 MDR-T, ESRS 2 MDR-M

Die inklusive Kultur der Deutschen Bank lebt von verschiedenen Schwerpunkten, die die Vielfalt der Belegschaft der Bank und die sich wandelnden Bedürfnissen der Mitarbeiter widerspiegeln, mit dem Ziel, ein Umfeld zu schaffen, in dem jeder sein volles Potenzial entfalten kann.

Personalentscheidungen werden bei der Bank anhand von Leistungskriterien wie Fähigkeiten, Qualifikationen und Ergebnissen getroffen, unabhängig von Alter, Hintergrund, Überzeugungen, Nationalität, Hautfarbe, Behinderung, ethnischer Herkunft, Geschlecht, Geschlechtsidentität und/oder -ausdruck, Familienstand, Schwangerschaft, Religion, sexueller Orientierung, einschließlich, aber nicht beschränkt auf, andere gesetzlich geschützte Merkmale. Im Jahr 2025 hat die Bank ihre Bemühungen, eine Vielfalt von Talenten durch zielgerichtete Erstansprache zu gewinnen und einzustellen, verstärkt. Zugleich ermöglichte sie Talenten, sich und ihre Fähigkeiten zu präsentieren, und direkten Zugang zu Führungskräften zu erhalten.

Die Deutsche Bank engagiert sich für die Teilhabe von Menschen verschiedener ethnischer Herkünfte und hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil ihrer Schwarzen Mitarbeiter im Vereinigten Königreich bis zum 31. Dezember 2025 relativ zum Referenzwert von 3,0% am 31. Dezember 2021 um mehr als 30% zu erhöhen. Bei der Festlegung des Ziels wurde das Senior-Leadership-Team konsultiert, und der Fortschritt vierteljährlich über ein Ethnicity-Dashboard überwacht. Der Fortschritt wurde zudem jährlich den Arbeitnehmervertretungen im Employee Consultation Forum vorgestellt. Indem sie sich auf die Bindung und auf die Einstellung Schwarzer Talente über alle Corporate Title hinweg konzentrierte und Fortschritte regelmäßig überwachte, erreichte die Bank das Ziel mit einem Anteil von 4,0% (2024: 3,7%), was einem Anstieg des Anteils von Schwarzen Mitarbeitern um 30% gegenüber dem Ausgangsjahr von 2021 entspricht.

In Großbritannien richtete die Bank ihr Augenmerk auf soziale Mobilität und erweiterte ihr institutionelles Wissen dazu, da sich das Thema im Jahr 2025 zu einer Priorität entwickelte in Anerkennung dessen, dass Talent nicht durch Herkunft oder persönliche Umstände definiert ist. Die britischen Nachwuchsprogramme der Bank umfassen „Advance", das darauf abzielt, Studierenden im ersten Studienjahr aus sozioökonomisch schwächeren Verhältnissen Einblicke in die Bankenwelt zu ermöglichen. Zudem ist eine Ausbildung in der Investmentbank, Unternehmensbank und im Bereich Technology, Data and Innovation Bestandteil dessen, die praktische Ausbildung mit Lernzeiten kombiniert sowie finanzielle Unterstützung für ein Studium bietet. Darüber hinaus fand eine Podiumsdiskussion zum Thema soziale Mobilität mit Laura Padovani, Vorstandsmitglied und globaler Champion für soziale Mobilität, statt, zu der alle Mitarbeiter weltweit Zugang hatten.

Mit dem Mitarbeiternetzwerk dbPride, das in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiert, hat die Bank eine starke Basis der Unterstützung und Sichtbarkeit geschaffen für die Menschen, die sich als LSBTQI+ (lesbisch, schwul, bi, trans, queer, intersex) identifizieren. Das Netzwerk organisiert weltweit Feierlichkeiten wie beispielsweise Pride-Demonstrationen in mehreren Städten weltweit und die Teilnahme an „Ring the Bell for LGBTQI+ Equality"-Veranstaltungen, an der Rebecca Short, Vorstandsmitglied und Champion für LSBTQI+, teilnahm. Mit ihrem kontinuierlichen Engagement für LSBTQI+-Rechte gilt die Bank als führend in der Branche.

Im Jahr 2025 erweiterte die Bank ihre Strategie für Wohlbefinden und Teilhabe, um die besonderen Stärken neurodivergenter Menschen zu fördern. Dazu rief sie eine globale Arbeitsgruppe für Neurodiversität ins Leben, die sich darauf konzentriert, ein Bewusstsein für dieses Thema zu schaffen, Mentoring bereitzustellen und Arbeitsplätze anzupassen. Bernd Leukert, Vorstandsmitglied und globaler Champion für Neuroinklusion, leitete eine globale Podiumsdiskussion zu diesem Thema, die allen Mitarbeitern weltweit zugänglich war.

Die Bank setzt sich für ein attraktives und inklusives Arbeitsumfeld ein und bietet Arbeitsplätze für die Bedürfnisse aller Mitarbeiter, auch für Menschen mit Behinderungen. Bei ihren Bemühungen legt die Bank ein besonderes Augenmerk auf barrierefreie Einrichtungen und Arbeitsplätze. Neuere Büros wenden universelle Gestaltungsprinzipien an, um die Barrierefreiheit und Teilhabe für alle noch mehr zu unterstützen. Durch die erfolgreiche und langjährige Zusammenarbeit mit der Genossenschaft der Werkstätten (GDW) in Deutschland sichert die Bank auch eine Reihe von externen Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen.

Die Möglichkeit der Bank, die Zahl der Mitarbeiter mit Behinderungen zu ermitteln, ist abhängig von der freiwilligen Selbstauskunft und wird durch Datenschutzgesetze wie beispielsweise die Europäische Datenschutzgrundverordnung eingeschränkt. Darüber hinaus entscheiden sich viele Mitarbeiter aufgrund der fortbestehenden sozialen Stigmatisierung dafür, diese Informationen selbst an Standorten, an denen es der Bank erlaubt ist, danach zu fragen, nicht zu teilen. Zum Jahresende 2025 beschäftigte die Bank 2.720 Mitarbeiter mit Behinderungen (2024: 3.057), davon 1.571 Frauen mit Behinderungen (2024: 1.820), und 1.149 Männer mit Behinderungen (2024: 1.237). In Deutschland beschäftigte die Bank zum Jahresende 2025 2.185 Mitarbeiter mit Behinderungen (5,7% der Mitarbeiterzahl in Deutschland) (2024: 2.511/ 6,2%). Die Offenlegung in Deutschland erfolgt in Anlehnung an das Sozialgesetzbuch IX. Der Rückgang um 337 Mitarbeiter ist primär auf Deutschland mit 326 weniger Mitarbeitern mit Behinderungen zurückzuführen, hauptsächlich bedingt durch Personalabgänge aufgrund von Rente und Vorruhestand.

Mitarbeiter mit Behinderung nach Geschlecht

	31.12.2025		31.12.2024	
Geschlecht	Anzahl Mitarbeiter mit Behinderung	Anteil Mitarbeiter mit Behinderung (in %)	Anzahl Mitarbeiter mit Behinderung	Anteil Mitarbeiter mit Behinderung (in %)
Weiblich	1.571	3,5	1.820	4,1
Männlich	1.149	2,2	1.237	2,4
Sonstige[1]	0	0,0	0	0,0
Keine Angabe	0	0,0	0	0,0
Insgesamt	**2.720**	**2,8**	**3.057**	**3,2**

[1] Geschlecht gemäß eigenen Angaben der Mitarbeiter

Nach wie vor bietet die Bank ihren Mitarbeitern Informationsangebote und weitere Maßnahmen an, um Teilhabe auch im Alltag zu leben – und zeigt ihnen auf, wie man chancengleiche Personalentscheidungen treffen kann. Dazu gehören beispielsweise verpflichtende Schulungen zum „Verhaltenskodex", sowie freiwillige Angebote wie Schulungen für an Einstellungsprozessen beteiligte Führungskräfte, Schulungen für neue Führungskräfte und Schulungen zur inklusiven Führung, wie im Abschnitt „Mitarbeiterentwicklung" des Kapitels „Eigene Belegschaft" erläutert.

Die Bank unterstützt mehrere freiwillige, von Mitarbeitern organisierte Netzwerke, die sogenannten Employee Resource Groups. Sie verbinden Menschen mit unterschiedlichen Merkmalen, Hintergründen und Erfahrungen über alle Geschäftsbereiche hinweg, einschließlich ihrer Unterstützer („Allies"). Die Angebote der Netzwerke sind für alle bei der Bank beschäftigten Menschen unabhängig von ihrer Identität offen und haben zum Ziel: (i) eine inklusive Kultur zu fördern, in der sich jeder zugehörig fühlt, (ii) die Personalabteilung dabei zu unterstützen, Hindernisse und Barrieren für bestimmte Gruppen zu identifizieren und abzubauen, und (iii) die Wahrnehmung der Bank als Arbeitgeber und als Marke zu verbessern. Je nach Standort engagieren sich die Netzwerke der Bank für die Anliegen bestimmter Menschen, beispielsweise für Frauen, LSBTQI+-Mitarbeiter, Menschen mit verschiedenen kulturellen und ethnischen Hintergründen, Eltern und pflegende Angehörige, Angehörige verschiedener Generationen, Menschen mit Behinderungen, neurodivergente Menschen und Veteranen. Diese Bemühungen tragen zur weiteren Verringerung des Risikos von Diskriminierung, Belästigung und Vergeltungsmaßnahmen bei.

Im Jahr 2025 würdigten mehrere namhafte Organisationen die Bemühungen der Bank für Vielfalt und Teilhabe, und viele Mitarbeiter wurden als inklusive Vorbilder ausgezeichnet:

Typ	Auszeichnung	Lokation	Organisation
Allgemein	Best Bank for Diversity & Inclusion	APAC	Euromoney
Geschlecht	Best Companies for Women	Indien	Seramount & AVATAR
	Best Practices in Diversity and Inclusion	Spanien	Premios WomenCEO
	Top 50 Companies for Gender Equality	Vereinigtes Königreich	The Times
Behinderung	Best Companies for Disability Inclusion	Indien	DisabilityIN
	Platinum Enabling Mark	Singapur	SGEnable
LSBTQI+	LSBTQI+ Netzwerk des Jahres	Indien	Indien Arbeitsplatzgleichheitsindex
	Outstanding Network Group	Vereinigtes Königreich	Britische LGBT+Auszeichnungen
	Equality 100 Award	US	Human Rights Campaign Stiftung
	Gold Rating	Japan	Arbeit mit Stolz
	Platinum Employer	Australien	Australische LSBTQI+ inklusionspreis

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Vorfälle und Beschwerden

ESRS S1-1, ESRS S1-17, ESRS G1-1, ESRS 2 SBM-3, ESRS 2 MDR-P

Die Deutsche Bank ist bestrebt, für ihre Belegschaft ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Belästigung, Diskriminierung und Vergeltungsmaßnahmen ist und in dem die Menschenrechte jederzeit geschützt werden. Andernfalls kann die Bank nicht erfolgreich sein, die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Interessengruppen nicht vertiefen und ihren Ruf nicht wahren. Um das angestrebte Arbeitsumfeld zu erreichen, hat die Deutsche Bank Richtlinien, Rahmenwerke, Prozesse und Ausschüsse geschaffen, wie sie in den Abschnitten „Richtlinien im Zusammenhang mit der eigenen Belegschaft" und „Verfahren zur Einbeziehung der eigenen Belegschaft und von Arbeitnehmervertretern in Bezug auf negative Auswirkungen" des Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben sind.

Über die bloße Einhaltung der Richtlinien, Rahmenbedingungen und Prozesse hinaus sieht die Deutsche Bank sich verpflichtet, stets das Richtige und Angemessene zu tun. Die Deutsche Bank erwartet von ihren Mitarbeitern und den Mitgliedern ihres Vorstands, den Wortlaut und den Geist des Verhaltenskodex einzuhalten, wie im Abschnitt „Richtlinien im Zusammenhang mit der eigenen Belegschaft" im Kapitel „Eigene Belegschaft" beschrieben. Im Falle potenzieller Verstöße ist das Rahmenregelwerk zum Melden von Bedenken vorhanden, um Vorfälle zu melden, zu untersuchen und zu sanktionieren, wie im Abschnitt „Verfahren zur Behebung negativer Auswirkungen und Kanäle über die die eigene Belegschaft Bedenken äußern kann" im Kapitel „Eigene Belegschaft" beschrieben. In den meisten Fällen handeln die Mitarbeiter der Deutschen Bank mit Integrität und zeigen das richtige Verhalten, das den Richtlinien und Prozessen der Bank entspricht. Für die wenigen Fälle, in denen das Verhalten nicht den Standards entspricht, zum Beispiel im Falle möglicher Verstöße gegen den Verhaltenskodex, hat die Deutsche Bank Mechanismen eingerichtet, um solche Angelegenheiten anzusprechen, wie den Whistleblowing-Kanal und den Beschwerdemanagement-Kanal, sowie Verfahren zur Untersuchung und Sanktionierung von Beschwerden und Vorfällen festgelegt, wie im Abschnitt „Verfahren zur Behebung negativer Auswirkungen und Kanäle über die die eigene Belegschaft Bedenken äußern kann" des Kapitels „Eigene Belegschaft" beschrieben. Beschwerden von Mitarbeitern und nicht angestellten Beschäftigten werden gemäß der lokalen Gesetze bearbeitet. Darüber hinaus setzt die Bank interne Kontrollen und Prozesse ein, um potenzielle Unregelmäßigkeiten aufzudecken und wenn nötig, eine Untersuchung einzuleiten. Je nach den Umständen und der Schwere des Vorfalls kann es notwendig sein, Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich disziplinarischer Maßnahmen für Mitarbeiter. Darüber hinaus bietet die Deutsche Bank betroffenen Mitarbeitern kontinuierliche Unterstützung und führt Schulungen in der gesamten Organisation durch, um Bewusstsein in der Belegschaft zu schaffen.

Die Bank ist bestrebt, über disziplinarische Maßnahmen konsistent und transparent sowie in Übereinstimmung mit den lokalen Anforderungen zu entscheiden. Jeder Mitarbeiter soll das Gefühl haben, fair behandelt zu werden. Die Deutsche Bank sieht einen starken Zusammenhang zwischen dem erwarteten Verhalten ihrer Mitarbeiter, der Festlegung der Vergütung unter Berücksichtigung von Risiken und Verhalten, und den disziplinarischen Maßnahmen gegen Mitarbeiter, deren Verhalten nicht den Erwartungen der Bank entspricht.

Die Personalabteilung prüft die Untersuchungsberichte zu Vorfällen und Beschwerden, um zu entscheiden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Dazu gehören disziplinarische Maßnahmen sowie nicht-disziplinarische Maßnahmen wie das Lernen aus Vorfällen oder die Beratung von Mitarbeitern. In den Fällen, in denen es keine ausreichenden Beweise für ein Fehlverhalten gibt, wird das Verfahren eingestellt. Mögliche Disziplinarmaßnahmen für Mitarbeiter reichen von mündlicher und schriftlicher Abmahnung bis hin zur Kündigung. Solche Sanktionen können sich auf die variable Vergütung und die Beförderung eines Mitarbeiters auswirken, wie in der Richtlinie zur Steuerung von Leistung, Konsequenzen und Vergütung im Abschnitt „Arbeitsbedingungen" dieses Kapitels beschrieben. Mögliche Maßnahmen in Bezug auf nicht angestellte Beschäftigte können ein sofortiges Offboarding oder die Nichtverlängerung ihres Vertrags umfassen.

Die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten gemeldeten Vorfälle und Beschwerden wurden in den globalen Fallmanagementsystemen der Bank dokumentiert; die entsprechenden rechtlichen Maßnahmen sowie die Höhe von eventuellen Geldbußen, Sanktionen und Schadensersatzzahlungen wurden von den jeweiligen Bereichen der Bank gemeldet.

Vorfälle und Beschwerden

	2025	2024
Gesamtzahl der gemeldeten Fälle von Diskriminierung, einschließlich Belästigung (bestätigt und teilweise bestätigt)	70	57
Gesamtzahl der Beschwerden über Diskriminierung (einschließlich Belästigung) und im Bezug auf Arbeitsbedingungen, die von der eigenen Belegschaft über die Kanäle der Bank eingereicht wurden (ausgenommen die oben genannten Fälle)	252	202
Gesamtbetrag der wesentlichen Geldbußen, Sanktionen und Schadenersatzzahlungen im Zusammenhang mit den vorstehend beschriebenen Vorfällen und Beschwerden (in Mio. €)	0,91	0,25

Im Jahr 2025 entsprachen die gemeldeten Diskriminierungsvorfälle, einschließlich Belästigung, weniger als 0,1% der gesamten Mitarbeiterzahl der Bank. Diese Vorfälle beinhalten jegliche Beschwerden über Diskriminierung (einschließlich Belästigung), die von Mitarbeitern oder nicht angestellten Beschäftigten im Rahmen eines formellen Verfahrens erhoben werden und von der Bank bestätigt oder teilweise bestätigt wurden, sowie alle gegenüber der Bank erhobenen rechtlichen Ansprüche im Zusammenhang mit Vorwürfen von Diskriminierung (einschließlich Belästigung).

Die zusätzlichen Beschwerden wegen Diskriminierung, Belästigung oder allgemein bezüglich Arbeitsbedingungen entsprachen weniger als 0,3% der gesamten Mitarbeiterzahl der Bank. In diesem Zusammenhang sind Beschwerden Vorwürfe von Diskriminierung, Belästigung oder bezüglich Arbeitsbedingungen, die von Mitarbeitern oder nicht angestellten Beschäftigten im Rahmen eines formellen Verfahrens erhoben wurden, und entweder nicht bestätigt, bestätigt oder teilweise bestätigt wurden und die oben genannten Vorfälle ausschließen. Wie im Vorjahr, wurden auch im Berichtsjahr null entsprechende Beschwerden bei den nationalen Kontaktstellen für OECD-Multinationale Unternehmen eingereicht.

Vorfälle und Beschwerden treten in allen Regionen der Bank auf, meist mit einer höheren Zahl in Ländern mit einer größeren Belegschaft. Die Gesamtsumme der Geldbußen, Strafen und Entschädigungen für Schäden infolge von Beschwerden und Vorfällen sind im Finanzbericht der Bank unter Rechtsstreitigkeiten aufgeführt.

Vorfälle und Beschwerden sind begrenzt, da die Bank von ihrer eigenen Belegschaft erwartet, sich stets ethisch zu verhalten und alle geltenden Gesetze und Vorschriften einzuhalten, um ein Arbeitsumfeld frei von Belästigung, Diskriminierung und Vergeltungsmaßnahmen zu gewährleisten. Für die seltenen Fälle, in denen das Verhalten nicht den erforderlichen Standards entspricht, verfügt die Bank über etablierte Prozesse, um angemessen darauf zu reagieren, betroffene Mitarbeiter kontinuierlich zu unterstützen und unternehmensweite Schulungsmaßnahmen durchzuführen, die das Bewusstsein innerhalb der Belegschaft stärken.

Management der vorgelagerten Wertschöpfungskette

Die Offenlegung des Kapitels „Management der vorgelagerten Wertschöpfungskette" wurde in der Nachhaltigkeitserklärung 2025 vom Abschnitt „Allgemeine Informationen" in den Abschnitt „Informationen zu Governance-Themen" verlagert. Dies unterstreicht die zentrale Rolle der Governance bei der Überwachung des Managements der vorgelagerten Wertschöpfungskette.

Dieses Kapitel hebt die im Rahmen der Doppelten Wesentlichkeitsanalyse 2025 der Deutschen Bank identifizierten wesentlichen Themen hervor: Bekämpfung von Finanzkriminalität, einschließlich Korruption und Bestechung, Informationssicherheit und Datenschutz.

Dieses Kapitel stellt dar, welche Auswirkungen die vorgelagerten Lieferantenaktivitäten der Bank auf externe Interessengruppen haben und welche nachhaltigkeitsbezogenen Risiken sich daraus für das Geschäftsmodell und die finanzielle Leistung der Bank ergeben. Die Überwachung der Lieferantenleistung, der Compliance und der operativen Resilienz während des gesamten Lieferantenlebenszyklus wird von der Funktion Global Procurement & Vendor Management in Zusammenarbeit mit Operational Risk Management und dem Team für nachhaltige Beschaffung geführt.

Governance

ESRS 2 GOV-2

Der Vorstand der Deutschen Bank behält die Gesamtaufsicht über die nachhaltige Beschaffung und erhält regelmäßig Berichte zu den Fortschritten gegenüber den definierten Zielen. Der Verantwortliche für Global Procurement & Vendor Management stellt in enger Abstimmung mit dem Chief Sustainability Officer sicher, dass Nachhaltigkeitsprinzipien in alle Beschaffungsaktivitäten integriert und mit den strategischen Prioritäten der Bank abgestimmt sind.

Seit dem Jahr 2023 wurde die Governance innerhalb von Global Procurement & Vendor Management gestärkt, um die Transparenz, die Verantwortlichkeit und eine wirksame Einbindung der Lieferanten während des gesamten Lieferantenlebenszyklus zu fördern. Das Third-Party-ESG-Oversight-Forum vereint das operationelle Risikomanagement, die Rechtsabteilung, das Global Procurement & Vendor Management und das Chief Sustainability Office, um die Aufsicht über Nachhaltigkeitsrisiken bei Drittparteien zu koordinieren.

Das Risikomanagement folgt dem Modell der drei Verteidigungslinien der Bank: Global Procurement & Vendor Management steuert die Einhaltung von Vertragsbedingungen, während die Abteilungen zur Bekämpfung von Finanzkriminalität, Datenschutz und Informationssicherheit die zweite Verteidigungslinie und Eskalation übernehmen. Der Vorstand trägt die Verantwortung über Schlüsselpositionen in Global Procurement & Vendor Management, Informationssicherheit und Bekämpfung von Finanzkriminalität.

Das Third-Party-ESG-Oversight-Forum prüft zudem nachhaltigkeitsbezogene Vertrags- und Sorgfaltspflichtenaspekte in Lieferantenbeziehungen sowie die damit verbundenen Folge- und Abhilfemaßnahmen. Dadurch wird eine einheitliche Anwendung der Nachhaltigkeitsanforderungen der Bank sowie eine koordinierte Aufsicht über wesentliche ESG-Risiken von Drittparteien sichergestellt.

Strategie

ESRS 2 SBM-3

Die Strategie für das Jahr 2025 setzte weiterhin klare Prioritäten in Bezug auf die Integrität in der Lieferkette, ethische Geschäftspraktiken, Datensicherheit und operative Resilienz bei den Lieferanten. Die Verhinderung von Korruption und Bestechung, der Schutz von Informationen, ein umfassender Sorgfaltspflichtenprozess sowie eine verantwortungsvolle Datenverarbeitung bleiben zentrale Elemente der Lieferantensteuerung.

Im Jahr 2025 hat die Deutsche Bank ihr Betriebsmodell weiter gestärkt, indem die Verantwortlichkeiten für das Management von Ausnahmen klargestellt, die Nachverfolgung von Abschlüssen verbessert und die Abstimmung von Aufsichtsgremien optimiert wurde. Dies verstärkt die Verbindung zwischen Beschaffung, Vertragsmanagement und Nachhaltigkeitskontrollen.

Zusammenarbeit in der Finanzbranche

Die Deutsche Bank trägt zusätzlich zu internen Strukturen zur branchenübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Beschaffung bei. Die Bank hat die Finance Initiative for Sustainable Procurement (FISP) Peer Group gegründet und führt weiterhin deren Vorsitz, unterstützt durch Accenture. Über diese Plattform tauscht sich die Deutsche Bank mit Kollegen aus der Finanzbranche aus, um bewährte Vorgehensweisen zu teilen, gemeinsame Herausforderungen anzugehen und verantwortungsvolle Beschaffungsstandards voranzubringen. Diese Zusammenarbeit unterstützt die kontinuierliche Verbesserung der Lieferanteneinbindung und die Integration von Nachhaltigkeitsprinzipien in der gesamten Finanzdienstleistungsbranche.

次へ

Management der Auswirkungen, Risiken und Chancen

Auswirkungen, Risiken und Chancen (IRO) werden bankweit durch die doppelte Wesentlichkeitsbeurteilung identifiziert und bewertet, die im Kapitel „Beurteilung Wesentlichkeit" in dieser Nachhaltigkeitserklärung ausführlich beschrieben wird. Die nachfolgende Tabelle stellt die identifizierten IROs dar und gibt zudem einen Übe entsprechenden Richtlinien, Maßnahmen, Metriken und Ziele zur Steuerung der jeweiligen IROs.

Thema	Unterthema	Wertschöp-fungskette	Zeithorizont	IRO-Typ	IRO-Beschreibung	Richtlinien	Maßnahmen
Bekämpfung von Finanz-kriminalität	Korruption und Bestechung	Vorgelagert	Kurzfristig	Risiko	Risiko rechtlicher Schritte, Vertrauensverlust und/oder Reputationsschaden infolge einer Verbindung mit Tier 1-Lieferanten, die wegen des Einsatzes von Korruption und Bestechung zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen überprüft werden	Verhaltens-kodex für Lieferanten Richtlinie zur Verhinderung von Bestechung und Korruption Datenschutz-richtlinie Management und Governance von Informations-sicherheit Third-Party Risk Management (TPRM)-Rahmenwerk	Screening negativer Medienberichte und Sanktionen Prüfungen während des Aufnahmeprozesses und Eskalation identifizierter Risiken Erwartungen an Integrität und Verhalten sind in der TPRM Richtlinie und im Verhaltenskodex für Lieferanten definiert
Datenschutz	Datenschutz		Kurzfristig	Risiko	Risiko einer potenziell unbefugten Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten von Kunden oder Mitarbeitern durch direkte Lieferanten sowie einer unzureichenden Behandlung von Datenschutzverletzungen, die nicht im Einklang mit vertraglichen/regulatorischen Anforderungen stehen und zu Betriebsunterbrechungen, rechtlichen Schritten, Vertrauensverlust und/oder Reputationsschäden führen können		Risikobasierte Bewertungen und vertragliche Datenschutzklauseln werden durch den TPRM-Prozess durchgesetzt Laufende Überwachung und Eskalation von möglichen Vorfällen an die Abteilung für Konzerndatenschutz Lieferanten dürfen personenbezogene Daten nur im Einklang mit geltenden Datenschutzgesetzen und den Weisungen der Bank verarbeiten und müssen potenzielle Datenschutzverletzungen unverzüglich melden
			Kurzfristig	Negative Auswirkung	Potenzielle negative Auswirkungen auf Stakeholder durch direkte Lieferanten aufgrund unbefugter Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten von Kunden oder Mitarbeitern sowie unzureichender Behandlung von Datenschutzverletzungen, die nicht im Einklang mit vertraglichen/regulatorischen Anforderungen stehen und zu Identitätsdiebstahl, finanziellen Verlusten, Beeinträchtigung von Kreditbewertungen oder emotionaler Belastung führen		
Informations-sicherheit	Informations-sicherheit		Kurzfristig	Risiko	Inhärentes Risiko einer potenziellen Beeinträchtigung der Vertraulichkeit, Integrität oder Verfügbarkeit von Informationswerten bei den direkten Lieferanten der Bank, was zu finanziellen Verlusten, regulatorischen Geldbußen, Vertrauensverlust bei Stakeholdern oder Reputationsschäden führen kann		Risikobasierter Ansatz und vertragliche Vereinbarungen Laufende Überwachung sowie Vorfallbenachrichtigung und Eskalation

次へ

ESRS 2 SBM-3, ESRS G1-1, ESRS G1-2, ESRS G1-6, ESRS 2 MDR-P, ESRS 2 MDR-A

Ansatz und Abgrenzung

Im Jahr 2025 wurden die Prüfprozesse und die Berichterstattung weiter verfeinert, um die Abstimmung zwischen Beschaffung, Vertragsmanagement und Nachhaltigkeitskontrollen zu verbessern. Die Deutsche Bank identifiziert und steuert wesentliche Auswirkungen, Risiken und Chancen, die sich aus ihren vorgelagerten Lieferantenbeziehungen im Rahmen des Lieferantenlebenszyklus ergeben. Die Überwachung erstreckt sich von der Sorgfaltspflichtenprüfung über den Third-Party-Risk-Management-(TPRM)-Prozess, den Aufnahmeprozess, die Vertragsgestaltung bis hin zur Überwachung nach Vertragsabschluss, um sicherzustellen, dass die Lieferanten einheitliche interne Standards und regulatorische Verpflichtungen erfüllen.

Das Rahmenwerk des Lieferantenlebenszyklus integriert Kontrollen, die mit internen Richtlinien, regulatorischen Anforderungen und dem Verhaltenskodex für Lieferanten der Bank abgestimmt sind. Governance-Gremien überprüfen die Ergebnisse der Überwachung, um Transparenz, Verantwortlichkeit und operative Resilienz in der gesamten Lieferantenbasis zu stärken.

Richtlinien und Standards

Das Lieferantenrisikomanagement der Deutschen Bank wird durch eine robuste Reihe interner Richtlinien geregelt, einschließlich der TPRM-Richtlinie, der Richtlinie zur Verhinderung von Bestechung und Korruption, der Informationssicherheitsrichtlinie, der Datenschutzrichtlinie und des Verhaltenskodex für Lieferanten, die Mindestkontrollstandards für alle externen Lieferanten festlegen. Diese Richtlinien begründen gemeinsam Anforderungen an Integrität, Vertraulichkeit und verantwortungsvolles Geschäftsgebaren.

Die Überwachung der Lieferantenbeziehungen ist im Prozess für den Lieferantenlebenszyklus verankert, wobei TPRM das zentrale Instrument ist, um Anforderungen festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und Probleme zu eskalieren. Alle relevanten Richtlinien werden jährlich überprüft, um die Übereinstimmung mit internen Standards und sich weiterentwickelnden regulatorischen Erwartungen sicherzustellen.

Die Verantwortlichkeit für die Umsetzung der Richtlinien ist in der Governance-Struktur der Beschaffungsabteilung der Bank verankert. Der Verantwortliche für Global Procurement & Vendor Management überwacht die Einhaltung der Einkaufsrichtlinie (mit Ausnahme von DWS, wo eine gleichwertige Richtlinie gilt). Der Verhaltenskodex für Lieferanten wird mit Hilfe des bestehenden Richtlinienrahmens der Beschaffungsabteilung gesteuert. Aktualisierungen werden bereichsübergreifend mit den relevanten Fachexperten und Funktionsleitern abgestimmt. Diese Struktur gewährleistet eine einheitliche Umsetzung von Richtlinien sowie Eskalation und unterstützt eine wirksame Beschaffung sowie die Einhaltung regulatorischer Anforderungen.

Austausch und Zusammenarbeit mit Interessenträgern

Die bereichsübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen Global Procurement & Vendor Management, Operational Risk Management, Anti-Financial Crime, Informationssicherheit und Datenschutz bildet die Grundlage für die Kontrollumgebung. Veranstaltungen zur Sensibilisierung von Lieferanten und Erörterungen im Rahmen des Vertragsmanagements stärken die Standards für Verhalten, Korruptionsprävention, Datenverarbeitung und Informationssicherheit. Überwachungsergebnisse und Fortschritte bei Abhilfemaßnahmen werden über etablierte Governance-Gremien an die Geschäftsleitung berichtet, um eine zeitnahe Problemlösung sicherzustellen und kontinuierliche Verbesserungen voranzutreiben.

Bekämpfung von Finanzkriminalität – Korruption und Bestechung

Die Deutsche Bank verpflichtet sich, die höchsten Standards für Integrität und ethisches Verhalten in ihren Lieferantenbeziehungen einzuhalten. Die Bank setzt Richtlinien und Kontrollen durch, um Korruption, Bestechung und andere Formen von Finanzkriminalität zu verhindern, diese aufzudecken und zu bekämpfen und verlangt von ihren Lieferanten die Einhaltung geltender Gesetze und interner Standards. Sorgfaltspflichtenprüfungen, einschließlich Prüfung negativer Medienberichte, Prüfung von Sanktionen und anderer Risikofaktoren, werden während des Lieferantenaufnahmeprozesses und der Überwachungsprozesse durchgeführt. Jegliche identifizierten Risiken werden an die zuständigen Kontrollfunktionen eskaliert, um Untersuchungen einzuleiten und Gegenmaßnahmen zu ergreifen und auf diese Weise sicherzustellen, dass die Lieferkette der Bank regelkonform und widerstandsfähig bleibt.

Weitere Details zum Ansatz der Bank zur Bekämpfung von Finanzkriminalität finden sich im Abschnitt „Bekämpfung von Finanzkriminalität" der Nachhaltigkeitserklärung.

Informationssicherheit

Im Falle eines erfolgreichen Angriffs könnten Auswirkungen auf die Stakeholder der Deutschen Bank und das breitere Finanzökosystem entstehen, etwa durch kompromittierte Daten, die unbeabsichtigte Verbreitung von Schadsoftware, die Nichtverfügbarkeit von Diensten sowie die Unzugänglichkeit von Systemen und/oder Daten. Dies umfasst interne und externe IT-Systeme von Drittparteien.

Die Informationssicherheitsrisiken ihrer Drittanbieter werden von der Deutschen Bank durch eine Kombination von Fähigkeiten gemanagt, die einen umfassenden Ansatz zur Minderung dieser Risiken darstellen. Zu den wichtigsten Komponenten gehört das globale Drittparteien-Risikomanagementprogramm der Bank, das darauf ausgelegt ist, Risiken im Zusammenhang mit Drittparteien zu identifizieren, zu überwachen und zu mindern. Damit einhergehend verlangt die Bank die Einhaltung einer Informationssicherheitsrichtlinie, die für Drittparteien spezifische Kontrollziele festlegt, und auch verbindliche Anforderungen zur Meldung von Sicherheitsvorfälle umfasst. Drittparteien werden zudem regelmäßig basierend auf ihrer Kritikalität (jährlich oder halbjährlich) neu bewertet, um eine fortlaufende Sicherstellung der Kontrollanforderungen zu gewährleisten. Darüber hinaus werden Drittparteien bei spezifischen Bedrohungen und Vorfällen einbezogen, um mögliche Auswirkungen auf Informationen der Deutschen Bank zu bewerten.

Weitere Details zum Ansatz der Bank zur Informationssicherheit finden sich im Abschnitt „Informationssicherheit" der Nachhaltigkeitserklärung.

Datenschutz

Datenschutz ist ein integraler Bestandteil des TPRM-Rahmenwerks der Deutschen Bank. Es kann sein, dass Lieferanten personenbezogene Daten von Kunden, Mitarbeitern oder anderen Interessenträgern der Deutschen Bank verarbeiten müssen. Eine solche Verarbeitung muss in Übereinstimmung mit den geltenden Datenschutz- und Privatsphäre-Gesetzen und -Vorschriften erfolgen und ist nur insoweit zulässig, wie sie zur Erbringung der Waren und Dienstleistungen erforderlich ist. Die Deutsche Bank verpflichtet die Lieferanten vertraglich dazu, personenbezogene Daten ausschließlich auf Grundlage der von der Bank bereitgestellten Anweisungen zu verarbeiten, die geltenden Datenschutz- und Privatsphäre-Anforderungen einzuhalten und die Bank unverzüglich über potenzielle Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu informieren.

Weitere Informationen zum Ansatz der Bank zum Datenschutz finden sich im entsprechenden Kapitel „Datenschutz" der Nachhaltigkeitserklärung.

Metriken und Ziele

ESRS 2 MDR-M, ESRS 2 MDR-T, ESRS G1-6

Metriken und Ziele für diese wesentlichen Themen werden von den Funktionen Bekämpfung von Finanzkriminalität, Datenschutz und Informationssicherheit in ihren jeweiligen Kapiteln innerhalb dieser Nachhaltigkeitserklärung berichtet.

Während der Vorstand weiterhin die ESG-Kennzahl (KPI) für die ESG-Bewertung und -Leistung von Lieferanten im Rahmen interner Prozesse überwacht, ist dieser KPI nicht Teil der Berichterstattung des Jahres 2025. Diese Entscheidung spiegelt das Ergebnis der Doppelten Wesentlichkeitsanalyse wider, die zu dem Schluss kam, dass diese KPI für die vorgelagerte Wertschöpfungskette nicht wesentlich ist und daher derzeit nicht extern offenzulegen ist.

Zahlungsstatistiken

Die Deutsche Bank fördert einen verantwortungsvollen Ansatz in ihren Beziehungen zu Lieferanten und legt daher ihre Zahlungsstatistiken freiwillig offen.

Kennzahlen im Zusammenhang mit den Zahlungspraktiken der Deutschen Bank beruhen auf den von der Bank für das Jahr 2025 erfassten vollständigen Rechnungsdaten und werden ab dem Datum der Rechnungsstellung berechnet.

Die DWS folgt gleichwertigen Governance-Regelungen für Zahlungen und vertragliche Bedingungen. Die entsprechenden Kennzahlen werden separat in der Spalte „Asset Management" dargestellt.

Ergebnisse für das Jahr 2025 und ergänzende Informationen[1]

	2025		2024	
Zahlungsbedingungen	Deutsche Bank Konzern ohne Asset Management	Asset Management	Deutsche Bank Konzern ohne Asset Management	Asset Management
Durchschnittliche Zeit, um eine Rechnung zu bezahlen[2] (in Tagen)	29	61	32	47
Prozentsatz der Zahlungen, die gemäß den Standardzahlungsbedingungen bezahlt wurden				
Lieferanten mit Ausgaben von < 100 Tsd. € pro Jahr (in %)[3]	77	66	70	62
Lieferanten mit Ausgaben von ≥ 100 Tsd. € pro Jahr				
Europäische Union (in %)[4]	93	66	91	75
Rest der Welt (in %)[5]	80	75	78	76

[1] Die Berechnungen basieren auf der Betrachtung von 465.577 Rechnungen im Jahr 2025 im Vergleich zu 396.046 Rechnungen im Jahr 2024, unterstützt durch Verbesserungen im zentral gesteuerten Berichtswesen.

[2] Berechnet ab dem Datum der Rechnungsstellung für alle Lieferanten.

[3] Für Lieferanten, die der Deutschen Bank Dienstleistungen und Produkte im Wert von weniger als 100 Tsd. € pro Jahr liefern, gilt ein Zahlungsziel von 0 bis 30 Tagen ab dem Rechnungsdatum (sofern vertraglich nicht anders vereinbart). Für 93% der Lieferanten mit Ausgaben im Wert von weniger als 100 Tsd. € pro Jahr gelten die Zahlungsbedingungen von 0 bis 30 Tagen.

[4] Standardzahlungsbedingung für Lieferanten innerhalb der Europäischen Union ist die Zahlung innerhalb von 60 Tagen. Für 100% der Lieferanten mit Ausgaben im Wert von ≥ 100 Tsd. € pro Jahr gelten die Zahlungsbedingungen innerhalb von 60 Tagen.

[5] Standardzahlungsbedingung für Lieferanten aus dem Rest der Welt ist die Zahlung innerhalb von 90 Tagen. Für 100% der Lieferanten mit Ausgaben im Wert von ≥ 100 Tsd. € pro Jahr gelten die Zahlungsbedingungen innerhalb von 90 Tagen.

Mitarbeiter

Personalbestand im Konzern

Zum 31. Dezember 2025 beschäftigte die Bank insgesamt 89.879 Mitarbeiter verglichen mit 89.753 zum 31. Dezember 2024. Die Bank berechnet ihre Mitarbeiterzahlen auf Basis von Vollzeitkräften, das heißt Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit anteilig enthalten.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Vollzeitkräfte der Bank zum 31. Dezember 2025, 2024 und 2023.

Mitarbeiter[1]	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2023
Deutschland	33.386	33.160	36.195
Europa (ohne Deutschland)	17.847	17.672	18.103
Asien/Pazifik, Mittlerer Osten und Afrika	30.669	28.930	27.601
Nordamerika[2]	7.713	7.744	8.033
Lateinamerika	264	247	199
Mitarbeiter insgesamt	**89.879**	**89.753**	**90.130**

[1] Vollzeitkräfte, die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst, Rundungsdifferenzen möglich
[2] Vorwiegend USA

Die Zahl der Mitarbeiter der Bank erhöhte sich im Jahr 2025 um 126 oder 0,1% insbesondere aufgrund von Zuwächsen in Asien/Pazifik, Mittlerer Osten und Afrika, teilweise ausgeglichen insbesondere durch Reduktionen in Deutschland.

- Deutschland (-1.773; -5,0%) vor allem aufgrund von Restrukturierungsmaßnahmen insbesondere in der Privatkundenbank
- Nordamerika (-31; -0,4%) vor allem aufgrund von Reduktionen in der Privatkundenbank, Asset Management und nahezu allen Infrastrukturabteilungen, teilweise ausgeglichen durch Technology, Data & Innovation
- Europa ohne Deutschland (175; 1,0%) insbesondere aufgrund von Zuwächsen im Bearbeitungszentrum in Rumänien, teilweise ausgeglichen durch Reduktionen in Italien, den Niederlanden und UK
- Asien/Pazifik, Mittlerer Osten und Afrika (1.739; 6,0%) insbesondere aufgrund von Zuwächsen in Indien und des dortigen Bearbeitungszentrums

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Verteilung der Mitarbeiter nach Bereichen zum 31. Dezember 2025, 2024 und 2023.

Mitarbeiter[1]	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2023
Unternehmensbank (CB)	18,5%	18,0%	17,4%
Investmentbank (IB)	9,1%	9,0%	8,9%
Privatkundenbank (PB)	26,0%	27,7%	29,1%
Asset Management (AM)	5,4%	5,1%	4,9%
Infrastruktur	41,1%	40,2%	39,7%

[1] Vollzeitkräfte, die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst, Rundungsdifferenzen möglich

- Unternehmensbank (471; 2,9%) aufgrund von Zuwächsen in allen Abteilungen
- Investmentbank (132; 1,6%) insbesondere aufgrund von Zuwächsen in der Abteilung Fixed Income & Currencies
- Privatkundenbank (-1.558; -6,31%) vor allem aufgrund von Reduktionen in Deutschland
- Asset Management (260; 5,7%) insbesondere aufgrund der Entwicklung in der Abteilung Chief Technology Office
- Infrastrukturabteilungen (821; 2,3%) vor allem aufgrund von personeller Verstärkung in den Abteilungen Technology, Data & Innovation in Zusammenhang mit der Internalisierungsstrategie der Bank

Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses an. Neben beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne gelten.

Im global koordinierten Rechnungslegungsprozess des Konzerns, in welchem die Bank leistungsdefinierte Pläne mit einer leistungsdefinierten Verpflichtung von mehr als 5 Mio. € abdeckt, werden die Bewertungen lokaler Aktuare in den einzelnen Ländern durch den globalen Aktuar des Konzerns überprüft.

Durch die Anwendung global einheitlicher Grundsätze zur Festlegung der finanziellen und demografischen Bewertungsannahmen stellt der Konzern sicher, dass diese bestmöglich geschätzten, unvoreingenommen gewählten und miteinander vereinbar sind sowie global konsistent angewendet werden.

Eine weitergehende Erörterung zu diesen Plänen ist im Konzernanhang des Finanzberichts unter Anhangangabe 33 „Leistungen an Arbeitnehmer" zu finden.

Ausgewählte Personalkennzahlen

Einige ausgewählte Personalkennzahlen sind nachstehend dargestellt. Nähere Informationen zu Personalkennzahlen, den strategischen HR-Prioritäten der Deutschen Bank sowie Entwicklungen und Erfolgen in der Personalarbeit sind in der Nachhaltigkeitserklärung 2025 der Bank zu finden.

	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2023
Weibliche Mitarbeiter nach Corporate Title (Mitarbeiterzahl, in %)[1]			
Weibliche Managing Directors	23,3%	22,8%	22,3%
Weibliche Directors	29,5%	28,8%	28,0%
Weibliche Vice Presidents	36,3%	35,6%	34,8%
Weibliche Assistant Vice Presidents und Associates	43,0%	42,3%	41,9%
Weibliche Non Officers	59,4%	59,6%	59,0%
Weibliche Mitarbeiter insgesamt (Mitarbeiterzahl, in %)	**46,4%**	**46,5%**	**46,3%**
Alter (in %, Kopfzahl)[1,2]			
Unter 30 Jahren	16,2%	16,2%	16,5%
30 bis 50 Jahre	57,1%	57,0%	57,0%
Über 50 Jahre	26,7%	26,9%	26,5%
Teilzeit-Mitarbeiter (Mitarbeiterzahl, in %)			
Deutschland	25,2%	24,5%	24,9%
Europa (ohne Deutschland)	4,8%	5,1%	5,1%
Nord- und Südamerika	0,3%	0,4%	0,4%
Asien-Pazifik, Naher Osten und Afrika	0,1%	0,1%	0,1%
Teilzeit-Mitarbeiter insgesamt	**11,0%**	**11,3%**	**11,8%**
Anteil der Auszubildenden und der Dual Studierenden in Prozent der Festangestellten in Deutschland	3,1%	3,2%	3,6%

	2025	2024	2023
Commitment-Index	68%	67%	70%
Enablement-Index	71%	70%	71%
Fluktuationsquote aufgrund von Arbeitnehmerkündigungen			
Deutschland	2,4%	2,6%	2,5%
Europa (ohne Deutschland), Naher Osten und Afrika	5,4%	5,2%	5,2%
Nord- und Südamerika	9,0%	8,3%	7,7%
Asien-Pazifik	10,2%	9,9%	9,5%
Fluktuationsquote aufgrund von Arbeitnehmerkündigungen insgesamt	**6,2%**	**5,9%**	**5,6%**
Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote in %[3]	7,5%	7,6%	7,4%

[1] Bei den ausgewiesenen Corporate Titles der Postbank (einschließlich Tochtergesellschaften) handelt es sich nur um eine hilfsweise technische Ableitung.
[2] Rundungsdifferenzen möglich.
[3] Krankheitsbedingte Fehlzeitenquote: (Summe Krankheitstage x 100)/Summe Sollarbeitstage), Deutschland

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Die Geschäftsführung der Deutschen Bank und ihrer konsolidierten Tochtergesellschaften ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL") verantwortlich. Der Finanzvorstand ist für die Ausgestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem der Bank und dessen operative Wirksamkeit verantwortlich. Der Aufsichtsrat überwacht den Prozess der Finanzberichterstattung und wird dabei vom Prüfungsausschuss unterstützt. Neben der Aufstellung des Konzernabschlusses für Zwecke der externen Berichterstattung im Einklang mit den International Financial Reporting Standards (IFRS), welche vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben und von der Europäischen Union (EU) gebilligt wurden, umfasst das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem der Bank auch Offenlegungskontrollen und -prozesse, die darauf ausgelegt sind, fehlerhafte Angaben zu vermeiden.

Risiken im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können dazu führen, dass das Vertrauen der Investoren beeinträchtigt wird oder Reputationsschäden entstehen. Darüber hinaus können sie rechtliche Konsequenzen wie zum Beispiel Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn eine oder mehrere in den Abschlüssen enthaltene Beträge oder Anhangangaben wesentliche fehlerhafte Angaben (oder Auslassungen) enthalten. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Die Geschäftsführung des Konzerns hat ein rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem (IKSRL) eingerichtet mit dem Ziel, diese Risiken der Rechnungslegung zu begrenzen. Ein solches System kann aber nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit darüber bieten, dass die Abschlüsse frei von wesentlichen Fehlern sind. Zusätzlich wurde eine Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Konzerns durchgeführt. Diese basierte auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO") aus dem Jahr 2013. COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems erleichtern und die Beurteilung seiner Angemessenheit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat die Geschäftsführung die nachstehenden Abschlussziele für das IKSRL festgelegt:

- Existenz – Bilanzierte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind vorhanden und die erfassten Transaktionen wurden auch durchgeführt.
- Vollständigkeit – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- Bewertung – Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- Rechte, Verpflichtungen und Eigentum – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögenswerten oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögenswerte beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- Darstellung und Berichterstattung – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- Sicherung von Vermögenswerten – Nicht autorisierter Kauf, die Nutzungen oder Veräußerung von Vermögenswerten werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine hinreichende, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Dementsprechend können Offenlegungskontrollen und -verfahren oder Systeme des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems nicht sämtliche Fehler, einschließlich unbeabsichtigter oder vorsätzlicher Fehler (Betrug), verhindern. Außerdem unterliegen Prognosen über die Bewertung der Wirksamkeit für künftige Zeiträume dem Risiko, dass die Kontrollen aufgrund von Änderungen der Bedingungen unzureichend werden können oder dass sich der Grad der Einhaltung der Richtlinien oder Verfahren im Zeitablauf verschlechtern kann. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen der Kontrollen ist im Verhältnis zu den mit ihnen verbundenen Kosten zu beurteilen.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem enthält Richtlinien und Anweisungen, die

- das Führen von Aufzeichnungen regeln, die die richtige und ordentliche Darstellung von Transaktionen sowie die Veräußerung von Vermögenswerten der Gesellschaft in hinreichenden Detail sicherstellen,
- hinreichende Sicherheit gewähren, dass die Transaktionen der Gesellschaft in erforderliche Weise aufgezeichnet werden, um die Erstellung des Abschlusses in Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Grundsätzen der Rechnungslegung sicherzustellen, und zudem gewährleisten, dass die Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft nur nach Genehmigung der Geschäftsführung erfolgen und
- hinreichende Sicherheit in Hinblick auf die Vermeidung oder die rechtzeitige Aufdeckung von unerlaubtem Erwerb, unerlaubter Nutzung oder Veräußerung von Vermögenswerten der Gesellschaft gewährleisten, die eine erhebliche Auswirkung auf den Abschluss der Gesellschaft haben könnten.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Konzernvorstand führt jedes Jahr eine formelle Prüfung der Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems durch. Diese Überwachung umfasst die Bewertung sowohl der Wirksamkeit des Kontrollumfelds als auch der einzelnen zugrunde liegenden Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Die Fehleranfälligkeit der identifizierten Kontrollen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch die Geschäftsführung, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise gemäß § 315 HGB, die die Geschäftsführung benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL eingerichtet wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Bewertung, da sie der Geschäftsführung zusätzliche Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführter risikoorientierter Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden der Geschäftsführung zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses auch bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Die von der Geschäftsführung durchgeführte Überprüfung führte zum 31. Dezember 2025 zu der Feststellung, dass die Ausgestaltung des IKSRL zweckmäßig ist und die Kontrollen wirksam sind.

Angaben nach § 315a Absatz 1 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals einschließlich des Genehmigten und des Bedingten Kapitals

Informationen bezüglich des Stammkapitals der Deutsche Bank sind in der Anhangangabe 32 „Stammaktien" im Konzernanhang dargestellt.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank oder ihre Konzernunternehmen im Laufe des Jahres 2025 eigene Aktien in ihrem Bestand hielten, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Ähnlichen Beschränkungen die mit Veräußerungsbeschränkungen verbunden sind, unterliegen auf vertraglicher Grundlage Mitarbeiter, denen Aktien als hinausgeschobene Vergütung mit Haltepflicht gewährt wurden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind der Bank nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die 10% der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies der Bank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin") anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3%. Der Bank sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen bekannt, die 10% oder mehr der Stimmrechte halten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutsche Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutsche Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein oder zwei Vorstandsmitglieder zu Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. In dringenden Fällen hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten ein fehlendes Vorstandsmitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Gemäß dem Kreditwesengesetz und EU-Verordnung Nr. 468/2014 der Europäischen Zentralbank (SSM Rahmenverordnung) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), der Deutschen Bundesbank und der Europäischen Zentralbank (EZB) vor der Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese über ausreichende theoretische und praktische Kenntnisse der Geschäfte der Bank sowie über Leitungserfahrung verfügen. Die fachliche Eignung setzt voraus, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 25c Absatz 1 KWG, Artikel 93 SSM Rahmenverordnung).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Die EZB oder BaFin kann einen Sonderbeauftragten bestellen und diesem die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse einzelner Mitglieder des Vorstands übertragen, wenn diese Mitglieder nicht zuverlässig sind oder nicht die erforderliche fachliche Eignung haben oder wenn das Kreditinstitut nicht mehr über die erforderliche Anzahl von Vorstandsmitgliedern verfügt. In allen diesen Fällen ruhen die Aufgaben und Befugnisse des Vorstands oder der betroffenen Vorstandsmitglieder (§ 45c Absatz 1 bis 3 KWG, Artikel 93 Absatz 2 der SSM Rahmenverordnung).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge der Ausgabe von Aktien aus genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreiben (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2025 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2030 zum Zweck des Wertpapierhandels eigene Aktien der Deutschen Bank AG zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10% über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5% des Grundkapitals der Deutsche Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2025 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 30. April 2030 eigene Aktien der Deutschen Bank AG bis zu 10% des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals oder, falls dieser Wert geringer ist, des zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10% des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10% über- und nicht um mehr als 20% unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10% über- und nicht um mehr als 20% unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, die Veräußerung der erworbenen Aktien sowie der etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbenen Aktien über die Börse beziehungsweise durch ein Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen. Er wurde auch ermächtigt, erworbene Aktien gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck zu veräußern, Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen oder andere dem Geschäftsbetrieb der Gesellschaft dienliche Vermögenswerte zu erwerben.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, solche eigenen Aktien auf Grundlage von Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die für Mitarbeiter oder Organmitglieder der Gesellschaft und verbundener Unternehmen begründet wurden.

Ferner wurde der Vorstand unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder, falls dieser Wert geringer ist, zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10% des jeweils maßgeblichen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10% des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder Wandlungs- oder Optionsgenussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser oder einer vorangegangenen Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2025 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Verkaufsoptionen an Dritte verkaufen und Kaufoptionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese Optionen nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Verkaufs- oder Kaufoptionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5% des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen so gewählt werden, dass der Aktienerwerb in Ausübung der Optionen spätestens am 30. April 2030 erfolgt.

Der bei Ausübung der Verkaufsoptionen beziehungsweise bei Fälligkeit des Terminkaufs jeweils zu zahlende Kaufpreis je Aktie darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Geschäfts nicht um mehr als 10% überschreiten und 10% dieses Mittelwerts nicht unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen Optionsprämie. Eine Ausübung der Kaufoptionen darf nur erfolgen, wenn der zu zahlende Kaufpreis den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Erwerb der Aktien nicht um mehr als 10% überschreitet und 10% dieses Mittelwerts nicht unterschreitet.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

Auch aus bestehenden Derivaten, während des Bestehens vorangehender Ermächtigungen und ausdrücklich auf deren Grundlage vereinbart wurden, dürfen weiterhin eigene Aktien erworben werden.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Wesentliche Vereinbarungen, die infolge eines Übernahmeangebots unter der Bedingung eines Kontrollwechsels wirksam werden, geändert oder beendet werden, wurden nicht getroffen.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289f und 315d HGB

Die vollständige Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289f, 315d HGB ist auf der Website der Bank unter https://www.db.com/ir/de/berichte.htm sowie im Abschnitt „4 – Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §§ 289f, 315d HGB/Corporate-Governance-Bericht" zu finden.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Angaben zur Konzernobergesellschaft (HGB)

Einleitung

Die Deutsche Bank AG ist die Konzernobergesellschaft des Deutsche Bank-Konzerns und gleichzeitig ihr wesentlichster Bestandteil. Die Steuerung des Deutsche Bank-Konzerns basiert auf den IFRS-Ergebnissen der Geschäftsbereiche. Die Deutsche Bank AG ist vollständig in die Initiativen und Zielvorgaben des Deutsche Bank-Konzerns integriert. Die wirtschaftliche Leistung des Konzerns bestimmt letztlich die Ergebnisse der Deutsche Bank AG. Da die Bank die Option des § 2a des Kreditwesengesetz (KWG) in Bezug auf das regulatorische Kapital ausübt, sind die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten nur auf Konzernebene anzuwenden.

Aus diesen Gründen sind die in diesem zusammengefassten Lagebericht dargestellten Informationen zum Deutsche Bank-Konzern im Allgemeinen auch für die Deutsche Bank AG zutreffend und relevant. Zusätzliche Informationen, die zum Verständnis der Deutsche Bank AG beitragen, sind in diesem Abschnitt enthalten. Die Finanzinformationen dieses Abschnitts wurden (sofern nicht anderes angegeben) nach dem deutschen Handelsgesetzbuch (HGB) erstellt. Weitere Einzelheiten zu den nach HGB erstellten Finanzinformationen finden sich im Anhang zum Jahresabschluss der Deutsche Bank AG, der als gesonderter Bericht veröffentlicht wird.

Überblick über den Geschäftsverlauf der Deutsche Bank AG

Ein wesentlicher Leistungsindikator zur Beurteilung der Leistung des Deutsche Bank-Konzerns ist die Fähigkeit, Ausschüttungen an die Aktionäre zu tätigen. Diese Fähigkeit hängt vom Bilanzgewinn ab, der nach den HGB-Vorschriften ermittelt wird. Darüber hinaus werden unter Berücksichtigung der eingangs erläuterten Umstände die HGB-Ergebnisse der Deutsche Bank AG nur eingeschränkt zur Beurteilung und Steuerung der finanziellen Leistung des Konzerns herangezogen.

Die Deutsche Bank AG erzielte im Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss von 6,2 Mrd. €, nach 2,9 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024.

Die Erträge stiegen im Geschäftsjahr 2025 gegenüber dem Vorjahr um 9% auf 23,0 Mrd. €, was auf einen Anstieg des Zinsüberschusses um 21% auf 11,4 Mrd. € sowie einen Anstieg des Provisionsüberschusses um 6% auf 7,8 Mrd. € zurückzuführen war. Dies wurde zum Teil durch einen Rückgang des Nettohandelsergebnisses um 13% auf 3,7 Mrd. € kompensiert.

Der Verwaltungsaufwand in Höhe von 16,2 Mrd. € blieb gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen unverändert. Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen betrug 186 Mio. €, nach -1,4 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf das Ausbleiben der im Geschäftsjahr 2024 erfassten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Postbank-Übernahmeklage zurückzuführen.

Die Risikovorsorge betrug im Geschäftsjahr 2025 709 Mio. €, was im Wesentlichen ein höheres Ergebnis von Wertpapieren der Liquiditätsreserve widerspiegelte. Im Geschäftsjahr 2024 betrug die Risikovorsorge 1,1 Mrd. €.

Das Betriebsergebnis von 6,3 Mrd. € erhöhte sich um 3,8 Mrd. € gegenüber dem Vorjahr.

Das Ergebnis außerhalb des operativen Ergebnisses war hauptsächlich beeinflusst durch Nettozuschreibungen von Anteilen an verbundene Unternehmen von 1,8 Mrd. €. Unter Berücksichtigung eines Steueraufwandes von 1,7 Mrd. € ergab sich ein Jahresüberschuss von 6,2 Mrd. €.

Vorstand und Aufsichtsrat werden der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende von 1,0 € je Aktie auszuschütten, eine Zuführung zu den Gewinnrücklagen von 1,5 Mrd. € zu beschließen und den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Gewinn- und Verlustrechnung

In der folgenden Tabelle ist die Gewinn- und Verlustrechnung für die Deutsche Bank AG in zusammengefasster Form dargestellt. Danach werden weitere Erläuterungen zur Entwicklung der einzelnen Posten gegeben.

Zusammengefasste Gewinn- und Verlustrechnung

			Veränderung	
in Mio. €	2025	2024	in Mio. €	in %
Zinserträge[1]	41.749	64.857	-23.108	-36
Laufende Erträge[2]	2.289	1.901	388	20
Zinserträge insgesamt	**44.038**	**66.758**	**-22.720**	**-34**
Zinsaufwendungen	32.633	57.357	-24.724	-43
Zinsüberschuss	**11.406**	**9.401**	**2.004**	**21**
Provisionserträge	10.682	9.646	1.036	11
Provisionsaufwendungen	2.875	2.247	629	28
Provisionsüberschuss	**7.807**	**7.399**	**408**	**6**
Nettoertrag des Handelsbestands	**3.749**	**4.305**	**-555**	**-13**
darunter: Zuführung zum Sonderposten gemäß § 340e Absatz 4 HGB	-247	0	-247	N/A
Summe der Erträge	**22.962**	**21.105**	**1.857**	**9**
Löhne und Gehälter	5.534	5.493	42	1
Soziale Abgaben[3]	1.299	891	408	46
Personalaufwand	**6.833**	**6.383**	**450**	**7**
Andere Verwaltungsaufwendungen[4]	9.320	9.760	-440	-5
Verwaltungsaufwand	**16.153**	**16.143**	**10**	**0**
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	**186**	**-1.393**	**1.578**	**-113**
Risikovorsorge	709	1.060	-351	-33
Betriebsergebnis	**6.285**	**2.509**	**3.776**	**151**
Saldo der übrigen ordentlichen Erträge/Aufwendungen	**1.610**	**1.333**	**277**	**21**
Außerordentliches Ergebnis	**-8**	**-4**	**-4**	**118**
Auflösung des/Zuführung zum (-) Fonds für allgemeine Bankrisiken	0	0	0	0
Ergebnis vor Steuern	**7.887**	**3.838**	**4.049**	**105**
Steuern	1.703	955	749	78
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**6.183**	**2.883**	**3.300**	**114**
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	143	575	-432	-75
	6.327	3.458	2.868	83
Einstellungen in Gewinnrücklagen	**2.750**	**1.200**	**1.550**	**129**
in andere Gewinnrücklagen	2.750	1.200	1.550	129
Bilanzgewinn	**3.577**	**2.258**	**1.318**	**58**

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren sowie Schuldbuchforderungen
[2] Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen)
[3] Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung
[4] Einschließlich planmäßige Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss im Geschäftsjahr 2025 betrug 11,4 Mrd. € und lag damit 2,0 Mrd. € über dem Vorjahreswert. Der Anstieg der laufenden Erträge um 388 Mio. € war auf höhere Erträge aus verbundenen Unternehmen zurückzuführen. Die Nettozinserträge aus dem Kredit- und Geldmarktgeschäft sowie Wertpapieren nach Berücksichtigung von Zinsaufwendungen erhöhten sich um 1,6 Mrd. €, hauptsächlich verursacht durch einen höheren Zinsüberschuss aus Derivaten und niedrigeren Zinsaufwendungen auf verbriefte Verbindlichkeiten.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss erhöhte sich im Geschäftsjahr 2025 gegenüber dem Geschäftsjahr 2024 um 408 Mio. € auf 7,8 Mrd. €. Dies ging im Wesentlichen auf höhere Gebühren aus dem Wertpapiergeschäft und Verwaltungsgebühren auf verwaltete Vermögen in der Privatkundenbank zurück. Ein weiterer Grund für die Zunahme waren höhere Gebühreneinnahmen für sonstige Kundendienstleistungen.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 3,7 Mrd. € im Vergleich zu 4,3 Mrd. € im Vorjahr. Dieser Rückgang wurde hauptsächlich durch höhere Aufwendungen aus Währungsumrechnung sowie der Zuführung zum Sonderposten gemäß § 340e Absatz 4 HGB in Höhe von 247 Mio. € verursacht.

Personal- und Sachkosten

Der Personalaufwand stieg von 6,4 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024 um 450 Mio. € auf 6,8 Mrd. € im Geschäftsjahr 2025. Maßgeblich für den Anstieg waren höhere Aufwendungen für Altersvorsorge.

Zuordnung der Mitarbeiter (Vollzeitäquivalente) nach geografischen Regionen

Mitarbeiter (Vollzeitkräfte)[1]	31.12.2025	31.12.2024	Veränderung
Bundesrepublik Deutschland	22.715	23.362	-647
Europa ohne Deutschland	7.613	7.568	45
Amerika	396	413	-17
Afrika/Asien/Australien	5.277	5.149	128
Insgesamt	**36.001**	**36.492**	**-491**

[1] Vollzeitkräfte unter anteiliger Berücksichtigung von Teilzeitarbeitskräften, ohne Auszubildende, Volontäre/Praktikanten

Der Rückgang der Mitarbeiterzahl in Deutschland ist im Wesentlichen auf Rückgänge in der Privatkundenbank zurückzuführen. In der Region Afrika/Asien/Australien stieg die Mitarbeiterzahl im Wesentlichen in Indien aufgrund von Zuwächsen in den Kontrollfunktionen, insbesondere in den Bereichen Anti-Financial Crime und Group Audit & Investigations.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 9,3 Mrd. € im Vergleich zu 9,8 Mrd. € im Vorjahr. Die darin enthaltenen übrigen Verwaltungsaufwendungen (ohne Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) sanken um 450 Mio. €. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf geringere Instandhaltungskosten sowie IT-Kosten zurückzuführen. Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen im Berichtsjahr vorgenommene planmäßige Abschreibungen stiegen um 10 Mio. €.

Nettoergebnis aus betrieblichen Erträgen und Aufwendungen

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 186 Mio. € im Vergleich zu -1,4 Mrd. € in 2024. Dieser Anstieg war im Wesentlichen auf das Ausbleiben der im Geschäftsjahr 2024 erfassten Aufwendungen im Zusammenhang mit der Postbank-Übernahmeklage zurückzuführen.

Risikovorsorge

Der Nettoaufwand aus der Risikovorsorge, bestehend aus der Kreditrisikovorsorge und dem Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 709 Mio. €, nach 1,1 Mrd. € im Geschäftsjahr 2024. Diese Entwicklung resultierte überwiegend aus einem Anstieg des Ergebnisses der Liquiditätsreserve um 618 Mio. € aufgrund eines Rückgangs des Zinsniveaus. Die Kreditrisikovorsorge stieg um 267 Mio. €.

Saldo aus übrigen Erträgen und Aufwendungen

Der Saldo der Übrigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen, bestehend aus Wertanpassungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen, Sonderabschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sowie Aufwendungen aus Verlustübernahmen, belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf 1,6 Mrd. €, verglichen mit 1,3 Mrd. € im Vorjahr.

Nettowertaufholungen sowie Nettoergebnisse aus Veräußerungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 1,8 Mrd. € gegenüber 1,6 Mrd. € im Vorjahr und betrafen im Wesentlichen die Geschäftsaktivitäten der Bank in den USA und Konzerngesellschaften in Europa.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 121 Mio. € gegenüber 195 Mio. € im Vorjahr und waren hauptsächlich auf Gebäude zurückzuführen.

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme beliefen sich im Geschäftsjahr 2025 auf 41 Mio. € gegenüber 54 Mio. € im Vorjahr.

Außerordentliches Ergebnis

Der Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen belief sich im Geschäftsjahr 2025 auf -8 Mio. € nach einem Saldo von -4 Mio. € im Vorjahr und war im Wesentlichen auf Restrukturierungsaktivitäten zurückzuführen.

Steuern

Im Geschäftsjahr 2025 verzeichnete die Bank einen Steueraufwand von 1,7 Mrd. € gegenüber einem Steueraufwand von 955 Mio. € im Vorjahr. Der Steueraufwand des laufenden Jahres wurde, wie der Steueraufwand des Vorjahres, überwiegend durch steuerfreie Erträge beeinflusst.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendungsvorschlag

Die Deutsche Bank AG erzielte im Geschäftsjahr 2025 einen Jahresüberschuss von 6,2 Mrd. €, nach einem Jahresüberschuss von 2,9 Mrd. € im Vorjahr.

Nach einer Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von 2,8 Mrd. € belief sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2025 auf 3,6 Mrd. €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer Dividende von 1,00 € je Aktie zu verwenden. Dies wird den Bilanzgewinn um bis zu 1,9 Mrd. € verringern, abhängig von der Anzahl der ausstehenden Aktien am Dividendenstichtag. Es wird ferner vorgeschlagen werden, eine weitere Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von 1,5 Mrd. € zu beschließen und den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Bilanz

In der folgenden Tabelle ist die Bilanz für die Deutsche Bank AG in zusammengefasster Form dargestellt. Danach werden weitere Erläuterungen zur Entwicklung der einzelnen Posten gegeben.

Zusammengefasste Bilanz

			Veränderung	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	in Mio. €	in %
Aktiva				
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden inkl. Guthaben bei Zentralbanken und Schuldtitel öffentlicher Stellen	703.256	685.315	17.941	3%
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	32.964	31.923	1.041	3%
Wertpapiere	106.845	83.732	23.113	28%
Handelsbestand	318.181	301.057	17.124	6%
Übrige Aktiva	25.129	26.375	-1.247	-5%
Bilanzsumme	**1.186.374**	**1.128.403**	**57.972**	**5%**
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	713.207	678.503	34.704	5%
Verbriefte Verbindlichkeiten	104.010	100.993	3.017	3%
Handelsbestand	241.033	216.798	24.235	11%
Rückstellungen	7.648	7.632	17	0%
Eigenkapital	48.669	44.884	3.785	8%
Nachrangige Verbindlichkeiten, Genussrechtskapital, Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals, Fonds für allgemeine Bankrisiken	24.250	27.966	-3.716	-13%
Übrige Passiva	47.557	51.627	-4.070	-8%
Bilanzsumme	**1.186.374**	**1.128.403**	**57.972**	**5%**

Zum 31. Dezember 2025 ist die Bilanzsumme von 1,2 Bio. € im Vergleich zum Jahresende 2024 leicht gestiegen.

Kreditvolumen

Das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Wertpapierkassageschäften) erhöhte sich um 4,0 Mrd. €, hauptsächlich aufgrund höherer Forderungen gegenüber Kunden.

Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne Bankakzepte, durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierkassageschäften)

			Veränderung	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	in Mrd. €	in %
Forderungen an Kunden	**420.744**	**417.376**	**3.368**	**1%**
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren[1]	313.297	301.331	11.966	4%
mehr als 5 Jahren	107.447	116.045	-8.598	-7%
Kredite an Kreditinstitute	**52.232**	**51.573**	**659**	**1%**
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren[1]	35.600	36.811	-1.211	-3%
mehr als 5 Jahren	16.632	14.763	1.870	13%
Insgesamt	**472.995**	**468.985**	**4.010**	**1%**

[1] Einschließlich täglich fälliger und mit unbestimmter Laufzeit

Die sonstigen Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) außerhalb des Handelsbestandes stiegen um 12,0 Mrd. €, resultierend aus einem Anstieg in kurzfristigen Forderungen.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich um 1,0 Mrd. € erhöht, hauptsächlich getrieben durch Nettowertaufholungen auf verbundene Unternehmen in den USA und Europa.

Wertpapiere

Die unter Wertpapieren ausgewiesenen Bestände (ohne Handelsbestände) erhöhten sich um 23,1 Mrd. €, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs von Anleihepositionen im Bestand der wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere.

Handelsaktiva

Der Bestand an Handelsaktiva erhöhte sich um 17,1 Mrd. €, hauptsächlich aufgrund des Anstiegs von Anleihepositionen, Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Edelmetallen, der zum Teil durch einen Rückgang an positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten ausgeglichen wurde.

Einlagen und verbriefte Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten gegenüber Banken verringerten sich um 887 Mio. €, bedingt durch Abflüsse in Einlagen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden stiegen um 35,6 Mrd. €, hauptsächlich zurückzuführen auf höhere Zuflüsse in täglich fällige Einlagen.

Verbriefte Verbindlichkeiten stiegen um 3,0 Mrd. €, bedingt durch einen Anstieg an kurzfristigen Geldaufnahmen.

Zusammensetzung der Verbindlichkeiten

			Veränderung	
in Mrd. €	31.12.2025	31.12.2024	in Mrd. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**138.372**	139.259	-887	-1%
täglich fällig	78.148	73.553	4.595	6%
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	60.224	65.706	-5.482	-8%
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**574.835**	**539.244**	**35.591**	**7%**
Spareinlagen	65.844	66.833	-989	-1%
Andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	353.071	319.520	33.550	11%
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	155.921	152.884	3.037	2%
Verbriefte Verbindlichkeiten	**104.010**	100.993	**3.017**	**3%**
Begebene Schuldverschreibungen	88.145	89.171	-1.026	-1%
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	15.865	11.823	4.042	34%
darunter: Geldmarktpapiere	14.393	10.997	3.396	31%

Handelspassiva

Der Bestand an Handelspassiva erhöhte sich um 24,2 Mrd. €, bedingt durch den Anstieg von als Handelsbestand klassifizierten Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), der zum Teil durch einen Rückgang an negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten ausgeglichen wurde.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten gingen um 3,6 Mrd. € zurück, maßgeblich bedingt durch Rückzahlungen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 11,8 Mrd. € gegenüber 12,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Der Rückgang war auf die Rückzahlung von zwei AT1-Kapitalinstrumenten zurückzuführen, welcher teilweise durch die Emission von zwei neuen AT1-Kapitalinstrumenten kompensiert wurde.

Eigenkapital

Das Eigenkapital der Deutschen Bank AG stieg zum 31. Dezember 2025 um 3,8 Mrd. € auf 48,7 Mrd. € im Vergleich zu 44,9 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Die Erhöhung ist im Wesentlichen auf den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2025 sowie auf einen Anstieg der anderen Gewinnrücklagen zurückzuführen. Diese positiven Effekte wurden teilweise durch die Effekte aus der Einziehung eigener Aktien und aus der Dividendenzahlung an Deutsche-Bank-Aktionäre kompensiert.

Bezüglich des bankaufsichtsrechtlichen Kapitals macht die Bank wie in den Vorjahren von § 2a KWG Gebrauch und stellt dieses nur auf Konzernebene dar.

Zusammenfassend erhielt die Bank ihre stabile Refinanzierungsbasis, hohe Liquidität und solide regulatorische Kapitalposition, die auf dem Konzernkapital ermittelt wird. Für weitere Einzelheiten wird auf die Abschnitte zum Liquiditätsrisiko und der Kapitaladäquanz im Risikobericht verwiesen.

Steuerung der Deutsche Bank AG als Teil des Konzerns

Die Inhalte dieses Abschnitts sollten im Zusammenhang mit den entsprechenden Konzernabschnitten dieses Geschäftsberichts gelesen werden, insbesondere „Risikobericht", „Ausblick", Risiken und Chancen" sowie „Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung".

Risikomanagement

Die Wirkung von Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Steuerung des Konzerns einschließlich der Konzernbereiche orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung hat jedoch die Risiken des Geschäfts zu betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis der Abhängigkeit der Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen. Daher ist eine über rechtliche Einheiten hinweg übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob sich das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter ausgeht.
- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil sind sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Durch die Erfüllung im Konzernverbund sind damit auch die entsprechenden rechtlichen und bankaufsichtlichen Regeln für die Deutsche Bank AG eingehalten.

Die Mindestliquiditätsquote (LCR), der Deutsche Bank AG belief sich auf 144% zum 31. Dezember 2025 (122% zum 31. Dezember 2024). Die strukturelle Liquiditätsquote (NSFR) belief sich auf 109% zum 31. Dezember 2025 (111% zum 31. Dezember 2024). Beide Quoten werden separat berechnet, um eine angemessene Liquiditätsausstattung und stabile Finanzierungsquote der Deutsche Bank AG sicherzustellen.

Ausblick und Strategie

Die Deutsche Bank AG als Muttergesellschaft des Konzerns bestimmt die Steuerung und strategische Ausrichtung der einzelnen Konzernbereiche. Sie partizipiert direkt über eigene Geschäftsaktivitäten und über Ausschüttungen und Ergebnisabführungen von Tochtergesellschaften an den Ergebnissen der Konzernbereiche. Daher basiert der Ausblick auf der Planung der Konzernbereiche und beschränkt sich nicht auf die Muttergesellschaft. Ebenso sind die finanziellen Leistungsindikatoren mit Ausnahme des Bilanzgewinns ausschließlich auf Konzernebene definiert.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Risiken und Chancen

Risiken

Für die Deutsche Bank AG als Einzelinstitut, das seinen Jahresabschluss nach HGB aufstellt, bestehen im Vergleich zu dem Konzern zusätzliche Risiken darin, dass einzelne Sachverhalte in einem bestimmten Jahr zu höheren Verlusten oder geringeren Ergebnissen als im nach IFRS erstellten Konzernabschluss führen. Als wesentliche risikobehaftete Sachverhalte sind zu nennen:

- Potenzielle Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen, bedingt durch das lokale politische und wirtschaftliche Umfeld, erhöhte lokale regulatorische Anforderungen, Restrukturierungen oder Änderung der Börsenpreise von notierten Beteiligungen.
- Anstieg der langfristigen Rückstellungen, insbesondere für Pensionsverpflichtungen, trotz steigenden Zinsniveaus, da die Diskontierung gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit Durchschnittszinsen erfolgt.
- Negative Wertveränderungen des Planvermögens, die nach HGB erfolgswirksam abzubilden sind, insbesondere in einem ansteigenden Zinsumfeld. Auf Grund der oben geschilderten Bewertungssystematik gibt es möglicherweise keinen Ausgleich durch verringerte Pensionsrückstellungen bei steigenden Zinsen.
- Potenzielle Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung gemäß IDW RS BFA 3, falls das zinstragende Bankbuch keine ausreichende Zinsmarge erwirtschaftet, um erwartete Kreditrisiko- und Verwaltungskosten decken zu können. Eine Rückkehr eines anhaltenden Niedrigzinsumfelds sowie die unter HGB aufwandswirksame Buchung der Zinsen für AT1-Instrumente erhöhen dieses Risiko.

Darüber hinaus besteht das Risiko, dass Gewinne oder Gewinnrücklagen von Konzerngesellschaften nicht für Ausschüttungen an die Deutsche Bank AG zur Verfügung stehen könnten, um die von der Deutsche Bank AG angestrebten Dividendenzahlungen unter Berücksichtigung der Konzernausschüttungsquote zu unterstützen.

Chancen

Für die Deutsche Bank AG als Einzelinstitut, das seinen Jahresabschluss nach HGB aufstellt, bestehen zusätzliche Chancen im Vergleich zum Konzern darin, dass einzelne Sachverhalte in einem bestimmten Jahr vorteilhafter als für den Konzern zu bilanzieren sind, zum Beispiel realisierte Gewinne, die unter IFRS bereits in einer früheren Periode in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wurden.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass aufgrund Ausschüttungen von Tochtergesellschaften das Ergebnis im Jahresabschluss der Konzernobergesellschaft Deutsche Bank AG in einem bestimmten Jahr höher ausfällt als ihr Beitrag zum Konzernergebnis.

Internes Kontrollsystem bezogen auf die Rechnungslegung

Die Kontrollen, die für den Konzernrechnungslegungsstandard IFRS durchgeführt werden, gelten auch für den Abschluss nach HGB. Zusätzlich werden HGB-spezifische Kontrollen durchgeführt, hierzu zählen:

- Abstimmung und Eliminierung unternehmensinterner Transaktionen zwischen Filialen der Bank für HGB-spezifische Bilanzpositionen
- Analytische Prüfung von nach HGB erforderlichen Neubewertungen und von Reklassifizierungen zwischen IFRS und HGB auf Ebene der Auslandsfilialen und der deutschen Zentrale

Nachhaltigkeitserklärung der Deutsche Bank AG

Die Deutsche Bank AG als Konzernobergesellschaft des Deutsche Bank-Konzerns definiert die Governance, Strategie, Auswirkungen, Risiko- und Chancenmanagement, Kennzahlen und Ziele für wesentliche Nachhaltigkeitsangelegenheiten. Da die Deutsche Bank AG wesentlich für den Konzern hinsichtlich Schlüsselmetriken (z. B. Gesamtvermögenswerte) ist, erfolgt die Definition solcher Nachhaltigkeitselemente mit Ausnahme ausgewählter Tochtergesellschaften, die gesondert in der Nachhaltigkeitserklärung des Deutsche Bank-Konzerns hervorgehoben sind, allein auf Konzernebene. Daher sind die Angaben gemäß § 340a Absatz 1a HGB in Verbindung mit § 289b Absatz 3 HGB in der Nachhaltigkeitserklärung im Zusammengefassten Lagebericht dieses Geschäftsberichts enthalten. Da die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) der Europäischen Union zum 31. Dezember 2025 nicht ins Deutsche Recht umgesetzt wurde, wandte die Bank die Europäischen Nachhaltigkeitsberichterstattungsstandards (European Sustainability Reporting Standards - ESRS) als Berichtsrahmenwerk an, wie dies nach § 289d HGB zulässig ist, und legt auf dieser Grundlage Governance, Strategie, Auswirkungen, Risiko- und Chancenmanagement, Kennzahlen und Ziele für wesentliche Nachhaltigkeitsangelegenheiten offen.

Einleitung

Der Vergütungsbericht für das Jahr 2025 enthält detaillierte Informationen zur Vergütung im Deutsche Bank Konzern.

Vergütungsbericht für den Vorstand und den Aufsichtsrat

Der Vergütungsbericht für den Vorstand und den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2025 wurde gemeinsam durch den Vorstand und den Aufsichtsrat der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (im Folgenden auch „Deutsche Bank AG" oder „Bank") erstellt.

Der Vergütungsbericht entspricht den aktuellen rechtlichen und regulatorischen Vorgaben, insbesondere des § 162 Aktiengesetz (AktG) und der Institutsvergütungsverordnung, und berücksichtigt die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Er entspricht zudem den maßgeblichen Vorgaben der gültigen Rechnungslegungsvorschriften für kapitalmarktorientierte Unternehmen (Handelsgesetzbuch, International Financial Reporting Standards) und den Leitlinien, die vom Arbeitskreis Leitlinien für eine nachhaltige Vorstandsvergütung herausgegeben wurden.

Vergütungsbericht für die Mitarbeiter

In diesem Teil des Vergütungsberichtes werden Informationen über das Vergütungssystem und die Vergütungsstrukturen für die Mitarbeiter im Deutsche-Bank-Konzern offengelegt. Der Bericht stellt das Vergütungsrahmenwerk des Konzerns vor und erläutert die Entscheidungen über die variable Vergütung für das Jahr 2025. Darüber hinaus enthält dieser Berichtsteil Informationen über quantitative Vergütungen für Mitarbeiter, die als Risikoträger (sogenannte Material Risk Takers - 'MRTs') gemäß der Institutsvergütungsverordnung identifiziert wurden.

Vorstandsvergütung

Zusammenfassung

Die Deutsche Bank hat ihre Transformation fortgesetzt und ihre strategischen Prioritäten trotz eines herausfordernden Marktumfelds im Jahr 2025 weiter vorangetrieben. Aufbauend auf den Fortschritten aus 2024 im Rahmen der Globale Hausbank-Strategie stärkte die Bank ihre Ertragskraft, operative Effizienz und Kapitaldisziplin.

Der Vorsteuergewinn lag bei 9,7 Mrd. €, ein Anstieg um 84% gegenüber dem Vorjahr, das durch Kosten für Rechtsstreitigkeiten belastet war. Der Jahresüberschuss betrug 7,1 Mrd. €.

Der wichtigste Leistungsindikator war die Eigenkapitalrendite nach Steuern (Return on tangible equity, RoTE). Das finanzielle Ziel von über 10% wurde mit einem Ergebnis von 10,3% übertroffen. Die Erträge stiegen im Jahresvergleich um 7% auf 32 Mrd. €. Die Kosten blieben stabil, was sich in einer Aufwand-Ertrag-Relation von 64% widerspiegelt, die damit unterhalb des Zielwerts von unter 65% lag.

Zum Jahresende 2025 lag die harte Kernkapitalquote bei 14,2% und damit über der Zielspanne von 13,5%–14,0%. Für das Geschäftsjahr 2025 schlagen Aufsichtsrat und Vorstand der Hauptversammlung im Mai 2026 eine Dividende für das Geschäftsjahr 2025 von 1,00 € je Aktie vor, ein Anstieg von 50% gegenüber dem Vorjahr. Außerdem kündigte die Bank ein weiteres Aktienrückkaufprogramm über 1 Mrd. € an. Kumulierte Ausschüttungen in Bezug auf die Geschäftsjahre 2021 bis 2025, zahlbar im Zeitraum 2022–2026, belaufen sich damit auf 8,5 Mrd. € und übertreffen das ursprüngliche Ziel von 8 Mrd. €.

Alle vier Geschäftsbereiche trugen zu den positiven Ergebnissen bei, jeder mit einer Eigenkapitalrendite von über 10% und zweistelligem Gewinnwachstum. Dies bestätigt die Stabilität der Ertragsbasis des Konzerns.

Insgesamt zeigte das Geschäftsjahr 2025, dass die umgesetzten strategischen Maßnahmen wirkungsvoll waren. Die Finanz- und Kapitalziele für das Jahr wurden erreicht oder übertroffen und bildeten die Grundlage für die Entscheidung des Aufsichtsrats über die variable Vergütung des Vorstands.

Vergütungsbericht 2024

Der Vergütungsbericht 2024 für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Bank wurde am 13. März 2025 veröffentlicht und am 22. Mai 2025 gemäß § 120a Abs. 4 AktG der Hauptversammlung zur Billigung vorgelegt. Die Hauptversammlung genehmigte den Vergütungsbericht mit einer Mehrheit von 96,08%.

Vergütungsentscheidungen im Jahr 2025

Sämtliche Vergütungsentscheidungen unterliegen den Grenzen verschiedener regulatorischer Anforderungen. In diesem Zusammenhang sind die Vorstandsvergütung und die Auszahlungspläne der variablen Vergütungskomponenten in verschiedener Hinsicht begrenzt. Aufgrund der Vorgaben von § 25a Abs. 5 Kreditwesengesetz und im Einklang mit dem Beschluss der Hauptversammlung im Mai 2014 ist das Verhältnis von fixer und variabler Vergütung grundsätzlich auf 1:2 (Kappungsgrenze) begrenzt. Um im Bankgeschäft wettbewerbsfähige Vergütungen bieten zu können und die besten Führungskräfte für die Bank zu gewinnen und zu binden, ist die fixe Vergütung von Mitgliedern des Vorstands der Deutschen Bank im Vergleich zu anderen DAX-Unternehmen, die nicht der bankenspezifischen Regulierung unterliegen und bei denen die variable Vergütung ein Vielfaches der festen Vergütung sein kann, höher.

Der Aufsichtsrat überprüft jährlich die Höhe der Vergütung der Vorstandsmitglieder und zieht für die Überprüfung und Informationen über die Marktpraxis regelmäßig externe Vergütungsberater unterstützend hinzu, wobei er sicherstellt, dass diese Berater vom Vorstand und der Deutschen Bank unabhängig sind. Für den Aufsichtsrat ist das internationale Umfeld, in dem die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank tätig sein müssen, von entscheidender Bedeutung. Deshalb werden Universal- und Investmentbanken als die relevanteste Vergleichsgruppe angesehen. Um geeignete Kandidaten zu finden, muss die Zielvergütung daher an den Leistungsträgern auf diesem Markt ausgerichtet werden.

Bei seinen Vergütungsentscheidungen berücksichtigt der Aufsichtsrat sehr sorgfältig die Perspektiven der verschiedenen Interessengruppen. Auch verschiedene außergewöhnliche Aspekte werden in Betracht gezogen. Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank weisen oft komplexe Profile auf, mit doppelten oder mehrfachen Verantwortlichkeiten, die für den anhaltenden Geschäftserfolg unerlässlich sind, wie z. B. Marktzugang und breite Erfahrung. Regulatorische Anforderungen führen dazu, dass feste Grundgehälter bei der Deutschen Bank höher sein müssen als bei vielen globalen Banken, da die variable Vergütung aufgrund ihres langfristigen Fokus, ihrer strikten Verknüpfung mit der Aktienkursentwicklung und ihres mehrjährigen Auszahlungsplans ein höheres Risikoprofil aufweist. Darüber hinaus verfügen nur wenige internationale Banken über explizite Zielvergütungsstrukturen, so dass Marktbenchmarks auf tatsächlichen Vergütungsniveaus basieren. Die Sicherstellung der Bindung bestehender Vorstandsmitglieder ist ebenfalls ein wichtiges Kriterium. Unter Berücksichtigung all dieser Aspekte hat der Aufsichtsrat im Jahr 2025 die folgenden Vergütungsentscheidungen getroffen:

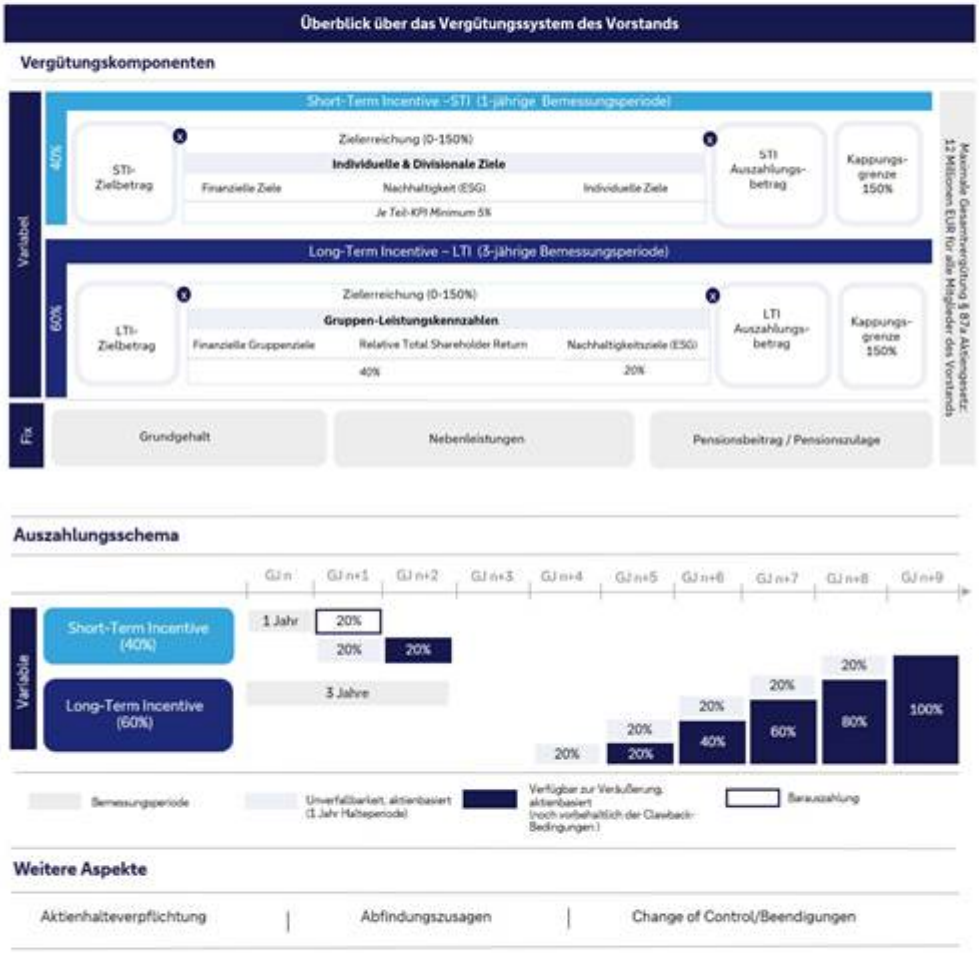
Im Rahmen der jährlichen Überprüfung der Vorstandsvergütung ergaben neuere Marktdaten ein höheres Vergütungsniveau für Laura Padovanis Verantwortungsbereich im Vorstand für Compliance und Anti-Financial Crime (AFC). Ihre Rolle wurde mit der globalen und europäischen Vergleichsgruppe der Deutschen Bank verglichen. Daraufhin beschloss der Aufsichtsrat eine angemessene Erhöhung für das Jahr 2025, innerhalb eines international vergleichbaren Rahmens, auf eine Gesamt-Zielvergütung von 3.740.000 € p.a., (davon 2.200.000 € Festgehalt) was einer Erhöhung von 25,7% (Erhöhung des Festgehalts: 25,7%) entspricht. Die Gesamt-Zielvergütung für Laura Padovani wurde zwischen dem Median und dem 75. Perzentil der relevanten Markt-Benchmarks festgelegt, eine Einordnung, die der Aufsichtsrat angesichts ihrer Leistung und Verantwortlichkeiten als angemessen erachtete. Insbesondere hat Laura Padovani im ersten halben Jahr ihrer Amtszeit bereits überdurchschnittliche Fortschritte der Bank in ihrem Verantwortungsbereich bewiesen.

Dr. Marcus Chromik wurde mit Wirkung vom 1. Mai 2025 für einen Zeitraum von drei Jahren zum Vorstandsmitglied bestellt. Er übernahm die Rolle des Chief Risk Officer, die zuvor Olivier Vigneron innehatte, der den Vorstand am 19. Mai 2025 verlassen hat. Die Gesamtzielvergütung für Dr. Marcus Chromik wurde auf 4.080.000 € p.a. festgesetzt (davon 2.400.000 € Festgehalt).

Vergütungssystem

Das Vergütungssystem für die Mitglieder des Vorstands wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2024 geändert. Es wurde der Hauptversammlung am 16. Mai 2024 nach Maßgabe von § 120a Absatz 1 Aktiengesetz zur Genehmigung vorgelegt. Die Hauptversammlung hat dem Vergütungssystem mit einer Mehrheit von 97,32% zugestimmt.

Die folgende Abbildung enthält eine Darstellung des Vergütungssystems mit den Short-Term Incentive (STI)- und Long-Term Incentive (LTI)-Kennzahlen und ihrer jeweiligen Gewichtung sowie das Auszahlungsschema und zusätzliche Bestimmungen:



Übersicht der Vergütung 2025

Das Vergütungssystem sieht vor, dass der Short-Term Incentive nach einem Jahr und der Long-Term Incentive erst nach einem Bemessungszeitraum von drei Jahren abgerechnet wird. In den ersten beiden Jahren nach dessen Einführung ("Übergangsphase") ist es daher nur möglich, den Grad der Zielerreichung für die kurzfristigen Ziele festzulegen. Die nachstehende Grafik gibt einen Überblick über die Spannbreite der Zielerreichungsgrade der Vorstandsmitglieder, wobei die Ergebnisse des Vorstandsvorsitzenden (CEO) und des Finanzvorstands (CFO) besonders hervorgehoben werden. Während dieser „Übergangsphase" enthält die Übersicht eine Spalte mit der Überschrift „Pro-forma-Gesamtvergütung", die die Summe aus Grundgehalt, tatsächlicher kurzfristiger variabler Vergütung (STI) und einem Zielwert für die langfristige variable Vergütung (LTI) ausweist.



[1]Die Bestimmung des finalen Erreichungsgrades des LTI-Plans 2025-2027 erfolgt am Ende der 3-Jahres Bemessungsperiode in 2028.
[2]Maximale Obergrenze gemäß 87a (1) Satz 2 Nr. 1 Aktiengesetz führt zu einer Kappung der Gesamtvergütung von 12 Mio. €.

Grundsätze für die Festlegung der Vergütung

Zuständigkeit und Verfahren zur Festsetzung und Überprüfung der Vorstandsvergütung

Der Aufsichtsrat ist für die Entscheidungen über die Ausgestaltung des Vergütungssystems sowie die Festsetzung der individuellen Vergütungen und der Regelungen zur Gewährung der Vergütung zuständig. Der Vergütungskontrollausschuss unterstützt den Aufsichtsrat bei seinen Aufgaben und bereitet Vorschläge für die Beschlüsse des Aufsichtsrats vor.

Auf Basis des gebilligten Vergütungssystems bestimmt der Aufsichtsrat für das jeweilige Geschäftsjahr die Gesamt-Zielvergütung für die einzelnen Vorstandsmitglieder unter Berücksichtigung des Zuschnitts und der Komplexität der funktionalen Verantwortungen der Vorstandsmitglieder, der Dauer der Zugehörigkeit des Vorstandsmitglieds im Gesamtvorstand sowie der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens. Dabei berücksichtigt der Aufsichtsrat auch die marktübliche Vergütung, ebenfalls im horizontalen und vertikalen Vergleich, und legt die Obergrenze für die Gesamtvergütung (Maximalvergütung) fest.

Horizontale Angemessenheit der Vorstandsvergütung

Im Horizontalvergleich stellt der Aufsichtsrat sicher, dass die Ziel-Gesamtvergütung in einem angemessenen Verhältnis zu den Aufgaben und Leistungen des Vorstands sowie zur Lage der Gesellschaft steht. Die horizontale Angemessenheit wird jährlich vom Aufsichtsrat überprüft, der für diese Überprüfung regelmäßig externe Vergütungsberater heranzieht, wobei er darauf achtet, dass diese Berater vom Vorstand und der Deutschen Bank unabhängig sind. Die Ergebnisse der Überprüfung berücksichtigt der Aufsichtsrat bei der Festlegung der Ziel-Gesamtvergütung der Mitglieder des Vorstands. In diesem Zusammenhang werden insbesondere die Höhe und Struktur der Vergütung bei vergleichbaren Unternehmen untersucht. Für diesen Vergleich werden im Hinblick auf die Marktstellung der Deutschen Bank (insbesondere Branche, Größe, Land) geeignete Unternehmen herangezogen. Die Beurteilung der horizontalen Angemessenheit erfolgt im Vergleich zu den folgenden drei Vergleichsgruppen:

Vergleichsgruppe 1 - 10 Globale Banken	Vergleichsgruppe 2 - 15 Europäische Banken	Vergleichsgruppe 3 - DAX
Unternehmen mit einem vergleichbaren Geschäftsmodell und einer ähnlichen Größe (gemessen an der Bilanzsumme, der Anzahl der Mitarbeitenden und der Marktkapitalisierung)		Unternehmen, die im deutschen Aktienindex DAX 40 gelistet sind
• Banco Santander • Bank of America • Barclays • BNP Paribas • Citigroup • HSBC • JP Morgan Chase • Société Générale • UBS Group • UniCredit	• Banco Bilbao Vizcaya Argentaria • Banco Santander • Barclays • BNP Paribas • BPCE • Rabobank • Crédit Agricole • Crédit Mutuel • HSBC • ING Bank • Intesa Sanpaolo • Nordea Bank • Société Générale • UBS Group • UniCredit	39 Unternehmen im deutschen Aktienindex DAX 40 gelistet

Vertikale Angemessenheit

Der Aufsichtsrat prüft auch einen vertikalen Vergleich, bei dem die Vergütung des Vorstands und die Vergütung der Belegschaft gegenübergestellt werden. Bei dem vertikalen Vergleich betrachtet der Aufsichtsrat gemäß den Empfehlungen des DCGK dabei insbesondere die zeitliche Entwicklung der Vergütung. Dies erfolgt über einen Vergleich der Vorstandsvergütung und der Vergütung von zwei Mitarbeitergruppen. Berücksichtigt wird zum einen die Vergütung der Führungsebene unterhalb des Vorstandes und die der Mitglieder der obersten Leitungsgremien der Unternehmensbereiche sowie der Geschäftsleiter wesentlicher Gesellschaften des Deutsche Bank Konzerns und ihre jeweiligen Managementpositionen mit Führungsverantwortung. Zum anderen wird die Vorstandsvergütung mit der Vergütung aller Mitarbeiter des Deutsche Bank Konzerns weltweit (außertarifliche und tarifliche Mitarbeiter) verglichen.

Leitprinzip: Ausrichtung der Vorstandsvergütung an der Unternehmensstrategie

Die Deutsche Bank sieht sich dem langfristigen Erfolg und der finanziellen Sicherheit ihrer Kunden verpflichtet, zuhause und in der Welt. Die Bank bietet ihren Kunden Lösungen und leistet einen aktiven Beitrag zu deren Wertschöpfung. Die Deutsche Bank fühlt sich dabei einer Kultur verpflichtet, die Risiken und Rendite angemessen aufeinander abstimmt.

Im Interesse der Aktionäre ist das Vorstandsvergütungssystem auf die Geschäftsstrategie sowie die nachhaltige und langfristige Entwicklung der Deutschen Bank ausgerichtet und setzt geeignete Anreize für eine konsequente Erreichung der gesetzten Ziele. Die Umsetzung der Konzernstrategie sowie die Ausrichtung auf die nachhaltige und langfristige Leistungsfähigkeit des Konzerns werden durch die Ausgestaltung der Gesamtvergütung aus festen und variablen Vergütungsbestandteilen, durch die Beurteilung der Leistung über kurz- und langfristige Zeiträume sowie durch die Berücksichtigung relevanter und anspruchsvoller Leistungsparameter klar und verständlich honoriert.

Die Umsetzung der Konzernstrategie sowie die Ausrichtung auf die nachhaltige und langfristige Leistungsfähigkeit des Konzerns werden durch die Ausgestaltung der Gesamtvergütung aus festen und variablen Vergütungsbestandteilen, durch die Beurteilung der Leistung über kurz- und langfristige Zeiträume sowie durch die Berücksichtigung relevanter und anspruchsvoller Leistungsparameter klar und verständlich honoriert. Die Zielestruktur umfasst dabei finanzielle und nicht-finanzielle Parameter und Messgrößen in einem ausgewogenen Verhältnis

Ende Januar 2025 hat die Deutsche Bank ihre strategischen Ziele 2025 für die Gruppe bestätigt. Die Organisation strebt an, die Grundlage für den Titel des europäischen Champions zu legen. Mit einer klaren Vision, einem starken Modell als Globale Hausbank und einem hochqualifizierten Team ist die Deutsche Bank gut positioniert, um langfristigen Erfolg zu erzielen. Ein wesentlicher Faktor auf diesem Weg ist die Ausrichtung der Vergütung des Vorstands an den strategischen Prioritäten des Unternehmens.

Durch die Ausrichtung der Vorstandsvergütung an diesen strategischen Prioritäten bekräftigt die Organisation ihr Engagement für nachhaltiges Wachstum, betriebliche Exzellenz und langfristigen Stakeholder-Wert.

Durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems wird die variable Vergütung der Mitglieder des Vorstandes eng an Ziele gekoppelt, die sich an der Strategie der Bank orientieren. Die Mitglieder des Vorstands werden durch die Ausgestaltung des Vergütungssystems incentiviert, wenn sie die mit der Strategie der Deutschen Bank verknüpften Ziele individuell und als Team nachhaltig verfolgen und eine langfristige positive Entwicklung der Deutschen Bank vorantreiben, ohne dabei unverhältnismäßige Risiken einzugehen. Der Aufsichtsrat stellt jederzeit die enge Kopplung von Leistung und Vergütung im Einklang mit den Aktionärsinteressen sicher („Pay for Performance").

Struktur des Vorstandsvergütungssystems orientiert sich an den Vergütungsgrundsätzen

Das Vergütungssystem besteht aus fixen und variablen Vergütungskomponenten. Die fixe Vergütung und die variable Vergütung ergeben zusammen die Gesamtvergütung für ein Vorstandsmitglied. Für sämtliche Vergütungsbestandteile definiert der Aufsichtsrat Ziel- und Maximalbeträge (Obergrenze).

Komponente	Grundsatz	Umsetzung
Fixe Vergütung		
Grundgehalt	Mit der Grundvergütung wird die Übernahme von Rolle und Verantwortungsbereich des jeweiligen Vorstandsmitglieds honoriert. Die fixe Vergütung soll ein marktgerechtes, angemessenes Einkommen sichern und gewährleisten, dass unangemessene Risiken vermieden werden.	Monatliche Auszahlung; Höhe der Grundvergütung auf Jahresbasis zwischen 2,2 Mio. € und 3,8 Mio. €
Nebenleistungen	Vorstandsmitgliedern können entsprechend einer vom Aufsichtsrat beschlossenen Nebenleistungsrichtlinie weitere Leistungen gewährt werden.	Firmenwagen und ebenfalls Fahrergestellung, ggf. Aufwendungen für Umzugskosten, Mietkostenzuschüsse, Versicherungsprämien und Erstattung von geschäftsbezogenen Repräsentationsaufwendungen
Altersversorgung	Vorstandsmitglieder erhalten Beiträge für die Altersversorgung entsprechend der in ihrem Anstellungsvertrag vereinbarten Regelung.	-Einheitlicher und vertraglich fest zugesagter jährlicher Beitrag bzw. Zusage in Höhe von 650.000 € für eine adäquate Versorgung im Alter; Verzinsung mit durchschnittlich 2% p.a., 4% p.a. sofern rechtlich bindend vereinbart. -Neue Vorstandsmitglieder erhalten jährlich einen Barbetrag für ihre Altersversorgung: CEO €650,000 p.a., ordentliche Vorstandsmitglieder €450,000 p.a.
Variable Vergütung		

Komponente	Grundsatz	Umsetzung
Short-Term Incentive (STI)	Der Short-Term Incentive (STI) honoriert den individuellen Wertbeitrag eines jeden Vorstandsmitglieds zur Erreichung kurz- und mittelfristiger Ziele im Einklang mit der Unternehmensstrategie. Die STI-Ziele sind auf die Rolle und den Verantwortungsbereich des Vorstandsmitglieds zugeschnitten und die Zielerreichungsgrade sind vom jeweiligen Vorstandsmitglied individuell beeinflussbar.	-Short-Term Incentive (STI) wird nach einem Jahr bemessen -Zielerreichung wird anhand der Jahresleistung bezogen auf 5 Ziele mit einer ausgewogenen Gewichtung zwischen finanziellen, individuellen und Nachhaltigkeitszielen festgestellt. -Maximaler Zielerreichungsgrad: 150% -Gewährung: 50% in bar nach einem Jahr Bemessungsperiode und 50% aktienbasiert; dieser Anteil wird nach einem Jahr Haltefrist ebenfalls in bar ausgezahlt. -Keine Berechtigung zum Bezug von Dividendenäquivalenten während des Bemessungszeitraums.
Long-Term Incentive (LTI)	Der Long-Term Incentive (LTI) orientiert sich im Wesentlichen an der nachhaltigen Wertsteigerung der Bank. Der Relative Total Shareholder Return (RTSR) bildet eine konstante Messgröße innerhalb des Rahmens, der die Verknüpfung von Aktionärsinteressen, mit denen der Vorstandsmitglieder fördert. Weitere Stakeholder-Aspekte werden durch die Definition von strategisch wichtigen finanziellen Leistungsindikatoren (KPIs) sowie von wesentlichen Nachhaltigkeitszielen berücksichtigt. Deren Erreichung bildet die Grundlage für die abschließende Überprüfung am des 3-jährigen Leistungszeitraums. Der Aufsichtsrat hat den Schwerpunkt auf die aufgeschobene Vergütungskomponente mit einem Anteil des LTI von 60% der gesamten variablen Zielvergütung gelegt. Um die Bedeutung der langfristigen Unternehmensentwicklung in der Vorstandsvergütung angemessen widerzuspiegeln, wird der LTI zu 100% aktienbasiert gewährt.	- Long-Term Incentive (LTI) wird nach 3 Jahren bemessen -Zielerreichung wird anhand der Leistung von 4 Zielen mit unterschiedlichen Gewichtungen über einen zukunftsgerichteten 3-Jahres Zeitraum bemessen : Finanzielle Gruppenziele (z. B. Eigenkapitalrendite nach Steuern (RoTE), Wachstum des materiellen Buchwerts je Aktie(TBVPS)), Relative Total Shareholder Return (RTSR) und sog. ESG-Zielen (Umwelt, Soziales und Governance) Maximaler Zielerreichungsgrad: 150% -Ausweis als Zielbarvergütung -Nach dem ersten Jahr der Bemessungsperiode erfolgt die Umrechnung in aktienbasierte Instrumente (Virtuelle Aktien) -Finale Feststellung der Anzahl der aktienbasierten Einheiten erfolgt am Ende der 3-jährigen Bemessungsperiode -Vollständige Lieferung des LTI nach 9: Gewährung in 5 gleichen Tranchen beginnend ein Jahr nachdem Ende der Bemessungsperiode; jede Tranche unterliegt einer zusätzlichen Halteperiode von einem Jahr. -Keine Berechtigung zum Bezug von Dividendenäquivalenten während des Bemessungs-und Zurückbehaltungszeitraums
Weitere Aspekte		
Vergütungsobergrenzen	Im Einklang mit § 87a Aktiengesetz hat der Aufsichtsrat eine Obergrenze für die Vorstandsvergütung bestimmt. Wenn die Vergütung für ein Geschäftsjahr diese Obergrenze überschreitet, wird die Einhaltung mit diesem obersten Limit sichergestellt, indem eine entsprechende Reduzierung der variablen Vergütung vorgenommen wird.	-Maximalvergütung €12 Millionen gemäß 87a AktG für jedes Vorstandsmitglied -Maximales Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung: 1:2

Komponente	Grundsatz	Umsetzung
Backtesting, Malus und Clawback	Um die nachhaltige Entwicklung der Bank zu gewährleisten und das Eingehen unangemessener Risiken zu vermeiden, kann die Zahlung der variablen Vergütung eingeschränkt oder gestrichen werden. Der Aufsichtsrat hat die Möglichkeit, die kurz- und langfristige variable Vergütung bei grobem Fehlverhalten oder falscher Finanzberichterstattung ganz oder teilweise einzubehalten (Malus) oder zurückzufordern (Clawback).	-Regelmäßige Überprüfung, ob die in der Vergangenheit erzielten Ergebnisse nachhaltig sind (Backtesting) -Variable Vergütung in der Zurückbehaltungsperiode kann bei negative Konzernergebnis, bei Nichterfüllung bestimmter Solvabilitäts- oder Liquiditätsbedingungen, bei individuellem Fehlverhalten, bei Kündigung aus wichtigem Grund oder bei negative individuellen Erfolgsbeiträgen (Malus) (teilweise) verfallen -Bereits gezahlte variable Vergütungen können gemäß § 18 Abs. 5 und § 20 Abs. 6 der Institutsvergütungsverordnung zurückgefordert werden
Shareholding Guidelines (Regelungen zur Aktienhaltepflicht)	Die Vorstandsmitglieder sind verpflichtet innerhalb einer Aufbauphase von vier Jahren eine bestimmte Anzahl von Aktien zu halten. Die Aktien müssen während der gesamten Bestellperiode gehalten werden. Wenn die fixe Vergütung erhöht wird, wird auch die Aktienhalteverpflichtung entsprechend nach oben angepasst.	-Aufbauphase von 4 Jahren -CEO = 200% seines Jahresgrundeinkommens und ordentliche Vorstandsmitglieder 100% ihres jeweiligen Jahresgrundeinkommen -Aktienhalteverpflichtung über die gesamte Dauer des Mandats

Detaillierte Informationen zum Vorstandsvergütungssystem sind auf der Internetseite der Deutschen Bank verfügbar: https://agm.db.com/files/documents/2024/HV-2024-Verguetungssystem.pdf?language_id=3.

Vergütungselemente und Vergütungsstruktur

Der Aufsichtsrat legt für jedes Vorstandsmitglied eine Zielvergütung fest. Der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) folgend bestimmt er auch den Anteil der fixen Vergütung im Verhältnis zur variablen Vergütung sowie das Verhältnis der kurzfristigen zur langfristigen variablen Vergütung. Hiermit stellt der Aufsichtsrat sicher, dass die erfolgsabhängige Vergütung, die sich aus der Erreichung langfristig orientierter Ziele ergibt, den Anteil der kurzfristig orientierten Ziele übersteigt.

Vergütungsobergrenzen

Die Vorstandsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt:

- Obergrenze 1 – die maximal möglichen Zielerreichungsgrade für die Short-Term Incentive Ziele und Long-Term Incentive Ziele sind auf 150% der jeweiligen Zielwerte begrenzt.
- Obergrenze 2 – auf der Grundlage der Kapitaladäquanzrichtlinie CRD 4 und wie von der Hauptversammlung im Mai 2014 beschlossen, ist das maximale Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung auf 1:2 begrenzt.
- Obergrenze 3 – gemäß § 87a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Aktiengesetz legt der Aufsichtsrat eine Höchstgrenze (Maximalvergütung) in Höhe von 12 Mio. € einheitlich für alle Vorstandsmitglieder fest. In diese Obergrenze fließen neben dem Grundgehalt, Short-Term Incentive (STI) und Long-Term Incentive (LTI) auch der Dienstzeitaufwand für die betriebliche Altersversorgung bzw. Pensionszulagen und sonstige Leistungen ein.



Zurückbehaltungs- und Halteperioden

Die InstVV sieht für die Bemessung der variablen Vergütung der Mitglieder des Vorstands grundsätzlich einen dreijährigen Bemessungszeitraum vor. Die Bank kommt dieser Vorgabe nach, indem sie jedes der Ziele des Long-Term Incentive (LTI) über einen Dreijahreszeitraum bewertet. Darüber hinaus wird die variable Vergütung überwiegend in Form von aktienbasierten Instrumenten gewährt, um eine noch stärkere Ausrichtung der Vorstandsvergütung an der Performance der Bank und des Aktienkurses zu erreichen. Nach Erdienung unterliegen die aktienbasierten Vergütungselemente einer zusätzlichen Haltefrist von einem Jahr. Dementsprechend können die Vorstandsmitglieder bis zum Ablauf der jeweiligen Haltefrist nicht vollständig über die aktienbasierten Instrumente verfügen. Während des Zurückbehaltungszeitraums und der Haltefrist ist der Wert der aktienbasierten Instrumente an die Entwicklung der Deutschen Bank-Aktie und damit an die nachhaltige Performance der Bank gekoppelt.

Grundsätzlich wird die Hälfte des Short-Term Incentive (STI) nach Ablauf des einjährigen Beurteilungszeitraums unmittelbar in bar ausgezahlt. Die andere Hälfte wird in Form von aktienbasierten Instrumenten gewährt, die einer zusätzlichen Haltefrist von einem Jahr unterliegen und anschließend ebenfalls in bar ausgezahlt werden. Sofern der STI einen Anteil von 40% an der variablen Gesamt-Vergütung übersteigt, muss dieser übersteigende Betrag zur Einhaltung der regulatorischen Vorgaben in aufgeschobener Form über einen Zurückbehaltungszeitraum von 5 Jahren gewährt werden. Dies erfolgt durch die Vergabe von Restricted Equity Awards in 5 gleichen Tranchen, jeweils gefolgt von einer einjährigen Haltefrist.

Der Long-Term Incentive (LTI) wird, beginnend ein Jahr nach Ablauf der dreijährigen Bemessungsperiode, vollständig in aktienbasierten Instrumenten gewährt und in fünf gleichen, aufeinanderfolgenden Raten mit einer zusätzlichen Haltefrist von jeweils einem Jahr ausgezahlt. Insgesamt steht der volle LTI-Auszahlungsbetrag nach neun Jahren zur Verfügung, er unterliegt jedoch für einen Zeitraum von einem weiteren Jahr den Rückforderungsbedingungen (Clawback). Die nachfolgende Darstellung zeigt die Bemessungs- und Zurückbehaltungsperioden bis zum Ende der Rückforderungsperiode.



Funktionsinhaber bestimmter U.S.-amerikanischer Gesellschaften der Deutschen Bank erhalten ihre Vergütung auf Basis abweichender Pläne gemäß den dort geltenden regulatorischen Vorgaben. Zurückbehaltene Vergütung für diese Mitarbeitergruppe wird in Form von Restricted Share Awards und Restricted Cash Awards gewährt. Der Mitarbeiter ist ab dem Gewährungszeitpunkt der wirtschaftliche Eigentümer der Awards, und die Awards werden im Namen des Mitarbeiters zurückbehalten. Diese Awards werden für einen bestimmten Zeitraum gesperrt (entsprechend den geltenden Planregelungen und Award Statements, einschließlich der Leistungsbedingungen und Verfallsbestimmungen). Die Sperrfrist richtet sich nach den Zurückbehaltungsregelungen der ansonsten üblichen aufgeschoben gewährten Awards der Deutschen Bank. Begründet durch seine Rolle als CEO der Deutschen Bank USA Corp, galten diese Regelungen nur für Professor Dr. Stefan Simon bis zu seinem Ausscheiden aus dem Vorstand am 30. April 2025.

Die vollständige Einhaltung der Vorschriften der Prudential Regulation Authority (PRA) im Vereinigten Königreich wird von der Deutschen Bank durch die Umsetzung maßgeschneiderter Aufschubregelungen für Mitglieder des Vorstands sichergestellt – einschließlich derjenigen, die als Inhaber einer „Senior Management Function" (SMF) eingestuft sind. Fabrizio Campelli wurde für das Geschäftsjahr 2025 als „Senior Manager" nach Maßgabe der Prudential Regulation Authority (PRA) im Vereinigten Königreich (UK) identifiziert. Die von der PRA für diese Mitarbeitergruppe anzuwendenden Zurückbehaltungsvorschriften sind durch die für Fabrizio Campelli festgelegten Regelungen erfüllt.

Gemäß den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ist die Gewährung von Dividendenäquivalenten für Zuteilungen während ihrer Leistungs- und Sperrfristen untersagt. Das Recht auf Erhalt solcher Dividendenäquivalente entsteht daher erst nach Abschluss der dreijährigen Leistungsperiode und der anschließenden fünfjährigen Sperrfrist (= Vesting), wie von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde gefordert. Obwohl Aktien bereits nach dem Vesting übertragen werden könnten, beschloss der Aufsichtsrat, die Auslieferung der Aktien bis zum Ende der zusätzlichen einjährigen Halteperiode, die mit dem Vesting beginnt, zu verzögern, um die fortlaufende Einhaltung der Aussetzungs- und Verfallbestimmungen sicherzustellen.

Nach dem Vesting und während der zusätzlichen Halteperiode sind die Aktienzuteilungen den Vorstandsmitgliedern wirtschaftlich voll zuzurechnen. Um wirtschaftliche Nachteile während der Halteperiode zu vermeiden, erlauben die Planregeln die Zahlung eines äquivalenten Betrags pro Aktie, wenn während dieser Zeit eine Dividende gezahlt wird. Diese Praxis entspricht allen regulatorischen Anforderungen und der Marktpraxis; insbesondere werden diese Äquivalente nicht als variable Vergütung angesehen und bedürfen keiner Genehmigung durch die Hauptversammlung, was die Einhaltung der regulatorischen Vorgaben durch die Bank deutlich macht.

In seiner Sitzung am 25. August 2025 genehmigte der Aufsichtsrat die Gewährung von Dividendenäquivalenten in Höhe von 0,68 € pro Aktie an Vorstandsmitglieder für aktienbasierte aufgeschobene Vergütungselemente, die sich zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2025 bereits in der nachgelagerten, zusätzlichen Halteperiode befanden. Diese Äquivalente spiegeln die Aktionärsdividenden wider und werden basierend auf der Anzahl der Aktieneinheiten berechnet, wobei sie denselben Bestimmungen wie die zugrunde liegenden Vergütungselemente (einschließlich Aussetzung, Verfall oder Rückforderung) unterliegen.

Anwendung des Vergütungssystems im Geschäftsjahr

Ziel- und Maximalwerte von Grundgehalt und variabler Vergütung

				2025	2024
in €	Grundgehalt	Short-Term Award	Long-Term Award	Gesamt-vergütung[2]	Gesamt-vergütung[2]
Vorstandsvorsitzender					
Zielwert	3.800.000	2.400.000	3.600.000	9.800.000	9.800.000
Maximalwert				12.000.000	12.000.000
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, Chief Financial Officer und verantwortlich für die Vermögensverwaltung					
Zielwert	3.200.000	2.040.000	3.060.000	8.300.000	8.300.000
Maximalwert				10.850.000	10.850.000
Leiter der Unternehmensbank und Investmentbank					
Zielwert	3.400.000	2.160.000	3.240.000	8.800.000	8.800.000
Maximalwert				11.500.000	11.500.000
Leiter der Privatkundenbank					
Zielwert	3.200.000	2.080.000	3.120.000	8.400.000	8.400.000
Maximalwert				11.000.000	11.000.000
Chief Risk Officer[1]					
Zielwert	2.400.000	672.000	1.008.000	4.080.000	6.500.000
Maximalwert				4.800.000	8.550.000
Chief Compliance und Anti-Financial Crime Officer[1]					
Zielwert	2.200.000	616.000	924.000	3.740.000	2.975.000
Maximalwert				4.400.000	3.500.000
Chief Operating Officer					
Zielwert	2.400.000	1.640.000	2.460.000	6.500.000	6.500.000
Maximalwert				8.550.000	8.550.000
Chief Technology, Data und Innovation Officer					
Zielwert	2.400.000	1.640.000	2.460.000	6.500.000	6.500.000
Maximalwert				8.550.000	8.550.000
CEO für Asien-Pazifik, Europa, Nahr Osten & Afrika und Deutschland					
Zielwert	2.400.000	1.640.000	2.460.000	6.500.000	6.500.000
Maximalwert				8.550.000	8.550.000

[1] Weitere Details zu den Vergütungsentscheidungen können der Zusammenfassung am Anfang des Vergütungsberichts entnommen werden.
[2] Maximale Obergrenze gemäß 87a (1) Satz 2 Nr. 1 Aktiengesetz.

Die Vergütungsdaten für die Funktion des Chief Executive Officer Americas and Chief Legal Officer werden nicht mehr ausgewiesen, da diese Funktion mit dem Ausscheiden von Prof. Dr. Stefan Simon aus dem Vorstand zum 30. April 2025 entfallen ist. Mit Wirkung zum 1. Mai 2025 wurden die Zuständigkeiten für den Bereich Legal sowie die Region Americas als zusätzliche Verantwortlichkeiten bestehenden Vorstandsmitgliedern übertragen und werden daher nicht mehr als eigenständige Funktion abgebildet.

Short-Term Incentive (STI) 2025

Der Aufsichtsrat legt für jedes Mitglied des Vorstands zu Jahresbeginn individuelle und bereichsbezogene Ziele fest. Gleichzeitig werden die Gewichtung dieser Ziele zueinander sowie die für die Bemessung und Bewertung relevanten quantitativen bzw. qualitativen Leistungskriterien festgelegt. Dabei werden die Ziele so gewählt, dass sie die Umsetzung der Strategie der Deutschen Bank unterstützen, herausfordernd und ambitioniert sowie hinreichend konkret gefasst sind, um so eine angemessene Verknüpfung von Leistung und Vergütung sicherzustellen und dem „Pay-for-Performance"-Grundsatz Rechnung zu tragen. Für jedes quantitative Ziel legt der Aufsichtsrat einen unteren Schwellenwert und einen Zielwert fest und definiert zudem, bei welchem Wert der maximale Zielerreichungsgrad erreicht wird. Wenn der untere Schwellenwert verfehlt wird, entspricht dies einer Zielerreichung von 0%.

Für die qualitativen Ziele und das Verhaltensziel hat der Aufsichtsrat spezifische individuelle Messkriterien festgelegt, die zu einer Gesamteinwertung führen.

Für eines der zentralen Schwerpunktziele der Bank, die Behebung regulatorischer Defizite und Kontrollverbesserungen, die jedes Vorstandsmitglied entsprechend der individuellen Zuständigkeit in angepasster Form erhalten hat, bemisst sich die Zielerreichung danach, inwiefern die Themen innerhalb des Verantwortungsbereichs priorisiert und die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt wurden. Auch die quantitativ messbaren Erfolge in diesem Zusammenhang wurden berücksichtigt, beispielsweise die prozentuale Reduzierung von aufsichtsbehördlichen Feststellungen gegenüber dem Vorjahr.

Ein weiteres Ziel von hoher Bedeutung für alle Vorstandsmitglieder war im Jahr 2025 die Förderung des Rahmenwerks „Das ist unsere Deutsche Bank", das Purpose, Vision, Strategie, Kultur und Anspruch der Deutschen Bank miteinander verbindet. Messkriterium für die Feststellung der individuellen Zielerreichung in diesem Kernziel war, inwiefern es sichtbare und daher messbare Aktivierungsbemühungen seitens des jeweiligen Vorstandsmitglieds gab (Anzahl Workshops, Townhalls, Meetings etc.) und damit die Vorbildfunktion für die neue angestrebte Unternehmenskultur durch das Vorstandsmitglieds proaktiv mit Leben gefüllt wurde. Daneben waren auch die Ergebnisse von turnusmäßig stattfindenden Mitarbeiterbefragungen in den einzelnen Vorstandsressorts, die die Entwicklung und Durchdringung der neuen Kultur „Das ist unsere Deutsche Bank" im Zeitverlauf widerspiegeln, ein wichtiger Gradmesser für den Zielerreichungsgrad.

Die folgende Übersicht zeigt die Ziele sowie die vom Aufsichtsrat beschlossenen Zielerreichungsgrade für jedes Vorstandsmitglied.

Pay-for-performance Zusammenfassung für CEO und CFO hinsichtlich der Short-Term Ziele

Vorstands-mitglied	Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Pay-on-Performance Zusammenfassung	Gewichtung (in %)	Ziel-erreichungs-grad (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Christian Sewing	RoTE - Eigenkapitalrendite	Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (Return on tangible Equity - RoTE) misst den Aktionären der Deutschen Bank zurechenbaren Gewinn (oder Verlust) in Prozent des durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals und setzt Anreize für einen effizienten Einsatz des Eigenkapitals. Das materielle Eigenkapital wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte vom Eigenkapital abgezogen werden. Im Jahr 2025 betrug die Eigenkapitalrendite nach Steuern 10,3%, was einer Zielerreichung von 133,01% entspricht.	25,00%	133,01%	128,75%
	Erträge auf Gruppenebene	Der KPI Erträge ohne die Erträge im Zusammenhang mit Unterschieden in der Bewertung oder im Zeitverlauf (Valuation&Timing differences, V&T), fördert die Geschäftsdynamik und ein nachhaltiges Geschäftswachstum. Er misst das Ertragswachstum vor V&T Effekten, die sich aus Derivaten ergeben, die zur Absicherung der Bilanz des Konzerns eingesetzt werden. Dabei handelt es sich um buchhalterische Auswirkungen und Bewertungsverluste, die sich im Laufe der Zeit voraussichtlich wieder ausgleichen, wenn die zugrunde liegenden Instrumente fällig werden. Im Jahr 2025 beliefen sich die Erträge vor V&T von 0,9 Mrd. € auf 31,2 Mrd. €, was einer Zielerreichung von 100% entspricht. Dementsprechend wurde das Ziel erreicht.	25,00%	100,00%	
	Fortschreibung und Umsetzung Konzernstrategie	Es wurden bedeutende Fortschritte bei der Weiterentwicklung und Umsetzung der Konzernstrategie erzielt. Die Konzernstrategie 2025 wurde sowohl qualitativ als auch quantitativ erfüllt. Darüber hinaus wurde eine klare und überzeugende Equity Story für die strategische Weiterentwicklung der Deutschen Bank entwickelt und vermittelt, die tief in ihrem Purpose und ihrer Vision verwurzelt ist. Diese erhielt positives Feedback von Analysten, langfristigen Investoren und Ratingagenturen. Der SVA-Ansatz (Shareholder Value Add) wurde erfolgreich als zentrales Element der zukünftigen Strategie und Steuerung implementiert. Marktentwicklungen sowie potenzielle Konsolidierungsszenarien wurden eng verfolgt und bewertet. Zudem wurde der Dialog mit wichtigen Stakeholdern weiter gestärkt, was die Position der Deutschen Bank als bevorzugter Partner für ihre Kunden und als verantwortungsbewusstes Corporate Citizen festigte.	15,00%	140,00%	
	Vorantreiben der Behebung regulatorischer Feststellungen und Kontrollverbesserungen	Die Priorisierung zentraler regulatorischer Verbesserungsmaßnahmen wurde über alle Bereiche hinweg im gesamten Jahr wirksam sichergestellt. Dies führte zu wichtigen Fortschritten, darunter ein SREP-Upgrade, deutliche Verbesserungen im Feedback von FED und PRA sowie eine erhebliche Reduzierung regulatorischer Feststellungen. Ein robuster Dialog und kontinuierlicher Austausch mit wesentlichen Aufsichtsbehörden wurden konsequent aufrechterhalten.	15,00%	150,00%	
	Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	Es wurden bedeutende Schritte unternommen, um die Organisation stärker am Unternehmenszweck auszurichten. Das „Das ist unsere Deutsche Bank" (TIDDB)-Framework wurde weiter strukturiert und ausgerollt, mit stärkerer Berücksichtigung in Mitarbeiter-/Führungskräfteveranstaltungen und in der Entscheidungsfindung des Vorstands. Zudem gab es eine intensivere Fokussierung darauf, Mitarbeiter für die Entwicklungsreise der Deutschen Bank zu gewinnen - unterstützt durch Initiativen wie den Employee Deep Dive. Die vereinbarten Leistungskennzahlen für die Culture Pulse Survey, Geschlechterdiversität, CO_2-Reduktion sowie für Kultur-, Kontroll- und Conduct-Metriken wurden allesamt als im Plan liegend berichtet.	20,00%	150,00%	

James von Moltke	RoTE – Eigenkapitalrendite	Die Eigenkapitalrendite nach Steuern (Return on tangible Equity – RoTE) misst den Aktionären der Deutschen Bank zurechenbaren Gewinn (oder Verlust) in Prozent des durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals und setzt Anreize für einen effizienten Einsatz des Eigenkapitals. Das materielle Eigenkapital wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte vom Eigenkapital abgezogen werden. Im Jahr 2025 betrug die Eigenkapitalrendite nach Steuern 10,3%, was einer Zielerreichung von 133,01% entspricht.	25,00%	133,01%	122,28%
	Adjustierte Kosten auf Gruppenebene	Der KPI für die bereinigten Kosten konzentriert sich auf die Entwicklung der operativen Kosten des Deutsche-Bank-Konzerns, die entscheidend ist, um die Bank für eine nachhaltige Entwicklung im Jahr 2025 und darüber hinaus zu positionieren. „Bereinigte Kosten" bedeutet entsprechend des externen Reportings, dass Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten sowie Abfindungs- und Restrukturierungskosten und Wertminderungen von der Zielvorgabe ausgeschlossen sind. Im Jahr 2025 lag die direkte bereinigte Kostenbasis bei 20,3 Mrd. €. Der Zielerreichungsgrad lag bei 105,09%.	25,00%	105,09%	
	Planumsetzung und Erfüllung der Konzernstrategie	Die Organisation hat gute Fortschritte in Richtung ihrer strategischen Ziele gemacht und die Vorgaben für Rendite auf das materielle Eigenkapital, Aufwand-Ertrag-Relation, Vorsteuergewinn und Nettoergebnis erreicht. Die Konzernstrategie 2025 wurde sowohl qualitativ als auch quantitativ umgesetzt, wobei Shareholder Value Add (SVA) in das Performance Management integriert wurde. Mit der Vorstellung einer neuen, auf 2028 ausgerichteten Finanzstrategie beim Investorentag und einem aktiven Investoren-Dialog wurde der strategische Fokus konsequent auf langfristiges Wertwachstum ausgerichtet. Die Ziele zur Kapitalausschüttung wurden erreicht; Dividenden und Aktienrückkäufe stiegen im Jahresvergleich um über 50% und überschritten die seit 2022 zugesagten 8 Mrd. €. Die Equity Story des Unternehmens, verankert in seinem Purpose und seiner Vision, erhielt positives Feedback von Analysten und Stakeholdern und stärkte seinen Ruf als bevorzugter und verantwortungsbewusster Partner.	15,00%	130,00%	
	Kontrollen und Transformation	Es wurden deutliche Fortschritte bei der Stärkung regulatorischer Kontrollen und der Abarbeitung offener Themen erzielt. Die meisten Schlüsselaufgaben wurden abgeschlossen, und die Zahl regulatorischer Feststellungen – insbesondere in Finance und DWS – wurde erheblich reduziert. Diese Verbesserungen führten zu positivem Feedback der Aufsichtsbehörden und zu einem insgesamt stärkeren Kontrollumfeld.	10,00%	120,00%	
	Weiterentwicklung der DWS	Die DWS hat im Jahr 2025 eine starke Entwicklung gezeigt, mit einem Kursanstieg der Aktie von über 30% und das EPS-Ziel von 4,50 € wurde vom Unternehmen übertroffen. Das Asset-Management-Segment hat seine Umsatz- und Nettoertragsziele übertroffen, während die Kosten – abgesehen von Bindungseffekten durch den Aktienkursanstieg – exakt im Plan liegen. Die enge Zusammenarbeit mit der DWS-Führung bei strategischen Planungen, einschließlich der Vorbereitung des Investor Deep Dive sowie potenzieller Akquisitions- oder Partnerschaftsprojekte, wurde fortgeführt. Langjährige rechtliche Themen, insbesondere die Greenwashing-Vorwürfe, wurden beigelegt und stärken die Position des Unternehmens für einen langfristigen Erfolg zusätzlich.	10,00%	125,00%	
	Menschen & Kultur – Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	Die Finanzorganisation hat die Mitarbeiterbindung und -Motivation durch das „Das ist unsere Deutsche Bank" (TiDB) Rahmenwerk maßgeblich vorangetrieben und einen Culture-Pulse-Survey-Wert von 72% erreicht (gegenüber 69% im Jahr 2024) bei einer Beteiligungsquote von 68%. Die Geschlechtervielfalt liegt bei 37,1% und damit leicht unter dem Zielwert von 38,5%, wobei weitere Verbesserungen erwartet werden. Finance weist weiterhin hohe Integrität auf, mit nur sehr wenigen Compliance- oder Conduct-Vorfällen. Das TiDB-Framework wurde organisationsweit weiter ausgerollt und zunehmend in Veranstaltungen sowie Entscheidungsprozesse des Managements integriert. Die zentralen Kultur- und Conduct-Kennzahlen – einschließlich der Culture Pulse Survey-Ergebnisse und ergänzender Indikatoren – werden insgesamt mit „im Plan" bewertet.	15,00%	125,00%	

Leistungsbewertung der Short-Term Ziele der anderen Vorstandsmitglieder

Fabrizio Campelli

Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Gewichtung (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Erträge Investmentbank/ Unternehmensbank (IB/CB)	31,25%	121,97%
Adjustierte Kosten auf Gruppenebene	9,38%	
Adjustierte Kosten auf divisionaler Ebene (IB/CB)	9,38%	
Umsetzung der IB-/CB-Strategie und Führung der Kundenverbindungen; Steuerung wichtiger Kennzahlen	15,00%	
Weitere Verbesserung von Kontrollen und Nachweis ihrer Wirksamkeit gegenüber Regulierungsbehörden	15,00%	
Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	20,00%	

Dr. Marcus Chromik (Mitglied seit 1. Mai 2025)

Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Gewichtung (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Adjustierte Kosten auf Gruppenebene	10,00%	118,07%
Adjustierte Kosten auf divisionaler Ebene (Chief Risk Office)	10,00%	
Weiterentwicklung des Chief Risk Office - Betriebsmodells	20,00%	
Absicherung der Bank	20,00%	
Umsetzung regulatorischer Verbesserungen und nachhaltige Lösung offener Themen	20,00%	
Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	20,00%	

Bernd Leukert

Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Gewichtung (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Adjustierte Kosten auf Gruppenebene	10,00%	115,02%
Adjustierte Kosten auf divisionaler Ebene (Technologie, Daten & Innovation)	10,00%	
Erzielung mittelfristig/langfristiger erforderlicher Kosteneffizienzen unter gleichzeitiger Sicherstellung eines risikoangemessenen, stabilen Tagesbetriebs der DB-Systeme.	20,00%	
Vereinfachung der Applikations- und Infrastruktur-Landschaft im Einklang mit der DB-Strategie und dem angestrebten Target Operating Model vorantreiben.	20,00%	
Sicherstellung der regulatorischen Compliance sowie Reduzierung überfälliger Audit-Feststellungen	20,00%	
Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	20,00%	

Alexander von zur Mühlen

Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Gewichtung (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Erträge in Deutschland, EMEA und APAC	20,00%	116,35%
RoTE - Eigenkapitalrendite	20,00%	
Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie in Deutschland	20,00%	
Förderung des Global Hausbank-Konzepts durch bereichsübergreifende und regionale Zusammenarbeit in Asien-Pazifik, Middle East Africa, Europa und Deutschland	20,00%	
Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	20,00%	

Laura Padovani

Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Gewichtung (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Adjustierte Kosten auf Gruppenebene	20,00%	117,02%
Umsetzung regulatorischer Verbesserungsmaßnahmen sicherstellen, Remediation-Erkenntnisse organisationsweit übertragen (Read-across) und den Fokus auf nachhaltige Verankerung beibehalten	20,00%	
Implementierung des strategischen Compliance- & Anti-Finanzkriminalitäts-Betriebsmodells	20,00%	
Stärkung der Compliance-& Anti-Finanzkriminalitätsfunktion und Förderung der Unternehmenskultur	20,00%	
Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	20,00%	

Claudio de Sanctis

Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Gewichtung (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Erträge Privatkundenbank	25,00%	121,14%
Adjustierte Kosten auf Gruppenebene	12,50%	
Adjustierte Kosten auf divisionaler Ebene (Privatkundenbank)	12,50%	
Umsetzung der Strategie in der Privatkundenbank und des Betriebsmodells, Pflege und Ausbau von Kundenbeziehungen	15,00%	
Umsetzung regulatorischer Verbesserungsmaßnahmen	15,00%	
Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	20,00%	

Rebecca Short

Individuelle und Divisionale Short-Term Ziele	Gewichtung (in %)	Gesamtziel-erreichungs-grad (in %)
Adjustierte Kosten auf Gruppenebene	15,00%	117,26%
Adjustierte Kosten auf divisionaler Ebene (Infrastruktur)	15,00%	
Etablierung des neuen Zielbetriebsmodells	20,00%	
Sicherstellung exzellenter Leistungen in den Bereichen Personal und Beschaffung	15,00%	
Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen und Verbesserungen der Kontrollprozesse	20,00%	
Menschen & Kultur - Förderung des Rahmenwerks "Das ist unsere Deutsche Bank"	15,00%	

Gesamtzielerreichung für den Short-Term Incentive

Grundsätzlich wird der Short-Term Incentive (STI) zu 50% nach Ablauf eines Jahres in bar ausgezahlt, während die verbleibenden 50% in Form aktienbasierter Instrumente gewährt werden, die einer einjährigen Haltefrist unterliegen und anschließend in bar ausgezahlt werden. Sofern der STI-Zielerreichungsgrad 100% übersteigt, wird der darüberhinausgehende Anteil aufgeschoben und in Form aktienbasierter Vergütung (Restricted Equity Awards) gewährt, um die regulatorischen Anforderungen an das Verhältnis der variablen Vergütung von 40% STI und 60% LTI zu erfüllen.

Für das Geschäftsjahr 2025 wurden auf Basis der jeweiligen individuellen Ziele, welche der Aufsichtsrat für den Short-Term Incentive festgelegt hatte, die folgenden Zielerreichungsgrade für die Vorstandsmitglieder festgestellt:

Zielerreichung Short-Term Incentive

Mitglieder des Vorstands	Zielwert (in €)	Zielerreichungsgrad (in %)	Gesamtwert STI (in €)
Christian Sewing	2.400.000	128,75%	3.090.085
James von Moltke	2.040.000	122,28%	2.494.455
Fabrizio Campelli	2.160.000	121,97%	2.634.571
Dr. Marcus Chromik[1]	448.000	118,07%	528.970
Bernd Leukert	1.640.000	115,02%	1.886.248
Alexander von zur Mühlen	1.640.000	116,35%	1.908.145
Laura Padovani	616.000	117,02%	720.836
Claudio de Sanctis	2.080.000	121,14%	2.519.645
Rebecca Short	1.640.000	117,26%	1.923.132
Professor Dr. Stefan Simon[2]	546.667	85,00%	464.667
Olivier Vigneron[3]	633.222	100,00%	633.222

[1] Mitglied seit dem 1. Mai 2025
[2] Mitglied bis zum 30. April 2025
[3] Mitglied bis zum 19. Mai 2025

85,00% - 128,75% Bandbreite der Zielerreichungsgrade bei den Short-Term Incentive Zielen der Vorstandsmitglieder in 2025

Mitglieder des Vorstands	Auszahlungsbetrag in 2026 (in €)	Gewährung Equity-Upfront Award in 2026 (in €)	Anzahl Instrumente[1]	Gewährung Restricted Equity Award in 2026[2] (in €)	Anzahl Instrumente[1]
Christian Sewing	1.338.017	1.338.017	43.826	414.051	13.562
James von Moltke	1.110.891	1.110.891	36.387	272.672	8.931
Fabrizio Campelli[3]	1.174.914	1.174.914	38.484	284.743	9.327
Dr. Marcus Chromik[4]	240.194	240.194	7.867	48.582	1.591
Bernd Leukert	869.250	869.250	28.472	147.749	4.839
Alexander von zur Mühlen	873.629	873.629	28.615	160.886	5.270
Laura Padovani	328.967	328.967	10.775	62.902	2.060
Claudio de Sanctis	1.127.929	1.127.929	36.945	263.787	8.640
Rebecca Short	876.626	876.626	28.714	169.879	5.564
Professor Dr. Stefan Simon[5]	232.334	232.334	7.610	0	0
Olivier Vigneron[6]	316.611	316.611	10.370	0	0

[1] Die Berechnung der Stückzahl der Aktien der Eigenkapitalbasierenden Instrumente basiert auf dem durchschnittlichen Xetra-Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2026 (30,53 €).
[2] Ein Anteil des STI bei dem die Zielerreichung über 100% lag wird als Restricted Equity Awards gewährt, um die regulatorischen Anforderungen zu erfüllen. Weitere Informationen hierzu im Abschnitt "Zurückbehaltungs- und Halteperioden".
[3] Die zusätzlich gewährten Restricted Equity Awards erfüllen ebenfalls die regulatorischen Anforderungen innerhalb der UK. Weitere Informationen hierzu im Abschnitt "Zurückbehaltungs- und Halteperioden".
[4] Mitglied seit dem 1. Mai 2025.
[5] Mitglied bis zum 30. April 2025.
[6] Mitglied bis zum 19. Mai 2025.

Long-Term Incentive (LTI)

Bei der Bemessung der variablen Vergütung liegt der Schwerpunkt auf der Erreichung von langfristigen, an die Strategie der Deutschen Bank gekoppelten Zielen. Für den LTI legt der Aufsichtsrat gemeinschaftliche langfristige Ziele für die Vorstandsmitglieder fest, die jeweils über einen Zeitraum von drei Jahren bemessen werden.

Anfang 2025 wurde der LTI zunächst als Rechengröße im Zielbarbetrag den einzelnen Vorstandsmitgliedern zugeordnet. Aufgrund des Wechsels von einer retrospektiven zu einer zukunftsgerichteten Betrachtungsweise der 3-jährigen Bemessungsperiode, erfolgt die Gewährung der aktienbasierten Vergütung im Vergleich zum vorherigen Vergütungssystem zwei Jahre später. Um die Vorstandsvergütung auch in dieser Zeit an der Aktienkursentwicklung der Deutschen Bank Aktie und damit an den Interessen der Aktionäre auszurichten, hat der Aufsichtsrat von der im neuen Vergütungssystem beschriebenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, den für den LTI angestrebten Euro-Betrag nach dem ersten Jahr des Bemessungszeitraums in virtuelle Aktien umzurechnen (was zu diesem Zeitpunkt noch keine Gewährung von Vergütung darstellt). Nach Ablauf des dreijährigen Bemessungszeitraums wird die Anzahl der virtuellen Aktien dann entsprechend des für den LTI ermittelten Erreichungsgrades erhöht oder reduziert.

Dieser Ansatz stärkt zusätzlich den Nachhaltigkeitsaspekt der langfristigen variablen Vergütung, da er sie zusätzlich an die Performance der Bank und den Aktienkurs auch während des laufenden Bemessungszeitraums koppelt. Die Umrechnung erfolgte auf der Grundlage des Durchschnitts der Xetra-Schlusskurse der Deutsche Bank Aktie während der letzten 10 Handelstage im Februar 2026 in Höhe von € 30,53. Die Anzahl der virtuellen Aktien, die zum Ende des Bemessungszeitraums zugeteilt werden, hängt von den Ergebnissen der Leistungsbeurteilung ab und wird daher zwischen 0% und 150% der ursprünglich zugeteilten Anzahl an virtuellen Aktien variieren. Nach Ablauf der Zurückbehaltungs- und der Haltefrist werden jährlich 20% der virtuellen Aktien verfügbar, unterliegen aber weiterhin den Rückforderungsbedingungen (Clawback).



Überblick über die Long-Term-Incentive-Pläne (LTI)



Langfristige Anreizsysteme 2024-2026 und 2025-2027

LTI - Ziele	%	LTI 2024-2026			%	LTI 2025-2027			Istwerte 2024	Istwerte 2025
		0%	100%	150%		0%	100%	150%		
Finanzielle Gruppenziele & RTSR	**40%**				**40%**					
RoTE[1]	15%	< 9% (9%=33%)	11%	12%	15%	< 10% (10%=33%)	12%	13%	4,7%	10,3%
TBVPS[2]	10%	<=6,5%	8,5%	9,5%	10%	<= 6,5%	8,5%	9,5%	5,3%	5,6%
RTSR[3]	15%	< Median (Median=50%)	70. Perzentil	90. Perzentil	15%	< Median (Median=50%)	70. Perzentil	90. Perzentil	Rang 6	Rang 3
ESG	**20%**				**20%**					
Environmental Klimarisiko-Management	8%	<= 50%	70%	85%	8%	<= 50%	70%	85%	n.a.[4]	n.a.[4]
Social Geschlechtervielfalt	4%	<= 30%	32,5%	35%	4%	<= 30%	32,5%	35%	28,4%	28,4%
Governance	8%	0	100,0%	150%	8%	0	100,0%	150%	qualitative Bewertung am Ende des Bemessungszeitraums	

[1] Return on Tangible Equity-Eigenkapitalrendite nach Steuern zum Ende des Leistungsbemessungszeitraums.
[2] Tangible Book Value per Share - Materielles Nettovermögen pro Aktie - durchschnittliches jährliches Wachstum (exklusive Wechselkurse) während des Leistungsbemessungszeitraums.
[3] Relative Total Shareholder Return – Ranking der Deutschen Bank vs. Peer Group (= Deutsche Bank Globale Vergleichsgruppe).
[4] Zielerreichung basiert auf dem Durchschnitt der Ergebnisse für die Jahre 2025 und 2026.

Zur Information und einfacheren Bewertung der Vorstandsleistung bezüglich LTI: Diese Tabelle fasst die LTI-Ziele und Bewertungskriterien zusammen und gibt einen Überblick darüber, wie der Vorstand bisher geliefert hat, ohne das Endergebnis vorwegzunehmen.

Umwandlung in virtuelle Aktien - Entwicklung des durchschnittlichen Deutsche Bank Aktienkurses



[1] Durchschnittlicher Xetra-Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar

Der Zielbetrag in Euro für den LTI wird nach dem ersten Leistungsbeurteilungsjahr (noch keine Vergütungszuteilung) auf Basis des durchschnittlichen Aktienkurses der Deutsche Bank Aktie der letzten zehn Handelstage im Februar 2026 in Höhe von 30,53 € in virtuelle Aktieneinheiten umgerechnet. Diese Einheiten werden nach Ablauf des dreijährigen Beurteilungszeitraums auf Grundlage des LTI-Erreichungsgrads angepasst, wodurch die langfristige variable Vergütung mit der Performance der Bank und dem Aktienkurs verknüpft wird. Die nachstehende Tabelle veranschaulicht den umgerechneten Betrag sowie die entsprechende Anzahl virtueller Aktieneinheiten.

Aktienbasierte Instrumente (virtuelle Aktien)

	LTI-Plan 2024-2026			LTI-Plan 2025-2027
Mitglieder des Vorstands	Anzahl aktienbasierter Anteile	LTI Zielwert in €	Durchschnitt Deutschen Bank Aktienkurs vor Umwandlung in €[2]	Anzahl aktienbasierter Anteile
Christian Sewing	177.652	3.600.000		117.917
James von Moltke	152.916	3.060.000		100.229
Fabrizio Campelli	161.911	3.240.000		106.125
Dr. Marcus Chromik[3]	–	672.000		22.011
Bernd Leukert	122.932	2.460.000		80.576
Alexander von zur Mühlen	122.932	2.460.000	30,53	80.576
Laura Padovani[3]	18.365	924.000		30.265
Claudio de Sanctis	155.914	3.120.000		102.195
Rebecca Short	122.932	2.460.000		80.576
Professor Dr. Stefan Simon[4]	122.932	820.000		26.859
Olivier Vigneron[5]	122.932	949.833		31.111

[1] Durchschnittlicher Xetra-Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie während der letzten zehn Handelstage im Februar 2026.
[2] Mitglied seit dem 1. Mai 2025
[3] Mitglied seit dem 1. Juli 2024
[4] Mitglied bis zum 30. April 2025
[5] Mitglied bis zum 18. Mai 2025

Backtesting und Anwendung von Malus und Clawback in 2025

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig und rechtzeitig vor den jeweiligen Fälligkeitsterminen die Möglichkeit, , variable Vergütungsbestandteile von Vorständen teilweise oder vollständig verfallen zu lassen (Malus) oder zurückzufordern (Clawback). Im Jahr 2025 gab es keinen Verfall und keine Rückforderung von gewährten Awards.

Aktienhalteverpflichtung

Aufgrund der für die Mitglieder des Vorstands geltenden Regelungen zur Aktienhaltepflicht besteht die Verpflichtung, innerhalb von 4 Jahren eine Beteiligung an der Deutschen Bank in bestimmter Höhe aufzubauen. Der Vorstandsvorsitzende ist verpflichtet, Aktien im Gegenwert von 200% seines jährlichen Bruttogrundgehalts zu halten, und andere Vorstandsmitglieder müssen Aktien in Höhe von 100% ihres jährlichen Bruttogrundgehalts halten, um die Regelung zur Aktienhaltepflicht zu erfüllen. Die Aktien müssen während der gesamten Dauer der Bestellung gehalten werden. Erhöht sich das Grundgehalt, erhöht sich die Aktienhaltepflicht entsprechend. Die Erfüllung der Aktienhalteverpflichtung wird halbjährlich überprüft. Je nach Erreichungsstand und Aktienkursentwicklung müssen Aktien entweder nachgekauft oder können bei Überschreiten der Verpflichtung verkauft werden. 75% der Anwartschaften/ ausstehende Aktien sind anrechenbar für die Aktienhalteverpflichtung.

Alle Vorstandsmitglieder haben die Aktienhaltepflichten im Jahr 2025 erfüllt bzw. befinden sich derzeit in der Aufbauphase.

Vorstandsmitglied	Zielwert (% vom Grundgehalt)		Ende der Aufbauphase	Anzahl Deutsche Bank Aktien (Stückzahl)	Status per 6. Februar 2026	Verpflichtung erfüllt
Christian Sewing	200% /	3.800.000	Ja	443.605	100% 464%	Ja
James von Moltke	100% /	3.200.000	Ja	243.567	100% 833%	Ja
Fabrizio Campelli	100% /	3.400.000	Ja	248.460	100% 706%	Ja
Dr. Marcus Chromik	100% /	2.400.000	30. April 2029	6.854	100% Aufbauphase	-
Bernd Leukert	100% /	2.400.000	Ja	40.006	100% 833%	Ja
Alexander von zur Mühlen	100% /	2.400.000	Ja	547.664	100% 1.113%	Ja
Laura Padovani	100% /	2.200.000	30. Juni 2028	3.477	100% Aufbauphase	-
Claudio de Sanctis	100% /	3.200.000	30. Juni 2027	309.045	100% Aufbauphase	-
Rebecca Short	100% /	2.400.000	Ja	101.961	100% 361%	Ja

Aktienhalteverpflichtung
Aktueller Erfüllungsstand der Aktienhalteverpflichtung

Leistungen bei Vertragsbeendigung

Die folgende Tabelle zeigt die Versorgungsbausteine, die Verzinsungen, das Versorgungskapital und den jährlichen Dienstzeitaufwand für die Jahre 2025 und 2024 sowie die entsprechenden Verpflichtungshöhen jeweils zum 31. Dezember 2025, und 31. Dezember 2024 für die im Jahr 2025 tätigen Mitglieder des Vorstands. Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandszugehörigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren sowie den unterschiedlichen Beitragsraten. Vorstandsmitglieder, die eine Pensionszulage anstelle eines jährlichen Versorgungsbausteins erhalten, sind in der folgenden Tabelle nicht enthalten – es sei denn, sie haben in früheren Jahren einen jährlichen Beitrag erhalten. Pensionszulagen sind im Abschnitt „Gewährte und geschuldete Vergütung (Zufluss-Tabelle)" aufgeführt.

Mitglieder des Vorstands	Versorgungsbaustein im Geschäftsjahr		Verzinsung im Geschäftsjahr		Versorgungskapital am Ende des Geschäftsjahres		Dienstzeitaufwand (IFRS) im Geschäftsjahr		Barwert der Verpflichtung (IFRS) am Ende des Geschäftsjahres	
in €	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024	2025	2024
Christian Sewing	715.000	728.000	0	0	9.467.000	8.752.000	546.300	574.078	7.640.707	7.152.345
James von Moltke	702.000	715.000	0	0	7.221.500	6.519.500	551.820	577.371	6.120.471	5.561.609
Fabrizio Campelli	760.500	773.500	0	0	5.502.254	4.741.754	509.388	542.981	3.936.029	3.486.558
Bernd Leukert	676.000	689.000	0	0	4.801.334	4.125.334	574.620	596.463	4.367.269	3.742.460
Claudio de Sanctis	747.500	760.500	0	0	1.894.750	1.147.250	507.949	542.293	1.527.023	825.356
Rebecca Short	773.500	786.500	0	0	3.759.668	2.986.168	487.795	522.769	2.423.885	1.983.351
Prof. Dr. Stefan Simon[1]	0	0	0	0	3.483.460	3.483.460	0	0	2.925.774	2.944.486
Olivier Vigneron[2]	242.668	747.500	0	0	2.395.252	2.152.584	171.304	548.749	1.789.396	1.653.309

[1] Mitglied bis zum 30. April 2025. Prof. Stefan Simon erhielt bis zum Ende seines Mandats eine zeitanteilige Pensionszusage, die im Abschnitt "Gewährte und geschuldete Vergütung (Zuflusstabelle)" ausgewiesen ist. Aufgrund eines bestehenden Versorgungskapitals ist er zudem in der obigen Tabelle aufgeführt.
[2] Mitglied bis zum 19. Mai 2025

Die Vorstandsmitglieder haben bei vorzeitiger Beendigung ihrer Bestellung grundsätzlich Anspruch auf eine Abfindung, sofern die Bank nicht zum Widerruf der Bestellung oder zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist. Im Einklang mit der deutschen Marktpraxis sowie der Empfehlung G.13 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) sind Abfindungszahlungen derzeit auf das Zweifache der jährlichen Gesamtvergütung begrenzt und werden nicht über die Restlaufzeit des Dienstvertrags hinaus gezahlt (Abfindungs-Cap). Unter Berücksichtigung des Feedbacks von Investoren und anderen Stakeholdern wird der Aufsichtsrat das Abfindungs-Cap auf maximal zwei Jahresgrundgehälter für ab dem 1. Januar 2024 bestellte Vorstandsmitglieder reduzieren. Die Festlegung und Gewährung der Abfindung erfolgt in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben, insbesondere mit den Empfehlungen des DCGK und den Bestimmungen der InstitutsVergV.

Olivier Vigneron ist mit Wirkung zum Ablauf des 19. Mai 2025 aus dem Vorstand ausgeschieden. Der Dienstvertrag endete mit Ablauf seiner Amtszeit. Wie in seinem Dienstvertrag vorgesehen, wurde eine Karenzentschädigung gemäß der nachvertraglichen Wettbewerbsverbotsklausel in Höhe von € 130.000 pro Monat vereinbart, die 65% seines festen Grundgehalts entspricht. Die nachvertragliche Wettbewerbsverbotsregelung sollte ursprünglich vom 20. Mai 2025 bis zum 19. Februar 2026 in dem im Dienstvertrag festgelegten Umfang gelten. Nach einem Angebot an Herrn Vigneron, ab dem 2. September 2025 die Funktion des Chief Risk Officer (CRO) bei einer anderen Bank zu übernehmen, was in den Geltungsbereich der Wettbewerbsverbotsklausel fiel, beschloss der Aufsichtsrat auf Antrag von Olivier Vigneron, die Wettbewerbsverbotsklausel mit Wirkung zum 31. August 2025 aufzuheben. Infolgedessen endete die Zahlung der monatlichen Karenzentschädigung mit Wirksamwerden des Verzichts auf die Wettbewerbsverbotsklausel.

Professor Dr. Stefan Simon ist auf Basis einer einvernehmlichen Beendigungsvereinbarung mit Wirkung zum Ablauf des 30. April 2025 aus dem Vorstand ausgeschieden. Wie in seinem Dienstvertrag vorgesehen, wurden mit ihm Beendigungsleistungen vereinbart. Die Aufhebungsvereinbarung sieht eine Karenzentschädigung während einer Wettbewerbsverbotsfrist von 6 bis maximal 12 Monaten in Höhe von € 130.000 pro Monat (65% seines Grundgehalts) vor, die auf die Abfindungszahlung angerechnet wird. Eine Abfindungsleistung in Höhe von € 6.446.548 inklusive der Karenzentschädigung als Ausgleich für die vorzeitige Beendigung seines Dienstvertrages wurde vereinbart. Diese Abfindungsleistung wurde wie folgt strukturiert: 20% als sofortige Barzahlung (Upfront Cash), 20% als sofortige Aktienprämie (Equity Upfront Award), 30% als aufgeschobene Incentive-Prämie (Restricted Incentive Award), die in den Jahren 2026-2030 ausgeliefert wird, und weitere 30% als aufgeschobene Aktienprämie (Restricted Equity Award), die in den Jahren 2027-2031 ausgeliefert wird. Für die Abfindungsleistung gelten sämtliche vertraglich vereinbarten Regelungen über variable Vergütungsbestandteile entsprechend, einschließlich der Möglichkeit einer Rückforderung variabler Vergütung („Clawback").

Abweichungen vom Vergütungssystem

Im Geschäftsjahr 2025 gab es keine Abweichungen vom Vergütungssystem.

Höhe der Vorstandsvergütung im Geschäftsjahr 2025

Gegenwärtige Mitglieder des Vorstands

Festgesetzte Gesamtvergütung 2025

Der Aufsichtsrat hat die nachfolgenden Vergütungen auf individueller Basis festgelegt. Der zweite LTI-Plan nach dem neuen System wurde für die Performance Periode 2025-2027 aufgelegt; nach Ablauf der 3-jährigen Leistungsbemessungsperiode ermittelt der Aufsichtsrat den Zielerreichungsgrad auf Basis der vorab festgelegten KPIs. Aufgrund der Umstellung von einer rückwärtsgerichteten auf eine vorwärts gerichtete 3-jährige Leistungsbemessungsperiode sind die ersten beiden Jahre nach Einführung des neuen Systems (2024 und 2025) Übergangsjahre („Übergangsphase"). Die Awards des zweiten Long-Term Incentive -Plans (LTI-Plan 2025-2027) werden erst Anfang 2028 gewährt. Während der Übergangsphase wird der LTI zu Berechnungs- und Vergleichszwecken mit dem Zielbetrag ausgewiesen. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen enthält die untenstehende Tabelle eine Spalte „Pro-Forma-Gesamtvergütung", in der die Summe von Grundgehalt, tatsächlich gewährtem STI und einem Zielwert für den LTI gezeigt wird.

Dieser Ansatz ist in der nachstehenden Tabelle reflektiert.

				2025	2024
in €	Grundgehalt[1]	Aktueller Wert Short-Term Incentive	Zielwert Long-Term Incentive[2]	Pro-Forma Gesamt-vergütung	Pro-Forma Gesamt-vergütung[3]
Christian Sewing	3.800.000	3.090.085	3.600.000	10.490.085	9.753.210
James von Moltke	3.200.000	2.494.455	3.060.000	8.754.455	8.265.320
Fabrizio Campelli	3.400.000	2.634.571	3.240.000	9.274.571	8.987.920
Dr. Marcus Chromik[4]	1.600.000	528.970	672.000	2.800.970	0
Bernd Leukert	2.400.000	1.886.248	2.460.000	6.746.248	6.349.120
Alexander von zur Mühlen	2.400.000	1.908.143	2.460.000	6.768.143	6.398.320
Laura Padovani[5]	2.200.000	720.836	924.000	3.844.836	1.478.925
Claudio de Sanctis	3.200.000	2.519.645	3.120.000	8.839.645	8.377.120
Rebecca Short	2.400.000	1.923.132	2.460.000	6.783.132	6.467.200
Professor Dr. Stefan Simon[6]	800.000	464.667	820.000	2.084.667	5.857.120
Olivier Vigneron[7]	926.667	633.222	949.833	2.509.722	6.137.560
Summe	**26.326.667**	**18.803.972**	**23.765.833**	**68.896.472**	68.071.815

[1] In der Spalte „Grundgehalt" sind die vom Aufsichtsrat festgelegten Zielwerte aus Vergleichbarkeitsgründen in EUR angegeben. Der tatsächliche Zufluss weicht bei den Vorstandsmitgliedern Alexander von zur Mühlen und Prof. Dr. Stefan Simon aufgrund von Währungsschwankungen und bei Bernd Leukert aufgrund der Verrechnung von Vergütungen aus Mandaten von diesem Zielwert ab. Die Zuflüsse sind im Abschnitt „Gewährte und geschuldete Vergütung (Zufluss-Tabelle)" dargestellt.

[2] Die Bestimmung des finalen Erreichungsgrades des LTI-Plans 2025-2027 erfolgt am Ende der 3-Jahres Bemessungsperiode in 2028.

[3] Die Pro-Forma Gesamtvergütung enthält den Zielwert für das LTI im Jahr 2024. Die Festlegung des endgültigen Zielerreichungsgrads für den LTI-Plan 2024-2026 erfolgt nach Ablauf der 3-Jahres Bemessungsperiode in 2027.

[4] Mitglied seit dem 1. Mai 2025

[5] Mitglied seit dem 1. Juli 2024

[6] Mitglied bis zum 30. April 2025

[7] Mitglied bis zum 19. Mai 2025

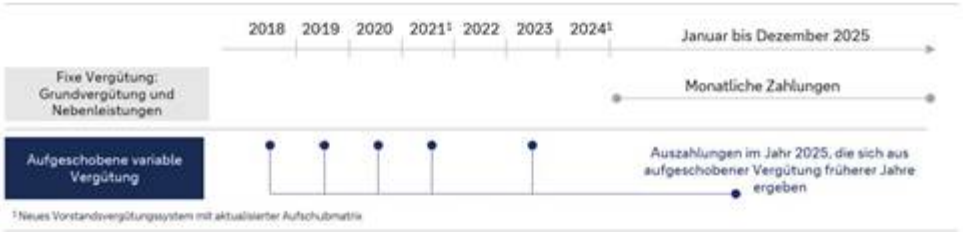
Gewährte und geschuldete Vergütung (Zuflusstabelle)

Die nachfolgende Tabelle zeigt die den im Geschäftsjahr 2025 aktiven Mitgliedern des Vorstands in den Geschäftsjahren 2025 und 2024 gewährte und geschuldete Vergütung gemäß § 162 Abs. 1 Satz 1 AktG.

Die für das Geschäftsjahr 2025 ausgewiesenen Zuflüsse weichen in einigen Fällen deutlich von den in den Vorjahren berichteten Beträgen ab. Diese Abweichung ist auf das im Jahr 2018 geltende Vergütungssystem zurückzuführen, das vorsah, dass die variable Vergütung aus der langfristigen Vergütungskomponente nach fünf Jahren in einem Betrag fällig wird und nach sechs Jahren zur Auszahlung gelangt (sog. Cliff-Vesting). Demgegenüber ist die ab dem Jahr 2022 gewährte variable Vergütung in vier oder fünf jährlichen Tranchen fällig. Der Anstieg der für das Geschäftsjahr 2025 ausgewiesenen Beträge ist daher im Wesentlichen auf die Cliff-Vesting-Struktur der im Jahr 2019 für das Geschäftsjahr 2018 gewährten variablen Vergütung zurückzuführen.

Die dargestellten Angaben unterscheiden zwischen Vergütungsbestandteilen, die den einzelnen Vorstandsmitgliedern innerhalb des Berichtszeitraums entweder tatsächlich zugeflossen sind („gewährt") oder im Berichtszeitraum bereits fällig waren, aber noch nicht zugeflossen sind („geschuldet").

Dementsprechend zeigt die Tabelle mit Ausnahme des Grundgehalts und der Nebenleistungen aufgeschobene Barvergütungen (Restricted Incentive Awards/RIA), die aus der Gewährung von Short-Term Awards auf der Grundlage des jeweiligen Vergütungssystems resultieren, welches in den Vorjahren gegolten hat. Dementsprechend wird die variable Vergütung auf der Grundlage des neuen Vergütungssystems erst im nächsten Jahr veranschaulicht, d. h. die Short-Term Incentive-Barauszahlung für die Leistung im Geschäftsjahr 2025 wird im Geschäftsjahr 2026 ausgezahlt und wird dann als Zufluss für das Geschäftsjahr 2026.



Gewährte und geschuldete Vergütung der Vorstandsmitglieder (Zuflusstabelle)

	Christian Sewing				James von Moltke			
	2025		2024		2025		2024	
	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %
Feste Vergütungsbestandteile:								
Festvergütung (Grundgehalt)	3.800	24%	3.750	77%	3.200	29%	3.200	68%
Pensionszulage	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
Nebenleistungen	11	0%	113	2%	105	1%	107	2%
Summe der festen Vergütungsbestandteile	**3.811**	**24%**	3.863	79%	**3.305**	**29%**	3.307	70%
Variable Vergütungsbestandteile:								
Barvergütung für 2024	1.201	8%	0	0%	1.003	9%	0	0%
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile								
davon Restricted Incentive Awards:								
2020 Restricted Incentive Award für 2019	43	0%	43	1%	38	0%	43	1%
2021 Restricted Incentive Award für 2020	304	2%	304	6%	191	2%	213	4%
2022 Restricted Incentive Award für 2021	652	4%	0	0%	447	4%	0	0%
2023 Restricted Incentive Award für 2022	0	0%	667	14%	0	0%	522	11%
2024 Restricted Incentive Award für 2023	632	4%	0	0%	492	4%	0	0%
davon Equity Awards:								
2019 Restricted Equity Award für 2018	7.205	46%	0	0%	4.427	39%	0	0%
2022 Restricted Equity Award für 2021	1.710	11%	0	0%	1.313	12%	0	0%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
Summe der variablen Vergütungsbestandteile	**11.745**	**76%**	1.013	21%	**7.912**	**71%**	1.433	30%
Gesamtvergütung	**15.556**	**100%**	4.876	100%	**11.217**	**100%**	4.740	100%

	Fabrizio Campelli				Dr. Marcus Chromik[1]			
	2025		2024		2025		2024	
	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %
Feste Vergütungsbestandteile:								
Festvergütung (Grundgehalt)	3.400	49%	3.400	82%	1.600	84%	0	0%
Pensionszulage	0	0%	0	0%	300	16%	0	0%
Nebenleistungen	6	0%	6	0%	3	0%	0	–%
Summe der festen Vergütungsbestandteile	**3.406**	**49%**	**3.406**	**82%**	**1.903**	**100%**	**0**	**–%**
Variable Vergütungsbestandteile:								
Barvergütung für 2024	1.150	16%	0	0%	0	0%	0	0%
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile								
davon Restricted Incentive Awards:								
2020 Restricted Incentive Award für 2019	6	0%	7	0%	0	0%	0	0%
2021 Restricted Incentive Award für 2020	184	3%	213	5%	0	0%	0	0%
2022 Restricted Incentive Award für 2021	417	6%	0	0%	0	0%	0	0%
2023 Restricted Incentive Award für 2022	0	0%	502	12%	0	0%	0	0%
2024 Restricted Incentive Award für 2023	548	8%	0	0%	0	0%	0	0%
davon Equity Awards:								
2019 Restricted Equity Award für 2018	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2022 Restricted Equity Award für 2021	1.287	18%	0	0%	0	0%	0	0%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
Summe der variablen Vergütungsbestandteile	**3.592**	**51%**	**722**	**17%**	**0**	**0%**	**0**	**0%**
Gesamtvergütung	**6.998**	**100%**	**4129**	**100%**	**1.903**	**100%**	**0**	**0%**

[1] Mitglied seit dem 1. Mai 2025. Weitere Informationen zu Vergütungsentscheidungen sind im Abschnitt „Zusammenfassung" in diesem Bericht dargestellt.

	Bernd Leukert				Alexander von zur Mühlen			
	2025		2024		2025		2024	
	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %
Feste Vergütungsbestandteile:								
Festvergütung (Grundgehalt)	2.386[1]	45%	2.391[1]	78%	2.517[2]	37%	2.576[2]	62%
Pensionszulage	0	0%	0	0%	650	10%	650	16%
Nebenleistungen	8	0%	9	0%	143	2%	136	3%
Summe der festen Vergütungsbestandteile	**2.394**	**45%**	**2.400**	**78%**	**3.311**	**49%**	**3.362**	**81%**
Variable Vergütungsbestandteile:								
Barvergütung für 2024	745	14%	0	0%	769	11%	0	0%
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile								
davon Restricted Incentive Awards:								
2020 Restricted Incentive Award für 2019	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2021 Restricted Incentive Award für 2020	188	4%	188	6%	99	1%	74	2%
2022 Restricted Incentive Award für 2021	474	9%	0	0%	621	9%	0	0%
2023 Restricted Incentive Award für 2022	0	0%	477	16%	0	0%	473	11%
2024 Restricted Incentive Award für 2023	426	8%	0	0%	570	8%	0	0%
davon Equity Awards:								
2019 Restricted Equity Award für 2018	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2022 Restricted Equity Award für 2021	1.036	20%	0	0%	1.273	19%	0	0%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%	103[3]	2%	219[3]	5%
Summe der variablen Vergütungsbestandteile	**2.870**	**55%**	**666**	**22%**	**3.435**	**51%**	**766**	**19%**
Gesamtvergütung	**5.264**	**100%**	**3.065**	**100%**	**6.746**	**100%**	**4.128**	**100%**

[1] Die dargestellte Festvergütung beinhaltet die Anrechnung von Vergütung aus Mandaten.
[2] Aufgrund der Gewährung in lokaler Währung unterliegt die Festvergütung Wechselkursschwankungen.
[3] Die variable Nebenleistung stellt einen Mietkostenzuschuss dar.

	Laura Padovani[1]				Claudio de Sanctis			
	2025		2024		2025		2024	
	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %
Feste Vergütungsbestandteile:								
Festvergütung (Grundgehalt)	2.200	79%	875	79%	3.200	70%	3.200	89%
Pensionszulage	450	16%	225	20%	0	0%	0	0%
Nebenleistungen	19	1%	12	1%	44	1%	20	1%
Summe der festen Vergütungsbestandteile	**2.669**	**96%**	**1.112**	**100%**	**3.244**	**71%**	**3.220**	**100%**
Variable Vergütungsbestandteile:								
Barvergütung für 2024	118	4%	0	0%	1.029	23%	0	0%
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile								
davon Restricted Incentive Awards:								
2020 Restricted Incentive Award für 2019	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2021 Restricted Incentive Award für 2020	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2022 Restricted Incentive Award für 2021	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2023 Restricted Incentive Award für 2022	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2024 Restricted Incentive Award für 2023	0	0%	0	0%	268	6%	0	0%
davon Equity Awards:								
2019 Restricted Equity Award für 2018	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2022 Restricted Equity Award für 2021	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
Summe der variablen Vergütungsbestandteile	**118**	**4%**	**0**	**0%**	**1.297**	**29%**	**0**	**0%**
Gesamtvergütung	**2.787**	**100%**	**1.112**	**100%**	**4.540**	**100%**	**3.220**	**100%**

[1] Mitglied seit dem 1. Juli 2024.

	Rebecca Short				Professor Dr. Stefan Simon[1]			
	2025		2024		2025		2024	
	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %	in € t.	in %
Feste Vergütungsbestandteile:								
Festvergütung (Grundgehalt)	2.400	51%	2.400	81%	827[2]	14%	2.468[2]	59%
Pensionszulage	0	0%	–	0%	217	4%	650	16%
Nebenleistungen	7	0%	56	2%	29	0%	117	3%
Summe der festen Vergütungsbestandteile	**2.407**	**51%**	**2.456**	**83%**	**1.073**	**18%**	**3.235**	**78%**
Variable Vergütungsbestandteile:								
Beendigungsleistungen	0	0%	0	0%	2.069[3]	35%	0	0%
Barvergütung für 2024	804	17%	0	0%	499	8%	0	0%
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile								
davon Restricted Incentive Awards:								
2020 Restricted Incentive Award für 2019	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2021 Restricted Incentive Award für 2020	0	0%	0	0%	79	1%	78	2%
2022 Restricted Incentive Award für 2021	273	6%	0	0%	479	8%	0	0%
2023 Restricted Incentive Award für 2022	0	0%	491	17%	0	0%	475	11%
2024 Restricted Incentive Award für 2023	592	8%	0	0%	465	8%	0	0%
davon Equity Awards:								
2019 Restricted Equity Award für 2018	0	0%	0	0%	0	0%	0	0%
2022 Restricted Equity Award für 2021	845	18%	0	0%	1.036	18%	0	0%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%	173[4]	3%	363[4]	9%
Summe der variablen Vergütungsbestandteile	**2.313**	**49%**	**491**	**17%**	**4.800**	**82%**	**916**	**22%**
Gesamtvergütung	**4.720**	**100%**	**2.946**	**100%**	**5.873**	**100%**	**4.151**	**100%**

[1] Mitglied bis zum 30. April 2025.
[2] Aufgrund der Gewährung in lokaler Währung unterliegt die Festvergütung Wechselkursschwankungen.
[3] Weitere Informationen zu den Beendigungsleistungen sind im Abschnitt „Leistungen bei Vertragsbeendigung" in diesem Bericht dargestellt.
[4] Die variable Nebenleistung ist weitestgehend durch einen Mietkostenzuschuss begründet.

	Olivier Vigneron[1]			
	2025		2024	
	in € t.	in %	in € t.	in %
Feste Vergütungsbestandteile:				
Festvergütung (Grundgehalt)	927	36%	2.400	90%
Pensionszulage	0	0%	–	0%
Nebenleistungen	2	0%	13	0%
Summe der festen Vergütungsbestandteile	**929**	**37%**	**2.413**	**90%**
Variable Vergütungsbestandteile:				
Beendigungsleistungen	620[2]	24%	0	0%
Barvergütung für 2024	639	25%	0	0%
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile				
davon Restricted Incentive Awards:				
2020 Restricted Incentive Award für 2019	0	0%	0	0%
2021 Restricted Incentive Award für 2020	0	0%	0	0%
2022 Restricted Incentive Award für 2021	0	0%	0	0%
2023 Restricted Incentive Award für 2022	0	0%	266	10%
2024 Restricted Incentive Award für 2023	354	14%	0	0%
davon Equity Awards:				
2019 Restricted Equity Award für 2018	0	0%	0	0%
2022 Restricted Equity Award für 2021	0	0%	0	0%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%
Summe der variablen Vergütungsbestandteile	**1.612**	**63%**	**266**	**10%**
Gesamtvergütung	**2.541**	**100%**	**2.679**	**100%**

[1] Mitglied bis zum 19. Mai 2025
[2] Weitere Informationen zu den Beendigungsleistungen sind im Abschnitt „Leistungen bei Vertragsbeendigung" in diesem Bericht dargestellt.

In Bezug auf die aufgeschobenen und im Berichtsjahr zugeflossenen Vergütungsbestandteile vergangener Jahre hat der Aufsichtsrat bestätigt, dass die jeweiligen Leistungsbedingungen erfüllt wurden.

Frühere Mitglieder des Vorstands

Gewährte und geschuldete Vergütung (Zuflusstabelle)

Die nachfolgende Tabelle zeigt die den früheren Mitgliedern des Vorstands im Geschäftsjahr 2025 gewährte und geschuldete Vergütung gemäß § 162 Abs. 1 Satz 1 AktG. Es handelt sich dabei um die Vergütungsbestandteile, die den ehemaligen Vorstandsmitgliedern innerhalb des Berichtszeitraums entweder tatsächlich zugeflossen sind („gewährt") oder im Berichtszeitraum bereits fällig waren, aber noch nicht zugeflossen sind („geschuldet"). Gemäß § 162 Abs. 5 AktG werden keine personenbezogenen Angaben zu früheren Mitgliedern des Vorstands gemacht, die ihre Vorstandstätigkeit vor dem Ablauf des Geschäftsjahres 2015 beendet haben. Mehrjährig aufgeschobene Vergütungsbestandteile werden bei Beendigung des Mandats nicht vorzeitig gewährt.

Die für das Geschäftsjahr 2025 ausgewiesenen Zuflüsse weichen in einigen Fällen deutlich von den in den Vorjahren berichteten Beträgen ab. Diese Abweichung ist auf das im Jahr 2018 geltende Vergütungssystem zurückzuführen, das vorsah, dass die variable Vergütung aus der langfristigen Vergütungskomponente nach fünf Jahren in einem Betrag fällig wird und nach sechs Jahren zur Auszahlung gelangt (sog. Cliff-Vesting). Demgegenüber ist die ab dem Jahr 2022 gewährte variable Vergütung in vier oder fünf jährlichen Tranchen fällig. Der Anstieg der für das Geschäftsjahr 2025 ausgewiesenen Beträge ist daher im Wesentlichen auf die Cliff-Vesting-Struktur der im Jahr 2019 für das Geschäftsjahr 2018 gewährten variablen Vergütung zurückzuführen.

	Karl von Rohr Mitglied bis 31. Oktober 2025		Stuart Lewis Mitglied bis 19 Mai 2025		Frank Kuhnke Mitglied bis 30. April 2025	
	2025		2025		2025	
	in Tsd €	in %	in Tsd €	in %	in Tsd €	in %
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile						
Restricted Incentive Awards	1.028	13%	594	6%	348	47%
Equity Awards	6.594	87%	9.013	94%	386	53%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%	0	0%
Pensionsleistungen	0	0%	0	0%	0	0%
Gesamtvergütung	**7.622**	**100%**	**9.607**	**100%**	**734**	**100%**

	Werner Steinmüller Mitglied bis 31. Juli 2020		Sylvie Matherat Mitglied bis 31. Juli 2019		Garth Ritchie Mitglied bis 31. Juli 2019	
	2025		2025		2025	
	in Tsd €	in %	in Tsd €	in %	in Tsd €	in %
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile						
Restricted Incentive Awards	134	3%	78	1%	87	1%
Equity Awards	4.614	97%	13.867[1]	99%	12.536[1]	99%
Nebenleistungen	0	0%	0	0%	0	0%
Pensionsleistungen	0	0%	0	0%	0	0%
Gesamtvergütung	**4.748**	**100%**	**13.946**	**100%**	**12.622**	**100%**

[1] Beinhaltet Zuflüsse aus Beendigungsleistungen.

				Nicolas Moreau Mitglied bis 31. Dezember 2018		Dr. Marcus Schenck Mitglied bis 24. Mai 2018		John Cryan Mitglied bis 9. April 2018	
				2025		2025		2025	
	DB AG	DWS Management GmbH	Gesamt						
	in Tsd €	in Tsd €	in Tsd €	in %		in %		in Tsd €	in %
Aufgeschobene variable Vergütungsbestandteile									
Restricted Incentive Awards	0	0	0	0%	0	0%	0	0%	
Equity Awards	3.688[1]	5.328[2]	9.016	100%	2.032	0%	1.468	0%	
Nebenleistungen	0	0	0	0%	0	0%	0	0%	
Pensionsleistungen	0	0	0	0%	0	0%	0	0%	
Gesamtvergütung	**3.688**	**5.328**	**9.016**	**100%**	**2.032**	**0%**	**1.468**	**0%**	

[1] Beinhaltet Zuflüsse aus Beendigungsleistungen.
[2] Weitere Informationen zu diesen Instrumenten sind im DWS-Geschäftsbericht zu finden.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden zusätzlich zu den in der Tabelle ausgewiesenen individuellen Zahlungen an ehemalige Vorstandsmitglieder weitere 10,2 Mio. € an 11 ehemalige Vorstandsmitglieder für Pensionsleistungen gezahlt. Diese Zahlungen werden aus Datenschutzgründen gemäß § 162 Abs. 5 des Aktiengesetzes (AktG) nicht mehr individuell ausgewiesen.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2026

Gesamtzielvergütung und Maximalvergütung

Die Gesamtzielvergütung für das Jahr 2026 bleibt grundsätzlich gegenüber der geltenden oder im Jahr 2025 angepassten Gesamtzielvergütung unverändert.

Die Begrenzungen der Vergütungen für die Mitglieder des Vorstands bleiben gegenüber dem Geschäftsjahr 2025 unverändert. Das bedeutet, dass der maximal mögliche Erreichungsgrad der variablen Vergütung 150% beträgt. Die Begrenzung der Gesamtvergütung gemäß § 87a Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 AktG bleibt zudem bei 12 Mio. € einheitlich für alle Mitglieder des Vorstands als maximale Obergrenze bezogen auf das Geschäftsjahr bestehen.

Zielestruktur und Zielwerte 2026

Das im Jahr 2024 eingeführte Vergütungssystem funktioniert gut und führt zu angemessenen Ergebnissen. Daher wird die Zielestruktur auf Basis des von der Hauptversammlung 2024 genehmigten Vergütungssystems unverändert beibehalten.

Beim Investorentag im November 2025 stellte die Deutsche Bank ihre Strategie zur Beschleunigung der Wertschöpfung von 2026 bis 2028 vor, mit dem Ziel, als Globale Hausbank zum europäischen Champion zu werden. Die Strategie basiert auf drei Hebeln: fokussiertes Wachstum, strenge Kapitaldisziplin und ein skalierbares Betriebsmodell. Zu den Zielen gehört ein zusätzlicher Umsatz von rund 5 Mrd. €, wovon 75% aus der Vermögensverwaltung, dem Zahlungsverkehr und Beratungsdienstleistungen stammen. Die Eigenkapitalrendite (Return on Tangible Equity, RoTE) soll von über 10% im Jahr 2025 auf größer als 13% innerhalb von drei Jahren steigen, teilweise erreicht durch eine disziplinierte Kapitalallokation in renditestarke Bereiche. Ein skalierbares Betriebsmodell zielt darauf ab, die Kosten-Ertrags-Relation bis 2028 auf unter 60% zu senken und hauptsächlich durch Automatisierung und KI-Integration jährliche Effizienzgewinne von 2 Mrd. € zu erzielen.

Aus der Strategie leiten sich sowohl kurz- als auch langfristige Ziele ab, um sicherzustellen, dass dem Pay-for-Performance-Ansatz entsprochen wird.

Short-Term Incentive (STI)

Grundsätzlich unverändert gegenüber 2025 wird der Betrag des Short-Term Incentive (STI) für das Geschäftsjahr 2026 weiterhin 40% der gesamten Zielvariablen Vergütung betragen und bemisst sich anhand der individuellen Zielerreichung für die kurz- und mittelfristigen individuellen als auch divisionalen Ziele.

Die spezifischen, individuellen Ziele des Short-Term Incentive für 2026 werden im Rahmen des Vorstandsvergütungsberichts 2026 retrospektiv veröffentlicht.

Unter Berücksichtigung des Feedbacks von Investoren hat sich der Aufsichtsrat verpflichtet, die ex-post Offenlegungen zum Short-Term Incentive im Vorstandsvergütungsbericht 2026 zu verbessern und hat die entsprechenden Governance-Strukturen zu Beginn dieses Jahres eingeführt.

Long-Term Incentive (LTI)

Der Long-Term Incentive (LTI) wird weiterhin 60% der gesamten variablen Zielvergütung betragen. Er besteht aus kollektiven langfristigen Zielen, die eng mit der Strategie der Bank verknüpft sind.

Für die dreijährige Bemessungsperiode 2026 - 2028 besteht der LTI aus vier Vergütungskomponenten, die unverändert zu den vorherigen, noch laufenden Bemessungsperiode 2024-2026 und 2025-2027 stehen.

Die Ziele des LTI-Plans 2026-2028 sind folgende:

Long-Term Incentive KPI	Definition	%	Bewertung[1]		
			Untergrenze (0%)	Ziel (100%)	Obergrenze (150%)
Group Financials		**25%**			
RoTE	Eigenkapitalrendite nach Steuern Ende 2028	15%	≤ 11%	13.0%	≥ 14%
TBVPS	Materielles Nettovermögen pro Aktie – durchschnittl. Jährliches Wachstum (exkl. Wechselkurs) 2026-2028	10%	≤ 5.0%	7.5%	≥ 8.5%
RTSR		**15%**			
RTSR	Ranking der Deutschen Bank vs. Peer Group Ende 2028	15%	< Median Bei Median = 50%	70. Perzentil	90. Perzentil
ESG		**20%**			
Environmental	Klimarisiko-Management vorantreiben – misst MB gegen vereinbarte KPIs in Verbindung mit Reduktionszielen für offengelegte kohlenstoffintensive Sektoren im Einklang mit den veröffentlichten Pfaden zur Erreichung der Net Zero Ziele, Zielerreichung wird als "Durchschnitt der Jahre 2026-2028" berechnet	8%	≤ 50% Vordefinierte Datenpunkte der festgelegten Reduktionsziele für kohlenstoff-intensive Industriesektoren, die die Schwellenwerte erfüllen	70%	85%
Social	Geschlechtervielfalt exkl. US Belegschaft (Kombinierte Ebenen MB -1/ MB -2) bis Ende 2028	4%	≤ 30%	32.5%	35%
Governance	Regulatorische Ratings & Durchsetzungsmaßnahmen	8%	0%	100%	150%

[1] Berechnungsansatz: Linear, sofern nicht anders angegeben.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in §14 der Satzung geregelt und wurde zuletzt von der Hauptversammlung am 17. Mai 2023 angepasst und beschlossen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten eine feste jährliche Vergütung („Aufsichtsratsvergütung"). Die Höhe der jährlichen Grundvergütung beträgt für jedes Aufsichtsratsmitglied 300.000 €, für den Aufsichtsratsvorsitzenden 950.000 € und für jeden stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden 475.000 €.

Für den Vorsitz in Ausschüssen des Aufsichtsrats werden zusätzliche feste jährliche Vergütungen wie folgt gezahlt:

Ausschussvorsitz in €	
Prüfungsausschuss	150.000
Risikoausschuss	150.000
Technologie-, Daten- und Innovationsausschuss	150.000
Präsidialausschuss	100.000
Nominierungsausschuss	100.000
Vergütungskontrollausschuss	100.000
Regulatory Oversight Ausschuss[1]	100.000
Strategie- und Nachhaltigkeitsausschuss	100.000
Vermittlungsausschuss	0

[1] Der Regulatory Oversight Ausschuss wurde mit Beschluss des Aufsichtsrats am 22. Mai 2025 aufgelöst.

Hat ein Aufsichtsratsmitglied den Vorsitz in mehreren Ausschüssen inne, so wird nur der Ausschuss vergütet, für den betragsmäßig die höchste Vergütung gezahlt wird. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält für den Vorsitz in Ausschüssen keine zusätzliche Vergütung. Mitgliedschaften in Ausschüssen werden nicht zusätzlich vergütet.

Die ermittelte Vergütung wird dem jeweiligen Aufsichtsratsmitglied spätestens zwei Monate nach Rechnungsvorlage und in der Regel innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres ausgezahlt. Bei unterjährigen Wechseln im Aufsichtsrat erfolgt die Vergütung für das Geschäftsjahr zeitanteilig, und zwar mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate.

Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung des Amts entstehenden Auslagen und eine etwaige auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallende Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer). Außerdem werden für jedes Mitglied des Aufsichtsrats etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsratstätigkeit entstehende Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen bezahlt. Schließlich werden dem Aufsichtsratsvorsitzenden in angemessenem Umfang Reisekosten für durch seine Funktion veranlasste Repräsentationsaufgaben und Kosten für aufgrund seiner Funktion gebotene Sicherheitsmaßnahmen erstattet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden in eine im Interesse der Gesellschaft von dieser in angemessener Höhe unterhaltene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür entrichtet die Gesellschaft. Ein Selbstbehalt muss für die Mitglieder des Aufsichtsrats nicht festgesetzt werden.

Mit Inkrafttreten des Vergütungssystems für den Aufsichtsrat zum 17. Mai 2023 empfiehlt der Aufsichtsrat, dass dessen Mitglieder eine freiwillige Selbstverpflichtung dahingehend abgeben, insgesamt mindestens 10% der ihnen jährlich wirtschaftlich zufließenden Bruttovergütung in Aktien der Deutsche Bank AG anzulegen und diese für die Dauer ihrer laufenden Amtszeit zu halten.

Der Aufsichtsrat ist sich darüber einig, dass bei der persönlichen Entscheidung zur selbstverpflichtenden Eigeninvestition etwaige Abführungsverpflichtungen an Gewerkschaften berücksichtigt werden. Aufsichtsratsmitglieder, die bereits eine Anzahl an Deutsche Bank-Aktien halten, deren Gegenwert am Tage der Abgabe der freiwilligen Selbstverpflichtung mindestens 10% der Ihnen wirtschaftlich zufließenden Aufsichtsratsvergütung für die Dauer Ihrer laufenden Amtszeit entspricht, müssen keine weiteren Deutsche Bank-Aktien erwerben.

Alle Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat sowie das dem Aufsichtsrat als leitende Angestellte angehörende Mitglied haben die freiwillige Selbstverpflichtung gegenüber dem Aufsichtsrat abgegeben oder hielten zum Zeitpunkt der Abgabe der freiwilligen Selbstverpflichtung Deutsche Bank-Aktien im Gegenwert von mindestens 10% der ihnen wirtschaftlich zufließenden Aufsichtsratsvergütung für die Dauer ihrer laufenden Amtszeit.

Der individuelle Aktienbesitz der Mitglieder des Aufsichtsrats ist in der Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f, 315d HGB ausgewiesen.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2025 und 2024

Die Zusammensetzung der individuellen Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für die Geschäftsjahre 2025 und 2024 ist nachstehend aufgeführt (ohne etwaige gesetzliche Umsatzsteuer). Die Tabelle zeigt die den Mitgliedern des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2025 und 2024 gewährte und geschuldete Vergütung gemäß § 162 Abs. 1 Satz 1 AktG. Die Ermittlung erfolgte jeweils mit Aufrundung/Abrundung auf volle Monate.

	Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2025				
Mitglieder des Aufsichtsrats	Grundvergütung		Vergütung für Vorsitz in Ausschüssen		Gesamtvergütung
	in €	in %	in €	in %	in €
Alexander Wynaendts	950.000	100	–	–	950.000
Frank Schulze	475.000	100	–	–	475.000
Prof. Dr. Norbert Winkeljohann	475.000	83	100.000	17	575.000
Susanne Bleidt	300.000	100	–	–	300.000
Mayree Clark	300.000	67	150.000	33	450.000
Jan Duscheck	300.000	100	–	–	300.000
Manja Eifert	300.000	100	–	–	300.000
Claudia Fieber	300.000	100	–	–	300.000
Sigmar Gabriel	300.000	100	–	–	300.000
Florian Haggenmiller	300.000	100	–	–	300.000
Timo Heider	300.000	100	–	–	300.000
Dr. Klaus Moosmayer[1]	175.000	100	–	–	175.000
Kirsty Roth[1]	175.000	100	0	–	175.000
Gerlinde M. Siebert	300.000	100	–	–	300.000
Yngve Slyngstad	300.000	100	–	–	300.000
Stephan Szukalski	300.000	100	–	–	300.000
John Alexander Thain	300.000	75	100.000	25	400.000
Jürgen Tögel	300.000	100	–	–	300.000
Michele Trogni	300.000	67	150.000	33	450.000
Dr. Dagmar Valcárcel[2]	125.000	67	62.500	33	187.500
Dr. Theodor Weimer3	125.000	100	–	–	125.000
Frank Witter	300.000	67	150.000	33	450.000
Summe	**7.000.000**	**91**	**712.500**	**9**	**7.712.500**

[1] Mitglied des Aufsichtsrats ab 22. Mai 2025
[2] Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. Mai 2025. Vergütung für Ausschussvorsitz inklusive des Barausgleichs gemäß § 14 (3) Absatz 1 der Satzung
[3] Mitglied des Aufsichtsrats bis 22. Mai 2025

Mit Ausnahme von Jan Duscheck, Florian Haggenmiller (Mitglied ab 16. Januar 2024), Birgit Laumen (Mitglied bis 12. Januar 2024) und Stephan Szukalski sind beziehungsweise waren in den Geschäftsjahren 2025 und 2024 alle Arbeitnehmervertreter Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns. Im Geschäftsjahr 2025 wurden diesen Aufsichtsratsmitgliedern zusätzlich zur Aufsichtsratsvergütung insgesamt 1,40 Mio. € (in Form von Vergütungen, Renten- und Pensionszahlungen) gezahlt.

Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen. Mitglieder, die bei der Bank angestellt sind oder waren, haben jedoch im Rahmen ihres jeweiligen Anstellungsverhältnisses (also nicht aus der Aufsichtsratstätigkeit) Anspruch auf Leistungen, die nach der Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses anfallen. Im Jahresverlauf 2025 wurden 0,13 Mio. € für Pensionsverpflichtungen, Rentenzahlungen oder vergleichbare Leistungen für diejenigen Mitglieder des Aufsichtsrats zurückgestellt, die bei der Bank angestellt sind oder waren.

	Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2024				
Mitglieder des Aufsichtsrats	Grundvergütung		Vergütung für Vorsitz in Ausschüssen		Gesamtvergütung
	in €	in %	in €	in %	in €
Alexander Wynaendts	950.000	100	–	–	950.000
Frank Schulze	475.000	100	–	–	475.000
Prof. Dr. Norbert Winkeljohann	475.000	83	100.000	17	575.000
Susanne Bleidt	300.000	100	–	–	300.000
Mayree Clark	300.000	67	150.000	33	450.000
Jan Duscheck	300.000	100	–	–	300.000
Manja Eifert	300.000	100	–	–	300.000
Claudia Fieber	300.000	100	–	–	300.000
Sigmar Gabriel	300.000	100	–	–	300.000
Florian Haggenmiller[1]	275.000	100	–	–	275.000
Timo Heider	300.000	100	–	–	300.000
Birgit Laumen[2]	0	–	–	–	0
Gerlinde M. Siebert	300.000	100	–	–	300.000
Yngve Slyngstad	300.000	100	–	–	300.000
Stephan Szukalski	300.000	100	–	–	300.000
John Alexander Thain	300.000	75	100.000	25	400.000
Jürgen Tögel	300.000	100	–	–	300.000
Michele Trogni	300.000	67	150.000	33	450.000
Dr. Dagmar Valcárcel[3]	300.000	67	150.000	33	450.000
Dr. Theodor Weimer	300.000	100	–	–	300.000
Frank Witter	300.000	67	150.000	33	450.000
Summe	**6.975.000**	**90**	**800.000**	**10**	**7.775.000**

[1] Mitglied des Aufsichtsrats ab 16. Januar 2024
[2] Mitglied des Aufsichtsrats bis 12. Januar 2024
[3] Vergütung für Ausschussvorsitz inklusive des Barausgleichs gemäß §14 (3) Absatz 1 der Satzung

Aufsichtsratsmitglieder, deren laufende Amtszeit vor dem 17. Mai 2023 begann, erhielten die während der Amtszeit bis zum 17. Mai 2023 auf Grundlage der bis zum 17. Mai 2023 geltenden Regelungen für die Vergütung des Aufsichtsrats kumulativ erworbenen virtuellen Aktienanteile im Februar 2024 ausgezahlt, wie im Geschäftsbericht 2024 näher erläutert.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Vergleichende Darstellung der Vergütungs- und Ertragsentwicklung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die vergleichende Darstellung der jährlichen Veränderung der Vergütung, der Ertragsentwicklung der Gesellschaft und des Konzerns sowie der über die letzten fünf Geschäftsjahre betrachteten durchschnittlichen Vergütung von Arbeitnehmern auf Vollzeitäquivalenzbasis.

Bei den Angaben zur Vergütung der aktiven und ehemaligen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats handelt es sich um die im Vergütungsbericht individualisiert angegebene gewährte oder geschuldete Vergütung gemäß § 162 Abs. 1, Satz 2, Nr. 1 AktG. Für die Darstellung der Ertragsentwicklung der Gesellschaft ist nach der gesetzlichen Vorgabe auf die rechtlich selbständige, börsennotierte Gesellschaft, also die Deutsche Bank AG, abzustellen. Entsprechend wird als Ertrag der Deutsche Bank AG im Sinne von § 162 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 AktG das Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) verwendet. Da sich die Vorstandsvergütung nach Konzerngrößen bemisst, werden für die vergleichende Darstellung zusätzlich die sich auf den Konzern beziehenden Ertragsgrößen Jahresergebnis, Cost-Income-Ratio und die Eigenkapitalrendite (RoTE) herangezogen. Für die Vergleichsgruppe der Arbeitnehmer werden aufgrund der globalen Aufstellung der Deutschen Bank die für den Deutsche Bank Konzern maßgeblichen Daten zugrunde gelegt. Bei der Vergleichsgruppe der Arbeitnehmer handelt es sich um alle Arbeitnehmer weltweit des Deutsche Bank Konzerns.

	2025	2024	2023	2022	2021	Veränderung von 2025 zu 2024 in %	Veränderung von 2024 zu 2023 in %	Veränderung von 2023 zu 2022 in %	Veränderung von 2022 zu 2021 in %
1. Ertragsentwicklung der Gesellschaft									
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) Deutsche Bank AG (in Mio. €)	6.185	2.883	4.999	5.506	1.919	114%	-42%	-9%	187%
Jahresergebnis (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) Deutsche Bank Konzern (in Mio. €)	6.931	3.366	4.772	5.525	2.365	106%	-29%	-14%	134%
Cost/income-Ratio Deutsche Bank Konzern (in %)	64,4%	76,3%	75,1%	74,9%	84,6%	-16%	2%	0%	-11%
Eigenkapitalrendite Deutsche Bank Konzern (in %)	10,3%	4,7%	7,4%	9,4%	3,8%	122%	-38%	-21%	147%
2. Durchschnittliche Vergütung Arbeitnehmer									
weltweit auf Vollzeitbasis	120.974	0	0	0	0	-2%	5%	-7%	4%
3. Vorstandsvergütung (in Tsd. €)									
gegenwärtige Mitglieder des Vorstands									
Christian Sewing (Mitglied seit 1. Januar 2015)	15.556	4.876	5.010	4.394	3.867	N/A	-3%	14%	14%
James von Moltke (Mitglied seit 1. Juli 2017)	11.217	4.740	4.065	3.783	4.009	137%	17%	7%	-6%
Fabrizio Campelli (Mitglied seit 1. November 2019)	6.998	4.129	3.909	2.744	2.420	69%	6%	42%	13%
Dr. Marcus Chromik (Mitglied seit 1. May 2025)	1.903	0	0	0	0	0%	0%	0%	0%
Bernd Leukert (Mitglied seit 1. Januar 2020)	5.264	3.065	2.990	2.593	2.419	72%	3%	15%	7%
Alexander von zur Mühlen (Mitglied seit 1. August 2020)	6.746	4.133	3.767	3.412	3.157	63%	10%	10%	8%
Laura Padovani (Mitglied seit 1. Juli 2024)	2.787	1.112	0	0	0	151%	0%	0%	0%
Claudio de Sanctis (Mitglied seit 1. Juli 2023)	4.540	3.220	1.509	0	0	41%	113%	0%	0%
Rebecca Short (Mitglied seit 1. Mai 2021)	4.720	2.946	2.674	2.436	1.606	60%	10%	10%	52%
Mitglieder, welche den Vorstand im Jahr verlassen haben									
Prof. Dr. Stefan Simon (Mitglied bis 30. April 2025)	5.873[1]	4.118	3.319	2.488	2.446	43%	24%	33%	2%

	2025	2024	2023	2022	2021	Veränderung von 2025 zu 2024 in %	Veränderung von 2024 zu 2023 in %	Veränderung von 2023 zu 2022 in %	Veränderung von 2022 zu 2021 in %
Olivier Vigneron (Mitglied bis 19. Mai 2025)	2.541[1]	2.679	2.433	1.508	0	-5	10	61	0
Mitglieder, die den Vorstand vor diesem Jahresende verlassen haben									
Karl von Rohr (Mitglied bis 31. Oktober 2025)	7.622	2.425[1]	3.727	3.444	3.235	N/A	-35	8	6
Christiana Riley (Mitglied bis May 17, 2025)	0	2	2.673	3.653	3.079	-100	-100	-27	19
Stuart Lewis (Mitglied bis 19 Mai 2025)	9.607	388	1.363	2.648	3.079	N/A	-72	-49	-14
Frank Kuhnke (Mitglied bis 30. April 2021)	734	200	348	1.626[1]	2.264[1]	N/A	-43	-79	-28
Werner Steinmüller (Mitglied bis 31. Juli 2020)	4.748	134	283	283	3.117	N/A	-53	0	-91
Sylvie Matherat (Mitglied bis 31. Juli 2019)	13.946[1]	2.335[1]	132	134	211	N/A	N/A	-1	-36
Garth Ritchie (Mitglied bis 31. Juli 2019)	12.622[1]	1.790[1]	268	268	2.071	N/A	N/A	0	-87
Nicolas Moreau (Mitglied bis 31. Dezember 2018)	9.016[1]	2.736[1]	286	317	299	N/A	N/A	-10	6
Dr. Marcus Schenck (Mitglied bis 24. Mai 2018)	2.032	0	65	65	65	0	-100	0	0
John Cryan (Mitglied bis 8. April 2018)	1.468	4.382[1]	3.312[1]	47	47	-67	32	N/A	0
4. Aufsichtsratsvergütung (in Tsd. €)									
gegenwärtige Mitglieder des Aufsichtsrats									
Alexander Wynaendts (Mitglied seit 19. Mai. 2022)	950	950	929	496	0	0	2	87	0
Frank Schulze (Mitglied seit 17. Mai 2023)	475	475	277	0	0	0	71	0	0
Prof. Dr. Norbert Winkeljohann (Mitglied seit 1. August 2018)	575	575	565	521	496	0	2	8	5
Susanne Bleidt (Mitglied seit 17. Mai 2023)	300	300	175	0	0	0	71	0	0
Mayree Clark (Mitglied seit 24. Mai 2018)	450	450	429	429	450	0	5	0	-5
Jan Duscheck (Mitglied seit 2. August 2016)	300	300	300	300	271	0	0	0	11
Manja Eifert (Mitglied seit 7. April 2022)	300	300	258	117	0	0	16	121	0
Claudia Fieber (Mitglied seit 17. Mai 2023)	300	300	175	0	0	0	71	0	0
Sigmar Gabriel (Mitglied seit 11. März 2020)	300	300	258	200	200	0	16	29	0
Florian Haggenmiller (Mitglied seit 16. Januar 2024)	300	275	0	0	0	9	0	0	0
Timo Heider (Mitglied seit 23. Mai 2013)	300	300	279	308	292	0	8	-9	5
Dr. Klaus Moosmayer (Mitglied seit 22. Mai 2025)	175	0	0	0	0	0	0	0	0
Kirsty Roth (Mitglied seit 22. Mai 2025)	175	0	0	0	0	0	0	0	0
Gerlinde Siebert (Mitglied seit 17. Mai 2023)	300	300	175	0	0	0	71	0	0
Yngve Slyngstad (Mitglied seit 19. Mai 2022)	300	300	258	100	0	0	16	158	0
Stephan Szukalski (Mitglied bis 31. Dezember 2020; Mitglied seit 17. Mai 2023)	300	300	175	0	0	0	71	0	0

Vergleichende Darstellung der Vergütungs- und Ertragsentwicklung

	2025	2024	2023	2022	2021	Veränderung von 2025 zu 2024 in %	Veränderung von 2024 zu 2023 in %	Veränderung von 2023 zu 2022 in %	Veränderung von 2022 zu 2021 in %
John Alexander Thain (Mitglied seit 24. Mai 2018)	400	400	317	200	200	0	26	59	0
Jürgen Tögel (Mitglied seit 17. Mai 2023)	300	300	175	0	0	0	71	0	0
Michele Trogni (Mitglied seit 24. Mai 2018)	450	450	450	450	392	0	0	0	15
Frank Witter (Mitglied seit 27. Mai 2021)	450	450	388	300	142	0	16	29	111
Ausgeschiedene Mitglieder des Aufsichtsrats						0	0	0	0
Dr. Dagmar Valcárcel (Mitglied bis 22. Mai 2025)	187	450	450	450	450	-58	0	0	0
Dr. Theodor Weimer (Mitglied bis 22. Mai 2025)	125	300	258	200	200	-58	16	29	0
Ludwig Blomeyer-Bartenstein (Mitglied bis 17. Mai 2023)	0	0	125	300	300	0	-100	-58	0
Detlef Polaschek (Mitglied bis 17. Mai 2023)	0	0	188	450	450	0	-100	-58	0
Martina Klee (Mitglied bis 17. Mai 2023)	0	0	83	200	171	0	-100	-59	17
Birgit Laumen (Mitglied bis 12. Januar 2024)	0	0	175	0	0	0	-100	0	0
Gabriele Platscher (Mitglied bis 17. Mai 2023)	0	0	125	300	300	0	-100	-58	0
Bernd Rose (Mitglied bis 17. Mai 2023)	0	0	146	350	321	0	-100	-58	9
Stefan Viertel (Mitglied bis 17. Mai 2023)	0	0	146	321	242	0	-100	-55	33
Frank Werneke (Mitglied bis 17. Mai 2023)	0	0	125	300	8	0	-100	-58	N/A
Dr. Paul Achleitner (Mitglied bis 19. Mai 2022)	0	0	0	375	871	0	0	-100	-57
Dr. Gerhard Eschelbeck (Mitglied bis 19. Mai 2022)	0	0	0	104	217	0	0	-100	-52
Henriette Mark (Mitglied bis 31. März 2022)	0	0	0	63	250	0	0	-100	-75
Frank Bsirske (Mitglied bis 27. Oktober 2021)	0	0	0	0	250	0	0	0	-100
Gerd Alexander Schütz (Mitglied bis 27. Mai 2021)	0	0	0	0	50	0	0	0	-100

N/A – Nicht aussagekräftig
[1] Inklusive Beendigungsleistungen

Prüfungsvermerk des Wirtschaftsprüfers

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den beigefügten, zur Erfüllung des § 162 AktG aufgestellten Vergütungsbericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 einschließlich der dazugehörigen Angaben geprüft. Die Angaben im Abschnitt "Vergütung der Mitarbeiter", die über § 162 AktG hinausgehende Angaben des Vergütungsberichts darstellen, haben wir nicht inhaltlich geprüft.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat der Deutsche Bank Aktiengesellschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Vergütungsberichts, einschließlich der dazugehörigen Angaben, der den Anforderungen des § 162 AktG entspricht. Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Vergütungsberichts, einschließlich der dazugehörigen Angaben, zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Vergütungsbericht, einschließlich der dazugehörigen Angaben, abzugeben. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Vergütungsbericht, einschließlich der dazugehörigen Angaben, frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Eine Prüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Vergütungsbericht enthaltenen Wertansätze einschließlich der dazugehörigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Vergütungsbericht einschließlich der dazugehörigen Angaben aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Wirtschaftsprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung des Vergütungsberichts einschließlich der dazugehörigen Angaben. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Unternehmens abzugeben. Eine Prüfung umfasst auch die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern und dem Aufsichtsrat ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Vergütungsberichts, einschließlich der dazugehörigen Angaben.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und angemessen sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Vergütungsbericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025 einschließlich der dazugehörigen Angaben in allen wesentlichen Belangen den Rechnungslegungsbestimmungen des § 162 AktG. Wir geben kein Prüfungsurteil ab zu dem Inhalt der oben genannten, über § 162 AktG hinausgehenden Angaben des Vergütungsberichts.

Sonstiger Sachverhalt – Formelle Prüfung des Vergütungsberichts

Die in diesem Prüfungsvermerk beschriebene inhaltliche Prüfung des Vergütungsberichts umfasst die von § 162 Abs. 3 AktG geforderte formelle Prüfung des Vergütungsberichts, einschließlich der Erteilung eines Vermerks über diese Prüfung. Da wir ein uneingeschränktes Prüfungsurteil über die inhaltliche Prüfung des Vergütungsberichts abgeben, schließt dieses Prüfungsurteil ein, dass die Angaben nach § 162 Abs. 1 und 2 AktG in allen wesentlichen Belangen im Vergütungsbericht gemacht worden sind.

Eschborn/Frankfurt am Main, 9. März 2026

EY GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rothermel
Wirtschaftsprüfer

Schreiber
Wirtschaftsprüfer

Vergütung der Mitarbeiter (ungeprüft)

Die Inhalte des Vergütungsberichts für die Mitarbeiter für das Jahr 2025 entsprechen den Anforderungen zur qualitativen und quantitativen Offenlegung der Vergütung gemäß Artikel 450 Nr. 1 (a) bis (j) der Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation – CRR) in Verbindung mit § 16 Institutsvergütungsverordnung (InstVV).

Der Vergütungsbericht wird auf konzernweiter Basis erstellt und umfasst alle konsolidierten Einheiten des Deutsche-Bank-Konzerns. In Übereinstimmung mit den regulatorischen Anforderungen werden entsprechende Vergütungsberichte für 2025 auch für die BHW Bausparkasse AG, die als bedeutendes Institut im Sinne des Kreditwesengesetzes eingestuft ist, sowie für andere Tochtergesellschaften innerhalb des Deutsche-Bank-Konzerns erstellt.

Aufsichtsrechtliches Umfeld

Ein wesentlicher Bestandteil der konzernweiten Vergütungsstrategie ist es, die Einhaltung der regulatorischen Vorschriften sicherzustellen. Die Bank will bei der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen zur Vergütung eine Vorreiterrolle einnehmen. Hierzu tauscht sie sich regelmäßig mit ihrer Aufsichtsbehörde, der Europäischen Zentralbank (EZB) aus, um alle bestehenden und neuen Anforderungen zu erfüllen.

Als ein in der EU ansässiges Institut unterliegt die Deutsche Bank weltweit den Vorschriften der Kapitaladäquanzverordnung/Eigenkapitalrichtlinie (CRR/CRD), die im Kreditwesengesetz und der InstVV in deutsches Recht umgesetzt wurden. Diese Regeln gelten für alle Tochtergesellschaften und Niederlassungen der Deutschen Bank weltweit, sofern dies nach Maßgabe von § 27 InstVV erforderlich ist. Als bedeutendes Institut im Sinne des Kreditwesengesetzes identifiziert die Deutsche Bank alle Mitarbeiter, deren Tätigkeiten einen wesentlichen Einfluss auf das Risikoprofil der Bank haben (Material Risk Takers oder MRTs), anhand der Kriterien des Kreditwesengesetzes und der Delegierten Verordnung (EU) 2021/923. Die MRT-Identifizierung wird sowohl für den Deutsche-Bank-Konzern als auch für Institute in der EU auf Institutsebene durchgeführt.

Unter Berücksichtigung branchenspezifischer Rechtsvorschriften und im Einklang mit der InstVV fallen manche Tochtergesellschaften der Deutschen Bank – und hier insbesondere innerhalb der DWS-Gruppe – unter die sektoral spezifischen Vergütungsvorgaben, wie die Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM-Richtlinie bzw. AIFMD), die Richtlinie zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften bezüglich bestimmter Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW-Richtlinie bzw. UCITS) und die Richtlinie über die Beaufsichtigung von Wertpapierfirmen (IFD) sowie deren lokale Umsetzungen. Die Bank identifiziert auch in diesen Tochtergesellschaften MRTs. Diese identifizierten Mitarbeiter unterliegen den Anforderungen der Leitlinien für eine solide Vergütungspolitik der European Securities and Markets Authority (ESMA) und der European Banking Authority (EBA).

Die Deutsche Bank berücksichtigt spezielle Anforderungen für Mitarbeiter mit direktem oder indirektem Kundenkontakt, beispielsweise die lokalen Umsetzungen der Markets in Financial Instruments Directive II – MiFID II. Für relevante Mitarbeiter wurden entsprechende Vorschriften implementiert, um sicherzustellen, dass diese im besten Interesse der Kunden handeln.

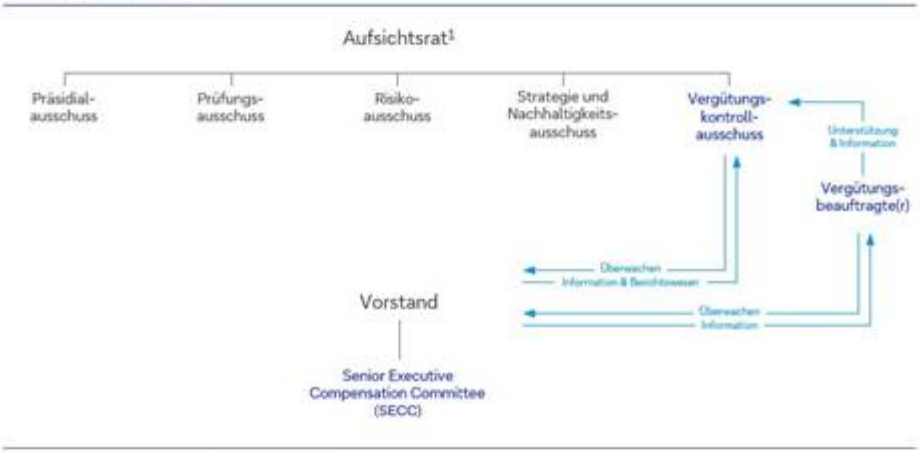
Die Deutsche Bank unterliegt auch spezifischen Richtlinien und Vorschriften lokaler Regulierungsbehörden. Viele dieser Anforderungen befinden sich mit der InstVV im Einklang. Bei Abweichungen ermöglicht die aktive und offene Kommunikation mit den Aufsichtsbehörden, den jeweiligen lokalen Anforderungen zu entsprechen und gleichzeitig sicherzustellen, dass sich die Vergütungsstrukturen der relevanten Mitarbeiter oder Standorte im Rahmen der Vorgaben des globalen Vergütungsrahmenwerks der Bank bewegen. Dies schließt, unter anderem, die Vergütungsstrukturen für Covered Employees in den Vereinigten Staaten nach den Vorgaben des Federal Reserve Board sowie die Anforderungen zur Vergütungserstattung für sogenannte Executive Officers im Falle einer von der Wertpapier- und Börsenaufsichtsbehörde der Vereinigten Staaten (U.S. Securities and Exchange Commission) vorgeschriebenen Änderung der Rechnungslegung ein. In jedem Fall werden die Anforderungen der InstVV weltweit als Mindeststandards eingehalten.

Vergütungsgovernance

Eine stabile Governancestruktur ermöglicht es der Deutschen Bank, im Rahmen der Vorgaben ihrer Vergütungsstrategie und -richtlinie zu handeln. Im Einklang mit der in Deutschland geltenden dualen Führungsstruktur regelt der Aufsichtsrat die Vergütung der Vorstandsmitglieder, während der Vorstand die Vergütungsangelegenheiten aller anderen Mitarbeiter überwacht. Sowohl der Aufsichtsrat als auch der Vorstand werden von spezifischen Ausschüssen und Funktionen unterstützt, vor allem vom Vergütungskontrollausschuss (VKA), dem Vergütungsbeauftragten und dem Senior Executive Compensation Committee (SECC).

Im Rahmen ihrer Verantwortlichkeiten sind die gemäß InstVV definierten Kontrollfunktionen der Bank in die Ausgestaltung und Umsetzung des Vergütungssystems, in die Identifizierung von MRTs sowie in die Festlegung des Gesamtbetrags der variablen Vergütung eingebunden. Dies umfasst die Bewertung von Mitarbeiterverhalten und Geschäftsrisiken, Leistungskriterien, die Gewährung von Vergütung und Abfindungen sowie die nachträgliche Risikoadjustierung.

Vergütungsgovernance-Struktur



[1] Die Abbildung enthält nicht alle Ausschüsse des Aufsichtsrats

Vergütungskontrollausschuss (VKA)

Der VKA wurde vom Aufsichtsrat eingesetzt, um diesen bei der Ausgestaltung und bei der Überwachung des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG zu unterstützen. Das Gremium überwacht ferner die Angemessenheit des Vergütungssystems der Mitarbeiter des Deutsche-Bank-Konzerns, das vom Vorstand und vom SECC festgelegt wurde. Der VKA überprüft, ob der Gesamtbetrag der variablen Vergütung tragfähig ist und im Einklang mit der Risiko-, Kapital- und Liquiditätssituation als auch mit der Geschäfts- und Risikostrategie steht. Des Weiteren unterstützt der VKA den Aufsichtsrat bei der Überwachung des Prozesses der Bank zur Identifizierung von MRTs.

Weitere Details, einschließlich der Zusammensetzung und der Anzahl der abgehaltenen Sitzungen, können dem Bericht des Aufsichtsrats innerhalb dieses Geschäftsberichts entnommen werden.

Vergütungsbeauftragter

Der Vorstand hat in Abstimmung mit dem VKA einen Vergütungsbeauftragten für den Konzern ernannt, um die Aufsichtsratsgremien der Deutsche Bank AG und der bedeutenden Institute des Konzerns in Deutschland bei der Erfüllung ihrer vergütungsbezogenen Pflichten zu unterstützen. Der Vergütungsbeauftragte ist fortlaufend in die konzeptionelle Ausgestaltung, Weiterentwicklung, Überwachung und Anwendung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter sowie in die MRT-Identifizierung und die Offenlegung der Vergütung eingebunden. Der Vergütungsbeauftragte nimmt alle erforderlichen Überwachungspflichten unabhängig wahr, stellt seine Bewertung der Angemessenheit der Vergütungssysteme und -strategien für die Mitarbeiter mindestens einmal jährlich vor und unterstützt und berät den VKA auf regelmäßiger Basis.

Senior Executive Compensation Committee (SECC)

Das SECC ist ein vom Vorstand eingerichtetes Gremium, das mit der Entwicklung nachhaltiger Vergütungsgrundsätze, mit Empfehlungen zur Höhe der Gesamtvergütung und der Sicherstellung einer angemessenen Governance und Überwachung der Vergütungssysteme betraut ist. Im Rahmen dieses Mandats legt das SECC die Vergütungsstrategie, die Vergütungs- und Benefitsrichtlinie und die entsprechenden Leitprinzipien fest, die den übergeordneten Rahmen sowohl für die fixe Vergütung als auch für die variable Vergütung bilden. Dadurch wird unter anderem sichergestellt, dass die gesamten Vergütungsstrukturen den regulatorischen Anforderungen sowie den Vergütungsgrundsätzen der Bank entsprechen. Ferner bewertet das SECC anhand quantitativer und qualitativer Faktoren die Ergebnisse des Konzerns und der Geschäftsbereiche als Basis für Vergütungsentscheidungen und unterbreitet dem Vorstand Empfehlungen für den jährlichen Gesamtbetrag der variablen Vergütung und dessen Verteilung auf Geschäftsbereiche und Infrastrukturfunktionen.

Um die Unabhängigkeit des SECC zu gewährleisten, gehören dem Gremium nur Repräsentanten aus Infrastruktur- und Kontrollfunktionen an, die keinem der Geschäftsbereiche zugeordnet sind. Im Jahr 2025 bestand das SECC aus dem zuständigen Deutsche Bank AG Vorstandsmitglied für Human Resources und dem Chief Financial Officer als Co-Vorsitzende, dem Head of Compliance, dem Head of Human Resources und dem Head of Performance & Reward sowie jeweils einem weiteren Vertreter aus den Bereichen Finance und Risk als stimmberechtigte Mitglieder. Der Vergütungsbeauftragte und ein Vertreter des Finanzbereiches nahmen als Mitglieder ohne Stimmrecht teil. In der Regel tagt das SECC einmal monatlich, jedoch häufiger während des Vergütungsprozesses. Im Rahmen des Vergütungsprozesses für das Geschäftsjahr 2025 hielt es 15 Sitzungen ab.

Vergütungs- und Benefitsstrategie

Das Vergütungsrahmenwerk spielt eine entscheidende Rolle für die Umsetzung der strategischen Ziele der Deutschen Bank. Es ermöglicht, diejenigen Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden, die essenziell sind, um die Ziele der Bank zu erreichen. Die Vergütungs- und Benefitsstrategie basiert auf drei Grundpfeilern (Prinzipien, Leistung und Prozesse, wie unten beschrieben), die die globale, kundenorientierte Geschäfts- und Risikostrategie der Bank unterstützen und durch sichere und solide Vergütungspraktiken verstärkt werden, die im Einklang mit der Ertrags-, Kapital- und Liquiditätslage der Bank stehen.

Prinzipien	Leistung	Prozesse
– Unterstützung der nachhaltigen **Wachstumsstrategie als Globale Hausbank** – Ausrichtung auf die **Interessen der Kunden und Aktionäre** sowie effektives Kostenmanagement – **Vermeidung unangemessener Risikobereitschaft** und Berücksichtigung verschiedener Risikoarten, einschließlich des **ESG-Risikos** – **Gewinnung und Erhaltung der besten Talente,** durch marktgerechte und wettbewerbsfähige Rahmenwerke und Prozesse – Unterstützung unseres **Zwecks und** unserer **angestrebten Kultur**, einschließlich der Förderung einer **starken Risiko- und Speak-Up-Kultur**	– Schaffung eines Umfelds für **motivierte und engagierte** Mitarbeitende – Starke Verknüpfung von Leistung und Vergütung zur Förderung einer **nachhaltigen Leistungskultur** – Anwendung und Förderung der **Leitprinzipien unserer angestrebten Unternehmenskultur** und des **Verhaltenskodex im weiteren Sinne;** Anwendung **angemessener Konsequenzen bei Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Standards**	Prozesse zur – Förderung eines geschlechtsneutralen Ansatzes, der **einfach und transparent** ist, sowie **Gerechtigkeit und Fairness** gewährleistet – Sicherstellung der Einhaltung rechtlicher und **regulatorischer** Anforderungen – Vermeidung unangemessener Risikobereitschaft durch Einbeziehung von Maßnahmen des **Risikomanagements**

Konzernweite Struktur der Gesamtvergütung

Das Vergütungsrahmenwerk, das grundsätzlich weltweit in allen Regionen und Geschäftsbereichen zur Anwendung kommt, betont eine angemessene Balance zwischen fixer Vergütung und variabler Vergütung, die zusammen die Gesamtvergütung bilden. Es strebt an, dass Anreize für nachhaltige Leistung auf allen Ebenen der Deutschen Bank einheitlich gesetzt werden. Es sorgt außerdem für Transparenz bezüglich Vergütungsentscheidungen und deren Auswirkung auf Aktionäre und Mitarbeiter. Die dem Vergütungsrahmenwerk der Deutschen Bank zugrundeliegenden Prinzipien werden für alle Mitarbeiter, unabhängig von Unterschieden z. B. hinsichtlich Dauer der Betriebszugehörigkeit, Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit, gleichermaßen und in Einklang mit dem Grundsatz „Gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit" und der Notwendigkeit von Chancengleichheit angewandt.

Entsprechend der CRD und der in das Kreditwesengesetz übernommenen Anforderungen unterliegt die Deutsche Bank einem maximalen Verhältnis von fixen zu variablen Vergütungskomponenten von 1:1. Dieses Verhältnis wurde durch die Zustimmung der Anteilseigner am 22. Mai 2014 mit einer Zustimmungsrate von 95,27% (basierend auf 27,68% des auf der Jahreshauptversammlung repräsentierten Aktienkapitals) für eine begrenzte Mitarbeitergruppe auf 1:2 erhöht. Die Vergütung für Mitarbeiter in Kontrollfunktionen gemäß InstVV (diese Funktionen umfassen Risk, Compliance und Anti-Financial Crime, Group Audit und den Vergütungsbeauftragten für den Konzern sowie dessen Stellvertreter) basiert überwiegend auf der fixen Vergütung.

Gemäß dem Vergütungsrahmenwerk der Bank haben alle Mitarbeiter Anspruch auf eine individuelle variable Vergütung. Das standardisierte Orientierungsmodell der variablen Vergütung, welches Orientierungswerte nach Division, Rolle und Seniorität bestimmt, bildet die durchschnittliche erwartete variable Vergütung als Prozentwert der fixen Vergütung ab.

Die fixe Vergütung ist für die meisten Mitarbeiter weltweit das wichtigste und primäre Vergütungselement. Es handelt sich um eine feste regelmäßige Zahlung, die auf transparenten und vorher festgelegten Bedingungen basiert. Sie wird in Form eines Grundgehalts und gegebenenfalls in Form von ortsspezifischen festen Zulagen gewährt. Die fixe Vergütung spiegelt den Wert der individuellen Rolle und Funktion innerhalb der Organisation sowie regionale und divisionsspezifische Besonderheiten wider und belohnt die Faktoren, die ein Mitarbeiter in die Organisation einbringt, wie z. B. Qualifikation, Fähigkeiten und Erfahrung, die für die Rolle erforderlich sind, in Übereinstimmung mit den Vergütungsniveaus an dem spezifischen geografischen Standort und der spezifischen Verantwortungsebene.

Die variable Vergütung ist eine diskretionäre Vergütungskomponente, die die Leistung des Konzerns, die divisionale risikobereinigte finanzielle und nichtfinanzielle Leistung sowie individuelle Beiträge widerspiegelt. Sie erkennt an, dass die Mitarbeiter zum Erfolg ihrer Division und des Konzerns insgesamt beitragen. Gleichzeitig ermöglicht die variable Vergütung der Bank, individuelle Beiträge zu differenzieren, das Verhalten zu steuern und durch ein Anreizsystem, das die Kultur und die Erreichung der strategischen Ziele der Bank positiv beeinflussen kann, zu fördern sowie Konsequenzen für das Unterschreiten der Standards für Ergebnisse, Verhalten und Auftreten durch Reduzierung der variablen Vergütung anzuwenden.

Aus Sicht der InstVV sind Abfindungszahlungen als variable Vergütung zu betrachten. Die Richtlinien des Konzerns zu Abfindungen gewährleisten die vollständige Einhaltung der Anforderungen der InstVV.

Die Gesamtvergütung wird durch Zusatzleistungen (Benefits) ergänzt, die im regulatorischen Sinne als fixe Vergütung gelten, da sie nicht direkt an die Leistung oder individuelles Ermessen gekoppelt sind. Sie werden im Einklang mit der jeweiligen lokalen Marktpraxis sowie den lokalen Anforderungen gewährt. Weltweit machen Aufwendungen für Altersversorgung den größten Teil am Portfolio von Zusatzleistungen aus.

Die Gesamtvergütung setzt sich aus fixer und variabler Vergütung zusammen und wird durch Zusatzleistungen (Benefits) ergänzt.

Mitarbeitergruppen mit speziellen Vergütungsstrukturen

Für einige Bereiche der Bank weichen die Vergütungsstrukturen in einigen Aspekten vom zuvor genannten Vergütungsrahmenwerk des Konzerns unter Einhaltung aller regulatorischen Anforderungen ab.

Betriebsbereich Postbank

Während die Vergütung der leitenden Angestellten der ehemaligen Postbank prinzipiell der Vergütungsstruktur der Deutschen Bank entspricht, basiert die Vergütung aller weiteren Mitarbeiter in den Postbank-Einheiten auf abweichenden Vereinbarungen mit den Gewerkschaften bzw. mit den jeweiligen Betriebsräten. Wo keine kollektivrechtlichen Vereinbarungen bestehen, basiert die Vergütung auf individuellen Verträgen. Generell erhalten die nichtleitenden und Tarifmitarbeiter in den Postbank-Einheiten variable Vergütung, wobei die Struktur und der Anteil der variablen Vergütung an der Gesamtvergütung je nach Tochtergesellschaft variieren können. Unabhängig von diesen spezifischen Vereinbarungen unterliegt die variable Vergütung der Postbank-Einheiten der übergeordneten Vergütungsgovernance der Bank, die vom SECC überwacht wird.

DWS

Die DWS-Rechtseinheiten und -Mitarbeiter fallen unter die Vorschriften der AIFMD, OGAW oder IFD. Nur DWS-Mitarbeiter, die einen materiellen Einfluss auf das Risikoprofil des Deutsche Bank Konzerns haben, unterliegen den konzernweiten InstVV Anforderungen. Die DWS besitzt eine eigene Vergütungsgovernance, Vergütungsrichtlinie und Vergütungsstruktur sowie auch einen Identifizierungsprozess von Risikoträgern gemäß ihren regulatorischen Anforderungen. Diese Strukturen und Prozesse stehen, wo notwendig, im Einklang mit der InstVV, sind aber auf das Asset Management zugeschnitten. Gemäß den ESMA/EBA-Leitlinien ist die Vergütungsstrategie der DWS darauf ausgelegt, ein angemessenes Verhältnis zwischen fester und variabler Vergütung zu gewährleisten.

Grundsätzlich wendet die DWS Vergütungsregeln an, die denen des Deutsche-Bank-Konzerns entsprechen, aber nutzt, wo möglich, Parameter der DWS. Eine weitere wesentliche Ausnahme vom konzernweiten Vergütungsrahmenwerk stellt die Verwendung von Instrumenten dar, die entweder an die DWS-Aktie oder an eigene Fonds gebunden sind und die so der besseren Verzahnung der Mitarbeitervergütung mit den Interessen der DWS-Aktionäre und Investoren dienen.

Tarifmitarbeiter

Für Tarifmitarbeiter gelten der zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden geschlossene Tarifvertrag für das private Bankgewerbe und die öffentlichen Banken oder Lohn- und Tarifvereinbarungen, die direkt mit den entsprechenden Gewerkschaften verhandelt wurden (Haustarifverträge). Die Vergütung von Tarifmitarbeitern ist in den quantitativen Offenlegungen dieses Berichts enthalten.

Festlegung der leistungsabhängigen variablen Vergütung

Die Deutsche Bank setzt stets einen starken Schwerpunkt auf die Governance zu vergütungsbezogenen Entscheidungsprozessen. Dabei wurden robuste regelbasierte Prinzipien für Vergütungsentscheidungen angewandt, die eng mit der geschäftlichen und individuellen Leistung verknüpft sind.

Der Gesamtbetrag der variablen Vergütung für ein bestimmtes Geschäftsjahr ergibt sich aus einer Bewertung der Ertrags-, Kapital- und Liquiditätslage der Bank (Bewertung der Tragfähigkeit), der Konzernleistung und der Leistung der Divisionen und Infrastruktureinheiten zur Unterstützung der strategischen Ziele der Bank.

In einem ersten Schritt bewertet die Deutsche Bank ihre Tragfähigkeit sowie andere Beschränkungen (wie externe finanzielle Ziele), um festzulegen, welchen Betrag sie im Einklang mit den regulatorischen und internen Anforderungen vergüten „kann". Diese Bewertung berücksichtigt auch zukunftsgerichtete Aspekte des mehrjährigen strategischen Plans der Bank, einschließlich ihrer mehrjährigen Kapitalplanung. Im nächsten Schritt bewertet die Bank die risikobereinigte Leistung der Geschäftsbereiche, d. h. was sie vergüten „sollte", um die Erfolgsbeiträge angemessen zu berücksichtigen.

Der Anteil des Pools der variablen Vergütung im Zusammenhang mit der Konzernleistung, der mit 25% gewichtet ist, wird anhand von ausgewählten Leistungskennzahlen (Key-Performance-Indicators – KPIs) des Konzerns ermittelt, einschließlich der Aufwand-Ertragsrelation (Cost/Income Ratio - CIR), Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem materiellen Eigenkapital (Post-Tax Return on Tangible Equity - RoTE), ESG – Umwelt – Volumen an nachhaltigen Finanzierungen und Anlagen, Soziales - Geschlechtervielfalt und Unternehmensführung – Audit Control Risk Management Grade.

Bei der Bewertung der Leistung der Geschäftsbereiche berücksichtigt die Bank eine Reihe von Aspekten. Die Leistung wird auf Grundlage der finanziellen und – basierend auf Balanced Scorecards – nichtfinanziellen Ziele bewertet. Zur Sicherstellung einer umfassenden Leistungsbewertung und unter zusätzlicher Berücksichtigung von Kriterien, die auf Basis eines formelbasierten Ansatzes schwierig zu bewerten sind, führt das SECC eine zusätzliche qualitative Prüfung durch. Im Anschluss an die quantitative Kalkulation der leistungsbasierten Pools der variablen Vergütung, prüft das SECC eine Reihe vordefinierter qualitativer Kriterien in Bezug auf die finanzielle wie auch die nicht-finanzielle Leistung und kann über eine positive oder negative Anpassung von bis zu maximal 10 Prozentpunkten auf die divisionale Leistungsbewertung entscheiden. Für die finanziellen Ziele der Geschäftsbereiche wird eine angemessene Risikobereinigung vorgenommen, insbesondere indem zukünftige Risiken und das Eigenkapital, das für das Absorbieren schwerwiegender unerwarteter Verluste aufgrund dieser Risiken benötigt wird, einbezogen werden. Für die Infrastrukturfunktionen wird die finanzielle Leistung insbesondere anhand der Erreichung von Kostenzielen ermittelt. Die Zuteilung von variabler Vergütung zu den Infrastrukturbereichen und insbesondere zu den Kontrollfunktionen hängt sowohl vom Gesamtergebnis der Deutschen Bank wie auch der jeweiligen Bereichsleistung ab, nicht aber von den Ergebnissen der von ihnen überwachten Geschäftsbereiche.

Auf Ebene der individuellen Mitarbeiter wurden ebenfalls Grundsätze für die Festlegung der variablen Vergütung eingeführt. Diese enthalten Informationen über die Faktoren und Messgrößen, die bei Entscheidungen zur variablen Vergütung von Führungskräften berücksichtigt werden müssen. Dabei müssen sie die Risiken würdigen, welche Mitarbeiter bei ihren Tätigkeiten eingehen, um sicherzustellen, dass ihre Entscheidungen ausgewogen sind und das Eingehen von Risiken nicht in unangemessener Weise gefördert wird. Die Faktoren und Messgrößen umfassen unter anderem (i) erreichte geschäftliche Ziele („Was"), d. h. quantitative und qualitative finanzielle, risikobereinigte und nichtfinanzielle Kennzahlen, und (ii) das Verhalten („Wie"), d. h. Erwägungen zur Unternehmenskultur, zum Verhalten, zum Kontrollumfeld wie z. B. qualitative Rückmeldungen von Kontrollfunktionen oder etwaige Disziplinarmaßnahmen. Empfehlungswerte für die Festlegung der variablen Vergütung helfen Führungskräfte, individuelle Leistungen („Was" und „Wie") in angemessene Vergütungsergebnisse umzusetzen. Grundsätzlich wird die Leistung auf Basis eines einjährigen Bemessungszeitraumes bewertet. Für die Geschäftsleiter aller bedeutenden Institute wird ein dreijähriger Bemessungszeitraum zugrunde gelegt.

Struktur der variablen Vergütung

Die Vergütungsstrukturen sind so gestaltet, dass der langfristige Erfolg der Mitarbeiter und der Bank gefördert wird. Während ein Teil der variablen Vergütung direkt ausgezahlt wird, wird ein angemessener Teil aufgeschoben gewährt, um eine Kopplung an die Wertentwicklung des Konzerns sicherzustellen. Für beide Arten variabler Vergütung wird durch die Verwendung von Deutsche-Bank-Aktien als Instrument die Vergütung nachhaltig mit den Ergebnissen der Bank und den Interessen der Aktionäre verknüpft.

Bezüglich der Nutzung und Höhe aufgeschobener Vergütung als auch bezüglich der Mindestdauer des Zurückbehaltungszeitraums für bestimmte Mitarbeitergruppen geht die Bank weiterhin über die regulatorischen Vorgaben hinaus. Der Anteil und der Zurückbehaltungszeitraum der aufgeschobenen variablen Vergütung werden auf Basis der Risikoeinstufung des Mitarbeiters sowie der Geschäftseinheit festgelegt. Die Zurückbehaltung von Teilen der variablen Vergütung beginnt für MRTs ab einem Schwellenwert von 50.000 € oder wenn die variable Vergütung mehr als ein Drittel der Gesamtjahresvergütung beträgt. Für alle anderen Mitarbeiter beginnt die Zurückbehaltung ab höheren Schwellenwerten. Der durchschnittliche Anteil der Zurückbehaltung für MRTs übersteigt die von der InstVV geforderten 40% (60% für das Senior Management). Für MRTs in wesentlichen Geschäftseinheiten (Material Business Units, MBU) werden mindestens 50% zurückbehalten. Der Schwellenwert für die jährliche variable Vergütung von MRTs, ab dem der Anteil der aufgeschobenen variablen Vergütung mindestens 60% betragen muss, wurde auf 500.000 € festgelegt. Darüber hinaus wird für alle Mitarbeiter, deren fixe Vergütung den Betrag von 600.000 € übersteigt, die gesamte variable Vergütung aufgeschoben gewährt.

Wie der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, variiert der Zurückbehaltungszeitraum je nach Mitarbeitergruppe zwischen drei und fünf Jahren.

Überblick über Vergütungsinstrumente 2025 (ohne DWS)

Art der Vergütung	Beschreibung	Begünstigte	Zurückbehaltungszeitraum	Haltefrist	Anteil
Sofort fällig: variable Vergütung (Variable Compensation, VC) in bar	Sofort fällige Barkomponente	Alle berechtigten Mitarbeiter	N/A	N/A	100% der VC, außer Mitarbeiter mit aufgeschobener VC
Sofort fällig: Equity Upfront Award (EUA)	Sofort fällige Aktienkomponente (hängt während der Haltefrist von der Kursentwicklung der Deutsche-Bank-Aktie ab)	MRTs mit VC ≥ 50.000 € oder bei einer VC >1/3 der Gesamtjahresvergütung Nicht-MRTs mit aufgeschobener VC bei einer 2025 Gesamtjahresvergütung > 500.000 €	N/A	12 Monate	50% der sofort fälligen VC
Aufgeschoben: Restricted Incentive Award (RIA)	Aufgeschobene Barvergütung	Alle Mitarbeiter mit aufgeschobener VC	Unverfallbarkeit in gleichen Tranchen: MRTs: 4 Jahre Senior Mgmt.[1]: 5 Jahre Nicht-MRTs: 3 Jahre	N/A	50% der aufgeschobenen VC
Aufgeschoben: Restricted Equity Award (REA)	Aufgeschobene Aktienkomponente (hängt während des Zurückbehaltungszeitraums und der Haltefrist von der Kursentwicklung der Deutsche-Bank-Aktie ab)	Alle Mitarbeiter mit aufgeschobener VC	Unverfallbarkeit in gleichen Tranchen: MRTs: 4 Jahre Senior Mgmt.[1]: 5 Jahre Nicht-MRTs: 3 Jahre	12 Monate für MRTs	50% der aufgeschobenen VC

N/A – Nicht anwendbar

[1] In Bezug auf die Vergütung für das Performance-Jahr 2025 setzt sich das Senior Management wie folgt zusammen: DB AG Vorstand-1 Positionen, Amtsinhaber von Vorstand-2 Positionen in IB und CB, die den Co-Heads of CB und Co-Heads of IB Bericht erstatten, weitere Personen mit erheblichen geschäftlichen Verantwortlichkeiten; Vorstandsmitglieder von bedeutenden Instituten im Sinne des Kreditwesengesetzes sowie entsprechende Vorstand-1 Positionen mit Führungsverantwortung; für die spezifischen Zurückbehaltungsregelungen für den Vorstand der Deutsche Bank AG wird auf den Vergütungsbericht für den Vorstand verwiesen.

Den Mitarbeitern ist es nicht erlaubt, aufgeschobene Vergütungsbestandteile zu verkaufen, zu verpfänden, weiterzugeben oder zu übertragen. Sie dürfen keinerlei Transaktionen eingehen, die zum Ziel haben, variable Vergütung abzusichern, beispielsweise indem sie bei aktienbasierten Komponenten das Risiko von Kursschwankungen ausgleichen. Der Bereich Compliance überwacht unter der Aufsicht des Vergütungsbeauftragten, dass die Handelstätigkeiten der Mitarbeiter dieser Anforderung entsprechen.

Nachträgliche Risikoadjustierung der variablen Vergütung

Im Einklang mit den regulatorischen Anforderungen bezüglich ex-post-Risikoadjustierungen der variablen Vergütung, ist die Bank der Überzeugung, dass eine Langzeitbetrachtung des Verhaltens und der Leistung der Mitarbeiter ein zentraler Aspekt der aufgeschobenen variablen Vergütung darstellt. Entsprechend sind alle aufgeschobenen Anteile, wie unten aufgeführt, gemäß der Entscheidung des Vorstands bestimmten Leistungs- und Verfallsbedingungen unterworfen.

Übersicht über Leistungs- und Verfallsbedingungen des Deutsche-Bank-Konzerns für die variable Vergütung für das Geschäftsjahr 2025

Bedingung	Beschreibung	Verfall
Kapital und Liquidität	– Sofern am Quartalsende vor Unverfallbarkeit oder der Freigabe einer der folgenden definierten Risikoappetit-Schwellenwerte unterschritten wird: Harte-Kernkapitalquote; Verschuldungsquote; Ökonomische Kapitaladäquanzquote; Mindestliquiditätsquote; erstklassige liquide Vermögenswerte (High Quality Liquidity Assets – HQLA)	– Von 10% bis zu 100% der nächsten zur Lieferung anstehenden Tranche aufgeschobener Vergütung / des Equity Upfront Awards, abhängig vom Schwellenwert und dem Ausmaß, in dem die Konzern-/ divisionale PBT-Bedingung(en) erfüllt ist/ sind
Konzern-PBT	– Wenn das bereinigte Konzernergebnis vor Steuern (PBT) zum Ende des Geschäftsjahres vor dem Unverfallbarkeitszeitpunkt negativ[1] ist	– Von 10% bis zu 100% der nächsten zur Lieferung anstehenden Tranche aufgeschobener Vergütung, in Abhängigkeit der Erfüllung der Kapital- und Liquidität-Bedingung und der divisionalen PBT-Bedingung (falls sie Anwendung findet)
Divisionales PBT[2]	– Wenn das bereinigte divisionale Ergebnis vor Steuern zum Ende des Geschäftsjahres vor dem Unverfallbarkeitszeitpunkt negativ[1] ist	– Von 10% bis zu 100% der nächsten zur Lieferung anstehenden Tranche aufgeschobener Vergütung, in Abhängigkeit der Erfüllung der Kapital- und Liquidität-Bedingung und der Konzern-PBT Bedingung
Verfallsbedingungen[3]	– Im Falle eines Verstoßes gegen ein-schlägige interne Richtlinien oder Verfahren respektive gegen gelten-des Recht oder bei Kontrollversagen – Wenn ein Award auf eine Leistungs-kennzahl oder eine Annahme gestützt war, die sich nachträglich als substanziell falsch herausgestellt hat – Im Falle eines "Bedeutenden Nachteiligen Ereignisses", wenn der Mitarbeiter als in ausreichendem Maße beteiligt eingestuft wird – Sofern ein Verfall aufgrund geltender regulatorischer Anforderungen erforderlich ist	– Bis zu 100% der noch nicht gelieferten Awards
Rückforderung („Clawback")	– Im Falle, dass ein InstVV MRT an einem Verhalten, das zu erheblichen Verlusten oder einer regulatorischen Sanktion/aufsichtlichen Maßnahmen geführt hat, beteiligt war; oder relevante externe oder interne Regelungen in Bezug auf angemessene Verhaltensstandards verletzt hat – Wenn eine Rückforderung erforderlich ist, um einer zuständigen Aufsichtsbehörde oder anderen gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen	– 100% des gelieferten Awards, vor dem zweiten Jahrestag des letzten Unverfallbarkeitsdatums für den Award

[1] Unter Einbezug von klar definierten und geregelten Anpassungen für relevante Gewinn- und Verlustpositionen (z. B. für Restrukturierungen, Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert oder auf immaterielle Vermögenswerte).
[2] Gilt nur für InstVV MRTs in Front Office-Abteilungen.
[3] Weitere Verfallsbedingungen sind in den entsprechenden Planbedingungen beschrieben.

Vergütungsentscheidungen für 2025

Überlegungen und Entscheidungen im Jahresendprozess 2025

Alle Vergütungsentscheidungen müssen im Einklang mit den regulatorischen Bestimmungen getroffen werden. Diese Anforderungen bilden den übergeordneten Rahmen für die Festlegung der Vergütung in der Deutschen Bank. Insbesondere muss das Management sicherstellen, dass Vergütungsentscheidungen nicht zu Lasten einer soliden Kapital- und Liquiditätsausstattung erfolgen.

Im Jahr 2025 erzielte die Deutsche Bank trotz eines von anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten und makroökonomischen Herausforderungen geprägten globalen Umfelds ein Rekordergebnis. Die Bank erwirtschaftete einen Vorsteuergewinn von 9,7 Mrd. €, verdoppelte den Nachsteuergewinn gegenüber dem Vorjahr auf 7,1 Mrd. € und erreichte eine Nachsteuerrendite auf das durchschnittliche materielle Eigenkapital (RoTE) von 10,3%. Diese außergewöhnliche Leistung spiegelt die anhaltende Stärke der Global-Hausbank-Strategie wider.

Die Mitarbeiter der Bank trugen zu einem nachhaltigen Geschäftswachstum bei. Die Erträge stiegen im Einklang mit den Zielen der Bank um 7% auf 32,1 Mrd. €. Zusammen mit der anhaltenden Kostendisziplin sowie dem kumulativen Effekt der Transformation- und Effizienzmaßnahmen ermöglichte dies der Deutschen Bank ein starkes Kapitalniveau aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig konnte sie die Kapitalausschüttungen an die Aktionäre erhöhen, inklusive eines deutlich höheren Dividendenvorschlags für das Jahr 2025. Die Vergütungsentscheidungen der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2025 spiegeln daher ihr Bekenntnis wider, die Leistungsbeiträge ihrer Mitarbeiter angemessen zu würdigen und faire und wettbewerbsfähige Vergütungsniveaus festzulegen. Gleichzeitig wird die Kostendisziplin gewahrt, weiter in Geschäftswachstum und Kontrollen investiert, die Kapital- und Bilanzstärke erhalten und eine kontinuierliche Steigerung der Renditen für die Aktionäre ermöglicht. Das SECC überwachte während des gesamten Jahres kontinuierlich die potenzielle variable Vergütung unter Berücksichtigung dieser Faktoren.

Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand für das Geschäftsjahr 2025 die leistungsabhängige variable Vergütung auf einen Gesamtbetrag von 2,681 Mrd. € festgelegt (2024: 2,514 Mrd. €). Der Anstieg der leistungsabhängigen variablen Vergütung zum Jahresende spiegelt die starke Leistung der Bank wider.

Die variable Vergütung für den Vorstand der Deutsche Bank AG wurde, wie gewöhnlich, in einem separaten Prozess durch den Aufsichtsrat festgelegt, ist aber in den nachfolgenden Tabellen und Schaubildern enthalten.

Gesamtvergütung für 2025 – alle Mitarbeiter

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)[1]	Aufsichtsrat[2]	Vorstand[3]	CB[3]	IB[3]	PB[3]	AM[3]	Kontrollfunktionen[3]	Unternehmensfunktionen[3]	2025 Konzern Gesamt	2024 Konzern Gesamt
Anzahl der Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	20	9	16.601	8.188	23.337	4.835	6.682	30.227	89.879	89.753
Gesamtvergütung	8	82	1.438	2.677	2.459	812	803	2.865	11.136	11.056
Grundgehalt und Zulagen	8	27	1.059	1.334	1.826	488	646	2.221	7.600	7.606
Aufwendungen für Altersversorgung	0	5	70	70	82	41	46	148	462	474
Fixe Vergütung gemäß § 2 InstVV	8	32	1.129	1.403	1.908	529	692	2.369	8.062	8.081
Leistungsabhängige variable Vergütung[4]	**0**	**43**	**274**	**1.230**	**350**	**241**	**99**	**444**	**2.681**	**2.514**
Andere variable Vergütung[4]	0	2	1	18	27	29	1	3	78	55
Abfindungszahlungen	0	6	34	26	174	13	11	49	313	405
Variable Vergütung gemäß § 2 InstVV	0	51	309	1.274	551	282	111	496	3.072	2.975

[1] Die Tabelle kann Rundungsdifferenzen enthalten; Anzahl der Vollzeitkräfte (FTE) zum 31. Dezember 2025; enthält die Vergütung aller Mitarbeiter (inklusive Austritte im Jahr 2025)

[2] Die Spalte Aufsichtsrat umfasst die Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG (sie sind in der Gesamtmitarbeiterzahl nicht enthalten); Mitglieder der Arbeitnehmerseite sind mit ihrer jeweiligen Vergütung für ihr Aufsichtsratsmandat berücksichtigt; ihre Vergütung als Mitarbeiter ist in der jeweiligen Spalte des betroffenen Geschäftsbereichs enthalten; die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Deutsche Bank AG ist in der Spalte Konzern Gesamt nicht enthalten

[3] Vorstand umfasst die Mitglieder des Vorstands der Deutsche Bank AG; IB = Investment Bank; CB = Unternehmensbank (Corporate Bank); PB = Privatkundenbank; AM = Asset Management; (DWS); Kontrollfunktionen umfasst die Bereiche Chief Risk Officer, Group Audit, Compliance und Anti-Financial Crime; Unternehmensfunktionen umfasst jede Infrastrukturfunktion, die weder Teil der Kontrollfunktionen noch eines Geschäftsbereichs ist

[4] Leistungsabhängige variable Vergütung berücksichtigt auch den für die Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG neu implementierten LTI-Plan für den Leistungszeitraum 2025-2027, der während der „Übergangsphase" mit dem Zielwert ausgewiesen wird; andere variable Vergütung beinhaltet andere vertragliche Verpflichtungen zur Gewährung oder Zahlung von variabler Vergütung, wie beispielsweise Neueinstellungsprämien, Halteprämien und spezifische variable Vergütung für Teilmitarbeiter und Beamte; sie enthält auch Vorstandsmitgliedern der Deutsche Bank AG gewährte Zusatzleistungen und vertraglich vereinbarte Karrierentschädigungen für das nachvertragliche Wettbewerbsverbot, die als variable Vergütung zu klassifizieren sind; Ausgleichszahlungen für neu eingestellte Mitarbeiter für entgangene Ansprüche gegenüber dem früheren Arbeitgeber (Buyouts) sind nicht enthalten

Berichtete leistungsabhängige variable Vergütung und Anteil der aufgeschobenen variablen Vergütung im Jahresvergleich – alle Mitarbeiter



Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen geringfügige Abweichungen ergeben.

Die Deutsche Bank verwendet weiterhin Regeln zur aufgeschobenen variablen Vergütung, die über das regulatorische Minimum hinausgehen, was in diesem Jahr zu einem Gesamtanteil aufgeschobener variabler Vergütung (für alle Mitarbeiter, einschließlich Nicht-MRTs) von 44% in 2025 (im Vergleich zu 46% in 2024) führt. Für MRTs beträgt der Anteil der aufgeschobenen variablen Vergütung 89% (im Vergleich zu 92% in 2024).

Offenlegung der Vergütung von Risikoträgern

Für das Geschäftsjahr 2025 wurden weltweit 1.522 Mitarbeiter als MRTs gemäß CRD/InstVV identifiziert, im Vergleich zu 1.451 Mitarbeitern im Jahr 2024. Die Anzahl der Gruppen-MRTs beläuft sich auf 1.287 Personen. Ferner sind 298 Personen als MRT auf institutioneller Ebene (davon 63 Gruppen-MRTs) identifiziert. Die Vergütungselemente für alle diese MRTs auf konsolidierter Basis sind in den nachstehenden Tabellen gemäß Artikel 450 CRR aufgeführt. Die EU REM-Tabellen zeigen die vorgeschriebenen Geschäftsfelder gemäß Annex XXXIII der EU-Verordnung 575/2013, soweit zutreffend.

Im Hinblick auf Vereinbarungen zur aufgeschobenen variablen Vergütung und Auszahlungsinstrumenten gilt für 42 MRTs, deren Gesamtvergütung sich auf 9,7 Mio. € (davon 3,3 Mio. € variable Vergütung inklusive Abfindungen) beläuft, eine Ausnahmeregelung gemäß Artikel 94 Absatz 3 Buchstabe a) CRD. Für 96 MRTs, deren Gesamtvergütung sich auf 14,3 Mio. € (davon 2,7 Mio. € variable Vergütung inklusive Abfindungen) beläuft, gilt eine Ausnahmeregelung gemäß Artikel 94 Absatz 3 Buchstabe b) CRD.

Vergütung für 2025 – Risikoträger (REM 1)

						2025
	in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)[1]	Aufsichtsrat[2]	Vorstand[3]	Senior Management[4]	Übrige Risikoträger	Konzern Gesamt
	Anzahl Risikoträger[5]	20	9	243	1.102	1.374
	Gesamte fixe Vergütung	8	32	175	632	847
	davon: als Barvergütung	8	28	169	599	804
Fixe Vergütung	davon: in Aktien oder äquivalenten Kapitalanteilen	0	0	0	0	0
	davon: in aktienbasierten Instrumenten oder äquivalenten (Nicht-Bar-) Instrumenten	0	0	0	0	0
	davon: in anderen Instrumenten	0	0	0	0	0
	davon: in anderen Formen	0	3	6	33	43
	Anzahl Risikoträger[5]	0	9	240	1.061	1.310
	Gesamte variable Vergütung[6]	0	51	190	706	946
	davon: als Barvergütung	0	13	96	362	472
	davon: aufgeschoben gewährt	0	2	83	264	349
	davon: in Aktien oder äquivalenten Kapitalanteilen	0	37	86	343	466
	davon: aufgeschoben gewährt	0	28	81	264	373
Variable Vergütung	davon: in aktienbasierten Instrumenten oder äquivalenten (Nicht-Bar-) Instrumenten	0	0	6	0	6
	davon: aufgeschoben gewährt	0	0	4	0	4
	davon: in anderen Instrumenten	0	0	2	0	2
	davon: aufgeschoben gewährt	0	0	2	0	2
	davon: in anderen Formen	0	0	0	0	0
	davon: aufgeschoben gewährt	0	0	0	0	0
	Gesamtvergütung	**8**	**82**	**365**	**1.338**	**1.793**

[1] Die Tabelle kann geringfügige Rundungsdifferenzen enthalten
[2] Aufsichtsrat umfasst die Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG
[3] Vorstand umfasst die Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG
[4] Senior Management ist definiert als Deutsche Bank AG Vorstand-1 Positionen; Amtsinhaber von Vorstand-2 Positionen in IB und CB, die den Co-Heads of CB und Co-Heads of IB Bericht erstatten; weitere Personen mit erheblichen geschäftlichen Verantwortlichkeiten; Vorstandsmitglieder von Instituten, die MRTs auf Einzelinstitutsebene identifizieren und entsprechende Vorstand-1 Positionen mit Managementverantwortung
[5] Anzahl der Personen am 31. Dezember 2025 für Aufsichtsrat und Vorstand; FTE am 31. Dezember 2025 für Sonstige, deshalb ergibt die Summe nicht die Anzahl der identifizierten MRTs von 1.522; enthält die Vergütung aller Risikoträger (inklusive Austritte im Jahr 2025)
[6] Die gesamte variable Vergütung beinhaltet die leistungsbezogene variable Jahresendvergütung der Deutschen Bank für 2025, sonstige variable Vergütung und Abfindungen; sie enthält auch Vorstandsmitgliedern der Deutsche Bank AG gewährte Zusatzleistungen und vertraglich vereinbarte Karenzentschädigungen für das nachvertragliche Wettbewerbsverbot, die als variable Vergütung zu klassifizieren sind und berücksichtigt auch den für die Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG neu implementierten LTI-Plan für den Leistungszeitraum 2025-2027, der während der „Übergangsphase" mit dem Zielwert ausgewiesen wird; die Tabelle zeigt keine Ausgleichszahlungen an neu eingestellte Mitarbeiter für entgangene Ansprüche gegenüber früheren Arbeitgebern (Buyouts)

Garantierte variable Vergütung und Abfindungen – Risikoträger (REM 2)

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)[1]	Aufsichtsrat[2]	Vorstand[3]	Senior Management[4]	Übrige Risikoträger	2025 Konzern Gesamt
Garantierte variable Vergütung					
Anzahl Risikoträger[5]	0	0	3	8	11
Gesamtbetrag	0	0	2	17	19
davon: während des Berichtsjahres ausgezahlt, nicht berücksichtigt für die Begrenzung der variablen Vergütung	0	0	0	8	8
Vor dem Berichtsjahr gewährte Abfindungen, die im Berichtsjahr ausgezahlt wurden					
Anzahl Risikoträger[5]	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag	0	0	0	0	0
Während des Berichtsjahres gewährte Abfindungen					
Anzahl Risikoträger[5]	0	1	8	39	48
Gesamtbetrag[6]	0	6	4	10	21
davon: im Berichtsjahr ausgezahlt	0	3	4	10	16
davon: aufgeschoben	0	4	0	0	4
davon: im Berichtsjahr ausgezahlt, nicht berücksichtigt für die Begrenzung der variablen Vergütung	0	3	4	10	16
davon: höchste an eine Einzelperson gewährte Abfindung	0	6	2	1	6

[1] Die Tabelle kann geringfügige Rundungsdifferenzen enthalten
[2] Aufsichtsrat umfasst die Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG
[3] Vorstand umfasst die Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG
[4] Senior Management ist definiert als Deutsche Bank AG Vorstand-1 Positionen; Amtsinhaber von Vorstand-2 Positionen in IB und CB, die den Co-Heads of CB und Co-Heads of IB Bericht erstatten; weitere Personen mit erheblichen geschäftlichen Verantwortlichkeiten; Vorstandsmitglieder von Instituten, die MRTs auf Einzelinstitutsebene identifizieren und entsprechende Vorstand-1 Positionen mit Managementverantwortung
[5] Nur Begünstigte (Anzahl der Personen für alle Kategorien)

Aufgeschobene Vergütung – Risikoträger (REM 3)

2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)[1]	Gesamtbetrag der vor dem Berichtsjahr aufgeschobenen gewährten Vergütung	Davon im Berichtsjahr erdient	Davon in folgenden Berichtsjahren zu erdienen	Gesamtbetrag der im Berichtsjahr leistungsbezogenen Adjustierungen aufgeschobener Vergütung, die im Berichtsjahr erdient wurde	Gesamtbetrag der im Berichtsjahr leistungsbezogenen Adjustierungen aufgeschobener Vergütung, die in folgenden Berichtsjahren erdient werden	Gesamtbetrag der Anpassungen im Berichtsjahr aufgrund impliziter Adjustierungen[5]	Gesamtbetrag der in vorherigen Berichtsjahren gewährten aufgeschobenen Vergütung, die im Berichtsjahr ausgezahlt wurde[6]	Gesamtbetrag der in vorherigen Berichtsjahren gewährten aufgeschobenen Vergütung, die im Berichtsjahr erdient wurde, aber einer Zurückbehaltung unterliegt
Aufsichtsrat[2]	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Barvergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
Aktien oder äquivalente Kapitalanteile	0	0	0	0	0	0	0	0
aktienbasierte Instrumente oder äquivalente (Nicht-Bar-) Instrumente	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Instrumente	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Formen der Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
Vorstand[3]	**106**	**24**	**82**	**0**	**0**	**80**	**24**	**14**
Barvergütung	48	11	38	0	0	0	11	0
Aktien oder äquivalente Kapitalanteile	58	14	44	0	0	80	14	14
aktienbasierte Instrumente oder äquivalente (Nicht-Bar-) Instrumente	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Instrumente	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Formen der Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
Senior Management[4]	**460**	**98**	**362**	**0**	**0**	**253**	**98**	**45**
Barvergütung	218	47	171	0	0	0	47	0
Aktien oder äquivalente Kapitalanteile	229	49	180	0	0	249	49	44
aktienbasierte Instrumente oder äquivalente (Nicht-Bar-) Instrumente	10	2	8	0	0	4	2	1
Andere Instrumente	3	0	3	0	0	0	0	0
Andere Formen der Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
Übrige Risikoträger	**1.594**	**393**	**1.201**	**0**	**0**	**832**	**392**	**146**
Barvergütung	770	191	579	0	0	0	191	0
Aktien oder äquivalente Kapitalanteile	824	202	622	0	0	832	202	146
aktienbasierte Instrumente oder äquivalente (Nicht-Bar-) Instrumente	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Instrumente	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere Formen der Vergütung	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtbetrag	**2.160**	**516**	**1.644**	**0**	**0**	**1.165**	**515**	**205**

[1] Die Tabelle kann geringfügige Rundungsdifferenzen enthalten
[2] Aufsichtsrat umfasst die Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG
[3] Vorstand umfasst die Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG
[4] Senior Management ist definiert als Deutsche Bank AG Vorstand-1 Positionen; Amtsinhaber von Vorstand-2 Positionen in IB und CB, die den Co-Heads of CB und Co-Heads of IB Bericht erstatten; weitere Personen mit erheblichen geschäftlichen Verantwortlichkeiten; Vorstandsmitglieder von Instituten, die MRTs auf Einzelinstitutsebene identifizieren und entsprechende Vorstand-1 Positionen mit Managementverantwortung
[5] Änderungen des Werts der aufgeschobenen Vergütung aufgrund von Preisänderungen der Instrumente
[6] Definiert als Vergütung, die in vorherigen Geschäftsjahren gewährt wurde und im Geschäftsjahr unverfallbar wurde (auch wenn sie einer Haltefrist unterliegt)

Vergütung einkommensstarker Mitarbeiter – Risikoträger (REM 4)

in €	2025 Anzahl der Personen	2024 Anzahl der Personen
Gesamtbezüge[1]		
1.000.000 bis 1.499.999	339	331
1.500.000 bis 1.999.999	125	125
2.000.000 bis 2.499.999	71	59
2.500.000 bis 2.999.999	32	48
3.000.000 bis 3.499.999	31	25
3.500.000 bis 3.999.999	16	14
4.000.000 bis 4.499.999	8	6
4.500.000 bis 4.999.999	9	5
5.000.000 bis 5.999.999	7	9
6.000.000 bis 6.999.999	4	3
7.000.000 bis 7.999.999	4	12
8.000.000 bis 8.999.999	4	3
9.000.000 bis 9.999.999	6	3
10.000.000 bis 10.999.999	1	3
11.000.000 bis 11.999.999	2	0
17.000.000 bis 17.999.999	0	1
18.000.000 bis 18.999.999	1	0
Gesamt	658	647

[1] Berücksichtigt alle Komponenten fixer und variabler Vergütung (inklusive Abfindungen); Ausgleichszahlungen für entgangene Ansprüche von Neueinstellungen gegenüber früheren Arbeitgebern (Buyouts) sind nicht enthalten

Für das Jahr 2025 haben insgesamt 658 MRTs Gesamtbezüge von 1 Mio. € oder mehr erhalten. Die Anzahl der einkommensstarken MRTs bleibt im Vergleich zu 2024 im Wesentlichen unverändert.

Gesamtvergütung für 2025 – Risikoträger (REM 5)

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)[1]	Vergütung für Leitungsorgan: Aufsichtsrat[2]	Vergütung für Leitungsorgan: Vorstand[2]	Vergütung für Leitungsorgan: Gesamt Leitungsorgan	Geschäftsbereiche: Investment Banking[2]	Geschäftsbereiche: Privatkundengeschäft[2]	Geschäftsbereiche: Asset Management[2]	Geschäftsbereiche: Unternehmensfunktionen[2]	Geschäftsbereiche: Kontrollfunktionen[2]	Gesamt
Anzahl der Risikoträger[3]									**1.374**
davon: Leitungsorgan	20	9	29	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
davon: Senior Management[4]	N/A	N/A	N/A	34	87	6	78	38	243
davon: andere Risikoträger	N/A	N/A	N/A	634	251	1	114	102	1.102
Gesamtvergütung für Risikoträger	**8**	**82**	**90**	**1.147**	**292**	**21**	**167**	**76**	**1.793**
davon: variable Vergütung[5]	0	51	51	644	143	12	78	20	946
davon: fixe Vergütung	8	32	40	504	149	10	89	56	847

[1] Die Tabelle kann geringfügige Rundungsdifferenzen enthalten
[2] Aufsichtsrat umfasst die Mitglieder des Aufsichtsrats der Deutschen Bank AG; Vorstand umfasst die Mitglieder des Vorstands der Deutschen Bank AG; Investment Banking = Investment Bank; Privatkundengeschäft = Privatkunden-und-Unternehmensbank; Asset Management = Asset Management (DWS); Kontrollfunktionen beinhaltet Chief Risk Office, Group Audit, Compliance und Anti-Financial Crime; Unternehmensfunktionen beinhaltet alle Infrastrukturfunktionen, die nicht Kontrollfunktionen sind oder nicht Teil der Geschäftsbereiche
[3] Anzahl der Personen am 31. Dezember 2025 für Aufsichtsrat und Vorstand; FTE am 31. Dezember 2025 für Sonstige, deshalb ergibt die Summe nicht die Anzahl der identifizierten MRTs von 1.522; enthält die Vergütung aller Risikoträger (inklusive Austritte im Jahr 2025)
[4] Senior Management ist definiert als Deutsche Bank AG Vorstand-1 Positionen; Vorstand-2 Positionen in IB und CB, die den Co-Heads of CB und Co-Heads of IB Bericht erstatten; weitere Personen mit erheblichen geschäftlichen Verantwortlichkeiten; Vorstandsmitglieder von Instituten, die MRTs auf Einzelinstitutsebene identifizieren und entsprechende Vorstand-1 Positionen mit Managementverantwortung
[5] Die gesamte variable Vergütung beinhaltet die leistungsbezogene variable Jahresendvergütung der Deutschen Bank für 2025, sonstige variable Vergütung und Abfindungen; sie enthält auch Vorstandsmitgliedern der Deutsche Bank AG gewährte Zusatzleistungen und vertraglich vereinbarte Karenzentschädigungen für das nachvertragliche Wettbewerbsverbot, die als variable Vergütung zu klassifizieren sind und berücksichtigt auch den für die Vorstandsmitglieder der Deutsche Bank AG neu eingeführten LTI-Plan für den Leistungszeitraum 2025-2027, der während der „Übergangsphase" mit dem Zielwert ausgewiesen wird; die Tabelle zeigt keine Ausgleichszahlungen an neu eingestellte Mitarbeiter für entgangene Ansprüche gegenüber früheren Arbeitgebern (Buyouts)

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	Anhang	2025	2024	2023
Zinsen und ähnliche Erträge[1]	5	44.458	49.358	44.074
Zinsaufwendungen	5	28.767	36.292	30.472
Zinsüberschuss	5	**15.691**	13.065	13.602
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	19	1.707	1.830	1.505
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft		**13.985**	11.235	12.097
Provisionsüberschuss	6	10.891	10.572	9.206
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	5	5.160	5.987	4.947
Ergebnis aus der Ausbuchung von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten	7	9	-11	-96
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten		49	48	0
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	16	-6	12	-38
Sonstige Erträge/Verluste (-)	8	300	619	1.259
Zinsunabhängige Erträge insgesamt		**16.404**	17.027	15.277
Personalaufwand	35	11.815	11.731	11.131
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	9	8.860	11.243	10.112
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	25	0	0	235
Restrukturierungsaufwand	10	-15	-3	220
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt		**20.658**	22.971	21.695
Ergebnis vor Steuern		**9.731**	5.291	5.678
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	34	2.592	1.786	787
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern		**7.139**	3.505	4.892
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis		208	139	119
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis		6.931	3.366	4.772

[1] Zinsen und ähnliche Erträge enthalten für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2025, 31. Dezember 2024 und 31. Dezember 2023 32,5 Mrd. €, 36,9 Mrd. €, bzw. 34,5 Mrd. €, die nach der Effektivzinsmethode ermittelt wurden.

Ergebnis je Aktie

	Anhang	2025	2024	2023
Ergebnis je Aktie:[1]	11			
Unverwässert		3,16 €	1,40 €	2,07 €
Verwässert		3,09 €	1,37 €	2,03 €
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie		1.954,5	1.993,6	2.064,1
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie		1.998,0	2.039,3	2.104,0

[1] Im Zusammenhang mit Kupons auf zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis im Geschäftsjahr 2025 um 761 Mio. € vor Steuern angepasst, davon 728 Mio. € im zweiten Quartal und 32 Mio. € im vierten Quartal 2025. In den zweiten Quartalen der Geschäftsjahre 2024 und 2023 wurden die Ergebnisse im Zusammenhang mit Kupons auf zusätzliche Tier-1-Anleihen um 574 Mio. € und 488 Mio. € vor Steuern angepasst. Die gezahlten Kupons auf zusätzliche Tier-1-Anleihen sind nicht Bestandteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses und müssen daher gemäß IAS 33 bei der Berechnung abgezogen werden.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung

in Mio. €	2025	2024	2023
In der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn, nach Steuern	**7.139**	3.505	**4.892**
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden			
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	27	264	-286
Auf das Kreditrisiko zurückzuführendes Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, vor Steuern	-115	-180	-62
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	-115	-61	155
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können			
Finanzielle Vermögenswerte, zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	638	-332	25
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern*	-49	-48	0
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	-42	-242	459
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	-44	234	395
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	0	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	0	0	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung			
Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	-3.350	833	-1.294
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (-)/Verluste, vor Steuern	-9	3	-3
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen			
Gewinne/Verluste (-) der Periode, vor Steuern	31	-2	-25
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	-133	264	18
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	**-3.140**	731	-637
Gesamtergebnis, nach Steuern	**3.999**	4.236	**4.255**
Zurechenbar:			
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	107	192	77
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	3.892	4.044	4.178

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernbilanz

in Mio. €	Anhang	31.12.2025	31.12.2024
Aktiva:			
Barreserven und Zentralbankeinlagen		164.659	147.494
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)		6.962	6.160
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	20	37.509	40.803
Forderungen aus Wertpapierleihen	20	6	44
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte			
Handelsaktiva		153.811	139.772
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		241.328	291.754
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		124.495	114.324
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte		0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	12, 13, 20, 35	519.635	545.849
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	15	43.644	42.090
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	16	924	1.028
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	18, 19, 20	472.620	478.921
Sachanlagen	21, 22	5.924	6.193
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	23	7.561	7.749
Sonstige Aktiva[1]	24, 25	167.472	101.207
Steuerforderungen aus laufenden Steuern		1.609	1.801
Steuerforderungen aus latenten Steuern	34	6.544	7.839
Summe der Aktiva		**1.435.067**	**1.387.177**
Passiva:			
Einlagen	26	691.828	666.261
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	20	4.177	3.740
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	20	2	2
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen			
Handelspassiva		42.879	43.498
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten		225.775	276.595
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen		115.055	92.047
Investmentverträge		469	454
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	12, 13, 20, 35	384.179	412.595
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	29	18.204	9.895
Sonstige Passiva[1]	22, 24, 25	137.713	95.631
Rückstellungen	19, 27	2.408	3.526
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern		694	720
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	34	625	590
Langfristige Verbindlichkeiten	30	114.754	114.899
Hybride Kapitalinstrumente	30	285	287
Summe der Verbindlichkeiten		**1.354.863**	**1.307.745**
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	32	4.891	5.106
Kapitalrücklage		38.281	39.744
Gewinnrücklagen		28.096	23.568
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	32	**-185**	-713
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern		-4.150	-1.229
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital		**66.933**	**66.276**
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile		11.708	11.550
Anteile ohne beherrschenden Einfluss		1.562	1.606
Eigenkapital einschließlich Anteile ohne beherrschenden Einfluss		**80.203**	**79.432**
Summe der Passiva		**1.435.067**	**1.387.177**

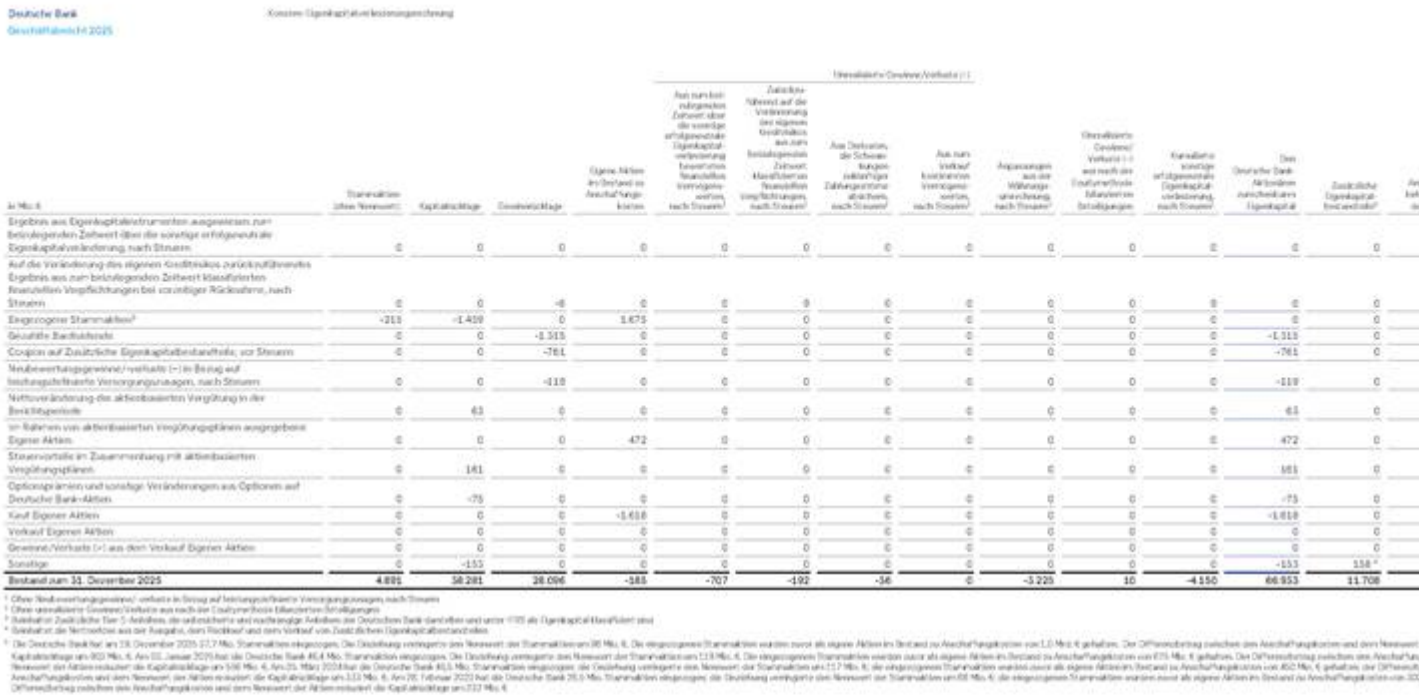
[1] Enthalten sind die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

次へ

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung

in Mio. €	Stammaktien (ohne Nennwert)	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-): Aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern[1]	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-): Zurechnung/Abrenzung auf die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, nach Steuern[1]	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-): Aus Derivaten, die Sicherungsgeschäfte zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern[1]	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-): Aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern[1]	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern[1]	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern[1]	Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile[2]	Anteile ohne beherrschenden Einfluss
Bestand zum 31. Dezember 2022	**5.291**	**40.513**	**17.800**	**-331**	**-986**	**-62**	**-570**	**0**	**171**	**10**	**-1.314**	**61.959**	**8.578**	
Gesamtergebnis, nach Steuern[1]	0	0	4.772	0	133	-43	592	0	-1.111	-16	-445	4.327	0	
Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten ausgewiesen zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Auf die Veränderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführendes Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen bei vorzeitiger Rückzahlung, nach Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Eingezogene Stammaktien[3]	-68	-232	0	300	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gezahlte Bardividende	0	0	-810	0	0	0	0	0	0	0	0	-810	0	
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	0	0	-488	0	0	0	0	0	0	0	0	-488	0	
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	-148	0	0	0	0	0	0	0	0	-148	0	
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	-94	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-94	0	
im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	407	0	0	0	0	0	0	0	407	0	
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	27	0	0	0	0	0	0	0	0	0	27	0	
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	-65	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-65	0	
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	-857	0	0	0	0	0	0	0	-857	0	
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige	0	39	0	0	0	0	0	0	0	0	0	39	(1) *	
Bestand zum 31. Dezember 2023	**5.223**	**40.187**	**21.356**	**-481**	**-853**	**18**	**22**	**0**	**-941**	**-6**	**-1.760**	**64.486**	**8.569**	
Gesamtergebnis, nach Steuern[1]	0	0	3.366	0	-272	-131	1	0	928	-1	825	3.891	0	
Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten ausgewiesen zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Auf die Veränderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführendes Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen bei vorzeitiger Rückzahlung, nach Steuern	0	0	-1	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	
Eingezogene Stammaktien[3]	-117	-333	0	450	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gezahlte Bardividende	0	0	-883	0	0	0	0	0	0	0	0	-883	0	
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	0	0	-574	0	0	0	0	0	0	0	0	-574	0	
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	148	0	0	0	0	0	0	0	0	148	0	
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	-23	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-23	0	
im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	444	0	0	0	0	0	0	0	444	0	
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	11	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11	0	
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	-41	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-41	0	
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	-1.126	0	0	0	0	0	0	0	-1.126	0	
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
Sonstige	0	-99	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-99	2.981 *	
Bestand zum 31. Dezember 2024	**5.106**	**39.744**	**23.368**	**-713**	**-1.124**	**-108**	**23**	**0**	**-13**	**-7**	**-1.229**	**66.276**	**11.550**	
Gesamtergebnis, nach Steuern[1]	0	0	6.011	0	418	-93	-19	0	-1.212	17	-2.030	4.002	0	



in Mio. €	Stammaktien (ohne Nennwert)[1]	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	Aus zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte, nach Steuern[2]	Zeitlicher Nähewert auf die Veränderung des eigenen Kreditrisikos aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verbindlichkeiten, nach Steuern[2]	Aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern[2]	Aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern[2]	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern[2]	Kumulierte Gewinne/Verluste (-) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern[2]	Den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile[3]
Ergebnis aus Eigenkapitalinstrumenten ausgewiesen zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auf die Veränderung des eigenen Kreditrisikos zurückzuführendes Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen bei vorheriger Rückstellung, nach Steuern	0	0	-8	0	0	9	0	0	0	0	0	0	0
Eingezogene Stammaktien[4]	-213	-1.409	0	1.675	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Dividenden	0	0	-1.315	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.315	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	0	0	-761	0	0	0	0	0	0	0	0	-761	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsorientierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	-118	0	0	0	0	0	0	0	0	-118	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	61	0	0	0	0	0	0	0	0	0	61	0
zu Zahlungen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	472	0	0	0	0	0	0	0	472	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	161	0	0	0	0	0	0	0	0	0	161	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	-75	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-75	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	-1.618	0	0	0	0	0	0	0	-1.618	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewinne/Verluste (=) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	-153	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-153	138 [5]
Bestand zum 31. Dezember 2025	**4.891**	**58.281**	**28.096**	**-185**	**-707**	**-192**	**-36**	**0**	**-5.225**	**10**	**-4.150**	**66.953**	**11.708**

[1] Ohne Nennwertangabe/-anteil, verbucht in Bezug auf Leistungsorientierte Versorgungszusagen, nach Steuern
[2] Ohne anrechenbare Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen
[3] Bestehen Zusätzliche Tier-1-Anteilhaber, die während der und nachfolgende Anteilhaber der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapitalinstrumente sind
[4] Gesamtheit der Nettowerte aus der Ausgabe, dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.
[5] Die Deutsche Bank hat am 19. Dezember 2025 17,7 Mio. Stammaktien eingezogen. Die Durchführung verringerte den Nennwert der Stammaktien um 86 Mio. €. Die eingezogenen Stammaktien wurden zuvor als eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten von 1,0 Mrd. € gehalten. Der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennwert der Aktien reduziert die Kapitalrücklage um 903 Mio. €. Am 02. Januar 2025 hat die Deutsche Bank 46,4 Mio. Stammaktien eingezogen. Die Durchführung verringerte den Nennwert der Stammaktien um 0,3 Mio. €. Die eingezogenen Stammaktien wurden zuvor als eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten von 675 Mio. € gehalten. Der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennwert der Aktien reduziert die Kapitalrücklage um 546 Mio. €. Am 31. März 2024 hat die Deutsche Bank 80,5 Mio. Stammaktien eingezogen. Die Durchführung verringerte den Nennwert der Stammaktien um 0,7 Mio. €. Die eingezogenen Stammaktien wurden zuvor als eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten von 850 Mio. € gehalten. Der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennwert der Aktien reduziert die Kapitalrücklage um 3,0 Mio. €. Am 28. Februar 2023 hat die Deutsche Bank 35,0 Mio. Stammaktien eingezogen. Die Durchführung verringerte den Nennwert der Stammaktien um 0,3 Mio. €. Die eingezogenen Stammaktien wurden zuvor als eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten von 329 Mio. € gehalten. Der Differenzbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Nennwert der Aktien reduziert die Kapitalrücklage um 232 Mio. €.

次へ

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2025	2024	2023
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	**7.139**	3.505	4.892
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:			
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	1.707	1.830	1.505
Restrukturierungsaufwand	-15	-3	220
Ergebnis aus dem Verkauf von zum Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten Vermögenswerte, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-22	-76	-84
Latente Ertragsteuern, netto	837	473	-553
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	2.805	3.388	3.111
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-55	4	107
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:			
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten	-13.074	-1.188	-699
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	3.490	-25.975	-3.285
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-14.115	-25.214	793
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	75	93
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	-9.415	226	8.556
Sonstige Aktiva	-52.226	13.990	-1.584
Einlagen	38.220	37.603	1.771
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge[1]	28.456	5.425	29.493
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und aus Wertpapierleihen	631	625	2.456
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	8.529	182	4.534
Sonstige Passiva	48.755	-19.800	777
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten[2]	5.754	-6.339	-11.880
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	-19.269	-14.991	-35.616
Sonstige, per saldo	8.912	-2.323	801
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	**47.064**	-28.584	5.606
Cashflow aus Investitionstätigkeit:			
Erlöse aus:			
Verkauf von zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	10.909	18.267	15.646
Endfälligkeit von zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	22.748	22.658	19.437
Verkauf von Schuldverschreibungen mit Halteabsicht	0	20	0
Endfälligkeit von Schuldverschreibungen mit Halteabsicht	4.651	7.216	8.025
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	0	0	20
Verkauf von Sachanlagen	18	20	33
Erwerb von:			
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	-37.989	-46.502	-38.648
Schuldverschreibungen mit Halteabsicht	-24.728	-6.498	-4.859
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-17	-65	-60
Sachanlagen	-443	-528	-422
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	0	3	-361
Sonstige, per saldo	-1.440	-1.375	-1.586
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	**-26.311**	-6.781	-2.576
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit			
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten[3]	54	20	1.432
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten[3]	-2.728	-155	-1.471
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten[4]	0	0	0
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente[4]	-6	-6	-225
Tilgung von Leasing-Verbindlichkeiten[5]	-496	-552	-534

Konzern-Kapitalflussrechnung

in Mio. €	2025	2024	2023
Begebene Stammaktien	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	-1.618	-1.126	-887
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0
Begebene Zusätzliche Tier-1-Anleihen	2.500	3.000	0
Zurückgezahlte Zusätzliche Tier-1-Anleihen	-2.360	0	0
Kauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	-3.064	-3.541	-400
Verkauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	3.071	3.316	415
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	-761	-574	-498
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-107	-264	-100
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-6	-84	-5
Gezahlte Bardividende an Deutsche Bank Aktionäre	-1.315	-883	-610
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-6.834**	-646	-2.852
Nettoeffekt aus Wechselkursänderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	**-6.309**	2.910	-2.036
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	7.611	-33.102	-1.857
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	130.666	163.768	165.626
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	138.277	130.666	163.768
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet			
Gezahlte/erhaltene (–) Ertragsteuern, netto	1.361	1.392	955
Gezahlte Zinsen[3]	28.805	36.030	28.502
Erhaltene Zinsen[3]	44.543	48.746	43.413
Erhaltene Dividenden	142	110	106
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten			
Barreserven und Zentralbankeinlagen[7]	133.193	126.353	159.326
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)[8]	5.084	4.313	4.442
Insgesamt	**138.277**	**130.666**	**163.768**

[1] Einschließlich Emissionen von vorrangigen Langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 12,2 Mrd. € und Rückzahlungen/Rückkäufen in Höhe von 6,2 Mrd. € bis zum 31. Dezember 2025 (bis 31. Dezember 2024: 13,5 Mrd. € und 2,4 Mrd. €)

[2] Einschließlich Emissionen in Höhe von 23,7 Mrd. € und Rückzahlungen/Rückkäufen in Höhe von 17,2 Mrd. € bis zum 31. Dezember 2025 (bis 31. Dezember 2024: 25,8 Mrd. € und 33,2 Mrd. €)

[3] Nicht zahlungswirksame Veränderungen in den Nachrangigen Langfristigen Verbindlichkeiten betragen -741 Mio. € wovon 62 Mio. € hauptsächlich auf Marktpreisveränderungen und -850 Mio. € auf Fremdwährungseffekte bis zum 31. Dezember 2025 und 532 Mio. € wovon 90 Mio. € hauptsächlich auf Marktpreisveränderungen und 432 Mio. € auf Fremdwährungseffekte bis zum 31. Dezember 2024 zurückzuführen sind

[4] Nicht zahlungswirksame Veränderungen in den Hybriden Kapitalinstrumenten betragen 2 Mio. €, wovon -3 Mio. € hauptsächlich auf Marktpreisveränderungen bis zum 31. Dezember 2025 und 3 Mio. €, davon hauptsächlich -3 Mio. € Marktpreisveränderungen bis zum 31. Dezember 2024 zurückzuführen sind

[5] Nicht zahlungswirksame Veränderungen in den Leasingverbindlichkeiten betragen insgesamt 327 Mio. €, wovon -206 Mio. € auf Fremdwährungseffekte bis zum 31. Dezember 2025 und insgesamt 673 Mio. €, wovon 107 Mio. € auf Fremdwährungseffekte bis zum 31. Dezember 2024 zurückzuführen sind

[6] Beinhaltet gezahlte und erhaltene Zinsen aus Derivaten, die als Sicherungsinstrumente im Rahmen der Fair Value Hedge Accounting Anwendung des Konzerns gelten, die Portfoliosicherungen des Zinsrisikos gemäß der EU Carve-out Version von IAS 39 umfasst

[7] Nicht eingeschlossen: verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken in Höhe von 31,5 Mrd. € per 31.12.2025 und 21,2 Mrd. € per 31.12.2024

[8] Nicht eingeschlossen: verzinsliche Termineinlagen bei Kreditinstituten in Höhe von 1,0 Mrd. € per 31.12.2025 und 1,0 Mrd. € per 31.12.2024

Zahlungsmittel und Guthaben bei Zentralbanken beinhalten zum 31. Dezember 2025 Termin- und Sichteinlagen bei der russischen Zentralbank in Höhe von 545 Mio. € (377 Mio. € zum 31. Dezember 2024). Diese unterliegen Devisenbeschränkungen. Davon qualifizieren sich Sichteinlagen in Höhe von 13 Mio. € (15 Mio. € zum 31. Dezember 2024) als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zum Ende der Periode.

Der nachfolgende Konzernanhang ist integraler Bestandteil des Konzernabschlusses.

Konzernanhang

01 – Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen

Grundlage der Darstellung

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Taunusanlage 12, 60325 Frankfurt am Main, Deutschland („Deutsche Bank" oder „Muttergesellschaft") ist eine Aktiengesellschaft nach deutschem Recht. Zusammen mit den Gesellschaften, bei denen die Deutsche Bank über beherrschenden Einfluss verfügt, bietet die Deutsche Bank (der „Konzern" oder „Deutsche Bank") weltweit das gesamte Spektrum von Produkten und Dienstleistungen im Corporate & Investment Banking, Privatkundengeschäft und Asset Management an.

Der beigefügte Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Alle Angaben wurden auf die nächste Million gerundet. Der Konzernabschluss steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS"), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB") veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU") in europäisches Recht übernommen wurden.

Vor der Veröffentlichung am 12. März 2026 billigte der Aufsichtsrat am 11. März 2026 den vom Vorstand am 5. März 2026 aufgestellten Konzernabschluss 2025.

EU carve-out

Der Konzern wendet die IFRS-Regelungen für die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts auf Portfoliosicherungsbeziehungen für Zinsänderungsrisiken (Makrosicherungsbeziehungen) gemäß der IAS 39 EU carve-out Version an. Hintergrund der Anwendung der IAS 39 EU carve-out Version ist die Angleichung der Konzernbilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit der Risikomanagementpraxis des Konzerns und der Bilanzierungspraxis von wichtigen Vergleichsunternehmen in der Europäischen Union. Unter der IAS 39 EU carve-out Version kann eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts für Makrosicherungsbeziehungen auf Sichteinlagen angewendet werden. Des Weiteren wird Ineffektivität aus der Absicherungsbeziehung in allen Anwendungen der Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts für Makrosicherungsbeziehungen im Allgemeinen nur erfasst, wenn die revidierte Schätzung der Cashflow-Beträge in den geplanten Zeitperioden unter die originär designierten Beträge in dieser Zeitperiode fällt. Somit wird Ineffektivität in Fällen, in denen die revidierte Schätzung der Cashflow-Beträge in den geplanten Zeitperioden über den originär designierten Beträge in einer Zeitperiode liegt, nicht erfasst. Die seitens des IASB veröffentlichten IFRS-Bilanzierungsregeln zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts für Makrosicherungsbeziehungen können auf Sichteinlagen nicht angewendet werden. Darüber hinaus wird Ineffektivität aus der Absicherungsbeziehung nach den vom IASB veröffentlichten IFRS-Bilanzierungsregeln in allen Anwendungen der Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts für Makrosicherungsbeziehungen erfasst, wenn die revidierte Schätzung der Cashflow-Beträge in den geplanten Zeitperioden über oder unter die originär designierten Beträge in dieser Zeitperiode fällt. Die IAS 39 EU carve-out Version hebt auch das Verbot auf, eine Benchmark-Risikokomponente in einem Finanzinstrument zu identifizieren, dessen Preis unter der Benchmark liegt. Dies kann der Fall sein, wenn Finanzinstrumente einen negativen Spread aufweisen, sodass die identifizierte, nicht vertraglich festgelegte Risikokomponente größer ist als der Zinsertrag des Kontrakts selbst.

Für das zum 31. Dezember 2025 abgeschlossene Geschäftsjahr hatte die Anwendung der IAS 39 EU carve-out-Version einen positiven Effekt auf den Gewinn vor Steuern von 0,7 Mrd. € und auf den Gewinn nach Steuern von 0,3 Mrd. € Für das zum 31. Dezember 2024 abgeschlossen Geschäftsjahr hatte die Anwendung der IAS 39 EU carve-out-Version einen negativen Effekt auf den Gewinn vor Steuern von (1,4) Mrd. € und auf den Gewinn nach Steuern von (1,0) Mrd. €.

Das aufsichtsrechtliche Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten werden ebenfalls auf Basis der IAS 39 EU carve-out Version berichtet. Der Effekt auf das Gesamtkapital beeinflusst auch die Kalkulation der harten Kernkapitalquote. Zum 31. Dezember 2025 hatte die Anwendung der IAS 39 EU carve-out Version einen kumulierten negativen Effekt auf die harte Kernkapitalquote von ungefähr 60 Basispunkten und einen kumulierten negativen Effekt von ungefähr 68 Basispunkten für das am 31. Dezember 2024 abgeschlossene Geschäftsjahr.

IFRS 7 Anhangangaben (beinhaltet Angaben zur Segmentberichterstattung und geopolitischen Risiken)
Angaben nach IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures" zu Art und Umfang von Risiken aus Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Risikobericht" im Zusammengefassten Lagebericht enthalten und sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernabschlusses.

Einzelheiten zu den Auswirkungen von makroökonomischen und geopolitischen Risiken sind im Abschnitt „Chancen und Risiken", sowie im Abschnitt „Risiko- und Kapital-Übersicht", Kapitel "Risikoschwerpunkte" im Risikobericht zu finden. Der Konzern hat Exponierungen gegenüber makroökonomischen und geopolitischen Risiken. Die folgenden Beispiele zeigen, wie diese Risiken das Finanzergebnis des Konzerns beeinflussen können:

- Zölle und Sanktionen könnten die Fähigkeit der Kunden beeinträchtigen, Kapital- und Zinszahlungen im Rahmen von Instrumenten, die unter IFRS 9 fallen, zu bedienen.
- Kriege und Embargos können die Fähigkeit der Kunden beeinträchtigen, nachhaltige Erträge zur Bedienung ihrer Kredite zu erwirtschaften.

Der Konzern berücksichtigt solche makroökonomischen und geopolitischen Risiken im Rahmen der Kreditrisikobewertung und der Due-Diligence-Prüfung, bevor den betreffenden Kunden Kredite gewährt werden. Der Konzern verwaltet sein Kreditportfolio auch im Rahmen der festgelegten Risikobereitschaft und Risikolimite.

Einzelheiten zur Segmentberichterstattung sind im Abschnitt "Geschäftsbereiche der Deutschen Bank" sowie in der Note 4 - Segmentberichterstattung zu finden.

Diese geprüften Teile sind im Risikobericht in hellblau gekennzeichnet.

Seit dem Beginn des vierten Quartals 2023 sind erstklassige liquide Vermögenswerte (High Quality Liquid Assets oder „HQLA", wie in der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission definiert) anstelle der bisher ausgewiesenen Liquiditätsreserven ein wesentliches Limit für die Liquiditätsrisikobereitschaft des Konzerns. Erstklassige liquide Vermögenswerte sind verfügbare Barmittel und unbelastete, qualitativ hochwertige, liquide Wertpapiere (inklusive Staatsanleihen und staatlich garantierte Anleihen), welche die marktgängigsten und wichtigsten Deckungsposten in einem Stressereignis darstellen. Entsprechend hat der Konzern die Veröffentlichung von Liquiditätsreserven seit 2025 eingestellt.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen

Die Erstellung des Jahresabschlusses gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen. Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die vom Konzern angewandten wesentlichen Rechnungslegungsgrundsätze sind im Abschnitt „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze" beschrieben.

Einige der vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze setzen wesentliche Einschätzungen voraus, die auf komplexen und subjektiven Beurteilungen sowie Annahmen beruhen und die sich auf Fragestellungen beziehen können, die Unsicherheiten aufweisen und für Änderungen anfällig sind. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und können sich erheblich auf die Finanzlage sowie ihre Veränderung auswirken beziehungsweise das Geschäftsergebnis beeinflussen. Als wesentliche Einschätzungen gelten auch solche, die das Management in der aktuellen Berichtsperiode bei sachgerechter Ermessensausübung anders hätte treffen können. Der Konzern hat die nachstehend aufgeführten Rechnungslegungsgrundsätze, deren Anwendung in erheblichem Umfang auf Einschätzungen basiert, als wesentlich identifiziert:

- die Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (siehe Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft")
- die Wertminderung zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft ")
- die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts (siehe Abschnitt „Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts")
- die Erfassung des „Trade Date Profit" (siehe Abschnitt „Erfassung des Trade Date Profit")
- die Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie sonstiger immaterieller Vermögenswerte (siehe Abschnitt „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte")
- den Ansatz und die Bewertung von aktiven latenten Steuern (siehe Abschnitt „Ertragsteuern")
- die Bilanzierung von ungewissen Verpflichtungen aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren sowie ungewissen Steuerpositionen (siehe Abschnitt „Rückstellungen").

Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze

Im Folgenden werden die wesentlichen vom Konzern angewandten Rechnungslegungsgrundsätze beschrieben. Mit Ausnahme der zuvor beschriebenen und den im weiteren Verlauf erwähnten Änderungen sind diese Grundsätze in den Geschäftsjahren 2023, 2024 und 2025 konsistent angewandt.

Grundsätze der Konsolidierung

Die Finanzinformationen im Konzernabschluss beinhalten Daten der Muttergesellschaft, Deutsche Bank Aktiengesellschaft, zusammen mit ihren konsolidierten Tochtergesellschaften, unter Einbeziehung bestimmter strukturierter Unternehmen, dargestellt als eine wirtschaftliche Einheit.

Tochtergesellschaften

Tochtergesellschaften des Konzerns sind die von ihm direkt oder indirekt beherrschten Einheiten. Der Konzern beherrscht ein Unternehmen, wenn er aus seiner Verbindung mit dem Unternehmen variablen Rückflüssen ausgesetzt ist und die Fähigkeit besitzt, diese Rückflüsse mittels seiner Verfügungsgewalt zu beeinflussen.

Der Konzern unterstützt die Gründung von strukturierten Unternehmen und interagiert mit nicht von ihm gesponserten strukturierten Unternehmen aus einer Vielzahl von Gründen. Auf diese Weise können Kunden Investitionen in rechtlich selbstständige Gesellschaften oder gemeinsame Investitionen in alternative Vermögensanlagen vornehmen. Es werden aber auch die Verbriefung von Vermögenswerten und der Kauf oder Verkauf von Kreditsicherungsinstrumenten ermöglicht.

Um festzustellen, ob ein Unternehmen zu konsolidieren ist, gilt es eine Reihe von Kontrollfaktoren zu prüfen. Diese beinhalten eine Untersuchung

- des Zwecks und der Gestaltung des Unternehmens
- der relevanten Tätigkeiten und wie diese bestimmt werden
- ob der Konzern durch seine Rechte die Fähigkeit hat, die relevanten Tätigkeiten zu bestimmen
- ob der Konzern eine Risikobelastung durch oder Anrechte auf variable Rückflüsse hat und
- ob der Konzern die Fähigkeit hat, seine Verfügungsgewalt so zu nutzen, dass dadurch die Höhe der Rückflüsse beeinflusst wird.

Sind Stimmrechte maßgeblich, beherrscht der Konzern ein Unternehmen, wenn er direkt oder indirekt mehr als die Hälfte der Stimmrechte an dem Unternehmen besitzt, ausgenommen es gibt Anzeichen, dass ein anderer Investor über die praktische Fähigkeit verfügt, die relevanten Tätigkeiten einseitig zu bestimmen.

Bei der Beurteilung der Beherrschung werden auch potenzielle Stimmrechte berücksichtigt, soweit diese als substanziell erachtet werden.

Ähnlich beurteilt der Konzern das Vorliegen einer Beherrschung in Fällen, in denen er nicht die Mehrheit der Stimmrechte besitzt, aber die praktische Fähigkeit zur einseitigen Lenkung der relevanten Tätigkeiten hat. Diese Fähigkeit kann in Fällen entstehen, in denen der Konzern die Möglichkeit zur Beherrschung der relevanten Tätigkeiten aufgrund der Größe und Verteilung des Stimmrechtsbesitzes der Anteilseigner besitzt.

Assoziierte Unternehmen

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert. Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der Konzern über maßgeblichen Einfluss verfügt, aber keinen beherrschenden Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen besitzt. In der Regel wird ein maßgeblicher Einfluss vermutet, wenn der Konzern zwischen 20% und 50% der Stimmrechte hält. Bei der Beurteilung, ob der Konzern die Möglichkeit besitzt, einen maßgeblichen Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, werden die Existenz sowie der Effekt potenzieller Stimmrechte, die aktuell ausübbar oder wandelbar sind, berücksichtigt. Weitere Faktoren, die zur Beurteilung eines maßgeblichen Einflusses herangezogen werden, sind beispielsweise die Vertretung in Leitungs- und Aufsichtsgremien (bei deutschen Aktiengesellschaften im Aufsichtsrat) des Beteiligungsunternehmens sowie wesentliche Geschäftsvorfälle mit dem Beteiligungsunternehmen. Liegen solche Faktoren vor, könnte die Anwendung der Equitymethode auch dann erforderlich sein, wenn die Beteiligung des Konzerns weniger als 20% der Stimmrechte umfasst.

Nach der Equitymethode werden die Anteile des Konzerns an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen anfänglich mit ihren Anschaffungskosten angesetzt (inklusive direkt zurechenbarer Transaktionskosten, die beim Erwerb des assoziierten Unternehmens entstehen) und nachfolgend um den Anteil des Konzerns an dem nach der Akquisition anfallenden Gewinn (oder Verlust) oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des betreffenden assoziierten oder gemeinschaftlich geführten Unternehmens erhöht (oder vermindert). Der Anteil des Konzerns an den Ergebnissen assoziierter Unternehmen wird angepasst, um mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns übereinzustimmen, und in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen ausgewiesen.

Wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, wird eine Werthaltigkeitsprüfung durchgeführt, indem der erzielbare Betrag der Beteiligung, der dem jeweils höheren Wert aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten entspricht, mit deren Bilanzwert verglichen wird.

Währungsumrechnung

Der Konzernabschluss wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Eine Reihe von Konzerngesellschaften verwendet eine andere funktionale Währung, die der Währung des wirtschaftlichen Umfelds entspricht, in dem die Gesellschaft tätig ist.

Eine Gesellschaft bilanziert Erträge, Aufwendungen, Gewinne und Verluste in Fremdwährung in ihrer jeweiligen funktionalen Währung und legt die am Tag der bilanziellen Erfassung geltenden Wechselkurse zugrunde.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf eine andere als die funktionale Währung der jeweiligen Einzelgesellschaft lauten, werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Realisierte und unrealisierte Wechselkursgewinne und -verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen, um die Umrechnungsbeträge den erfassten Beträgen aus den zugehörigen währungsspezifischen Transaktionen (Derivate), die diese monetären Vermögenswerte und Verbindlichkeiten absichern, anzugleichen.

Nicht-monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungskosten bewertet werden, werden zum historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen aus nicht-monetären Posten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden erfolgswirksam erfasst.

Zum Zweck der Umrechnung in die Berichtswährung werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten von ausländischen Geschäftsbetrieben zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Die Ertrags- und Aufwandsposten werden zu den bei Abschluss der Transaktion geltenden Wechselkursen oder zu Durchschnittskursen, sofern diese annähernd einer Umrechnung zu Transaktionskursen entsprechen, in Euro umgerechnet. Wechselkursdifferenzen infolge der Umrechnung eines ausländischen Geschäftsbetriebs werden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst. Wechselkursdifferenzen, die den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss bei ausländischen Tochtergesellschaften zuzurechnen sind, werden unter den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss ausgewiesen.

Beim Verkauf einer ausländischen Tochtergesellschaft oder eines ausländischen assoziierten Unternehmens, das heißt beim Verlust der Beherrschung oder des maßgeblichen Einflusses über diesen Geschäftsbetrieb, werden die in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfassten kumulierten Umrechnungsdifferenzen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Bei der Teilveräußerung einer ausländischen Tochtergesellschaft ohne Verlust der Beherrschung wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in Anteile ohne beherrschenden Einfluss umgebucht, da es sich um eine Transaktion zwischen Eigenkapitalgebern handelt. Bei der Teilveräußerung eines assoziierten Unternehmens ohne Verlust des maßgeblichen Einflusses wird der proportionale Anteil der kumulierten Wechselkursdifferenzen aus den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert.

Zinsen, Gebühren und Provisionen

Zinsüberschuss – Zinserträge und -aufwendungen aus allen verzinslichen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten werden nach der Effektivzinsmethode erfasst und im Zinsüberschuss ausgewiesen. Die Effektivzinsmethode ist ein Verfahren zur Berechnung der fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit, bei dem Zinserträge oder Zinsaufwendungen unter Verwendung der erwarteten zukünftigen Cashflows über den relevanten Zeitraum verteilt werden.

Die zur Berechnung des Effektivzinses herangezogenen geschätzten Cashflows berücksichtigen alle vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem Vermögenswert oder der Verbindlichkeit sowie alle Gebühren (inklusive Provisionen), die integraler Teil des Effektivzinssatzes sind, die direkten und inkrementellen Transaktionskosten sowie alle sonstigen Agios und Disagios. Sofern jedoch das Finanzinstrument zum beizulegenden Zeitwert bewertet wird, werden die zugehörigen Provisionen ergebniswirksam zum Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes des Finanzinstruments vereinnahmt, wenn der Bestimmung ihres beizulegenden Zeitwerts keine signifikanten unbeobachtbaren Eingangsparameter zugrunde liegen.

Wenn ein finanzieller Vermögenswert wertgemindert ist, werden die Zinserträge durch die Anwendung der Effektivzinsmethode auf die fortgeführten Anschaffungskosten berechnet. Die fortgeführten Anschaffungskosten des finanziellen Vermögenswerts entspricht dem Bruttobuchwert nach Anpassung für eine Kreditrisikovorsorge. Für finanzielle Vermögenswerte, die als erworbene oder ausgegebene ausfallgefährdete Instrumente erfasst werden, wird der Zinsertrag unter Anwendung einer kreditadjustierten Effektivzinsrate und unter Berücksichtigung von erwarteten Kreditverlusten ermittelt.

Der Konzern weist negative gezahlte Zinsen aus verzinslichen Vermögenswerten als Zinsaufwand und Zinserträge aus verzinslichen Verbindlichkeiten als Zinsertrag aus.

Der Konzern weist Zinserträge und -aufwendungen, die auf Basis der Effektivzinsmethode berechnet werden separat in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung aus.

Provisionsüberschuss – Der Konzern wendet das Fünf-Stufen-Modell zur Ertragsvereinnahmung aus IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers" zur Vereinnahmung von Provisionserträgen an. Nach diesem Modell kommt es zur Ertragsvereinnahmung, wenn die Kontrolle über die Güter und Dienstleistungen übertragen wurde, so dass die vertraglichen Leistungsverpflichtungen an den Kunden erfüllt worden sind.

Nachdem in der ersten Stufe ein Kundenvertrag identifiziert wurde, wird in einer zweiten Stufe die Leistungsverpflichtung oder eine Serie von eigenständig abgrenzbaren Leistungsverpflichtungen an den Kunden identifiziert. Der Konzern muss bewerten, ob die Dienstleistung als in der Sache eigenständig abgrenzbar gilt und ob sie im Kontext des Vertrags auch wirklich eigenständig abgegrenzt ist. Eine vereinbarte Dienstleistung gilt als eigenständig abgrenzbar, wenn dem Kunden aus der Dienstleistung direkt oder im Zusammenspiel mit anderen, ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen Nutzen entsteht, und wenn die zugesagten Dienstleistungen an den Kunden sich von anderen im Vertrag zugesagten Verpflichtungen getrennt identifizieren lassen. Die Höhe des Ertrags wird auf Basis des vertraglich vereinbarten Transaktionspreises für die im Vertrag definierte Leistungsverpflichtung ermittelt. Wenn ein Vertrag eine variable Vergütung enthält, schätzt der Konzern den Vergütungsbetrag, zu dem der Konzern für die Übertragung von Waren und Dienstleistungen an den Kunden berechtigt ist. Ein Ertrag wird ergebniswirksam vereinnahmt, wenn die identifizierten Leistungsverpflichtungen erfüllt worden sind. Der Konzern weist keine Informationen über seine ausstehenden Leistungsverpflichtungen aus, wenn sie Teil eines Vertrags sind, der eine ursprüngliche Laufzeit von einem Jahr oder weniger hat.

Der Konzern bestimmt den eigenständigen Verkaufspreis am Vertragsbeginn für eine eigenständige abgrenzbare Leistungsverpflichtung im Vertrag und verteilt den Transaktionspreis im Verhältnis zu diesen eigenständigen Verkaufspreisen. Der eigenständige Verkaufspreis ist der Preis, den der Konzern erzielt, wenn er die versprochene Leistung separat auf entbündelter Basis verkaufen würde. Das beste Indiz für einen eigenständigen Verkaufspreis ist ein beobachtbarer Preis für die Dienstleistung, wenn der Konzern diese separat unter ähnlichen Umständen und an ähnliche Kunden verkauft. Falls der Konzern die Dienstleistung nicht separat an Kunden verkauft, schätzt er den eigenständigen Verkaufspreis mit einer angemessenen Methode; zum Beispiel wendet der Konzern in einer Kreditsyndizierungstransaktion die Anforderungen zur Erfassung eines Handelstaggewinns an und betrachtet den Preis, für den andere Marktteilnehmer die Dienstleistung auf entbündelter Basis bereitstellen. Der Konzern betrachtet bei der Schätzung des eigenständigen Verkaufspreis also alle angemessen verfügbaren Informationen (einschließlich Marktkonditionen). Somit maximiert der Konzern den Einsatz von beobachtbaren Eingangsgrößen und wendet Schätzungsmethoden bei ähnlichen Umständen stetig an.

Der Konzern erbringt Managementdienstleistungen für Investmentfonds, die eine eigenständige Leistungsverpflichtung darstellen und für die der Konzern eine Asset Management- und eine Performance-Gebühr enthält. Die Asset Management- und Performance-Gebühren stellen variable Vergütungen dar, bei denen der Konzern zu jedem Bilanzstichtag den Vergütungsbetrag schätzt, zu dem der Konzern für die Übertragung der vereinbarten Dienstleistungen an den Kunden berechtigt ist. Der Kunde zieht über einen Zeitraum hinweg einen Nutzen aus den Investmentfondsmanagement-Dienstleistungen. Der Konzern erfasst den Ertrag über den Zeitraum hinweg, in dem der Konzern den Leistungsfortschritt bis zur vollständigen Erfüllung der Leistungsverpflichtung bewertet, vorbehaltlich einer hohen Wahrscheinlichkeit, dass eine wesentliche Umkehr der bisher vereinnahmten kumulierten Erträge nicht eintritt. Für die Asset Management-Gebühr ist dies das Ende der monatlichen oder vierteljährlichen Leistungsperiode. Für die Performance-Gebühr ist dieser Zeitpunkt typischerweise der Erhalt der erfolgsabhängigen Vergütung, wenn jegliche Unsicherheit bezüglich der erfolgsabhängigen Komponente beseitigt wurde. Erfasst die Gruppe Erträge aus erfolgsabhängigen Vergütungen vor der tatsächlichen Erfüllung, wendet sie eine parameterbasierte Methodik an, die beurteilt, ob die Gruppe erwartet, die an die erfolgsabhängige Vergütung geknüpften Bedingungen zu erfüllen, so dass es hoch wahrscheinlich ist, dass eine signifikante Umkehrung des kumulierten erfassten Ertrags nicht eintreten wird. In diesem Fall wird der Anspruch auf den entsprechenden Ertrag als Vertragsvermögenswert erfasst und als sonstige Vermögenswerte in der Bilanz der Gruppe ausgewiesen..

Kreditbereitstellungsgebühren im Zusammenhang mit Zusagen, die bilanziell nicht erfasst werden, werden über die Laufzeit der Zusage im Provisionsüberschuss erfasst, wenn es unwahrscheinlich ist, dass die zugehörige Kreditvergabe erfolgen wird. Wenn es wahrscheinlich ist, dass der zugesagte Kredit in Anspruch genommen wird, wird die Kreditbereitstellungsgebühr bis zur Gewährung eines Kredits abgegrenzt und als Anpassung des Effektivzinssatzes des Darlehens berücksichtigt.

Die folgenden Provisionserträge resultieren primär aus über einen bestimmten Zeitraum zu erbringenden Dienstleistungen: Verwaltungsprovisionen, Provisionen für Vermögensverwaltung, Provisionen für Auslandsgeschäft, Provisionen für Kreditbearbeitung und des Avalgeschäfts und Provisionen und Gebühren für sonstige Kundendienstleistungen. Der Konzern erfasst den Ertrag über den Zeitraum hinweg, indem er den Leistungsfortschritt bis zur vollständigen Erfüllung der Leistungsverpflichtung bewertet, vorbehaltlich einer hohen Wahrscheinlichkeit, dass eine wesentliche Umkehr der bisher vereinnahmten kumulierten Erträge nicht eintritt.

Zu den Provisionen, die primär über die Erbringung von transaktionsbezogenen Serviceleistungen erzielt werden, gehören Provisionen für sonstige Wertpapiere, Provisionen für Platzierungsgeschäft und Beratung, Provisionen für Kommissionsgeschäft, Provisionen für Zahlungsverkehr, Provisionen für Fremdwährungsgeschäft und Vermittlungsprovisionen.

Aufwendungen, die im direkten und inkrementellen Zusammenhang mit der Generierung von Provisionserträgen stehen, werden netto im Provisionsüberschuss der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt. Diese beinhalten Erträge und damit verbundene Aufwendungen, wenn der Konzern die vertragliche Leistungsverpflichtung, die die Grundlage für die Erträge und damit verbundenen Aufwendungen darstellt, besitzt (d. h. als Prinzipal). Dagegen beinhalten sie keine Erträge und damit verbundene Aufwendungen, wenn der Konzern die vertragliche Leistungsverpflichtung nicht besitzt und als Agent handelt. Die Basis für die Einordnung, ob der Konzern als Prinzipal oder als Agent handelt, bilden die vertraglichen Bestimmungen des entsprechenden Dienstleistungsvertrags. Die Bruttobeträge der Provisionserträge und -aufwendungen sind in Anhangangabe 06 „Provisionsüberschuss" enthalten.

Finanzielle Vermögenswerte

Der Konzern klassifiziert finanzielle Vermögenswerte nach den Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften von IFRS 9. IFRS 9 verlangt, dass die Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten sowohl auf der Grundlage des Geschäftsmodells, das für die Verwaltung der finanziellen Vermögenswerte verwendet wird, als auch der vertraglichen Zahlungsstrom-Eigenschaften des finanziellen Vermögenswerts (auch bekannt als „Solely Payments of Principal and Interest" oder „SPPI") bestimmt wird. Es gibt drei verfügbare Geschäftsmodelle:

- Halteabsicht („Hold to Collect") - Finanzielle Vermögenswerte, die mit dem Ziel gehalten werden, die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen. Diese werden nach Ersterfassung zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und in mehreren Positionen in der Konzernbilanz ausgewiesen.
- Halte- und Verkaufsabsicht („Hold to Collect and Sell") - Finanzielle Vermögenswerte, die mit dem Ziel gehalten werden, sowohl die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen als auch finanzielle Vermögenswerte zu verkaufen. Diese werden in der Konzernbilanz als Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen.
- Sonstiges - Finanzielle Vermögenswerte, die weder die Kriterien für eine Zuordnung in die Geschäftsmodelle Hold to Collect oder Hold to Collect and Sell erfüllen. Diese werden in der Konzernbilanz als Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Die Beurteilung des Geschäftsmodells erfordert eine Prüfung auf der Grundlage von Fakten und Umständen zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung. Als Teil der Beurteilung berücksichtigt der Konzern quantitative (z. B. die erwartete Häufigkeit und das erwartete Volumen von Verkäufen) und qualitative Faktoren. Zu Letzteren gehörten die Art und Weise, wie die Performance des Geschäftsmodells und der in diesem Geschäftsmodell gehaltenen finanziellen Vermögenswerte bewertet und an Personen in Schlüsselpositionen des Konzerns berichtet wird. Zusätzlich zur Betrachtung der Risiken, die sich auf die Performance des Geschäftsmodells und der in diesem Geschäftsmodell gehaltenen finanziellen Vermögenswerte auswirken; wird insbesondere die Art und Weise, in der diese Markt- und Kreditrisiken gesteuert werden; und die Art und Weise, wie die Führungskräfte des Bereichs vergütet werden (z. B. ob die Vergütung auf dem beizulegenden Zeitwert der verwalteten Vermögenswerte oder auf den vereinnahmten vertraglichen Zahlungsströmen basiert) betrachtet. Diese Beurteilung führt zu einer Klassifizierung des Vermögenswerts entweder in das Geschäftsmodell Hold to Collect, Hold to Collect and Sell oder Sonstiges.

Wird ein finanzieller Vermögenswert entweder in einem Hold to Collect oder einem Hold to Collect and Sell-Geschäftsmodell gehalten, ist zur Bestimmung der Klassifizierung des finanziellen Vermögenswerts beim erstmaligen Ansatz eine Beurteilung erforderlich, ob es sich bei den vertraglichen Zahlungsströmen ausschließlich um Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag handelt. Vertragliche Zahlungsströme, die ausschließlich Tilgungs- und Zinszahlungen auf den ausstehenden Kapitalbetrag darstellen, stehen im Einklang mit einer elementaren Kreditvereinbarung. Zinsen in einer elementaren Kreditvereinbarung sind die Gegenleistung für den Zeitwert des Geldes und das Kreditrisiko, das mit dem über einen bestimmten Zeitraum ausstehenden Nominalbetrag verbunden ist. Die Zinsen können auch die Berücksichtigung anderer grundlegender Kreditrisiken (z. B. Liquiditätsrisiko) und Kosten (z. B. Verwaltungskosten) im Zusammenhang mit dem Halten des finanziellen Vermögenswerts über einen bestimmten Zeitraum und eine Gewinnmarge, die mit einer elementaren Kreditvereinbarung konsistent ist, umfassen. Wenn sich die Zahlungsströme im Laufe der Zeit aufgrund bedingter Ereignisse ändern können, z. B. wenn sich die Marge eines Kredits in Abhängigkeit von der Leistung des Kreditnehmers bei bestimmten vertraglichen ESG-Kennzahlen anpasst, werden das bedingte Ereignis und die Zahlungsströme bewertet, um festzustellen, ob die Zahlungsströme die SPPI-Kriterien erfüllen. Die Art des bedingten Ereignisses und der Umfang der möglichen Änderung der Zahlungsströme werden bei dieser Bewertung auf absoluter und relativer Basis im Vergleich zum Gesamtkupon berücksichtigt. Darüber hinaus wird im Rahmen der SPPI-Beurteilung bei regresslosen Krediten eine weitere Beurteilung vorgenommen, um festzustellen, ob die Zahlungsströme SPPI-konform sind, was von der Art der Basiswerte, dem Grad der Nachrangigkeit und den vertraglichen Zahlungsströmen des gehaltenen Instruments abhängt. Der Konzern reicht Schuldinstrumente an Unternehmen aus und kauft Schuldinstrumente von Unternehmen, die mehrere Tranchen von Schuldinstrumenten ausgeben. Wenn diese Instrumente die Definition eines vertraglich verbundenen Instruments erfüllen, werden weitere Analysen der Zahlungsströme und des Kreditrisikos des gehaltenen Instruments sowie der zugrunde liegenden Sicherheiten, die beim Kauf gehalten werden und in Zukunft gehalten werden können, durchgeführt.

Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung

Finanzielle Vermögenswerte werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert, wenn sie entweder aufgrund der Handelsabsicht im sonstigen Geschäftsmodell gehalten werden oder wenn sie die Kriterien für die Geschäftsmodelle Hold to Collect oder Hold to Collect and Sell nicht erfüllen. Zusätzlich beinhalten sie finanzielle Vermögenswerte, die die Kriterien für die Geschäftsmodelle Hold to Collect oder Hold to Collect and Sell erfüllen, aber entweder die SPPI-Kriterien verfehlen oder als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte designiert werden.

Realisierte und unrealisierte Gewinne/Verluste für finanzielle Vermögenswerte, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifiziert sind, werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Zinsen aus verzinslichen Aktiva wie Handelskrediten und festverzinslichen Wertpapieren sowie Dividenden aus Aktien werden in den Zinsen und ähnlichen Erträgen ausgewiesen.

Für finanzielle Vermögenswerte, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wendet der Konzern die Handelstagssmethode an.

Handelsaktiva – Finanzielle Vermögenswerte werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck der kurzfristigen Veräußerung begeben oder erworben werden oder wenn sie Teil eines Portfolios eindeutig identifizierter und gemeinsam gesteuerter Finanzinstrumente sind, für die in der jüngeren Vergangenheit Nachweise hinsichtlich kurzfristiger Gewinnmitnahmen bestehen. Zu den Handelsaktiva gehören Schuldtitel, Aktien, zu Handelszwecken gehaltene Derivate und Handelskredite. Diese beinhalten auch Kreditzusagen, die dem sonstigen Geschäftsmodell zugeordnet sind und die als Derivate zu Handelszwecken ausgewiesen werden.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte – Der Konzern ordnet nicht zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte, die weder in das Hold to Collect noch in das Hold to Collect and Sell Geschäftsmodell fallen, dem sonstigen Geschäftsmodell zu. Diese Vermögenswerte werden als Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte klassifiziert und beinhalten insbesondere Wertpapierpensionsgeschäfte (Reverse Repos), die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden. Zusätzlich klassifiziert der Konzern Vermögenswerte als Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte, wenn sie in einem Hold to Collect oder Hold to Collect and Sell Geschäftsmodell gehalten werden, aber ihre vertraglichen Zahlungsstrom-Merkmale nicht das SPPI-Kriterium erfüllen.

Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen

Ein finanzieller Vermögenswert wird als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen" („FVOCI") klassifiziert und bewertet, sofern er nicht im Rahmen der Fair-Value-Option klassifiziert wurde, wenn der finanzielle Vermögenswert in einem Hold to Collect and Sell-Geschäftsmodell gehalten wird und die vertraglichen Zahlungsströme das SPPI-Kriterium erfüllen.

Die Amortisierung von Agios und Disagios wird im Zinsüberschuss erfasst. Realisierte Gewinne und Verluste werden bei der Klassifizierung als FVOCI im Ergebnis aus Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Bei der Ermittlung der Anschaffungskosten von als FVOCI klassifizierten Vermögenswerten wird im Allgemeinen die Methode der gewichteten Durchschnittskosten herangezogen.

Für finanzielle Vermögenswerte, die als Finanzielle Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen klassifiziert werden, wendet der Konzern die Handelstagsmethode an.

Es ist möglich, Eigenkapitalinstrumente, für die keine Handelsabsicht besteht, als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen" zu designieren. Diese Kategorie wird jedoch vom Konzern voraussichtlich nur eingeschränkt genutzt werden und wurde bisher nicht angewendet.

Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten

Ein finanzieller Vermögenswert wird als zu fortgeführten Anschaffungskosten klassifiziert und in der Folge bewertet, wenn der finanzielle Vermögenswert in einem Hold to Collect Geschäftsmodell gehalten wird und die vertraglichen Zahlungsströme das SPPI-Kriterium erfüllen.

Bei dieser Bewertungskategorie wird der finanzielle Vermögenswert beim erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert abzüglich der Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode, bewertet und um etwaige Wertminderungen angepasst. Die Vermögenswerte werden auf Wertminderung anhand des IFRS 9 Modells der erwarteten Kreditverluste überprüft. In diesem Modell werden Wertminderungen auf Basis zukünftiger erwarteter Kreditverluste ergebniswirksam erfasst. Die Konzernrichtlinien zur Wertminderung sind im Kapitel „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft (IFRS 9)" ausführlich beschrieben. Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wendet der Konzern die Erfüllungstagsmethode an.

Finanzielle Vermögenswerte zu fortgeführten Anschaffungskosten beinhalten insbesondere Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten, Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos), Forderungen aus Wertpapierleihen und bestimmte unter Sonstige Aktiva ausgewiesene Forderungen.

Modifizierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verpflichtungen

Wenn die Vertragsbedingungen eines finanziellen Vermögenswerts neu verhandelt oder modifiziert werden und die Modifizierung nicht zu einer Ausbuchung führt, wird ein Gewinn oder Verlust in Höhe der Differenz zwischen den ursprünglichen vertraglichen Cashflows und den modifizierten, mit dem ursprünglichen Effektivzins abgezinsten Cashflows, ergebniswirksam erfasst. Die Zinsabgrenzung des modifizierten finanziellen Vermögenswerts erfolgt weiter auf Basis seiner ursprünglichen Effektivzinsrate. Wenn eine Modifizierung zu einer Ausbuchung führt, wird das ursprüngliche Instrument ausgebucht und das neue Instrument zum beizulegenden Zeitwert erfasst.

Nicht kreditbezogene oder kommerzielle Neuverhandlungen führen zu einer Ausbuchung der ursprünglichen Vereinbarung und zur Erfassung eines neuen finanziellen Vermögenswerts auf Basis der neuverhandelten Vertragsbedingungen, wenn sich das Kreditrisiko des Schuldners seit Kreditentstehung nicht wesentlich erhöht hat und wenn der Schuldner ein gegenwärtig ausübbares vorzeitiges Kündigungsrecht besitzt.

Für kreditbezogene Modifizierungen (d. h. Modifizierungen wegen einer wesentlichen Erhöhung des Kreditrisikos seit Ersterfassung) oder für Modifizierungen, in denen der Schuldner kein gegenwärtig ausübbares vorzeitiges Kündigungsrecht besitzt, beurteilt der Konzern, ob die modifizierten Vertragsbedingungen zu einem wesentlich modifizierten finanziellen Vermögenswert führen und somit ausgebucht wird. Diese Beurteilung beinhaltet eine quantitative Bewertung der Auswirkungen der Cashflow-Änderungen durch die modifizierten Vertragsbedingungen. Falls nötig beinhaltet die Beurteilung zusätzlich eine qualitative Bewertung der Auswirkungen der modifizierten Vertragsbedingungen. Wenn diese Modifizierungen nicht als wesentlich beurteilt werden, wird der finanzielle Vermögenswert nicht ausgebucht und als Modifizierung wie oben beschrieben bilanziert.

Falls die Modifizierungen als wesentlich betrachtet werden, wird das alte Instrument ausgebucht und ein neues Instrument wird erfasst. Der Konzern erfasst zu jedem Bilanzstichtag eine Kreditrisikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditverluste innerhalb von 12 Monaten. Wenn es nach einer Modifizierung, die zur Ausbuchung des ursprünglichen finanziellen Vermögenswerts führte, zu einem Anzeichen einer Wertminderung des neuen finanziellen Vermögenswerts bei Ersterfassung kommt, dann wird der neue finanzielle Vermögenswert als ausgegebener ausfallgefährdeter finanzieller Vermögenswert in Stufe 3 klassifiziert (siehe Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft").

Wenn die Vertragsbedingungen einer finanziellen Verpflichtung neu verhandelt oder modifiziert werden, beurteilt der Konzern, ob die modifizierten Vertragsbedingungen zu einer wesentlichen Modifizierung der finanziellen Verpflichtung führen und diese somit ausgebucht wird. Die Beurteilung beinhaltet eine quantitative Bewertung der Auswirkungen der Cashflow-Änderungen durch die modifizierten Vertragsbedingungen. Falls nötig beinhaltet die Beurteilung zusätzlich eine qualitative Bewertung der Auswirkungen der modifizierten Vertragsbedingungen. Wenn die Modifizierungen nicht als wesentlich beurteilt werden, wird die finanzielle Verpflichtung nicht ausgebucht. In einem solchen Fall wird ein Gewinn oder Verlust in Höhe der Differenz zwischen den ursprünglichen vertraglichen Cashflows und den modifizierten, mit dem ursprünglichen Effektivzins abgezinsten Cashflows in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Wenn es zu einer Ausbuchung kommt, wird die ursprüngliche finanzielle Verpflichtung ausgebucht und eine neue Verpflichtung zum beizulegenden Zeitwert erfasst.

Kreditzusagen

Kreditzusagen werden bilanziell nicht erfasst, sofern sie nicht im sonstigen Geschäftsmodell gehalten und als Derivate zu Handelszwecken ausgewiesen werden. Für diese außerbilanziellen Kreditzusagen erfasst der Konzern keine Änderungen des beizulegenden Zeitwerts infolge von Änderungen der Zinssätze oder Risikoaufschläge. Jedoch sind auf diese außerbilanziellen Kreditzusagen, wie im Abschnitt „Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft" ausgeführt, die Regeln des IFRS 9-Wertminderungsmodells anzuwenden.

Finanzielle Verpflichtungen

Mit Ausnahme der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen werden finanzielle Verpflichtungen nach IFRS 9 zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen

Zum beizulegenden Zeitwert bewerte finanzielle Verpflichtungen umfassen zu Handelszwecken gehaltene Verpflichtungen, als zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen und nicht überschussberechtigte Investmentverträge („Investmentverträge"). Unter IFRS 9 werden diese finanziellen Verpflichtungen zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und die realisierten und unrealisierten Gewinne/Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. Die aus der eigenen Kreditkomponente resultierenden Zeitwertveränderungen werden bei zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schuldverschreibungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst.

Für finanzielle Verpflichtungen, die als zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden, wendet der Konzern die Handelstagsmethode an.

Zinsen auf verzinsliche Passiva für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente werden im Zinsaufwand ausgewiesen.

Handelspassiva – Finanzielle Verpflichtungen aus emittierten Schuldverschreibungen werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, wenn sie hauptsächlich für den Zweck des kurzfristigen Rückkaufs erzeugt oder eingegangen werden. Handelspassiva umfassen hauptsächlich Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften (inklusive bestimmter Kreditzusagen) und Shortpositionen. Die Position beinhaltet auch Kreditzusagen, bei denen der resultierende Kredit dem sonstigen Geschäftsmodell zugeordnet wird, so dass die zugrunde liegende Kreditzusage als Derivat zu Handelszwecken klassifiziert wird.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen – Bestimmte finanzielle Verpflichtungen, die nicht die Definition von Handelspassiva erfüllen, werden nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert. Diese finanziellen Verpflichtungen müssen eine der folgenden Bedingungen erfüllen: (1) Durch die Klassifizierung werden Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert; (2) eine Gruppe finanzieller Verpflichtungen wird gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert und ihre Wertentwicklung auf dieser Basis gemessen; oder (3) das Finanzinstrument enthält ein eingebettetes Derivat oder mehrere eingebettete Derivate. Letzteres gilt nicht, wenn (i) das eingebettete Derivat keine wesentliche Modifizierung der nach Maßgabe des Vertrags erforderlichen Cashflows bewirkt oder (ii) ohne jegliche oder bereits nach oberflächlicher Prüfung feststeht, dass eine Trennung verboten ist. Darüber hinaus sieht der Konzern eine Klassifizierung als zum beizulegenden Zeitwert bewertet nur für diejenigen Finanzinstrumente vor, für die der beizulegende Zeitwert verlässlich bestimmbar ist. Zu den finanziellen Verpflichtungen, die nach der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert werden, zählen Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos), bestimmte Kredite und Kreditzusagen sowie Verbindlichkeiten aus strukturierten Schuldverschreibungen.

Investmentverträge – Sämtliche seitens des Konzerns abgeschlossenen Investmentverträge sind fondsgebunden und stimmen mit bestimmten vom Konzern gehaltenen Vermögenswerten überein. Die Verträge verpflichten den Konzern diese Vermögenswerte zur Begleichung der Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen zu nutzen. Sie beinhalten weder ein signifikantes Versicherungsrisiko noch eine ermessensabhängige Überschussbeteiligung. Die Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge werden ermittelt, indem zum Bilanzstichtag die Preise für die Fondsanteile mit der Anzahl der den Versicherungsnehmern zuzurechnenden Fondsanteile multipliziert werden. Da dieser so ermittelte Wert einen beizulegenden Zeitwert darstellt, erfolgt der Ausweis der Verbindlichkeiten unter den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen. Im Rahmen von Investmentverträgen erhaltene Einlagen führen zu einer Anpassung der Verbindlichkeiten für fondsgebundene Verträge. Die auf die Verträge entfallenden Anlageerträge werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Die Forderungen aus Investmentverträgen spiegeln einen etwaigen Überschuss ausgezahlter Beträge über die bilanzierten Verbindlichkeiten wider. Den Versicherungsnehmern von Investmentverträgen werden Gebühren für die Verwaltung der Versicherungspolicen und der Kapitalanlagen sowie für Rückkäufe und sonstige Vertragsleistungen in Rechnung gestellt.

Eingebettete Derivate

Einige hybride finanzielle Verpflichtungen enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht-derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht-derivative Komponente der finanziellen Verpflichtung als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird die betreffende hybride finanzielle Verpflichtung nicht als zum beizulegenden Zeitwert bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt und zum beizulegenden Zeitwert erfasst, wobei Wertänderungen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen werden. Der Basisvertrag der finanziellen Verpflichtung wird weiterhin in Übereinstimmung mit dem entsprechenden Rechnungslegungsstandard bewertet. Der Buchwert eines eingebetteten Derivats wird in der Bilanz zusammen mit dem Basisvertrag der finanziellen Verpflichtung ausgewiesen. Einzelne hybride finanzielle Verpflichtungen wurden unter Anwendung der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert bewertet klassifiziert.

Finanzielle Verpflichtungen zu fortgeführten Anschaffungskosten

Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, umfassen emittierte langfristige und kurzfristige Schuldtitel, die bei Ersterfassung zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, welcher dem erhaltenen Gegenwert abzüglich der entstandenen Transaktionskosten entspricht. Rückkäufe von am Markt platzierten Schuldtiteln gelten als Tilgung. Bei Rückkäufen entstehende Gewinne oder Verluste werden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Ein späterer Verkauf eigener Schuldverschreibungen am Markt wird als Neuplatzierung von Schuldtiteln behandelt. Für finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, wendet der Konzern die Erfüllungstagsmethode an.

Aufrechnung von Finanzinstrumenten

Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden aufgerechnet und in der Konzernbilanz mit dem Nettowert ausgewiesen, wenn und nur wenn eine Saldierung der bilanzierten Beträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt vom Konzern rechtlich durchsetzbar und es beabsichtigt ist, die Abwicklung auf Nettobasis vorzunehmen oder gleichzeitig den Vermögenswert zu verwerten und die Verbindlichkeit abzulösen. Der Rechtsanspruch zur Saldierung der bilanzierten Beträge muss sowohl bei normalem Geschäftsverlauf als auch bei einem Ausfallereignis, Insolvenz oder Konkurs sowohl des Konzerns als auch des Kontrahenten rechtlich durchsetzbar sein. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis. Wenn finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen in der Konzernbilanz netto dargestellt werden, werden die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufgerechnet, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

Der Konzern wendet die Aufrechnung von Finanzinstrumenten mehrheitlich auf Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften an. Weitere Informationen sind in der Anhangangabe 17 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen" enthalten.

Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Preis, der am Bewertungsstichtag in einer Transaktion zwischen unabhängigen Marktteilnehmern bei Verkauf eines Vermögenswerts erzielt oder bei Übertragung einer Verbindlichkeit bezahlt werden würde. Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage der Preisnotierungen ermittelt, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Wenn die folgenden Kriterien erfüllt sind, bewertet der Konzern bestimmte Portfolios aus finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen auf Basis der aus ihnen resultierenden Netto-Risikoposition:

- Die Steuerung der Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgt im Einklang mit der dokumentierten Risikomanagementstrategie auf Basis einer oder mehrerer Nettomarktrisikoposition(en) oder eines bestimmen Kontrahentenrisikos.
- Die beizulegenden Zeitwerte werden Personen in Schlüsselpositionen bereitgestellt und
- es handelt sich um zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen.

Diese Bewertungsmethode auf Portfolioebene steht *im Einklang mit dem Management der Nettopositionen für das Markt- und das Kontrahentenrisiko.*

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Folglich basieren in Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter, wenn möglich, auf beobachtbaren Daten, die von Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet werden. Die Anwendung dieser Modelle erfordert Annahmen und Einschätzungen aufseiten des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexität des Instruments abhängt.

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts sind Einschätzungen durch das Management erforderlich. Die Bereiche, für welche Managemententscheidungen in signifikantem Umfang erforderlich sind, werden identifiziert, dokumentiert und im Rahmen von Bewertungskontrollen und des monatlichen Berichtszyklus an das Senior Management gemeldet. Die für die Modellvalidierung und Bewertung verantwortlichen Spezialistenteams befassen sich vor allem mit Subjektivitäts- und Einschätzungsfragen.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, deren Preise in einem aktiven Markt notieren, sind in der Regel nur in geringem Umfang Einschätzungen des Managements erforderlich. In ähnlicher Weise bedarf es nur weniger subjektiver Bewertungen beziehungsweise Einschätzungen für Finanzinstrumente, die mit branchenüblichen Modellen bewertet werden und deren sämtliche Eingangsparameter in aktiven Märkten notiert sind.

Das erforderliche Maß an subjektiver Bewertung und Einschätzungen durch das Management hat für diejenigen Finanzinstrumente ein höheres Gewicht, die anhand spezieller und komplexer Modelle bewertet werden und bei denen einige oder alle Eingangsparameter nicht beobachtbar sind. Auswahl und Anwendung angemessener Parameter, Annahmen und Modellierungstechniken bedürfen einer Beurteilung durch das Management. Insbesondere wenn Daten aus selten vorkommenden Markttransaktionen stammen, müssen Extra- und Interpolationsverfahren angewandt werden. Sind darüber hinaus keine Marktdaten vorhanden, werden die Parameter durch Untersuchung anderer relevanter Informationsquellen wie historischer Daten, Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und Informationen aus vergleichbaren Transaktionen bestimmt. Dazu werden angemessene Anpassungen vorgenommen, um das tatsächlich zu bewertende Finanzinstrument sowie die aktuellen Marktbedingungen zu reflektieren. Führen unterschiedliche Bewertungsmodelle zu einer Bandbreite von verschiedenen potenziellen beizulegenden Zeitwerten für ein Finanzinstrument, muss das Management entscheiden, welcher dieser Schätzwerte innerhalb der Bandbreite den beizulegenden Zeitwert am besten widerspiegelt. Weiterhin können manche Bewertungsanpassungen zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts Einschätzungen durch das Management erfordern.

Nach den IFRS müssen die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerte und Verpflichtungen unterteilt nach den für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts verwendeten Eingangsparametern der Bewertungsmethode offengelegt werden. Insbesondere ist zwischen solchen zu unterscheiden, die anhand von notierten Preisen in einem aktiven Markt (Level 1), Bewertungsmethoden, die auf beobachtbaren Parametern basieren (Level 2), sowie Bewertungsmethoden, die signifikante nicht beobachtbare Parameter verwenden (Level 3), bestimmt werden. Für die Bestimmung der Kategorie, der bestimmte Finanzinstrumente zuzuordnen sind, ist eine Beurteilung seitens des Managements erforderlich. Eine Beurteilung wird insbesondere dann vorgenommen, wenn die Bewertung durch eine Reihe von Parametern bestimmt wird, von denen einige beobachtbar und andere nicht beobachtbar sind. Ferner kann sich die Klassifizierung eines Finanzinstruments im Laufe der Zeit ändern, um Änderungen der Marktliquidität und damit der Preistransparenz zu reflektieren.

Der Konzern stellt eine Sensitivitätsanalyse bereit, die die Auswirkung der Verwendung angemessener möglicher Alternativen für die nicht beobachtbaren Parameter auf die in der dritten Kategorie der Fair-Value-Hierarchie enthaltenen Finanzinstrumente darstellt. Bei der Bestimmung der angemessenen möglichen Alternativen sind signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich.

Für Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (dies umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Einlagen, Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen und Langfristige Verbindlichkeiten), veröffentlicht der Konzern den beizulegenden Zeitwert. Grundsätzlich besteht bei diesen Instrumenten eine geringe oder keine Handelsaktivität, weshalb bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts signifikante Einschätzungen durch das Management erforderlich sind.

Weitere Informationen zu den Bewertungsmethoden und -kontrollen sowie quantitative Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts sind in Anhangangabe 13 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente" und in Anhangangabe 14 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden" enthalten.

Erfassung des „Trade Date Profit"

Ein am Handelstag ermittelter Gewinn wird erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert eines zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung bewerteten Finanzinstruments durch Preisnotierungen in aktiven Märkten oder andernfalls im Vergleich zu anderen aktuell beobachtbaren Markttransaktionen oder auf Basis von Bewertungsmethoden mit beobachtbaren Marktdaten bestimmt wird. Soweit für die Bewertungsmodelle in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen verwendet werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag durch Anwendung des Bewertungsmodells ermittelte Gewinn wird abgegrenzt.

Die Abgrenzung erfolgt auf Basis systematischer Methoden entweder über die Zeitspanne zwischen dem Handelstag und dem Zeitpunkt, an dem voraussichtlich beobachtbare Marktinformationen vorliegen, oder über die Laufzeit der Transaktion (je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist). Der Konzern wendet diese Abgrenzungsmethode an, weil sie die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des Risikoprofils des Finanzinstruments, wie sie sich aus Marktbewegungen oder der abnehmenden Restlaufzeit des Instruments ergeben, angemessen widerspiegelt. Ein verbleibender abgegrenzter Handelstaggewinn wird nach den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umständen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn beobachtbare Marktdaten vorliegen.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Entscheidung, inwieweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Informationen in den Bewertungstechniken des entsprechenden Finanzinstruments enthalten sind, erfordert eine Beurteilung durch das Management (siehe Abschnitt „Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts" für die erforderlichen Einschätzungen des Managements zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Finanzinstruments). Die Entscheidung über die anschließende Erfassung des zuvor abgegrenzten Gewinns erfordert die sorgfältige Prüfung der zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Fakten und Umstände, die die Beobachtbarkeit von Parametern und/oder Maßnahmen für die Minderung von Risiken unterstützen.

Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen

Derivate werden zur Steuerung von Zins-, Währungs-, Kredit- und sonstigen Marktpreisrisiken einschließlich Risiken aus geplanten Transaktionen eingesetzt. Alle freistehenden Kontrakte, die für Rechnungslegungszwecke als Derivate klassifiziert werden, sind in der Konzernbilanz mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzt – unabhängig davon, ob sie zu Handels- oder anderen Zwecken gehalten werden.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von zu Handelszwecken gehaltenen Derivaten werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet ein Bilanzierungswahlrecht, die Anwendung der IFRS 9-Bilanzierungsregeln für Sicherungsbeziehungen zu verschieben und stattdessen die IAS 39-Bilanzierungsregeln für Sicherungsbeziehungen weiterhin anzuwenden. Der Konzern hat entschieden, dieses Bilanzierungswahlrecht auszuüben und somit die IFRS 9-Bilanzierungsregeln für Sicherungsbeziehungen nicht zum Datum des Inkrafttretens von IFRS 9 am 1. Januar 2018 anzuwenden. Der Konzern wendet die IFRS-Regelungen für die Absicherung des beizulegenden Zeitwerts auf Portfoliosicherungsbeziehungen für Zinsänderungsrisiken (Makrosicherungsbeziehungen) gemäß der IAS 39 EU carve out-Version an. Unter der IAS 39 EU carve out-Version kann eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts für Makrosicherungsbeziehungen auf bestimmte Sichteinlagen (sogenannte „core deposits") angewendet werden. Des Weiteren wird Ineffektivität aus der Absicherungsbeziehung in allen Anwendungen der Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts für Makrosicherungsbeziehungen nur erfasst, wenn die revidierte Schätzung der Cashflow-Beträge in den geplanten Zeitperioden unter die originär designierten Beträge in einer Zeitperiode fällt.

Der Konzern wendet für Rechnungslegungszwecke die folgenden Arten von Sicherungsbeziehungen an:

- Bei Absicherung des beizulegenden Zeitwerts werden die dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Grundgeschäfts beziehungsweise eines Teils davon zusammen mit der gesamten Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Bei der Absicherung von Zinsrisiken werden abgegrenzte oder gezahlte Zinsen aus dem Derivat und dem abgesicherten Grundgeschäft als Zinsertrag oder -aufwand ausgewiesen. Unrealisierte Gewinne oder Verluste aus den Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts durch Anwendung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften werden in den Sonstigen Erträgen erfasst. Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen berücksichtigt. Sie wird gemessen als Saldo der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts aus dem Sicherungsinstrument und dem abgesicherten Grundgeschäft, welche auf die dem abgesicherten Risiko/den abgesicherten Risiken zugrunde liegenden Veränderungen der Marktwerte oder -preise zurückzuführen sind.
- Wird eine Beziehung zur Absicherung von Änderungen des beizulegenden Zeitwerts vor Fälligkeit des Instruments beendet, weil das zugrunde liegende Derivat vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wird, werden die im Buchwert des gesicherten Schuldtitels enthaltenen zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Für andere Arten von Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts beziehungsweise bei Veräußerung oder anderweitiger Ausbuchung der durch eine Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts bei der Ermittlung des bei Ausbuchung realisierten Gewinns oder Verlusts berücksichtigt.
- Bei der Absicherung von Schwankungen der zukünftigen Cashflows ändern sich die Bewertungsregeln für das Grundgeschäft nicht. Das Sicherungsderivat wird mit seinem beizulegenden Zeitwert angesetzt, wobei Wertänderungen zunächst in dem Umfang, in dem die Sicherungsbeziehung effektiv ist, in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen werden. Die dort erfassten Beträge werden in den Perioden in die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung umgebucht, in denen auch die geplante Transaktion ergebniswirksam erfasst wird. Daher werden die Beträge für die Sicherung des Zinsrisikos zum gleichen Zeitpunkt wie die Zinsabgrenzungen für das abgesicherte Geschäft in den Zinserträgen oder Zinsaufwendungen erfasst.
- Die Ineffektivität des Sicherungsgeschäfts wird in den Sonstigen Erträgen erfasst. Sie ergibt sich aus den Veränderungen des Unterschiedsbetrags zwischen den kumulierten Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des eingesetzten Sicherungsderivats und denen eines hypothetisch perfekten Sicherungsgeschäfts.
- Bei der Beendigung von Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf Zinsrisiken zurückzuführen sind, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesenen Beträge über die Restlaufzeit der ursprünglichen Sicherungsbeziehung als Zinserträge beziehungsweise -aufwendungen abgegrenzt. Wird der Eintritt des abgesicherten Geschäfts allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge sofort in die Sonstigen Erträge umgebucht. Werden Beziehungen zur Absicherung von Schwankungen der Cashflows, die auf andere Arten von Risiken zurückzuführen sind, vorzeitig beendet, werden die in den Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen enthaltenen Beträge in der gleichen Periode und in der gleichen Position der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wie das geplante Grundgeschäft. Wird der Eintritt der geplanten Transaktion allerdings nicht mehr erwartet, werden die Beträge in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.
- Bei der Absicherung von Fremdwährungsrisiken aus der Umrechnung der Abschlüsse ausländischer Geschäftsbetriebe von deren funktionaler Währung in die funktionale Währung der Muttergesellschaft („Absicherungen einer Nettoinvestition in einen ausländischen Geschäftsbetrieb") wird die auf Änderungen des Devisenkassakurses beruhende Änderung des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsderivats in dem Umfang, in dem das Sicherungsgeschäft effektiv ist, als Anpassung aus der Währungsumrechnung in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen ausgewiesen. Der verbleibende Teil der Änderung des beizulegenden Zeitwerts wird in die Sonstigen Erträge eingestellt.

Änderungen des beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments, bezogen auf den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts, werden bei Verkauf ausländischer Geschäftsbetriebe erfolgswirksam erfasst.

Zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate werden als Sonstige Aktiva beziehungsweise Sonstige Passiva ausgewiesen. Wird ein Derivat später nicht mehr zu Sicherungszwecken eingesetzt, wird es in die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen übertragen.

Wertminderung von Krediten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

Die Wertminderungsvorschriften gemäß IFRS 9 gelten für alle Kreditengagements, die zu fortgeführten Anschaffungskosten oder erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, als auch für außerbilanzielle Kreditzusagen, wie Kreditzusagen, und Finanzgarantien. Für die Zwecke unseres nachfolgend beschriebenen Wertminderungsansatzes bezeichnen wir diese Instrumente als „finanzielle Vermögenswerte".

Die Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge erfolgt unter IFRS 9 nach einem Modell der erwarteten Kreditausfälle (Expected Credit Losses, „ECL"), bei dem Rückstellungen bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden.

Stufenweiser Ansatz zur Ermittlung der zu erwartenden Kreditausfälle

IFRS 9 beinhaltet einen dreistufigen Ansatz für die Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten, welche zum Zeitpunkt der Entstehung oder des Erwerbs nicht als wertgemindert klassifiziert sind. Dieser Ansatz lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Stufe 1: Der Konzern bildet eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste innerhalb von 12 Monaten für alle finanziellen Vermögenswerte. Dies entspricht dem Teil der erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen, der innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag erwartet wird, sofern sich das Kreditrisiko seit dem erstmaligen Ansatz nicht wesentlich erhöht hat.
- Stufe 2: Der Konzern bildet eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit („Lifetime Expected Credit Loss") für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird. Dies erfordert die Berechnung der ECL auf Basis der Lifetime Probability of Default, Lifetime Loss Given Default und Lifetime Exposure at Default, die die Ausfallwahrscheinlichkeit über die Restlaufzeit des finanziellen Vermögenswerts darstellt. Die Risikovorsorge für Kreditrisiken ist in dieser Stufe höher, da das Kreditrisiko seit Begebung oder Ankauf zunimmt und die Auswirkungen eines längeren Zeithorizonts im Vergleich zu den in Stufe 1 verwendeten 12 Monaten berücksichtigt werden.
- Stufe 3: Der Konzern bildet eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100% auf Basis der erwarteten erzielbaren Zahlungsströme des Vermögenswerts für diejenigen finanziellen Vermögenswerte, die als ausgefallen klassifiziert sind. Die Definition eines Ausfalls ist im Konzern an die regulatorische Ausfalldefinition angeglichen. Finanzielle Vermögenswerte, die bei ihrem erstmaligen Ansatz in der Bilanz bereits wertgemindert sind, werden innerhalb der Stufe 3 mit einem Buchwert kategorisiert, der bereits die erwarteten Kreditverluste während der Laufzeit widerspiegelt. Die Bilanzierung dieser erworbenen oder ausgegebenen ausfallgefährdeten finanziellen Vermögenswerte („Purchased or Originated Credit Impaired Financial Assets – POCI") wird weiter unten erläutert.

ECL werden anhand von drei Hauptparametern berechnet: Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), Verlust bei Ausfall (LGD) und Risiko bei Ausfall (EAD). Diese Parameter werden im Allgemeinen aus intern entwickelten statistischen Modellen abgeleitet, die mit historischen, aktuellen und zukunftsorientierten Informationen, einschließlich makroökonomischer Daten, kombiniert werden. Die 12-Monats-PD und die Lifetime-PD stellen die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit für die nächsten 12 Monate bzw. die erwartete Restlaufzeit des Finanzinstruments dar, basierend auf den zum Bilanzstichtag bestehenden Bedingungen und den zukünftigen wirtschaftlichen Bedingungen, die das Kreditrisiko beeinflussen. Die LGD stellt den erwarteten Verlust unter der Bedingung eines Ausfalls dar, wobei die begrenzende Wirkung von Sicherheiten, ihr erwarteter Wert bei Verwertung und der Zeitwert des Geldes berücksichtigt werden. Die EAD stellt das erwartete Risiko bei Ausfall dar, wobei die Rückzahlung von Kapital und Zinsen vom Bilanzstichtag bis zum Ausfallereignis zusammen mit der erwarteten Inanspruchnahme einer Fazilität berücksichtigt wird.

Zukunftsgerichtete Informationen werden bei der Bewertung der Kreditrisikovorsorge des Konzerns durch Anpassungen an mehrjährigen Ausfallwahrscheinlichkeitskurven auf Basis von makroökonomischen Vorhersagen berücksichtigt

Das ECL-Modell des Konzerns wird zur Berechnung der Kreditrisikovorsorge für alle finanziellen Vermögenswerte in Stufe 1 und Stufe 2 sowie für Stufe 3 im homogenen Portfolio (d. h. Privat- und Kleinkredite mit ähnlichen Kreditrisikomerkmalen) verwendet. Für finanzielle Vermögenswerte im nicht-homogenen Portfolio in Stufe 3 und für POCI-Vermögenswerte wird die Wertberichtigung für Kreditausfälle von Kreditanalysten festgelegt.

Signifikanter Anstieg des Kreditrisikos

Der Konzern betrachtet bei der Bestimmung, ob das Kreditrisiko (d. h. das Ausfallrisiko) eines finanziellen Vermögenswerts seit dem erstmaligen Ansatz signifikant gestiegen ist, angemessene und nachvollziehbare Informationen, die relevant und ohne übermäßigen Aufwand verfügbar sind. Dazu gehören quantitative und qualitative Informationen, die auf bisherigen Erfahrungen des Konzerns beruhen, Kreditrisikobewertungen und zukunftsgerichtete Informationen (einschließlich makroökonomischer Faktoren). Die Beurteilung einer signifikanten Verschlechterung ist entscheidend für die Festlegung des Zeitpunkts für einen Wechsel zwischen der Anforderung, eine Risikovorsorge auf der Grundlage von 12-Monats-ECLs zu bemessen, und einer auf der Grundlage von Lebenszyklus-ECLs (d. h. Transfer von Stufe 1 in Stufe 2).

Das Rahmenwerk des Konzerns zur Bestimmung einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos ist an den internen Kreditrisikomanagementprozessen ausgerichtet und nutzt:

- Ratingbezogene Indikatoren – Auf Basis eines Modells vergleicht der Konzern die tatsächliche Lifetime Probability of Default zum Bilanzstichtag mit den ursprünglichen Erwartungen zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung und wendet anschließend eine Quantil-Methodik an, um den Schwellenwert zu bestimmen, der den Zeitpunkt für den Übergang eines finanziellen Vermögenswerts in die Stufe 2 definiert, und
- Prozessbezogene Indikatoren – Diese nutzen bestehende Risikomanagementindikatoren, die aus Perspektive des Managements Situationen darstellen, die zu einer signifikanten Erhöhung des Kreditrisikos eines finanziellen Vermögenswerts führen. Zu diesen Indikatoren gehören die Aufnahme des Schuldners in eine Kreditüberwachungsliste, die obligatorische Übertragung ins Workout, Stundungsmaßnahmen sowie das Vorhandensein von Zahlungen, die mindestens 30 Tage überfällig sind.

Diese Indikatoren werden im Risikobericht im Abschnitt „Risikovorsorge nach IFRS 9" weiter diskutiert.

Ausfallgefährdete finanzielle Vermögenswerte in Stufe 3

Unter IFRS 9 folgt der Konzern mit seiner Definition von ausfallgefährdeten Krediten der Definition der aufsichtsrechtlich als ausgefallen klassifizierten Kredite gemäß der Capital Requirements Regulation nach Art. 178.

Die Bewertung, ob ein finanzieller Vermögenswert ausfallgefährdet und damit in Stufe 3 ist, konzentriert sich ausschließlich auf das Ausfallrisiko, ohne die Auswirkungen von Kreditrisikominderungen wie Sicherheiten oder Garantien zu berücksichtigen. Konkret ist ein Finanzinstrument ausfallgefährdet und in Stufe 3, wenn:

- der Konzern davon ausgeht, dass der Schuldner (Kreditnehmer) seine Kreditverpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht erfüllen wird. Diese Definition schließt Maßnahmen ein, wenn dem Kreditnehmer aus wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen eine Konzession gewährt wurde, die qualitative Indikatoren für eine Kreditminderung sind; oder
- vertragliche Zahlungen von Kapital oder Zinsen durch den Schuldner mehr als 90 Tage überfällig sind.

Für finanzielle Vermögenswerte, die als wertgemindert eingestuft werden, deckt die Wertberichtigung den Betrag des Kredits ab, den der Konzern voraussichtlich verlieren wird. Die Schätzung kann entweder von Fall zu Fall (nicht-homogene Portfolios) oder durch Anwendung von portfoliobasierten Parametern auf die einzelnen Geschäfte für homogene Portfolios erfolgen. Die Schätzung beinhaltet die Berücksichtigung abgezinster Zahlungsströme, die auf Basis von Szenarien angepasst werden.

Bei der Berechnung der ECLs sind Prognosen über die künftigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die erwarteten Verluste auf Lebenszeit werden auf der Grundlage des wahrscheinlichkeitsgewichteten Barwerts der Differenz zwischen den vertraglichen Zahlungsströmen, die dem Konzern aus dem Vertrag zustehen, und den erwarteten Zahlungsströmen geschätzt.

Aufgrund werthaltiger Sicherheiten kann ein finanzieller Vermögenswert als wertgemindert in Stufe 3 klassifiziert werden, jedoch ohne Wertberichtigung für Kreditausfälle (d. h. es wird kein Wertminderungsverlust erwartet). Die maschinelle ECL-Berechnung des Konzerns erfolgt monatlich, während die Einzelfallbewertung von ECLs in Stufe 3 für nicht-homogene Portfolios mindestens vierteljährlich durchgeführt werden muss.

Erworbene oder ausgegebene ausfallgefährdete finanzielle Vermögenswerte in Stufe 3

Ein finanzieller Vermögenswert gilt als ausfallgefährdet erworben oder ausgegeben, wenn zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vorliegt. Solche wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte werden als Purchased or Originated Credit-impaired („POCI") finanzieller Vermögenswert bezeichnet. POCI finanzielle Vermögenswerte werden so bewertet, dass sie die erwarteten Kreditverluste während der Laufzeit widerspiegeln und alle nachfolgenden Veränderungen der erwarteten Kreditverluste, ob positiv oder negativ, in der Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft erfasst werden. POCI finanzielle Vermögenswerte können über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts nur in Stufe 3 klassifiziert werden.

Abschreibungen

Der Konzern reduziert den Bruttobuchwert eines finanziellen Vermögenswerts, wenn keine begründete Erwartung einer Rückzahlung besteht. Abschreibungen können sich auf einen finanziellen Vermögenswert in seiner Gesamtheit oder auf einen Teil davon beziehen und stellen ein Ausbuchungsereignis dar. Zur Bestimmung betrachtet der Konzern alle relevanten Informationen. Diese sind unter anderem die Folgenden:

- Die durch den Konzern getätigte Zwangsvollstreckung hatte keinen Erfolg oder es besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sie keinen Erfolg haben wird.
- Die Verwertung der Sicherheiten hat (oder wird) nicht zu weiteren wesentlichen Rückflüssen führen.
- Situationen, in denen keine weiteren Rückflüsse erwartet werden.

Abschreibungen können vor Abschluss der rechtlichen Schritte zur Rückgewinnung der Schulden erfolgen. Eine Abschreibung führt nicht zu einer Verwirkung des Rechtsanspruchs des Konzerns auf die Rückgewinnung der Schulden.

Im IFRS 9 Modell genutzte Zinsrate

Im Rahmen der ECL-Berechnung wendet der Konzern gemäß IFRS 9 einen Näherungswert für den Effektivzinssatz (EIR) an, der in der Regel der vertragliche Zinssatz (CIR) ist. Der CIR wird als angemessener Näherungswert angesehen, da der Zinssatz im ECL-Modell bei der Zinserfassung und bei der Diskontierung der ECL durchgängig verwendet wird und nicht wesentlich vom EIR abweicht.

Berücksichtigung von Kreditsicherheiten für finanzielle Vermögenswerte bei der Analyse von Wertminderungen

IFRS 9 verlangt, die erwarteten Zahlungsströme aus Kreditsicherheiten und sonstigen Maßnahmen zur Kreditrisikoreduzierung bei der Berechnung der erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen. Im Hinblick auf Sicherheiten und Garantien sind die folgenden Aspekte von zentraler Bedeutung:

- Anrechenbarkeit von Sicherheiten, d. h. welche dokumentierten Sicherheiten sollten bei der Berechnung der erwarteten Kreditverluste genutzt werden;
- Bewertung der Sicherheiten, d. h. welcher Sicherheiten- bzw. Liquidationswert sollte genutzt werden; und
- Prognose des über die Lebensdauer einer Transaktion verfügbaren Betrags an Sicherheiten.

Diese Konzepte werden im Abschnitt „Risikovorsorge nach IFRS 9" im Risikobericht ausführlicher beschrieben.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die bei der Ermittlung der Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten angewandten Rechnungslegungseinschätzungen und -beurteilungen werden als wesentlich erachtet, da sich die zugrunde liegenden Annahmen von Zeit zu Zeit ändern und das Geschäftsergebnis des Konzerns maßgeblich beeinflussen können.

Bei der Beurteilung einer Wertberichtigung für Vermögenswerte sind Einschätzungen des Managements erforderlich. Das ist insbesondere zur Vorhersage von zukunftsbezogenen Informationen und Szenarien in Zeiten von ökonomischen und finanziellen Unsicherheiten der Fall, wenn sich Entwicklungen und Änderungen der erwarteten Cashflows mit großer Schnelligkeit und geringerer Vorhersagbarkeit ereignen können. Der tatsächliche Betrag der zukünftigen Cashflows sowie deren Zeitpunkt können von den vom Management verwendeten Schätzungen abweichen und folglich dazu führen, dass die tatsächlichen Verluste von den berichteten Wertminderungen abweichen.

Die Bestimmung der notwendigen Wertberichtigungen für nicht-homogene Kredite in Stufe 3 erfordert erhebliche Einschätzungen durch das Management hinsichtlich verschiedener Einflussfaktoren wie zum Beispiel lokaler wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, der finanziellen Performance des Kontrahenten sowie des Werts von gehaltenen Sicherheiten, für die es keinen leicht zugänglichen Markt gibt.

Die Bestimmung der Wertberichtigung für erwartete Kreditverluste in Stufe 1 und 2 sowie für homogene Kredite in Stufe 3 wird mithilfe des ECL Modells des Konzerns ermittelt. Die Modelle beinhalten zahlreiche Einschätzungen und Beurteilungen. Der Konzern überprüft die Modelle und deren zugrunde liegende Daten und Annahmen in regelmäßigen Zeitabständen. Diese Überprüfung berücksichtigt unter anderem die Ausfallwahrscheinlichkeit, erwartete Rückflüsse von Verlusten sowie Beurteilungen hinsichtlich der Fähigkeit ausländischer Kreditnehmer zum Transfer von Fremdwährung, um ihren Rückzahlungsverpflichtungen nachzukommen. Einschätzungen des Managements zu den folgenden wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen sind erforderlich:

- Zukunftsgerichtete Informationen: Die Identifikation von maßgeblichen makroökonomischen Variablen reflektiert eine Abwägung von quantitativen und qualitativen Beurteilungen. Während der Einsatz von Experten des Kreditrisikomanagements Managementvertrauen in das Verhalten des Gesamtmodells sicherstellt, werden zur Beurteilung der Aussagekraft der maßgebenden makroökonomischen Variablen statistische Analysen, einschließlich z. B. Backtesting und Modellsensitivitäten, durchgeführt. Darüber hinaus wird durch die Expertise der Kreditrisikomanager das Vertrauen des Managements in das Verhalten des Gesamtmodells sichergestellt. Das endgültige Parametrisieren des Modells basiert auf einer Überprüfung und Infragestellung der Auswirkungen in internen Steuerungsforen und einer unabhängigen Validierung durch die Modellrisikomanagementfunktion. Die konzeptionelle Stichhaltigkeit der Schätzungsmethode wird zusätzlich sichergestellt durch eine im Rahmen von Modelländerungen durchgeführte Modelltestanalyse sowie ein laufendes Überwachungsrahmenwerk, um in der Kreditrisikovorsorge die bestmögliche Einschätzung des Managements zur Berechnung der erwarteten Kreditverluste abzubilden.
- Signifikanter Anstieg des Kreditrisikos: Wie im Abschnitt „Risikovorsorge nach IFRS 9" im Risikobericht dargestellt, benutzt der Konzern ratingbezogene Indikatoren zur Bestimmung, ob sich das Kreditrisiko eines Vermögenswerts seit Ersterfassung signifikant erhöht hat. Für finanzielle Vermögenswerte in nicht homogenen Portfolios werden die Ratings jedes Kontrahenten individuell durch Expertenurteile der Kreditanalysten bestimmt. Für finanzielle Vermögenswerte in homogenen Portfolios ist der Ratingprozess wegen der großen Anzahl von Kundenbeziehungen in signifikantem Umfang automatisiert, so dass Beurteilungen von individuellen Kontrahenten durch die Kreditanalysten in geringerem Umfang erforderlich sind. Die ratingbezogenen Indikatoren, die bestimmen, ob sich das Kreditrisiko für einen finanziellen Vermögenswert signifikant erhöht hat, beruhen für homogene und nicht homogene Portfolios auf einem Modell, das die tatsächliche Laufzeit-Ausfallwahrscheinlichkeit zum Bilanzstichtag mit den ursprünglichen Erwartungen zum Zeitpunkt der erstmaligen Erfassung vergleicht, und das anschließend eine Quantil-Methodik anwendet, um den Schwellenwert zu bestimmen, der den Zeitpunkt für den Übergang eines finanziellen Vermögenswerts in die Stufe 2 definiert. Die Ermittlung der Quantile für Zwecke der Festlegung der Stufe 2-Schwellenwerte wird durch Spezialisten in der Konzernrisikofunktion durchgeführt. Diese Ermittlung repräsentiert eine der wesentlichen Einschätzungen des Konzerns bei der Anwendung des IFRS 9 Rahmenwerks und wird jedes Jahr auf Basis einer Analyse der Bewegungen zwischen den Stufen, einem Benchmarking mit historischem Verhalten und Vergleichen mit Mitbewerbern überprüft.
- Bestimmung der erwarteten Kreditverluste während der Laufzeit in Stufe 3 für homogene Portfolios: Die Kreditrisikovorsorge in Stufe 3 für homogene Portfolios des Konzerns wird über einen automatisierten Prozess bestimmt. Dieser basiert auf einen teilweise zeitabhängigen Verlust bei Ausfall während der Laufzeit und spiegelt eine geringere Restwerterwartung, je länger der Kunde ausgefallen ist, wider, wobei zwischen besicherten und unbesicherten Kreditpositionen unterschieden wird. Die erwarteten Verluste bei Ausfall während der Laufzeit werden unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus der Verlusthistorie des Konzerns während der vorangegangenen Dekaden, tatsächlichen Marktpreisen von verkauften ausfallgefährdeten Portfolios und Spezialisteneinschätzungen kalibriert. In Fällen von kleineren Portfolios wird die empirische Kalibrierung der erwarteten Kreditverluste während der Laufzeit teilweise durch Einschätzungen von speziell erfahrenen Kreditanalysten unterstützt. Dies gilt insbesondere bei der Bestimmung der Anzahl der Kunden, die nicht mehr ausfallgefährdet sind, da es sich um einen der entscheidenden Inputparameter handelt. Die Bestimmung der erwarteten Kreditverluste während der Laufzeit wird auf jährlicher Basis validiert und durch den in der Modellrisikomanagementfunktion angesiedelten unabhängigen Modellvalidierungs-prozess des Konzerns überprüft.
- Modellanpassungen: Der Konzern überprüft regelmäßig die wichtigsten Einflussgrößen für die ECL-Berechnung und bespricht potenzielle Modellungenauigkeiten, um die Notwendigkeit von Korrekturmaßnahmen in Form von Overlays zu beurteilen. Overlays sind ein wesentliches Ergebnis der Beurteilung des Managements, die in das Modell einfließt. Auf vierteljährlicher Basis bespricht ein Forum der obersten Führungsebene die Notwendigkeit der Bildung und/oder der Auflösung von Overlays. Die Diskussion stützt sich auf einen Überblick über mögliche Gründe, die ein Overlay unter Berücksichtigung bestimmter Auslösungspunkte erforderlich machen könnten. Die endgültige Entscheidung über die Bildung von Overlays wird gemeinsam vom Chief Financial Officer (CFO) und Chief Risk Officer (CRO) getroffen.

Quantitative Informationen sind in den Anhangangaben 18 „Forderungen aus dem Kreditgeschäft" und 19 „Wertminderungen für Kreditausfälle" sowie im Risikobericht im Abschnitt „Risikovorsorge nach IFRS 9", Unterabschnitt „Modellsensitivität" enthalten.

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts wird in Betracht gezogen, wenn die vertraglich vereinbarten Ansprüche auf Cashflows aus dem finanziellen Vermögenswert erlöschen oder der Konzern diese übertragen oder bei Eintritt bestimmter Kriterien die Verpflichtung übernommen hat, diese Cashflows an einen oder mehrere Empfänger weiterzuleiten.

Der Konzern bucht einen übertragenen Vermögenswert aus, wenn alle wesentlichen Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum an dem Vermögenswert verbunden sind, übertragen werden.

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er zuvor erfasste finanzielle Vermögenswerte überträgt, jedoch alle wesentlichen mit diesen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen zurückbehält. Beispielsweise schließt er beim Verkauf eines Vermögenswerts an einen Dritten ein korrespondierendes Total-Return-Swap-Geschäft mit demselben Kontrahenten ab. Diese Art von Transaktionen wird als besicherte Finanzierung („Secured Financing") bilanziert.

Ausbuchung von finanziellen Verpflichtungen

Eine Verbindlichkeit wird ausgebucht, wenn die mit ihr verbundene Verpflichtung beglichen oder aufgehoben wird, sowie bei Fälligkeit. Falls eine bestehende finanzielle Verbindlichkeit durch eine Verbindlichkeit gegenüber demselben Kreditgeber mit wesentlich abweichenden Vertragsbedingungen ersetzt wird oder die Vertragsbedingungen einer bestehenden Verbindlichkeit wesentlich geändert werden, dann wird ein solcher Austausch oder eine solche Modifikation als Ausbuchung der ursprünglichen Verbindlichkeit und Ansatz einer neuen Verbindlichkeit behandelt. Die Differenz zwischen den beiden Buchwerten wird ergebniswirksam erfasst.

Bei bestimmten OTC-Derivatekontrakten und den meisten börsengehandelten Futures- und Optionskontrakten, die über zentrale Gegenparteien und Börsen abgewickelt werden, sind täglich Barsicherheiten zu leisten oder zu erhalten, was den rechtlichen oder wirtschaftlichen Ausgleich des ausstehenden Barwerts des Derivats darstellt. Dies führt zu einer Ausbuchung der damit verbundenen derivativen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verpflichtungen.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften

Wertpapiere, die mit einer Verpflichtung zur Rückübertragung erworben („Reverse Repos"), beziehungsweise Wertpapiere, die mit einer Rücknahmeverpflichtung verkauft wurden („Repos"), werden als besicherte Finanzierungen behandelt und zum beizulegenden Zeitwert in Höhe der gezahlten oder erhaltenen Barmittel angesetzt.

Unter IFRS 9 ordnet der Konzern Portfolios von Reverse Repos, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, dem Geschäftsmodell „Sonstiges" zu und klassifiziert die Instrumente als „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte".

Zinserträge aus Reverse Repos und Zinsaufwendungen für Repos werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Wertpapierleihe

Tritt der Konzern als Entleiher von Wertpapieren auf, so ist gegenüber dem Verleiher in der Regel eine Barsicherheit zu hinterlegen. Ist der Konzern Verleiher von Wertpapieren, erhält er üblicherweise entweder Wertpapiere oder eine Barsicherheit, die dem Marktwert der verliehenen Wertpapiere entsprechen oder diesen übersteigen.

Die entliehenen Wertpapiere selbst werden nicht in der Bilanz des Entleihers ausgewiesen. Sofern sie an Dritte verkauft werden, wird die Rückgabeverpflichtung in den zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verpflichtungen erfasst und anschließende Gewinne oder Verluste werden im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere werden weiterhin in der Bilanz des Verleihers ausgewiesen.

Der Konzern weist die gezahlten oder empfangenen Barmittel in der Konzernbilanz als entliehene beziehungsweise verliehene Wertpapiere aus.

Erhaltene oder gezahlte Gebühren werden in den Zinserträgen beziehungsweise Zinsaufwendungen erfasst. An Kontrahenten verliehene Wertpapiere, die nicht aus der Konzernbilanz ausgebucht werden und bei denen der Kontrahent ein vertragliches Recht oder Gewohnheitsrecht zur Weiterveräußerung oder -verpfändung besitzt, werden in der Anhangangabe 20 „Übertragung von finanziellen Vermögenswerten und als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte" separat ausgewiesen.

Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert entsteht bei der Akquisition von Tochtergesellschaften und assoziierten Unternehmen und stellt den Betrag dar, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt.

Für die Ermittlung des Geschäfts- oder Firmenwerts werden die beizulegenden Zeitwerte der erworbenen Vermögenswerte, der Verbindlichkeiten sowie der Eventualverbindlichkeiten auf Basis von am Markt beobachtbaren Preisen bestimmt oder als Barwert der erwarteten zukünftigen Cashflows ermittelt. Die Abzinsung erfolgt entweder mit Marktzinsen oder beruht auf risikofreien Zinssätzen und risikoadjustierten erwarteten zukünftigen Cashflows. Im Rahmen jedes Unternehmenszusammenschlusses können die Anteile ohne beherrschenden Einfluss entweder zum beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt oder zum beizulegenden Zeitwert des anteiligen identifizierbaren Reinvermögens des erworbenen Unternehmens bewertet werden.

Der Geschäfts- oder Firmenwert aus der Akquisition von Tochtergesellschaften wird aktiviert und jährlich auf seine Werthaltigkeit hin überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert des Geschäfts- oder Firmenwerts vermindert haben könnte. Bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugewiesen, das heißt den kleinsten identifizierbaren Gruppen von Vermögenswerten, die Mittelzuflüsse erzeugen, welche größtenteils unabhängig von den Mittelzuflüssen aus anderen Vermögenswerten oder Gruppen von Vermögenswerten sind, und die aus den Synergien des Zusammenschlusses Nutzen ziehen sollen, wobei die Geschäftsbereichsebene, auf der der Geschäfts- oder Firmenwert für interne Managementzwecke überwacht wird, ebenfalls berücksichtigt wird. Bei der Identifizierung, ob ein Vermögenswert (oder eine Gruppe von Vermögenswerten) größtenteils unabhängige Mittelzuflüsse von anderen Vermögenswerten (oder Gruppen von Vermögenswerten) erzeugt, werden verschiedene Faktoren berücksichtigt einschließlich der Frage, wie das Management die Unternehmenstätigkeiten steuert oder wie das Management Entscheidungen über die Fortsetzung oder den Abgang der Vermögenswerte beziehungsweise die Einstellung von Unternehmenstätigkeiten trifft.

Wenn ein Geschäfts- oder Firmenwert einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnet wurde und ein Geschäftsbereich dieser Einheit veräußert wird, ist der mit diesem veräußerten Geschäftsbereich verbundene Geschäfts- oder Firmenwert bei der Ermittlung des Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung im Buchwert des Geschäftsbereichs enthalten.

Gemeinschaftliche Vermögensgegenstände sind den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten der jeweiligen Segmente zugeordnet, soweit eine Zuordnung auf angemessene und konsistente Weise erfolgen kann. Falls eine Zuordnung nicht erfolgen kann, wird eine zahlungsmittelgenerierende Einheit ohne diese gemeinschaftlichen Vermögensgegenstände auf ihre Werthaltigkeit hin untersucht. Die Vermögensgegenstände werden dann auf der Ebene der minimalen Aggregation von zahlungsmittelgenerierenden Einheiten, zu der sie auf angemessene und konsistente Weise zugeordnet werden können, auf ihre Werthaltigkeit hin untersucht.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte werden vom Geschäfts- oder Firmenwert getrennt ausgewiesen, wenn sie separierbar sind oder auf vertraglichen oder sonstigen rechtlichen Ansprüchen beruhen und ihr beizulegender Zeitwert zuverlässig ermittelt werden kann. Immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich kumulierter Abschreibungen und kumulierter Wertberichtigungen angesetzt. Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte mit einer bestimmbaren Nutzungsdauer werden auf Basis ihrer erwarteten Nutzungsdauer linear über Zeiträume von einem Jahr bis zu 20 Jahren amortisiert. Diese Vermögenswerte werden mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, wobei auch die Angemessenheit ihrer Nutzungsdauer bestätigt wird.

Bestimmte immaterielle Vermögenswerte haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht abgeschrieben, sondern mindestens jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Die Überprüfung erfolgt öfter, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass eine Wertminderung vorliegen könnte.

Aufwendungen für zur eigenen Nutzung erworbene oder selbst erstellte Software werden aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Konzern daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen kann, und sich die Aufwendungen zuverlässig bestimmen lassen. Aktivierte Aufwendungen werden linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts, die entweder einen Zeitraum von drei, fünf oder zehn Jahren umfasst, abgeschrieben. Die aktivierungsfähigen Kosten für selbst erstellte Software umfassen externe direkt zurechenbare Kosten für Material und Dienstleistungen sowie Personal- und Personalnebenkosten für Mitarbeiter, die unmittelbar mit der Erstellung von selbst genutzter Software befasst sind. Gemeinkosten und alle während der Forschung oder nach Fertigstellung der Software anfallenden Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Aktivierte Kosten für Software werden entweder jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft, solange die Software noch in Entwicklung ist, oder jederzeit, wenn Ereignisse oder veränderte Rahmenbedingungen darauf hindeuten, dass sich der Wert der Software vermindert haben könnte, sobald sie genutzt wird.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Bestimmung des erzielbaren Betrags im Rahmen der Werthaltigkeitsprüfung erfordert Schätzungen auf Basis von Börsenkursen, Preisen vergleichbarer Geschäfte, Barwert- oder sonstigen Bewertungsverfahren (wie der Anschaffungskostenmethode) oder einer Kombination hieraus, die Einschätzungen und Beurteilungen vonseiten des Managements erforderlich machen. Da durch Änderungen in den zugrunde liegenden Bedingungen und Annahmen erhebliche Unterschiede zu den bilanzierten Werten auftreten können, werden derartige Einschätzungen als wesentlich erachtet.

Quantitative Informationen zu Wertminderungen von nicht finanziellen Vermögenswerten sind in der Anhangangabe 23 „Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte" enthalten.

Rückstellungen

Rückstellungen werden erfasst, wenn der Konzern aufgrund früherer Ereignisse gegenwärtig eine rechtliche oder faktische Verpflichtung hat, es wahrscheinlich ist, dass Ressourcen zur Erfüllung der Verpflichtung abfließen werden, und sich die Höhe der Verpflichtung verlässlich schätzen lässt.

Die Höhe der Rückstellung entspricht der bestmöglichen Schätzung des Betrags, der notwendig wäre, um die Verpflichtung am Bilanzstichtag zu begleichen. Bei der Bestimmung werden die Risiken und Unsicherheiten in Bezug auf die Verpflichtung berücksichtigt.

Sofern erwartet wird, dass die zur Erfüllung der zurückgestellten Verpflichtung erforderlichen Ausgaben ganz oder teilweise von einer dritten Partei erstattet werden (zum Beispiel, weil für die Verpflichtung ein Versicherungsvertrag besteht), wird ein Vermögenswert dann erfasst, wenn es so gut wie sicher ist, dass eine Erstattung gezahlt werden wird.

Falls der Konzern belastende Verträge hat, wird die gegenwärtige Verpflichtung aus dem Vertrag als Rückstellung erfasst und bewertet. Ein belastender Vertrag ist ein Vertrag, bei dem die unvermeidbaren Kosten für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen den erwarteten wirtschaftlichen Nutzen aus dem Vertrag übersteigen.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste, soweit sie wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37, „Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets". Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert in großem Umfang Einschätzungen. Die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Ungewisse Verbindlichkeiten in Bezug auf rechtliche Verfahren unterliegen zahlreichen Unwägbarkeiten; und das Ergebnis der einzelnen Verfahren kann nicht mit Gewissheit vorhergesagt werden. Die Beurteilung der Wahrscheinlichkeit und die Bezifferung von ungewissen Verbindlichkeiten erfordern in großem Umfang Einschätzungen; die endgültige Verbindlichkeit kann hiervon erheblich abweichen. Die bilanzierten Gesamtverbindlichkeiten bezüglich Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlicher Verfahren werden auf Basis der Einzelfälle festgelegt und stellen eine Einschätzung der wahrscheinlichen Verluste unter Berücksichtigung des Fortgangs der einzelnen Verfahren, der Erfahrungen der Deutschen Bank und der Erfahrungen Dritter in vergleichbaren Fällen, der Gutachten von Rechtsanwälten und anderer Faktoren dar. Den Ausgang der Rechtsstreitigkeiten des Konzerns zu prognostizieren ist naturgemäß schwierig, insbesondere in Fällen, in denen die Anspruchsteller erhebliche oder unbezifferte Schadensersatzansprüche geltend machen. Für weitere Informationen zu mit Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren verbundenen Unsicherheiten siehe Anhangangabe 27 „Rückstellungen".

Ertragsteuern

Im Konzernabschluss werden laufende und latente Steuern auf Grundlage der Steuergesetze der jeweils betroffenen Steuerjurisdiktionen berücksichtigt. Laufende und latente Steuern werden ergebniswirksam erfasst. Soweit sie sich auf Geschäftsvorfälle beziehen, die direkt im Eigenkapital oder in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung berücksichtigt werden, sind die zugehörigen laufenden und latenten Steuern ebenfalls direkt im Eigenkapital oder in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung zu erfassen.

Aktive und passive latente Steuern werden für zukünftige Steuereffekte gebildet, die aus temporären Differenzen zwischen dem Bilanzansatz von Vermögenswerten und Schulden und deren Steuerwert resultieren oder sich aus noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträgen und Steuergutschriften ergeben. Latente Steuerforderungen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, mit denen diese steuerlichen Verlustvorträge, Steuerguthaben oder steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können. Abweichend von den genannten Anforderungen darf ein Unternehmen latente Steueransprüche und latente Steuerschulden im Zusammenhang mit Säule-2-Ertragsteuern weder ansetzen noch angeben.

Aktive und passive latente Steuern werden mit den Steuersätzen bewertet, die voraussichtlich in der Berichtsperiode gelten, in der der entsprechende Vermögenswert realisiert oder die entsprechende Schuld erfüllt wird. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der am Bilanzstichtag gültigen oder in Kürze geltenden Steuersätze beziehungsweise Steuergesetze.

Laufende Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten werden saldiert, wenn (1) sie dieselbe steuerpflichtige Einheit oder Steuergruppe betreffen, (2) ein einklagbares Recht zur Aufrechnung besteht und (3) ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Aktive und passive latente Steuern werden saldiert, wenn ein einklagbares Recht zur Aufrechnung von laufenden Steuerforderungen und Steuerverbindlichkeiten besteht und wenn es sich bei den aktiven und passiven latenten Steuern um Ertragsteuern handelt, die von derselben Steuerbehörde gegenüber derselben steuerpflichtigen Einheit oder Steuergruppe erhoben werden.

Latente Steuerverbindlichkeiten werden für zu versteuernde temporäre Differenzen in Verbindung mit Anteilen an Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen gebildet, es sei denn, der Zeitpunkt der Umkehrung der temporären Differenz wird durch den Konzern gesteuert und es ist wahrscheinlich, dass sich die Differenz nicht in absehbarer Zukunft ausgleicht. Latente Steuerforderungen auf steuerlich abzugsfähige temporäre Differenzen in Verbindung mit solchen Investitionen werden nur in dem Umfang ausgewiesen, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die Differenzen in absehbarer Zukunft ausgleichen werden und zukünftig ausreichend zu versteuerndes Einkommen erzielt wird, mit dem diese steuerlich abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Latente Steuern im Zusammenhang mit der Neubewertung von als zum beizulegenden Zeitwert über die Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte klassifizierten finanziellen Vermögenswerten, Absicherung von Zahlungsströmen und anderen Positionen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen werden, werden ebenfalls direkt in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung bilanziert und erst dann in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt, auf den sich die latente Steuer bezieht, in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ergebniswirksam wird.

Aktienbasierte Vergütungen können steuerlich abzugsfähig sein. Der steuerlich abzugsfähige Betrag kann dabei von dem ausgewiesenen kumulierten Personalaufwand abweichen. Zu jedem Bilanzstichtag ist auf Basis des aktuellen Aktienkurses der steuerlich abzugsfähige Betrag zu schätzen. Die damit einhergehenden laufenden und latenten Steuereffekte sind grundsätzlich in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung als Ertrag und Aufwand zu erfassen. Übersteigt der tatsächliche oder erwartete steuerlich abzugsfähige Betrag den des kumulierten Personalaufwands, ist der auf diesen Unterschied entfallende Steuervorteil direkt im Eigenkapital zu erfassen.

Wesentliche Rechnungslegungseinschätzungen – Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steuerforderungen historische Erkenntnisse zu Steuerkapazität beziehungsweise Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Prüfung der zulässigen Übertragsperioden steuerlicher Verlustvorträge und Gutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen. Die Verwendung historischer Erkenntnisse zur Steuerkapazität beinhaltet die Prüfung am Bilanzstichtag, ob Gewinne in vergangenen Perioden oder eine Reihe von Verlusten in der näheren Vergangenheit vorlagen und basiert grundsätzlich auf um permanente Differenzen angepassten Vorsteuerergebnisse für das laufende und die zwei vorhergehenden Geschäftsjahre. In jedem Quartal werden die Einschätzungen hinsichtlich der latenten Steuerforderungen einer Neubewertung unterzogen.

Der Konzern erachtet die im Rahmen der vorzunehmenden Bewertung latenter Steuerforderungen getroffenen Beurteilungen als wesentliche Einschätzungen des Managements, da sich die zugrunde liegenden Annahmen in jeder Berichtsperiode ändern können. Zum Beispiel könnten Steuergesetzänderungen, Veränderungen in der historischen Steuerkapazität oder Abweichungen der erwarteten künftigen Ergebnisse der Geschäftstätigkeit eine Veränderung des Buchwerts der latenten Steuerforderungen bewirken. Falls aktive latente Steuern nicht oder nur zum Teil realisierbar sind, wird eine Wertberichtigung der aktiven latenten Steuern zulasten des Ertragsteueraufwand oder des Eigenkapitals in der Periode vorgenommen, in der eine solche Feststellung getroffen wird. Falls der Konzern in der Zukunft bisher nicht angesetzte latente Steuerforderungen aktiviert, wird die Anpassung der aktiven latenten Steuern zugunsten des Ertragsteueraufwand oder des Eigenkapitals in der Periode ausgewiesen, in der diese Feststellung getroffen wird.

Die Verwendung von Schätzwerten ist bei der Ermittlung des Rückstellungsbedarfs für potenzielle Verluste aus unsicheren ertragsteuerlichen Behandlungen wichtig. Der Konzern bemisst diese potenziellen Verluste nach Maßgabe von IAS 12, „Income Taxes" und IFRIC 23 „Uncertainty over Income Tax Treatments". Die Bezifferung von Rückstellungen erfordert in großem Umfang Einschätzungen und die endgültigen Verbindlichkeiten können hiervon letztlich erheblich abweichen.

Weitere Informationen zu den Ertragsteuern des Konzerns finden sich in der Anhangangabe 34 „Ertragsteuern". Diese beinhaltet auch quantitative Angaben zum Wert angesetzter latenter Steueransprüche.

Unternehmenszusammenschlüsse und Anteile ohne beherrschenden Einfluss

Zur bilanziellen Erfassung von Unternehmenszusammenschlüssen wendet der Konzern die Erwerbsmethode an. Zu dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung über ein erworbenes Unternehmen erlangt, werden die Anschaffungskosten der Akquisition zum beizulegenden Zeitwert der übertragenen Gegenleistung bemessen. Hierzu gehören jegliche Zahlungsmittel oder ausgegebene Eigenkapitalanteile, bedingte Gegenleistungen, bereits zuvor am erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteile sowie eingegangene und übernommene Verpflichtungen. Der Betrag, um den die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss des erworbenen Unternehmens den Anteil des Konzerns an dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Reinvermögens übersteigt, wird als Geschäfts- oder Firmenwert bilanziert. Sofern die Summe aus Anschaffungskosten einer Akquisition und Anteilen ohne beherrschenden Einfluss unter dem beizulegenden Zeitwert des erworbenen identifizierbaren Nettovermögens liegt (negativer Geschäfts- oder Firmenwert), wird ein Gewinn in den Sonstigen Erträgen erfasst. Anschaffungsnebenkosten werden als Aufwand der Periode erfasst, in der sie anfallen.

Bei einem sukzessiven Unternehmenszusammenschluss (sogenannter „schrittweiser Erwerb") wird der zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltene Eigenkapitalanteil im Erwerbszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert neu bewertet und ein daraus gegebenenfalls resultierender Gewinn oder Verlust in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. In früheren Perioden in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasste Beträge, die im Zusammenhang mit zuvor an dem erworbenen Unternehmen gehaltenen Eigenkapitalanteilen stehen, werden auf gleicher Grundlage bilanziert, als hätte der Konzern die zuvor gehaltenen Eigenkapitalanteile direkt veräußert.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss werden in der Konzernbilanz als Bestandteil des Eigenkapitals, aber getrennt von dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital ausgewiesen. Das den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Konzernergebnis wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung separat ausgewiesen. Veränderungen in der Beteiligungsquote an Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung werden als Transaktionen zwischen Eigenkapitalgebern behandelt und erfolgsneutral in der Kapitalrücklage erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte

Einzelne langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) sind als zur Veräußerung gehalten einzustufen, wenn sie in ihrem gegenwärtigen Zustand und zu den für sie üblichen Verkaufsbedingungen sofort veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Damit eine Veräußerung höchstwahrscheinlich ist, muss das zuständige Management einen Plan für den Verkauf beschlossen sowie mit der Suche nach einem Käufer aktiv begonnen haben und es dürfen keine substantiellen regulatorischen Zustimmungen ausstehen. Des Weiteren müssen die Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen) zu einem Preis angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum gegenwärtig beizulegenden Zeitwert steht, und der Verkauf sollte erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres durchgeführt werden. Langfristige nicht finanzielle Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die die Kriterien für eine Einstufung als zur Veräußerung gehalten erfüllen, sind mit dem niedrigeren Wert von Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten anzusetzen und werden in den Bilanzposten „Sonstige Vermögenswerte" und gegebenenfalls „Sonstige Verbindlichkeiten" ausgewiesen. Die Einstufung von langfristigen Vermögenswerten (und Veräußerungsgruppen) als zur Veräußerung gehalten führt nicht zu einer Anpassung von Vergleichszahlen. Die Bewertung von Finanzinstrumenten, die Bestandteil einer Veräußerungsgruppe sind, erfolgt weiterhin nach IFRS 9. Für langfristige Vermögenswerte (und Veräußerungsgruppen), die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert sind, werden Vergleichszahlen nicht ausgewiesen.

Sachanlagen

Zu den Sachanlagen gehören selbst genutzte Immobilien, Einbauten in gemietete Räume, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Software (nur Betriebssysteme). Nutzungsrechte aus Leasingverhältnissen werden zusammen mit den Sachanlagen in der Konzernbilanz ausgewiesen. Selbst genutzte Immobilien werden zu Anschaffungskosten, vermindert um kumulierte planmäßige Abschreibungen und kumulierte Wertminderungen, ausgewiesen. Die planmäßige Abschreibung erfolgt in der Regel linear über die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer des Vermögenswerts. Die erwartete betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer beträgt bei Gebäuden 25 bis 50 Jahre und bei Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis zehn Jahre (einschließlich anfänglicher Verbesserungen an erworbenen Gebäuden). Einbauten in gemietete Räume werden linear über den kürzeren Zeitraum von Mietdauer und erwarteter betriebsgewöhnlicher Nutzungsdauer der Einbauten, in der Regel drei bis 25 Jahre, abgeschrieben. Die Abschreibungen der Gebäude sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind im Sachaufwand und Sonstigen Aufwand ausgewiesen. Kosten für Instandhaltung und Reparaturen werden als Aufwand erfasst. Gewinne und Verluste aus Verkäufen werden in den Sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Bei Sachanlagen wird zu jedem Quartalsabschluss überprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Falls ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, wird der erzielbare Betrag bestimmt. Dieser ist der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Eine Wertminderung wird erfasst, wenn der erzielbare Betrag den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Der Nutzungswert ist der Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows aus dem Vermögenswert. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in künftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Finanzgarantien

Finanzgarantien sind vertragliche Vereinbarungen, die den Garantiegeber dazu verpflichten, bestimmte Zahlungen zu leisten, um den Garantienehmer für einen Verlust zu entschädigen, der dadurch entsteht, dass ein bestimmter Schuldner unter den Bedingungen eines Schuldtitels fällige Zahlungen nicht leistet.

Emittierte Finanzgarantien

Für bestimmte geschriebene Finanzgarantien, die auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert werden, wendet der Konzern die Fair Value Option an. Nicht zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Finanzgarantien werden beim bilanziellen Erstansatz mit ihrem beizulegenden Zeitwert bei Garantiebegebung ausgewiesen. Danach werden die Verbindlichkeiten aus diesen Garantien zum jeweils höheren Wert aus dem ursprünglich angesetzten Wert abzüglich der kumulativen Amortisierung sowie dem bestmöglichen Schätzwert, der zur Begleichung der finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag erforderlichen finanziellen Aufwendungen bilanziert. Bei der Festlegung dieser Schätzwerte legt das Management Erfahrungen mit vergleichbaren Transaktionen und Zeitreihen von Verlusten der Vergangenheit zugrunde.

Jede Erhöhung von Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit Garantien wird in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ausgewiesen.

Gehaltene Finanzgarantien

Gehaltene Finanzgarantien resultieren in Erstattungen im Sinne von IAS 37, sofern die Finanzgarantie gehalten wird, um Kreditpositionen aus Schuldinstrumenten in Hold to Collect oder Hold to Collect and Sell Geschäftsmodellen zu reduzieren. Dies führt zur Erfassung von Vermögensgegenständen aus Erstattungen für anschließende Erhöhungen der erwarteten Kreditverluste, sofern es so gut wie sicher ist, dass der Garantiegeber der gehaltenen Finanzgarantie den Konzern für die entstandenen Verluste entschädigt. Wenn sich das Kreditrisiko des Schuldners signifikant verschlechtert, wird ein Vermögensgegenstand aus Erstattungen in Höhe der über die Restlaufzeit erwarteten Kreditverluste erfasst und als Sonstige Aktiva in der Konzernbilanz ausgewiesen. Der entsprechende Ertrag aus Erstattungen wird als Reduzierung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Finanzgarantien, die für Zwecke der Reduzierung von Kreditpositionen aus in Hold to Collect und Hold to Collect and Sell Geschäftsmodellen klassifizierten Schuldinstrumenten erworben werden, können auch in vom Konzern emittierten „Collateralized Loan Obligations" („CLO") eingebettet sein. Diese eingebetteten Finanzgarantien werden nicht separat als Vermögensgegenstand aus Erstattungen bilanziert und werden stattdessen als Teil der zu fortgeführten Anschaffungskosten gehaltenen CLO-Verbindlichkeit bilanziert. Der Konzern revidiert seine Schätzung der vertraglichen Tilgungszahlungen aus der CLO (einschließlich des Nutzens solcher eingebetteten Finanzgarantien), wenn sich das Kreditrisiko des Schuldners, das über die eingebettete Finanzgarantie besichert ist, signifikant erhöht hat. Die Revision erfolgt auf Basis der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit des Schuldinstruments (soweit über die CLO besichert).

Finanzgarantien, die für Zwecke der Reduzierung von Kreditpositionen aus Schuldinstrumenten im „Other" Geschäftsmodell gehalten werden, werden zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung bilanziert.

Leasinggeschäfte

Der Konzern schließt als Leasingnehmer Leasingverträge – vor allem über Gebäude – ab. Weitere Kategorien sind Firmenwagen und technische/IT-Ausrüstung.

Bei der Berechnung des Barwertes der Leasingzahlungen am Bereitstellungsdatum verwendet der Konzern den Grenzfremdkapitalzinssatz, da der dem Leasingverhältnis zugrundeliegende Zinssatz nicht ohne weiteres bestimmbar ist. Im Rahmen der Folgebewertung wird der Buchwert der Leasingverbindlichkeiten um den Zinsaufwand erhöht und um geleistete Leasingzahlungen verringert. Darüber hinaus wird der Buchwert der Leasingverbindlichkeiten neu bewertet, wenn eine Änderung des Leasingverhältnisses, eine Veränderung der Leasingdauer oder eine Veränderung der Leasingzahlungen (z. B. Veränderungen zukünftiger Leasingzahlungen aufgrund einer Veränderung eines Indexes oder (Zins-)Satzes zur Bestimmung dieser Leasingzahlungen) vorliegt.

Bei Nutzungsrechten wird zu jedem Quartalsabschluss überprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Falls ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, wird der erzielbare Betrag bestimmt. Dieser ist der jeweils höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Eine Wertminderung wird erfasst, wenn der erzielbare Betrag den entsprechenden Buchwert unterschreitet. Da Nutzungsrechte keine eigenständigen Zahlungsströme generieren, berücksichtigt der Konzern für die Bestimmung des Nutzungswerts alle angemessenen potentiellen Einnahmen aus Untervermietung, die verdient werden könnten. Nach der Erfassung einer Wertminderung wird der Abschreibungsaufwand in zukünftigen Berichtsperioden angepasst, um den geänderten Buchwert des Vermögensgegenstands entsprechend zu reflektieren. Erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Wertaufholung, wird der Abschreibungsaufwand prospektiv angepasst.

Der Konzern weist Nutzungsrechte aus Leasingverhältnissen in der Bilanzposition Sachanlagen und Leasingverbindlichkeiten in den Sonstigen Verbindlichkeiten aus.

Der Konzern macht von der Möglichkeit Gebrauch, die IFRS 16-Vorschriften nicht auf kurzfristige Leasingverhältnisse, d. h. Leasingverhältnisse mit einer Laufzeit von maximal 12 Monaten ab dem Bereitstellungsdatum sowie auf Leasingverhältnisse, denen technische/IT-Ausrüstung von geringem Wert zugrunde liegen, anzuwenden. Leasingzahlungen für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasingverhältnisse von geringwertigen Vermögenswerten werden linear über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Aufwand erfasst.

Mitarbeitervergütungen

Pensionszusagen

Der Konzern bietet eine Reihe von Pensionszusagen an. Zusätzlich zu beitragsdefinierten Plänen gibt es Pläne, die in der Rechnungslegung als leistungsdefinierte Pläne behandelt werden. Das Vermögen sämtlicher beitragsdefinierter Pläne wird von unabhängig verwalteten Fonds gehalten. Die Höhe der Beiträge ist in der Regel vom Gehalt abhängig. Die Beiträge werden im Allgemeinen im Jahr der Beitragszahlung auf der Grundlage der geleisteten Dienste des Mitarbeiters als Aufwand erfasst.

Um den Barwert der Pensionsverpflichtung und den damit verbundenen Dienstzeitaufwand zu ermitteln, werden sämtliche leistungsdefinierten Pensionspläne nach der Methode der laufenden Einmalprämien („Projected Unit Credit Method") bewertet. Die Bewertung im Rahmen dieses Verfahrens beruht auf versicherungsmathematischen Berechnungen, in die Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehaltssteigerungen sowie Zinssätze und Inflationsraten einfließen. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen. Die Mehrheit der leistungsdefinierten Versorgungszusagen des Konzerns ist unternehmensextern finanziert („funded").

Für die bedeutendsten Pensionspläne des Konzerns in Schlüsselländern wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über eine Zinsstrukturkurve hochrangiger Unternehmensanleihen – abgeleitet von umfänglichen, durch anerkannte Indexanbieter beziehungsweise Ratingagenturen veröffentlichte Anleiheinformationen – ermittelt, die den Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe sowie die Währung für jeden Plan berücksichtigt.

Sonstige Versorgungszusagen

Darüber hinaus unterhält der Konzern intern finanzierte Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter, vornehmlich in den USA. Im Rahmen dieser Zusagen wird den Pensionären ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen und zahnmedizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen. Analog zu den leistungsdefinierten Pensionszusagen werden diese Pläne gemäß der Methodik der laufenden Einmalprämien bewertet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden unmittelbar in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen erfasst und im Eigenkapital ausgewiesen.

Weitere Informationen zu den Pensions- und sonstigen Versorgungszusagen sind in Anhangangabe 33 „Leistungen an Arbeitnehmer" enthalten.

Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Leistungen anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses fallen an, wenn der Konzern beschlossen hat, das Arbeitsverhältnis eines oder mehrerer Mitarbeiter vor dem Zeitpunkt der regulären Pensionierung zu beenden, oder ein Arbeitnehmer im Austausch für diese Leistungen freiwillig das Angebot annimmt, vorzeitig auszuscheiden. Solche Leistungen sind dann als Schuld und im Aufwand zu erfassen, wenn der Konzern einen detaillierten formalen Plan besitzt und keine realistische Möglichkeit hat, sich der Verpflichtung zu entziehen. Im Falle eines freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens werden die Leistungen auf Basis der Anzahl von Mitarbeitern, die das Angebot voraussichtlich annehmen werden, bewertet. Leistungen, die mehr als 12 Monate nach dem Abschlussstichtag fällig sind, werden zu ihrem Barwert angesetzt. Der Zinssatz wird auf Basis der Rendite hochwertiger Unternehmensanleihen abgeleitet.

Aktienbasierte Vergütungen

Personalaufwand für als Eigenkapitalinstrumente klassifizierte Vergütungen wird auf Basis des beizulegenden Zeitwerts der aktienbasierten Vergütung am Tag der Gewährung ermittelt. Bei aktienbasierten Vergütungen entspricht der beizulegende Zeitwert dem Börsenkurs der zugrunde liegenden Aktien, vermindert um den Barwert der erwarteten Dividenden, die nicht an den Mitarbeiter weitergereicht werden und nach Berücksichtigung etwaiger Restriktionen, die nach Eintritt der Unverfallbarkeit des Anspruchs bestehen. Wenn eine Vergütung so modifiziert wird, dass ihr beizulegender Zeitwert unmittelbar nach der Modifizierung ihren beizulegenden Zeitwert direkt vor der Modifizierung übersteigt, wird eine Neubewertung vorgenommen und der daraus resultierende Anstieg des beizulegenden Zeitwerts als zusätzlicher Personalaufwand ausgewiesen.

Die Gegenbuchung zum ausgewiesenen Personalaufwand erfolgt in der Kapitalrücklage. Der Personalaufwand wird linear über den Zeitraum erfasst, in welchem der Mitarbeiter die Dienste erbringt, die mit dieser Vergütung abgegolten werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, erfolgt die Verteilung über die Laufzeit der jeweiligen Tranche. Einschätzungen hinsichtlich voraussichtlich verfallender Ansprüche werden regelmäßig angepasst und berücksichtigen sowohl tatsächlich verfallene Ansprüche als auch sich verändernde Erwartungen. Aufwendungen für Vergütungen, die dem Begünstigten einen vorgezogenen Ruhestand erlauben und deswegen eine nominale, aber nicht substanzielle Dienstzeitregelung vorsehen, werden nicht über den Zeitraum vom Tag der Gewährung bis zur Unverfallbarkeit erfasst, sondern über den kürzeren Zeitraum, bis der Mitarbeiter die Anspruchsvoraussetzungen für die Vergütung erfüllt. Bei Vergütungen, die in Tranchen abgegolten werden, wird jede Tranche als separate Vergütung angesehen und gesondert im Personalaufwand erfasst.

Verpflichtungen aus aktienbasierter Vergütung, die entgeltlich abgegolten werden, werden zu jedem Bilanzstichtag ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und über die Anwartschaftsfrist erfasst, in der der Mitarbeiter einen unverfallbaren Anspruch auf die Vergütung erwirbt. Die Verpflichtungen werden bis zur Zahlung in den Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Andere aufgeschobene Vergütungspläne

Der Vergütungsaufwand für andere aufgeschobene Vergütungspläne wird linear über den Zeitraum erfasst, in dem die Mitarbeiter die Leistungen erbringen, auf die sich die Vergütungen beziehen, oder über den Zeitraum der Tranchen, wenn die Vergütungen in Tranchen ausgezahlt werden. Bei Vergütungen, die in Tranchen ausgezahlt werden, wird jede Tranche als separate Prämie betrachtet und separat abgegrenzt. Der erfasste Betrag basiert auf dem Barwert des im Rahmen des jeweiligen Plans voraussichtlich zu zahlenden Betrags und wird zu jedem Bilanzstichtag neu bewertet. Der letztlich erfasste kumulative Vergütungsaufwand entspricht dem Barbetrag oder dem beizulegenden Zeitwert der jeweils ausgegebenen Finanzinstrumente.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Der Konzern erfasst Erträge aus Zuwendungen der öffentlichen Hand, wenn eine angemessene Sicherheit dafür besteht, dass der Konzern die mit den Zuwendungen der öffentlichen Hand verbundenen Bedingungen erfüllt und die Zuwendungen gewährt werden. Der Konzern erfasst den Vorteil in der Rechnungslegungsperiode, in der der Konzern durch die Zuwendung für die entsprechenden Kosten entschädigt wird und weist sie als Reduzierung des entsprechenden Aufwands aus.

Options- und Terminkontrakte auf Eigene Aktien

Options- und Terminkontrakte, denen Aktien der Deutschen Bank zugrunde liegen, werden als Eigenkapitalinstrumente klassifiziert, wenn die Erfüllung durch die Lieferung einer festgelegten Anzahl von Aktien erfolgen muss. Alle anderen Kontrakte, bei denen Aktien der Deutschen Bank dem Kontrakt zugrunde liegen, werden als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen ausgewiesen.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Konzern-Kapitalflussrechnung wird anhand der indirekten Methode ermittelt, welche den Gewinn/Verlust nach Steuern um nicht zahlungswirksame Vorgänge innerhalb der operativen Tätigkeiten korrigiert und Zahlungsvorgänge in operative Tätigkeiten sowie Tätigkeiten aus Investition oder Finanzierung einteilt. Maßgeblich für die Einteilung sind das Geschäftsmodell des Konzerns und die damit verbundenen Aktivitäten, die für das Geschäft am besten geeignet sind.

Für Zwecke der Konzern-Kapitalflussrechnung umfassen die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente des Konzerns hochliquide Vermögenswerte, die unmittelbar in liquide Mittel umgewandelt werden können und mit einem unwesentlichen Wertänderungsrisiko behaftet sind. Dabei handelt es sich um die Barreserve und Einlagen bei Zentralbanken sowie Sichteinlagen bei Banken.

Es gibt verschiedene Umstände, unter denen die vom Konzern gehaltenen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente nicht zur Verwendung durch den Konzern zur Verfügung stehen. Beispiele hierfür sind Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, die von einer Tochtergesellschaft gehalten werden, die in einem Land tätig ist, in dem Devisenkontrollen oder andere rechtliche Beschränkungen gelten, so dass die Guthaben nicht zur allgemeinen Verwendung durch den Konzern oder eine seiner Tochtergesellschaften zur Verfügung stehen.

Aufgrund der Art des Geschäftsmodells der Deutschen Bank, Kunden Finanzierungen bereitzustellen, unterstützen Cashflows im Zusammenhang mit langfristigen Verbindlichkeiten die Geschäftstätigkeit der Bank und werden als Bestandteil der operativen Geschäftstätigkeit einbezogen. Im Gegensatz dazu sind Cashflows aus Transaktionen mit eigenen Eigenkapitalinstrumenten sowie Transaktionen mit nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten sowie hybriden Kapitalinstrumenten in der Konzern-Kapitalflussrechnung dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit zugeordnet. Diese Cashflows unterscheiden sich von jenen aus vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, da sie als integraler Bestandteil des Kapitals gesteuert werden, insbesondere, um die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen erfüllen zu können. Infolgedessen lassen sie sich nicht durch andere operative Verbindlichkeiten, sondern nur durch Eigenkapital ersetzen und werden daher den Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit zugeordnet. Finanzinstrumente (einschließlich Reverse Repos), die zu Liquiditätszwecken gehalten werden, werden als Bestandteil der Investitionstätigkeiten ausgewiesen

Die vom Konzern vorgenommenen Anpassungen des Gewinns/Verlusts nach Steuern für bestimmte nichtzahlungswirksame Vorgänge beinhalten die Risikovorsorge im Kreditgeschäft, Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen, latente Steuern und Wertminderungen, Abschreibungen, Amortisierungen sowie Wertzuwächse, die auch Amortisierungen aufgrund von Sicherungsbeziehungen („Hedge Adjustments") beinhalten.

Für einige andere nichtzahlungswirksame Vorgänge, die schwieriger abzugrenzen sind, werden alle Änderungen der Bilanzpositionen für operative Vermögenswerte und Schulden in die operative Tätigkeit einbezogen und gegen den in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrag saldiert. Zum Beispiel werden zum beizulegenden Zeitwert bewertete unrealisierte Marktwertänderungen für Handelsaktiva und -passiva in die operative Tätigkeit einbezogen und es wird nicht zwischen zahlungswirksamen und nicht zahlungswirksamen Änderungen unterschieden. Das gleiche Prinzip wird auf in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung von der Transaktionswährung zur funktionalen Währung eines Geschäftsbetriebs angewandt. Diese nichtzahlungswirksamen Umrechnungsdifferenzen sind in den entsprechenden Vermögenswerten und Schulden innerhalb der operativen Tätigkeiten erfasst.

Zusätzlich werden Anpassungen des Buchwerts von nicht derivativen Finanzinstrumenten (Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten, Einlagen oder vorrangige langfristige Verbindlichkeiten) aus Sicherungsbeziehungen, welche den beizulegenden Zeitwert des Grundgeschäfts absichern, nicht separat als Anpassung aus einem nichtzahlungswirksamen Vorgang gezeigt, sondern in der entsprechenden Bilanzposition in den operativen Tätigkeiten berücksichtigt. Diese Beträge werden innerhalb der operativen Tätigkeiten gegen erfolgswirksam erfasste nichtzahlungswirksame Beträge saldiert.

Die in der Konzern-Kapitalflussrechnung ausgewiesenen Beträge entsprechen nicht notwendigerweise den Veränderungen der Konzernbilanz von einer Periode zur nächsten, da sie bestimmte nicht zahlungswirksame Sachverhalte wie etwa Umrechnungsdifferenzen aus der Währungsumrechnung in die Berichtswährung des Konzerns, Bruttoabschreibungen auf Kredite und Veränderungen des Konsolidierungskreises nicht berücksichtigen.

Die Position „Sonstige, per Saldo" innerhalb der operativen Tätigkeiten umfasst im Wesentlichen Veränderungen bei (i) der Anwendung der Bilanzierung von Absicherungen von Zahlungsströmen oder bestimmten Beziehungen zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, bei denen das Grundgeschäft Teil der Investitionstätigkeit und das Sicherungsinstrument hingegen Teil der operativen Tätigkeit ist; sowie (ii) nichtzahlungswirksamen Effekten aus der Währungsumrechnung von monetären konzerninternen Transaktionen, welche in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung erfasst werden; zusammen mit Effekten aus der Währungsumrechnung von der Transaktionswährung in die funktionale Währung für bestimmte Bilanzposten, die in der Investitionstätigkeit enthalten sind.

02 – Erstmals angewandte und neue Rechnungslegungsvorschriften

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses in 2025 zur Anwendung kamen.

IAS 21 "The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates"

Zum 1. Januar 2025 setzte der Konzern Änderungen zu IAS 21, "The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates" um, die Leitlinien enthalten, um festzulegen, wann eine Währung umtauschbar ist und wie deren Wechselkurs zu bestimmen ist, wenn dies nicht der Fall ist. Sie verlangen auch die Angabe zusätzlicher Informationen, wenn eine Währung nicht umtauschbar ist. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften waren zum 31. Dezember 2025 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses Konzernabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 18 "Presentation and Disclosures in Financial Statements",

Im April 2024 veröffentlichte das IASB den neuen Standard IFRS 18, "Presentation and Disclosures in Financial Statements", der IAS 1, "Presentation of Financial Statements" ersetzt. IFRS 18 beinhaltet neue Regelungen zur Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung und neue Anforderungen zur Veröffentlichung zu von der Unternehmensleitung definierten Erfolgskennzahlen, sogenannten „Management-defined Performance Measures" (MPMs).

Der neue Standard tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Der Konzern erwartet keine wesentlichen Auswirkungen der Anforderungen des IFRS 18 auf den Konzernabschluss.

IFRS 19 "Subsidiaries without Public Accountability: Disclosures"

Im Mai 2024 veröffentliche der IASB den neuen Standard IFRS 19, "Subsidiaries without Public Accountability: Disclosures", der es einem Tochterunternehmen ermöglicht, reduzierte Angaben offenzulegen, wenn es die IFRS-Rechnungslegungsstandards in seinem Abschluss anwendet. Im August 2025 veröffentliche der IASB zusätzlich Änderungen an dem noch nicht in Kraft getretenen Standard für neue oder geänderte IFRS-Rechnungslegungsstandards, die zwischen dem 28. Februar 2021 und dem 1. Mai 2024 veröffentlicht und bei der Erstveröffentlichung von IFRS 19 nicht berücksichtigt wurden.

Der neue Standard tritt für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Der Konzern erwartet keine wesentlichen Auswirkungen der Anforderungen des IFRS 19 auf die Anhangangaben seiner Tochtergesellschaften. IFRS 19 bedarf noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 9 "Financial Instruments" und IFRS 7 "Financial Instruments: Disclosures"

Im Mai 2024 veröffentlichte das IASB Änderungen an der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten (Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7), die Themen adressieren, die während der Überprüfung der Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften von IFRS 9 „Financial Instruments" identifiziert wurden. Bei Verwendung eines elektronischen Zahlungssystems erlauben die Änderungen, unter bestimmten Voraussetzungen eine finanzielle Verbindlichkeit (oder einen Teil davon), die über ein elektronisches Zahlungssystem in bar beglichen wird, vor dem Zeitpunkt der Erfüllung auszubuchen. Darüber hinaus beinhalten die Änderungen erweiterte Regelungen zu Vertragsbedingungen, die mit einer elementaren Kreditvereinbarung übereinstimmen, zu nicht rückgriffsberechtigten finanziellen Vermögenswerten und zu vertraglich verknüpften Finanzinstrumenten. Zudem werden zusätzliche Angaben bei Vertragsbedingungen, die den Zeitpunkt oder die Höhe der vertraglichen Zahlungsströme verändern können, verlangt.

Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2026 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Der Konzern erwartet keine wesentlichen Auswirkungen auf die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten sowie die Angaben im Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS („Annual Improvements to IFRS")

Im Juli 2024 veröffentlichte das IASB im Rahmen seines Annual-Improvements-Projektes „Improvements to IFRS" mehrere Änderungen bestehender IFRS. Diese umfassen Änderungen in der Terminologie sowie redaktionelle Korrekturen und beziehen sich auf IFRS 1, „First-time Adoption of International Financial Reporting Standards", IFRS 7, „Financial Instruments: Disclosures" („IFRS 7") und die begleitende Anleitung zur Umsetzung von IFRS 7, IFRS 9 „Financial Instruments", IFRS 10 „Consolidated Financial Statements" und IAS 7 „Statement of Cash-Flows".

Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2026 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Es wird nicht erwartet, dass die Umsetzung der Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben wird.

Contracts Referencing Nature-dependent Electricity – Änderungen zu IFRS 9 und IFRS 7

Im Dezember 2024 veröffentlichte das IASB "Contracts Referencing Nature-dependent Electricity (Amendments to IFRS 9 and IFRS 7) um identifizierte Besonderheiten bezüglich des Kaufs und der Abnahme von Strom aus erneuerbaren Energien zu berücksichtigen. Die Regelungen umfassen Änderungen der Vorschriften für den Eigenverbrauch bei der Anwendung von IFRS 9 auf Verträge über den Kauf und die Abnahme von Strom aus erneuerbaren Energien. Zudem kann ein Unternehmen ein variables Volumen an erwarteten Stromtransaktionen aus erneuerbaren Energien als Grundgeschäft in einer Sicherungsbeziehung nach IFRS 9 designieren und bei der Messung der Effektivität berücksichtigen. Außerdem werden nach IFRS 7 und IFRS 19 zusätzliche Angaben für Transaktionen mit Strom aus erneuerbaren Energien verlangt.

Die Änderungen treten für Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2026 beginnen. Eine vorzeitige Anwendung ist zulässig. Der Konzern hält keine wesentlichen Strombezugsverträge und erwartet demnach keine signifikanten Auswirkungen auf den Konzernabschluss

IAS 21 "The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates: Translation to a Hyperinflationary Presentation Currency"

Im November 2025 veröffentlichte der IASB Änderungen an IAS 21 „Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse", um die Bilanzierung durch ein Mutterunternehmen, dessen funktionale Währung die Währung einer Volkswirtschaft mit hoher Inflation ist, bei der Konsolidierung einer Tochtergesellschaft, deren funktionale Währung die Währung einer Volkswirtschaft ohne hohe Inflation ist, zu klären. Das IASB entschied, dass, wenn ein Unternehmen Beträge aus einer funktionalen Währung, die die Währung einer Volkswirtschaft ohne hohe Inflation ist, in eine Berichtswährung umrechnet, die die Währung einer Volkswirtschaft mit hoher Inflation ist, das Unternehmen diese Beträge, einschließlich Vergleichszahlen, unter Verwendung des Stichtagskurses der letzten vorliegenden Bilanz umrechnet. Ein Unternehmen muss offenlegen, wenn es diese Umrechnungsmethode in seinem Abschluss oder in den Abschlüssen seiner ausländischen Geschäftsbetriebe angewendet hat.

Die Änderungen werden für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2027 beginnen, wirksam, wobei eine vorzeitige Anwendung zulässig ist. Es wird nicht erwartet, dass die Änderungen wesentliche Auswirkungen auf den Konzernabschluss haben werden. Die Änderungen bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

03 – Akquisitionen und Veräußerungen

Unternehmenszusammenschlüsse

In den Geschäftsjahren 2025 und 2024 unternahm der Konzern keine Akquisitionen, die als Unternehmenszusammenschlüsse bilanziert wurden.

Im April 2023 gab die Deutsche Bank bekannt, dass sie eine Einigung über ein Barangebot für die Übernahme der Numis Corporation Plc („Numis") erzielt hat. Am 13. Oktober 2023 wurde die Übernahme abgeschlossen und die Deutsche Bank erwarb eine 100-prozentige Beteiligung an Numis für einen Barkaufpreis von 460 Mio. € (397 GBP Mio.). Nach der Übernahme von Numis wurde die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der zum Erwerbszeitpunkt identifizierbaren erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Schulden im vierten Quartal 2023 abgeschlossen. Einzelheiten sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Zu den sonstigen immateriellen Vermögenswerten, die im Rahmen der Kaufpreisallokation identifiziert wurden, gehörten Kundenbeziehungen (56 Mio. €) und der Markenname (27 Mio. €). Der in der Kaufpreisallokation identifizierte Geschäfts- oder Firmenwert betrug 235 Mio. € und stellte im Wesentlichen den erwarteten zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen aus Synergien und den Wert der Belegschaft dar.

Beizulegender Zeitwert der erworbenen Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten zum Erwerbszeitpunkt

in Mio. €	13. Oktober 2023
Übertragene Gegenleistung in bar	**460**
Übertragene Gegenleistung insgesamt	**460**
Angesetzte Beträge der identifizierbaren erworbene Vermögenswerte und übernommenen Verbindlichkeiten:[1]	
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	126
Forderungen aus Wertpapierleihen	10
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	44
Sachanlagen	55
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	84
Alle sonstigen Vermögenswerte	410
Summe der erworbenen Vermögenswerte	727
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	14
Alle sonstigen Verbindlichkeiten	488
Summe der übernommenen Verbindlichkeiten	502
Identifizierbares Nettovermögen insgesamt	**225**
Geschäfts- oder Firmenwert	235
Erworbenes identifizierbares Nettovermögen insgesamt sowie erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	**460**

[1] Nach Hauptklasse erworbener Vermögenswerte und übernommener Schulden.

Die Deutsche Bank ordnete den Geschäfts- oder Firmenwert aus der Numis-Akquisition der zahlungsmittelgenerierenden Einheit (ZGE) Investmentbank zu. Angesichts des Wertes der Investmentbank ZGE war der für Numis erfasste Geschäfts- oder Firmenwert wertgemindert und wurde im Anschluss an den Unternehmenserwerb im vierten Quartal 2023 vollständig abgeschrieben (siehe auch Anhangangabe 23 "Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte").

Veräußerungen

In den Jahren 2025 und 2024 fanden keine Veräußerungen statt, allerdings hat der Konzern im Jahr 2023 mehrere Veräußerungen von Tochtergesellschaften/Geschäftsbetrieben abgeschlossen. Diese Veräußerungen umfassten hauptsächlich Geschäftseinheiten, die der Konzern zuvor als zum Verkauf bestimmt klassifiziert hatte. Die gesamte für diese Veräußerungen (in bar) erhaltene Gegenleistung belief sich in den Jahren 2024 und 2023 auf 3 Mio. € (davon 3 Mio. € in bar) und 117 Mio. € (davon 99 Mio. € in bar). Die folgende Tabelle enthält die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die in diesen Veräußerungen enthalten waren.

in Mio. €	2025	2024	2023
Barreserve und verzinsliche Sichteinlagen bei Kreditinstituten	0	0	7
Übrige Vermögenswerte	0	0	105
Summe der veräußerten Aktiva	**0**	**0**	**113**
Summe der veräußerten Verbindlichkeiten	**0**	**0**	**213**

04 – Segmentberichterstattung

Die Segmentinformationen des Konzerns basieren auf dem sogenannten Managementansatz. Dementsprechend sind Segmentinformationen auf Basis der internen Managementberichterstattung darzustellen. Diese werden durch den Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker regelmäßig überprüft, um die finanzielle Performance der Segmente zu bewerten und ihnen Ressourcen zuzuweisen.

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung der Deutschen Bank folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrundeliegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Diese stellt die Grundlage für die Bewertung der finanziellen Performance der Segmente dar und wird zur Zuteilung von Ressourcen an die Segmente herangezogen.

Die Geschäftsaktivitäten der Bank sind in einer Divisionsstruktur organisiert, die die folgenden Geschäftsbereiche umfasst:

- Unternehmensbank (Corporate Bank)
- Investmentbank (Investment Bank)
- Privatkundenbank (Private Bank)
- Asset Management
- Corporate & Other

Der Konzern besteht aus den folgenden berichtspflichtigen Segmenten: Unternehmensbank, Investmentbank, Privatkundenbank, Asset Management und Corporate & Other.

Die Unternehmensbank weist ihre Erträge in den Kategorien Corporate Treasury Services, Geschäft mit institutionellen Kunden (Institutional Client Services) und Geschäftskunden (Business Banking) aus.

Die Investmentbank weist ihre Erträge in den Kategorien Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen, Investmentbanking & Kapitalmärkte sowie Research und Sonstige aus.

Die Privatkundenbank weist ihre Erträge in den Kategorien Personal Banking und Wealth Management aus.

Der Bereich Asset Management weist seine Erträge in den Kategorien Managementgebühren, erfolgsabhängige und transaktionsbezogene Erträge und Sonstige aus.

Corporate & Other beinhaltet Erträge, Kosten und Ressourcen, die zentral gehalten und nicht auf die Geschäftsbereiche allokiert werden, sowie Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen in Zusammenhang mit Derivaten, die der Absicherung der Konzernbilanz dienen. Bei Letzteren handelt es sich um Bilanzierungseffekte, bei denen erwartet wird, dass Verluste aus der Bewertung im Zeitablauf ausgeglichen werden, wenn die zugrunde liegenden Instrumente ihre Fälligkeit erreichen. Darüber hinaus enthält Corporate & Other finanzielle Auswirkungen aus Altbeständen, die zuvor in der Einheit zur Freisetzung von Kapital (Capital Release Unit) berichtet wurden.

Darüber hinaus wurden auf Basis von Managemententscheidungen während des Berichtszeitraums weitere Änderungen an der Divisionsstruktur vorgenommen, über die im Abschnitt unten berichtet wird.

Änderungen in der Darstellung der Geschäftsbereiche

Im ersten Quartal 2025 änderte die Deutsche Bank die Klassifizierung von Erträgen im Zusammenhang mit bestimmten Aktivitäten, für die Erträge zwischen der Unternehmensbank und der Investmentbank geteilt werden, um die Auswirkungen auf den Zinsertrag und den Provisionsüberschuss genauer darzustellen. Diese Aktivitäten umfassen die Allokation von Devisenerträgen mit Kunden der Unternehmensbank, die in der Investmentbank verbucht werden, auf die Unternehmensbank, sowie die Allokation von Erträgen aus Relationship-Lending Aktivitäten, die in der Unternehmens-bank verbucht werden, auf die Unternehmensbank und die Investmentbank. Bisher wurden beide Allokationen im sonstigen Ergebnis ausgewiesen, werden nun aber direkt in die jeweiligen Ertragskategorien klassifiziert. Die Änderungen führten nicht zu einer Änderung der Allokationen zwischen den beiden Segmenten Unternehmensbank und Investmentbank selbst und hatten keine Auswirkungen auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Vergleichszahlen für die Vorjahre werden in der aktuellen Berichtsstruktur dargestellt.

Im ersten Quartal 2024 benannte die Investmentbank „FIC Sales & Trading" in „Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (FIC)" um und führte zwei zusätzliche Unterkategorien ein: „FIC-Finanzierungsgeschäft" und „FIC-Ex Finanzierungsgeschäft". Im vierten Quartal 2025 wurde „FIC-Ex Finanzierungsgeschäft" in „FIC-Handelsgeschäft" umbenannt. Diese Anpassungen erfolgten, um die Transparenz hinsichtlich der Zusammensetzung der Erträge im Bereich zu erhöhen. Zudem wurde „Emissions- & Beratungsgeschäft" in „Investmentbanking & Kapitalmärkte" umbenannt, um das Geschäft, auf das es ausgerichtet ist, besser widerzuspiegeln. Die Erträge werden weiterhin unter Debt-Emissionsgeschäft, Equity-Emissionsgeschäft und Beratung berichtet. Darüber hinaus werden die Research-Erträge zusammen mit Sonstigem unter "Research und Sonstige" ausgewiesen.

Mit Beginn des ersten Quartals 2024 verfolgt die Privatkundenbank einen stärker kundenorientierten Ansatz, indem sie die bestehende Kundenbasis in zwei klar abgegrenzte globale Kundenbereiche unterteilt: „Personal Banking" sowie „Wealth Management & Private Banking". Im vierten Quartal 2025 wurde „Wealth Management & Private Banking" in „Wealth Management" umbenannt. Dieser Ansatz spiegelt das Ziel wider, Kunden in der Privatkundenbank gezielter und wirkungsvoller zu betreuen. Im Wealth Management wurde die Betreuung von Private-Banking-Kunden, vermögenden und sehr vermögenden Kunden sowie Geschäftskunden in ausgewählten Bereichen des internationalen Geschäfts zusammengeführt (Strategie der „Bank for Entrepreneurs"). Das Kundensegment "Personal Banking" umfasst Privatkunden und wohlhabende Kunden sowie Geschäftskunden in Italien und Spanien (d. h. alle kleineren internationalen Geschäfts- und Firmenkunden, die nicht von Wealth Management betreut werden). Die Vergleichszahlen des Vorjahres werden entsprechend der aktuellen Berichtsstruktur dargestellt.

Mit dem Kundensegment der Privatkundenbank „Wealth Management" profitieren Privatkunden von einer breiteren Produktpalette mit verstärktem Schwerpunkt auf Anlageberatung. Daher wurden im ersten Quartal 2024 die Sichteinlagen der Privatkundenbank Deutschland in das verwaltete Vermögen umgegliedert, um ein konsistentes Vorgehen innerhalb von „Wealth Management" zu gewährleisten. Die Vergleichszahlen der Vorjahre werden in der aktuellen Berichtsstruktur dargestellt.

Bemessung von Segmentgewinnen oder -verlusten

Die Segmentberichterstattung zeigt die Segmentergebnisse auf Basis der Managementberichterstattung, ergänzt um eine Überleitung der Segmentergebnisse auf den Konzernabschluss, und ist im Abschnitt „Segmentergebnisse" in diesem Kapitel enthalten. Die Segmentinformationen basieren auf der internen Managementberichterstattung über Segmentgewinne oder -verluste, Vermögenswerte sowie anderen Informationen, die regelmäßig vom Chief Operating Decision Maker überprüft werden.

Die Vermögenswerte der verschiedenen Segmente werden in der internen Managementberichterstattung konsolidiert dargestellt, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten. In der internen Managementbericht-erstattung des Konzerns werden keine Segmentverbindlichkeiten oder Zinsaufwendungen separat berücksichtigt. Ebenso werden Abschreibungen, Steueraufwendungen und die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nicht separat intern ausgewiesen und sind daher hier nicht angegeben.

Für die interne Managementberichterstattung werden Bilanzierungsmethoden angewandt, die nicht IFRS-konform sind und zu Bewertungs- und Ausweisunterschieden führen. Die größten Bewertungsunterschiede entfallen auf Positionen, die in der Managementberichterstattung zum beizulegenden Zeitwert beziehungsweise gemäß IFRS zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen werden. Ein weiterer Bewertungsunterschied ergibt sich aufgrund der Erfassung von Handelsergebnissen aus Eigenen Aktien unter den Erträgen in der Managementberichterstattung (in der Investment-bank), wohingegen nach IFRS eine Berücksichtigung im Eigenkapital erfolgt. Ein wesentlicher Ausweisunterschied besteht bei der Behandlung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss, die dem Nettoanteil der Minderheitsaktionäre an den Erträgen, der Risikovorsorge im Kreditgeschäft, den Zinsunabhängigen Aufwendungen und dem Ertragsteuer-aufwand entsprechen. Diese Anteile werden gemäß der Managementberichterstattung im Ergebnis vor Steuern der Geschäftsbereiche berücksichtigt (mit dem umgekehrten Betrag in Corporate & Other), während sie nach IFRS im Jahresüberschuss ausgewiesen werden.

Da die Geschäftstätigkeiten des Konzerns vielfältiger Natur und seine operativen Einheiten integriert sind, unterliegt die Zuordnung der Erträge und Aufwendungen zu den Segmenten bestimmten Annahmen und Schätzungen.

Die Managementberichterstattung allokiert den externen Zinsüberschuss des Konzerns kalkulatorisch auf die Segmente anhand der in Anspruch genommenen, oder der von den einzelnen Segmenten bereitgestellten, Finanzierungsmitteln gemäß dem Rahmenwerk für die Ermittlung interner Verrechnungspreise von Finanzmitteln (Internal Funds Transfer Pricing). Um einen Vergleich mit Wettbewerbern zu ermöglichen, die rechtlich selbstständige Einheiten mit unabhängiger Eigenkapitalfinanzierung haben, wird ein Nettozinsnutzen auf das konsolidierte Eigenkapital des Konzerns allokiert, entsprechend dem Anteil jedes Segments am durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital.

Das Management nutzt im Rahmen des internen Managementberichtssystems bestimmte Messgrößen für das Kapital sowie darauf bezogene Kennziffern, weil es diese bei der Darstellung der finanziellen Performance der Segmente für nützlich hält. Durch die Veröffentlichung dieser Messgrößen erhalten Investoren und Analysten einen tieferen Einblick in die Steuerung der Geschäftsaktivitäten des Konzerns seitens des Managements. Des Weiteren dienen sie dem besseren Verständnis der Konzernergebnisse.

Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals

Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital ist in vollem Umfang den Segmenten des Konzerns, auf Basis der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen jedes Segments, zugeordnet. Die aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen spiegeln den kumulierten Beitrag jedes Segments zur harten Kernkapitalquote (CET 1) des Konzerns, zu seiner Verschuldungsquote und zu seinem Kapitalverlust unter Stressbedingungen wider. Die Beiträge zu jeder dieser drei Kennzahlen werden zur Berücksichtigung ihrer relativen Bedeutung und des Grades der Einschränkung für den Konzern gewichtet. Die Beiträge zur harten Kernkapitalquote (CET 1) und zur Verschuldungsquote werden anhand von risikogewichteten Aktiva (RWA) und der Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote gemessen. Der Kapitalverlust des Konzerns unter Stressbedingungen ist eine Messgröße für das ökonomische Risiko des Konzerns in einem bestimmten Stressszenario. Der Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte werden direkt den Segmenten des Konzerns zugeordnet, um eine Ermittlung des allokierten materiellen Eigenkapitals und der jeweiligen Renditen zu ermöglichen. Das Eigenkapital und das materielle Eigenkapital werden auf monatlicher Basis zugeordnet und es werden Quartals- und Jahresdurchschnittswerte ermittelt.

Änderung des Rahmenwerks zur Allokation von Eigenkapital

Mit dem Geschäftsjahr 2024 hat die Deutsche Bank die Allokation des materiellen Eigenkapitals auf die Geschäftsbereiche verändert und hält nun Kapital für Aktivitäten des Deutsche Bank-Konzerns, das zuvor den Geschäftsbereichen zugeordnet wurde, in Corporate & Other. Die Vergleichszahlen der Vorjahre werden in der aktuellen Berichtsstruktur dargestellt. Während die Einführung der neuen Allokationsmethode zu Änderungen der Eigenkapitalrendite nach Steuern für die Geschäftsbereiche führte, hatte die Änderung keine Auswirkung auf die entsprechenden Konzernkennzahlen.

Ab Dezember 2025 hat die Deutsche Bank die Zuordnung des (materiellen) Eigenkapitals angepasst, um den durch das Asset Management geschaffenen Shareholder Value genauer abbilden zu können. Im Rahmen dieser Anpassung werden nun rund 1 Mrd. € hartes Kernkapital, das von den Minderheitsaktionären der DWS in den Deutsche Bank-Konzern eingebracht wird, als Reduktion des dem Geschäftsbereich Asset Management zugeordneten Eigenkapitals berücksichtigt. Zuvor wurde dieser Minderheitenvorteil, der Teil der regulatorischen Eigenmittel ist, im Bereich Corporate & Other ausgewiesen. Diese Änderung betrifft ausschließlich den Geschäftsbereich Asset Management und hat keine Auswirkungen auf die Kennzahlen des Deutsche Bank-Konzerns oder auf die anderen Geschäftsbereiche der Bank. Da die Umsetzung im Dezember 2025 begonnen hat, wirkt sich die Anpassung auf die Finanzzahlen des vierten Quartals sowie des Gesamtjahres 2025 aus. Für frühere Berichtszeiträume wurden keine Anpassungen der Kapitalallokation vorgenommen, sodass sich ein gestaffelter Effekt auf die Metriken des Jahres 2025 ergibt. Die vollständige Auswirkung in Form eines geringeren durchschnittlich zugeordneten Eigenkapitals und damit einer höheren Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) für den Geschäftsbereich Asset Management wird ab dem Finanzjahr 2026 sichtbar sein.

Änderung der Methode zur Kostenallokation basierend auf dem Kostenmanagement auf Verursacherbasis (Driver-Based Cost Management – DBCM)

Der Konzern hat beginnend mit dem ersten Quartal 2023 Kostenallokationen basierend auf dem Kostenmanagement auf Verursacherbasis (Driver-Based Cost Management – DBCM) eingeführt. Das neue Verfahren zielt darauf ab, mehr Transparenz über die Treiber von Infrastrukturkosten zu schaffen und die Kosten enger mit der Nutzung bestimmter Leistungen zu verknüpfen. Die im Jahr 2023 in den Infrastrukturbereichen angefallenen Kosten wurden den Geschäftsbereichen auf Basis der geplanten Zuweisungen zugeordnet, mit Ausnahme der Kosten für Technologieentwicklung, die den Geschäftsbereichen auf Basis der tatsächlichen Ausgaben zugerechnet wurden. Ab dem Jahr 2024 werden alle Infrastrukturkosten den Geschäftsbereichen auf Grundlage der tatsächlichen Kosten und der Serviceinanspruchnahme in Rechnung gestellt, um den anhaltenden Fokus der Bank auf Kostendisziplin zu unterstützen. Die Vergleichszahlen des Vorjahres werden entsprechend der aktuellen Berichtsstruktur dargestellt. Für das Geschäftsjahr 2023 wird daher ein Anstieg der zinsunabhängigen Aufwendungen (entsprechender Rückgang des Gewinns vor Steuern) für die Unternehmensbank von 175 Mio. € und ein entsprechender Rückgang der zinsunabhängigen Aufwendungen (entsprechender Rückgang des Verlustes vor Steuern) für die Investmentbank von 42 Mio. €, für die Privatkundenbank von 48 Mio. €, für Asset Management von 0 Mio. € und für Corporate & Other von 84 Mio. € ausgewiesen. Während die Einführung der neuen Methode zu Änderungen der divisionalen Nachsteuerrenditen, des divisionalen durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals und der divisionalen Aufwand-Ertrag-Relationen im Geschäftsjahr 2023 führte, hatten die Änderungen keine Auswirkungen auf die entsprechenden Konzernkennzahlen.

Änderung der Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken

Mit dem Geschäftsjahr 2024 hat die Deutsche Bank eine neue verfeinerte und granularere Methode zur Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken auf die Geschäftsbereiche eingeführt. Während die Änderung keine Auswirkung auf die risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken des Konzerns hat, ändern sich die Kennzahlen der jeweiligen Geschäftsbereiche, insbesondere ab dem zweiten Quartal 2024.

Steuerfreie Wertpapiere

Der Zinsüberschuss als Teil der Erträge, des Ergebnisses vor Steuern und darauf bezogener Kennzahlen wird für steuerfreie Wertpapiere in der Investmentbank als voll steuerpflichtig ausgewiesen. Dadurch ist es dem Management möglich, die Performance steuerpflichtiger und steuerfreier Wertpapiere auf einer vergleichbaren Basis zu ermitteln. Durch diesen Bilanzausweis erhöhte sich der Zinsüberschuss in der Investmentbank im Gesamtjahr 2025 um 22 Mio. € (18 Mio. € in 2024 und 10 Mio. € in 2023). Dieser Anstieg wird in den konsolidierten Konzernzahlen durch einen umgekehrten Betrag in Corporate & Other kompensiert. Der Steuersatz, der in den Jahren 2025, 2024 und 2023 vorwiegend für die Ermittlung des voll steuerpflichtigen Zinsüberschusses verwendet wurde, betrug 21% und bezog sich auf steuerfreie U.S.-amerikanische Wertpapiere.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Ergebnissen der Segmente, einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS.

						2025
in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Unternehmensbank	Investmentbank	Privatkundenbank	Asset Management	Corporate & Other	Konzern insgesamt
Erträge[1]	7.400	11.541	9.665	3.077	413	32.096
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	194	827	578	-2	108	1.707
Zinsunabhängige Aufwendungen						
Personalaufwand	1.632	2.894	2.795	952	3.541	11.813
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.971	3.782	3.958	871	-2.721	8.860
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	-0	-0	-15	0	-0	-15
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	4.603	6.675	6.738	1.823	819	20.658
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	16	0	272	-289	0
Ergebnis vor Steuern	2.603	4.022	2.348	983	-226	9.731
Aktiva in (Mrd. €)[2]	323	736	316	11	49	1.435
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)	120	115	247	0	-3	479
Zugänge zu langfristigen Vermögenswerten	14	6	65	20	1.938	2.042
Einlagen (in Mrd. €)	329	28	329	0	5	692
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mrd. €)	12	24	15	5[3]	10	66
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)	72	136	92	16	31	347
davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[4]	11	18	15	5	14	63
Verschuldungsposition (in Mrd. €)	358	602	326	10	32	1.327
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	0	0	0	0	0	0
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)[5,6]	0	0	0	0	N/A	0
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[5,6]	0	0	0	0	N/A	0
Aufwand-Ertrag-Relation[7]	0	0	0	0	N/A	0
[1] beinhaltet:						
Zinsüberschuss	4.567	4.681	6.169	24	249	15.691
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	4	-69	4	52	3	-6
[2] beinhaltet:						
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	101	264	102	453	5	924

N/A – Nicht aussagekräftig
[3] Ab dem vierten Quartal 2025 wurde der Rahmen für die Eigenkapitalallokation aktualisiert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten
[5] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten
[6] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, diese belief sich für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2025 auf 27%; für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind; zum 31. Dezember 2025 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten
[7] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	2024 Konzern insgesamt
Erträge[1]	**7.506**	**10.557**	**9.386**	**2.649**	**-6**	**30.092**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**347**	**549**	**851**	**-1**	**83**	**1.830**
Zinsunabhängige Aufwendungen						
Personalaufwand	1.611	2.690	2.938	919	3.574	11.731
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.448	3.970	4.395	904	-1.474	11.243
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	-1	-0	-3	0	0	-3
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**5.058**	**6.660**	**7.331**	**1.823**	**2.100**	**22.971**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	**5**	**0**	**194**	**-199**	**0**
Ergebnis vor Steuern	**2.101**	**3.544**	**1.204**	**632**	**-1.989**	**5.291**
Aktiva in (Mrd. €)[2]	280	756	324	11	17	1.387
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)	117	110	257	0	0	485
Zugänge zu langfristigen Vermögenswerten	12	3	160	30	1.886	2.091
Einlagen (in Mrd. €)	315	22	320	0	11	666
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mrd. €)	12	24	14	5	10	65
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)	78	130	97	18	34	357
davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3]	11	15	14	5	15	58
Verschuldungsposition (in Mrd. €)	339	593	336	10	38	1.316
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	26.280	20.065	37.059	5.166	1.183	89.753
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)[4,5]	11,9%	9,1%	5,1%	8,0%	N/A	4,2%
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[4,5]	12,7%	9,4%	5,1%	18,0%	N/A	4,7%
Aufwand-Ertrag-Relation[6]	67,4%	63,1%	78,1%	68,8%	N/A	76,3%
[1] beinhaltet:						
Zinsüberschuss	4.987	3.372	5.786	25	-1.104	13.065
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-1	-46	21	36	2	12
[2] beinhaltet:						
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	90	379	102	451	6	1.028

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[3] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[5] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, diese belief sich für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2024 auf 34%; für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind; zum 31. Dezember 2024 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.
[6] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	Konzern insgesamt
						2023
Erträge[1]	**7.718**	**9.160**	**9.571**	**2.383**	**47**	**28.879**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**266**	**451**	**783**	**-1**	**26**	**1.505**
Zinsunabhängige Aufwendungen						
Personalaufwand	1.559	2.534	2.808	891	3.558	11.131
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.088	4.082	4.718	934	-2.710	10.112
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	233	0	0	0	233
Restrukturierungsaufwand	-4	-3	228	0	-1	220
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**4.623**	**6.846**	**7.755**	**1.825**	**847**	**21.695**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	**3**	**–**	**163**	**-166**	**0**
Ergebnis vor Steuern	**2.828**	**1.880**	**1.032**	**396**	**-459**	**5.678**
Aktiva in (Mrd. €)[2]	264	658	331	10	49	1.312
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)	117	101	261	0	0	479
Zugänge zu langfristigen Vermögenswerten	13	89	90	73	1.853	2.118
Einlagen (in Mrd. €)	289	18	308	0	7	622
Durchschnittliches Eigenkapital (in Mrd. €)	11	23	14	5	10	63
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)	69	140	86	15	40	350
davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3]	6	22	8	3	19	57
Verschuldungsposition (in Mrd. €)	307	546	339	10	39	1.240
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	25.336	19.899	38.465	4.961	1.449	90.130
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital)[4,5]	17,1%	4,9%	4,5%	5,2%	N/A	6,7%
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[4,5]	18,5%	5,1%	4,8%	12,2%	N/A	7,4%
Aufwand-Ertrag-Relation[6]	59,9%	74,7%	81,0%	76,6%	N/A	75,1%
[1] beinhaltet:						
Zinsüberschuss	5.241	2.887	6.156	-124	-557	13.602
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-6	-70	-5	42	2	-38
[2] beinhaltet:						
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	91	413	84	420	5	1.013

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[3] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[5] Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, diese belief sich für das Geschäftsjahr zum 31. Dezember 2023 auf 14%; für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzurechnen sind; zum 31. Dezember 2023 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.
[6] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

Unternehmensbank

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge							
Corporate Treasury Services[1]	4.220	4.197	4.381	23	1	-184	-4
Institutional Client Services	1.917	1.956	1.895	-39	-2	62	3
Business Banking[1]	1.263	1.352	1.442	-90	-7	-90	-6
Erträge insgesamt	**7.400**	**7.506**	**7.718**	**-106**	**-1**	**-212**	**-3**
davon:							
Zinsüberschuss[2]	**4.567**	4.987	5.241	-419	-8	-254	-5
Provisionsüberschuss[2]	**2.704**	2.577	2.460	127	5	118	5
Sonstige Erträge[2]	**129**	-58	18	186	N/A	-75	N/M
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**194**	**347**	**266**	**-153**	**-44**	**81**	**30**
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	1.632	1.611	1.559	21	1	72	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	2.971	3.448	3.088	-477	-14	359	12
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	-1	-4	1	N/A	4	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	**4.603**	**5.058**	**4.623**	**-455**	**-9**	**435**	**9**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	**0**	**0**	**0**	**N/A**	**0**	**N/A**
Ergebnis vor Steuern	**2.603**	**2.101**	**2.828**	**502**	**24**	**-728**	**-26**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	8.420	7.959	7.670	461	6	289	4
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	8.181	8.171	8.017	10	0	154	2
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	10.719	10.150	9.669	569	6	481	5
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	27.320	26.280	25.356	1.040	4	924	4
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[3,4]	323	280	264	44	16	16	6
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[3]	72	78	69	-6	-8	9	13
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3,5]	11	11	6	0	1	5	94
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[3]	358	339	307	18	5	33	11
Einlagen (in Mrd. €)[3]	329	313	289	17	5	23	8
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)[3]	120	117	117	3	2	0	0
Aufwand-Ertrag-Relation[6]	62,2%	67,4%	59,9%	-5,2Ppkt	N/A	7,5Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[7,8]	14,1%	11,9%	17,1%	2,2Ppkt	N/A	-5,2Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[7,8]	15,3%	12,7%	18,5%	2,6Ppkt	N/A	-5,8Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst
1 Ab dem ersten Quartal 2025 werden bestimmte kleinere, weniger komplexe Kunden, die bisher unter Corporate Treasury Services geführt wurden, unter Geschäftskunden (Business Banking) ausgewiesen. Die Umgliederung folgt einer Überprüfung und Neuausrichtung der Kundenbetreuung, um den Kunden die effektivste Betreuung innerhalb der Unternehmensbank zu bieten. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst
2 Ab dem ersten Quartal 2025 hat sich die Darstellung bestimmter Ertragsbeteiligungen zwischen der Unternehmensbank und der Investmentbank geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten
3 Zum Jahresende
4 Die Vermögenswerte der Geschäftsbereiche werden konsolidiert dargestellt, das heißt, Salden zwischen den Geschäftsbereichen sind nicht enthalten
5 Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten
6 Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen
7 Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten
8 Für die Geschäftsbereiche werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Geschäftsbereichen zuzuordnen sind; für die Jahre 2025, 2024 und 2023 ergab sich demnach für die Geschäftsbereichen eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten

Investmentbank

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge							
Geschäft mit festverzinslichen Wertpapieren und Währungen (FIC)	9.610	8.518	7.897	1.092	13	621	8
FIC-Finanzierungsgeschäft	3.561	3.185	2.909	377	12	275	9
FIC-Handelsgeschäft[1]	6.050	5.335	4.989	715	13	346	7
Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte[2]	1.861	1.990	1.238	-129	-6	752	61
Debt-Emissionsgeschäft	1.100	1.274	837	-174	-14	437	52
Equity-Emissionsgeschäft	225	186	102	39	21	85	82
Beratung	536	531	299	5	1	232	77
Research und Sonstige[3]	70	49	24	20	41	25	102
Erträge insgesamt[4]	**11.541**	**10.557**	**9.160**	**984**	**9**	**1.398**	**15**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**827**	**549**	**451**	**278**	**51**	**119**	**28**
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	2.894	2.690	2.534	204	8	156	6
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.782	3.970	4.082	-188	-5	-112	-3
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	233	0	N/A	-233	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	-3	0	38	3	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen	**6.675**	**6.660**	**6.846**	**15**	**0**	**-186**	**-3**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**16**	**5**	**3**	**12**	**N/A**	**2**	**52**
Ergebnis vor Steuern	**4.022**	**3.344**	**1.880**	**679**	**20**	**1.463**	**78**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	5.037	4.888	4.856	149	3	32	1
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	3.151	3.168	3.146	-17	-1	22	1
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	12.404	12.009	11.898	395	3	111	1
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[5]	20.592	20.065	19.899	527	3	166	1
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[5,6]	736	756	658	-20	-3	98	15
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[5]	136	130	140	7	5	-9.707	-7
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[5,7]	18	15	22	3	21	-7	-32
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[5]	602	593	546	10	2	46	8
Einlagen (in Mrd. €)[5]	28	22	18	6	26	4	23
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)[5]	115	110	101	5	5	9	9
Aufwand-Ertrag-Relation[8]	57,8%	63,1%	74,7%	-5,2Ppkt	N/A	-11,7Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[9,10]	10,8%	9,1%	4,9%	1,7Ppkt	N/A	4,2Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[9,10]	11,2%	9,4%	5,1%	1,8Ppkt	N/A	4,3Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

[1] Ab dem vierten Quartal 2025, wurde "FIC ohne Finanzierungsgeschäft" in "Fixed Income & Currencies Handelsgeschäft" (FIC-Markets) umbenannt.
[2] Ab dem vierten Quartal 2025, wurde "Emissionsgeschäft und Beratung" in "Bereich Investmentbanking & Kapitalmärkte" umbenannt.
[3] Historisch wurden bestimmte Refinanzierungskosten, die der Investmentbank zugerechnet, aber nicht direkt spezifischen Bilanzpositionen zugeordnet werden konnten, innerhalb von „Research und Sonstiges" ausgewiesen. Ab dem dritten Quartal 2025 werden diese Kosten auf der Grundlage eines vereinbarten Allokationsschlüssels den zugrunde liegenden Geschäftsbereichen zugewiesen, um die laufende Verfeinerung der Berichterstattung auf Geschäftsbereichsebene zu unterstützen. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung im laufenden Jahr angepasst.
[4] Ab dem ersten Quartal 2025 hat sich die Darstellung bestimmter Ertragsbeteiligungen zwischen der Unternehmensbank und der Investmentbank geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[5] Zum Jahresende.
[6] Die Vermögenswerte der Geschäftsbereiche werden konsolidiert dargestellt, das heißt, Salden zwischen den Geschäftsbereichen sind nicht enthalten.
[7] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[8] Aufwand-Ertrag-Relation definiert als der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.
[9] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[10] Für die Geschäftsbereiche werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Geschäftsbereichen zuzuordnen sind; für die Jahre 2025, 2024 und 2023 ergab sich demnach für die Geschäftsbereichen eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.

Privatkundenbank

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge:							
Personal Banking[1]	5.284	5.255	5.442	31	1	-190	-3
Wealth Management[1,2]	4.381	4.133	4.128	248	6	5	0
Erträge insgesamt	**9.665**	9.386	9.571	**279**	**3**	**-185**	**-2**
davon:							
Zinsüberschuss	6.169	5.786	6.156	383	7	-370	-6
Provisionsüberschuss	2.999	2.956	2.852	43	1	104	4
Sonstige Erträge	497	643	563	-146	-23	80	14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**578**	**851**	**783**	**-273**	**-32**	**68**	**9**
Zinsunabhängige Aufwendungen:							
Personalaufwand	2.795	2.938	2.808	-143	-5	130	5
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.958	4.395	4.718	-438	-10	-323	-7
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-15	-3	228	-12	N/A	-231	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**6.738**	**7.331**	**7.755**	**-593**	**-8**	**-424**	**-5**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**0**	0	0	0	**45**	**-0**	**-45**
Ergebnis vor Steuern	**2.348**	**1.204**	**1.032**	**1.144**	**95**	**172**	**17**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	13.840	17.053	18.483	-1.213	-7	-1.430	-8
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	7.497	7.842	7.780	-345	-4	62	1
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[3]	12.106	12.164	12.202	-58	N/A	-38	0
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet[3]	35.443	37.059	38.465	-1.616	-4	-1.406	-4
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[3,4]	316	324	331	-8	-2	-7	-2
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[3]	92	97	86	-5	-5	11	13
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[3,5]	15	14	8	0	2	7	89
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[3]	326	336	339	-10	-3	-2	-1
Einlagen (in Mrd. €)[2]	329	320	308	9	3	13	4
Forderungen aus dem Kreditgeschäft (vor Risikovorsorge, in Mrd. €)[3]	247	257	261	-11	-4	-4	-1
Verwaltetes Vermögen (in Mrd. €)[3,6]	685	634	579	51	8	55	9
Nettomittelzu-/-abflüsse (in Mrd. €)	27	29	23	-2	-7	6	26
Aufwand-Ertrag-Relation[7]	69,7%	78,1%	81,0%	-8,4Ppkt	N/A	-2,9Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[8,9]	10,1%	5,1%	4,5%	5,1Ppkt	N/A	0,5Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[8,9]	10,5%	5,1%	4,8%	5,4Ppkt	N/A	0,3Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

[1] Ein Teil der europäischen Personal Banking Kunden wurde zum ersten Quartal 2025 zu Wealth Management überführt. Diese Veränderungen stellt Anpassungen in der Kundenklassifizierung der Privatkundenbank dar und dient dazu die Konzernrechnungslegung an die zugrundeliegende Geschäftsstruktur anzugleichen. Die Vergleichszahlen des Vorjahres wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

[2] Ab dem vierten Quartal 2025, wurde "Wealth Management & Private Banking" in "Wealth Management" umbenannt.

[3] Zum Jahresende

[4] Die Vermögenswerte der Geschäftsbereiche werden konsolidiert dargestellt, das heißt, Salden zwischen den Geschäftsbereichen sind nicht enthalten.

[5] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.

[6] Der Konzern definiert verwaltetes Vermögen als (i) im Namen von Kunden zu Anlagezwecken gehaltenes Vermögen und/oder (ii) als von der Bank verwaltete oder auf beratender Basis verwaltete Vermögenswerte der Kunden; die Bank hält verwaltetes Vermögen auf diskretionärer beziehungsweise Beratungsbasis oder als Einlagen; Einlagen gelten als verwaltetes Vermögen, wenn sie Anlagezwecken dienen; im Personal Banking umfasst dies Termin- und Spareinlagen; im Wealth Management (exkl. Business Banking) wird davon ausgegangen, dass alle Kundengelder primär zu Anlagezwecken bei der Bank gehalten werden und daher als verwaltetes Vermögen definiert werden, in Fällen, in denen die Privatkundenbank Anlageprodukte vertreibt, die als verwaltete Vermögenswerte qualifizieren und von der DWS verwaltet werden, werden diese als verwaltete Vermögenswerte für die Privatkundenbank und für Asset Management (DWS) berichtet, da es sich um zwei verschiedene, unabhängige Dienstleistungen für die verwalteten Vermögenswerte handelt.

[7] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.

[8] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.

[9] Für die Geschäftsbereiche werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Geschäftsbereichen zuzuordnen sind; für die Jahre 2025, 2024 und 2023 ergab sich demnach für die Geschäftsbereiche eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft): Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.

Asset Management

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge							
Managementgebühren	2.597	2.479	2.314	119	5	164	7
Erfolgsabhängige und transaktionsbezogene Erträge	318	148	128	170	115	20	16
Sonstige	162	23	-59	139	N/A	82	N/A
Erträge insgesamt	**3.077**	**2.649**	**2.383**	**427**	**16**	**267**	**11**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**-2**	**-1**	**-1**	**-1**	**172**	**0**	**-23**
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	952	919	891	33	4	28	3
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	871	904	934	-34	-4	-29	-3
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**1.823**	**1.825**	**1.825**	**0**	**0**	**-1**	**0**
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**272**	**194**	**163**	**78**	**40**	**32**	**20**
Ergebnis vor Steuern	**983**	**632**	**396**	**350**	**55**	**236**	**60**
Mitarbeiter (Front-Office, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	2.103	2.065	2.044	38	2	21	1
Mitarbeiter (geschäftsbereichsbezogen Aktivitäten, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	2.732	2.510	2.343	222	9	167	7
Mitarbeiter (Allokationen aus Zentralfunktionen, in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	590	591	574	-1	0	17	3
Mitarbeiter insgesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	5.425	5.166	4.961	259	5	205	4
Summe der Aktiva (in Mrd. €)[1,2]	11	11	10	0	2	0	2
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[1]	16	18	15	-3	-16	3	22
Davon: risikogewichtete Aktiva für operationelle Risiken (in Mrd. €)[1,3]	5	5	3	1	13	1	35
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[1]	10	10	10	0	1	0	4
Verwaltetes Vermögen (in Mrd. €)[1,4]	1.085	1.012	896	73	7	115	13
Nettomittelzu-/-abflüsse (in Mrd. €)	51	26	28	25	98	-3	-9
Aufwand-Ertrag-Relation[5]	59,3%	68,8%	76,6%	-9,6Ppkt	N/A	-7,8Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche-Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)[6,7]	12,9%	8,0%	5,2%	4,9Ppkt	N/A	2,9Ppkt	N/A
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)[6,7]	29,1%[8]	18,0%	12,2%	11,0Ppkt	N/A	5,8Ppkt	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Zum Jahresende
[2] Die Aktiva der Unternehmensbereiche sind konsolidiert, das heißt, Salden zwischen den Segmenten sind nicht enthalten.
[3] Die Allokation der risikogewichteten Aktiva für operationelle Risiken wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[4] Verwaltetes Vermögen (AuM) bezeichnet Vermögenswerte, (i) die das Segment auf diskretionärer oder nicht-diskretionärer Beratungsbasis verwaltet; einschließlich der Fälle, in denen es die Verwaltungsgesellschaft ist und das Portfoliomanagement an Dritte ausgelagert wird; und (ii) die von einem Dritten gehalten oder verwaltet werden und zu denen das Segment auf Vertragsbasis laufend Beratung einschließlich regelmäßiger oder periodischer Bewertung, Überwachung und/oder Überprüfung leistet. Das verwaltete Vermögen umfasst sowohl kollektive Kapitalanlagen (einschließlich Publikumsfonds und börsengehandelter Fonds) als auch separate Kundenmandate. Das verwaltete Vermögen wird zum aktuellen Marktwert auf der Grundlage der lokalen aufsichtsrechtlichen Vorschriften für Vermögensverwalter zu jedem Bilanzstichtag bewertet, die von den nach IFRS geltenden Regeln für den beizulegenden Zeitwert abweichen können. Messbare Werte sind für die meisten Einzelhandelsprodukte täglich verfügbar, können aber für einige Produkte nur monatlich, vierteljährlich oder sogar jährlich aktualisiert werden. Während das verwaltete Vermögen nicht die nach der Equity-Methode bilanzierten Investitionen des Segments umfasst, beinhaltet es das Startkapital und jedes zugesagte Kapital, auf das das Segment Verwaltungsgebühren erhält. In Fällen, in denen die Privatkundenbank Anlageprodukte vertreibt, die als verwaltete Vermögenswerte qualifizieren und von der DWS verwaltet werden, werden diese als verwaltete Vermögenswerte für die Privatkundenbank und für Asset Management (DWS) berichtet, da es sich um zwei verschiedene, unabhängige Dienstleistungen für die verwalteten Vermögenswerte handelt.
[5] Die Aufwand-Ertrag-Relation ist der prozentuale Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt an der Summe aus Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft und Zinsunabhängigen Erträgen.
[6] Das Rahmenwerk zur Allokation des Eigenkapitals wurde ab dem ersten Quartal 2024 geändert. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Anhangangabe 04 - Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.
[7] Für die Segmente werden für die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital Auswirkungen permanenter Differenzen auf die effektive Steuerquote des Konzerns eliminiert, die nicht den Segmenten zuzuordnen sind; für die Jahre 2024, 2023 und 2022 ergab sich demnach für die Segmente eine Steuerquote von 28%; weitere Informationen sind im Abschnitt „Ergänzende Informationen (ungeprüft)" Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen" dieses Berichts enthalten.
[8] Ab dem vierten Quartal 2025 wurde der Rahmen für die Eigenkapitalallokation aktualisiert. Weitere Informationen finden sich in Abschnitt „Anhangangabe 04 – Segmentberichterstattung" dieses Berichts enthalten.

Corporate & Other

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	2025	2024	2023	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in Mio. €	Veränderung 2025 gegenüber 2024 in %	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in Mio. €	Veränderung 2024 gegenüber 2023 in %
Erträge	**413**	-6	47	419	N/A	-54	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	**108**	83	26	26	31	57	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen							
Personalaufwand	3.541	3.574	3.558	-33	-1	216	6
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	-2.721	-1.474	-2.710	-1.247	85	1.236	-46
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	N/A	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-0	0	-1	-0	N/A	1	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	**819**	2.100	647	-1.280	-61	1.453	N/A
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	**-289**	-199	-166	-89	45	-33	20
Ergebnis vor Steuern	**-226**	-1.989	-459	1.763	-89	-1.530	N/M
Mitarbeiter gesamt (in Vollzeitkräfte umgerechnet)[1]	36.918	36.097	35.792	821	2	305	1
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. €)[1]	31	34	40	-3	-7	-6	-15
Verschuldungsposition (in Mrd. €)[1]	32	38	39	-6	-16	-1	-3

N/A – Nicht aussagekräftig
Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst
[1] Per Jahresende

Angaben auf Unternehmensebene

Die Angaben auf Unternehmensebene des Konzerns enthalten Erträge von internen und externen Geschäftspartnern. Die Eliminierung von Erträgen mit internen Geschäftspartnern würde unverhältnismäßige IT-Investitionen erfordern und steht nicht im Einklang mit dem Managementansatz der Bank. Die Ertragskomponenten sind im Abschnitt „Die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Unternehmensbereiche" des Lageberichts aufgeführt.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Erträge (vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft) nach geografischen Bereichen für die zum 31. Dezember 2025, 2024 und 2023 endenden Geschäftsjahre aufgeführt. Für die Unternehmensbank, die Investmentbank, die Privatkundenbank und Asset Management erfolgt die Verteilung auf die Regionen im Wesentlichen nach dem Standort der jeweiligen Konzerngesellschaft, welche die Erträge bilanziell erfasst. Die Angaben zu Corporate & Other werden nur auf globaler Ebene ausgewiesen, da die Managementverantwortung für diesen Bereich zentral wahrgenommen wird.

in Mio. €	2025	2024	2023
Deutschland:			
Unternehmensbank	3.558	3.811	4.225
Investmentbank	720	641	575
Privatkundenbank	6.511	6.388	6.567
Asset Management	1.438	1.286	1.211
Deutschland insgesamt	**12.226**	**12.127**	**12.576**
Großbritannien:			
Unternehmensbank	211	193	192
Investmentbank	4.033	3.882	3.503
Privatkundenbank	63	46	54
Asset Management	652	404	350
Großbritannien insgesamt	**4.959**	**4.525**	**4.099**
Restliches Europa:			
Unternehmensbank	1.154	1.238	1.196
Investmentbank	392	477	330
Privatkundenbank	2.051	1.953	1.981
Asset Management	329	308	274
Restliches Europa	**3.926**	**3.975**	**3.782**
Amerika (primär Vereinigte Staaten):			
Unternehmensbank	1.241	1.090	1.011
Investmentbank	4.423	3.869	3.041
Privatkundenbank	478	475	462
Asset Management	549	562	432
Amerika insgesamt	**6.691**	**5.996**	**4.945**
Asien/Pazifik, Mittlerer Osten und Afrika:			
Unternehmensbank	1.236	1.174	1.094
Investmentbank	1.975	1.688	1.713
Privatkundenbank	563	524	506
Asset Management	109	90	115
Asien/Pazifik, Mittlerer Osten und Afrika insgesamt	**3.881**	**3.476**	**3.428**
Corporate & Other	**413**	**-6**	**47**
Konsolidierte Nettoerträge insgesamt[1]	**32.096**	**30.092**	**28.879**

Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

[1] Die konsolidierten Erträge umfassen die Zinsen und ähnlichen Erträge, Zinsaufwendungen und Zinsunabhängigen Erträge insgesamt (einschließlich des Provisionsüberschusses). Das Ergebnis ist je nach Standort der bilanzierenden Geschäftsstelle den entsprechenden Ländern zugeordnet. Der Standort eines vom Konzern bilanzierten Geschäfts kann sich von der Hauptgeschäftsstelle oder sonstigen Geschäftsstellen eines Kunden und den Standorten der Deutsche Bank-Mitarbeiter, die das Geschäft abgeschlossen beziehungsweise arrangiert haben, unterscheiden. An welchem Standort der Konzern ein Geschäft erfasst, an dem seine Mitarbeiter, Kunden und sonstige Dritte an unterschiedlichen Standorten beteiligt sind, hängt häufig von anderen Erwägungen ab, wie der Art des Geschäfts sowie aufsichtsrechtlichen und abwicklungstechnischen Aspekten.

Anhangangaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

05 – Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen

Zinsüberschuss

in Mio. €	2025	2024	2023
Zinsen und ähnliche Erträge:			
Zinserträge aus Barreserven und Zentralbankeinlagen	4.753	7.045	7.048
Zinserträge aus Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	261	643	607
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Reverse Repos)	2.236	1.935	1.069
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	21.268	23.692	22.559
Sonstige	2.561	2.140	2.103
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt aus zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten	**31.059**	**35.456**	**33.385**
Zinserträge aus zum Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	1.421	1.408	1.097
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt, die nach der Effektivzinsmethode ermittelt werden	**32.480**	**36.865**	**34.482**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	11.978	12.493	9.592
Zinsen und ähnliche Erträge insgesamt	**44.458**	**49.358**	**44.074**
Davon: negativer Zinsaufwand für finanzielle Verbindlichkeiten	23	28	76
Zinsaufwendungen:			
Verzinsliche Einlagen	11.964	16.867	13.706
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapier-pensionsgeschäften (Repos)	854	708	388
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	518	390	310
Langfristige Verbindlichkeiten	5.121	6.770	6.154
Hybride Kapitalinstrumente	16	17	16
Sonstige	2.761	3.035	2.848
Zinsaufwendungen insgesamt, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	**21.233**	**27.787**	**23.422**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	7.534	8.505	7.051
Zinsaufwendungen insgesamt	**28.767**	**36.292**	**30.472**
Davon: negative Zinserträge aus finanziellen Vermögenswerten	19	39	81
Zinsüberschuss	**15.691**	**13.065**	**13.602**

Auswirkungen der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte der EZB (TLTRO III)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 verfügte der Konzern im Rahmen des Refinanzierungsprogramms TLTRO III über keine ausstehenden Anleihen (31. Dezember 2023: 15 Mrd. €). Die früheren Zinssätze für TLTRO III-Refinanzierungsgeschäfte wurden an die durchschnittlichen maßgeblichen EZB-Zinssätze indexiert. Im Rahmen des TLTRO-III-Programms wurden in den zwölf Monaten zum 31. Dezember 2025 keine Aufwendungen verzeichnet (31. Dezember 2024: 144 Mio. € und zum 31. Dezember 2023: 741 Mio. €).

Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio. €	2025	2024	2023
Handelsergebnis:			
FIC Sales and Trading	4.963	5.045	5.116
Sonstige	372	849	-238
Handelsergebnis insgesamt	**5.335**	**5.894**	**4.878**
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerten			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte			
Festverzinsliche Wertpapiere	58	-94	89
Eigenkapitaltitel	111	24	-10
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	-13	-8	112
Einlagen	0	-4	-5
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4	18	31
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten finanziellen Vermögenswerten insgesamt	**160**	**-65**	**217**
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen:			
Aufgliederung nach Kategorie finanzieller Vermögenswerte/Verbindlichkeiten			
Forderungen aus dem Kreditgeschäft und Kreditzusagen	11	5	12
Einlagen	1	2	-0
Langfristige Verbindlichkeiten	-369	157	-180
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte/ Verpflichtungen	23	-7	20
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen insgesamt	**-334**	**158**	**-148**
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	**5.160**	**5.987**	**4.947**

Summe aus Zinsüberschuss und dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio. €	2025	2024	2023
Zinsüberschuss	15.691	13.065	13.602
Handelsergebnis[1]	5.335	5.894	4.878
Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten, nicht als Handelsbestand klassifizierten, finanziellen Vermögenswerten	160	-65	217
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	-334	158	-148
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen	5.160	5.987	4.947
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt[2]	**20.852**	**19.052**	**18.549**
Corporate Treasury Services	2.788	2.846	3.060
Institutional Client Services	876	996	940
Business Banking	1.005	1.103	1.193
Unternehmensbank	4.669	4.946	5.193
Fixed Income & Currency	9.549	8.535	8.171
Verbleibende Produkte	-242	-166	-196
Investmentbank	9.308	8.368	7.976
Personal Banking	4.212	3.867	4.090
Wealth Management	2.258	2.132	2.287
Privatkundenbank	6.470	5.998	6.377
Asset Management	180	269	-11
Corporate & Other	225	-529	-986
Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	**20.852**	**19.052**	**18.549**

[1] Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.
[2] Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.

Die Handels- und Risikomanagementaktivitäten des Konzerns umfassen im Wesentlichen Aktivitäten in Zinsinstrumenten und zugehörigen Derivaten. Nach IFRS werden Zinsen und ähnliche Erträge aus Handelsinstrumenten und aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen (beispielsweise Coupon- und Dividendenerträge) sowie Refinanzierungskosten für Handelspositionen als Bestandteil des Zinsüberschusses ausgewiesen. Abhängig von zahlreichen Faktoren, zu denen auch Risikomanagementstrategien gehören, werden die Erträge aus Handelsaktivitäten entweder unter dem Zinsüberschuss oder unter dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ausgewiesen. In der obigen Tabelle wird die Summe aus Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/ Verpflichtungen nach Konzernbereichen untergliedert.

06 – Provisionsüberschuss

in Mio. €	2025	2024	2023
Provisionsertrag und -aufwand:			
Provisionsertrag	14.190	13.190	11.657
Provisionsaufwand	3.299	2.818	2.452
Provisionsüberschuss	**10.891**	**10.372**	**9.206**

Aufgliederung der Erträge nach Art der Dienstleistung und Segment

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	Konzern insgesamt
Art der Dienstleistung:						
Verwaltungsprovisionen	230	76	278	15	3	603
Provisionen für Vermögensverwaltung	24	0	470	4.166	0	4.660
Provisionen für sonstige Wertpapiere	484	25	39	0	0	549
Provisionen für Plazierungsgeschäft und Beratung	49	1.769	8	0	13	1.839
Provisionen für Kommissionsgeschäft	25	294	1.125	42	1	1.484
Provisionen für Zahlungsverkehr	587	5	860	0	1	1.453
Provisionen für Auslandsgeschäft	500	26	21	0	-40	506
Provisionen im Fremdwährungsgeschäft	4	0	6	0	0	10
Provisionen der Kreditbearbeitung und des Avalgeschäfts[1]	608	521	138	0	3	1.269
Vermittlungsprovisionen	34	1	435	0	11	481
Provisionen und Gebühren für sonstige Kundendienstleistungen[1]	1.014	112	98	107	3	1.334
Provisionsertrag insgesamt	**3.557**	**2.830**	**3.477**	**4.331**	**-5**	**14.190**
Provisionsaufwand						-3.299
Provisionsüberschuss						**10.891**

[1] Beinhaltet die Auswirkungen aus der Revenue-Sharing-Vereinbarung zwischen Investmentbank und Unternehmensbank

31.12.2024

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	Konzern insgesamt
Art der Dienstleistung:						
Verwaltungsprovisionen	215	54	265	16	0	550
Provisionen für Vermögensverwaltung	20	0	416	3.805	0	4.242
Provisionen für sonstige Wertpapiere	451	0	38	1	0	491
Provisionen für Plazierungsgeschäft und Beratung	53	1.640	6	0	66	1.764
Provisionen für Kommissionsgeschäft	21	327	1.052	39	1	1.440
Provisionen für Zahlungsverkehr	550	13	909	0	-9	1.464
Provisionen für Auslandsgeschäft	485	32	20	0	-34	502
Provisionen im Fremdwährungsgeschäft	6	0	4	0	0	10
Provisionen der Kreditbearbeitung und des Avalgeschäfts[1]	575	487	270	0	1	1.334
Vermittlungsprovisionen	30	1	402	0	11	444
Provisionen und Gebühren für sonstige Kundendienstleistungen[1]	582	158	87	117	6	949
Provisionsertrag insgesamt	**2.988**	**2.713**	**3.470**	**3.978**	**42**	**13.190**
Provisionsaufwand						-2.818
Provisionsüberschuss						**10.372**

Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Beinhaltet die Auswirkungen aus der Revenue-Sharing-Vereinbarung zwischen Investmentbank und Unternehmensbank

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Corporate Bank	Investment Bank	Private Bank	Asset Management	Corporate & Other	Konzern insgesamt
						Dec 31, 2025
Art der Dienstleistung:						
Verwaltungsprovisionen	204	55	247	11	-2	515
Provisionen für Vermögensverwaltung	18	0	362	3.527	0	3.907
Provisionen für sonstige Wertpapiere	461	0	37	1	1	499
Provisionen für Platzierungsgeschäft und Beratung	43	1.093	16	0	4	1.156
Provisionen für Kommissionsgeschäft	19	280	971	33	-20	1.282
Provisionen für Zahlungsverkehr	488	0	995	0	1	1.484
Provisionen für Auslandsgeschäft	475	27	22	0	-27	497
Provisionen im Fremdwährungsgeschäft	6	0	4	0	0	10
Provisionen der Kreditbearbeitung und des Avalgeschäfts[1]	530	446	230	0	1	1.207
Vermittlungsprovisionen	28	3	364	0	10	405
Provisionen und Gebühren für sonstige Kundendienstleistungen[1]	496	42	41	117	0	695
Provisionsertrag insgesamt	**2.767**	**1.946**	**3.288**	**3.689**	**-33**	**11.657**
Provisionsaufwand						-2.452
Provisionsüberschuss						**9.206**

Die Vergleichszahlen der Vorjahre wurden an die Darstellung des laufenden Jahres angepasst.
[1] Beinhaltet die Auswirkungen aus der Revenue-Sharing-Vereinbarung zwischen Investmentbank und Unternehmensbank.

In 2025 erfasste der Konzern erfolgsabhängige Provisionserträge in Höhe von 165 Mio. € (– Mio. € in 2024), vor dem tatsächlichem Eingang. Diese Erträge wurden in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Die Auszahlung dieser erfolgsabhängigen Provisionserträge erfolgt erst, wenn alle damit zusammenhängenden Bedingungen erfüllt sind. Der tatsächlich realisierbare Betrag bei Fälligkeit hängt von den realisierten Werten der noch im Fonds befindlichen Vermögenswerte ab.

Zum 31. Dezember 2025 bestanden noch zu erfüllende Leistungsverpflichtungen in Höhe von 173 Mio. € mit einem Zeithorizont von vier Jahren von 2026 bis 2029 (zum 31. Dezember 2024: 250 Mio. € mit einem Zeithorizont von vier Jahren von 2025 bis 2028) aus alternativen geschlossenen Fonds mit kumulativer ausschüttungsbasierter Vergütung bezieht. Die Reduzierung noch zu erfüllender Leistungsverpflichtungen ist auf die Erfassung der oben genannten Performancegebühr zurückzuführen, die teilweise durch weitere Wertsteigerungen des Fondsvermögens kompensiert wurde.

Zum 31. Dezember 2025 betrug der Saldo der Forderungen aus Provisionserträgen 1.090 Mio. € (31. Dezember 2024: 831 Mio. €). Der Saldo aus Vertragsverbindlichkeiten aus Provisionserträgen betrug zum 31. Dezember 2025 73 Mio. € (31. Dezember 2024: 84 Mio. €). Vertragliche Verbindlichkeiten entstehen durch die Verpflichtung des Konzerns, zukünftige Dienstleistungen für den Kunden zu erbringen, für die er vom Kunden vor der Leistungserbringung Entgelte enthalten hat. Die Salden aus Forderungen und vertraglichen Verbindlichkeiten ändern sich nicht wesentlich von Berichtsperiode zu Berichtsperiode. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sie sich vor allem auf wiederkehrende Dienstleistungsverträge mit Leistungsfristen von weniger als einem Jahr beziehen. Dazu gehören monatliche Kontokorrent- und vierteljährliche Vermögensverwaltungsdienstleistungen. Vertragliche Verbindlichkeiten aus früheren Berichtsperioden werden als Ergebnis dessen in nachfolgenden Berichtsperioden als Provisionsergebnis ausgewiesen. Es gibt einige Verträge, bei denen Kundenzahlungen für erbrachte Dienstleistungen des Konzerns über den Leistungszeitraum nicht erforderlich sind, bis zum Ende der Leistungsperiode. Ist der Konzern am Ende der Leistungsperiode sicher über eine Zahlung, wird nach der Erbringung von Dienstleistungen ein vertraglicher Vermögenswert und entsprechende Provisionen und Gebühren erfasst. Zum 31. Dezember 2025 und 2024 hat der Konzern keine wesentlichen vertraglichen Vermögenswerte erfasst.

07 – Ergebnis aus der Ausbuchung von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten

Im Geschäftsjahr 2025 veräußerte der Konzern zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte in Höhe von 759 Mio. € (Geschäftsjahr 2024: 656 Mio. €, Geschäftsjahr 2023: 559 Mio. €). Die Verkäufe betrafen im Wesentlichen ein Hold to Collect Portfolio in der Investmentbank und der Unternehmensbank.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Gewinne und Verluste, die sich aus der Ausbuchung dieser Wertpapiere ergeben.

in Mio. €	2025	2024	2023
Gewinne	21	10	5
Verluste	-12	-21	-101
Ergebnis aus der Ausbuchung von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten	9	-11	-96

08 – Sonstige Erträge (Verluste)

in Mio. €	2025	2024	2023
Sonstige Erträge (Verluste):			
Beiträge im Versicherungsgeschäft	17	12	4
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen für eine Bilanzierung als Sicherungsgeschäft erfüllen	234	738	1.206
Übrige sonstige Erträge[1]	49	-131	48
Sonstige Erträge (Verluste) insgesamt	**300**	**619**	**1.259**

[1] Darin enthalten sind sonstige Erträge/Verluste von -1 Mio. € in 2025, 32 Mio. € in 2024 und 41 Mio. € in 2023, in Bezug auf zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

09 – Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio. €	2025	2024	2023
Sachaufwand und sonstiger Aufwand:			
Informationstechnologie	3.504	3.610	3.755
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.463	1.624	1.478
Regulatorische Aufwendungen, Steuern & Versicherung[1]	862	1.028	1.399
Beratungs- und ähnliche Dienstleistungen	671	765	899
Bankdienstleistungen und ausgelagerte Funktionen	891	964	964
Marktdaten und Research Dienstleistungen	410	400	374
Aufwendungen für Reisen	152	153	145
Marketingaufwendungen	195	149	203
Sonstige Aufwendungen[2]	710	2.552	899
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	**8.860**	**11.243**	**10.112**

[1] Darin enthalten ist die Bankenabgabe in Höhe von 148 Mio. € in 2025, 172 Mio. € in 2024 und 528 Mio. € in 2023.
[2] Darin enthalten sind Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten in Höhe von 178 Mio. € in 2025, 2.035 Mio. € in 2024 und 351 Mio. € in 2023; für nähere Informationen zu Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten siehe Anhangangabe 27 „Rückstellungen".

10 – Restrukturierung

Die Restrukturierungsmaßnahmen im Jahr 2025 sind in erster Linie auf die Strategie „Globale Hausbank" zurückzuführen. Der Konzern hat Effizienzmaßnahmen, die zur Erreichung der Ziele der Bank in 2025 beitragen, definiert und umgesetzt.

Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen. Sonstige mitarbeiterbezogene Beendigungsleistungen, welche die Anforderungen des IAS 37 im Sinne von Restrukturierung nicht erfüllen, werden als Abfindungszahlungen im Personalaufwand gezeigt.

Restrukturierungsaufwand nach Segment

in € m.	2025	2024	2023
Unternehmensbank	0	-1	-4
Investmentbank	0	0	-3
Privatkundenbank	-15	-3	228
Asset Management	0	0	0
Infrastructure	0	0	-1
Restrukturierungsaufwand insgesamt	**-15**	**-3**	**220**

Restrukturierungsaufwand nach Kostenart

in € m.	2025	2024	2023
Restrukturierungsaufwand – Personalaufwand	-13	-5	178
davon:	0	0	0
Abfindungsleistungen	-15	-6	176
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	1	0	1
Sozialversicherung	1	1	1
Restrukturierungsaufwand – Sachaufwand	-1	1	42
Restrukturierungsaufwand insgesamt	**-15**	**-3**	**220**

Die Restrukturierungsrückstellungen betrugen zum 31. Dezember 2025 151 Mio. € (31. Dezember 2024: 273 Mio. € und 31. Dezember 2023: 333 Mio. €). Der Großteil der derzeitigen Restrukturierungsrückstellungen wird voraussichtlich im Jahr 2026 verbraucht werden.

Im Laufe des Jahres 2025 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften um 535 (2024: 168 und 2023: 476) durch Restrukturierungsmaßnahmen reduziert.

Organisatorische Veränderungen

Mitarbeiter	2025	2024	2023
Unternehmensbank	3	10	29
Investmentbank	1	5	9
Privatkundenbank	519	116	377
Asset Management	0	2	0
Corporate & Other	12	35	61
Mitarbeiter insgesamt	**535**	**168**	**476**

11 – Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie wird mittels Division des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses durch die durchschnittliche Anzahl der im Berichtsjahr ausstehenden Stammaktien ermittelt. Die durchschnittliche Anzahl der ausstehenden Stammaktien ergibt sich aus dem Durchschnitt der ausgegebenen Stammaktien, vermindert um die durchschnittliche Anzahl an Aktien im Eigenbestand und um die durchschnittliche Anzahl an Aktien, die über Terminkäufe erworben werden, die durch Lieferung in Aktien erfüllt werden, und zuzüglich noch nicht zugeteilter unverfallbarer Aktien aus aktienbasierten Vergütungsplänen.

Dem verwässerten Ergebnis je Aktie liegt die Annahme der Wandlung ausstehender Wertpapiere in Stammaktien oder die Ausübung sonstiger Kontrakte zur Emission von Stammaktien wie Aktienoptionen, wandelbaren Schuldtiteln, noch nicht unverfallbaren Aktienrechten und Terminkontrakten zugrunde. Die oben genannten Finanzinstrumente werden bei der Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nur berücksichtigt, wenn sie in dem jeweiligen Berichtszeitraum einen verwässernden Effekt haben.

Berechnung des unverwässerten und verwässerten Ergebnisses je Aktie

in € m.	2025	2024	2023
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	**6.931**	3.366	4.772
Couponzahlung für Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile	**-761**	-574	-498
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis – Zähler zur Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	**6.171**	2.792	4.274
Verwässerungseffekt aus angenommener Wandlung	0	0	0
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Konzernergebnis nach angenommener Wandlung – Zähler zur Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	**6.171**	2.792	4.274
Anzahl der Aktien in Millionen			
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	**1.954,5**	1.993,6	2.064,1
Verwässerungseffekt aus:			
gewährten Aktienrechten	43,4	45,7	39,9
Sonstigem (einschließlich Optionen im Handel)	0,0	0,0	0,0
Potenziell verwässernde Stammaktien	43,4	45,7	39,9
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie	**1.998,0**	2.039,3	2.104,0

Ergebnis je Aktie

in €	2025	2024	2023
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	3,16	1,40	2,07
Ergebnis je Aktie (verwässert)	3,09	1,37	2,03

Zum 31. Dezember 2025 gab es keine ausstehenden Instrumente, die einen potenziell verwässernden Effekt hatten und bei der Ermittlung des verwässerten Ergebnisses je Aktie nicht berücksichtigt wurden.

Anhangangaben zur Bilanz

12 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	130.581	124.857
Sonstige Handelsaktiva[1]	23.230	14.914
Handelsaktiva insgesamt	153.811	139.772
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	241.328	291.754
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	**395.139**	**431.525**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	95.802	88.736
Forderungen aus Wertpapierleihen	16.513	15.913
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.370	1.954
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	8.810	7.721
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**124.495**	**114.324**
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	0	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**0**	**0**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**519.635**	**545.849**

[1] Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 12,8 Mrd. € zum 31.12.2025 (2024: 11,4 Mrd. €)

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelspassiva:		
Wertpapiere	41.142	41.864
Sonstige Handelspassiva	1.738	1.635
Handelspassiva insgesamt	42.879	43.498
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	225.775	276.395
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	**268.655**	**319.893**
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	86.177	69.121
Kreditzusagen	2	6
Langfristige Verbindlichkeiten	27.299	22.203
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	1.577	717
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**115.055**	**92.047**
Investmentverträge	469	454
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**384.179**	**412.395**

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen

Auf das Kreditrisiko des Konzerns zurückzuführende Bewertungsänderungen der finanziellen Verpflichtungen[1]

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
In der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung gezeigt		
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	-272	-157
In der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt		
Jährliche Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	0	0
Kumulative Veränderung des beizulegenden Zeitwerts	0	0

[1] Der beizulegende Zeitwert einer finanziellen Verbindlichkeit beinhaltet das Kreditrisiko dieser finanziellen Verbindlichkeit. Die Bewertungsänderungen von finanziellen Verbindlichkeiten, die durch konsolidierte Zweckgesellschaften begeben wurden, sind nicht enthalten. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts dieser Instrumente sind nicht vom Kreditrisiko des Konzerns abhängig, sondern von der in der rechtlich eigenständigen Zweckgesellschaft gehaltenen Sicherheit.

Bei Ausbuchung realisierter Betrag der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten Verbindlichkeiten[1]

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Betrag, der in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen und in die Gewinnrücklagen übertragen wurde	-14	-8

[1] Wenn eine finanzielle Verbindlichkeit, die zum beizulegenden Zeitwert über Gewinn oder Verlust bewertet ist, ausgebucht/vorzeitig getilgt wird, werden kumulierte Gewinne oder Verluste im sonstigen Gesamtergebnis, die dem eigenen Kreditrisiko der Gruppe zuzurechnen sind, in die Gewinnrücklagen umgegliedert.

Der den Buchwert der finanziellen Verpflichtungen übersteigende vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit[1]

in € m.	31.12.2025	31.12.2024
Einschließlich nicht gezogener Kreditzusagen[2]	355	1.085
Ohne nicht gezogene Kreditzusagen	106	497

[1] Unter der Annahme, dass die Verbindlichkeit zum frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeitstermin erlischt, zu dem der Konzern zur Rückzahlung verpflichtet werden kann. Ist der zu zahlende Betrag nicht festgesetzt, so bestimmt er sich nach den am Bilanzstichtag bestehenden Verhältnissen.
[2] Die vertraglichen Zahlungsströme bei Fälligkeit für nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen unterstellen eine vollständige Inanspruchnahme der Fazilität.

13 – Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Bewertungsmethoden und Kontrolle

Der Konzern verfügt im Rahmen des Bewertungsprozesses über ein etabliertes Kontrollsystem, das sich aus internen Kontrollstandards, -methoden und -verfahren zusammensetzt.

In aktiven Märkten notierte Preise – Der beizulegende Zeitwert von in aktiven Märkten notierten Finanzinstrumenten wird auf Grundlage von Preisnotierungen ermittelt, soweit diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen.

Bewertungsverfahren – Der Konzern verwendet Bewertungsverfahren für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten, sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind. Zu den für die Bewertung von Finanzinstrumenten verwendeten Verfahren gehören Modellierungstechniken, die Verwendung indikativer Preisangaben ähnlicher Instrumente, Preisangaben aus weniger aktuellen und weniger häufigen Transaktionen sowie Kursgebote von Brokern.

Für einige Finanzinstrumente liegt statt eines Preises eine Kursnotierung oder ein sonstiger notierter Parameter vor. In solchen Fällen wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Börsenkurs oder der Parameter als Eingangsgröße in einem Bewertungsmodell verwendet. Für einige Finanzinstrumente werden branchenübliche Modellierungstechniken wie DCF-Verfahren und gängige Optionspreismodelle verwendet. Diese Modelle sind abhängig von geschätzten zukünftigen Zahlungsströmen, Diskontierungsfaktoren und der Volatilität. Für komplexere oder spezifische Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken benötigt, die auf Annahmen und komplexeren Parametern wie Korrelationen, Annahmen über vorzeitige Tilgungsgeschwindigkeiten, Ausfallraten oder die Höhe der Verluste beruhen.

Häufig müssen in Bewertungsmodellen mehrere Eingangsparameter verwendet werden. Soweit möglich basieren diese auf beobachtbaren Informationen oder werden aus den Preisen relevanter, in aktiven Märkten gehandelter Finanzinstrumente abgeleitet. Sind für die Eingangsparameter keine beobachtbaren Informationen verfügbar, werden andere Marktinformationen berücksichtigt. Beispielsweise werden Eingangsparameter durch indikative Kursgebote von Brokern und Konsenspreisangaben gestützt, sofern diese Informationen zur Verfügung stehen. Sind keine beobachtbaren Informationen verfügbar, basieren die Eingangsparameter auf anderen relevanten Informationsquellen wie Preisen für ähnliche Transaktionen, historischen Daten, wirtschaftlichen Eckdaten sowie wissenschaftlichen Informationen, die entsprechend angepasst werden, um die Ausgestaltung des tatsächlich zu bewertenden Finanzinstruments und die derzeitigen Marktbedingungen zu reflektieren.

Wertanpassungen – Wertanpassungen sind integraler Bestandteil des Bewertungsprozesses. Für die Ermittlung angemessener Wertanpassungen wendet der Konzern Verfahren an, die Faktoren wie Geld-/Briefspannen, Kontrahentenrisiko oder eigenes Kredit- und Finanzierungsrisiko berücksichtigen. Wertanpassungen der Geld-/Briefspannen sind erforderlich, um auf Mittelkursen basierende Bewertungen der entsprechenden Geld-/Briefbewertung anzupassen. Die Geld-/Briefbewertung stellt den beizulegenden Zeitwert für ein Finanzinstrument am besten dar. Der Buchwert einer Kaufposition wird vom Mittel- auf den Geldkurs und der Buchwert einer Verkaufsposition vom Mittel- auf den Briefkurs angepasst. Die Geld-/Briefkursanpassung wird von den Geld-/Briefkursen, die in der relevanten Handelsaktivität beobachtet werden, und von Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer oder sonstiger sachverständiger Kontrahenten abgeleitet. Entspricht der notierte Preis für das Finanzinstrument bereits dem Geld-/Briefkurs, ist keine Geld-/Briefanpassung erforderlich. Sofern der beizulegende Zeitwert eines Finanzinstruments aus einer Modellierungstechnik abgeleitet wird, basieren die in diesem Modell verwendeten Parameter in der Regel auf einem Mittelkurs. Solche Finanzinstrumente werden üblicherweise auf Portfoliobasis gesteuert und, wenn bestimmte Kriterien erfüllt sind, werden Wertanpassungen vorgenommen, um die Kosten der Schließung der Nettorisikoposition der Bank bezüglich einzelner Markt- und Kontrahentenrisiken zu reflektieren. Diese Wertanpassungen werden aus den Geld-/Briefkursen, die in relevanten Handelsaktivitäten beobachtet werden, und aus Kursgeboten sonstiger Broker/Dealer bestimmt.

Wenn komplexe Bewertungsmodelle genutzt oder weniger liquide Positionen bewertet werden, sind Geld-/Briefspannen für diese Positionen möglicherweise nicht direkt am Markt verfügbar. Deshalb müssen die Abschlusskosten dieser Geschäfte sowie deren Modelle und Parameter geschätzt werden. Wenn diese Anpassungen festgelegt werden, untersucht der Konzern die Bewertungsrisiken, die mit dem Modell und den Positionen verbunden sind. Die resultierenden Wertanpassungen werden regelmäßig überprüft.

Wertanpassungen bezüglich Kontrahentenrisiken (Credit Valuation Adjustment, CVA) sind erforderlich, um die erwarteten Kreditverluste zu berücksichtigen, soweit ein solcher Faktor im Rahmen der Modellierungstechnik für das Erfüllungsrisiko des Kontrahenten nicht bereits enthalten ist. Der Betrag der Wertanpassung bezüglich Kontrahentenrisiken wird auf alle relevanten außerbörslichen Derivate angewandt und durch die Bewertung des potenziellen Kreditrisikos gegenüber bestimmten Kontrahenten unter Berücksichtigung gehaltener Sicherheiten, des Effekts von relevanten Nettingarrangements, des erwarteten Ausfallrisikos (Loss Given Default) und der Ausfallwahrscheinlichkeit auf der Grundlage von verfügbaren Marktinformationen inklusive CDS (Credit Default Swap) Spreads bestimmt. Sollten Kontrahenten-CDS-Spreads nicht verfügbar sein, werden Näherungswerte verwendet.

Der beizulegende Zeitwert der finanziellen Verbindlichkeiten des Konzerns, d. h. außerbörslich gehandelte derivative Verbindlichkeiten und ausgegebene Schuldverschreibungen, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, beinhaltet Bewertungsanpassungen zur Messung der Veränderung des eigenen Kreditrisikos des Konzerns, d. h. der Wertberichtigungen für strukturierte Schuldtitel (Debt Valuation Adjustments, DVA) für Derivate und der Eigenkredit-Bereinigung für ausgegebene Schuldverschreibungen (Own Credit Adjustment, OCA). Ausgegebene Schuldverschreibungen werden unter Verwendung des Spreads abgezinst, zu dem ähnliche Instrumente zum Bewertungsstichtag gehandelt werden würden, da dies den Wert aus der Sicht eines Marktteilnehmers widerspiegelt, der den gleichen Posten als Vermögenswert hält. Die Änderung dieser eigenen Kreditkomponente wird unter Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung (Other Comprehensive Income, OCI) ausgewiesen.

Bei den derivativen Verbindlichkeiten berücksichtigt die Gruppe ihre eigene Kreditwürdigkeit, indem sie das erwartete zu-künftige Risiko aller Gegenparteien gegenüber der Gruppe unter Berücksichtigung aller von der Gruppe gestellten Sicherheiten, die Auswirkungen der relevanten Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen, den Marktpreis der emittierten Schuldverschreibungen der Gruppe, die vom Markt implizierten Finanzierungskosten und den Rang der abgewickelten derivativen Forderungen (gesetzliche Nachrangigkeit) bewertet.

Bei der Bestimmung von Wertanpassungen bezüglich des Kontrahentenrisikos und Bewertungsanpassungen bei Forderungen können sich zusätzliche Wertanpassungen bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts ergeben. Diese sind nötig, sofern der zu erwartende Ausfall eines einzelnen Geschäfts oder das betrachtete Bonitätsrisiko in seiner Beschaffenheit von verfügbaren CDS-Instrumenten abweicht.

Refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments, FVA) sind notwendig, um die vom Markt implizierten Finanzierungskosten bei der Bewertung der derivativen Positionen zum beizulegenden Zeitwert zu berücksichtigen. Die refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen spiegeln die diskontierten Spreads, die bei unbesicherten und teilweise besicherten Derivaten angerechnet werden, wider und werden ermittelt, indem vom Markt implizierte Finanzierungskosten für Forderungen und Verbindlichkeiten geschätzt werden.

Bei Unsicherheiten der im Rahmen einer Modellierungstechnik verwendeten Annahmen wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um den kalkulierten Preis dem erwarteten Marktpreis des Finanzinstruments anzugleichen. Solche Transaktionen haben typischerweise keine regelmäßig beobachtbaren Geld-/Briefspannen und die Anpassungen dienen der Schätzung der Geld-/Briefspannen durch Kalkulation der zur Transaktion gehörigen Liquiditätsprämie. Sofern ein Finanzinstrument so komplex ist, dass die Kosten für die Auflösung dieser Transaktion höher wären als die entsprechenden Kosten für die dazugehörigen Einzelrisiken, wird eine zusätzliche Anpassung vorgenommen, um dies zu berücksichtigen.

Der Konzern verwendet die Annahmen, die Marktteilnehmer bei der Bewertung des Vermögenswertes oder der Verbindlichkeit zugrunde legen würden. Falls relevant, kann die Bewertung auch Annahmen über den Klimawandel enthalten. Der Konzern hat keine wesentliche Anpassung der Annahmen des beizulegenden Zeitwertes aufgrund des Klimawandels vorgenommen, die über die in den Marktpreisen bereits eingepreisten Annahmen hinausgehen.

Bewertungskontrolle – Ein unabhängiges Spezialistenteam im Bereich Risikomanagement hat die Aufgabe, das Kontrollsystem für Bewertungen festzulegen und weiterzuentwickeln sowie die entsprechenden Prozesse zu steuern. Dieses Spezialistenteam ist unter anderem damit betraut, Bewertungskontrollprozesse für alle Geschäftsbereiche durchzuführen, die Bewertungskontrollmethoden und -techniken sowie das Ausarbeiten und die Steuerung des formellen Rahmenwerks der Bewertungsrichtlinien kontinuierlich weiterzuentwickeln. Besondere Aufmerksamkeit legt das unabhängige Spezialistenteam auf solche Bewertungen, bei denen Einschätzungen durch das Management Teil der Bewertungsprozesse sind.

Die Ergebnisse des Bewertungskontrollprozesses werden im Rahmen des monatlichen Berichtszyklus zusammengestellt und analysiert. Abweichungen, die vordefinierte und genehmigte Toleranzgrenzen überschreiten, werden sowohl innerhalb des Bereichs Finance als auch mit den Führungskräften der jeweiligen Geschäftsbereiche eskaliert, um diese zu überprüfen beziehungsweise zu klären und gegebenenfalls Anpassungen zu veranlassen.

Für Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt wird, werden die im Rahmen des Modells verwendeten Annahmen und Verfahren durch ein unabhängiges, für die Modellvalidierung zuständiges Spezialistenteam, das dem Bereich Risikomanagement des Konzerns angehört, validiert.

Kurs- und Preisangaben sowie Parameter für einzelne Transaktionen stammen aus einer Reihe von Drittquellen einschließlich Börsen, Pricing-Service-Anbietern, verbindlichen Kursangaben von Brokern sowie Konsens-Pricing-Services. Die Preisquellen werden geprüft und bewertet, um die Qualität des resultierenden beizulegenden Zeitwerts zu beurteilen und denen, die größere Bewertungssicherheit und Relevanz bereitstellen, mehr Gewichtung zu verleihen. Die Ergebnisse werden, mit tatsächlichen Transaktionen am Markt verglichen, um sicherzustellen, dass die Modellbewertungen auf die Marktpreise abgestimmt sind.

Die in Bewertungsmodellen verwendeten Preise und Eingangsparameter, Annahmen sowie Wertanpassungen werden anhand unabhängiger Quellen verifiziert. Ist eine solche Verifizierung aufgrund fehlender beobachtbarer Daten nicht möglich, wird der Schätzwert des beizulegenden Zeitwerts mittels geeigneter Verfahren auf seine Angemessenheit überprüft. Zu diesen Verfahren gehören die Durchführung einer Neubewertung mithilfe unabhängig entwickelter Modelle (einschließlich existierender Modelle, die unabhängig nachkalibriert wurden), die Prüfung der Bewertungsergebnisse anhand geeigneter vergleichbarer Instrumente und sonstiger Richtgrößen sowie die Anwendung von Extrapolationsverfahren. Die Kalibrierung der Ergebnisse der Bewertungsmodelle anhand von Markttransaktionen erlaubt eine Einschätzung, ob die Bewertungsmodelle eine Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ergeben, die Marktpreisen entspricht.

Bewertungsverfahren

Der Konzern verfügt über einen etablierten Rahmen zur Kontrolle der Bewertung, der interne Kontrollstandards, Methoden, Bewertungstechniken und -verfahren über den Bewertungsprozess und die Bewertung des beizulegenden Zeitwerts regelt.

Die nachfolgenden Erläuterungen geben einen Überblick über die Bewertungstechniken, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten angewendet werden, mit denen der Konzern handelt.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasi-staatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS") – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter bestmöglicher Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit-Märkte oder andere Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen – sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Finanzielle Verbindlichkeiten, die unter der Fair-Value-Option zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam bewertet werden – Der beizulegende Zeitwert finanzieller Verbindlichkeiten, die unter der Fair-Value-Option zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam bewertet werden, berücksichtigt sämtliche Marktrisikofaktoren, einschließlich eines Maßes für das für diese finanzielle Verbindlichkeit relevante Kreditrisiko des Konzerns (d. h. eigene Kreditanpassung (Own Credit Adjustment, OCA) für strukturierte Schuldverschreibungen). Gemäß IFRS 9 wird die eigene Kreditkomponente der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts im sonstigen Ergebnis erfasst. Finanzielle Verbindlichkeiten, die dieser Klassifizierung zugeordnet sind, umfassen Emissionen strukturierter Schuldverschreibungen, strukturierte Einlagen sowie andere strukturierte Wertpapiere, die von konsolidierten Zweckgesellschaften begeben wurden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verbindlichkeiten wird durch Abzinsung der vertraglichen Cashflows unter Verwendung der relevanten bereinigten Zinskurve ermittelt (d. h. unter Nutzung des Spreads, zu dem vergleichbare Instrumente zum Bewertungsstichtag gehandelt würden, da dies den Wert aus Sicht eines Marktteilnehmers widerspiegelt, der den identischen Posten als Vermögenswert hält).

Wenn die zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten, für die die Fair-Value-Option gewählt wurde, besichert sind, z. B. verliehene Wertpapiere und im Rahmen von Rückkaufvereinbarungen verkaufte Wertpapiere, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bewertung der Verbindlichkeit zum beizulegenden Zeitwert berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Vermögenswerte, die mit den Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen verbunden sind, gehören dem Konzern und verpflichten den Konzern, diese Vermögenswerte zur Begleichung der damit verbundenen Verbindlichkeiten zu verwenden. Daher wird der beizulegende Zeitwert der Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt (d. h. der bei Rückgabe der Policen zu zahlende Betrag).

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche wesentliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Instrumente dieser Kategorie haben einen Einfluss auf diese Technik, der nicht beobachtbar ist und der einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert haben kann.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente

	31.12.2025			31.12.2024		
in Mio. €	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	64.552	78.554	10.705	52.387	78.257	9.148
Wertpapiere des Handelsbestands	62.958	63.987	3.635	52.387	69.307	2.964
Sonstige Handelsaktiva	1.593	14.567	7.070	0	8.730	6.184
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.244	253.076	7.008	912	282.909	7.933
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.570	117.244	5.681	1.346	107.173	5.805
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	25.262	16.034	2.348	21.901	16.806	3.383
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.623	-524[1]	22	1.488	-1.117[1]	12
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**94.250**	**444.384**	**25.764**	78.034	484.008	26.281
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelspassiva	33.727	9.127	25	30.765	12.614	119
Wertpapiere des Handelsbestands	33.727	7.391	25	30.765	11.073	26
Sonstige Handelspassiva	0	1.735	2	0	1.542	93
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	2.770	217.067	5.938	2.238	265.450	8.707
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	154	109.354	5.547	0	87.479	4.569
Investmentverträge	0	469	0	0	454	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	375	-142[1]	36[2]	539	3.116[1]	-13[2]
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**37.025**	**335.875**	**11.547**	33.543	369.113	13.382

[1] Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.
[2] Bezieht sich auf Derivate, die in Verträgen eingebettet sind, bei denen der Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, das eingebettete Derivat jedoch separat bilanziert wird. Die separaten eingebetteten Derivate können einen positiven oder negativen beizulegenden Zeitwert haben, die in dieser Tabelle dargestellte Klassifizierung stimmt mit der Klassifizierung des Basisvertrags überein.

Während des Geschäftsjahres 2025 gab es Umklassifizierungen von gehandelten Wertpapieren sowie nicht gehandelten finanziellen Forderungen von Level 1 zu Level 2 in Höhe von 2,4 Mrd. € an Vermögenswerten und 0,8 Mrd. € an Verbindlichkeiten. Umklassifizierungen von Level 2 in Level 1 beliefen sich auf 8,4 Mrd. € an Vermögenswerte bzw. 1,5 Mrd. € an Verbindlichkeiten. Die Bewertung von Level 1 gegenüber Level 2 basiert auf Liquiditätsprüfungsverfahren.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – Bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Schwellenländern und illiquide, hochstrukturierte Unternehmensanleihen sind in dieser Hierarchieebene enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Schuldverschreibungen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie gewerbliche und Wohnimmobilien- MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS ausgewiesen. Der Anstieg im Berichtszeitraum ist auf Käufe und Gewinne zurückzuführen, die teilweise durch Verkäufe, Abwicklungen und Nettotransfers zwischen Level 2 und Level 3 aufgrund von Änderungen in der Beobachtbarkeit der Inputparameter, die zur Bewertung dieser Instrumente verwendet werden, ausgeglichen werden.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level 3-Derivate enthalten bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist.

Der Rückgang der Vermögenswerte im Berichtszeitraum ist getrieben durch Nettotransfers zwischen Level 2 und Level 3 aufgrund von Änderungen in der Beobachtbarkeit der Inputparameter, die zur Bewertung dieser Instrumente verwendet werden, und Abwicklungen, teilweise ausgeglichen durch Gewinne. Der Rückgang der Verbindlichkeiten im Berichtszeitraum ist getrieben durch Nettotransfers zwischen Level 2 und Level 3 aufgrund von Änderungen in der Beobachtbarkeit der Inputparameter, die zur Bewertung dieser Instrumente verwendet werden, und Verlusten, teilweise ausgeglichen durch Abwicklungen.

Andere Handelsinstrumente, die in Level 3 der Fair Value-Hierarchie eingestuft sind, bestehen hauptsächlich aus gehandelten Krediten, die unter Verwendung von Bewertungsmodellen bewertet werden, die auf einem oder mehreren signifikanten nicht beobachtbaren Parametern basieren. Der Anstieg im Berichtszeitraum ist getrieben durch Emissionen, Käufe und Nettotransfers zwischen Level 2 und Level 3 aufgrund von Änderungen in der Beobachtbarkeit der Inputparameter, die zur Bewertung dieser Instrumente verwendet werden, teilweise ausgeglichen durch Verkäufe, Abwicklungen und Verluste.

Nicht zum Handel gehaltene Vermögenswerte, die zwingend zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam in Level 3 der Fair Value-Hierarchie klassifiziert sind, umfassen alle nicht zum Handel gehaltenen Vermögensgegenstände, die weder in die Geschäftsmodelle „Halten zum Kassieren" noch „Halten zum Kassieren und Verkaufen" fallen. Dazu gehören überwiegend umgekehrte Pensionsgeschäfte, die auf der Fair Value-Basis verwaltet werden. Zusätzlich fallen alle Vermögensgegenstände darunter, die in die Geschäftsmodelle „Halten zum Kassieren" oder „Halten zum Kassieren und Verkaufen" fallen und deren vertragliche Zahlungsstromcharakteristika nicht SPPI sind. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist getrieben durch Nettotransfers zwischen Level 2 und Level 3 aufgrund von Änderungen in der Beobachtbarkeit der Inputparameter, die zur Bewertung dieser Instrumente verwendet werden, Abwicklungen, Verkäufe und Verluste, teilweise ausgeglichen durch Käufe und Emissionen.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, waren in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist.

Zusätzlich werden bestimmte hybride Schuldverschreibungen, die zum beizulegenden Zeitwert erfolgswirksam bilanziert werden und eingebettete Derivate enthalten, basierend auf signifikanten nicht beobachtbaren Parametern bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen Volatilitätskorrelationen einzelner Aktien. Im Berichtszeitraum sind keine Vermögensgegenstände zum beizulegenden Zeitwert designiert worden. Der Anstieg der Verbindlichkeiten im Berichtszeitraum ist auf Emissionen zurückzuführen, teilweise ausgeglichen durch Nettotransfers zwischen Level 2 und Level 3 aufgrund von Änderungen in der Beobachtbarkeit der Inputparameter, die zur Bewertung dieser Instrumente verwendet werden, sowie durch Abwicklungen und Verluste.

Vermögenswerte zum beizulegenden Zeitwert durch sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung umfassen notleidende Kreditportfolios, bei denen keine Handelsabsicht besteht und der Markt sehr illiquide ist. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist getrieben durch Abwicklungen, Verkäufe, Verluste und Nettotransfers zwischen Level 2 und Level 3 aufgrund von Änderungen in der Beobachtbarkeit der Inputparameter, die zur Bewertung dieser Instrumente verwendet werden, und Gewinnen, teilweise ausgeglichen durch Käufe und Emissionen.

次へ

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

in Mio. €	Stand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/Verluste insgesamt[1]	Käufe	Verkäufe	Emissionen[2]	Abwicklungen[3]	Umgliederungen in Level 3[4]	Umgliederungen aus Level 3[4]
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:									
Wertpapiere des Handelsbestands	2.964	0	38	2.986	-1.837	4	-402	508	-1.204
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.935	0	848	0	0	0	-331	1.535	-1.151
Sonstige Handelsaktiva	6.184	0	-342	1.231	-2.144	1.301	-1.580	447	-1.153
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	5.805	-1	-116	1.848	-190	782	-1.117	76	-1.077
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	3.583	0	-229	700	-431	482	-1.552	407	-1.000
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	12	0	-6	0	0	0	0	20	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**26.281**	**-1**	**253**[5,7]	**6.766**	**-4.602**	**6.569**	**-6.002**	**2.989**	**-5.585**
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:									
Wertpapiere des Handelsbestands	28	0	1	0	0	0	-4	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	8.707	0	-1.132	0	0	0	217	1.182	-1.182
Sonstige Handelspassiva	93	0	1	0	0	0	-92	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4.588	0	-134	0	0	1.255	-690	508	-1.000
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-13	0	118	0	0	0	-1	13	-13
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**13.382**	**0**	**-1.136**[5,7]	**0**	**0**	**1.255**	**-569**	**1.704**	**-2.195**

[1] Die gesamten Gewinne und Verluste beziehen sich hauptsächlich auf das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen, die in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen werden. Der Gesamtbetrag beinhaltet auch

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den vorherrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen.

Wenn der Konzern die Finanzinstrumente von Level 3 unter Verwendung von Parameterwerten zugrunde gelegt hätte, die am äußeren Ende der Bandbreite der angemessenen möglichen Alternativen lagen, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert zum 31. Dezember 2025 um bis zu 2,1 Mrd. € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,3 Mrd. € verringert. Zum 31. Dezember 2024 hätte dies den beizulegenden Zeitwert um bis zu 2,1 Mrd. € erhöht oder um bis zu 1,3 Mrd. € verringert.

Die Veränderungen der sensitivitätsrelevanten Beträge vom 31. Dezember 2024 bis zum 31. Dezember 2025 umfassten einen Anstieg der positiven Fair-Value-Bewegungen um 42 Mio. € sowie eine Verringerung der negativen Fair-Value-Bewegungen um 48 Mio. €.

Die Veränderung der positiven beizulegenden Zeitwertbewegungen vom 31. Dezember 2024 bis zum 31. Dezember 2025 entspricht einem Anstieg um 2% und die Veränderung der negativen Bewegungen des beizulegenden Zeitwerts stellt eine Reduzierung um 4%. Die Sensitivitätsberechnung des Konzerns für nicht beobachtbare Parameter für Level 3 entspricht weiterhin dem Ansatz, der zur Bewertung der Bewertungsunsicherheit für Zwecke der vorsichtigen Bewertung verwendet wird.

Vorsichtige Bewertung ist eine Kapitalanforderung für zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte Vermögenswerte. Sie stellt einen Mechanismus zur Quantifizierung und Kapitalisierung von Bewertungsunsicherheiten gemäß der durch die Europäische Kommission verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2016/101) dar, welche ergänzend zu Artikel 34 der CRR (Verordnung Nr. 2019/876) von Instituten fordert, die Vorschriften in Artikel 105(14) zur vorsichtigen Bewertung auf all ihre zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Aktiva anzuwenden und den Betrag erforderlicher zusätzlicher Bewertungsanpassungen vom CET 1-Kapital abzuziehen. Dabei wird der marktgerechte Transaktionspreis der relevanten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Rahmen der vorsichtigen Bewertung verwendet.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Daher dürften die oben angegebenen Schätzungen größer sein als die tatsächliche Unsicherheit des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag. Darüber hinaus ist die Angabe weder prognostisch noch ein Hinweis auf zukünftige Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern[1]

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
Wertpapiere:				
Schuldtitel	237	219	308	276
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	13	13	17	17
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	10	9	11	11
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	214	197	280	248
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	102	74	78	77
Derivate:				
Kreditderivate	261	127	207	105
Aktienderivate	74	36	56	33
Zinsderivate	660	339	798	337
Wechselkursderivate	64	46	56	24
Sonstige	222	61	110	105
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	475	394	458	387
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt	**2.094**	**1.294**	**2.052**	**1.343**

[1] Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Das Verhalten der nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level 3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant, weshalb die Spannen bestimmter Parameter groß sein können. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquidere Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Die folgende Tabelle enthält eine kurze Beschreibung der wichtigsten Parameterarten sowie einen Kommentar zu den signifikanten Zusammenhängen zwischen diesen.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an den Kreditgeber oder Anleiheinhaber zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR") und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der

Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten, besonders relevant. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrundeliegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrundeliegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder ein anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Beispielsweise bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrundeliegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA-Multiplikator-Ansatz („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization" – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höherer Unternehmenswert/EBITDA-Multiplikator resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

Finanzinstrumente, die dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden und quantitative Informationen zu nicht beobachtbaren Parametern

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert: Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert: Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren[1]	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht-derivative Finanzinstrumente:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	42	0	Kursverfahren	Kurs	0%	101%
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	194	1.019
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	91	0	Kursverfahren	Kurs	0%	105%
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	98	1.166
				Erlösquote	7%	85%
				Konstante Ausfallrate	0%	4%
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	1%	37%

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert: Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert: Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren[1]	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)		Spanne
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	**133**	**0**				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	5.520	5.503	Kursverfahren	Kurs	0%	300%
Handelsbestand	3.447	19	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	5	696
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	3.447					
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.474					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	5.484				
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	599					
Eigenkapitaltitel	816	4	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert	0%	100%
Handelsbestand	55	4		Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	1	14
				Unternehmenswert/Ertrag (Vielfaches)	4	14
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	761		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	9%	20%
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0		Kursverfahren	Kurs	0%	2.500%
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.283	2	Kursverfahren	Kurs	0%	300%
Handelsbestand	6.913	2	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	94	3.106
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	2.490					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0		Erlösquote	40%	75%
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	1.890			Konstante Ausfallrate	0	0
Kreditzusagen	0	2	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	153	978
				Erlösquote	70%	84%
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0%	100%
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.172[2]	61[3]	DCF-Verfahren	IRR	7%	13%
				Repo rate (bps)	8	285
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	**18.754**	**5.572**				

[1] Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.
[2] Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 157 Mio. € sonstige Handelsaktiva, 1,0 Mrd. € sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte im Wert von 59 Mio. € sonstige zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte
[3] Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 61 Mio. € zum beizulegenden Zeitwert bewertete Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos)

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert: Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert: Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)		Spanne
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.798	2.950	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	-720	3.818
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0%	8%
				Konstante Ausfallrate	1%	11%
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2%	16%
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0%	8%
				Zinsvolatilität	0%	2%
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-10%	95%
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-56%	95%
Kreditderivate	556	603	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	12	1.277
				Erlösquote	15%	94%
			Optionspreismodell	Kreditvolatilität	5%	90%
			Korrelationspreis-modell	Kreditkorrelation		
Aktienderivate	481	572	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	1%	101%
				Indexvolatilität	6%	17%
				Korrelation zwischen Indizes		
				Korrelation zwischen Aktien		
				Aktien Forward	0%	5%
				Index Forward	0%	6%
Devisenderivate	1.523	1.561	Optionspreismodell	Volatilität	-9%	57%
				Quoted Vol		
			DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	-2	100
Sonstige Derivate	673	289[1]	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	201	568
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	0%	116%
				Kurs	0%	677%
				Korrelation zwischen Rohstoffen	-22%	98%
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	**7.030**	**5.974**				

[1] Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird

31.12.2024

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert: Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert: Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren[1]	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht-derivative Finanzinstrumente:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	31	0	Kursverfahren	Kurs	0%	102%
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	167	1.486
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	93	0	Kursverfahren	Kurs	0%	107%
			DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	106	1.027
				Erlösquote	60%	85%
				Konstante Ausfallrate	0%	4%
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	4%	18%
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	**124**	**0**				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere Schuldtitel	4.379	4.537	Kursverfahren	Kurs	0%	300%
Handelsbestand	2.726	26	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	9	651
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	2.726					
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.499					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	0	4.512				
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten	154					
Eigenkapitaltitel	809	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert	0%	100%
Handelsbestand	114	0		Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	5	14
				Unternehmenswert/Ertrag (Vielfaches)	1	15
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	695		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	9%	20%
			Kursverfahren	Kurs	0%	100%
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.817	93	Kursverfahren	Kurs	0%	125%
Handelsbestand	5.951	93	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	100	1.621
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	1.779					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0		Erlösquote	40%	84%

31.12.2024

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert: Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert: Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren[1]	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)		Spanne
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	3.107					
Kreditzusagen	0	6	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	226	954
				Erlösquote	40%	84%
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0%	100%
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	2.208[2]	51[3]	DCF-Verfahren	IRR	7%	13%
				Repo rate (bps)	30	285
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	**18.336**	**4.688**				

[1] Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition
[2] Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 263 Mio. € sonstige Handelsaktiva, 1,8 Mrd. € sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte im Wert von 123 Mio. € sonstige zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte
[3] Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 51 Mio. € zum beizulegenden Zeitwert bewertete Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos)

31.12.2024

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert: Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert: Verbindlichkeiten	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	5.218	5.207	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	-4.176	3.975
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0%	5%
				Konstante Ausfallrate	0%	12%
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	4%	16%
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0%	6%
				Zinsvolatilität	0%	5%
				Korrelation zwischen Zinssätzen	-10%	99%
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	-70%	55%
Kreditderivate	510	562	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	15	1.148
				Erlösquote	0%	40%
			Korrelationspreis-modell	Kreditkorrelation	0%	0%
Aktienderivate	642	1.201	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	2%	86%
				Indexvolatilität	9%	27%
				Korrelation zwischen Indizes	0%	0%
				Korrelation zwischen Aktien	0%	0%
				Aktien Forward	0%	1%
				Index Forward	0%	1%
Devisenderivate	995	1.470	Optionspreismodell	Volatilität	-9%	33%
				Quoted Vol	0%	0%
			DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	-3	100
Sonstige Derivate	580	254[1]	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	286	626
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	0%	160%
				Kurs	17%	75%
				Korrelation zwischen Rohstoffen	0%	87%
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt	**7.945**	**8.694**				

[1] Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen oder ausgegebenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Gewinne oder Verluste bei Level 3-Instrumenten sind nicht allein auf nicht beobachtbare Parameter zurückzuführen. Viele Parameter, die zur Bewertung von Instrumenten in dieser Hierarchieebene herangezogen werden, sind beobachtbar, und der Gewinn oder Verlust ist teilweise auf Veränderungen dieser beobachtbaren Parameter während des Berichtszeitraums zurückzuführen. Einige Positionen auf diesem Hierarchielevel werden ökonomisch von Instrumenten abgesichert, die in anderen Levels der Zeitwert Hierarchie kategorisiert sind. Die Verrechnung der verzeichneten Gewinne und Verluste von all solchen Sicherungsgeschäften sind nicht in der untenstehenden Tabelle enthalten, welche gemäß IFRS 13 lediglich die Gewinne und Verluste von in Level 3 klassifizierten Instrumenten zum Bilanzstichtag zeigt. Die unrealisierten Gewinne und Verluste von Level 3 Instrumenten sind sowohl im Nettozinsertrag als auch in dem Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	38	115
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	1.574	1.535
Sonstige Handelsaktiva	-218	-54
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	93	57
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	-4
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	5	-3
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**1.491**	**1.645**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	-1	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-73	-1.930
Sonstige Handelspassiva	-1	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	124	-104
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-123	-102
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	**-75**	**-2.135**
Insgesamt	**1.416**	**-490**

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit")

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne während des Geschäftsjahres, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio. €	2025	2024
Bestand am Jahresanfang	**691**	**577**
Neue Geschäfte während der Periode	513	345
Abschreibung	-223	-141
Ausgelaufene Geschäfte	-71	-53
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit[1]	-38	-36[2]
Wechselkursveränderungen	-5	1
Bestand am Jahresende	**866**	**691**

[1] Dies schließt Situationen ein, in denen ein Input nicht beobachtbar bleibt, aber in Bezug auf den aufgeschobenen Handelsdatengewinn in Perioden nach dem Handelsdatum unwesentlich geworden ist.
[2] Im zweiten Quartal 2024 verfeinerte der Konzern seine Methode zum Test der Signifikanz von nicht beobachtbaren Inputparametern für Gewinne am Handelstag. Als Ergebnis wurden im zweiten Quartal 2024 15 Mio. € Gewinne erfolgswirksam vereinnahmt.

14 – Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Für diese Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Außerdem sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente typischerweise nicht gehandelt werden. Die Unterschiede zwischen dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert korrespondieren mit den Veränderungen im Zinsumfeld im Berichtszeitraum.

Für die folgenden, überwiegend kurzfristigen Finanzinstrumente stellt der Buchwert eine angemessene Schätzung des beizulegenden Zeitwerts dar:

Aktiva	Passiva
Barreserven und Zentralbankeinlagen	Einlagen
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen
Forderungen aus Wertpapierleihen	Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen
Sonstige Finanzaktiva	Sonstige Finanzpassiva

Für alle anderen Finanzinstrumente, die zu fortgeführten Anschaffungskosten besteuert werden, gelten die folgenden Bewertungsverfahren:

- Bei Kreditportfolien für Privatkunden mit einer großen Anzahl homogener Kredite (z. B. private Immobilienkredite) wird der beizulegende Zeitwert für jeden Produkttyp berechnet, indem die vertraglichen Zahlungsströme des Portfolios unter Verwendung aktueller Zinssätze des Konzerns, die die Auswirkungen des makroökonomischen Umfelds einschließen, für die Kreditvergabe an Schuldner ähnlicher Kreditqualität verwendet werden. Die wichtigsten Parameter für private Immobilienkredite sind die Differenz zwischen den historischen und den aktuellen Produktmargen sowie die geschätzten Vorauszahlungsraten. Aktivierte Maklergebühren, die im Buchwert enthalten sind, werden ebenfalls als zum beizulegenden Zeitwert bewertet betrachtet.
- Der beizulegende Zeitwert von Kreditportfolios für Unternehmen wird vorwiegend ermittelt, indem der Kredit bis zu seiner Fälligkeit basierend auf darlehensspezifischen Kreditaufschlägen und konzernspezifischen Finanzierungskosten abgezinst wird.
- Für langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente wird der beizulegende Zeitwert, sofern verfügbar, auf der Grundlage von notierten Marktpreisen ermittelt. Stehen diese nicht zur Verfügung, wird für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts eine Bewertungstechnik verwendet, bei der die verbleibenden vertraglichen Zahlungsströme mit einem Zinssatz abgezinst werden, zu dem ein Instrument mit ähnlichen Eigenschaften am Markt notiert wird.
- Für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts von Einlagen wird in der Regel ein Discounted Cashflow-Modell verwendet, da Marktdaten in der Regel nicht verfügbar sind. Neben der Zinsstrukturkurve wird auch die eigene Kreditrisikorate der Deutschen Bank berücksichtigt. Die Kreditrisikoraten der jeweiligen Gegenparteien werden nicht zur Bewertung des beizulegenden Zeitwerts von finanziellen Verbindlichkeiten zu fortgeführten Anschaffungskosten herangezogen.

Bei diesen, zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumenten, wird der ausgewiesene beizulegende Zeitwert gemäß der IFRS-Hierarchie (d. h. Level 1, Level 2 und Level 3) eingestuft, wie in der Anhangangabe 13 - Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente beschrieben. Im Allgemeinen umfasst Level 1 Barreserven und Zentralbankeinlagen; Level 2 umfasst Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken), Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos), Forderungen aus Wertpapieranleihen, sonstige finanzielle Vermögenswerte, Einlagen, Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen, sonstige kurzfristige Geldaufnahmen, sonstige finanzielle Verbindlichkeiten, langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente; und Level 3 umfasst Darlehen.

Geschätzte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente[1]

in Mio. €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungsverfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungsverfahren mit nicht-beobachtbaren Parametern (Level 3)
					31.12.2025
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	164.659	164.659	164.659	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	6.962	6.962	0	6.962	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	37.509	37.535	0	37.535	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	6	6	0	6	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	472.620	466.128	0	13.175	452.954
Sonstige Finanzaktiva	138.117	157.433	29.214	127.730	490
Finanzpassiva:					
Einlagen	691.828	694.445	1	694.445	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	4.177	4.173	0	4.173	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	2	0	2	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	18.204	18.211	0	18.211	0
Sonstige Finanzpassiva	123.451	123.451	2.381	121.070	0
Langfristige Verbindlichkeiten	114.754	115.463	0	113.663	1.800
Hybride Kapitalinstrumente	283	297	0	297	0

in Mio. €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Notierte Marktpreise auf aktiven Märkten (Level 1)	Bewertungsverfahren mit beobachtbaren Parametern (Level 2)	Bewertungsverfahren mit nicht-beobachtbaren Parametern (Level 3)
					31.12.2024
Finanzaktiva:					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	147.494	147.494	147.494	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	6.160	6.160	0	6.160	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	40.803	40.923	0	40.923	0
Forderungen aus Wertpapierleihen	44	44	0	44	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	478.921	470.058	0	13.338	456.720
Sonstige Finanzaktiva	92.556	91.214	12.063	78.482	669
Finanzpassiva:					
Einlagen	666.261	667.609	2	667.607	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	3.740	3.727	0	3.727	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	2	0	2	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	9.895	9.903	0	9.903	0
Sonstige Finanzpassiva	79.371	79.371	2.237	77.134	0
Langfristige Verbindlichkeiten	114.899	114.496	0	112.033	2.463
Hybride Kapitalinstrumente	287	273	0	273	0

[1] Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen" dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Zum 31. Dezember 2025 ist die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert der Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Wesentlichen auf die Differenz zwischen den aktuellen Zinssätzen für langfristige Hypothekendarlehen an Privatkunden in Deutschland und dem vertraglich vereinbarten Zinssatz zurückzuführen. Der Buchwert der Forderungen aus dem Kreditgeschäft wurde teilweise durch Makro-Sicherungsgeschäfte gemäß der EU carve-out Version von IAS 39 ausgeglichen. Diese betrugen 5,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 und 5,0 Mrd. € zum 31. Dezember 2024. Der beizulegende Zeitwert der Einlagen war höher als der Buchwert, da der Buchwert negative Bilanzierungsanpassungen für Makro-Sicherungsgeschäfte gemäß der IAS 39 EU carve-out Version in Höhe von 2,8 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 bzw. 1,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2024 enthielt. Bei langfristigen Verbindlichkeiten und Treuhandtiteln ist die Differenz zwischen dem beizulegenden Zeitwert und dem Buchwert auf Änderungen der Zinssätze zurückzuführen, zu denen der Konzern zum Bilanzstichtag Schuldtitel mit ähnlicher Laufzeit und Nachrangigkeit im Vergleich zu dem Zinssatz, zu dem das Instrument ausgegeben wurde, begeben könnte. Die in der Tabelle enthaltenen Buchwerte enthalten keine Auswirkungen aus wirtschaftlichen Sicherungsgeschäften.

15 – Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	**1.128**	2.786
Festverzinsliche Wertpapiere:		
Deutsche öffentliche Emittenten	4.251	2.006
U.S.-Treasury und U.S.-Regierungsbehörden	9.654	10.640
U.S.-Kommunalbehörden	1.359	719
Sonstige ausländische staatliche Emittenten	19.692	18.661
Unternehmen	201	189
Sonstige Asset Backed Securities	0	0
Mortgage Backed Securities einschließlich Schuldverschreibungen von U.S.-Bundesbehörden	463	414
Sonstige festverzinsliche Wertpapiere	2.484	1.607
Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	**38.084**	34.236
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	**4.432**	5.068
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**43.644**	42.090

16 – Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equitymethode bilanziert.

Der Konzern hält Anteile an 43 assoziierten Unternehmen und 8 gemeinschaftlich geführten Unternehmen zum 31. Dezember 2025 (49 und 8 zum 31. Dezember 2024). Keine der Beteiligungen wird als wesentlich für den Konzern eingestuft, aufgrund der Buchwerte der Beteiligungen oder den daraus resultierenden Erträgen.

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen Anteilen des Konzerns an gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Summe der Beteiligungsbuchwerte der einzeln betrachtet unwesentlichen Beteiligungen	**924**	1.028
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	35	-4
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0	0
Summe der Anteile des Konzerns am sonstigen Ergebnis	17	-1
Summe der Anteile des Konzerns am Gesamtergebnis	**52**	**-5**

17 – Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten" zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

31.12.2025

				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio. €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Barsicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten[1]	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	60.976	-24.458	36.518	0	0	-36.518	0
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	991	0	991	0	0	-858	133
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	6	0	6	0	0	-6	0
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	0	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	604.898	-261.162	343.736	-182.259	-34.836	-118.239	8.402
Davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	245.925	-13.225	232.699	-180.485	-34.807	-9.221	8.186
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	175.898	0	175.898	0	-1.112	-4.223	170.563
Davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	8.629	0	8.629	0	-991	-659	6.979
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt[2]	780.796	-261.162	519.635	-182.259	-35.948	-122.462	178.965
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	472.620	0	472.620	0	-10.924	-77.550	384.167
Sonstige Aktiva	172.449	-4.977	167.472	-26.084	-101	-33	141.254
Davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	1.164	-44	1.121	-766	-99	-33	222
Übrige aufzurechnende Vermögenswerte	1.128	0	1.128	0	0	0	1.128
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	236.696	0	236.696	0	-293	-1.908	234.496
Summe der Aktiva	**1.725.663**	**-290.597**	**1.435.067**	**-208.344**	**-47.265**	**-239.315**	**940.143**

[1] Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.
[2] Gemäß Anhangangabe 12 'Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen' besteht die Position überwiegend aus gehandelten Wertpapieren (Vermögenswert), gehandelten Wertpapieren (Verbindlichkeit), Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, sowie positiven und negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten.

Verbindlichkeiten

31.12.2025

in Mio. €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge: Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge: Barsicherheiten	Nicht bilanzierte Beträge: Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Einlagen	691.828	0	691.828	0	0	0	691.828
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	26.665	-24.458	2.207	0	0	-2.205	2
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.970	0	1.970	0	0	-5	1.965
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2	0	2	0	0	-2	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	0	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	608.774	-261.178	347.595	-182.905	-24.050	-85.185	55.455
Davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	233.145	-13.722	219.423	-181.060	-24.050	-1.737	12.576
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	36.584	0	36.584	0	-502	-969	35.113
Davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.352	0	6.352	0	-502	-85	5.766
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt[1]	645.357	-261.178	384.179	-182.905	-24.552	-86.154	90.567
Sonstige Passiva	142.673	-4.960	137.713	-36.180	-15	-2	101.516
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	251	-28	225	-191	-15	-2	15
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	136.965	0	136.965	0	0	0	136.965
Summe der Passiva	**1.645.460**	**-290.597**	**1.354.865**	**-219.085**	**-24.567**	**-88.368**	**1.022.843**

[1] Gemäß Anhangangabe 12 "Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen" besteht die Position überwiegend aus gehandelten Wertpapieren (Vermögenswert), gehandelten Wertpapieren (Verbindlichkeit), Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, sowie positiven und negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

31.12.2024

in Mio. €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Nicht bilanzierte Beträge: Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge: Barsicherheiten	Nicht bilanzierte Beträge: Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten[2]	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	54.483	-14.429	40.053	0	0	-39.831	223
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	749	0	749	0	0	-749	0
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	32	0	32	0	0	-32	0
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	11	0	11	0	0	0	11
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	615.599	-232.657	382.942	-251.198	-33.729	-108.134	9.881
Davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	298.469	-16.116	282.353	-229.560	-33.689	-9.392	9.712
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	162.908	0	162.908	0	-1.303	-6.993	154.611
Davon: Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	9.400	0	9.400	0	-1.188	-1.344	6.868
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt[2]	778.507	-232.657	545.849	-251.198	-35.032	-115.127	164.492
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	478.921	0	478.921	0	-10.836	-72.983	395.102
Sonstige Aktiva	105.782	-4.574	101.207	-24.794	-52	-30	76.331
Davon: positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetz	456	-73	383	-255	-52	-30	46
Übrige aufzurechnende Vermögenswerte	2.786	0	2.786	0	0	0	2.786
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	217.567	0	217.567	0	-623	-4.438	212.506
Summe der Aktiva	**1.638.838**	**-251.661**	**1.387.177**	**-255.993**	**-46.543**	**-233.190**	**851.451**

[1] Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

[2] Gemäß Anhangangabe 12 "Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen" besteht die Position überwiegend aus gehandelten Wertpapieren (Vermögenswert), gehandelten Wertpapieren (Verbindlichkeit), Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, sowie positiven und negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten.

Verbindlichkeiten

31.12.2024

in Mio. €	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge: Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge: Barsicherheiten	Nicht bilanzierte Beträge: Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten	Nettobetrag
Einlagen	666.261	0	666.261	0	0	0	666.261
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	16.819	-14.429	2.390	0	0	-2.390	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.350	0	1.350	0	0	-123	1.227
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1	0	1	0	0	-1	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1	0	1	0	0	-1	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	609.685	-232.669	377.013	-230.459	-23.677	-66.495	56.381
Davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	284.525	-16.600	267.723	-228.704	-23.677	-2.458	12.883
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	35.382	0	35.382	0	-607	-3.332	31.442
Davon: Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	8.672	0	8.672	0	-607	-142	7.923
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt[1]	645.064	-232.669	412.395	-230.459	-24.285	-69.828	87.823
Sonstige Passiva	100.193	-4.562	93.631	-37.099	-91	-101	58.339
Davon: negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	1.727	-37	1.690	-1.111	-91	-101	387
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	129.716	0	129.716	0	-6	0	129.711
Summe der Passiva	**1.559.406**	**-251.661**	**1.307.745**	**-267.559**	**-24.382**	**-72.444**	**943.361**

[1] Gemäß Anhangangabe 12 "Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen" besteht die Position überwiegend aus gehandelten Wertpapieren (Vermögenswert), gehandelten Wertpapieren (Verbindlichkeit), Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden, sowie positiven und negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten.

In der Spalte „Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)" sind die Beträge ausgewiesen, die nach Maßgabe der in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten" beschriebenen Kriterien aufgerechnet wurden.

In der Spalte „Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen" werden die Beträge ausgewiesen, die Gegenstand einer Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung sind, aber wegen Nichterfüllung der Voraussetzungen zur Abwicklung auf Nettobasis/Simultanabwicklung oder weil die Rechte zur Aufrechnung abhängig vom Ausfall der Kontrahenten sind, nicht aufgerechnet wurden. Die Beträge für sonstige Aktiva und Passiva beinhalten Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Sicherheitsleistungen.

In den Spalten „Barsicherheiten" und „Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten" sind die bezogen auf die Gesamtsumme der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erhaltenen beziehungsweise verpfändeten Beträge von Barsicherheiten und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ausgewiesen, einschließlich solcher, die sich auf Vermögenswerte und Verbindlichkeiten beziehen, die nicht aufgerechnet worden sind.

Rechtlich nicht durchsetzbare Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen oder ähnliche Vereinbarungen gelten für Verträge in Jurisdiktionen, in denen die Aufrechnungsansprüche nach Maßgabe des dort geltenden Konkursrechts möglicherweise nicht anerkannt werden.

Die als Absicherung für positive Marktwerte von Derivaten erhaltenen und für negative Marktwerte von Derivaten verpfändeten Barsicherheiten werden unter den Sonstigen Passiva beziehungsweise Sonstigen Aktiva bilanziert.

Die Barsicherheiten und die Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten zeigen deren beizulegenden Zeitwert. Das Recht zur Aufrechnung von Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten und Barsicherheiten bedingt den vorherigen Ausfall der Gegenpartei.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

18 – Forderungen aus dem Kreditgeschäft

Das gesamte Kreditbuch umfasst Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten, Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertet werden sowie Forderungen aus dem Kreditgeschäft, die zum beizulegenden Zeitwert über das sonstige Gesamtergebnis bewertet werden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Übersicht des Kreditengagements des Konzerns nach Branchen basierend auf der NACE-Klassifikation (Nomenclature des Activités Économiques dans la Communauté Européenne) des Vertragspartners. NACE ist ein europäischer Standard zur Klassifizierung von Branchen.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft nach Branchen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	348	336
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3.634	4.342
Verarbeitendes Gewerbe	28.251	28.359
Energieversorgung	5.129	5.017
Wasserversorgung	717	598
Baugewerbe/Bau	5.313	4.604
Handel	22.347	22.481
Verkehr und Lagerei	4.716	5.347
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	3.674	2.749
Information und Kommunikation	10.511	9.940
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	138.488	133.350
Grundstücks- und Wohnungswesen	47.153	51.535
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	10.497	6.623
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	7.171	9.496
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	8.152	6.235
Erziehung und Unterricht	325	313
Gesundheits- und Sozialwesen	3.907	4.170
Kunst, Unterhaltung und Erholung	881	840
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	9.906	6.855
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	188.183	199.812
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	16	22
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, brutto	**499.320**	**503.005**
Abgegrenzte Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge	1.191	1.352
Forderungen aus dem Kreditgeschäft abzüglich abgegrenzter Aufwendungen (–)/unrealisierte Erträge	**498.129**	**501.653**
Abzüglich Wertberichtigungen für Kreditausfälle	6.074	5.697
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	**492.054**	**495.955**

19 – Wertminderungen für Kreditausfälle

Die Wertminderungen für Kreditausfälle setzen sich aus Wertberichtigungen für Kreditausfälle von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten, zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft sowie Garantiegeschäfte zusammen.

Entwicklung der Wertminderungen für Kreditausfälle für Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte

31.12.2025

	Wertminderungen für Kreditausfälle[1]				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI[2]	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**438**	**736**	**4.412**	**213**	**5.799**
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft und Kreditverlängerungen	-90	178	1.663	9	1.760
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	119	-85	-35	N/A	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Modelländerungen[3]	-63	91	-155	0	-127
Abgänge[4]	0	0	-1.002	0	-1.002
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	0	0	164	0	164
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	18	-33	-447	25	-437
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**421**	**888**	**4.600**	**247**	**6.156**
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[5]	-34	185	1.473	9	1.633

N/A - Nicht aussagekräftig
[1] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 7 Mio. € zum 31. Dezember 2025
[2] Der Gesamtbetrag der undiskontierten erwarteten Kreditausfälle beim erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten, die während der Berichtsperiode erworben oder originär kreditgefährdet waren, belief sich auf 74 Mio. € in 2025 und 0 Mio. € in 2024
[3] Modelländerungen spiegeln hauptsächlich die Aktualisierung des LGD-Modells sowie Änderungen des SICR-Models wider
[4] Diese Position beinhaltet Abschreibungen für Wertberichtigungen für Kreditausfälle
[5] Die Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge beinhaltet die Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, die Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen

31.12.2024

	Wertminderungen für Kreditausfälle[1]				
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI[2]	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**447**	**680**	**3.960**	**198**	**5.285**
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft und Kreditverlängerungen	-150	194	1.814	3	1.861
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	128	-128	0	N/A	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Modelländerungen	-2	-7	0	0	-9
Abgänge[3]	0	0	-1.229	0	-1.229
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	0	0	157	0	157
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	15	-3	-290	11	-267
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**438**	**736**	**4.412**	**213**	**5.799**
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[4]	-24	59	1.814	3	1.852

N/A - Nicht aussagekräftig
[1] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 14 Mio. € zum 31. Dezember 2024
[2] Der Gesamtbetrag der undiskontierten erwarteten Kreditausfälle beim erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten, die während der Berichtsperiode erworben oder originär kreditgefährdet waren, belief sich auf 0 Mio. € in 2024 und 0 Mio. € in 2023
[3] Diese Position beinhaltet Abschreibungen für Wertberichtigungen für Kreditausfälle
[4] Die Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge beinhaltet die Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, die Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen

					31.12.2023
					Wertminderungen für Kreditausfälle[1]
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI[2]	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**533**	**626**	**3.656**	**180**	**4.995**
Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft und Kreditverlängerungen	-195	294	1.647	32	1.778
Übertragungen aufgrund von Veränderung der Kreditqualität	170	-150	-20	N/A	0
Veränderungen aufgrund von Modifikationen ohne Ausbuchung von Vermögenswerten	N/A	N/A	N/A	N/A	N/A
Modelländerungen	-57	-53	0	0	-110
Abgänge[3]	0	0	-1.145	-52	-1.197
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	0	0	93	0	93
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	-3	-38	-271	38	-273
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**447**	**680**	**3.960**	**198**	**5.285**
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[4]	-85	92	1.627	32	1.668

N/A - Nicht aussagekräftig
[1] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 4 Mio. € zum 31. Dezember 2023.
[2] Der Gesamtbetrag der undiskontierten erwarteten Kreditausfälle beim erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten, die während der Berichtsperiode erworben oder originär kreditgefährdet waren, belief sich auf 0 Mio. € in 2025 und 46 Mio. € in 2022.
[3] Diese Position beinhaltet Abschreibungen für Wertberichtigungen für Kreditausfälle.
[4] Die Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge beinhaltet die Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, die Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen.

Wertminderungen für Kreditausfälle für Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte[1]

					31.12.2025
					Wertminderungen für Kreditausfälle
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	12	22	14	0	48

[1] Wertminderungen für Kreditausfälle für Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte waren am Jahresende 2025 weiterhin auf niedrigem Niveau (38 Mio. € in 2024 gegenüber 48 Mio. € in 2025). Aufgrund der Unwesentlichkeit werden keine Details zu Entwicklung im Jahresvergleich angegeben.

					31.12.2024
					Wertminderungen für Kreditausfälle
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	12	16	10	0	38

[1] Wertminderungen für Kreditausfälle für Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte waren am Jahresende 2024 weiterhin auf niedrigem Niveau (48 Mio. € in 2023 gegenüber 38 Mio. € in 2024). Aufgrund der Unwesentlichkeit werden keine Details zu Entwicklung im Jahresvergleich angegeben.

					31.12.2023
					Wertminderungen für Kreditausfälle
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	13	13	22	0	48

[1] Wertminderungen für Kreditausfälle für Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte waren am Jahresende 2023 weiterhin auf niedrigem Niveau (69 Mio. € in 2022 gegenüber 48 Mio. € in 2023). Aufgrund der Unwesentlichkeit werden keine Details zu Entwicklung im Jahresvergleich angegeben.

Entwicklung der Wertminderungen für Kreditausfälle für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft

31.12.2025

				Wertminderungen für Kreditausfälle[2]	
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**106**	**82**	**173**	**0**	**361**
Veränderungen inklusive neuem Geschäft	-12	25	38	2	53
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	4	-2	-2	N/A	0
Modelländerungen	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	0	-8	-13	0	-21
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**98**	**96**	**196**	**2**	**393**
davon: Finanzielle Garantien	55	47	81	0	184
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[1]	-8	25	36	2	53

N/A - Nicht aussagekräftig
[1] Die obige Tabelle unterteilt die Risikovorsorge in Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen
[2] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 12 Mio. € zum 31. Dezember 2025

31.12.2024

				Wertminderungen für Kreditausfälle[2]	
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**117**	**88**	**187**	**0**	**393**
Veränderungen inklusive neuem Geschäft	-22	3	-19	0	-38
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	10	-9	0	N/A	0
Modelländerungen	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	1	-1	5	0	6
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**106**	**82**	**173**	**0**	**361**
davon: Finanzielle Garantien	67	49	99	0	214
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[1]	-13	-6	-20	0	-38

N/A - Nicht aussagekräftig
[1] Die obige Tabelle unterteilt die Risikovorsorge in Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen
[2] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 2 Mio. € zum 31. Dezember 2024

31.12.2023

				Wertminderungen für Kreditausfälle[2]	
in Mio. €	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 3 POCI	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	**144**	**97**	**310**	**0**	**551**
Veränderungen inklusive neuem Geschäft	-39	-3	-118	0	-160
Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität	11	-4	-7	N/A	0
Modelländerungen	0	0	0	0	0
Fremdwährungsbewegungen und sonstige Veränderungen	1	-2	3	0	2
Bestand am Ende der Berichtsperiode	**117**	**88**	**187**	**0**	**393**
davon: Finanzielle Garantien	84	37	113	0	233
Risikovorsorge ohne Länderrisikovorsorge[1]	-28	-7	-125	0	-160

N/A - Nicht aussagekräftig
[1] Die obige Tabelle unterteilt die Risikovorsorge in Veränderungen der finanziellen Vermögenswerte inklusive neuem Geschäft, Übertragungen aufgrund von Verschlechterung der Kreditqualität und Modelländerungen
[2] Die Wertminderungen für Kreditausfälle beinhalten nicht die Wertminderungen für Länderrisiken in Höhe von 9 Mio. € zum 31. Dezember 2023

20 – Übertragung von finanziellen Vermögenswerten und als Sicherheit verpfändete und erhaltene Vermögenswerte

Der Konzern schließt Transaktionen ab, bei denen er finanzielle Vermögenswerte, die in der Bilanz ausgewiesen werden, überträgt und als Ergebnis den gesamten Vermögenswert entweder vollständig ausbuchen oder ihn im Rahmen eines anhaltenden Engagements in Abhängigkeit, von bestimmten Kriterien, als übertragenen Vermögenswert zurückbehalten kann. Diese Kriterien werden in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen" erläutert.

Soweit es sich um finanzielle Vermögenswerte handelt, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren, werden diese als besicherte Finanzierung und die erhaltene Gegenleistung als korrespondierende Verbindlichkeit gesehen. Der Konzern ist nicht berechtigt, diese finanziellen Vermögenswerte für andere Zwecke zu nutzen. Vom Konzern abgeschlossene Transaktionen dieser Art sind vor allem Wertpapierpensionsgeschäfte, Wertpapierleihen und Total-Return-Swap-Geschäfte. Bei solchen Transaktionen behält der Konzern im Wesentlichen alle damit verbundenen Kredit-, Aktienkurs-, Zins- und Währungsrisiken und -chancen sowie die damit verbundenen Ertragsströme.

Informationen zu den Arten der übertragenen Vermögenswerte und den zugrunde liegenden Transaktionen, die nicht für eine Ausbuchung qualifizieren

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Buchwert der übertragenen Vermögenswerte		
Nicht ausgebuchte Wertpapiere des Handelsbestands aus:		
Wertpapierpensionsgeschäften	46.744	40.438
Wertpapierleihen	10.344	8.313
Total Return Swaps	20.248	14.013
Sonstige	1.503	2.523
Wertpapiere des Handelsbestands insgesamt	**78.839**	**65.288**
Sonstige Handelsaktiva	40	51
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	32	107
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	11.198	5.134
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten[1]	15	17
Sonstige	11.568	4.335
Total	**101.693**	**74.931**
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	**91.380**	**66.654**

[1] Sonstige gehandelte Kredite, bei denen die damit verbundene Verbindlichkeit nur auf die übertragenen Vermögenswerte zurückgreift, hatten einen Buchwert und einen beizulegenden Zeitwert von 0 Mio. € zum 31. Dezember 2025 und 0 Mio. € zum 31. Dezember 2024. Die damit verbundenen Verbindlichkeiten hatten den gleichen Buchwert und den gleichen beizulegenden Zeitwert, was zu einer Nettoposition von 0 Mio. € zum 31. Dezember 2025 und 0 Mio. € zum 31. Dezember 2024 führte.

Buchwert übertragener Vermögenswerte, die der Konzern noch im Rahmen eines anhaltenden Engagements bilanziert

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Buchwert der übertragenen ursprünglichen Vermögenswerte		
Wertpapiere des Handelsbestands	1.016	1.073
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Buchwert der weiterhin bilanzierten Vermögenswerte	0	0
Wertpapiere des Handelsbestands	21	26
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0
Buchwert der damit verbundenen Verbindlichkeiten	**40**	**52**

Der Konzern kann einige Risikopositionen im Hinblick auf die zukünftige Wertentwicklung eines übertragenen finanziellen Vermögenswerts durch neue oder bereits bestehende vertragliche Rechte und Verpflichtungen zurückbehalten und dennoch ist es noch möglich, den Vermögenswert auszubuchen. Das anhaltende Engagement wird als neues Instrument erfasst, das sich vom übertragenen finanziellen Vermögenswert unterscheiden kann. Typische Transaktionen sind zurückbehaltene vorrangige Schuldverschreibungen nicht-konsolidierter Verbriefungsstrukturen, auf die begebene Kredite übertragen wurden, Finanzierungen mit Zweckgesellschaften, denen der Konzern ein Portfolio an Vermögenswerten verkauft hat, oder Verkäufe von Vermögenswerten mit kreditgebundenen Swaps. Das Risiko des Konzerns bei derartigen Transaktionen wird als nicht als wesentlich angesehen, da eine substanzielle Zurückbehaltung der Risiken, die im Zusammenhang mit den übertragenen Vermögenswerten stehen, üblicherweise zu einer anfänglichen Unmöglichkeit der Ausbuchung führen wird. Transaktionen, bei denen nicht davon auszugehen ist, dass sie in einem anhaltenden Engagement resultieren, umfassen übliche Gewährleistungen in Bezug auf betrügerische Handlungen, die eine Übertragung infolge eines Gerichtsverfahrens ungültig machen könnten, geeignete Durchleitungsvereinbarungen und standardisierte Treuhänder- oder Verwaltungsgebühren, die nicht im Zusammenhang mit der Wertentwicklung stehen.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzernbilanz

	31.12.2025			31.12.2024		
in Mio. €	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko[1]	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Maximales Verlustrisiko[1]
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten:						
Anleihen aus Verbriefungen	479	459	459	441	397	397
Sonstige	0	0	0	0	0	0
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten insgesamt	**479**	**459**	**459**	**441**	**397**	**397**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	0	0	0	0	0	0
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Anleihen aus Verbriefungen	532	466	466	669	560	560
Sonstige	0	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	**532**	**466**	**466**	**669**	**560**	**560**
Finanzielle Vermögenswerte, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	**1.011**	**925**	**925**	**1.110**	**957**	**957**
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten:						
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	0	0	0	0	0	0
Finanzielle Verbindlichkeiten, die ein anhaltendes Engagement darstellen, insgesamt	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**

[1] Das maximale Verlustrisiko ist definiert als der Buchwert zuzüglich Nominalwert einer jeden nicht gezogenen Kreditzusage, die nicht als Verbindlichkeit erfasst wird.

Auswirkungen der vollständigen Ausbuchung übertragener Vermögenswerte, bei denen ein anhaltendes Engagement bestehen bleibt, auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2025			31.12.2024		
in Mio. €	Ergebnis im Jahr 2024	Kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis	Ergebnis im Jahr 2023	Kumuliertes Ergebnis	Veräußerungsergebnis
Anleihen aus Verbriefungen	38	239	23	50	220	25
Nicht standardisierte Zins-, Währungs- und Inflationsswaps	0	0	0	0	0	0
Ergebnis aus anhaltendem Engagement in ausgebuchten Vermögenswerten	**38**	**239**	**23**	**50**	**220**	**25**

Der Konzern verpfändet Vermögenswerte hauptsächlich als Sicherheiten im Rahmen einer besicherten Refinanzierung, beim Abschluss von Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihe sowie sonstigen Leihverträgen und für Besicherungszwecke bei Verbindlichkeiten aus OTC-Geschäften. Verpfändungen werden in der Regel zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihgeschäfte und sonstige Transaktionen festgelegten Bedingungen ausgeführt. Zum 31. Dezember 2025 hatte die Bank Kredite in Höhe von 7 Mrd. € verbrieft und die besicherten eigenen Anleihen wurden als Sicherheiten für marktübliche Wertpapierfinanzierungsgeschäfte verpfändet. Die belasteten Kredite sind in dem untenstehenden Saldo enthalten.

Buchwert der vom Konzern als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten[1]

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	70.166	58.749
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	11.329	5.263
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	37.996	41.758
Sonstige	12.216	4.462
Insgesamt	**131.708**	**110.232**

[1] Beinhaltet keine als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte, die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

Gesamte als Sicherheiten verpfändeten Vermögenswerte, die dem Sicherungsnehmer frei zum Verkauf beziehungsweise zur weiteren Sicherheitenstellung zur Verfügung stehen[1]

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	67.159	55.310
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	11.084	5.013
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.063	4.618
Sonstige	11.569	2.904
Insgesamt	**92.875**	**67.845**

[1] Beinhaltet als Sicherheit verpfändeten Vermögenswerte, die nicht zu einer Verbindlichkeit oder einer Eventualverbindlichkeit in der Bilanz führen.

Der Konzern erhält Vermögenswerte als Sicherheiten hauptsächlich aus Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihgeschäften, derivativen Transaktionen, Kundenkrediten und anderen Transaktionen. Diese Transaktionen werden üblicherweise zu handelsüblichen, in Standardverträgen für durch Wertpapiere unterlegte Leihgeschäfte festgelegten Bedingungen ausgeführt. Der Konzern als Sicherheitennehmer hat das Recht, derartige Sicherheiten zu verwerten oder weiter zu verpfänden, sofern er bei Beendigung der Transaktion gleichwertige Wertpapiere zurückgibt. Von diesem Recht wird hauptsächlich Gebrauch gemacht, um Leerverkäufe sowie Wertpapierpensions- und Wertpapierleihgeschäfte zu bedienen.

Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Wertpapiere und andere finanzielle Vermögenswerte, die als Sicherheit akzeptiert wurden	557.837	479.022
davon:		
Verkaufte oder weiterverpfändete Sicherheiten	451.792	366.245

21 – Sachanlagen

in Mio. €	Eigen-genutzte Immobilien	Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	Einbauten in gemieteten Räumen	Anlagen im Bau	Sachanlagen im Eigentum (IAS 16)	Nutzungsrechte aus Leasingverhält-nissen (IFRS 16)	Insgesamt
Anschaffungskosten:							
Bestand zum 1. Januar 2024	**441**	**2.393**	**3.078**	**461**	**6.374**	**6.507**	**12.881**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-1	0	0	-1	0	-1
Zugänge	1	128	107	293	528	145	673
Umklassifizierung	106	77	334	-394	122	237	360
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	199	281	1	482	156	638
Wechselkurs-veränderungen	-1	33	59	1	93	115	208
Bestand zum 31. Dezember 2024	**547**	**2.431**	**3.298**	**360**	**6.636**	**6.848**	**13.484**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Zugänge	1	95	49	297	443	102	545
Umklassifizierung	20	52	367	-439	-1	355	355
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	0	0	-5	0	-5	0	-5
Abgänge	3	109	148	0	260	132	392
Wechselkurs-veränderungen	0	-88	-132	-3	-223	-254	-477
Bestand zum 31. Dezember 2025	**564**	**2.381**	**3.429**	**215**	**6.590**	**6.920**	**13.510**
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:							
Bestand zum 1. Januar 2024	**264**	**2.033**	**1.900**	**1**	**4.198**	**2.498**	**6.696**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-1	0	0	-1	0	-1
Abschreibungen	5	126	266	0	397	548	945
Wertminderungen	14	1	19	0	34	34	67
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	2	2
Umklassifizierung	104	20	1	1	126	0	126
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	196	278	1	475	153	628
Wechselkurs-veränderungen	0	29	29	0	57	30	87
Bestand zum 31. Dezember 2024	**386**	**2.014**	**1.936**	**1**	**4.337**	**2.954**	**7.291**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0
Abschreibungen	8	123	265	0	397	511	908
Wertminderungen	0	0	2	0	2	7	9
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	6	6
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung in/aus zur Veräußerung gehaltene Sachanlagen	0	0	-3	0	-3	0	-3
Abgänge	3	108	132	0	244	131	375
Wechselkurs-veränderungen	0	-75	-73	0	-149	-88	-237
Bestand zum 31. Dezember 2025	**391**	**1.954**	**1.994**	**1**	**4.340**	**3.246**	**7.586**
Bilanzwert:							
Bestand zum 31. Dezember 2024	**161**	**417**	**1.361**	**360**	**2.299**	**3.894**	**6.193**
Bestand zum 31. Dezember 2025	**173**	**428**	**1.435**	**214**	**2.250**	**3.673**	**5.924**

Die ausgewiesenen Abschreibungen, Wertminderungen und Wertaufholungen auf Sachanlagen werden im Sachaufwand und sonstiger Aufwand erfasst.

Die Buchwerte von Sachanlagen, die einer Verkaufsrestriktion unterliegen, beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf weniger als 1 Mio. € und auf 1 Mio. € zum 31. Dezember 2024.

Bestehende Verpflichtungen zum Erwerb von Sachanlagen beliefen sich zum Jahresende 2025 auf 1 Mio. € und 24 Mio. € zum Jahresende 2024.

Der Konzern ist Mieter (Leasingnehmer) zahlreicher Vermögenswerte, darunter Grundstücke und Gebäude, Fahrzeuge und IT-Ausrüstung, für die er Nutzungsrechte (Right-of-Use, „RoU") aus Leasingverhältnissen bilanziert. Die im Jahr 2025 unter den Nutzungsrechten ausgewiesenen Zugänge in Höhe von 102 Mio. € spiegelten im Wesentlichen die Aktivierung von RoU Vermögenswerten aus neuen Mietverträgen für Liegenschaften wider. Die im Jahr 2025 erfassten Abschreibungen in Höhe von 511 Mio. € resultierten im Wesentlichen aus dem planmäßigen Werteverzehr von RoU-Vermögenswerten für Immobilienmietverträge über deren Vertragslaufzeit. Der im Sachanlagevermögen zum 31. Dezember 2025 enthaltene Buchwert des RoU-Vermögens in Höhe von 3,7 Mrd. € entsprach überwiegend gemieteten Immobilien in Höhe von 3,7 Mrd. € und Fahrzeugleasingverträgen in Höhe von 19 Mio. €. Weitere Informationen zu den vom Konzern gemieteten Vermögenswerten und den damit verbundenen Angaben gemäß IFRS 16 befinden sich in Anhangangabe 22 „Leasingverhältnisse".

22 – Leasingverhältnisse

Die Angaben des Konzerns gemäß IFRS 16 erfolgen als Leasingnehmer im Rahmen von Leasingvereinbarungen für Sachanlagen. Der Konzern orientiert sich bei der Darstellung von diesbezüglichen Informationen in einer Weise, die für das Verständnis der Vermögens- und Ertragslage als am relevantesten erachtet wird.

Der Konzern ist Mieter (Leasingnehmer) für viele Vermögenswerte, darunter Grundstücke und Gebäude, Fahrzeuge und IT-Ausrüstung. Der Konzern ist für die Mehrzahl seiner Büros und Niederlassungen Leasingnehmer im Rahmen langfristiger Mietverträge. Die meisten Leasingverträge werden zu üblichen Konditionen abgeschlossen. Das bedeutet, dass sie Optionen zur Verlängerung des Leasingvertrags um einen festgelegten Zeitraum, Preisanpassungsklauseln und Eskalationsklauseln gemäß den allgemeinen Marktbedingungen für Büromieten enthalten. Die Leasingverträge enthalten jedoch keine Klauseln, die die Fähigkeit des Konzerns zur Zahlung von Dividenden, zur Durchführung von Fremdfinanzierungsgeschäften oder zum Abschluss weiterer Leasingverträge einschränken.

Zum 31. Dezember 2025 (31. Dezember 2024) weist der Konzern Vermögenswerte aus Nutzungsrechten (Right-of-use assets) in Höhe von 3,7 Mrd. € (3,9 Mrd. €) aus, die im Sachanlagevermögen enthalten sind. Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich überwiegend um angemietete Immobilien in Höhe von 3,7 Mrd. € (3,9 Mrd. €) und um Fahrzeugleasing in Höhe von 19 Mio. € (19 Mio. €). Weitere Informationen zur Entwicklung der Vermögenswerte aus Nutzungsrechten befindet sich in Anhangangabe 21 „Sachanlagen".

Entsprechend dem Ansatz der Vermögenswerte aus Nutzungsrechten wies der Konzern zum 31. Dezember 2025 (31. Dezember 2024) in der Bilanz Leasingverbindlichkeiten mit einem Buchwert von 4,2 Mrd. € (4,5 Mrd. €) aus, die in den Sonstigen Passiva enthalten sind. Zum 31. Dezember 2025 enthielten die Leasingverbindlichkeiten den abgezinsten Wert zukünftiger Leasingzahlungen in Höhe von 424 Mio. € für die Konzernzentrale in Frankfurt am Main, die zum 1. Dezember 2011 veräußert und zurückgemietet wurde. Der Mietvertrag hat eine feste Laufzeit bis Ende 2036 und beinhaltet Verlängerungsoptionen für zwei weitere 5-Jahres-Perioden bis Ende 2046.

Für die Geschäftsjahre 2025 und 2024 wurden Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung der Leasingverbindlichkeiten in Höhe von 128 Mio. € und 127 Mio. € erfasst. Die vertraglichen Fälligkeiten für die undiskontierten zukünftigen Zahlungsströme aus diesen Verbindlichkeiten sind in Anhangangabe 31 „Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen" dargestellt.

Im Jahr 2025 (2024) erfasste Aufwendungen für kurzfristige Leasingverhältnisse und Leasingverhältnisse von geringwertigen Vermögenswerten, für die der Konzern beschlossen hat, die Ausnahmeregelung nach IFRS 16 anzuwenden (und somit keine Vermögenswerte aus Nutzungsrechten und entsprechende Leasingverbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen), beliefen sich auf 2 Mio. € (2 Mio. €) bzw. weniger als 1 Mio. € in beiden Perioden.

Die Erträge aus der Untervermietung von Nutzungsrechten beliefen sich im Jahr 2025 (2024) auf insgesamt 19 Mio. € (24 Mio. €).

Der gesamte Mittelabfluss aus Leasingverhältnissen belief sich im Jahr 2025 (2024) auf 622 Mio. € (678 Mio. €) und betraf im Wesentlichen Ausgaben für die Anmietung von Liegenschaften 613 Mio. € (669 Mio. €). Vom Gesamtbetrag der Ausgaben entfielen 496 Mio. € (552 Mio. €) auf Tilgungszahlungen, 125 Mio. € (126 Mio. €) auf den Zinsanteil.

Die gesamten zukünftigen Zahlungsmittelabflüsse, denen der Konzern als Leasingnehmer möglicherweise ausgesetzt ist und die nicht in der Bewertung der Leasingverbindlichkeiten enthalten sind, umfassen hauptsächlich Positionen aus Verlängerungsoptionen (2025: 4,7 Mrd. €). Ihre voraussichtlichen Fälligkeiten sind in der folgenden Tabelle aufgeführt.

Zukünftige Mittelabflüsse, denen der Konzern möglicherweise ausgesetzt ist und die nicht in der Bewertung der Leasingverbindlichkeiten enthalten sind

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Künftige Mindestleasingzahlungen:		
Bis 1 Jahr	8	30
1 bis 5 Jahre	379	470
Länger als 5 Jahre	4.322	4.230
Zukünftige Zahlungsmittelabflüsse, die nicht in der Bewertung der Leasingverbindlichkeiten enthalten sind	**4.709**	**4.731**

23 – Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte

Geschäfts- oder Firmenwert

Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts

Der Bilanzwert des Geschäfts- oder Firmenwerts sowie die Bruttobeträge und kumulierten Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts haben sich in den Geschäftsjahren 2025 und 2024 nach zahlungsmittelgenerierenden Einheiten (ZGE), wie unten dargestellt, entwickelt.

Die Geschäftstätigkeit des Konzerns gliedert sich nach der folgenden Segmentstruktur: der Unternehmensbank, der Investmentbank, der Privatkundenbank und dem Asset Management. Die Unternehmensbereiche gelten jeweils als eigene ZGEs.

Geschäfts- oder Firmenwert, zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet

in Mio. €	Unternehmensbank	Investment Bank	Privatkundenbank	Asset Management	Total
Bestand zum 1. Januar 2024	**0**	**0**	**0**	**2.849**	**2.849**
Zugänge	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	0	0	0
Wertminderungen[1]	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	0	0	114	114
Bestand zum 31. Dezember 2024	**0**	**0**	**0**	**2.963**	**2.963**
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	**643**	**4.418**	**3.737**	**3.477**	**12.275**
Kumulierte Wertminderungen	**-643**	**-4.418**	**-3.737**	**-515**	**-9.313**
Bestand zum 1. Januar 2025	**0**	**0**	**0**	**2.963**	**2.963**
Zugänge	0	0	0	0	0
Anpassungen des im Vorjahr erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerts zum Erwerbszeitpunkt	0	0	0	0	0
Umklassifizierungen	0	0	0	0	0
Umklassifizierung aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0
Abgänge, die nicht als zum Verkauf bestimmt klassifiziert werden	0	0	0	0	0
Wertminderungen[1]	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	0	0	-227	-227
Bestand zum 31. Dezember 2025	**0**	**0**	**0**	**2.735**	**2.735**
Bruttobetrag des Geschäfts- oder Firmenwerts	**590**	**3.967**	**3.717**	**3.208**	**11.482**
Kumulierte Wertminderungen	**-590**	**-3.967**	**-3.717**	**-473**	**-8.746**

[1] Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts werden als Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen

Die Veränderungen des Geschäfts- oder Firmenwertes in den Jahren 2025 und 2024 beinhalteten ausschließlich Wechselkursveränderungen des in Asset Management gehaltenen Geschäfts- oder Firmenwertes.

Nach der Übernahme der Numis Corporation Plc am 13. Oktober 2023 (siehe Anhangangabe 03) führte die Kaufpreisaufteilung für den Unternehmenserwerb zur Erfassung eines Geschäfts- oder Firmenwerts in Höhe von 235 Mio. €, der der ZGE Investment Bank zugeordnet wurde. Angesichts der Bewertung der ZGE Investment Bank, mit einer anhaltenden Unterschreitung ihres erzielbaren Betrags gegenüber ihrem Bilanzwert, wurde der Geschäfts- oder Firmenwert als wertgemindert betrachtet und im vierten Quartal 2023 in Höhe von 233 Mio. € vollständig abgeschrieben.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts

Ein bei einem Unternehmenszusammenschluss erworbener Geschäfts- oder Firmenwert wird für die Überprüfung der Werthaltigkeit der betreffenden ZGE zugewiesen. Der Definition in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen" folgend, sind die primären ZGEs des Konzerns wie oben dargestellt. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im vierten Quartal jedes Geschäftsjahres auf seine Werthaltigkeit hin überprüft, indem der erzielbare Betrag jeder ZGE, die Geschäfts- oder Firmenwerte ausweist, mit deren Bilanzwert verglichen wird. Darüber hinaus überprüft der Konzern den Geschäfts- oder Firmenwert auf Werthaltigkeit, falls ein testauslösendes Ereignis vorliegt. Der erzielbare Betrag einer ZGE entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Kosten der Veräußerung und dem Nutzungswert. Asset Management war die einzig verbleibende ZGE mit Geschäfts- oder Firmenwert, die zum Jahresende 2024 und 2025 auf Werthaltigkeit geprüft werden musste. Die in diesen Jahren durchgeführten Werthaltigkeitsprüfungen bezogen auf Asset Management führten zu keiner Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert, da die erzielbaren Beträge der Asset Management ZGE höher waren als ihre jeweiligen Bilanzwerte.

Eine Überprüfung der Konzernstrategie oder gewisse politische oder globale Risiken für die Bankenbranche könnten die Ergebnisprognosen des Konzerns negativ beeinflussen. Dazu zählen unter anderem Unsicherheiten bei der Umsetzung bereits beschlossener Regelungen und der Einführung gewisser Gesetzesvorhaben, die aktuell in der Diskussion sind. Dies könnte in der Zukunft zu einer Wertminderung des Geschäfts- oder Firmenwerts führen.

Bilanzwert

Der Bilanzwert einer primären ZGE wird unter Verwendung eines Kapitalzuordnungs-Modells hergeleitet, welches auf dem Rahmenwerk für die Verteilung des Eigenkapitals des Konzerns beruht (weitere Informationen dazu sind in Anhangangabe 04, "Segmentberichterstattung" enthalten). Das Kapitalzuordnungs-Modell verwendet das gesamte Eigenkapital des Konzerns zum jeweiligen Bewertungsstichtag, einschließlich zusätzlicher Eigenkapitalbestandteile (Zusätzliche Tier-1-Anleihen), welche unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind. Dieses gesamte Eigenkapital wird für Geschäfts- oder Firmenwerte angepasst, welche auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss zurückzuführen sind.

Erzielbarer Betrag

Der Konzern ermittelt die erzielbaren Beträge der primären ZGEs auf der Grundlage des höheren Wertes aus dem Nutzungswert und dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten (Level 3 in der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts). Dazu wird ein Bewertungsmodell auf Discounted-Cashflow (DCF) Basis verwendet. Dieses reflektiert die Besonderheiten des Bankgeschäftes und dessen aufsichtsrechtliches Umfeld. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, die nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden können. Die erzielbaren Beträge enthalten auch die beizulegenden Zeitwerte der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen, welche, konsistent mit der Zuordnungsmethodik für die Bilanzwerte, auf die primären ZGEs verteilt wurden.

Das DCF-Modell verwendet Ergebnisprognosen und entsprechende Kapitalisierungsannahmen auf der Grundlage von Finanzplänen für einen Fünfjahreszeitraum sowie längerfristige Erwartungen bezüglich der Auswirkungen von regulatorischen Entwicklungen. Diese werden auf ihren Barwert abgezinst. Die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse und Kapitalanforderungen erfordert neben einer Berücksichtigung der bisherigen und aktuellen Performance eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklungen der entsprechenden Märkte sowie des gesamtwirtschaftlichen und aufsichtsrechtlichen Umfelds. Die Ergebnisprognosen über den ursprünglichen Fünfjahreszeitraum hinaus werden, sofern erforderlich, auf ein nachhaltiges Ergebnisniveau angepasst. Danach wird von einem konstanten oder einem Übergang auf einen konstanten Anstieg ausgegangen. Grundlage hierfür ist eine langfristige Wachstumsrate für die ZGE Asset Management in Höhe von bis zu 3,0% (2024: bis zu 3,3%) die auf den Ertragsschätzungen der ZGE wie auch den Erwartungen für die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Inflationsrate basiert. Der Barwert dieser Ergebnisprognosen wird mithilfe einer ewigen Rente erfasst.

Wesentliche Annahmen und Sensitivitäten

Wesentliche Annahmen: Der DCF-Wert einer ZGE reagiert sensitiv auf die Schätzung der zukünftigen Ergebnisse, auf den Diskontierungszinssatz (Eigenkapitalkosten) sowie in geringerem Maße auf die langfristige Wachstumsrate. Die angewandten Diskontierungszinssätze wurden auf Basis des Capital Asset Pricing Model ermittelt, das einen risikolosen Zinssatz, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Marktrisiko (Betafaktor) beinhaltet. Die Werte für den risikolosen Zinssatz, die Marktrisikoprämie und die Betafaktoren stimmen mit externen Informationsquellen überein. ZGE-spezifische Betafaktoren basieren auf den Daten einer entsprechenden Gruppe von Vergleichsunternehmen. Schwankungen der vorgenannten Komponenten könnten sich auf die Diskontierungszinssätze auswirken. Für die ZGE Asset Management betrugen die für 2025 und 2024 geltenden Diskontierungszinssätze (nach Steuern) 9,9% bzw. 10,4%.

Das Management hat die den wesentlichen Annahmen zugrunde liegenden Werte in der nachfolgenden Tabelle anhand einer Kombination aus internen und externen Analysen bestimmt. Schätzungen zu Effizienzsteigerungen und dem Kostensenkungsprogramm beruhen auf den bislang erzielten Fortschritten sowie den geplanten Projekten und Initiativen.

Die wesentlichen Annahmen des Managements sind wie folgt:

Primäre zahlungsmittel-generierende Einheit mit Geschäfts- oder Firmenwert	Beschreibung der wesentlichen Annahmen	Unsicherheiten, die mit den wesentlichen Annahmen einhergehen, sowie mögliche Ereignisse und Umstände, die negative Auswirkungen haben könnten
Asset Management	– Gateway to Europe: Ziel, der vorrangige Ansprechpartner für Investoren zu werden, die Investitionschancen in Europa suchen. Dazu gehören die Beschleunigung von Infrastrukturinvestitionen zur Unterstützung der europäischen Transformation, der Ausbau des Angebots im Bereich Private-Credit durch Partnerschaften mit der Unternehmensbank und der Investment Bank sowie die Stärkung der lokalen Präsenz in strategisch relevanten Regionen. – Top 5 in Top 5: Ziel, zu einem der fünf führenden (ausländischen) Vermögensverwalter in den fünf wichtigsten Volkswirtschaften zu werden. Um dies zu erreichen, Konzentration auf führende Marktposition in Deutschland, Vertiefung der strategischen Partnerschaften in China und Beginn von Kooperationen mit lokalen Partnern in Indien, um den Markteintritt zu ermöglichen. – Future of Finance: Vorantreiben von Innovationen und der Disruption im Asset Management. Dies beinhaltet die Entwicklung von Dienstleistungen für digitale Vermögenswerte rund um Stablecoins und On-Chain-Produkte, den Aufbau eines API-gesteuerten Ökosystems für integrierte Investmentlösungen und den Einsatz von künstlicher Intelligenz zur Entwicklung fortschrittlicher Datenplattformen und Tools für Portfoliomanager. – Bullish Germany: Behauptung der Position als führender Vermögensverwalter in Deutschland mit Potenzial beim weiteren Ausbau von Marktchancen, insbesondere im Bereich der Altersvorsorge. – Globale Hausbank: Weiterer Ausbau der Wertschöpfungsketten innerhalb des Konzerns für die Bereiche Kreditvergabe, Strukturierung und Vertrieb.	– Negative Effekte aufgrund des weiterhin schwierigen Marktumfelds und der Volatilität auf unsere Anlagestrategien – Nachteilige Margenentwicklung und ungünstiges Wettbewerbsniveau in wichtigen Märkten und Produkten über das erwartete Maß hinaus – Geschäfts-/Ausführungsrisiken, beispielsweise Verfehlen der Zielwerte für Nettozuflüsse infolge der Unsicherheiten am Markt, Verlust von hoch qualifizierten Mitarbeitern im Kundengeschäft, schlechte Investmentperformance und niedrigere Effizienzsteigerungen als erwartet – Regulatorische Unsicherheiten und deren noch nicht vorhersehbaren potenziellen Auswirkungen

Sensitivitäten: Um die Belastbarkeit des Nutzungswertes zu testen, werden die für das DCF-Modell herangezogenen wesentlichen Annahmen, wie beispielsweise der Diskontierungszinssatz und die Ergebnisprognosen, einer Sensitivitätsprüfung unterzogen. Das Management ist der Ansicht, dass keine realistischen Änderungen der wesentlichen Annahmen zu einer Wertminderung führen könnten.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte

Veränderungen der sonstigen immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen für die Geschäftsjahre zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024

	Erworbene immaterielle Vermögenswerte							Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
	Nicht abzuschreibende			Abzuschreibende				Abzuschreibende	
in Mio. €	Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft	Sonstige	Nicht abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	Software und Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Software	
Anschaffungs-/Herstellungskosten:									
Bestand zum 1. Januar 2024	**1.046**	**440**	**1.486**	**1.456**	**70**	**854**	**2.380**	**11.288**	**15.154**
Zugänge	0	0	0	2	0	8	10	1.407	1.417
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	-49	-1	-1	-51	0	-51
Abgänge	0	0	0	0	0	31	31	121	152
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	23	23	-40	-35	-28	-103	-3	-83
Wechselkursveränderungen	71	0	71	42	0	2	44	171	286
Bestand zum 31. Dezember 2024	**1.117**	**463**	**1.580**	**1.411**	**35**	**803**	**2.249**	**12.742**	**16.571**
Zugänge	0	0	0	1	0	43	44	1.453	1.497
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	109	20	42	170	12	182
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	1	0	2	4	0	3
Wechselkursveränderungen	-133	0	-133	-75	0	-2	-77	-352	-562
Bestand zum 31. Dezember 2025	**984**	**463**	**1.447**	**1.230**	**15**	**805**	**2.049**	**13.831**	**17.328**

	Erworbene immaterielle Vermögenswerte							Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Sonstige immaterielle Vermögenswerte insgesamt
	Nicht abzuschreibende			Abzuschreibende				Abzuschreibende	
in Mio. €	Rechte aus Vermögensverwaltungsverträgen im Publikumsfondsgeschäft	Sonstige	Nicht abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	Vertragsbasierte immaterielle Vermögenswerte	Software und Sonstige	Abzuschreibende erworbene immaterielle Vermögenswerte insgesamt	Software	
Kumulierte Abschreibungen und Wertminderungen:									
Bestand zum 1. Januar 2024	**330**	**439**	**769**	**1.399**	**70**	**690**	**2.159**	**7.749**	**10.676**
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	5	0	36	41	1.130	1.171[1]
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	-49	-1	-1	-51	0	-51
Abgänge	0	0	0	0	0	31	31	121	152
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	29	29[2]
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	23	23	-40	-34	-29	-103	-1	-80
Wechselkursveränderungen	22	0	22	40	0	0	40	130	192
Bestand zum 31. Dezember 2024	**353**	**461**	**814**	**1.356**	**35**	**664**	**2.055**	**8.917**	**11.785**
Abschreibungen für das Geschäftsjahr	0	0	0	5	0	38	43	1.209	1.252[3]
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	0	0	109	20	42	170	10	180
Umklassifizierungen aus/in (–) zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wertminderungen	0	0	0	0	0	0	0	16	16[4]
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Umklassifizierung	0	0	0	0	0	2	2	0	2
Wechselkursveränderungen	-42	0	-42	-72	0	-2	-74	-257	-373
Bestand zum 31. Dezember 2025	**311**	**461**	**772**	**1.181**	**15**	**661**	**1.856**	**9.874**	**12.502**
Bilanzwert:									
Zum 31. Dezember 2024	**764**	**2**	**766**	**55**	**0**	**139**	**194**	**3.825**	**4.786**
Zum 31. Dezember 2025	**673**	**1**	**675**	**49**	**0**	**144**	**193**	**3.957**	**4.825**

[1] 1,2 Mrd. € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.
[2] 29 Mio. € betrafen Wertminderungen auf selbsterstellte Software, die im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst wurden.
[3] 1,3 Mrd. € wurden im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst.
[4] 16 Mio. € betrafen Wertminderungen auf selbsterstellte Software, die im Sachaufwand und sonstigen Aufwand erfasst wurden.

Abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Im Geschäftsjahr 2025 stiegen die abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerte per Saldo um 130 Mio. €. Dies war zum einen auf Abschreibungen in Höhe von 1,3 Mrd. €, die insbesondere auf die planmäßige Nutzung von aktivierter Software (1,2 Mrd. €) sowie auf Wertminderungen aktueller Plattformsoftware und in Entwicklung befindlicher Software (16 Mio. €) zurückzuführen. Demgegenüber standen Zugänge zu selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 1,5 Mrd. €, die sich aus der Aktivierung von Aufwendungen ergaben, die im Zusammenhang mit der Entwicklung selbsterstellter Software durch den Konzern anfallen und die den negativen Effekt aus planmäßigen Abschreibungen und Wertminderungen auf den Buchwert überkompensierten. Ein gegenüber den Hauptwährungen stärkerer Euro-Wechselkurs führte zu negativen Wechselkursveränderungen von per Saldo -99 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2024 stiegen die abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerte per Saldo um 261 Mio. €. Dies war zum einen auf Abschreibungen in Höhe von 1,2 Mrd. €, die insbesondere auf die planmäßige Nutzung von aktivierter Software (1,2 Mrd. €) sowie auf Wertminderungen aktueller Plattformsoftware und in Entwicklung befindlicher Software (29 Mio. €) zurückzuführen. Demgegenüber standen Zugänge zu selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 1,4 Mrd. €, die sich aus der Aktivierung von Aufwendungen ergaben, die im Zusammenhang mit der Entwicklung selbsterstellter Software durch den Konzern anfallen und die den negativen Effekt aus planmäßigen Abschreibungen und Wertminderungen auf den Buchwert überkompensierten. Ein gegenüber den Hauptwährungen schwächerer Euro-Wechselkurs führte zu positiven Wechselkursveränderungen von per Saldo 47 Mio. €.

Im Geschäftsjahr 2023 stiegen die abzuschreibenden sonstigen immateriellen Vermögenswerte per Saldo um 330 Mio. €. Dies ist zum einen auf Abschreibungen in Höhe von 1,1 Mrd. € zurückzuführen, die insbesondere auf die planmäßige Nutzung von aktivierter Software (1,1 Mrd. €) sowie auf Wertminderungen aktueller Plattformsoftware und in Entwicklung befindlicher Software (24 Mio. €) zurückzuführen. Demgegenüber standen Zugänge zu selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten in Höhe von 1,3 Mrd. €, die sich aus der Aktivierung von Aufwendungen ergaben, die im Zusammenhang mit der Entwicklung selbsterstellter Software durch den Konzern anfallen. Ein gegenüber den Hauptwährungen stärkerer Euro-Wechselkurs führte zu negativen Wechselkursveränderungen von per Saldo -19 Mio. €.

Sonstige immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden in der Regel linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben.

Nutzungsdauern der sonstigen abzuschreibenden immateriellen Vermögenswerte nach Anlageklassen

	Nutzungsdauer in Jahren
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte:	
Software	bis zu 10
Erworbene immaterielle Vermögenswerte:	
Kundenbezogene immaterielle Vermögenswerte	bis zu 15
Sonstige	bis zu 20

Nicht abzuschreibende immaterielle Vermögenswerte

Innerhalb dieser Anlageklasse erfasst der Konzern bestimmte vertragsbasierte und marketingbezogene immaterielle Vermögenswerte, bei denen von einer unbegrenzten Nutzungsdauer ausgegangen werden kann.

Im Einzelnen umfasst diese Anlageklasse die unten angegebenen Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft und bestimmte Markennamen. Aufgrund der Besonderheiten dieser immateriellen Vermögenswerte sind Marktpreise in der Regel nicht verfügbar. Daher bewertet der Konzern solche Vermögenswerte anhand des Ertragswertverfahrens auf Grundlage einer DCF-Methode nach Steuern.

Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft: Dieser Vermögenswert mit einem Bilanzwert von 673 Mio. € bezieht sich auf das Publikumsfondsgeschäft des Konzerns in den USA und ist der ZGE Asset Management zugewiesen. Er umfasst Vermögensverwaltungsverträge im Publikumsfondsgeschäft, die Asset Management das ausschließliche Recht einräumen, eine Vielzahl von Investmentfonds für einen bestimmten Zeitraum zu verwalten. Da eine Verlängerung dieser Verträge einfach ist, die dafür anfallenden Kosten minimal sind und die Verträge bereits häufig verlängert wurden, rechnet der Konzern in absehbarer Zukunft nicht mit einer Begrenzung der Vertragsdauer. Deshalb dürften die Rechte für die Verwaltung der zugrunde liegenden Vermögenswerte für einen unbegrenzten Zeitraum Zahlungsströme generieren. Der immaterielle Vermögenswert wurde im Geschäftsjahr 2002, zum Zeitpunkt der Akquisition von Zurich Scudder Investments, Inc., von unabhängiger Seite zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Der erzielbare Betrag des Vermögenswertes wurde als beizulegender Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unter Verwendung der Residualwertmethode über einen Planungszeitraum von 5 Jahren ermittelt. Das Bewertungsverfahren entspricht dem Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts. Der erzielbare Betrag ist im Vergleich zum Buchwert im Wesentlichen unverändert geblieben. Die der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts abzüglich der Kosten der Veräußerung zugrunde gelegten wesentlichen Annahmen umfassen den Asset-Mix, die Prognose des Nettomittelaufkommens, die effektive Gebührenrate sowie den Diskontierungssatz und die langfristige Wachstumsrate. Der für die Bewertung verwendete Diskontierungssatz (Eigenkapitalkosten) betrug 9,8% für 2025 (10,2% für 2024). Die langfristige Wachstumsrate für das Jahr 2025 lag bei 3,7%, unverändert zum Vorjahreswert von 3,7%. Jede nachteilige Veränderung der wesentlichen Annahmen könnte zu einem Anhaltspunkt für eine Wertminderung des Buchwerts führen.

Jeweils zum 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024 ergab die Überprüfung der Werthaltigkeit keine Wertminderung oder Umkehr einer Wertminderung.

24 – Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Innerhalb der Bilanz sind die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen in den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva enthalten.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Sachanlagen	2	0
Sonstige Aktiva	33	51
Summe der zum Verkauf bestimmten Aktiva	**35**	**51**
Summe der zum Verkauf bestimmten Verbindlichkeiten	**0**	**0**

Zum 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024 wurden keine unrealisierten Gewinne/Verluste im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

Innerhalb der Investmentbank wurde ein Portfolio von Immobilienvermögenswerten, das durch Zwangsvollstreckung erworben wurde, als zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte klassifiziert. Die Zusammensetzung des Portfoliobestands ist dynamisch und wird zum niedrigeren Betrag aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet und soll innerhalb eines Jahres nach der Umklassifizierung veräußert werden.

25 – Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	46.634	42.179
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	6	5
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.116	979
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	56.668	17.527
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	105.424	60.690
Schuldverschreibungen mit Halteabsicht	40.262	21.627
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	4.542	4.575
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	55	51
Forderungen aus Versicherungsgeschäften	111	133
Sonstige	17.098	14.152
Sonstige Aktiva insgesamt	**167.472**	**101.207**

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	52.369	49.133
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	25	13
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	2.261	1.207
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	52.601	13.401
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	107.256	63.755
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	4.910	5.113
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	0	0
Leasingverbindlichkeiten	4.193	4.488
Verbindlichkeiten aus Versicherungsgeschäften	97	121
Sonstige	21.256	22.153
Sonstige Passiva insgesamt	**137.713**	**95.631**

Für weitere Einzelheiten bezüglich der zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten wird auf Anhangangabe 24 „Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen" verwiesen.

26 – Einlagen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Unverzinsliche Sichteinlagen	171.541	176.510
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	251.564	197.306
Termineinlagen	201.626	203.756
Spareinlagen	87.097	88.689
Verzinsliche Einlagen insgesamt	520.287	489.751
Summe der Einlagen	**691.828**	**666.261**

27 – Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio. €	Operationelle Risiken	Zivil-prozesse	Prozesse mit Regulierungs-behörden	Restruktu-rierung	Sonstige	Insgesamt[1]
Bestand zum 1. Januar 2024	**40**	**1.124**	**129**	**355**	**421**	**2.047**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	6	2.201	84	149	312	2.751
Verwendungen von Rückstellungen	2	954	8	55	67	1.086
Auflösungen von Rückstellungen	4	509	41	153	66	773
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Auflösung des Abzinsungsbetrages	0	3	2	0	1	5
Transfers	0	30	0	0	-16	13
Bestand zum 31. Dezember 2024	**40**	**1.895**	**166**	**275**	**584**	**2.958**
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0	0
Zuführungen zu Rückstellungen	37	295	84	36	196	646
Verwendungen von Rückstellungen	8	822	74	106	231	1.241
Auflösungen von Rückstellungen	1	181	17	53	95	346
Effekte aus Wechselkursveränderungen/ Auflösung des Abzinsungsbetrages	0	-4	-7	0	-12	-24
Transfers	0	11	0	0	0	11
Bestand zum 31. Dezember 2025	**66**	**1.192**	**152**	**151**	**442**	**2.004**

[1] Für die übrigen in der Konzernbilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe 19 „Wertminderungen für Kreditausfälle" verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verlustrisiken aus Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen. Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Zivilverfahren resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder anderen Parteien in Zivilverfahren geführt haben oder führen könnten.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung rechtlicher oder gesetzlicher Pflichten, welche dazu geführt haben oder führen könnten, dass eine Festsetzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen oder sonstiger Vollzugsbehörden vorgenommen wird.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit beabsichtigt der Konzern in den kommenden Jahren, Kosten, Redundanzen und Komplexität zu verringern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe 10 „Restrukturierung".

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, Rückstellungen für Bankenabgaben sowie der Rückkauf von Hypothekenkrediten.

Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern bildet nur dann Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. In den Fällen, in denen eine solche Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann, wird keine Rückstellung gebildet, und die Verpflichtung gilt als Eventualverbindlichkeit. Eventualverbindlichkeiten umfassen ebenfalls eventuelle Verpflichtungen, bei denen die Möglichkeit eines Mittelabflusses nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist. In den Fällen, in denen eine Rückstellung im Hinblick auf eine spezifische Forderung gebildet wurde, wird keine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Bei Rechtsverfahren, die auf mehr als einer Forderung beruhen, können jedoch für einige Forderungen Rückstellungen gebildet und für andere Forderungen wiederum Eventualverbindlichkeiten (beziehungsweise weder eine Rückstellung noch eine Eventualverbindlichkeit) ausgewiesen werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden die Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichts-, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichts-rechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich oder zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, und um den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in ähnlichen Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten.

Die in der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024 ausgewiesenen Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren sind in der obigen Tabelle aufgeführt. Für bestimmte Fälle, bei denen der Konzern einen Mittelabfluss für wahrscheinlich hält, wurden keine Rückstellungen ausgewiesen, da der Konzern die Höhe des potenziellen Mittelabflusses nicht zuverlässig einschätzen konnte.

Für die Verfahren, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 31. Dezember 2025 die Eventualverbindlichkeiten für zukünftige Verluste oder Mittelabflüsse, deren Eintritt nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist, bei Zivilverfahren auf rund 921 Mio. € (31. Dezember 2024: 0,6 Mrd. €) und bei aufsichtsbehördlichen Verfahren auf 6 Mio. € (31. Dezember 2024: 0,1 Mrd. €) belaufen. In diesen Beträgen sind auch die Verfahren berücksichtigt, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Drittparteien übernommen wird. Bewegen sich die bestmöglichen Einschätzungen des Konzerns innerhalb einer Spanne, ist der Betrag am oberen Ende der Spanne in den Eventual-verbindlichkeiten enthalten.

Bei anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren, bei denen der Konzern annimmt, dass ein Mittelabfluss zwar nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist, dessen Höhe jedoch nicht zuverlässig einzuschätzen ist, sind diese Fälle in der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten nicht berücksichtigt. Geht der Konzern ferner davon aus, dass die Möglichkeit eines Mittelabflusses fernliegend ist, bildet er weder eine Rückstellung noch berücksichtigt er diese Fälle bei der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekannten Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss. Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen können erheblich niedriger als der anfänglich von den Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern geforderte Betrag sein beziehungsweise unterhalb des potenziellen maximalen Verlusts im Falle eines für den Konzern nachteiligen finalen Gerichtsentscheids liegen, und tun dies in vielen Fällen auch. In einigen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, braucht die jeweilige Gegenpartei den von ihr eingeklagten Betrag nicht anzugeben beziehungsweise unterliegt der Forderungsbetrag, auch wenn er anzugeben ist, unter Umständen nicht den allgemeinen Anforderungen an das Vorbringen des behaupteten Sachverhalts oder der Rechtsansprüche.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass ein zukünftiger Verlust nicht bloß unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, negative aufsichtsrechtliche Folgen oder negative Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass begründete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Nachstehend werden Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren oder solche Fallgruppen dargestellt, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat oder bei denen wesentliche Eventualverbindlichkeiten bestehen oder wesentliche Geschäfts- oder Reputationsrisiken entstehen können, sowie sonstige wesentliche Fälle. Vergleichbare Fälle sind in Gruppen zusammengefasst, und einige Fälle beinhalten verschiedene Verfahren oder Forderungen. Weiterhin können die offengelegten Verfahren auch Fälle beinhalten, bei denen ein Verlust höher als unwahrscheinlich ist, für die jedoch der mögliche Verlust nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Anordnung im Vergleichsweg („Consent Order") und schriftliche Vereinbarung mit der Federal Reserve. Am 19. Juli 2023 haben die Deutsche Bank, die Deutsche Bank AG New York Branch, die DB USA Corporation, die Deutsche Bank Trust Company Americas und die DWS USA Corporation eine Anordnung im Vergleichsweg („Consent Order") der Federal Reserve akzeptiert und eine schriftliche Vereinbarung mit der Federal Reserve geschlossen, im Rahmen derer zuvor bekannt gemachte regulatorische Diskussionen über die Einhaltung früherer Consent Orders und Vergleiche im Zusammenhang mit Sanktionen und Embargos sowie der Einhaltung von AML-Vorschriften und zu Abhilfemaßnahmen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit Fragen des Risikomanagements beigelegt werden. Die Consent Order bezieht sich auf die unzureichende und verzögerte Umsetzung von Verpflichtungen betreffend Sanktionen und Embargos in der Zeit nach dem Vergleich sowie Verpflichtungen zur Verbesserung der AML-Kontrollen, die die Bank im Zusammenhang mit früheren Consent Orders der Federal Reserve aus den Jahren 2015 und 2017 abgegeben hatte. In der schriftlichen Vereinbarung werden verschiedene Mängel in den Bereichen Governance, Risikomanagement und interne Kontrollen in den U.S.-Geschäftsbereichen der Bank adressiert und festgestellt, dass die Bank weitere Verbesserungen vornehmen muss. Die Consent Order verpflichtete die Deutsche Bank zur Zahlung einer zivilrechtlichen Geldbuße in Höhe von 186 Mio. U.S.-$, einschließlich 140 Mio. U.S.-$ für die mutmaßlichen Verstöße aus Verpflichtungen in Bezug auf Sanktionen und Embargos in der Zeit nach dem Vergleich und die Verbesserung der AML-Kontrollen. Darüber hinaus beinhaltet die Consent Order eine gesonderte Geldbuße in Höhe von 46 Mio. U.S.-$ für unsichere oder unsolide Praktiken im Hinblick auf den Umgang der Bank mit ihrer historischen Korrespondenzbankbeziehung mit der Danske Bank Estonia, die im Oktober 2015 beendet wurde. Die schriftliche Vereinbarung enthält keine zivilrechtliche Geldbuße. Sowohl die Consent Order als auch die schriftliche Vereinbarung beinhalten bestimmte Abhilfe- und Berichtsverpflichtungen in der Zeit nach dem Vergleich.

Cum-ex-bezogene Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten. Die Deutsche Bank hat Anfragen von Strafverfolgungsbehörden erhalten, unter anderem Auskunftsersuchen und Dokumentenanfragen, die sich auf Cum-ex-Geschäfte von Kunden beziehen. „Cum-ex" bezeichnet Handelsaktivitäten in deutschen Aktien um den Dividendenstichtag (Abschlusstag vor und Abwicklungstag nach dem Dividendenstichtag) mit dem Ziel, in Deutschland Gutschriften oder Erstattungen für Kapitalertragsteuer auf Dividendenzahlungen zu erlangen, unter anderem Transaktionsstrukturen, die dazu führten, dass solche Gutschriften oder Erstattungen von mehr als einem Marktteilnehmer für dieselbe Dividendenzahlung geltend gemacht wurden. Cum-ex-Geschäfte werden von den deutschen Gerichten als kriminelle Art der Steuerhinterziehung gewertet. Die Deutsche Bank kooperiert hinsichtlich dieser Angelegenheiten mit den Strafverfolgungsbehörden.

Die Staatsanwaltschaft Köln hat im August 2017 strafrechtliche Ermittlungen gegen zwei frühere Mitarbeiter der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Cum-ex-Geschäften bestimmter ehemaliger Kunden der Bank eingeleitet. Im Oktober 2022 führte die Staatsanwaltschaft Köln eine Durchsuchung in den Geschäftsräumen der Deutschen Bank in Frankfurt und Eschborn durch. Dem Durchsuchungsbeschluss zufolge erweiterte die Staatsanwaltschaft Köln den Umfang der Untersuchung und dehnte sie auf aktuelle und ehemalige Mitarbeiter der Deutschen Bank sowie sieben ehemalige Vorstandsmitglieder aus. Die Ermittlungen dauern an und der Umfang der Untersuchung könnte noch erweitert werden. Die Deutsche Bank ist in diesem Verfahren ein potenzieller Nebenbeteiligter nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG). Dieses Verfahren könnte zu einer Gewinnabschöpfung und zu Geldbußen führen. Die Deutsche Bank kooperiert mit der Staatsanwaltschaft Köln.

Im Mai 2021 erfuhr die Deutsche Bank im Rahmen eines Auskunftsersuchens, das der Deutsche Oppenheim Family Office AG (DOAG) als Rechtsnachfolgerin der Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA (Sal. Oppenheim) zugestellt wurde, dass die Staatsanwaltschaft Köln im Jahr 2021 im Zusammenhang mit Cum-ex-Geschäften ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen unbekannte frühere Mitarbeiter von Sal. Oppenheim eingeleitet habe. Die DOAG stellte die angeforderten Auskünfte bereit.

Im Juli 2023 wurde die Deutsche Bank als Rechtsnachfolgerin der Deutsche Postbank AG von der Staatsanwaltschaft Köln darüber informiert, dass diese ein weiteres getrenntes strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen nicht namentlich genannte Mitarbeiter der ehemaligen Deutsche Postbank AG eingeleitet hat.

Die Deutsche Bank agierte als Teilnehmer und reichte über das elektronische Datenträgerverfahren Kapitalertragsteuerrückerstattungsansprüche im Namen von unter anderem zwei ehemaligen Kunden im Verwahrgeschäft im Zusammenhang mit deren Cum-ex-Geschäften ein. Im Februar 2018 machte das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) gegen die Deutsche Bank eine Steuerforderung über rund 49 Mio. € aufgrund von Erstattungen an einen früheren Kunden im Verwahrgeschäft geltend. Die Deutsche Bank geht davon aus, dass ihr eine förmliche Zahlungsaufforderung über einen Betrag in derselben Höhe zugehen wird. Im Dezember 2019 erhielt die Deutsche Bank einen Haftungsbescheid des BZSt mit der Aufforderung zur Zahlung von 2 Mio. € im Zusammenhang mit Steuererstattungsansprüchen, die die Deutsche Bank im Namen eines weiteren ehemaligen Kunden im Verwahrgeschäft eingereicht hatte. Die Bank leistete diese Zahlung Anfang 2020. Im Juli 2022 reichte die Deutsche Bank Klage gegen diese Zahlung beim Finanzgericht Köln ein.

Im Jahr 2018 setzte The Bank of New York Mellon SA/NV (BNY) die Deutsche Bank von ihrer Absicht in Kenntnis, die Deutsche Bank wegen möglicherweise entstandener Cum-ex-bezogener Steuerverbindlichkeiten bei der BHF Asset Servicing GmbH (BAS) und/oder der Frankfurter Service Kapitalanlage-GmbH („Service KAG", mittlerweile firmierend als BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH) auf Schadensersatz in Anspruch zu nehmen. Die Deutsche Bank hatte BAS und die Service KAG im Jahr 2010 im Zuge des Erwerbs der Sal. Oppenheim erworben und zu einem späteren Zeitpunkt im selben Jahr an BNY verkauft. BNY schätzte die Höhe der latenten Steuerschuld auf bis zu 120 Mio. € (ohne Zinsen in Höhe von 6% p.a.). Gegen Ende des Jahres 2020 informierte der Rechtsanwalt von BNY die Deutsche Bank darüber, dass (unter anderem) BNY und/oder die Service KAG Bescheide von Steuerbehörden in der geschätzten Höhe in Bezug auf Cum-ex-bezogene Geschäfte bestimmter Investmentfonds in den Jahren 2009 und 2010 erhalten haben. BNY hat gegen die Bescheide Einspruch eingelegt. Nach dem Zugang von Zahlungsaufforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 118 Mio. € im Zusammenhang mit den Investmentfonds und nach Konsultation mit der Deutschen Bank zahlte BNY die Summe von 47 Mio. € an die Finanzbehörden. Weitere 72 Mio. € wurden von anderen vorgeblich haftbaren Parteien gezahlt (darunter die Deutsche Bank im Zusammenhang mit einem der vorgenannten Investmentfonds). Ende Dezember 2025 einigten sich BNY und die Deutsche Bank auf einen Vergleich im Hinblick auf den oben beschriebenen Erstattungsanspruch. Darüber hinaus erhielt BNY vom Finanzamt Frankfurt für einen der Investmentfonds eine Mitteilung und Zahlungsaufforderung in Bezug auf Hinterziehungszinsen in Höhe von 12 Mio. €. BNY beantragte nach Konsultation mit der Deutschen Bank eine Aussetzung der Vollziehung in Bezug auf diese Zahlungsaufforderung. Diesem Antrag gab das Hessische Finanzgericht im Oktober 2024 statt.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Im Dezember 2023 und April 2024 erhielt die Deutsche Bank Anhörungsschreiben des BZSt in Bezug auf drei Investmentfonds Dritter, die sich in 2009 an Cum-ex-Geschäften beteiligt hatten. Die Deutsche Bank hatte Anlegern in diesen Fonds Dienstleistungen und eine Finanzierung bereitgestellt. Die Fonds hatten 2009 im Zusammenhang mit den Cum-ex-Geschäften Kapitalertragsteuererstattungen in Höhe von insgesamt 147 Mio. € erhalten. Im Juni und Juli 2024 erhielt die Deutsche Bank zwei Haftungsbescheide des BZSt in Höhe von insgesamt 85 Mio. € in Bezug auf zwei der Fonds. Die Deutsche Bank legte gegen die Bescheide Einsprüche ein und beantragte eine Aussetzung der Vollziehung. Dem Antrag auf Aussetzung der Vollziehung wurde im Juli 2024 stattgegeben. Im August/September 2025 zahlte die Deutsche Bank im Zusammenhang mit den zwei Haftungsbescheiden die Summe von 29 Mio. € an das BZSt und nahm die Einsprüche zurück. Die Restsumme wurde von anderen Dienstleistern des Investmentfonds gezahlt.

Interbanken- und Händlerzinssätze. Aufsichtsbehördliche Verfahren und Strafverfahren. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Auskunftsersuchen in Form von Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt und/oder Händlermarkt. Die Deutsche Bank hat mit diesen Behörden kooperiert und Vergleichsvereinbarungen mit ihnen geschlossen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für die übrigen Untersuchungen eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei in einem zivilrechtlichen U.S.-Verfahren betreffend die behauptete Manipulation hinsichtlich der Festsetzung des U.S.-Dollar-LIBOR-Zinssatzes, das in den folgenden Absätzen beschrieben wird. Hinzu kommt ein in Argentinien anhängiges Verfahren. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Die Zivilklagen in den USA wurden gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Beklagte eingereicht. Diese Klagen wurden von Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des U.S.-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Schadensersatzansprüche für die U.S.-Zivilklage wurden unter Berufung auf verschiedene Rechtsgrundlagen geltend gemacht, darunter Verstöße gegen das Bundes- und einzelstaatliche Kartellrecht sowie andere Gesetze.

Die verbleibende U.S.-Zivilklage in Bezug auf den U.S.-Dollar-LIBOR wird im Rahmen eines Multidistrict Litigation (der „U.S.-Dollar-LIBOR MDL") vor dem U.S.-Bezirksgericht für den südlichen Bezirk von New York (SDNY) koordiniert. Nachdem das Gericht zwischen März 2013 und März 2019 in mehreren Entscheidungen bezogen auf die U.S.-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation die Anträge der Kläger eingeschränkt hat, erheben diese zurzeit Ansprüche aus Kartellrecht, bestimmte Ansprüche nach einzelstaatlichem Recht wegen Betrugs, vertragliche Ansprüche, Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung und deliktsrechtliche Ansprüche. Ferner hat das Gericht entschieden, die Ansprüche bestimmter Kläger wegen fehlender Zuständigkeit und Verjährung abzuweisen.

Im Jahr 2016 hat der District Court entschieden, bestimmte kartellrechtliche Ansprüche abzuweisen, ließ jedoch andere Ansprüche zu. Mehrere Kläger reichten gegen diese Entscheidung Berufung ein. Im Dezember 2021 bestätigte der Second Circuit die Entscheidung des District Court aufgrund kartellrechtlicher Klagebefugnis, hob jedoch die Entscheidung des Gerichts wegen fehlender persönlicher Zuständigkeit auf und verwies den Fall an den District Court zwecks Weiterführung des Verfahrens. Im März 2022 reichten Beklagte (einschließlich der Deutschen Bank) einen Antrag auf Zulassung der Revision beim U.S. Supreme Court zwecks Überprüfung des Beschlusses des Court of Appeals ein. Der U.S. Supreme Court wies den Antrag der Beklagten im Juni 2022 zurück.

Im Oktober 2024 reichten die Beklagten, darunter auch die Deutsche Bank, einen Antrag auf ein beschleunigtes Verfahren in der U.S.-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation (MDL) ein. Im September 2025 gab der District Court dem Antrag der Beklagten auf ein beschleunigtes Verfahren statt und wies alle übrigen Ansprüche der Kläger ab. Die Kläger haben im Oktober 2025 Rechtsmittel eingelegt.

Im August 2020 reichten die Kläger beim U.S. District Court for the Northern District of California eine Klage gegen mehrere Finanzinstitute ein, die keine Sammelklage ist und in der behauptet wird, dass der U.S.-Dollar-LIBOR bis heute gedrückt wurde. Im Oktober 2023 gab das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der erweiterten Klage der Kläger statt. Die Kläger haben Rechtsmittel eingelegt. Im Dezember 2024 bestätigte der United States Court of Appeals for the Ninth Circuit die Entscheidung des District Court und wies die Klage ab. Im Januar 2025 lehnte der United States Court of Appeals for the Ninth Circuit den Antrag der Kläger auf erneute Verhandlung ab, und im April reichten die Kläger einen Antrag auf Zulassung der Revision vor dem U.S. Supreme Court ein, den das Gericht Ende Juni 2025 abwies.

Es gab in Großbritannien und in den USA anhängige zivilrechtliche Klagen zum U.S.-Dollar-LIBOR, die von der U.S.-amerikanischen Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC), die als Zwangsverwalter („receiver") für bis zu 20 insolvente Finanzinstitute mit Sitz in den USA handelt, eingereicht wurden. Mit diesen Klagen wird ein Schadensersatzanspruch auf der Grundlage von EU-, britischem und U.S.-Staatenrecht geltend gemacht. Im April 2025 schloss die Deutsche Bank in den von der FDIC in Großbritannien und in den USA angestrengten Zivilverfahren einen Vergleich in Höhe von 20 Mio. U.S.-$.

Eine weitere Sammelklage, die sich auf den LIBOR bezieht und mit der Schadensersatz für Verluste begehrt wird, den laut Klagevortrags Inhaber argentinischer Anleihen erlitten haben, die ihre Zinssätze auf Grundlage des LIBOR berechnet hatten, wurde in Argentinien eingereicht. Im August 2024 akzeptierte das Gericht die Rücknahme der von dem Kläger geltend gemachten Ansprüche gegen die Deutsche Bank und bestimmte andere Beklagte, die Klage gegen einen einzelnen Beklagten ist jedoch weiter anhängig.

Verfahren in Bezug auf Jeffrey Epstein. Seit Jeffrey Epsteins Verhaftung im Juli 2019 hat die Deutsche Bank verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationen zur Verfügung gestellt und kooperiert weiterhin mit dem U.S.-Kongress bezüglich der ehemaligen Kundenbeziehung der Bank zu Epstein (einzeln und über verbundene Parteien und Entitäten). Die Bank hat zuvor Vergleiche geschlossen, um bestimmte regulatorische und Rechtsstreitigkeiten zu lösen. Es sind derzeit keine Epstein-Opfer-bezogenen Rechtsstreitigkeiten gegen die Bank anhängig. Das U.S.-Justizministerium hat kürzlich Informationen, die es zuvor von der Bank und anderen Quellen erhalten hatte, gemäß dem Epstein-Akten-Transparenzgesetz öffentlich freigegeben.

Monte dei Paschi. Sechs ehemalige Mitarbeiter machten im Zusammenhang mit einem infolge eines gegen sie in Italien angestrengten Strafverfahrens angeblich erlittenen Schaden zivilrechtliche Schadensersatzansprüche geltend. Die sechs ehemaligen Mitarbeiter waren im November 2019 von dem Mailänder Gericht erster Instanz wegen Beihilfe zur Bilanzfälschung in Tateinheit mit Marktmanipulation im Zusammenhang mit Repogeschäften verurteilt worden, die die Deutsche Bank im Jahr 2008 mit der Banca Monte dei Paschi di Siena (MPS) und einer Tochtergesellschaft der MPS abgeschlossen hatte. Die Mitarbeiter wurden zu Haftstrafen von drei Jahren und sechs Monaten beziehungsweise vier Jahren und acht Monaten verurteilt. Die Deutsche Bank wurde gemäß dem italienischen Gesetzesdekret 231/2001 für haftbar befunden, und das Gericht ordnete die Beschlagnahmung angeblicher Gewinne in Höhe von 64,9 Mio. € und eine Geldstrafe in Höhe von 3 Mio. € an. Nachdem die Deutsche Bank und die sechs Mitarbeiter in 2022 Berufung eingelegt hatten, sprach das Berufungsgericht Mailand alle Deutsche Bank-Beklagten von sämtlichen Vorwürfen frei. Diese Freisprüche wurden im Oktober 2023 vom Obersten Gerichtshof in Italien bestätigt.

Ein ehemaliger Mitarbeiter erhob im zweiten Quartal 2024 eine Klage gegen die Deutsche Bank vor deutschen Gerichten und verlangt dabei Schadensersatz in Höhe von etwa 152 Mio. €, wegen angeblicher Schäden, die seiner Karriere durch das italienische Strafverfahren und das erstinstanzliche Urteil entstanden seien. Vier weitere ehemalige Mitarbeiter reichten am 30. September 2025 Klagen vor englischen Gerichten ein. Die Klagen wurden im Januar 2026 an Gesellschaften der Deutschen Bank im Vereinigten Königreich zugestellt, jedoch bis heute nicht an zwei in Jersey ansässige Deutsche-Bank-Gesellschaften. Die vier ehemaligen Mitarbeiter verlangen Schadensersatz von über 600 Mio. £ auf derselben Grundlage wie die Klage des ersten Mitarbeiters, nämlich wegen angeblicher Schäden, die ihren Karrieren durch das italienische Strafverfahren und das erstinstanzliche Urteil entstanden seien. Die Deutsche Bank hält alle derartigen Klagen für unbegründet und wird sich entschieden gegen sie verteidigen, einschließlich der Anfechtung der überhöhten und unrealistischen behaupteten Verluste.

Ein weiterer Mitarbeiter hatte am 30. September 2025 vor den englischen Gerichten eine Klage auf derselben Grundlage wie die anderen fünf Kläger sowie auf der Grundlage weiterer spezifischer Ansprüche eingereicht. Die Parteien haben jedoch inzwischen alle Ansprüche und Vorwürfe, die der Mitarbeiter zuvor gegen die Deutsche Bank und deren Mitarbeiter erhoben hatte, einvernehmlich und vertraulich beigelegt.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Hypothekenkredite und Asset Backed Securities. Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen, einschließlich als Emittent und Platzeur von grundpfandrechtlich besicherten Wertpapieren (residential-mortgage backed securities (RMBS)) und anderen Asset Backed Securities, benannt. In diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren wird behauptet, dass die Angebotsprospekte in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien. Der Konzern hat Rückstellungen für einige, jedoch nicht alle dieser zivilrechtlichen Fälle gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung die Beilegung dieser Verfahren erheblich beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer Klage in Bezug auf Ausreichungen von RMBS, die von der FDIC als Zwangsverwalter („receiver") für die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank erhoben wurde (mit Schadensersatzforderungen in nicht näher konkretisierter Höhe gegen alle Beklagten). In dieser Klage ließ das Berufungsgericht Ansprüche erneut zu, die zuvor wegen Verjährung abgewiesen worden waren, und der Antrag auf erneute Anhörung sowie der Revisionsantrag („petition for certiorari") wurden vor dem United States Supreme Court abgewiesen. Im Mai 2022 reichte die FDIC eine freiwillige Klagerücknahme in Bezug auf eine der Ausreichungen von RMBS ein, und die Deutsche Bank reichte einen Antrag auf ein beschleunigtes Verfahren zur Abweisung der verbleibenden Klage ein. Am 9. Februar 2026 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf ein beschleunigtes Verfahren statt und wies den verbleibenden Anspruch vollständig ab. Eine Berufung der FDIC ist bis zum 13. April 2026 einzulegen.

Die Deutsche Bank hat Verfahren im Zusammenhang mit zwei RMBS-Trusts (Treuhandvermögen) beigelegt, die zunächst von RMBS-Anlegern und anschließend von HSBC als Treuhänder im Einzelstaat New York angestrengt worden waren. Darin werden Verstöße gegen die vermeintliche Pflicht der Deutschen Bank zur Unterrichtung des Treuhänders über Verstöße bei Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen der ACE Securities Corp. 2006-FM1-Platzierung beziehungsweise ACE Securities Corp. 2007-ASAP1 RMBS-Platzierung behauptet. Die Vergleichsvereinbarungen sind abgeschlossen, und die Verfahren wurden im Dezember 2025 freiwillig rechtskräftig beigelegt.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegen diese Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die U.S. Tochtergesellschaften der Deutschen Bank Deutsche Bank National Trust Company (DBNTC) und Deutsche Bank Trust Company Americas (DBTCA) (zusammen die „Treuhänder") sind Beklagte in zwei getrennten zivilrechtlichen Klageverfahren, und die DBNTC ist Beklagte in einem dritten zivilrechtlichen Klageverfahren, die jeweils von Anlegern wegen ihrer Rolle als Treuhänder bestimmter RMBS-Treuhandvermögen angestrengt wurden. Die Kläger machen Ansprüche wegen Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, des Verstoßes gegen die Vermeidung von Interessenkonflikten, Fahrlässigkeit und/oder Verletzungen des Trust Indenture Act of 1939 geltend. Sie stützen diese Ansprüche auf die Behauptung, die Treuhänder hätten es versäumt, bestimmte Verpflichtungen und/oder Aufgaben als Treuhänder der Treuhandvermögen angemessen zu erfüllen.

Die drei Verfahren umfassen Klagen (i) des National Credit Union Administration Board („NCUA") als Investor in 18 Treuhandvermögen, der angeblich einen Sicherheitenverlust von insgesamt mehr als 3,7 Mrd. U.S.-$ erlitten hat, (ii) der Commerzbank AG als Investor in 50 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche in Höhe von mehreren Hundert Millionen U.S.-Dollar stellt, und (iii) der IKB International, S.A. in Liquidation und der IKB Deutsche Industriebank AG (zusammen als „IKB" bezeichnet) als Investoren in 12 RMBS-Treuhandvermögen, die ursprünglich Schadensersatzansprüche von über 268 Mio. U.S.-$ stellten, bevor die IKB ihre Schadensersatzansprüche in Bezug auf bestimmte RMBS-Zertifikate freiwillig zurücknahm. In dem NCUA-Verfahren hat das Gericht nach Anträgen auf Klageabweisung und auf ein beschleunigtes Verfahren die deliktsrechtlichen Ansprüche des NCUA für alle und seine Ansprüche wegen Vertragsverletzung für bestimmte Treuhandvermögen abgewiesen. In dem Commerzbank-Verfahren hat das Gericht nach Anträgen auf Klageabweisung und auf ein beschleunigtes Verfahren die deliktsrechtlichen Ansprüche der Commerzbank für alle und ihre Ansprüche wegen Vertragsverletzung für bestimmte Treuhandvermögen abgewiesen. Eine zweite Verhandlungsrunde im beschleunigten Verfahren steht vor Gericht an, und das Verfahren wurde ausgesetzt. In dem IKB-Verfahren hat das Gericht nach Anträgen auf Klageabweisung (einschließlich des Berufungsverfahrens) und auf ein beschleunigtes Verfahren die deliktsrechtlichen Ansprüche der IKB für alle und ihre Ansprüche wegen Vertragsverletzung für bestimmte Treuhandvermögen abgewiesen. Sämtliche Parteien haben Rechtsmittel im Hinblick auf die Entscheidung des Gerichts zum beschleunigten Verfahren eingelegt, und das Verfahren wurde bis zum Berufungsbeschluss ausgesetzt.

Der Konzern hat in Bezug auf bestimmte Verfahren Rückstellungen oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen, den jeweiligen Umfang aber nicht offengelegt, da der Konzern der Auffassung ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen kann.

1MDB. Im Jahr 2021 hat 1Malaysia Development Berhad (1MDB) vor den Gerichten in Malaysia gegen die Deutsche Bank Malaysia Berhad (DBMB) Verfahren im Zusammenhang mit drei Überweisungen, welche in den Jahren 2009 und 2011 durch die DBMB im Namen von 1MDB ausgeführt wurden, eingeleitet. 1MDB macht Schadensersatz in Höhe von 1,1 Mrd. U.S.-$ (der Gesamtsumme der genannten Transaktionen) zuzüglich Zinsen ab dem Datum dieser Überweisungen geltend, was aufgrund der langen Laufzeit seit diesen Transaktionen erheblich sein könnte. In einer Anhörung am 11. Juli 2025 wurde der Antrag der DBMB auf Klageabweisung im beschleunigten Verfahren wegen Verjährung abgelehnt, mit der Begründung, dass der Sachverhalt einen vollständigen Prozess erfordere, der derzeit für Oktober und Dezember 2026 terminiert ist. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob in dieser Angelegenheit eine Rückstellung oder Eventualverbindlichkeit gebildet wurde, da nach seinem Dafürhalten davon auszugehen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang des Verfahrens erheblich beeinflussen könnte.

Polnische Hypothekendarlehensfälle. Seit 2016 ist die Deutsche Bank Polska S.A. mit einigen Fällen konfrontiert, in denen sich Kunden wegen angeblich unwirksamer mit der Bank geschlossener Fremdwährungshypothekendarlehen und darin enthaltener rechtswidriger Klauseln an die Bank wenden und geltend machen, dass ihre Fremdwährungshypothekendarlehen unfaire Klauseln beinhalten und nicht wirksam seien. Diese Kunden haben die Erstattung der angeblich zu viel gezahlten Beträge unter diesen Darlehen in einer Gesamtsumme von über 1,1 Mrd. € gefordert, und es sind insgesamt mehr als 8.791 Zivilverfahren vor den polnischen Gerichten in dieser Sache anhängig (Stand: 31. Dezember 2025). Diese Fälle betreffen in Polen die gesamte Bankenbranche, und gegen andere Banken werden ähnliche Ansprüche erhoben. Deutsche Bank S.A. Polen hat und wird die notwendigen rechtlichen Schritte einleiten, um sich (in den gerichtlichen Verfahren) zu verteidigen.

Zum 31. Dezember 2025 betrug die gesamte Portfoliorückstellung für CHF- und EUR-Hypothekenfälle 736 Mio. € gefordert, verglichen mit 895 Mio. € zum 31. Dezember 2024. Dies ist darauf zurückzuführen, dass zusätzliche Rückstellungen in Höhe von 88 Mio. € durch Rückgänge, die Auszahlungen aufgrund von Gerichtsurteilen und Vergleichen mit Anspruchstellern widerspiegeln, mehr als ausgeglichen wurden.

Postbank – Freiwilliges Übernahmeangebot. Im September 2010 veröffentlichte die Deutsche Bank ihre Entscheidung, ein Übernahmeangebot für den Erwerb sämtlicher Aktien der Deutschen Postbank AG („Postbank") abzugeben. Am 7. Oktober 2010 veröffentliche die Deutsche Bank ihr offizielles Übernahmeangebot und bot den Anteilseignern der Postbank eine Gegenleistung von 25 € pro Postbank-Aktie an. Das Übernahmeangebot wurde für insgesamt rund 48,2 Millionen Postbank-Aktien angenommen.

Mehrere ehemalige Anteilseigner der Postbank, die das Übernahmeangebot akzeptiert hatten, reichten Klage gegen die Deutsche Bank ein, mit der Behauptung, dass der Angebotspreis zu niedrig gewesen sei. Die Kläger behaupten, dass die Deutsche Bank spätestens im Jahr 2009 verpflichtet gewesen sei, ein Pflichtangebot für sämtliche Anteile der Postbank abzugeben. Basierend hierauf behaupten die Kläger, dass der Angebotspreis der Deutschen Bank für die Übernahme der Aktien der Postbank auf 57,25 € pro Postbank-Aktie anzuheben gewesen wäre. Einige Kläger machten geltend, dass sich ein angemessener Preis auf 64,25 € pro Aktie belaufen sollte.

Die Zahlungsklagen gegen die Deutsche Bank in diesem Zusammenhang beliefen sich ursprünglich auf nahezu 700 Mio. € (zuzüglich Zinsen, die aufgrund der langen Verfahrensdauer erheblich waren).

Ende April 2024 deutete das Oberlandesgericht Köln in seinen Ausführungen an, dass es diese Ansprüche in einer späteren Entscheidung für begründet befinden könnte. Infolgedessen bildete die Deutsche Bank im zweiten Quartal 2024 eine Rückstellung von 1,3 Mrd. €, um den Betrag aller anhängigen Ansprüche und aufgelaufenen Zinsen abzubilden. Im dritten und vierten Quartal 2024 erzielte die Deutsche Bank Vergleiche, unter anderem in einer der beiden Präzedenzklagen.

Am 23. Oktober 2024 erließ das Oberlandesgericht Köln sein Urteil in dem verbleibenden Präzedenzfall und gab den Klagen der Kläger vollumfänglich statt. Das Gericht ließ keine weitere Revision zum Bundesgerichtshof (BGH) zu. Am 19. November 2024 legte die Deutsche Bank gegen die Nichtzulassung der Revision Beschwerde beim BGH ein.

Im zweiten Quartal 2025 schloss die Deutsche Bank weitere Vergleichsvereinbarungen. Unter Einbeziehung der 2024 geschlossenen Vergleichsvereinbarungen erzielte die Deutsche Bank bislang Vergleiche in Bezug auf mehr als 90% der Klagen der Kläger nach Wert (berechnet auf Basis der geltend gemachten Aktienbestände), was zu einer teilweisen Auflösung der ursprünglichen Rückstellung im zweiten Quartal 2025 führte. Zum 31. Dezember 2025 sind die noch offenen Klageansprüche der Kläger von rund 112 Mio. € (einschließlich Zinsen) vollumfänglich durch die Rückstellungen abgedeckt.

Die rechtliche Frage, ob die Deutsche Bank verpflichtet war, ein Pflichtangebot für alle Postbank-Aktien vor ihrem freiwilligem Übernahmeangebot im Jahr 2010 abzugeben, kann Auswirkungen auf die zwei anhängigen Spruchverfahren haben. Diese Verfahren wurden von ehemaligen Postbank-Aktieninhabern angestrengt – mit dem Ziel, den im Zusammenhang mit dem Squeeze-out von Postbank-Aktieninhabern im Jahr 2015 gezahlten Barausgleich von 35,05 € sowie den im Zusammenhang mit der Ausführung eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding AG (nunmehr DB Beteiligungs-Holding GmbH) und der Postbank im Jahr 2012 angebotenen Barausgleich von 25,18 € und den in diesem Zusammenhang gezahlten jährlichen Ausgleich von 1,66 € zu erhöhen. Der Ausgleich von 25,18 € im Zusammenhang mit dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurde für rund 0,5 Millionen Postbank-Aktien angenommen. Der im Rahmen des Squeeze-out im Jahr 2015 gezahlte Ausgleich in Höhe von 35,05 € war für rund 7 Millionen Postbank-Aktien relevant.

Die Antragsteller in den Spruchverfahren fordern, dass bei der Bestimmung eines angemessenen Barausgleichs im Rahmen der Spruchverfahren eine potenzielle Verpflichtung der Deutschen Bank, ein verbindliches Übernahmeangebot zum Preis von mindestens 57,25 € für die Postbank zu machen, maßgeblich sein soll. Das Landgericht Köln war dieser Rechtsauffassung der Antragsteller ursprünglich in zwei Beschlüssen gefolgt. In einer Entscheidung von Juni 2019 wies das Landgericht Köln in dem Spruchverfahren im Zusammenhang mit dem Vollzug eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags ausdrücklich diese Rechtsauffassung zurück. Gemäß dieser Entscheidung ist die Frage, ob die Deutsche Bank verpflichtet war, vor ihrem freiwilligen Übernahmeangebot im Jahr 2010 ein Pflichtangebot für alle Postbank-Aktien abzugeben, nicht relevant für die Bestimmung der angemessenen Barabfindung. Die Bank erwartet, dass das Landgericht Köln in dem Spruchverfahren im Zusammenhang mit dem Ausschluss der Minderheitsaktionäre dieselbe Rechtsposition einnehmen wird.

Am 1. Oktober 2020 entschied das Landgericht Köln im Spruchverfahren in Bezug auf den Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag (vom 5. Dezember 2012), dass die jährliche Ausgleichszahlung gemäß § 304 AktG um 0,12 € auf 1,78 € (netto) je Postbank-Aktie und der Abfindungsbetrag gemäß § 305 AktG um 4,56 € auf 29,74 € je Postbank-Aktie zu erhöhen sind. Die Erhöhung des Abfindungsbetrags ist für rund 0,5 Millionen ehemalige Postbank-Aktien relevant, die Erhöhung der jährlichen garantierten Dividende für etwa 7 Millionen ehemalige Postbank-Aktien. Sowohl die Deutsche Bank als auch die Antragsteller haben gegen diese Entscheidung ein Rechtsmittel eingelegt. Am 11. Dezember 2025 erließ das Oberlandesgericht Düsseldorf einen Hinweisbeschluss in den Spruchverfahren in Bezug auf den im Jahr 2012 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Das Oberlandesgericht wies das Argument der Antragsteller zurück, der ursprünglich gezahlte Preis von 25,18 € je Aktie solle auf den vorgeblich angemessenen Preis aus dem Übernahmeangebot von 2010 (in Höhe von mindestens 57,25 €) angehoben werden. Darüber hinaus gab das Oberlandesgericht an, ein weiteres Gutachten zu bestimmten Bewertungsaspekten anfordern zu wollen, und schlug eine Vergleichszahlung vor, die den vom Landgericht Köln festgelegten Preis unterschreitet (Preisvorschlag von 28,00 € anstelle von 29,74 pro Aktie laut Urteil des Landgerichts Köln). Im Januar 2026 erklärte die Bank ihre Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlag des OLG; jedoch stimmten nicht alle Antragsteller zu, wie es für den Abschluss eines das Spruchverfahren beendenden Vergleichs erforderlich gewesen wäre. Daher beschloss das OLG am 4. Februar 2026 die Bestellung eines neuen unabhängigen Sachverständigen. Der Sachverständige wurde beauftragt, eine ergänzende Stellungnahme zu den vom OLG identifizierten verbleibenden Bewertungsaspekten zu erstellen. Zudem wurde der Sachverständige angewiesen, auf Grundlage des ergänzenden Bewertungsgutachtens eine überarbeitete Berechnung der angemessenen jährlichen Ausgleichszahlung vorzunehmen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für die Spruchverfahren Rückstellungen gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen würde.

Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf die RusChemAlliance. Im Juni 2023 reichte die RusChemAlliance LLC („RCA"), ein russisches Gemeinschaftsunternehmen von Gazprom PJSC und Rus-GasDobycha JSC, beim Handelsgericht St. Petersburg eine Klage gegen die Deutsche Bank ein und forderte eine Zahlung von rund 238 Mio. € (zuzüglich Zinsen) im Rahmen einer im Jahr 2021 von der Deutschen Bank für einen ihrer Kunden ausgestellten Anzahlungsgarantie. Die Zahlungsaufforderung der RCA im Rahmen der Anzahlungsgarantie hatte die Deutsche Bank aufgrund der EU-Sanktionen gegen Russland abgelehnt. Ende Mai 2024 gab das russische Gericht dem Zahlungsanspruch der RCA und dem Antrag der RCA auf einstweiligen Rechtsschutz vollumfänglich statt, wonach ein entsprechender Betrag bei der russischen Niederlassung der Deutschen Bank eingefroren wurde, da die russischen Gerichte die Anwendbarkeit der EU-Sanktionen nicht anerkennen. Die durch die Deutsche Bank gegen diese Entscheidungen eingelegten Berufungen wurden im September 2024 respektive im Januar 2025 zurückgewiesen.

Im Oktober 2024 erließ das russische Gericht auf Antrag der RCA eine Anti-Suit-Injunction Order („ASI-Order") gegen die Deutsche Bank, die der Deutschen Bank die Fortführung jedweder Gerichts- und Schiedsverfahren oder die Durchsetzung von Urteilen oder Entscheidungen von einem Gericht oder Schiedsgericht außerhalb Russlands in diesem Zusammenhang unter Androhung eines Zwangsgelds von 240 Mio. € im Falle einer Zuwiderhandlung gegen die ASI-Order verbietet. Die Deutsche Bank hat diese ASI-Order im November 2024 befolgt. Die Berufung der Deutschen Bank gegen die ASI-Order ist im Januar 2025 zurückgewiesen worden. Eine weitere beim russischen Supreme Court eingereichte Berufung wurde ebenfalls zurückgewiesen.

Die Deutsche Bank hatte im Jahr 2023 zunächst eine Rückstellung in Höhe von rund 260 Mio. € und einen entsprechenden Erstattungsanspruch aus einer Entschädigungsvereinbarung erfasst. Die Rückstellung wurde damit durch den Erstattungsanspruch aufgelöst. Im November 2024 machte die RCA ihren Zahlungsanspruch in Höhe von 244 Mio. € einschließlich fälliger Zinsen gegenüber Vermögenswerten der Deutschen Bank in Russland geltend. Nach der durch die Rückstellung abgedeckten Durchsetzung durch die RCA führten nachgelagerte Entwicklungen zu einer Ausbuchung des Erstattungsanspruchs. Die Deutsche Bank ist nach wie vor der Ansicht, dass ihr ein wirksamer Erstattungsanspruch zusteht und wird ihre Rechtsposition gerichtlich verteidigen.

Untersuchung und Rechtsstreitigkeiten zu Staatsanleihen, supranationalen und staatsnahen Anleihen (SSA). Die Deutsche Bank hat Anfragen von bestimmten Regulatoren und Strafverfolgungsbehörden erhalten, unter anderem Auskunftsersuchen und Dokumentenanfragen, die sich auf den Handel mit SSA-Bonds beziehen. Die Deutsche Bank kooperierte mit diesen Ermittlungen.

Die Deutsche Bank und die als hauptsächlicher Broker-Dealer in den USA agierende Tochtergesellschaft der Bank Deutsche Bank Securities Inc. (DBSI) sind Beklagte in einem im Juni 2023 angestrengten und als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York (SDNY), in dem vorgebliche direkte Marktteilnehmer eine Verletzung des U.S.-amerikanischen Kartellrechts im Hinblick auf die angebliche Manipulation des Sekundärmarkts für britische Staatsanleihen behaupten. Der Kläger verlangt Schadensersatz in dreifacher Höhe und Anwaltshonorare. Im September 2024 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank und der DBSI auf Klageabweisung wegen mangelnder Anspruchsbegründung statt. Im Juli 2025 reichten die Kläger eine erweiterte Klage ein, die zwei zusätzliche benannte Kläger und Ansprüche angeblicher Käufer von Futures oder Futures-Optionen auf britische Staatsanleihen enthielt. Die Deutsche Bank und die DBSI reichten am 9. September 2025 einen Antrag auf Abweisung der erweiterten Klage ein, für den eine Gerichtsentscheidung aussteht.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einem als zusammengeführte Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem U.S. District Court for the Southern District of New York. Darin werden Verstöße gegen das U.S.-amerikanische Kartellrecht und ein Anspruch wegen ungerechtfertigter Bereicherung im Zusammenhang mit dem Handel von mexikanischen Staatsanleihen geltend gemacht. Dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der zusammengeführten erweiterten Klage der Kläger wurde mit Recht auf erneute Klageerhebung stattgegeben. Die Kläger reichten eine zweite erweiterte Klage ein, in der lediglich Beklagte mit Sitz in Mexiko benannt werden, die ebenfalls mit Recht auf erneute Klageerhebung abgewiesen wurde. Die Kläger legten Rechtsmittel beim Second Circuit ein, und im Februar 2024 wurde die Abweisung der Klage aufgehoben. Die Kläger reichten im Juni 2024 eine weitere erweiterte Klage ein. Im Juli 2024 reichten die Beklagten einen Antrag auf Klageabweisung ein, den das Gericht im Januar 2025 ablehnte. Der Fall befindet sich aktuell im Beweisverfahren (Discovery).

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für andere der vorgenannten Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Untersuchungen gravierend beeinflussen könnte.

Ermittlungen im Bereich U.S.-Staatsanleihen wegen Spoofing-Vorgängen. Fünf separate mutmaßliche Sammelklagen wurden im nördlichen Bezirk von Illinois gegen die Deutsche Bank AG und DBSI eingereicht. In den Fällen wird behauptet, dass die Deutsche Bank und andere ungenannte Unternehmen von Januar bis Dezember 2013 an einem Schema beteiligt waren, um den Markt für Futures- und Optionskontrakte auf Staatsanleihen (Treasuries) sowie Eurodollar-Futures- und Optionskontrakte durch Spoofing zu manipulieren. Nach der Einreichung von Schriftsätzen zu einem Antrag auf Klageabweisung ordnete der Richter zusätzliche Schriftsätze zu den Fragen der Klagebefugnis und der Beweisaufnahme zur Klärung der gerichtlichen Zuständigkeit an, welche nun weitgehend abgeschlossen sind. Die Kläger reichten eine geänderte Klageschrift und anschließend eine weitere, zweite geänderte Klageschrift ein. Die Deutsche Bank AG und DBSI reichten im September 2023 einen Antrag auf Klageabweisung und im Dezember 2023 eine Erwiderung ein. Im September 2024 forderte das Gericht zusätzliche Schriftsätze zur Klagebefugnis gemäß Artikel III der U.S.-Verfassung an, die im Oktober 2024 abgeschlossen wurden.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Sonstiges

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich Bankenabgaben und Einlagensicherung. Bestimmte Konzernunternehmen sind verpflichtet, Beiträge an nationale Abwicklungsbehörden oder Einlagensicherungssysteme wie den vom Single Resolution Board (SRB) verwalteten europäischen einheitlichen Abwicklungsfonds (SRF) zu leisten. Ein Teil dieser Beiträge kann in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (IPCs) geleistet werden, die mit Barmitteln und Wertpapiersicherheiten unterlegt sind. Der Konzern bleibt der wirtschaftliche Eigentümer der gestellten Sicherheiten.

Die IPCs im Zusammenhang mit der Bankenabgabe gemäß der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD), dem SRF und der Einlagensicherung durch den deutschen Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 1,5 Mrd. € (31. Dezember 2024: 1,5 Mrd. €). Davon entfielen 1,0 Mrd. € auf IPCs gegenüber dem SRF (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. €) und 0,5 Mrd. € auf den deutschen Einlagensicherungsfonds (31. Dezember 2024: 0,5 Mrd. €).

Zum 31. Dezember 2025 setzten sich die gesamten Sicherheiten für die IPCs aus 1,0 Mrd. € an unter Sonstige Aktiva ausgewiesenen Barsicherheiten und 524 Mio. € an Wertpapiersicherheiten zusammen (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. € beziehungsweise 481 Mio. €). Davon entfielen 1,0 Mrd. € an Barsicherheiten auf den SRF (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. €).

Der Konzern hat die Auswirkungen eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs zur Behandlung von IPCs in Bezug auf den SRF von November 2025 in einem Verfahren, in dem der Konzern nicht Partei war, untersucht. Dabei kam er zu dem Schluss, dass das Urteil für den Konzernabschluss im Hinblick auf alle Systeme, für die IPCs bereitgestellt werden, unwesentlich ist. Diese Schlussfolgerung basiert auf dem erwarteten Zeitpunkt potenzieller Zahlungen (das heißt wenn die entsprechenden Konzernunternehmen ihre Banklizenz aufgeben oder die IPCs in Anspruch genommen würden) und den damit verbundenen Abzinsungssätzen.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

28 – Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

Im normalen Geschäftsverkehr übernimmt der Konzern generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgriffforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden bei der Überwachung des Kreditrisikos berücksichtigt. Zudem verlangt der Konzern gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die widerruflichen und unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Zudem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen sind, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Unwiderrufliche Kreditzusagen	217.949	219.767
Widerrufliche Kreditzusagen	56.356	49.932
Eventualverbindlichkeiten	79.092	73.468
Insgesamt	**353.397**	**343.167**

Sonstige Zahlungsverpflichtungen und sonstige Eventualverbindlichkeiten

Die sonstigen Zahlungsverpflichtungen und sonstige Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 73 Mio. € und zum 31. Dezember 2024 auf 77 Mio. €. Diese Zahl berücksichtigt die Maximalbeträge, die vom Konzern zu zahlen wären, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Daher bildet sie nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden bzw. Inanspruchnahmen durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Verwertung von Sicherheiten beglichen werden.

Unterstützung durch die öffentliche Hand

Der Konzern beantragt und erhält regelmäßig Unterstützung durch die öffentliche Hand in Form von Gewährleistungen durch Exportkreditversicherungen (Export Credit Agencies; nachstehend „ECAs"). Diese decken Transfer- und Ausfallrisiken aus der Finanzierung von Exporten und Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern und seltener in Industrieländern für strukturierte Handels- und Exportfinanzierungen sowie kurz- und mittelfristiger Handelsfinanzierungen ab. Nahezu alle exportorientierten Staaten haben solche ECAs zur Unterstützung ihrer inländischen Exporteure gegründet. Die ECAs handeln im Namen und Auftrag der Regierung ihres jeweiligen Landes und werden entweder direkt als Regierungsstelle eingerichtet oder haben als privatrechtliche Gesellschaften das offizielle Mandat des jeweiligen Staates, in dessen Auftrag zu handeln. Die Bedingungen dieser ECA-Gewährleistungen ähneln sich weitgehend, da die meisten ECAs an den Konsensus der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gebunden sind. Im OECD-Konsensus, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung der OECD-Mitgliedsstaaten, sind Richtgrößen festgelegt, die dazu dienen sollen, einen fairen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Exportländern sicherzustellen.

In einigen Ländern werden für ECA-gedeckte Finanzierungen zweckgebundene Refinanzierungsprogramme mit staatlicher Unterstützung angeboten. Der Konzern macht von diesen Programmen Gebrauch, um seine Kunden bei der Finanzierung des Exports von Gütern und Dienstleistungen zu unterstützen. Bei bestimmten Finanzierungen erhält der Konzern als Sicherheiten auch staatliche Garantien von nationalen und internationalen Regierungseinrichtungen, um Finanzierungen im Interesse der jeweiligen Regierungen zu unterstützen. Die meisten ECA-Gewährleistungen erhielt der Konzern entweder von der Euler Hermes S.A., die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig ist, von der Atradius Credito y Caucion S.A. de Seguros y Reaseguros, die im Auftrag des Königreichs Spanien tätig ist, oder von der Korea Trade Insurance Corporation, die im Auftrag der Republik Korea handelt.

29 – Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen:		
Commercial Paper	13.211	5.954
Sonstige	4.993	3.940
Summe der sonstigen kurzfristigen Geldaufnahmen	**18.204**	**9.895**

30 – Langfristige Verbindlichkeiten und hybride Kapitalinstrumente

Langfristige Verbindlichkeiten des Konzerns, gegliedert nach der frühestmöglichen vertraglichen Fälligkeit

in Mio. €	Fällig in 2026	Fällig in 2027	Fällig in 2028	Fällig in 2029	Fällig in 2030	Fällig nach 2030	Insgesamt 31.12.2025	Insgesamt 31.12.2024
Vorrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	14.030	12.269	13.269	10.368	8.854	9.109	67.920	71.414
mit variabler Verzinsung	2.508	2.817	517	1.050	1.918	3.471	12.281	11.196
Sonstige	3.550	2.369	2.220	1.845	1.152	15.120	26.256	20.578
Nachrangige Verbindlichkeiten:								
Anleihen und Schuldverschreibungen:								
mit fester Verzinsung	2.024	2.363	0	0	424	3.401	8.212	11.626
mit variabler Verzinsung	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige	42	20	0	0	23	0	85	85
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	**22.175**	**19.839**	**16.006**	**13.263**	**12.371**	**31.101**	**114.754**	**114.899**

In den Geschäftsjahren 2025 und 2024 war der Konzern mit keiner seiner Tilgungs- oder Zinszahlungen in Verzug und kam allen Verpflichtungen nach.

Hybride Kapitalinstrumente[1]

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
mit fester Verzinsung	0	0
mit variabler Verzinsung	283	287
Summe der hybriden Kapitalinstrumente	**283**	**287**

[1] Finanzinstrumente ohne festgelegtes Fälligkeitsdatum, die im Ermessen des Konzerns zu bestimmten Zeitpunkten in der Zukunft getilgt werden können.

31 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cashflows finanzieller Verpflichtungen

31.12.2025

in Mio. €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	171.541	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	245.183	148.888	117.503	14.882	11.777
Handelspassiva[1]	42.879	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten[1]	225.775	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	30.752	45.626	11.122	15.674	12.403
Investmentverträge[2]	0	0	469	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen[3]	0	72	24	69	57
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	1.967	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	470	767	584	601	109
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	6.416	3.882	8.197	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	1	12.456	14.408	70.203	33.230
Hybride Kapitalinstrumente	0	0	299	0	0
Leasingverbindlichkeiten	122	147	430	1.814	2.632
Sonstige Finanzpassiva	116.713	3.554	556	699	46
Unwiderrufliche Kreditzusagen	211.367	0	0	0	0
Finanzgarantien	35.949	0	0	0	0
Insgesamt[4]	**1.089.137**	**215.391**	**153.593**	**103.942**	**60.254**

[1] Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig" zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.
[2] Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert.
[3] Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß der Erwartung der Bank auslaufen wird.
[4] Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

31 – Fälligkeitsanalyse der frühestmöglichen undiskontierten vertraglichen Cash-flows finanzieller Verpflichtungen

31.12.2024

in Mio. €	Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
Unverzinsliche Einlagen	176.510	0	0	0	0
Verzinsliche Einlagen	198.010	139.292	112.543	16.012	10.422
Handelspassiva[1]	43.498	0	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten[1]	276.595	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	30.224	35.024	5.945	13.767	8.375
Investmentverträge[2]	0	0	454	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen[3]	0	978	616	51	65
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen	1.227	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	407	1.143	182	1.089	25
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	1.487	5.767	2.862	0	0
Langfristige Verbindlichkeiten	0	7.119	18.050	70.602	36.195
Hybride Kapitalinstrumente	0	0	302	0	0
Leasingverbindlichkeiten	3	157	454	1.933	3.116
Sonstige Finanzpassiva	72.780	1.076	1.059	1.829	87
Unwiderrufliche Kreditzusagen	212.990	0	0	0	0
Finanzgarantien	32.368	0	0	0	0
Insgesamt*	1.045.902	210.557	142.445	105.263	58.284

[1] Handelspassiva und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesen. Der Konzern hält dies für die geeignete Darstellung der Cashflows, die zur Zahlung anstünden, wenn diese Positionen geschlossen werden müssten. Handels- und Derivatebestände, die die Anforderungen für Sicherungsgeschäfte nicht erfüllen, werden der Kategorie „Täglich fällig" zugeordnet, da dies nach Meinung des Managements am besten die Kurzfristigkeit der Handelsaktivitäten widerspiegelt. Dagegen kann sich die vertragliche Laufzeit dieser Kontrakte auf deutlich längere Zeiträume ausdehnen.
[2] Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert.
[3] Derivate, die als Sicherungsinstrument designiert sind, werden zum beizulegenden Zeitwert erfasst und in dem Zeitraum dargestellt, in dem die Absicherung gemäß der Erwartung der Bank auslaufen wird.
* Die Beträge in der Tabelle stimmen nicht mit den Beträgen in der Konzernbilanz überein, da es sich um undiskontierte Cashflows handelt. Diese Analyse stellt ein Worst-Case-Szenario für den Konzern dar, wenn alle Verbindlichkeiten früher als erwartet zurückzuzahlen sind. Der Konzern hält die Wahrscheinlichkeit, dass ein solches Ereignis eintritt, für gering.

Zusätzliche Anhangangaben

32 – Stammaktien

Stammaktien

Das Gezeichnete Kapital der Deutschen Bank besteht aus nennwertlosen Namensaktien. Nach deutschem Recht entspricht jede Aktie einem gleich hohen Anteil am gezeichneten Kapital. Demnach beträgt der rechnerische Nominalwert jeder Aktie 2,56 €, der sich mittels Division des Gezeichneten Kapitals durch die Anzahl der Aktien ergibt.

Anzahl der Aktien	Ausgegeben und voll eingezahlt	Im Eigenbestand	Ausstehende
Stammaktien, 1. Januar 2024	**2.040.242.959**	**-48.195.109**	**1.992.047.850**
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	0	0	0
Eingezogene Stammaktien	-45.541.366	45.541.366	0
Erwerb Eigener Aktien	0	-86.796.707	-86.796.707
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	39.874.612	39.874.612
Stammaktien, 31. Dezember 2024	**1.994.701.593**	**-49.575.838**	**1.945.125.755**
Ausgabe von Aktien im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0
Kapitalerhöhung	0	0	0
Eingezogene Stammaktien	-84.122.616	84.122.616	0
Erwerb Eigener Aktien	0	-76.926.379	-76.926.379
Verkauf oder Zuteilung Eigener Aktien	0	34.673.888	34.673.888
Stammaktien, 31. Dezember 2025	**1.910.578.977**	**-7.705.713**	**1.902.873.264**

Zum Berichtsdatum bestanden keine ausgegebenen, noch nicht vollständig eingezahlten Stammaktien.

Der Konzern hat eigene Aktien im Rahmen der Ermächtigungen der Hauptversammlungen erworben. Alle derartigen Transaktionen wurden im Eigenkapital ausgewiesen, Gewinne und Verluste aus diesen Aktivitäten wurden nicht ergebniswirksam. Der Jahresendbestand Eigener Aktien wird im Wesentlichen zum Zwecke der Einziehung und damit Kapitalausschüttung an Aktionäre sowie für zukünftige aktienbasierte Vergütung genutzt.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2025 verfügte die Deutsche Bank AG über ein genehmigtes Kapital von 2.493.000.000 €, das im Ganzen oder in Teilbeträgen bis zum 30. April 2030 emittiert werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Einlagen	Bezugsrechte	Befristet bis
498.000.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss möglich nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG. Der Ausschluss ist auch möglich, insofern es erforderlich ist den Inhabern von Optionsrechten, Wandelanleihen und Wandelgenussrechten der Gesellschaft ein Bezugsrecht zu gewähren.	30. April 2030
1.995.000.000 €	Geldeinlagen	Ausschluss möglich, insofern es erforderlich ist den Inhabern von Optionsrechten, Wandelanleihen und Wandelgenussrechten der Gesellschaft ein Bezugsrecht zu gewähren.	30. April 2030

Bedingtes Kapital

Die Deutsche Bank hat zum 31. Dezember 2025 kein ausstehendes bedingtes Kapital.

Dividendenzahlungen

Die folgende Tabelle zeigt die vorgeschlagenen oder beschlossenen Dividendenzahlungen für die Geschäftsjahre 2025, 2024 und 2023.

	2025 (vorgeschlagen)	2024	2023
Bardividende (in €)	1.902.873.264	1.314.856.308	882.615.288
Bardividende je Aktie (in €)	1,00	0,68	0,45

Seit dem Bilanzstichtag wurden keine Dividendenzahlungen beschlossen.

次へ

33 – Leistungen an Arbeitnehmer

Aktienbasierte Vergütungspläne

Der Konzern gewährte aktienbasierte Vergütung im Rahmen des Deutsche Bank Equity Plans. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen Deutsche Bank-Stammaktien nach Ablauf einer festgelegten Zeit zu erhalten. Die Planteilnehmer besitzen keinen Anspruch auf die Ausschüttung von Dividenden während der Anwartschaftsfrist.

Die Aktienrechte, die nach den Planregeln des Deutsche Bank Equity Plans begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Empfänger sein Arbeitsverhältnis auf eigenen Wunsch vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist (bzw. Zuteilungsfrist bei sofort gewährten Anrechten) beendet. Die Zuteilung erfolgt regulär bei betriebsbedingtem Ausscheiden oder beim Eintritt in den Ruhestand. Aufgeschobene Aktienrechte unterliegen bis zur Zuteilung den Verfallsbedingungen und marktbezogenen Bedingungen.

In Ländern, in denen rechtliche oder sonstige Einschränkungen die Begebung von Aktien verhindern, wurde eine Planvariante des Deutsche Bank Equity Plans mit Barausgleich angewandt. Für Mitarbeiter einzelner Gesellschaften werden bedingte Aktienrechte anstatt aufgeschobener aktienbasierter Vergütung gewährt.

Es ist zu beachten, dass die Tabelle keine Vergütungskomponenten für den Konzernvorstand enthält. Für Anwartschaften, die unter dem DWS Equity Plan gewährt wurden, wird auf den separaten Abschnitt für DWS-Vergütungspläne verwiesen.

Die folgende Tabelle legt die grundsätzlichen Merkmale dieser aktienbasierten Vergütungspläne dar.

Jahre der Gewährung	Deutsche Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Anspruchsberechtigung
2022-2025[4]	Jährliche Vergütungs-komponente	1/4: 12 Monate[1] 1/4: 24 Monate[1] 1/4: 36 Monate[1] 1/4: 48 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (CB/IB/CRU und InstVV MRTs)
	Jährliche Vergütungs-komponente	1/3: 12 Monate[1] 1/3: 24 Monate[1] 1/3: 36 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (non-CB/IB/CRU)
	Jährliche Vergütungs-komponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Senior Management
	Bleibeprämie/ Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Abfindung	Individuelle Festlegung	Regulatorische Anforderung für bestimmte Mitarbeiter Abfindungszahlungen aufzuschieben
	Jährliche Vergütungs-komponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt[3]	Ausgewählte Mitarbeiter
2019-2021[4]	Jährliche Vergütungs-komponente	1/4: 12 Monate[1] 1/4: 24 Monate[1] 1/4: 36 Monate[1] 1/4: 48 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (CB/IB/CRU) und InstVV MRTs in wesentlichen Geschäftseinheiten)[2]
	Jährliche Vergütungs-komponente	1/3: 12 Monate[1] 1/3: 24 Monate[1] 1/3: 36 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (non-CB/IB/CRU)[2]
	Jährliche Vergütungs-komponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Senior Management
	Bleibeprämie/ Akquisitionsprämie/Off-Cycle[5]	Individuelle Festlegung	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Abfindung	Individuelle Festlegung	Regulatorische Anforderung für bestimmte Mitarbeiter Abfindungszahlungen aufzuschieben
	Jährliche Vergütungs-komponente – Unmittelbar zugeteilt	Entfällt[3]	Mitarbeiter, die der Regulierung durch die InstVV unterliegen

[1] Für regulierte Mitarbeiter nach InstVV (und Senior Management) erfolgt die Auslieferung nach einer weiteren Wartefrist von 12 Monaten
[2] Für das Jahr der Gewährung 2019 lautete die Bezeichnung der Divisionen CIB; für das Jahr der Gewährung 2020 und 2021 gelten die Angaben für die Divisionen CB/IB/CRU
[3] Die Auslieferung der Aktien erfolgt nach einer weiteren Wartefrist von zwölf Monaten
[4] Jährliche und Bleibe- / Akquisitionsprämien beinhalten Gewährungen im Rahmen des Restricted Share Plans von 2019-2025
[5] Off-Cycle-Prämien bis einschließlich 2020 gewährt

Darüber hinaus bietet der Konzern das Mitarbeiterbeteiligungsprogramm Global Share Purchase Plan an. Mitarbeitern in bestimmten Ländern wird die Möglichkeit eingeräumt, Deutsche Bank Aktien in monatlichen Raten über eine einjährige Ansparphase zu erwerben. Nach der Ansparphase gewährt der Konzern Gratisaktien im Verhältnis 1:1 der angesparten Aktien bis zu maximal zehn Stück unter der Voraussetzung, dass der Mitarbeiter ein weiteres Jahr im Konzern verbleibt. Dieser Plan wird von Konzerneinheiten in 21 Ländern von 12.775 Mitarbeitern im aktuellen Zyklus, welcher im November 2025 begann, in Anspruch genommen.

Der Konzern verfügt über weitere lokale aktienbasierte Vergütungspläne, die weder einzeln noch insgesamt wesentlich für den Konzernabschluss sind.

Die nachfolgende Tabelle zeigt eine Überleitung der ausstehenden Aktienrechte nach dem Deutsche Bank Equity Plan einschließlich derer mit Barausgleich.

Aktienrechte (in Tausend)	2025	2024
Ausstehend zum 1. Januar	**116.589**	**128.628**
Neu gewährt	33.457	41.167
Zugeteilt	-44.091	-50.015
Verfallen	-2.844	-3.491
Andere Veränderungen	78	300
Ausstehend zum 31. Dezember	**103.189**	**116.589**

Die folgende Tabelle zeigt wesentliche Informationen hinsichtlich gewährten, zugeteilten und verbleibenden Anrechten im jeweiligen Jahr.

	2025			2024		
	Gewichteter beizulegender Zeitwert pro gewährtem Anrecht im Jahr	Gewichteter Aktienpreis bei Zuteilung	Gewichtete Restlaufzeit in Jahren	Gewichteter beizulegender Zeitwert pro gewährtem Anrecht im Jahr	Gewichteter Aktienpreis bei Zuteilung	Gewichtete Restlaufzeit in Jahren
DB Equity Plan	**€ 17,47**	**€ 21,77**	**1,4**	€ 10,30	€ 12,92	1,4

Für aktienbasierte Vergütungszusagen, die in bar ausgezahlt werden, entstanden Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2025 in Höhe von ungefähr 20 Mio. € (31. Dezember 2024: 14 Mio. €).

Das Gewährungsvolumen ausstehender Aktienrechte betrug ungefähr 1,1 Mrd. € zum 31. Dezember 2025 (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. €). Davon wurden 0,8 Mrd. € zulasten des Personalaufwands im Berichtsjahr (31. Dezember 2024: 0,8 Mrd. €) erfasst. Somit belief sich der zum 31. Dezember 2025 noch nicht erfasste Personalaufwand für ausstehende aktienbasierte Vergütung auf ungefähr 0,3 Mrd. € (31. Dezember 2024: 0,2 Mrd. €).

Aktienbasierte Vergütungspläne der DWS

Der DWS Konzern gewährt aktienbasierte Vergütung unter dem DWS Equity Plan. Dieser gewährt das Recht, unter bestimmten Bedingungen eine Barzahlung zu erhalten, die an den Wert der DWS-Aktie während eines bestimmten Zeitraums geknüpft ist.

Im September 2018 wurde allen DWS Konzern-Mitarbeitern im Rahmen des DWS Stock Appreciation Rights (SAR) Plan eine einmalige Vergütung im Zusammenhang mit dem Börsengang gewährt. Einer begrenzten Anzahl an höheren DWS Führungskräften wurde im selben Zusammenhang stattdessen eine einmalige Vergütung in Form des „Performance Share Unit-Award" im Rahmen des DWS Equity Plan gewährt. Den Mitgliedern der Geschäftsführung wurden im Zusammenhang mit dem Börsengang einmalig Awards im Rahmen des DWS Equity Plan im Januar 2019 gewährt.

Der DWS Stock Appreciation Rights Plan gewährt ein Recht, unter bestimmten Bedingungen eine Barzahlung zu erhalten, die dem Wertzuwachs beziehungsweise Wertgewinn des Nominalwertes einer bestimmten Anzahl an DWS-Aktien über einen festgelegten Zeitraum entspricht. Diese Vergütungskomponente verleiht keinen Anspruch auf Erhalt von DWS-Aktien, Stimmrechten oder damit verbundenen Dividenden.

Der DWS Equity Plan ist ein Phantomaktienplan, der ein Recht gewährt, unter bestimmten Bedingungen eine Barzahlung zu erhalten, die an den Wert der DWS-Aktien während eines bestimmten Zeitraums geknüpft ist.

Die Teilnehmer an einem aktienbasierten Vergütungsplan besitzen keinen Anspruch auf Ausschüttung von Dividenden während des Anwartschaftszeitraums der Vergütung.

Die aktienbasierten Vergütungen, die nach den Regeln eines aktienbasierten Vergütungsplans begeben werden, können ganz oder teilweise verfallen, wenn der Anspruchsberechtigte sein Arbeitsverhältnis auf eigenen Wunsch vor Ablauf der relevanten Anwartschaftsfrist (bzw. Zuteilungsfrist bei sofort gewährten Anrechten) beendet. Die Zuteilung erfolgt regulär bei betriebsbedingtem Ausscheiden oder beim Eintritt in den Ruhestand.

In der folgenden Tabelle werden die grundsätzlichen Merkmale der aktienbasierten Vergütungspläne der DWS dargestellt.

Jahre der Gewährung	Deutsche Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Anspruchsberechtigung
2024-2025	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate[1] 1/3: 24 Monate[1] 1/3: 36 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter
	Jährliche Vergütungskomponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Mitglieder der Geschäftsführung
	Jährliche Vergütungskomponente - unmittelbar zugeteilt	Unverfallbarkeit sofort bei Gewährung[1]	Mitarbeiter, die einer Vergütungsregulierung unterliegen
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
2023	Jährliche Vergütungskomponente	1/4: 12 Monate[1] 1/4: 24 Monate[1] 1/4: 36 Monate[1] 1/4: 48 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (instVV MRTs)
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate[1] 1/3: 24 Monate[1] 1/3: 36 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (non-instVV MRTs)
	Jährliche Vergütungskomponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Mitglieder der Geschäftsführung
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Abfindung	Individuelle Festlegung	Regulatorische Anforderung für bestimmte Mitarbeiter Abfindungszahlungen aufzuschieben
2022	Jährliche Vergütungskomponente	1/4: 12 Monate[1] 1/4: 24 Monate[1] 1/4: 36 Monate[1] 1/4: 48 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (instVV MRTs)
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate[1] 1/3: 24 Monate[1] 1/3: 36 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (non-instVV MRTs)
	Jährliche Vergütungskomponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Mitglieder der Geschäftsführung
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente
	Abfindung	Individuelle Festlegung	Regulatorische Anforderung für bestimmte Mitarbeiter Abfindungszahlungen aufzuschieben
2021	Jährliche Vergütungskomponente	1/4: 12 Monate[1] 1/4: 24 Monate[1] 1/4: 36 Monate[1] 1/4: 48 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (instVV MRTs)
	Jährliche Vergütungskomponente	1/3: 12 Monate[1] 1/3: 24 Monate[1] 1/3: 36 Monate[1]	Jährlich gewährte leistungsbasierte Vergütung für ausgewählte Mitarbeiter (non-instVV MRTs)
	Jährliche Vergütungskomponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Mitglieder der Geschäftsführung
	Bleibeprämie/Akquisitionsprämie	Individuelle Festlegung	Ausgewählte Mitarbeiter zur Gewinnung und Bindung der besten Mitarbeitertalente

Jahre der Gewährung	Deutsche Bank Equity Plan	Anwartschaftsfrist	Anspruchsberechtigung
2020	Jährliche Vergütungskomponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Mitglieder der Geschäftsführung
	Abfindung	Individuelle Festlegung	Regulatorische Anforderung für bestimmte Mitarbeiter Abfindungszahlungen aufzuschieben
2019	Jährliche Vergütungskomponente	1/5: 12 Monate[1] 1/5: 24 Monate[1] 1/5: 36 Monate[1] 1/5: 48 Monate[1] 1/5: 60 Monate[1]	Mitglieder der Geschäftsführung
	Performance Share Unit-Award (einmalige IPO-bezogene Vergütungskomponente 2019 gewährt)	1/3: März 2022[1] 1/3: März 2023[1] 1/3: März 2024[1]	Mitglieder der Geschäftsführung
2018	Performance Share Unit-Award (einmalige IPO-bezogene Vergütungskomponente)[1]	1/3: März 2022[1] 1/3: März 2023[1] 1/3: März 2024[1]	Ausgewählte Führungskräfte
	SAR Award (einmalige IPO-bezogene	Für non-MRTs: 1. Juni 2021[3] Für MRTs: 1. März 2025[1,3]	alle DWS-Mitarbeiter[2]

[1] Abhängig von ihrem jeweiligen regulatorischen Status gilt nach Eintritt der Unverfallbarkeit entweder eine Wartefrist von sechs Monaten (MRTs nach AIFMD/OGAW) oder eine Wartefrist von zwölf Monaten (MRTs im Sinne der InstVV und/oder der IFD ab 2023).
[2] Sofern der Mitarbeiter keinen Performance Share Unit Award erhalten hat.
[3] Für ausstehende Awards gilt nach der Unverfallbarkeit/Wartezeit eine Ausübungsfrist von vier Jahren.

Die folgende Tabelle zeigt die Bewegungen bei den Aktienanrechten.

	DWS Equity Plan				DWS SAR Plan	
	2025	2024	2025		2024	
Aktien (in Tausend)	Anzahl von Anrechten	Anzahl von Anrechten	Anzahl von Anrechten	durchschnittlicher Ausübungspreis	Anzahl von Anrechten	durchschnittlicher Ausübungspreis
Ausstehend zu Jahresbeginn	2.017	2.377	367	€ 22,33	735	€ 24,65
Neu gewährt	699	938	0	€ 0,00	35	€ 22,33
Zugeteilt oder ausgeübt	-1.007	-1.342	-305	€ 22,33	-369	€ 24,35
Verfallen	-29	-41	0	€ 0,00	0	€ 0,00
Ausgelaufen	0	0	-38	€ 22,33	-18	€ 23,40
Andere Veränderungen	46	86	0	€ 22,33	-16	€ 22,33
Ausstehend zum Jahresende	1.726	2.017	23	€ 22,33	367	€ 22,33
Davon ausübbar	0	0	23	€ 22,33	367	€ 22,33

Die folgende Tabelle zeigt wesentliche Informationen hinsichtlich gewährter, zugeteilter und im Jahr verbleibender Aktienanrechte.

	2025			2024		
	Gewichteter beizulegender Zeitwert pro gewährtem Anrecht im Jahr	Gewichteter Aktienpreis bei Zuteilung/ Ausübung	Gewichtete Restlaufzeit in Jahren	Gewichteter beizulegender Zeitwert pro gewährtem Anrecht im Jahr	Gewichteter Aktienpreis bei Zuteilung/ Ausübung	Gewichtete Restlaufzeit in Jahren
DWS Equity Plan	€ 57,92	€ 49,18	1,5	€ 31,59	€ 35,79	1,4
DWS SAR Plan	€ 0,00	€ 48,73	1,7	€ 13,40	€ 38,78	0,8

Zum 31. Dezember 2025 betrug der Marktwert ausstehender aktienbasierter Vergütungskomponenten ungefähr 64 Mio. € (zum 31. Dezember 2024: 74 Mio. €). Für diese Vergütungskomponenten wurden ungefähr 48 Mio. € zulasten des Personalaufwands im Berichtsjahr erfasst (31. Dezember 2024: 63 Mio. €), wovon sich 14 Mio. € zum 31. Dezember 2025 (31. Dezember 2024: 40 Mio. €) auf bereits unverfallbare Anwartschaften beziehen. Der noch nicht erfasste Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung lag zum 31. Dezember 2025 bei ungefähr 16 Mio. € (31. Dezember 2024: 12 Mio. €), der abhängig von der zukünftigen Aktienkursentwicklung ist.

Der Zeitwert des DWS Stock Appreciation Rights Plans ist mit dem verallgemeinerten Black-Scholes-Modell ermittelt worden. Die eingegangenen Verpflichtungen werden bis zur Auszahlung zum Ende einer jeden Berichtsperiode neu bewertet. Die wesentlichen Eingangsdaten sind der Marktwert zum Bewertungsstichtag, welcher um den Wert der diskontierten entgangenen Dividenden während der Halteperiode korrigiert wird. Weiterhin werden die tatsächlich unverfallbaren Anwartschaften derart ermittelt, dass Schätzungen über die Anzahl von Mitarbeitern getroffen werden, die den Konzern vor Erreichen der Unverfallbarkeit verlassen bzw. über die Anzahl der Mitarbeiter, die in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Folgende Parameter wurden für die Ermittlung des Zeitwerts der Vergütungskomponenten zum Tag der Gewährung und des Bewertungsstichtags berücksichtigt:

	Bewertungs-stichtag 31.12.2025	Bewertungs-stichtag 31.12.2024
Anzahl (in Tausend)	23	367
Beizulegender Zeitwert	€ 34,36	€ 17,72
Aktienkurs	€ 56,50	€ 39,80
Ausübungspreis	€ 22,33	€ 22,33
Erwartete Volatilität (gewichteter Durchschnitt)	33%	33%
Erwartete Lebensdauer (gewichteter Durchschnitt) in Jahren	1,7	0,8
Erwartete Dividende (% des Nettoeinkommens)	65%	65%

In Ermangelung eines liquiden Marktes werden die Kursveränderungen der DWS-Aktie aus den Kursschwankungen der letzten fünf Jahre für die DWS und entsprechender Vergleichsunternehmen abgeleitet.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses

Charakterisierung der Pläne

Der Konzern bietet seinen Mitarbeitern eine Reihe von Plänen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Weiteren „Pensionspläne" genannt, wenn nicht anders ausgeführt) an, die gemäß ihrer Art und Beschaffenheit in der Rechnungslegung zwischen beitragsdefinierten und leistungsdefinierten Plänen unterschieden werden. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit. Beiträge für beitragsdefinierte Pläne basieren zumeist auf einem Prozentsatz der Mitarbeitervergütung. Die weiteren Ausführungen in dieser Anhangangabe beziehen sich vorwiegend auf die leistungsdefinierten Pläne des Konzerns.

Die Pensionspläne des Konzerns lassen sich am besten anhand ihrer geografischen Verteilung unterteilen. Diese reflektiert die Unterschiede in Plancharakteristik und -risiko sowie hinsichtlich des jeweiligen regulatorischen Umfelds. Insbesondere können sich lokale regulatorische Anforderungen stark voneinander unterscheiden und bestimmen zu einem gewissen Grad die Planausgestaltung und -finanzierung. Relevant ist auch die Unterteilung nach Status der Planmitglieder, die eine grobe Einschätzung hinsichtlich der Fälligkeiten der Verpflichtungen des Konzerns gibt.

					31.12.2025
in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	2.816	210	202	699	3.927
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.673	1.135	470	82	3.360
Leistungsempfänger	4.860	1.333	417	218	6.828
Pensionsverpflichtung insgesamt	**9.349**	**2.678**	**1.089**	**999**	**14.115**
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	**9.652**	**3.505**	**944**	**1.158**	**15.259**
Ausfinanzierungsquote (in %)	**103%**	**131%**	**87%**[1]	**116%**	**108%**

[1] Die Pensionsverpflichtung für die USA beinhaltet den nicht ausfinanzierten Gesundheitsfürsorgeplan mit einer Verpflichtung in Höhe von 105 Mio. € zusätzlich zu den leistungsdefinierten Pensionsplänen. Die Ausfinanzierungsquote für die USA beträgt 96% ohne den Gesundheitsfürsorgeplan.

					31.12.2024
in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Pensionsverpflichtungen bezüglich					
Aktive Planteilnehmer	3.084	272	229	715	4.300
Teilnehmer mit unverfallbarer Anwartschaft	1.805	1.321	526	84	3.736
Leistungsempfänger	5.075	1.210	461	229	6.975
Pensionsverpflichtung insgesamt	**9.964**	**2.803**	**1.216**	**1.028**	**15.011**
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	**10.237**	**3.678**	**1.050**	**1.141**	**16.106**
Ausfinanzierungsquote (in %)	**103%**	**131%**	**86%**[1]	**111%**	**107%**

[1] Die Pensionsverpflichtung für die USA beinhaltet den nicht ausfinanzierten Gesundheitsfürsorgeplan mit einer Verpflichtung in Höhe von 120 Mio. € zusätzlich zu den leistungsdefinierten Pensionsplänen. Die Ausfinanzierungsquote für die USA beträgt 96% ohne den Gesundheitsfürsorgeplan.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten der Pensionspläne befindet sich in Deutschland, Großbritannien und den USA. Innerhalb der anderen Länder bezieht sich die größte Verpflichtung auf die Schweiz. In Deutschland und einigen kontinentaleuropäischen Ländern werden Pensionszusagen auf kollektiver Basis mit Betriebsräten, Gewerkschaften oder vergleichbaren Gremien vereinbart. Die wichtigsten Pläne des Konzerns werden durch Treuhänder, Vermögensverwalter oder vergleichbare Instanzen überwacht.

Pensionszusagen können im Rahmen der Gesamtvergütung für die Mitarbeiter eine wichtige Rolle spielen. Das Ziel des Konzerns ist eine für die Mitarbeiter im jeweiligen Marktumfeld attraktive Plangestaltung, die durch den Konzern nachhaltig erbracht werden kann. Zugleich versucht der Konzern das aus derartigen Zusagen erwachsene Risiko zu begrenzen. Aus diesem Grund ging der Konzern in den letzten Jahren in vielen Ländern auf beitragsdefinierte Pläne über.

In der Vergangenheit basierten die Pensionszusagen üblicherweise auf dem zum Pensionierungszeitpunkt erreichten Endgehalt. Diese Zusageformen bilden einen wesentlichen Teil der Verpflichtungen für Pensionäre und ausgeschiedene Anwärter. Derzeit sind die wichtigsten leistungsdefinierten Pensionspläne für aktive Mitarbeiter in Deutschland und den USA Kapitalkontenpläne, bei denen der Arbeitgeber jährlich einen auf das aktuelle Gehalt bezogenen Betrag auf individuelle Mitarbeiterkonten gutschreibt. Je nach Planregel wird der Saldo des Versorgungskontos durch einen festen Prozentsatz verzinst oder er partizipiert an der Marktentwicklung spezieller zugrunde liegender Anlageformen, um das Investitionsrisiko für den Konzern zu reduzieren. Teilweise, wie in Deutschland, ist eine garantierte Leistung in den Planregeln verankert, beispielsweise in Höhe der erfolgten Beiträge. Zum Pensionierungszeitpunkt können die Mitarbeiter gewöhnlich entscheiden, ob das erreichte Kapital als Einmalbetrag bzw. einer festen Anzahl von jährlichen Raten auszuzahlen ist oder in eine Rentenleistung umgewandelt werden soll. Die Umrechnung in eine Rente erfolgt zumeist am Pensionierungsstichtag mit den dann gültigen Marktkonditionen und Annahmen zur Lebenserwartung.

Zusätzlich unterhält der Konzern sowohl Pensionspläne und Leistungszusagen bei Vertragsbeendigung in weiteren Ländern wie auch – vor allem in den USA – Gesundheitsfürsorgepläne für derzeit tätige und pensionierte Mitarbeiter. Im Rahmen der Gesundheitsfürsorgepläne wird den Pensionären üblicherweise ein bestimmter Prozentsatz der erstattungsfähigen medizinischen Aufwendungen unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts gewährt. Sobald Pensionäre in den USA im staatlichen Krankenversicherungssystem Medicare leistungsberechtigt werden, erhalten sie eine Dotierung auf einem individuellen Konto und verlassen damit den Gesundheitsfürsorgeplan des Konzerns. Aufgrund des Verpflichtungsvolumens in Höhe von 126 Mio. € per 31. Dezember 2025 (31. Dezember 2024: 142 Mio. €) im Vergleich zu der Größe der Konzernbilanz zum Jahresende 2025 und der Planausgestaltung sind die Risiken aus den Gesundheitsfürsorgeplänen für den Konzern begrenzt.

Die im Folgenden dargestellten voraussichtlich zu zahlenden Versorgungsleistungen aus leistungsdefinierten Plänen beziehen sich auf zurückliegende und angenommene zukünftige Dienstzeiten und beinhalten sowohl Auszahlungen aus den Pensionsvermögen für ausfinanzierte Pläne als auch direkte Auszahlungen für nicht ausfinanzierte Pläne des Konzerns.

in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Erfolgte Leistungszahlungen 2025	554	109	89	72	824
Erwartete Leistungszahlungen 2026	580	131	78	72	861
Erwartete Leistungszahlungen 2027	582	139	77	72	870
Erwartete Leistungszahlungen 2028	601	148	83	70	902
Erwartete Leistungszahlungen 2029	616	160	84	72	932
Erwartete Leistungszahlungen 2030	630	165	81	70	946
Erwartete Leistungszahlungen 2031 – 2035	3.221	891	418	392	4.922
Gewichteter Durchschnitt der Duration der Leistungsverpflichtung (in Jahren)	10	12	9	9	10

Gemeinschaftliche Pläne mehrerer Arbeitgeber

Der Konzern ist mit anderen Finanzinstituten in Deutschland Mitgliedsunternehmen des BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G. (BVV), der in Ergänzung zu den Direktzusagen des Konzerns Altersvorsorgeleistungen an berechtigte Mitarbeiter in Deutschland leistet. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer leisten regelmäßig Beiträge an den BVV. Die Tarife des BVV sehen feste Rentenzahlungen mit Überschussbeteiligungen vor. Für den BVV gilt die Subsidiärhaftung der Arbeitgeber in Deutschland in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge der eigenen Mitarbeiter. Ein Anstieg der Pensionsleistungen kann auch durch die zusätzliche Verpflichtung entstehen, Anpassungen zum Ausgleich der Inflation zugunsten der Leistungsberechtigten vorzunehmen. Der Konzern klassifiziert den BVV-Plan als leistungsdefinierten gemeinschaftlichen Plan mehrerer Arbeitgeber und behandelt ihn in der Rechnungslegung, wie in der Branche üblich, als beitragsdefinierten Plan, da die verfügbaren Informationen nicht ausreichen, um die Vermögensgegenstände und die auf die gegenwärtigen und ehemaligen Mitarbeiter bezogenen Pensionsverpflichtungen den einzelnen Mitgliedsunternehmen zuzuordnen. Dies liegt maßgeblich in der Tatsache begründet, dass der BVV seine Vermögensanlagen weder den Leistungsberechtigten noch den Mitgliedsunternehmen vollständig zuordnet.

Steuerung und Risiko

Der Konzern unterhält ein Pensions Committee zur Überwachung der Pensionen und der damit verbundenen Risiken auf globaler Basis. Das Komitee tagt mindestens vierteljährlich und berichtet direkt an das Senior Executive Compensation Committee.

In diesem Rahmen erlässt der Konzern Richtlinien über die Steuerung und das Risikomanagement und entwickelt sie fort, insbesondere in Bezug auf Ausfinanzierung, Portfoliostruktur und Bestimmung der versicherungsmathematischen Annahmen.

Während und nach Akquisitionen oder bei Veränderungen im Umfeld (zum Beispiel rechtlich, steuerlich) werden Themen wie die grundsätzliche Planausgestaltung oder potenzielle Plananpassungen erörtert. Jegliche Planänderung erfordert in einem standardisierten Prozess die Zustimmung des Konzernbereichs Human Resources und oberhalb bestimmter Materialitätsgrenzen die des Pensions Committee.

Das Pensionsrisikomanagement ist in den Bereich des Konzernrisikomanagements eingebettet, mit starker Fokussierung auf Marktrisiken aufgrund der Bedeutung von Kapitalmarktentwicklungen (z. B. Zins, Kreditrisiko, Inflation) auf den Wert des Planvermögens und der Verpflichtungen und somit auf das IFRS- und regulatorische Kapital. Das Risikomanagement umfasst hierbei sowohl die regelmäßige Messung, Monitoring und Berichterstattung von Risiken über spezifische Kenngrößen als auch das Risikosteuerungsrahmenwerk, z. B. je nach Anwendbarkeit durch die Einführung von Risikogrenzen und -materialitätsgrenzen. Die Risikomanagementaktivitäten umfassen ebenso die Betrachtung, die Überwachung und die Messung anderer finanzieller Risiken, z. B. Risiken von demographischen und anderen versicherungsmathematischen Annahmen (z. B. Langlebigkeitsrisiko) aber auch die Beurteilung von Modellen, Bewertungsmethoden und anderen nichtfinanziellen Messgrößen.

In den für den Konzern wichtigsten Ländern bezieht sich das aus den Plänen resultierende pensionsbezogene Risiko für den Konzern auf potenzielle Veränderungen in Kreditausfallrisiken, Zinssätzen, Inflation und Langlebigkeit, wenngleich deren Auswirkung durch die Anlagestrategie des Planvermögens teilweise reduziert wird, jedoch gleichzeitig zu Investitionsrisiken führt.

Der Konzern ist grundsätzlich bestrebt, den durch Marktbewegungen verursachten Einfluss der Pensionspläne auf den Konzernabschluss zu minimieren, das jedoch unter Berücksichtigung weiterer Zielgrößen im Zusammenhang mit der Ausfinanzierung von Pensionsplänen, dem regulatorischen Eigenkapital sowie Einschränkungen durch lokale Finanzierungs- oder Rechnungslegungsvorschriften.

Finanzierung

Der Konzern unterhält verschiedene externe Vermögenstreuhandstrukturen, durch die die Mehrheit der Pensionsverpflichtungen ausfinanziert ist. Die Finanzierungsgrundsätze des Konzerns zielen – unter Beachtung spezifischer lokaler rechtlicher Regelungen – auf eine nahezu vollständige Deckung des Barwerts der Pensionsverpflichtung durch das Planvermögen in einem Rahmen von 90% bis 100% ab. Des Weiteren entschied der Konzern, dass einige Verpflichtungen nicht extern ausfinanziert werden. Dieser Ansatz wird von Zeit zu Zeit überprüft, beispielsweise, wenn sich lokale Vorschriften oder Praktiken verändern. Verpflichtungen nicht ausfinanzierter Pläne werden bilanziell zurückgestellt.

Für viele der extern ausfinanzierten Pläne bestehen lokale Mindestdotierungsanforderungen. Zusätzlich kann der Konzern anhand der eigenen Finanzierungsgrundsätze über weitere Dotierungen entscheiden. Es gibt Standorte, wie beispielsweise in Großbritannien, an denen die Treuhänder mit dem Konzern gemeinsam die Dotierungshöhe vereinbaren. In den meisten Staaten erwartet der Konzern den vollen ökonomischen Nutzen eventueller Überdeckungen von Pensionsverpflichtungen durch Planvermögen, üblicherweise in Form reduzierter künftiger Dotierungen. Ausgehend von der nahezu vollständigen Ausfinanzierung und der für die wichtigsten ausfinanzierten Pläne eingeführten Investitionsstrategie erwartet der Konzern kurzfristig keine materiellen auszugleichenden Defizitbeträge. Mit Bezug auf die Finanzierungsgrundsätze erörtert der Konzern jährlich, inwieweit die aus dem Unternehmensvermögen gezahlten Pensionsleistungen durch den Treuhänder erstattet werden sollen oder auch nicht, was indirekt einer entsprechenden Zuführung zum Planvermögen entspricht.

Um den über das obere Ende des selbst angestrebten Finanzierungsniveaus hinausgehenden Betrag zu beschränken, erstattete der Treuhänder dem Konzern im Jahr 2025 die zuvor geleisteten Pensionszahlungen in Höhe von 540 Mio. € (2024: 520 Mio. €) zurück.

Für die Gesundheitsfürsorgepläne bildet der Konzern während der aktiven Dienstverhältnisse Rückstellungen und zahlt die Leistungen bei Fälligkeit aus eigenen Mitteln aus.

Versicherungsmathematische Methoden und Annahmen

Bewertungsstichtag für alle Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden durch unabhängige, qualifizierte Aktuare gemäß der Methode des Verfahrens der laufenden Einmalprämien bewertet. Eine Konzernrichtlinie gibt Vorgaben hinsichtlich der Bestimmung versicherungsmathematischer Annahmen, um deren Konsistenz global sicherzustellen. Final werden diese durch das Pensions Committee des Konzerns bestimmt. Das Senior Management des Konzerns wird regelmäßig über Bewegungen und Änderungen in den wichtigsten versicherungsmathematischen Annahmen informiert.

Die folgende Darstellung der wichtigsten Bewertungsannahmen zur Verpflichtungsbestimmung per 31. Dezember erfolgt in Form gewichteter Durchschnitte.

	31.12.2025				31.12.2024			
	Deutschland	Großbritannien	USA[1]	Andere Länder	Deutschland	Großbritannien	USA[1]	Andere Länder
Diskontierungszinssatz (in %)	4,06%	5,54%	5,22%	3,52%	3,52%	5,48%	5,51%	3,20%
Inflationsrate (in %)	2,02%	3,17%	2,30%	1,51%	2,06%	3,46%	2,20%	1,60%
Nominale Gehaltssteigerungsrate (in %)	2,20%	3,17%	2,40%	3,10%	2,25%	3,46%	2,30%	2,96%
Nominale Pensionssteigerungsrate (in %)	2,02%	2,96%	2,30%	0,55%	2,06%	3,18%	2,20%	0,59%
Zugrunde gelegte Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren								
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Männer	21,5	23,5	22,7	22,1	21,5	23,2	22,1	22,0
für zum Bewertungsstichtag 65-jährige Frauen	22,9	25,1	23,9	24,1	23,7	25,1	23,5	24,1
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Männer	22,8	24,8	24,0	23,7	22,8	24,4	23,5	23,6
für zum Bewertungsstichtag 45-jährige Frauen	24,0	26,5	25,3	25,6	24,8	26,4	24,9	25,6

Angewendete Sterbetafeln								
	2025 Modifizierte Richttafeln Heubeck 2018G	SAPS (S4) Light/ Very Light mit CMI 2024 Projektionen	PRI-2012 mit angepassten MP-2021 Projektionen	Länderspezifische Tabellen	2019 Modifizierte Richttafeln Heubeck 2018G	SAPS (S3) Light/ Very Light mit CMI 2023 Projektionen	PRI-2012 mit MP-2021 Projektionen	Länderspezifische Tabellen

[1] Der Zinssatz für Gutschriften auf den Kapitalkontenplänen entspricht der Rendite 30-jähriger Staatsanleihen der USA.

Für die bedeutendsten Pläne des Konzerns wird der Diskontierungszinssatz zum Bewertungsstichtag über eine Zinsstrukturkurve hochrangiger Unternehmensanleihen – abgeleitet von umfänglichen durch anerkannte Indexanbieter beziehungsweise Ratingagenturen veröffentlichte Anleiheinformationen – ermittelt, der den Zeitpunkt zukünftiger Leistungen und deren Höhe sowie Währung für jeden Plan berücksichtigt.

Die Annahmen zur Inflationsrate in der Eurozone und in Großbritannien werden mit Bezug auf am Kapitalmarkt gehandelte Inflationsprodukte bestimmt. Maßgeblich sind die Inflationsswapsätze in den betreffenden Märkten zum jeweiligen Bewertungsstichtag. Für andere Länder liegt der Bezug für deren Inflationsannahme üblicherweise auf den Inflationsprognosen von Consensus Economics Inc.

Die Annahmen zur zukünftigen Gehalts- und Pensionssteigerung werden für jeden Plan getrennt, falls relevant, abgeleitet. Sie werden von der Inflationsrate abgeleitet und spiegeln sowohl Vergütungsstruktur oder -grundsätze im jeweiligen Markt als auch lokale rechtliche Anforderungen oder planspezifische Regelungen wider. Im Jahr 2024 verbesserte der Konzern das Schätzverfahren für die Rentensteigerungen der hauptsächlichen deutschen Pensionszusagen, um die Effekte der zuletzt festgestellten kurzfristigen Inflation besser zu berücksichtigen. Daraus resultierte ein Ertrag in Höhe von 100 Mio. €, welcher in der sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurde.

Neben anderen Parametern kann die Lebenserwartung eine wesentliche Annahme zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung sein und folgt den in den jeweiligen Ländern üblichen Ansätzen. Wenn möglich, wurden potenzielle zukünftige Steigerungen der Lebenserwartung in die Annahmen mit einbezogen.

Überleitung von Verpflichtungen und Vermögenswerten – Auswirkung auf den Konzernabschluss

					2025
in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	**9.964**	**2.803**	**1.216**	**1.028**	**15.011**
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	106	7	6	39	158
Zinsaufwand	343	145	59	31	578
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	14	2	0	12	28
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen	0	0	0	0	0
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	-517	-87	28	-25	-601
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	-56	1	9	1	-45
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	54	64	5	14	137
Kapitalfluss und andere Veränderungen	0	0	0	0	0
Zuführungen der Planteilnehmer	1	0	0	16	17
Leistungszahlungen	-554	-109	-89	-73	-825
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	-6	-6
Akquisitionen/Veräußerungen	-6	0	0	0	-6
Wechselkursveränderungen	0	-148	-145	-38	-331
Sonstige	0	0	0	0	0
Verpflichtung am Jahresende	**9.349**	**2.678**	**1.089**	**999**	**14.115**
davon:					
intern finanziert	0	8	122	62	192
extern finanziert	9.349	2.670	967	937	13.923
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	**10.237**	**3.678**	**1.030**	**1.141**	**16.106**
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	354	191	51	34	630
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen	0	0	0	0	0
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	-445	-58	28	21	-452
Kapitalfluss und andere Veränderungen	0	0	0	0	0
Zuführungen der Planteilnehmer	1	0	0	16	17
Zuführungen des Arbeitgebers	43	0	19	47	109
Leistungszahlungen[1]	-554	-109	-76	-65	-804
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	-6	0	0	0	-6
Wechselkursveränderungen	0	-194	-126	-35	-355
Sonstige	0	0	0	0	0
Kosten der Planadministration	0	-3	-2	-1	-6
Planvermögen am Jahresende	**9.632**	**3.505**	**944**	**1.158**	**15.239**
Finanzierungsstatus am Jahresende	**283**	**827**	**-145**	**159**	**1.124**
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	**0**	**0**	**0**	**-111**	**-111**
Zinsaufwand	0	0	0	-1	-1

in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	2025 Insgesamt
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	-32	-32
Wechselkursveränderungen	0	0	0	-1	-1
Saldo am Jahresende	**0**	**0**	**0**	**-145**	**-145**
Nettovermögenswert/-schuld	**283**	**827**	**-145**	**14**	**979**[2]
Barwert von Rückerstattungsansprüchen	0	0	0	3	3

[1] Nur für extern finanzierte Pensionspläne
[2] Davon 1.200 Mio. € als sonstiger Vermögensgegenstand und 261 Mio. € als sonstige Verbindlichkeit erfasst

in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	2024 Insgesamt
Veränderungen im Barwert der Pensionsverpflichtung					
Verpflichtung am Jahresanfang	**10.504**	**3.026**	**1.172**	**979**	**15.681**
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Laufender Dienstzeitaufwand	119	8	7	37	171
Zinsaufwand	343	137	58	32	570
Nachträglich zu verrechnender Dienstzeitaufwand und aus Planabgeltungen entstandener Gewinn/Verlust	14	1	0	0	15
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen	0	0	0	0	0
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung finanzmathematischer Annahmen	-549	-398	-13	13	-947
Versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust aufgrund der Veränderung demografischer Annahmen	0	10	0	3	13
Erfahrungsbedingter versicherungsmathematischer Gewinn/Verlust	71	-12	-1	11	69
Kapitalfluss und andere Veränderungen	0	0	0	0	0
Zuführungen der Planteilnehmer	1	0	0	16	17
Leistungszahlungen	-539	-113	-85	-62	-799
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	142	78	-1	219
Sonstige	0	2	0	0	2
Verpflichtung am Jahresende	**9.964**	**2.803**	**1.216**	**1.028**	**15.011**
davon:					
intern finanziert	0	10	139	68	217
extern finanziert	9.964	2.793	1.077	960	14.794
Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens					
Planvermögen am Jahresanfang	**10.532**	**3.912**	**1.003**	**1.071**	**16.518**
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Pensionsaufwendungen					
Zinsertrag	350	177	50	34	611
In der Gesamtergebnisrechnung erfasste Pensionsaufwendungen	0	0	0	0	0
Ertrag aus Planvermögen abzüglich des in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Betrags	-148	-479	4	34	-589
Kapitalfluss und andere Veränderungen	0	0	0	0	0
Zuführungen der Planteilnehmer	1	0	0	16	17
Zuführungen des Arbeitgebers	41	0	0	36	77
Leistungszahlungen[1]	-539	-112	-71	-54	-776
Zahlungen aufgrund von Planabgeltungen	0	0	0	0	0
Akquisitionen/Veräußerungen	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderungen	0	185	67	4	256
Sonstige	0	0	0	1	1
Kosten der Planadministration	0	-5	-5	-1	-9
Planvermögen am Jahresende	**10.237**	**3.678**	**1.050**	**1.141**	**16.106**
Finanzierungsstatus am Jahresende	**273**	**875**	**-166**	**113**	**1.095**

in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	2024 Insgesamt
Veränderungen in der Begrenzung des Ansatzes von Vermögenswerten					
Saldo am Jahresanfang	**0**	**0**	**0**	**-102**	**-102**
Zinsaufwand	0	0	0	-1	-1
Veränderungen im Begrenzungswert	0	0	0	-9	-9
Wechselkursveränderungen	0	0	0	1	1
Saldo am Jahresende	**0**	**0**	**0**	**-111**	**-111**
Nettovermögenswert/-schuld	**273**	**875**	**-166**	**2**	**984**[2]
Barwert von Rückerstattungsansprüchen	0	0	0	3	3

[1] Nur für extern finanzierte Pensionspläne
[2] Davon 1.301 Mio. € als sonstiger Vermögensgegenstand und 317 Mio. € als sonstige Verbindlichkeit erfasst

Anlagestrategie

Das Anlageziel des Konzerns ist es, sich vor nachteiligen Auswirkungen auf die hauptsächlichen Finanzkennzahlen zu schützen, die aus den Veränderungen der Finanzierungslage seiner Pensionspläne resultieren. Der primäre Fokus liegt dabei auf der Absicherung des IFRS-Finanzierungsstatus im Falle von ungünstigen Marktlagen. Die Anlagestrategen operieren in Übereinstimmung mit den erteilten Anlagemandaten oder -grundsätzen, die mit den Vermögenstreuhändern oder Anlageausschüssen vereinbart wurden.

Für die wichtigsten Pläne des Konzerns, wo der nach IFRS ermittelte Finanzierungsstatus zu schützen gilt, wird ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt mit Abstrichen im Hinblick auf die Steuerung abweichender Kennzahlen. Dies wird durch eine Vermögensanlage erreicht, die nahe der zugrundeliegenden Verpflichtung in Bezug auf die Marktrisikofaktoren Zins, Kreditausfallrisiko und Inflation entspricht. Dadurch spiegelt das Planvermögen in etwa dasselbe zugrundeliegende Risikoprofil und Währung wie die Pensionsverpflichtungen wider.

Dort, wo das entsprechende Absicherungsniveau durch physische Instrumente (zum Beispiel Unternehmens- und Staatsanleihen) nicht erreicht werden kann, werden Derivate eingesetzt. Diese Absicherungsinstrumente beinhalten vorwiegend Zins-, Inflations- und Kreditausfallswaps. Es werden aber auch andere Instrumente, wie zum Beispiel Zinstermingeschäfte und Optionen, genutzt. In der Praxis ist die Umsetzung einer vollständigen Absicherung nicht möglich, beispielsweise durch eine unzureichende Markttiefe für Anleihen extrem langer Laufzeiten wie auch durch Liquiditäts- und Kostenaspekte. Darum beinhaltet das Planvermögen auch andere Anlageklassen, wie Aktien, Immobilien, Hochzinsanleihen oder Anleihen aus Schwellenländern, um eine langfristige Wertsteigerung und einen Nutzen aus der Risikostreuung zu erzielen. Des Weiteren führt diese veränderte Anlagestrategie dazu, dass bewusst eingegangene Marktrisiken in Form von Zins- und Kreditausfallrisiken in einem vom Pensions Committee vorgegebenen Rahmen gesteuert werden können. Dies führte zu einer Reduzierung des Marktrisikos des Planvermögens.

Im Jahr 2024 übertrug der Konzern nicht versicherte Verpflichtungen des bedeutendsten britischen Pensionsplanes in Höhe von 1,1 Mrd. € an externe Versicherungen, was die sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen um ungefähr 120 Mio. € verminderte. Insgesamt führte der Konzern bis zum 31.12.2025 fünf derartige Transaktionen mit externen Versicherern in Großbritannien durch, die den Konzern insgesamt vor Schwankungen von ca. 2,6 Mrd. € seiner Pensionsverpflichtungen bewahren.

Vermögensverteilung in verschiedene Anlageklassen

Die folgende Tabelle präsentiert die Vermögensverteilung der Pensionspläne des Konzerns zur Ableitung der Risiken hinsichtlich entscheidender Anlageklassen. Das beinhaltet sowohl physische Wertpapiere in den einzeln gemanagten Vermögensklassen als auch Anteile an Investmentfonds, die im Planvermögen gehalten werden.

Die Vermögenswerte umfassen „notierte" (das heißt Level 1 in Einklang mit IFRS 13 – der Zeitwert kann direkt von Preisen abgeleitet werden, die an aktiven und liquiden Märkten notiert sind) und „weitere" (das heißt Level 2 und 3 gemäß IFRS 13) Vermögensanlagen.

	31.12.2025					31.12.2024				
in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Insgesamt
Liquide Mittel	451	137	-18	60	610	305	163	3	66	537
Aktien[1]	1.189	124	89	280	1.682	1.060	0	111	256	1.427
Hochrangige Anleihen[2]	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Staatsanleihen	1.608	168	288	196	2.260	1.814	77	277	214	2.382
Unternehmensanleihen	3.817	358	429	360	4.964	4.090	531	474	358	5.453
Nicht-Investment-Grade	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Staatsanleihen	96	0	4	5	105	86	0	4	4	94
Unternehmensanleihen	359	43	9	23	434	380	17	19	25	441
Verbriefte und andere Schuldtitel	32	48	46	19	145	37	21	85	16	159
Versicherungen	0	2.626	0	18	2.644	0	2.756	0	16	2.772
Alternative Anlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Immobilien	632	0	0	104	736	719	0	0	99	818
Rohstoffe	77	0	0	4	81	54	0	0	2	56
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	4	4
Andere[3]	945	0	0	65	1.010	989	0	0	60	1.049
Derivate (Marktwert) auf	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zinsänderung	443	0	-29	11	425	730	113	-49	13	807
Kreditausfallrisiko	-12	0	36	0	24	-18	0	57	0	39
Inflationsveränderung	0	0	0	11	11	0	0	0	14	14
Wechselkursveränderung	15	1	0	2	18	-17	0	0	-6	-23
Andere	0	0	90	0	90	8	0	69	0	77
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	**9.632**	**3.505**	**944**	**1.158**	**15.239**	**10.237**	**3.678**	**1.050**	**1.141**	**16.106**

[1] Die Verteilung des Aktienportfolios erfolgt weitestgehend anhand typischer Indizes in den jeweiligen Märkten, zum Beispiel ist der MSCI All Countries World Index der Maßstab für das Aktienportfolio in den britischen Pensionsplänen.
[2] Hochrangig bedeutet BBB und darüber. Die durchschnittliche Bewertung der im Planvermögen des Konzerns gehaltenen Anleihen ist ungefähr A.
[3] Unter anderem enthält diese Position Mischfonds, deren Komponenten sich nicht auf die anderen Anlagekategorien aufteilen lassen.

Die folgende Tabelle weist nur die Vermögensanlagen des Planvermögens aus, die in aktiven Märkten notiert sind, das heißt Level 1 gemäß der Einteilung nach IFRS 13.

in Mio. €	31.12.2025					31.12.2024				
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	insgesamt	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	insgesamt
Liquide Mittel[1]	56	16	-18	9	63	-118	-56	3	12	-159
Aktien[2]	868	124	89	56	1.137	757	0	110	45	912
Hochrangige Anleihen[3]	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Staatsanleihen	558	168	268	57	1.051	599	77	256	52	984
Unternehmensanleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nicht-Investment-Grade	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Staatsanleihen	5	0	0	0	5	2	0	1	0	3
Unternehmensanleihen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Verbriefte und andere Schuldtitel	0	19	0	0	19	0	0	0	0	0
Versicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Alternative Anlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Immobilien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Rohstoffe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Beteiligungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Derivate (Marktwert) auf	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zinsänderung	0	0	-32	0	-32	0	0	-57	0	-57
Kreditausfallrisiko	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Inflationsveränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Wechselkursveränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Andere	0	0	0	0	0	8	0	0	0	8
Beizulegender Zeitwert des notierten Planvermögens	**1.487**	**327**	**307**	**122**	**2.243**	**1.248**	**21**	**313**	**109**	**1.691**

[1] Negative Werte beinhalten kurzfristige Verbindlichkeiten
[2] Die Verteilung des Aktienportfolios erfolgt weitestgehend anhand typischer Indizes in den jeweiligen Märkten, zum Beispiel ist der MSCI All Countries World Index der Maßstab für das Aktienportfolio in den britischen Pensionsplänen
[3] Hochrangig bedeutet BBB und darüber. Die durchschnittliche Bewertung der im Planvermögen des Konzerns gehaltenen Anleihen ist ungefähr A

Die folgenden Tabellen zeigen die Vermögensverteilung des „notierten" wie auch sonstigen Planvermögens der leistungsdefinierten Pensionspläne des Konzerns nach wichtigen geografischen Regionen, in denen es investiert ist.

in Mio. €	31.12.2025						
	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industriestaaten	Entwicklungs- und Schwellenländer	Insgesamt
Liquide Mittel	-26	135	-5	465	19	22	610
Aktien	74	102	568	497	354	87	1.682
Hochrangige Staatsanleihen	329	166	307	860	135	463	2.260
Nicht-Investment-Grade Staatsanleihen	0	0	0	6	0	99	105
Hochrangige Unternehmensanleihen	533	441	1.809	1.608	507	66	4.964
Nicht-Investment-Grade Unternehmensanleihen	4	20	27	378	3	2	434
Verbriefte und andere Schuldtitel	18	31	45	22	28	1	145
Zwischensumme	**932**	**895**	**2.751**	**3.836**	**1.046**	**740**	**10.200**
Anteil (in %)	9%	9%	27%	38%	10%	7%	100%
Weitere Anlagekategorien							5.039
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							**15.239**

31.12.2024

in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder der Eurozone	Weitere Industrie-staaten	Entwicklungs- und Schwellen-länder	Insgesamt
Liquide Mittel	-20	172	30	311	20	24	537
Aktien	29	30	818	345	150	55	1.427
Hochrangige Staatsanleihen	376	77	300	980	207	442	2.382
Nicht-Investment-Grade Staatsanleihen	2	0	1	0	0	91	94
Hochrangige Unternehmensanleihen	500	632	1.843	2.021	392	65	5.453
Nicht-Investment-Grade Unternehmensanleihen	26	27	22	359	3	4	441
Verbriefte und andere Schuldtitel	23	21	83	15	17	0	159
Zwischensumme	**936**	**959**	**3.097**	**4.031**	**789**	**681**	**10.493**
Anteil (in %)	9%	9%	30%	38%	8%	6%	100%
Weitere Anlagekategorien							5.613
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens							**16.106**

Per 31. Dezember 2025 sind im Planvermögen Derivate mit einem insgesamt positiven Marktwert von 630 Mio. € (31. Dezember 2024: 810 Mio. €) enthalten, bei denen Konzerneinheiten Vertragspartner sind. Im Planvermögen gibt es weder materielle Beträge von durch den Konzern emittierten Wertpapieren noch von sonstigen Forderungen gegen den Konzern. Es sind keine vom Konzern genutzten Immobilienwerte enthalten.

Wichtige Risikosensitivitäten

Die Pensionsverpflichtung ist sensitiv in Bezug auf Veränderungen der Marktbedingungen und der Bewertungsannahmen. Die Sensitivitäten hinsichtlich der Veränderungen am Kapitalmarkt und der bedeutendsten Annahmen werden in der folgenden Tabelle dargestellt. Jeder Marktrisikofaktor beziehungsweise jede Annahme wird dabei jeweils isoliert verändert. Die Sensitivitäten der Verpflichtungen sind Schätzungen basierend auf geometrischen Extrapolationsmethoden, die die Planduration bezogen auf jede Annahme nutzen. Die Duration ist ein Risikomaß für die grundsätzliche Sensitivität einer Verpflichtung hinsichtlich der Veränderung einer zugrunde liegenden Annahme und gibt eine angemessene Abschätzung für kleinere bis mittlere Veränderungen solcher Annahmen an.

Beispielsweise wird die Zinsduration von der Veränderung der Leistungsverpflichtung bezogen auf abweichende Zinsannahmen abgeleitet, die die lokalen Aktuare für die jeweiligen Pläne ermitteln. Die sich daraus ergebende Duration wird zur Abschätzung des aus der Verpflichtung resultierenden Neubewertungsverlusts oder -gewinns bei verändertem Zinssatz benutzt. Für die anderen Annahmen wird ein ähnlicher Ansatz angewandt, um die jeweiligen Sensitivitäten abzuleiten.

Für Pensionspläne beeinflussen Änderungen der kapitalmarktbedingten Bewertungsmaßnahmen (z. B. beim Zinssatz und der Inflationsrate) sowohl die Pensionsverpflichtungen als auch das Planvermögen. Für Pensionspläne, bei denen der Konzern ein verpflichtungsorientiertes Anlagekonzept verfolgt oder – wie in Großbritannien – Teile der Verpflichtung versichert hat, wird das Gesamtrisiko des Konzerns aufgrund solcher Änderungen reduziert. Um das Verständnis für das Gesamtrisikoprofil des Konzerns bezogen auf wichtige Kapitalmarktbewegungen zu erhöhen, werden deshalb die Nettoveränderungen von Pensionsverpflichtungen und Planvermögen dargestellt; bei Annahmen ohne Einfluss auf die Vermögenswerte wird nur die Veränderung der Verpflichtung gezeigt.

Die vermögensbezogenen Sensitivitäten werden durch den Konzernbereich Market Risk Management für die größten Pläne des Konzerns durch Nutzung von risikosensitiven Faktoren bestimmt. Diese Sensitivitätsberechnungen basieren auf Daten von den Vermögensmanagern der Pläne und werden linear extrapoliert, um die geschätzte Veränderung im Marktwert des Planvermögens im Falle der Veränderung des zugrunde liegenden Risikofaktors zu zeigen.

Die Sensitivitäten stellen in Bezug auf Kapitalmarktbewegungen und wesentliche Annahmen plausible Veränderungen über die Zeit dar. Der Konzern ist nicht in der Position, Einschätzungen zur Wahrscheinlichkeit dieser Veränderungen auf dem Kapitalmarkt oder in den Annahmen anzugeben. Während diese Sensitivitäten die Gesamtveränderung auf das Finanzierungsniveau verdeutlichen, können sich die Auswirkung des Einflusses und die Bandbreite angemessener alternativer Annahmen zwischen verschiedenen Plänen unterscheiden, was im Gesamtergebnis enthalten ist. Obwohl das Planvermögen wie auch die Verpflichtungen sensitiv auf ähnliche Risikofaktoren sind, können sich tatsächliche Veränderungen im Planvermögen und den Verpflichtungen durch eine unzureichende Korrelation zwischen Marktrisikofaktoren und versicherungsmathematischen Annahmen nicht vollständig ausgleichen. Durch nichtlineare Zusammenhänge ist bei der Extrapolation dieser Sensitivitäten hinsichtlich der Kapitalmarktbedingungen und der wichtigsten Annahmen Vorsicht geboten in Bezug auf den gesamten Finanzierungsstatus. Etwaige Maßnahmen des Managements zur Reduzierung der mit den Pensionsplänen verbundenen Risiken sind in diesen Sensitivitätszahlen nicht enthalten.

	31.12.2025				31.12.2024			
in Mio. €	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder
Zinssatz (–50 bps):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	-455	-165	-25	-40	-525	-210	-25	-45
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen[1]	415	150	15	15	465	225	20	15
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	**-40**	**-15**	**-10**	**-25**	**-60**	**15**	**-5**	**-30**
Zinssatz (+50 bps):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	435	155	25	40	500	195	25	40
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen[1]	-415	-140	-15	-15	-465	-205	-20	-15
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	**20**	**15**	**10**	**25**	**35**	**-10**	**5**	**25**
Kreditrisikorate (–50 bps):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	-455	-165	-50	-45	-525	-210	-55	-50
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen[1]	285	155	30	10	305	220	35	10
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	**-170**	**-10**	**-20**	**-35**	**-220**	**10**	**-20**	**-40**
Kreditrisikorate (+50 bps):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	435	155	45	45	500	195	50	45
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen1	-285	-145	-30	-10	-305	-200	-35	-10
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	**150**	**10**	**15**	**35**	**195**	**-5**	**15**	**35**
Inflationsrate (–50 bps):[2]								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	140	115	5	10	165	150	5	10
Erwartete Verringerung (–) im Planvermögen1	-180	-120	0	-5	-260	-150	0	-5
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	**-40**	**-5**	**5**	**5**	**-95**	**0**	**5**	**5**
Inflationsrate (+50 bps):[2]								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	-250	-115	-5	-10	-280	-160	-5	-10
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen[1]	180	120	0	5	260	160	0	5
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	**-70**	**5**	**-5**	**-5**	**-20**	**0**	**-5**	**-5**

in Mio. €	31.12.2025 Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder	31.12.2024 Deutschland	Großbritannien	USA	Andere Länder
Gehaltssteigerungsrate (–50 bps):								
Verringerung (+) in der Leistungsverpflichtung	20	0	0	10	25	5	0	10
Gehaltssteigerungsrate (+50 bps):								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	-20	0	0	-10	-25	-5	0	-10
Anstieg der Lebenserwartung um 10%[3]								
Anstieg (–) in der Leistungsverpflichtung	-190	-55	-20	-10	-205	-60	-20	-10
Erwarteter Anstieg (+) im Planvermögen	0	55	0	0	0	55	0	0
Erwartete Nettoveränderung im Finanzierungsstatus (Anstieg (+)/ Verringerung (–))	**-190**	**0**	**-20**	**-10**	**-205**	**-5**	**-20**	**-10**

[1] Die erwarteten Veränderungen im beizulegenden Zeitwert des Planvermögens beinhalten nur die simulierten Auswirkungen der größten Pläne in Deutschland, Großbritannien, den USA, auf den Kanalinseln, in der Schweiz und Belgien, welche mehr als 90% des gesamten Zeitwerts repräsentieren. Der Vermögenswert für die übrigen Länder bleibt bei dieser Darstellung unverändert.
[2] Umfasst zugleich die Sensitivität hinsichtlich des Rentenanstiegs, der im gewissen Grad direkt an die Inflationsrate gekoppelt ist.
[3] Dies entspricht geschätzt in etwa dem Anstieg der Lebenserwartung um circa 1 Jahr.

Erwarteter Kapitalfluss

Die im Folgenden dargestellten erwarteten Zahlungen des Konzerns im Jahr 2026 bezüglich seiner Pensionspläne umfassen sowohl die Leistungszahlungen für nicht extern ausfinanzierte Pläne, die Zuführungen zum Planvermögen extern ausfinanzierter leistungsdefinierter Pensionspläne als auch Beiträge an beitragsdefinierte Pensionspläne.

in Mio. €	2026 Insgesamt
Erwartete Zuführungen	
zum Planvermögen leistungsdefinierter Versorgungspläne	95
zum BVV	60
zu beitragsdefinierten Plänen	280
Erwartete Leistungszahlungen für intern finanzierte Versorgungspläne	20
Erwartete Zahlungen für Pensionspläne	**455**

Aufwendungen für Leistungen an Arbeitnehmer

Die folgende Tabelle zeigt eine Aufstellung spezifischer Aufwandspositionen gemäß den Anforderungen nach IAS 19 und IFRS 2.

in Mio. €	2025	2024	2023
Aufwendungen für leistungsdefinierte Pläne			
Dienstzeitaufwand[1]	175	171	164
Nettozinsaufwand (+)/-ertrag (–)	-51	-40	-45
Gesamtaufwendungen leistungsdefinierter Pläne	**122**	**131**	**119**
Aufwendungen für beitragsdefinierte Pläne			
Beiträge an den BVV	60	61	55
Beiträge an beitragsdefinierte Pläne	280	282	265
Gesamtaufwendungen beitragsdefinierter Pläne	**341**	**343**	**320**
Pensionsaufwendungen insgesamt	**462**	**474**	**439**
Arbeitgeberbeiträge zu staatlichen Pensionsplänen			
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	**243**	232	218
Beiträge an die Postbeamtenversorgungskasse	**55**	51	57
Weitere Beiträge zu staatlichen Pensionsplänen	**260**	258	248
Gesamte Arbeitgeberbeiträge zu staatlichen Pensionsplänen	**557**	**541**	**523**
Personalaufwand für aktienbasierte Vergütung:			
Aufwand für in Aktien zu begebene aktienbasierte Vergütung[2]	493	426	436
Aufwand für in bar auszuzahlende aktienbasierte Vergütung[2]	86	64	43
Aufwand für aufgeschobene Barvergütungen[2]	459	471	448
Aufwand für Abfindungszahlungen[3]	162	487	293

[1] Der Anteil des Dienstzeitaufwands, der den Abfindungszahlungen zuzuordnen ist, wird als Aufwand für Abfindungszahlungen klassifiziert.
[2] Einschließlich Akquisitionsprämien und Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter Komponenten für aufgeschobene Vergütung aufgrund der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses unter Einbezug solcher Anteile, die als Restrukturierungsaufwand erfasst wurden.
[3] Ohne Einmalaufwand zur beschleunigten Amortisation noch nicht amortisierter aufgeschobener Vergütungskomponenten. Der Anteil des Dienstzeitaufwands, der den Abfindungszahlungen zuzuordnen ist, wurde als Aufwand für Abfindungszahlungen klassifiziert.

34 – Ertragsteuern

Ertragsteueraufwand/-ertrag (–)

in Mio. €	2025	2024	2023
Laufender Steueraufwand/-ertrag (–):			
Steueraufwand/-ertrag (–) für das laufende Jahr	1.814	1.330	1.284
Periodenfremder laufender Steueraufwand/-ertrag (–)	-60	-16	56
Laufender Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	**1.754**	**1.314**	**1.340**
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–):			
Effekt aus der Entstehung und Umkehrung temporärer Differenzen, noch nicht genutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften	907	463	442
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	-110	23	7
Periodenfremder latenter Steueraufwand/-ertrag (–)	40	-13	-1.002
Latenter Steueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	**837**	**473**	**-553**
Ertragsteueraufwand/-ertrag (–) insgesamt	**2.592**	**1.786**	**787**

Der gesamte latente Steueraufwand/-ertrag umfasst Vorteile aus bisher nicht berücksichtigten steuerlichen Verlusten (Steuergutschriften/-abzugsfähige temporäre Differenzen) sowie aus der Wertaufholung früherer Abwertungen und Aufwendungen aus der Abwertung von latenten Steueransprüchen. Der latente Steueraufwand/-ertrag wurde im Jahr 2024 um 16 Mio. € und im Jahr 2023 um 1,1 Mrd. € dadurch positiv beeinflusst.

Die globalen Mindestbesteuerungsregeln oder Pillar 2 Regeln gelten für die Deutsche Bank ab 2024, wobei die Deutsche Bank AG die oberste Muttergesellschaft ist. Die Deutsche Bank ist verpflichtet, jährlich die globale Mindeststeuer oder Pillar 2 Ergänzungssteuer für ihre Konzerngesellschaften in nahezu 60 Ländern zu ermitteln. Eine vorübergehende Befreiung von den detaillierten Berechnungen der Pillar 2 Regeln, die für jedes Land einzeln bestimmt werden, kann jedoch im Rahmen der befristeten Übergangsregelungen gewährt werden. Diese Übergangsregelungen gelten für die Geschäftsjahre 2024-2026 und basieren auf den länderbezogenen Berichten der Bank, welche jährlich bei den deutschen Steuerbehörden einzureichen sind, und bestimmten anderen Finanzdaten. Hinsichtlich der Anwendung der Pillar 2 Regeln bestehen noch Unsicherheiten, weitere gesetzgeberische Entwicklungen und Auslegungshilfen werden in vielen Ländern künftig noch zu erwarten sein und die Umsetzungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Die Deutsche Bank hat die potenziellen Auswirkungen auf ihre Finanzlage für das Jahr 2025 nach bestem Wissen und Gewissen bewertet und einen mit den Pillar 2 Regelungen verbundenen laufenden Steueraufwand in Höhe von 3 Mio. € erfasst (2024: 3 Mio. €). Bei dieser Bewertung wurden eine Reihe von qualitativen und quantitativen Faktoren berücksichtigt: (1) Der gesetzliche Steuersatz der Deutschen Bank über alle Jurisdiktionen lag im Durchschnitt bei 28% (2024: 28%) und damit deutlich über dem Mindeststeuersatz von 15%. (2) Von den fast 60 Ländern wenden lediglich fünf Länder (2024: sechs) einen gesetzlichen Steuersatz von weniger als 15% auf die Geschäfte der Bank an. (3) Auf der Grundlage einer Analyse des jüngsten länderbezogenen Berichts wird davon ausgegangen, dass die Bank in den meisten Ländern, in denen sie tätig ist, die zuvor genannten Übergangsregelungen in Anspruch nehmen kann.

Unterschied zwischen der Anwendung des deutschen Ertragsteuersatzes und dem tatsächlich ausgewiesenem Steueraufwand/-ertrag (–)

in Mio. €	2025	2024	2023
Erwarteter Steueraufwand/-ertrag (–) bei einem Ertragsteuersatz von 31,3% (31,3% für 2024 und 31,3% für 2023)	**3.046**	**1.656**	**1.777**
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	-542	-185	-89
Steuerbefreite Einnahmen	-302	-246	-319
Steuereffekt aus mit der Equitymethode konsolidierten Beteiligungen	0	-6	0
Nicht abzugsfähige Aufwendungen	233	520	392
Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	55
Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern[1]	-4	-59	-1.238
Effekt aus Änderungen der Steuergesetzgebung und/oder des Steuersatzes	-110	23	7
Effekt aus aktienbasierter Vergütung	0	-1	0
Sonstige[1]	71	84	202
Ausgewiesener Steueraufwand/-ertrag (–)	**2.592**	**1.786**	**787**

[1] Der auf Vorperioden entfallende laufende und latente Steueraufwand/-ertrag (-) wird überwiegend in den Positionen „Änderungen des Ansatzes und der Bewertung aktiver latenter Steuern" und „Sonstige" ausgewiesen.

Der in Deutschland maßgebliche Ertragsteuersatz, der für die Berechnung latenter Steuerforderungen und -verbindlichkeiten angewandt wurde, setzt sich aus der Körperschaftsteuer, dem Solidaritätszuschlag und der Gewerbesteuer zusammen und betrug 31,3% in den Geschäftsjahren 2025, 2024 und 2023.

Änderungen beim Ansatz und Bewertung von latenten Steueransprüchen in 2023 beinhalten positive Bewertungsanpassungen latenter Steueransprüche überwiegend im Vereinigten Königreich. Bei der Bestimmung der Höhe der latenten Steueransprüche verwendet die Bank Informationen über die historische Steuerkapazität und Rentabilität sowie gegebenenfalls prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne, einschließlich einer Prüfung der zulässigen Vortragszeiträume, verfügbarer Steuerplanungsmöglichkeiten und anderer relevanter Überlegungen.

Mit Zustimmung des Bundesrats am 11. Juli 2025 wurde ein neues Steuergesetz verabschiedet („Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland"). Ab dem 1. Januar 2028 wird der Körperschaftsteuersatz in Deutschland über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zum Jahr 2032 schrittweise von derzeit 15% auf 10% gesenkt. Im Geschäftsjahr 2025 wurden die latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Konzerns in Deutschland, die voraussichtlich nach dem 31. Dezember 2027 realisiert werden, neu bewertet, um die künftig niedrigeren Steuersätze zu berücksichtigen. Die Neubewertung der latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten führte zu einer Netto-Minderung des Konzerneigenkapitals in Höhe von 28 Mio. €. Davon wurden 109 Mio. € als Steuerertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung und 137 Mio. € als Aufwand im sonstigen Gesamtergebnis erfasst.

Die Bank unterliegt in verschiedenen Ländern der ständigen Prüfung durch die Steuerbehörden. In der vorstehenden Tabelle sind unter der Position „Sonstige" überwiegend Effekte infolge dieser Betriebsprüfungen enthalten.

Im Eigenkapital (sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen/Kapitalrücklagen) verbuchte Ertragsteuern

in Mio. €	2025	2024	2023
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen	**-145**	-115	137
Auf das Kreditrisiko zurückzuführendes Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen	**30**	54	18
Finanzielle Vermögenswerte, zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	**-184**	96	109
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	**10**	13	1
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	**12**	73	-132
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	**16**	-64	-110
Sonstige Veränderungen im Eigenkapital:			
Unrealisierte Gewinne/Verluste der Periode	**15**	141	151
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne/Verluste	**0**	5	0
Steueraufwand (–)/-ertrag auf Gewinne/Verluste aus sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen	**-247**	203	174
Ertragsteuern, die darüber hinaus dem Eigenkapital gutgeschrieben beziehungsweise belastet (–) wurden	**235**	104	50

Wesentliche Komponenten der latenten Steueransprüche und –verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Latente Steueransprüche:		
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	2.720	3.966
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	326	172
Abzugsfähige temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	4.781	5.210
Leistungen an Arbeitnehmer, inklusive aktienbasierte Vergütung	1.814	1.755
Zinsaufwand	1.621	1.477
Kredite und Anleihen, inklusive Wertberichtigungen für Kreditausfälle	886	846
Leasingverhältnisse	806	857
immaterielle Vermögensgegenstände	46	52
OCI zum beizulegenden Zeitwert (IFRS 9)	410	496
Sonstige Aktiva	525	525
Sonstige Rückstellungen	177	237
Sonstige Passiva	4	6
Latente Steueransprüche insgesamt	**14.116**	**15.599**
Latente Steuerverbindlichkeiten:		
Zu versteuernde temporäre Differenzen:		
Handelsaktiva/-passiva	5.287	5.328
Leistungen an Arbeitnehmer, inklusive aktienbasierte Vergütung	515	524
Kredite und Anleihen, inklusive Wertberichtigungen für Kreditausfälle	465	538
Leasingverhältnisse	718	762
immaterielle Vermögensgegenstände	763	752
OCI zum beizulegenden Zeitwert (IFRS 9)	50	45
Sonstige Aktiva	280	270
Sonstige Rückstellungen	111	292
Sonstige Passiva	6	39
Latente Steuerverbindlichkeiten insgesamt	**8.195**	**8.350**

Latente Steueransprüche auf noch nicht genutzte Steuergutschriften in vorstehender Tabelle beinhalten Steuergutschriften für die alternative Mindeststeuer für Unternehmen in den USA in Höhe von 322 Mio. € zum 31. Dezember 2025 und 151 Mio. € zum 31. Dezember 2024.

Latente Steueransprüche und -verbindlichkeiten, nach bilanzieller Saldierung

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Latente Steueransprüche	6.544	7.839
Latente Steuerverbindlichkeiten	623	590
Latente Steueransprüche, rechnerischer Saldo	**5.921**	**7.249**

Die Änderung der Differenz zwischen latenten Steueransprüchen und latenten Steuerverbindlichkeiten kann von dem latenten Steueraufwand/-ertrag abweichen. Die Gründe hierfür sind im Allgemeinen (1) latente Steuern, die direkt dem Eigenkapital belastet beziehungsweise gutgeschrieben werden, (2) Effekte durch Wechselkursänderungen auf Steueransprüchen und -verbindlichkeiten, die in anderen Währungen als Euro notieren, (3) der Erwerb und Verkauf von Gesellschaften im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und (4) die Umwidmungen von latenten Steueransprüchen und -verbindlichkeiten, die in der Bilanz als Bestandteile der Posten „Sonstige Aktiva" und „Sonstige Passiva" dargestellt werden.

Posten, für die keine latenten Steueransprüche ausgewiesen wurden

in Mio. €	31.12.2025[1]	31.12.2024[1]
Abzugsfähige temporäre Differenzen	**-29**	**-39**
Unverfallbar	-4.954	-4.945
Verfall in der folgenden Periode	-20	-2
Verfall nach der folgenden Periode	-36	-77
Noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	**-4.990**	**-5.024**
Verfall nach der folgenden Periode	0	0
Noch nicht genutzte Steuergutschriften	**-1**	**-1**

[1] Die Beträge in der Tabelle beziehen sich hinsichtlich der abzugsfähigen temporären Differenzen, noch nicht genutzten steuerlichen Verluste und Steuergutschriften auf Körperschaftsteuern

Latente Steueransprüche wurden für diese Posten nicht erfasst, da es nicht wahrscheinlich ist, dass zukünftig zu versteuernde Ergebnisse vorliegen, mit denen die noch nicht genutzten steuerlichen Verluste, noch nicht genutzten Steuergutschriften und abzugsfähigen temporären Differenzen verrechnet werden können.

Zum 31. Dezember 2025 beziehungsweise zum 31. Dezember 2024 hat die Bank für Gesellschaften, die einen steuerlichen Verlust in der laufenden Periode oder in der Vorperiode erlitten haben, latente Steueransprüche ausgewiesen, die die latenten Steuerverbindlichkeiten um 241 Mio. € beziehungsweise 3,9 Mrd. € überstiegen. Grundlage für die Bildung latenter Steuern ist die Einschätzung des Managements, gemäß dessen es wahrscheinlich ist, dass die jeweiligen Gesellschaften zu versteuernde Ergebnisse erzielen werden, mit denen noch nicht genutzte steuerliche Verluste, Steuergutschriften und abzugsfähige temporäre Differenzen verrechnet werden können. Das Management verwendet für die Bestimmung der auszuweisenden Beträge latenter Steueransprüche Informationen zur historischen Profitabilität und gegebenenfalls Informationen über prognostizierte Geschäftsergebnisse auf Basis genehmigter Geschäftspläne einschließlich einer Aufstellung über die Vortragsperioden ungenutzter steuerlicher Verluste und Steuergutschriften, Steuerplanungsmöglichkeiten sowie sonstiger maßgeblicher Überlegungen.

Die Konzernobergesellschaft hat zum 31. Dezember 2025 keine latenten Steuerverbindlichkeiten für temporäre Differenzen in Höhe von 259 Mio. € im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochtergesellschaften, Filialen und assoziierten Unternehmen sowie Beteiligungen an gemeinschaftlich geführten Unternehmen ausgewiesen (2024: 286 Mio. €).

35 – Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsgeschäfte

Zu den vom Konzern eingesetzten derivativen Kontrakten zählen Swaps, standardisierte Terminkontrakte, Termingeschäfte, Optionen und ähnliche Kontraktarten. Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit wickelt der Konzern unterschiedliche Transaktionen mit derivativen Finanzinstrumenten zu Verkaufs-, Marktpflege- und Sicherungszwecken ab. Der Konzern setzt derivative Instrumente ein, um den Bedürfnissen der Kunden hinsichtlich des Risikomanagements Rechnung zu tragen und Risiken des Konzernobligos zu steuern.

Im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundsätzen des Konzerns zur Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen, wie sie in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen" beschrieben sind, werden alle Derivate zum beizulegenden Zeitwert bilanziert, gleichgültig, ob sie für Handels- oder Nicht-Handelszwecke gehalten werden.

Zu Verkaufs- und Marktpflegezwecken gehaltene Derivate

Verkauf und Marktpflege

Die Mehrzahl der Derivate-Transaktionen des Konzerns steht im Zusammenhang mit Verkaufs- und Marktpflegeaktivitäten. Zu den Verkaufsaktivitäten gehören die Strukturierung und Vermarktung derivativer Produkte an Kunden, um diesen die Übernahme, Übertragung, Modifizierung oder Reduzierung von gegenwärtigen oder zukünftigen Risiken zu ermöglichen. Marktpflege beinhaltet das Stellen von Geld- und Briefkursen für andere Marktteilnehmer mit der Absicht, mithilfe von Margen und Volumina Erträge zu erwirtschaften

Risikomanagement

Im Rahmen seines Aktiv-Passiv-Managements setzt der Konzern Derivate zu Sicherungszwecken ein, um sein Marktrisiko zu reduzieren. Dies erfolgt durch Absicherung spezifischer Portfolios festverzinslicher Finanzinstrumente und geplanter Transaktionen sowie durch eine strategische Absicherung des gesamten Bilanzrisikos. Der Konzern steuert Zinsrisiken aktiv, unter anderem durch den Einsatz derivativer Kontrakte. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird von Zeit zu Zeit innerhalb vorgeschriebener Grenzen entsprechend den Veränderungen der Marktbedingungen sowie den Charakteristika und der Zusammensetzung der betreffenden Aktiva und Passiva angepasst.

Derivative, die die Anforderungen an Sicherungsgeschäfte erfüllen

Für Derivate, für die die in Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen" beschriebenen Anforderungen erfüllt sind, wendet der Konzern die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften an.

Der Konzern nutzt Zinsswaps und Optionen in Sicherungsbeziehungen des beizulegenden Zeitwerts, um sich gegen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts von festverzinslichen Finanzinstrumenten aus Schwankungen von Marktzinssätzen abzusichern. Der Konzern nutzt Zinsswaps in einer Sicherungsbeziehung von Zahlungsströmen, um sich gegen das Zahlungsstromänderungsrisiko abzusichern. Der Konzern nutzt Devisentermingeschäfte insbesondere zur Absicherung der Umrechnungseffekte von Abschlüssen ausländischer Tochterunternehmen in die Bilanzwährung der Muttergesellschaft zu Kassakursen am Bilanzstichtag.

Zinsänderungsrisiko

Zur Steuerung seines Zinsänderungsrisikos nutzt der Konzern Zinsswaps und Optionen mit dem Ergebnis der Modifizierung der Neubewertungseigenschaften von vorhandenen und/oder geplanten Vermögenswerten und Verbindlichkeiten (inklusive Refinanzierungs- und Investitionsaktivitäten). Die Zinsswaps und Optionen werden entweder in einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts oder einer Absicherung von Zahlungsströmen designiert. Der Konzern nutzt Zinsswaps und Optionen in einer Absicherung des beizulegenden Zeitwerts zur Steuerung der aus Änderungen des Marktzinssätze resultierenden Zeitwertänderungen von festverzinslichen Finanzinstrumenten. Der Konzern nutzt Zinsswaps in einer Absicherung von Zahlungsströmen zur Steuerung des Zahlungsstromänderungsrisiko, dass aus Änderungen der Marktzinssätze resultiert.

Der Konzern steuert sein Zinsänderungsrisiko auf Portfoliobasis mit regelmäßigen Änderungen im Portfolio. Diese Änderungen entstehen durch die Vergabe von neuen Krediten und Schuldverschreibungen, Rückzahlungen von bestehenden Krediten und Schuldverschreibungen, Neuemission von Refinanzierungsverbindlichkeiten und Vorauszahlungen von bestehenden Refinanzierungsverbindlichkeiten. Der Konzern wendet somit einen dynamischen Ansatz zur Bilanzierung der Sicherungsgeschäfte an. In diesem Ansatz werden die einzelnen Sicherungsbeziehungen regelmäßig, zum Beispiel auf monatlicher Basis, designiert und aufgelöst.

Der Konzern beurteilt und bewertet die Effektivität einer Sicherungsbeziehung auf Basis der Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Zahlungsströme eines derivativen Sicherungsinstruments relativ zu den dem abgesicherten Risiko zuzurechnenden Änderungen des beizulegenden Zeitwerts oder der Zahlungsströme des Grundgeschäfts. Mögliche Quellen von Ineffektivität können den folgenden Unterschieden des Sicherungsinstruments und des Grundgeschäfts zugeordnet werden.

- Diskrepanz in den Vertragsbedingungen des Sicherungsinstruments und des Grundgeschäfts, zum Beispiel die Regelmäßigkeit und der Zeitpunkt von Zinssatzänderungen, Zahlungsfrequenz und kündbare Eigenschaften.
- Unter Berücksichtigung der Unterschiede in der Rücksetzungsfrequenz des Sicherungsinstruments und des Grundgeschäfts, der Unterschied in der für das Sicherungsinstrument und des Grundgeschäfts angewandten Abzinsungsrate.
- Verwendung von derivativen Sicherungsinstrumenten, die bei Beginn der Absicherungsbeziehung einen beizulegenden Zeitwert ungleich Null haben, und somit in einer Diskrepanz der Vertragsbedingungen zum Grundgeschäft resultieren. Dies ist besonders in Perioden mit hohen Zinssätzen von Bedeutung.

Die Portfolioabsicherungsbeziehungen des beizulegenden Zeitwerts des Konzerns beinhalten gut besicherte deutsche Festzinshypothekenportfolios, bei denen der Konzern einen Sicherheitsabschlag beibehält, um jegliche Hedge-Ineffektivität zu vermeiden, die sich aus einem Anstieg des Ausfallrisikos des zugrunde liegenden Hypothekenportfolios ergeben könnte. Das gilt auch für Portfolioabsicherungsbeziehungen des beizulegenden Zeitwerts des Konzerns, die täglich fällige Einlagen umfassen, die die Kunden der Gruppe auf Verlangen abziehen können. Die stabile Natur der unverzinslichen Einlagenvolumens der Gruppe (siehe Anhangangabe 26) sowie ein Sicherheitsabschlag bedeuten, dass der Konzern keine Hedge-Ineffektivität aus der Anwendung der Bilanzierung der Sicherungsbeziehung beobachtet hat.

Währungsänderungsrisiko

Der Konzern steuert sein Währungsänderungsrisiko (einschließlich U.S.-Dollar und Britische Pfund) aus Anteilen an ausländischen Tochterunternehmen durch Absicherung von Nettoinvestitionen. Der Konzern nutzt eine Kombination von Devisentermingeschäften und Devisenswapgeschäften.

Da die Anteile in ausländischen Tochterunternehmen nur im Umfang der Nominalbeträge der derivativen Absicherungsgeschäfte abgesichert sind, erwartet der Konzern normalerweise keine wesentliche Ineffektivität von Absicherungen von Nettoinvestitionen in ausländischen Tochterunternehmen. Mögliche Quellen von Ineffektivität sind begrenzt auf die Verwendung von derivativen Sicherungsinstrumenten, die bei Beginn der Absicherungsbeziehung einen beizulegenden Zeitwert ungleich Null haben, und somit in einer Diskrepanz der Vertragsbedingungen zum Grundgeschäft resultieren. Auch bei Anwendungen der Absicherung von Zahlungsströmen entsprechen die Devisen-Forward-Instrumente in der Regel den Bedingungen der zugrunde liegenden hochwahrscheinlichen Transaktionen, sodass der Konzern bei solchen Sicherungsbeziehungen keine erhebliche Ineffizienz erwarten kann.

Neben der Absicherung von Nettoinvestitionen wendet die Gruppe auch die Bilanzierung von Cashflow Hedge Accounting (FX CFH) für auf U.S.-$ lautende Treasury Bonds (HTC) an, die in funktionalen EUR-Einheiten gehalten werden, wobei Devisentermingeschäfte als Sicherungsinstrumente verwendet werden.

Das abgesicherte Risiko ist die Cashflow-Variabilität von hochwahrscheinlichen HTC-Kupons, die durch Bewegungen der Kassa-Devisen bedingt ist. Die Gruppe erwartet keine Ineffektivität, da der Nominalbetrag des Sicherungsinstruments dem Cashflow-Risiko von HTC-Anleihen entsprechen sollte. Die Absicherung wird monatlich neu ausgeglichen, um den Rückgang des Cashflows von HTC-Anleihen widerzuspiegeln, und das FX-Forward-Point-Risiko ist keine Komponente des designierten Risikos, daher wird eine hochwirksame Absicherung beobachtet.

Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

Zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts gehaltene Derivate

	31.12.2025			2025	31.12.2024			2024
in Mio. €	Aktiva	Passiva	Nominal	Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt in der Effektivitäts-beurteilung	Aktiva	Passiva	Nominal	Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt in der Effektivitäts-beurteilung
Derivate als Sicherungsinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts	10.364	10.292	348.597	627	4.790	9.109	263.184	2.448

	2025	2024
in Mio. €	Ineffektivität der Absicherung	Ineffektivität der Absicherung
Ergebnis von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts	512	1.435

Finanzinstrumente zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts

					31.12.2025		2025
	Buchwerte der als Absicherungsgeschäft designierten finanziellen Vermögenswerte		Im Buchwert enthaltener Betrag der zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts - insgesamt		Im Buchwert enthaltener Betrag der zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts - beendete Absicherungsgeschäfte		Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt in der Effektivitäts-beurteilung
in Mio. €	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	23.684	0	-1.355	0	5	0	-168
Schuldverschreibungen zu fortgeführten Anschaffungskosten	22.223	0	-407	0	-14	0	-384
Langfristige Verbindlichkeiten	0	69.660	0	-3.064	0	-85	-373
Einlagen	0	163.188	0	-2.885	0	8	2.032
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	69.042	0	-5.594	0	-1	0	-1.222

					31.12.2024		2024
	Buchwerte der als Absicherungsgeschäft designierten finanziellen Vermögenswerte		Im Buchwert enthaltener Betrag der zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts - insgesamt		Im Buchwert enthaltener Betrag der zinsbezogenen Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts - beendete Absicherungsgeschäfte		Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt in der Effektivitäts-beurteilung
in Mio. €	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	Aktiva	Passiva	
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	21.559	0	-1.383	0	1	0	-156
Schuldverschreibungen zu fortgeführten Anschaffungskosten	1.949	0	-22	0	-18	0	-4
Langfristige Verbindlichkeiten	0	73.946	0	-3.816	0	-101	-194
Einlagen	0	117.196	0	-1.251	0	-350	-644
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	17.083	0	-4.976	0	-1	0	-15

Absicherung von Zahlungsströmen

Zur Absicherung von Zahlungsströmen gehaltene Derivate

	31.12.2025			2025	31.12.2024			2024
in Mio. €	Aktiva	Passiva	Nominal	Änderungen des beizulegenden Zeitwert berücksichtigt in der Effektivitätsbeurteilung	Aktiva	Passiva	Nominal	Änderungen des beizulegenden Zeitwert berücksichtigt in der Effektivitätsbeurteilung
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Zahlungsströmen	240	354	98.862	-50	58	183	109.671	-229

Absicherung von Zahlungsströmen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2023
Im Eigenkapital ausgewiesen[1]	-49	56	44
davon terminierte Programme	0	0	0
Ins Eigenkapital des Berichtszeitraums eingestellte Gewinne/Verluste (+)	-42	-242	436
Aus dem Eigenkapital des Berichtszeitraums entnommene Gewinne/Verluste (–)	-44	254	398
davon terminierte Programme	0	0	0
Wertänderung des abgesicherten Grundgeschäfts berücksichtigt in der Effektivitätsbeurteilung	-40	-212	434
Erfolgswirksame Ineffektivität der Absicherung	-8	13	101

[1] Im Eigenkapital ausgewiesen bezieht sich auf die kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, dargestellt in der Konzernbilanz

Auf Grundlage der Regelungen in IAS 39.96 werden in einer Absicherung von Zahlungsströmen die Gewinne und Verluste im Eigenkapital auf Basis des geringeren der kumulierten Gewinne und Verluste des Sicherungsinstruments und den kumulierten Zeitwertänderungen der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme des Sicherungsgeschäfts seit Beginn der Sicherungsbeziehung ausgewiesen. Somit werden Änderungen im Wert des Sicherungsgeschäfts für Zwecke der Effektivitätsmessung nicht voll im Eigenkapital ausgewiesen, wenn sie die Zeitwertänderungen des Absicherungsinstruments für Zwecke der Effektivitätsmessung übersteigen. Im Ergebnis gleicht die erfolgswirksam erfasste Ineffektivität der Absicherung nicht immer der Differenz zwischen den Wertänderungen des Sicherungsgeschäfts für Zwecke der Effektivitätsmessung und den Zeitwertänderungen des Absicherungsinstruments für Zwecke der Effektivitätsmessung.

Im FX CFH ist keine Unwirksamkeit zu erwarten, da das FX-Forward-Point Risiko keine Komponente des designierten Risikos ist. Die Änderung sowohl des hypothetischen als auch des für die Wirksamkeitsprüfung verwendeten beizulegenden Zeitwerts des Sicherungsinstruments wird ausschließlich durch das FX-Spot-Risiko bestimmt und wird voraussichtlich ausgeglichen (vorbehaltlich eines positiven Ergebnisses des Kapazitätstests).

Mit Stand vom 31. Dezember 2025 wird der Zahlungsstrom mit der längsten Laufzeit im Jahr 2037 fällig.

Zum 31. Dezember 2025 ist der FX CFH mit der längsten Fälligkeit im Jahr 2032.

Finanzinstrumente, die zur Absicherung von Zahlungsströmen designiert sind, werden als Kredite zur fortgeführten Anschaffungskosten in der Konzernbilanz erfasst.

Absicherung von Nettoinvestitionen

Zur Absicherung von Nettoinvestitionen gehaltene Derivate

	31.12.2025			2025	31.12.2024			2024
in Mio. €	Aktiva	Passiva	Nominal	Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt in der Effektivitätsbeurteilung	Aktiva	Passiva	Nominal	Änderungen des beizulegenden Zeitwerts berücksichtigt in der Effektivitätsbeurteilung
Derivate als Sicherungsinstrumente in Absicherungen von Nettoinvestitionen	709	102	41.875	3.572	189	1.595	45.517	-2.442

Absicherung von Nettoinvestitionen

in € m.	2025	2024
Im Eigenkapital ausgewiesen [1, 2]	-4.153	-925
davon terminierte Programme	0	0
Ins Eigenkapital des Berichtszeitraums eingestellte Gewinne/Verluste (–)	-588	-405
Aus dem Eigenkapital des Berichtszeitraums entnommene Gewinne/Verluste (–)	-17	-25
davon terminierte Programme 3	-17	-25
Wertänderung des abgesicherten Grundgeschäfts berücksichtigt in der Effektivitätsbeurteilung	-3.789	2.356
Erfolgswirksame Ineffektivität der Absicherung 4	-232	-81

[1] Ausweis im Eigenkapital bezieht sich auf die im Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen des Konzerns erfassten kumulierte Erträge und Verluste.
[2] Ausweis im Eigenkapital beinhaltet Kapitalneubewertung auf das nicht besicherte Fremdwährungsrisiko für das am 31. Dezember 2025 abgeschlossene Geschäftsjahr von -2.643 Mio. € und für das am 31. Dezember 2024 abgeschlossene Geschäftsjahr von 1.166 Mio. €.
[3] Der Gewinn und Verlust aus einer Terminierung der Sicherungsbeziehung umfasst Veränderungen aus besicherten und nicht-besicherten Kapital der Tochtergesellschaften.
[4] Dies beinhaltet im Wesentlichen Gewinne und Verluste aus dem beizulegenden Zeitwert aus der Differenz von Devisenkassa- vs. Devisentermingeschäfts, bei denen der Devisenkassakurs als Absicherungsrisiko designiert ist.

Profile von zur Absicherung von Nettoinvestitionen gehaltenen Derivaten

in Mio. €	Bis 1 Jahr	1 bis 3 Jahre	3 bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2025				
Nominal Devisentermingeschäfte	31.947	230	167	0
Nominal Devisenswapgeschäfte	9.418	108	5	0
Insgesamt	**41.365**	**338**	**172**	**0**
Zum 31. Dezember 2024				
Nominal Devisentermingeschäfte	36.976	318	3	0
Nominal Devisenswapgeschäfte	7.990	230	0	0
Insgesamt	44.966	548	3	0

Der Konzern nutzt ausschließlich eine rollende Devisentermingeschäftsstrategie. Wie oben ausgewiesen, hat die überwiegende Mehrheit der Devisentermingeschäfte eine Laufzeit von weniger als 1 Jahr. Da die Anzahl an Kontrakten mit einer Laufzeit von länger als 1 Jahr unwesentlich sind, wurde kein durchschnittlicher Fremdwährungskurs berechnet.

36 – Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen und Personen gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Unternehmen und Personen des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen einschließlich naher Familienangehöriger sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der Deutschen Bank direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen.

Personalaufwand für Personen in Schlüsselpositionen

in Mio. €	2025	2024	2023
Kurzfristig fällige Leistungen	49	47	37
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	7	4	7
Andere langfristig fällige Leistungen	13	35	17
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	6	0	0
Aktienbasierte Vergütungen	30	15	18
Insgesamt	**105**	**101**	**79**

Die obige Tabelle enthält keine Vergütung, die Arbeitnehmervertreter oder frühere Vorstandsmitglieder als Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten haben. Die aggregierte Vergütung, die dieser Personenkreis für seine Dienste als Arbeitnehmer oder für den Status als ehemalige Mitarbeiter (Ruhestand, Rente und aufgeschobene Vergütung) bezog, beläuft sich im Geschäftsjahr 2025 auf 1 Mio. € (31. Dezember 2024: 1 Mio. €;31. Dezember 2023: 1 Mio. €).

Zum 31. Dezember 2025 hat der Konzern Kredite und Verpflichtungen in Höhe von 2 Mio. € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 8 Mio. € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2024 beliefen sich die Kredite und Zusagen auf 2 Mio. € an Personen in Schlüsselpositionen und Einlagen in Höhe von 17 Mio. € von Personen in Schlüsselpositionen im Konzern.

Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehr- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten Unternehmen und Joint Ventures sowie deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen werden in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst dargestellt, da diese einzeln nicht wesentlich sind.

Forderungen aus dem Kreditgeschäft

in Mio. €	2025	2024
Bestand am Jahresanfang	**73**	**44**
Nettoveränderung der Forderungen aus dem Kreditgeschäft im Berichtszeitraum	-7	70
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	-41
Bestand am Jahresende[1]	**66**	**73**
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	0	0
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	1
Garantien und sonstige Verpflichtungen	3	3

[1] Zum 31. Dezember 2025 waren 0 Mio. € dieser Forderungen überfällig (2024: 0 Mio. €). Für die gesamten Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 31. Dezember 2025 Sicherheiten in Höhe von 0 Mio. € (2024: 0 Mio. €).

Einlagen

in Mio. €	2025	2024
Bestand am Jahresanfang	**29**	**33**
Netto-Einlagenbewegungen während des Berichtszeitraums	-7	-4
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	0	0
Bestand am Jahresende	**22**	**29**

Sonstige Geschäfte

Sonstige Geschäfte umfassen Anleihen von assoziierten Unternehmen, die der Konzern erworben und als Handelsaktiva klassifiziert hat. Diese Handelsaktiva beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 17 Mio. € und zum 31. Dezember 2024 auf 27 Mio. €.

Sonstige Vermögenswerte im Zusammenhang mit Transaktionen mit assoziierten Unternehmen beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 2 Mio. € (31. Dezember 2024: 2 Mio. €). Sonstige Verpflichtungen im Zusammenhang mit Transaktionen mit assoziierten Unternehmen beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 4 Mio. € (31. Dezember 2024: 0 Mio. €).

Geschäfte mit Pensionsplänen

Nach IFRS gelten Leistungen an Arbeitnehmer nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses als Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen bzw. Personen. Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Pensionspläne, in deren Rahmen er diesen Plänen Finanzdienstleistungen einschließlich Vermögensanlage bereitstellt.

Geschäfte mit nahestehenden Pensionsplänen

in Mio. €	2025	2024
Aktien des Konzerns im Planvermögen	0	0
Sonstige Vermögensgegenstände	1	2
Aus dem Planvermögen gezahlte Gebühren an konzerninterne Vermögensverwaltungen	16	16
Marktwert der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	411	679
Nominalbetrag der Derivate mit konzerninternen Kontrahenten	8.885	9.750

37 – Informationen zu Tochtergesellschaften

Zusammensetzung des Konzerns

Die Anteile an Tochtergesellschaften des Konzerns werden von der Deutschen Bank AG direkt oder indirekt gehalten.

Der Konzern besteht aus 539 (2024: 521) konsolidierten Unternehmen, davon sind 264 (2024: 229) konsolidierte strukturierte Unternehmen. An 309 (2024: 328) der vom Konzern beherrschten Unternehmen hält der Konzern direkt oder indirekt eine 100-prozentige Kapitalbeteiligung. 230 (2024: 193) der konsolidierten Unternehmen werden außerdem auch von Dritten gehalten (Anteile ohne beherrschenden Einfluss). Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 verfügt eine Tochtergesellschaft über wesentliche Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Für alle anderen Tochtergesellschaften sind die Anteile ohne beherrschenden Einfluss, weder für sich betrachtet noch in ihrer Gesamtheit von wesentlicher Bedeutung für den Konzern.

Tochtergesellschaften mit wesentlichen Anteilen ohne beherrschenden Einfluss

	31.12.2025	31.12.2024
DWS Group GmbH & Co. KGaA		
Anteil der ohne beherrschenden Einfluss gehaltenen Kapitalbeteiligungen und Stimmrechten	20,51%	20,51%
Unternehmenssitz	Global	Global

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Ergebnis	191	133
Kumulierte Anteile ohne beherrschenden Einfluss der Tochtergesellschaft	1.544	1.546
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	90	250
Zusammenfassende Finanzinformationen:		
Summe der Aktiva	11.775	11.871
Summe der Verbindlichkeiten	4.295	4.379
Erträge insgesamt	3.155	2.765
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	928	652
Gesamtergebnis, nach Steuern	429	904

Erhebliche Beschränkungen bezüglich des Zugangs zu oder der Nutzung von Vermögenswerten des Konzerns

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den Konzern in seiner Fähigkeit beschränken, Zugang zu den Vermögenswerten zu erhalten und diese frei an oder von anderen Unternehmen ungehindert innerhalb des Konzerns zu transferieren und Schulden des Konzerns zu begleichen.

Die folgenden vertraglichen Beschränkungen haben einen Einfluss auf die Nutzbarkeit von Vermögensgegenständen innerhalb des Konzerns. Das Volumen der beschränkt nutzbaren Vermögensgegenstände wird in der untenstehenden Tabelle dargestellt:

- Zur Besicherung der Verpflichtungen aus Repogeschäften, Wertpapierfinanzierungsgeschäften, forderungsbesicherten Wertpapieren und als Sicherheitsleistungen für Verbindlichkeiten aus außerbörslichen Derivategeschäften hat der Konzern Vermögenswerte verpfändet
- Die Vermögenswerte konsolidierter strukturierter Unternehmen werden als Sicherheiten zugunsten der Anspruchsberechtigten gehalten, welche die von diesen Gesellschaften begebenen Wertpapiere erworben haben

Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Aktiva gesamt	Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte	Aktiva gesamt	Verfügungsbeschränkte Vermögenswerte
Verzinsliche Einlagen bei Kreditinstituten	148.650	49	132.741	31
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	519.635	74.127	545.849	62.615
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	43.644	12.663	42.090	5.969
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	472.620	38.440	478.921	41.942
Sonstige	250.518	10.103	187.576	3.206
Insgesamt	**1.435.067**	**135.382**	1.387.177	113.762

Zusätzlich zu den oben genannten und in Übereinstimmung mit der Verordnung über die Liquiditätsdeckungsquote (Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission) ermittelt der Konzern, ob in Drittländern gehaltene Vermögenswerte Nutzungsbeschränkungen und Beschränkungen in ihrer freien Übertragbarkeit unterliegen. Der Konzern ermittelt das Volumen hochliquider Aktiva (High Quality Liquid Assets, HQLA), das über Nettogeldabflüsse in Drittländern, die nicht frei übertragbar sind, hinausgeht und schließt diese aus den HQLA aus. Der Konzern ermittelt das Gesamtvolumen von hochwertigen liquiden Vermögenswerten (HQLA) über die Nettogeldabflüsse (NCO) in diesen Gesellschaften. Insgesamt beliefen sich die als verfügungsbeschränkt angesehenen hochwertigen liquiden Vermögenswerte (HQLA) zum 31. Dezember 2025 auf 20,51 Mrd. € (zum 31. Dezember 2024: 20,50 Mrd. €).

38 – Strukturierte Einheiten

Art, Zweck und Umfang der Beteiligungen des Konzerns an strukturierten Einheiten

Zur Durchführung seiner Geschäftsaktivitäten nutzt der Konzern unter anderem sogenannte strukturierte Einheiten, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte bei der Entscheidung, wer das Unternehmen beherrscht, nicht ausschlaggebend sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit verfügt oft über einige oder alle der folgenden Merkmale:

- Limitierte Aktivitäten
- Ein eng gefasstes und genau definiertes Ziel
- Unzureichendes Eigenkapital, um ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung zu finanzieren
- Finanzierung in Form zahlreicher vertraglich verknüpfter Instrumente für Investoren, um Kredit- oder andere Risiken (Tranchen) zu bündeln

Strukturierte Einheiten dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögenswerten zu bieten und durch die Verbriefung finanzieller Vermögenswerte Marktliquidität bereitzustellen. Sie können als Kapital-, Treuhand- oder Personengesellschaften gegründet werden. Strukturierte Einheiten finanzieren den Erwerb von Vermögenswerten üblicherweise durch die Emission von Schuld- oder Eigenkapitaltiteln, die durch von ihnen gehaltene Vermögenswerte besichert werden und/oder an diese gekoppelt sind. Die von strukturierten Einheiten begebenen Schuld- oder Eigenkapitaltitel können Tranchen mit unterschiedlichem Rang beinhalten.

Wie in der Anhangangabe 01 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen" dargestellt, werden strukturierte Einheiten konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten zeigt, dass diese vom Konzern beherrscht werden.

Konsolidierte strukturierte Einheiten

Der Konzern hat vertragliche Verpflichtungen, die es erfordern können, dass er den folgenden Arten von konsolidierten strukturierten Einheiten finanzielle Unterstützung zur Verfügung stellt.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern nutzt Verbriefungsvehikel zur Finanzierung von Käufen diversifizierter Forderungspools. Der Konzern stellt diesen Einheiten Unterstützung in Form von Liquiditätslinien zur Verfügung. Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 bestanden keine ausstehenden Kreditzusagen gegenüber diesen Einheiten.

Fonds

Der Konzern kann Fonds, die vom Konzern konsolidiert werden, Finanzierungsmittel und Liquiditätslinien oder Garantien zur Verfügung stellen. Zum 31. Dezember 2025 betrug der Nominalwert der vom Konzern solcher Fonds zur Verfügung gestellten Liquiditätslinien und Garantien 1,6 Mrd. € (31. Dezember 2024: 1,5 Mrd. €).

Während des Jahres stellte die Deutsche Bank konsolidierten strukturierten Einheiten keine nicht-vertraglichen Unterstützungen zur Verfügung.

Nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Diese Einheiten werden nicht konsolidiert, da der Konzern keine Beherrschung über Stimmrechte, Verträge, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Mittel hat. Das Ausmaß der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten variiert in Abhängigkeit von der Art der strukturierten Einheit.

Nachfolgend werden die Geschäftsaktivitäten des Konzerns mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beschrieben:

Repackaging- und Investmentgesellschaften

Repackaging- und Investmentgesellschaften werden gegründet, um Kundennachfragen nach Kombinationen aus Derivaten und Verbriefungen befriedigen zu können. Diese Einheiten werden vom Konzern nicht konsolidiert, da dieser nicht die Verfügungsmacht besitzt, die von den Gesellschaften erzielten Erträge zu beeinflussen. Diese Gesellschaften werden für gewöhnlich aufgesetzt, um einen bestimmten zuvor mit den Anlegern vereinbarten Kapitalertrag zu liefern. Der Konzern ist nicht in der Lage die Investitionsstrategie oder die Erträge während der Laufzeit der Transaktion zu ändern.

Finanzierungsgesellschaften Dritter

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl verschiedener Vermögenswerte halten können. Diese strukturierten Einheiten können in Form von Finanzierungsgesellschaften, als Stiftungen oder als private Investmentgesellschaften gegründet werden. Die Finanzierung ist durch den gehaltenen Vermögenswert besichert. Die Beteiligung der Gruppe umfasst in erster Linie Darlehen und Kreditzusagen.

Die Vehikel, die in diesen Transaktionen genutzt werden, werden von den Kapitalnehmern kontrolliert, wobei diese entscheiden können, ob zusätzliche Margeneinlagen oder Sicherheiten hinsichtlich der Finanzierung zu leisten sind. In den Fällen, in denen die Kapitalnehmer über die Fortführung oder Beendigung der Finanzierung entscheiden können, konsolidieren die Kapitalnehmer die Vehikel.

Verbriefungsvehikel

Der Konzern gründet Verbriefungsvehikel, welche finanzielle Mittel in diversifizierte Pools von Vermögenswerten investieren. Dazu zählen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite und Asset Backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite und Kreditkartenforderungen). Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Vehikel gekoppelt ist.

Der Konzern kann Vermögenswerte an diese Verbriefungsvehikel übertragen und bietet finanzielle Unterstützung in Form von Liquiditätsfazilitäten. Der Konzern investiert auch in von Dritten gesponserte Fonds und stellt diese Liquidität zur Verfügung. All diejenigen Verbriefungsvehikel, bei denen der Konzern nicht die Verfügungsmacht oder die Möglichkeit besitzt, die Verwalter oder Forderungsverwalter einseitig abzulösen, werden nicht konsolidiert. Diese Verwalter wurden bevollmächtigt, die Geschicke der Gesellschaft zu leiten.

Fonds

Der Konzern kann strukturierte Einheiten gründen, um unterschiedliche Kundenanforderungen in Bezug auf Investitionen in spezifische Vermögenswerte zu erfüllen. Des Weiteren investiert der Konzern in Fonds, die von Dritten gesponsert werden. Die Bank kann die Funktion eines Fondsmanagers, Treuhänders oder eine andere Funktion ausüben und kann sowohl Finanzierungs- wie auch Liquiditätsfazilitäten an von der Bank gesponserte Fonds und Fonds von Dritten vergeben. Die Finanzierung ist in der Regel durch den zugrunde liegenden Vermögenswert besichert, welcher vom Fond gehalten wird.

Der Konzern konsolidiert Fonds nicht, wenn die Deutsche Bank als Agent des Fonds gilt oder wenn externe Investoren die Möglichkeit haben, die Aktivitäten des Fonds zu bestimmen.

Sonstige Gesellschaften

Diese beinhalten von der Deutschen Bank oder Dritten gesponserte strukturierte Einheiten, die nicht in eine der oben genannten Kategorien fallen. Diese Gesellschaften werden vom Konzern nicht konsolidiert, wenn die Bank keine Entscheidungsbefugnisse in der Gesellschaft hat.

Einnahmen aus der Mitwirkung an strukturierten Gesellschaften

Der Konzern erzielt Einnahmen aus Management-Vergütungen und gelegentlich Erfolgsbeteiligungen für seine fondsbezogenen Investment-Management-Leistungen. Zinserträge werden durch die Finanzierung von strukturierten Gesellschaften erzielt. Sämtliche Handelserträge, die sich aus dem Handel von Derivaten mit strukturierten Gesellschaften und den Wertveränderungen der gehaltenen Wertpapiere ergeben, sind in der Position „Nettogewinn/-verlust von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden" enthalten.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten Einheiten bestehen aus vertraglichen und nachvertraglichen Beziehungen, die die Bank zum Empfang von variablen Rückflüssen aus der Performance der nicht konsolidierten strukturierten Einheiten berechtigen. Beispiele für Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten umfassen Schuld- oder Eigenkapitalinstrumente, Liquiditätsfazilitäten, Garantien und verschiedene derivative Instrumente, in denen der Konzern Risiken aus strukturierten Einheiten absorbiert.

Beteiligungen an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beinhalten keine Instrumente, die Risiken in strukturierte Einheiten einbringen. Wenn die Bank zum Beispiel Kreditabsicherungen von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten kauft, deren Zweck und Design es ist, Kreditrisiken auf einen Investor zu übertragen, würde die Bank dieses Risiko eher auf die Einheit übertragen, als es selbst zu übernehmen. Die gekaufte Kreditabsicherung ist deshalb nicht als Beteiligung in der unten dargestellten Tabelle berücksichtigt.

Maximales Ausfallrisiko von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich aus der Art der Beteiligung an einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit. Das maximal mögliche Verlustrisiko von Forderungen aus Kreditgeschäften und Handelsaktiva besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Wie von der Deutschen Bank interpretiert, bestimmt sich der maximal mögliche Verlust von Derivaten und außerbilanziellen Verpflichtungen, wie zum Beispiel Garantien, Liquiditätsfazilitäten und Kreditzusagen unter IFRS 12 durch ihren Nennwert. Diese Nennwerte oder ihre Veränderung stellen nicht das ökonomische Risiko dar, da weder Effekte aus Bescherungen oder Sicherungsinstrumenten berücksichtigt werden noch die Wahrscheinlichkeit von möglichen, entstandenen Verlusten berücksichtigt wird. Am 31. Dezember 2025 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 188 Mrd. €, der mit negativem Wiederbeschaffungswert 591 Mrd. € und der von außerbilanziellen Verpflichtungen 28 Mrd. €. Am 31. Dezember 2024 betrug der Nennwert von Derivaten mit positivem Wiederbeschaffungswert 220 Mrd. €, mit negativem Wiederbeschaffungswert 746 Mrd. € und der von außerbilanziellen Verpflichtungen 29 Mrd. €.

Größe von strukturierten Einheiten

Die Art der Geschäftsaktivitäten einer strukturierten Einheit bestimmt deren Größe. Die folgenden Kennzahlen werden als angemessene Indikatoren für die Bewertung der Größe strukturierter Einheiten angesehen:

- Fonds – Nettoinventarwert oder Höhe des verwalteten Vermögens, wenn die Bank Fondsanteile hält und der Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung der Bank Derivate beinhaltet
- Verbriefungen – Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere (ohne Nur-Zins- und Überschusswertpapiere, sofern zutreffend), wenn der Konzern seine Beteiligungen durch Wertpapiere hält, und Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung der Bank in Form von Derivaten besteht
- Finanzierungsgesellschaften Dritter – Bilanzsumme der Einheiten
- Repackaging- und Investmentgesellschaften – beizulegender Zeitwert der ausgegebenen Wertpapiere

Für Finanzierungsgesellschaften Dritter sind Größeninformationen nicht öffentlich verfügbar, daher hat der Konzern die erhaltenen/verpfändeten Sicherheiten oder den Nennwert des Risikos, welchen die Bank gegenüber dem Unternehmen hat, offengelegt, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

Auf der Grundlage der oben genannten Definitionen beläuft sich das Gesamtvolumen der strukturierten Einheiten auf 3.003 Mrd. €, wovon der Großteil mit 1.815 Mrd. € auf Fonds entfällt. Im Jahr 2024 waren es 3.156 Mrd. € und 1.828 Mrd. €.

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheit die Buchwerte der Beteiligungen des Konzerns, die in der Bilanz des Konzerns erfasst sind, sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Beteiligungen resultieren könnte. Die Werte bilden nicht die tatsächliche Variabilität der Renditen des Konzerns ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

Buchwert von in der Bilanz ausgewiesenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Beteiligungen der Deutschen Bank

31.12.2025

in Mio. €	Repackaging-vehikel und Investment-gesellschaften	Finanzierungs-gesellschaften Dritter	Verbriefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	0	0	0	2	2
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	777	902	5.857	7.536
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	249	3.150	5.893	81.892	91.184
Handelsaktiva	166	1.751	4.462	6.243	12.622
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	83	326	29	4.428	4.866
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	1.072	1.401	71.221	73.695
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	579	423	87	1.088
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	207	50.712	36.059	23.786	110.764
Sonstige Aktiva	87	642	4.117	5.962	10.808
Summe der Aktiva	**543**	**55.860**	**47.393**	**117.587**	**221.383**
Verbindlichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	414	19	191	4.937	5.561
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	414	19	191	4.937	5.561
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	0	0	0	0	0
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
Summe der Passiva	**414**	**19**	**191**	**4.937**	**5.561**
Außerbilanzielle Risikopositionen	0	5.459	15.118	7.629	28.207
Summe	**129**	**61.300**	**62.320**	**120.279**	**244.028**

					31.12.2024
in Mio. €	Repackaging-vehikel und Investment-gesellschaften	Finanzierungs-gesellschaften Dritter	Verbriefungen	Fonds	Summe
Vermögenswerte					
Barreserven und Zentralbankeinlagen	0	0	0	0	0
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	1	0	0	2	3
Forderungen aus übertragenen Zentralbank-einlagen und Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	0	1.009	382	4.532	5.923
Forderungen aus Wertpapierleihen	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	321	4.314	4.652	71.818	81.105
Handelsaktiva	152	2.489	3.775	4.075	10.490
Positive Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	169	386	38	6.044	6.636
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	1.439	841	61.699	63.978
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	1.212	479	194	1.885
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	188	65.015	34.260	21.540	119.003
Sonstige Aktiva	1	735	4.361	7.774	12.871
Summe der Aktiva	**510**	**70.285**	**44.134**	**105.858**	**220.788**
Verbindlichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	1	45	138	6.549	6.733
Negative Marktwerte (derivative Finanzinstrumente)	1	45	138	6.549	6.733
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	0	0	0	0	0
Sonstige Passiva	0	0	0	0	0
Summe der Passiva	**1**	**45**	**138**	**6.549**	**6.733**
Außerbilanzielle Risikopositionen	0	8.085	12.915	8.089	29.089
Summe	**509**	**78.325**	**56.912**	**107.398**	**243.144**

Die Summe der Handelsaktiva zum 31. Dezember 2025 von 12,6 Mrd. € (31. Dezember 2024: 10,5 Mrd. €) besteht hauptsächlich aus Verbriefungen von 4,5 Mrd. € (31. Dezember 2024: 3,8 Mrd. €) und Fonds von 6,2 Mrd. € (31. Dezember 2024: 4,1 Mrd. €. Die Beteiligungen des Konzerns in Verbriefungen sind durch die gehaltenen Vermögenswerte besichert. Fondsanteile werden vom Konzern üblicherweise für das Marktpflege gehalten, andernfalls dienen sie als Besicherungsinstrumente für die an Kunden ausgegebene Wertpapiere. Des Weiteren wird das Kreditrisiko von Forderungen aus dem Kreditgeschäft gegenüber von Dritten finanzierten strukturierten Einheiten durch die erhaltene Sicherheit reduziert.

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete, nicht als Handelsbestand klassifizierte finanzielle Vermögenswerte beinhalten Reverse-Repo-Geschäfte für Fonds, die die Mehrheit der Beteiligungen in dieser Kategorie darstellen. Diese sind durch die gehaltenen Wertpapiere besichert.

Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft enthalten zum 31. Dezember 2025 110,8 Mrd. € (31. Dezember 2024: 119,0 Mrd. €) Investments in Verbriefungstranchen und Finanzierungen für von Dritten gesponserte Finanzierungsgesellschaften. Die vom Konzern den von dritten gesponserten Finanzierungsgesellschaften zur Verfügung gestellte Liquidität ist durch den gehaltenen Vermögenswert in diesen Gesellschaften besichert.

Die sonstigen Vermögenswerte zum 31. Dezember 2025 von 10,8 Mrd. € (31. Dezember 2024: 12,9 Mrd. €) bestehen hauptsächlich aus Salden aus Cash-Margins.

Ausstehende Forderungssalden sind in dieser Anhangangabe nicht enthalten, da diese Salden sich aus üblichen Geschäftsbeziehungen, zum Beispiel aus Vermittlungsaktivitäten, ergeben und die ihnen inhärente Volatilität dem Adressaten des Abschlusses keine zielführenden Informationen über die Risikopositionen der Deutschen Bank gegenüber strukturierten Einheiten liefern würde.

Finanzielle Unterstützung

Während des Jahres stellte die Deutsche Bank nicht konsolidierten strukturierten Einheiten keine nicht-vertraglichen Unterstützungen zur Verfügung.

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten, an denen die Deutsche Bank zum 31. Dezember 2025 und 31. Dezember 2024 keine Beteiligung hält

Als Sponsor ist die Deutsche Bank an der rechtlichen Errichtung und an der Vermarktung der Einheiten beteiligt und unterstützt diese auf unterschiedliche Art und Weise, unter anderem durch:

- Die Übertragung von Vermögenswerten an die Einheiten
- Die Bereitstellung von Gründungskapital
- Operative Unterstützung, um ihren Geschäftsbetrieb sicherzustellen
- Die Gewährung von Performancegarantien für die strukturierten Einheiten

Die Bank wird als Sponsor einer strukturierten Einheit angesehen, wenn Marktteilnehmer die Einheit begründeter weise mit der Deutschen Bank verbinden. Die Verwendung des Namens Deutsche Bank für die strukturierte Einheit zeigt, dass die Bank als Sponsor gehandelt hat.

Die Bruttoerträge von gesponserten nicht konsolidierten strukturierten Einheiten zum 31. Dezember 2025 betrugen 218 Mio. € (31. Dezember 2024: 581 Mio. €). Fälle, in denen die Bank keine Anteile an nicht konsolidierten gesponserten strukturierten Einheiten hält, umfassen Einheiten, bei denen Gründungskapital oder Finanzierungen gegenüber strukturierten Einheiten während des Jahres bereits voll an den Konzern zurückgezahlt wurden. Dieser Betrag berücksichtigt nicht die Auswirkungen von Sicherungsbeziehungen und wird in der Position „Nettogewinne/-verluste von finanziellen Vermögenswerten/Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden" ausgewiesen. Die gesamten Buchwerte der auf gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten übertragenen Vermögenswerte betrugen in 2025 5,8 Mrd. € für Verbriefungen und 3,1 Mrd. € für Repackaging- und Investmentgesellschaften. Im Jahr 2024 beliefen sich diese auf 3,7 Mrd. € für Verbriefungen und 2,3 Mrd. € für Repackaging- und Investmentgesellschaften.

39 – Kurz- und langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegliedert nach ihren Realisierungs- und Erfüllungszeitpunkten

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2025

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio. €	in 2025	nach 2025	31.12.2025
Barreserven und Zentralbankeinlagen	164.659	0	164.659
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	6.956	6	6.962
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	27.900	9.609	37.509
Forderungen aus Wertpapierleihen	6	0	6
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	511.893	7.742	519.635
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	11.277	32.367	43.644
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	924	924
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	114.570	358.051	472.620
Sachanlagen	0	5.924	5.924
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	7.561	7.561
Sonstige Aktiva	125.645	41.827	167.472
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.159	450	1.609
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	**964.064**	**464.459**	**1.428.523**
Steuerforderungen aus latenten Steuern			6.544
Summe der Aktiva			**1.435.067**

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2025

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio. €	in 2025	nach 2025	31.12.2025
Einlagen	666.224	25.604	691.827
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	3.507	670	4.177
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	0	2
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	357.997	26.181	384.179
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	18.204	0	18.204
Sonstige Passiva	131.448	6.265	137.713
Rückstellungen	2.408	0	2.408
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	499	195	694
Langfristige Verbindlichkeiten	22.175	92.579	114.754
Hybride Kapitalinstrumente	283	0	283
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	**1.202.746**	**151.495**	**1.354.241**
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			623
Summe der Verbindlichkeiten			**1.354.863**

Aktivpositionen zum 31. Dezember 2024

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio. €	in 2024	nach 2024	31.12.2024
Barreserven und Zentralbankeinlagen	147.494	0	147.494
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	6.154	6	6.160
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	32.061	8.742	40.803
Forderungen aus Wertpapierleihen	32	11	44
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	538.650	7.200	545.849
Zum beizulegenden Zeitwert über die sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung bewertete finanzielle Vermögenswerte	10.539	31.551	42.090
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	0	1.028	1.028
Forderungen aus dem Kreditgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten	126.187	352.733	478.921
Sachanlagen	0	6.193	6.193
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	7.749	7.749
Sonstige Aktiva	77.218	23.989	101.207
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.287	514	1.801
Summe der Aktiva vor Steuerforderungen aus latenten Steuern	**939.623**	**439.715**	**1.379.338**
Steuerforderungen aus latenten Steuern			7.839
Summe der Aktiva			**1.387.177**

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024

	Realisierung oder Erfüllung		Insgesamt
in Mio. €	in 2024	nach 2024	31.12.2024
Einlagen	640.982	25.279	666.261
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	2.710	1.030	3.740
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2	0	2
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	393.363	19.032	412.395
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	9.895	0	9.895
Sonstige Passiva	88.349	7.282	95.631
Rückstellungen	3.326	0	3.326
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	492	228	720
Langfristige Verbindlichkeiten	20.628	94.270	114.899
Hybride Kapitalinstrumente	287	0	287
Summe der Verbindlichkeiten vor Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	**1.160.033**	**147.122**	**1.307.155**
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern			590
Summe der Verbindlichkeiten			**1.307.745**

40 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Bank hatten.

EDINET提出書類
ドイツ銀行(E05792)
訂正有価証券報告書

41 – Informationen zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital

Allgemeine Definitionen

Die Ermittlung der Eigenmittel der Deutschen Bank berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute" (Capital Requirements Regulation oder „CRR") und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten" (Capital Requirements Directive oder „CRD"), welche danach durch weitere Verordnungen (Regulations and Directives) und Richtlinien geändert wurden. Die CRD wurde in deutsches Recht umgesetzt. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva" basieren auf den aufsichtsrechtlichen Konsolidierungsregeln.

In diesem Abschnitt wird über die Angemessenheit der Kapitalausstattung der für bankaufsichtsrechtliche Zwecke gemäß CRR und deutschem Kreditwesengesetz (KWG) konsolidierten Institutsgruppe berichtet, welche Versicherungsgesellschaften und Unternehmen außerhalb des Finanzsektors nicht beinhaltet.

Die gesamten Eigenmittel nach den zum Jahresende 2025 geltenden Regelungen bestehen aus Kernkapital (Tier 1) und Ergänzungskapital (Tier 2). Das Kernkapital setzt sich aus dem Harten Kernkapital (CET 1) und dem Zusätzlichen Kernkapital (AT1) zusammen.

Das Harte Kernkapital besteht in erster Linie aus dem Stammkapital (nach Abzug von eigenen Aktien im Bestand), den Kapitalrücklagen, den Gewinnrücklagen (inklusive etwaiger Verluste des laufenden Geschäftsjahres) sowie sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen. Darüber hinaus sind sowohl prudentielle Filter und aufsichtsrechtliche Anpassungen berücksichtigt als auch Minderheitsanteile, die für die Berücksichtigung im harten Kernkapital in Frage kommen. Die prudentiellen Filter für das Harte Kernkapital umfassen gemäß Artikel 32 bis 35 CRR im Zusammenhang mit Verbriefungen entstehende Veräußerungsgewinne, Geschäfte zur Absicherung von Zahlungsströmen und Wertveränderungen eigener Verbindlichkeiten sowie zusätzliche Bewertungsanpassungen. Zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen auf das Harte Kernkapital gehören immaterielle Vermögenswerte (soweit sie ihren aufsichtsrechtlichen Wert überschreiten), die Anwendung der vorübergehenden Behandlung von zeitwertbilanzierten, im sonstigen Ergebnis nicht realisierten Gewinnen und Verlusten nach Artikel 468 CRR, welche im vierten Quartal 2025 eingestellt wurden, latente Steueransprüche, die von der künftigen Rentabilität abhängen, negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge, Netto-Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds, Beteiligungen am Kapital von Unternehmen in der Finanzbranche, an denen das Institut eine Überkreuzbeteiligung hält, sowie wesentliche und nicht-wesentliche Beteiligungen am Kapital (CET 1, AT1, Tier 2) von Unternehmen in der Finanzbranche, wenn diese bestimmte Schwellenwerte übersteigen. Alle Positionen, die keinem Abzug unterliegen (das heißt Beträge, die den Schwellenwert nicht überschreiten), werden risikogewichtet.

Das Zusätzliche Kernkapital besteht aus den Kapitalinstrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals, den damit verbundenen Agiobeträgen, sowie jenen Minderheitsanteilen, die als konsolidiertes Zusätzliches Kernkapital anrechenbar sind. Für eine Anerkennung als Zusätzliches Kernkapital gemäß CRR/CRD müssen die Instrumente am Verlust teilnehmen, sei es durch ihre Umwandlung in Stammaktien oder durch ihre Abschreibung, mit der bei Vorliegen eines bestimmten Ereignisses die Verlustzuweisung erfolgt. Darüber hinaus müssen die Instrumente weitere Voraussetzungen erfüllen, so müssen sie zeitlich unbefristet sowie nicht mit einem Tilgungsanreiz ausgestattet sein, ferner muss die Entscheidung über Dividenden- oder Kuponzahlungen jederzeit allein im Ermessen des Instituts liegen.

Das Ergänzungskapital besteht aus den dafür anrechenbaren Kapitalinstrumenten, einschließlich den damit verbundenen Agiobeträgen, den nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten, bestimmten Wertberichtigungen und jenen Minderheitsanteilen, die als konsolidiertes Ergänzungskapital anrechenbar sind. Um als aufsichtsrechtliches Ergänzungskapital anerkannt zu werden, müssen die Kapitalinstrumente oder nachrangige Verbindlichkeiten eine Ursprungslaufzeit von mindestens fünf Jahren haben. Darüber hinaus dürfen anrechenbare Kapitalinstrumente unter anderem nicht mit einem Tilgungsanreiz ausgestattet sein, dem Anleger kein Recht zur beschleunigten Rückzahlung einräumen und keine an die Kreditwürdigkeit geknüpften Dividendenzahlungen aufweisen.

Kapitalinstrumente

Der Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2024 die Ermächtigung bis Ende April 2029 bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung oder, falls dieser Werte niedriger ist, bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung zurückzukaufen. Zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2024 entsprach dies einem Betrag von 199,5 Millionen Aktien. Davon können bis zu 5% des Grundkapitals oder 99,7 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Dies beinhaltet Derivate über ein Volumen von bis zu 2% des Grundkapitals mit einer Laufzeit von mehr als 18 Monaten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2024 bis zur Hauptversammlung 2025 wurden 34,6 Millionen Aktien zum Zwecke der Aktienvergütung im selben Zeitraum oder in künftigen Zeiträumen zurückgekauft. Davon wurden 21,3 Millionen Aktien mittels Ausübung von Kaufoptionen erworben.

Zusätzlich wurden 22,7 Millionen neue Kaufoptionen für Aktienvergütungszwecke in künftigen Zeiträumen erworben. Außerdem wurden im selben Zeitraum 27,9 Millionen Aktien zum Zwecke der Aktieneinziehung und Kapitalausschüttung an Aktionäre erworben. Davon wurden 20,9 Millionen Aktien, die im Rahmen des Rückkaufprogramms von 2024 über 675 Mio. € erworben wurden, Anfang des Jahres 2025 eingezogen; und 7,0 Millionen Aktien wurden im Rahmen des Rückkaufprogramms von 2025 über 750 Mio. € erworben. Der Bestand an eigenen Aktien betrug zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2025 12,9 Millionen Aktien. Davon stammten 7,0 Millionen Aktien aus Rückkäufen aus dem Aktienrückkaufprogramm von 2025 über 750 Mio. €. Der verbleibende Betrag von 5,9 Millionen Aktien wurde zum Zwecke der Aktienvergütung in künftigen Zeiträumen gehalten.

Die Hauptversammlung am 22. Mai 2025 gewährte dem Vorstand die Ermächtigung, bis Ende April 2030 bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder, falls dieser Werte niedriger ist, bis zu 10% des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung zurückzukaufen. Zum Zeitpunkt der Hauptversammlung 2025 entsprach dies einem Betrag von 194,8 Millionen Aktien. Davon können bis zu 5% des Grundkapitals oder 97,4 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Dies beinhaltet Derivate über ein Volumen von bis zu 2% des Grundkapitals mit einer Laufzeit von mehr als 18 Monaten. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Im Zeitraum seit der Hauptversammlung 2025 bis zum 31. Dezember 2025 wurden 4,6 Millionen Aktien zum Zwecke der Aktienvergütung in zukünftigen Zeiträumen gekauft und 30,6 Millionen Aktien zum Zwecke der Aktieneinziehung und Kapitalausschüttung an Aktionäre erworben. Davon stammen 22,3 Millionen Aktien aus Rückkäufen aus dem Aktienrückkaufprogramm von 2025 über 750 Mio. € und 8,4 Millionen Aktien aus dem Aktienrückkaufprogramm über 250 Mio. € in 2025. Im Dezember 2025 wurden 37,7 Millionen Aktien eingezogen. Der Bestand an Eigenen Aktien beträgt am 31. Dezember 2025 7,7 Millionen Aktien. Diese Aktien werden zum Zwecke der Aktienvergütung in künftigen Zeiträumen gehalten.

Seit der Hauptversammlung im Jahr 2017, erneuert durch die Hauptversammlung 2021 und gültig bis zu der Hauptversammlung im Jahr 2025, beträgt der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 2.560 Mio. € (1.000 Millionen Aktien). In der Hauptversammlung im Jahr 2025 wurde dieses genehmigte Kapital durch ein neues genehmigtes Kapital mit einem Nennwert in Höhe von 2.493 Mio. € (973,8 Millionen Aktien) ersetzt. Bis zum 31. Dezember 2025 wurde diese Ermächtigung nicht ausgenutzt, so dass das genehmigte Kapital unverändert 2.493 Mio. € beträgt.

Seit der Hauptversammlung im Jahr 2022 bis zur Hauptversammlung im Jahr 2025 ist der Vorstand ermächtigt, Genussscheine und andere Schuldverschreibungen, die die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als zusätzliches Kernkapital erfüllen, in Höhe von 9 Mrd. € zu begeben. In diesem Zeitraum hat die Deutsche Bank neue AT1-Anleihen in Höhe von 5,75 Mrd. € begeben, davon 1,5 Mrd. € im März 2025. Seit der Hauptversammlung im Jahr 2025 ist der Vorstand ermächtigt, Genussscheine und anderen Schuldverschreibungen, die die Anforderungen an die aufsichtsrechtliche Anerkennung als zusätzliches Kernkapital erfüllen, in Höhe von 12 Mrd. € bis einschließlich 30. April 2030 zu begeben. Unter Ausnutzung dieser Ermächtigung wurden neue AT1-Anleihen in Höhe von 1,0 Mrd. € bis zum 31. Dezember 2025 begeben.

Gemäß geltender CRR sind zum 31. Dezember 2025 ausstehende Instrumente des Zusätzlichen Kernkapitals mit einem Nominalvolumen von 11,7 Mrd. € in einer Höhe von 11,5 Mrd. € für das Zusätzliche Kernkapital anrechenbar. Im Jahr 2025 wurden AT1-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 2,4 Mrd. € frühzeitig zurückgezahlt. Die Bank emittierte AT1-Anleihen mit einem Nominalvolumen von 2,5 Mrd. €.

Am 31. Dezember 2025 betrug die Höhe des anrechenbaren Ergänzungskapitals 7,1 Mrd. € aus Instrumenten mit einem ausstehenden Nominalbetrag von 8,3 Mrd. €. Im Jahr 2025 sind Ergänzungskapitalinstrumente mit einem Nominalbetrag von 2,8 Mrd. € ausgelaufen und 0,1 Mrd. € können nicht mehr angerechnet werden. Es wurden keine neuen Ergänzungskapitalinstrumente begeben.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen und zusätzliche Puffer

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Maßnahmen der Aufsichtsbehörden nach sich ziehen, wie beispielsweise die Beschränkung von Dividendenzahlungen oder von bestimmten Geschäftsaktivitäten wie Kreditvergaben. Die Deutsche Bank hat im Jahr 2025 die aufsichtsrechtlichen Mindestkapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

Details zum aufsichtsrechtlichen Kapital

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen		
Kapitalinstrumente, Emissionsagiokonto und sonstige Rücklagen	42.983	44.130
Gewinnrücklagen	21.149	19.978
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-4.159	-1.229
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden[1]	3.347	801
Sonstige	917	1.020
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**64.237**	**64.700**
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-1.667	-1.680
Sonstige prudenzielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	296	95
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-5.045	-5.277
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-2.533	-3.463
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-2.579	-3.037
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-1.135	-1.175
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	0	0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 10%-/15%-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0	0
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 10%-/15%-Schwelle) (negativer Betrag)	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 468 CRR	0	1.012
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen[2]	-2.309	-1.721
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	**-14.971**	**-15.244**
Hartes Kernkapital (CET 1)	**49.266**	**49.457**
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente		
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	11.648	11.508
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	0	0
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**11.648**	**11.508**
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen		
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-130	-130
Vom Zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR		
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	**-130**	**-130**
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	**11.518**	**11.378**
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	**60.784**	**60.835**
Ergänzungskapital (T2)	**7.050**	**7.676**
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	**67.834**	**68.511**
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	**347.133**	**357.427**
Kapitalquoten		
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	0,1	13,8
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	0,2	17,0
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	0,2	19,2

[1] Das Jahresergebnis wird im Einklang mit der EZB-Entscheidung (EU) (2015/656) gemäß Artikel 26(2) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (EZB/2015/4) angerechnet; der Gewinn für das aktuelle Jahr in Höhe von 6,9 Mrd. €, reduziert um zukünftige Ausschüttungen an Aktionäre in Höhe von 3,1 Mrd. € und AT1-Kupons in Höhe von 0,5 Mrd. €.
[2] Beinhaltet Kapitalabzüge in Höhe von (1,4) Mrd. € (Dezember 2024: 1,4 Mrd. €) gemäß EZB Vorgaben zu unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Einheitlichen Abwicklungsfonds und der Einlagensicherung, (0,7) Mrd. € (Dezember 2024: 0,3 Mrd. €) gemäß der eingeforderten überwachenden Maßnahmen der EZB bezüglich der Minimalanforderung an Rückstellungen für ausgefallene Forderungen.

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Eigenkapital per Bilanzausweis	**66.933**	**66.276**
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	-24	-24
Davon:	0	0
Kapitalrücklage	0	0
Gewinnrücklage	-16	-24
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	-9	0
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	**66.909**	**66.252**
Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET 1)	917	1.020
Abzug AT1-Kupons sowie Ausschüttungen an Aktionäre[1]	-3.585	-2.565
Kapitalinstrumente des Harten Kernkapitals (CET 1), nicht anrechenbar gemäß Art. 28 (1) CRR	-4	-7
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	**64.237**	**64.700**
Prudentielle Filter	**-1.371**	-1.585
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	-1.667	-1.680
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	0	0
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	296	95
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	-13.600	-13.659
Davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-5.045	-5.277
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	-2.533	-3.463
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-2.579	-3.037
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-1.135	-1.175
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Organismen für gemeinsame Anlagen (OGA), nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	-214	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 468 CRR	0	1.012
Sonstiges[2]	-2.094	-1.721
Hartes Kernkapital	**49.266**	**49.457**

[1] Das Jahresergebnis wird im Einklang mit der EZB-Entscheidung (EU) (2015/656) gemäß Artikel 26(2) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (EZB/2015/4) angerechnet; die Abzüge für das laufende Jahr beinhalten zukünftige Ausschüttungen an Aktionäre in Höhe von 3,1 Mrd. € und AT1-Kupons in Höhe von 0,5 Mrd. €.
[2] Beinhaltet Kapitalabzüge in Höhe von (1,4) Mrd. € (Dezember 2024: 1,4 Mrd. €) gemäß EZB Vorgaben zu unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Einheitlichen Abwicklungsfonds und der Einlagensicherung, (0,7) Mrd. € (Dezember 2024: 0,3 Mrd. €) gemäß der eingeforderten überwachenden Maßnahmen der EZB bezüglich der Mindestanforderung an Rückstellungen für ausgefallene Forderungen.

Kapitalmanagement

Die Treasury-Abteilung der Deutschen Bank steuert die Solvabilität, die Kapitaladäquanz, die Verschuldungsquote und die Abwicklungskapazität auf Konzernebene und auf lokaler Ebene in jeder Region, je nach Notwendigkeit. Treasury setzt die Kapitalstrategie, die vom Group Risk Committe entwickelt und vom Vorstand genehmigt wird, um. Treasury steuert, direkt oder durch das Group Asset and Liability Committee (ALCO), unter anderem, die Emission sowie den Rückkauf von Aktien und Kapitalinstrumenten, die Absicherung von Kapitalquoten gegenüber Devisenkursschwankungen, die Allokation von Eigenkapital sowie die regionale Kapitalplanung. Das Group ALCO schlägt jedes Quartal dem Group Risk Committee divisionale Kapazitäten für wesentliche Größen des Kapitalbedarfs vor. Daraufhin genehmigt das Group Risk Committee diese Kapazitätslimite. Die Bank verfolgt dabei das Ziel, stets eine solide ökonomische und aufsichtsrechtliche Kapitalisierung aufrechtzuerhalten. Sie überwacht und passt fortwährend Kapitalnachfrage und -angebot an, im Bestreben ein adäquates Gleichgewicht ökonomischer und aufsichtsrechtlicher Bedingungen zu jeder Zeit und unter allen relevanten Gesichtspunkten zu erzielen. Dies beinhaltet das Buchkapital nach IFRS, das aufsichtsrechtliche Kapital sowie das Ökonomische Kapital und die Kapitalanforderungen durch Ratingagenturen.

Treasury steuert die Emission und den Rückkauf von Kapitalinstrumenten, das heißt von Tier-1-Kern-Kapital (CET1), zusätzlichem Kernkapital (AT1) sowie die Tier-2-Kapital sowie von TLAC/MREL anrechenbaren Schuldtiteln. Treasury beobachtet den Markt für Passiv-Management-Geschäfte fortlaufend. Solche Transaktionen stellen eine antizyklische Möglichkeit dar, Tier-1-Kern-Kapital durch den Rückkauf von Deutsche Bank-Fremdkapitalemissionen unter deren Ausgabepreis zu schaffen.

Treasury steuert die Sensitivität der harten Kernkapitalquote (CET1) der Bank in Bezug auf Schwankungen von Währungskursen gegenüber dem Euro. Zu diesem Zweck bestimmt Treasury, welche Währungen abgesichert werden sollen, entwickelt geeignete Absicherungsstrategien und schließt entsprechende Absicherungsgeschäfte innerhalb der vom Vorstand genehmigten Risikobereitschaft ab. Dabei wird in ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen investiertes Kapital in Fremdwährung entweder vollständig, teilweise oder nicht gegen Währungskursschwankungen abgesichert. Dabei berücksichtigt die Treasury-Abteilung durch Wechselkursänderungen ausgelöste Wertänderungseffekte auf Kapital, Kapitalabzugsposten und risikogewichteten Aktiva in Fremdwährung sowie die verbundenen Absicherungskosten und die Auswirkungen auf Risikoaktiva aus Marktrisiken.

Festlegung von Limiten für Ressourcen

Der Verbrauch von wesentlichen Größen des Kapitalbedarfs wird durch folgende Governance-Prozesse und Anreizmechanismen beeinflusst.

Die angestrebten Zielkapazitäten für die Ressourcennutzung werden im jährlichen Strategischen Plan überprüft und mit den angestrebten Zielen der Bank für die Tier-1-Kernkapitalquote sowie die Verschuldungsquote abgestimmt. In einem quartalsweisen Prozess genehmigt das Group Asset and Liability Committee, die auf dem strategischen Plan basierenden divisionalen Limite für die Ressourcennutzung hinsichtlich Kapitalanforderung (bestehend aus der Summe der risikogewichteten Aktiva (RWA) sowie gewissen RWA Äquivalenten von Kapitalabzugspositionen) und Verschuldungsposition, welche um aktuelle Marktbedingungen und den kurzfristigen Ausblick angepasst werden. Die Einhaltung der Limite wird über einen engen Überwachungsprozess und durch Strafzahlungen für Überziehungen durchgesetzt.

Die aufsichtsbehördlichen Kapitalanforderungen ergeben sich grundsätzlich entweder auf Basis der Tier-1-Kernkapitalquote oder der Verschuldungsquote, abhängig davon, welche Anforderung mehr einschränkend wirkt. Für die interne Kapitalallokation erfolgt die Zuteilung auf Basis des kumulierten Beitrags jedes Segments zur Tier-1-Kernkapitalquote des Konzerns, zu seiner Verschuldungsquote und zu seinem Kapitalverlust unter Stressbedingungen. Die Beiträge zu jeder dieser drei Kennzahlen werden zur Berücksichtigung ihrer relativen Bedeutung und des Grades der Einschränkung für den Konzern gewichtet. Die Beiträge zur Tier-1-Kernkapitalquote und zur Verschuldungsquote werden anhand von risikogewichteten Aktiva (RWA) und der CRR/CRD-Verschuldungsposition (Leverage Ratio Exposure; LRE). Der Kapitalverlust des Konzerns unter Stressbedingungen ist eine Messgröße für das ökonomische Risiko in einem bestimmten Stressszenario. Der Geschäfts- oder Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte werden direkt den Segmenten des Konzerns zugeordnet, um eine Ermittlung des allokierten materiellen Eigenkapitals und der jeweiligen Renditen zu ermöglichen. In der Leistungsmessung verwendet die Methode der Bank unterschiedliche Eigenkapitalkosten für die einzelnen Geschäftsfelder, um die Ergebnisvolatilität der einzelnen Geschäftsmodelle differenzierter zu reflektieren. Dies ermöglicht verbesserte Leistungssteuerung und Investitionsentscheidungen.

Die meisten Tochtergesellschaften und eine Reihe der Niederlassungen der Bank unterliegen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen. Bei der Entwicklung, Umsetzung und Prüfung der Kapital- und Liquiditätsausstattung der Gruppe berücksichtigen wir diese gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen in vollem Umfang. Alle wesentlichen Kapitalanforderungen von Niederlassungen und Tochtergesellschaften auf der ganzen Welt werden dem Group Investment Committee vorgelegt und von diesem vor der Ausführung genehmigt.

Außerdem ist Treasury Mitglied im Pensions Committee der Deutschen Bank und in den relevanten Anlageausschüssen, die verantwortlich für die Überwachung der Anlagevermögen der größten Pensionspläne der Bank in Deutschland sind, vertreten. Die Anlageausschüsse legen die Anlagestrategie der jeweiligen Pensionsvermögen entsprechend des Anlageziels der Bank, die Kapitalbasis und Ausschüttungsfähigkeit der Bank zu erhalten, fest.

42 – Ergänzende Erläuterungen zum Konzernabschluss gemäß § 297 Abs. 1a/314 HGB und die Kapitalrendite gemäß § 26a KWG

Personalaufwand

in Mio. €	2025	2024
Personalaufwand:		
Löhne und Gehälter	9.651	9.836
Soziale Abgaben	2.163	1.896
davon: für Altersversorgung	1.019	1.016
Insgesamt	**11.813**	**11.731**

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 89.898 (2024: 90.149), darunter befanden sich 40.372 (2024: 40.341) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 55.570 (2024: 54.376) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats

Die folgenden Tabellen zeigen die Vergütung, die die Mitglieder des Vorstands insgesamt erhalten haben unter Berücksichtigung der Anforderungen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 17. Zusätzliche Informationen werden im Vergütungsbericht im Geschäftsbericht dargestellt.

in €	2025	2024
Grundgehälter	26.457.875	26.659.356
Sonstige Zulagen	1.616.667	1.525.000
Sonstige Leistungen	652.044	1.170.876
Erfolgsabhängige Vergütung	27.446.519	21.039.598
Vergütung insgesamt	**56.173.105**	**50.394.830**

Gewährung von Aktienrechten	2025	2024
Relevanter Aktienpreis	30,53	20,01
Gewährte/ pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte	1.116.294	1.683.651
davon Equity-Upfront Awards	278.066	392.848
davon Restricted Equity Awards	59.785	9.385
davon pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte	778.442[1]	1.281.418[2]
Gegenwert der gewährten/ pro forma in Aussicht gestellten Aktienanrechte	34.080.444	33.691.540
davon Equity-Upfront Award	8.489.361	7.861.281
davon Restricted Equity Awards	1.825.250	187.804
davon pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte	23.765.833[1]	25.642.455[2]

[1] Pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte werden erst am Ende des Performancezeitraumes 2025 – 2027 final bestimmt und rechtlich im Jahr 2028 gewährt.
[2] Pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte werden erst am Ende des Performancezeitraumes 2024 – 2026 final bestimmt und rechtlich im Jahr 2027 gewährt.

in €	2025	2024
Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	100.496.514	35.841.194
Pensionsrückstellung für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	134.043.639	142.890.863

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 14 der Satzung der Deutsche Bank AG geregelt und wurde zuletzt von der Hauptversammlung am 17. Mai 2023 angepasst und beschlossen. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats in 2025 betrug 7.712.500 € (2024: 7.775.000 €). Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen.

Am 31. Dezember 2025 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 57.873 € (2024: 52.119 €) und für Aufsichtsratsmitglieder auf 1.410.092 € (2024: 1.256.722 €). Im Geschäftsjahr 2025 sind Tilgungen von den Mitgliedern des Vorstands in Höhe von 3.201 € (2024: 0 €) und von den Mitgliedern des Aufsichtsrats in Höhe von 179.384 € (2024: 67.238 €) erfolgt.

Kapitalrendite

In § 26a KWG wird die Kapitalrendite als Quotient aus Nettogewinn und durchschnittlicher Bilanzsumme definiert. Entsprechend dieser Definition lag die Kapitalrendite für das Jahr 2025 bei 0,49% (2024: 0,25%).

Informationen zum Mutterunternehmen

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft stellt das Mutterunternehmen des Deutsche Bank Konzerns dar. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 30000 registriert.

Corporate Governance

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft hat die nach § 161 Aktiengesetz vorgeschriebene Erklärung abgegeben und unter www.db.com/ir/de/berichte.htm publiziert.

Wesentliche Prüfungshonorare und -leistungen

Von EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („EY GmbH & Co. KG") und anderen EY Gesellschaften abgerechnete Honorare nach Kategorien

Kategorie in Mio. €	2025	2024
Prüfungshonorare	70	69
davon an EY GmbH & Co. KG	55	55
Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen	10	10
davon an EY GmbH & Co. KG	6	7
Honorare für Steuerberatung	0	0
davon an EY GmbH & Co. KG	0	0
Sonstige Honorare	0	1
davon an EY GmbH & Co. KG	0	0
Summe der Honorare	**80**	**80**

Die Prüfungshonorare beinhalten Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Einzelabschlussprüfung und Konzernabschlussprüfung der Deutschen Bank AG und beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die DWS und deren konsolidierte Gesellschaften, die nicht von EY geprüft werden. Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthalten Honorare für gesetzlich oder durch Rechtsverordnung geforderte andere Bestätigungsleistungen, insbesondere für Gutachten für bestimmte Finanzdienstleistungen, für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen, für Verschmelzungsprüfungen und für Spaltungsprüfungen, sowie Honorare für freiwillige Bestätigungsleistungen, wie freiwillige Prüfungen für interne Managementzwecke und die Erteilung von Comfort Letter. Die Honorare für Steuerberatung inklusive Dienstleistungshonoraren enthalten Honorare für Beratungs- und Unterstützungsleistungen bei der Erstellung der Steuererklärung sowie für Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Initiativen für die Steuerplanung und Unterstützung bei der Bewertung der Einhaltung der steuerlichen Regelungen.

43 – Länderspezifische Berichterstattung

§ 26a KWG erfordert die jährliche Veröffentlichung bestimmter Informationen nach geographischen Standorten. Die in der nachfolgenden Tabelle veröffentlichten Informationen entstammen den Daten des IFRS-Konzernabschlusses der Deutschen Bank. Die Tabelle ist jedoch aufgrund spezifischer Anforderungen, die die Bundesbank am 16. Dezember 2014 veröffentlichte, nicht mit anderen Finanzinformationen in diesem Bericht abstimmbar. Diese Anforderungen beinhalten die Darstellung von Informationen zu geographischen Standorten vor der Eliminierung von grenzüberschreitenden konzerninternen Transaktionen. Entsprechend den Anforderungen der Bundesbank werden konzerninterne Transaktionen innerhalb der selben geographischen Standorte eliminiert. Diese Eliminierungen sind identisch mit den Eliminierungen, die im internen Management-Reporting für die jeweiligen geographischen Standorte vorgenommen werden.

Der geographische Standort von Tochtergesellschaften und Niederlassungen berücksichtigt sowohl den Standort der Gründung oder der Ansässigkeit als auch die relevante Steuerhoheit. Für die Angabe der Firmenbezeichnungen, der Art der Tätigkeit und des Sitzes der Tochtergesellschaften und Niederlassungen wird auf die Anhangangabe 44 „Anteilsbesitz" verwiesen. Zudem haben die Deutsche Bank AG und ihre Tochtergesellschaften deutsche und ausländische Niederlassungen wie zum Beispiel in London, New York und Singapur. Die Erträge bestehen aus dem Zinsüberschuss und den zinsunabhängigen Erträgen.

31.12.2025

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	Nettoerträge (Umsatz)	Angestellte (Vollzeit-äquivalente)[1]	Ergebnis vor Steuern	Einkommensteuer (Aufwand)/Ertrag
Argentinien	0	5	-2	0
Australien	235	288	86	-30
Österreich	13	75	3	0
Belgien	214	447	49	-17
Brasilien	139	214	77	-35
Kanada	10	10	-8	0
Cayman Islands	-18	0	-19	0
China	187	624	67	-15
Kolumbien	1	7	-1	0
Tschechische Republik	24	45	11	-2
Frankreich	158	212	65	-11
Deutschland	12.477	33.386	3.883	-871
Großbritannien	4.798	7.516	930	-157
Griechenland	2	13	3	-1
Hongkong	586	780	150	-32
Ungarn	39	73	10	-2
Indien	988	23.867	815	-280
Indonesien	113	232	64	-19
Irland	18	158	6	0
Israel	8	15	0	0
Italien	1.137	2.820	293	-101
Japan	238	544	90	-28
Jersey	5	0	10	-6
Luxemburg	1.196	475	720	-140
Malaysia	108	231	67	-16
Mauritius	4	0	4	0
Mexico	12	38	4	0
Niederlande	260	392	95	-27
Pakistan	17	86	9	-6
Peru	1	0	-1	0
Philippinen	42	1.420	13	-5
Polen	158	380	-36	-9
Portugal	13	45	2	-1
Katar	0	4	-1	0
Rumänien	2	2.037	18	-4
Russische Föderation	101	162	61	-17
Saudi Arabien	34	50	6	-1
Singapur	1.225	1.796	537	-74
Südafrika	22	37	6	0
Südkorea	149	193	68	-17
Spanien	646	2.308	197	-62
Sri Lanka	18	53	7	-2
Schweden	4	38	-1	0
Schweiz	316	616	40	-7
Taiwan	77	147	47	-5
Thailand	62	102	23	-5
Türkei	139	114	109	-35
VAE	36	200	17	-4
Ukraine	14	34	13	-6
USA	7.174	7.703	2.231	-551
Vietnam	50	85	35	-7

[1] Vollzeitäquivalente zum 31. Dezember 2025

44 – Anteilsbesitz

654 Verbundene Unternehmen
660 Konsolidierte Strukturierte Gesellschaften
667 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen
669 Andere Unternehmen, an denen mehr als 20% der Kapitalanteile gehalten werden
672 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz des Konzerns Deutsche Bank gemäß § 313 Absatz 2 HGB.

Fußnoten:

1 Control-Verhältnis.
2 Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter gemäß § 313 Absatz 2 Nummer 6 HGB.
3 General Partnership.
4 Von dieser Gesellschaft wurden nur spezifische Aktiva und darauf bezogene Passiva (Silos) konsolidiert.
5 Joint Venture (Gemeinschaftsunternehmen).
6 Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung wegen signifikanten Einflusses.
7 Kein Control-Verhältnis.
8 Nach IFRS als nicht nach der Equitymethode zu bilanzierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
9 Nach IFRS als nicht zu konsolidierende strukturierte Gesellschaft klassifiziert.
10 Vorläufiges Eigenkapital von 6.278,9 Mio. €/Ergebnis von 19,5 Mio. € (Geschäftsjahr 2025).
11 Vorläufiges Eigenkapital von 5,990.8 Mio. €/Ergebnis von 66,1 Mio. € (Geschäftsjahr 2025).
12 Eigenkapital von 45,8 Mio. €/Ergebnis von 4,0 Mio. € (Geschäftsjahr 2024).
13 Nicht konsolidiert oder als nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligung, da zum beizulegenden Zeitwert bewerteter, nicht als Handelsbestand klassifizierter finanzieller Vermögenswert
14 Eigenkapital von 1,0 Mio. €/Ergebnis von 11,2 Mio. € (Geschäftsjahr 2024).
15 Eigenkapital von 37,1 Mio. €/Ergebnis von 4,1 Mio. € (Geschäftsjahr 2024).

Verbundene Unternehmen

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
1	Deutsche Bank Aktiengesellschaft	Frankfurt am Main		Kreditinstitut	
2	ABFS I Incorporated	Lutherville-Timonium		Finanzinstitut	100,0
3	Alex. Brown Financial Services Incorporated	Lutherville-Timonium		Finanzinstitut	100,0
4	Alex. Brown Investments Incorporated	Lutherville-Timonium		Finanzinstitut	100,0
5	Argent Incorporated	Lutherville-Timonium		Finanzinstitut	100,0
6	Baldur Mortgages Limited	London		Finanzinstitut	100,0
7	Better Payment Germany GmbH	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
8	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln		Finanzinstitut	100,0
9	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln		Kreditinstitut	100,0
10	BHW Holding GmbH	Hameln		Finanzholdinggesellschaft	100,0
11	Borfield Sociedad Anonima	Montevideo		Sonstiges Unternehmen	100,0
12	Breaking Wave DB Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
13	BT Globenet Nominees Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
14	Cardea Real Estate S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
15	Caribbean Resort Holdings, Inc.	New York		Finanzinstitut	–
16	Cathay Advisory (Beijing) Co., Ltd.	Peking		Sonstiges Unternehmen	100,0
17	Cathay Asset Management Company Limited	Ebène		Finanzinstitut	100,0
18	China Recovery Fund, LLC	Wilmington		Finanzinstitut	85,0
19	Cinda - DB NPL Securitization Trust 2003-1	Wilmington		Finanzinstitut	10,0
20	City Leasing (Thameside) Limited	London		Finanzinstitut	100,0
21	City Leasing Limited	London		Finanzinstitut	100,0
22	Consumo Srl in Liquidazione	Mailand		Finanzinstitut	100,0
23	D B Investments (GB) Limited	London		Finanzinstitut	100,0
24	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		Finanzinstitut	100,0
25	DB (Barbados) SRL	Christ Church		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
26	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
27	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sendirian Berhad	Kuala Lumpur		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
28	DB Advisory Services S.A.S.	Bogotá		Finanzinstitut	100,0
29	DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
30	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		Finanzinstitut	100,0
31	DB Asset Finance I S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	96,9
32	DB Asset Finance II S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	96,9
33	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt am Main		Finanzholdinggesellschaft	100,0
34	DB Boracay LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
35	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main		Finanzholdinggesellschaft	100,0
36	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
37	DB Commodity Financing Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
38	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		Finanzinstitut	100,0
39	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	100,0
40	DB Direkt GmbH	Frankfurt am Main		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
41	DB Equipment Leasing, Inc.	New York		Finanzinstitut	100,0
42	DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
43	DB Finance International GmbH	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0
44	DB Global Technology SRL	Bukarest		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
45	DB Global Technology, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
46	DB Group Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
47	DB Holdings (New York), Inc.	New York		Finanzinstitut	100,0
48	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen	2	Finanzinstitut	100,0
49	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen		Finanzinstitut	100,0
50	DB Intermezzo LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
51	DB Internal Funding Limited	London		Finanzinstitut	100,0
52	DB International (Asia) Limited	Singapur		Kreditinstitut	100,0
53	DB International Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzinstitut	100,0
54	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
55	DB Investment Partners Limited	London		Finanzinstitut	100,0
56	DB Investment Services GmbH	Frankfurt am Main		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
57	DB London (Investor Services) Nominees Limited	London		Finanzinstitut	100,0
58	DB Management Support GmbH	Frankfurt am Main		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
59	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong SAR		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
60	DB Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	100,0
61	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		Sonstiges Unternehmen	100,0
62	DB Operaciones y Servicios Interactivos, S.L.U.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
63	DB Overseas Holdings Limited	London		Finanzinstitut	100,0
64	DB Print GmbH	Frankfurt am Main		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
65	DB Private Clients Corp.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
66	DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		Finanzinstitut	100,0
67	DB Re S.A.	Luxemburg		Rückversicherungsunternehmen	100,0
68	DB Service Centre Limited	Dublin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
69	DB Services (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
70	DB Services Americas, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
71	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
72	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
73	DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
74	DB Structured Products, Inc.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
75	DB Trustee Services Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
76	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong SAR		Sonstiges Unternehmen	100,0
77	DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
78	DB UK Bank Limited	London		Kreditinstitut	100,0
79	DB UK Holdings Limited	London		Finanzinstitut	100,0
80	DB UK PCAM Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzinstitut	100,0
81	DB USA Core Corporation	West Trenton		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
82	DB USA Corporation	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
83	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	100,0
84	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	100,0
85	DB VersicherungsManager GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	100,0
86	DB Vita S.A.	Luxemburg		Versicherungsunternehmen	84,0
87	DBAH Capital, LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
88	DBCIBZ1 (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzinstitut	100,0
89	DBFIC, Inc.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
90	DBOI Global Services (UK) Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
91	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		Finanzinstitut	100,0
92	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
93	DBRMSGP1	Georgetown		Finanzinstitut	100,0
94	DBX Advisors LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
95	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0
96	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt am Main		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
97	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		Finanzinstitut	100,0
98	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		Finanzinstitut	100,0
99	Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		Finanzinstitut	100,0
100	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
101	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		Finanzinstitut	100,0
102	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
103	Deutsche Australia Limited	Sydney		Finanzinstitut	100,0
104	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	100,0
105	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		Kreditinstitut	100,0
106	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		Kreditinstitut	100,0
107	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		Kreditinstitut	100,0
108	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		Kreditinstitut	100,0
109	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		Kreditinstitut	100,0
110	Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
111	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt am Main		Kreditinstitut	100,0
112	Deutsche Bank Financial Company	Georgetown		Finanzinstitut	100,0
113	Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
114	Deutsche Bank Immobilien GmbH	Hameln		Sonstiges Unternehmen	100,0
115	Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
116	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		Kreditinstitut	100,0
117	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	100,0
118	Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		Finanzinstitut	100,0
119	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Warschau		Kreditinstitut	100,0
120	Deutsche Bank Representative Office Nigeria Limited	Lagos		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
121	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão	Sao Paulo		Kreditinstitut	100,0
122	Deutsche Bank S.p.A.	Mailand		Kreditinstitut	99,9
123	Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
124	Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		Kreditinstitut	100,0
125	Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		Kreditinstitut	100,0
126	Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		Finanzinstitut	100,0
127	Deutsche Bank Trust Corporation	New York		Finanzinstitut	100,0
128	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Madrid		Kreditinstitut	100,0
129	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		Finanzinstitut	100,0
130	Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		Finanzinstitut	100,0
131	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		Finanzinstitut	100,0
132	Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		Finanzinstitut	100,0
133	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		Finanzinstitut	100,0
134	Deutsche Finance No. 2 Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		Finanzinstitut	100,0
135	Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		Finanzinstitut	100,0
136	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung i.L.	Düsseldorf		Finanzinstitut	100,0
137	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
138	Deutsche Group Holdings (SA) Proprietary Limited	Johannesburg		Finanzinstitut	100,0
139	Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
140	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	99,8
141	Deutsche Holdings (Grand Duchy)	Luxemburg		Finanzinstitut	100,0
142	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	100,0
143	Deutsche Holdings Limited	London		Finanzinstitut	100,0
144	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London		Finanzinstitut	100,0
145	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London		Finanzinstitut	100,0
146	Deutsche Holdings No. 4 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		Finanzinstitut	100,0
147	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf		Finanzinstitut	100,0
148	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		Finanzinstitut	100,0
149	Deutsche India Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
150	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited (in liquidation)	Dublin		Finanzinstitut	100,0
151	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		Finanzinstitut	100,0
152	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
153	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
154	Deutsche Mexico Holdings S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	100,0
155	Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
156	Deutsche New Zealand Limited	Auckland		Finanzinstitut	100,0
157	Deutsche Nominees Limited	London		Finanzinstitut	100,0
158	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Köln		Wertpapierfirma	100,0
159	Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
160	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schüttringen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
161	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		Finanzinstitut	100,0
162	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
163	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
164	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong SAR		Finanzinstitut	100,0
165	Deutsche Securities Inc.	Tokio		Finanzinstitut	100,0
166	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		Finanzinstitut	100,0
167	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		Finanzinstitut	100,0
168	Deutsche Securities Saudi Arabia (a closed joint stock company)	Riad		Finanzinstitut	100,0
169	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		Finanzinstitut	100,0
170	Deutsche Services (CI) Limited	St. Helier		Finanzinstitut	100,0
171	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
172	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	100,0
173	Deutsche Strategic Investment Holdings Yugen Kaisha	Tokio		Finanzinstitut	100,0
174	Deutsche Trustee Company Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
175	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		Sonstiges Unternehmen	100,0
176	Deutsche Wealth Management S.G.I.C., S.A.	Madrid		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
177	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	78,0
178	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	100,0
179	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzinstitut	100,0
180	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	98,0
181	DWS Alternatives France	Paris		Sonstiges Unternehmen	100,0
182	DWS Alternatives Global Limited	London		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
183	DWS Alternatives GmbH	Frankfurt am Main		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
184	DWS Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
185	DWS Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	98,3
186	DWS CH AG	Zürich		Finanzinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
187	DWS Consulting Shanghai Limited	Schanghai		Sonstiges Unternehmen	100,0
188	DWS Corporate Management Beijing Limited	Peking		Sonstiges Unternehmen	100,0
189	DWS Distributors, Inc.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
190	DWS Far Eastern Investments Limited	Taipeh		Finanzinstitut	60,0
191	DWS Global Business Services Inc.	Taguig Stadt		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,9
192	DWS Group GmbH & Co. KGaA	Frankfurt am Main		Investmentholdinggesellschaft	79,5
193	DWS Group Services UK Limited	London		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
194	DWS Grundbesitz GmbH	Frankfurt am Main		Vermögensverwaltungsgesellschaft	99,9
195	DWS India Private Limited	Mumbai		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
196	DWS International GmbH	Frankfurt am Main		Wertpapierfirma	100,0
197	DWS Investment GmbH	Frankfurt am Main		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
198	DWS Investment Management Americas, Inc.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
199	DWS Investment S.A.	Luxemburg		Vermögensverwaltungsgesellschaft	100,0
200	DWS Investments Australia Limited	Sydney		Finanzinstitut	100,0
201	DWS Investments Hong Kong Limited	Hongkong SAR		Finanzinstitut	100,0
202	DWS Investments Japan Limited	Tokio		Finanzinstitut	100,0
203	DWS Investments Singapore Limited	Singapur		Finanzinstitut	100,0
204	DWS Investments UK Limited	London		Finanzinstitut	100,0
205	DWS Management GmbH	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0
206	DWS Real Estate GmbH	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	99,9
207	DWS Service Company	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
208	DWS Trust Company	Concord		Finanzinstitut	100,0
209	DWS USA Corporation	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
210	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.L.	Hamburg		Sonstiges Unternehmen	65,2
211	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		Finanzinstitut	100,0
212	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.l.	Mailand		Sonstiges Unternehmen	100,0
213	Finanzberatungsgesellschaft mbH der Deutschen Bank	Berlin		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
214	Fir (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
215	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
216	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	74,9
217	GAHL Holdings LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
218	GAHL Holdings Trust	Wilmington		Finanzinstitut	–
219	German American Capital Corporation	Lutherville-Timonium		Finanzinstitut	100,0
220	Greenheart (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
221	Greenwood Properties Corp.	New York		Finanzinstitut	–
222	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/Kirchgasse GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	78,7
223	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben I GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	90,0
224	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
225	Joint Stock Company Deutsche Bank DBU	Kyjiw		Kreditinstitut	100,0
226	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		Finanzinstitut	100,0
227	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt am Main		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
228	Kidson Pte Ltd	Singapur		Finanzinstitut	100,0
229	Konsul Inkasso GmbH	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
230	LA Water Holdings Limited	Georgetown		Finanzinstitut	75,0
231	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		Finanzinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
252	London Industrial Leasing Limited	London		Finanzinstitut	100,0
253	MEF I Manager, S. à r.l.	Munsbach		Finanzinstitut	100,0
254	MIT Holdings, Inc.	Baltimore		Finanzinstitut	100,0
255	MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
256	MortgageIT, Inc.	New York		Finanzinstitut	100,0
257	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	2	Finanzinstitut	100,0
258	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0
259	norisbank GmbH	Bonn		Kreditinstitut	100,0
260	Numis Corporation Limited	London		Finanzinstitut	100,0
261	Numis Europe Limited (in liquidation)	Dublin		Wertpapierfirma	100,0
262	Numis Nominees (Client) Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
263	Numis Nominees Limited	London		Sonstiges Unternehmen	100,0
264	Numis Securities Limited	London		Finanzinstitut	100,0
265	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
266	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		Kreditinstitut	100,0
267	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		Finanzinstitut	100,0
268	OPB-Oktava GmbH	Köln		Finanzinstitut	100,0
269	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		Finanzinstitut	100,0
270	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		Finanzinstitut	100,0
271	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzinstitut	100,0
272	PB Factoring GmbH	Bonn		Finanzinstitut	100,0
273	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Essen		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
274	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		Sonstiges Unternehmen	100,0
275	Postbank Direkt GmbH	Bonn		Finanzinstitut	100,0
276	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn		Finanzinstitut	100,0
277	Postbank Finanzberatung AG	Hameln		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
278	Postbank Leasing GmbH	Bonn		Finanzinstitut	100,0
279	PT Deutsche Sekuritas Indonesia	Jakarta		Finanzinstitut	99,0
281	Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
282	RREEF America L.L.C.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
283	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		Finanzinstitut	100,0
284	RREEF Fund Holding LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
285	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
286	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		Finanzinstitut	100,0
287	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzinstitut	100,0
288	Sharps SP I LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
289	Stelvio Immobiliare S.r.l.	Bozen		Sonstiges Unternehmen	100,0
290	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0
291	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		Finanzinstitut	100,0
292	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		Finanzinstitut	100,0
293	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	100,0
294	VÖB-ZVD Processing GmbH	Bonn		Zahlungsdienstleister	100,0
295	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0

Konsolidierte Strukturierte Gesellschaften

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
276	Al Mi'yar Capital 2 Cayman Ltd	Georgetown	4	Sonstiges Unternehmen	
277	Al Mi'yar Capital SA	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
278	Alguer Inversiones Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
279	Alixville Invest, S.L.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	
280	Altersvorsorge Fonds Hamburg Alter Wall Dr. Juncker KG	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	
281	Ansbacher I S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
282	Ansbacher II S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0
283	Atlas Investment Company 1 S.à r.l., en liquidation volontaire	Luxemburg		Finanzinstitut	
284	Atlas Investment Company 2 S.à r.l., en liquidation volontaire	Luxemburg		Finanzinstitut	
285	Atlas Investment Company 3 S.à r.l., en liquidation volontaire	Luxemburg		Finanzinstitut	
286	Atlas Investment Company 4 S.à r.l., en liquidation volontaire	Luxemburg		Finanzinstitut	
287	Atlas Portfolio Select SPC	Georgetown		Finanzinstitut	0,0
288	Atlas SICAV – FIS, en liquidation volontaire	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
289	Australian Secured Personal Loans Trust	Melbourne		Sonstiges Unternehmen	100,0
290	Axia Insurance, Ltd.	Hamilton		Sonstiges Unternehmen	
291	Blue Square Finance 2025-1 Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
292	Capital Trust Japan Company Limited (Trust Account Project Spark Agreement No. 7536)	Tokio		Finanzinstitut	
293	Carpathian Investments Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	100,0
294	Cathay Capital Company Limited	Ebène		Finanzinstitut	19,0
295	Cayman Reference Fund Holdings Limited	Georgetown		Anbieter von Nebendienstleistungen	
296	Ceto S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	
297	Charitable Luxembourg Four S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	
298	Charitable Luxembourg Two S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	
299	CLASS Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	
300	Collins Capital Low Volatility Performance II Special Investments, Ltd.	Road Town		Finanzinstitut	
301	Crofton Invest, S.L.	Madrid		Sonstiges Unternehmen	
302	Danube Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
303	DB Aster II, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
304	DB Aster, Inc.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
305	DB Aster, LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
306	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		Finanzinstitut	90,0
307	DB Holding Fundo de Investimento Multimercado Investimento no Exterior Crédito Privado	Sao Paulo		Finanzinstitut	100,0
308	DB Litigation Fee LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
309	DB Municipal Holdings LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
310	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8092 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
311	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8093 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
312	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8095 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
313	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8096 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
314	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8097 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
315	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8103 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
316	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8108 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
317	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8139 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	20,9
318	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8147 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	10,7

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
319	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8148 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	10,2
320	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8149 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	9,6
321	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8151 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	9,2
322	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8154 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
323	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8156 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
324	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8157 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
325	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8160 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
326	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8162 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
327	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8163 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
328	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8164 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
329	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8165 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
330	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8166 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
331	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8167 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
332	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8168 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
333	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8174 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
334	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8175 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
335	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8179 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
336	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8182 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
337	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8183 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
338	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8184 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
339	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8185 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
340	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8186 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
341	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8187 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
342	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8188 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
343	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8189 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
344	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8190 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
345	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8191 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
346	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8192 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
347	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8193 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
348	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8194 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
349	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8195 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
350	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8196 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
351	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8197 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
352	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8198 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
353	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8199 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
354	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8201 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
355	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8203 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	21,6
356	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8210 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	1,5
357	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8211 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
358	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8212 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
359	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8213 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,3
360	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8214 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
361	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8215 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
362	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8216 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
363	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8217 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
364	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8218 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
365	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8219 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
366	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8220 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
367	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8221 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
368	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8222 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
369	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8223 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
370	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8224 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
371	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8225 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
372	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8226 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
373	DB SPEARs/LIFERs, Series DB-8227 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
374	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8057 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
375	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8060 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
376	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8070 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
377	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8071 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
378	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8090 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
379	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8099 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
380	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8100 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
381	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8101 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
382	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8105 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
383	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8106 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
384	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8109 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
385	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8118 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
386	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8121 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
387	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8122 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
388	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8123 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
389	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8124 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
390	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8125 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
391	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8126 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
392	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8128 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
393	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8130 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
394	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8133 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
395	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8134 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,2
396	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8135 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
397	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8140 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
398	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8152 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
399	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8153 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
400	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8158 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
401	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8159 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
402	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8161 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
403	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8178 Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,0
404	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8909 Trust	Newark		Anbieter von Nebendienstleistungen	3,3
405	DB SPEARs/LIFERs, Series DBE-8910 Trust	Newark		Anbieter von Nebendienstleistungen	15,4
406	DB Structured Holdings Luxembourg S.à r.l.	Luxemburg		Finanzinstitut	100,0
407	DBRE Global Real Estate Management US IB, L.L.C.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
408	DBX ETF Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	
409	Deloraine Spain, S.L.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	
410	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Deposits	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
411	Deutsche Bank Luxembourg S.A. - Fiduciary Note Programme	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
412	Deutsche Colombia S.A.S. - en Liquidacion	Bogotá		Finanzinstitut	100,0
413	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
414	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
415	Deutsche Postbank Funding Trust I	Newark		Finanzinstitut	100,0
416	Deutsche Postbank Funding Trust III	Newark		Finanzinstitut	100,0
417	Dolin Holdco SAS	Paris		Finanzinstitut	100,0
418	Dubonnet Coulbevoie SCI	Paris		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
419	Dubonnet Holdco SAS	Paris		Finanzinstitut	100,0
420	DWS Alternatives (IE) ICAV	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
421	DWS EREP Lux 1 S.à r.l.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
422	DWS European Real Estate Partners S.C.A. SICAV-RAIF	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	99,9
423	DWS Funds	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
424	DWS Garant	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
425	DWS Invest	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
426	DWS Invest (IE) ICAV	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
427	DWS Zeitwert Protect	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
428	DWS-Fonds Treasury Liquidity (EUR)	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	100,0
429	Dynamic Infrastructure Securities Fund LP	Wilmington		Finanzinstitut	
430	Earls Eight Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
431	Earls Four Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
432	Einkaufszentrum "HVD Dresden" S.à.r.l & Co. KG i.L.	Köln		Sonstiges Unternehmen	
433	Emerald Asset Repackaging Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	100,0
434	Emerging Markets Capital Protected Investments Limited	Georgetown		Sonstiges Unternehmen	
435	Emeris	Georgetown		Finanzinstitut	
436	Erste Frankfurter Hoist GmbH i.L.	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0
437	FCT Orchid	Saint-Denis		Sonstiges Unternehmen	
438	Fin Finance COZ3 Limited	London		Finanzinstitut	
439	Fondo Privado de Titulización PYMES I Designated Activity Company	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
440	Freddie Mac Class A Taxable Multifamily M Certificates Series M-037	McLean		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
441	Freddie Mac Class A Taxable Multifamily M Certificates Series M-041	McLean		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
442	Freddie Mac Class A Taxable Multifamily M Certificates Series M-043	McLean		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
443	Freddie Mac Class A Taxable Multifamily M Certificates Series M-044	McLean		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
444	G.O. IB-US Management, L.L.C.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
445	GAC-HEL, Inc.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
446	Galene S.à r.l.	Luxemburg		Anbieter von Nebendienstleistungen	
447	Gladyr Spain, S.L.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	
448	Global Opportunities Co-Investment Feeder, LLC	Wilmington		Finanzinstitut	
449	Global Opportunities Co-Investment, LLC	Georgetown		Finanzinstitut	
450	GWC-GAC Corp.	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
451	Havbell Designated Activity Company	Maynooth		Finanzinstitut	
452	Histria Inversiones Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
453	Infrastructure Debt Fund S.C.Sp. SICAV-RAIF	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
454	Inn Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
455	Investor Solutions Limited	St. Helier		Sonstiges Unternehmen	
456	Isar Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
457	IVAF (Jersey) Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	
458	Kelona Invest, S.L.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	
459	KH Kitty Hall Holdings Limited	Dublin		Finanzinstitut	
460	Kratus Inversiones Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
461	Kronos Funding Ltd	London		Finanzinstitut	
462	Kuiper Credit Opportunities	Paris		Sonstiges Unternehmen	
463	Ledyard, S.L.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	
464	87 Leonard Development LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
465	LES Essex Crossing Holdings Acquisition LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
466	LES Essex Crossing Investor LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
467	LES Essex Crossing Parent LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
468	Life Mortgage S.r.l.	Conegliano		Sonstiges Unternehmen	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
469	Lockwood Invest, S.L.	Madrid		Finanzinstitut	
470	Lunashadow Limited	Dublin		Finanzinstitut	
471	1800 M Chaperone Investor LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
472	Malabo Holdings Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
473	Merlin XI	Georgetown		Finanzinstitut	
474	Meseta Inversiones Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
475	2101 MS Investor LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
476	2101 MS Parent LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
477	2101 MS Property Holdings LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
478	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
479	NCW Holding Inc.	Vancouver		Finanzinstitut	100,0
480	New 87 Leonard, LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
481	Oasis Securitisation S.r.l.	Conegliano		Sonstiges Unternehmen	0,0
482	OBP Beneficial Interest Holdings LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
483	OBP Parent Holdings LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
484	Oder Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
485	Palladium Global Investments S.A.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
486	Palladium Securities 1 S.A.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
487	PARTS Funding, LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
488	PEFCO Finance Issuer One S.A.R.L.	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
489	PEIF II SLP Feeder 2 LP	Edinburgh		Finanzinstitut	100,0
490	PEIF III SLP Feeder 2, SCSp	Senningerberg		Finanzinstitut	100,0
491	PEIF III SLP Feeder GP, S.à r.l.	Senningerberg		Finanzinstitut	
492	PEIF IV SLP DWS Feeder, SCSp	Senningerberg		Finanzinstitut	100,0
493	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Makati Stadt		Finanzinstitut	93,0
494	Property Debt Fund S.C.Sp. SICAV-RAIF	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	
495	PUTTERs Series 3009DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,6
496	PUTTERs Series 3010DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,7
497	PUTTERs Series 3011DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	1,0
498	PUTTERs Series 3012DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,1
499	PUTTERs Series 3013DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,2
500	PUTTERs Series 3014DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	0,2
501	PUTTERs/DRIVERs, Series 3005DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	13,6
502	PUTTERs/DRIVERs, Series 3007DB Trust	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	16,9
503	Radical Properties Unlimited Company	Dublin		Finanzinstitut	
504	Redstone Finance Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
505	Rhine Euro CLO I Designated Activity Company	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
506	Rhine Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
507	ROCKY 2021-1 SPV S.r.l.	Conegliano		Sonstiges Unternehmen	
508	Romareda Holdings Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
509	RREEF DCH, L.L.C.	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
510	Samburg Invest, S.L.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	
511	SCB Alpspitze UG (haftungsbeschränkt)	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	
512	Seaconview Designated Activity Company	Maynooth		Finanzinstitut	
513	SGI SLP Feeder GP S.à r.l.	Senningerberg		Finanzinstitut	
514	SGI SLP Feeder SCSp	Senningerberg		Finanzinstitut	57,6
515	Sincronica I Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
516	Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
517	Smoooth Finance Designated Activity Company	Dublin		Finanzinstitut	
518	Somkid Immobiliare S.r.l.	Conegliano		Sonstiges Unternehmen	100,0
519	SP Mortgage Trust	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
520	SPV I Sociedad Anónima Cerrada	Lima		Finanzinstitut	99,9
521	SPV II Sociedad Anónima Cerrada	Lima		Anbieter von Nebendienstleistungen	99,8
522	Sunrise Turnaround Partners G.K.	Tokio		Finanzinstitut	100,0
523	300 SW Parent LLC	Wilmington		Finanzinstitut	100,0
524	300 SW Property Holdings LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0
525	Swabia 1 Designated Activity Company (in liquidation)	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
526	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH i.L.	Frankfurt am Main		Finanzinstitut	100,0
527	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		Sonstiges Unternehmen	100,0
528	Tasman NZ Residential Mortgage Trust	Auckland		Sonstiges Unternehmen	
529	Trave Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	25,0
530	Waltzfire Limited	Dublin		Finanzinstitut	
531	Wedveville Spain, S.L.	Madrid		Anbieter von Nebendienstleistungen	
532	Wendelstein 2017-1 UG (haftungsbeschränkt)	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	
533	Wendelstein 2024-1 UG (haftungsbeschränkt)	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	
534	Wendelstein 2025-1 UG (haftungsbeschränkt)	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	
535	5353 WHMR LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	100,0
536	Xtrackers (IE) Public Limited Company	Dublin		Sonstiges Unternehmen	0,1
537	Xtrackers II	Luxemburg		Sonstiges Unternehmen	0,1
538	Xtrackers UCITS Common Contractual Fund	Dublin		Sonstiges Unternehmen	
539	Zumirez Drive LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	100,0

Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
540	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		Kreditinstitut	26,9
541	Angle Group Holdings Pty Ltd	Melbourne		Finanzinstitut	19,5
542	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	30,0
543	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		Finanzinstitut	49,0
544	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Ebène		Finanzinstitut	67,6
545	Deutsche Börse Commodities GmbH	Eschborn		Sonstiges Unternehmen	16,2
546	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		Sonstiges Unternehmen	50,0
547	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Köln		Sonstiges Unternehmen	25,1
548	dwins GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	16,1
549	EURO Kartensysteme GmbH	Frankfurt am Main		Zahlungsdienstleister	16,8
550	Evroenergeiaki Anonymi Etaireia	Athen		Sonstiges Unternehmen	40,0
551	FSDB Merchant Services GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	49,0
552	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	41,2
553	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		Sonstiges Unternehmen	30,6
554	G.O. IB-SIV Feeder, L.L.C.	Wilmington		Finanzinstitut	15,7
555	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		Sonstiges Unternehmen	36,7
556	Global Tokenization Holdings Limited	Dublin		Finanzinstitut	33,3
557	Grundstücksgesellschaft Karlsruhe Kaiserstraße GbR	Troisdorf	2	Sonstiges Unternehmen	40,1
558	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf	2, 6	Sonstiges Unternehmen	62,1
559	Grundstücksgesellschaft München Synagogenplatz GbR	Troisdorf	2	Sonstiges Unternehmen	26,0
560	Harvest Fund Management Co., Ltd.	Schanghai		Finanzinstitut	30,0
561	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		Finanzinstitut	50,0
562	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben III GbR	Troisdorf	2	Sonstiges Unternehmen	20,7
563	Immobilienfonds Bürohaus Düsseldorf Grafenberg GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	39,0
564	Immobilienfonds Köln-Deutz Arena und Mantelbebauung GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	28,9
565	Immobilienfonds Köln-Ossendorf II eGbR	Gelsenkirchen	2	Sonstiges Unternehmen	40,3
566	Ingrid S.à r.l.	Luxemburg	5	Sonstiges Unternehmen	23,8
567	iSwap Limited	London		Finanzinstitut	14,0
568	KVD Singapore Pte. Ltd. (in liquidation - members' voluntary winding up)	Singapur		Finanzinstitut	26,0
569	Latitude Group Holdings Limited	Melbourne		Finanzinstitut	16,5
570	1800 M JV LLC	Wilmington	5	Anbieter von Nebendienstleistungen	10,1
571	MorgenFund GmbH	Frankfurt am Main		Wertpapierfirma	30,0
572	North Coast Wind Energy Corp.	Port Moody		Sonstiges Unternehmen	50,0
573	OBP Property Holdings LLC	Wilmington		Anbieter von Nebendienstleistungen	20,6
574	Octaura Holdings LLC	Wilmington		Finanzinstitut	5,6
575	Palma Topco Limited	St. Helier		Anbieter von Nebendienstleistungen	22,8
576	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		Finanzinstitut	50,0
577	REDUS DTHG, LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	49,9
578	Rongde (Beijing) Asset Management Company Limited	Peking		Finanzinstitut	40,7
579	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		Sonstiges Unternehmen	22,5
580	Starpool Finanz GmbH	Berlin		Sonstiges Unternehmen	49,9
581	Syndicated Loan Consortium Holdings LLC	Wilmington		Sonstiges Unternehmen	7,3
582	Taurus SA	Genf		Finanzinstitut	4,4
583	TRAXPAY GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	2,4
584	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York		Sonstiges Unternehmen	99,9
585	UKEM Motoryacht Medici Mangusta GbR	Troisdorf		Sonstiges Unternehmen	–
586	Ullmann Krockow Esch GbR	Troisdorf	7	Sonstiges Unternehmen	–
587	Volbroker.com Limited	Rochford		Finanzinstitut	22,5

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
588	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt am Main		Sonstiges Unternehmen	25,0
589	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking	5	Finanzinstitut	33,3
590	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		Finanzinstitut	25,0

Andere Unternehmen, an denen mehr als 20% der Kapitalanteile gehalten werden

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
591	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
592	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
593	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
594	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
595	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
596	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
597	AGUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
598	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
599	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
600	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
601	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
602	Banks Island General Partner Inc.	Toronto	8	Finanzinstitut	50,0
603	Benefit Trust GmbH	Lützen	9, 10	Finanzinstitut	100,0
604	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	33,2
605	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg	6, 9	Finanzinstitut	98,2
606	DB Advisors SICAV	Luxemburg	9, 11	Sonstiges Unternehmen	100,0
607	DB Placement, LLC	Wilmington	6, 9	Sonstiges Unternehmen	100,0
608	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay	8	Finanzinstitut	33,6
609	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
610	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
611	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
612	DWS Offshore Infrastructure Debt Opportunities Feeder LP	Georgetown	8, 12	Finanzinstitut	26,5
613	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
614	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
615	Elm (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg	6, 9	Finanzinstitut	98,0
616	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
617	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
618	Glor Music Production GmbH & Co. KG	Rottach-Egern	13	Sonstiges Unternehmen	29,5
619	GLOR Music Production II GmbH & Co. KG	Rottach-Egern	13	Sonstiges Unternehmen	28,6
620	HR "Simone" GmbH & Co. KG i.L.	Jork	13	Sonstiges Unternehmen	24,3
621	Immobilienfonds Bürohaus Leipzig Nordost eGbR	München	2, 13	Sonstiges Unternehmen	24,5
622	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown	8	Sonstiges Unternehmen	49,0
623	Isaac Newton S.à r.l.	Capellen	6, 9, 14	Finanzinstitut	98,2
624	Kinneil Leasing Company	London	8	Sonstiges Unternehmen	35,0
625	LES Essex Crossing Operating Holdings LLC	Wilmington	8	Anbieter von Nebendienstleistungen	50,0
626	M Cap Finance Mittelstandsfonds III GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	13, 15	Finanzinstitut	35,4
627	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG i.L.	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	39,0
628	2101 MS LLC	Wilmington	8	Anbieter von Nebendienstleistungen	50,0
629	MT "CAPE BEALE" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG i.L.	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	34,0
630	MT "KING DANIEL" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	32,8
631	MT "KING DOUGLAS" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg	13	Sonstiges Unternehmen	33,0
632	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
633	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
634	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
635	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
636	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG i.L.	Köln	1, 2, 8	Finanzinstitut	27,7
637	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
638	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
639	PEIF IV SLP DWS Feeder 2, SCSp	Senningerberg	9	Finanzinstitut	100,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
640	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
641	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
642	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
643	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
644	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
645	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
646	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
647	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
648	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzinstitut	50,0
649	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
650	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
651	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
652	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzinstitut	50,0
653	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
654	RREEF Core Plus Residential Fund LP	Wilmington	8	Sonstiges Unternehmen	26,9
655	RREEF Pan-European Infrastructure Two Lux S.à r.l.	Luxemburg	6, 9	Finanzinstitut	99,9
656	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
657	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
658	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
659	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
660	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
661	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
662	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	33,2
663	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
664	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
665	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
666	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
667	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
668	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf	6, 9	Finanzinstitut	100,0
669	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
670	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
671	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
672	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	9	Finanzinstitut	100,0
673	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
674	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
675	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
676	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
677	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
678	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
679	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
680	SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
681	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzinstitut	50,0
682	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
683	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
684	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
685	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
686	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzinstitut	100,0
687	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
688	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin	8	Finanzinstitut	50,0
689	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	9	Finanzinstitut	100,0
690	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
691	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
692	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
693	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
694	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
695	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
696	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
697	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
698	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzinstitut	25,0
699	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
700	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
701	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld	8	Finanzinstitut	50,0
702	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld	8	Finanzinstitut	50,0
703	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
704	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
705	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Finanzinstitut	50,0
706	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0
707	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	8	Sonstiges Unternehmen	50,0

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Geschäftstätigkeit	Anteil am Kapital in %
708	BÜRGSCHAFTSBANK BRANDENBURG GmbH	Potsdam		Finanzinstitut	8,5
709	Bürgschaftsbank Hamburg GmbH	Hamburg		Finanzinstitut	8,7
710	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		Finanzinstitut	8,4
711	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		Finanzinstitut	6,5
712	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		Finanzinstitut	8,1
713	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		Finanzinstitut	5,6
714	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		Finanzinstitut	8,7
715	MTS S.p.A.	Rom		Sonstiges Unternehmen	5,0
716	Prader Bank S.p.A.	Bozen		Kreditinstitut	9,0
717	Private Export Funding Corporation	Wilmington		Finanzinstitut	6,0
718	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		Kreditinstitut	8,0
719	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		Finanzinstitut	7,8

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht, der mit dem Lagebericht der Deutsche Bank AG zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 5. März 2026



Christian Sewing



James von Moltke



Raja Akram



Fabrizio Campelli



Marcus Chromik



Bernd Leukert



Alexander von zur Mühlen



Laura Padovani



Claudio de Sanctis



Rebecca Short

次へ

Zusammengefasster Lagebericht

Gemäß § 315 Abs. 5 HGB in Verbindung mit § 298 Abs. 2 HGB wurde der Lagebericht der Deutsche Bank AG mit dem Konzernlagebericht des Deutsche Bank Konzerns zusammengefasst. Der zusammengefasste Lagebericht ist im Geschäftsbericht 2025 des Deutsche Bank Konzern enthalten und wird beim Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers eingereicht und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Geschäftsbericht wird zudem unter https://www.db.com/ir/de/geschaeftsberichte.htm zugänglich gemacht.

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite in Mio. €					31.12.2025	31.12.2024
Barreserve						
a) Kassenbestand				1.132		1.457
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				70.989		72.018
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	5.911					5.305
					72.121	73.475
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind						
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				665		694
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0					0
b) Wechsel				19		36
					684	731
Forderungen an Kreditinstitute						
a) Hypothekendarlehen				0		0
b) Kommunalkredite				409		82
c) andere Forderungen				178.578		166.307
					178.987	166.389
darunter: täglich fällig	96.131					71.006
gegen Beleihung von Wertpapieren	20.891					26.563
Forderungen an Kunden						
a) Hypothekendarlehen				93.347		97.428
b) Kommunalkredite				3.732		3.125
c) andere Forderungen				355.517		345.645
					452.597	446.198
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren	22.301					23.916
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten		2.384				1.797
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0					0
ab) von anderen Emittenten		0				0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0					0
				2.384		1.797
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten		62.808				39.012
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	42.039					17.640
bb) von anderen Emittenten		41.435				42.641
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	32.796					32.882
				104.243		81.654
c) Eigene Schuldverschreibungen				0		0
Nennbetrag	0					0
					106.627	83.450
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					218	282
Handelsbestand					318.181	301.057
Beteiligungen					272	241
darunter: an Kreditinstituten	11					11
an Finanzdienstleistungsinstituten	109					85
Anteile an verbundenen Unternehmen					32.692	31.685
darunter: an Kreditinstituten	6.691					5.895
an Finanzdienstleistungsinstituten	572					503
Treuhandvermögen					3.252	4.302
darunter: Treuhandkredite	195					254
Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				3.629		3.488
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				205		152
c) Geschäfts- oder Firmenwert				194		11
d) geleistete Anzahlungen				0		0
					4.028	3.629
Sachanlagen					1.653	1.708
Sonstige Vermögensgegenstände					9.197	8.197
Rechnungsabgrenzungsposten						
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				84		99
b) andere				951		863
					1.035	962
Aktive latente Steuern					4.825	6.121
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung					6	5
Summe der Aktiva					**1.186.374**	1.128.403

Passivseite in Mio. €				31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			518		262
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			0		0
c) andere Verbindlichkeiten			137.854		138.997
				138.372	139.259
darunter: täglich fällig	78.146				73.553
gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSI-BilRmwG	52				59
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe			2.092		1.852
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe			0		90
c) Spareinlagen					
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		29.080			33.682
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		36.764			33.151
			65.844		66.833
d) andere Verbindlichkeiten			506.899		470.409
				574.835	539.244
darunter: täglich fällig	353.043				319.520
gemischt gedeckte Namensschuldverschreibungen lt. DSI-BilRmwG	1.175				1.713
Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenpfandbriefe		9.165			9.898
ab) öffentliche Pfandbriefe		0			0
ac) sonstige Schuldverschreibungen		78.980			79.274
			88.145		89.171
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			15.865		11.823
				104.010	100.993
darunter: Geldmarktpapiere	14.393				10.997
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	123				42
Handelsbestand				241.033	216.798
Treuhandverbindlichkeiten				3.252	4.302
darunter: Treuhandkredite	195				254
Sonstige Verbindlichkeiten				43.449	46.376
Rechnungsabgrenzungsposten					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft			227		298
b) andere			629		650
				856	948
Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			1.855		1.634
b) Steuerrückstellungen			727		565
c) andere Rückstellungen			5.067		5.432
				7.648	7.632
Nachrangige Verbindlichkeiten				9.207	12.852
Genussrechtskapital				20	20
darunter: vor Ablauf von 2 Jahren fällig				20	0
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals				11.833	12.151
Fonds für allgemeine Bankrisiken				3.190	2.944
davon: Sonderposten nach § 340e Absatz 4 HGB	1.723				1.476
Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital		4.891			5.106
abzüglich rechnerischer Wert der eigenen Anteile		20			127
			4.871		4.980
bedingtes Kapital 0 Mio. € (31.12.2024: 0 Mio. €)					
b) Kapitalrücklage			21.414		21.136
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		13			13
cd) andere Gewinnrücklagen		18.794			16.488
			18.808		16.510
d) Bilanzgewinn / Bilanzverlust			3.577		2.258
				48.669	44.884
Summe der Passiva				**1.186.374**	1.128.403
Eventualverbindlichkeiten					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			73.216		69.052
				73.216	69.052
Andere Verpflichtungen					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			168.626		175.498
				168.626	175.498

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

in Mio. €			2025	2024
Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	36.666			60.733
darunter: negative Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	13			23
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.083			4.124
		41.749		64.857
Zinsaufwendungen		32.633		57.357
darunter: negative Zinsaufwendungen		12		21
			9.116	7.500
Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		91		57
b) Beteiligungen		13		7
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		1.487		1.209
			1.591	1.273
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			738	628
Provisionserträge		10.682		9.648
Provisionsaufwendungen		2.875		2.247
			7.807	7.399
Nettoertrag des Handelsbestands			3.749	4.305
darunter: Ergebnis aus der Zuführung des Sonderpostens gemäß § 340e Absatz 4 HGB		-247		0
Sonstige betriebliche Erträge			6.657	4.810
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	5.534			5.493
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.299			891
		6.833		6.383
darunter: für Altersversorgung 407 Mio. € (2024: 140 Mio. €)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen		8.026		8.476
			14.859	14.859
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.415	1.479
Sonstige betriebliche Aufwendungen			6.471	6.202
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			709	1.060
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			1.772	1.581
Aufwendungen aus Verlustübernahme			41	54
Entnahmen aus/Einstellungen (-) in Fonds für allgemeine Bankrisiken			0	0
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			**7.895**	3.842
Außerordentliche Erträge		2		88
Außerordentliche Aufwendungen		10		91
Außerordentliches Ergebnis			-8	-4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.621		860
darunter: latenter Steueraufwand 1.051 Mio. € (2024: latenter Steueraufwand 735 Mio. €)				
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen" ausgewiesen		82		95
			1.703	955
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			**6.183**	2.883
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			143	575
			6.327	3.458
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
in andere Gewinnrücklagen		2.750		1.200
			2.750	1.200
Bilanzgewinn			**3.577**	2.258

Allgemeine Angaben

Die Deutsche Bank AG ist unter der Firma Deutsche Bank Aktiengesellschaft mit Sitz in Frankfurt am Main im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Nummer HRB 30000 eingetragen.

Der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG für das Geschäftsjahr 2025 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches („HGB") sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienst-leistungsinstitute („RechKredV") aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen. Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

01 – Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Zu Handelszwecken gehaltene Forderungen werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten" beschrieben bewertet.

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, sind grundsätzlich mit den Anschaffungskosten oder dem Nominalbetrag ausgewiesen und werden um erforderliche Wertberichtigungen gekürzt. Sind die Gründe für die Vornahme einer in der Vergangenheit berücksichtigten Wertberichtigung weggefallen, ist die Wertberichtigung aufzulösen (Wertaufholung).

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet. Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Bonitätseinstufungssystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten ausländischen Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Die Bank nutzt das Wahlrecht der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung IDW RS BFA 7, für die Ermittlung der Risikovorsorge die Regelungen des IFRS 9 anzuwenden.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Zur Abbildung des latenten Kreditrisikos kommt für die Ermittlung des erwarteten Ausfalls eine parameterbasierte Expected Loss-Berechnung zur Anwendung. Demnach wird der Verlust auf Basis der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit (PD), Verlusthöhe (LGD) und dem erwarteten Kreditbetrag bei Ausfall (EAD) ermittelt. Bei letzterem Parameter werden alle risikorelevanten Kreditverhältnisse einbezogen. In die Berechnung der LGD wird eine nach Regionen differenzierte Entwicklung von Sicherheitswerten, insbesondere für Immobilien, einbezogen. Die Abbildung der Risikovorsorge für das bilanzunwirksame Geschäft (Garantien und Kreditzusagen) erfolgt als Rückstellung im Kreditgeschäft. Im Rahmen der Risikovorsorgeermittlung werden kreditnehmerbezogene Risikofaktoren um makroökonomische Einflüsse (z.B. Wachstumsraten des BIP und die Arbeitslosenquoten in Europa und den USA) ergänzt, um dadurch dem Risikogehalt des Kreditportfolios besser Rechnung zu tragen.

Die Bank bildet eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen innerhalb der nächsten 12 Monate. Diese entspricht dem Teil der während der Gesamtlaufzeit erwarteten Kreditverluste aus Ausfallereignissen, der innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag erwartet wird. Dabei wird angenommen, dass keine Wertberichtigung aufgrund einer Erhöhung des Kreditrisikos vorliegt.

Unter Nutzung der Methodik von IFRS 9 bildet die Bank zusätzlich eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste über die Restlaufzeit („Lifetime Expected Credit Loss") für jene finanziellen Vermögenswerte, bei denen seit der erstmaligen Erfassung eine signifikante Erhöhung des Kreditrisikos angenommen wird. Dies erfordert die Berechnung des erwarteten Kreditverlusts auf Basis der Lifetime PD, Lifetime LGD und Lifetime EAD, die die Ausfallwahrscheinlichkeit über die Restlaufzeit des finanziellen Vermögenswerts darstellen.

Für diejenigen finanziellen Vermögenswerte, die als ausgefallen klassifiziert sind, bildet die Bank eine Wertberichtigung in Höhe der erwarteten Kreditverluste unter Berücksichtigung einer Ausfallwahrscheinlichkeit von 100% auf Basis der erwarteten erzielbaren Zahlungsströme des Vermögenswerts.

Als Teil des allgemeinen Kontroll- und Steuerungsrahmens des Konzerns bewertet die Deutsche Bank in jedem Berichtszeitraum, ob ein Management Overlay erforderlich ist. Im Rahmen dieser Modellüberwachung wird geprüft, ob es Risiken gibt, die nicht im Modell erfasst sind, wie z. B. eine plötzliche Veränderung des makroökonomischen Umfelds, die Identifizierung von Modellgrenzen oder routinemäßige Modellverbesserungen, die noch nicht vollständig berücksichtigt wurden. Insgesamt stellen die Modellüberwachungsmaßnahmen sicher, dass die Bank zu jedem Berichtszeitpunkt die beste Schätzung der erwarteten Kreditverluste durch das Management verwendet.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten" beschrieben bilanziert.

Bestimmte Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen bewertet sind.

Bei den Wertpapieren werden Zuschreibungen vorgenommen, wenn die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen sind (Wertaufholungsgebot).

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als Handelsaktivität zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag nach den allgemeinen Grundsätzen für die Rechnungslegung von Derivaten getrennt bilanziert. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise zum Erfüllungsbetrag bilanziert.

Kreditderivate

Kreditderivate, die zu Handelszwecken gehalten beziehungsweise eingegangen werden, werden wie im separaten Abschnitt „Handelsaktivitäten" beschrieben bilanziert.

Sonstige erworbene Kreditderivate, die als Absicherung für eingegangene Kreditrisiken qualifizieren, werden nicht separat bilanziert, sondern bei der Bestimmung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Handelsaktivitäten

Finanzinstrumente (einschließlich positiver und negativer Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten) sowie Edelmetalle des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags zu bewerten. Zusätzlich zu dem Risikoabschlag im Rahmen der Zeitwertbewertung besteht eine faktische Ausschüttungssperre bezüglich der Nettoerträge des Handelsbestands, indem in jedem Jahr ein bestimmter Anteil der Nettoerträge des Handelsbestands dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist.

Der beizulegende Zeitwert ist definiert als der Betrag, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern zum Abschlussstichtag ausgetauscht werden könnte, ohne dass es sich um einen Zwangsverkauf oder eine Notabwicklung handelt. Sofern verfügbar, basiert der beizulegende Zeitwert auf beobachtbaren Börsenpreisen und Parametern oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der beizulegende Zeitwert mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen.

Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert werden Wertanpassungen für Glattstellungskosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken sowie Finanzierungskosten für unbesicherte Handelsderivate berücksichtigt.

Um etwaig verbliebenen Realisierungsrisiken von Gewinnen Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Risikoabschlag reduziert, der als Abzugsposten des Handelsbestands auf der Aktivseite berücksichtigt wird. Die Berechnung des Risikoabschlags erfolgt auf der Grundlage des Value-at-Risk, dem eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% zugrunde liegen.

Der Betrag, der in einem Geschäftsjahr gesondert dem Fonds für allgemeine Bankrisiken zuzuführen ist, entspricht mindestens 10% der Nettoerträge des Handelsbestands (nach Vornahme des Risikoabschlags) und darf nicht höher sein als der gesamte Nettoertrag des Handelsbestands des Geschäftsjahres. Die Zuführung erfolgt, bis der Sonderposten eine Höhe von 50% des Durchschnitts der letzten fünf jährlichen Nettoerträge des Handelsbestands nach Risikoabschlag erreicht.

Der Sonderposten darf nur aufgelöst werden, um einen Nettoverlust des Handelsbestands auszugleichen oder wenn er die 50%-Grenze überschreitet.

Finanzinstrumente und Edelmetalle des Handelsbestands werden separat auf der Aktiv- und Passivseite der Bilanz als Handelsbestand ausgewiesen. Grundsätzlich qualifizieren Termingeschäfte über den Erwerb oder die Veräußerung von Waren nicht als Finanzinstrumente und können daher nicht dem Handelsbestand zugeordnet werden.

Alle Änderungen des beizulegenden Zeitwerts (abzüglich eines Risikoabschlags beziehungsweise zuzüglich eines Risikozuschlags) aus Handelsinstrumenten werden im Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands erfasst. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Derivate des Handelsbestands werden unter bestimmten Voraussetzungen mit durch den Kontrahenten gestellten Barsicherheiten verrechnet. Zur Verrechnung auf Einzelkontrahentenebene qualifizieren Derivate, die unter einem Rahmenvertrag mit einem Besicherungsanhang (Credit Support Annex, „CSA") und täglichem Austausch von Barsicherheiten abgeschlossen wurden. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den positiven und negativen Marktwert der Derivate als auch die gezahlte oder erhaltene Sicherheitsleistung.

Bewertungseinheiten

In den Fällen, in denen Vermögensgegenstände, Schulden, schwebende Geschäfte oder mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen (Grundgeschäfte) zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten (Sicherungsinstrumenten) zusammengefasst werden (Bewertungseinheit), werden in dem Umfang und für den Zeitraum, in dem die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme sich ausgleichen, die allgemeinen Bewertungsgrundsätze nicht angewandt. Bewertungseinheiten werden grundsätzlich in Form von Mikrohedges gebildet. Zur Beurteilung der prospektiven Wirksamkeit werden statistische Analysen, Regressionsanalysen und die Critical-Term-Match-Methode genutzt. Die Bank wendet grundsätzlich die Einfrierungsmethode an. Dabei werden die sich ausgleichenden Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko nicht bilanziert. So unterbleibt die Berücksichtigung negativer Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, zum Beispiel die Vornahme von Abschreibungen, in Bezug auf das abgesicherte Risiko. Einer etwaigen negativen Ineffektivität aus der Bewertungseinheit wird durch Bildung einer Rückstellung für drohende Verluste Rechnung getragen.

Zinserträge und Zinsaufwendungen aus dem Sicherungsinstrument (z. B. einem Zinsswap) werden in der Regel saldiert mit den Zinserträgen/-aufwendungen des Grundgeschäfts in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Dies führt zu einer Darstellung der Erträge/Aufwendungen unter Berücksichtigung des gesicherten Ergebnisses der Bewertungseinheit in ihrer Gesamtheit.

Im Rahmen von Bewertungseinheiten werden auch physische und derivative Handelsgeschäfte berücksichtigt.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zum Handelsbestand, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend.

Eine Umgliederung in den Handelsbestand ist ausgeschlossen und eine Umgliederung aus dem Handelsbestand erfolgt nur dann, wenn außergewöhnliche Umstände, insbesondere schwerwiegende Beeinträchtigungen der Handelbarkeit der Finanzinstrumente, zu einer Aufgabe der Handelsabsicht führen. Darüber hinaus können Finanzinstrumente des Handelsbestands nachträglich in eine Bewertungseinheit einbezogen werden.

Eine Umwidmung zwischen den Kategorien Liquiditätsreserve und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist.

Die Umwidmung erfolgt zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung mit dem dann geltenden beizulegenden Zeitwert.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen werden mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt.

Anteile an verbundenen Unternehmen werden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet, das heißt, außerplanmäßige Abschreibungen werden nur für voraussichtlich dauerhafte Wertminderungen vorgenommen.

Der beizulegende Zeitwert von verbundenen Unternehmen wird auf Basis eines Discounted-Cashflow-Modells ermittelt. Das Bewertungsmodell zinst die erwarteten freien Cashflows für einen Fünfjahreszeitraum mit einem risikoadjustierten Zinssatz ab. Für die Zeit nach dem Fünfjahreszeitraum wird eine nachhaltige Planentwicklung unterstellt, um die ewige Rente zu ermitteln. Für bestimmte verbundene Unternehmen beinhaltet die Bewertung messbare Synergien.

Sowohl bei den Beteiligungen als auch bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Sachanlagen sowie immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen. Selbst geschaffene Marken, Drucktitel, Verlagsrechte, Kundenlisten oder vergleichbare immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Geschäfts- oder Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 10 Jahren abgeschrieben. Diese wird insbesondere durch ökonomische und organisationsspezifische Faktoren wie die zukünftigen Wachstums- und Gewinnerwartungen, die Art und Dauer von Synergieeffekten, die Nutzbarkeit von Kundenbeziehungen und den Mitarbeiterstamm des erworbenen Geschäfts bestimmt. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben, die bis zu 10 Jahre beträgt.

Für Goodwill und sonstige immaterielle Anlagewerte werden jährlich sowie wenn objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen Werthaltigkeitsprüfungen durchgeführt. Bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sind die Gründe für bestimmte, in der Vergangenheit vorgenommene Abschreibungen weggefallen, sind, mit der Ausnahme von Goodwill, Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Ausbuchung von Vermögensgegenständen

Vermögensgegenstände werden grundsätzlich dann ausgebucht, wenn das rechtliche Eigentum übertragen wird.

Keine Ausbuchung erfolgt jedoch, wenn trotz der Übertragung des rechtlichen Eigentums aufgrund besonderer Vereinbarungen im Einzelfall wesentliche Elemente in Bezug auf den übereigneten Vermögensgegenstand beim Veräußerer verbleiben, die bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise für die Stellung als Eigentümer (Rechtsinhaber) kennzeichnend sind.

Die im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften verliehenen Wertpapiere bzw. bei Pensionsgeschäften in Pension gegebenen Wertpapiere werden ausschließlich in der Bilanz des Verleihers bzw. Pensionsgebers ausgewiesen, da diesem das wirtschaftliche Eigentum an den Papieren unverändert zusteht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Begebene Nullkuponanleihen werden unter Anwendung des ursprünglichen Effektivzinses zum Barwert ausgewiesen.

Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Die begebenen Instrumente qualifizieren als Verbindlichkeiten und sind mit ihrem Erfüllungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Der Zinsaufwand wird auf Basis der erwarteten Zahlungen an die Eigentümer der Instrumente abgegrenzt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt. Pensionsrückstellungen werden nach der Methode der laufenden Einmalprämien unter Verwendung des von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen durchschnittlichen Marktzinssatzes ermittelt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, es sei denn, die jeweilige Restlaufzeit des Pensionsplans ist kürzer.

Die Bank verwendet spezifische Sterblichkeitsannahmen zur Bestimmung der Pensionsverpflichtung für die leistungsdefinierten Pläne in Deutschland. Die Sterblichkeitserwartungen der „Richttafeln Heubeck 2018G" sind auf die Deutsche Bank spezifischen Sterblichkeitserwartungen für Mitarbeiter und Pensionäre angepasst.

Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, werden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit diesen Schulden verrechnet. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden (Überdotierung), wird der übersteigende Betrag unter einem gesonderten Posten auf der Aktivseite ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Wenn sich die Höhe von Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert von Wertpapieren bestimmt, werden die Rückstellungen hierfür zum beizulegenden Zeitwert dieser Wertpapiere angesetzt, soweit er einen garantierten Mindestbetrag übersteigt.

Andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (ohne Handelsaktivitäten) handelt, werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Sofern die Restlaufzeit der Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten länger als ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung der Rückstellung. Die Bank weist die Effekte aus der Aufzinsung von Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Bankgeschäft im Zinsaufwand und von anderen Rückstellungen im Sonstigen betrieblichen Aufwand aus.

Die Einschätzung, ob eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden ist, umfasst auch die Würdigung, ob sich am Abschlussstichtag aus dem Geschäft mit zinsbezogenen Finanzinstrumenten im Bankbuch ein Verpflichtungsüberschuss ergibt.

Für die Beurteilung, ob ein Verlust aus allen zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs droht, ist es erforderlich, die aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs am Abschlussstichtag noch zu erwartenden Zinserträge und Zinsaufwendungen, die direkt zuzuordnenden Gebühren und Provisionen sowie die voraussichtlich noch zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (das heißt zu erwartende Refinanzierungskosten, Kreditrisikokosten sowie Verwaltungskosten) einzubeziehen.

Die Ermittlung eines potenziellen Rückstellungsbedarfs orientiert sich an dem internen Management der Zinspositionen des Bankbuchs. Für Zinspositionen des Bankbuchs wird der barwertige Ansatz angewendet, ergänzt durch eine Analyse der historischen Kostendeckung von Risiko- und Verwaltungskosten durch Zinsüberschüsse für die gegen das Zinsänderungsrisiko abgesicherten Positionen.

Latente Steuern

Bestehen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, so wird eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerbelastung als passive latente Steuern beziehungsweise eine sich daraus insgesamt ergebende Steuerentlastung als aktive latente Steuern in der Bilanz angesetzt. Steuerliche Verlustvorträge sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung berücksichtigt.

Erwerb Eigener Aktien

Erwirbt die Deutsche Bank AG eigene Anteile, wird der Nennbetrag beziehungsweise der rechnerische Wert dieser Anteile von dem Posten Gezeichnetes Kapital abgesetzt und der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten der eigenen Anteile wird erfolgsneutral mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet.

Werden die eigenen Anteile wieder veräußert, entfällt der Abzug in der Vorspalte. Ein den Nennbetrag oder den rechnerischen Wert übersteigender Differenzbetrag aus dem Veräußerungserlös wird bis zur Höhe des mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechneten Betrags in die jeweiligen Rücklagen eingestellt. Ein darüber hinausgehender Differenzbetrag wird in die Kapitalrücklage eingestellt, wohingegen ein beim Verkauf entstehender Verlust die Gewinnrücklagen belastet.

Werden die eigenen Anteile endgültig eingezogen, so transferiert die Bank mit Eintragung im Handelsregister einen Betrag in Höhe des auf die eingezogenen eigenen Anteile entfallenden gezeichneten Kapitals von den anderen Gewinnrücklagen in die Kapitalrücklage gemäß § 237 Abs. 5 AktG.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in den §§ 256a und 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt, es sei denn, die Wechselkursänderung ist dauerhaft, sodass außerplanmäßige Abschreibungen vorzunehmen sind. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Die Abgrenzung der Positionen in Fremdwährung, auf die die Vorschriften zur besonderen Deckung nach § 340h HGB angewandt werden, berücksichtigt die internen Verfahren zur Risikosteuerung.

Die Behandlung der Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung richtet sich danach, ob es sich um Fremdwährungsgeschäfte des Handelsbestands, um besonders gedeckte oder nicht besonders gedeckte Geschäfte handelt. Im Falle des Handelsbestands sowie bei Bestehen besonderer Deckung werden sowohl die Aufwendungen als auch die Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst. Gleiches gilt für Fremdwährungsposten ohne besondere Deckung mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Demgegenüber werden bei Fremdwährungsposten, die nicht besonders gedeckt sind und eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr haben, nur die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung dem Imparitätsprinzip entsprechend erfolgswirksam berücksichtigt. Die Umrechnungsergebnisse aus der Währungsumrechnung sind im Nettoergebnis des Handelsbestands und in den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen enthalten.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Die Differenz aus der Umrechnung von Bilanzposten zum Kassamittelkurs, während Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zu (gewichteten) Durchschnittskursen umgerechnet werden, wird in den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung abgebildet.

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen ausgewiesen.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche durch die Bank nicht vorbehaltlos widerrufen werden können. Diese werden in die Überwachung der Kreditrisiken einbezogen.

Erläuterungen zur Bilanz

02 – Restlaufzeitengliederung der Forderungen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Andere Forderungen an Kreditinstitute ohne täglich fällige Forderungen	**82.447**	**95.363**
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	21.850	23.302
mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.610	30.042
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.209	25.820
mehr als fünf Jahre	16.778	16.199
Forderungen an Kunden	**452.597**	**446.198**
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	171.882	165.279
mehr als drei Monate bis ein Jahr	51.538	52.638
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	113.258	105.846
mehr als fünf Jahre	107.447	116.243
mit unbestimmter Laufzeit	8.492	6.192

03 – Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle gliedert die in den Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere auf.

	börsennotiert		nicht börsennotiert	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	75.054	52.220	31.573	31.230
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	127	124	19	15
Beteiligungen	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0
Insgesamt	**75.181**	**52.345**	**31.591**	**31.244**

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 106,6 Mrd. € werden 13,8 Mrd. € in 2026 fällig.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, da eine langfristige Anlageabsicht besteht. Der Buchwert belief sich zum Bilanzstichtag insgesamt auf 60,2 Mrd. € und bezog sich auf Selbst-Verbriefungen sowie auf Treasury-Investitionen in erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen. Dieses Portfolio enthielt Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 32,5 Mrd. €, bei denen die aktuellen Marktwerte insgesamt 1,1 Mrd. € unter den Buchwerten lagen.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die als Umlaufvermögen klassifiziert sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Zum 31. Dezember 2025 belief sich das Nettoergebnis dieser Wertpapiere auf 548 Mio. €.

04 – Anteile an Investmentvermögen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Anteile an inländischen und ausländischen Investmentvermögen, deren Anteile zu mehr als 10% gehalten wurden, nach Anlagezielen.

				31.12.2025
in Mio. €	Buchwert	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung in 2025
Aktienfonds	0	0	0	0
Rentenfonds	0	0	0	0
Mischfonds	108	108	0	0
Insgesamt	**108**	**108**	**0**	**0**

Die Anteile an den Investmentvermögen wurden im Handelsbestand gehalten. Die Buchwerte entsprachen den Marktwerten der Anteile. Die Möglichkeit der täglichen Rückgabe ist nicht eingeschränkt.

05 – Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 54,1 Mrd. € betraf ausschließlich im Rahmen von Repogeschäften verpensionierte Wertpapiere.

06 – Handelsbestand

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Nachfolgende Tabelle gliedert den Handelsbestand der Aktivseite und Passivseite weiter auf

31.12.25 in Mio. €	Handelsbestand der Aktivseite	in Mio. €	Handelsbestand der Passivseite
Derivative Finanzinstrumente	93.184	Derivative Finanzinstrumente	84.167
Forderungen	106.028	Verbindlichkeiten	156.867
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	107.528		
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.472		
Sonstige Vermögensgegenstände	8.794		
Risikoabschlag	175		
Insgesamt	**318.181**	**Insgesamt**	**241.033**

Die grundlegenden Annahmen, die zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts mithilfe anerkannter Bewertungsmethoden verwendet wurden, werden ausführlich in Anhangangabe – 01 „Grundlagen und Methoden" dargestellt.

Derivate des Handelsbestands, die unter Netting-Rahmenverträgen zusammen mit einem Credit Support Annex, der den täglichen Austausch von Sicherheiten ermöglicht, abgeschlossen wurden, werden in der Bilanz je Deutsche Bank AG externem Kontrahent verrechnet. Die Verrechnung umfasst je Kontrahent sowohl den Buchwert der Derivate als auch die Sicherheitsleistung. Dabei wurden positive Zeitwerte in Höhe von 149,7 Mrd. € (2024: 193,3 Mrd. €) mit negativen Zeitwerten in Höhe von 143,6 Mrd. € (2024: 186,5 Mrd. €) von Derivaten des Handelsbestands mit den zugehörigen Forderungen aus gestellten Sicherheitsleistungen von 14,8 Mrd. € (2024: 17,1 Mrd. €) beziehungsweise Verbindlichkeiten von 20,9 Mrd. € (2024: 23,9 Mrd. €) aus erhaltenen Sicherheitsleistungen verrechnet. Die Verrechnung von Derivaten des Handelsbestands mit Barsicherheiten wird in Anhangangabe 01 – „Grundlagen und Methoden" erläutert.

Die nachfolgende Tabelle gliedert den Nominalbetrag der zum beizulegenden Zeitwert bewerteten derivativen Finanzinstrumente, welche den Handelsderivaten entsprechen, nach Art und Umfang auf.

	Nominalbetrag	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Außerbörslich gehandelte Produkte	**49.555.510**	**50.397.073**
Zinsbezogene Geschäfte	39.251.839	39.564.313
Wechselkursbezogene Geschäfte	8.740.947	9.340.370
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	50.594	46.421
Kreditderivate	1.281.537	1.244.655
Sonstige Geschäfte	230.594	201.314
Börsengehandelte Produkte	**3.348.488**	**3.966.707**
Zinsbezogene Geschäfte	3.028.574	3.686.003
Wechselkursbezogene Geschäfte	41.415	43.436
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	214.025	188.983
Sonstige Geschäfte	64.474	48.285
Insgesamt	**52.903.998**	**54.363.780**

Die Höhe, der Zeitpunkt und die Verlässlichkeit zukünftiger Zahlungsströme werden im Wesentlichen vom Zinsumfeld, von den Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie den Entwicklungen der Credit Spreads und der Kreditausfälle beeinflusst.

Methode der Ermittlung und Risikoabschlag

Die Berechnung des Risikoabschlags lehnt sich an das Modell zur Berechnung des regulatorischen Value-at-Risk an, in das die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente des Handelsbestands eingehen. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden gegebenenfalls verschiedene Wertanpassungen beispielsweise für Liquiditätsrisiken vorgenommen, die in Anhangangabe 01 – „Grundlagen und Methoden" unter „Handelsaktivitäten" dargestellt werden.

Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags („VaR-Abschlag") liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99% zugrunde. Der Beobachtungszeitraum beträgt 261 Handelstage.

Zusätzlich zum regulatorischen VaR-Abschlag wurde der Risikoabschlag um Risikobeträge im Zusammenhang mit dem eigenen Kreditrisiko der Bank ergänzt, die nicht von der VaR-Berechnung abgedeckt werden.

Der absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt 175 Mio. €. Hiervon beliefen sich 233 Mio. € auf Risikobeträge im Zusammenhang mit dem eigenen Kreditrisiko und -58 Mio. € sind durch den oben definierten VaR-Abschlag verursacht.

Änderung der festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand

Innerhalb des Geschäftsjahres 2025 wurde keine Änderung der institutsintern festgelegten Kriterien zur Zuordnung zum Handelsbestand vorgenommen.

07 – Nachrangige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die in den aufgeführten Positionen enthaltenen nachrangigen Vermögensgegenstände:

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute	6.815	5.395
Forderungen an Kunden	386	435
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.117	1.688
Handelsbestand	3.684	6.536
Insgesamt	**14.002**	**14.053**

08 – Derivative Finanzinstrumente

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte: Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes
- Wechselkursbezogene Geschäfte: Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte
- Aktien-/Indexbezogene Geschäfte: Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes
- Kreditderivate: Credit Default Swaps (CDS), Total Return Swaps (TRS), Credit Linked Notes (CLN)

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertete derivative Finanzinstrumente

Die nachfolgende Tabelle zeigt derivative Finanzinstrumente, die dem Bankbuch zugeordnet sind und daher grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden.

					31.12.2025
	Nominal-	Buchwert		Marktwert	
in Mio. €	betrag	positiv	negativ	positiv	negativ
Außerbörslich gehandelte Produkte					
Zinsbezogene Geschäfte	1.857.102	6.201	3.825	27.566	18.915
Wechselkursbezogene Geschäfte	11.626	36	50	83	67
Kreditderivate	4.366	2	63	7	63
Sonstige Geschäfte	59	5	11	5	16
Insgesamt	**1.873.152**	**6.244**	**3.949**	**27.661**	**19.060**

Soweit nicht als Zinsabgrenzung gebucht, werden die Buchwerte der grundsätzlich nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente in den Sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise in den Sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert.

09 – Bewertungseinheiten

Die Deutsche Bank AG geht Bewertungseinheiten in Form von Absicherungen des beizulegenden Zeitwerts ein, um sich im Wesentlichen mittels Zinsswaps und Optionen gegen Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts festverzinslicher Wertpapiere infolge von Bewegungen der Marktzinssätze abzusichern.

Kreditderivate im Bankbuch, die nicht als Kreditsicherheiten qualifizieren, werden gemäß Verlautbarung IDW RS BFA 1 in Bewertungseinheiten einbezogen.

Zusätzliche Risiken, welche durch in hybride Finanzinstrumente eingebettete Derivate eingegangen werden, werden in diesem Zusammenhang ebenfalls im Rahmen von einzelgeschäftsbezogenen Absicherungsbeziehungen abgesichert.

Neben den oben beschriebenen Sachverhalten sichert die Bank Warenrisiken (einschließlich Emissionsberechtigungen) mittels einzelgeschäftsbezogener und portfoliobezogener Absicherungsbeziehungen ab.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Art der in die obigen Bewertungseinheiten einbezogenen Grundgeschäfte einschließlich der Höhe der mit den Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken. Für bilanzierte Vermögensgegenstände und Schulden ist ferner der Buchwert zum Bilanzstichtag angegeben.

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos	Buchwert	Höhe des abgesicherten Risikos
Abgesicherte Vermögensgegenstände, insgesamt	4.836	28	3.623	-390
Abgesicherte Verbindlichkeiten, insgesamt	101.652	-402	107.037	1.570

	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos	Nominalbetrag	Höhe des abgesicherten Risikos
Nicht bilanzierte schwebende Geschäfte	39.988	-42	24.277	53

Die Höhe des abgesicherten Risikos, falls negativ, entspricht dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten seit Eingang der Absicherungsbeziehung, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden. Ist die Höhe des abgesicherten Risikos positiv, so entspricht dies dem kumulierten Anstieg des beizulegenden Zeitwerts für Vermögensgegenstände beziehungsweise dem kumulierten Rückgang des beizulegenden Zeitwerts für Verbindlichkeiten, die netto, nach Einbeziehung von Absicherungsgeschäften, nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung reflektiert wurden.

Die Deutsche Bank AG schließt ferner Devisentermingeschäfte und -swaps zur Absicherung gegen Währungsrisiken ihrer Filialen aus Dotationskapital und Ergebnisvorträgen ab, welche den Nettovermögenswert der einzelnen Filialen darstellen, der Währungsrisiken unterliegt. Der Buchwert dieser abgesicherten Nettopositionen belief sich auf 24,8 Mrd. €. Die Höhe des abgesicherten Risikos betrug 749 Mio. €. Der endgültige Ausgleich der gegenläufigen Kassakursveränderung findet bei Rückzahlung des Dotationskapitals statt.

In den Fällen, in denen die Kontraktbedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument exakt gegenläufig sind, erfolgen sowohl die prospektive Effektivitätsbeurteilung als auch die rückwirkende Ermittlung der Unwirksamkeit der Bewertungseinheit durch Vergleich der Vertragsbedingungen. Ansonsten stehen der Bank statistische Methoden und die Regressionsanalyse zur prospektiven Effektivitätsbeurteilung zur Verfügung. Zur Messung der tatsächlichen Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen stellt die Deutsche Bank AG die Änderungen der beizulegenden Zeitwerte von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten einander betragsmäßig gegenüber (Dollar-Offset-Methode). Die Sicherungsbeziehungen werden in der Regel über die verbleibende Restlaufzeit des abzusichernden Grundgeschäfts gebildet.

10 – Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

		Verbundene Unternehmen	Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute	69.237	73.563	0	0
Forderungen an Kunden	47.861	46.514	1	1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	56.247	56.257	57	3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.681	32.270	2	2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	22.617	23.484	5	6
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	827	600	0	0

Die vollständige Anteilsbesitzliste der Deutschen Bank AG (inklusive Unternehmen, an denen mindestens 20% der Kapitalanteile gehalten werden, und Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet) ist in der Anhangangabe 35 – „Anteilsbesitz" ersichtlich.

11 – Treuhandgeschäfte

Treuhandvermögen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Forderungen an Kreditinstitute	3.061	4.053
Forderungen an Kunden	191	249
Insgesamt	3.252	4.302

Treuhandverbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	114	157
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.138	4.145
Insgesamt	3.252	4.302

Bei den Forderungen an Kreditinstitute handelt es sich hauptsächlich um Einlagen von Kunden, die in ihrem Namen und auf ihre Rechnung bei Drittbanken platziert wurden. Forderungen an Kunden sind im Wesentlichen Kredite, die von Förderbanken oder Gebietskörperschaften zweckgebunden refinanziert wurden.

12 – Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens.

	Anschaffungs-/Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
in Mio. €	Stand 1.1.2025	Zugänge/ Umklassifizierung	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2025	Stand 31.12.2024
Immaterielle Anlagewerte	12.758	1.666	7	10.369	1.166	4	4.028	3.629
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	10.531	1.367 [1]	6	8.264	1.104	5	3.629	3.466
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.492	107	1	1.392	54	1	205	152
Geschäfts- oder Firmenwert	715	191	0	712	8	0	194	11
Geleistete Anzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sachanlagen	4.250	520	125	2.992	249	122	1.653	1.708
Grundstücke und Gebäude	158	0	0	130	1	0	28 [2]	29
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.092	392	125	2.862	248	122	1.497	1.417
Anlagen im Bau	0	128	0	0	0	0	128	262
Leasinggeschäft	0	0	0	0	0	0	0	0
			Veränderungen					
Beteiligungen			32				272	241
Anteile an verbundenen Unternehmen			1.009 [3]				32.692	31.683
Geldmarktpapiere			0				0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			20.064				60.201	40.136
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			0				0	0
davon einbezogen in Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB			0				0	0

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursänderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1. Januar 2025) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt.

[1] Zugänge zu selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechten und ähnlichen Rechten und Werten entfallen auf selbsterstellte Software.

[2] Grundstücke und Gebäude wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

[3] Die Anteile an verbundenen Unternehmen haben sich um 1,0 Mrd. € auf 32,7 Mrd. € erhöht. Der Anstieg entfiel auf Wertaufholungen (2,0 Mrd.€) sowie Kapitaleinzahlungen (0,6 Mrd. €), denen negative Währungsumrechnungseffekte (1,3 Mrd. €), Abschreibungen (0,3 Mrd. €), Kapitalrückzahlungen (0,1 Mrd. €) sowie die Umklassifizierung eines verbundenen Unternehmens in Beteiligungen (0,1 Mrd. €) gegenüberstanden.

13 – Sonstige Vermögensgegenstände

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen in Höhe von 9,2 Mrd. € wurden im Wesentlichen Sicherheitsleistungen in Höhe von 2,0 Mrd. €, Steuerforderungen in Höhe von 1,3 Mrd. €, Emissionszertifikate in Höhe von 1,2 Mrd. € sowie Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von 742 Mio. € ausgewiesen.

14 – Aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten waren Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten gemäß § 250 Absatz 3 HGB in Höhe von 191 Mio. € enthalten.

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten waren Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Absatz 2 HGB in Höhe von 57 Mio. € enthalten.

15 – Latente Steuern

Latente Steuern werden für zeitliche Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt, die sich voraussichtlich in späteren Geschäftsjahren umkehren. Dabei werden nicht nur zeitliche Differenzen aus den eigenen Bilanzposten einbezogen, sondern auch solche, die bei Organtöchtern beziehungsweise Personengesellschaften bestehen, an denen die Deutsche Bank AG als Gesellschafterin beteiligt ist. Zusätzlich sind bei der Berechnung aktiver latenter Steuern steuerliche Verlustvorträge in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlustverrechnung zu berücksichtigen.

Im Dezember 2021 veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) globale Regeln zur Bekämpfung von Gewinnverkürzung und -verlagerung im Rahmen des Pillar 2 - Rahmenwerks. Die globalen Mindestbesteuerungsregeln oder die Pillar 2 Regeln gelten für die Deutsche Bank AG als oberste Muttergesellschaft ab 2024. Mit § 274 Abs. 3 HGB n.F. wurde eine obligatorische Ausnahme für die Bilanzierung latenter Steuern eingeführt, die sich aus der Umsetzung der Pillar 2 Modellvorschriften ergeben.

Mit Zustimmung des Bundesrats am 11. Juli 2025 wurde ein neues Steuergesetz verabschiedet („Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland"). Ab dem 1. Januar 2028 wird der Körperschaftsteuersatz in Deutschland über einen Zeitraum von fünf Jahren bis zum Jahr 2032 schrittweise von derzeit 15% auf 10% gesenkt. Im Geschäftsjahr 2025 wurden die latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten im Zusammenhang mit den Aktivitäten des Konzerns in Deutschland, die voraussichtlich nach dem 31. Dezember 2027 realisiert werden, neu bewertet, um die künftig niedrigeren Steuersätze zu berücksichtigen. Die Neubewertung der latenten Steueransprüche und -verbindlichkeiten führte zu einem Steueraufwand in Höhe von 221 Mio. €.

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Deutsche Bank AG von aktuell 31,3%. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Abweichend hiervon werden latente Steuern aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden bei deutschen Beteiligungen in der Rechtsform einer Personengesellschaft auf Basis eines kombinierten Ertragsteuersatzes bewertet, der lediglich die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag beinhaltet; dieser beträgt derzeit 15,8%.

Latente Steuern in ausländischen Betriebsstätten werden mit den dort geltenden statutarischen Steuersätzen bewertet, deren Bandbreite sich hauptsächlich zwischen 20% und 33% bewegt.

Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine bilanzierte aktive latente Steuer in Höhe von 4,8 Mrd. €. Maßgeblich hierfür waren neben der „Inlandsbank" inklusive der hierin abgebildeten latenten Steuer für Organtöchter die Filialen New York und London. Sie beruht im Wesentlichen auf Verlustvorträgen und auf temporären Wertunterschieden, die überwiegend aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden im Zusammenhang mit mitarbeiterbezogenen Verpflichtungen und vorgenommenen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert für Kreditportfolios und das Handelsbuch resultieren.

16 – Restlaufzeitengliederung der Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	**60.224**	**65.706**
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	19.322	22.291
mehr als drei Monate bis ein Jahr	19.733	23.114
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	7.441	8.115
mehr als fünf Jahre	13.728	12.186
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	**36.754**	**33.151**
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	11.780	11.076
mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.519	21.660
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	450	411
mehr als fünf Jahre	5	4
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	**155.921**	**152.884**
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	93.579	93.056
mehr als drei Monate bis ein Jahr	46.609	38.969
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	9.318	14.305
mehr als fünf Jahre	6.414	6.554
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	**15.865**	**11.823**
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	2.856	6.117
mehr als drei Monate bis ein Jahr	12.829	5.492
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	181	213
mehr als fünf Jahre	0	0

Von den begebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 88,1 Mrd. € werden in 2026 24,9 Mrd. € fällig.

17 – Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen wurden

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.583	12.677
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	107	23
Verbindlichkeiten im Handelsbestand	234	288
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	101
Eventualverbindlichkeiten	1.432	1.414
Insgesamt	**12.356**	**14.503**

18 – Sonstige Verbindlichkeiten

Die Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von 43,4 Mrd. € umfassten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Veräußerungen von Vermögensgegenständen, die nicht die Ausbuchungskriterien erfüllten, in Höhe von 39,0 Mrd. €.

19 – Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Deutsche Bank AG bietet ihren Mitarbeitern Leistungen für die Zeit nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (im Folgenden Pensionspläne genannt) an. Dies umfasst sowohl beitragsdefinierte als auch leistungsdefinierte Zusagen.

Die Mehrheit der Anspruchsberechtigten dieser Pläne befindet sich in Deutschland. Die Höhe der Versorgungszusagen an die Mitarbeiter basiert in erster Linie auf deren Vergütung und der Dauer ihrer Konzernzugehörigkeit.

Der Bewertungsstichtag für alle leistungsdefinierten Pläne ist der 31. Dezember. Sämtliche Pläne werden gemäß dem Verfahren der laufenden Einmalprämien bewertet. Diese Bewertung beinhaltet versicherungsmathematische Annahmen über demografische Entwicklungen, Gehalts- und Rentensteigerungen sowie Inflationsraten. Die Festsetzung der Diskontierungszinssätze folgt den Regelungen des § 253 Absatz 2 HGB.

Zugrunde gelegte versicherungsmathematische Annahmen	31.12.2025	31.12.2024
Diskontierungszinssatz	1,90%	1,78%
Inflationsrate	2,02%	2,03%
Nominale Gehaltssteigerungsrate	2,20%	2,22%
Nominale Pensionssteigerungsrate	2,02%	2,03%
Wahrscheinlichkeiten zur Lebenserwartung/Invalidisierung	2025 Modifizierte Richttafeln Heubeck 2018G	2022 Modifizierte Richttafeln Heubeck 2018G

Die Verpflichtungen aus diesen leistungsdefinierten Versorgungszusagen sind zumeist durch Deckungsvermögen unterlegt. Für überdotierte Verpflichtungen wird in der Bilanz ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung ausgewiesen. Im Fall einer Unterdotierung oder für Verpflichtungen aus intern finanzierten Plänen der Bank werden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Für beitragsdefinierte Pensionszusagen in Deutschland, bei denen die Deutsche Bank AG mit anderen Finanzinstituten Mitgliedsunternehmen des BVV ist, gilt die Subsidiärhaftung des Arbeitgebers, welche die Pensionsleistungen und deren gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungen umfasst.

Darüber hinaus gibt es Rückstellungen für weitere ähnlich langfristige Verpflichtungen, vornehmlich in Deutschland, beispielsweise für Dienstjubiläen oder Vorruhestandsvereinbarungen. Der Konzern dotiert diese Pläne bei Fälligkeit der zu erbringenden Leistungen.

		Pensionspläne
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Pensionsverpflichtung	**9.616**	**9.889**
Angenommene Pensionsverpflichtung bei Anwendung des 7-Jahres-Durchschnittszinses	9.390	9.784
Durch den Unterschied im Durchschnittszins erfasster Ertrag	0	0
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	**7.768**	**8.260**
davon:		
Anschaffungskosten des Deckungsvermögens	7.790	8.659
Summe nicht realisierter Gewinne des Deckungsvermögens	5	4
Überdeckung/ Unterdeckung (-) am Jahresende (Saldo)	**-1.848**	**-1.629**
Nettobilanzwert Vermögen/ Rückstellung (-)	**-1.848**	**-1.629**
davon:		
bilanziert als Aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	6	5
bilanziert als Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.855	1.634

Wie im Vorjahr ergab sich durch die Anwendung der aktualisierten Bewertungsprinzipien gemäß § 253 Absatz 6 HGB ein Bewertungsunterschied durch den im Jahresabschluss verwendeten 10-Jahres-Durchschnittszinssatz und dem 7-Jahres-Durchschnittszinssatz. Zum 31. Dezember 2025 belief sich der Unterschiedsbetrag hieraus auf -227 Mio. € (2024: -105 Mio. €). Da diese Differenz negativ ist, hat sie keinen Einfluss auf die Berechnung der Ausschüttungssperre.

	Pensionspläne	
in Mio. €	2025	2024
Erträge des Planvermögens	-71	158
Zinsaufwand der Pensionsverpflichtung	38	66
Nettozinsertrag/-aufwand (=)	-109	92
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Erträge	1	93
davon: erfasst als Sonstige betriebliche Aufwendungen	-109	-1

20 – Andere Rückstellungen

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Rückstellungen im Kreditgeschäft	292	250
Rückstellungen für drohende Verluste	153	224
Übrige andere Rückstellungen	4.621	4.958
Gesamtbetrag der anderen Rückstellungen	**5.067**	**5.432**

Übrige andere Rückstellungen wurden für die folgenden Risiken gebildet:

Personalrückstellungen bilden zusätzliche Komponenten der Mitarbeitervergütung ab. Diese Bestandteile bestehen aus variabler und aufgeschobener Vergütung, aktienbasierter Vergütung, Mitarbeiteransprüchen aus Vorruhestandsregelungen und weiteren Verpflichtungen. Der zurückgestellte Betrag belief sich auf 3,5 Mrd. € zum Jahresende 2025 und 3,1 Mrd. € zum Jahresende 2024.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Die Strategische Transformation der Bank zielt darauf ab, die nachhaltige Rendite für die Aktionäre deutlich zu verbessern; durch Konzentration auf das Kerngeschäft, Senkung der bereinigten Kosten und Unterstützung einer schnellere Entscheidungsfindung und -ausführung. Die Rückstellungen für diese Aktivitäten betrugen 129 Mio. € zum Jahresende 2025 und 205 Mio. € zum Jahresende 2024.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen Nichterfüllung rechtlicher oder aufsichtsbehördlicher Verantwortlichkeiten, was dazu geführt hat oder führen könnte, dass eine Einschätzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtseinrichtungen, selbstregulierender Organisationen oder sonstiger Aufsichtsbehörden vorgenommen wird. Die Rückstellungen für dieses Risiko beliefen sich auf 131 Mio. € zum Jahresende 2025 und 110 Mio. € zum Jahresende 2024.

Zivilrechtliche Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund der behaupteten Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren oder aufsichtsrechtlichen Verfahren führen oder führen könnten. Für dieses Risiko wurden Rückstellungen von 356 Mio. € zum Jahresende 2025 gebildet und 859 Mio. € zum Jahresende 2024.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für zivilrechtliche und regulatorische Rechtsstreitigkeiten, die in einer separaten Rückstellungsart dargestellt werden. Die Rückstellungen für dieses Risiko betrugen 37 Mio. € zum Jahresende 2025 und 13 Mio. € zum Jahresende 2024. Operationelle Risiken beinhalten Verluste, die durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entstanden.

Weitere Übrige Rückstellungen bestanden in Höhe von 462 Mio. € zum Jahresende 2025 und 645 Mio. € zum Jahresende 2024.

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgabe und Einlagensicherung

Die Bank ist verpflichtet, Beiträge an internationale Abwicklungsbehörden oder Einlagensicherungssysteme wie den Europäischen Abwicklungsfonds (SRF), der vom Single Resolution Board (SRB) verwaltet wird, zu leisten. Ein Teil dieser Beiträge kann in Form von unwiderruflichen Zahlungsverpflichtungen (Irrevocable Payment Commitments (IPCs)) geleistet werden, die mit Barmitteln oder Wertpapiersicherheiten unterlegt sind. Die Bank bleibt der wirtschaftliche Eigentümer der gestellten Sicherheiten.

Die IPCs im Zusammenhang mit der Bankenabgabe gemäß der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD), dem SRF und der Einlagensicherung durch den deutschen Einlagensicherungsfonds beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 1,5 Mrd. € (31. Dezember 2024: 1,4 Mrd. €). Davon entfielen 1,0 Mrd. € auf IPCs gegenüber dem SRF (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. €) und 0,5 Mrd. € auf den deutschen Einlagensicherungsfonds (31. Dezember 2024: 0,4 Mrd. €).

Zum 31. Dezember 2025 setzten sich die gesamten Sicherheiten aus 1,0 Mrd. € an Barsicherheiten, die in den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen werden, und 524 Mio. € an Wertpapiersicherheiten zusammen (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. € bzw. 481 Mio. €). Der komplette Betrag von 1,0 Mrd. € an Barsicherheiten entfällt auf den SRF (31. Dezember 2024: 1,0 Mrd. €).

Die Bank hat die Auswirkungen eines Urteils des Gerichtshofs der EU im November 2025 in Bezug auf die Behandlung von IPCs gegenüber dem SRF in einem Verfahren, in dem die Bank nicht Partei war, analysiert. Es wurde geschlussfolgert, dass die Auswirkungen für den Jahresabschluss in Bezug auf alle Systeme, bei denen IPCs geleistet werden, immateriell sind. Dies basiert auf dem erwarteten Zeitpunkt möglicher Zahlungen (d.h. im Falle einer Rückgabe der Banklizenz oder falls die IPCs abgerufen würden) und unter Anwendung darauf bezogener Abzinsungssätze.

21 – Nachrangige Verbindlichkeiten

Vertraglich nachrangige Verbindlichkeiten werden in Form von festverzinslichen und variabel verzinslichen Wertpapieren, Namens- und Inhaberschuldverschreibungen sowie Schuldscheindarlehen begeben und haben Ursprungslaufzeiten von mehrheitlich zwischen zehn und 20 Jahren.

Die Deutsche Bank AG ist in keinem Fall verpflichtet, nachrangige Mittelaufnahmen vorzeitig zurückzuzahlen, wobei in bestimmten Fällen eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin möglich ist. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Die Umwandlung dieser Mittel in bilanzielles Eigenkapital oder eine andere Schuldform ist in den Anleihebedingungen nicht vereinbart. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten ab einem Gegenwert von 1,0 Mrd. €

Währung	Betrag in Mio.	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Fälligkeit[1]
€	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2020	5,625%	19.05.2031
U.S.$	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2021	3,729%	14.01.2032
U.S.$	1.250	Inhaberschuldverschreibung	2022	3,742%	07.01.2033
€	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2022	4,000%	24.06.2032
U.S.$	1.500	Inhaberschuldverschreibung	2023	7,079%	10.02.2034

[1] Fälligkeit der Schuldverschreibungen; die Schuldverschreibungen beinhalten die Möglichkeit außerordentlicher Kündigung in Abhängigkeit der Zustimmung von Aufsichtsbehörden oder von Änderungen in der Steuergesetzgebung

Die Aufwendungen (inklusive Ergebnis aus derivativen Sicherungsinstrumenten) für die gesamten vertraglich nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 9,2 Mrd. € beliefen sich in 2025 auf insgesamt 250 Mio. €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 192 Mio. € sind unter dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten" ausgewiesen.

Zusätzlich sind bestimmte Verbindlichkeiten von Gesetzes wegen nachrangig gemäß § 46f Abs. 6 Kreditwesengesetz, sofern ihre Ursprungslaufzeit mindestens ein Jahr beträgt und der Rückzahlungsbetrag oder die Zinszahlungen nicht von einem bei Begebung noch unsicherem Ereignis abhängt. Diese nicht bevorrechtigten Verbindlichkeiten beliefen sich zum Dezember 2025 auf 47,1 Mrd. €.

22 – Genussrechtskapital

Währung	Betrag in Mio	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Früheste Kündigungsmöglichkeit
€	20	Dt. Postbank Namensgenussschein Nr. 032	2007	5,250 %	31.12.2026

23 – Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

Per 31. Dezember 2025 belief sich der Bilanzwert der Zusätzlichen Tier-1-Anleihen („AT1 Anleihen") auf 11,8 Mrd. € gegenüber 12,2 Mrd. € am Ende des Vorjahres. Der auf die Anleihen entfallende Zinsaufwand für das Jahr 2025 belief sich auf 809 Mio. €. Darin enthalten war per 31. Dezember 2025 abgegrenzter Zinsaufwand von 524 Mio. €, der in den Sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

Die AT1-Anleihen stellen unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank dar. Die Zinszahlungen für diese Anleihen bemessen sich an deren Nominalbetrag und sind für den Zeitraum vom Ausgabetag bis zum nächsten Zinsanpassungstermin fix. Danach wird der Zinssatz für jeweils fünf Jahre neu festgelegt. Die Anleihebedingungen beinhalten Regelungen, nach denen die Deutsche Bank sowohl verpflichtet werden kann als auch das umfassende Recht zur alleinigen Entscheidung hat, jederzeit Zinszahlungen entfallen zu lassen. Zinszahlungen sind nicht kumulativ und werden in Folgejahren nicht höher ausfallen, um etwaige ausgefallene Zinszahlungen aus Vorjahren nachzuholen. Die Anleihen haben kein Fälligkeitsdatum. Sie können von der Deutschen Bank zum nächsten möglichen vorzeitigen Fälligkeitsdatum gekündigt werden und danach zu festgelegten Kündigungsterminen. Des Weiteren können sie unter bestimmten Bedingungen vorzeitig gekündigt werden. Die Anleihen unterliegen den im jeweiligen Prospekt ausgeführten Bedingungen, die unter anderem beinhalten, dass die Deutsche Bank die Anleihen nur in Gänze und nicht teilweise kündigen kann, sofern dafür bestimmte aufsichtsrechtliche oder steuerliche Gründe vorliegen. Jede vorzeitige Kündigung bedarf der vorherigen Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde. Der Rückzahlungs- und der Nominalbetrag der Anleihen kann bei Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts vermindert werden. Einen solchen auslösenden Sachverhalt stellt es dar, wenn die Tier-1-Kernkapitalquote des Deutsche Bank-Konzerns, berechnet auf konsolidierter Basis, unter 5,125% fällt. Die Anleihen können nach Vorliegen eines auslösenden Sachverhalts unter bestimmten Bedingungen wieder zugeschrieben werden.

Am 31. Dezember 2025 ausstehende Zusätzliche Tier-1-Anleihen

Währung	Betrag in Mio.	Art	Emissionsjahr	Zinssatz	Früheste Kündigungsmöglichkeit
GBP	650	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	7,125%	30.04.2026
U.S.$	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2014	8,130%	30.04.2030
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2021	4,625%	30.10.2027
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2021	4,500%	30.11.2026
€	750	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2022	6,750%	30.10.2028
€	1.250	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2022	10,000%	30.11.2027
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2024	8,125%	30.10.2029
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2024	7,375%	30.10.2031
€	1.500	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2025	7,125%	30.10.2030
€	1.000	Anfänglich festverzinsliche nicht kumulative Nachranganleihen ohne Endfälligkeit	2025	6,750%	30.10.2034

24 – Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 486,8 Mrd. €, derjenige der Schulden auf umgerechnet 367,5 Mrd. €.

25 – Eigenkapital

Eigene Aktien

Im Laufe des Jahres 2025 haben die Bank oder mit ihr verbundene Unternehmen keine Deutsche Bank-Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG für Handelszwecke gehalten oder gekauft.

Ferner wurde die Bank durch Beschlüsse der Hauptversammlungen am 22. Mai 2025 (Ermächtigung bis 30. April 2030) sowie am 16. Mai 2024 (Ermächtigung bis 30. April 2029) ermächtigt, Eigene Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben sowie gemäß §§ 237, 238 und 239 AktG zurückzukaufen. Die in diesen Beschlüssen gesetzten Schranken (bis zu 10% der Stammaktien) wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 22. Mai 2025 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG auch unter Einsatz von Put- oder Call-Optionen oder Terminkaufverträgen durchzuführen. Die Schranken beim Einsatz solcher Derivate wurden bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten.

Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 7.705.713 Stück (0,4% des Grundkapitals). Zum 31. Dezember 2025 wurden 14.039.169 (Ende 2024: 16.385.675) Deutsche Bank-Aktien, 0,73% des Grundkapitals (Ende 2024: 0,82%) als Sicherheitsleistung von der Bank oder mit ihr verbundenen Unternehmen in Pfand genommen.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Nach dem Einzug von 84.122.616 Stückaktien in 2025 besteht das gezeichnete Kapital aus 1.910.578.977 Stückaktien, die auf den Namen lauten. Damit ergibt sich ein rechnerischer Nominalwert in Höhe von 2,56 € pro Aktie. Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2025 auf 1.902.873.264 Stück (Ende 2024: 1.945.125.755 Stück). Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 1.882.201.193 Stück.

in €	Gezeichnetes Kapital[1]	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2024	**5.106.436.078,08**	**2.560.000.000,00**	**0**
Aufhebung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 16. Mai 2024	-215.353.896,96	0	0
Aufhebung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2025	0	-2.560.000.000,00	0
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2025	0	2.493.000.000,00	0
Stand 31.12.2025	**4.891.082.181,12**	**2.493.000.000,00**	**0**

[1] Inklusive Nominalwert der Eigenen Aktien

Einzelheiten zu dem genehmigten Kapital sind in den Angaben nach § 315a Absatz 1 HGB im zusammengefassten Lagebericht dargestellt.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio. €		
Stand 31.12.2024		**44.884**
Einzug von Eigenen Anteilen		
– Veränderung im gezeichneten Kapital		-215
– Veränderung in der Kapitalrücklage		214
– Veränderung in der Gewinnrücklage		-1.675
Ausschüttung in 2025		-1.315
Verwendung des Vorjahresbilanzgewinn für Zuführung zur Gewinnrücklage		-800
Gewinnvortrag		-143
Effekte aus der Veränderung Eigener Anteile		
– Veränderung Nominalwert im gezeichneten Kapital	107	
– Veränderung Anschaffungskosten	420	
– Realisierte Gewinne (Nicht-Handel)	65	
– Realisiertes Ergebnis (Handel)	0	
– Realisierte Verluste (Nicht-Handel)	0	592
Zuführung zur Gewinnrücklage gemäß Hauptversammlungsbeschluss		800
Zuführung zur Gewinnrücklage im Rahmen der Gewinnverwendung		2.750
Bilanzgewinn 2025		3.577
Stand 31.12.2025		**48.669**

Unter Berücksichtigung der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 2,8 Mrd. € belief sich der verbliebene Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2025 auf 3,6 Mrd. €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende in Höhe von 1,00 € je Stückaktie zu zahlen, weitere 1,5 Mrd. € den Gewinnrücklagen zuzuführen sowie den verbleibenden Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

26 – Außerbilanzielle Transaktionen

Unter dem Bilanzstrich weist die Bank Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen aus, soweit für diese keine Rückstellungen gebildet wurden. Die Entscheidung, ob ein Ausweis der Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen außerhalb der Bilanz oder durch Rückstellungsbildung erfolgt, wird nach dem Ergebnis der Einschätzung des Kreditrisikos getroffen. Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen werden ferner um als Verbindlichkeiten bilanzierte erhaltene Barsicherheiten gekürzt.

Das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme von Eventualverbindlichkeiten wird durch die bestehenden Rückgriffsmöglichkeiten auf den jeweiligen Auftraggeber reduziert und beruht damit im Wesentlichen auf dem Kreditrisiko der Auftraggeber.

Die Bank schätzt vor dem verbindlichen Eingehen ihrer Verpflichtung im Rahmen einer Kreditprüfung des Auftragsgebers sowie gegebenenfalls anhand einer Bewertung der erwarteten Erfüllung der zugrunde liegenden Verpflichtungen durch den jeweiligen Auftraggeber das Verlustrisiko ab, das aus der Inanspruchnahme einer Eventualverbindlichkeit oder von einer unwiderruflichen Kreditzusage resultiert. Darüber hinaus überprüft die Bank während der Laufzeit ihrer Verpflichtungen regelmäßig, ob aus Inanspruchnahmen der Eventualverbindlichkeiten oder der unwiderruflichen Kreditzusagen Verluste zu erwarten sind. Unter Umständen verlangt die Bank die Stellung von Sicherheiten, um das Risiko von Verlusten aus der Inanspruchnahme zu mindern. Die im Rahmen dieser Beurteilungen abgeschätzten Verlustbeträge werden als Rückstellungen erfasst.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen am 31. Dezember 2025 in Höhe von 168,6 Mrd. € betrafen 166,3 Mrd. € Zusagen von Buch- und Wechselkrediten an Nichtbanken.

Die Deutsche Bank AG gewährt unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen ihrer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Deutsche Bank widerrufen werden können. Diese Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen gezeigt. Die oben genannten Beträge stellen nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme dar, da viele dieser Verträge ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, aber bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

Die Deutsche Bank AG unterhält verschiedene Geschäftsbeziehungen zu sogenannten Zweckgesellschaften („SPEs"), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögensgegenständen und Risiken zu ermöglichen sowie den Kunden durch die Verbriefung von finanziellen Vermögensgegenständen Zugang zu liquiden Märkten zu verschaffen. In der Regel profitiert die Deutsche Bank AG von Dienstleistungsgebühren oder Provisionserträgen, die sie für die Gründung von SPEs erhält, oder weil sie als Investment Manager, Depotbank oder in einer anderen Funktion agiert. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Generell können verschiedenste Arten von Geschäftsbeziehungen zu SPEs bestehen. Die Deutsche Bank AG hat primär Liquiditätsfazilitäten ausgereicht, die als unwiderrufliche Kreditzusagen in den Anderen Verpflichtungen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Deutsche Bank AG stellt den SPEs finanzielle Unterstützung bereit in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduits-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentanteilen und Immobilienleasing. Solche Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Teile der Kapitalmärkte einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögensgegenstände unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren im Rahmen der Verbriefungsprogramme den Zugang zu spezifischen Zahlungsströmen und Risiken ermöglichen. Zum 31. Dezember 2025 hatten diese Vereinbarungen keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Bonitätseinstufungen sowie Dividenden.

Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt die Deutsche Bank AG im Auftrag ihrer Kunden regelmäßig Bürgschaften, Akkreditive und Kredithaftungen. Im Rahmen dieser Verträge ist es für die Deutsche Bank AG erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen gemäß Vertrag nicht erfüllt. Für diese Haftungsverhältnisse ist der Bank im Einzelnen nicht bekannt, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme erfolgen wird. Sofern die Kreditrisikoüberwachung hinreichend konkrete Erkenntnisse über einen Verlust aus einer zu erwartenden Inanspruchnahme ergibt, erfolgt eine Rückstellungsbildung.

In der nachfolgenden Tabelle werden die gesamten potenziellen Zahlungen aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen dargestellt. Die Übersicht zeigt die Maximalbeträge der möglichen Inanspruchnahme der Deutschen Bank AG, wenn sämtliche eingegangenen Verpflichtungen erfüllt werden müssten und gleichzeitig sämtliche Rückgriffsmöglichkeiten auf die Auftraggeber nicht erfüllt werden. Die Tabelle bildet insofern nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme auslaufen oder entstehende Inanspruchnahmen durch Rückgriff auf die Auftraggeber ausgeglichen werden.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Bürgschaften, Garantien	61.802	57.248
Akkreditive	3.667	3.956
Kredithaftungen	7.747	7.848
Insgesamt	**73.216**	**69.052**

27 – Sonstige Verpflichtungen

Kaufverpflichtungen

Kaufverpflichtungen sind rechtlich durchsetzbare und bindende Vereinbarungen, Waren oder Dienstleistungen zu festgesetzten Konditionen wie Mindestabnahmemengen oder Festpreisen zu erwerben. Aus solchen Verträgen besteht für die Deutsche Bank AG das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten höher sind als der ökonomische Nutzen. Die Bank überprüft im Rahmen der Jahresabschlusserstellung, ob Verluste aus sonstigen Verpflichtungen drohen. In solchen Fällen wird eine Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

Die Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 3,5 Mrd. € und beinhalten zukünftige Zahlungen unter anderem für Informationstechnologie und Gebäudemanagement.

Leasingverträge liegen vor, wenn der Eigentümer (Leasinggeber) eines Vermögensgegenstands für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Nutzung des Vermögensgegenstands an eine andere Partei (Leasingnehmer) gegen regelmäßige Zahlungen überträgt. Leasingverträge werden als Operating Lease klassifiziert, wenn die Verträge ein begrenztes oder unbegrenztes Recht zur Kündigung durch den Leasingnehmer vorsehen. Die Mehrheit der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Vermögensgegenstand einhergehen, verbleibt beim Leasinggeber; der Leasingnehmer bleibt wirtschaftlicher Eigentümer. Verträge über Operating Lease bieten eine Alternative zum Eigentum, da sie dem Leasingnehmer ermöglichen, einen Vermögensgegenstand zu nutzen, ohne direkt in den Vermögensgegenstand zu investieren. Die bestehenden Verpflichtungen der Deutschen Bank aus Operating Lease schließen Miet- und Pachtverträge für Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung ein. Die Mehrheit der Leasingverträge sind Gebäudeleasings, bei denen die Deutsche Bank Leasingnehmer ist. Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 4,4 Mrd. € bei Restlaufzeiten von bis zu 23 Jahren.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Per 31. Dezember 2025 belief sich der noch nicht amortisierte Aufwand für aufgeschobene variable Vergütung auf 587 Mio. €.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2025 auf 20 Mio. €, davon 15 Mio. € gegenüber einem verbundenen Unternehmen.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat die Deutsche Bank sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von durch sie beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2025 auf 13,9 Mrd. €.

Es bestehen zudem Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 145 Mio. €.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

28 – Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags des Handelsbestands und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Bundesrepublik Deutschland	28.954	40.029
Europa ohne Deutschland	19.573	26.872
Amerika	9.831	11.428
Afrika/Asien/Australien	6.277	6.560
Insgesamt	64.635	84.890

29 – Zinserträge und Zinsaufwendungen

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften beinhalteten 13 Mio. € negative Zinsen, das heißt Zinsaufwendungen auf Ausleihungen. Diese negativen Zinserträge entfielen im Wesentlichen auf Forderungen an Kreditinstitute und Handelsaktiva. Zinsaufwendungen beinhalteten 12 Mio. € negative Zinsen, das heißt Zinserträge aus Verbindlichkeiten, im Wesentlichen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

30 – Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

31 – Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 6,7 Mrd. € beinhalteten im Wesentlichen die Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 5,6 Mrd. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 6,5 Mrd. € beinhalteten im Wesentlichen Wertveränderungen aus Nichthandelsderivaten in Höhe von 5,0 Mrd. €.

32 – Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge in Höhe von 2 Mio. € (2024: 88 Mio. €) waren im Wesentlichen auf Auflösungen von Restrukturierungsrückstellungen zurückzuführen.

Außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 10 Mio. € (2024: 91 Mio. €) waren im Wesentlichen auf Aufwendungen für Restrukturierungsrückstellungen zurückzuführen.

Aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergab sich ein außerordentliches Ergebnis von -8 Mio. € (2024: -4 Mio. €).

33 – Steuern

Im Geschäftsjahr 2025 verzeichnete die Bank einen Steueraufwand von 1,7 Mrd. € gegenüber einem Steueraufwand in Höhe von 955 Mio. € im Vorjahr. Der Steueraufwand des laufenden Jahres wurde, wie der Steueraufwand des Vorjahres, überwiegend durch steuerfreie Erträge beeinflusst.

Die globalen Mindestbesteuerungsregeln oder Pillar 2 Regeln gelten für die Deutsche Bank ab 2024, wobei die Deutsche Bank AG die oberste Muttergesellschaft ist. Die Deutsche Bank ist verpflichtet, jährlich die globale Mindeststeuer oder Pillar 2 Ergänzungssteuer für ihre Konzerngesellschaften in nahezu 60 Ländern zu ermitteln. Eine vorübergehende Befreiung von den detaillierten Berechnungen der Pillar 2 Regeln, die für jedes Land separat bestimmt werden, kann jedoch im Rahmen der befristeten Übergangsregelungen gewährt werden. Diese Übergangsregelungen gelten für die Geschäftsjahre 2024-2026 und basieren auf den länderbezogenen Berichten der Bank, welche jährlich bei den deutschen Steuerbehörden einzureichen sind sowie bestimmten anderen Finanzdaten. Es bestehen hinsichtlich der Anwendung der Pillar 2 Regeln noch Unsicherheiten, weitere gesetzgeberische Entwicklungen und Auslegungshilfen werden in vielen Ländern künftig noch zu erwarten sein und die Umsetzungsarbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Die Deutsche Bank AG hat die potenziellen Auswirkungen auf ihre Finanzlage für das Jahr 2025 nach bestem Wissen und Gewissen bewertet und einen mit den Pillar 2 Regelungen verbundenen laufenden Steueraufwand in Höhe von 3 Mio. € erfasst (2024: 3 Mio. €). Bei der Bewertung wurde eine Reihe von qualitativen und quantitativen Faktoren berücksichtigt: (1) Der gemischte gesetzliche Steuersatz der Deutschen Bank AG liegt deutlich über dem Mindeststeuersatz von 15%. (2) Darüber hinaus unterliegt die Bank in nur wenigen Ländern einem gesetzlichen Steuersatz von weniger als 15%. (3) Auf der Grundlage einer Analyse des jüngsten länderbezogenen Berichts wird davon ausgegangen, dass die Bank in den meisten Ländern, in denen sie tätig ist, die zuvor genannten Übergangsregelungen in Anspruch nehmen kann.

34 – Angabe zu ausschüttungsgesperrten Beträgen im Sinne der §§ 253 Absatz 6 und 268 Absatz 8 HGB

Die nachfolgende Tabelle zeigt die bei der Gewinnausschüttung zu beachtenden Beträge nach § 253 Absatz 6 HGB und nach § 268 Absatz 8 HGB. Zum 31. Dezember 2025 decken die frei verfügbaren Rücklagen in Höhe von 18,8 Mrd. € zuzüglich des Bilanzgewinns in Höhe von 3,6 Mrd. € die Summe der ausschüttungsgesperrten Beträge. In den einzelnen Positionen sind, falls vorhanden, die passiv gebildeten latenten Steuern berücksichtigt. Deshalb können die Beträge vom Bilanzausweis abweichen.

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Aktivierung latenter Steuern	5.329	6.590
Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	3.125	2.997
Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen	0	0
Unrealisierte Gewinne des Planvermögens	5	4
Summe der ausschüttungsgesperrten Beträge	**8.458**	**9.590**

35 – Anteilsbesitz

36 Unternehmen, an denen mehr als 20% der Kapitalanteile gehalten werden

45 Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet

Nachfolgende Seiten zeigen den Anteilsbesitz der Deutschen Bank AG gemäß § 285 Nummer 11 HGB einschließlich der Angaben nach § 285 Nummer 11a HGB. Nach § 286 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, soweit sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG von untergeordneter Bedeutung sind.

Fußnoten:

1 Ergebnisabführungsvertrag, keine Angabe zum Ergebnis.
2 Eigenkapital und Ergebnis des Geschäftsjahres 2024; Zahlen des lokalen Abschlusses für das Geschäftsjahr 2025 liegen noch nicht vor.
3 Eigenkapital und Ergebnis des Teilkonzerns. Die folgenden Gesellschaften mit vorangestelltem Strich gehören zum Teilkonzern; ihr Eigenkapital und ihr Ergebnis sind in den Teilkonzernzahlen enthalten.
4 Stellung als unbeschränkt haftender Gesellschafter gemäß § 285 Nummer 11a HGB.
5 General Partnership.

Unternehmen, an denen mehr als 20% der Kapitalanteile gehalten werden

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
1	ACHTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
2	ACHTZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
3	ACIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
4	ACTIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
5	ADEO Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
6	ADLAT Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
7	AGIJM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
8	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		26,9	300,9	13,2
9	ALANUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
10	ALTA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
11	ANDOT Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
12	Ansbacher I S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
13	Ansbacher II S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
14	AVOC Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
15	Baldur Mortgages Limited	London		100,0		
16	BANKPOWER GmbH Personaldienstleistungen	Frankfurt am Main		30,0		
17	Banks Island General Partner Inc.	Toronto		50,0		
18	Benefit Trust GmbH	Lützen		100,0	6.278,9	19,5
19	Bestra Gesellschaft für Vermögensverwaltung mit beschränkter Haftung	Düsseldorf		49,0		
20	Better Payment Germany GmbH	Berlin		100,0		
21	BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH	Hameln	1	100,0	1.161,3	0,0
22	BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft	Hameln	1	100,0	1.800,6	0,0
23	BHW Holding GmbH	Hameln	1	100,0	727,8	0,0
24	BLI Beteiligungsgesellschaft für Leasinginvestitionen mbH	Düsseldorf		33,2		
25	Borfield Sociedad Anonima	Montevideo		100,0		
26	Breaking Wave DB Limited	London		100,0	17,5	-0,7
27	BT Globenet Nominees Limited	London		100,0		
28	Cardea Real Estate S.r.l.	Mailand		100,0		
29	Carpathian Investments Designated Activity Company	Dublin		100,0		
30	Cathay Advisory (Beijing) Co., Ltd.	Peking		100,0		
31	Cathay Asset Management Company Limited	Ebène		100,0		
32	Cathay Capital Company (No 2) Limited	Ebène		67,6	44,7	-64,0
33	Cedar (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		98,2		
34	City Leasing (Thameside) Limited	London		100,0		
35	City Leasing Limited	London		100,0		
36	Consumo Srl in Liquidazione	Mailand		100,0		
37	D B Investments (GB) Limited	London	2	100,0	574,7	38,8
38	D&M Turnaround Partners Godo Kaisha	Tokio		100,0		
39	Danube Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
40	DB (Barbados) SRL	Christ Church		100,0		
41	DB (Malaysia) Nominee (Asing) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
42	DB (Malaysia) Nominee (Tempatan) Sendirian Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
43	DB Advisors SICAV	Luxemburg		100,0	5.990,8	66,1
44	DB Advisory Services S.A.S.	Bogotá		100,0		
45	DB Aotearoa Investments Limited	Georgetown		100,0		
46	DB Asset Finance I S.à r.l.	Luxemburg	2	96,9	6,1	15,9
47	DB Asset Finance II S.à r.l.	Luxemburg	2	96,9	6,1	11,2
48	DB Beteiligungs-Holding GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	5.667,9	0,0
49	DB Capital Markets (Deutschland) GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	530,2	0,0
50	DB Cartera de Inmuebles 1, S.A.U.	Madrid		100,0		
51	DB Commodity Financing Limited	London		100,0		
52	DB Corporate Advisory (Malaysia) Sdn. Bhd.	Kuala Lumpur		100,0		
53	DB Covered Bond S.r.l.	Conegliano		90,0		
54	DB Credit Investments S.à r.l.	Luxemburg	2	100,0	0,8	15,7

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
55	DB Direkt GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
56	DB Finance International GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
57	DB Global Technology SRL	Bukarest		100,0	63,1	16,1
58	DB Group Services (UK) Limited	London		100,0		
59	DB Industrial Holdings Beteiligungs GmbH & Co. KG	Lützen		100,0	1.787,6	45,8
60	DB Industrial Holdings GmbH	Lützen		100,0	1.469,4	36,0
61	DB Internal Funding Limited	London		100,0	356,6	6,8
62	DB International (Asia) Limited	Singapur		100,0	422,8	12,6
63	DB International Investments Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
64	DB International Trust (Singapore) Limited	Singapur		100,0		
65	DB Investment Partners Limited	London		100,0	3,9	-6,9
66	DB Investment Services GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	46,0	0,0
67	DB London (Investor Services) Nominees Limited	London		100,0		
68	DB Management Support GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
69	DB Municipal Holdings LLC	Wilmington		100,0	19,9	20,5
70	DB Nominees (Hong Kong) Limited	Hongkong SAR		100,0		
71	DB Nominees (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
72	DB Nominees (Singapore) Pte Ltd	Singapur		100,0		
73	DB Operaciones y Servicios Interactivos, S.L.U.	Madrid		100,0		
74	DB Overseas Holdings Limited	London	2	100,0	68,1	-0,1
75	DB Placement, LLC	Wilmington		100,0		
76	DB Print GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
77	DB Re S.A.	Luxemburg		100,0		
78	DB Real Estate Global Opportunities IB (Offshore), L.P.	Camana Bay		33,6		
79	DB Service Centre Limited	Dublin		100,0		
80	DB Services (Jersey) Limited	St. Helier		100,0		
81	DB Servizi Amministrativi S.r.l.	Mailand		100,0		
82	DB Strategic Advisors, Inc.	Makati Stadt		100,0		
83	DB Structured Holdings Luxembourg S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
84	DB Trustee Services Limited	London		100,0		
85	DB Trustees (Hong Kong) Limited	Hongkong SAR		100,0		
86	DB UK Bank Limited	London	2	100,0	752,0	21,9
87	DB UK Holdings Limited	London	2	100,0	101,9	37,4
88	DB UK PCAM Holdings Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
89	DB USA Corporation (Teilkonzern)	Wilmington	3	100,0	11.329,9	873,9
90	-ABFS I Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
91	-Alex. Brown Financial Services Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
92	-Alex. Brown Investments Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
93	-Argent Incorporated	Lutherville-Timonium		100,0		
94	-China Recovery Fund, LLC	Wilmington		85,0		
95	-DB Alex. Brown Holdings Incorporated	Wilmington		100,0		
96	-DB Aster II, LLC	Wilmington		100,0		
97	-DB Aster, Inc.	Wilmington		100,0		
98	-DB Aster, LLC	Wilmington		100,0		
99	-DB Boracay LLC	Wilmington		100,0		
100	-DB Equipment Leasing, Inc.	New York		100,0		
101	-DB Finance (Delaware), LLC	Wilmington		100,0		
102	-DB Global Technology, Inc.	Wilmington		100,0		
103	-DB Holdings (New York), Inc.	New York		100,0		
104	-DB Intermezzo LLC	Wilmington		100,0		
105	-DB Litigation Fee LLC	Wilmington		100,0		
106	-DB Private Clients Corp.	Wilmington		100,0		
107	-DB Private Wealth Mortgage Ltd.	New York		100,0		
108	-DB Services Americas, Inc.	Wilmington		100,0		
109	-DB Structured Derivative Products, LLC	Wilmington		100,0		

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
110	-DB Structured Products, Inc.	Wilmington		100,0		
111	-DB U.S. Financial Markets Holding Corporation	Wilmington		100,0		
112	-DB USA Core Corporation	West Trenton		100,0		
113	-DBAH Capital, LLC	Wilmington		100,0		
114	-DBFIC, Inc.	Wilmington		100,0		
115	-Deutsche Bank Americas Holding Corp.	Wilmington		100,0		
116	-Deutsche Bank Holdings, Inc.	Wilmington		100,0		
117	-Deutsche Bank Insurance Agency Incorporated	Wilmington		100,0		
118	-Deutsche Bank National Trust Company	Los Angeles		100,0		
119	-Deutsche Bank Securities Inc.	Wilmington		100,0		
120	-Deutsche Bank Trust Company Americas	New York		100,0		
121	-Deutsche Bank Trust Company Delaware	Wilmington		100,0		
122	-Deutsche Bank Trust Company, National Association	New York		100,0		
123	-Deutsche Bank Trust Corporation	New York		100,0		
124	-Deutsche Mortgage & Asset Receiving Corporation	Wilmington		100,0		
125	-GAC-HEL, Inc.	Wilmington		100,0		
126	-German American Capital Corporation	Lutherville-Timonium		100,0		
127	-GWC-GAC Corp.	Wilmington		100,0		
128	-87 Leonard Development LLC	Wilmington		100,0		
129	-MIT Holdings, Inc.	Baltimore		100,0		
130	-MortgageIT Securities Corp.	Wilmington		100,0		
131	-MortgageIT, Inc.	New York		100,0		
132	-New 87 Leonard, LLC	Wilmington		100,0		
133	-PARTS Funding, LLC	Wilmington		100,0		
134	-Route 28 Receivables, LLC	Wilmington		100,0		
135	-Sharps SPI LLC	Wilmington		100,0		
136	-Singer Island Tower Suite LLC	Wilmington		100,0		
137	-Zuminez Drive LLC	Wilmington		100,0		
138	DB Valoren S.à r.l.	Luxemburg		100,0	602,6	33,6
139	DB Value S.à r.l.	Luxemburg		100,0	46,6	0,7
140	DB VersicherungsManager GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
141	DB Vita S.A.	Luxemburg		84,0	48,6	1,0
142	DBCIBZ1 (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
143	DBOI Global Services (UK) Limited	London	2	100,0	10,4	5,2
144	DBR Investments Co. Limited	Georgetown		100,0	25,6	-13,2
145	DBRE Global Real Estate Management IB, Ltd.	Georgetown		100,0		
146	DBRE Global Real Estate Management US IB, L.L.C.	Wilmington		100,0		
147	DBRMSGP1	Georgetown	4, 5	100,0	404,5	18,5
148	DBX Advisors LLC	Wilmington		100,0	-0,9	3,4
149	DEE Deutsche Erneuerbare Energien GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
150	DEUKONA Versicherungs-Vermittlungs-GmbH	Frankfurt am Main		100,0	3,0	2,3
151	Deutsche (Aotearoa) Capital Holdings New Zealand	Auckland		100,0		
152	Deutsche (Aotearoa) Foreign Investments New Zealand	Auckland		100,0		
153	Deutsche Alternative Asset Management (UK) Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
154	Deutsche Asia Pacific Holdings Pte Ltd	Singapur		100,0	303,7	36,4
155	Deutsche Asset Management (India) Private Limited	Mumbai		100,0	10,4	0,1
156	Deutsche Australia Limited (Teilkonzern)	Sydney	2, 3	100,0	194,8	23,2
157	-Deutsche Capital Markets Australia Limited	Sydney		100,0		
158	-Deutsche Group Services Pty Limited	Sydney		100,0		
159	Deutsche Bank (Cayman) Limited	Georgetown		100,0	49,9	1,9
160	Deutsche Bank (China) Co., Ltd.	Peking		100,0	1.233,8	51,2
161	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad	Kuala Lumpur		100,0	400,0	39,5
162	Deutsche Bank (Suisse) SA	Genf		100,0	627,4	7,1
163	Deutsche Bank (Uruguay) Sociedad Anónima Institución Financiera Externa	Montevideo		100,0		
164	DEUTSCHE BANK A.S.	Istanbul		100,0	155,7	66,2
165	Deutsche Bank Europe GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	10,0	0,0

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
166	Deutsche Bank Financial Company	Georgetown		100,0	38,5	-19,8
167	Deutsche Bank Immobilien GmbH	Hameln	1	100,0		
168	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Luxemburg		100,0	4.983,3	290,1
169	Deutsche Bank Mutui S.p.A.	Mailand		100,0	22,5	-2,2
170	Deutsche Bank Polska Spólka Akcyjna	Warschau		100,0	540,1	-42,3
171	Deutsche Bank Representative Office Nigeria Limited	Lagos		100,0		
172	Deutsche Bank S.A. - Banco Alemão	Sao Paulo		100,0	419,7	42,1
173	Deutsche Bank S.p.A.	Mailand		99,9	3.233,9	167,0
174	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Madrid		100,0	1.139,9	55,8
175	Deutsche Capital Finance (2000) Limited	Georgetown		100,0		
176	Deutsche Colombia S.A.S. - en Liquidacion	Bogotá		100,0		
177	Deutsche Custody N.V.	Amsterdam		100,0		
178	Deutsche Equities India Private Limited	Mumbai		100,0	43,0	18,5
179	Deutsche Finance No. 2 Limited (in voluntary liquidation)	Georgetown		100,0		
180	Deutsche Gesellschaft für Immobilien-Leasing mit beschränkter Haftung i.L.	Düsseldorf		100,0		
181	Deutsche Global Markets Limited	Tel Aviv		100,0	16,0	1,1
182	Deutsche Group Holdings (SA) Proprietary Limited	Johannesburg		100,0		
183	Deutsche Grundbesitz-Anlagegesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main	1	99,8		
184	Deutsche Holdings (Grand Duchy)	Luxemburg		100,0	54,4	0,0
185	Deutsche Holdings (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0	1.793,6	107,7
186	Deutsche Holdings Limited	London	2	100,0	450,1	21,3
187	Deutsche Holdings No. 2 Limited	London	2	100,0	175,7	15,5
188	Deutsche Holdings No. 3 Limited	London	2	100,0	234,3	22,4
189	Deutsche Holdings No. 4 Limited (in members' voluntary liquidation)	London		100,0		
190	Deutsche Immobilien Leasing GmbH	Düsseldorf	1	100,0	26,5	0,0
191	Deutsche India Holdings Private Limited	Mumbai		100,0	100,7	25,5
192	Deutsche India Private Limited	Mumbai		100,0	328,0	122,8
193	Deutsche International Corporate Services (Ireland) Limited (in liquidation)	Dublin		100,0		
194	Deutsche Investments India Private Limited	Mumbai		100,0	107,7	4,8
195	Deutsche Investor Services Private Limited	Mumbai		100,0		
196	Deutsche Knowledge Services Pte. Ltd.	Singapur		100,0	149,5	69,4
197	Deutsche Mexico Holdings S.à r.l.	Luxemburg	2	100,0	110,4	0,0
198	Deutsche New Zealand Limited (Teilkonzern)	Auckland	3	100,0	1,0	0,0
199	-Deutsche (New Munster) Holdings New Zealand Limited	Auckland		100,0		
200	-Deutsche Domus New Zealand Limited	Auckland		100,0		
201	-Deutsche Foras New Zealand Limited	Auckland		100,0		
202	-Deutsche Overseas Issuance New Zealand Limited	Auckland		100,0		
203	Deutsche Nominees Limited	London		100,0		
204	Deutsche Oppenheim Family Office AG	Köln	1	100,0	206,6	0,0
205	Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH	Schüttringen		100,0		
206	Deutsche Postbank Funding LLC I	Wilmington		100,0		
207	Deutsche Postbank Funding LLC III	Wilmington		100,0		
208	Deutsche Postbank Funding Trust I	Newark		100,0		
209	Deutsche Postbank Funding Trust III	Newark		100,0		
210	Deutsche Securities (India) Private Limited	Neu Delhi		100,0		
211	Deutsche Securities (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
212	Deutsche Securities (SA) (Proprietary) Limited	Johannesburg		100,0		
213	Deutsche Securities Asia Limited	Hongkong SAR		100,0	102,8	1,6
214	Deutsche Securities Inc.	Tokio	2	100,0	552,9	13,5
215	Deutsche Securities Israel Ltd.	Tel Aviv		100,0		
216	Deutsche Securities Korea Co.	Seoul		100,0	54,0	0,8
217	Deutsche Securities Saudi Arabia (a closed joint stock company)	Riad		100,0	71,2	-0,6
218	Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa	Mexiko Stadt		100,0	131,9	5,5
219	Deutsche Services (CI) Limited	St. Helier		100,0	191,0	3,6

Lfd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
220	Deutsche Services Polska Sp. z o.o.	Warschau		100,0		
221	Deutsche StiftungsTrust GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
222	Deutsche Strategic Investment Holdings Yugen Kaisha	Tokio		100,0		
223	Deutsche Trustee Company Limited	London		100,0	23,3	3,5
224	Deutsche Trustees Malaysia Berhad	Kuala Lumpur		100,0		
225	Deutsche Wealth Management S.G.I.I.C., S.A.	Madrid		100,0	5,8	2,1
226	Deutsche Zurich Pensiones Entidad Gestora de Fondos de Pensiones, S.A.	Barcelona		50,0		
227	Deutscher Pensionsfonds Aktiengesellschaft	Köln		25,1	13,1	0,3
228	Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH	Frankfurt am Main		78,0		
229	DI Deutsche Immobilien Treuhandgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
230	DISCA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf	1	100,0		
231	Dolin Holdco SAS	Paris		100,0		
232	DREIZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
233	DRITTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
234	DRITTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
235	Dubonnet Courbevoie SCI	Paris		100,0		
236	Dubonnet Holdco SAS	Paris		100,0		
237	Durian (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg	2	98,0	5,4	6,1
238	DWS Alternatives France	Paris		100,0		
239	DWS Alternatives Global Limited	London		100,0	188,6	82,8
240	DWS Alternatives GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	19,5	0,0
241	DWS Asset Management (Korea) Company Limited	Seoul		100,0	13,9	1,0
242	DWS Beteiligungs GmbH	Frankfurt am Main	1	98,3	336,4	0,0
243	DWS CH AG	Zürich		100,0	20,6	4,8
244	DWS Consulting Shanghai Limited	Schanghai		100,0		
245	DWS Corporate Management Beijing Limited	Peking		100,0		
246	DWS Distributors, Inc.	Wilmington		100,0	31,8	5,5
247	DWS EREP Lux 1 S.à.r.l.	Luxemburg		100,0		
248	DWS European Real Estate Partners S.C.A. SICAV-RAIF	Luxemburg		99,9		
249	DWS Far Eastern Investments Limited	Taipeh		60,0	11,2	1,4
250	DWS Global Business Services Inc.	Taguig Stadt		99,9		
251	DWS Group GmbH & Co. KGaA	Frankfurt am Main		79,5	7.877,2	496,8
252	DWS Group Services UK Limited	London		100,0	34,4	-4,9
253	DWS Grundbesitz GmbH	Frankfurt am Main	1	99,9	27,7	0,0
254	DWS India Private Limited	Mumbai		100,0	16,4	5,6
255	DWS International GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	86,3	0,0
256	DWS Investment GmbH	Frankfurt am Main	1	100,0	393,6	0,0
257	DWS Investment Management Americas, Inc.	Wilmington		100,0	638,6	11,6
258	DWS Investment S.A.	Luxemburg		100,0	514,2	114,3
259	DWS Investments Australia Limited	Sydney		100,0		
260	DWS Investments Hong Kong Limited	Hongkong SAR		100,0	40,3	2,9
261	DWS Investments Japan Limited	Tokio		100,0	21,8	0,0
262	DWS Investments Singapore Limited	Singapur		100,0	417,6	58,1
263	DWS Investments UK Limited	London		100,0	252,3	133,3
264	DWS Management GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
265	DWS Offshore Infrastructure Debt Opportunities Feeder LP	Georgetown		26,3	45,8	4,0
266	DWS Real Estate GmbH	Frankfurt am Main	1	99,9	52,7	0,0
267	DWS Service Company	Wilmington		100,0	4,3	-6,8
268	DWS Trust Company	Concord		100,0	18,0	0,8
269	DWS USA Corporation	Wilmington		100,0	1.362,5	66,4
270	EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & CO. KG i.L.	Hamburg		65,2		
271	EINUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
272	ELC Logistik-Centrum Verwaltungs-GmbH	Düsseldorf		50,0		
273	Elm (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		98,0		

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
274	Emerald Asset Repackaging Designated Activity Company	Dublin		100,0		
275	Erste Frankfurter Hoist GmbH i.L.	Frankfurt am Main		100,0		
276	European Value Added I (Alternate G.P.) LLP	London		100,0		
277	Evroenergeiaki Anonymi Etaireia	Athen		40,0		
278	Fiduciaria Sant' Andrea S.r.l.	Mailand		100,0		
279	Finanzberatungsgesellschaft mbH der Deutschen Bank	Berlin		100,0		
280	Fir (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
281	Franz Urbig- und Oscar Schlitter-Stiftung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		100,0		
282	FSDB Merchant Services GmbH	Frankfurt am Main		49,0		
283	FÜNFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
284	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. "Leipzig-Magdeburg" KG	Bad Homburg		41,2		
285	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden "Louisenstraße" KG	Bad Homburg		30,6		
286	Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl "Rimbachzentrum" KG	Bad Homburg		74,9		
287	FÜNFZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
288	G.O. IB-US Management, L.L.C.	Wilmington		100,0		
289	GAHL Holdings LLC	Wilmington		100,0	4,3	4,3
290	Gesellschaft für Kreditsicherung mit beschränkter Haftung	Berlin		36,7	10,2	8,1
291	Global Tokenization Holdings Limited	Dublin		33,3		
292	Glor Music Production GmbH & Co. KG	Rottach-Egern		29,5		
293	GLOR Music Production II GmbH & Co. KG	Rottach-Egern		28,6		
294	Greenheart (Luxembourg) S.à r.l.	Luxemburg		100,0		
295	Grundstücksgesellschaft Karlsruhe Kaiserstraße GbR	Troisdorf		40,1		
296	Grundstücksgesellschaft Leipzig Petersstraße GbR	Troisdorf		62,1		
297	Grundstücksgesellschaft München Synagogenplatz GbR	Troisdorf		26,0		
298	Grundstücksgesellschaft Wiesbaden Luisenstraße/ Kirchgasse GbR	Troisdorf		78,7		
299	Harvest Fund Management Co., Ltd.	Schanghai		30,0	1.273,3	168,8
300	HR "Simone" GmbH & Co. KG i.L.	Jork		24,3		
301	ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	Düsseldorf		50,0		
302	Immobilienfonds Büro Center Erfurt am Flughafen Bindersleben III GbR	Troisdorf		20,7		
303	Immobilienfonds Büro-Center Erfurt am Flughafen Bindersleben I GbR	Troisdorf		90,0		
304	Immobilienfonds Bürohaus Düsseldorf Grafenberg GbR	Troisdorf		39,0		
305	Immobilienfonds Bürohaus Leipzig Nordost eGbR	München		24,5		
306	Immobilienfonds Köln-Deutz Arena und Mantelbebauung GbR	Troisdorf		28,9		
307	Immobilienfonds Köln-Ossendorf II eGbR	Gelsenkirchen		40,3		
308	Ingrid S.à r.l.	Luxemburg		23,8		
309	Inn Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
310	Intermodal Finance I Ltd.	Georgetown		49,0		
311	Isaac Newton S.à r.l.	Capellen		98,2	1,0	11,2
312	Isar Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
313	ISTRON Beteiligungs- und Verwaltungs-GmbH	Köln		100,0		
314	Joint Stock Company Deutsche Bank DBU	Kyjiw		100,0	21,9	5,3
315	Jyogashima Godo Kaisha	Tokio		100,0		
316	KEBA Gesellschaft für interne Services mbH	Frankfurt am Main	1	100,0		
317	Kidson Pte Ltd	Singapur		100,0	17,0	0,4
318	Kinnell Leasing Company	London		35,0		
319	Konsul Inkasso GmbH	Essen	1	100,0		
320	KVD Singapore Pte. Ltd. (in liquidation - members' voluntary winding up)	Singapur		26,0		

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
321	LA Water Holdings Limited	Georgetown		75,0		
322	LAWL Pte. Ltd.	Singapur		100,0	23,5	2,3
323	LES Essex Crossing Holdings Acquisition LLC	Wilmington		100,0		
324	LES Essex Crossing Investor LLC	Wilmington		100,0		
325	LES Essex Crossing Operating Holdings LLC	Wilmington		50,0		
326	LES Essex Crossing Parent LLC	Wilmington		100,0		
327	London Industrial Leasing Limited	London		100,0		
328	M Cap Finance Mittelstandsfonds III GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main		35,4	37,1	4,1
329	1800 M Chaperone Investor LLC	Wilmington		100,0		
330	MCT Südafrika 3 GmbH & Co. KG i.L.	Hamburg		39,0		
331	MEF I Manager, S. à r.l.	Munsbach		100,0		
332	MorgenFund GmbH	Frankfurt am Main		50,0	117,9	-19,6
333	Motion Picture Productions One GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main		100,0		
334	MPP Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main		100,0		
335	2101 MS Investor LLC	Wilmington		100,0		
336	2101 MS LLC	Wilmington		50,0		
337	2101 MS Parent LLC	Wilmington		100,0		
338	2101 MS Property Holdings LLC	Wilmington		100,0		
339	MT "CAPE BEALE" Tankschiffahrts GmbH & Co. KG i.L.	Hamburg		34,0		
340	MT "KING DANIEL" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg		32,8		
341	MT "KING DOUGLAS" Tankschiffahrts UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG i.L.	Hamburg		33,0		
342	Navegator - SGFTC, S.A.	Lissabon		100,0		
343	NCW Holding Inc.	Vancouver		100,0		
344	NEUNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
345	NEUNZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
346	Nexus Infrastruktur Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
347	NOFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
348	norisbank GmbH	Bonn	1	100,0	433,9	0,0
349	North Coast Wind Energy Corp.	Port Moody		50,0		
350	Numis Corporation Limited	London	2	100,0	69,5	-13,1
351	Numis Europe Limited (in liquidation)	Dublin		100,0		
352	Numis Nominees (Client) Limited	London		100,0		
353	Numis Nominees Limited	London		100,0		
354	Numis Securities Limited	London		100,0		
355	OBP Beneficial Interest Holdings LLC	Wilmington		100,0		
356	OBP Parent Holdings LLC	Wilmington		100,0		
357	OBP Property Holdings LLC	Wilmington		20,6		
358	Oder Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
359	OOO "Deutsche Bank TechCentre"	Moskau		100,0		
360	OOO "Deutsche Bank"	Moskau		100,0	423,0	47,1
361	OPB Verwaltungs- und Treuhand GmbH	Köln		100,0		
362	OPB-Oktava GmbH	Köln		100,0		
363	OPPENHEIM Buy Out GmbH & Co. KG i.L.	Köln		27,7		
364	OPPENHEIM Capital Advisory GmbH	Köln		100,0		
365	OPPENHEIM PRIVATE EQUITY Verwaltungsgesellschaft mbH	Köln		100,0		
366	PADUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
367	PALDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
368	Palma Topco Limited	St. Helier		22,8		
369	PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
370	PB Factoring GmbH	Bonn	1	100,0	92,6	0,0
371	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Essen	1	100,0	200,4	0,0
372	PEIF II SLP Feeder 2 LP	Edinburgh		100,0		
373	PEIF III SLP Feeder 2, SCSp	Senningerberg		100,0		
374	PEIF IV SLP DWS Feeder 2, SCSp	Senningerberg		100,0		
375	PEIF IV SLP DWS Feeder, SCSp	Senningerberg		100,0		

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fußnote	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
376	PENTUM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
377	PERILLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
378	PERLU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
379	PERNIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
380	PERXIS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
381	PETA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
382	Philippine Opportunities for Growth and Income (SPV-AMC), INC.	Makati Stadt		95,0		
383	Plantation Bay, Inc.	St. Thomas		100,0		
384	PONTUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
385	Postbank Direkt GmbH	Bonn	1	100,0	15,9	0,0
386	Postbank Filialvertrieb AG	Bonn	1	100,0	37,1	0,0
387	Postbank Finanzberatung AG	Hameln	1	100,0	44,7	0,0
388	Postbank Leasing GmbH	Bonn	1	100,0		
389	PRADUM Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
390	PRASEM Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
391	PRISON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
392	Private Equity Invest Beteiligungs GmbH	Düsseldorf		50,0		
393	Private Equity Life Sciences Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
394	PT Deutsche Sekuritas Indonesia	Jakarta		99,0		
395	PUDU Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
396	QUANTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
397	QUOTAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
398	REDUS DTHG, LLC	Wilmington		49,9		
399	Rhine Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
400	Rongde (Beijing) Asset Management Company Limited	Peking		40,7	60,0	-516,5
401	RoPro U.S. Holding, Inc.	Wilmington		100,0		
402	RREEF America L.L.C.	Wilmington		100,0	231,6	47,1
403	RREEF Core Plus Residential Fund LP	Wilmington		26,9		
404	RREEF DCH, L.L.C.	Wilmington		100,0		
405	RREEF European Value Added I (G.P.) Limited	London		100,0		
406	RREEF Fund Holding LLC	Wilmington		100,0	119,3	6,8
407	RREEF Management L.L.C.	Wilmington		100,0	-23,6	7,1
408	RREEF Pan-European Infrastructure Two Lux S.à r.l.	Luxemburg		99,9		
409	SABIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
410	Sal. Oppenheim jr. & Cie. Beteiligungs GmbH	Köln		100,0	14,6	1,9
411	SALUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
412	SANCTOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
413	SANDIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
414	SAPIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
415	SARIO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
416	SCANDO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
417	Schumacher Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		33,2		
418	SCITOR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
419	SECHSTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
420	SECHSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
421	SECHZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
422	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
423	SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Kamenz KG	Düsseldorf		100,0		

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
424	SGI SLP Feeder SCSp	Senningerberg		57,6		
425	SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
426	SIEBTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
427	SIEBZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
428	SIFA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		100,0		
429	SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
430	SILUR Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
431	SOLUM Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
432	SOMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
433	Somkid Immobiliare S.r.l.	Conegliano		100,0		
434	SOREX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
435	SOSPITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
436	SPV I Sociedad Anónima Cerrada	Lima		99,9		
437	SPV II Sociedad Anónima Cerrada	Lima		99,8		
438	SRC Security Research & Consulting GmbH	Bonn		22,5		
439	STAGIRA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
440	Starpool Finanz GmbH	Berlin		49,9	5,2	3,4
441	Stelvio Immobiliare S.r.l.	Bozen		100,0		
442	Sunrise Turnaround Partners G.K.	Tokio		100,0		
443	SUSIX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
444	300 SW Parent LLC	Wilmington		100,0		
445	300 SW Property Holdings LLC	Wilmington		100,0		
446	Swabia 1. Vermögensbesitz-GmbH i.L.	Frankfurt am Main		100,0		
447	Süddeutsche Vermögensverwaltung Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Frankfurt am Main		100,0		
448	TABA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
449	TACET Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
450	TAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
451	Tagus - Sociedade de Titularização de Creditos, S.A.	Lissabon		100,0		
452	TAGUS Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
453	TELO Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		100,0		
454	TESATUR Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
455	Thai Asset Enforcement and Recovery Asset Management Company Limited	Bangkok		100,0		
456	TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
457	TRAGO Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
458	Trave Properties S.à r.l., en faillite	Luxemburg		25,0		
459	TREMA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Berlin		50,0		
460	Treuinvest Service GmbH	Frankfurt am Main		100,0		
461	TRIPLA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		100,0		
462	U.S.A. ITCF XCI L.P.	New York		99,9		
463	VIERTE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
464	VIERTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
465	VIERUNDZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
466	VIERZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
467	Volbroker.com Limited	Rochford		22,5	8,6	3,4
468	VÖB-ZVD Processing GmbH	Bonn	1	100,0	41,3	0,0
469	WEPLA Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main		100,0	196,0	20,5
470	5555 WHMR LLC	Wilmington		100,0		
471	XENTIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
472	XERA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
473	ZABATUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
474	ZARGUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
475	ZEA Beteiligungsgesellschaft mbH	Schönefeld		25,0		
476	ZEHNTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Düsseldorf		50,0		
477	zeitinvest-Service GmbH	Frankfurt am Main		25,0		
478	ZEREVIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
479	Zhong De Securities Co., Ltd	Peking		33,3	129,1	-8,0
480	ZIDES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		50,0		
481	ZIRAS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Schönefeld		50,0		
482	ZITON Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
483	ZWANZIGSTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
484	ZWEITE Fonds-Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
485	ZWEITE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
486	ZWÖLFTE PAXAS Treuhand- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Düsseldorf		50,0		
487	ZYRUS Beteiligungsgesellschaft mbH i.L.	Schönefeld		25,0		

Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5% der Stimmrechte überschreitet

Ltd. Nr.	Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft	Fuß-note	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Mio. €	Ergebnis in Mio. €
488	BÜRGSCHAFTSBANK BRANDENBURG GmbH	Potsdam		8,5		
489	Bürgschaftsbank Hamburg GmbH	Hamburg		8,7		
490	Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern GmbH	Schwerin		8,4		
491	Bürgschaftsbank Sachsen GmbH	Dresden		6,3		
492	Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt GmbH	Magdeburg		8,1		
493	Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kiel		5,6		
494	Bürgschaftsbank Thüringen GmbH	Erfurt		8,7		
495	Latitude Group Holdings Limited	Melbourne		16,5		
496	MTS S.p.A.	Rom		5,0		
497	Prader Bank S.p.A.	Bozen		9,0		
498	Private Export Funding Corporation	Wilmington		6,0		
499	Saarländische Investitionskreditbank Aktiengesellschaft	Saarbrücken		8,0		
500	Yensai.com Co., Ltd.	Tokio		7,8		

Sonstige Erläuterungen

36 – Patronatserklärung

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Tochtergesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

D B Investments (GB) Limited, London

DB International (Asia) Limited, Singapur

Deutsche Australia Limited, Sydney

DEUTSCHE BANK A.Ş., Istanbul

Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington

Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking

Deutsche Bank Europe GmbH, Frankfurt am Main

Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg

Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur

Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna, Warschau

Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo

Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Madrid

Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand

Deutsche Bank (Suisse) SA, Genf

Deutsche Bank Trust Company Americas, New York

Deutsche Holdings (Grand Duchy), Luxemburg

Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf

Deutsche Securities, S.A. de C.V., Casa de Bolsa, Mexiko

Deutsche Securities Inc., Tokio

Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong

Deutsche Securities Saudi Arabia (a closed joint stock company), Riad

norisbank GmbH, Bonn

Joint Stock Company Deutsche Bank DBU, Kiew

OOO "Deutsche Bank", Moskau

Deutsche Oppenheim Family Office AG, Köln

BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln

PB Factoring GmbH, Bonn

37 – Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Nachfolgend werden die Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz („PfandBG") offengelegt. Hierbei handelt es sich um Angaben zu Hypothekenpfandbriefen, die zum 31. Dezember 2025 im Bestand der Deutsche Bank AG waren. Mit Ende des Geschäftsjahres 2025 wurde die Emission von Öffentlichen Pfandbriefen seitens der Deutsche Bank AG eingestellt. Daher wird zu diesen Emissionen nur über das Vorjahr berichtet.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 PfandBG)

Angaben zu im Umlauf befindlichen Hypothekenpfandbriefen und dafür verwendete Deckungswerte*

					31.12.2025
in Mio. €	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzinsszenario[2]	Risikobarwert - Niedrigzinsszenario[3]	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungsveränderungen[3]
Hypothekenpfandbriefe	13.489,5	13.297,2	12.270,2	14.600,1	12.270,2
Deckungswerte	16.442,2	15.369,8	13.336,7	17.961,6	13.336,7
Deckungswerte gem. § 12 Abs. 1	14.999,2	14.077,4	12.219,3	16.453,3	12.219,3
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2a), 2b)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a) - 3c)[1]	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4[2]	1.443,0	1.292,4	1.117,5	1.508,4	1.117,5
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Überdeckung	2.952,7	2.072,6	1.066,5	3.361,5	1.066,5
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
gesetzliche Überdeckung	566,7	519,1	465,2	587,9	465,2
vertragliche Überdeckung	n/a	n/a	n/a	n/a	n/a
freiwillige Überdeckung	2.386,0	1.553,5	601,3	2773,6	601,3

* gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 PfandBG
[1] Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2a PfandBG
[2] Inkl. Deckungswerte gem. §4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 PfandBG
[3] Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz

					31.12.2024
in Mio. €	Nominalwert	Barwert	Risikobarwert - Hochzinsszenario[2]	Risikobarwert - Niedrigzinsszenario[3]	Risikobarwert - Worst Case Szenario inkl. Währungsveränderungen[3]
Hypothekenpfandbriefe	12.938,5	12.947,9	11.762,8	14.411,5	11.762,8
Deckungswerte	15.146,3	14.607,9	12.616,9	17.182,9	12.616,9
Deckungswerte gem. § 12 Abs. 1	14.413,3	13.927,7	12.032,3	16.384,0	12.032,3
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2a), 2b)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3a) - 3c)[1]	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Deckungswerte gem. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4[2]	733,0	680,3	584,6	798,9	584,6
als % der umlaufenden Pfandbriefe	5,7	5,3	5,0	5,5	5,0
Überdeckung	2.207,8	1.660,0	854,1	2.771,4	854,1
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
gesetzliche Überdeckung	537,9	509,1	451,3	582,4	451,3
vertragliche Überdeckung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
freiwillige Überdeckung	1.669,9	1.150,9	402,8	2.189,0	402,8

* gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1, 3 PfandBG
[1] Inkl. Deckungswerte gem. § 4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2a PfandBG
[2] Inkl. Deckungswerte gem. §4 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 PfandBG
[3] Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV statischer Ansatz

Die Deckungswerte setzen sich aus Forderungen an Kunden, welche durch Grundpfandrechte besichert sind und Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren gemäß PfandBG zusammen.

Angaben zu im Umlauf befindliche Öffentliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

	Nennwert		Barwert		Risikobarwert[1]	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Öffentliche Pfandbriefe	0	90	95,5	96	0	96
Deckungswerte	0	122	113,9	114	0	114
davon Derivate	0	0	0	0	0	0
Überdeckung	0	32	18,4	18	0	18
als % der umlaufenden Pfandbriefe	0	36	19,3	19	0	17
Gesetzliche Überdeckung	0	4	3,6	4	0	4
Vertragliche Überdeckung	0	0	0	0	0	0
Freiwillige Überdeckung	0	28	14,8	15	0	15

[1] Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 PfandBG und § 6 Abs. 2 Nr. 1 PfandBarwertV dynamischer Ansatz

Laufzeitstruktur (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 PfandBG)

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Hypothekenpfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert).

Angaben zu Hypothekenpfandbriefen

	Laufzeitstruktur des Umlaufs		Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	1.526,0	255,0	481,9	577,9
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	625,0	557,0	307,6	346,3
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	621,0	1.506,0	314,0	511,1
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	2.227,0	625,0	377,6	524,2
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	1.532,0	2.848,0	878,9	768,2
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.240,0	1.532,0	1.366,3	940,7
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.125,0	1.240,0	1.233,3	1.293,3
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2.528,0	2.598,0	6.518,6	5.780,3
Laufzeit mehr als 10 Jahre	2.065,5	1.777,5	4.964,0	4.804,4
Insgesamt	**13.489,5**	**12.958,5**	**16.442,2**	**15.146,4**

Laufzeitstruktur der im Umlauf öffentlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der verwendeten Deckungswerte (Nennwert).

Angaben zu Öffentlichen Pfandbriefen

	Laufzeitstruktur des Umlaufs		Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	0,0	0,0	0,0	10,0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0,0	58,5	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0,0	8,5	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	0,0	55,0	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	**0,0**	**122,0**	**0,0**	**90,0**

Laufzeitstruktur mit Fälligkeitsverschiebung von 12 Monaten (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 PfandBG)

Angaben zu Hypothekenpfandbriefen

	Fälligkeitsverschiebung (12 Monate)	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	1.526,0	255,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	625,0	557,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	2.848,0	2.131,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1.532,0	2.848,0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1.240,0	1.532,0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	3.543,0	3.682,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	2.175,5	1.933,5
Insgesamt	**13.489,5**	**12.938,5**

Angaben zu Öffentlichen Pfandbriefen

	Fälligkeitsverschiebung (12 Monate)	
in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Laufzeit bis 6 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 6 Monate bis 12 Monate	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 12 Monate bis 18 Monate	0,0	10,0
Laufzeit mehr als 18 Monate bis 2 Jahre	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	0,0	0,0
Laufzeit mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	0,0	40,0
Laufzeit mehr als 10 Jahre	0,0	0,0
Insgesamt	**0,0**	**90,0**

Anteil der Derivategeschäfte im Deckungsstockvolumen (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 sowie zum 31. Dezember 2024 befanden sich keine Derivate in der Deckungsmasse.

Deckungswerte nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

Die im Gesamtbetrag von 15,0 Mrd. € (2024: 14,4 Mrd. €) enthaltenen einzelnen Deckungswerte mit einem Nominalwert von weniger als 0,3 Mio. € beliefen sich auf 12,1 Mrd. € (2024: 11,5 Mrd. €), die mit einem Nominalwert zwischen 0,3 Mio. € und 1 Mio. € beliefen sich auf 2,3 Mrd. € (2024: 2,3 Mrd. €), die mit einem Nominalwert zwischen 1 Mio. € und 10 Mio. € beliefen sich auf 532 Mio. € (2024: 604 Mio. €) und die mit einem Nominalwert von mehr als 10 Mio. € auf 0 Mio. € (2024: 0 Mio. €).

Weitere Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe nach Ländern/ Registrierstaaten (§ 28 Abs. 1 Nr. 8, 9, 11 und 12 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine weiteren Deckungswerte für Öffentliche Pfandbriefe.

Zur Deckung für Hypothekenpfandbriefe verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Abs. 2 Nr. 1b und 1c PfandBG)

Hypothekenpfandbriefe

31.12.2025	Wohnwirtschaftlich					Gewerblich						
in Mio. €	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	insgesamt	Bauplätze	insgesamt
Bundesrepublik Deutschland	3.575	8.555	2.149	0	14.279	368	110	113	129	720	0	14.999
Insgesamt	3.575	8.555	2.149	0	14.279	368	110	113	129	720	0	14.999

31.12.2024	Wohnwirtschaftlich					Gewerblich						
in Mio. €	Wohnungen	Einfamilienhäuser	Mehrfamilienhäuser	Sonstige	insgesamt	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	insgesamt	Bauplätze	insgesamt
Bundesrepublik Deutschland	3.170	8.088	2.280	0	13.537	459	132	126	160	876	0	14.413
Insgesamt	3.170	8.088	2.280	0	13.537	459	132	126	160	876	0	14.413

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf Hypothekenforderungen (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen, die zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen verwendet wurden.

Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen (§ 28 Abs. 3 Satz 3 Nr. 3 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen, die zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendet wurden.

Weitere Angaben zu Hypothekenforderungen (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG)

Zum Jahresende 2025 sowie 2024 gab es keine anhängigen Zwangsversteigerungen. In den Geschäftsjahren 2025 und 2024 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Ferner wurden keine Rückstände auf zu leistende Zinsen für zur Deckung herangezogene Forderungen verzeichnet.

Kennzahlen zur Liquidität (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 PfandBG)

Hypothekenpfandbriefe

in € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Größte sich innerhalb der nächsten Tage ergebende negative Summe im Sinne des § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG[1]	-1.289.267.007	-218.073.437
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	1.443.000.000	733.000.000

[1] Die größte negative Summe ergibt sich für 2025 am 30.01.2025 (2024: am 29.04.2024)

Öffentliche Pfandbriefe

in € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Größte sich innerhalb der nächsten Tage ergebende negative Summe im Sinne des § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG[1]	0	-11.950.750
Gesamtbetrag der Deckungswerte, welche die Anforderungen von § 4 Abs. 1a Satz 3 PfandBG erfüllen (Liquiditätsdeckung)	0	8.500.000

[1] Die größte negative Summe ergibt sich für 2025 am 14.04.2025 (2024: am 12.04.2024)

Zinsstruktur (§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG)

Angaben zu Hypothekenpfandbriefen

		Nennwert
in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Festverzinsliche Hypothekenpfandbriefe	11.260	11.459
Als % der umlaufenden Pfandbriefe	83	89
Festverzinsliche Deckungswerte	16.386	15.067
Als % der Deckungswerte	100	99

Nettobarwert je Währung (§ 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2025 und zum 31. Dezember 2024 gab es keine Währungspositionen, die zur Deckung von Hypothekenpfandbriefen verwendet wurden.

Kennzahlen (§ 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3, § 28 Abs. 2 Nr. 4, § 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG)

in Mio. € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2025	31.12.2024
Durchschnittlicher, anhand des Beleihungswertes gewichteter Beleihungsauslauf (in %)[1]	54	54
Volumengewichteter Durchschnitt der seit der Hypothekenkreditvergabe verstrichenen Laufzeit in Jahren[2]	6	6
Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 (1) überschreiten (Länder ohne Befriedigungsvorrecht)[3]	0	0
Gesamtbetrag der Werte nach § 19 Abs. 1, die die Grenzen nach § 19 Abs. 1 Satz 7 überschreiten[3]	0	0

[1] Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 PfandBG
[2] Gemäß § 28 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 PfandBG
[3] Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 PfandBG

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen (Nennwert) (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
bis einschließlich 10 Mio. €	0,0	0,0
mehr als 10 Mio. € bis zu 100 Mio. €	0,0	113,5
mehr als 100 Mio. €	0,0	0,0
Summe	0,0	113,5

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach der Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (Staat) (§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG)

	31.12.2025		31.12.2024	
in Mio. €	geschuldet	gewährleistet	geschuldet	gewährleistet
Deutschland				
Staat	0,0	0,0	0,0	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Deutschland	0,0	0,0	0,0	0,0
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	0,0	0,0	0,0	0,0
Niederlande				
Staat	0,0	0,0	113,5	0,0
Regionale Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Örtliche Gebietskörperschaft	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Schuldner	0,0	0,0	0,0	0,0
Summe Niederlande	0,0	0,0	113,5	0,0
Gewährleistet bzw. Gewährleistungen aus Gründen der Exportförderung	0,0	0,0	0,0	0,0
Teilsumme geschuldet / gewährleistet	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamtsumme	**0,0**	**0,0**	**113,5**	**0,0**

Kennzahlen zu umlaufenden Öffentlichen Pfandbriefen und den dafür verwendeten Deckungswerten (§ 28 Abs. 1 Satz 1 Nr. 13 und 14 PfandBG)

in Mio. €	31.12.2025	31.12.2024
Zinsstruktur		
Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (in %)	0,00	100,00
Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (in %)	0,00	100,00
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio €	0,00	0,00

38 – Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2025 waren der Deutschen Bank folgende Aktionäre, die gemäß § 33 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3% halten, bekannt:

BlackRock, Inc., Wilmington, DE, meldete am 2. Oktober 2025 einen Bestand von 7,23% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der BlackRock, Inc., Wilmington, DE, erhalten.

The Capital Group Companies, Inc., Los Angeles, CA, meldete am 22. August 2025 einen Bestand von 4,94% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der The Capital Group Companies, Inc., Los Angeles, CA, erhalten.

Paramount Services Holdings Ltd. S.ÀR.L., British Virgin Islands, meldete am 25. Januar 2023 einen Bestand von 4,54% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Paramount Services Holdings Ltd. S.ÀR.L., British Virgin Islands, erhalten.

Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, meldete am 20. August 2015 einen Bestand von 3,05% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Supreme Universal Holdings Ltd., Cayman Islands, erhalten.

Amundi S.A., Paris, Frankreich, meldete am 23. Dezember 2025 einen Bestand von 3,00% Deutsche Bank Aktien. Bis zum 31. Dezember 2025 hat die Deutsche Bank keine weiteren Meldungen der Amundi S.A., Paris, Frankreich, erhalten.

39 – Bezüge des Vorstands und Aufsichtsrats

Die folgenden Tabellen zeigen ausgewählte Vergütungselement an Vorstände und deren Hinterbliebene.

Gewährung von Aktienrechten	2025	2024
Relevanter Aktienpreis	30,53	20,01
Gewährte/ pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte	1.116.294	1.685.651
davon Equity-Upfront Awards	278.066	392.848
davon Restricted Equity Awards	59.785	9.385
davon pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte	778.442[1]	1.281.418[2]
Gegenwert der gewährten/ pro forma in Aussicht gestellten Aktienanrechte	34.080.444	33.691.540
davon Equity-Upfront Award	8.489.361	7.861.281
davon Restricted Equity Awards	1.825.250	187.804
davon pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte	23.765.833[1]	25.642.455[2]

[1] Pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte werden erst am Ende des Performancezeitraumes 2025 – 2027 final bestimmt und rechtlich im Jahr 2028 gewährt.
[2] Pro forma in Aussicht gestellte Aktienanrechte werden erst am Ende des Performancezeitraumes 2024 – 2026 final bestimmt und rechtlich im Jahr 2027 gewährt.

in €	2025	2024
Vorstandsvergütung insgesamt	56.173.105	50.394.830
Zahlungen an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	100.496.514	35.841.194
Pensionsrückstellung für frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene	158.390.174	162.536.491

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in § 14 der Satzung der Deutsche Bank AG geregelt und wurde zuletzt von der Hauptversammlung am 17. Mai 2023 angepasst und beschlossen. Die Gesamtvergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats in 2025 betrug 7.712.500 € (2024: 7.775.000 €). Nach ihrem Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat erhalten dessen Mitglieder keine weiteren Leistungen.

Am 31. Dezember 2025 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 57.873 € (2024: 52.119 €) und für Aufsichtsratsmitglieder auf 1.410.092 € (2024: 1.256.722 €). Im Geschäftsjahr 2025 sind Tilgungen von den Mitgliedern des Vorstands in Höhe von 3.201 € (2024: 0 €) und von den Mitgliedern des Aufsichtsrats in Höhe von 179.384 € (2024: 67.238 €) erfolgt. Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgen zu Marktkonditionen und -bedingungen oder werden gegebenenfalls nach Maßgabe der allgemein für Mitarbeiter der Bank geltenden Programme gewährt oder durchgeführt.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 55 bis 56 aufgeführt.

40 – Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 36.320 (2024: 36.815), davon 15.726 Mitarbeiterinnen (2024: 15.866). Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 13.219 (2024: 13.309) Mitarbeiter tätig.

41 – Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Bank AG haben im Oktober 2025 die Erklärung nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Kodex abgegeben und auf der Homepage der Deutsche Bank AG (www.db.com/ir/de/dokumente.htm) dauerhaft zugänglich gemacht.

42 – Zusätzlich erbrachte Leistungen des Abschlussprüfers

Die Deutsche Bank AG hat bestimmte prüfungsnahe Dienstleistungen vom Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG, der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft („EY"), erhalten.

Die Prüfungshonorare beinhalten Honorare im Zusammenhang mit der gesetzlichen Einzelabschlussprüfung und Konzernabschlussprüfung der Deutschen Bank AG und beinhalten nicht die Prüfungshonorare für die DWS und deren konsolidierte Gesellschaften, die nicht von EY geprüft werden. Die Honorare für prüfungsnahe Dienstleistungen enthalten Honorare für gesetzlich oder durch Rechtsverordnung geforderte andere Bestätigungsleistungen, insbesondere für Gutachten für bestimmte Finanzdienstleistungen, für die prüferische Durchsicht von Zwischenabschlüssen, für Verschmelzungsprüfungen und für Spaltungsprüfungen, sowie Honorare für freiwillige Bestätigungsleistungen, wie freiwillige Prüfungen für interne Managementzwecke und die Erteilung von Comfort Letter.

Informationen über an den Abschlussprüfer der Deutsche Bank AG bezahlte Honorare sind im Konzernabschluss dargestellt.

43 – Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Bank hatten.

Organe

Vorstand

Im Geschäftsjahr 2025 gehörten dem Vorstand folgende Mitglieder an:

Christian Sewing
Vorstandsvorsitzender

James von Moltke
Stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Fabrizio Campelli

Marcus Chromik
(seit 1. Mai 2025)

Bernd Leukert

Alexander von zur Mühlen

Laura Padovani

Claudio de Sanctis

Rebecca Short

Stefan Simon
(bis 30. April 2025)

Olivier Vigneron
(bis 19. Mai 2025)

Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2025 gehörten dem Aufsichtsrat folgende Mitglieder an.
Darüber hinaus ist bei den Aufsichtsratsmitgliedern der Wohnort angegeben.

Alexander Wynaendts
– Vorsitzender
Den Haag
Niederlande

Frank Schulze*
– Stellvertretender Vorsitzender
Hanau
Deutschland

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann
– Stellvertretender Vorsitzender
Osnabrück
Deutschland

Susanne Bleidt*
Bell
Deutschland

Mayree Clark
New Canaan
USA

Jan Duscheck*
Berlin
Deutschland

Manja Eifert*
Berlin
Deutschland

Claudia Fieber*
Berlin
Deutschland

Sigmar Gabriel
Goslar
Deutschland

Florian Haggenmiller*
Kempten (Allgäu)
Deutschland

Timo Heider*
Emmerthal
Deutschland

Dr. Klaus Moosmayer
seit 22. Mai 2025
Müllheim
Deutschland

Kirsty Roth
seit 22. Mai 2025
Wollerau
Schweiz

Gerlinde M. Siebert*
Frankfurt am Main
Deutschland

Yngve Slyngstad
Oslo
Norwegen

Stephan Szukalski*
Ober-Mörlen
Deutschland

John Alexander Thain
Rye
USA

Jürgen Tögel*
Horgau
Deutschland

Michele Trogni
Riverside
USA

Dr. Dagmar Valcárcel
bis 22. Mai 2025
Madrid
Spanien

Dr. Theodor Weimer
bis 22. Mai 2025
Wiesbaden
Deutschland

Frank Witter
Braunschweig
Deutschland

*Arbeitnehmervertreter

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Präsidialausschuss
Alexander Wynaendts, Vorsitzender
Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Nominierungsausschuss
Alexander Wynaendts, Vorsitzender
Mayree Clark, Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Prüfungsausschuss
Frank Witter, Vorsitzender
Susanne Bleidt*, Manja Eifert*, Claudia Fieber*, Sigmar Gabriel (seit 22. Mai 2025), Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025), Gerlinde M. Siebert* (bis 24. Oktober 2025), Stephan Szukalski* (seit 24. Oktober 2025), Dr. Dagmar Valcárcel (bis 22. Mai 2025), Dr. Theodor Weimer (bis 22. Mai 2025), Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Risikoausschuss
Mayree Clark, Vorsitzende
Jan Duscheck*, Claudia Fieber (seit 24. Oktober 2025), Timo Heider (seit 22. Mai 2025), Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025), Gerlinde M. Siebert* (bis 24. Oktober 2025), Stephan Szukalski*, Michele Trogni, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Alexander Wynaendts

Vergütungskontrollausschuss
Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Vorsitzender
Jan Duscheck*, Timo Heider* (bis 22. Mai 2025), Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025), Frank Schulze (seit 22. Mai 2025), Jürgen Tögel*, Dr. Dagmar Valcárcel (bis 22. Mai 2025), Alexander Wynaendts

Strategie- und Nachhaltigkeitsausschuss
John Alexander Thain, Vorsitzender
Mayree Clark, Claudia Fieber* (bis 24. Oktober 2025), Florian Haggenmiller*, Frank Schulze*, Gerlinde M. Siebert* (seit 24. Oktober 2025), Yngve Slyngstad (seit 22. Mai 2025), Jürgen Tögel*, Michele Trogni (bis 22. Mai 2025), Alexander Wynaendts

Technologie, Daten und Innovationsausschuss
Michele Trogni, Vorsitzende
Susanne Bleidt*, Manja Eifert*, Florian Haggenmiller*, Kirsty Roth (seit 22. Mai 2025), Yngve Slyngstad (bis 22. Mai 2025), Alexander Wynaendts

Vermittlungsausschuss
Alexander Wynaendts, Vorsitzender
Timo Heider*, Frank Schulze*, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Regulatory Oversight Ausschuss (bis 22. Mai 2025)
Dr. Dagmar Valcárcel, Vorsitzende
Jan Duscheck*, Sigmar Gabriel, Timo Heider*, Stephan Szukalski*, Alexander Wynaendts

*Arbeitnehmervertreter

Verzeichnis der Mandate

Aufsichtsrat

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten sowie in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Stand: Februar 2026

Bei früher ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Aufsichtsratsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Aufsichtsrats

Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandat
Alexander Wynaendts	Vorsitzender des Aufsichtsrats, Deutsche Bank AG	Externe Mandate	
		Air France-KLM Group S.A.	Member of the Board of Directors
		Puissance Holding B.V.	Non-Executive Director, Chairman (bis 27. November 2025), Non-Executive Board Member (seit 28. November 2025)
		Uber Payments B.V.	Non-Executive Director, Chairman
		Uber Technologies, Inc.	Member of the Board of Directors
Susanne Bleidt	Betriebsratsmitglied	Externe Mandate	
		Postbeamtenkrankenkasse	Mitglied des Verwaltungsrats
		Konzerninterne Mandate	
		Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Mayree Clark	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		Ally Financial, Inc.	Member of the Board of Directors
		Allvue Systems Holdings, Inc.	Member of the Board of Directors (bis 1. August 2025)
Jan Duscheck	Bundesfachgruppenleiter Bankgewerbe, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)	Externe Mandate	
		NÜRNBERGER Beteiligungs-AG	Mitglied des Aufsichtsrats (seit 4. März 2025)
Manja Eifert	Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Claudia Fieber	Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Sigmar Gabriel	Bundesminister a. D.	Externe Mandate	
		Heristo AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Rheinmetall AG	Mitglied des Aufsichtsrats (seit 13. Mai 2025)
		Siemens Energy AG	Mitglied des Aufsichtsrats
		Siemens Energy Management GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Florian Haggenmiller	Leiter der Bundesfachgruppe Informations- und Kommunikations-technologie (IKT), Vereinte Dienst-leistungsgewerkschaft (ver.di)	Externe Mandate	
		IBM Deutschland GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		IBM Central Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitglieder des Aufsichtsrats

Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandat
Timo Heider	Betriebsratsmitglied	Konzerninterne Mandate	
		BHW Bausparkasse AG	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
		PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVaG	Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Klaus Moosmayer (seit 22. Mai 2025)	Aufsichtsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Kirsty Roth (seit 22. Mai 2025)	Chief Operations and Technology Officer, Thomson Reuters Corporation	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Frank Schulze	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG Betriebsratsmitglied	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Gerlinde M. Siebert	Global Head of Governance, Deutsche Bank AG	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Yngve Slyngstad	Chief Executive Officer, Aker Asset Management AS (bis 30. Juni 2025); Chief Executive Officer ICP Asset Management AS (seit 1. Juni 2025)	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Stephan Szukalski	Bundesvorsitzender, Deutscher Bankangestellten-Verband e.V. (DBV) – Gewerkschaft der Finanzdienstleister	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
John Alexander Thain	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		Aperture Investors LLC	Member of the Board of Directors
		Pine Island Capital Partners LLC	Chairman (bis 1. Juli 2025)
		Pine Island New Energy Partners	Chairman (seit 1. Juli 2025)
		Uber Technologies, Inc.	Member of the Board of Directors
Jürgen Tögel	Betriebsratsmitglied	Externe Mandate	
		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
		BVV Versorgungskasse des Bankgewerbes e.V.	Mitglied des Aufsichtsrats
		Konzerninterne Mandate	
		BKK Deutsche Bank AG	Mitglied des Verwaltungsrats
Michele Trogni	Chief Executive Officer, Zinnia Corporate Holdings, LLC (bis 31. Dezember 2025); Senior Advisor, Zinnia Corporate Holdings, LCC und Eldridge Industries, LCC (seit 1. Januar 2026)	Externe Mandate	
		Everly Life, LLC	Mitglied des Non-Executive Boards
		Zinnia Corporate Holdings, LLC	CEO und Chairperson of the Board of Directors (bis 31. Dezember 2025)
Dr. Dagmar Valcárcel (bis 22. Mai 2025)	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		amedes Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
		Antin Infrastructure Partners S.A.	Member of the Board of Directors
Dr. Theodor Weimer (bis 22. Mai 2025)	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		Knorr Bremse AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitglieder des Aufsichtsrats

Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandat
Professor Dr. Norbert Winkeljohann	Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG; Selbständiger Unternehmensberater, Norbert Winkeljohann Advisory & Investments	Externe Mandate	
		Bayer AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Bohnenkamp AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
		Georgsmarienhütte Holding GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats (bis 17. September 2025)
		Sievert SE	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Frank Witter	Aufsichtsratsmitglied	Externe Mandate	
		CGI Inc.	Member of the Board of Directors (bis 28. Januar 2026)
		Traton SE	Mitglied des Aufsichtsrats

Vorstand

Mandate nach § 285 Nr. 10 HGB i.V.m. § 125 Abs. 1 S. 5 AktG

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten sowie in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen. Unterjährige Veränderungen sind jeweils mit Ein- und/oder Austrittsdatum vermerkt.

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB sind mit * gekennzeichnet.

Stand: Februar 2026

Bei früher ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt des jeweiligen Ausscheidens. Bei neu eingetretenen Vorstandsmitgliedern Zeitpunkt ab Eintritt.

Mitglieder des Vorstands

Mandatsinhaber	Ausgeübter Beruf	Mandatsunternehmen	Mandate
Christian Sewing	Vorstandsvorsitzender	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
James von Moltke	Stellvertretender Vorstandsvorsitzender	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Raja Akram (seit 1. Januar 2026)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Fabrizio Campelli	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Dr. Marcus Chromik (seit 1. Mai 2025)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Bernd Leukert	Mitglied des Vorstands	Bertelsmann SE & Co.KGaA*	Mitglied des Aufsichtsrats
Alexander von zur Mühlen	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Laura Padovani	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Claudio de Sanctis	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Rebecca Short	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	
Professor Dr. Stefan Simon (bis 30. April 2025)	Mitglied des Vorstands	Externe Mandate	
		Leop. Krawinkel GmbH & Co. KG	Vorsitzender des Beirats
		The Clearing House Payments Company LLC	Member of the Supervisory Board
Olivier Vigneron (bis 19. Mai 2025)	Mitglied des Vorstands	Keine zu veröffentlichenden Mandate	

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandate nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

Mitgliedschaften in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im In- und Ausland.
Stand: 31. Dezember 2025.

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Martin Ball	Konzerninterne Mandate	
	DWS Grundbesitz GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
	norisbank GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Ina Bandemer	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Manuel Beermann	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
	Postbank Finanzberatung AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Christian Berendes	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Non-Executive Director
Chris Bezuidenhout	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
Rüdiger Bronn	Konzerninterne Mandate	
	OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Thomas Buschmann	Externe Mandate	
	Carl Später GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Volker Büttner	Konzerninterne Mandate	
	norisbank GmbH	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Isaure De-Vaumas	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Dr. Michael Diederich	Externe Mandate	
	Allianz Lebensversicherungs-AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	EHRMANN SE	Mitglied des Aufsichtsrats
	RAISIN SE	Mitglied des Aufsichtsrats
	TÜV Süd AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Harald Eisenach	Externe Mandate	
	KOSTAL Industry Holding SE	Mitglied des Aufsichtsrats
	KOSTAL Mobility Holding SE	Mitglied des Aufsichtsrats
Tanja Engelbrecht	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Sameen Farooqui	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
David Feldmann	Externe Mandate	
	Eurex Clearing AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Klaus Friedrich	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Jan-Philipp Gillmann	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Member of the Supervisory Board
Ramesh Gopal	Konzerninterne Mandate	
	OOO „Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Carola Günther	Externe Mandate	
	BVV Pensionsfonds des Bankgewerbes AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Matthias Hauser	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Sandra Heinrich	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Dominik Hennen	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
	Postbank Filialvertrieb AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
	Postbank Finanzberatung AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Britta Herchet	Externe Mandate	
	Bankpower GmbH Personaldienstleistungen	Mitglied des Aufsichtsrats
Jennifer Hörl	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Finanzberatung AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Marissa Horvatin	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Borislav Ivanov	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Polska Spółka Akcyjna	Mitglied des Aufsichtsrats
	OOO „Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Salah Jaidah	Externe Mandate	
	Al Mahar Holding	Non-Executive Board Member
	TechnoQ	Non-Executive Director
Atul Jain	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
Anke Klin	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
Kerem Kozan	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank A.S.	Member of the Board of Directors
Jana Kubach	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
	Postbank Direkt GmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Achim Kuhn	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse AG	Vorsitzender des Aufsichtsrats
Jörg Landsch	Externe Mandate	
	Symphony Communication Services LLC	Non-Executive Director
Jan-Michael Lange	Externe Mandate	
	Stadtwerke Solingen GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Ralf Leiber	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Anna Lucarelli	Externe Mandate	
	MTS Spa Mercato Telematico dei Titoli di Stato	Non-Executive Director
Paul Maley	Externe Mandate	
	The Clearing House Payments Company LLC	Member of the Supervisory Board
Chandra Mallika	Konzerninterne Mandate	
	DB International (Asia) Limited	Member of the Board of Directors
	Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Ole Matthiessen	Externe Mandate	
	S.W.I.F.T. SC	Member of the Board of Directors
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank (China) Co., Ltd	Member of the Board of Directors
Christian Nolting	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española Unipersonal	Non-Executive Director
Patrick O-Connell	Konzerninterne Mandate	
	DB International (Asia) Limited	Member of the Board of Directors
Kirsten Oppenländer	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Dr. Gerald Podobnik	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
	Numis Corporation Limited	Non-Executive Director
	Numis Securities Limited	Non-Executive Director
Beaux Pontak	Externe Mandate	
	Latitude Group Holdings Limited	Member of the Board of Directors
Barbara Roerig	Externe Mandate	
	Theater + Philharmonie Essen GmbH	Vorsitzende des Aufsichtsrats
Karsten Rusch	Externe Mandate	
	Postbank SICAV	Mitglied des Verwaltungsrats
Florian Schauer	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats

Mitarbeiter der Deutsche Bank AG

Mandatsinhaber	Mandatsunternehmen	Mandat
Frank Scherlich	Konzerninterne Mandate	
	norisbank GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Andrea Schriber	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Kaushik Shaparia	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche India Private Limited	Member of the Board of Directors
Marcin Siuda	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Jaishankar Srinivasan	Konzerninterne Mandate	
	DWS Investments Singapore Limited	Member of the Board of Directors
Thomas Stahl	Konzerninterne Mandate	
	OOO "Deutsche Bank"	Member of the Supervisory Board
Angela Stein	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats
Volker Steuer	Externe Mandate	
	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.	Mitglied des Aufsichtsrats
	Konzerninterne Mandate	
	Deutsche Bank Luxembourg S.A.	Member of the Supervisory Board
Dr. Meike Webler	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Filialvertrieb AG	Mitglied des Aufsichtsrats
	Deutsche Bank Società per Azioni	Member of the Supervisory Board
Daniela Weeth	Konzerninterne Mandate	
	BHW Bausparkasse AG	Mitglied des Aufsichtsrats
Dr. Jan Dirk Wiedei	Konzerninterne Mandate	
	PCC Services GmbH der Deutschen Bank	Mitglied des Aufsichtsrats
Juliane Zimbehl	Konzerninterne Mandate	
	Postbank Direkt GmbH	Mitglied des Aufsichtsrats

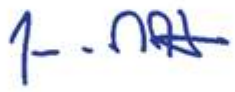
Frankfurt am Main, den 5. März 2026

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Christian Sewing



James von Moltke



Raja Akram



Fabrizio Campelli



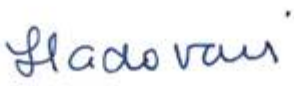
Marcus Chromik



Bernd Leukert



Alexander von zur Mühlen



Laura Padovani



Claudio de Sanctis



Rebecca Short

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutsche Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutsche Bank AG, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, der Geschäftsverlauf einschließlich der Geschäftsergebnisse und die Lage der Deutsche Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutsche Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 5. März 2026



Christian Sewing



James von Moltke



Raja Akram



Fabrizio Campelli



Marcus Chromik



Bernd Leukert



Alexander von zur Mühlen



Laura Padovani



Claudio de Sanctis



Rebecca Short